

Die Geschichte des Fürstentums  
Krotoszyn in der Provinz Posen unter  
der Herrschaft von Thurn und Taxis

Inaugural-Dissertation zur Erlangung der  
Doktorwürde der Fakultät III für Philosophie,  
Kunst-, Geschichts- und Gesellschaftswissen-  
schaften der Universität Regensburg

vorgelegt von  
Robert Kędzierski  
aus  
Głogów / Glogau

Regensburg 2018

Erstgutachter: Prof. Dr. Natali Stegmann

(Universität Regensburg)

Zweitgutachter: Prof. Dr. Klaus Buchenau

(Universität Regensburg)

# Inhaltsverzeichnis

<b>Einleitung.....</b>	<b>1</b>
<b>1. Theorie, Methoden und geschichtliche Entwicklungen.....</b>	<b>8</b>
1.1 Mikrogeschichte .....	8
1.2 Herrschaftsbegriff und seine Interpretationen .....	14
1.3 Webers Herrschaftstheorie .....	28
1.4 Hypothesen .....	46
1.5 Historische Hintergründe.....	47
Die Teilungen Polens .....	48
Großherzogtum Posen (1815–1849) .....	55
Provinz Posen 1850–1871.....	62
Provinz Posen 1871–1914.....	66
Erster Weltkrieg und Verlust der Provinz Posen im Jahre 1919 .....	81
1.6 Die Standesherren und die Standesherrschaft .....	89
Das Heilige Römische Reich und die Mediatisierung .....	89
Standesherren und ihre Rechte.....	93
Thurn und Taxis und ihre Stellung im Großherzogtum Posen .....	101
Fallbeispiel: Die Einschränkung der Rechte des Fürstentums Oels .....	103
Die Beseitigung der letzten Privilegien der Standesherren.....	106
<b>2. Die Herrschaft von Thurn und Taxis im Fürstentum Krotoszyn .....</b>	<b>109</b>
2.1 Das Fürstentum Krotoszyn .....	109
Vorgeschichte der künftigen Thurn und Taxis'schen Besitzungen .....	109

Das Haus Thurn und Taxis .....	116
Fürstliche Domänenämter in Preußen.....	121
Die Erhebung der Krotzkyner Besitzungen zur Standesherrschaft und zum Fürstentum .....	127
Die territoriale und rechtliche Entwicklung im Fürstentum Krotoszyn....	133
Die fürstliche Gerichtsbarkeit im Fürstentum Krotoszyn .....	145
Bevölkerungsentwicklung im Fürstentum Krotoszyn .....	158
Die Besitzungen in Krotoszyn als Einnahmequelle.....	169
<b>2.2 Fürstliche Beamte im Fürstentum Krotoszyn.....</b>	<b>190</b>
Die Hauptsäulen der fürstlichen Verwaltung im 19. Jahrhundert.....	190
Entstehung, Funktion und Aufgaben der fürstlichen Verwaltung im Fürstentum Krotoszyn.....	194
Die fürstlichen Mitarbeiter nach der Auflösung des fürstlichen Besitzes im Fürstentum Krotoszyn .....	210
Fürstliche Beamte im Verwaltungsalltag.....	214
Fürstliche Verwaltung in Krisensituationen .....	234
Die fürstliche Verwaltung im Lichte der damaligen Presse .....	248
Die fürstlichen Beamten der Rentkammer Krotoszyn. Ihr Leben und ihre Karrieren an zwei Beispielen.....	254
<b>3. Herrschaftspraxis im Fürstentum Krotoszyn .....</b>	<b>264</b>
<b>3.1 Besuche der Fürsten von Thurn und Taxis im Fürstentum Krotoszyn.....</b>	<b>264</b>
Die Präsenz der Fürsten im böhmisch-englischen Vergleich .....	264
Die Fürsten von Thurn und Taxis im Fürstentum Krotoszyn .....	267

Die großen Reisen von 1820 und 1824.....	268
Die Wiederentdeckung Krotoszyns. Der Besuch im Jahre 1897.....	288
Die Reisen und „Jagdbesuche“ in den Jahren ab 1899 bis 1913 .....	295
Die letzten fürstlichen Reisen im Ersten Weltkrieg.....	311
<b>3.2 Armenunterstützung und die fürstliche Wohltätigkeit .....</b>	<b>322</b>
Armenpflege und Armenunterstützung im 19. Jahrhundert .....	322
Exkurs: Bismarcks Sozialgesetzgebung in Deutschland .....	332
Armenpflege im 19. Jahrhundert in der Provinz Posen .....	337
Fürstliche Armenpflege im Fürstentum Krotoszyn von den 1820er bis in die 1860er Jahre .....	339
Armenpflege im Fürstentum Krotoszyn von 1870 bis 1918.....	359
Die fürstliche Unterstützung der Gemeinden und Vereine.....	372
Armenpflege und die Herrschaft.....	379
Wohltätigkeit im Fürstentum Krotoszyn im böhmisch-englischen Vergleich.....	382
<b>3.3 Spende für die Errichtung des Denkmals von Mieszko I. und Bolesław Chrobry .....</b>	<b>387</b>
<b>3.4 Königsschießen im Fürstentum Krotoszyn.....</b>	<b>394</b>
Die Entwicklung der Schützengilden im deutschen Raum und in der Provinz Posen im 19. Jahrhundert .....	394
Königsschießen als Manifestation der fürstlichen Herrschaft .....	400
<b>3.5 Brandvermeidung, Nachsorge und Prävention .....</b>	<b>417</b>
Brandvermeidung und Brandbekämpfung im 19. Jahrhundert.....	417

Die Brandthematik im Raum Großpolen im 19. Jahrhundert .....	422
Die Waldbrände in den fürstlichen Forsten .....	423
Die Brände von Gebäuden im Fürstentum Krotoszyn .....	427
Brandvorsorge am Beispiel der Anschaffung von Feuerlöschgeräten, dem Bau von Spritzenhäusern sowie des Gebrauchs von Feuerspritzen .....	439
<b>4. Das Ende vom Fürstentum Krotoszyn .....</b>	<b>447</b>
<b>5. Analyse und Verifizierung von Hypothesen .....</b>	<b>454</b>
<b>5.1 Analyse der Herrschaft im Fürstentum Krotoszyn .....</b>	<b>454</b>
Traditionale Herrschaft? .....	454
Charismatische Herrschaft? .....	461
Legale bzw. rationale Herrschaft? .....	462
Handlungstypen der Herrschaft .....	465
<b>5.2 Verifizierung von Hypothesen .....</b>	<b>467</b>
Erste Hypothese .....	467
Zweite Hypothese .....	467
Dritte Hypothese .....	468
<b>5.3 Herrschaftssynthese im Fürstentum Krotoszyn .....</b>	<b>469</b>
<b>6. Fazit .....</b>	<b>470</b>
<b>7. Ausblick .....</b>	<b>476</b>
Quellen .....	480
Fürst Thurn und Taxis Zentralarchiv (FTTZA) .....	480
Domänen Kammer (DK) .....	480

Ehrenbezeugungen (EB).....	482
Generalkasse-Rechnungen (GR) .....	483
Generalkasse (GK) .....	484
Hofmarschallamt (HMA) .....	484
Immediatbüro (IB).....	484
Kartensammlung (KS).....	486
Personalakten (PA).....	486
Polen-Akten.....	486
Polen-Urkunden.....	486
Sonstige Quellen.....	487
Literaturverzeichnis .....	487
Internetquellen .....	502
Abbildungsverzeichnis.....	504

## Einleitung

Die Geschichte des Fürstentums Krotoszyn in der Provinz Posen unter der Herrschaft von Thurn und Taxis ist ein kaum untersuchtes Forschungsfeld. Außer einigen Aufsätzen und allgemeinen Hinweisen auf die fürstlichen Besitzungen in Großpolen gibt es keine Untersuchungen zu diesem Thema. Dabei ist das Thema äußerst spannend. Das Hochadelige Haus Thurn und Taxis besaß enorme Besitzungen in Großpolen, die große Flächen abdeckten. Sie gehörten 100 Jahre diesem deutschen Adelsgeschlecht an. Das Gebiet, in dem sich die Thurn und Taxis'schen Besitzungen befanden, fiel nach der zweiten Teilung Polens im Jahre 1793 an Preußen. Ein interessanter Punkt ist deshalb auch, wie die Herrschaft dieses deutschen Adelshauses in diesem polnisch geprägten Gebiet aussah.

Ein Adelsarchiv wie das Fürst Thurn und Taxis Zentralarchiv (FTTZA) in Regensburg bietet – wie andere Adelsarchive – zahlreiche Vorteile aufgrund der dort vorhandenen Quellengattungen. Die Untersuchung der qualitativ vollen Quellen innerhalb der Adelsforschung führt direkt zur Erforschung der Lebensrealitäten, Motive der Handlungsträger, Rekonstruktion lokaler Geschichte und eignet sich hervorragend für mikrogeschichtliche Studien.<sup>1</sup> Die Dokumente aus den Adelsarchiven eignen sich bestens sowohl für Sozialgeschichtsforschung als auch für die Untersuchung der Wirtschaftsgeschichte.<sup>2</sup> Der Mangel an Publikationen zum Thema Fürstentum Krotoszyn und die Beschränkung auf kurze Artikel oder Anmerkungen bzw. Passagen in verschiedenen Werken lässt sich mit der Quellenlage in Polen erklären. Zwar befinden sich beispielweise im Staatsarchiv Kalisch (poln. Archiwum Państwowe w Kaliszu) Archivalien zum Fürstentumsgericht in Krotoszyn, sie umfassen allerdings nur die Prozessakten im Bereich der Testamente aus der Zeit zwischen 1822 und 1833, was ca. 0,3 laufenden Metern entspricht.<sup>3</sup> Die einzelnen Prozessakten aus dem Staatsarchiv Kalisch wurden nicht berücksichtigt, da die fürstlichen Gerichte in dieser Studie hauptsächlich als Institution, von der Entstehung bis hin zur Liquidation, als Herrschaftsinstrument beschrieben wurden. Der überwiegende Teil der Archivalien zum Thema Fürstentum Krotoszyn, der sich im Staatsarchiv Posen (poln. Ar-

---

<sup>1</sup> Vgl. HEDWIG, Andreas: Adelsarchive und Adelsforschung – Zwischenbilanz aus archivischer Sicht, in: JENDORFF, Alexander, PÜHRINGER, Andrea (Hg.), *Pars pro toto. Historische Miniaturen zum 75. Geburtstag von Heide Wunder*, Neustadt an der Aisch 2014, S. 39–52; S. 52.

<sup>2</sup> Vgl. HEDWIG, Andreas: Adelsarchive und Adelsforschung – Zwischenbilanz aus archivischer Sicht, S. 52.

<sup>3</sup> Vgl. WALIŚ, Grzegorz: Archiwum Państwowe w Kaliszu. Przewodnik po zasobie archiwalnym, in: Archiwum Państwowe w Kaliszu, *Naczelna Dyrekcja Archiwów Państwowych* (Hg.), Kalisz 2016, S. 329. Diese Akten kamen ins Archiv erst im Jahre 2006 und sind aus diesem Grund in der früheren Ausgabe der gedruckten Version des Repetitoriums über die Archivbestände in Kalisch nicht enthalten, vgl. WALIŚ, Grzegorz: Archiwum Państwowe w Kaliszu. Informator o zasobie archiwalnym, in: Archiwum Państwowe w Kaliszu, *Naczelna Dyrekcja Archiwów Państwowych* (Hg.), Warszawa 2004.



## *Einleitung*

chiwum Państwowe w Poznaniu) befand, brannte im Jahre 1945 ab.<sup>4</sup> Ein Bestand blieb erhalten, er betrifft aber hauptsächlich die fürstlichen Forste im Fürstentum Krotoszyn, deren Unterhaltung, die Forstgebäude, Jagd, Wirtschaftsweise und sonstige Forstsachen, vom Personalwesen bis hin zu den einzelnen Forstrevieren.<sup>5</sup> Da die Akten über die fürstlichen Forste und das Forstpersonal im FTTZA in Regensburg in großen Mengen vorhanden sind und sich teilweise thematisch duplizieren, war es nicht nötig die Posener Archivstücke zu berücksichtigen, zumal der Schwerpunkt der vorliegenden Studie nicht im Bereich der Forstwirtschaft liegt. Eine wirtschaftsgeschichtliche Untersuchung der fürstlichen Forste hätte sicherlich vom Bestand im Staatarchiv Posen profitiert. Außerdem befinden sich im Staatsarchiv Posen auch neun Aktenstücke zum Thema Gebäudeverwaltung, Gebäudesteuer, Grenzangelegenheiten oder etwa Ablösung der Grundstücke in Krotoszyn.<sup>6</sup> Akten mit der gleicher Thematik sind im FTTZA in Regensburg vorhanden und spielten ebenfalls keine besondere Rolle in dieser Studie über die Herrschaft von Thurn und Taxis im Fürstentum Krotoszyn. Die Quellen zum Thema Fürstentum Krotoszyn in Regensburg wurden bisher kaum erfasst. So erklärt sich die Situation der mangelnden Publikationen auch in Deutschland bzw. die Thematik des Fürstentums Krotoszyn wurde meist nur am Rande in den einzelnen Veröffentlichungen erwähnt. Es existiert auch keine Monographie über das Fürstentum Krotoszyn, weder in Polen noch in Deutschland, von anderssprachiger Literatur ganz zu schweigen. Die vorliegende Arbeit ist somit eine Pionierstudie, die sich mit dem Thema Fürstentum Krotoszyn auseinandersetzt.

Im FTTZA sind in Form von Berichten, Protokollen, Abschriften oder Originalschreiben die Stellungnahmen der preußischen Behörden und deren Rolle dokumentiert, so dass vor Ort auch die zweite Seite der Medaille im herrschaftlichen Gefüge rekonstruierbar ist. Dadurch lässt sich die Rolle der fürstlichen Herrschaft innerhalb dieser Interaktion dynamisch, quellenkritisch und getreu darstellen. Die vorliegende Arbeit stützt sich auf verschiedene Bestände aus dem FTTZA. Zu nennen sind solche Bestände wie Domänen-Kammer (DK), Immediatbüro (IB), Hofmarschallamt (HMA), Generalkasse-Rechnungen (GR), Generalkasse (GK), Personalakten (PA), Polen-Akten, Polen-Urkunden, Kartensammlung (KS) und Ehrenbezeugungen (EB), die in dieser Untersuchung verwendet wurden. Sie dienten als Quellenfundament für die Untersuchung des Fürstentums Krotoszyn und der damit verbundenen Herrschaftsausübung der Fürsten von Thurn und Taxis in ihren polnischen Besitzungen in dem Zeitraum 1819–1919. Sie halfen sogar die Zwi-

---

<sup>4</sup> Vgl. Archiwum Państwowe w Poznaniu. Einführung zum Inventar im Bestand Majątek Krotoszyn – Księcia Thurn und Taxis bzw. im WWW unter URL: <http://www.szukajwarchiwach.pl/53/1125/0#tabZespol> (Stand: 09.03.2018).

<sup>5</sup> Vgl. Archiwum Państwowe w Poznaniu. Bestand Majątek Krotoszyn – Księcia Thurn und Taxis bzw. im WWW unter URL: <http://www.szukajwarchiwach.pl/53/1125/0#tabSerie> (Stand: 24.10.2014).

<sup>6</sup> Vgl. Archiwum Państwowe w Poznaniu, im WWW unter URL: <http://szukajwarchiwach.pl/search?q=F%C3%BCrstentum%20Krotoszyn> (Stand: 11.11.2014).

schenkriegszeit aus dem Blickwinkel des Schicksals der fürstlichen Beamten und der Enteignung der Fürsten von Thurn und Taxis zu erforschen. Die meist gebrauchten und zugleich wichtigsten Quellen für diese Arbeit stellten zwei bereits erwähnte Bestände, nämlich der Domänen Kammer (DK) und des Immediatbüro (IB), dar. Die meisten und wichtigsten Quellen zum Thema Fürstentum Krotoszyn waren auch in diesen zwei Beständen enthalten.

Nichtsdestotrotz konnte sich die vorliegende Arbeit auf zahlreiche deutsche und polnische Autoren stützen, deren Beitrag hauptsächlich regionalgeschichtlich ausgerichtet war. Es entstanden zwar vor dem Zweiten Weltkrieg drei Bände über die Geschichte der Stadt Krotoszyn, allerdings wurde nur der erste Band<sup>7</sup> im Jahre 1930 veröffentlicht.<sup>8</sup> Zwei weitere Manuskripte brannten im Jahre 1945 im Brand der Posener Raczyński Bibliothek (poln. poznańska Biblioteka Raczyńskich) nieder.<sup>9</sup> Autor dieser Werke war Kazimierz Krotoski vel Kazimierz Szkaradek (1860–1937), der im Jahre 1888 seinen Namen in Krotoski änderte und seitdem als Kazimierz Krotoski bekannt ist.<sup>10</sup> Die polnischen Monographien beschrieben die Region oder die einzelne Städte und Städtchen, nicht selten samt umliegender Gemeinden und Dörfer.<sup>11</sup> Die polnischen Arbeiten stützten sich außer auf Literatur in der Regel auch auf Akten aus den Archiven in Kalisch und Posen. Zusätzlich wurden nicht selten die noch vorhandenen Aktenstücke oder Dokumente herangezogen, die teilweise noch im Besitz örtlicher Gemeinden, Museen, von Vereinen oder der Stadtbehörden sind. Es gibt auch einige Publikationen über die Geschichte der Juden in der Stadt Krotoszyn.<sup>12</sup> Hilfreich war auch die regional publizierte Zeitschrift „Krotoszyn i okolice“ (dt. „Krotoszyn und Umgebung“), deren Artikel einen Beitrag zur Entstehung dieser Studie leisten konnten.<sup>13</sup> Außerdem lieferten Überblickswerke und -artikel in pol-

<sup>7</sup> Vgl. **KROTOSKI**, Kazimierz: *Dzieje miasta Krotoszyna. Miasto Krotoszyn i jego dziedzice za czasów polskich (od 1415 do 1779)*, Krotoszyn 1930.

<sup>8</sup> Vgl. **ANDERS**, Paweł: *Krotoszyn* (= Wielkopolska Biblioteka Krajoznawcza Nr. 7), Poznań 1994, S. 103.

<sup>9</sup> Ebd., S. 103.

<sup>10</sup> Ebd., S. 103.

<sup>11</sup> Vgl. **MARCINIAK**, Ryszard, **KOSIŃSKI**, Dionizy, **PARYSKA**, Jerzy J. (Hg.): *Krotoszyn. Historia*, Bd. 2, Krotoszyn/Poznań 1996, **DYMACZ**, Eugeniusz: *Monografia Odolanowa*, Odolanów 2003, **ZDUNEK**, Józef: *Orpiszew 1279–2005. Monografia wsi*, in: *Towarzystwo Miłośników i Badaczy Ziemi Krotoszyńskiej* (Hg.), Krotoszyn 2006, **KIERSKA**, Jadwiga: *Pod pruskim zaborem*, in: *Kobylińskie Towarzystwo Kulturalne* (Hg.), *Ziemia Kobylińska*, Kobylin 2009, S. 85–135, **PAŁASZ**, Sławomir: *Zduny. Szkice z historii miasta i okolic*, Kwidzyn 2014.

<sup>12</sup> Vgl. **MONASCH**, Bar Loebel: *Bar Loebel Monasch 1801–1879. Lebenserinnerungen. Memoirs. Pamiętnik*, Krotoszyn 2004, **WITKOWSKI**, Rafał: *Żydowskie mieszkańcy Krotoszyna w XIX i XX wieku*, Poznań 2004, **KASPERSKA**, Helena, **SZCZEPANIAK** Daniel: *Wybitni Polacy, Niemcy i Żydzi ziemi krotoszyńskiej. Ludzie nauki, kultury i sztuki*, Krotoszyn 2002.

<sup>13</sup> Vgl. **ZDUNEK**, Józef: *Domena orpiszewska w Księstwie Krotoszyńskim w latach 1819–1820*, in: **ZDUNEK**, Józef (Hg.), *Krotoszyn i okolice. Opracowania i materiały źródłowe*, Bd. VI, Krotoszyn 2010, S. 181–192, **NAWROCKI**, Edmund: *Bractwo Strzeleckie w Rozdrażewie*, in: **ZDUNEK**, Józef (Hg.), *Krotoszyn i okolice. Opracowania i materiały źródłowe*, Bd. VII, Krotoszyn 2011, S. 49–60, **ZIOBROWSKI**, Julian: *Pałac Gałęckich w Krotoszyńcu*, in: **ZDUNEK**, Józef (Hg.), *Krotoszyn i okolice. Opracowania i materiały źródłowe*, Bd. X, Krotoszyn 2014, S. 77–116, **MIKOŁAJCZYK**, Piotr: *Wierzbica z Krotoszyna h. Łódzia (zmarł ok. 1423)* –

nischer Sprache gute Ansätze zu den verschiedenen Themenbereichen.<sup>14</sup> Dies betrifft auch deutsche Autorinnen und Autoren, was sich aus dem breiten Spektrum an Artikeln und Büchern zur deutsch-polnischen Geschichte, die in dieser Studie verwendet wurden, ablesen lässt.<sup>15</sup> Auf der anderen Seite speist sich die vorliegende Studie aus der deutschen Literatur, die zur verschiedenen Themen im kontextuellen Sinne erfasst wurde.<sup>16</sup> Das Buch von Tatjana Tönsmeier verschafft dieser Arbeit einen Einblick in Details der adeligen Welt in England und Böhmen im 19. und am Anfang des 20. Jahrhundert und ermög-

---

rycerz, założyciel miasta, dziedzic Krotoszyna, in: **ZDUNEK**, Józef (Hg.), Krotoszyn i okolice. Opracowania i materiały źródłowe, Bd. XI, Krotoszyn 2015, S. 11–18.

<sup>14</sup> Vgl. **TRZECIAKOWSKI**, Lech: Preussische Polenpolitik im Zeitalter der Aufstände (1830–1864), in: **ZERNACK**, Klaus (Hg.), Polen und die polnische Frage in der Geschichte der Hohenzollernmonarchie 1701–1871 (= Einzelveröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin, Bd. 33), Berlin 1982, S. 96–110, **JAKUBIAK**, Tadeusz Adam: Kurkowe bractwa strzeleckie w Wielkopolsce, Poznań 1986, **MOLIK**, Witold: Życie codzienne ziemiaństwa w Wielkopolsce w XIX i na początku XX wieku. Kultura materialna, Poznań 1999, **NOWACKI**, Henryk: Folwark w kulturze rolnictwa, in: **KWILECKI**, Andrzej (Hg.), Ziemiaństwo wielkopolskie. W kręgu arystokracji, Poznań 2004, S. 69–92, **BELZYT**, Leszek C.: Pruska statystyka językowa (1825–1911) a Polacy zaboru pruskiego, Mazur i Śląska, Zielona Góra 2013, **KOWALSKI**, Mariusz: Księstwa Rzeczypospolitej. Państwo magnackie jako region polityczny (= Prace geograficzne Nr. 238), Warszawa 2013, **GUT**, Paweł: Ustrój, organizacja i działalność sądownictwa patrymonialnego we schodnich prowincjach Prus w latach 1740–1849. Studium z dziejów instytucji prawnej, in: Naczelna Dyrekcja Archiwów Państwowych, Archiwum Państwowe w Szczecinie (Hg.), Szczecin/Warszawa 2013, **ŁUKASIEWICZ**, Dariusz: Sarmatyzm i Prusy na przełomie XVIII i XIX wieku, Warszawa 2015, **DUDA**, Aneta A.: „Pojedziemy na łów, na łów, towarzyszu mój...” Aspekty ziemiańskiej kultury łowieckiej lat 1850–1939 utrwalone w archiwach rodowych i pamiątkach, in: **DURKI**, Jarosław (Hg.), Ziemiaństwo Kaliskie, Wielkopolskie i Polskie w XIX i XX Wieku (= Zeszyty Kaliskiego Towarzystwa Przyjaciół Nauk, Bd. 15), Kalisz 2015, S. 22–45.

<sup>15</sup> Vgl. **ZERNACK**, Klaus: Das Preußenproblem in der Geschichte Polens, in: **SCHLENKE**, Manfred (Hg.), Preußen Beiträge zu einer politischen Kultur, Bd. 2, Berlin 1981, S. 322–334, **STREITER**, Karl Heink: Die nationalen Beziehungen im Grossherzogtum Posen (1815–1848), in: **ALBERTINI**, Rudolf von, **BITTERLI**, Urs, **BRAUN**, Rudolf et. al. (Hg.), Geist und Werk der Zeiten. Arbeiten aus dem Historischen Seminar der Universität Zürich, Nr. 71, Bern 1986, **SERRIER**, Thomas: Provinz Posen, Ostmark, Wielkopolska. Eine Grenzregion zwischen Deutschen und Polen 1848–1914 (= Materialien und Studien zur Ostmitteleuropa-Forschung, Bd. 12), Marburg 2005, **BÖMELBURG**, Hans-Jürgen, **GESTRICH**, Andreas, **SCHNABEL-SCHÜLE**, Helga: Die Teilungen Polen-Litauens als Zäsur einer europäischen Strukturgeschichte. Komparative Überlegungen jenseits der Nationalgeschichtsschreibung, in: **BÖMELBURG**, Hans-Jürgen **GESTRICH**, Andreas, **SCHNABEL-SCHÜLE**, Helga (Hg.), Die Teilungen Polen-Litauens. Inklusions- und Exklusionsmechanismen – Traditionsbildung – Vergleichsebenen, Osnabrück 2013, S. 9–35, **LOEW**, Peter Oliver: Preussen. Erzwungene Nachbarschaft, in: **HAHN**, Hans Henning, **TRABA**, Robert (Hg.), Deutsch-Polnische Erinnerungsorte, Bd. 1: Geteilt/Gemeinsam, Paderborn 2015, S. 55–82, **NEUBACH**, Helmut: Posen, Preussens ungeliebte Provinz. Kritische Stimmen über eine deutsch-polnische Grenzregion, in: **NEUGEBAUER**, Wolfgang, **KROLL**, Frank-Lothar (Hg.), Forschungen zur Brandenburgischen und preußischen Geschichte. Neue Folge, Bd. 25, Heft 1, Berlin 2015, S. 111–130, **VOLKMANN**, Hans-Erich: Die Polenpolitik des Kaiserreichs. Prolog zum Zeitalter der Weltkriege, Paderborn 2016.

<sup>16</sup> Vgl. **DETTKE**, Barbara: Die Asiatische Hydra. Die Cholera von 1830/31 in Berlin und den preußischen Provinzen Posen, Preußen und Schlesien (= Veröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin, Bd. 89), Berlin 1995, **SACHBE**, Christoph, **TENNSTEDT**, Florian: Geschichte der Armenfürsorge in Deutschland. Vom Spätmittelalter bis zum 1. Weltkrieg, Bd. 1, Zweite, verbesserte und erweiterte Auflage, Stuttgart 1998, **REDDER**, Ute: Die Entwicklung von der Armenhilfe zur Fürsorge in dem Zeitraum von 1871 bis 1933 – eine Analyse unter Aufgaben-, Ausgaben-, und Finanzierungsaspekten am Beispiel der Länder Preußen und Bayern (= Bochumer Wirtschaftswissenschaftliche Studien Bd. 133), Bochum 1993, **DRÖGE**, Kurt: Das Schützenfest – Hüter der Paraden und Ausmärsche, in: **ZIESSOW**, Karl-Heinz, **MEINERS**, Uwe (Hg.), Zur Schau gestellt. Ritual und Spektakel im ländlichen Raum (= Arbeit und Leben auf dem Lande, Bd. 8), Cloppenburg 2003, S. 296–308, **METELING**, Wencke: Adel und Aristokratismus im preußisch-deutschen Weltkriegsoffizierkorps, 1914–1918, in: **CONZE**, Eckart, **METELING**, Wencke, **SCHUSTER**, Jörg und **STROBEL**, Jochen (Hg.), Aristokratismus und Moderne. Adel als politisches und kulturelles Konzept (= Adelswelten Bd. 1), 1890–1945, Köln/Weimar/Wien 2013, S. 215–238, **SCHAMBERGER**, Rolf, **LEUPOLD**, Daniel: Brandschutzgeschichte, 1. Auflage, Stuttgart 2015.

lichte es, wertvolle Vergleiche zu Thurn und Taxis in Krotoszyn zu ziehen.<sup>17</sup> Außerdem berührten auch die deutschen Historiker das Thema Fürstentum Krotoszyn in gewisser Hinsicht. Es handelt sich hier um Publikationen über das Haus Thurn und Taxis, nicht selten aus der Reihe der Thurn und Taxis Schriften.<sup>18</sup> Alle diese Arbeiten griffen das Thema Fürstentum Krotoszyn, wenn überhaupt, dann nur am Rande auf. Anhand der Arbeiten bekommt man allerdings eine ausführliche Synthese der regionalen Entwicklungen im Verlauf der Jahrhunderte in den Gebieten, in denen die fürstlichen Besitzungen einst gelegen waren. Dies vereinfachte wesentlich das Entstehen der vorliegenden Studie in Bezug auf den historischen Kontext in der Region.

Im Rahmen dieser Studie verzichte ich auf jegliche Preis- und Warenwertvergleiche in Bezug auf die Gegenwart. Die Umrechnungen der Talersumme oder sonst irgendeiner Geldsumme aus historischen Zeiten kann nicht immer eine wissenschaftlich nachvollziehbare und präzise Antwort garantieren.<sup>19</sup> Die Beziehung zwischen Münzen aus Edelmetallen anzuwenden, wie Gold und Silber, hat wenig Sinn, da der Stoffwert dieser Me-

---

<sup>17</sup> Vgl. TÖNSMEYER, Tatjana: Adelige Moderne. Großgrundbesitz und ländliche Gesellschaft in England und Böhmen 1848–1918, in: ECKERT, Andreas, RÜCKERT, Joachim (Hg.), Industrielle Welt. Schriftenreihe des Arbeitskreises für moderne Sozialgeschichte, Bd. 83, Wien/Köln 2012.

<sup>18</sup> Vgl. KRÄMER, August: Rückblick auf das Leben Karl Alexanders, Fürsten von Thurn und Taxis, Fürsten zu Buchau und Krotoszyn. Eine biographische Denkschrift, Regensburg 1828, LOHNER, Anton: Geschichte und Rechtsverhältnisse des Fürstenhauses Thurn und Taxis, Regensburg 1895, MEHLER, J. B.: Das fürstliche Haus Thurn und Taxis in Regensburg. Zum 150jährigen Residenz-Jubiläum, Regensburg 1898, PROBST, Erwin: Die Entwicklung der fürstlichen Verwaltungsstellen seit dem 18. Jahrhundert, in: PIENDL, Max (Hg.), Beiträge zur Geschichte Kunst- und Kulturpflege im Hause Thurn und Taxis (= Thurn und Taxis-Studien, Bd. 10), Regensburg 1978, S. 267–351, HARTMAN, Stefan: Der preußische Geheime Etatsminister Friedrich Christoph von Goerne und die polnische Herrschaft Krotoszyn, in: BENNINGHOVEN, Friedrich, PETRY, Ludwig et al. (Hg.), Zeitschrift für Ostforschung. Länder und Völker im östlichen Mitteleuropa, 35. Jahrgang (1986), Heft 1/2, Marburg 1986, S. 62–87, BEHRINGER, Wolfgang: Thurn und Taxis. Die Geschichte ihrer Post und ihrer Unternehmen, München/Zürich 1990, DALLMEIER, Martin, DÜNNINGER, Eberhard, KNEDLIK, Manfred, STYRA, Peter (Hg.): „Dieser glänzende deutsche Hof...“ 250 Jahre Thurn und Taxis in Regensburg; Ausstellung Regensburg, Fürstliches Schloß St. Emmeram 17. Juli bis 20. September 1998, Regensburg 1998, GRILLMEYER, Siegfried: Habsburger Diener in Post und Politik. Das „Haus“ Thurn und Taxis zwischen 1745 und 1867, in: DUCHHARDT, Heinz (Hg.), Veröffentlichungen des Instituts für Europäische Mainz Abteilung für Universalgeschichte, Bd. 194 (= Historische Beiträge zur Elitenforschung Nr. 4), Mainz 2005, KOEPEL, Heinz-Friedrich (Hg.), Landwirte im Osten. Unter den Dächern von Thurn und Taxis, Schotten 2011, STYRA, Peter: Das Fürstliche Haus Thurn und Taxis. Gesamtgeschichte mit Stammfolge, in: Deutsche Fürstenhäuser, Heft 37, Werl 2012, STYRA, Peter: „... Und den Räten ein Automobil...“ Das Haus Thurn und Taxis im Ersten Weltkrieg, in: LÜBBERS, Bernhard, REICHMANN, Stefan (Hg.), Regensburg im Ersten Weltkrieg. Schlaglichter auf die Geschichte einer bayerischen Provinzstadt zwischen 1914 und 1918 (= Kataloge und Schriften der Staatlichen Bibliothek Regensburg, Bd. 10), 1. Auflage, Regensburg 2014, FIEDERER, Fabian: „Weidmanns Heil in seltener Fülle“ Fürst Albert I. von Thurn und Taxis als Jagdherr, in: IMKAMP, Wilhelm, STYRA, Peter (Hg.), „Vieles dort ist Jahrhunderte alt und doch strahlt alles neu...“. Beiträge zu Geschichte und Kunst des Fürstlichen Hauses Thurn und Taxis (= Thurn und Taxis Studien – Neue Folge, Bd. 3), Regensburg 2013, S. 61–104, FIEDERER, Fabian: „... an allen alten Traditionen festhalten“. Lebenswelt und Selbstverständnis des Hochadels am Beispiel des Fürstenhauses Thurn und Taxis in der Zeit Fürst Albert I. (1888–1952), in: IMKAMP, Wilhelm, STYRA, Peter (Hg.), Thurn und Taxis Studien – Neue Folge, Bd. 5, Regensburg 2017, DOLL, Eva-Carolina: Handlungsstrukturen – Die Standesherrschaft Thurn und Taxis in der Epochenwelle zum 19. Jahrhundert unter Fürst Maximilian Karl, in: IMKAMP, Wilhelm, STYRA, Peter (Hg.), Thurn und Taxis Studien – Neue Folge, Bd. 8, Regensburg 2017.

<sup>19</sup> Vgl. GERHARD, Hans-Jürgen, ENGEL, Alexander: Preisgeschichte der vorindustriellen Zeit. Ein Kompendium auf Basis ausgewählter Hamburger Materialien, in: KAUFHOLD, Karl Heinrich, DENZEL, Markus A. (Hg.), Studien zur Gewerbe- und Handelsgeschichte der vorindustriellen Zeit, Nr. 26, Stuttgart 2006, S. 45.

talle einem ständigen Wandel unterlag, was zu Abweichungen führt.<sup>20</sup> Einen wesentlichen Einfluss hat auch die verwendete Umrechnungsmethode. Die verschiedenen Umrechnungsmethoden können zu bedeutenden Ergebnisunterschieden führen.<sup>21</sup>

Der theoretische Teil dieser Arbeit ist komplex. Deshalb werden die theoretischen Besonderheiten der Mikrogeschichte<sup>22</sup> und der Herrschaftstheorie von Max Weber<sup>23</sup> separat behandelt. Die Analyse und die Beschreibung der Entwicklung des Begriffs „Herrschaft“ rundet das gesamte theoretische Gerüst ab. Die Darstellung des historischen Gesamtkontextes im Großherzogtum Posen und in der Provinz Posen war in dieser Studie insofern essentiell, als sie die Mechanismen und wichtigsten Entwicklungen von den Teilungen Polens bis hin zur Wiedererlangung der staatlichen Souveränität Polens nach dem Ersten Weltkrieg verstehen ließ.<sup>24</sup> Berücksichtigt wurden möglichst viele Faktoren und Ereignisse, die für die Gestaltung der politisch-wirtschaftlichen Verhältnisse in diesem deutsch-polnischen (nicht immer stark polarisierten) Umfeld wichtig waren und die aktuelle Situation in diesem Raum gestalteten. Ebenfalls wäre es ohne Beschreibung der Hintergründe, die hinter der „enigmatischen“ Bezeichnung „Standesherren“<sup>25</sup> verbargen, nicht möglich

---

<sup>20</sup> Vgl. **GERHARD**, Hans-Jürgen, **ENGEL**, Alexander: Preisgeschichte der vorindustriellen Zeit, S. 45–47.

<sup>21</sup> Ebd., S. 46–47.

<sup>22</sup> Vgl. **WEBER**, Max: Wirtschaft und Gesellschaft, Grundriss der verstehenden Soziologie, Frankfurt am Main 2008, **WEBER**, Max: Soziologische Grundbegriffe, 6., erneut durchgesehene Auflage, Göttingen 1984, **FITZI**, Gregor: Max Webers politisches Denken, Konstanz 2004, **BRINKHUS**, Jörn: Macht – Herrschaft – Gegenmacht. Überlegungen zu Reichweite und Analysetiefe von Max Webers Herrschaftssoziologie, in: **KROL**, Martin, **LUKS**, Timo, **MATZKY-EILERS**, Michael, **STRAUBE**, Gregor (Hg.), Macht – Herrschaft – Gewalt. Gesellschaftswissenschaftliche Debatten am Beginn des 21. Jahrhunderts (= Verhandlungen mit der Gegenwart, Bd. 1), Münster 2005, S. 167–178.

<sup>23</sup> Vgl. **LEVI**, Giovanni: The Origins of the Modern State and the Microhistorical Perspektive, in: **SCHLUMBOHM**, Jürgen (Hg.), Mikrogeschichte Makrogeschichte komplementär oder inkommensurabel? (= Göttinger Gespräche zur Geschichtswissenschaft, Bd. 7), Göttingen 1998, S. 53–82, **BURGHARTZ**, Susanne: Historische Anthropologie/Mikrogeschichte, in: **EIBACH**, Joachim und **LOTTE**, Günther (Hg.), Kompass der Geschichtswissenschaft. Ein Handbuch, 2. Auflage, Göttingen 2002, S. 206–218, **MEDICK**, Hans: Mikro-Historie, in: **SCHULZE**, Winifred (Hg.), Sozialgeschichte, Alltagsgeschichte, Mikro-Historie. Eine Diskussion, Göttingen 1994, S. 40–53, **SCHLUMBOHM**, Jürgen: Mikrogeschichte-Makrogeschichte: Zur Eröffnung einer Debatte, in: **SCHLUMBOHM**, Jürgen (Hg.), Mikrogeschichte Makrogeschichte komplementär oder inkommensurabel? (= Göttinger Gespräche zur Geschichtswissenschaft, Bd. 7), Göttingen 1998, S. 7–32, **TILLY**, Charles: Micro, Macro, or Megrim?, in: **SCHLUMBOHM**, Jürgen (Hg.), Mikrogeschichte Makrogeschichte komplementär oder inkommensurabel? (= Göttinger Gespräche zur Geschichtswissenschaft, Bd. 7), Göttingen 1998, S. 35–51.

<sup>24</sup> Vgl. z.B. **BROSZAT**, Martin: Zweihundert Jahre deutsche Polenpolitik, Frankfurt am Main 1972, **KOZŁOWSKI**, Jerzy: Wielkopolska pod pruskim zaborem w latach 1815–1918, Poznań 2006,

<sup>25</sup> Vgl. **GOLLWITZER**, Heinz: Die Standesherren. Die politische und gesellschaftliche Stellung der Mediatisierten 1815–1918. Ein Beitrag zur deutschen Sozialgeschichte, 2., durchgesehene und ergänzte Auflage, Göttingen 1964, **SCHIER**, Rolf: Standesherren. Zur Auflösung der Adelsvorherrschaft in Deutschland (1815–1918), in: **CONRAD**, Hermann, **KLEINHEYER**, Gerd, **SCHNEIDER**, Ulrich (Hg.), Studien und Quellen zur Geschichte des deutschen Verfassungsrechts, Reihe A: Studien, Bd. 11, Heidelberg/Karlsruhe, 1978, **FURTWÄNGLER**, Martin: Die Standesherren in Baden (1806–1848). Politische und soziale Verhaltensweisen einer bedrängten Elite (= Europäische Hochschulschriften, Reihe III. Geschichte und ihre Hilfswissenschaften, Bd. 693), Frankfurt am Main 1996, **SCHENK**, Hans Konrad: Hohenlohe vom Reichsfürstentum zur Standesherrschaft. Die Mediatisierung und die staatliche Eingliederung des reichsunmittelbaren Fürstentums in das Königreich Württemberg 1800–1847, Künzelsau 2006, **JUNG**, Frank: Landesherren und Standesherren. Adel und Staat im 18. und 19. Jahrhundert, in: **CONZE**, Eckart, **JENDORFF**, Alexander, **WUNDER**, Heide (Hg.), Adel in Hessen. Herrschaft, Selbstverständnis und Lebensführung vom 15. bis ins 20. Jahrhundert (= Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Hessen, Bd. 70), Marburg 2010, S. 87–113, **MATZERATH**, Josef: Der Adel und sein Funktionswandel in der Öffentlichkeit, in: **CONZE**, Eckart, **METELING**, Wencke, **SCHUS-**

## *Einleitung*

gewesen, den Kern des Themas zu erfassen, da das Fürstentum Krotoszyn eine Standesherrschaft der Fürsten von Thurn und Taxis war.

Die Vorgeschichte der fürstlichen Besitzungen und des Hauses Thurn und Taxis wurde in dieser Arbeit ebenfalls dargestellt sowie die Entstehung des Fürstentums Krotoszyn samt begleitenden Besonderheiten und territorialen sowie rechtlichen Veränderungen; dies alles in Unterkapitel 2.1. Auch die Funktionsweise und Geschichte der fürstlichen Gerichtsbarkeit, die Bevölkerungsentwicklung, die kurze Analyse der fürstlichen Wirtschaftsweise und Einnahmen aus dem Fürstentum Krotoszyn sind in dieser Studie im selben Unterkapitel 2.1 enthalten. Die Klärung und Beschreibung der fürstlichen Verwaltung war essentiell, da die vorliegende Arbeit sich in erster Linie mit der Tätigkeit der fürstlichen Beamten beschäftigt. Aus dem Grund widmet sich das Unterkapitel 2.2 in verschiedenen Aspekten dieser Thematik. Insbesondere soll dadurch das Leben der Beamten im geschäftlichen Alltag, in Krisensituationen, ihr Handeln und die Funktionsweise der fürstlichen Verwaltungsstelle beleuchtet werden, um die Entscheidungsprozesse im Fürstentum Krotoszyn besser verorten zu können. Auch die Karrierewege und Entwicklung der fürstlichen Beamten im Fürstentum Krotoszyn steht im Visier der Studie sowie ihre Schicksale. Erwähnung findet auch die Darstellung der fürstlichen Mitarbeiter und der fürstlichen Herrschaft in der Presse.

Da sich die weiteren Einzelkapitel im Hauptteil mit unterschiedlichen Handlungs- und Herrschaftsbereichen wie z.B. Armenpflege oder Brandvermeidung beschäftigen, war es in den Einzelkapiteln selbst nötig, die kontextuellen Gegebenheiten kurz zu beschreiben. Deshalb beinhaltet diese analytische Studie die nötige thematische Hintergründe im Bereich der Schützenbruderschaften, Armenpflege, Brandvermeidung und Bekämpfung sowie Reisen. Ziel ist es, verschiedene Aspekte der Herrschaft aus unterschiedlichen Themenfelder herauszuarbeiten. Exemplarisch soll beispielsweise das Kapitel 3.1 über die fürstlichen Reisen in das Fürstentum Krotoszyn Erkenntnisse über die fürstliche Herrschaftspraxis vor Ort während dieser seltenen Aufenthalte liefern. Auch die Dokumentierung der fürstlichen Präsenz spielt hier eine bedeutende Rolle, daneben auch die Kontakte mit den örtlichen Notabeln und der Bevölkerung sowie die Unterschiede zwischen den ersten und den letzten fürstlichen Reisen. Das Kapitel 3.2 über die Armenpflege und Armenunterstützung bildet im gewissen Sinne ein thematisches Extremum im Vergleich zu den fürstlichen Reisen, da dieser Bereich der Untersuchung die Alltagspraxis der fürstlichen Beamten im Fürstentum Krotoszyn aufzeigen soll und somit im Kontrast zu den Reisen steht. In dem Zusammenhang spielen aber auch die rechtlichen Veränderungen in

---

TER, Jörg und STROBEL, Jochen (Hg.), *Aristokratismus und Moderne. Adel als politisches und kulturelles Konzept, 1890–1945* (= *Adelswelten* Bd. 1), Köln/Weimar/Wien 2013, S. 77–91.

## *1. Theorie, Methoden und geschichtliche Entwicklungen*

Preußen eine wichtige Rolle. Dagegen ist das Kapitel 3.3 über die Spende für die Errichtung Denkmals von Mieszko I und Bolesław Chrobry als eine Nahaufnahme aus der Autonomiezeit des Großherzogtums Posen und der deutsch-polnischen Zusammenarbeit und Akzeptanz gedacht, was wiederum mit den späteren Entwicklungen in der Provinz Posen kontrastiert. Im Kapitel 3.4 stehen die Schützenvereine im Fürstentum Krotoszyn im Mittelpunkt, insbesondere der Schützenverein aus Krotoszyn und der herrschaftliche Umgang mit diesem Verein, der bis in die letzten Jahre vor dem Ersten Weltkrieg dynamischen Veränderungen unterlag. Das Kapitel 3.5 dokumentiert die fürstlichen Maßnahmen bei Bränden und die damit verbundene Fürsorge im Fürstentum Krotoszyn beispielsweise in Bezug auf die Bauweise, Prämien für Hilfeleistungen oder den Ankauf von Feuerspritzen. Schließlich wird im Kapitel 4 das Ende des Fürstentums Krotoszyn und dessen politisch-militärische Ursachen beschrieben. Ebenso wird auf die finanziellen Ansprüche des Fürsten nach der Enteignung durch die Zweite Republik Polen eingegangen. Abschließend werden im Kapitel 5 die fürstliche Herrschaft in Bezugnahme auf die Hypothesen analysiert und die Forschungsergebnisse präsentiert und kritisch erläutert. Kapitel 6 fasst die Ergebnisse und die einzelnen Untersuchungsspektren der vorliegenden Studie zusammen, worauf im Kapitel 7 ein Ausblick folgt.

# 1. Theorie, Methoden und geschichtliche Entwicklungen

## 1.1 Mikrogeschichte

„Die Theorie ist das Netz, das wir auswerfen, um 'die Welt' einzufangen, – sie zu rationalisieren, zu erklären und zu beherrschen. Wir arbeiten daran, die Maschen des Netzes immer enger zu machen“<sup>26</sup>

Die Theorie ist also etwas, was die Sortierung und eine wissenschaftliche Analyse möglich macht und die Arbeit erleichtert. Sie dient dazu, die komplexe Materie der Texte und Daten zu strukturieren. Doch die Suche nach einem passenden, geeigneten und gleichzeitig erwünschten theoretischen Werkzeug, das wie ein Netz die zu erforschende Welt einfängt, ist nicht einfach. Dies betrifft auch die Beschreibung jeder Theorie selbst, die der Analyse stets vorangeht. Letztendlich ist die Theorie nur ein Hilfsmittel um bestimmte Ereignisse, Situationen und Gesamtkonzepte zu erfassen und sie so in den wissenschaftlichen Diskurs einzubringen. Der Autor und seine Interpretation der Quellen und des The-

---

<sup>26</sup> POPPER, K.R.: Logik der Forschung, Tübingen 1994, S. 31.

## 1.1 Mikrogeschichte

mas sind entscheidend. Diese Ansicht teilt auch der Historiker und gleichzeitig mikrogeschichtlicher Theoretiker Giovanni Levi:

„Concepts are therefore cold tools taken from the baggage of academic science: they are useful in interpretation but it is only in that function that they acquire concrete reality and specificity. Theories do not arise out of interpretation. Theory has only a small part to play as handmaiden to the much larger role of the interpreter.“<sup>27</sup>

Die komplexen und multidimensionalen Herrschaftskonstellationen im Fürstentum Krotoszyn und seine einzelnen Phänomene möchte ich anhand mikrogeschichtlicher Methoden untersuchen. Doch was versteht man unter „Mikrogeschichte“?

„Als Mikrohistorie oder Mikrogeschichte bezeichnet man eine Konzeption von Geschichtswissenschaft, die ihr Interesse auf besonders kleine Forschungsgegenstände richtet. Im Gegensatz zu einer Makroperspektive, die auf große geschichtliche Zusammenhänge blickt, konzentriert sie sich auf eng begrenzte Forschungsfelder, verfolgt jedoch ein ähnliches Ziel, indem sie aus der Betrachtung des Kleinen Aufschlüsse über die Gestalt des Großen zu gewinnen versucht.“<sup>28</sup>

Mikrogeschichte versucht sich als Gegenbewegung zu der historiographischer Sichtweise auf das geschichtliche Geschehen und die damit verbundenen großen Ereignissen zu platzieren.<sup>29</sup> Laut Levi ist Mikrogeschichte eine historiographische Praxis, die jedoch auf verschiedene Theorien Bezug nimmt.<sup>30</sup> In dem Sinne ist sie eine Methode, eine mögliche Herangehensweise an die Betrachtung geschichtlicher Ereignisse, keine Theorie.<sup>31</sup> Sie beschäftigte sich in der Vergangenheit insbesondere mit den sog. „unteren Schichten“ und nicht mit den „Eliten“.<sup>32</sup> Diese tendenzielle Ausrichtung kann dadurch erklärt werden, dass viele Historiker, die in enger Verbindung mit der Mikrogeschichte standen, unter dem Einfluss des Marxismus standen, politisch links und radikal säkular orientiert waren.<sup>33</sup> Levi als einer der führenden mikrogeschichtlichen Experten äußert sich bezüglich Mikrogeschichte folgendermaßen:

“Microhistory, in common with all experimental work, has no body of established orthodoxy to draw on. [...] Microhistory as a practice is essentially based on the reduction of the scale of observation, on a microscopic analysis and an intensive study of the documentary material. [...] For microhistory the reduction of scale is an analytical procedure, which may be applied anywhere independently of the dimensions of the object analysed.“<sup>34</sup>

---

<sup>27</sup> LEVI, Giovanni: On Microhistory, in: BURKE, Peter (Hg.), *New Perspectives on Historical Writing*, University Park 1992, S. 93–113; S. 100.

<sup>28</sup> JORDAN, Stefan: Theorien und Methoden der Geschichtswissenschaft, in: LANDWEHR, Achim (Hg.), *Orientierung Geschichte*, Paderborn 2009, S. 155.

<sup>29</sup> Vgl. SCHLUMBOHM, Jürgen: Mikrogeschichte-Makrogeschichte: Zur Eröffnung einer Debatte, in: SCHLUMBOHM, Jürgen (Hg.), *Mikrogeschichte Makrogeschichte komplementär oder inkommensurabel?* (= Göttinger Gespräche zur Geschichtswissenschaft, Bd. 7), Göttingen 1998, S. 7–32; S. 19.

<sup>30</sup> Vgl. LEVI, Giovanni: On Microhistory, University Park 1992, S. 93.

<sup>31</sup> Ebd., S. 93.

<sup>32</sup> Vgl. SCHLUMBOHM, Jürgen: Mikrogeschichte-Makrogeschichte, Göttingen 1998, S. 20.

<sup>33</sup> Vgl. LEVI, Giovanni: On Microhistory, University Park 1992, S. 94.

<sup>34</sup> LEVI, Giovanni: On Microhistory, University Park 1992, S. 93–95.



## *1.1 Mikrogeschichte*

Die untersuchten Objekte können also von unterschiedlicher Größe sein, wichtig ist das „Einzoomen“ der Interessenzonen. Die Reduktion der Skalengröße und eine umfangreiche Untersuchung der Quellen oder Dokumente sind bei der Mikrogeschichte essentiell. Mikrogeschichte ist keine einheitliche Richtung. Sie will keiner Schule anzugehören und auch keine sein. Somit hat sie auch kein orthodoxes Programm oder ein gemeinsames Manifest entwickelt, ihre Anwendungsmuster sind flexibel und fließend.<sup>35</sup> Durch eine universelle Methode wie diese wird indirekt Pluralismus bei der Geschichtswissenschaft gefördert, die auf diese Weise nicht durch zeitliche „Theorie-Moden“ eingegrenzt wird. Makrogeschichte konzentriert sich auf größere Objekte, sie vergrößert die Skala der Observation.<sup>36</sup> Mikrogeschichtliche Analyse verkleinert diese Skala, ähnlich wie ein Mikroskop und setzt dort ein, wo Makrogeschichte bestimmte Probleme oder Untersuchungsfelder nicht definiert oder nicht gesehen hat.<sup>37</sup> Die beiden Methoden unterscheiden sich aus dem Grund auch stark. Im Untersuchungsfeld der Mikrogeschichte liegen die Deutungen der Menschen und ihrer Vorstellungswelten; die Analyse von kleinen Gegenständen soll Aufschlüsse über größere Untersuchungsobjekte liefern.<sup>38</sup> Die planmäßige Darstellung vom „Kleinen“ ist nicht der einzige Zweck. Das „Kleine“ soll im Endeffekt also auch auf das „Große“ verweisen.<sup>39</sup> Somit existiert eigentlich kein Widerspruch zwischen der Mikro- und Makrogeschichte.<sup>40</sup> Wichtig bei einer mikrogeschichtlichen Analyse sind – ähnlich wie bei der historischen Anthropologie – Faktoren wie der Wandel von Menschenbildern innerhalb der sich verändernden Diskurse und die damit verbundenen medialen Bedingungen, sozialen Praktiken und symbolischen Formen der Organisation und Regulation vom Leben in der Gesellschaft und schließlich der Geschichtlichkeit der menschlichen Kultur.<sup>41</sup>

Die Mikrogeschichte versucht nicht die kleinen Untersuchungsgegenstände zu beschreiben, sondern konzentriert sich auf den Blick in die Mikrosphäre.<sup>42</sup> Sie zeichnet sich durch besondere Vielfalt des Interpretationsspektrums aus und versucht unterschiedliche Perspektiven zu deuten. Der breitere geschichtliche Kontext soll dabei angedeutet werden.<sup>43</sup> Diese methodologische Vorgehensweise manifestiert und entfaltet sich an kleinen Ereignissen und Handlungen in einem Untersuchungsobjekt wie z.B. dem Fürstentum Kro-

---

<sup>35</sup> Vgl. **SCHLUMBOHM**, Jürgen: Mikrogeschichte-Makrogeschichte, Göttingen 1998, S. 27.

<sup>36</sup> Vgl. **LEVI**, Giovanni: The Origins of the Modern State and the Microhistorical Perspective, in: **SCHLUMBOHM**, Jürgen (Hg.), Mikrogeschichte Makrogeschichte komplementär oder inkommensurabel? (= Göttinger Gespräche zur Geschichtswissenschaft, Bd. 7), Göttingen 1998, S. 53–82; S. 55.

<sup>37</sup> Ebd., S. 55.

<sup>38</sup> Vgl. **JORDAN**, Stefan: Theorien und Methoden der Geschichtswissenschaft, S. 157.

<sup>39</sup> Ebd., S. 158.

<sup>40</sup> Ebd., S. 158.

<sup>41</sup> Ebd., S. 158.

<sup>42</sup> Vgl. **MEDICK**, Hans: Mikro-Historie, in: **SCHULZE**, Winifred (Hg.), Sozialgeschichte, Alltagsgeschichte, Mikro-Historie. Eine Diskussion, Göttingen 1994, S. 40–53; S. 40.

<sup>43</sup> Vgl. **MEDICK**, Hans: Mikro-Historie, Göttingen 1994, S. 40.

## 1.1 Mikrogeschichte

toszyn. Die Erkenntnismöglichkeiten werden mit Hilfe mikroskopischer Nahaufnahmen gewonnen, was die historischen Erkenntnismöglichkeiten von Rekonstruktion und Deutung der Geschichte wesentlich erweitert.<sup>44</sup> Die wechselseitige Beziehung zwischen umfassenden Strukturen des Fürstentums und der Praxis der einzelnen Akteure zwischen Lebens- und Herrschaftsverhältnissen und ihren Verhaltensweisen soll mit Hilfe der Quellen (seien es Berichte, Rapporte, Urkunden, Daten oder sonstige Quellen) herausgearbeitet werden. Mit Hilfe der Mikrogeschichte ist es eben möglich diese historischen Besonderheiten genau zu untersuchen. Das betrifft sowohl ökonomische, soziale als auch politisch-herrschaftliche Standpunkte, die ins Visier der lebensgeschichtlichen Zusammenhänge genommen werden.<sup>45</sup> Handlungszusammenhänge sowie Beziehungsnetze unter Berücksichtigung der gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Merkmale sind bei einer solchen Analyse ebenfalls wichtig und helfen die historischen Prozesse und Strukturen zu erfassen.<sup>46</sup> Bei einer mikrogeschichtlichen Untersuchung sind Quellen und Daten unabdingbar. Die untypischen bzw. außergewöhnlichen Quellen oder Ausnahmefälle (sog. „außergewöhnlich Normale“<sup>47</sup>), falls sie feststellbar sind, dürfen daher nicht ausgelassen werden, da sie ein Charakteristikum der mikrogeschichtlichen Analyse bilden.<sup>48</sup> Sie erhellen die historische Rekonstruktion der alltäglichen Geschehen und Handlungen und führen in der Regel zu wertvollen Erkenntnissen.<sup>49</sup> Im statistischen Sinne können zwar solche Fälle als Ausnahmen bzw. Grenzfallerscheinungen betrachtet werden, entscheidend ist dabei jedoch, wie signifikant und aussagekräftig die ausgewählten Quellenbeispiele sind.<sup>50</sup>

Bei der Mikrogeschichte resultiert die soziale Struktur letztendlich aus der Interaktion einzelner Akteure, die nur aus großer Nähe wiedergegeben werden kann.<sup>51</sup> Mikrogeschichte hat den Anspruch die Vergangenheit mit all ihren Facetten kennenzulernen, die Details zu betrachten und sie in einen Kontext zu setzen. Mikrogeschichte betont den kontextuellen Zusammenhang stark, vermeidet ethnozentrische Kategoriensysteme, weist Relativismus ab. Sie ordnet sich keinen linearen Modellen unter und strebt Multiperspektivität an.<sup>52</sup> Neben Relativismus entkräftet Mikrogeschichte auch den Irrationalismus und

---

<sup>44</sup> Ebd., S. 44.

<sup>45</sup> Ebd., S. 45.

<sup>46</sup> Ebd., S. 45.

<sup>47</sup> Der Terminus „eccezzionalmente normale“ („außergewöhnlich Normale“) wurde von dem italienischen Historiker Edoardo Grendi etabliert. Siehe **MEDICK**, Hans: Mikro-Historie, in: **SCHULZE**, Winifred (Hg.): Sozialgeschichte, Alltagsgeschichte, Mikro-Historie. Eine Diskussion, Göttingen 1994, S. 40–53; S. 47.

<sup>48</sup> Vgl. **MEDICK**, Hans: Mikro-Historie, Göttingen 1994, S. 47.

<sup>49</sup> Ebd., S. 47.

<sup>50</sup> Ebd., S. 47.

<sup>51</sup> Vgl. **BURGHARTZ**, Susanne: Historische Anthropologie/Mikrogeschichte, in: **EIBACH**, Joachim und **LOTES**, Günther (Hg.), Kompass der Geschichtswissenschaft. Ein Handbuch, 2. Auflage, Göttingen 2002, S. 206–218; S. 214–215.

<sup>52</sup> Vgl. **BURGHARTZ**, Susanne: Historische Anthropologie/Mikrogeschichte, Göttingen 2002, S. 215–216.

## *1.1 Mikrogeschichte*

die Reduktion der geschichtswissenschaftlichen Arbeiten auf Rhetorik, die nur die Texte interpretieren, anstatt die Ereignisse zu deuten.<sup>53</sup> Die mikrogeschichtliche Perspektive erlaubt wertvolle Erkenntnisse über die Vergangenheit zu gewinnen ohne dabei in eine Allgemeinheit der Makroperspektive zu geraten. Sich nur auf die Makrogeschichte zu konzentrieren, kann zwar dazu führen, dass man wichtige Einzelheiten übersieht, gleichzeitig darf man jene Perspektive nicht ganz außen vor lassen, da die Makrogeschichte der Mikrogeschichte den Blick auf die allgemeine historische Probleme und Mechanismen innerhalb der Gesellschaft eröffnet, auch wenn man nur eine kleine lokale Gesellschaft untersucht.<sup>54</sup>

Mikrogeschichte unternimmt den Versuch, fließende Konzepte zu konstruieren, die ohne Vorurteile über die sozialen und kulturellen Eigenschaften arbeiten; sie fordert eine Analyse, die Vereinfachungen vermeidet und auf dualistische Hypothesen, Polarisierung sowie rigide Typologien verzichtet.<sup>55</sup> Diese Herangehensweise passt auch zu Webers Herrschaftstheorien, da er die Herrschaftsidealtypen nur als Orientierungspunkte benutzt und die Existenz von Idealtypen in der Realität in Frage stellt.<sup>56</sup> Die Menschen sind aus der mikrogeschichtlichen Perspektive nicht als willenlose anonymen Individuen zu betrachten, sondern als Handelnde mit eigenen Interessen, Zielen, Strategien und lebendigen sozialen Beziehungen.<sup>57</sup> Wenn man beispielweise mikrogeschichtlich ein Markt untersucht, der bisher als selbstregulierend galt und wenn man die Skala der Observation auf ein bestimmtes Areal oder Kleinregion reduziert, dann stellt sich in der Regel heraus, dass der Handel viel komplexer und sowohl die sozialen, als auch die persönlichen Beziehungen entscheidend waren, insbesondere wenn man die Preissetzung, das Timing und den Verkauf von Grund und Boden betrachtet.<sup>58</sup>

Die Zusammenarbeit der mikrogeschichtlichen und der makrogeschichtlichen Sichtweise in Bezug auf die Geschichte ist fruchtbar und führt zu einer breiteren Interpretation. Es ergibt sich daraus die Möglichkeit die größeren Einheiten und Themen, die in der Makrosphäre funktionieren, durch Detailansichten zu ergänzen und neue, auch unentdeckte Aspekte, zu beleuchten. Diese Mischung bereichert die Analyse und Deutung geschichtlicher Ereignisse. In meinem Projekt beruht die makrogeschichtliche Betrachtung insbesondere auf der deutschen Herrschaftspraxis in Großpolen im preußischen Teilungsgebiet sowie dem Bild vom hochadeligen Großgrundbesitzertum in der Provinz Posen im 19.

---

<sup>53</sup>Vgl. LEVI, Giovanni: *On Microhistory*, University Park 1992, S. 95.

<sup>54</sup> Vgl. MEDICK, Hans: *Mikro-Historie*, Göttingen 1994, S. 48–49.

<sup>55</sup>Vgl. LEVI, Giovanni: *On Microhistory*, University Park 1992, S. 110.

<sup>56</sup> Vgl. WEBER, Max: *Wirtschaft und Gesellschaft*, Grundriss der verstehenden Soziologie, Frankfurt am Main 2008, S. 160.

<sup>57</sup> Vgl. SCHLUMBOHM, Jürgen: *Mikrogeschichte-Makrogeschichte*, Göttingen 1998, S. 20 und S. 22.

<sup>58</sup> Vgl. LEVI, Giovanni: *On Microhistory*, University Park 1992, S. 93–113; S. 97–98.

## 1.1 Mikrogeschichte

Jahrhundert. Die Mikrogeschichte erlaubt verschiedene Aspekte im Fürstentum Krotoszyn zu untersuchen, weil ihr Konzept flexibel und uneinheitlich ist. Das klingt vielleicht auf den ersten Blick verwirrend, aber fließende Grenzen der mikrogeschichtlichen Analyse erlauben es eben den Kern der in den Quellen abgebildeten sozialen Beziehungen näher zu kommen. Es ist somit ein universelles Werkzeug, das sich in der Praxis als anwendbar erweist und sich für mein Projekt als eine Methode perfekt eignet, da dem Forscher viel Freiraum bezüglich der Anwendung gelassen wird. Schließlich sind kleinere geschichtliche Einheiten und Gruppierungen auch dazu berechtigt, untersucht zu werden.<sup>59</sup> Mikrogeschichte schärft dabei den Blick auf dieselben.

Das folgende Beispiel Tillys zeigt, dass es oft schwierig ist, Zusammenhänge zu erfassen oder ein Gesamtkonzept, hier etwa von einer sozialen Gruppe, zu erstellen:

„Suppose you interview your neighborhood skinhead, asking how he sees himself and the world. Next you witness a motorcycle rally of skinheads, including your neighbor, and hear them shout >>freedom for skinheads.<< You then sit through a session of your national parliament, where you see a deputy denounce skinheads as a menace to democracy. Thereafter you read a grave social historian who traces skinheads back to disruption of coherent communities by globalization, by television, by capitalism, or perhaps by all of them. Finally you try to trace causal connections among your four different exposures to skinheads. Result: a vicious, vibrating megrim, a massive headache occupying fully half your brain.”<sup>60</sup>

Es bereitet gar schon Probleme für sich allein eine persönliche Vorstellung eines Phänomens zu bilden, wenn man verschiedene Erfahrungen und Perspektiven mit einbezieht. Diversität, die Individualität jeder Person, ihre zahlreichen Verflechtungen, bewirken, dass am Ende ein scheinbar einheitliches Bild bei detaillierter Betrachtung gar nicht mehr so einheitlich erscheint, sondern vielmehr diffus wirkt und sich wie ein Geflecht vor einem aufbäumt. Die Verbindungen, das Zusammenfügen der einzelnen Fäden zu einem Netz, stellt – wie es Rancière<sup>61</sup> nennt – ein historiographisches Dilemma dar. So werden beispielsweise Veränderungen unterschiedlich wahrgenommen. Unter dem Mikroskop betrachtet erscheinen beispielsweise einzelne gesellschaftliche Organe als ein Netzwerk, als ein Zusammenspiel einzelner Elemente. Jene zu vereinigen und auf einen Nenner zu bringen ist in der Tat kompliziert. Unentbehrlich bei der mikrogeschichtlichen Herangehensweise ist daher auch eine theoretische Grundlage, die in der Lage ist, die Netzwerke aus einer holistischen Sicht zu betrachten.

---

<sup>59</sup> Vgl. SCHLUMBOHM, Jürgen: Mikrogeschichte-Makrogeschichte, Göttingen 1998, S. 31–32.

<sup>60</sup> Vgl. TILLY, Charles: Micro, Macro, or Megrim?, in: SCHLUMBOHM, Jürgen (Hg.), Mikrogeschichte Makrogeschichte komplementär oder inkommensurabel? (= Göttinger Gespräche zur Geschichtswissenschaft, Bd. 7), Göttingen 1998, S. 35–51; S. 35.

<sup>61</sup> RANCIÈRE, Jaques zitiert nach TILLY, Charles: Micro, Macro, or Megrim?, Göttingen 1998, S. 37.

## *1.2 Herrschaftsbegriff und seine Interpretationen*

Max Weber als Vertreter des rationalen Realismus gelingt es in seiner Herrschaftstheorie die individuelle Ebene mit den sozialen Strukturen zusammenzubringen, aufbauend auf der Erkenntnis, dass die Interaktionen sowie sozialen Bindungen einen zentralen Punkt der gesellschaftlichen Lebens darstellen,<sup>62</sup> aus denen sich Regeln und eingefahrene Herrschaftsstrukturen ergeben. Die Regeln und Strukturen ordnen die Gesellschaft nicht nur, sondern geben vice versa auch deren Komplexität wieder und beziehen sich auch unmittelbar auf die Herrschaft, die ja Thema der vorliegenden Arbeit ist. Es gibt, wie wir bereits gesehen haben, zahlreiche Theorien, die das Phänomen der Herrschaft beschreiben und eine Form der Analyse für wissenschaftliche Zwecke bieten. Das Fürstentum Krotoszyn entstand im Jahre 1819. Im Verlauf der Jahrzehnte spürte man den Einfluss bzw. die Folgen historischer Geschehnisse wie des Novemberaufstands im Königreich Polen, des Völkerfrühlings und der damit verbundenen Kämpfen in Großpolen, des Januar-Aufstand in Kongresspolen sowie der Germanisierungspolitik in den letzten Jahrzehnten vor dem Ersten Weltkrieg. Daraus resultierenden Veränderungen in der Region und Gesellschaft, die unterschiedliche Anpassungsformen auch bei den standesherrschaftlichen Verwaltungsinstanzen erzwangen. Wie dies in Detail auf der Mikroebene aussah, werden die Einzelbetrachtungen und die Analyse zum Schluss der Untersuchungen im Empirieteil zeigen.

## 1.2 Herrschaftsbegriff und seine Interpretationen

Der Herrschaftsbegriff ist für die vorliegende Untersuchung zentral. Der Terminus „Herrschaft“ wird jedoch unterschiedlich aufgefasst. Die folgende Auseinandersetzung mit den verschiedenen Definitionen und Theorien zeigt die Multidimensionalität des Begriffs. Diese Multidimensionalität wird sich später auch in der Analyse der Herrschaft und Herrschaftspraxis im Fürstentum Krotoszyn unter Thurn und Taxis widerspiegeln. Die Definition des Brockhaus lautet:

„Unter H. versteht man allg. die universell verbreitete, institutionalisierte Form der Machtausübung, der sozialen Über- und Unterordnung. H. strukturiert Beziehungen zw. Einzelnen Menschen, Gruppen oder Institutionen und dient so der Ordnungsbildung. [...] Von bloß punktuellm Zwang und Willkür unterscheidet sich H. durch Berechenbarkeit, die das H.-Verhältnis rationalisiert.

H. ist zugleich eine Erscheinung in Teilbereichen der Gesellschaft, in denen Über- und Unterordnung stattfindet, etwa in Familie, Unternehmen, Institutionen (Schule, Univ.) und Organisationen (Parteien, Gewerkschaften, Verbände). Ihre Formen reichen hier von kaum formalisierter und durch soziale Erwartungen strukturierter H.

---

<sup>62</sup> Vgl. TILLY, Charles: Micro, Macro, or Megrim?, Göttingen 1998, S. 41.

## 1.2 Herrschaftsbegriff und seine Interpretationen

bis hin zu rechtlich gefasster H. von >>natürlicher<<Hierarchie bis hin zu freier Übereinkunft unter Gleichgeordneter.“<sup>63</sup>

Diese Definition von Herrschaft macht es also möglich, die Beziehungen innerhalb der Gesellschaft und die Herrschaftsnetze zu rekonstruieren. Dieselbe hat demnach nichts mit Zwang und Willkür zu tun, sondern sie ist vielmehr ein institutionalisiertes und komplex organisiertes Verhältnis zwischen Menschen, das sanktioniert ist. Die Reichweite der Herrschaft kann sowohl auf rechtlich gestützten, als auch nicht formalisierten Formen basieren. Immanuel Kant bezeichnete Herrschaft des Staates als stabilisierendes Element der Gesellschaft, die jedoch ein Wertesystem braucht um die gewalttätige Natur des Menschen zu hemmen.<sup>64</sup> Geschichtlich gesehen unterlag jede Herrschaft und ihre Formen ständigem Wandel, beginnend vom Hausherr („pater familias“), über Herrschaft über Personen und/oder Eigentum.<sup>65</sup> In der Neuzeit personifizierte man die Herrschaft mit dem Staat, der als politische Einheit gesehen wurde.<sup>66</sup> Im 18. Jahrhundert begann der Übergang von der personalen zur abstrakt-theoretischen Herrschaft.<sup>67</sup> Dieser Trend zur Entpersonalisierung der Herrschaft steht mit der Genese des Rechtsstaates in Verbindung. Beim Rechtsstaat garantieren die Gesetze die Rationalität der Herrschaft.<sup>68</sup> Aus Sicht des Liberalismus lässt sich Herrschaft mit solchen Instrumenten wie die „verfassungsmäßige Regierung“ oder „gesetzmäßige Verwaltung“ kontrollieren. Im Zentrum der sozialistischen Vorstellungen der Herrschaft standen sozialer Ausgleich und sozialer Besserstellung der benachteiligten Klassen im Vordergrund, was wiederum der Marxismus mit der Forderung nach „Diktatur des Proletariats“ radikalisierte.<sup>69</sup>

Wenn man sich der Soziologie zuwendet, findet man eine kürzere, jedoch konkrete Definition:

„Herrschaft, [...] legitime Macht, d.h. von den Betroffenen als rechtmäßig anerkannte Macht einer sozialen Instanz, insbesondere von Organisationen und gemeinsam dominierenden Gruppen. [...] H. gilt als Schlüsselkategorie für die Erklärung gesellschaftlicher Strukturen, Konflikte, kooperativer Beziehungen, Erscheinungen des Wandels. Die Kritik am H.begriff betont den historischen Charakter von H., insbesondere die sozialen Folgen von H. und die Aufhebbarkeit des Legitimitätsverständnisses.“<sup>70</sup>

---

<sup>63</sup> Brockhaus. Enzyklopädie in 30 Bänden, Bd. 12 HANF–HURR, 21., völlig neu bearbeitete Auflage, Leipzig/Mannheim 2006, S. 364.

<sup>64</sup> Vgl. Brockhaus. Enzyklopädie in 30 Bänden, Bd. 12 HANF–HURR, 21., völlig neu bearbeitete Auflage, Leipzig/Mannheim 2006, S. 364.

<sup>65</sup> Ebd., S. 366.

<sup>66</sup> Ebd., S. 366.

<sup>67</sup> Ebd., S. 366.

<sup>68</sup> Ebd., S. 366.

<sup>69</sup> Ebd., S. 366.

<sup>70</sup> FUCHS-HEINRITZ, Werner, LAUTMANN, Rüdiger, RAMMSTEDT, Otthein, WIENOLD, Hanns (Hg.): Lexikon zur Soziologie, 4., grundlegend überarbeitete Auflage, Wiesbaden 2007, S. 270.

## 1.2 Herrschaftsbegriff und seine Interpretationen

Von Herrschaft ist es also immer die Rede, wenn eine legitime und anerkannte Macht vorliegt. Dieser Legitimität kann jedoch einer Erosion unterliegen und somit den Umsturz des Herrschaftssystems verursachen oder die Veränderungen innerhalb des Machtgefüges beschleunigen. Legitimität wird hier verstanden als:

„Allgemeine Bezeichnung dafür, dass Herrschende, politische Bewegungen und Institutionen aufgrund ihrer Übereinstimmung mit Gesetzen, Verfassungen, Prinzipien oder aufgrund ihrer Leistungsfähigkeit für allgemein anerkannte Ziele akzeptiert, positiv bewertet und für rechtmäßig gehalten werden.“<sup>71</sup>

Im Wörterbuch der Soziologie wird beim Begriff Herrschaft insbesondere die Definition von Herrschaft nach Max Weber rezipiert, inklusive die drei reinen Typen legitimer Herrschaft. Zudem wird auf die lange Entwicklung des Herrschaftsdiskurses hingewiesen. Von Platon in der Antike, über Machiavelli und seinen Methoden monarchischer Herrschaft, T. Hobbes Vertragstheorie bis hin zu modernen forschungstheoretischen Ansätzen wie von Karl Otto Hondrich (leistungs- und entscheidungstheoretischer Ansatz), Jürgen Habermas (Diskurstheorie), Ralf Dahrendorf (Konflikttheorie), Niklas Luhmann (Systemtheorie), Pierre Bourdieu (Habituskonzept), Anthony Giddens (Theory of Structuration), Karola Maltry (feministische Ansätze) sowie Michel Foucault und seine Disziplinierungsansätze, die zur Pluralität der aktuellen Herrschaftsinterpretationen und damit verbundenen Theorien beitragen.<sup>72</sup>

In der anglo-amerikanischen soziologischen Forschung wird Herrschaft als Fähigkeit anderen den eigenen Willen zu oktroyieren aufgefasst.<sup>73</sup> Herrschaft ist insofern etwas Relationales, da die Akteure immer eine theoretische Möglichkeit haben, sich dem Herrscher zu widersetzen. Somit steht im Gegensatz zur Idee Webers im anglo-amerikanischen Kontext die Herrschaft über den anderen im Zentrum. In „International Encyclopedia of Sociology“ wird auf eine aufschlussreiche Art und Weise das Zusammenspiel zwischen Legitimität und Autorität in Bezug auf Herrschaft präsentiert:

---

<sup>71</sup> Ebd., S. 391.

<sup>72</sup> Vgl. SAHNER, Heinz: Herrschaft, in: ENDRUWEIT, Günter, TROMMSDORFF, Gisela, BURZAN, Nicole (Hg.), Wörterbuch der Soziologie, 3., völlig überarbeitete Auflage, München 2014, S. 169.

<sup>73</sup> „Power is an 'essentially contested and complex term' (Lukes 1974: 7). Some theorists define power as the capacity to act ('power to'). Hobbes's (1985[1641]: 150) definition of power as a person's 'present means... to obtain some future apparent Good' is a classic example of this understanding of power. Others define power as getting someone else to do what you want them to do ('power over'). Feminist authors, such as Stacey and Price (1983: *Women, Power and Politics*), define power in this manner when they view it as the more or less one sided patriarchal ability to position women's lives through the actions of men over them. Alternatively, Foucault (1977) suggests power is 'relational'. One social actor may exercise power over others, but all individuals nevertheless possess power as they can engage in resistance. Sociologists have focused primarily (but not exclusively) upon 'power over' viewpoints. Marxism is a classic example. It argues power derives from economic ownership, with a ruling class (the bourgeoisie) controlling the means of production, distribution and exchange within capitalist society." Vgl. POWELL, Jason L., CHAMBERLAIN, John M.: Power, in: RITZER, George, RYAN, Michael J., The Concise Encyclopedia of Sociology, Chichester 2011, S. 464-465; S. 464.

## *1.2 Herrschaftsbegriff und seine Interpretationen*

„The police officer, the judge, and the monarch represent authority because they are all backed by legitimate power, but all three may lack leadership qualities. Paradoxically, when an order or a command is said to be issued by a 'competent authority', in the etymological sense, it does not imply that the authority is competent, but that it is legitimate. Thus, people will obey the (unreasonable) command of a superior whose authority they recognize and disobey the (reasonable) command of one whose authority they question. In other words, superior knowledge, superior skill, or superior competence may sometimes be irrelevant in the exercise of competent authority. One who commands may be no wiser than those who obey.”<sup>74</sup>

Zusammengefasst: Herrscher müssen also nicht immer Führungsqualitäten oder Kompetenzen aufweisen, sofern ihre Herrschaft als legitim aufgefasst wird. Die Herrschaft ist somit solange legitim wie sie begründet und die Begründung von den Beherrschten akzeptiert wird. Sozialer und Wertewandel führen deshalb zu Legitimitätsverlust und eröffnen neuen Spielraum für verschiedene Strategien bezüglich der Herrschaftsausübung. Der Herrschaftsspielraum führt zur ständigen Interaktionen zwischen Herrscher und Beherrschten, die entsprechend dem situativen Rahmen als Akteure in beide Richtungen agieren. Ähnliche Veränderungen der staatsrechtlichen Verhältnisse sowie soziale, kulturelle und technische sowie ökonomische Umbrüche bestimmten auch das lange 19. Jahrhundert. In diesem Zusammenhang wandelte sich auch die zunächst privilegierte Position der Standesherrn wie des Hauses Thurn und Taxis. Dies hatte Einfluss auf die Herrschaftspraxis und deren Spielraum im Fürstentum Krotoszyn. Die Interaktionen zwischen den einzelnen Akteuren und Gruppierungen werden sich bei der Betrachtung der fürstlichen Herrschaft in Krotoszyn widerspiegeln.

Eine bereichernde Sichtweise auf den Terminus „Herrschaft“ bietet auch die Politologie. Herrschaft wird oft in fünf Hauptformen klassifiziert: Macht (Kontrolle über dem Körper), Persuasion (die Fähigkeit der Beherrschten zur Überzeugung vom Herrscher), Autorität (Legitimität der Herrschaft), Zwang und Manipulation unterteilt,<sup>75</sup> wenngleich lediglich bei Manipulation und Zwang keine Kontroversen bestehen.<sup>76</sup> Als Zwang wird hier die Kontrolle über Menschen mit Hilfe offener und indirekter Drohung verstanden.<sup>77</sup> Manipulation bedient sich Ideen und Informationen als ein Mittel zur Kontrolle von Individuen, die der Wirkung der Herrschaftsausübung ausgesetzt sind.<sup>78</sup> Die Beherrschten sollen sich dabei nicht dessen bewusst werden, dass sie manipuliert werden. Insgesamt scheint der Begriff der Herrschaft keine zentrale Rolle in der Politikwissenschaft einzunehmen. Herrschaft wird oft unpräzise gedeutet. Laut „The Concise Oxford Dictionary of

---

<sup>74</sup> AKOMOLAFE, Olusoji A.: Legitimacy and Authority, in: MAGIL, Frank N. (Hg.), International Encyclopedia of Sociology, Volume One, London/Chicago 1995, S. 722–725; S. 723.

<sup>75</sup> Vgl. McLEAN, Iain, McMILLAN, Alistair (Hg.): The Concise Oxford Dictionary of Politics, third Edition, Oxford/New York 2009, S. 427.

<sup>76</sup> Vgl. McLEAN, Iain, McMILLAN, Alistair (Hg.): The Concise Oxford Dictionary of Politics, S. 427.

<sup>77</sup> Ebd., S. 428.

<sup>78</sup> Ebd., S. 428.



## *1.2 Herrschaftsbegriff und seine Interpretationen*

Politics“ erwies sich der Macht und Herrschaftsbegriff innerhalb der politologischen Forschung jedoch nicht als zielführend, denn allein die theoretische Feststellung, dass Macht die politische Herrschaft ausmacht, war nicht in der Lage zu erklären, woraus die Herrschaft resultiert und worauf sie sich stützt.<sup>79</sup> Die Begriffe Macht und Herrschaft treten auch in studentischen oder journalistischen Texten auf, sie werden dort aber rein deskriptiv bzw. vage untermauert.<sup>80</sup> Eine solche Beschreibungen von Herrschaft findet sich auch im Falle von Lukes und Foucault, deren Herrschaftsdiskurs eher in das Genre der Sozialkritik denn handfester empirischer Untersuchungen fällt.<sup>81</sup> Der Herrschaftsdiskurs des Poststrukturalisten Foucault mag sich somit für die Untersuchung von transzendenten und sozial verzehrenden Verhältnissen bezüglich der Herrschaft eignen, seine Herrschaftsauffassung bietet jedoch kein objektives Analyseinstrument der Herrschaft selbst.

Bei allen Herrschaftsdefinitionen sollte man auch auf problematische Gesichtspunkte achten. Einige Kontroversen bieten beispielsweise die Absichten des Herrschers. Ihre Interpretation und Untersuchung sollte bei der Betrachtung von Herrschaft nicht ausgeklammert werden, da man sonst riskiert mit einem stumpfen Konzept der Herrschaft zu arbeiten.<sup>82</sup> Planmäßiger Gebrauch von Herrschaft kann auch zur unbeabsichtigten Konsequenzen führen.<sup>83</sup> Es besteht weiterhin das Problem der Vergleichbarkeit der Herrschaftsarten sowie deren Quantifizierung.<sup>84</sup> Außerdem muss man bei der Untersuchung der Herrschaft von verschiedenen Gruppen, Personen oder Institutionen Vorsicht walten lassen, weil es sich oft um verschiedene Standards und Arten der Herrschaft handelt.<sup>85</sup> Zum Beispiel kann ein Staat sich als demokratisch bezeichnen, muss jedoch nicht den demokratischen Prinzipien in der Ausführung folgen. Die Herrschaft ist auch immer von der Zeit und den Umständen abhängig.<sup>86</sup> Diese Faktoren müssen in jede empirische Analyse miteinbezogen werden und können nicht direkt von dem theoretischen Modell abgeleitet werden. Dies bedeutet also, dass man trotz eines vorliegenden Musters jeden Einzelfall gesondert betrachten muss.

Aufschlussreiche Hinweise bietet die „Encyclopedia of Leadership“<sup>87</sup> insbesondere wenn man die paternale Herrschaft betrachtet. Diese Herrschaftsart wird gegenwärtig mit den Entwicklungsländern in Verbindung gesetzt. Sie kann jedoch bei der vorstehenden Ana-

---

<sup>79</sup> Ebd., S. 428.

<sup>80</sup> Ebd., S. 428.

<sup>81</sup> Ebd., S. 428.

<sup>82</sup> Ebd., S. 426.

<sup>83</sup> Ebd., S. 426.

<sup>84</sup> Ebd., S. 426.

<sup>85</sup> Ebd., S. 427.

<sup>86</sup> Ebd., S. 426–427.

<sup>87</sup> GOETHALS, George R., SORENSON, Georgia J. und BURNS, James MacGregor (Hg.): *Encyclopedia of Leadership*, Thousand Oaks 2004.

## *1.2 Herrschaftsbegriff und seine Interpretationen*

lyse vom Fürstentum Krotoszyn im 19. Jahrhundert und an der Schwelle des 20. Jahrhunderts möglicherweise gewisse Anhaltspunkte bieten. Vor allem die Beschreibung von Verhaltensweisen des Herrschers in diesem Herrschaftstyp ist erwähnenswert. Sie werden wie folgt beschrieben:

„Paternalistic behaviors may include attending the weddings or funerals of subordinates or their family members, providing financial assistance (donations or loans) to employees for expenses such as housing, health care, and children’s education, and acting as mediator in interpersonal conflicts among employees. In return, employees display high levels of loyalty and deference and a willingness to perform personal favors for superiors. If paternalistic leader is perceived to treat some workers better than others, rivalry and jealousy may develop among subordinates.”<sup>88</sup>

Ähnlichkeiten mit der patrimonialen, ständischen Art der traditionellen Herrschaft sind hier sichtbar. Vor allem wenn man die herrschaftliche Verhältnisse in Europa im 19. Jahrhundert berücksichtigt. Die sinkende Bedeutung der adeligen Schicht und de facto Liquidierung der regionalen Machtzentren sowie die Begrenzung der mächtigen Positionen innerhalb des Staates, forderte die Beibehaltung und Steigerung der paternalistischen Haltungen bei den Standesherrn auch in der neuen Ära; wenngleich das angesichts der relativ heiklen Situation in der Konkurrenz mit dem Staat nicht immer gelang. Der Adel war stets daran interessiert, die Loyalität der Untertanen zu gewährleisten. Dabei konnte man natürlich nicht Rivalitäten unter den Untertanen ausschließen, obwohl es durchaus möglich ist, dass man in vielen Fällen nach dem Motto „divide et impera“ zu herrschen versuchte, um die eigene Untertanen, Funktionäre, Diener oder Mitarbeiter besser unter Kontrolle zu haben. Man hoffte bei dieser manipulativen Methode der Herrschaftsausübung offensichtlich auf mehr Gehorsam und größere Wirkung in der Verwirklichung eigener Pläne. Die Gelegenheit für bilaterale Verhandlungen und Vereinbarungen war hier auch breiter.

Die „Encyclopedia of Leadership“ erwähnt zudem fünf Arten der Herrschaft bzw. Macht, wie sie 1959 von den Soziologen John R.P. French und Bertram Raven beschrieben wurden.<sup>89</sup> Diese Typologie ist anerkannt und zahlreiche wissenschaftlichen Studien und Analysen zur Typen der Herrschaft basieren auf diesen Kategorien.<sup>90</sup> Zu den fünf Arten der Herrschaft nach French und Raven gehören „Reward Power“, „Coercive Power“, „Legitimate Power“, „Expert Power“ und „Referent Power“.<sup>91</sup> Diese Herrschaftsarten gehören zur „Interpersonal“ Kategorie. Außerdem erwähnt die Herrschaftstheorie nach Raven und

---

<sup>88</sup> DENHARTOG, Deanne N.: Power Distance, in: GOETHALS, George R., SORENSON, Georgia J. und BURNS, James MacGregor (Hg.), *Encyclopedia of Leadership*, Thousand Oaks 2004, S. 1224–1228; S. 1228.

<sup>89</sup> Vgl. NEIDER, Linda L., SCHRIESHEIM, Chester A.: Power: Overview, in: GOETHALS, George R., SORENSON, Georgia J. und BURNS, James MacGregor (Hg.), *Encyclopedia of Leadership*, Thousand Oaks 2004, S. 1248–1251; S. 1248, siehe auch FRENCH, J., RAVEN, B. H.: The bases of social power, in: Cartwright, D. (Hg.), *Studies in social power*, Ann Arbor 1959, S. 150–167.

<sup>90</sup> Vgl. NEIDER, Linda L., SCHRIESHEIM, Chester A.: Power: Overview, S. 1248.

<sup>91</sup> Ebd., S. 1248.

## *1.2 Herrschaftsbegriff und seine Interpretationen*

French auch die „Structural“ Kategorie.<sup>92</sup> Es gibt also zwei allgemeine Unterteilungen in strukturelle und interpersonale Herrschaft als Oberkategorien.<sup>93</sup>

Die Betrachtung der konkreten Herrschaftstypen von French und Raven ist allgemein gehalten.<sup>94</sup> Nach diesem Verständnis greifen die Machtausübenden zu verschiedenen Techniken der Herrschaftsausübung und wenden verschiedene Formen und Verhaltensweisen an. Es gibt keine Begrenzung auf nur einen bestimmten Typus vom Verhalten innerhalb der herrschaftlichen Konstellationen, demzufolge können der Herrscher und solche Herrschaftsformen als hybriden Mischtypen bezeichnet werden. Nun kommen wir nach der Betrachtung der „interpersonalen“ Kategorie zur zweiten Kategorie der Herrschaft nach French und Raven, nämlich der „strukturellen“. Über die Herrschaftsgröße in der „strukturellen“ Kategorie entscheiden die kontextuellen Rahmenbedingungen.<sup>95</sup> All jene Faktoren spielen eine Rolle bei der genauen Bestimmung des Typus der Herrschaft.<sup>96</sup> Man sollte bei den Phänomenen der strukturellen Kategorie der Herrschaft nach French und Raven bestimmte Merkmale beachten. Relevant ist die Position, welche die herrschaftsausübende Person innerhalb der gesellschaftlichen Hierarchie besitzt, beispielsweise aber auch in

---

<sup>92</sup> Ebd., S. 1248.

<sup>93</sup> Zunächst wenden wir uns aber der strukturellen Kategorie zu. Bei jedem der folgenden Typen handelt sich um andere Herrschaftsweisen eines Herrschers, resp. Leaders, Führers oder Chefs:

„Reward Power“: Es handelt sich hier um eine „Belohnungsherrschaft“, das heißt der Herrscher belohnt die Personen, die als Objekte der Herrschaftsausübung auftreten, um ihre Haltungen und ihr Verhalten zu beeinflussen.<sup>93</sup> Dies kann auch negative Wirkungen für den Herrscher haben, da die Untergebenen die Belohnung erwarten werden, bevor sie etwas leisten.<sup>93</sup> Auf der anderen Seite ist das Risiko bei diesem Herrschaftstyp groß, dass die fleißigsten, loyalsten und meist engagierten Diener für die höheren Leistungen gleich wie die anderen entlohnt und dadurch demotiviert werden.<sup>93</sup>

„Coercive Power“, also so genannte „Zwangsherrschaft“, ist das genaue Gegenteil von „Belohnungsherrschaft“. Es ist ein Herrschaftstyp, bei dem mit der Anwendung von Furcht geherrscht wird.<sup>93</sup> Für die Untertanen kann diese Bedrohung sowohl real, als auch imaginär sein.<sup>93</sup> Sie spüren sie aber und gehorchen dem Herrscher aus diesem Grund. Sie leisten sogar freiwillig mehr als sie gegenüber dem Herrn leisten müssten, überwiegend aus Angst.<sup>93</sup>

„Legitimate Power“: Dieser Herrschaftsform liegt ein Legitimitätsglaube zugrunde. Das Verhalten sowie die Haltung der Untertanen lassen sich bei der „Legitimitätsherrschaft“ durch den Herrscher beeinflussen.<sup>93</sup> Sie sind anfällig für seine Autorität und erkennen dieser Herrschaft als legitim an. Bei diesem Herrschaftstyp lassen sich gewisse Ähnlichkeiten mit dem rationalen, bzw. legalen Herrschaftstyp von Max Weber aufweisen. Es lässt sich deshalb vermuten, dass French und Raven aus den Herrschaftstheorien von Weber ihre Inspiration schöpften.

„Expert Power“: Als „Expertenherrschaft“ wird die Herrschaft der Individuen bezeichnet, die als kompetent, hochqualifiziert und sachkundig in bestimmten Gebieten gelten bzw. auch sind.<sup>93</sup> Die Herrscher nutzen diesen Umstand, um das Verhalten und die Überzeugungen der Untertanen dadurch beeinflussen zu können.<sup>93</sup> Der „Expertenherrschaft“ und somit dem „Expertenherrscher“ gewähren die Untertanen und Diener einen Vertrauensvorschuss auf Grund der ihm zugesprochenen Kompetenzen (sei es die Wahrheit oder nur ein Mythos).

„Referent Power“: Bei dieser Art der Herrschaft profitiert der Herrscher davon, dass seine Untertanen sich mit ihm oder seiner Herrschaft identifizieren.<sup>93</sup> Es ist somit etwas Ähnliches wie der charismatische Herrschaftstyp nach Max Weber bzw. der Typ orientiert sich teilweise an diesem Modell. Die „Identifikationsherrschaft“ ermöglicht dem Herrscher auch in den Feldern Anerkennung und Gehorsam zu finden, was ihm im Falle der anderen Herrschaftsformen nicht gelungen wäre.<sup>93</sup> Seine Kompetenz wird in der Regel auch nicht geprüft, weil man sich mit so einem Herrscher identifiziert. Vgl. NEIDER, Linda L., SCHRIESHEIM, Chester A.: Power: Overview, S. 1248–1249.

<sup>94</sup> Ebd., S. 1249.

<sup>95</sup> Ebd., S. 1249.

<sup>96</sup> Ebd., S. 1249.

## *1.2 Herrschaftsbegriff und seine Interpretationen*

einer Organisation oder einem Unternehmen.<sup>97</sup> Die Kontrolle über die seltenen oder knappen Ressourcen ist auch ein Schlüsselfaktor.<sup>98</sup> Auch der Informationsvorsprung kann einen entscheidenden Herrschaftsfaktor darstellen.<sup>99</sup> Der dritte Faktor sind die Beziehungen, über welche eine konkrete Person verfügt. Ob im Unternehmen, einer Organisation oder einem Staat: ein Netzwerk ist stets gewinnbringend, da Einfluss von herrschaftsausübenden Individuen dadurch steigt und der Einfluss dadurch gestärkt oder sogar multipliziert wird.<sup>100</sup> Dies geschieht innerhalb des Systems, in dem die Akteure agieren.

In dem „Lexikon der Politikwissenschaft“<sup>101</sup> wird Herrschaft als ein Zentralbegriff der politischen Soziologie bezeichnet, der eine Grundkategorie der Gesellschaftstheorie darstellt.<sup>102</sup> Es wird als asymmetrische Wechselbeziehung zwischen dem Erteilen von Befehlen und Leisten von Gehorsam verstanden.<sup>103</sup> Individuen, Organisationen oder Gruppen werden für gewisse Zeit untergeordnet und sind bereit jemandem freiwillig zu folgen.<sup>104</sup> Durch die Erfolge und Kontinuität der Herrschaft kann sie erst institutionalisiert werden.<sup>105</sup> Die Herrschaftsbeziehungen verleihen der sich stets verändernden sozialen Welt eine festere und durch größere Stabilität gekennzeichnete „Zentralstruktur“.<sup>106</sup> Aber warum wird eigentlich der Herrschaft überhaupt eine solch wichtige Rolle zugeschrieben? Der „Lexikon der Politikwissenschaft“ gibt eine fundierte Antwort auf diese Frage:

„H. ist ein wichtiges Element sozialer Ordnung, ein Kraftfeld, um das sich die gesellschaftl. Beziehungen und Spannungen ordnen. H. wird dabei i.d.R. verstanden als ein vertikales Verhältnis zwischen Oben und Unten, kann aber als horizontale Relation von Gleichen angesehen werden, in der Herrschende und Beherrschte (periodisch oder permanent) ineinsfallen und wechseln. Die meisten Herrschaftslehren von der Antike bis zur Moderne entwerfen eine soziale und polit. Ordnung, in der ein konsistentes, befehlendes Subjekt bestimmten Adressaten Befehle erteilt, die diese befolgen (oder verweigern).“<sup>107</sup>

Wichtig ist vor allem die Feststellung, dass Herrschaft ein vertikales Verhältnis bzw. ein horizontales, wenn mehrere Subjekte vorkommen, die ähnliche Herrschaftsrechte haben. Sowohl die Herrscher, als auch die Beherrschten können in ihren Grenzen die Herrschaft ausüben und unterliegen dem ständigen Wandel der herrschaftlichen Beziehungen untereinander. Heutzutage ist das Wort „Herrschaft“ in den modernen Demokratien oft negativ

---

<sup>97</sup> Ebd., S. 1249.

<sup>98</sup> Ebd., S. 1249.

<sup>99</sup> Ebd., S. 1249.

<sup>100</sup> Ebd., S. 1249.

<sup>101</sup> NOHLEN, Dieter, SCHULTZE, Rainer-Olaf (Hg.): Lexikon der Politikwissenschaft. Theorien, Methoden, Begriffe, Bd. I: A–M, 4., aktualisierte und erweiterte Auflage, München 2010.

<sup>102</sup> Vgl. LEGGEWIE, Claus: Herrschaft, in: NOHLEN, Dieter, SCHULTZE, Rainer-Olaf (Hg.), Lexikon der Politikwissenschaft. Theorien, Methoden, Begriffe, Bd. I: A–M, 4., aktualisierte und erweiterte Auflage, München 2010, S. 360–368; S. 360.

<sup>103</sup> Ebd., S. 360.

<sup>104</sup> Ebd., S. 360.

<sup>105</sup> Ebd., S. 360.

<sup>106</sup> Ebd., S. 360.

<sup>107</sup> Ebd., S. 361.

## 1.2 Herrschaftsbegriff und seine Interpretationen

konnotiert und deshalb wird der Gebrauch dieses Terminus<sup>108</sup> vermieden. Dies basiert auf der Auffassung, dass alle Gewalt der Verfassung nach vom Volk ausgeht.<sup>109</sup> Außerdem wird Herrschaft als Wort in seiner Semantik depersonalisiert, weil man nicht direkt die Einzelpersonen oder gesellschaftlichen Eliten in Verbindung mit der Machtausübung zusammenbringen möchte, was historisch bedingt ist und auf frühere Epochen zurückgeht.<sup>110</sup>

Herrschaft ist eben ein Begriff und ein Begriff unterliegt im Laufe der Zeit einem ständigen Bedeutungswandel. Dies wird auch deutlich, wenn man sich mit der von Reinhard Koselleck entwickelten so genannten „Begriffsgeschichte“<sup>111</sup> auseinandersetzt. Insbesondere das Historische Lexikon „Geschichtliche Grundbegriffe“ sollte bei der Dekodierung und Entwicklung der Bedeutung des Wortes Herrschaft hilfreich sein.<sup>112</sup> Die Semantik der Begriffe und damit auch deren Verwendungsweise ändert sich im Verlauf der Zeit ständig. Wenn sie in den geschichtlichen Kontext einrücken, dann spricht man von Grundbegriffen. Sie entstehen und basieren auf unterschiedlichen Erfahrungen der konkreten Subjekten, Gruppen oder Schichten von Menschen, die mit der Zeit auf spezifisch konnotierte Bedeutung der Termini angewiesen sind. Wie wird aber das Wort „Herrschaft“ in dem Lexikon „Geschichtliche Grundbegriffe“ gedeutet und analysiert?

Sprachlich leitet sich das Wort vom althochdeutschen Wort „hêrscaf(t)“ und „hêrtuom“, was mit dem althochdeutschen Adjektiv „hêr“, was grauhaarig, erhaben, würdig bedeutete, zusammenhängt.<sup>113</sup> Seit dem Hochmittelalter wird es als Substantiv zur Bezeichnung

---

<sup>108</sup> Vgl. Der Brockhaus. Geschichte. Personen, Daten, Hintergründe, 2., überarbeitete und aktualisierte Auflage, Mannheim 2006, S. 1.

<sup>109</sup> Ebd., S. 1.

<sup>110</sup> Ebd., S. 1.

<sup>111</sup> Siehe z.B. DUTT, Carsten, LAUBE, Reinhard (Hg.): Zwischen Sprache und Geschichte. Zum Werk Reinhart Kosellecks, Göttingen 2013.

<sup>112</sup> Zuerst sollte man sich aber dessen bewusst machen, was unter dem „Grundbegriff“ nach Reinhart Koselleck zu verstehen ist: „Jeder Begriff ist sowohl einmalig, in seiner situationsbezogenen Anwendung, wie auch wiederholbar, nicht unbegrenzt, aber doch über lange Zeiträume hinweg. Er bündelt sowohl konkrete Lagen, die er diagnostizieren hilft (deshalb sind Begriffe keine „Ideen“), wie jeder Begriff zugleich eingebettet bleibt in den diachron vorgegebenen Sprachhaushalt, der sich nicht situativ, von Tag zu Tag ändern kann. Darüber hinaus überschreiten zahlreiche Begriffe die bisherige Erfahrung, sind Vorgriffe, die die Zukunft erschließen sollen. [...] In einen geschichtlichen Kontext eingerückt, lässt sich von einem Grundbegriff sprechen, sobald alle konfligierenden Schichten und Parteien gemeinsam auf ihn angewiesen bleiben, um ihre unterschiedlichen Erfahrungen, ihre schichtspezifischen Interessen, ihre parteipolitischen Programme miteinander zu vermitteln. [...] Ein Grundbegriff liegt also gerade dann vor, wenn er perspektivisch verschieden ausgelegt werden muß, um Einsicht zu finden oder Handlungsfähigkeit zu stiften. Deshalb ist die Semantik unserer Begrifflichkeit weder „subjektiv“ noch „objektiv“, weder „idealistisch“ noch „materialistisch“, sondern im Medium der Sprache immer beides zugleich.“ BRUNNER, Otto, CONZE, Werner, KOSELLECK, Reinhart (Hg.): Geschichtliche Grundbegriffe. Historische Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, Bd. 7, Verw-Z, Stuttgart 1992, S. VI–VII.

<sup>113</sup> Vgl. MORAW, Peter: Herrschaft, in: BRUNNER, Otto, CONZE, Werner, KOSELLECK, Reinhart (Hg.), Geschichtliche Grundbegriffe. Historische Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, Bd. 3, H–Me, Stuttgart 1982, S. 1–102; S. 6.

## *1.2 Herrschaftsbegriff und seine Interpretationen*

von hochgestellten Personen verwendet.<sup>114</sup> Schon in der Spätantike diskutiert, wird der Begriff der individuellen Freiheit gerade in der Neuzeit wieder aufgegriffen und damit zugleich die Frage nach der Bedeutung und Legitimität der Herrschaft.<sup>115</sup> Die Herrschaft – ein Fundament der Gesellschaft oder doch nur ein zufälliges, willkürliches Konstrukt, ein notwendiges Regulativ zwischen den unterschiedlichen Ständen und Klassen oder die eigentliche Ursache für die Ungleichheit?<sup>116</sup> Mit dem Beginn der Neuzeit kommt es also zur Kritik der Herrschaft.<sup>117</sup>

Warum kam es gerade in der Neuzeit zur solchen Umstrukturierung der Denkweise über die Herrschaft? Allzu oft wird Herrschaft seither mit ungerechter Gewalt und Unterdrückung gleichgesetzt.<sup>118</sup> Der Staatsphilosoph des 16. Jahrhunderts Machiavelli und seine Vorstellungen bezüglich Herrschaft kann man als einen Wendepunkt betrachten. Machiavelli beschreibt die Herrschaftsrealitäten, frei von normativen, kirchenrechtlichem Denken orientierten Staatslehren der mittelalterlichen Zeit.<sup>119</sup> Machiavelli behauptet, dass alle Staaten und Gewalten, die die Herrschaft über die Menschen hatten, entweder Republiken oder Fürstentümer seien.<sup>120</sup> Die im Mittelalter nicht so klar definierte Unterscheidung zwischen dem „Befehlsgewalt“ und „Eigentumsrecht“ ist bei Machiavelli getrennt in „imperio“ und „dominio“, ähnlich wie in der Antike („imperium“ und „dominium“).<sup>121</sup> „Imperio“ hat hier neutralen Sinn und wird subjektiv gebraucht, dagegen „dominio“ wird negativ konnotiert und wird sowohl subjektiv als auch negativ gebraucht.<sup>122</sup> Im 16. Jahrhundert waren die Herrschaften der italienischen Staaten unbeständig und wechselten ständig, Gefährgefühle vom Umsturz prägte das Leben, Eroberung und Fremdherr-

---

<sup>114</sup> Entsprechende und wichtigste Äquivalente der Terminus Herrschaft im Lateinischen waren „dominium“ (von „dominus“ und „domus“), „potestas“, „potentia“, „auctoritas“ und „regnum“. Das Wort wurde „dominium“ zuerst mit der auf „auctoritas“ basierten unumschränkten und unteilbaren hausherrlichen Gewalt so genannten „pater familias“ in Verbindung gebracht. Später nach Christi Geburt wird „dominus“ auf Herrengewalten und Eigentum erweitert. Die Unterscheidung zwischen dem Eigentum und Besitz („dominium“ und „possessio“) gingen im Frühmittelalter verloren, auch die römischen Sonderformen. In der germanisch-fränkischen Epoche funktionierten die Termini Staat und Herrschaft als Synonyme und sie bildeten eine gewisse Einheit. Die Herrschaft blieb in der frühen Neuzeit in der allgemeinen Sprache sowie in Wörterbüchern weitgehend unbestimmt. Bei der Bezeichnung von konkreten Rechtsverhältnissen bedient man sich in der frühen Neuzeit parallel Wörter wie „Gewalt“, „Beherrschung“, „Obrigkeit“, „Gebiet“, „Gerichtsbarkeit“, „Regiment“, „Magistrat“, „Herrschaft“. Diese sprachlichen Ausdrücke werden oft mit dem Wort Herrschaft konnotiert. Es finden sich Wortverbindungen wie Oberherrschaft, Landesherrschaft oder Grundherrschaft. vgl. MORAW, Peter: Herrschaft, in: *Geschichtliche Grundbegriffe*, Bd. 3, S. 6 und S. 8. Vgl. GÜNTHER, Horst: Herrschaft, in: BRUNNER, Otto, CONZE, Werner, KOSELLECK, Reinhart (Hg.), *Geschichtliche Grundbegriffe. Historische Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland*, Bd. 3, H–Me, Stuttgart 1982, S. 1–102; S. 14.

<sup>115</sup> Vgl. GÜNTHER, Horst: Herrschaft, S. 16.

<sup>116</sup> Ebd., S. 16.

<sup>117</sup> Ebd., S. 16.

<sup>118</sup> Ebd., S. 17.

<sup>119</sup> Ebd., S. 18.

<sup>120</sup> Ebd., S. 19.

<sup>121</sup> Ebd., S. 19.

<sup>122</sup> Ebd., S. 19.

## *1.2 Herrschaftsbegriff und seine Interpretationen*

schaft gehörten zur kollektiven Erinnerung auch bei Machiavelli.<sup>123</sup> Als Lösung für die Probleme in der unruhigen Zeit wird von ihm die Fürstenherrschaft empfohlen.<sup>124</sup> Er begreift auch, dass von großer Bedeutung für diese Epoche unter anderen die Legitimation von Herrschaft sowie die Trennung zwischen den geistlichen und weltlichen Gewalten sind.<sup>125</sup> Sein Wahrnehmungsvermögen erlaubt ihm die Prozesse der Machtausübung und den Wechsel der Herrschaftstypen zu identifizieren unter der Voraussetzung, dass die Herrschaft als Faktum gilt und ihre Existenz nicht geleugnet werden kann.<sup>126</sup> Machiavellis Herrschaftstheorie basiert und stützt sich auf diesen Erkenntnissen, die für die damalige Zeit innovativ waren und bis heute bedeutend sind. Viele bekannte Herrscher ließen sich von Machiavelli und seiner Herrschaftslehre inspirieren, zu nennen ist z.B. der erste Kaiser der Franzosen Napoleon Bonaparte. Machiavelli hat bis heute nicht an Aktualität eingebüßt. So wird derzeit etwa in journalistischen Texten Vladimir Putin gerne mit dem Attribut des „(modernen) Machiavelli“ versehen, was je nach Verfasser negativ oder positiv gewertet werden kann.<sup>127</sup>

Das Verständnis von Herrschaft als Recht auf Gehorsam steht im Zentrum von Hobbes' Leviathan. Mitte des 17. Jahrhunderts begründete er die Theorie des rationalen Naturrechts.<sup>128</sup> Dabei wird vorausgesetzt, dass in den gültigen rechtlichen Ordnungen die wichtigste Grundlage die Menschen bilden, die rechtlich frei und gleich sind.<sup>129</sup> Um einige Schritte weiter geht Denis Diderot (1751). Der durch ihn entwickelte Begriff „autorité politique“ revolutionierte die Sichtweise auf Herrschaft in der absolutistischen Ära.<sup>130</sup> Laut Diderot gibt es von Natur aus nur die väterliche Gewalt, da die Herrschaft über andere der Freiheit und Vernunft widerspricht.<sup>131</sup> Diderot unterscheidet zwei Arten für die Entstehung der Herrschaft: Die erste ist die Usurpation, die auf Gewalt basiert. Eine usurpierte Herrschaft lässt sich nur so lange erhalten wie die Mechanismen der Gewalt ihre Zwecke erfüllen.<sup>132</sup> Die zweite Art der Entstehung von Herrschaft ist die vertragliche Übereinstimmung, die einen bestimmten Zweck erfüllt bzw. an eine Bedingung geknüpft ist, z.B.

---

<sup>123</sup> Ebd., S. 19.

<sup>124</sup> Ebd., S. 19.

<sup>125</sup> Ebd., S. 19–20.

<sup>126</sup> Ebd., S. 20.

<sup>127</sup> NIKTIN, Vadim: On Syria. Putin is a modern Machiavelli and that's a god thing. Online zugänglich unter URL: <http://www.theguardian.com/commentisfree/2013/sep/13/putin-syria-machiavelli-nyt-op-ed> (Online-Artikel, Stand: 16.10.2015), RACHMAN, Gideon: The Kremlin's Machiavelli has led Russia to disaster. Online zugänglich unter URL: <http://www.ft.com/cms/s/0/cc3ca75c-10c5-11e4-812b-00144feabdc0.html#axzz3okav0cjq> (Online-Artikel, Stand: 16.10.2015).

<sup>128</sup> Vgl. ILTING, Karl-Heinz: Herrschaft, in: BRUNNER, Otto, CONZE, Werner, KOSELLECK, Reinhart (Hg.), *Geschichtliche Grundbegriffe. Historische Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland*, Bd. 3, H-Me, Stuttgart 1982, S. 1–102; S. 33.

<sup>129</sup> Vgl. ILTING, Karl-Heinz: Herrschaft, S. 33.

<sup>130</sup> Vgl. GÜNTHER, Horst: Herrschaft, S. 49.

<sup>131</sup> Ebd., S. 49.

<sup>132</sup> Ebd., S. 49.

## *1.2 Herrschaftsbegriff und seine Interpretationen*

die Garantie von Schutz und Sicherheit.<sup>133</sup> Kann die Herrschaft nicht mehr für Schutz und Sicherheit garantieren, wird es als Vertragsbruch gesehen und die Herrschaft nicht mehr als rechtmäßig erachtet.<sup>134</sup>

Herrschaft wird heute als tabuisiertes oder im kritischen Sinne benutztes Wort betrachtet.<sup>135</sup> Seit dem 18. Jahrhundert wird der Begriff „Herrschaft“ nämlich zunehmend depersonalisiert und nimmt die Gestalt einer Metapher an.<sup>136</sup> Spätestens seit der Revolution in Frankreich büßt der Begriff „Herrschaft“ immer mehr sein Legitimitätsanspruch ein.<sup>137</sup> Im 19. Jahrhundert wird der Terminus „Herrschaft“ in politischen und wissenschaftlichen Diskurs durch Begriffe wie die Regierung- und Verwaltungsformen ersetzt.<sup>138</sup> Im alltäglichen Gebrauch bleibt der Begriff aber weiterhin in der Verwendung.<sup>139</sup> Ferner waren im 18. Jahrhundert für die Wahrnehmung des Begriffs der Herrschaft die Erkenntnisse der bekannten Philosophen der Aufklärungszeit, wie Jean-Jacques Rousseau und Immanuel Kant prägend. Rousseau unterscheidet zwischen „Souverän“ und „Regierung“ und konnte daher an der mittlerweile veralteten Differenzierung von Monarchie, Aristokratie und Demokratie festhalten, da er sie umdeutete.<sup>140</sup> Bei der Unterscheidung zwischen Souverän und Regierung, de facto also zwischen Herrschenden und Beherrschten, werden jene Typen als Regierungsformen interpretiert, die eben auf der einen grundlegenden Differenzierung zwischen Herrscher und Beherrschten beruhen.<sup>141</sup> Für Immanuel Kant erscheint eine Monarchie als republikanisch. Republikanisch heißt, dass im Staat eine Trennung zwischen Legislative und Exekutive vorliegt.<sup>142</sup> Die Demokratie als Verfassungsform ist laut ihm bei jeder Regierungsform als despotisch zu bezeichnen, da seiner Meinung nach, hier das gleiche Organ sowohl für die Gesetzgebung, als auch für die Überwachung der Ausführung der Gesetze zuständig ist.<sup>143</sup> Kant formulierte auch seine bekannte These, dass das Volk an der Regierungsart interessiert ist und weniger an der Staatsform.<sup>144</sup> Das Verhältnis zwischen den Herrschenden und Beherrschten ist Letzteren also wichtiger als die nominale Verfassungsform, z.B. nicht alle Staaten, die sich demokratisch nennen, ha-

---

<sup>133</sup> Ebd., S. 49.

<sup>134</sup> Ebd., S. 49.

<sup>135</sup> Vgl. **KOSELLECK**, Reinhart: Herrschaft, in: **BRUNNER**, Otto, **CONZE**, Werner, **KOSELLECK**, Reinhart (Hg.), *Geschichtliche Grundbegriffe. Historische Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland*, Bd. 3, H–Me, Stuttgart 1982, S. 1–102; S. 1.

<sup>136</sup> Ebd., S. 3.

<sup>137</sup> Ebd., S. 3.

<sup>138</sup> Ebd., S. 3.

<sup>139</sup> Ebd., S. 3f.

<sup>140</sup> Vgl. **HILGER**, Dietrich: Herrschaft, in: **BRUNNER**, Otto, **CONZE**, Werner, **KOSELLECK**, Reinhart (Hg.), *Geschichtliche Grundbegriffe. Historische Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland*, Bd. 3, H–Me, Stuttgart 1982, S. 1–102; S. 69.

<sup>141</sup> Vgl. **HILGER**, Dietrich: Herrschaft, S. 69.

<sup>142</sup> Ebd., S. 71.

<sup>143</sup> Ebd., S. 71–72.

<sup>144</sup> Ebd., S. 71.



## *1.2 Herrschaftsbegriff und seine Interpretationen*

ben auch eine demokratische Staatsform, deshalb erscheint in dem Sinne die Verfassungsform als weniger relevant.

Wenn man Enzyklopädien, Lexika und Wörterbücher aus der Zeit von 1775 bis 1830 (1775 Adelung und 1830 Ersch und Gruber) berücksichtigt, ergibt sich ein interessantes Bild. Hier wird der Begriff Herrschaft kaum mit Gewalt und Unterdrückung in Verbindung gesetzt und das, obwohl diese Bedeutung des Begriffes in dieser Zeitperiode zum allgemeinen Verständnis gehörte.<sup>145</sup> Die Wörterbücher des 19. und 20. Jahrhunderts behielten diesen Trend bei. Räumliche und personale Herrschaft werden zunehmend als langsam veraltete Begriffe verstanden.<sup>146</sup> Die weiteren gesellschaftlichen Veränderungen führten dazu, dass der deutsche Begriff „Herrschaft“ und die damit verbundenen regionalen Herrschaftsrechte sowie persönlichen Dienstherrschaften als nicht mehr zeitgemäß interpretiert wurden.<sup>147</sup> Gerade an dieser Stelle sollte man den Gesamtkontext nicht aus den Augen verlieren. Die Begriffe „Klasse“ und „Partei“ nehmen hier an neuer Bedeutung zu. Herrschaft einer anderen Klasse wird als Konkurrenz angesehen und man verbindet sie mit der Ungleichheit und Unfreiheit der eigener Klasse bzw. Partei.<sup>148</sup> Dieses neue Verständnis des Herrschaftsbegriffs entsteht in der Zeit zwischen der Französischen Revolution und dem Völkerfrühling durch die Dissoziation von Staat und Gesellschaft.<sup>149</sup> Durch diesen Prozess verbreitet sich die damals moderne Sichtweise der Herrschaft in Zusammenhang mit dem verwaltungsmäßigen Staat, der die Herrschaftsausübung, sei es die Polizei, das Steuerwesen oder Gerichte, innehat. Offizielle Privilegien und Rechte für andere Stände, Klassen oder aus welchen Gründen immer Höhergestellte existierten nicht mehr. Aus dem Grund werden in der Zeit die alten Staatsformen als irrelevant und veraltet angesehen.

Eberhard und Maass stellten schon 1827 fest, dass der Herr nur Herrschaft über die Arbeit und Handlungen hat, nicht aber über die Menschen.<sup>150</sup> Der damals zeitgenössische Autor Krog kennt keine rechtliche Definition der Herrschaft mehr.<sup>151</sup> Für ihn ist es eine Sache

---

<sup>145</sup> Vgl. GÜNTHER, Horst: Herrschaft, S. 17.

<sup>146</sup> In der Rechtsprache der letzten zwei Jahrzehnten des 18. Jahrhunderts herrscht ein Sammelbegriff „aller Rechte und Verbindlichkeiten der höchsten Gewalt“ vor, der wiederum auf die anderen Begriffe wie etwa Landeshoheit, Oberherrlichkeit, Oberherrschaft (Scheidemantels „Repetitorium“ 1783) Gerichtsbarkeit, Dominium, Territorium, Majestät und Dynastie („Deutsche Encyclopädie“ 1790) verweist. Diese Bezeichnungen geben die damalige Situation im Zeitalter der französischen Revolution und Restauration der europäischen Monarchien in der Zeit nach den napoleonischen Kriegen wieder. Ebd., S. 17–18.

<sup>147</sup> Ebd., S. 50.

<sup>148</sup> Ebd., S. 50.

<sup>149</sup> Ebd., S. 50.

<sup>150</sup> Vgl. KOSELLECK, Reinhart: Herrschaft, in: BRUNNER, Otto, CONZE, Werner, KOSELLECK, Reinhart (Hg.), *Geschichtliche Grundbegriffe. Historische Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland*, Bd. 3, H–Me, Stuttgart 1982, S. 1–102; S. 60.

<sup>151</sup> Vgl. KOSELLECK, Reinhart: Herrschaft, S. 60.

## *1.2 Herrschaftsbegriff und seine Interpretationen*

der sozialen Perspektive, die vom Macht, Ansehen und Würde des Herrschers abhängt.<sup>152</sup> Er betont, dass man nur durch einen Vertrag die Dienste gegenüber dem Herrn zu leisten verpflichtet ist.<sup>153</sup> Interessanterweise wird die Herrschaft in den meisten Nachschlagewerken jener Zeit mit der Hausherrschaft in Verbindung gesetzt, verfassungsrechtliche Formen aus der Alltagssprache wurden ausgeblendet.<sup>154</sup> Auch die Veränderungen der Herrschaft, die durch die Industrialisierung und Konstitutionalisierung verursacht wurden, bleiben im 19. Jahrhundert unerwähnt und somit auch die daraus resultierenden massiven Veränderungen des Begriffs.<sup>155</sup> Erst nach dem Zweiten Weltkrieg wird der Begriff Herrschaft genauer erläutert. Er gehört auch mittlerweile zur historischen und soziologischen Grundkategorien, insbesondere in der Untersuchung und bei der Berücksichtigung der Herrschaftstheorien von Max Weber.<sup>156</sup> Der Begriff der Herrschaft ist oft ungenau und kontrovers wie das folgende Zitat zeigt:

„Größer denn je ist aber auch die Uneinigkeit, was ‚Herrschaft‘ meint und bedeutet, wer die Herrschenden sind und wer die Beherrschten, auf welcher Basis Herrschaft beruht und welcher Mittel sie sich bedienen kann – um nur einige der aus dimensionaler Analyse gewonnenen, weiterführenden Fragen zu formulieren. [...] So scheint das Wort eine der wenigen Konstanten in der Geschichte des Herrschaftsbegriffs zu sein. In seiner abstrakten Verwendung ist es zur Chiffre für die condition humaine in der modernen Welt geworden.“<sup>157</sup>

Die Wirklichkeit unterliegt dem ständigen Wandel, diesem Wandel unterliegen auch die Begriffe, deshalb ist es wichtig, sich mit den Begriffsverständnis sowie seinen Bestimmungen auseinander zu setzen, damit sie nach Möglichkeit möglichst klar und präzise sind, auch in Hinblick auf ihre Untersuchung.<sup>158</sup> Wie Mikrogeschichte zeigt auch die Beschäftigung mit Begriffsgeschichte, dass für die Interpretation der Ereignisse und ihren tatsächlichen Vorgang die Analyse der Relationen zwischen den Herrschenden und Beherrschten wichtiger ist, als ein Herangehen ausgehend von einer rigiden Typologie. Außerdem existieren Idealtypen der Herrschaft nicht und gelten nur als Musterbeispiele und Orientierungspunkte.<sup>159</sup>

---

<sup>152</sup> Ebd., S. 60.

<sup>153</sup> Ebd., S. 60.

<sup>154</sup> Ebd., S. 60.

<sup>155</sup> Ebd., S. 60.

<sup>156</sup> Ebd., S. 60.

<sup>157</sup> HILGER, Dietrich: Herrschaft, in: BRUNNER, Otto, CONZE, Werner, KOSELLECK, Reinhart (Hg.): *Geschichtliche Grundbegriffe. Historische Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland*, Bd. 3, H–Me, Stuttgart 1982, S. 1–102; S. 101–102.

<sup>158</sup> Vgl. HILGER, Dietrich: Herrschaft, S. 50.

<sup>159</sup> Vgl. WEBER, Max: *Wirtschaft und Gesellschaft*, Frankfurt am Main 2008, S. 160.

## 1.3 Webers Herrschaftstheorie

Eine passende Herrschaftstheorie bietet der bekannte Ansatz des Soziologen und Geschichtswissenschaftlers Max Weber. In seinen „Soziologischen Grundbegriffen“ schrieb er:

„Herrschaft soll heißen die Chance, für einen Befehl bestimmten Inhalts bei angebotenen Personen Gehorsam zu finden; [...]“<sup>160</sup>

Die oft bei den Soziologen, Politik- und Geschichtswissenschaftler zitierte und beliebte Definition wird vom Weber stets mit der Unterscheidung zwischen Macht und Herrschaft kontextualisiert. Während Macht für Weber jede erdenkliche Chance zur Durchsetzung des eigenen Willens, auch im Falle von Widerstand, bedeutet, heißt Herrschaft für ihn „für einen Befehl Fügsamkeit zu finden“.<sup>161</sup> Herrschaft ist im Prinzip eine soziale Beziehung zwischen den Herrschenden und Beherrschten.<sup>162</sup> Sie gilt also prinzipiell als eine besondere Art der Machtausübung. Sie ist durch bestimmte Regel intensiviert, institutionalisiert und dauerhaft.<sup>163</sup> Herrschaft ist auch strukturierter, eindeutiger und berechenbarer.<sup>164</sup> Macht wird durch Max Weber als „amorph“ bezeichnet und die Allgemeinheit des Begriffs Macht erlaubt es deswegen nicht effektiv sich mit dem Phänomen auseinanderzusetzen und begrenzt als Folge den Spielraum für eine Analyse. Herrschaft ist hier als eine Art von stabiler und spezifischer Gestalt der Machtausübung zu verstehen.<sup>165</sup> Es ist eine andere Kategorie und Art des Begriffs, die durch bestimmte Merkmale plausibler zur Anwendung motiviert. Weber forderte die Trennung zwischen den Werturteilen und der Feststellung empirischer Tatsachen.<sup>166</sup> Webers Analyse bedient sich sog. „Idealtypen“, die sich wiederum in den Idealtypen der Herrschaft widerspiegeln. Sie sind im Prinzip Matrizen-Muster bzw. verallgemeinerte Utopien, die historische Befunde zu vergleichen und insbesondere zu klassifizieren helfen.<sup>167</sup> Der Begriff der Herrschaft besitzt bestimmte Merkmale, die zu einer idealtypischen Analyse der empirischen Phänomene nötig sind und sich klar verorten lassen. Ihr Handeln lässt sich im Sinne der verstehenden Soziologie

---

<sup>160</sup> **WEBER**, Max: Soziologische Grundbegriffe, 2., durchgesehene Auflage, Tübingen 1966, S. 42; bzw. **WEBER**, Max: Soziologische Grundbegriffe, 6., erneut durchgesehene Auflage, Göttingen 1984, S. 89.

<sup>161</sup> Vgl. **WEBER**, Max: Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriss der verstehenden Soziologie, Frankfurt am Main 2008, S. 38.

<sup>162</sup> Vgl. **FITZL**, Gregor: Max Webers politisches Denken, Konstanz 2004, S. 126.

<sup>163</sup> Vgl. **HANKE**, Peter: Macht und Herrschaft, in: **HOLTMANN**, Everhard (Hg.), Politik Lexikon, 3., völlig überarbeitete und erweiterte Auflage, München 2000, S. 364–367; S. 366.

<sup>164</sup> Ebd., S. 366.

<sup>165</sup> Vgl. **BRINKHUS**, Jörn: Macht – Herrschaft – Gegenmacht. Überlegungen zu Reichweite und Analysetiefe von Max Webers Herrschaftssoziologie, in: **KROL**, Martin, **LUKS**, Timo, **MATZKY-EILERS**, Michael, **STRAUBE**, Gregor (Hg.), Macht – Herrschaft – Gewalt. Gesellschaftswissenschaftliche Debatten am Beginn des 21. Jahrhunderts (= Verhandlungen mit der Gegenwart, Bd. 1), Münster 2005, S. 167–178; S. 167.

<sup>166</sup> Vgl. **JORDAN**, Stefan: Theorien und Methoden der Geschichtswissenschaft, S. 75.

<sup>167</sup> Ebd., S. 76.

### 1.3 Webers Herrschaftstheorie

beschreiben und analysieren.<sup>168</sup> Zu diesen Phänomenen und Merkmalen werden z.B. Herrscher, Herrschaftsstab und Beherrschte gezählt.<sup>169</sup> Brinkhus führt an, dass Herrschaft nicht unbedingt der passendste Begriff sei, weil andere Theoretiker wie Michel Foucault, Niklas Luhmann und Jürgen Habermas behaupteten, dass der Begriff der Macht relevant sei und nicht der der Herrschaft. Beim Luhmann handelt es sich um Machtsoziologie, Habermas unterscheidet zwischen sozialen, politischen und administrativen Typen von Macht.<sup>170</sup> Die gegenwärtig durch manche Historiker gerne gebrauchte Diskursanalyse von Michel Foucault, entstand kontinuierlich seit den 1960er Jahren im Anschluss an die poststrukturellen und postmarxistischen Theorieansätze.<sup>171</sup> Seine Wirkung und Werke könnte man verallgemeinernd in eine strukturelle, poststrukturelle und materialistische Phase einteilen.<sup>172</sup> Er ist auch durch seine Theorie mittlerweile weltweit bekannt.<sup>173</sup> Doch wie unterscheidet sich seine Interpretation der Herrschaft bei Michel Foucault von der bei Max Weber? Foucault tendiert dazu, den Begriff der Macht komplett ins Zentrum seiner Analyse zu rücken. Die Herrschaft als solche findet dabei keine Anwendung.<sup>174</sup> Es ist vor allem eine komplett andere Sichtweise der Termini. Michel Foucault erschließt die Bedeutung von Herrschaft nur in Verbindung mit der Macht.<sup>175</sup> Für ihn tritt Herrschaft auf, nur wenn die Machtbeziehungen unveränderlich und fest sind.<sup>176</sup> Trotzdem wirkt die Unterscheidung zwischen Macht und Herrschaft in seinen zahlreichen Werken relativ ungenau.<sup>177</sup> Eine entsprechende Interpretation bzw. Definition der Herrschaft findet man beispielsweise in Foucaults „Die Ethik der Sorge um sich als Praxis der Freiheit“, die folgendermaßen lautet:

---

<sup>168</sup> Vgl. **BRINKHUS**, Jörn: Macht – Herrschaft – Gegenmacht, S. 167.

<sup>169</sup> Ebd., S. 167.

<sup>170</sup> Ebd., S. 167–168.

<sup>171</sup> Vgl. **KELLER**, Reiner und **VIEHÖVER**, Wilhelm: Herrschaft, in: **NOHLEN**, Dieter, **SCHULTZE**, Rainer-Olaf (Hg.), Lexikon der Politikwissenschaft. Theorien, Methoden, Begriffe, Bd. I: A–M, 4., aktualisierte und erweiterte Auflage, München 2010, S. 174–176; S. 174.

<sup>172</sup> Vgl. **FINZSCH**, Norbert: Michel Foucault (1926–1984), in: **LUTZ**, Raphael (Hg.), Klassiker der Geschichtswissenschaft, Bd. 2 Von Fernand Braudel bis Natalie Z. Davis, München 2006, S. 213–233, S. 217.

<sup>173</sup> Mehr zur Michel Foucault und seiner Wirkung sowie den Theorien in: **SCHNEIDER**, Ulrich Johannes: Michel Foucault, Darmstadt 2004, **ZAMORA**, Daniel, **BEHRENT**, Michael C. (Hg.): Foucault and Neoliberalism, Cambridge/Malden 2016, **MATZKY-EILERS**, Michael: Theoretische Aspekte Michel Foucaults, in: **KROL**, Martin, **LUKS**, Timo, **MATZKY-EILERS**, Michael, **STRAUBE**, Gregor (Hg.), Macht – Herrschaft – Gewalt. Gesellschaftswissenschaftliche Debatten am Beginn des 21. Jahrhunderts (= Verhandlungen mit der Gegenwart, Bd. 1), Münster 2005, S. 67–77, **FINZSCH**, Norbert: Michel Foucault (1926–1984), in: **LUTZ**, Raphael (Hg.), Klassiker der Geschichtswissenschaft, Bd. 2 Von Fernand Braudel bis Natalie Z. Davis, München 2006, S. 213–233, **KROL**, Martin: Gedanken zu Perspektiven einer Geschichtsschreibung nach Foucault, in: **KROL**, Martin, **LUKS**, Timo, **MATZKY-EILERS**, Michael, **STRAUBE**, Gregor (Hg.), Macht – Herrschaft – Gewalt. Gesellschaftswissenschaftliche Debatten am Beginn des 21. Jahrhunderts (= Verhandlungen mit der Gegenwart, Bd. 1), Münster 2005, S. 123–133 und **JÜTTE**, Robert: Diskursanalyse in Frankreich, in: **EIBACH**, Joachim und **LOTTE**, Günther (Hg.), Kompass der Geschichtswissenschaft. Ein Handbuch, 2. Auflage, Göttingen 2006, S. 307–317.

<sup>174</sup> Vgl. **BRINKHUS**, Jörn: Macht – Herrschaft – Gegenmacht, S. 167.

<sup>175</sup> Vgl. **RUOFF**, Michael: Foucault-Lexikon. Entwicklung – Kernbegriffe – Zusammenhänge, Paderborn 2007, S. 136.

<sup>176</sup> Vgl. **RUOFF**, Michael: Foucault-Lexikon, Paderborn 2007, S. 136.

<sup>177</sup> Ebd., S. 136.

### 1.3 Webers Herrschaftstheorie

„Wenn es einem Individuum oder einer gesellschaftlichen Gruppe gelingt, ein Feld von Machtbeziehungen zu blockieren, sie unbeweglich und starr zu machen und jede Umkehrung zu verhindern – durch den Einsatz von Instrumenten, die sowohl ökonomischer, politischer oder militärischer Natur sein mögen –, dann steht man vor etwas, das man als einen Herrschaftszustand bezeichnen kann.“<sup>178</sup>

Aus dem Grund, dass die ausgebaute Herrschaftstypologie samt exakter Beschreibung, beim Foucault fehlt, habe ich mich für die Analyse der Herrschaft nach Max Weber entschieden. Zudem geht es mir nämlich in erster Linie um Herrschafts- und nicht um Machtstrukturen. Webers Herrschaftssoziologie büßt zwar in manchen Hinsichten ihre Reichweite und Analysetiefe ein, und hat ihre Grenzen, da sie insbesondere spezielle Herrschaftsverhältnisse (bzw. Machtverhältnisse) untersucht.<sup>179</sup> Dies betrifft jedoch vor allem die Untersuchungen von modernen Demokratien, wo Herrschaft nur als Herrschaft des Staates auftritt.<sup>180</sup> Das Verhältnis zwischen Befehl und Gehorsam, das grundlegend für den Herrschaftsbegriff Webers ist, ist ein formales Verhältnis, das jeder Wertung in Bezug auf Herrschaft oder Gehorsam entbehrt.<sup>181</sup> Somit ist auch der Herrschaftsbegriff werturteilsfrei. Dies wird manchmal kritisiert. Die Kritik an der Neutralität des Begriffes ist jedoch nur bedingt berechtigt, denn eine Herangehensweise, die Befehl und Gehorsam eine Wertung vergibt, beurteilt von vornherein das Verhältnis und damit auch die Herrschaft. Dies macht eine objektive Analyse schwierig.<sup>182</sup> Jede Theorie hat ihre Lücken und lässt sich beweisen oder verwerfen, sonst wäre es keine Theorie, sondern eine Tatsache. Für die vorliegende Untersuchung scheint Webers Herrschaftstheorie ein geeignetes Werkzeug zu sein, der auf plausibler Weise die Forschungsergebnisse zu katalysieren vermag.

Bei Max Weber ist die Herrschaft prinzipiell als eine soziale Beziehung zu betrachten, die aus der Interaktion zwischen Befehlenden und Gehorchenden resultiert.<sup>183</sup> Im Einzelfall kann die Herrschaft nach Weber:

„[...] auf den verschiedensten Motiven der Fügsamkeit: von dumpfer Gewöhnung angefangen bis zu rein zweckrationalen Erwägungen, beruhen. Ein bestimmtes Minimum an Gehorchen *wollen*, also: *Interesse* (äußerem oder innerem) am Gehorchen, gehört zu jedem echten Herrschaftsverhältnis.“<sup>184</sup>

Laut Weber haben nur wenige Herrschaftsformen wirtschaftliche Zwecke.<sup>185</sup> Interessant wäre hier die Herrschaft des Fürsten von Thurn und Taxis zu deuten, da schließlich das

---

<sup>178</sup> FOUCAULT, Michel: Die Ethik der Sorge um sich als Praxis der Freiheit, in: Schriften Bd. IV, Nr. 356, S. 875–901; S. 878, Frankfurt am Main 1984.

<sup>179</sup> Vgl. BRINKHUS, Jörn: Macht – Herrschaft – Gegenmacht, S. 176.

<sup>180</sup> Ebd., S. 176.

<sup>181</sup> Vgl. HILGER, Dietrich: Herrschaft, S. 100.

<sup>182</sup> Ebd., S. 100.

<sup>183</sup> Vgl. FITZI, Gregor: Max Webers politisches Denken, S. 125–126.

<sup>184</sup> WEBER, Max: Wirtschaft und Gesellschaft, Frankfurt am Main 2008, S. 157.

<sup>185</sup> Vgl. WEBER, Max: Wirtschaft und Gesellschaft, Frankfurt am Main 2008, S. 157.

### 1.3 Webers Herrschaftstheorie

Fürstentum Krotoszyn im gewissen Sinne auch als eine Investition betrachtet werden kann. Außer dem Legitimitätsglauben spielt bei Weber auch der Verwaltungsstab eine entscheidende Rolle.<sup>186</sup> Weber beschreibt seine Rolle, indem er betont:

„Dieser Verwaltungsstab kann an den Gehorsam gegenüber dem (oder: den) Herren rein durch Sitte oder rein affektiv oder durch materielle Interessenlage oder ideelle Motive (wertrational) gebunden sein. Die Art dieser Motive bestimmt weitgehend den Typus der Herrschaft.“<sup>187</sup>

Der „Typus der Herrschaft“ wird also entscheidend durch die Prämissen, welche den Verwaltungsstab zum Gehorsam bewegen, beeinflusst und gar dadurch geprägt. Die vorliegende Studie will deshalb klären, welche Rolle die fürstliche Verwaltung dabei spielte. Max Weber identifiziert drei Typen legitimer Herrschaft:

„§ 2. Es gibt drei reine Typen legitimer Herrschaft. Ihre Legitimitätsgeltung kann nämlich primär sein:

1. *rationalen* Charakters: auf dem Glauben an die Legalität gesetzter Ordnungen und des Anweisungsrechts der durch sie zur Ausübung der Herrschaft Berufenen ruhen (legale Herrschaft), – oder
2. *traditionalen* Charakters: auf dem Alltagsglauben an die Heiligkeit von jeher geltender Traditionen und die Legitimität der durch sie zur Autorität Berufenen ruhen (traditionale Herrschaft), – oder endlich
3. *charismatischen* Charakters: auf der außeralltäglichen Hingabe an die Heiligkeit oder die Vorbildlichkeit einer Person und der durch sie offenbarten oder geschaffenen Ordnungen [ruhen] (charismatische Herrschaft).“<sup>188</sup>

Welchem Typus der Herrschaft das Fürstentum Krotoszyn zuzuordnen ist bzw. welche Charakteristik am ehesten den Realitäten im Fürstentum entspricht, soll im Laufe der Untersuchung geklärt werden. Verschiedene Herrschaftstypen setzen bestimmte Arten von Herrschern voraus. Es ist daher zunächst nötig, sich näher mit den Herrschaftstypen nach Weber auseinanderzusetzen, um besser ihre Eigenschaften und Unterschiede zu verstehen sowie zu erkennen.

Die legale (bzw. rationale) Herrschaft gilt als die Personifikation der „modernen rationalen Herrschaft.“<sup>189</sup> Das Recht auf Ämter existiert in dem Herrschaftstyp nicht.<sup>190</sup> Im Falle der rationalen Herrschaft kann man über eine „legal gesetzten [sic!] und sachlichen unpersönlichen Ordnung“<sup>191</sup> sprechen, die sich des Vorgesetzten und seiner durch die Legalität gezeichneten Verordnungen bedient.<sup>192</sup> Bei der traditionellen Herrschaft wird der Herrscher durch die Tradition berufen und auf Grund der Tradition durch die Untertanen

---

<sup>186</sup> Ebd., S. 157.

<sup>187</sup> WEBER, Max: Wirtschaft und Gesellschaft, Frankfurt am Main 2008, S. 157.

<sup>188</sup> WEBER, Max: Wirtschaft und Gesellschaft, S. 159.

<sup>189</sup> Vgl. FITZL, Gregor: Max Webers politisches Denken, S. 135.

<sup>190</sup> Ebd., S. 138.

<sup>191</sup> WEBER, Max: Wirtschaft und Gesellschaft, Frankfurt am Main 2008, S. 159.

<sup>192</sup> Vgl. WEBER, Max: Wirtschaft und Gesellschaft, Frankfurt am Main 2008, S. 159.

### 1.3 Webers Herrschaftstheorie

wird dem Herrscher sowohl Achtung, als auch Gehorsam geschenkt.<sup>193</sup> Im Unterschied zur traditionellen Herrschaft wird bei der charismatischen Herrschaft der Gehorsam durch Heldentum, persönliches Vertrauen oder Vorbildlichkeit des charismatischen Führers ersetzt.<sup>194</sup> Weber betont ausdrücklich, dass reine Idealtypen historisch gesehen nicht existieren und dass sie sich nicht an den Herrschaftstypen festmachen lassen.<sup>195</sup> Die Typisierung dient vielmehr der Einordnung der Herrschaft und ermöglicht auf diese Weise auch einen Vergleich.<sup>196</sup> Jegliche Misch- und hybride Formen, Annäherungen an die Untertypen oder sogar Hybriden der Hybriden sind hier ebenso möglich wie ein breiter und vielfaltiger Interpretationsspielraum. Die Idealtypen sind nur Hilfsmittel, die sich in der historischen Realität als weitaus vielschichtiger erweisen können: „Zu glauben: die historische Gesamtrealität lasse sich in das nachstehend entwickelte Begriffsschema >>einfangen<<, liegt hier so fern wie möglich“ – so auch Weber.<sup>197</sup>

Die legale Herrschaft ist rein, wenn sie fest an den bürokratischen Verwaltungstab gebunden ist und durch die Einzelbeamten ausgeübt wird.<sup>198</sup> Ein Einzelbeamter zu sein heißt bestimmte Eigenschaften zu besitzen. Zu den wichtigsten Merkmalen zählen: persönliche Freiheit bei gleichzeitiger Gehorsamkeit gegenüber den sachlichen Amtspflichten, einer festen Amtshierarchie, festen Amtskompetenzen. Die Einstellung erfolgt nach freier Auslese, Fachqualifikation (im rationalsten Fall am besten durch Diplom oder Prüfung bewiesen). Die Anstellung bietet ein festes Gehalt und Pensionsrecht.<sup>199</sup> Außerdem üben Einzelbeamte ihr Amt als Hauptberuf aus. Sie haben die Möglichkeit Karriere zu machen. Die Arbeitsabläufe erfolgen durch die Trennung der Verwaltungsmittel. Die Einzelbeamten unterliegen der Amtsdziplin und Kontrolle.<sup>200</sup> Die legale Herrschaft besitzt nach Max Weber bestimmte Grundkategorien, wie:

- „1. Ein kontinuierlicher regelgebundener Betrieb von Amtsgeschäften, innerhalb:
  - 2. einer *Kompetenz* (Zuständigkeit) welche bedeutet:
  - a) einen kraft Leistungsverteilung sachlich abgegrenzten Bereich von Leistungspflichten, –
  - b) mit Zuordnung der etwa erforderlichen Befehlsgewalten und
  - c) mit fester Abgrenzung der eventuell zulässigen Zwangsmittel und der Voraussetzungen ihrer Anwendung.
- Ein derart geordneter Betrieb soll >>Behörde<< heißen.“<sup>201</sup>

---

<sup>193</sup> Ebd., S. 159.

<sup>194</sup> Ebd., S. 159.

<sup>195</sup> Ebd., S. 160.

<sup>196</sup> Ebd., S. 160.

<sup>197</sup> Ebd., S. 160

<sup>198</sup> Ebd., S. 162.

<sup>199</sup> Ebd., S. 162–163.

<sup>200</sup> Ebd., S. 163.

<sup>201</sup> WEBER, Max: Wirtschaft und Gesellschaft, Frankfurt am Main 2008, S. 161.

### 1.3 Webers Herrschaftstheorie

Die bürokratische Herrschaft wird als Untertyp und gleichzeitig reinster Typus der legalen Herrschaft verstanden. Am reinsten ist sie dabei dort, wo die Ernennung von Beamten einer festen Regel unterstellt ist.<sup>202</sup> Dies hängt von der Verwaltung ab. Die rein bürokratische Verwaltung (bzw. bürokratisch-monokratische) ist durch die Disziplin, Straffheit, Verlässlichkeit und Präzision gekennzeichnet.<sup>203</sup> Wichtig ist auch die Berechenbarkeit für den Herrn, die Entwicklung der Verbandsformen, die als modern gelten, sei es Staat, Herr, Wirtschaftsbetrieb oder Verein.<sup>204</sup> Jede Bürokratie oder jeder Verwaltungsapparat ist an der Erhaltung der eigenen Existenz interessiert. Es können materielle oder sachliche Interessen sein, wichtig ist, dass dadurch das Weiterfunktionieren der Beamten nicht beeinträchtigt wird.<sup>205</sup> Die bürokratisch-monokratische Verwaltung bedient sich moderner Transport- und Kommunikationsmitteln, wie z.B. zur Zeiten Webers Eisenbahn, Telefon, Telegramm und die Präzision der Verwaltung hängt von solchen Hilfsmitteln auch ab.<sup>206</sup> Die Machtstellung der bürokratischen Verwaltung wird durch das Fachwissen noch weiter verstärkt:

„Stets ist die Frage: wer beherrscht den bestehenden bureaukratischen Apparat? Und stets ist seine Beherrschung dem Nicht-Fachmann nur begrenzt möglich: der Fach-Geheimrat ist dem Nichtfachmann als Minister auf die Dauer überlegen in der Durchsetzung seines Willens.“<sup>207</sup>

Rationale Bürokratie ist durch zwei widersprüchliche Eigenschaften verbunden. Erstens ist sie durch den Formalismus gekennzeichnet: Formal sollten also alle die gleichen Chancen haben.<sup>208</sup> Zweitens nimmt die Behandlung der Untertanen durch die Verwaltung in der Regel eine material-utilitaristischer Form an, das heißt, dass die Beamten dazu neigen, ihre Position durch formalistische Verordnungen zu untermauern.<sup>209</sup>

Nun kommen wir zum traditionellen Herrschaftstyp. Max Weber charakterisiert die traditionale Herrschaft folgendermaßen:

„§ 6. *Traditional* soll eine Herrschaft heißen, wenn ihre Legitimität sich stützt und geglaubt wird auf Grund der Heiligkeit altüberkommener (>>von jeher bestehender<<) Ordnungen und Herrengewalten. Der Herr (oder die mehreren Herren) sind kraft traditional überkommener Regel bestimmt. Gehorcht wird ihnen kraft der durch die Tradition ihnen zugewiesene Eigenwürde. Der Herrschende ist nicht >>Vorgesetzter<<, sondern persönlicher Herr, sein Verwaltungsstab [besteht] primär nicht [aus] <<Beamten>>, sondern persönlichen <<Dienern>>, die Beherrschten [sind] nicht <<Mitglieder>> des Verbandes, sondern entweder: <<traditionale Genossen>> (§ 7a) oder 2. <<Untertanen>>. Nicht sachliche Amtspflicht, sondern

---

<sup>202</sup> Vgl. WEBER, Max: *Wirtschaft und Gesellschaft*, Frankfurt am Main 2008, S. 162–163.

<sup>203</sup> Ebd., S. 164.

<sup>204</sup> Ebd., S. 164.

<sup>205</sup> Ebd., S. 165.

<sup>206</sup> Ebd., S. 165.

<sup>207</sup> Ebd., S. 165.

<sup>208</sup> Ebd., S. 166.

<sup>209</sup> Ebd., S. 166.



### 1.3 Webers Herrschaftstheorie

persönliche Dienertreue bestimmten die Beziehungen des Verwaltungsstabes zum Herrn.<sup>210</sup>

Methodologisch gesehen stellt der Herrschaftstyp eine Abweichung von der legalen Herrschaft dar, deshalb wird oft zu dem Ausdruck „Nicht-Sondern“ gegriffen.<sup>211</sup> In dem Herrschaftstyp gibt es keinen Vorgesetzten, sondern einen persönlichen Herrscher bzw. Herrn.<sup>212</sup> Die traditionale Herrschaft teilt sich in zwei Welten auf, die eine ist dem Handeln nach traditionsgebunden, die andere ist durch traditionsfreie Prinzipien charakterisiert.<sup>213</sup> Weber betont, dass sich der traditionale Herrscher bei der Herrschaftsausübung bestimmter Mittel bedient, wie aus der freien Willkür resultierenden Gnade oder Ungnade, persönlicher Zu- und Abneigung, die vor allem durch Geschenke die Gunst der Diener und Untertanen steuerbar macht.<sup>214</sup> Es wird auch nach bestimmten Prinzipien (sofern vorhanden!) geherrscht. Zu denen zählen Zugeständnisse, die die Ethik betreffen, Gerechtigkeit oder utilitaristische Zweckorientierung, formale Prinzipien spielen hier im Gegensatz zur legalen Herrschaft keine Rolle. Die Untertanen gehorchen solcher Herrschaft, solange man die durch die Tradition gesetzten Rechte der Untertanen respektiert und nicht zur übermäßigen Gewalt greift.<sup>215</sup> Im idealen Typ der reinen traditionellen Herrschaft ist es unmöglich neues Recht oder Verwaltungsprinzipien durch Satzung ins Leben zu rufen.<sup>216</sup> Dabei müssen die Präzedenzfälle und vorrechtlichen Verhältnisse, die aus den Dokumenten der Tradition resultieren und die Rechtsfindung bestimmen, berücksichtigt werden.<sup>217</sup>

Der traditionale Verwaltungstab rekrutiert sich aus den mit dem Herrscher durch Pietät verbundenen Dienern.<sup>218</sup> Dieser Beziehung sollte durch die hohe Wertschätzung des Herrschers durch seine Diener gekennzeichnet werden. Zu diesen Dienern können Sippenangehörigen, haushörige Hausbeamte, Klienten, Günstlinge aller Art (die mit dem Herrscher durch persönliche Vertrauensbeziehungen verbunden sind), Vasallen, Freie oder im Pietätsverhältnis stehende Beamte gehören.<sup>219</sup> Einige Merkmale im Vergleich zum legalen Herrschaftstyp in der reinsten Form fehlen, nämlich eine feste rationale Hierarchie und eine feste Kompetenz nach sachlicher Regel, geregelte Anstellung im Form eines freien Kontrakts und das geregelte Aufrücken, als Norm geltende fachliche Kenntnisse sowie festes Gehalt in monetärer Form.<sup>220</sup> Typisch ist auch die Ersetzung der primären

---

<sup>210</sup> WEBER, Max: *Wirtschaft und Gesellschaft*, Frankfurt am Main 2008, S. 167.

<sup>211</sup> Vgl. FITZL, Gregor: *Max Webers politisches Denken*, S. 142.

<sup>212</sup> Ebd., S. 142–143.

<sup>213</sup> Vgl. WEBER, Max: *Wirtschaft und Gesellschaft*, Frankfurt am Main 2008, S. 167.

<sup>214</sup> Ebd., S. 167.

<sup>215</sup> Ebd., S. 167.

<sup>216</sup> Ebd., S. 167.

<sup>217</sup> Ebd., S. 168.

<sup>218</sup> Ebd., S. 168.

<sup>219</sup> Ebd., S. 168.

<sup>220</sup> Ebd., S. 168.

### 1.3 Webers Herrschaftstheorie

Stelle der sachlichen Kompetenz durch die Konkurrenz und, dass die Herrschaft mit der Hilfe traditional-stereotypisierter Vollmachten und Aufträge durch die Verwaltung ausgeübt wird.<sup>221</sup> Gerontokratie und Patriarchalismus gehören zu den primären Merkmalen der traditionellen Herrschaft. Es ist auch eine Art der traditionellen Herrschaft, die ohne persönlichen Verwaltungsstab des Herrschers existiert.<sup>222</sup> Gerontokratie bedeutet, dass die Herrschaft durch den Ältestenrat ausgeübt wird. Im patriarchalen Modus ist die traditionale Herrschaft durch ökonomische und familiäre Ziele geprägt und untersteht einem geregelten Erbschaftsrecht.<sup>223</sup> Ständische Herrschaft gilt bei Weber als eine Art der patrimonialen Herrschaft innerhalb der traditionellen Herrschaft. Beim ständischen Herrschaftsuntertyp unterliegen die Auswahl des Verwaltungsstabes, die Vergabe der Stellen sowie die gesamte Machtausübung dem Herrscher. Die Kosten der Verwaltung übernimmt allerdings der ständische Herr.<sup>224</sup> Die Mitglieder des ständischen Verwaltungsstabes eignen sich in verschiedenen Anteilen die Verwaltungsmittel an, während beim reinen Patrimonialismus die Beamten keinen Zugriff auf die Verwaltungsmittel haben.<sup>225</sup> Der Beamte oder besser gesagt der patrimoniale Diener wird durch den Herrn versorgt. Hier handelt es sich um Deputate in Form von Gütern (vorwiegend in Naturalien) und Geld, die aus den Lehen im Form von Gebühren, Renten und anderen Einkünften erwirtschaftet werden.<sup>226</sup> Die ständisch-patrimoniale Herrschaft basiert auf Machtfaktoren innerhalb der Gesellschaft, wie die ökonomischer Einfluss, Gerichtsbarkeit oder Steuerrecht, die sich der Herrscher zu Eigen gemacht hat.<sup>227</sup> Diese ist auch für eine patrimoniale Herrschaft typisch.

Die Finanzierungsarten der traditionellen Herrschaft kann man in drei Varianten unterteilen. Der erste wird vom Weber als „natural-leiturgischer Bedarfsdeckung“ bezeichnet und basiert auf den Naturalabgaben und Fronen.<sup>228</sup> Diese Art der Finanzierung der traditionellen Herrschaft hemmt die Marktentwicklung. Der Geldumlauf ist durch den Konsum bestimmt, die ökonomischen Beziehungen sind durch die Tradition geprägt und an sie gebunden.<sup>229</sup> Solche Eigenschaften blockieren den Übergang zum Kapitalismus.<sup>230</sup> Eine andere Variante der Finanzierung ist die „ständisch privilegierender Bedarfsdeckung“.<sup>231</sup> Sie ist in ähnlicher Weise durch die Begrenzung der Marktentwicklung gekennzeichnet.

---

<sup>221</sup> Ebd., S. 169.

<sup>222</sup> Ebd., S. 170.

<sup>223</sup> Ebd., S. 170.

<sup>224</sup> Ebd., S. 171.

<sup>225</sup> Ebd., S. 173.

<sup>226</sup> Ebd., S. 174.

<sup>227</sup> Ebd., S. 174.

<sup>228</sup> Ebd., S. 176.

<sup>229</sup> Ebd., S. 176.

<sup>230</sup> Ebd., S. 176.

<sup>231</sup> Ebd., S. 176.

### 1.3 Webers Herrschaftstheorie

Dies resultiert aus der Belastung der Einzelwirtschaften und des Güterbesitzes durch den Herrn für die Zwecke des Herrschaftsverbandes, was die Kaufkraft der Untertanen beeinträchtigt.<sup>232</sup> Den vorletzten Finanzierungstyp kann man als „eine monopolistisch, teils gebührenmäßiger, teils steuerlicher Bedarfsdeckung“<sup>233</sup> ansehen. Die Marktentwicklung ist hier durch die Monopole begrenzt, die entscheidenden Erwerbsfähigkeiten stehen unter Kontrolle des Herrschers und seines Verwaltungsapparats.<sup>234</sup>

Die Verwaltungsschicht mit feudaler Prägung pflegt das patrimoniale Gebilde der Lehnswirtschaft, Marktentwicklung und Erwerbsfreiheit machtpolitisch zu begrenzen, dagegen wirkt die patrizische Verwaltung in umgekehrter Form.<sup>235</sup> Die rationale Wirtschaft kann deshalb durch die Finanzpolitik, je nach Art, gekürzt oder gefördert werden.<sup>236</sup> Die patrimoniale Verwaltung hemmt die Wirtschaft durch den Traditionalismus und durch das Fehlen eines fachlich geschulten Verwaltungsstabs.<sup>237</sup> Sie unterliegt vielmehr den persönlichen Bedürfnissen des Herrn und seiner Verwaltung.<sup>238</sup> Sowohl im Patriarchalismus als auch im Patrimonialismus werden gute Beziehungen zu Beherrschten gepflegt, indem die Wirtschaft utilitarischen, sozialem und materialen Prinzipien unterstellt wird.<sup>239</sup> Ein Patrimonialherr, der nach machtfINANZIEN Beweggründen herrscht und sich mit in seinem Verwaltungsstab geschulter Beamten bedient, bildet hier eine andere Variante der patrimonialen Herrschaft.<sup>240</sup> Charakteristisch sind hier die Existenz von Fachschulung, Konkurrenz von anderen patrimonialen Instanzen der Herrschaft innerhalb des Herrschaftsgefüges und das Involvieren der städtischen Gemeindeverbände in das existierende Patrimonialgewaltensystem, als zusätzlicher Garant bzw. als Absicherung der Finanzmacht.<sup>241</sup>

Der Verwaltungsstab des traditionellen Herrschers ist so konstruiert, dass er nicht durch Beamte, sondern vor allem aus persönlichen Dienern gebildet ist.<sup>242</sup> Sie operieren im Namen des Herrschers und üben die Herrschaft als seine Diener, Genossen oder Untertanen aus. Die Herrschaftsausübung ist – im Unterschied zum Beamten, der an seinen „sachlichen Amtspflicht“ gebunden ist – durch eine Art der persönlichen Treue des Dieners oder Untertanen gebunden.<sup>243</sup> Die „Personalisierung“ der Herrschaftsverhältnisse

---

<sup>232</sup> Ebd., S. 176.

<sup>233</sup> Ebd., S. 177.

<sup>234</sup> Ebd., S. 177.

<sup>235</sup> Ebd., S. 177.

<sup>236</sup> Ebd., S. 177.

<sup>237</sup> Ebd., S. 177.

<sup>238</sup> Ebd., S. 177.

<sup>239</sup> Ebd., S. 177.

<sup>240</sup> Ebd., S. 177.

<sup>241</sup> Ebd., S. 177.

<sup>242</sup> Vgl. FITZL, Gregor: Max Webers politisches Denken, S. 143.

<sup>243</sup> Ebd., S. 143.

### 1.3 Webers Herrschaftstheorie

setzt voraus, dass außer den fixen schriftlichen Gesetzen auch die Tradition und Würde des Herrschers berücksichtigt wird.<sup>244</sup> Eine neue Komponente kommt also dazu. Es wird dem Herrscher aus Tradition und Rücksichtnahme auf seine Stellung gehorcht. Die Verpflichtungen, die aus einem Gesetz resultieren, sind also nicht die einzigen, die die Herrschaftsart vorherbestimmen und vielleicht auch gar nicht die entscheidenden Charakterzüge. An dieser Stelle wäre es also aufschlussreich zu analysieren, ob solche Komponenten im Fürstentum Krotoszyn vorkommen. Wenn ja, wie nah liegen sie am traditionellen Herrschaftstyp? Sind Ebene, Schichten oder Niveaus der persönlichen Beziehung mit den Fürsten von Thurn und Taxis und seinen Beamten vorzufinden? Wenn dies zu bejahen ist, wandelt sich diese Beziehung vielleicht im Verlauf der Zeit oder bleibt dieser Beziehung zwischen dem Herrscher, seinen Beamten und Untertanen im Untersuchungszeitraum im Großen und Ganzen unverändert? Dies soll im Laufe der Studie geklärt werden.

Der letzte Herrschaftstyp nach Max Weber ist die so genannte charismatische Herrschaft. Als Charisma sind hier übernatürliche, übermenschliche Kräfte und Eigenschaften einer Person gemeint, die als vorbildlich gilt und als gottesgesandt erscheint, solche Personen werden durch Max Weber als „Führer“ bezeichnet.<sup>245</sup> Dieser Art der Herrschaft hängt entscheidend von der Persönlichkeit des Herrschers ab, der ein überdurchschnittliches Charisma hat. Ob eine Herrschaft charismatisch ist oder nicht entscheiden bestimmte Faktoren. Nach Weber sind es Wunder, freie Hingabe an Offenbarung, Vertrauen zum Führer, geschenkte Anerkennung der Beherrschten, Heldenverehrung. Das reine Charisma setzt voraus, dass diese Eigenschaften als pflichtig anzusehen sind.<sup>246</sup> Die Anerkennung solcher Herrschaft ist psychologisch durch solche Faktoren, wie Begeisterung, Not oder Hoffnung bedingt und durch den Glaube an den Herrscher und eine persönliche Hingabe gegenüber dem „Führer“ und die durch den charismatischen Herrscher formulierten neue Gebote gekennzeichnet.<sup>247</sup> In diesem Herrschaftstyp gibt es keine feststehenden Behörden, sondern nur Beauftragte des charismatischen Herrschers, die man als eine Art von Boten bezeichnen kann.<sup>248</sup> Nun, was geschieht eigentlich mit der charismatischen Herrschaft im Vergleich zu den anderen Herrschaftstypen? Wie kann man sie klassifizieren? Hat sie was mit den anderen gemein oder weicht sie vielleicht völlig von den restlichen Varianten ab? Die charismatische Herrschaft ist außeralltäglich und unterscheidet sich von anderen Typen der Herrschaft, wie der traditionellen und rationalen Herrschaft

---

<sup>244</sup> Ebd., S. 143.

<sup>245</sup> Vgl. WEBER, Max: *Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriss der verstehenden Soziologie*, 5. Auflage, Tübingen 2002, S. 140.

<sup>246</sup> Ebd., S. 140.

<sup>247</sup> Ebd., S. 140–141.

<sup>248</sup> Ebd., S. 141.

### 1.3 Webers Herrschaftstheorie

sowie ihren Untertypen.<sup>249</sup> Es lassen sich zwei verschiedene Gruppen aufzeigen. Die charismatische Herrschaft bildet die erste Gruppe und die restlichen Varianten der Herrschaft befinden sich in der zweiten Gruppe. Die erste Gruppe ist ungewöhnlich, die andere, in der sich die restlichen Herrschaftstypen befinden, ist durch alltägliche Formen der Herrschaft gekennzeichnet.<sup>250</sup> Max Weber stellt die Charakteristika und das Problem der Unterschiede zwischen der charismatischen Herrschaft und den anderen Herrschaftstypen auf folgende Weise dar:

„Die bürokratische Herrschaft ist spezifisch rational im Sinn der Bindung an diskursiv analysierbare Regeln, die charismatische spezifisch irrational im Sinn der Regelfremdheit. Die traditionale Herrschaft ist gebunden an die Präzedenzen der Vergangenheit und insoweit ebenfalls regelhaft orientiert, die charismatische stürzt (innerhalb ihres Bereiches) die Vergangenheit um und ist in diesem Sinn spezifisch revolutionär. Sie kennt keine Appropriation der Herrengewalt nach Art eines Güterbesitzes, weder an den Herrn noch an ständische Gewalten. Sondern legitim ist sie nur soweit und solange, als das persönliche Charisma kraft Bewährung „gilt“, das heißt: Anerkennung findet, und „brauchbar“ [ist] der Vertrauensmann, Jünger, Gefolge nur auf die Dauer seiner charismatischen Bewährtheit.“<sup>251</sup>

Aus diesem Ausschnitt erfahren wir, dass die charismatische Herrschaft gegen andere Herrschaftsformen gerichtet ist. Sie ist spezifisch revolutionär, irrational und stets an das persönliche Charisma des Herrschers gebunden. Solange den Herrscher eine charismatische Aura umgibt, solange wird sein Gefolge ihn und seine Macht anerkennen. Solange das Charisma aufrechterhalten wird, hat die charismatische Herrschaft Bestand. Mit der Erlöschung des Charismas beginnt dieser Herrschaftstyp unterzugehen. Die Verwaltung und der Herrscher sind an der charismatischen Herrschaftsnachfolge interessiert. Die charismatischen Normen können sich in die erbcharismatische umwandeln, indem sie traditional-ständische Eigenschaften übernehmen.<sup>252</sup> Wo sich das Erbcharisma des Führers durchgesetzt hat, dort erfassen die erbcharismatischen Merkmale die Anhänger sowie den Verwaltungsstab des Herrschers.<sup>253</sup> In Folge dessen eignet sich ein politischer Verband, der erbcharismatisch ist, Pfründe, Lehen, Erwerbschancen und alle Machtbefugnisse an. Man kann deshalb vom Typ eines „Geschlechterstaates“ sprechen.<sup>254</sup> Der Verwaltungsstab ist an der Sicherung der eigenen Stellung und eigener Erwerbschancen interessiert und je nach Grad der Legalisierung können Pfründe, Ämter und Lehen durch Regulierung der mäzenatischen Bedarfsdeckung und durch die rationale Organisation der Finanzen versorgt werden.<sup>255</sup> Reine charismatische Herrschaft ist wirtschaftsfremd. Durch die An-

---

<sup>249</sup> Ebd., S. 141.

<sup>250</sup> Ebd., S. 141.

<sup>251</sup> WEBER, Max: *Wirtschaft und Gesellschaft*, Tübingen 2002, S. 141.

<sup>252</sup> Vgl. WEBER, Max: *Wirtschaft und Gesellschaft*, Tübingen 2002, S. 145.

<sup>253</sup> Ebd., S. 145.

<sup>254</sup> Ebd., S. 145.

<sup>255</sup> Ebd., S. 145–146.

### 1.3 Webers Herrschaftstheorie

passung an fiskalische Bedarfsdeckung (Steuer und Abgaben aus fähiger Wirtschaft) kann sie in den alltäglichen Herrschaftsformen münden.<sup>256</sup>

Eine Sonderstellung in der Weberschen Herrschaftssystematik hat der Feudalismus. Der Begriff Feudalismus wird im Deutschen erst seit der Französischen Revolution verwendet.<sup>257</sup> Die Wörterbücher aus der Zeit um 1800 meiden zwar die Wortneuschöpfung „Feudalismus“ und verwenden stattdessen weiterhin die historischen und gleichzeitig lehnsrechtlich immer noch gültigen Wörter „Lehnswesen“ oder „Feudalsystem“, trotzdem ist von da an das Wort Feudalismus im historischen Diskurs präsent.<sup>258</sup> Hegel sah den Feudalismus als ein institutionalisiertes System der Rechtlosigkeit, sanktionierten Privatabhängigkeit und Privatverpflichtung.<sup>259</sup> Lange galt er als Kampfbegriff.<sup>260</sup> Seit Max Weber wird auch in der Wissenschaft der Begriff Feudalismus als Typen- und Periodisierungsbegriff verwendet.<sup>261</sup> Feudalismus ist nach Weber insofern ein neuer Herrschaftstyp, da er anders als Patrimonialismus, Charismatismus und Erb-Charismatismus strukturiert ist und in der Vergangenheit eine enorme geschichtliche Bedeutung hatte.<sup>262</sup> Man kann zwischen dem Lehens- und Pfründen-Feudalismus unterscheiden. Lehen sind hier geeignete Herrengewalten und Herrenrechte, die in Form der Lehen verliehen werden, seien es ökonomische Rechte, Befehlsgewalten innerhalb des Verbandes oder eigenhaushaltsmäßige Gewalten.<sup>263</sup> Die Verleihung der Lehen erfolgt gegen verwaltungsmäßige oder militärische Leistungen.<sup>264</sup> Diese Leistungen werden dem höher gestellten Senior, der die Lehen verleiht, innerhalb der herrschenden Herrschaftshierarchie, garantiert; meistens in der Form eines Lehnsvertrages. Der Lehenskontrakt gilt als eine Art von Verbrüderung zu ungleichem Recht und ist mit der Treuepflicht verbunden.<sup>265</sup> Beim Lehens-Feudalismus übt die lehensmäßige Verwaltung je nach Typ nach bestimmten Prinzipien ihre Herrschaft aus. Die erste Form wird durch die Treueverpflichtungen der Vasallen und damit verbundenen Leistungschancen markiert.<sup>266</sup> Die zweite gilt als eine Ersetzung des politischen Verbands durch ein System der persönlichen Treuebeziehungen zwischen dem Herrscher und dem Lehensmann.<sup>267</sup> Im dritten Fall behandelt Weber die „Felonie“. Hier handelt es sich um die Lehensmänner, die ihre Treuepflicht nicht erfüllen und gegen den

---

<sup>256</sup> Ebd., S. 146.

<sup>257</sup> Vgl. **BRUNNER**, Otto: Feudalismus, feudal: in: **BRUNNER**, Otto, **CONZE**, Werner, **KOSELLECK**, Reinhart (Hg.): *Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland*, Stuttgart 1975, S. 337–350; S. 337.

<sup>258</sup> Vgl. **BRUNNER**, Otto: *Feudalismus, feudal*, Stuttgart 1975, S. 344 und S. 350.

<sup>259</sup> Ebd., S. 345.

<sup>260</sup> Ebd., S. 350.

<sup>261</sup> Ebd., S. 350.

<sup>262</sup> Vgl. **WEBER**, Max: *Wirtschaft und Gesellschaft*, Frankfurt am Main 2008, S. 189.

<sup>263</sup> Ebd., S. 189.

<sup>264</sup> Ebd., S. 189.

<sup>265</sup> Ebd., S. 189.

<sup>266</sup> Ebd., S. 190.

<sup>267</sup> Ebd., S. 190.

### 1.3 Webers Herrschaftstheorie

Herrn in einen (oft militärischen) Konflikt geraten.<sup>268</sup> Der Herrscher kann bei dieser Gelegenheit auf Grund der nicht Erfüllung des Treueeides das Lehenrecht entziehen. Ein vierter Typus basiert auf der ständischen Lehens-Hierarchie. Es ist im Grunde genommen keine Hierarchie, da de facto über Urteile z.B. im Gericht ohne Berücksichtigung der Lehenshierarchie durch den „Oberhof“ entschieden wird.<sup>269</sup> Die lehensmäßige Verwaltung bei voller Durchführung betrifft beim fünften Typ die Lehensträger, die nicht innerhalb der Lehenshierarchie in den patrimonialen oder verbandsmäßigen Herrengewalten stehen.<sup>270</sup> Sie richtet sich nach dem Prinzip „nulle terre sans seigneur“ (kein Land ohne Herrscher).<sup>271</sup> Hierfür ist auch der Grundsatz typisch, dass die Herren- und Gerichtsgewalten dem Lehensherrn dort zustehen wo er sich befindet.<sup>272</sup> Nun kommen wir zum letzten sechsten Typ, der durch die eigenhaushaltsmäßigen Gewalten (z.B. über Domänen oder Sklaven), finanzielle Befugnisse (über Steuer und Abgaben), als auch Rechte auf Gerichtsbarkeit und die Macht über freie Menschen gekennzeichnet ist.<sup>273</sup> Feudalismus ist nicht immer mit dem Lehens-Feudalismus gleichzusetzen. Vom im Okzident typischen Lehens-Feudalismus lässt sich z.B. der Pfründen-Feudalismus oder der Polis-Feudalismus unterscheiden.<sup>274</sup>

Die persönliche Beziehung zum Herrn ist bei den Lehen sehr wichtig, da der Lehenmann, sei es ein Baron, Fürst oder Graf von Gnade oder Ungnade seines Herrn also Senioren abhängig ist und im Alltag, als auch in Krisensituationen, davon entweder profitieren kann oder auch nicht. Dies lässt sich dadurch bestätigen, dass z.B. die Herrschaftsrechte, der Einfluss oder die Einnahmequellen gekürzt oder gefördert werden können. Der Lehenmann kann leicht belohnt aber auch bestraft werden. Manche Formen dieser Bestrafung können auch dem mit einem Lehen ausgestatteten Herrscher indirekt schaden, indem die Verwaltung des Lehenmannes z.B. die durchgeführten Geschäfte, Angelegenheiten, die laufenden Projekte wie Investitionen, Streitigkeiten mit den Untertanen, Gerichtsprozesse blockiert oder verzögert. Dies kann auf Grund verschiedener Ursachen geschehen. Man kann sie aber auf einen Nenner bringen, nämlich solange die persönlichen Kontakte gut sind und gepflegt werden, solange funktioniert auch die gegenseitige Zusammenarbeit, Treue und Loyalität gegenüber dem Vasallen und Senioren. Insbesondere hat das umso größere Bedeutung, wenn es sich um Lehen oder Besitzungen handelt, die vor Ort direkt durch die Verwaltung beherrscht werden und nicht durch den Herrscher, der in seinen auswärtigen Residenzen wohnt und nur selten präsent ist. An der Stelle las-

---

<sup>268</sup> Ebd., S. 190.

<sup>269</sup> Ebd., S. 190.

<sup>270</sup> Ebd., S. 190.

<sup>271</sup> Ebd., S. 190.

<sup>272</sup> Ebd., S. 190.

<sup>273</sup> Ebd., S. 190.

<sup>274</sup> Ebd., S. 193–194.

### 1.3 Webers Herrschaftstheorie

sen sich Parallelen zum Fürstentum Krotoszyn ziehen, wo die Herrscher, die Fürsten von Thurn und Taxis, als Lehensmänner des preußischen Königs, durch die fürstliche Verwaltung ihre ausländischen Besitzungen im Namen des Fürsten regierten und administrierten. Völlige Abhängigkeit vom Herrscher als Lehensmann bedeutet auch, dass man sich in der Regel gegen ungünstige Entscheidungen des Herrschers auch kaum wehren kann, und dass gute persönliche Beziehungen helfen, einen solchen Zustand zu vermeiden. An dieser Stelle kann man die Frage aufwerfen, ob die Herrschaft von Thurn und Taxis im Fürstentum Krotoszyn feudale Züge hatte. Ob feudale Charakteristika dieser Herrschaft vorkommen werden, wird die Analyse am Ende der Arbeit zeigen, ebenso ob die anderen bereits erwähnten Varianten der Herrschaftstypologie nach Weber zutreffen.

Die drei legalen Herrschaftstypen nach Weber: legale, traditionale und charismatische wurden detailliert beschrieben. Doch wie eng sind sie mit dem Handeln verknüpft? Das Handeln der Akteure innerhalb der herrschaftlichen Vernetzung ist eng miteinander verbunden. Verschiedene Interessengruppen stehen bei der Herrschaftsausübung zueinander in Beziehung und beeinflussen sich dadurch gegenseitig. Die unterschiedlichen Positionen und Anliegen wirken sich auf die jeweilige Situation aus und verändern jene, wenngleich nicht alle Herrschaftsinstanzen gleich viel zu sagen haben. Herrschaft und ihre Typisierung ist im engen Zusammenhang mit dem Handeln zu betrachten. Deshalb erscheint es an dieser Stelle wichtig, die Typen vom sozialen Handeln zu kennen und zu unterscheiden. Max Weber nennt vier Arten des sozialen Handelns. Zu denen zählen zweckrationales, wertrationales, affektuelles und traditionales Handeln. Zweckrational zu handeln heißt, von Verhaltensweisen der Außenwelt und von Menschen auszugehen, die nach bestimmten Erwartungen (seien es Mittel oder Bedingungen) als rational erstrebt werden und eigene Zwecke erfüllen.<sup>275</sup> Wertrational zu handeln bedeutet, dass das eigene Verhalten (unabhängig vom Erfolg), z.B. durch einen bewussten Glauben an ästhetisch, religiöse und ethisch orientierte Normen und ihren Eigenwert an sich, motiviert ist.<sup>276</sup> Affectuelles Handeln ist durch einen emotionalen Gefühlszustand und Affekte geprägt.<sup>277</sup> Traditionales Handeln basiert auf eingelebten Angewohnheiten.<sup>278</sup>

Je wertrationaler das Handeln ist, desto stabiler ist die legale Herrschaft.<sup>279</sup> Legale Herrschaft ist stabil, wenn der Glaube an die Legalität des positiven Rechts gewährleistet werden kann. Das soziale Handeln der Akteure hängt dadurch vom Befolgen der positi-

---

<sup>275</sup> Vgl. **WEBER**, Max: *Wirtschaft und Gesellschaft*, Tübingen 2002, S. 12.

<sup>276</sup> Ebd., S. 12.

<sup>277</sup> Ebd., S. 12.

<sup>278</sup> Ebd., S. 12.

<sup>279</sup> Vgl. **WAGNER**, Gerhard: *Herrschaft und soziales Handeln – eine Notiz zur Systematisierung zweier soziologischer Grundbegriffe*, in: **GOSTMANN**, Peter, **MERZ-BENZ**, Peter-Ulrich (Hg.), *Macht und Herrschaft. Zur Revision zweier soziologischer Grundbegriffe*, Wiesbaden 2007, S. 19–26; S. 24.



### 1.3 Webers Herrschaftstheorie

ven und negativen Normen des positiven Rechts ab.<sup>280</sup> Sie ist auch davon abhängig. Traditionelle Herrschaft ist legitim, da die Heiligkeit der alten Ordnungen und Herrengewalten durch relative Stabilität gekennzeichnet ist.<sup>281</sup> Diese Art der Herrschaft ist durch traditionales Handeln gekennzeichnet und ist an diesen Herrschaftstyp angepasst. Durch die Bindung an das Gewohnte liegt dieser Typ des Handelns sehr nah an wertrationalen Handlungsmustern (z.B. ethisch, ästhetisch, religiös).<sup>282</sup> Die traditionale Herrschaft kann in Folge dessen zwischen dem traditionellen und wertrationalen Handeln platziert werden. Traditionale Herrschaft ist stabiler, wenn die Bindung an das Gewohnte durch religiöse oder metaphysische Werte der Tradition untermauert wird.<sup>283</sup> In dem Fall nähert sich das Handeln dem wertrationalen Typ. Die charismatische Herrschaft ist durch affektuelles Handeln bestimmt und die Legitimität der Herrschaft resultiert aus der affektuellen Hingabe.<sup>284</sup> Das Handeln wird nach Max Weber in diesem Herrschaftstyp durch wertrationales, affektuelles und streng affektuelles Handeln markiert. Affektuell handelt derjenige, der aktuelle Affekte abreagiert oder befriedigt.<sup>285</sup> Streng affektuell zu handeln bedeutet, dass dem Akteur sein Verhalten nicht vollkommen bewusst ist, vielmehr konzentriert er sich auf das Befriedigen seiner aktuellen Affekte.<sup>286</sup> Im Falle der charismatischen Herrschaft im wertrationalen Handlungsmuster sind die Ursachen (bzw. Richtpunkte) des Handelns bewusst und sogar an einen Plan orientiert.<sup>287</sup> Je bewusster dem Akteur sein Verhalten ist oder er an die Tradition glaubt, desto wertrationaler wird sein Handeln.<sup>288</sup> Die legale Herrschaft ist eng mit dem zweckrationalen und wertrationalen Handeln verbunden.<sup>289</sup> Sie bewegt sich zwischen diesen Handelstypen. Im zweckrationalen Handelstyp ist das Handeln bewusst und zweckmäßig.<sup>290</sup> Die dazu nötigen Mittel der Verwirklichung des Planes und ihre Folgen werden dabei berücksichtigt.<sup>291</sup> Wenn das Befolgen von Normen um der Legalität willen geschieht und weniger deshalb, weil man sich davon Vorteile verspricht bzw. negative Konsequenzen befürchtet wie im Falle des zweckrationalen Handelns, kann man das Handeln als wertrational bezeichnen.<sup>292</sup> Eine legale Herr-

---

<sup>280</sup> Vgl. WAGNER, Gerhard: Herrschaft und soziales Handeln, Wiesbaden 2007, S. 24.

<sup>281</sup> Ebd., S. 20.

<sup>282</sup> Ebd., S. 20–21.

<sup>283</sup> Ebd., S. 21.

<sup>284</sup> Ebd., S. 21.

<sup>285</sup> Ebd., S. 22.

<sup>286</sup> Ebd., S. 22.

<sup>287</sup> Ebd., S. 22.

<sup>288</sup> Ebd., S. 23.

<sup>289</sup> Ebd., S. 24–25.

<sup>290</sup> Ebd., S. 24.

<sup>291</sup> Ebd., S. 24.

<sup>292</sup> Ebd., S. 24.

### 1.3 Webers Herrschaftstheorie

schaft wiederum, die auf einem wertrationalen Handeln basiert, wird von Weber als stabiler angesehen.<sup>293</sup>

Alle vier Handlungstypen (zweckrationaler, traditionaler, wertrationaler und affektueller) existieren laut Weber in der Wirklichkeit nur als Mischformen. Die aufgestellten Handlungstypen haben auch nicht den Anspruch alle Arten des Handelns darzustellen, sodass diese Klassifikation nicht erschöpfend ist.<sup>294</sup> Die Integration der reinen und legitimen Herrschaftstypen wird dadurch zugelassen.<sup>295</sup> Eine solche Theorie erlaubt relativ flexibel an das Quellenmaterial heranzugehen, da die Grenzen der bestimmten Herrschaftstypen und Handlungsmuster fließend sind. Sie überschneiden sich auch und unterliegen zulässigen Schwankungen von der idealen Definition. Somit lassen sich der Herrschaftstyp und die Herrschaftsmuster in dem oft vieldeutigen und unklaren Umfeld der herrschaftlichen Verhältnisse besser erkennen und identifizieren. Darüber hinaus bietet die Unterteilung in reine Idealtypen der Herrschaft jedoch die Möglichkeit, eine Abbildung vom untersuchten Gegenstand der Herrschaft in der wissenschaftlichen Analyse ziemlich getreu zu präsentieren. Ausgerüstet mit geeignetem Theorie-Werkzeug kann man in Folge das Thema der vorliegenden Arbeit untersuchen.

Max Weber betont immer wieder selbst, dass jeder reine Typ der Herrschaft sehr selten zu finden ist:

„Die Terminologie und Kasuistik hat also in gar *keiner* Art den Zweck und kann ihn nicht haben: erschöpfend zu sein und die historische Realität in Schemata zu spannen. Ihr Nutzen ist: daß jeweils gesagt werden kann: was an einem Verband die eine oder andere Bezeichnung verdient oder ihr nahesteht, ein immerhin zuweilen erheblicher Gewinn.“<sup>296</sup>

Es ist also möglich die Mischformen der Herrschaft zu identifizieren und die bestimmten Eigenschaften anhand der Weberschen Herrschaftstypologie zu erkennen. Die einzelne Fälle bzw. Untersuchungsobjekte sollen dabei nicht pauschal dargestellt werden. Eine andere Frage ist es, ob und wie nah man überhaupt an die historische Realität mit den Methoden der Geschichtswissenschaft kommen kann. Es gibt schließlich keine einzige und wahre Realität der geschichtlichen Geschehnisse. Weber rät vernünftigerweise zur Klassifizierung zwischen der einzelnen Typen, da in der Regel in der Geschichte nur Mischformen in Erscheinung treten. Trotzdem bleiben auch gewisse Fixpunkte. Ein Element, das für jede Herrschaft sichtbar und als Grundlage gilt, ist nämlich Prestige zugunsten der herrschenden Personen.<sup>297</sup> Die Verwaltung des Herrschers funktioniert bei jedem Herr-

---

<sup>293</sup> Ebd., S. 24.

<sup>294</sup> Ebd., S. 25.

<sup>295</sup> Ebd., S. 25.

<sup>296</sup> WEBER, Max: Wirtschaft und Gesellschaft, Frankfurt am Main 2008, S. 196.

<sup>297</sup> Vgl. WEBER, Max: Wirtschaft und Gesellschaft, Frankfurt am Main 2008, S. 195.

### 1.3 Webers Herrschaftstheorie

schaftstyp in dem Fall am besten, wenn die Legitimität und Versorgungsgarantie vom Herrn abhängt.<sup>298</sup> Dies führt zu einer besseren Interessensolidarität der Verwaltung mit dem Herrn, was wiederum die Effizienz der Fügsamkeit der Beherrschten beeinflusst.<sup>299</sup> Diese Punkte bleiben also stets fest. Die Verwaltung kann auch herrschaftsfremd sein. Hier sollte man die so genannten Honoratioren nennen. Laut Weber sind es ökonomisch unabhängige Menschen, die nebenberuflich in einem Verband unentgeltlich oder nur gegen Ehren-Gehalt leitend oder verwaltend im Verband tätig sind.<sup>300</sup> Schließlich sollte man betonen, dass die Verwaltung auch eine andere besondere Form annehmen kann, nämlich die der Repräsentanten-Verwaltung. Hier ist die Repräsentation als Handeln bestimmter Verbandsvertreter zu verstehen.<sup>301</sup> Zu denen zählt das Recht auf *appropriierte Repräsentation* innerhalb des Verbandes in patriarchalen und charismatischen Herrschaftsverbänden<sup>302</sup> sowie die *ständische Repräsentation* eigener Privilegien, die als Vertretung und Geltendmachung eigener Rechten gilt.<sup>303</sup> Die dritte Form ist die so genannte *gebundene Repräsentation*. In dem Fall handelt es sich um die Beamten, die ihre Repräsentation ausüben, die nach Innen und Außen durch Abberufungsrecht und imperative Mandate begrenzt sind und von der Zustimmung der Vertreter abhängig sind.<sup>304</sup> Schließlich ist noch die letzte Form zu nennen, nämlich die *freie Repräsentation*. Der freie Repräsentant ist meistens gewählt, nur sachlich orientiert und nicht an die Interessen vom Herr oder Chef gebunden, da er selbst keiner Instruktion gegenüber verpflichtet ist.<sup>305</sup> Ähnlichen Charakter besitzen beispielsweise die parlamentarischen Repräsentationen, wo die abstrakten Normen (politische und ethische) die legale Herrschaft markieren.<sup>306</sup>

Resümierend kann man alle erwähnten reinen Typen der Herrschaft, also rationale, traditionale und charismatische Herrschaft abgekürzt darstellen, da sie bestimmte Eigenschaften besitzen, die man auch schematisch darstellen kann. Die Herrschaftstypologie, die Terminologie und Kasuistik nach Max Weber lässt sich somit einfach präsentieren und die entsprechenden Fragen der Analyse kann man nach diesen Merkmalen und Besonderheiten richten. Dementsprechend ist man in der Lage alle Herrschaftsarten nach bestimmten Kriterien kurz beschreiben. Wenn man nach der Legitimationsform fragt, dann wäre es bei der rationalen Herrschaft die Legalität, bei der traditionellen die Tradition und beim charismatischen das Charisma.<sup>307</sup> Wenn man die Organisationsform ins Visier nimmt,

---

<sup>298</sup> Ebd., S. 196.

<sup>299</sup> Ebd., S. 196.

<sup>300</sup> Ebd., S. 215.

<sup>301</sup> Ebd., S. 217.

<sup>302</sup> Ebd., S. 217.

<sup>303</sup> Ebd., S. 217.

<sup>304</sup> Ebd., S. 218.

<sup>305</sup> Ebd., S. 218.

<sup>306</sup> Ebd., S. 218.

<sup>307</sup> Vgl. FITZI, Gregor: Max Webers politisches Denken, S. 173.

### 1.3 Webers Herrschaftstheorie

dann ist es im rationalen Fall die Bürokratie, im traditionellen der Patriarchalismus, Patrimonialismus, Gerontokratie und Feudalismus (ständische Herrschaft).<sup>308</sup> In der charismatischen Variante der Herrschaft wäre das die Jüngerschaft oder Gefolgschaft.<sup>309</sup> Wenn man ein anderes Merkmal betrachten möchte, nämlich persönliche oder sachliche Herrschaftsbegründung, dann ist die rationale Herrschaft durch die Sache an sich und Ordnung gekennzeichnet, die traditionale durch Individuen, die im Rahmen der traditionellen Ordnung agieren. In der charismatischen steht die Person (sei es ein Herrscher, Politiker, kann auch mit einem Personenkult in Verbindung stehen), die die Macht innehat, im Mittelpunkt.<sup>310</sup> Wenn man nach der alltäglichen oder außeralltäglichen Ausrichtung der Herrschaft fragt, dann ist sie in der rationalen Herrschaft alltäglich dauerhaft, in der traditionellen ebenfalls und beim charismatischen Typ der Herrschaft sowohl außeralltäglich, als auch nicht dauerhaft sowie zusätzlich durch die Veralltäglichungsproblematik markiert.<sup>311</sup> Der Wirtschaftsbezug der einzelnen reinen Typen der Herrschaft zeichnet sich durch unterschiedliche Einstellungen aus. In der rationalen Herrschaft ist der Wirtschaftsbezug positiv-erneuernd, in der traditionellen Herrschaft positiv-konservativ und in der charismatischen Herrschaft negativ.<sup>312</sup> Das Merkmal der Verwaltungsmittel ist bei der rationalen Herrschaft durch Enteignung der Stände und Trennung des Verwaltungsstabs von den Verwaltungsmitteln charakteristisch.<sup>313</sup> Typisch für die traditionale Herrschaft ist, dass sich der Verwaltungsstab die Verwaltungsmittel oder die Herrengewalten angeeignet.<sup>314</sup> Bei der charismatischen Herrschaft werden die Herrengewalten und die Verwaltungsmitteln zwar nicht angeeignet, dafür ist dieser Herrschaftsart durch die unregelmäßige Einnahmen und Gelegenheitsfinanzierung gekennzeichnet.<sup>315</sup> Wenn man schließlich nach dem Normenbezug fragt, dann ist die rationale Herrschaft rational, also begründet auf diskursiv analysierbaren Regeln, die traditionale Herrschaft ist traditional durch die Orientierung an Präzedenzfällen und am Altüberkommenen und die charismatische Herrschaft ist bezüglich der Normen irrational ausgerichtet, da sie durch Regelfremdheit und keine festen Regelsetze (Urteil vom Fall zu Fall) gekennzeichnet ist.<sup>316</sup> Als Grundsatz steht hier „Es steht geschrieben. Ich aber sage euch...“.<sup>317</sup> Der Führer als charismatischer Herrscher entscheidet also arbiträr und oktroyiert seinen eigenen Willen, seine Interpretation des Rechts oder der Regeln. Bei der Betrachtung der Herrschaftstheorie von Max Weber lässt sich Kritik nicht vermeiden, die bereits am Anfang der Überlegungen zur

---

<sup>308</sup> Ebd., S. 173.

<sup>309</sup> Ebd., S. 173.

<sup>310</sup> Ebd., S. 173.

<sup>311</sup> Ebd., S. 173.

<sup>312</sup> Ebd., S. 173.

<sup>313</sup> Ebd., S. 173.

<sup>314</sup> Ebd., S. 173.

<sup>315</sup> Ebd., S. 173.

<sup>316</sup> Ebd., S. 173.

<sup>317</sup> Ebd., S. 173.

## 1.4 Hypothesen

Theorie angedeutet wurde: Die enge Verknüpfung der Legitimität an die Formen der Herrschaft ist bei Untersuchung der Herrschaft problematisch, da sie stark mit den Komponenten des Befehls und des Gehorsams vermischt ist.<sup>318</sup> Dadurch wird die Analyse der Bereiche wie die genossenschaftliche, bürgerliche oder demokratische Herrschaft bzw. Regierungsform relativ erschwert.<sup>319</sup> Genossenschaften, Demokratie oder bürgerlichen Herrschaftssystemen sind für diese Studie irrelevant. Deshalb wirkt sich der Mangel der Weberschen Theorie nicht auf die Analyse aus.

## 1.4 Hypothesen

Bevor ich aber nun zur Darstellung des Themas und zur Analyse der Herrschaft, inklusive der Herrschaftsform, komme, möchte ich nach der Beschreibung der theoretischen Aspekte, zunächst drei Hypothesen aufwerfen:

Die Herrschaft von Thurn und Taxis im Fürstentum Krotoszyn war erstens eine Mischform der verschiedenen Herrschaftstypen. Genauer lässt sich erahnen, dass diese Herrschaft auf dem traditionellen Modus basierte und patrimoniale, ständische (bzw. feudale) Züge hatte, die sich in mancher Hinsicht dem legalen Herrschaftstyp, insbesondere der reinsten Form, also der bürokratischen Herrschaft, annäherte.

Der Fürst regierte durch die fürstliche Verwaltung neutral und pragmatisch. Sein Hauptziel war aus den Besitzungen Geld zu erwirtschaften. Die finanziellen Erträge bildeten zwar das Hauptmotiv, sie lassen aber, je nach Problem, Interessen oder Situation der handelnden Akteure mehrere Herrschaftsformen zu, die sich im Verlauf der Jahrzehnte änderten und hybride Formen aufweisen, die unter dem stetigen Wandel standen.

Drittens, das Fürstentum und seine besondere Lage hatten vorausgesetzt, dass die Fürsten von Thurn und Taxis jedes Problem im breiteren Kontext und ständig die Interessen von verschiedenen Gruppen berücksichtigen mussten. Die korrekten Kontakte der fürstlichen Verwaltung mit den preußischen Beamten mussten stets gepflegt werden. Da sie eine höhere Herrschaftsinstanz darstellten, war die Herrschaft der Fürsten von der Qualität der Kontakte abhängig.

---

<sup>318</sup> Vgl. LEGGEWIE, Claus: Herrschaft, in: NOHLEN, Dieter, SCHULTZE, Rainer-Olaf (Hg.), Lexikon der Politikwissenschaft. Theorien, Methoden, Begriffe, Bd. I: A–M, 4., aktualisierte und erweiterte Auflage, München 2010, S. 360–368; S. 363.

<sup>319</sup> Ebd., S. 362.

## 1.5 Historische Hintergründe

Die Geschichte Polens ist eng mit der Region Großpolen (poln. Wielkopolska) verbunden. Aus dem Gebiet kam der Stamm der Polanen und die ersten Herrscher Polens, die die benachbarten Gebiete eroberten und andere Stämme im 9–10. Jahrhundert unterworfen haben und dem neuen Staatsorganismus den Anfang gaben. Zwischen 920 und 950 entstand in Zentral-Großpolen im Herrschaftszentrum der Piasten ein neues Burgensystem, während ältere Burganlagen in anderen Teilen Großpolens laut archäologischen Befunden vernichtet wurden.<sup>320</sup> Die Herrschaft der Polanen dehnte sich systematisch in alle Richtungen aus. Mit der Christianisierung Polens auf Initiative des Herzogs Mieszko I. (ca. 945–992) im Jahre 966 trat Polen in den elitären Kreis der westlichen Staaten ein und konnte dadurch die Übergriffe seitens anderer christlicher Staaten vermeiden. Der Sohn von Mieszko I. war der erste polnische König Bolesław Chrobry (ca. 967–1025), der um 1025 gekrönt wurde.<sup>321</sup> Mieszko I. etablierte auch die Dynastie der Piasten, die in Polen bis ins 14. Jahrhundert herrschte. Erst mit dem Tode von König Kazimierz III. Wielki (1310–1370) starb die Dynastie der königlichen Linie der Piasten als Herrscher von Polen aus. In Schlesien herrschten die Angehörigen der Dynastie jedoch noch bis zur zweiten Hälfte des 17. Jahrhundert. Der letzte regierende Piast war Jerzy IV. Wilhelm (1660–1675) Herzog von Liegnitz und Brieg (poln. Legnica i Brzeg).<sup>322</sup> Auf diesen piastischen Wurzeln gründet sich die Geschichte Polens, die gleichzeitig eng mit dem Ursprungsgebiet der Polanen, nämlich Großpolen verbunden ist. Auf dem großpolnischen Gebiet, genauer im Großherzogtum Posen, befand sich auch das Fürstentum Krotoszyn, das im Jahre 1819 entstand.

---

<sup>320</sup> Vgl. MÜHLE, Eduard: Die Slawen, München 2017, S. 47.

<sup>321</sup> Mehr zum Thema der Entstehung des polnischen Staates: BARAŃSKI, Marek: Mieszko I i Bolesław Chrobry, Warszawa 1999, KOLLINGER, Karol: Polityka wschodnia Bolesława Chrobrego (992–1025), Wrocław 2014, OŻÓG, Krzysztof: 966. Chrzest Polski, Kraków 2016, PISKORSKI, Jan M. (Hg.): Początki Państwa Polskiego. Księga tysiąclecia (= Poznańskie Towarzystwo Przyjaciół Nauk, wznowienia Bd. 10.), Poznań 2002, PISKORSKI, Jan M. (Hg.): Civitas Schinesghe. Mieszko I i początki państwa polskiego, Poznań/Gniezno 2004, RUSZCZYŃSKI, Adam: Mieszko I. Skandynawski jarl czy słowiański kneź?, Zielona Góra 2014, SUCHODOLSKI, Stanisław: Moneta Polska w X/XI wieku (= Wiadomości numizmatyczne, Rok XI – Zeszyt 2–3, 40–41), Warszawa 1967, STRZELCZYK, Jerzy: Mieszko Pierwszy. Chrzest i początki Polski, 4. Auflage, Poznań 2016, VINKELAU, Clemens (Hg.): Die Piasten. Eine polnisch-schlesische Fürstenfamilie, Frankfurt am Main 2011.

<sup>322</sup> Jerzy IV. Wilhelm starb am 21. November 1675 im Alter von 15 Jahren nach einer Jagd an Fieber und Pocken. Er beherrschte außer Italienisch, Spanisch, Französisch und Latein, auch noch die polnische Sprache. Sein Vater sprach neben Deutsch auch fließend Polnisch. Vgl. WALKOWIAK, Aleksander: Piastowie na ziemiach polskich, Głogów 2011, S. 7–8 und S. 155–156.

## *Die Teilungen Polens*

Mit der eigenmächtigen Selbstkrönung des brandenburgischen Kurfürsten Friedrich III. zum König von Preußen (Friedrich I., 1657–1713) in Königsberg am 18. Januar 1701 wurde aus dem Herzogtum Preußen ein Königreich.<sup>323</sup> Diese Tatsache zog den Aufstieg Preußens im europäischen Raum nach sich und markierte gleichzeitig den Beginn des Untergangs des Königreichs Polen, das erst unter dem russischen Druck im Jahre 1764 die Krönung Preußens anerkannt hatte.<sup>324</sup> Die Krönung Preußens bedeutete auch die Verlagerung der brandenburgisch-preußischen Politik in das östliche Mitteleuropa.<sup>325</sup> Die zukünftigen Teilungsmächte versuchten Polen sowohl von innen als auch von außen zu destabilisieren, insbesondere Preußen und Russland waren daran interessiert die politisch-militärische Schwäche des Königreichs Polen dauerhaft zu erhalten.<sup>326</sup> Dies geht auf das ungünstige Ergebnis des Großen Nordischen Krieges (1700–1721) für Königreich Polen zurück, der zur Unterwerfung der geschwächten polnischen Adelsrepublik unter das russische Hegemoniesystem und Russland mit Preußen in einer bündnispolitische Konstellation geführt hatte.<sup>327</sup> Bereits im Jahre 1720 gelangten die beiden Staaten zur Übereinkunft, Polen im Inneren sowie nach Außen weiter zu schwächen.<sup>328</sup> Später im Jahre 1732 kam es zum gemeinsamen Vertrag (Löwenwoldeschen Traktat bzw. so genannte „Entente cordiale der drei Schwarzen Adler“, poln. Traktat trzech czarnych orłów) Preußens, Österreichs und Russlands mit dem Ziel die polnische Königswahl nach dem Tod des Kurfürsten von Sachsen und zugleich polnischen Königs August II. des Starken (1670–1733) zu lenken.<sup>329</sup> Die Allianzpartner erreichten ihr Ziel. Obwohl Stanisław Leszczyński (1677–1766) durch die Mehrheit des polnischen Adels zum König gewählt worden war, triumphierte am Ende mit russisch-sächsischer Militärhilfe sein Konkurrent und Sohn Augusts II. des Starken, August III. (1696–1763), der mit Gewalt zum König von Polen gewählt und offiziell beim Pazifikationsreichstag im Jahre 1736 bestätigt wurde.<sup>330</sup> Dafür versprach der sächsische Kurfürst gegenüber Russland in einem Vertrag unter anderem

---

<sup>323</sup> Vgl. WEBER, Matthias: Preußen in Ostmitteleuropa. Geschehensgeschichte und Verstehensgeschichte – Zur Konzeption des vorliegenden Buches, in: WEBER, Matthias (Hg.), Preussen in Ostmitteleuropa. Geschehensgeschichte und Verstehensgeschichte (= Schriften des Bundesinstituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, Bd. 21), München 2003, S. 11–31; S. 11.

<sup>324</sup> Vgl. WEBER, Matthias: Preußen in Ostmitteleuropa, S. 14–15.

<sup>325</sup> Ebd., S. 16.

<sup>326</sup> Vgl. BÖMELBURG, Hans-Jürgen, KIZIK, Edmund: Altes Reich und Alte Republik. Deutsch-polnische Beziehungen und Verflechtungen 1500–1806, Darmstadt 2014, S. 99.

<sup>327</sup> Vgl. MÜLLER, Michael G.: Das Ende zweier Republiken: Die Teilungen Polens und die Auflösung des alten Reichs, in: LAWATY, Andreas, ORŁOWSKI, Hubert (Hg.), Deutsche und Polen. Geschichte – Kultur – Politik, München 2003, S. 47–53; S. 49–51.

<sup>328</sup> Vgl. MÜLLER, Michael G.: Das Ende zweier Republiken, S. 50.

<sup>329</sup> Vgl. MÜLLER, Michael G.: Die Teilungen Polens 1772, 1793, 1795, München 1984, 19–20.

<sup>330</sup> Ebd., S. 19–20.

auf jegliche Reformen im Königreich Polen zu verzichten, die den Staat auf irgendeine Weise stärken könnten.<sup>331</sup>

Friedrich der Große (1712–1786) verfolgte sogar eine Wirtschaftspolitik, die nicht nur eine Schwächung, sondern zugleich auch eine Ausbeutung Polens zur Folge hatte. Er betrieb nämlich Währungsfälschung im großen Umfang. Im Jahre 1740 wurden zum ersten Mal preußische Münzen geprägt, die zwar den preußischen Stempel und den Namen des Königs von Preußen (FRIDERICVS II BORVSSORVM REX) trugen, jedoch nur für den Handel in Polen bestimmt waren.<sup>332</sup> Sie ähnelten den Münzen des sächsischen Königs von Polen August III.,<sup>333</sup> allerdings hatten sie einen wesentlich geringeren Silbergehalt und wurden nur gegen Waren oder polnische Währung mit vollem Edelmetallgehalt getauscht.<sup>334</sup> Die polnischen Münzen wurden in Preußen eingeschmolzen und aus dem Metall wurden anschließend vollwertige preußische Münzen geprägt.<sup>335</sup> Auf diese Weise bereicherte sich der preußische König. Im Jahre 1753 begann man in Stettin (poln. Szczecin) mit der Fälschung der Münzen von August III. Ab dem Jahre 1756 wurden die Münzen mit dem vom preußischen König in Sachsen beschlagnahmten Original-Stempel von August III. geprägt.<sup>336</sup> Eben in dieser Zeit, also während des Siebenjährigen Krieges (1756–1763) kam es zur massenhaften Produktion der gefälschten polnisch-sächsischen Münzen.<sup>337</sup> Während August III. aus einer Silbereinheit acht Taler prägte, prägte Friedrich der Große aus der gleichen Menge Silber zunächst 14 Taler, im Jahre 1757 bereits 19 Taler, 1759 schon 25 Taler und 1761 sogar 31,5 Taler.<sup>338</sup> Der Wert der preußischen Fälschungen war demzufolge um ein Vielfaches geringer. Ähnlich verhielt es sich mit den Goldmünzen von August III., deren preußische Fälschungen statt 23,5 Karat nur 7 hatten.<sup>339</sup> Dies führte in Polen zur Inflation. Die echten sächsisch-polnischen Münzen wurden aufgekauft und die polnische Wirtschaft dadurch ruiniert. Wie es meistens der Fall ist, litten an der schlechteren ökonomischen Situation im Königreich Polen insbesondere die nicht wohlhabenden Personen.<sup>340</sup> Bei der Einfuhr der gefälschten Münzen halfen auch polnische Kaufmänner und ein Teil des Adels.<sup>341</sup> Den Berechnungen zufolge wurden allein bis 1787 von den ca. 43 Millionen in Königreich Polen geprägten Silbermünzen etwa

---

<sup>331</sup> Ebd., S. 20.

<sup>332</sup> Vgl. KALWAT, Wojciech: *Polski Pieniądz przez wieki. Monety króla elektora*, S. 1–8; S. 4–6, im WWW unter URL: [http://www.nbp.pl/home.aspx?f=/edukacja/dodatki\\_edukacyjne/mowia\\_wieki.html](http://www.nbp.pl/home.aspx?f=/edukacja/dodatki_edukacyjne/mowia_wieki.html) (Stand: 09.05.2017).

<sup>333</sup> Mehr zu den einzelnen Prägungen der Münzen von August III., vgl. KAHNT, Helmut: *Die Münzen Friedrich Augusts II. von Sachsen/Polen 1733–1763*, Regensburg 2010.

<sup>334</sup> Vgl. KALWAT, Wojciech: *Polski Pieniądz przez wieki. Monety króla elektora*, S. 4–6.

<sup>335</sup> Ebd., S. 4–6.

<sup>336</sup> Ebd., S. 6.

<sup>337</sup> Vgl. MORAWSKI, Wojciech: *Zarys powszechnej historii pieniądza i bankowości*, Warszawa 2002, S. 87.

<sup>338</sup> Vgl. KALWAT, Wojciech: *Polski Pieniądz przez wieki. Monety króla elektora*, S. 6.

<sup>339</sup> Ebd., S. 6.

<sup>340</sup> Ebd., S. 7.

<sup>341</sup> Ebd., S. 7.



40 Millionen ins Ausland überführt; zurück kamen die preußischen minderwertigen Fälschungen der polnischen Münzen.<sup>342</sup> Laut Schätzungen hatte Friedrich der Große an den Münzenfälschungen in Polen ca. 25 Millionen Taler verdient, was etwa 200 Millionen polnischer Złoty entsprach.<sup>343</sup> Um sich klar zu machen, welchem Wert dies entsprach, reicht es aus, das Jahresbudget des letzten polnischen König vor den Teilungen Stanisław August Poniatowski (1732–1798) zu betrachten, das beispielsweise im Jahre 1767 insgesamt 7,721 Millionen Złoty betrug.<sup>344</sup> Der letzte polnische König Poniatowski war dafür bekannt, dass er ein „Kunstliebhaber“ war.<sup>345</sup> Dafür gab er allerdings nur ca. 3% seiner Einnahmen aus.<sup>346</sup> Die meisten Kosten, also ca. 2/3 des königlichen Budgets, machten Schmiergelder für seine politischen Verbündeten aus.<sup>347</sup> Sehr viel Geld verschwendete er auch für seine Mätressen, die er oft wechselte, was zusätzliche Kosten verursachte.<sup>348</sup> Natürlich versuchte er auch Geld zu sparen, z.B. indem er die Messen für die Seelen seiner Eltern aus der Staatskasse finanzieren ließ.<sup>349</sup> Poniatowski erhielt auch regelmäßig beträchtliche Geldsummen vom russischen Staat, quasi als Gegenleistung für seine russlandfreundliche Politik; so wurden ihm etwa in der bürgerkriegsähnlichen Zeit und anti-russischen Konföderation von Bar in den Jahren 1768–1772 1,5 Millionen Złoty ausbezahlt und nach der offiziellen Bestätigung der ersten Teilung Polens bekam er 60.000 Złoty.<sup>350</sup> Er verschuldete sich dabei mit riesigen Summen und machte die Unterzeichnung des Bündnisabkommens mit Preußen im Jahre 1790 davon abhängig, dass er zuvor dafür einen Kredit erhalte.<sup>351</sup> Ganz ähnlich verhielte er sich als er seine eigene Abdankung als polnischer König unterzeichnete. Er willigte unter der Bedingung ein, dass seine enormen Schulden in Höhe von 33 Millionen Złoty bezahlt werden.<sup>352</sup> Für so eine Summe konnte man damals eine Armee in einer Größe von 120.000 Soldaten aufstellen.<sup>353</sup> Poniatowski bevorzugte jedoch die Kunst und einen verschwenderischen Lebensstil. Das Königreich Polen war derweil wehrlos und konnte somit auch militärisch nur wenig gegen seine Nachbarstaaten mit ihren zahlenmäßig vielfach überlegenen Armeen, ausrichten. Der Niedergang vollzog sich also stetig und es war nur eine Frage der Zeit, wann es zur end-

---

<sup>342</sup> Vgl. STEFAŃCZYK, Bartosz und KALWAT, Wojciech: *Polski Pieniądz przez wieki*: Gabinet numizmatyczny króla Stasia, S. 1–8; S. 4, im WWW unter URL: [http://www.nbp.pl/home.aspx?f=/edukacja/dodatki\\_educacyjne/mowia\\_wieki.html](http://www.nbp.pl/home.aspx?f=/edukacja/dodatki_educacyjne/mowia_wieki.html) (Stand: 09.05.2017).

<sup>343</sup> Vgl. KALWAT, Wojciech: *Polski Pieniądz przez wieki*: Monety króla elektora, S. 7.

<sup>344</sup> Vgl. STEFAŃCZYK, Bartosz und KALWAT, Wojciech: *Polski Pieniądz przez wieki*: Gabinet numizmatyczny króla Stasia, S. 8.

<sup>345</sup> Vgl. MARCINEK, Roman: Stanisław August Poniatowski, in: MARCINEK, Roman (Hg.), *Poczet Władców Polski*, Ożarów Mazowiecki 2015, S. 369–378; S. 375–378.

<sup>346</sup> Vgl. MARCINEK, Roman: Stanisław August Poniatowski, S. 378.

<sup>347</sup> Ebd., S. 376.

<sup>348</sup> Ebd., S. 375.

<sup>349</sup> Ebd., S. 376.

<sup>350</sup> Ebd., S. 373.

<sup>351</sup> Vgl. MAŁACHOWSKI, Grzegorz, MARCINEK, Roman (Hg.): *Ilustrowane dzieje Polski*, Ożarów Mazowiecki 2015, S. 374.

<sup>352</sup> Ebd., S. 375.

<sup>353</sup> Ebd., S. 375.

gültigen Niederlage und somit zu den lange geplanten Teilungen kommen würde. Das Königreich Polen bildete nach der Union in Lublin im Jahre 1569 einen Staat mit dem Großherzogtum Litauen. Dieser Staat wurde im Polnischen oft als „Rzeczpospolita Polska“ oder „Rzeczpospolita Obojga Narodów“ oder im Deutschen einfach als Polen-Litauen bezeichnet. Im 18. Jahrhundert kam es zur Aufteilung des liberalen und multinationalen Königreichs Polen zwischen drei Staaten: Königreich Preußen, Zarenreich Russland und Kaiserreich Österreich. Dieser Prozess erfolgte in drei Etappen 1772, 1793 und 1795.<sup>354</sup> Zum Zeitpunkt der ersten Teilung im Jahre 1772 hatte das Königreich Polen ca. 733.000 km<sup>2</sup> und 12 Millionen Bewohner. Zum Vergleich: Im Königreich Preußen wohn-

---

<sup>354</sup> Mehr zum Thema polnische Teilungen und Polen im 18. Jahrhundert in: **ARETIN**, Karl Otmar von: Tausch, Teilung und Länderschacher als Folgen des Gleichgewichtssystems der europäischen Großmächte. Die Polnischen Teilungen als europäisches Schicksal, in: **ZERNACK**, Klaus (Hg.), Polen und die polnische Frage in der Hohenzollernmonarchie 1701–1871 (= Einzelveröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin, Bd. 33), Berlin 1982, S. 53–68, **BÖMELBURG**, Hans-Jürgen **GESTRICH**, Andreas, **SCHNABEL-SCHÜLE**, Helga (Hg.): Die Teilungen Polen-Litauens. Inklusions- und Exklusionsmechanismen – Traditionsbildung – Vergleichsebenen, Osnabrück 2013, **BÖMELBURG**, Hans-Jürgen: Friedrich II. zwischen Deutschland und Polen. Ereignis- und Erinnerungsgeschichte, Stuttgart 2011, **BROSZAT**, Martin: Zweihundert Jahre deutsche Polenpolitik, Frankfurt am Main 1972, **BUJAK**, Franciszek: Allgemeiner Abriss der Geschichte der deutschen Siedlung in den Westgebieten Polens, in: **DRALLE**, Lothar (Hg.), Preußen, Deutschland, Polen im Urteil polnischer Historiker. Eine Anthologie, Bd. 1 Millennium germano-polonicum (= Einzelveröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin, Bd. 37, Reihe: Anthologien Bd. 2: Publikationen zur Geschichte der deutsch-polnischen Beziehungen, Bd. 4), Berlin 1983, S. 105–135, **CEGIELSKI**, Tadeusz: Preussische „Deutschland- und Polenpolitik“ 1740–1792, in: **ZERNACK**, Klaus (Hg.), Polen und die polnische Frage in der Hohenzollernmonarchie 1701–1871 (= Einzelveröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin, Bd. 33), Berlin 1982, S. 19–27, **EPKENHAUS**, Michael, **GROSS**, Gerhard P., **KÖSTER**, Burkhard: Preußen. Aufstieg und Fall einer Großmacht, Stuttgart 2011, **GUNKEL**, Christoph: Der Hunger der Monarchen. Über Gebietsgewinne im Osten stieg Preußen zur Großmacht auf, in: **GROBBONGARDT**, Annette, **KLUBMANN**, Uwe, **PÖTZL**, Norbert F. (Hg.), Die Deutschen im Osten Europas. Eroberer, Siedler, Vertriebene, München 2011, S. 59–68, **HEYDE**, Jürgen: Geschichte Polens, 3., durchgesehene und aktualisierte Auflage, München 2011, **JAWORSKI**, Rudolf, **LÜBKE** Christian, **MÜLLER**, Michael G. (Hg.): Eine kleine Geschichte Polens, Frankfurt am Main 2000, **LOEW**, Peter Oliver: Preussen. Erzwungene Nachbarschaft, in: **HAHN**, Hans Henning, **TRABA**, Robert (Hg.), Deutsch-Polnische Erinnerungsorte, Bd. 1: Geteilt/Gemeinsam, Paderborn 2015, **ŁUKASIEWICZ**, Dariusz: Sarmatyzm i Prusy na przełomie XVIII i XIX wieku, Warszawa 2015, **MÜLLER**, Michael G.: Die Teilungen Polens 1772, 1793, 1795, München 1984, **MÜLLER**, Michael G.: Das Ende zweier Republiken: Die Teilungen Polens und die Auflösung des alten Reichs, in: **LAWATY**, Andreas, **ORŁOWSKI**, Hubert (Hg.), Deutsche und Polen. Geschichte – Kultur – Politik, München 2003, S. 47–53, **PISKORSKI**, Jan M.: Preußen zwischen Deutschland und Polen, in: **WEBER**, Matthias (Hg.), Preussen in Ostmitteleuropa. Geschehensgeschichte und Verstehensgeschichte (= Schriften des Bundesinstituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, Bd. 21), München 2003, S. 63–82, **PRASZALOWICZ**, Dorota: Polen, in: **BADE**, Klaus J., **EMMER**, Pieter C., **LUCASSEN**, Leo, **OLTMER**, Jochen (Hg.), Enzyklopädie Migration in Europa. Vom 17. Jahrhundert bis zur Gegenwart, 3. durchgesehene Auflage, Paderborn 2010, S. 258–271, **PUHL**, Jan: Keim der Zwietracht, in: **BURGDORFF**, Stephan, **PÖTZL**, Norbert L., **WIEGREFE**, Klaus (Hg.), Preußen. Die unbekannte Großmacht, München 2008, S. 116–124, **STEFANČZYK**, Bartosz und **KALWAT**, Wojciech: Polski Pieniądz przez wieki: Gabinet numizmatyczny króla Stasia, S. 1–8, im WWW unter URL: [http://www.nbp.pl/home.aspx?f=edukacja/dodatki\\_educacyjne/mowia\\_wieki.html](http://www.nbp.pl/home.aspx?f=edukacja/dodatki_educacyjne/mowia_wieki.html) (Stand: 09.05.2017), **WEBER**, Matthias: Preußen in Ostmitteleuropa. Geschehensgeschichte und Verstehensgeschichte – Zur Konzeption des vorliegenden Buches, in: **WEBER**, Matthias (Hg.), Preussen in Ostmitteleuropa. Geschehensgeschichte und Verstehensgeschichte (= Schriften des Bundesinstituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, Bd. 21), München 2003, S. 11–31, **ZERNACK**, Klaus: Das Jahrtausend deutsch-polnischer Beziehungsgeschichte als geschichtswissenschaftliches Problemfeld und Forschungsaufgabe, in: **FRITZE**, Wolfgang H., **ZERNACK**, Klaus (Hg.), Grundfragen der geschichtlichen Beziehungen zwischen Deutschen, Polaben und Polen. Referate und Diskussionsbeiträge aus zwei wissenschaftlichen Tagungen (= Einzelveröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin, Bd. 18: Publikationen zur Geschichte der deutsch-Polnischen Beziehungen, Bd. 1), Berlin 1976, S. 3–46, **ZERNACK**, Klaus: Polen in der Geschichte Preußens, in: **BUSCH**, Otto (Hg.), Handbuch der preussischen Geschichte. Das 19. Jahrhundert und Große Themen der Geschichte Preußens, Bd. 2, Berlin/New York 1992, S. 377–448, **ZERNACK**, Klaus: Das Preußenproblem in der Geschichte Polens, in: **SCHLENKE**, Manfred (Hg.), Preußen Beiträge zu einer politischen Kultur, Bd. 2, Berlin 1981, S. 322–334.

ten zu der Zeit 8,7 Millionen Menschen.<sup>355</sup> Allein durch die erste Teilung verlor das Königreich Polen insgesamt 40% seiner Einwohner.<sup>356</sup> An der zweiten Teilung nahm Österreich nicht teil.

Gegenstand der vorliegenden Untersuchung und die Region, die in dieser Studie von Interesse ist, ist – wie bereits erwähnt – Großpolen. Dieses Gebiet kam mit der ersten und zweiten Teilung Polens unter preußisch-deutsche Herrschaft. Ein kleinerer Teil Großpolens wurde durch Preußen bereits im Jahre 1772 annektiert. Es handelte sich dabei um die nördlichen und nördlich-östlichen Gebiete Großpolens, inklusive städtischer Zentren wie Bydgoszcz, Inowrocław und Piła.<sup>357</sup> Bei der zweiten Teilung im Jahre 1793 wurden die mittleren, östlichen und südlichen Gebiete Großpolens unter anderem mit den Städten Poznań, Gniezno, Kalisz und Leszno annektiert.<sup>358</sup> Mit den Teilungen hängen auch die in dieser Zeit im Königreich Polen durchgeführten Reformen und die Entstehung der ersten geschriebenen Verfassung Europas am 3. Mai 1791 (sog. Regierungsgesetz, poln. Ustawa Rządowa oder poln. Konstytucja 3. Maja) zusammen.<sup>359</sup> Die Verabschiedung der Verfassung im Königreich Polen wurde durch den preußischen König Friedrich Wilhelm II. (1744–1797) als Grund für die nächsten Teilungen angegeben.<sup>360</sup> Preußen wollte dadurch die Ausbreitung des französischen Demokratismus und somit eben auch Reformen in Polen verhindern.<sup>361</sup> Die Nationalgefühle der Polen bezeichnete Friedrich Wilhelm II. als „missverstandene Vaterlandsliebe“ und wollte sich jenen entgegenstellen.<sup>362</sup>

Die Teilungen Polens stellten ein lukratives Geschäft für die Teilungsmächte Russland, Preußen und Österreich dar. Sie zogen aber auch einen großen Verwaltungsaufwand nach sich, in den tausende von Beamten, Militärs und Diplomaten involviert waren.<sup>363</sup> Diese Kreise, die auch publizistisch tätig waren, entwickelten verschiedene Modelle zur Rechtfertigung.<sup>364</sup> Der Vorwurf, dass die Teilungen des Königreichs Polen der Anarchie in die-

---

<sup>355</sup> Vgl. BÖMELBURG, Hans-Jürgen, KIZIK, Edmund: Altes Reich und Alte Republik. Deutsch-polnische Beziehungen und Verflechtungen 1500–1806, in: BINGEN, Dieter, BÖMELBURG, Hans-Jürgen, LOEW, Peter Oliver (Hg.), *Deutsch-Polnische Geschichte*, Bd. 2, Darmstadt 2014, S. 40.

<sup>356</sup> Vgl. EPKENHAUS, Michael, GROSS, Gerhard P., KÖSTER, Burkhard: *Preußen. Aufstieg und Fall einer Großmacht*, Stuttgart 2011, S. 40.

<sup>357</sup> Vgl. KOZŁOWSKI, Jerzy: *Wielkopolska pod pruskim zaborem w latach 1815–1918*, Poznań 2006, S. 7.

<sup>358</sup> Ebd., S. 7.

<sup>359</sup> Vgl. HEYDE, Jürgen: *Geschichte Polens*, 3., durchgesehene und aktualisierte Auflage, München 2011, S. 51.

<sup>360</sup> Vgl. WIPPERMANN, Wolfgang: *Preußen und Polen*, in: SCHLENKE, Manfred (Hg.), *Preußische Geschichte. Eine Bilanz in Daten und Deutungen*, 2., durchgesehene Auflage, Würzburg 1991, S. 97–109; S. 100.

<sup>361</sup> Vgl. WIPPERMANN, Wolfgang: *Preußen und Polen*, S. 100.

<sup>362</sup> Ebd., S. 100.

<sup>363</sup> Vgl. BÖMELBURG, Hans-Jürgen, GESTRICH, Andreas, SCHNABEL-SCHÜLE, Helga: *Die Teilungen Polen-Litauens als Zäsur einer europäischen Strukturgeschichte. Komparative Überlegungen jenseits der Nationalgeschichtsschreibung*, in: BÖMELBURG, Hans-Jürgen, GESTRICH, Andreas, SCHNABEL-SCHÜLE, Helga (Hg.), *Die Teilungen Polen-Litauens. Inklusions- und Exklusionsmechanismen – Traditionsbildung – Vergleichsebenen*, Osnabrück 2013, S. 9–35; S. 18.

<sup>364</sup> Vgl. BÖMELBURG, Hans-Jürgen, GESTRICH, Andreas, SCHNABEL-SCHÜLE, Helga: *Die Teilungen Polen-Litauens als Zäsur einer europäischen Strukturgeschichte*, Osnabrück 2013, S. 18.

sem Staat geschuldet seien, war in der damaligen zeitgenössischen Öffentlichkeit besonders beliebt und weit verbreitet<sup>365</sup> und wurden durch den preußischen König Friedrich den Großen (1712–1786) selbst propagiert.<sup>366</sup> Er bezeichnete das Königreich Polen als eine „Herrschaft der Anarchie.“<sup>367</sup> Eine ebenfalls oft gebrauchte Erklärung der Teilungsmächte stellte die Teilungen als eine „Zivilisierungsmission“ dar, von der die Einwohner Polen-Litauens noch in der Zukunft profitieren würden.<sup>368</sup>

Im 18. Jahrhundert hatte der zunehmende Sittenverfall, die Vorliebe für Luxus und übermäßigen Konsum, die sich z.B. im Besitz von teuren Wagen, ständigen Vergnügungen und Feiern äußerte, dazu geführt, dass zahlreiche Magnaten und Adelige nicht nur die eigenen Güter finanziell ruiniert, sondern auch den Zerfall Polen-Litauens in ihrem Luxus-Konsum-Rausch schlichtweg verschlafen haben.<sup>369</sup> Interessant ist dabei, dass so ein Lebensstil von zahlreichen Polen bewundert wurde; besonderes Ansehen erfuhren diejenigen, die viele Pferde, eine zahlreiche Dienerschaft oder eine private Polizei besaßen.<sup>370</sup> Dieser Trend wurde leider auch im 19. Jahrhundert fortgesetzt, wenngleich in geringerem Ausmaß.<sup>371</sup> Dies vereinfachte freilich die Einmischung von Drittstaaten in die polnischen Angelegenheiten.

Die polnische Geschichtsschreibung konzentrierte sich über lange Zeit hauptsächlich auf die negativen Seiten und Auswirkungen Preußens auf Polen, übersah dabei aber oft die modernisierende Komponente, die diese Herrschaft mit sich gebracht hatte.<sup>372</sup> Als modernisierende Faktoren kann man hier etwa die für damalige Zeiten fortschrittliche Unifikation des Rechts, der Verwaltung und der Staatsform in Preußen nennen.<sup>373</sup> Das im Jahre 1794 eingeführte Allgemeine Preußische Landrecht war einheitlich und dank seiner 20.000 Paragraphen präzise.<sup>374</sup> Allerdings war es gerade deswegen auch weniger übersichtlich. Die Vertreter der neuen preußisch-deutschen Herrschaft verstanden sich selbst in der Tat auch als Modernisierer, was zugleich aber mit einem Überlegenheitsgefühl den Polen gegenüber verbunden war, welche als Untertanen zweiter Klasse behandelt wurden.<sup>375</sup>

---

<sup>365</sup> Ebd., S. 18–19.

<sup>366</sup> Vgl. BÖMELBURG, Hans-Jürgen: Friedrich II. zwischen Deutschland und Polen. Ereignis- und Erinnerungsgeschichte, Stuttgart 2011, S. 78ff.

<sup>367</sup> Ebd., S. 79.

<sup>368</sup> Vgl. BÖMELBURG, Hans-Jürgen, GESTRICH, Andreas, SCHNABEL-SCHÜLE, Helga: Die Teilungen Polen-Litauens als Zäsur einer europäischen Strukturgeschichte, S. 20.

<sup>369</sup> Vgl. ŁUKASIEWICZ, Dariusz: Sarmatyzm i Prusy na przełomie XVIII i XIX wieku, S. 100.

<sup>370</sup> Ebd., S. 100.

<sup>371</sup> Ebd., S. 101.

<sup>372</sup> Ebd., S. 42.

<sup>373</sup> Ebd., S. 20.

<sup>374</sup> Vgl. GUNKEL, Christoph: Der Hunger der Monarchen. Über Gebietsgewinne im Osten stieg Preußen zur Großmacht auf, in: GROBBONGARDT, Annette, KLUBMANN, Uwe, PÖTZL, Norbert F. (Hg.), Die Deutschen im Osten Europas. Eroberer, Siedler, Vertriebene, München 2011, S. 59–68; S. 67.

<sup>375</sup> Vgl. GUNKEL, Christoph: Der Hunger der Monarchen, München 2011, S. 67.

Die Anfänge der zunehmend belasteten deutsch-polnischen Beziehungen lassen sich bereits im 17. Jahrhundert finden.<sup>376</sup> Mit den Teilungen kam es zum ersten Mal zum Antagonismus im deutsch-polnischen Beziehungsbild und der deutsch-polnischen Beziehungsgeschichte.<sup>377</sup> Seine Gestalt wurde durch die Teilungen verzerrt und negativ konnotiert. Bereits nach der ersten Teilung kam es zur Enteignung von Gütern der katholischen Kirche. Hatten sich polnische Adelige geweigert den Huldigungseid zu leisten, wurde ihr Grundbesitz ebenfalls beschlagnahmt.<sup>378</sup> Im Kontext der zweiten und dritten Teilung kann man konstatieren, dass es wieder zur Säkularisation von Besitzungen der katholischen Kirche kam.<sup>379</sup> Der patriotisch gesinnte Adel, der den Kościuszko-Aufstand unterstützt hatte, wurde enteignet.<sup>380</sup> Nach den Teilungen kam es zur Konfiszierung polnischer Krongüter und kirchlicher Besitzungen, die in preußische Staatsdomänen umgewandelt und in der Provinz Südpolen in den Jahren 1796–1797 veräußert wurden.<sup>381</sup> Insgesamt wurden weite Gebiete Großpolens als 245 Güter für 2 Millionen Taler an 48 Personen verkauft oder den preußischen Würdenträgern einfach als Donation geschenkt, wobei der tatsächliche Wert der Güter jedoch 4 Millionen Taler betrug.<sup>382</sup> Die meisten Güter wurden anschließend von den neuen Besitzern für das Mehrfache des ursprünglichen Preises verkauft.<sup>383</sup> Aus der vorhandenen Liste der Transaktionen aus dem sog. „Schwarzen Buch“ und „Schwarzen Register“<sup>384</sup> war nur eine verlustreich, aber nur weil der Käufer der preußischer Minister der Provinz Schlesien Karl Georg von Hoym (1739–1807) war, der sich auch an den ganzen Machenschaften mit den großpolnischen Gütern persönlich beteiligt und sie mitgeleitet hatte.<sup>385</sup> Deshalb wurde der Preis in diesem Fall künstlich nied-

---

<sup>376</sup> Vgl. ZERNACK, Klaus: Das Jahrtausend deutsch-polnischer Beziehungsgeschichte als geschichtswissenschaftliches Problemfeld und Forschungsaufgabe, Berlin 1976, S. 3–46; S. 39.

<sup>377</sup> Ebd., S. 32 und S. 39.

<sup>378</sup> Vgl. TRZECIAKOWSKI, Lech: Die Nationalitätenpolitik Preußens im preußischen Teilungsgebiet (1772–1918), in: NITSCHKE, Peter, JAWORSKI, Rudolf (Hg.), Preußen in der Provinz. Beiträge zum 1. deutsch-polnischen Historikerkolloquium im Rahmen des Kooperationsvertrages zwischen der Adam-Mickiewicz-Universität Poznań und der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel unter Mitarbeit von Ekkehard Klug (= Kieler Werkstücke. Reihe F: Beiträge zur osteuropäischen Geschichte, Bd. 1), Frankfurt am Main 1991, S. 6–21; S. 11.

<sup>379</sup> Vgl. TRZECIAKOWSKI, Lech: Die Nationalitätenpolitik Preußens im preußischen Teilungsgebiet (1772–1918), Frankfurt am Main 1991, S. 11.

<sup>380</sup> Ebd., S. 11.

<sup>381</sup> Vgl. MOLIK, Witold: Życie codzienne ziemianstwa w Wielkopolsce w XIX i na początku XX wieku. Kultura materialna, Poznań 1999, S. 72.

<sup>382</sup> Vgl. MOLIK, Witold: Życie codzienne ziemianstwa w Wielkopolsce, Poznań 1999, S. 72.

<sup>383</sup> Vgl. ŁUKASIEWICZ, Dariusz: Sarmatyzm i Prusy na przełomie XVIII i XIX wieku, S. 465.

<sup>384</sup> Die Autoren des „Schwarzen Buches“ und des „Schwarzen Registers“ waren die nach der zweiten Teilung Polens im Jahre 1793 tätigen preußischen Beamten in Großpolen Hans von Held (1764–1842) und der zukünftige Oberpräsident des Großherzogtum Posen Joseph Zerboni di Sposetti (1766–1831). Sie haben die Affäre um die Güter in Großpolen aufgedeckt. In die Affäre war der oben erwähnte preußische Minister Karl Georg von Hoym (1739–1807) verwickelt. Er nutzte seinen Einfluss, um Joseph Zerboni di Sposetti ins Gefängnis zu stecken. Hans von Held wurde später als Autor des „Schwarzen Buches“ durch Verrat seines Freundes, dem er zuvor davon erzählt hatte, dass er der Autor des Buches ist, enttarnt und anschließend festgenommen. Vgl. ŁUKASIEWICZ, Dariusz: Sarmatyzm i Prusy na przełomie XVIII i XIX wieku, S. 463ff. Mehr zu diesem Thema in: BAHLCKE, Joachim, JOISTEN (Hg.): Wortgewalten: Hans von Held. Ein aufgeklärter Staatsdiener zwischen Preußen und Polen, Potsdam 2018.

<sup>385</sup> Vgl. ŁUKASIEWICZ, Dariusz: Sarmatyzm i Prusy na przełomie XVIII i XIX wieku, S. 463 und S. 465.

### *Großherzogtum Posen (1815–1849)*

rig gehalten. Die restlichen waren mit purem Gewinn verbunden. Der Wert der 241 für 3,5 Millionen Taler weiterverkauften Güter betrug nach dem „Schwarzen Buch“ 20 Millionen Taler, was dem jährlichen Haushalt des preußischen Staates entsprach. Zum Vergleich: Ein preußischer Beamter verdiente damals ca. 800 Taler jährlich.<sup>386</sup>

Nach den Teilungen kam es auch zur ersten staatlich geförderten Kolonisation im preußischen Teilungsgebiet. Unter König Friedrich dem Großen (1712–1786) wurden ca. 27.000 Personen nach Schlesien, hier vor allem nach Oberschlesien, umgesiedelt.<sup>387</sup> Friedrich der Große versuchte auf diese Weise seine Herrschaft in diesem Gebiet zu stärken und die Wirtschaft zu fördern.<sup>388</sup> Dank der in Polen durchgeführten Annexionen konnte das Königreich Preußen im 18. Jahrhundert in den Klub der stärksten Mächte Europas aufsteigen.<sup>389</sup> Dies verursachte auch enorme Änderungen im Königreich selbst. Ungefähr die Hälfte des preußischen Staates bildeten die Gebiete, die nach den Teilungen Polens hinzugekommen waren und 40% der Bewohner Preußens waren Polen.<sup>390</sup>

### *Großherzogtum Posen (1815–1849)*

Großpolen als Kernland des Polentums hatte im 19. Jahrhundert und bis zur Angliederung in die neu entstandene unabhängige Zweite Polnische Republik im Jahre 1919 dynamische Veränderungen erlebt. Im Verlauf dieses Zeitraumes fanden unterschiedliche gesellschaftliche Prozesse statt. Es kam zum wirtschaftlichen Aufschwung, Schärfung und Verbreitung des nationalen Bewusstseins, sowohl auf der polnischen als auch auf der deutschen Seite. Die Polen wurden in der Provinz Posen, insbesondere in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts bis zum Ersten Weltkrieg mit dem deutschen Nationalismus konfrontiert, der in Gestalt von Diskriminierung und Germanisierung zum Vorschein kam. Die Polen radikalisierten sich dadurch und antworteten mit antideutscher Rhetorik und organischer Arbeit, indem sie im Rahmen des preußischen Rechts versuchten, im Sinne der eigenen Nation und deren Interessen zu agieren. Breite Schichten der Bevölkerung waren sich einer eigenen polnischen Identität bewusst bzw. begannen sich damit zu

---

<sup>386</sup> Ebd., S. 465.

<sup>387</sup> Vgl. BUJAK, Franciszek: Allgemeiner Abriss der Geschichte der deutschen Siedlung in den Westgebieten Polens, in: DRALLE, Lothar (Hg.), Preußen, Deutschland, Polen im Urteil polnischer Historiker. Eine Anthologie, Bd. 1 Millenium germano-polonicum (= Einzelveröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin, Bd. 37, Reihe: Anthologien Bd. 2: Publikationen zur Geschichte der deutsch-polnischen Beziehungen, Bd. 4), Berlin 1983, S. 105–135; S. 131.

<sup>388</sup> Vgl. BUJAK, Franciszek: Allgemeiner Abriss der Geschichte der deutschen Siedlung in den Westgebieten Polens, Berlin 1983, S. 131.

<sup>389</sup> Vgl. LOEW, Peter Oliver: Preussen. Erzwungene Nachbarschaft, in: HAHN, Hans Henning, TRABA, Robert (Hg.), Deutsch-Polnische Erinnerungsorte, Bd. 1: Geteilt/Gemeinsam, Paderborn 2015, S. 55–82; S. 55.

<sup>390</sup> Vgl. LOEW, Peter Oliver: Preussen. Erzwungene Nachbarschaft, Paderborn 2015, S. 55 und S. 63.

identifizieren. Das Verständnis um die Hintergründe und Gegebenheiten in der Provinz Posen<sup>391</sup> sind unabdingbar, um den Kontext, in dem das Fürstentum Krotoszyn existierte,

<sup>391</sup> Mehr zum Thema Provinz Posen bzw. Großherzogtum Posen und deutsch-polnische Beziehungen im 19. und zu Beginn des 20. Jh. in: **BERGER**, Irene: Die preussische Verwaltung des Regierungsbezirks Bromberg (1815–1847), in: **HUBATSCH**, Walther (Hg.), Studien zur Geschichte Preussens, Bd. 10, Köln/Berlin 1966, **BOREJSZA**, Jerzy W.: Polnische Frage – Deutsche Frage nach 1848, in: **ZERNACK**, Klaus (Hg.), Polen und die polnische Frage in der Geschichte der Hohenzollernmonarchie 1701–1871 (= Einzelveröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin, Bd. 33), Berlin 1982, **BOREJSZA**, Jerzy W.: Polnische politische Flüchtlinge in Mittel- und Westeuropa im 19. Jahrhundert, in: **BADE**, Klaus J., **EMMER**, Pieter C., **LUCASSEN**, Leo, **OLTMER**, Jochen (Hg.), Enzyklopädie Migration in Europa. Vom 17. Jahrhundert bis zur Gegenwart, 3. durchgesehene Auflage, Paderborn 2010, S. 885–889, **BORODZIEJ**, Włodzimierz, **GÓRNY**, Maciej: Nasza wojna, Bd. I: Imperia 1912–1916, Warszawa 2014, **ESER**, Ingo: “Volk, Staat, Gott!” Die deutsche Minderheit in Polen und ihr Schulwesen 1918–1939, in: Veröffentlichungen des Nordost-Instituts, Bd. 15, Wiesbaden 2010, **BOYSEN**, Jens: Preußische Armee und polnische Minderheit. Royalistische Streitkräfte im Kontext der Nationalitätenfrage des 19. Jahrhunderts (1815–1914) (= Materialien und Studien zur Ostmitteleuropa-Forschung, Bd. 18), Marburg 2008, **BROSZAT**, Martin: Zweihundert Jahre deutsche Polenpolitik, Frankfurt am Main 1972, **CONRAD**, Sebastian, **OSTERHAMMEL** Jürgen (Hg.): Das Kaiserreich transnational. Deutschland in der Welt 1871–1914, Göttingen 2004, **CONRAD**, Sebastian: Globalisierung und Nation im Deutschen Kaiserreich, München 2006, **DYROFF**, Stefan: Erinnerungskultur im deutsch-polnischen Kontaktbereich. Bromberg und der Nordosten der Provinz Posen (Wojewodschaft Poznań) 1871–1939 (= Einzelveröffentlichungen des Deutschen Historischen Instituts Warschau, Bd. 19), Osnabrück 2007, **DYROFF**, Stefan: Preussische Ostmark. Nationales Konkurrenzgebaren, in: **HAHN**, Hans Henning, **TRABA**, Robert (Hg.), Deutsch-Polnische Erinnerungsorte, Bd. 1: Geteilt/Gemeinsam, Paderborn 2015, S. 157–175, **DYROFF**, Stefan: Transpolonität? Gesellschaftliche Eliten in den polnischen Gebieten um 1900 jenseits der Nationalgeschichte(n), in: **DYROFF**, Stefan (Hg.), Transpolonität? Gesellschaftliche Eliten in den polnischen Gebieten um 1900 jenseits der Nationalgeschichte(n) (= Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung, 64. Jahrgang 2015, Heft 3), Marburg 2015, S. 319–329, **EIFERT**, Christiane: Die kleinen Könige. Zu Selbstverständnis und Herrschaftspraxis brandenburgischer Landräte im 19. Jahrhundert, in: **KRÜGER**, Gesine, **HABERMAS**, Rebekka, **LANDSTEINER**, Erich, **TANNER**, Jakob, **WAGNER-HASEL**, Beate (Hg.), Historische Anthropologie, Vol. 7(3), Basel/Köln 1999, S. 381–403, **EIFERT**, Christiane: Paternalismus und Politik. Preußische Landräte im 19. Jahrhundert, in: **GERSTENBERGER**, Heide, **THIEN**, Hans-Günter (Hg.), Theorie und Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft, Bd. 20, 1. Auflage, Münster 2003, **GENTZEN**, Felix-Heinrich: Großpolen im Januaraufstand. Das Großherzogtum Posen 1858–1864, in: **SCHILFERT**, Gerhard (Hg.), Schriftenreihe des Instituts für Allgemeine Geschichte an der Humboldt-Universität Berlin, Bd. 1, Berlin 1958, **GERKE**, Wilfried: Das Identitätsbewußtsein der Deutschen im Posener Land, in: **CSABA**, Kenéz János, **NEUBACH**, Helmut, **ROGALL**, Joachim (Hg.), Beiträge zur deutsch-polnischen Nachbarschaft. Festschrift für Richard Breyer zum 75. Geburtstag, Berlin/Bonn 1992, S. 25–33, **HEYDE**, Jürgen: Geschichte Polens, 3., durchgesehene und aktualisierte Auflage, München 2011, **HOENSCH**, Jörg K.: Geschichte Polens, 3. neubearbeitete und erweiterte Auflage, Stuttgart 1998, **KAUFFMAN**, Jesse: Elusive Alliance. The German Occupation of Poland in World War I, London 2015, **KOZŁOWSKI**, Jerzy: Administracja Wielkopolski pod pruskim Zaborem 1793–1918, Poznań 2000, **KOZŁOWSKI**, Jerzy: Wielkopolska pod pruskim zaborem w latach 1815–1918, Poznań 2006, **KWILECKI**, Andrzej: Radziwiłłowie herbu (Trzy) Trąby, in: **KWILECKI**, Andrzej (Hg.), Ziemiaństwo wielkopolskie. W kręgu arystokracji, Poznań 2004, S. 381–432, **KWILECKI**, Andrzej: Wielkopolskie rody ziemiańskie, Poznań 2010, **LANGEWIESCHE**, Dieter: Reich, Nation, Föderation. Deutschland und Europa, München 2008, **LOEW**, Peter, Oliver: Wir Unsichtbaren. Geschichte der Polen in Deutschland, München 2014, **LORENZ**, Torsten: Von Birnbaum nach Międzychód. Bürgergesellschaft und Nationalitätenkampf in Großpolen bis zum Zweiten Weltkrieg, in: **SCHULTZ**, Helga, **MÜLLER** Uwe (Hg.), Frankfurter Studien zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte Ostmitteleuropas, Bd. 10, Berlin 2005, **MOLIK**, Witold: Życie codzienne ziemiaństwa w Wielkopolsce w XIX i na początku XX wieku. Kultura materialna, Poznań 1999, **NAWROCKI**, Stanisław: Pod zaborem pruskim, in: **NAWROCKI**, Stanisław (Hg.): Ostrów Wielkopolski. Dzieje miasta i regionu, Poznań 1990, S. 153–235, **NIEMOJEWSKA**, Agnieszka: Jak Wielkopolska broniła się przed Prusakami, im WWW unter URL: <http://www.rp.pl/Rzecz-o-historii/301269853-Jak-Wielkopolska-bronila-sie-przed-Prusakami.html> (Stand: 30.01.2017), **NIENDORF**, Mathias: Minderheiten an der Grenze. Deutsche und Polen in den Kreisen Flatow (Złotów) und Zempelburg (Sępólno Krajeńskie) 1900–1939, in: Deutsches Historisches Institut Warschau. Quellen und Schriften, Bd. 6, Wiesbaden 1997, **NOWACKI**, Henryk: Folwark w kulturze rolnictwa, in: **KWILECKI**, Andrzej (Hg.), Ziemiaństwo wielkopolskie. W kręgu arystokracji, Poznań 2004, S. 69–92, **PAPROCKI**, Franciszek: Wielkie Księstwo Poznańskie w okresie rządów Flottwella 1830–1841, 2. Auflage, Poznań 1994, **PLETZIG**, Christian: „Deutsche Kultur” und „polnische Zivilisation.” Geschichtsbilder in West- und Ostpreußen zwischen Vormärz und Kulturkampf, in: **WEBER**, Matthias (Hg.), Preussen in Ostmitteleuropa. Geschehensgeschichte und Verstehensgeschichte, Bd. 21, München 2003, S. 189–205, **REZLER**, Marek: Wielkopolska droga do niepodległości (1794–1921), in: Przegląd Polsko-Polonijny 4, Poznań 2012, S. 335–346, **SIERAKOWSKA**, Katarzyna: Śmierć – Wygnanie – Głód w dokumentach osobistych. Ziemie polskie w latach Wielkiej Wojny 1914–1918, Warszawa 2015, **SCHÜTZ**, Rüdiger: Die preußischen Oberpräsidenten 1815–1866, in: **SCHWABE**, Klaus (Hg.), Die preußischen Oberpräsidenten 1815–1945. Büdinger Forschungen

sachkundig verorten zu können. Deshalb wird in dem Kapitel ein Versuch unternommen in einer relativ knappen Synthese die wichtigsten Fakten und Tendenzen in Bezug auf die Region Großpolen zu präsentieren, um die Rahmenbedingungen möglichst scharf zu zeichnen.

Die Fremdherrschaft<sup>392</sup> in Polen dauerte 123 Jahre und in dieser Zeit fand in den einzelnen Gebieten des durch die Teilungsmächte annektierten Königreichs Polen, ein sozialer, wirtschaftlicher und kultureller Wandel statt, der zwangsläufig zur einer Art Bindung der Bevölkerung an die Teilungsstaaten geführt hatte.<sup>393</sup> Das betrifft auch die Region Großpolen, in der sich das Fürstentum Krotoszyn befand. Die wirtschaftlich-kulturellen Unterschiede entlang der ehemaligen Teilungsgrenzen legen sich bis heute wie eine Matriz auf Polen. Großpolen gehört gegenwärtig zu den am besten entwickelten Regionen Polens, wenn man die ökonomischen Bedingungen und die Infrastruktur betrachtet. Der Unterschied wird insbesondere im Vergleich mit den traditionell wirtschaftlich schwachen Regionen Ostpolens deutlich. Es lassen sich sogar klare Tendenzen bei den demokratischen Wahlen in Polen feststellen, beispielsweise bei den Parlamentswahlen. Auch noch im Jahre 2015 konnte man einen deutlichen Unterschied in den Wählerpräferenzen auf der heutigen Karte Polens erkennen, wenn man beispielsweise das Gebiet, das ehemals zum Königreich Polen gehört hatte mit den übrigen Landesteilen verglich.<sup>394</sup> Die Zeit der Teilungen bis zur Entstehung eines unabhängigen Polens im Jahre 1918 hat im gewissen Sinne ein Abdruck hinterlassen, der bis heute in der polnischen Gesellschaft sichtbar ist.

---

zur Sozialgeschichte 1981 (= Deutsche Führungsschichten in der Neuzeit, Bd. 15), Boppard am Rhein 1985, S. 33–82, **TRZECIAKOWSKI**, Lech: Pod pruskim zaborem 1850–1918, Warszawa 1973, **ULLRICH**, Günter: Geschichte ohne Schlußstrich. Betrachtungen zur Entwicklung des deutsch-polnischen Verhältnisses, Mainz 1986, **URBAN**, Thomas: Polen, München 2008, **VOLKMANN**, Hans-Erich: Die Polenpolitik des Kaiserreichs. Prolog zum Zeitalter der Weltkriege Paderborn 2016, **WIPPERMANN**, Wolfgang: Preußen und Polen, Würzburg 1991, **STREITER**, Karl Heink: Die nationalen Beziehungen im Großherzogtum Posen (1815–1848), in: **ALBERTINI**, Rudolf von, **BITTERLI**, Urs, **BRAUN**, Rudolf et. al. (Hg.), Geist und Werk der Zeiten. Arbeiten aus dem Historischen Seminar der Universität Zürich, Nr. 71, Bern 1986, **ZERNACK**, Klaus: Polen in der Geschichte Preußens, Berlin/New York 1992, S. 377–448, **ZIELIŃSKI**, Zygmunt: Der Kulturkampf in der Provinz Posen, in: **SPÖRL**, Johannes (Hg.), Historisches Jahrbuch, Bd. 101, Freiburg 1981, S. 447–461, **ZITZEWITZ**, Hasso von: Das Deutsche Polenbild in der Geschichte. Entstehung – Einflüsse – Auswirkungen, 2., durchgesehene Auflage, Köln 1992. Insbesondere das Buch von **KOZŁOWSKI**, Jerzy: Wielkopolska pod pruskim zaborem w latach 1815–1918, Poznań 2006, bietet eine besonders gelungene und detailreiche Synthese der Geschehnisse und Entwicklungen im Raum Großpolen bzw. in der Provinz Posen von 1815 bis 1918.

<sup>392</sup> An der Stelle sollte man anmerken, dass der Begriff der „Fremdherrschaft“ relativ neu ist. In Deutschland hat sich das Wort in der politischen Sprache erst in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts etabliert, zunächst insbesondere in Bezug auf die napoleonische „Fremdherrschaft“ in Deutschland. Später in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts wurde die Bezeichnung „Fremdherrschaft“ hauptsächlich negativ konnotiert. Diese Bedeutung ist in ihren wichtigsten Ansätzen bis heute in der Form erhalten geblieben. Vgl. **KOLLER**, Christian: „Die Fremdherrschaft ist immer ein politisches Uebel“. Die Genese des Fremdherrschaftskonzepts in der politischen Sprache Deutschlands im Zeichen umstrittener Herrschaftslegitimation, in: **SCHNABEL-SCHÜLE**, Helga, **GESTRICH**, Andreas (Hg.), Fremde Herrscher – fremdes Volk. Inklusions- und Exklusionsfiguren bei Herrschaftswechsels in Europa (= Inklusion/Exklusion. Studien zu Fremdheit und Armut von der Antike bis zur Gegenwart, Bd. 1), Frankfurt am Main 2006, S. 21–40.

<sup>393</sup> Vgl. **KOPIJ-WEIB**, Marta: Annäherung und Entfernung: Deutsch-polnische Nachbarschaft im 19. Jahrhundert, in: **BINGEN**, Dieter, **BÖMELBURG**, Hans-Jürgen, **KLAMT**, Andrzej, **LOEW**, Peter Oliver (Hg.), Die Deutschen und die Polen. Geschichte einer Nachbarschaft, Darmstadt 2016, S. 32–45; S. 33.

<sup>394</sup> Vgl. Państwowa Komisja Wyborcza. Wybory do Sejmu i Senatu Rzeczypospolitej Polskiej 2015, im WWW unter URL: [http://parlament2015.pkw.gov.pl/349\\_Wyniki\\_Sejm](http://parlament2015.pkw.gov.pl/349_Wyniki_Sejm) (Stand: 23.03.2017).



Nach den Beschlüssen des Wiener Kongresses im Jahre 1815 wurde das Herzogtum Warschau aufgeteilt. Es kam zur Entstehung des Königreichs Polen (poln. Królestwo Polskie) und des Großherzogtums Posen (Wielkie Księstwo Poznańskie). Die Gebiete aus der dritten preußischen Teilung gingen an das Königreich Polen, das seither de facto in der russischen Einflusszone lag. Westfalen, das Rheinland und die Provinz Sachsen fielen an Preußen, das inzwischen lieber in das deutsche Territorium expandierte.<sup>395</sup> Staatskanzler Karl August von Hardenberg (1750–1822) begründete diesen Schritt damit, dass Preußen nicht mehr Polen im eigenen Staatsgebiet haben sollte als Hoffnung besteht sie zu ver-deutschen.<sup>396</sup> Der preußisch-russische Grenzvertrag wurde am 11. November 1817 unterzeichnet und das Großherzogtum Posen wurde am 1. Januar 1818 in Regierungsbezirk Posen (Poznań) mit 17 Kreisen und Regierungsbezirk (abgekürzt RB) Bromberg (Bydgoszcz) unterteilt.<sup>397</sup> Entsprechend dem Grenzvertrag ging ein Teil Großpolens östlich des Sees Gopło und des Flusses Prosna an das Königreich Polen.<sup>398</sup> Auf den RB Bromberg entfielen ca. 11.447 km<sup>2</sup> und auf RB Posen ca. 17.503 km<sup>2</sup>.<sup>399</sup> Das neu entstandene Großherzogtum Posen hatte 28.951 km<sup>2</sup> mit ca. 776.000 Bewohner; um die Mitte des 19. Jahrhunderts waren es schon 1.350.000 und 1871 wohnten in der Provinz Posen bereits 1.583.000 Menschen, wovon die Mehrheit polnischer Herkunft war.<sup>400</sup>

Man kann verschiedene Phasen in der Geschichte der Provinz Posen aufzeigen. Die Jahre 1815–1830 zählten zur „gemäßigten Phase“, in der die preußische Regierung einerseits Reformen oktroyierte, sich aber andererseits bemühte den polnischen Adel und die Bauern für sich zu gewinnen.<sup>401</sup> Der Zeitraum zwischen 1831–1870 war durch wechselnde preußische Politik gegenüber der polnischen Bevölkerung gekennzeichnet, mit wachsenden Germanisierungstendenzen, die unterschiedlich stark waren.<sup>402</sup> Die Jahre 1871–1914 brachten eine verstärkte Germanisierungspolitik und steigende deutsch-polnische Nationalitätskämpfe mit sich.<sup>403</sup> Die letzte Phase dauerte von 1914 bis 1919. Sie umfasste den Ersten Weltkrieg und den großpolnischen Aufstand, der zur Angliederung an die neu entstandene Zweite Polnische Republik führte.<sup>404</sup> Insgesamt gab es im 19. Jahrhundert drei

<sup>395</sup> Vgl. **BROSZAT**, Martin: Zweihundert Jahre deutsche Polenpolitik, Frankfurt am Main 1972, S. 79.

<sup>396</sup> Vgl. **ZITZEWITZ**, Hasso von: Das Deutsche Polenbild in der Geschichte. Entstehung – Einflüsse – Auswirkungen, 2., durchgesehene Auflage, Köln 1992, S. 36.

<sup>397</sup> Vgl. **STREITER**, Karl Heink: Die nationalen Beziehungen im Grossherzogtum Posen (1815–1848), in: **ALBERTINI**, Rudolf von, **BITTERLI**, Urs, **BRAUN**, Rudolf et. al. (Hg.), Geist und Werk der Zeiten. Arbeiten aus dem Historischen Seminar der Universität Zürich, Nr. 71, Bern 1986, S. 16.

<sup>398</sup> Vgl. **KOZŁOWSKI**, Jerzy: Wielkopolska pod pruskim zaborem, S. 7.

<sup>399</sup> Vgl. **STREITER**, Karl Heink: Die nationalen Beziehungen im Grossherzogtum Posen, S. 16.

<sup>400</sup> Vgl. **KOZŁOWSKI**, Jerzy: Administracja Wielkopolski pod pruskim Zaborem 1793–1918, Poznań 2000, S. 25.

<sup>401</sup> Vgl. **KOZŁOWSKI**, Jerzy: Wielkopolska pod pruskim zaborem, Poznań 2006, S. 8.

<sup>402</sup> Ebd., S. 10.

<sup>403</sup> Ebd., S. 10.

<sup>404</sup> Ebd., S. 10.

relativ kurze Phasen der „Versöhnungspolitik“ in Großpolen in den Jahren 1815–1830, 1841–1846, 1890–1894.<sup>405</sup>

Nach Abzug der russischen Truppen aus Großpolen, kam es im Mai 1815 zur Besetzung von Großpolen durch die preußische Armee unter dem Kommando von General Heinrich August von Thümen; die Stadt Posen wurde am 28. Mai 1815 besetzt.<sup>406</sup> Der preußische König Friedrich Wilhelm III. versprach in einem Zuruf an die polnischen Untertanen vom 19. Mai 1815 unter anderem die Erhaltung der Nationalität und Religion; die polnische Sprache sollte neben der deutschen in der Öffentlichkeit gleichberechtigt sein.<sup>407</sup> Es begann eine liberale Phase in der preußischen Polenpolitik, die bis 1830 dauerte.<sup>408</sup> Sie wird oft in der Geschichtsschreibung als sog. „Versöhnungspolitik“ bezeichnet, die durch Gleichstellung der polnischen Sprache in der Öffentlichkeit, Verwaltung, Schule, Zugang zu den öffentlichen Ämtern und Religionsfreiheit gekennzeichnet war.<sup>409</sup> Allerdings sollten diese Rechte entsprechend geheimer Beschlüsse nur so lange geduldet werden wie die Integrität und die politische Linie der Provinz Posen mit der der preußischen Monarchie übereinstimmen.<sup>410</sup> Die Chancen auf eine breite Autonomie waren also nur eine Illusion, die der polnischen Öffentlichkeit in der Provinz Posen mit schönen Sprüchen und Versprechungen vorgegaukelt wurde.

In den Jahren 1830–1831 brach der russisch-polnische Krieg aus, unter anderem als Reaktion der Polen im Königreich Polen auf die Verletzung der konstitutionellen Rechte, da Zar Nikolaus I. (1796–1855) die Zensur der polnischen Presse eingeführt hatte und die Öffentlichkeit aus den Verhandlungen des Warschauer Sejms ausgeschlossen worden war.<sup>411</sup> Nach Ausbruch des Novemberaustandes vom 29. auf den 30. November 1830 im benachbarten und autonomen Königreich Polen änderte sich der Kurs der preußischen Polenpolitik im Großherzogtum Posen radikal. Die polnischen Bewohner Großpolens unterstützten eifrig die nationale Erhebung in Königreich Polen mit Waffenlieferungen, Medikamenten und Lebensmitteln, trotz preußischen Verbotes.<sup>412</sup> Laut preußischen Statistiken

---

<sup>405</sup> Vgl. **MOLIK**, Witold: *Życie codzienne ziemianstwa w Wielkopolsce w XIX i na początku XX wieku*. Kultura materialna, Poznań 1999, S. 60.

<sup>406</sup> Vgl. **KOZŁOWSKI**, Jerzy: *Wielkopolska pod pruskim zaborem*, S. 57.

<sup>407</sup> Vgl. **BROSZAT**, Martin: *Zweihundert Jahre deutsche Polenpolitik*, S. 85.

<sup>408</sup> Vgl. **KOTOWSKI**, Albert S.: *Zwischen Staatsräson und Vaterlandsliebe. Die Polnische Fraktion im Deutschen Reichstag 1871–1918* (= Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 150, Düsseldorf 2007, S. 22.

<sup>409</sup> Vgl. **KOTOWSKI**, Albert S.: *Zwischen Staatsräson und Vaterlandsliebe*, S. 22.

<sup>410</sup> Vgl. **KOZŁOWSKI**, Jerzy: *Administracja Wielkopolski*, Poznań 2000, S. 26.

<sup>411</sup> Vgl. **BROSZAT**, Martin: *Zweihundert Jahre deutsche Polenpolitik*, S. 93–94.

<sup>412</sup> Vgl. **KOZŁOWSKI**, Jerzy: *Wielkopolska pod pruskim zaborem*, S. 82.

beteiligten sich 2.984 Personen an den Kämpfen in Polen, davon 1.355 Deserteure aus der preußischen Armee und 1.629 Zivilisten.<sup>413</sup>

Auf Grund der Kämpfe, die im Königreich Polen ausgebrochen waren, stieg allein bis zum 18. Dezember 1830 die Zahl der preußischen Truppen im Großherzogtum Posen um 100% auf ungefähr 30.000.<sup>414</sup> Der preußische König unterstützte die russische Gegenoffensive im Sommer 1831, indem z.B. die preußischen Grenzen zum Königreich Polen geschlossen, die preußischen Weichselübergänge den russischen Truppen zugänglich gemacht und alle polnischen Soldaten, die die preußische Grenze überschritten, entwapnet wurden; man half auch bei der Verpflegung der russischen Armee.<sup>415</sup> Die Preußen bauten sogar eine spezielle Basis in Thorn mit Lebensmitteln, Baumaterialien und Munition, um die Russen bei der Niederschlagung des Aufstandes zu unterstützen.<sup>416</sup> Die preußische Flussüberquerung bei Osieki wurde für die Russen geöffnet, was den russischen Truppen das Umkreisungsmanöver von Warschau ermöglichte.<sup>417</sup> Offiziell hatte Preußen gegenüber der polnischen Regierung Neutralität deklariert.<sup>418</sup> Die russische Sommeroffensive endete mit der Einnahme Warschaws am 6. September 1831.<sup>419</sup> Mit dem Übertritt des Korps von General Maciej Rybiński am 5. Oktober 1831 über die Grenze nach Westpreußen, war der polnische Aufstand in Königreich Polen offiziell niedergeschlagen.<sup>420</sup>

Im Jahre 1830 wurde Eduard Heinrich von Flottwell (1786–1865)<sup>421</sup> zum Provinz-Oberpräsidenten des Großherzogtums Posen ernannt. Er war für seinen antipolnischen Kurs bekannt und verwaltete das Amt bis 1841.<sup>422</sup> Ziel war es das Großherzogtum Posen gleich den anderen preußischen Provinzen in den Staat zu integrieren.<sup>423</sup> Man versuchte diesem Ziel durch die Eliminierung des politischen Einflusses des Adels und durch die Begrenzung seiner materiellen Basis näher zu kommen.<sup>424</sup> Flottwell realisierte die Politik der Festigung des Deutschtums in der Verwaltung, im Gerichts- und Schulwesen sowie in der Wirtschaft, indem er die wichtigsten Posten mit ihm vertrauten Deutschen besetzte.<sup>425</sup>

---

<sup>413</sup> Ebd., S. 82.

<sup>414</sup> Ebd., S. 82.

<sup>415</sup> Vgl. **BROSZAT**, Martin: *Zweihundert Jahre deutsche Polenpolitik*, S. 95.

<sup>416</sup> Vgl. **TRZECIAKOWSKI**, Lech: *Preussische Polenpolitik im Zeitalter der Aufstände (1830–1864)*, in: **ZERNACK**, Klaus (Hg.), *Polen und die polnische Frage in der Geschichte der Hohenzollernmonarchie 1701–1871* (= Einzelveröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin, Bd. 33), Berlin 1982, S. 96–110; S. 105.

<sup>417</sup> Vgl. **TRZECIAKOWSKI**, Lech: *Preussische Polenpolitik im Zeitalter der Aufstände (1830–1864)*, S. 105.

<sup>418</sup> Ebd., S. 105.

<sup>419</sup> Vgl. **BROSZAT**, Martin: *Zweihundert Jahre deutsche Polenpolitik*, S. 95.

<sup>420</sup> Vgl. **STREITER**, Karl Heink: *Die nationalen Beziehungen im Großherzogtum Posen*, S. 57.

<sup>421</sup> Mehr zur Ära-Flottwell in: **PAPROCKI**, Franciszek: *Wielkie Księstwo Poznańskie w okresie rządów Flottwella 1830–1841*, 2. Auflage, Poznań 1994.

<sup>422</sup> Vgl. **KOZŁOWSKI**, Jerzy: *Wielkopolska pod pruskim*, S. 79–80.

<sup>423</sup> Vgl. **MOLIK**, Witold: *Życie codzienne ziemianstwa w Wielkopolsce*, Poznań 1999, S. 37.

<sup>424</sup> Ebd., S. 37.

<sup>425</sup> Ebd., S. 79–78.

Ende 1846 und zu Beginn des Jahres 1847 kam es zu über 20 Unruhen in den preußischen Städten, die durch Hungersnöte verursacht worden waren, darunter auch in Posen.<sup>426</sup> Die Unzufriedenheit der Bevölkerung in Preußen und die damit verbundenen Unruhen gehen auf eine sich verschlechternde wirtschaftliche Situation zurück, die durch nacheinander folgende Missernten verursacht worden war und zum Anstieg der Lebensmittelpreise und zugleich zu einer sinkenden Nachfrage nach Handwerksgütern führte.<sup>427</sup> Eine verstärkte Kommerzialisierung der Landwirtschaft in der Provinz Posen führte zum extensiven Anbau von Kartoffeln (als sog. „food crop“) für die einheimische Bevölkerung für die Eigenversorgung und Weizen oder Roggen (als sog. „cash crop“) für den Export.<sup>428</sup> Demzufolge kam es zu riesigen Versorgungsproblemen, wenn sich z.B. eine Kartoffelkrankheit ausbreitete. Schlechtes Wetter, Geburtenüberschüsse und Pflanzenkrankheit wie die Kartoffelfäule führten zum Anstieg der Nahrungsmittelpreise, so dass beispielsweise der Preis von Roggen zwischen 1845–1847 um 225% in Posen und 211% in Bromberg anstieg.<sup>429</sup> Die Nahrungshilfe in Höhe von ca. 90.000 Rthl. kam seitens des preußischen Staates in der Provinz Posen zu spät an, nämlich erst im Mai 1847.<sup>430</sup> Die Hungersnot dauerte bis zum Winter 1847/48 und sie gilt heute als wichtigste Ursache für den Ausbruch des Bürgerkrieges und der Choleraepidemie in der Provinz Posen im Jahre 1848.<sup>431</sup> Bereits im Jahre 1847 traten ernste Klassenantagonismen im Großherzogtum Posen zum Vorschein und in mehreren Städten brachen Unruhen auf Grund des Hungers aus.<sup>432</sup> Im Frühjahr 1848 breitete sich der sog. Völkerfrühling in fast ganz Europa aus, darunter auch im Königreich Preußen und anderen deutschen Staaten; in Berlin brachen reguläre Kämpfe auf den Barrikaden aus.<sup>433</sup> Im Jahre 1851 wurde das Großherzogtum zur Provinz Posen degradiert und der bisher tolerierte autonome Status wurde endgültig abgeschafft.<sup>434</sup>

Die noch relativ weit verbreitete deutsch-polnische Solidarität der beiden Völker wurde mit der Revolution 1848 in nationale Rivalität umgemünzt.<sup>435</sup> Die durch den preußischen König im März 1848 gebilligte „nationale Reorganisation“ der Provinz Posen wurde in der Praxis nicht umgesetzt.<sup>436</sup> Gemeinsam mit der preußischen Regierung schob die

---

<sup>426</sup> Vgl. KUCHARCZYK, Grzegorz: Ustrój terytorialny i polityczny Prus, in: KUCHARCZYK, Grzegorz (Hg.), Prusy w dobie kształtowania się kapitalizmu (1806–1871), Bd. III, Poznań 2014, S. 187–208; S. 207.

<sup>427</sup> Vgl. KUCHARCZYK, Grzegorz: Ustrój terytorialny i polityczny Prus, Poznań 2014, S. 206–207.

<sup>428</sup> Vgl. BASS, Hans-Heinrich: Hungerkrisen in Posen und im Rheinland 1816/17 und 1847, in: GAILUS, Manfred, VOLKMANN, Heinrich (Hg.), Der Kampf um das tägliche Brot. Nahrungsmangel, Versorgungspolitik und Protest 1770–1990 (= Schriften des Zentralinstituts für sozialwissenschaftliche Forschung der Freien Universität Berlin, Bd. 74), Opladen 1994, S. 151–175; S. 167.

<sup>429</sup> Vgl. BASS, Hans-Heinrich: Hungerkrisen in Posen und im Rheinland 1816/17 und 1847, S. 163.

<sup>430</sup> Ebd., S. 170.

<sup>431</sup> Ebd., S. 169.

<sup>432</sup> Vgl. KOZŁOWSKI, Jerzy: Wielkopolska pod pruskim zaborem, S. 130.

<sup>433</sup> Ebd., S. 131–132.

<sup>434</sup> Ebd., S. 154.

<sup>435</sup> Vgl. LANGEWIESCHE, Dieter: Reich, Nation, Föderation. Deutschland und Europa, München 2008, S. 268.

<sup>436</sup> Vgl. LANGEWIESCHE, Dieter: Reich, Nation, Föderation, S. 268–269.

Frankfurter Nationalversammlung die künftige Demarkationslinie zwischen dem vorgesehenen deutschen Teil und den durch die Polen verwalteten autonomen Teil der Provinz Posen dermaßen weit nach Osten, dass dies im Endeffekt nur eine kurzfristige Lösung bleiben konnte.<sup>437</sup> Die Entstehung eines polnischen Kerngebiets sollte im Keim erstickt werden. Sowohl die Nationalversammlung als auch die preußische Regierung arbeiteten hier gemeinsam an einer Lösung, die gegen die polnischen Unabhängigkeitsbestrebungen gerichtet war.<sup>438</sup> Eine solche Vorgehensweise war auch typisch für Gebiete, die in der Zeit des Völkerfrühlings durch verschiedene Nationalitäten beansprucht wurden, was in der Regel zu nationalen Rivalitäten führte, wie es in der Provinz Posen der Fall war.<sup>439</sup> Die Revolution von 1848 hatte ihre Schattenseiten: Kriegsbereitschaft, Ausgrenzung und Feindbilder kamen zum Vorschein und der Nationalismus nahm an Attraktivität zu.<sup>440</sup> Im Ergebnis kam es nach der deutschen Revolution von 1848 zur weiter fortschreitenden Entfremdung zwischen Deutschen und Polen.<sup>441</sup> Insgesamt lässt sich feststellen, dass die deutsche und polnische Nationalbewegung auseinanderdrifteten. In der ersten Hälfte des 19. Jahrhundert verbanden sowohl soziale als auch politische Motive die polnische und deutsche Nationalbewegung, die zwischen emanzipatorisch-partizipatorischen und integrativ-restaurativen Ideen schwebte.<sup>442</sup> Die deutsche Nationalbewegung verwarf größtenteils nach 1848 andere Konzepte zugunsten der Integrationsnationalismus, während die polnische Nationalbewegung die beiden bisherigen nationalen Konzepte in der Unabhängigkeitsbewegung mit der Beteiligung der konservativen Ideen vereinigte, die an der emanzipatorischen polnischen Nationalbewegung ihren Anteil hatten.<sup>443</sup>

### *Provinz Posen 1850–1871*

Die Ereignisse von 1848 zeigten auch die scharfen Gegensätze, die wie eine Frontlinie die deutsche und polnische Bevölkerung teilten.<sup>444</sup> Im Ergebnis kam es zur Wirtschaftskonkurrenz und zur gegenseitigen Ausgrenzung in den beiden nationalen Gruppen. In der Zeit ab 1850 dominierte einerseits die Toleranz in nationalen Fragen, andererseits wurde die Germanisierung der Polen im Sinne der staatlichen Migration vorangetrieben.<sup>445</sup> Die

---

<sup>437</sup> Ebd., S. 268–269.

<sup>438</sup> Ebd., S. 269.

<sup>439</sup> Ebd., S. 274.

<sup>440</sup> Ebd., S. 276.

<sup>441</sup> Vgl. ULLRICH, Günter: Geschichte ohne Schlußstrich, S. 26.

<sup>442</sup> Vgl. MÜLLER, Michael G.: Deutsche und polnische Nation im Vormärz, in: HERZFELD, Hans, SKRZYPCZAK, Henryk (Hg.), Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands, Bd. 30 Berlin 1981, S. 69–95; S. 83.

<sup>443</sup> Vgl. MÜLLER, Michael G.: Deutsche und polnische Nation im Vormärz, S. 83.

<sup>444</sup> Vgl. BROSZAT, Martin: Zweihundert Jahre deutsche Polenpolitik, S. 114.

<sup>445</sup> Ebd., S. 117.

untergeordnete Stellung der Polen galt auch während der Amtszeit des Oberpräsidenten Eugen von Puttkamer (1800–1874), die in die Jahre 1851–1860 fiel und durch konzeptlose Widersprüche und abwehrende Inaktivität als Status quo gekennzeichnet war.<sup>446</sup>

Im Bereich der Außenpolitik zeigten sich die Liberalen weiterhin propolnisch in der Innenpolitik, jedoch sprachen sie sich sogar stärker als die Konservativen für die Integration und Germanisierung des polnischen Bevölkerungsteils in Preußen aus.<sup>447</sup> Auch Schriftsteller wie der aus Kreuzburg (poln. Kluczbork) in Oberschlesien stammende Gustav Freytag (1816–1885) trugen ihren Teil zur negativen Wahrnehmung der Polen durch die Deutschen bei. Im Jahre 1855 veröffentlichte er seinen Roman „Soll und Haben“, der bis zur Jahrhundertwende in 40 Auflagen gedruckt wurde und dessen Inhalt das antipolnische Kolonisationsbewusstsein der Deutschen stärkte.<sup>448</sup> Die verleumdenden Thesen wie die polnische Misswirtschaft, Liederlichkeit, Falschheit und jüdische Gemeinheit, die sich im Freytags Buch wiederfinden, besaßen zu der Zeit zwar noch einen biedermeierlich-sentimentalen „Touch“, die zukünftige grenzdeutsche und bürgerlich-nationale Ostmarkenideologie sollte aber reichlich Ansichten aus dieser Spottschrift schöpfen.<sup>449</sup> Mit diesem Buch wurde der Grundstein für das Genre der „Ostmarkenliteratur“ gelegt, in der die Rolle der Deutschen als einzigen wertvollen Kulturträger glorifiziert wurde und ihr Beitrag als permanent betrachtet wurde.<sup>450</sup> Die Handlung des Romans beginnt in Schlesien und führt den Haupthelden des Romans, Anton Wohlfahrt, auf eine Reise nach Galizien, das von Polen bewohnt wird, wo Anarchie, Schmutz und Armut herrschen.<sup>451</sup> Im Kontrast dazu wird Schlesien als Ort des Wohlstands und der Ordnung dargestellt.<sup>452</sup> Der Roman wurde zum Bestseller im Kaiserreich und erschien bis in die Zeit der Weimarer Republik in weiteren Auflagen.<sup>453</sup> Freytag stellte die Polen als minderwertige „Rasse“ dar und schlussfolgerte daraus, dass es nicht nur gerechtfertigt, sondern sogar eine Pflicht der Deutschen ist über Polen zu herrschen.<sup>454</sup> Aus gegenwärtiger Sicht leistete das Buch „Soll und Haben“ laut Ther einen großen Beitrag am Übergang vom imperialen zur kolonialen Verhältnis zwischen Deutschen und Polen und der Roman beweist, dass die koloniale

---

<sup>446</sup> Ebd., S. 117.

<sup>447</sup> Ebd., S. 119.

<sup>448</sup> Ebd., S. 120.

<sup>449</sup> Ebd., S. 120.

<sup>450</sup> Vgl. **THER**, Phillip: Deutsche Geschichte als imperiale Geschichte. Polen, slawophone Minderheiten und das Kaiserreich als kontinentales Empire, in: **CONRAD**, Sebastian, **OSTERHAMMEL** Jürgen (Hg.), Das Kaiserreich transnational. Deutschland in der Welt 1871–1914, Göttingen 2004, S. 129–148, S. 139.

<sup>451</sup> Vgl. **THER**, Phillip: Deutsche Geschichte als imperiale Geschichte. Polen, slawophone Minderheiten und das Kaiserreich als kontinentales Empire, S. 138.

<sup>452</sup> Vgl. **THER**, Phillip: Deutsche Geschichte als imperiale Geschichte, S. 138.

<sup>453</sup> Ebd., S. 139.

<sup>454</sup> Ebd., S. 139.

Haltung noch vor dem Erwerb der deutschen Kolonien in Übersee als vollkommen entwickelt betrachtet werden kann.<sup>455</sup>

An Schulen kam es nach 1850 zur Abberufung von mehreren polnischen Lehrern in der Provinz Posen, da ihnen vorgeworfen wurde, dass sie sich an der Revolution von 1848 beteiligt hätten.<sup>456</sup> Der Mangel an Lehrern, die fließend deutsch sprachen, erschwerte zunächst die Germanisierung an den Schulen.<sup>457</sup> Dies änderte sich im Verlauf der Jahre mit dem Zustrom neuer Lehrkräfte.<sup>458</sup> Was die Schulen betrifft, gab es zu der Zeit aber auch positive Akzente in der Provinz Posen. So stiftete der reiche Posener Kaufmann Gotthilf Berger (1794–1874) im Jahre 1861 eine Summe von 65.000 Talern für die Gründung einer Realschule, die seinem Wunsch nach alle Schüler unabhängig von Nationalität oder Religion aufnehmen sollte.<sup>459</sup> Die Schule wurde im Jahre 1865 fertiggestellt und trug seit 1890 und sogar nach dem Ersten Weltkrieg im freien Polen, seinen Namen.<sup>460</sup>

Wie bereits beim Novemberaufstand beteiligten sich am Januaraufstand in den Jahren 1863–1864 zahlreiche Freiwillige aus Großpolen, deren Zahl auf etwa 6–7.000 geschätzt wird und die sich unter anderem aus Kleinbürgertum und Jugendlichen aus der Intelligenz und dem Gutsbesitzermilieu rekrutierten.<sup>461</sup> Keine Seltenheit war auch die Beteiligung von Deutschen am Januaraufstand. Sie standen den Aufständischen und der polnischen Bevölkerung in der Provinz Posen auch durch materielle Unterstützung bei.<sup>462</sup> Auch eine zahlenmäßig hohe freiwillige Beteiligung der Deutschen und Jugendlichen aus den deutsch-polnischen Familien in den Kämpfen mit den russischen Truppen auf der Seite der polnischen Aufständischen ist nachweisbar.<sup>463</sup> Man kann allerdings nicht leugnen, dass die Mehrheit der deutschen Bevölkerung angesichts des angrenzenden Aufstandes entweder mit den preußischen Behörden in der Provinz Posen zusammenarbeitete oder sich dieser Frage gegenüber passiv verhielt.<sup>464</sup> Der Januaraufstand, der mehr einem Partisanenkrieg als regulären Kämpfen ähnelte, endete im Verlauf des Jahres 1864 auf den russischen Bajonetten. Die Russen belegten die Oppositionellen aus dem Klerus, dem Adel und der Intelligenz, die sich an dem Januaraufstand beteiligt hatten, mit drakoni-

---

<sup>455</sup> Ebd., S. 139–140.

<sup>456</sup> Vgl. KOZŁOWSKI, Jerzy: Wielkopolska pod pruskim zaborem, S. 167.

<sup>457</sup> Ebd., S. 167–168.

<sup>458</sup> Ebd., S. 167–168.

<sup>459</sup> Ebd., S. 168.

<sup>460</sup> Ebd., S. 168–170.

<sup>461</sup> Vgl. KOZŁOWSKI, Jerzy: Wielkopolska pod pruskim zaborem, S. 179.

<sup>462</sup> Ebd., S. 178.

<sup>463</sup> Ebd., S. 178.

<sup>464</sup> Ebd., S. 178.

schen Strafen.<sup>465</sup> Insgesamt wurden auf russischer Seite 400 Personen hingerichtet, Tausende in die Verbannung geschickt und 1.660 adelige Güter konfisziert.<sup>466</sup> Der Diktator und Befehlshabers des Aufstandes, Romuald Traugutt (1826–1864), wurde am 5. August 1864 gehängt; es wurden auch andere Hinrichtungen vollgestreckt.<sup>467</sup> In Preußen wurden 149 Personen des Staatsverrats beschuldigt, entweder wegen direkter Beteiligung am Aufstand oder wegen Unterstützung von Aufständischen.<sup>468</sup> Darunter waren unter anderem 80 Gutsbesitzer, 15 Landwirte und Gutspächter, 11 Kaufleute und Spediteure, 10 Priester, 6 Studenten, 6 Gutsangestellte, 2 Lehrer, 2 Ärzte, 2 Handwerker und sogar ein päpstlicher Offizier.<sup>469</sup> Insgesamt wurden 11 Personen zum Tode und 27 Personen zu Gefängnisstrafen (bis zu 2 Jahren) verurteilt; allerdings wurden einige Jahre später die Todesstrafen aufgrund einer Amnestie aufgehoben.<sup>470</sup> Diejenigen Schüler und Studenten, die sich am Januaraufstand beteiligt hatten, durften ihre Ausbildung in Preußen nicht mehr forsetzen.<sup>471</sup>

Die Niederlage des Januaraufstandes traf die polnische Bevölkerung in der Provinz Posen tief; sie beschleunigte aber gleichzeitig die Bemühungen im Rahmen der „organischen Arbeit“ mit dem Ziel der wirtschaftlich-kulturellen Erhebung und Belebung des Nationalbewusstseins der polnischen Bevölkerung.<sup>472</sup> Es entstanden polnische Kreditgesellschaften wie Volksbanken (poln. „Banki Ludowe“), Landwirtschaftsvereine (sog. „kółka rolnicze“), Genossenschaftsbanken und Handwerksgesellschaften.<sup>473</sup> Man bildete somit konkurrierende Institutionen und Strukturen, die z.B. dabei halfen sich den kolonisatorischen Plänen Preußens zu widersetzen.<sup>474</sup>

Die polnischen revolutionär-demokratischen Pläne fanden mit der Einigung Deutschlands und Italiens ihr endgültiges Ende, da man dadurch die letzten bedeutenden Verbündeten von 1848 in diesen Ländern verloren hatte; die Banner des Völkerfrühlings gehörten seit-

---

<sup>465</sup> Vgl. JEISMANN, Karl-Ernst, TRZECIAKOWSKI, Lech: Polen im europäischen Mächtesystem des 19. Jahrhunderts. Die „Konvention Alvensleben“ 1863, in: BECHER, Ursula A. J. (Hg.), Studien zur internationalen Schulbuchforschung. Schriftenreihe des Georg-Eckert-Instituts, Bd. 82/B1, Frankfurt/Main 1994, S. 18.

<sup>466</sup> Vgl. ROLF, Malte: Imperiale Herrschaft im Weichselland. Das Königreich Polen im Russischen Imperium (1864–1915), in: BABEROWSKI, Jörg, DOERING-MANTEUFFEL, Anselm, RAPHAEL, Lutz (Hg.), Ordnungssysteme (= Studien zur Ideengeschichte der Neuzeit, Bd. 43), Berlin/München 2015, S. 41.

<sup>467</sup> Vgl. JEISMANN, Karl-Ernst, TRZECIAKOWSKI, Lech: Polen im europäischen Mächtesystem des 19. Jahrhunderts. Die „Konvention Alvensleben“ 1863, S. 18.

<sup>468</sup> Vgl. KOZŁOWSKI, Jerzy: Wielkopolska pod pruskim zaborem, S. 179.

<sup>469</sup> Vgl. GENTZEN, Felix-Heinrich: Großpolen im Januaraufstand. Das Großherzogtum Posen 1858–1864, in: SCHILFERT, Gerhard (Hg.), Schriftenreihe des Instituts für Allgemeine Geschichte an der Humboldt-Universität Berlin, Bd. 1, Berlin 1958, S. 236.

<sup>470</sup> Vgl. KOZŁOWSKI, Jerzy: Wielkopolska pod pruskim zaborem, S. 180.

<sup>471</sup> Ebd., S. 180.

<sup>472</sup> Ebd., S. 180.

<sup>473</sup> Ebd., S. 182ff.

<sup>474</sup> Vgl. REZLER, Marek: Wielkopolska droga do niepodległości (1794–1921), in: Przegląd Polsko-Polonijny 4, Poznań 2012, S. 335–346; S. 342.



dem der Vergangenheit an.<sup>475</sup> Als Folge verschärften sich noch mehr die antipolnischen Ressentiments in der Provinz Posen, ebenso wie die nationalen deutsch-polnischen Antagonismen. Die negative Rolle Bismarcks bei der Polenpolitik ist unzweifelhaft, weil er die Existenz der preußischen Monarchie von der Nichtexistenz Polens abhängig gemacht hatte.<sup>476</sup> Seine Strategie wird dann bei der Gründung des Deutschen Reiches im Jahre 1871 auf die militärische Stärkung innerhalb der europäischen Mächtesysteme abzielen, was langfristig zur Errichtung von tiefen mentalen Gräben zwischen den europäischen Staaten führen wird.<sup>477</sup>

### *Provinz Posen 1871–1914*

Die Zeit zwischen 1871 und 1914 kann man als eine Phase einer Polenpolitik bezeichnen, die in der Substanz kaum noch mit partnerschaftlichen Versuchen der Regelung dieses Themas etwas zu tun hatte.<sup>478</sup> Zwar war es für Polen zu der Zeit rein rechtlich möglich ein wirtschaftliches und soziales Netzwerk zu entwickeln, allerdings wurden sie nach 1871 zunehmend durch verschiedene Gesetze im alltäglichen Leben zu Bürgern zweiter Klasse heruntergestuft.<sup>479</sup> Die zunehmende Aggressivität des aufkommenden deutschen Imperialismus versetzte die polnische Bevölkerung im Deutschen Reich in eine schwierige Lage.<sup>480</sup> Sie führte zur generellen Ablehnung Deutschlands vor allem auf Grund der polenfeindlichen Politik Bismarcks.<sup>481</sup> Seine Nachfolger erzielten auch keine großen Erfolge im Bereich der deutsch-polnischen Verständigung, vielmehr wurde mit kleinen Unterbrechungen auch dann die Bismarck'sche Linie in Bezug auf die Polenpolitik fortgesetzt und sogar intensiviert. Mit der Reichsgründung verschlimmerten sich sowohl die politischen als auch die sozialen Verhältnisse der Polen in der Provinz Posen.<sup>482</sup> Die dominierende Rolle Preußens im Deutschen Kaiserreich vertiefte die ökonomischen und kulturellen Gräben zwischen Deutschen und Polen; am stärksten davon betroffen waren die östlichen

---

<sup>475</sup> Ebd., S. 120.

<sup>476</sup> Vgl. ZERNACK, Klaus: Polen in der Geschichte Preußens, Berlin/New York 1992, S. 377–448; S. 436.

<sup>477</sup> Vgl. CONRAD, Sebastian, OSTERHAMMEL Jürgen: Einleitung, in: CONRAD, Sebastian, OSTERHAMMEL Jürgen (Hg.), Das Kaiserreich transnational. Deutschland in der Welt 1871–1914, Göttingen 2004, S. 7–27, S. 9.

<sup>478</sup> Vgl. BROSZAT, Martin: Zweihundert Jahre deutsche Polenpolitik, S. 129.

<sup>479</sup> Vgl. SERRIER, Thomas: Provinz Posen, Ostmark, Wielkopolska. Eine Grenzregion zwischen Deutschen und Polen 1848–1914 (= Materialien und Studien zur Ostmitteleuropa-Forschung, Bd. 12), Marburg 2005, S. 40.

<sup>480</sup> Vgl. SERRIER, Thomas: Provinz Posen, Ostmark, Wielkopolska, S. 37.

<sup>481</sup> Ebd., S. 111.

<sup>482</sup> Vgl. STEGMANN, Natali: Die Töchter der geschlagenen Helden. „Frauenfrage“, Feminismus und Frauenbewegung in Polen 1863–1919 (= Deutsches Historisches Institut Warschau Quellen und Studien, Bd. 11), Wiesbaden 2000, S. 57.

Provinzen.<sup>483</sup> Kozłowski betont, dass die Degradierung der Provinzen, darunter der Provinz Posen, dazu führte, dass die deutschen Bewohner noch stärker privilegiert wurden, während die polnische Bevölkerung noch in größerem Ausmaß unter Diskriminierungen litt.<sup>484</sup> Während der Kanzlerschaft Bismarcks, die auf die Jahre 1871–1890 entfiel, wurde der deutsche Nationalismus hauptsächlich durch die preußische Verwaltung stimuliert; die deutsche Bevölkerung beteiligte sich überwiegend nicht an solchen Initiativen.<sup>485</sup> Die kurze Phase (1869–1872) des Oberpräsidenten der Provinz Posen Otto von Königsmarck (1815–1889), der kein Anhänger der Schikanen gegenüber Polen war und stattdessen zur rechtlichen und kulturellen Mittel griff, um den polnischen Bevölkerungsteil mit Preußen zu verschmelzen, endete rasch, weil seine Polenpolitik nicht der Bismarck'schen entsprach und so musste Königsmarck aus diesem Grund sein Amt niederlegen.<sup>486</sup> Sein Nachfolger William Barstow von Günther (1815–1892) hatte das Amt des Oberpräsidenten in den Jahren 1873–1886 inne.<sup>487</sup> In dieser Zeit kam es zur Eskalation der Lage in der Provinz Posen, was sich auf den töricht geführten Kulturkampf zurückführen lässt. Der vom Kanzler Bismarck geführte Kampf gegen die katholische Kirche und das Zentrum bewegte die katholischen Wähler und die katholischen Hierarchen zum Widerstand gegen solche diskriminierenden Maßnahmen.<sup>488</sup> Die Politiker des Zentrums waren grundsätzlich nicht gegen die Entnationalisierung, sie waren allerdings nicht mit den brutalen Methoden der Germanisierung einverstanden und widersetzten sich der preußischen Dominanz im Deutschen Kaiserreich, deshalb wurden sie zwangsläufig von Polen, Elsässern und Lothringern (seit 1871 im Reich), Dänen aus Schleswig und Welfen (die für die Unabhängigkeit des im Jahre 1866 durch Preußen annektierten Königreichs Hannover standen) im Reichstag unterstützt.<sup>489</sup> In der Provinz Posen konzentrierte sich die Durchführung des „Kulturkampfes“ in der Praxis auf der Einschränkung des Einflusses des polnischen Klerus und des Adels auf den polnischen Bevölkerungsteil und auf die allmählichen „Verbannung“ der polnischen Sprache aus dem öffentlichen Leben.<sup>490</sup> Ende 1871 wurde ein Paragraph verabschiedet, der dem Staat Mittel in die Hand gab, Priester mit 2 Jahren Haft zu belegen, wenn sie in der Kirche Ansichten verbreiteten, die gegen die öffentliche Ruhe gerichtet waren; 1872 wurde dem Klerus die Aufsicht über staatliche und private Schulen entzogen; 1872 wurde die Tätigkeit der Jesuiten im Kaiserreich verboten.<sup>491</sup> Am 26. Februar 1876 wurde eine Novelle der Strafgesetze verabschiedet, nach der es möglich war,

---

<sup>483</sup> Vgl. KOZŁOWSKI, Jerzy: Wielkopolska pod pruskim zaborem, S. 192.

<sup>484</sup> Ebd., S. 192.

<sup>485</sup> Ebd., S. 192.

<sup>486</sup> Ebd., S. 193.

<sup>487</sup> Ebd., S. 193.

<sup>488</sup> Ebd., S. 195.

<sup>489</sup> Ebd., S. 195.

<sup>490</sup> Ebd., S. 195.

<sup>491</sup> Ebd., S. 195.

Priester allein auf Grundlage ihrer Reden und Schriften zu inhaftieren.<sup>492</sup> Die Verabschiedung des letzten antiklerikalen Gesetzes am 7. Juni 1876 führte die staatliche Aufsicht über das Vermögen der katholischen Kirche in den einzelnen Diözesen ein.<sup>493</sup> Für die geheime Ausübung der Seelsorge in den verwaisten Gemeinden drohten Geldstrafen, Haftstrafen und sogar Ausweisung aus Preußen.<sup>494</sup> Bis 1886 blieben in der Provinz Posen insgesamt 201 Pfarreien unbesetzt und über 100 Priester wurden aus ihren Erzdiözesen ausgewiesen.<sup>495</sup> Strafgeelder wurden 116 Priestern auferlegt und 77 wurden ins Gefängnis geschickt, sogar der Erzbischof von Gnesen und Posen, Mieczysław Halka-Ledóchowski (1822–1902), der zwei Jahre im Gefängnis in Ostrów Wielkopolski in einer Zelle absitzen musste und später zur Ausreise nach Rom gezwungen wurde.<sup>496</sup>

Die Autorität der katholischen Kirche in der Provinz Posen stieg bedeutend an, ähnlich in Schlesien und Pommern.<sup>497</sup> Es kam gleichzeitig zur Stärkung des nationalen Bewusstseins der Polen, auch bei denjenigen, die bis dato nicht viel mit dem falschen und schädlichen Stereotyp der Polen-Katholiken, zu tun hatten.<sup>498</sup> Die meisten Katholiken waren tatsächlich Polen. Im Jahre 1871 lebten in der Provinz Posen eine Million Katholiken, davon waren ca. 900.000 Polen und ca. 80–100.000 Deutsche, der Rest der deutschen Bevölkerung war in der Regel evangelisch.<sup>499</sup> Der in der Provinz Posen besonders hart geführte Kulturkampf bewirkte eine stärkere Verschmelzung vom Katholizismus und Polentum und die Durchschnittsbevölkerung stand ab dem Zeitpunkt nahezu vollständig unter dem Einfluss der polnischen Führungsschichten.<sup>500</sup> Die Polen begannen dank des Kulturkampfes, ihr Glaubensbekenntnis mit der Verteidigung ihrer Nationalität zu verbinden,<sup>501</sup> was bisher die breiten Massen der polnischen Bevölkerung nicht zwangsläufig getan hatten. Somit wurde auch das polnische Bewusstsein der Bevölkerung wesentlich verstärkt. Der Kulturkampf und seine polnische Ausprägung werden in der deutschen Erinnerung kaum berücksichtigt, obwohl Bismarck selbst betont hatte, dass die Kulturkampfpolitik durch

---

<sup>492</sup> Vgl. TRZECIAKOWSKI, Lech: Pod pruskim zaborem 1850–1918, Warszawa 1973, S. 111.

<sup>493</sup> Ebd., S. 111.

<sup>494</sup> Vgl. MOLIK, Witold, SCHOLZ, Stephen: Kulturkampf. Zur Verteidigung der Werte, in: HAHN, Hans Henning, TRABA, Robert (Hg.), Deutsch-Polnische Erinnerungsorte, Bd. 1: Geteilt/Gemeinsam, Paderborn 2015, S. 301–315, S. 307.

<sup>495</sup> Vgl. KOZŁOWSKI, Jerzy: Wielkopolska pod pruskim zaborem, S. 197.

<sup>496</sup> Ebd., S. 198.

<sup>497</sup> Vgl. KOZŁOWSKI, Jerzy: Wielkopolska pod pruskim zaborem, S. 199.

<sup>498</sup> Ebd., S. 199.

<sup>499</sup> Vgl. MOLIK, Witold: Der Einfluß der preußischen Politik auf die Gesellschaftsstruktur des Großherzogtum Posen (1815–1914). Polnische Intelligenz als Vorbild, in: NITSCHKE, Peter, JAWORSKI, Rudolf (Hg.), Preußen in der Provinz. Beiträge zum 1. deutsch-polnischen Historikerkolloquium im Rahmen des Kooperationsvertrages zwischen der Adam-Mickiewicz-Universität Poznań und der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel unter Mitarbeit von Ekkehard Klug (= Kieler Werkstücke. Reihe F: Beiträge zur osteuropäischen Geschichte, Bd. 1), Frankfurt am Main 1991, S. 63–79; S. 76.

<sup>500</sup> Vgl. ZIELIŃSKI, Zygmunt: Der Kulturkampf in der Provinz Posen, S. 460–461.

<sup>501</sup> Vgl. KOZŁOWSKI, Jerzy: Wielkopolska pod pruskim zaborem, S. 199.

die polnische Seite gestaltet wurde, was in Deutschland oft relativiert wird.<sup>502</sup> Man sollte an der Stelle auch die Rolle des deutschen Liberalismus betonen, mit dessen Unterstützung der Kulturkampf begonnen und durchgeführt wurde.<sup>503</sup> Die deutschen Liberalen in der Kaiserzeit verbanden häufig die weit verbreiteten antikatholischen und antipolnischen Ressentiments miteinander und der Kulturkampf wurde hier als ein Kampf der besseren, überlegenen und protestantisch geprägten deutschen Kultur wahrgenommen.<sup>504</sup> Die liberalen Kräfte hielten die deutschen und polnischen Katholiken für rückständig; aus der Zeit des Kulturkampfes stammt im Übrigen auch das pauschalisierende und diskriminierende Stereotyp der Polen als von der katholischen Kirche beherrschte nationale Fanatiker, die rückständig sind.<sup>505</sup> Wie Molik und Scholz betonen, bestimmt diese negative und stereotypisierte Betrachtungsweise der Polen aus der Zeit des Kulturkampfes das deutsche Polenbild leider im gewissen Umfang noch bis heute.<sup>506</sup>

Ende der 1870er wurde der Kulturkampf gegen die katholische Kirche eingestellt, die germanisierende Sprachenpolitik wurde hingegen nicht aufgegeben.<sup>507</sup> Am 27. Oktober 1873 wurde die deutsche Sprache in allen Volksschulen in der Provinz Posen und Westpreußen als Unterrichtssprache, außer in den Fächern Religion und Kirchengesang, eingeführt.<sup>508</sup> Es war auch erlaubt die deutsche Sprache im Religionsunterricht einzuführen, wenn die Schüler nach Ansicht der Kreisschulinspektoren schon genügend Deutsch beherrschten.<sup>509</sup> Im Jahre 1887 wurde der Polnisch-Unterricht an allen Schulen des preußischen Teilungsgebietes abgeschafft.<sup>510</sup> Auf Grund der neuen Sprach- und Kulturkampfgesetzgebung, die die Schule zum Kampfinstrument gegen das Polnische machte, brach der Assimilationsprozess der Polen in der Provinz Posen, aber auch in Oberschlesien und Pommerellen, merkbar ab.<sup>511</sup> Dadurch sanken der Rang und die Glaubwürdigkeit der dortigen Schulen sowie der deutschen zivilisatorischen Kulturleistungen und die polnische Bevölkerung sah sich gezwungen die eigene Identität mit allen zugänglichen Mitteln zu verteidigen.<sup>512</sup> Außenpolitisch wurde im Jahre 1890 der deutsch-russische Rückversicherungsvertrag nicht mehr erneuert und als Reaktion darauf schloss im Jahre 1894 Frankreich ein Bündnis mit Russland, auch weil schon Jahre zuvor (1882) der Dreierbund Deutschland, Italien und Österreich-Ungarn geschlossen worden war. Dies wiederum be-

---

<sup>502</sup> Vgl. **MOLIK**, Witold, **SCHOLZ**, Stephen: Kulturkampf. Zur Verteidigung der Werte, S. 311.

<sup>503</sup> Ebd., S. 312.

<sup>504</sup> Ebd., S. 312.

<sup>505</sup> Ebd., S. 312–313.

<sup>506</sup> Ebd., S. 313.

<sup>507</sup> Vgl. **BROSZAT**, Martin: Zweihundert Jahre deutsche Polenpolitik, S. 138.

<sup>508</sup> Ebd., S. 135.

<sup>509</sup> Ebd., S. 135.

<sup>510</sup> Vgl. **KOZŁOWSKI**, Jerzy: Wielkopolska pod pruskim zaborem, S. 207.

<sup>511</sup> Ebd., S. 136–137.

<sup>512</sup> Ebd., S. 136–137.

deutete das Ende der bisher intensiven antipolnischen deutsch-russischen Zusammenarbeit.<sup>513</sup>

Zurück zur Provinz Posen. An Gymnasien war es mittlerweile sogar verboten die polnische Sprache in den Schulpausen zu gebrauchen und der Polnisch-Unterricht wurde dort im Jahre 1900 abgeschafft, lediglich die deutsche Jugend durfte die polnische Sprache erlernen, allerdings nur, wenn man sich dazu verpflichtete, in der Provinz Posen zu arbeiten.<sup>514</sup> Mit der Verordnung des Kultusministers von Juli 1900 wurde es ermöglicht, schrittweise die polnische Sprache im Religionsunterricht in den katholischen Volksschulen als Fach endgültig zu beseitigen.<sup>515</sup> Nachdem die deutschen Behörden damit begonnen hatten, diese Verordnung im Jahre 1901 in der Praxis auch umzusetzen, kam es zu massiven Protesten von Kindern und Eltern.<sup>516</sup> Ende Oktober 1905 boykottierten 31.739 polnischen Kindern aus 473 Schulen den Religionsunterricht auf Deutsch, ab November 1905 waren es insgesamt 46.886 polnische Kinder und 755 Schulen.<sup>517</sup> Zwischen 1906–1907 nahmen ca. 90.000 polnische Kinder aus dem preußischen Teilungsgebiet an dem Boykott teil.<sup>518</sup> Man muss an dieser Stelle jedoch auch erwähnen, dass die Schulpolitik in Preußen auch positive Effekte hatte. So verschwand der Analphabetismus in der Provinz Posen im Jahre 1900 nahezu vollständig, während er zur gleichen Zeit im polnisch geprägten Galizien, das zu Österreich-Ungarn gehörte, ungefähr noch 56% betrug.<sup>519</sup>

Insgesamt lässt sich feststellen, dass sich in der Provinz Posen in den 1870 und 1880er Jahren die polnische Bevölkerung sowohl wirtschaftlich als auch teilweise politisch vom Adel und der preußisch-deutschen Staatsgewalt unabhängig gemacht hat.<sup>520</sup> Bis dahin war beispielweise die Mehrzahl der polnischen Bauern dem preußischen Staat gegenüber loyal bzw. ambivalent, dies änderte sich allerdings mit der Gefährdung der katholischen Kirche und des polnischen Charakters der Schule.<sup>521</sup> Entsetzt von den zahlreichen Entlassungen und Verhaftungen polnischer Priester gründeten Polen zahlreiche bürgerliche Bildungsvereine und so begann z.B. in Posen und in Oberschlesien sowie Pommerellen die polnische Unterschicht die nationalpolitischen Bestrebungen der Polen zu unterstützen.<sup>522</sup>

---

<sup>513</sup> Vgl. **SERRIER**, Thomas: Provinz Posen, Ostmark, Wielkopolska, S. 39.

<sup>514</sup> Vgl. **KOZŁOWSKI**, Jerzy: Wielkopolska pod pruskim zaborem, S. 244.

<sup>515</sup> Ebd., S. 243.

<sup>516</sup> Ebd., S. 244.

<sup>517</sup> Vgl. **VOLKMANN**, Hans-Erich: Die Polenpolitik des Kaiserreichs. Prolog zum Zeitalter der Weltkriege Paderborn 2016, S. 125.

<sup>518</sup> Vgl. **KOZŁOWSKI**, Jerzy: Wielkopolska pod pruskim zaborem, S. 244.

<sup>519</sup> Vgl. **SERRIER**, Thomas: Provinz Posen, Ostmark, Wielkopolska, S. 40.

<sup>520</sup> Vgl. **BROSZAT**, Martin: Zweihundert Jahre deutsche Polenpolitik, S. 141.

<sup>521</sup> Ebd., S. 141.

<sup>522</sup> Ebd., S. 137.

Im Jahre 1871 machte die polnische Minderheit in Preußen insgesamt ca. 1/10 der Gesamtbevölkerung Preußens (2,4 Millionen) aus, ungeachtet der zahlreichen Mischfamilien.<sup>523</sup> Das Grundproblem bestand darin, dass Preußen im Gegensatz zu Österreich einen Vielvölkerzustand nie akzeptieren konnte, wenngleich ein solcher faktisch aus den preußischen Annexionen im 18. Jahrhundert resultierte.<sup>524</sup> Der Nationalitätenkampf gegen die polnische Minderheit in den östlichen Provinzen Preußens verstieß gegen das altpreußische Toleranzprinzip.<sup>525</sup> Die Kulturkampf-Politik, die gegen den Katholizismus gerichtet war, wurde in den Ostprovinzen als ein deutsch-polnischer Konflikt aufgefasst.<sup>526</sup> Diese Umstände reduzierten die Zahl der deutsch-polnischen Mischehen nach 1870 im bedeutenden Maße; die zunehmende Säkularisierung der jüdischen Bevölkerung führte im Gegenzug in der Provinz Posen zu einer steigenden Anzahl an jüdisch-deutschen Ehen.<sup>527</sup>

Im Jahre 1908 kam es zur Verabschiedung des sog. „Reichsvereinsgesetzes“, das Polen auf Versammlungen den Gebrauch der polnischen Sprache untersagte, wenn die Deutschen in den Ortschaften, in denen die Versammlungen stattfanden, mehr als 40% der Bevölkerung ausmachten.<sup>528</sup> Dieses Gesetz trat am 15. Mai 1908 in Kraft und brachte auch liberale Änderungen wie die Zulassung von Frauen zu politischen Vereinen sowie die Aufhebung der polizeilichen Aufsicht über solche Organisationen mit sich.<sup>529</sup> Allerdings beinhaltete das Reichsvereinsgesetz, das von Polen als „Maulkorbgesetz“ (poln. „ustawa kagańcowa“) bezeichnet wurde, den antipolnischen Paragraphen 12, der besagte, dass nur in den Kreisen mit einem polnischen Bevölkerungsanteil von mehr als 60% genehmigungspflichtige Versammlungen auf Polnisch stattfinden konnten.<sup>530</sup> Die Anzahl der Nicht-Deutschen wurde anhand der letzten Volkszählung berechnet.<sup>531</sup> Im Endeffekt durfte nur in 26 Kreisen in der Provinz Posen auf Versammlungen polnisch gesprochen werden.<sup>532</sup> Es gab jedoch auch eine Ausnahmeregelung. Das Gesetz erlaubte den Gebrauch der polnischen Sprache bei Vereinsversammlungen, wenn die Polizei zuvor darüber in Kenntnis gesetzt worden war.<sup>533</sup> Während der Wahlkämpfe und bei Wahlkampagnen wurde der Gebrauch des Polnischen in allen Kreisen erlaubt.<sup>534</sup> Sogar Max Weber (1864–1920), der über lange Zeit ein Befürworter der Germanisierung von Polen war und jene sogar als zivilisatorische Mission der Deutschen ansah, war über das seit 1908 gel-

---

<sup>523</sup> Vgl. CONRAD, Sebastian: Globalisierung und Nation im Deutschen Kaiserreich, München 2006, S. 125.

<sup>524</sup> Vgl. THER, Phillip: Deutsche Geschichte als imperiale Geschichte, S. 143.

<sup>525</sup> Vgl. WIPPERMANN, Wolfgang: Preußen und Polen, Würzburg 1991, S. 106.

<sup>526</sup> Ebd., S. 106.

<sup>527</sup> Vgl. SERRIER, Thomas: Provinz Posen, Ostmark, Wielkopolska, S. 27.

<sup>528</sup> Vgl. TRZECIAKOWSKI, Lech: Die Nationalitätenpolitik Preußens im preußischen Teilungsgebiet, 20–21.

<sup>529</sup> Vgl. KOZŁOWSKI, Jerzy: Wielkopolska pod pruskim zaborem, S. 244.

<sup>530</sup> Vgl. BROSZAT, Martin: Zweihundert Jahre deutsche Polenpolitik, S. 164.

<sup>531</sup> Vgl. KOZŁOWSKI, Jerzy: Wielkopolska pod pruskim zaborem, S. 245–246.

<sup>532</sup> Ebd., S. 246.

<sup>533</sup> Ebd., S. 246.

<sup>534</sup> Ebd., S. 246.

tende preußisch-deutsche Sprachengesetz entsetzt und bezeichnete diese Vorgehensweise in einem Brief an Friedrich Neumann als etwas Sinnloses und Unmögliches sowohl aus sittlicher als auch politischer Sicht.<sup>535</sup>

An der Wende des 19. zum 20. Jahrhundert erhielten deutsche Rechtsanwälte und Ärzte eine finanzielle Unterstützung aus einem speziellen Dispositionsfond des Oberpräsidenten der Provinz Posen, um sie dadurch konkurrenzfähiger gegenüber den polnischen Kollegen zu machen.<sup>536</sup> Regierungs- und Kommunalbehörden wurde auch vorgeschrieben, sich nur in deutschen Apotheken zu versorgen.<sup>537</sup> Falls so eine Apotheke in der Stadt fehlte, wurde absichtlich auf Kredit eine neue deutsche Apotheke gegründet, egal ob die Nachfrage dafür vorhanden war oder nicht.<sup>538</sup> Die preußische Regierung versuchte die strukturelle Entwicklung der polnischen Intelligenz in der Provinz Posen zu lenken und denjenigen, die ihre Nationalität beibehalten wollten, wurde der Weg zur Karriere in der Staatsverwaltung versperrt.<sup>539</sup> Trotz aller Maßnahmen ließ sich dennoch ein bedeutender Zuwachs an polnischen Apotheken, Ärzten und Rechtsanwälten verzeichnen. Zwischen 1890 und 1914 stieg die Anzahl polnischer Apotheken von 27 auf 52, der Ärzte von nur 10 im Jahre 1841 auf 55 im Jahre 1871 und 201 im Jahre 1913 und die der Rechtsanwälte von 15 im Jahre 1870 auf 65 im Jahre 1914.<sup>540</sup> Eine ähnliche Tendenz gab es beispielweise bei den Lehrkräften an den Elementarschulen. Der Bedarf an Lehrkräften stieg stetig. Es herrschte jedoch ein Mangel an deutschen Lehrkräften.<sup>541</sup> Auf polnische Lehrkräfte konnte man deshalb dennoch nicht ganz verzichten. Im Jahre 1865 waren in der Provinz Posen unter den insgesamt 2.883 beschäftigten Lehrern ca. 1.200 Polen, kurz vor dem Ersten Weltkrieg gab es noch 1.900 polnische Lehrkräfte unter den insgesamt 5.786 Lehrern.<sup>542</sup>

Ab dem 28. August 1876 war der Gebrauch der polnischen Sprache in den Ämtern, Behörden und politischen Vereinen untersagt.<sup>543</sup> In der Praxis bedeutete das die Ausschaltung der polnischen Sprache bei allen amtlichen Bekanntmachungen, vor Gericht, bei den Provinzial- und Landratsämtern, Kreistagen und in den Kommunalverwaltungen.<sup>544</sup> Das Prinzip der Zweisprachigkeit der Verwaltung, das bis dato seit 1815 in der Praxis ange-

---

<sup>535</sup> Vgl. **BROSZAT**, Martin: Zweihundert Jahre deutsche Polenpolitik, S. 165.

<sup>536</sup> Vgl. **MOLIK**, Witold: Der Einfluß der preußischen Politik auf die Gesellschaftsstruktur, S. 77.

<sup>537</sup> Ebd., S. 77.

<sup>538</sup> Ebd., S. 77.

<sup>539</sup> Ebd., S. 78.

<sup>540</sup> Ebd., S. 77.

<sup>541</sup> Ebd., S. 75.

<sup>542</sup> Ebd., S. 75.

<sup>543</sup> Vgl. **WIPPERMANN**, Wolfgang: Preußen und Polen, S. 106.

<sup>544</sup> Vgl. **BROSZAT**, Martin: Zweihundert Jahre deutsche Polenpolitik, S. 139.

wendet worden war, wurde mit dem Gesetz aufgehoben.<sup>545</sup> Im Jahre 1886 wurde zum ersten Mal ein Deutscher, nämlich Julius Dinder (1830–1890), zum Erzbischof von Gnesen und Posen ernannt.<sup>546</sup> Entgegen den Erwartungen engagierte sich Dinder nicht an der Germanisierung, stattdessen versuchte er die negativen Auswirkungen des Kulturkampfes zum Teil rückgängig zu machen.<sup>547</sup>

Zur Germanisierung gehörte auch die Verdeutschung von Ortsnamen. In der Provinz Posen erhielten zwischen 1815 und 1912 insgesamt 4.000 Orte eine deutsche Bezeichnung, meistens wurde einfach der polnische Ortsname ersetzt und ab 1899 war es nur noch erlaubt die deutschen Ortsnamen zu gebrauchen.<sup>548</sup> In den Jahren des Kulturkampfes kam es zum ersten Mal zur massiven Verdeutschung der Ortsnamen.<sup>549</sup> Die preußischen Behörden änderten entweder die polnischen Namen geringfügig z.B. aus „Strzelno“ wurde „Strelno“ oder übersetzten sie, z.B. „Czerniejewo“ in „Schwarzenau“. In anderen Fällen dachte man hatte sich auch komplett neue Namen aus und so hieß z.B. „Inowrocław“ fortan „Hohensalza“.<sup>550</sup> Die Nationalisierung der Ortsnamen diente dem Staat zur Legitimation des Besitzes eines fremdsprachigen Staatsteils und war somit ein Instrumentarium der Germanisierung.<sup>551</sup> In den Jahren 1885 bis 1887 kam es zur Ausweisung von 25.914 Polen und Juden aus Preußen, die aus den anderen polnischen Teilungsgebieten stammten, was in der polnischen Geschichtsschreibung als „rugi pruskie“ (sog. preußische Ausweisungen) bezeichnet wird.<sup>552</sup> Der Zuzug von Polen aus dem österreichischen Galizien und russischen Kongresspolen wirkte sich nämlich für die preußische Seite ungünstig auf die Mehrheitsverhältnisse z.B. in Posen und Westpreußen aus, die bisher durch evangelische Deutsche dominiert waren.<sup>553</sup> Bis zum Jahre 1890 stieg die Zahl der russischen und österreichischen ausgewiesenen Bürger auf 32.000, davon waren ca. 10.000 Juden.<sup>554</sup> Sie wurden je nach Abstammung nach Österreich-Ungarn (überwiegend aus Galizien) oder Kongresspolen, bzw. Westrussland ausgewiesen. Frauen, Greise, Kinder, ja ganze Familien wurden ohne Rücksicht ausgewiesen, auch mitten im Winter.<sup>555</sup> Bismarck begründete in seiner großen Polenrede vom 28. Januar 1886 die Ausweisungen von Polen

---

<sup>545</sup> Ebd., S. 139.

<sup>546</sup> Vgl. KOZŁOWSKI, Jerzy: Wielkopolska pod pruskim zaborem, S. 203.

<sup>547</sup> Ebd., S. 203.

<sup>548</sup> Vgl. PLETZING, Christian: Die Politisierung der Toponymie. Ortsnamenänderungen in den preußischen Ostprovinzen während des 19. Jahrhunderts, in: LOEW, Peter Oliver, PLETZING, Christian, SERRIER, Thomas (Hg.), Wiedergewonnene Geschichte. Zur Aneignung von Vergangenheit in den Zwischenräumen Mitteleuropas (= Veröffentlichungen des Deutschen Polen-Instituts Darmstadt, Bd. 22), Wiesbaden 2006, S. 263–277; S. 271–272.

<sup>549</sup> Vgl. KOZŁOWSKI, Jerzy: Wielkopolska pod pruskim zaborem, S. 200.

<sup>550</sup> Ebd., S. 200.

<sup>551</sup> Vgl. PLETZING, Christian: Die Politisierung der Toponymie. Ortsnamenänderungen in den preußischen Ostprovinzen während des 19. Jahrhunderts, S. 276–277.

<sup>552</sup> Vgl. BROSZAT, Martin: Zweihundert Jahre deutsche Polenpolitik, S. 148.

<sup>553</sup> Ebd., S. 146.

<sup>554</sup> Vgl. KOZŁOWSKI, Jerzy: Wielkopolska pod pruskim zaborem, S. 204.

<sup>555</sup> Vgl. BROSZAT, Martin: Zweihundert Jahre deutsche Polenpolitik, S. 147.



damit, dass in Preußen schon genug Polen seien und man keine zusätzlichen mehr brauche.<sup>556</sup> Der Innenminister Robert von Puttkamer argumentierte, dass die „Ostflucht“ der Deutschen ein Resultat des Zustroms von polnischen Arbeitern aus dem Ausland sei, deshalb müsse man dem Prozess entgegenwirken.<sup>557</sup> Die deutschen Großgrundbesitzer waren sogar dagegen, da sie billige Arbeitskräfte aus dem Ausland benötigten.<sup>558</sup> Die meisten Grundbesitzer sprachen sich vielmehr dafür aus, die Grenzen des Reichs völlig zu öffnen.<sup>559</sup> Die Situation, insbesondere für die Arbeiter in der Landwirtschaft, änderte sich als Bismarck sein Amt verließ. Sie konnten fortan wieder in Preußen angestellt werden.<sup>560</sup> Der Zustrom der polnischen Arbeiter war breit. Im Jahre 1912 gab es ca. 300.000 auslandspolnische Saisonarbeiter im Deutschen Kaiserreich.<sup>561</sup> Diese Saisonarbeiter durften sich nach der Beendigung der Arbeit nicht ansiedeln, sondern mussten Preußen im Anschluss verlassen.<sup>562</sup>

Die deutsche Polenpolitik bediente sich als zusätzliche Maßnahme der Ansiedlung deutscher Landwirte in den Ostprovinzen mit dem Ziel die Fortentwicklung und Bestandsicherung der deutschen Bevölkerung und Kultur zu gewährleisten.<sup>563</sup> Am 26. April 1886 kam es zur Verabschiedung des Ansiedlungsgesetz („Gesetz betreffend der Beförderung deutscher Ansiedlungen in den Provinzen Westpreußen und Posen“) um den polnischen Grundbesitz aufzukaufen.<sup>564</sup> Gegen das Gesetz stimmten das Zentrum, die Freisinnigen und Polen mit 120 Stimmen, dafür votierten mit 214 Stimmen die Nationalliberalen und die Konservativen.<sup>565</sup> Einige Monate später wurde am 21. Juni 1886 mit dem königlichen Dekret die Ansiedlungskommission für Westpreußen und Posen ins Leben gerufen.<sup>566</sup> Die Königlich Preussische Ansiedlungskommission kaufte polnischen Grundbesitz in der Provinz Posen und in Westpreußen auf, parzellierte danach die Güter und siedelte anschließend deutsche Kolonisten an.<sup>567</sup> Das Ansiedlungsgesetz wurde durch den Staat mit 100 Mio. Mark dotiert, die Novelle vom 3. März 1908 sah sogar unter bestimmten Umständen die Enteignung polnischer Gutsbesitzer vor und 1912 machte man in vier Fällen von die-

---

<sup>556</sup> Ebd., S. 147.

<sup>557</sup> Vgl. KOZŁOWSKI, Jerzy: Wielkopolska pod pruskim zaborem, S. 204–205.

<sup>558</sup> Ebd., S. 205.

<sup>559</sup> Ebd., S. 205.

<sup>560</sup> Ebd., S. 205.

<sup>561</sup> Vgl. PRASZALOWICZ, Dorota: Polen, in: BADE, Klaus J., EMMER, Pieter C., LUCASSEN, Leo, OLTMER, Jochen (Hg.), Enzyklopädie Migration in Europa. Vom 17. Jahrhundert bis zur Gegenwart, 3. durchgesehene Auflage, Paderborn 2010, S. 258–271; S. 261.

<sup>562</sup> Vgl. KOZŁOWSKI, Jerzy: Wielkopolska pod pruskim zaborem, S. 216.

<sup>563</sup> Vgl. VOLKMANN, Hans-Erich: Die Polenpolitik des Kaiserreichs, Paderborn 2016, S. 83.

<sup>564</sup> Vgl. WIPPERMANN, Wolfgang: Preußen und Polen, S. 106.

<sup>565</sup> Vgl. BROSZAT, Martin: Zweihundert Jahre deutsche Polenpolitik, S. 150.

<sup>566</sup> Vgl. KOZŁOWSKI, Jerzy: Wielkopolska pod pruskim zaborem, S. 206.

<sup>567</sup> Vgl. PLETZING, Christian: Die Politisierung der Toponymie. Ortsnamenänderungen in den preußischen Ostprovinzen während des 19. Jahrhunderts, S. 271.

ser Möglichkeit Gebrauch.<sup>568</sup> Die Novelle schränkte die Enteignungen auf die maximale Größe von 70.000 ha ein und sah eine Entschädigung nach den üblichen Marktpreisen vor; die Novelle zum Ansiedlungsgesetz vom 3. März 1908 wurde unter der Kritik der Weltöffentlichkeit erst im Jahre 1912 offiziell eingeführt.<sup>569</sup> Zuvor wurde es im Jahre 1904 Polen sogar verboten, Häuser auf eigenen Parzellen zu bauen.<sup>570</sup>

Bis zum Ersten Weltkrieg stieg das Kapital der Königlich Preußischen Ansiedlungskommission auf 500 Millionen Mark.<sup>571</sup> Die Germanisierung des polnischen Grundbesitzes in Ostelbien kostete die Steuerzahler im Deutschen Reich bis 1913 eine enorme Summe von ca. einer Milliarde Goldmark. Ihr Ziel hat sie aber kaum erreicht, da die Ankäufe der Ansiedlungskommission drastisch die Preise für Grundbesitz nach oben getrieben hatten.<sup>572</sup> Die Polen verloren eigentlich wesentlich mehr Besitzungen in der Provinz Posen vor der Gründung der Ansiedlungskommission als danach.<sup>573</sup> Dies liegt auch daran, dass die polnische Gesellschaft mit der Zeit bessere Verteidigungsmechanismen gegen die Germanisierung entwickelt und die Anzahl der polnischen Gutsherren, die ihre Gütern gut und modern verwalteten, sich vergrößert hatte, so dass es zu Beginn des 20. Jahrhunderts zur Verlangsamung des Prozesses der deutschen Aufkäufe von polnischem Bodeneigentum kam.<sup>574</sup> Zwischen 1886 und 1918 kaufte die Ansiedlungskommission insgesamt 517 Vorwerksgüter und 475 Bauerngüter in der Gesamtgröße von 301.158 ha auf.<sup>575</sup> Die Ankurbelung der Nachfrage auf dem Bodenmarkt führte zur Erhöhung der Bodenpreise allein zwischen 1886 und 1913 um ungefähr das Dreifache.<sup>576</sup>

Der Kampf um Grund und Boden brachte den Polen auch deshalb Erfolge ein, weil sie die landwirtschaftliche Konjunktur in Deutschland vom Anfang des 20. Jahrhunderts bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges ausnutzten.<sup>577</sup> Allein die Preise für Kartoffeln oder Getreide wie Roggen und Weizen stiegen um 200–270% in den 2,5 Jahrzehnten vor dem Ausbruch des Weltkonflikts.<sup>578</sup> Die Provinz Posen exportierte nicht nur große Mengen von Getreide und Kartoffeln ins Reichsinnere, sondern auch Zucker, Spiritus usw.<sup>579</sup> Von dieser Konjunktur profitierten auch die deutschen Grundbesitzer. Die Ankäufe der Ansiedlungskommission änderten nicht viel am Bevölkerungsschnitt. Vielmehr kam es zum

---

<sup>568</sup> Vgl. WIPPERMANN, Wolfgang: Preußen und Polen, S. 106–107.

<sup>569</sup> Vgl. KOZŁOWSKI, Jerzy: Wielkopolska pod pruskim zaborem, S. 234–235.

<sup>570</sup> Vgl. VOLKMANN, Hans-Erich: Die Polenpolitik des Kaiserreichs, S. 132.

<sup>571</sup> Vgl. BROSZAT, Martin: Zweihundert Jahre deutsche Polenpolitik, S. 148–149.

<sup>572</sup> Vgl. HOENSCH, Jörg K.: Geschichte Polens, S. 233.

<sup>573</sup> Vgl. MOLIK, Witold: Życie codzienne ziemiaństwa w Wielkopolsce, S. 97.

<sup>574</sup> Ebd., S. 97.

<sup>575</sup> Vgl. KOZŁOWSKI, Jerzy: Wielkopolska pod pruskim zaborem, S. 231.

<sup>576</sup> Ebd., S. 231.

<sup>577</sup> Vgl. MOLIK, Witold: Życie codzienne ziemiaństwa w Wielkopolsce, S. 58.

<sup>578</sup> Ebd., S. 58.

<sup>579</sup> Ebd., S. 58–59.

beachtlichen Anstieg der polnischen Bewohner in der Provinz Posen. In den Jahren 1860–1905 sank der Anteil der deutschsprachigen Personen in der Provinz Posen von 44,4% auf 38,4% und das trotz des Zustroms der assimilierten und damit deutschsprachigen Juden.<sup>580</sup> Die ökonomische Emigration in die rheinisch-westfälischen Industriereviere, aber auch nach Berlin, betraf sowohl Polen als auch Deutsche, allerdings verschob die sog. „Ostflucht“ die Zahlen in der Provinz Posen zugunsten der polnischen Bevölkerung.<sup>581</sup> Allein in Brandenburg stieg die Anzahl der Personen, die aus der Provinz Posen stammten, zwischen 1871 und 1907 um das Vierfache.<sup>582</sup> Es lässt sich beispielsweise nachweisen, dass im Jahre 1907 in Brandenburg und Berlin ca. 223.000 Personen wohnten, die in der Provinz Posen geboren worden waren, in Großpolen wohnten dagegen zu Beginn des 20. Jahrhunderts nur 28.000 Brandenburger.<sup>583</sup>

Der Kampf ums Prestige und die Germanisierung der durch die Minderheiten „bedrohten“ Provinzen sowie die angestrebte Erhöhung der Attraktivität dieser Gebiete, um die sog. „Ostflucht“ der Deutschen insbesondere aus dem unbeliebten „Osten“ zu verhindern, absorbierten enorme Geldsummen aus der Reichskasse. Im Jahre 1898 wurde ein spezieller Dispositionsfond ins Leben gerufen, der zur Aufgabe hatte, das Deutschtum in den östlichen Provinzen und in Schleswig-Holstein zu unterstützen.<sup>584</sup> Dieser Fond sollte den deutschen Bevölkerungsteil gegenüber der dänischen und polnischen Minderheit begünstigen.<sup>585</sup> Den Oberpräsidenten wurden für solche Zwecke allein in den Jahren 1898–1914 aus dem Dispositionsfond 24.464.715 Mark zur Verfügung gestellt, davon entfielen 12.097.104 Mark auf den Oberpräsidenten der Provinz Posen.<sup>586</sup> Diese Geldsummen wurden als Zulagen (sog. Ostmarkenzulagen) für deutsche Richter, Lehrer, Beamte, Bahn- und Postangestellte, Ärzte, Mitglieder der Intelligenz und Arbeiter verwendet.<sup>587</sup> Außerdem flossen die Mittel aus dem Dispositionsfond für die Errichtung öffentlicher Gebäude in den Städten und als Zuschüsse für deutsche Institutionen wie Theater und Bibliotheken, was einerseits die deutsche Bevölkerung in die Provinz Posen anziehen und andererseits der gefürchteten „Ostflucht“ entgegenwirken sollte.<sup>588</sup> Maßnahmen wie der Dispositionsfond oder die Ansiedlung von Kolonisten usw. konnten den schnellen Bevölkerungszuwachs der Polen nicht stoppen.

---

<sup>580</sup> Vgl. HOENSCH, Jörg K.: Geschichte Polens, S. 234.

<sup>581</sup> Vgl. BROSZAT, Martin: Zweihundert Jahre deutsche Polenpolitik, S. 143–144.

<sup>582</sup> Vgl. BITNER-NOWAK, Anna: Die Nachbarschaft der Regionen – Großpolen und Brandenburg im 19. Jahrhundert, in: SCHULZ, Helga (Hg.), Preußens Osten – Polens Westen. Das Zerbrechen einer Nachbarschaft (= Frankfurter Studien zur Grenzregion, Bd. 7), Berlin 2001, S. 39–72; S. 52.

<sup>583</sup> Vgl. BITNER-NOWAK, Anna: Die Nachbarschaft der Regionen – Großpolen und Brandenburg im 19. Jahrhundert, S. 52–53.

<sup>584</sup> Vgl. KOZŁOWSKI, Jerzy: Wielkopolska pod pruskim zaborem, S. 235.

<sup>585</sup> Ebd., S. 235.

<sup>586</sup> Ebd., S. 235.

<sup>587</sup> Ebd., S. 235.

<sup>588</sup> Ebd., S. 235.

Die Polenpolitik Bismarcks führte langfristig leider zur deutsch-polnischen Entfremdung.<sup>589</sup> An dieser Entfremdung beteiligte sich auch wesentlich der in Posen unter dem Patronat von Otto von Bismarck am 3. November 1894 gegründete nationalistische und antipolnische „Verein zur Förderung des Deutschtums in der Ostmark“, der später ab 1899 seinen Namen in „Deutscher Ostmarkenverein“ änderte.<sup>590</sup> Er wird abgekürzt als Ostmarkenverein bezeichnet. Nach den Anfangsbuchstaben der Gründer Ferdinand von Hanseemann (1861–1900), Hermann von Kenemann (1815–1910) und Heinrich von Tiedemann-Seeheim (1843–1922) wird er auch „Hakata“ genannt.<sup>591</sup> Die Mitglieder des Ostmarkenvereins wurden von Polen daher gerne unter anderem als „Hakatisten“ bezeichnet; diese Bezeichnung ruft oft negative Konnotationen wie Germanisierung, Diskriminierung, antipolnische Lobby usw. hervor. Seit Ende 1890 bezeichnete die polnische Presse als Hakata alle politische Gruppierungen und Parteien, die antipolnische Ausnahmegesetze unterstützen.<sup>592</sup> Die Mitgliederzahl des Ostmarkenvereins betrug im Jahre 1895 ca. 20.000 Personen in Deutschland und ca. 4.000 in der Provinz Posen im Jahre 1900.<sup>593</sup> Im Jahre 1913 hatte der Ostmarkenverein schon 12.512 Mitglieder in der Provinz Posen und insgesamt 55.751 Mitglieder im Reich und Ausland.<sup>594</sup> Die Berufsgliederung des Ostmarkenvereins in der Provinz Posen vom 1. Juli 1907 ergibt, dass die meisten Personen Beamte (4.446), Kleingrundbesitzer (2.548), Gewerbetreibende (2.473) und Volksschullehrer (1.053) waren, die restlichen gehörten sonstigen Berufen (299 Personen), Ärzten und Anwälten (129) sowie Großgrundbesitzer (219) an.<sup>595</sup> Die höheren Beamten machten im Jahre 1912 in der Provinz im Ostmarkenverein insgesamt fast 15% aus.<sup>596</sup> Die Hakata übte ihren Einfluss auf verschiedenen Ebenen der Verwaltung in den östlichen Provinzen Preußens aus, auch mit Hilfe von Medien in Form des Monatshefts „Die Ostmark“.<sup>597</sup> Die Erinnerung an die mittelalterliche Ostkolonisation wurde wach gerufen und damit die Argumentation von der Zivilisierung der Slawen popularisiert, die die ak-

---

<sup>589</sup> Vgl. VOLKMANN, Hans-Erich: Die Polenpolitik des Kaiserreichs, S. 88.

<sup>590</sup> Vgl. KOZŁOWSKI, Jerzy: Wielkopolska pod pruskim zaborem, S. 220.

<sup>591</sup> Ebd., S. 221.

<sup>592</sup> Vgl. KOTOWSKI, Albert S.: Zwischen Staatsräson und Vaterlandsliebe, S. 29.

<sup>593</sup> Vgl. KOZŁOWSKI, Jerzy: Wielkopolska pod pruskim zaborem, S. 222.

<sup>594</sup> Vgl. VOLKMANN, Hans-Erich: Die Polenpolitik des Kaiserreichs, S. 205.

<sup>595</sup> Ebd., S. 207.

<sup>596</sup> Vgl. MYSCHOR, Christian: Dienen in „Preußisch-Sibirien“. Zu sozialer Stellung, Funktion und Kontakten der höheren Beamten in der Provinz Posen 1871–1918, in: WEBER, Mattias (Hg.), Gründerzeit (= Jahrbuch des Bundesinstituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, Bd. 21), München 2013, S. 243–268; S. 251.

<sup>597</sup> Vgl. KOZŁOWSKI, Jerzy: Wielkopolska pod pruskim zaborem, S. 222.

tuellen Kolonisationsbestrebungen rechtfertigte.<sup>598</sup> Polen wurden geschichtlich als ein natürliches Ziel für solche kolonisatorischen Projekte dargestellt.<sup>599</sup>

Insgesamt lässt sich zwischen 1898 und 1914 ein Trend zur Schaffung eines starken und einheitlichen deutschen Staates beobachten, der durch die Beherrschung Mitteleuropas zur einer der Weltmächte aufsteigen sollte.<sup>600</sup> Gestützt auf der deutschen Kultur schützte dieser Staat die Rechte der Deutschen und gleichzeitig minimalisierte er die Rechte der Minderheiten.<sup>601</sup> Diese Ziele unterstützte auch der Allgemeine Deutsche Verein.<sup>602</sup> Der Verein wurde im Jahre 1891 in Berlin zunächst unter dem Namen Alldeutscher Verband gegründet.<sup>603</sup> Im Jahre 1894 wurde die Vereinsbezeichnung in Allgemeiner Deutscher Verein geändert.<sup>604</sup> Ab 1898 besaß er eine Filiale in Posen.<sup>605</sup> Neben der Haskata zeichnete sich der Allgemeine Deutsche Verein in der Provinz Posen durch den höchsten Grad an Chauvinismus aus und betrieb Lobbyarbeit für alle antipolnischen Schritte bei der deutsch-preußischen Regierung.<sup>606</sup> Bis 1912 besaß der Verein 12.000 Mitglieder, meistens aus den Eliten und wohlhabenden Schichten, allerdings gehörten dem Allgemeinen Deutschen Verein in Posen nur 200 Personen an.<sup>607</sup> In der Zeit zwischen 1898 und 1914 waren die am meisten antipolnischen Kreise der Konservativen, Nationalliberalen und Freikonservativen an der preußischen Regierung beteiligt.<sup>608</sup> Die antipolnische Politik der neuen Regierung wurde u.a. auch von Kleinbürgerlichen, teilweise auch vom deutschen Bauerntum und der Arbeiterschaft, den Mittel- und Kleinbeamten sowie der Intelligenz unterstützt.<sup>609</sup> Die meisten Universitätsprofessoren wie z.B. die Historiker Dietrich Schäfer (1845–1929), Karl Lamprecht (1856–1915) oder Georg von Below (1858–1927) befürworteten die Schritte der Regierung im Bereich der Innenpolitik.<sup>610</sup> Die expansive Ideologie des Nationalismus und die darauf basierende politische Linie wurden ebenfalls vom Soziologen Max Weber (1864–1920) unterstützt.<sup>611</sup>

Am Erwachen des Nationalbewusstseins der polnischen Gesellschaft, an der Förderung der organischen Arbeit in der Provinz Posen und letztendlich am Erringen der polnischen

---

<sup>598</sup> Vgl. CONRAD, Sebastian, OSTERHAMMEL Jürgen: Einleitung, in: CONRAD, Sebastian, OSTERHAMMEL Jürgen (Hg.), *Das Kaiserreich transnational. Deutschland in der Welt 1871–1914*, Göttingen 2004, S. 7–27, S. 20.

<sup>599</sup> Ebd., S. 20.

<sup>600</sup> Vgl. KOZŁOWSKI, Jerzy: *Wielkopolska pod pruskim zaborem*, S. 228–229.

<sup>601</sup> Ebd., S. 228.

<sup>602</sup> Ebd., S. 228.

<sup>603</sup> Ebd., S. 271.

<sup>604</sup> Ebd., S. 271.

<sup>605</sup> Ebd., S. 271.

<sup>606</sup> Ebd., S. 271.

<sup>607</sup> Ebd., S. 271.

<sup>608</sup> Ebd., S. 228.

<sup>609</sup> Ebd., S. 228.

<sup>610</sup> Ebd., S. 228.

<sup>611</sup> Ebd., S. 228.

Unabhängigkeit waren nicht nur Männer beteiligt. In dem gesamten Prozess spielten Frauen eine ebenso entscheidende Rolle. Um die Jahrhundertwende kam es in Großpolen zu einem enormen Anstieg an erwerbstätigen Frauen; zwischen 1882 bis 1907 stieg der Anteil allein in der Landwirtschaft um 110%, in Industrie und Gewerbe um 130% und im Handel sogar um ca. 340%.<sup>612</sup> Ihre Funktion als Erzieherinnen der neuen Generationen und in der Regel als zusammenhaltendes Element der Familie, ihre Teilnahme an den Schulstreiks mit ihren Kindern oder aktive Beteiligung am Wirtschaftsboykott sollte man nicht unterschätzen.<sup>613</sup> Frauenvereine in der Provinz Posen wie der im Jahre 1886 gegründete Verein „Warta“ (dt. „Die Wache“) half Kindern aus den Unterschichten z.B. beim Polnisch-Unterricht; der seit 1871 aktive Verein „Pomoc Naukowa dla Dziewcząt Polskich“ (dt. „Bildungshilfe für polnische Mädchen“) vergab Ausbildungsstipendien für junge Frauen; der im Jahre 1909 gegründete Frauenverein „Zjednoczenie Polskich Kobiecych Towarzystw Oświatowych w Rzeszy Niemieckiej“ (dt. „Zusammenschluss polnischer Bildungsvereine im Deutschen Reich“) hatte seinen Sitz in Posen und engagierte sich vor allem bildungspolitisch.<sup>614</sup> Die genannten Frauenvereine leisteten direkt und indirekt einen großen Beitrag für das nationale Bewusstsein und somit die Unabhängigkeit Polens.

Die polnischen Schriftsteller thematisierten in ihren Werken oft die Germanisierung und die damit oft verbundene Diskriminierung der polnischen Bevölkerung in Preußen.<sup>615</sup> In der deutschen sog. Ostmarkenliteratur wurde meistens die „kulturelle Hebung“<sup>616</sup> der polnischen Landbevölkerung im wilden preußischen Osten des Deutschen Kaiserreichs

---

<sup>612</sup> Vgl. STEGMANN, Natali: Die Töchter der geschlagenen Helden, S. 58.

<sup>613</sup> Ebd., S. 58.

<sup>614</sup> Ebd., S. 59.

<sup>615</sup> So schrieb z.B. Henryk Sienkiewicz (1846–1916) im Jahre 1882 einen Roman mit dem Titel „Bartek Zwycięzca“ (dt. „Bartek, der Sieger“), der das Problem der Diskriminierung von Polen während des Militärdienstes, national motivierte Misshandlung der polnischen Schulkinder und die Übernahme polnischer Landgüter aufgriff, was das Interesse der polnischen Eliten auf die Lage in der Provinz Posen lenkte. Die patriotischen Gefühle der Polen wurden zudem durch Sienkiewiczs Roman „Quo Vadis“ geweckt, der im Jahre 1886 für das Werk den Nobelpreis erhalten hatte. Zwischen 1884 und 1888 wurde „Trylogia“ (dt. „Die Trilogie“), die aus drei Romanen, nämlich „Ogniem i mieczem“ (dt. „Mit Feuer und Schwert“), „Potop“ (dt. „Sintflut“) und „Pan Wołodyjowski“ (dt. „Herr Wołodyjowski“) bestand und 1900 sein weiteres Werk „Krzyżacy“ (dt. „Die Kreuzritter“) veröffentlicht. Solche Romane operierten mit historischen Motiven, kultivierten die Erinnerung an die glorreichen Ereignisse aus der polnischen Vergangenheit und enthielten in der Regel eine verschlüsselte Kritik an den Teilungsmächten, um dadurch der Zensur entkommen zu können. Vgl. DYROFF, Stefan: Preussische Ostmark. Nationales Konkurrenzgebaren S. 159 und HEYDE, Jürgen: Geschichte Polens, S. 81.

<sup>616</sup> Immer wieder betont wurde, dass diese „Kulturarbeit“ auch persönliche Opfer seitens der Deutschen erfordern würde und gegen allen Widerstand der polnischen nationalen Kräfte zu führen sei. Im Roman „Schlafendes Heer“ der Schriftstellerin Clara Viebig (1860–1952) aus dem Jahre 1904 scheiterte der Versuch des Hauptdarstellers, des deutschen Gutsbesitzers Doleschal, weil die deutsche Bevölkerung ihn nicht genug unterstützt hatte. Die deutsche Gesellschaft sollte dadurch zur breiteren Unterstützung der antipolnischen Vereine motiviert werden, insbesondere zur Förderung des Ostmarkenvereins. Die Deutschen glorifizierten die „Kulturarbeit“, während die Polen den Begriff hauptsächlich mit Eroberung, Zwang, Gewalt, Enteignung und Germanisierung der Polen in den Schulen und der Armee assoziierten. Vgl. DYROFF, Stefan: Preussische Ostmark. Nationales Konkurrenzgebaren, S. 160–162.

als zivilisatorische Aufgabe der Deutschen betont; die Polen wurden darin tendenziös als trunksüchtig, unsittlich, ungebildet und roh dargestellt.<sup>617</sup>

Zwischen 1905 und 1910 wurde nach dem Projekt des Berliner Architekten Franz von Schwechten (1841–1924) aus Granit und Sandstein im neoromanischem Stil das kaiserliche Schloss in Posen errichtet und die Stadt wurde neben Berlin, Strasbourg, Königsberg und Breslau zur Residenzstadt erhoben.<sup>618</sup> Abgesehen von früheren Visiten, besuchte der Kaiser nach der Vollendung des Schlosses die Stadt Posen in den Jahren 1910, 1913 und 1915.<sup>619</sup> Die Beliebtheit kolossaler Prunkbauten wie der Kaiserpfalz in Posen in der Wilhelminischen Zeit, wurde meistens mit den zivilisatorischen Aufgaben verwechselt.<sup>620</sup> Bei den Besuchen vom Kaiser Wilhelm II. (1859–1941) in Posen wurde dafür gesorgt, dass der Kaiser die schwierigen deutsch-polnische Verhältnisse aus den Augen verliert.<sup>621</sup> Der Kritiker der Wilhelminischen Polenpolitik, Maximilian Harden (1861–1927), berichtete über den ersten Besuch des Kaisers in Posen vom 2. bis zum 4. September 1902 folgendermaßen:

„Wirklich: ‚Die Posener Kaisertage sind überaus glänzend verlaufen.‘ [...]

Dann musste ein furchtloser Mann vortreten und sprechen: Man hat die Leute unklug behandelt und über ihr Trachten Euer Majestät unrichtig informiert. Die Wiener Kongreßakte hatten ihnen ‚nationale Institutionen‘ zugesichert, Euer Majestät Ahnherr hatte ihnen 1815 zugerufen ‚Ihr werdet meiner Monarchie einverleibt, ohne Eure Nationalität verleugnen zu dürfen.‘ [...] Jetzt hat man, statt die Deutschen zu stärken, die Polen zu Deutschen zu machen versucht und, da dieser Plan scheiterte, sie dem König als unbotmäßig, als freche Empörer geschildert. [...] Was bleibt als jetzt als Ertrag des großen Aufwandes? Das bunte Licht ist erloschen, die Bühne abgeräumt, der alte Jammer, der alte Hader geht weiter. Und dieselben Beamten, die wochenlang, monatelang, Tag und Nacht mit der Inszenierung des Manöverfestes beschäftigt waren, werden wieder vor die Aufgabe gestellt, ihre Volksgenossen gegen die wachsende Wirtschaftskraft der jungen polnischen Bourgeoisie und gegen die Menschenflut der polnischen proles zu schützen.

Posen ist eine Etappe. Ganz so weit waren wir bisher noch nicht. Gewiß: Alles wird bald wieder frisch zurechtgebügelt sein und wir werden hören, daß die Russen unsere intimsten Freunde, die Polen versöhnt, die Franzosen von altem Haß geheilt sind und Briten und Amerikaner ungeduldig der Stunde harren, da unter deutscher Hegemonie der große Bund der germanischen Stämme die Welt zu teilen beginnt. [...] Die der Regierung zugängliche Presse hat den Auftrag morgens und abends zu beweisen, daß auf dem Erdenrund alle Völker zärtlich halb und halb neidisch auf das Deutsche Reich blicken, dem alles gelingt, dessen Macht von Jahr zu Jahr wächst, das bald Sonnenaufgänge von heute noch ungeahnter Herrlichkeit sehen wird. Das wird geschrieben, gesetzt, gedruckt.“<sup>622</sup>

<sup>617</sup> Ebd., S. 161.

<sup>618</sup> Vgl. KOZŁOWSKI, Jerzy: Wielkopolska pod pruskim zaborem, S. 236 und S. 258.

<sup>619</sup> Ebd., S. 258.

<sup>620</sup> Vgl. BROSZAT, Martin: Zweihundert Jahre deutsche Polenpolitik, S. 171.

<sup>621</sup> Ebd., S. 171.

<sup>622</sup> HARDEN, Maximilian: Von Versailles nach Versailles, Dresden 1927, S. 241–245.

Maximilian Harden bedient sich bei seiner Schilderung der Situation der Polen im Deutschen Reich des Beispiels Posen und einer sarkastischen Sprache. Er nennt wertvolle Details, die aus seiner Sicht als Kritiker des Kaisers und der kaiserlichen Regierung, die Fehler sowie Heuchelei der Polenpolitik bestätigen. Dieses Zitat zeigt außerdem, welcher Illusion Kaiser Wilhelm II. und die deutschen Eliten bezüglich Polenpolitik und der herrschenden Umstände unterlagen. Wie sehr unterschied sich die Wirklichkeit in Posen von dem Glanz, den der Kaiser bei seinem Besuch zu sehen bekam und von welchem er und die Eliten geblendet waren.

### *Erster Weltkrieg und Verlust der Provinz Posen im Jahre 1919*

Der Ausbruch des Ersten Weltkriegs am 28. Juli 1914 änderte komplett die politische Lage der Polen. Zum ersten Mal kämpften die Teilungsmächte miteinander und gehörten entgegengesetzten Bündnissen an. Deutsches Kaiserreich und Österreich-Ungarn kämpften im Rahmen der sog. Mittelmächte gegen die Entente, wo sich unter anderem England, Frankreich und Zarenreich Russland befanden. Die polnischen Anführer waren sich darüber im Klaren, dass der Zerfall der Solidarität der Teilungsmächte eine Epochenchance für Polen war.<sup>623</sup> Das Klima für die Entstehung eines unabhängigen Polens war noch nie so günstig. Und die Teilungsmächte kämpften um die wertvollen polnischen Rekruten. Sie wollten zudem die polnische Bevölkerung im Krieg für sich gewinnen und gewährleisten, dass diese Bevölkerung den Teilungsmächten gegenüber loyal bleibt. Schon im August 1914 wurden durch den deutschen Kaiser Wilhelm II. Hohenzollern (1859–1941) und den russischen Zar Nikolaj II. Romanow (1868–1918) Aufrufe an die Polen gerichtet, in denen unter anderem die Wiedervereinigung der polnischen Gebiete versprochen wurde, natürlich je nach Variante unter russischer oder deutscher Herrschaft.<sup>624</sup> Das verursachte allerdings keine bemerkbaren Effekte bei der Mobilisierung und die breiten Schichten der polnischen Bevölkerung konnten sich dafür nicht begeistern.<sup>625</sup> Dies hatte auch praktische Gründe, da auf beiden Seiten der Front nicht besonders auf die zivile Bevölkerung geachtet wurde.<sup>626</sup> Beispielweise wurde bei der Offensive der deutschen Wehrmacht im Jahre 1914 die Stadt Kalisz komplett zerstört und die russischen Truppen, die sich 1915 zurückziehen mussten, brannten die Bauernhöfe und Felder nieder, verschleppten Teile der Bevölkerung, demontierten und transportierten alles, was wertvoll

---

<sup>623</sup> Vgl. **BROSZAT**, Martin: Zweihundert Jahre deutsche Polenpolitik, S. 175.

<sup>624</sup> Vgl. **HEYDE**, Jürgen: Geschichte Polens, München 2011, S. 88.

<sup>625</sup> Ebd., S. 89.

<sup>626</sup> Ebd., S. 89.



erschien, ab.<sup>627</sup> Die österreichisch-ungarischen Truppen waren auch nicht besser und hatten durch ihre Feldgerichte im Ersten Weltkrieg ca. 60.000 Personen, vor allem polnische Bauern, zur Hinrichtung für angebliche prorussische Sympathien verurteilt, was durch die polnische Bevölkerung als Terrorakt der österreichisch-ungarischen Besatzungsherrschaft gedeutet wurde.<sup>628</sup> Die wirtschaftliche Ausbeutung der in Russland gelegenen polnischen Gebiete (Kongresspolen) verursachte ebenfalls keine Welle der Begeisterung für die deutsch-österreichische Okkupationspolitik.<sup>629</sup> Ein weit verbreitetes Klischee bei den Deutschen über die Rückständigkeit und den Schmutz der Polen im Osten trug ebenfalls nicht gerade zur deutsch-polnischen Freundschaft bei.<sup>630</sup> Es war allerdings keine ausnahmslose Regel. Die Feldpostbriefe beweisen, dass insbesondere katholische Soldaten auf Grund des gleichen Glaubensbekenntnisses mit den Polen unkompliziertere und mitmenschlichere Kontakte als protestantische und preußische Soldaten im Ersten Weltkrieg gepflegt haben.<sup>631</sup> Ansonsten blieb die deutsche Polenpolitik wie vor dem Weltkrieg unverändert.<sup>632</sup>

Martin Broszat bezeichnete die deutsche Polenpolitik im Ersten Weltkrieg am klarsten mit dem Titel seines Unterkapitels als „Halbherzige deutsche Zugeständnisse“.<sup>633</sup> Tatsächlich weigerten sich die deutschen Eliten zu lange, die Initiative der klaren Entscheidung über die Polenfrage zu ergreifen.<sup>634</sup> Vielmehr wurde über die Ostexpansion nachgedacht. Dies beschäftigte zahlreiche angesehene Intellektuelle in Deutschland, so dass im

---

<sup>627</sup> Ebd., S. 89.

<sup>628</sup> Vgl. VOLKMANN, Hans-Erich: Die Polenpolitik des Kaiserreichs, S. 280.

<sup>629</sup> Allein bis Juni 1917 transportierte die österreichisch-ungarische Besatzungsmacht 36.000 Waggons befüllt mit Lebensmitteln ab. Sowohl in der deutschen als auch in dem österreichisch-ungarischen Generalgouvernement wurden Erze, Mineralien (174.000 Tonnen), Metalle (65.000 Tonnen), Baumwolle (20.000 Tonnen), Häute, Felle, Leder, Därme (11.600 Tonnen), Öle, Fette (4.000 Tonnen), Textilien (5.000 Tonnen) usw. beschlagnahmt. Metalle wurden von Kirchen, Synagogen und Bethäusern demontiert, insbesondere die zinnerne Orgelpfeifen und kupferne Bedachungen, auch die Bevölkerung war dazu verpflichtet aus Metall hergestellte Haushaltsgeräte abzugeben. Der Verwaltungschef Kries aus dem Generalgouvernement Warschau gab selber zu, dass solche wirtschaftliche Maßnahmen die polnische und jüdische Bevölkerung hart trafen. Erst im Frühsommer 1917 gab es erste Reflexionen seitens Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg (1856–1921), dass die Behandlung der polnischen Gebiete im Osten nur als besetztes Territorium gemäßiger geführt werden sollte. Ebd., S. 407–409.

<sup>630</sup> Ebd., S. 413ff.

<sup>631</sup> Ebd., S. 414–415.

<sup>632</sup> Die antipolnische Gesetzgebung im Deutschen Reich nicht abgeschafft und die Verfolgung der polnischen Bevölkerung wurde nicht gestoppt, da die preußischen Behörden zudem auf raschen Triumph im Krieg zählten. Allerdings wurde beispielsweise die Ansiedlungspolitik im Krieg auf Grund der fehlenden Baustoffe, Einberufung von Mitarbeitern aus der Ansiedlungskommission in ihrer Arbeit bedeutend gehemmt. Zwischen 1915 und 1918 wurden in der Provinz Posen nur 7 Güter (davon nur ein polnisches Gut und zwei staatliche Güter) und 11 Bauerngüter (davon 4 von Polen) durch die Ansiedlungskommission angekauft, was in diesem Zeitraum zur Ansiedlung von nur 60 Kolonisten führte. Kozłowski weist in diesem Zusammenhang auf die Inflation und unsichere Kriegszeiten als Ursache für die nahezu gestoppte Ansiedlung hin. In den Jahren 1915–1917 wurden in der Provinz Posen weiterhin nur die deutschen Organisationen und Personen aus dem Dispositionsfond mit einer Summe von 2.689.747 Mark gefördert. Dies sorgte für weiteren Ärger unter der polnischen Bevölkerung und die ehrlichen Intentionen der deutschen Behörden wurden bezweifelt. Vgl. KOZŁOWSKI, Jerzy: Wielkopolska pod pruskim zaborem, S. 274–275 und Vgl. VOLKMANN, Hans-Erich: Die Polenpolitik des Kaiserreichs, S. 381.

<sup>633</sup> BROSZAT, Martin: Zweihundert Jahre deutsche Polenpolitik, S. 182.

<sup>634</sup> Ebd., S. 182ff.

Juli 1915 ca. 1.347 Personen, darunter 352 Hochschulprofessoren, eine Denkschrift unterschrieben, die für einen eigentumsfreien Grenzgürtel, der von den Deutschen besiedelt werden sollte, warb.<sup>635</sup> Diese Denkschrift wurde dem Reichskanzler übermittelt.<sup>636</sup> Der gleiche Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg (1856–1921) stand diesen Thesen nicht fern, warnte jedoch vor dem Zuwachs der jüdischen und polnischen Bevölkerung, was seiner Meinung nach, einem nationalen Schaden gleich kam.<sup>637</sup> Die preußische Bürokratie und konservative Eliten betrachteten die Wiederherstellung Polens als eine Gefahr, die zusätzliche Probleme und politisch betrachtet nichts Gutes mit sich bringen könnte.<sup>638</sup>

Als klar wurde, dass es an der Ostfront ebenfalls zu keiner raschen militärischen Lösung kommen würde, wurde durch die beiden Generalgouverneure im Namen von Kaiser Wilhelms II. und Kaiser Franz Joseph (1830–1916) am 5. November 1916 die Wiederherstellung des polnischen Staates proklamiert.<sup>639</sup> Dieser Staat sollte ein deutsch-österreichischer Satellitenstaat sein.<sup>640</sup> Im Jahre 1917 wurden die polnischen Truppen des „Königreichs Polen“ dem deutschen Oberbefehl unterstellt, zahlreiche unter Ihnen, darunter Józef Piłsudski (1867–1935),<sup>641</sup> verweigerten jedoch die Eidesleistung und wurden da-

---

<sup>635</sup> Ebd., S. 184.

<sup>636</sup> Ebd., S. 184.

<sup>637</sup> Ebd., S. 185.

<sup>638</sup> Ebd., S. 186.

<sup>639</sup> Vgl. HEYDE, Jürgen: Geschichte Polens, S. 89–90 und VOLKMANN, Hans-Erich: Die Polenpolitik des Kaiserreichs, S. 311.

<sup>640</sup> Die deutsch-österreichische Proklamation der polnischen Unabhängigkeit vom 5. November sprach von erblicher konstitutioneller Monarchie, selbständigem Staat und eigener Armee. Für den deutschen General Erich Ludendorff (1865–1937) stellte die Proklamation lediglich eine erhoffte wirksame Werbung für die freiwilligen Rekruten innerhalb der deutschen Armee dar. Der Generalgouverneur vom Generalgouvernement Warschau, Hans von Beseler (1850–1921), sah in den Polen keine Partner. Er schrieb sogar in einem Brief an seine Frau über die polnische Notabeln, Deputierten und Parteiführer, die er ständig belehren müsse, dass sie keine Forderungen stellen, sondern höchstens ihre Wünsche äußern dürften. Dementsprechend verlief auch die Rekrutierung von Polen in die Armee miserabel. Die Polen forderten zuerst eine eigene polnische Regierung als zu erfüllende Bedienung vor der Entstehung der Armee. Deshalb wurde im Januar 1917 ein provisorischer Staatsrat nur mit beratender Funktion gegründet. Dieser polnische Regentschaftsrat versuchte ab Herbst 1917 einen Teil der Verwaltung in Kongresspolen den Polen zu übergeben, um die polnische Stimmung für die deutsche Herrschaft zu gewinnen, dies kam allerdings zu spät und hatte keine bedeutende pro-deutsche Begeisterung verursacht. Ein solches verspätetes Vorgehen in der Polenfrage stieß auch auf zunehmende Kritik bei den Deutschen. Die Anerkennung der litauischen Ansprüche für die Stadt Wilno im Herbst 1917 und der Ukrainischen Volksrepublik als Verhandlungspartner und die Zusprechung vom Cholmer Land führte zu Streiks von Polen und sogar Proteste des vom deutsch-österreichischen Tandem abhängigen Regentschaftsrats. Deutschland erschien den Polen als wortbrüchig und Österreich als verräterisch. Bei einer der Demonstrationen in Lublin wurden auf Grund der gegenwärtigen politischen Entwicklungen sogar Bilder der beiden Kaiser verbrannt. Vgl. BROSZAT, Martin: Zweihundert Jahre deutsche Polenpolitik, S. 188–192, S. 195 und KOZŁOWSKI, Jerzy: Wielkopolska pod pruskim zaborem, S. 282.

<sup>641</sup> Bereits 1914 organisierte Józef Piłsudski (1867–1935) die ein paar Tausend Mitglieder zählenden Schützenverbände und nach Kriegsausbruch entstanden, gestützt auf die Politik Wiens, aus ihnen polnische Legionen, die bereits im August 1914 als paramilitärische Truppen die Stadt Kielce besetzten. Bereits ab Sommer 1916 fungierte er als Kommandant der 1. Brigade der Legionen, wo er de facto mittlerweile über die wichtigsten Angelegenheiten innerhalb der Legionen entschied. Vgl. HEYDE, Jürgen: Geschichte Polens, München 2011, S. 89 und BROSZAT, Martin: Zweihundert Jahre deutsche Polenpolitik, S. 180–181.

für inhaftiert. Piłsudski wurde am 22. Juli 1917 in Magdeburg interniert.<sup>642</sup> Etwa 2/3 der Mannschaft und Offiziere aus den ins Kongresspolen überführten polnischen Legionen widersetzten sich dem deutschen Verlangen nach Eid.<sup>643</sup> Im Ersten Weltkrieg kämpften laut Kozłowski ca. 700.000 Polen zwischen 1914 und 1918 in der deutschen Armeen, die gleichzeitig deutsche Bürger waren, die meisten davon stammten aus der Provinz Posen.<sup>644</sup> Fälle von Fahnenflucht unter polnischen Rekruten waren äußerst selten.<sup>645</sup> Deutsch-polnische Frontenfreundschaft und Waffenbrüderschaft gehörte zu keiner Ausnahme.<sup>646</sup> Zusammengesetzt kämpften im Ersten Weltkrieg ca. 2 Millionen polnische Soldaten in den Armeen der Teilmächte, davon fielen 390.000–500.000 und ungefähr 1.000.000 wurde verwundet.<sup>647</sup> In den Jahren 1914–1918 kämpften laut Volkmann insgesamt 777.000 ethnische Polen in der deutschen Armeen; 300.000 für Österreich-Ungarn und ca. 700.000 für Russland.<sup>648</sup>

In der Provinz Posen war der V. Armeekorps stationiert und die tatsächliche Macht lag in der Kriegszeit in den Händen von General Friedrich von Bernhardt (1849–1930).<sup>649</sup> Im kaiserlichen Schloss in Posen befand sich ab Herbst 1914 bis zum Frühjahr 1916 das Hauptquartier der deutschen Armee im Osten, die unter dem Befehl von Paul von Hindenburg (1847–1934), der in der gleichen Stadt im Jahre 1847 geboren worden war, stand.<sup>650</sup> Da die deutsche Armeeverwaltung und die Polizei beim Kriegsbeginn unsicher waren, wie sich die polnische Bevölkerung verhalten wird, wurden die polnischen Aktivisten präventiv festgenommen und bald wieder freigelassen.<sup>651</sup> Die Presse unterstand einer scharfen Zensur, hierbei insbesondere die polnischen Zeitungen, die für die Publikation von Inhalten, die nicht mit der politischen Linie der deutschen Regierung übereinstimmten bzw. unbequeme Information veröffentlichten, Repressalien ausgesetzt waren.<sup>652</sup> An der Tagesordnung waren leere „weiße Flecken“ in den Zeitungen, an den Stellen, an denen die Zensur die Veröffentlichung eines Textes verboten hatte.<sup>653</sup> Die Zeitung „Lech“ aus Gnesen (poln. Gniezno) wurde sogar zwangsweise geschlossen, da die Inhaber sich dem Verlangen der Armeeverwaltung nach patriotisch-national-deutschen Inhal-

---

<sup>642</sup> Vgl. HEYDE, Jürgen: Geschichte Polens, S. 90 und BROSZAT, Martin: Zweihundert Jahre deutsche Polenpolitik, S. 191.

<sup>643</sup> Vgl. BROSZAT, Martin: Zweihundert Jahre deutsche Polenpolitik, S. 191.

<sup>644</sup> Vgl. KOZŁOWSKI, Jerzy: Wielkopolska pod pruskim zaborem, S. 274.

<sup>645</sup> Ebd., S. 279.

<sup>646</sup> Ebd., S. 279.

<sup>647</sup> Vgl. VOLKMANN, Hans-Erich: Die Polenpolitik des Kaiserreichs, S. 273.

<sup>648</sup> Ebd., S. 273.

<sup>649</sup> Vgl. KOZŁOWSKI, Jerzy: Wielkopolska pod pruskim zaborem, S. 275.

<sup>650</sup> Ebd., S. 275.

<sup>651</sup> Ebd., S. 276.

<sup>652</sup> Ebd., S. 276.

<sup>653</sup> Ebd., S. 276.

ten nicht angepasst hatten.<sup>654</sup> Die ökonomischen Folgen des Krieges wurden in der Provinz Posen bald spürbar. Bereits im Dezember 1914 wurden dem Brot trockene Kartoffeln beigemischt, was als sog. „Kriegsbrot“ bezeichnet wurde; ab 1915 wurden in Posen spezielle Essensmarken für Brot und Mehl eingeführt, die sich mit der Zeit in der gesamten Provinz Posen etabliert hatten und ab 1916 rationierte man auch das Fleisch.<sup>655</sup> Es wurden Preis-Obergrenzen eingeführt, Kohle und Kleidung wurde rationiert; als Ergebnis entstand ein kaum kontrollierbarer Schwarzmarkt.<sup>656</sup> Wegen Unterernährung und unzureichender ärztlicher Versorgung verschlechterte sich der Gesundheitszustand der Bevölkerung am Ende des Krieges merklich; der polnische Bevölkerungsteil als ärmere Bevölkerungsschicht litt aufgrund des Mangels stärker.<sup>657</sup>

Nachdem die bolschewistische Revolution im Oktober 1917 ausgebrochen war, zeigten Engländer wie Franzosen keine Bedenken in Bezug auf die Entstehung eines unabhängigen Polens mehr.<sup>658</sup> Am 8. Januar 1918 wurden im Kongress durch den amerikanischen Präsidenten Thomas Woodrow Wilson (1856–1924) in 14 Punkten die alliierte Kriegsziele vorgestellt; Punkt 13 sah die Errichtung eines unabhängigen polnischen Staates mit einem Zugang zum Meer vor.<sup>659</sup> Wilsons 14-Punkte-Programm wurde auch in London, Rom und Paris akzeptiert; die Entstehung Polens garantierte dies zunächst aber nur in der Theorie.<sup>660</sup> Der Krieg war nämlich noch nicht gewonnen und die Lösung der Polenfrage zeichnete sich deutscherseits zu diesem Zeitpunkt nicht ab. Am 29. April 1918 schilderte der Regierungspräsident von Bromberg in der Provinz Posen, Friedrich von Bülow (1868–1936), in einem Bericht an den deutschen Kaiser die Lage in der Provinz als ungünstig für Deutschland und deutete an, dass die polnische Presse nur auf Grund der deutschen Zensur nicht offen über Losreißen und Autonomie schrieb.<sup>661</sup> Kaiser Wilhelm II. setzte neben den Satz folgenden Kommentar: „Wird ihnen Köpfe kosten“.<sup>662</sup> Weitere Passagen sprachen von Forderungen der Polen die polnische Sprache im Unterricht einzuführen, polnische Lehrerseminare zu gründen usw.<sup>663</sup> und der Kaiser schrieb sehr kurze und klare Anmerkungen in dem Bericht hinzu: „Nein“, „Nein!“ und „gibt’s nicht!“<sup>664</sup> Dies zeigt, dass der deutsche Kaiser nicht einmal zu einer kleinen Korrektur der Polenpolitik und zu keiner Lösung in Bezug auf die Polenfrage auch gegen Ende des Ersten

---

<sup>654</sup> Ebd., S. 276.

<sup>655</sup> Ebd., S. 278.

<sup>656</sup> Ebd., S. 278.

<sup>657</sup> Ebd., S. 278.

<sup>658</sup> Vgl. **BROSZAT**, Martin: Zweihundert Jahre deutsche Polenpolitik, S. 193.

<sup>659</sup> Ebd., S. 194.

<sup>660</sup> Ebd., S. 194.

<sup>661</sup> Ebd., S. 197–198.

<sup>662</sup> Zitiert nach: **BROSZAT**, Martin: Zweihundert Jahre deutsche Polenpolitik, S. 198.

<sup>663</sup> Vgl. **BROSZAT**, Martin: Zweihundert Jahre deutsche Polenpolitik, S. 198.

<sup>664</sup> Zitiert nach: **BROSZAT**, Martin: Zweihundert Jahre deutsche Polenpolitik, S. 198–199.

Weltkrieges bereit war. So wurde auch die diskriminierende antipolnische Gesetzgebung aus der Vorkriegszeit bis zum Ende des Krieges nicht abgeschafft, mit der Begründung, dass dies als Zeichen der deutschen Schwäche interpretiert werden und die Polen zu weiteren Forderungen ermutigen würde.<sup>665</sup>

Die Abdankung von Kaiser Wilhelm II., die Ausrufung der „Vorübergehenden Regierung der Volksrepublik Polen“ in Lublin vom 6. auf den 7. November 1918, die Rückkehr von Józef Piłsudski am 10. November aus der Haft in Magdeburg nach Warschau und seine damit verbundene faktische Machtübernahme als Oberbefehlshaber (poln. naczelnik) des unabhängigen polnischen Staates sowie der am 11. November 1918 unterzeichnete Waffenstillstand von Compiègne entschieden über das Schicksal der Provinz Posen.<sup>666</sup> Am 11. November 1918 entstand in Posen aus dem Zentralen Bürgerkomitee (poln. Centralny Komitet Obywatelski), das zuvor aus dem Untergrund in die Öffentlichkeit trat, der Hauptvolksrat (poln. Naczelną Radą Ludową – NRL).<sup>667</sup> Dies und die Übernahme der Kontrolle durch die Polen in den Soldatenräten ermöglichte die Kontrolle über die Stadt Posen.<sup>668</sup>

Die Ankunft des bekannten Pianisten Ignacy Jan Paderewski (1861–1941) in Posen am 26. Dezember 1918 und seine Rede lösten am nächsten Tag deutsch-polnische Unruhen und Kämpfe aus.<sup>669</sup> Bis zum Abend besetzten die polnischen Aufständischen die wichtigsten Gebäude und übernahmen die Kontrolle über Posen; diese ersten Kämpfe kosteten 30 Personen das Leben.<sup>670</sup> Der letzte deutsche Oberpräsident der Provinz Posen zwischen 1914 und 1918, Johann Karl Moritz von Eisenhart-Rothe (1862–1942), der sich für einen Versöhnungskurs im deutsch-polnischen Konflikt eingesetzt hatte, aufgrund der Machtbefugnisse im Krieg jedoch hierin stark eingeschränkt war, wurde abgesetzt, im Dezember

---

<sup>665</sup> Vgl. **BROSZAT**, Martin: Zweihundert Jahre deutsche Polenpolitik, S. 199–200.

<sup>666</sup> Vgl. **KOZŁOWSKI**, Jerzy: Wielkopolska pod pruskim zaborem, S. 283.

<sup>667</sup> Ebd., S. 284.

<sup>668</sup> Posen stellte eine Schlüsselposition innerhalb der Provinz dar; wer die größte Stadt unter seinem Kommando hatte, konnte auch die ganze Provinz kontrollieren. Einer der ersten Schritte, die unternommen wurden, war die Absetzung des Posener Oberbürgermeisters Dr. Ernst Wilms (1866–1938), der dieses Amt in den Jahren 1903–1918 innehatte; auf diesen Posten wurde der Pole Jarogniew Drwęski (1873–1921) berufen, der zwischen 1919 und 1921 Präsident der Stadt Posen war. Die polnischen Regionalräte polonisierten inzwischen die Schulen und die Verwaltung, was allerdings auf Schwierigkeiten in den mehrheitlich deutschen Orten stieß. Die deutschen Bewohner der Provinz Posen versuchten sich durch Selbstorganisation zu schützen. Sie gründeten eigene Volksräte und am 12. Dezember 1918 wurde bei einer Versammlung von 1.500 Delegierten der Deutsche Volksrat der Provinz Posen ins Leben gerufen. Beide Seiten, sowohl die polnische als auch die deutsche, bereiteten sich auf die Eventualität eines Kampfes um die Provinz vor. Die deutschen Garnisonen in der Provinz sowie der Grenzschutz wurden verstärkt, so dass sich kurz vor dem Ausbruch des Großpolnischen Aufstandes in der Provinz Posen eine ungefähr 30.000 Mann starke Armee befand. Die polnische Seite bereitete den Aufstand mit Hilfe der Polnischen Militärorganisation (POW) und des Hauptvolksrats (NRL) vor. Allein in Posen war der NRL mit ca. 5.800 Angehörigen der Volkswehr (poln. Straż Ludowa) vertreten. Die meisten zukünftigen polnischen Aufständischen rekrutierten sich aus der demobilisierten preußischen Armee oder desertierten Soldaten, die noch Waffen und Ausrüstung besaßen. Ebd., S. 284–286.

<sup>669</sup> Ebd., S. 287.

<sup>670</sup> Ebd., S. 287.

1918 interniert und danach zur Abreise nach Berlin gezwungen.<sup>671</sup> Seinen Posten übernahm der Pole Wojciech Trąpczyński (1860–1953), was die Polonisierung der preußischen Verwaltung trotz der Aufstandskämpfe ermöglichte.<sup>672</sup> In der Zeit zwischen dem 28. November 1918 und dem 1. Januar 1919 führten die polnischen Aufständischen noch während der Kämpfe, Verhandlungen und eine oft friedlich verlaufende Entwaffnung der deutschen Soldaten durch und übernahmen letztendlich die völlige Kontrolle über die Stadt Posen.<sup>673</sup> Das eigenmächtige Vorgehen der Polen löste eine Welle der Verbitterung und tiefen Enttäuschung nicht nur in der preußischen und Reichsregierung, sondern auch bei den unmittelbar betroffenen Ostdeutschen aus.<sup>674</sup> Vom 27. bis zum 31. Dezember 1918 wurde in zahlreichen großpolnischen Städten die Macht durch die Polen übernommen, dies betraf auch die mehrheitlich polnischen Kreise in Mittel- und Ostgroßpolen.<sup>675</sup> Bis Mitte Januar 1919 wurde die Macht im überwiegenden Teil Großpolens übernommen, danach konzentrierten sich die Aufständischen bzw. ab dem 11. Januar 1919 die Großpolnische Armee (poln. Armia Wielkopolska) unter der Führung von General Józef Dowbor-Muśnicki (1867–1937), auf den Erhalt ihrer Erfolge und besetzten Territorien, da die deutsche Truppen eine Gegenoffensive starteten und Verstärkungen geschickt hatten.<sup>676</sup> Die Empörung über die Erfolge der Polen erreichte bei den deutschen Eliten ihren Zenit.<sup>677</sup> Die neuen Minister der Weimarer Republik griffen bei der Gelegenheit oft auf den altbewährten antipolnischen Wortschatz und eine entsprechende Rhetorik zurück.<sup>678</sup>

Im Friedensvertrag von Versailles vom 28. Juni 1919 wurde entschieden, dass die Gebiete Großpolens, die durch die Aufständischen befreit worden waren, fortan zur unabhängigen

---

<sup>671</sup> Ebd., S. 276 und S. 288.

<sup>672</sup> Ebd., S. 287–288.

<sup>673</sup> Ebd., S. 287–288.

<sup>674</sup> Vgl. **BROSZAT**, Martin: Zweihundert Jahre deutsche Polenpolitik, S. 202.

<sup>675</sup> Vgl. **KOZŁOWSKI**, Jerzy: Wielkopolska pod pruskim zaborem, S. 288–289.

<sup>676</sup> Ebd., S. 289.

<sup>677</sup> Vgl. **BROSZAT**, Martin: Zweihundert Jahre deutsche Polenpolitik, S. 203.

<sup>678</sup> Der neue Kriegsminister Walther Reinhardt (1872–1930) sprach in einem Aufruf an die Bewohner Ost- und Westpreußens Mitte Januar 1919 von Polen als Leichenfledderer mit weit verbreitetem Analphabetentum; er bezeichnete sie auch als unfähig einen eigenen Staat zu bilden, zudem seien seiner Meinung nach die Polen den Deutschen, mittlerweile schon fast traditionell, sowieso unterlegen. Das negative Polenbild und die Polenpolitik, die seit über einem Jahrhundert zwar mit unterschiedlicher Intensität jedoch konsequent geführt worden war, hatte dazu geführt, dass sich Stereotypen über Polen in den Köpfen festgesetzt hatten und die Anschauungen der Menschen von Vorurteilen geprägt waren. Die tiefe Verankerung solcher Stereotypen verfälschte die differenzierte Wahrnehmung der Realität und resultierte in schlecht geführten deutsch-polnischen Beziehungen. Der Spielraum, der es erlaubt hätte, zwischen diffamierenden Thesen und der Wirklichkeit zu unterscheiden, war verschwindend klein und Verunglimpfungen blendeten mit ihrem giftigen Rauch nicht nur die Eliten. Diejenigen deutschen Politiker, die Verhandlungen mit Polen geführt und leider erfolglos nach einer gerechten deutsch-polnischen Verständigungslösung in der Provinz Posen gesucht hatten, wurden als Verräter gebrandmarkt. So wurde dem deutschen sozialdemokratischen Innenminister Julius Hirsch (1882–1961) und seinem Unterstaatssekretär Hellmuth von Gerlach (1866–1935), die die Verhandlungen mit den polnischen Vertretern des Posener Volksrates zwischen November und Dezember 1918 geführt hatten, vorgeworfen, dass sie die Provinz Posen verraten hätten. Der Anführer des Ostmarkenvereins, Heinrich von Tiedemann-Seeheim (1843–1922), erklärte sogar am 14. Mai 1919, dass die neue Reichsregierung an dem Verlust des größten Teils der Provinz zu Gunsten Polens schuld sei. Ebd., 203.

gen Zweiten Polnischen Republik (poln. II Rzeczpospolita bzw. Rzeczpospolita Polska) gehören sollten.<sup>679</sup> Zuvor entstand in Großpolen bereits eine lokale polnische Regierung mit vier Abteilungen: Landeswirtschaft, Organisation und Propaganda, Politik und Heer sowie Verwaltung und Justizwesen; de facto bedeutete dies die Liquidation der preußischen und die Einführung der polnischen Herrschaft, was die spätere Vereinigung mit dem neuen polnischen Staat wesentlich vereinfachte und beschleunigte.<sup>680</sup>

Nach dem Ersten Weltkrieg kam es insgesamt zu gravierenden Veränderung auf der Landkarte Europas. Das Deutsche Kaiserreich, die Österreichisch-Ungarische Monarchie und das Russische Zarenreich existierten nicht mehr. Bis 1918 wohnten in der Provinz Posen und in Westpreußen 1,2 Millionen Deutsche, danach wanderten innerhalb kurzer Zeit 800.000 nach Deutschland aus.<sup>681</sup> Dies führte auf dem Lande zu einem Rückgang der deutschen Bevölkerung um 55% und in den Städten um ca. 85%.<sup>682</sup> Zur ersten Fluchtwelle kam es nach der Annahme des Versailler Vertrages im Sommer 1919.<sup>683</sup> Die massive Flucht betraf vor allem diejenigen, die ihr Leben in der neu entstandenen Zweiten Polnischen Republik nicht fortführen wollten. Die Gründe dafür waren verschieden: die Entwertung der polnischen Währung, die Abneigung gegenüber der Einberufung in die polnische Armee, eine schwach ausgeprägte Verbundenheit eines Teils der deutschen Bewohner mit der Provinz Posen sowie die Tatsache, dass der deutschen Bevölkerung im neuen polnischen Staat keine bevorzugte Stellung zukam.<sup>684</sup> Zusätzlich musste Deutschland insgesamt ca. 500.000 Hektar seines Territoriums an verschiedene Staaten abgeben.<sup>685</sup> Die Territorien, die nach dem Ersten Weltkrieg Polen zufielen, waren jene, die aufgrund der Teilungen Polens im 18. Jahrhundert – wie oben ausführlich besprochen – von Preußen annektiert worden waren.

Resümierend beinhaltete die preußische Herrschaftspraxis gegenüber dem polnischen Bevölkerungsteil im 19. Jahrhundert und am Anfang des 20. Jahrhundert sowohl repressive, modernisierende als auch zivilisatorische Bestandteile. Diese Herrschaft ist insofern ambivalent, da auf die polnische Minderheit in Preußen einerseits ein Assimilationsdruck ausgeübt wurde und es zu Repressionen kam, andererseits profitierten die Polen von der raschen Modernisierung und den zivilisatorischen Ansätzen in Bereichen wie etwa Bildung oder Verwaltung. Die Mischung aus der Teilhabe am sozialen Wandel im Deut-

---

<sup>679</sup> Vgl. KOZŁOWSKI, Jerzy: Wielkopolska pod pruskim zaborem, S. 289.

<sup>680</sup> Ebd., S. 290.

<sup>681</sup> Vgl. TREUE, Wilhelm: Preußens Wirtschaft vom Dreißigjährigen Krieg bis zum Nationalsozialismus, in: BUSCH, Otto (Hg.), Handbuch der preussischen Geschichte. Das 19. Jahrhundert und Große Themen der Geschichte Preußens, Bd.2, Berlin/New York 1992, S. 449–598; S. 588.

<sup>682</sup> Vgl. TREUE, Wilhelm: Preußens Wirtschaft, S. 588.

<sup>683</sup> Vgl. BROSZAT, Martin: Zweihundert Jahre deutsche Polenpolitik, S. 212.

<sup>684</sup> Ebd., S. 212–213.

<sup>685</sup> Vgl. TREUE, Wilhelm: Preußens Wirtschaft, S. 588.

## *1.6 Die Standesherren und die Standesherrschaft*

schen Reich, aus „organischer Arbeit“, Diskriminierung und Unterdrückung des polnischen Nationalgedankens bei gleichzeitiger Realisierung des imperialen Nationalbegriffs führte zur breiten Verankerung und qualitativen Durchformung des polnischen Nationalbegriffs in der Gesellschaft.<sup>686</sup> Als Resultat erreichte die deutsche Polenpolitik genau das Gegenteil dessen, was sie erreichen wollte. Insgesamt lässt sich feststellen, dass die Bevölkerung Großpolens in der Zeit der Teilungen die effektivsten Mittel entwickelte, um die Unabhängigkeit Polens zu erreichen<sup>687</sup> bzw. die Großpolen im Vergleich zu anderen polnischen Regionen am besten für diese Aufgabe vorzubereiten. Letztendlich war es in der Tat ein Talent der polnischen Bevölkerung in der Provinz Posen die Errungenschaften der beiden Nationen integrieren zu können und die positiven Entwicklungen in Preußen für den wirtschaftlich-kulturellen Fortschritt der Region zu nutzen. Die preußische Polenpolitik hinterließ jedoch auch einen Mauer an Vorurteilen und Feindseligkeiten.<sup>688</sup>

## 1.6 Die Standesherren und die Standesherrschaft

### *Das Heilige Römische Reich und die Mediatisierung*

Bereits ab Mitte des 18. Jahrhunderts wurde die Funktion der Reichsverfassung im Heiligen Römischen Reich der inneren Staatsentwicklung untergeordnet.<sup>689</sup> Österreich und Preußen als Großmächte erzwangen solche Änderungen, was die Existenz und den Schutz der mindermächtigen Stände bedrohte.<sup>690</sup> Insgesamt waren bereits im 18. Jahrhundert Tendenzen, die auf eine Mediatisierung und Säkularisation abzielten, erkennbar.<sup>691</sup> Die Lage der minder- und mittelmächtigen Reichsstände gründete dazu oft auf keinem besonders festen finanziellen Fundament. Ihre ökonomische Situation führte im 18. Jahrhundert oft zum Einsetzen einer Schuldenverwaltung durch kaiserliche Delegaten in den verschuldeten Herrschaften, was auch Einschränkungen in Bezug auf die Landeshoheit der Landesherren mit sich brachte.<sup>692</sup> Die zunehmende Verschuldung der Landesherren resul-

---

<sup>686</sup> Vgl. ZERNACK, Klaus: Polen in der Geschichte Preußens, S. 436.

<sup>687</sup> Vgl. REZLER, Marek: Wielkopolska droga do niepodległości (1794–1921), S. 344.

<sup>688</sup> Vgl. TRZECIAKOWSKI, Lech: Die Nationalitätenpolitik Preußens im preußischen Teilungsgebiet, S. 21.

<sup>689</sup> Vgl. JUNG, Frank: Landesherren und Standesherren. Adel und Staat im 18. und 19. Jahrhundert, in: CONZE, Eckart, JENDORFF, Alexander, WUNDER, Heide (Hg.), Adel in Hessen. Herrschaft, Selbstverständnis und Lebensführung vom 15. bis ins 20. Jahrhundert (= Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Hessen, Bd. 70), Marburg 2010, S. 87–113; S. 93.

<sup>690</sup> Vgl. JUNG, Frank: Landesherren und Standesherren. Adel und Staat im 18. und 19. Jahrhundert, S. 93.

<sup>691</sup> Vgl. GOLLWITZER, Heinz: Die Standesherren. Die politische und gesellschaftliche Stellung der Mediatisierten 1815–1918. Ein Beitrag zur deutschen Sozialgeschichte, 2., durchgesehene und ergänzte Auflage, Göttingen 1964, S. 15.

<sup>692</sup> Vgl. JUNG, Frank: Landesherren und Standesherren. Adel und Staat im 18. und 19. Jahrhundert, S. 90.



tierte im 18. Jahrhundert meistens aus ihrem überhöhten Repräsentationsbedürfnis.<sup>693</sup> Sie genossen in Wirklichkeit gegenüber den starken Staatsgebilden im Reich wenig Schutz und waren auf die Reichsinstitutionen als intervenierende oder vermittelnde Obrigkeit angewiesen, da sie sowohl politisch als auch ökonomisch zu schwach waren.<sup>694</sup> Umso mehr wundert es, dass der Adel um 1800 die Säkularisation der Kirchengüter akzeptierte, obwohl es eine schwere Verletzung der Reichsverfassung bedeutete.<sup>695</sup> Man hoffte in vielen Fällen, sich auf Kosten der Kirche bereichern zu können. Mindermächtige Reichststände wie das Haus Solms oder Reichsfreiherren wie Stein befürworteten die großangelegten Säkularisationen zu Gunsten von Preußen und Österreich im Jahre 1798, weil sie sich davon eine Stärkung Deutschlands erwarteten.<sup>696</sup> Als es später dazu kam, dass Fürst Friedrich August von Nassau-Usingen, zwei Dörfer, die zur Herrschaft Steins gehörten, am 4. Januar 1804 mit eigenen Truppen besetzte, berief sich der gleiche Freiherr von Stein jedoch auf den Schutz der Reichsgesetze, auf das Reichsoberhaupt und somit auf sein geschütztes Freiheitsrecht.<sup>697</sup> Mit den Bestimmungen des Reichsdeputationshauptschlusses vom 25. Februar 1803 kam es zu illegalen Besitzveränderungen bzw. zu solchen, die die Reichsverfassung brachen. Die späteren Mediatisierten wurden für die verlorenen Herrschaften links vom Rhein in Form von mediatisierten bzw. säkularisierten Reichsritter- und Klosterbesitzungen entschädigt.<sup>698</sup> Ursächlich dafür waren die französischen Eroberungen links des Rheins, so dass die rechtsrheinischen Fürsten nur durch die Auflösung der geistlichen Staaten ausreichend ausbezahlt werden konnten.<sup>699</sup> Bei den Verhandlungen versuchte Frankreich die Mittelstaaten, Preußen und Österreich, gegeneinander auszuspielen.<sup>700</sup> Bereits im Baseler Frieden vom 5. April 1795 akzeptierte Preußen offiziell die Abtretung des linken Rheinufers an Frankreich, danach taten dies Hessen-Kassel, Württemberg und Baden.<sup>701</sup> Preußen und Österreich verhandelten mit Frankreich und einigten sich auf die kompensatorische Säkularisation.<sup>702</sup> Preußen stimmte dem Prinzip in der Geheimen Berliner Konvention am 5. August 1796 zu und Österreich verhandelte wegen der kompensatorischen Säkularisation im Jahre 1797 und 1800/1801 mit Frankreich; beide Staaten taten dies ohne dabei die Reichststände zu konsultieren.<sup>703</sup> Damit verletzte auch der Kaiser des Heiligen Römischen Reiches die Reichsintegrität zugunsten

---

<sup>693</sup> Ebd., S. 91.

<sup>694</sup> Ebd., S. 93.

<sup>695</sup> Ebd., S. 94.

<sup>696</sup> Ebd., S. 94.

<sup>697</sup> Ebd., S. 94.

<sup>698</sup> Vgl. GOLLWITZER, Heinz: Die Standesherrn, S. 18.

<sup>699</sup> Vgl. FEHRENBACH, Elisabeth: Vom Ancien Régime zum Wiener Kongress (= Oldenbourg Grundriss der Geschichte, Bd. 12), 5. Auflage, München 2008, S. 71.

<sup>700</sup> Vgl. FEHRENBACH, Elisabeth: Vom Ancien Régime zum Wiener Kongress, S. 71.

<sup>701</sup> Ebd., S. 71.

<sup>702</sup> Ebd., S. 71.

<sup>703</sup> Ebd., S. 71.

habsburgischer Interessen.<sup>704</sup> Davon profitierte Preußen am meisten, das das Fünffache seiner Verluste für die verlorenen linksrheinischen Gebiete als Entschädigung erhielt, Württemberg das Vierfache und Baden das Siebenhalbfache.<sup>705</sup> Dies war kein Zufall, schließlich zielte Napoleon bewusst darauf ab, Preußen und die Mittelstaaten zu stärken, um gleichzeitig ein Gegengewicht zu Österreich aufzubauen.<sup>706</sup> Solche Beispiele beweisen, dass die Zustände innerhalb des Heiligen Reiches Deutscher Nation nicht besonders günstig für die mindermächtigen Landesherren waren. Der Zerfall des Heiligen Römischen Reiches hing nur noch von der Entwicklung der napoleonischen Kriege ab. Mit den Siegen von Napoleon Bonaparte (1769–1821) war sein Schicksal besiegelt. Ohne Reich und Reichsverfassung waren die mindermächtigen Landesherren, aber auch zahlreiche mittelmächtiger Reichsstände, nahezu schutzlos.

Unter dem (Ein)Druck der sich schnell von Frankreich aus Richtung Österreich bewegenden französischen Armee wurde zusätzlich ein Geheimbündnis für diesen Konflikt geschlossen.<sup>707</sup> Im Falle eines Sieges versprach man sich großzügige Gebietsgewinne, insbesondere Bayern und Baden ließen sich auf diese Weise motivieren und traten Ende August 1805 dem Geheimbündnis mit Napoleon bei.<sup>708</sup> Württemberg entschied sich erst dann dafür, als die französischen Truppenverbände des Marschalls Ney am 5. Oktober 1805 vor Stuttgart standen.<sup>709</sup> Als Dank für die Waffenhilfe erhob Napoleon 1806 Baden zum Großherzogtum und Bayern und Württemberg zum Königreich; die versprochenen und durchaus umfangreichen Gebietsgewinne wurden auf Kosten Österreichs realisiert.<sup>710</sup> Im Jahre 1806 entschied Napoleon Bonaparte in Paris, dass es für Frankreich vorteilhafter sein würde, wenn man stärkere Mittelstaaten schafft, anstatt die zahlreichen Zwergherrschaften zu dulden, die meist für Österreich optierten.<sup>711</sup> Sicherlich hoffte man in Paris auf diese Weise Bayern, Baden, Württemberg usw. für sich als langfristige Verbündete zu gewinnen, weil man sie bei der Schaffung der neuen Staaten zu Ungunsten der mittel- und mindermächtigen Reichsstände unterstützte. Deshalb wurde von Napoleon die Gründung des Rheinbundes als eine Art defensiv-offensiv Bündnis, dessen oberster Protektor der Kaiser der Franzosen war, initiiert und jenes zunächst mit den süddeutschen Staaten am 16. Juli 1806 geschlossen.<sup>712</sup>

---

<sup>704</sup> Ebd., S. 71.

<sup>705</sup> Ebd., S. 72.

<sup>706</sup> Ebd., S. 72.

<sup>707</sup> Vgl. HUNECKE, Volker: Napoleon. Das Scheitern eines guten Diktators, Paderborn 2011, S. 224.

<sup>708</sup> Ebd., S. 224.

<sup>709</sup> Ebd., S. 224.

<sup>710</sup> Ebd., S. 225.

<sup>711</sup> Vgl. GOLLWITZER, Heinz: Die Standesherren, S. 19.

<sup>712</sup> Vgl. NIPPERDEY, Thomas: Deutsche Geschichte 1800–1866. Bürgerwelt und starker Staat, München 1994, S. 13.

Die Auflösung des Heiligen Reiches Deutscher Nation (bzw. Heiligen Römischen Reiches – HRR) im Jahre 1806 geschah unter dem Zwang von Napoleon Bonaparte. Der Rheinbund ähnelte im Endeffekt einem französischen Protektorat, wo Napoleon über Krieg, Rüstung und Frieden entschied.<sup>713</sup> Kaiser Franz II. (1768–1835) legte die Kaiserkrone als Reaktion auf die Entstehung des Rheinbundes, die Austrittserklärungen der Rheinbundstaaten aus dem Reich und letztendlich aufgrund des hohen Drucks von Seiten Napoleons im gleichen Jahr, am 6. August 1806, nieder.<sup>714</sup> Damit hörte das HRR, das seit dem Mittelalter bestand, zu existieren auf. Mit der Gründung des Rheinbundes auf Initiative Napoleons im Jahre 1806 erfolgte im selben Jahr in den deutschen Staaten die sog. Mediatisierung, was im Endeffekt den Verlust der Landeshoheit und damit verbundener Rechte bedeutete. Nicht alle feudalen Staaten, die sich als Mitgliedsstaaten teilweise oder ganz im Heiligen Römischen Reich befanden, wurden von der Landkarte gelöscht, da insbesondere die Kurfürstentümer in Königreiche bzw. Großherzogtümer oder Herzogtümer umgewandelt wurden und im großem Umfange von der sog. Mediatisierung profitierten.<sup>715</sup> Vor allem Preußen, Bayern, Baden, Hessen und Württemberg mediatisierten hunderte von Herrschaften; freie Städte, zahlreiche Landesherren und die geistlichen Staaten verloren im Gegenzug jedoch ihre Selbständigkeit, wurden mediatisiert bzw. im Falle der geistlichen Territorien säkularisiert und in die neuen Staaten eingegliedert.<sup>716</sup> Dies führte zur Entstehung großer Flächenstaaten und leistete in gewisser Hinsicht einen Beitrag zur Entstehung der modernen Staatlichkeit.<sup>717</sup> Dieser Prozess beschleunigte und begünstigte die Verwaltungszentralisierung, die Schaffung einheitlicher Wirtschafts- und Rechtsräume, des säkularen Bildungswesen, der Kranken- und Armenpflege zu Ungunsten bzw. im Zuge der Abschaffung der geistlichen Institutionen.<sup>718</sup> Die Beseitigung der Adelskirche durch die Säkularisation der adligen Stifte und Fürstbistümer nahm dem Adel wichtige Pfründe für die katholischen oder protestantischen nicht-erbenden Söhne und Töchter weg, welche ihnen bisher ein standesgemäßes Leben ermöglicht hatten und im Falle der Fürstbistümer sogar zusätzlich politische Herrschaftsrechte gaben oder Herrschaftschancen eröffneten.<sup>719</sup> Die Zerschlagung der sozialen und politischen Bindung

---

<sup>713</sup> Vgl. NIPPERDEY, Thomas: Deutsche Geschichte 1800–1866, S. 19.

<sup>714</sup> Ebd., S. 14.

<sup>715</sup> Vgl. KOWALSKI, Mariusz: Księstwo Rzeczypospolitej. Państwo magnackie jako region polityczny (= Prace geograficzne 238), Warszawa 2013, S. 251.

<sup>716</sup> Vgl. MIKLISS, Peter: Deutscher und polnischer Adel im Vergleich. Adel und Adelsbeziehungen in der deutschen und polnischen verfassungsrechtlichen Entwicklung sowie die rechtliche Problematik polnischer Adelsbeziehungen nach deutschem Recht (= Historische Forschungen, Bd. 19), Berlin 1981, S. 31.

<sup>717</sup> Vgl. FEHRENBACH, Elisabeth: Vom Ancien Régime zum Wiener Kongress, S. 72.

<sup>718</sup> Ebd., S. 73.

<sup>719</sup> Vgl. WEIDNER, Marcus: Adel in Übergängen, in: LWL-Institut für westfälische Regionalgeschichte Landschaftsverband Westfalen-Lippe Münster (Hg.), Westfalen in der Moderne 1815–2015. Geschichte einer Region, Münster 2015, S. 77–100; S. 80.

zwischen dem Kaiser, dem Reichsadel und der Reichskirche kann man als Resultat der Mediatisierung betrachten.<sup>720</sup>

### *Standesherren und ihre Rechte*

Bei der Mediatisierung entstanden auch einige freie Städte und kleinere Herzogtümer.<sup>721</sup> Die restlichen Herzogtümer, Fürstentümer, geistlichen Staaten und feudalen Staatswesen unterlagen der Mediatisierung und verloren somit jegliche Chancen als eine unabhängige rechtsstaatliche Einheit zu funktionieren,<sup>722</sup> wie es in Zeiten des HRR der Fall war. Sie wurden allerdings von ihren neuen Landesherren nicht zu einfachen Untertanen heruntergestuft, sondern besaßen als sog. Standesherren gewisse Rechte.

Der Begriff Standesherrschaft geht auf das 14. Jh. zurück und diente damals als eine Bezeichnung für die Fürsten, die einem anderen Reichsstand untergeordnet waren, gemeint waren hier die Fürsten in Schlesien und der Lausitz.<sup>723</sup> Derselbe wurde im Jahre 1806 vom badischen Geheimen Rat Brauer propagiert und wurde bald allgemein als Bezeichnung für die mediatisierten Adelshäuser gebräuchlich.<sup>724</sup> Viele Standesherren bevorzugten jedoch den Begriff „Mediatisierte“.<sup>725</sup> Der Begriff „Mediatisierte“ betonte nämlich vielmehr die Zugehörigkeit der Standesherren zu einer gesellschaftlichen Schicht und wurde weniger mit Untertänigkeit assoziiert.<sup>726</sup> Die Mediatisierten wollten in dem Sinne nicht als Untertanen betrachtet werden.<sup>727</sup> Deshalb wurde durch den Hochadel und adelsfreundliche Kreise gerne betont, dass es zwischen dem Landesherren und den Untertanen noch eine immediate Ebene der Standesherren, die eine gemeinsame Einheit mit dem Landesherren bildeten, gibt.<sup>728</sup> Die Ebenbürtigkeit der mediatisierten Adelshäuser wurde auch stets erwähnt, um darzustellen, dass die Landesherren standesgleich mit den Standesherren waren.<sup>729</sup> Zu der Gruppe der Standesherren gehörten etwa 80 Familien, die mit der Rheinbundakte von 1806 bzw. erst mit der deutschen Bundesakte ihre Selbständigkeit

---

<sup>720</sup> Vgl. FEHRENBACH, Elisabeth: Vom Ancien Régime zum Wiener Kongress, S. 76.

<sup>721</sup> Vgl. KOWALSKI, Mariusz: Księstwa Rzeczypospolitej, Warszawa 2013, S. 251.

<sup>722</sup> Ebd., S. 251.

<sup>723</sup> Vgl. GOTTWALD, Dorothee: Fürstenrecht und Staatsrecht im 19. Jahrhundert. Eine wissenschaftsgeschichtliche Studie (= Studien zur europäischen Rechtsgeschichte, Bd. 241), Frankfurt am Main 2009, S. 43.

<sup>724</sup> Vgl. FURTWÄNGLER, Martin: Die Standesherren in Baden (1806–1848). Politische und soziale Verhaltensweisen einer bedrängten Elite (= Europäische Hochschulschriften, Reihe III. Geschichte und ihre Hilfswissenschaften, Bd. 693), Frankfurt am Main 1996, S. 11.

<sup>725</sup> Vgl. GOTTWALD, Dorothee: Fürstenrecht und Staatsrecht im 19. Jahrhundert, S. 43.

<sup>726</sup> Ebd., S. 43.

<sup>727</sup> Ebd., S. 43.

<sup>728</sup> Ebd., S. 43.

<sup>729</sup> Ebd., S. 50.

verloren hatten.<sup>730</sup> Eine gesonderte Gruppe der neuen Fürsten (sog. „Depossidierten“) entstand im Jahre 1866 aus den von Preußen entthronten Herrschern von Hannover, Kurhessen und Nassau.<sup>731</sup>

Im Königreich Preußen wurden die Standesherren im Vergleich zu den anderen deutschen Staaten besonders mild behandelt und auch im Königreich Bayern ging man mit den Standesherren liberal um.<sup>732</sup> Der württembergische König Friedrich I. (1754–1816) hingegen nahm beispielweise den Mediatisierten die gesamte Jurisdiktion und die Polizei weg, beschlagnahmte die Kanzeleigebäude als Staatseigentum, hob die Wahlfreiheit des Wohnortes auf, Verbot die Ausübung auswärtiger Dienste, führte eine 3–4-monatiger Residenzpflicht in Stuttgart sowie ein Ausreiseverbot ohne Urlaubsgenehmigung oder Erlaubnis zur Entfernung oder Ausreise aus Württemberg, ein.<sup>733</sup> Auch zu Anfang der Regierungszeit des nächsten Königs, Wilhelms I. (1781–1864), besserte sich die Situation für die Standesherren ebenfalls nicht.<sup>734</sup> Dies mag an der Tatsache liegen, dass für Württemberg, ähnlich wie Baden, die Integration der ererbten und neuerworbenen Gebiete das staatspolitische Hauptziel darstellte.<sup>735</sup> Die Bedingungen für die Standesherren waren also im Königreich Württemberg im Vergleich zu Preußen und Bayern wesentlich härter. Erst mit der Errichtung des Deutschen Bundes besserte sich mit der Zeit die Lage der Standesherren in Württemberg.<sup>736</sup>

Entsprechend dem königlichen preußischen Edikt vom 21. Juni 1815 wurde betont, dass die Standesherren als vormalige Landesherren dem preußischen Staat gegenüber untergeordnet sind.<sup>737</sup> Der preußische König Wilhelm III. (1770–1840) folgte hierbei direkt Artikel XIV der Deutschen Bundesakte vom 6. Juni 1815.<sup>738</sup> Bezüglich der Rechte der Standesherren besagte der Artikel Folgendes:

„Unter vorerwähnten Rechten sind insbesondere und namentlich begriffen:

1) Die unbeschränkte Freiheit, ihren Aufenthalt in jedem zu dem Bunde gehörenden oder mit demselben in Frieden lebenden Staate zu nehmen.

2) Werden nach den Grundsätzen der früheren deutschen Verfassung die noch bestehenden Familienverträge aufrecht erhalten, und ihnen die Befugniß zugesichert über ihre Güter und Familienverhältnisse verbindliche Verfügungen zu treffen, welche jedoch dem Souverain vorgelegt und bei den höchsten Landesstellen zur allgemeinen Kenntniß und Nachachtung gebracht werden müssen. Alle bisher dagegen erlassenen Verordnungen sollen für künftige Fälle nicht weiter anwendbar seyn.

---

<sup>730</sup> Vgl. FURTWÄNGLER, Martin: Die Standesherren in Baden (1806–1848), S. 11.

<sup>731</sup> Vgl. GOLLWITZER, Heinz: Die Standesherren, S. 44 und S. 147.

<sup>732</sup> Ebd., S. 47 und S. 53.

<sup>733</sup> Ebd., S. 54.

<sup>734</sup> Ebd., S. 54.

<sup>735</sup> Ebd., S. 58.

<sup>736</sup> Ebd., S. 55–56.

<sup>737</sup> Ebd., S. 48.

<sup>738</sup> Ebd., S. 48.

3) Privilegierter Gerichtsstand und Befreiung von aller Militärflichtigkeit für sich und ihre Familien.

4) die Ausübung der bürgerlichen und peinlichen Gerechtigkeitspflege in erster, und wo die Besetzung groß genug ist in zweiter Instanz, der Forstgerichtsbarkeit, Ortspolizei und Aufsicht in Kirchen- und Schulsachen, auch über milde Stiftungen, jedoch nach Vorschrift der Landesgesetze, welchen sie, so wie der Militärverfassung und der Oberaufsicht der Regierungen über jene Zuständigkeiten unterworfen bleiben. [...]"<sup>739</sup>

Durch den Artikel XIV der Bundesakte wurden die fürstlichen und gräflichen Häuser als ehemaligen Mitgliedern der Reichsstände bzw. Reichsangehörigen in allen Bundesstaaten die Ebenbürtigkeit den regierenden Häusern gegenüber sowie die Zugehörigkeit zum hohen Adel in Deutschland förmlich zugesichert.<sup>740</sup> In Frage kamen diejenigen Adelshäuser, die bis zum Jahre 1806 als Reichsangehörige oder Reichstände reichsunmittelbar waren und ihre Landeshoheit nach der durchgeführten Mediatisierung ab 1806 nicht mehr ausübten.<sup>741</sup> Die Standesherren mussten auch die neuen Macht- und Rechtsverhältnisse anerkennen, um dadurch ihren privilegierten Rechtsstatus zu erhalten, obwohl die neue Lage durch die Standesherren als Beschneidung ihrer Rechte empfunden wurde.<sup>742</sup> Artikel XIV der Bundesakte garantierte im Prinzip die schon vorhandenen Rechte der Mediatisierten. Zu diesen Privilegien gehörte die Ebenbürtigkeit, die Landstandschaft, die Steuerprivilegierung, die Freizügigkeit, die Befreiung von der Militärflicht, der befreite Gerichtsstand und die Familienautonomie sowie Patrimonialrechte.<sup>743</sup> Ebenbürtigkeit bedeutete, dass formell die Mediatisierten zum Hohenadel gerechnet wurden und den regierenden Häusern gegenüber gleich gestellt waren; somit standen den mediatisierten Adeligen die Ehen mit den regierenden Adelshäusern offen, was auf der anderen Seite den Fortbestand der regierenden Familien absichern sollte.<sup>744</sup> Mit Landstandschaft war eine besondere Position im Staatsaufbau gemeint, in Form der dauerhaften Vertretung der Mediatisierten in den Ersten Kammern der jeweiligen Parlamente der einzelnen Bundesstaaten, was einen bedeutenden Einfluss auf die Legislative bot.<sup>745</sup> Die Landstandschaft sicherte den Mediatisierten ihre politischen Vorrechte bis zum Jahre 1918, da sie durch ihre Teilnahme an der Legislative in Deutschland ihre Interessen vertreten und forcieren konnten.<sup>746</sup> Dies betraf oft mehrere Deutsche Bundesstaaten, da es durchaus keine Seltenheit war, dass die

---

<sup>739</sup> Zitiert nach: GOLLWITZER, Heinz: Die Standesherren, S. 351–352.

<sup>740</sup> Vgl. GOLLWITZER, Heinz: Die Standesherren, S. 351.

<sup>741</sup> Vgl. SCHENK, Hans Konrad: Hohenlohe vom Reichsfürstentum zur Standesherrschaft. Die Mediatisierung und die staatliche Eingliederung des reichsunmittelbaren Fürstentums in das Königreich Württemberg 1800–1847, Künzelsau 2006, S. 149.

<sup>742</sup> Vgl. WEIDNER, Marcus: Adel in Übergängen, Münster 2015, S. 84–85.

<sup>743</sup> Vgl. SCHENK, Hans Konrad: Hohenlohe vom Reichsfürstentum zur Standesherrschaft, S. 152ff.

<sup>744</sup> Ebd., S. 152–153.

<sup>745</sup> Ebd., S. 154.

<sup>746</sup> Vgl. GOLLWITZER, Heinz: Die Standesherren, S. 35.

Standesherren Besitzungen nicht nur in einem Bundesstaat hatten.<sup>747</sup> Mit der Landstandsschaft war auch der Anspruch der Standesherren auf einen Ehrentitel verbunden, nämlich für den Grafen „Erlaucht“ und für den Fürsten „Durchlaucht“. Mit der Freizügigkeit war das Recht auf uneingeschränkten Aufenthalt in den deutschen Bundesstaaten gemeint; die Standesherren mussten sich allerdings den jeweiligen Landesgesetzen der einzelnen Staaten unterwerfen.<sup>748</sup> Die Familienautonomie half den Standesherren ihre Familienverhältnisse und das Familienfideikommiss<sup>749</sup> (lat. *fidei committere* – zu treuen Händen überlassen)<sup>750</sup> zu schützen.<sup>751</sup> Es war im Grunde genommen eine Stiftung, die unveräußerliche Grundstücke besaß und nur innerhalb der Familie vererbt werden konnte.<sup>752</sup> Das Fideikommiss war neben Stiftung, Stammgut und Erbverbrüderung das wichtigste Rechtsinstrument der Autonomie des Hochadels.<sup>753</sup> Fideikommiss, das beispielweise in Baden als Stammgut<sup>754</sup> bezeichnet wurde, lag in den Händen der jeweiligen Erben, war unveräußerlich und konnte nicht verschuldet werden.<sup>755</sup> Eine besondere Art des Fideikommisses war das Majorat, bei dem nur der älteste Sohn erben konnte bzw. beim Minorat besaß nur der jüngste Sohn das Erbrecht.<sup>756</sup> Dagegen hatte bei den gewöhnlichen Fideikommissen auch die älteste Tochter einen Anspruch auf das Erbe.<sup>757</sup> Den Familienmitgliedern stand bei einem Fideikommiss nur ein Nutzungsrecht und nicht das Verfügungsrecht zu.<sup>758</sup> Die Familienautonomie garantierte den Standesherren auch die Beibehaltung der bisherigen Fami-

<sup>747</sup> Vgl. SCHENK, Hans Konrad: Hohenlohe vom Reichsfürstentum zur Standesherrschaft, S. 154.

<sup>748</sup> Ebd., S. 155.

<sup>749</sup> Nach Klaus Heß wird ein Familienfideikommiss wie folgt definiert: „als Familienfideikommiß, kurz Fideikommiß, bezeichnete man im 19./20. Jahrhundert ein Vermögen, welches durch Willenserklärung des Stifters für eine bestimmte Familie auf unbegrenzte Dauer gebunden wurde, und in seiner Gesamtheit unteilbar, unveräußerlich und unverschuldet, sowie einer bestimmten Erbfolge unterworfen war. Das Familienfideikommiß gehörte zu denjenigen Vermögensformen, die mittels dauernder Bindung eines Vermögens die soziale und wirtschaftliche Machstellung einer bestimmten Familie über Generationen hinweg sichern sollten. [...] Die Unterscheidungsmerkmale zwischen Familienfideikommiß und anderen Formen des gebundenen Vermögens, also Stammgut, Hausgut oder Hausvermögen, Lehen und Familienstiftung sind im Wesentlichen folgende: Das Stammgut wurde nicht wie das Fideikommiß durch einen privaten Willensakt geschaffen, sondern durch Gesetz, das heißt die Bindung beruhte auf einem allgemeinen Rechtssatz. Beim Hausgut oder Hausvermögen der vormals landes- oder standesherrlichen Familien lag die Rechtsform der Bindung in der autonomen Satzung der einst mit gesetzgebender Gewalt ausgestatteten hochadeligen Häuser. Das Wesen des Lehens wiederum war gekennzeichnet durch das Bestehen der Lehnsherrschaft und der Lehnsherrlichkeit. Für die Familienstiftung schließlich war entscheidend, daß diese eine juristische Person war, also ein Vermögenssubjekt darstellte, während das Familienfideikommiß ein Vermögensobjekt bildete.“ HEB, Klaus: Junker und bürgerliche Großgrundbesitzer im Kaiserreich. Landwirtschaftlicher Großbetrieb, Großgrundbesitz und Familienfideikommiß in Preußen (1867/71 – 1914), in: BORN, Karl Erich, ZIMMERMANN, Harald (Hg.), Historische Forschungen, Bd. 16, Stuttgart 1990, S. 101.

<sup>750</sup> Vgl. STERNIKER, Edwin: Die preußischen Rentenbanken und die Verwendung der Ablöskskapitalien in Preußen nach 1850, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte (JWG), Vol. 4, Berlin 1989, 61–75; S. 64.

<sup>751</sup> Vgl. SCHENK, Hans Konrad: Hohenlohe vom Reichsfürstentum zur Standesherrschaft, S. 156–157.

<sup>752</sup> Vgl. STERNIKER, Edwin: Die preußischen Rentenbanken, S. 64.

<sup>753</sup> Vgl. GOTTWALD, Dorothee: Fürstenrecht und Staatsrecht im 19. Jahrhundert, S. 91.

<sup>754</sup> Die Bezeichnung Fideikommiss war nicht in allen deutschen Staaten üblich. Beispielweise wurde in Großherzogtum Baden der Begriff „Stammgut“ und in Königreich Sachsen „Familienanwartschaft“ verwendet. Vgl. HEB, Klaus: Junker und bürgerliche Großgrundbesitzer im Kaiserreich, S. 101.

<sup>755</sup> Vgl. SCHENK, Hans Konrad: Hohenlohe vom Reichsfürstentum zur Standesherrschaft, S. 220.

<sup>756</sup> Vgl. HARNIER, Alexander von: Beitrag zur Geschichte des deutschen Großgrundbesitzes im Lande der Netze und Warthe, Essen 1971, S. 67.

<sup>757</sup> Vgl. HARNIER, Alexander von: Beitrag zur Geschichte des deutschen Großgrundbesitzes, S. 67.

<sup>758</sup> Vgl. SCHENK, Hans Konrad: Hohenlohe vom Reichsfürstentum zur Standesherrschaft, S. 220.

lienverträge und die Aufhebung der Verordnungen, die im Gegensatz zu den Familienverträgen standen.<sup>759</sup> Die Verfügung über die Patrimonialrechte bedeutete für die Standesherren, dass ihre Gebiete geschlossene politische Bezirke bildeten.<sup>760</sup> Die Standesherren durften sich bei Rechtsstreitigkeiten auch gesetzlich vertreten lassen und waren vom Arrest, Verhaftung und sonstigen Einschränkung der persönlichen Freiheit befreit.<sup>761</sup> Verbindungen zu den regierenden Häusern konnten zusätzlich den Rang und das Ansehen der einzelnen Adelshäuser heben.<sup>762</sup>

In Königreich Preußen durften die Mediatisierten ihre Domänen und das Recht auf Einzug der direkten Steuern behalten, ihre Familien und Domänen wurden von den gewöhnlichen Personal- und Grundsteuern befreit, sie besaßen ein Fischerei- und Jagdrecht, auch konnten sie ihre Berg- und Hüttenwerke behalten.<sup>763</sup> Damit wurden den mediatisierten Hochadeligen gewisse Feudalrechte weiterhin garantiert. Die Standesherren in Preußen durften auch einen Landrat für die regionale Verwaltung vorschlagen.<sup>764</sup> Durch solche Begünstigungen wurde den Standesherren eine privilegierte Sonderstellung innerhalb der Gesellschaft verliehen. Außerdem hatten die Mediatisierten das Recht auf eine eigene Polizeiverwaltung und Forstpolizei, auf Patronatsrechte über Kirchen und Schulen sowie auf die Ausübung der Gerichtsbarkeit; ihnen wurde auch ein eigenes standesherrliches Beamtentum zuerkannt, was die Erwartungen der Standesherren im breiten Umfang zunächst erfüllte.<sup>765</sup> Auch die ausführliche Instruktion vom 30. Mai 1820 zum Edikt vom 21. Juni 1815 bestätigte diese Bestimmungen.<sup>766</sup> Die Standesherren gehörten vor der Mediatisierung in der Regel dem Hochadel an.<sup>767</sup> Im Deutschen Reich zeichneten sich die Angehörigen des Hochadels durch einige besondere Merkmale ab wie Reichsunmittelbarkeit, d.h. dass sie nur dem Kaiser unterstanden; sie waren zudem in Besitz der Landeshoheit und gehörten außerdem der Reichsstandschaft an; sie waren im Besitz vom reichsständischen Territorium und besaßen eine Virilstimme im Reichsfürstenrat.<sup>768</sup> Die Gebiete der Standesherren waren offiziell zunächst nicht den regulären Verwaltungseinheiten des Staates gleich gestellt, da ihr Status eine Art Immunität garantierte.<sup>769</sup> Den Standesherren wurde in jedem Staat jedoch verboten die alten Titel fortzuführen, die die früheren reichsständischen Eigenschaften und die Reichsunmittelbarkeit der regierenden Landesherren in ir-

---

<sup>759</sup> Ebd., S. 157.

<sup>760</sup> Ebd., S. 157.

<sup>761</sup> Vgl. MIKLISS, Peter: Deutscher und polnischer Adel im Vergleich, Berlin 1981, S. 39.

<sup>762</sup> Vgl. GOTTWALD, Dorothee: Fürstenrecht und Staatsrecht im 19. Jahrhundert, S. 40.

<sup>763</sup> Vgl. GOLLWITZER, Heinz: Die Standesherren, S. 48.

<sup>764</sup> Vgl. SCHENK, Hans Konrad: Hohenlohe vom Reichsfürstentum zur Standesherrschaft, S. 164.

<sup>765</sup> Vgl. GOLLWITZER, Heinz: Die Standesherren, S. 48.

<sup>766</sup> Ebd., S. 48.

<sup>767</sup> Vgl. FURTWÄNGLER, Martin: Die Standesherren in Baden (1806–1848), S. 17.

<sup>768</sup> Ebd., S. 17.

<sup>769</sup> Vgl. GOLLWITZER, Heinz: Die Standesherren, S. 74.



gendwelcher Form betonten oder auch nur einen solchen Anschein machten; das gleiche betraf Symbole und Wappen, verboten wurde zudem das Prädikat „von Gottes Gnaden“. <sup>770</sup> Dafür wurden in den deutschen Staaten die standesherrlichen Wappen und Titel zugelassen. <sup>771</sup> Die Huldigung der Standesherren dem Landesherrn und seinen Gesetzen gegenüber war Pflicht. <sup>772</sup> Den Standesherren wurde das Recht zugestanden, bei Todesfällen in der Familie eine offizielle Trauer und ein Trauergeläut in der Standesherrschaft anzuordnen, was zusätzlich noch das Prestige des mediatisierten Hochadels steigerte. <sup>773</sup>

Die Standesherren waren im Prinzip den Landesherrn untergeordnet (sog. Unterlandesherrn), die das Anrecht auf den Titel Fürst oder Graf besaßen und als „Durchlaucht“ bzw. „Erlaucht“ bezeichnet werden mussten, was gleichzeitig ein Kanzeleizeremoniell im Schriftverkehr mit den Staatsbehörden nach sich zog. <sup>774</sup> Hinzu kam auch das Recht sich in Schreiben im Pluralis Majestatis auszudrücken, wenn man sich nicht an die Staatsbehörden richtete. <sup>775</sup> Der ständige Wohnsitz eines Standesherrn wurde üblicherweise als Residenz bezeichnet, wohingegen die reicheren Standesherren einen Hof mit eigenen Hofuniformen unterhielten. <sup>776</sup> Es war im Prinzip eine Art Hofstaat mit einem Hofmarschall an der Spitze, Hofkaplan, Hofarchiv, Hofkapelle, Dienerschaft in Livreen, uniformierten Jägern, Marstall usw. <sup>777</sup> Die Standesherren versuchten ihrem Leben die landesherrschaftliche Züge zu verleihen, indem sie z.B. bei den Todesfällen Landestrauer anordneten, Einzugsfeierlichkeiten veranstalteten, Regierungsjubiläen, Geburten, Hochzeiten feierten und dabei weiterhin traditionell-festliche Formen der Huldigung und Freudenbezeugung anwendeten. <sup>778</sup> Zu den glänzenden Erscheinungen der Standesherren gehörten auch Fackelzüge, Ansprachen der Bürgermeister und Beamten, Gesänge z.B. der Schuljugend, Triumphbögen und Ausschmückung der Straßen. <sup>779</sup> Diese spezifische Art der Zeremonie sollte die Herrschaft der Standesherren festigen und nach außen präsentieren, da sie früher wie die Landesherrn regierten. So ein Eindruck sollte zumindest nach außen vermittelt werden. Die standesherrliche Theatralik war ein Mittel, das bewusst zur Konservierung eigener Ansprüche, gewählt wurde und als Bezugspunkt in der neuen standesherrlichen Realität diente. Diese Realität war heikel und unsicher. Deshalb bemühten sich die Standesherren ihre restlichen Privilegien zu beschützen und für möglichst lange Zeit zu bewahren, weil dies Prestige, Geld und großen Einfluss auf die Gesellschaft bedeutete.

---

<sup>770</sup> Ebd., S. 59.

<sup>771</sup> Ebd., S. 33.

<sup>772</sup> Ebd., S. 59.

<sup>773</sup> Ebd., S. 33–34.

<sup>774</sup> Ebd., S. 75.

<sup>775</sup> Ebd., S. 75.

<sup>776</sup> Ebd., S. 75.

<sup>777</sup> Ebd., S. 76.

<sup>778</sup> Ebd., S. 76.

<sup>779</sup> Ebd., S. 76.

Dies basierte selbstverständlich auf dem stark ausgeprägten Bewusstsein der Standesherren ein Hausherr, ein Herrscher in einer Grafschaft oder einem Fürstentum zu sein.<sup>780</sup> Eine eigene Beamtenschaft, eigene Schul- und Kirchenpatronate sicherten den Standesherren den Anschein einer „Unterlandesherrschaft“.<sup>781</sup> Es machte den Eindruck, dass die Besitzungen der Standesherren ein Staat im Staat waren. Dieser sichtbare und fühlbare Schein verschwand in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts als die letzten Privilegien der Standesherren abgeschafft wurden. Nichtsdestotrotz wurden die Standesherren durch die Bevölkerung mit traditioneller Verbundenheit und Respekt beschenkt.<sup>782</sup> Je länger diese Herrschaft andauerte, desto stärker waren solche Erscheinungen. Diese Herrschaft lebte in den Ehrenrechten der Fürsten wie Trauergeläut bei Todesfällen oder bei der Nennung des Fürsten im Kirchengebet fort.<sup>783</sup> Die Verbundenheit bestätigen nicht zuletzt die zahlreiche Bittgesuche an die Standesherren, beispielweise im Großherzogtum Baden, obwohl sie zu dem Zeitpunkt keine Hoheitsrechte innehatten.<sup>784</sup> Dies erweckte bei den Standesherren nicht selten den Anschein, dass die örtliche Bevölkerung allein aufgrund der Tatsache, dass sie in den Grenzen ihrer Standesherrschaft lebte, zufrieden war. Warnsignale wie Petitionen gegen die privilegierten Rechte (insbesondere Hoheits- und Abgabenrechte) der Standesherren wurden z.B. im Fürstenbergischen Gebiet als Undankbarkeit vereinzelter unzufriedener Personen abgetan, was langfristig zur Eskalation bei der Bevölkerung führte.<sup>785</sup> Dies mündete im Großherzogtum Baden letztendlich in der Revolution von 1848/49, mit dem Effekt, dass alle Hoheitsrechte der badischen Standesherren an den badischen Staat abfielen.<sup>786</sup> Ab diesem Zeitpunkt waren die Grafen und Fürsten in Baden nur rechtlich privilegierte Privatpersonen.<sup>787</sup>

Für die im Raum der Standesherrschaften lebende Bevölkerung spielte es aber eine geringe Rolle, ob es sich im Falle einer Behörde um eine öffentliche und keine staatliche handelte.<sup>788</sup> Die dort lebenden Menschen hatten im Alltag mit den fürstlichen oder gräflichen Beamten zu tun und in den Gerichten der ersten und zweiten Instanz standen sie standesherrlichen Gerichten gegenüber; die Herrschaft der Mediatisierten war für die Bevölkerung deshalb im Alltag spürbar.<sup>789</sup> Die Herrschaft der Standesherren wies staatliche Strukturen auf und glich somit einem Staatsgebilde auf regionaler Ebene. Dabei handelte es sich aber um keine Landesherrschaft mehr, sondern einen Schein gespickt mit Privile-

---

<sup>780</sup> Ebd., S. 77.

<sup>781</sup> Ebd., S. 78.

<sup>782</sup> Vgl. FURTWÄNGLER, Martin: Die Standesherren in Baden (1806–1848), S. 255.

<sup>783</sup> Ebd., S. 255.

<sup>784</sup> Ebd., S. 256.

<sup>785</sup> Ebd., S. 258 und S. 283.

<sup>786</sup> Ebd., S. 280.

<sup>787</sup> Ebd., S. 280.

<sup>788</sup> Vgl. GOLLWITZER, Heinz: Die Standesherren, S. 78.

<sup>789</sup> Ebd., S. 78.

gien und Ansprüchen auf die glänzende und unabhängige Vergangenheit der Mediatisierten. Hingegen war Interaktion mit den Bewohnern der Herrschaften und der Beamtenschaft der Standesherren keine Illusion, sondern hatte Auswirkungen und großen Einfluss auf das Leben der dort lebenden Menschen. Erst nach 1848 nahm die Beamtenschaft der Mediatisierten mehr den Charakter eines Privatbeamtentums an, zwar mit gewissen symbolischen Zügen der vergangenen Landesherrschaft und Unterlandesherrschaft, jedoch ohne standesherrliche Herrschaftsrechte mehr.<sup>790</sup> Mit der Bauernbefreiung begann der Übergang von einer Grundherrschaft zu einem liberal-kapitalistischen Wirtschaftssystem, das das feudale System in eine Guts- und Waldwirtschaft wandelte, aus den Standesherren wurden nun Grundbesitzer.<sup>791</sup> Viele standesherrliche Adelshäuser investierten das Geld aus den abgelösten Bodenzinsen im Verlauf der Bauernbefreiung in Grund und Boden und vermehrten somit ihren Besitz, so dass die „Entfeudalisierung“ diejenigen Standesherren, die das Geld investiert hatten, wirtschaftlich kaum benachteiligt hatte.<sup>792</sup> Vielmehr stand den Standesherren nach der Mediatisierung die Möglichkeit offen, sich ökonomisch dank der Grundablösungsgelder zu sanieren.<sup>793</sup> Dies stellte die Landesherren aufgrund der agrar- und forstwirtschaftlichen Konjunktur, der Abtretung der herrschaftlichen Rechte gegen jährlichen Rentenzahlungen und wegen fehlender Pflicht zur Erfüllung der früheren Aufgaben als Landesherr in eine günstigere finanzielle Situation, was beispielsweise die Lage der Mediatisierten im Großherzogtum Hessen bestätigt.<sup>794</sup>

Mit der Entstehung der sog. Gutsbezirke (poln. obszar dworski) wurden aus den Standesherren in Preußen rechtlich offiziell Gutsbesitzer. Die Gutsbezirke wurden in Preußen in den Jahren 1871–1891 eingeführt und existierten in der Zweite Republik Polen nach dem Ersten Weltkrieg bis zur Reform in Polen von 1934 in der Form noch weiter.<sup>795</sup> Im Jahre 1930 gab es in dem ehemaligen preußischen Teilungsgebiet immer noch 2.339 Gutsbezirke.<sup>796</sup> Die Gutsbezirke besaßen den gleichen rechtlichen Status wie ländliche Gemeinden, allerdings wurde die Herrschaft in den Gemeinden durch Repräsentanten, die von den Bewohner gewählt worden waren, ausgeübt und in den Gutsbezirken durch den Gutsbesitzer bzw. seine Repräsentanten (z.B. fürstliche Beamte).<sup>797</sup> Ein Gutsbezirk konnte je nach Umfang ein oder mehrere Dörfer umfassen, in denen mehrheitlich Tagelöhner

---

<sup>790</sup> Ebd., S. 80.

<sup>791</sup> Ebd., S. 95.

<sup>792</sup> Ebd., S. 96.

<sup>793</sup> Vgl. JUNG, Frank: Landesherren und Standesherren. Adel und Staat im 18. und 19. Jahrhundert, S. 107.

<sup>794</sup> Ebd., S. 107.

<sup>795</sup> Vgl. KOWALSKI, Mariusz: Księstwa Rzeczypospolitej, Warszawa 2013, S. 253.

<sup>796</sup> Ebd., S. 253.

<sup>797</sup> Ebd., S. 270.

und das Gesinde wohnte, die auf den Gütern gegen Bezahlung für den Gutsherrn arbeiteten.<sup>798</sup>

### *Thurn und Taxis und ihre Stellung im Großherzogtum Posen*

Eine Ausnahme im Kreis der Standesherrn stellen die schlesischen Standesherrn dar, die zwar einen besonderen Status erhielten, allerdings war er nicht mit einem so hohem Prestige verbunden wie bei den Standesherrn, die zum Heiligen Römischen Reich gehörten hatten und dort mediatisiert wurden.<sup>799</sup> Schlesien war nie ein Teil des HRR, deshalb wurde dieser Fall sowohl in Österreich als auch in Preußen gesondert behandelt.<sup>800</sup> Außerdem wurde in einem gesonderten Artikel der Bundesakte, nämlich im Artikel XVII, dem mediatisierten Adelshaus Thurn und Taxis eine Sonderstellung zugebilligt. Der Besitz der Post durch das Haus Thurn und Taxis wurde im Reichsdeputationshauptschluss vom 25. Februar 1803 und in späteren Verträgen in verschiedenen Bundesstaaten bestätigt.<sup>801</sup> Die Bundesstaaten durften die Thurn-und-Taxis-Post in ihrem Gebiet ablösen, wenn sie dafür eine Entschädigung an das Haus Thurn und Taxis zahlten und entsprechende Vereinbarungen schlossen.<sup>802</sup> In der Praxis war es nur eine Frage der Zeit bis die regierenden Häuser die Verstaatlichung der Post vornahmen. Bis zum Jahre 1866 konnte das Haus Thurn und Taxis in verschiedenen Teilen Deutschlands seine Post betreiben, was auch vom Sonderstatus des Hauses zeugt.<sup>803</sup> Diese Postbesitzungen erstreckten sich auf 670 Quadratmeilen mit 3,5 Millionen Einwohner und 3.000 Postbeamten.<sup>804</sup>

Die deutsche Bundesversammlung tagte im Thurn und Taxis'schen Frankfurter Palais. Gollwitzer schreibt über die „bundesunmittelbare Stellung“ des Hauses und betont gleichzeitig, dass Thurn und Taxis proösterreichisch eingestellt war, da ihr Status und die ertragreiche Post vom österreichisch bestimmten Charakter der Bundesordnung abhing.<sup>805</sup> Deshalb war Otto von Bismarck als Preuße und bereits als Frankfurter Bundestagsgesandter gegen die Politik von Thurn und Taxis eingestellt.<sup>806</sup> Er warf dem Haus eine preußenfeindliche Gesinnung vor, die sich beispielweise in der Tätigkeit der von Thurn und Taxis beeinflussten Freiherrn von Vrints-Berberich oder durch die Thurn und Taxis'schen

---

<sup>798</sup> Ebd., S. 253.

<sup>799</sup> Vgl. KOWALSKI, Mariusz: *Księstwa Rzeczypospolitej*, Warszawa 2013, S. 252.

<sup>800</sup> Ebd., S. 252.

<sup>801</sup> Vgl. GOLLWITZER, Heinz: *Die Standesherrn*, S. 31.

<sup>802</sup> Ebd., S. 31.

<sup>803</sup> Ebd., S. 139.

<sup>804</sup> Ebd., S. 140.

<sup>805</sup> Ebd., S. 140.

<sup>806</sup> Ebd., S. 141.

Agenten und Beamten veröffentlichten Artikel in der „Oberpostamtszeitung“ manifestierte.<sup>807</sup> Nach 1866 folgte eine Ära der Loyalität der Fürsten von Thurn und Taxis gegenüber Preußen.<sup>808</sup>

Zur Zeit des Königreichs Preußen gab es im Großherzogtum Posen, das für uns in dieser Studie von Interesse ist, insgesamt vier Adelshäuser, die den Status eines preußischen Standesherrn besaßen.<sup>809</sup> Den höchsten Status besaß das hochadelige Haus der Fürsten von Thurn und Taxis, das seit 1819 mit den Besitzungen im südlichen Teil Großpolens belehnt wurden.<sup>810</sup> Diese Besitzungen wurden dann im gleichen Jahr zum Fürstentum Krotoszyn erhoben.<sup>811</sup> Diese hohe Stellung resultierte auch aus familiären Verbindungen zum Herrscherhaus Hohenzollern und einem enormen Reichtum des Hauses Thurn und Taxis. Die Fürsten Sułkowski waren Inhaber des Familienfideikommiss in Rydzyna (dt. Reisen) und benachbarter Gütern und wurden ebenfalls als Standesherrn im Großherzogtum Posen anerkannt.<sup>812</sup> Die Fürsten Sułkowski erhielten im Jahre 1819 das Recht zum Gebrauch der Anrede „Durchlaucht“.<sup>813</sup> Zu den Standesherrn im Großherzogtum Posen gehörte auch das Haus der Fürsten Radziwiłł, deren Güter sich um die Ortschaft Przygodzice, die 1839 in den Rang einer Grafschaft Przygodzice erhoben wurde, konzentrierten; ab dem Zeitpunkt wurden sie auch offiziell als Standesherrn betrachtet.<sup>814</sup> Ab 1859 durften die Fürsten Radziwiłł den Titel „Durchlaucht“ nutzen und wurden auf dem preußischen Hof den mediatisierten Adelshäusern gleichgestellt; demnach waren sie also denjenigen höher gestellt, die nur als schlesische oder preußische Standesherrn galten.<sup>815</sup> Das vierte Adelshaus im Großherzogtum Posen, das ab dem Jahr 1839 als preußisches Standesherrnhaus galt, waren die Raczyński, die adeligen Besitzer vom Fideikommiss Obrycko (dt. Obersitzko), denen 1824 der Grafentitel verliehen wurde.<sup>816</sup> Alle genannten vier Adelshäuser hatten auch das erbliche Recht auf einen Platz im preußischen Herrenhaus.<sup>817</sup> Die preußischen Standesherrn im Großherzogtum Posen besaßen in gewisser Hinsicht einen politisch-staatlichen Charakter, der dem Status der regierenden Häuser ähnelte.<sup>818</sup>

---

<sup>807</sup> Ebd., S. 141.

<sup>808</sup> Ebd., S. 147.

<sup>809</sup> Vgl. KOWALSKI, Mariusz: *Księstwa Rzeczypospolitej*, Warszawa 2013, S. 266 und S. 270.

<sup>810</sup> Ebd., S. 266.

<sup>811</sup> Ebd., S. 266.

<sup>812</sup> Ebd., S. 266.

<sup>813</sup> Ebd., S. 266.

<sup>814</sup> Ebd., S. 266.

<sup>815</sup> Ebd., S. 267.

<sup>816</sup> Ebd., S. 267–268.

<sup>817</sup> Ebd., S. 270.

<sup>818</sup> Ebd., S. 270.

*Fallbeispiel: Die Einschränkung der Rechte des Fürstentums Oels*

Die Einschränkung der Rechte der Mediatisierten fand nicht nur im 19. Jahrhundert statt. Es war vielmehr ein langsam fortschreitender Prozess, der beispielweise in Schlesien bereits im 17. Jahrhundert begann und im 18. Jahrhundert mit der Übernahme Schlesiens durch Preußen fortgeführt wurde. Als Beispiel für die allmähliche Einschränkung der Rechte und Privilegien der Standesherrn kann das Fürstentum Oels (poln. Księstwo Oleśnickie), im Nordosten Niederschlesiens gelegen, dienen. Das Fürstentum Oels ist insofern für uns interessant, da die Güter an das Fürstentum Krotoszyn grenzten. Deshalb ist die Darstellung der Geschichte und des Mediatisierungsprozesses bei den zukünftigen Nachbarn der Fürsten von Thurn und Taxis für uns aufschlussreich.

Das Herzogtum Oels entstand im Jahre 1313 durch die Aufteilung des Besitzes von Herzog Heinrich III. von Glogau unter seinen Söhnen.<sup>819</sup> Nach dem Tod Konrads X. im Jahre 1492 kam das Herzogtum Oels als Lehen an die Böhmisches Krone und wurde seitdem durch die Münsterberger Linie der Podiebrads beherrscht.<sup>820</sup> Ab 1649 gelangte Oels in die Hände der Herzöge von Württemberg-Weiltingen, allerdings nur als Mediätfürstentum.<sup>821</sup> De facto verloren schon damals auch andere Lehnsfürstentümer und freie Standesherrschaften in Schlesien größtenteils ihre Macht und wurden in der Praxis zu den größten Grundbesitzern in ihren Herzogtümern bzw. Fürstentümern degradiert.<sup>822</sup> Im Verlauf des ersten schlesischen Krieges, kam Oels (poln. Oleśnica) bereits im Jahre 1742 an die Preussische Krone.<sup>823</sup> Der preussische König Friedrich II. behielt das relativ archaische Tribunal für die Streitigkeiten zwischen den Herzögen (sog. Ober- und Fürstenrecht), gerichtliche Befugnisse der schlesischen Herzöge, existierende Statute und rechtliche Bräuche im annektierten Schlesien bei, da das schlesische Recht noch galt und respektiert werden musste.<sup>824</sup> Sogar mit der Einführung des Allgemeinen Landrechts für die Preussischen Staaten im Jahre 1794 wurden die spezifischen rechtlichen Besonderheiten Schlesiens berücksichtigt.<sup>825</sup> Die Mediathoheit der württembergischen Oelser Herzöge wurde durch die preussischen Behörden nicht beachtet und sie fiel im Jahre 1744 de facto an Preußen.<sup>826</sup>

---

<sup>819</sup> Vgl. LEJMAN, Beata, TORBUS, Tomasz: Oels/Oleśnica, in: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2015, im WWW unter URL: [ome-lexikon.uni-oldenburg.de/p32275](http://ome-lexikon.uni-oldenburg.de/p32275) (Stand 15.10.2015).

<sup>820</sup> Vgl. LEJMAN, Beata, TORBUS, Tomasz: Oels/Oleśnica.

<sup>821</sup> Ebd.

<sup>822</sup> Vgl. ORZECZOWSKI, Kazimierz: Historia ustroju Śląska 1202–1740 (= Acta Universitatis Wratislaviensis, No. 2806), Wrocław 2005, S. 224.

<sup>823</sup> Vgl. SCHULENBURG, Gebhard Werner von der: Die staatsrechtliche Stellung des Fürstentums Oels in seiner rechtsgeschichtlichen Entwicklung. Inaugural-Dissertation der Friedrich-Alexanders-Universität zu Erlangen, Oels 1908, S. 63.

<sup>824</sup> Vgl. ORZECZOWSKI, Kazimierz: Historia ustroju Śląska, S. 234–235.

<sup>825</sup> Ebd., S. 235.

<sup>826</sup> Vgl. SCHULENBURG, Gebhard Werner von der: Die staatsrechtliche Stellung des Fürstentums Oels in seiner rechtsgeschichtlichen Entwicklung, S. 67–68.

Die einzigen Hoheitsrechte im Fürstentum Oels, die bei dem königlichen Regulativ aus dem Jahre 1744 dem Herzog zuerkannt wurden, waren das Recht Münzen zu prägen und die Absendung eines Deputierten zur Wahl der Äbtissin in Trebnitz.<sup>827</sup> Aus dem Recht Münzen als Fürst von Oels zu prägen machte der württembergische Herzog Karl Christian Erdmann (1716–1792) im Jahre 1785 Gebrauch als er 2.000 Münzen in Breslau prägen ließ, obwohl die preußische Seite durch gutes Zureden versuchte, den Fürsten von solchen Ideen abzubringen.<sup>828</sup> Mit dem Tod des letzten württembergischen Herzogs Karl Christian Erdmann im Jahre 1792 ging Oels an die Herzöge von Braunschweig-Wolfenbüttel über, da Herzog Friedrich August von Braunschweig-Wolfenbüttel (1740–1805) die einzige Erbtöchter von Karl Christian im Jahre 1789 heiratete.<sup>829</sup> Außerdem versprach ihm der preußische König bereits im Jahre 1764 das Fürstentum Oels als Thronlehen, wenn die männliche Linie der oels'schen-württembergischen Herzöge aussterben sollte.<sup>830</sup> Friedrich August von Braunschweig-Wolfenbüttel versuchte die Rechte der ehemaligen piastischen Fürsten zu beanspruchen, was allerdings durch den preußischen König im Jahre 1797 abgewiesen wurde, da schon unter Böhmen die Herzöge von Oels nur subordinierte Mediätfürsten waren, die somit höchstens niedere Landeshoheit ausüben konnten.<sup>831</sup> In einem anderen Antwortschreiben an Friedrich August von Braunschweig vom gleichen Jahr wurde betont, dass der preußische König der einzige Gesetzgeber ist.<sup>832</sup> Weitere Forderungen des Herzogs von Braunschweig nach einer Landeshoheit im Fürstentum Oels wurden im Jahre 1801 abgewiesen mit der Anmerkung, dass der preußische König Friedrich II. den Herzog von Braunschweig aus königlicher Gnade beliehen hatte und seine Rechte sich somit nur vom königlichen Regulativ von 1744 ableiten lassen können.<sup>833</sup> Zwischen 1805–1815 wurde das Fürstentum Oels durch den Neffen von Friedrich August, Herzog Friedrich Wilhelm von Braunschweig (1771–1815), regiert.<sup>834</sup> Das Fürstentum Oels und das Herzogtum Braunschweig wurden ab 1815 offiziell durch den Onkel des minderjährigen Nachfolgers König Georg IV. (1762–1830) von England bis 1824 regiert.<sup>835</sup> Mit dem Vertrag vom 29. Juni 1824 wurde das Fürstentum Oels durch den jüngeren Bruder, Herzog Wilhelm August Ludwig Maximilian Friedrich (1806–1884), übernommen und im Jahre 1825 wurde er nach dem Erlangen der Volljäh-

---

<sup>827</sup> Ebd., S. 68.

<sup>828</sup> Ebd., S. 68.

<sup>829</sup> Vgl. **MROZEWICZ**, Wojciech, **WISZEWSKI**, Przemysław: Oleśnica od czasów najdawniejszych po współczesność, Wrocław 2006, S. 119, vgl. **LEJMAN**, Beata, **TORBUS**, Tomasz: Oels/Oleśnica, in: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2015, im WWW unter URL: [onlinelexikon.uni-oldenburg.de/p32275](http://onlinelexikon.uni-oldenburg.de/p32275) (Stand 15.10.2015).

<sup>830</sup> Vgl. **MROZEWICZ**, Wojciech, **WISZEWSKI**, Przemysław: Oleśnica, S. 119.

<sup>831</sup> Vgl. **SCHULENBURG**, Gebhard Werner von der: Die staatsrechtliche Stellung, S. 70–71.

<sup>832</sup> Ebd., S. 72.

<sup>833</sup> Ebd., S. 74.

<sup>834</sup> Vgl. **MROZEWICZ**, Wojciech, **WISZEWSKI**, Przemysław: Oleśnica, S. 119.

<sup>835</sup> Ebd., S. 119–120.

rigkeit durch den preußischen König anerkannt.<sup>836</sup> Nach den Unruhen im Herzogtum Braunschweig im Jahre 1830 übernahm er auch dort am 20. April 1831 die Macht.<sup>837</sup> Im Jahre 1824 wurde das Fürstentum Oels zu einem Familienfideikommiss und 1834 wurde dies durch den preußischen König bestätigt.<sup>838</sup> Der Herzog von Braunschweig-Oels beanspruchte das Homagiumsrecht (Lehnseid); die Abnahme desselben wurde durch das preußische Ministerium im Jahre 1828 als irrig bezeichnet, da die schlesischen Standesherren nicht mit den ehemaligen Reichsfürsten verglichen werden konnten.<sup>839</sup> Deshalb wurde bereits 1829 der Besitzergreifungspatent für das Fürstentum Oels durch die preußische Regierung als unzulässig abgewiesen.<sup>840</sup> Mit dem preußischen Ablösungsgesetz aus dem Jahre 1850 wurden alle Lehen außer dem Thronlehen aufgehoben.<sup>841</sup> Das Fürstentum Oels konnte seinen Fortbestand als Thronlehen behaupten, allerdings wurden zahlreiche noch vorhandene Hoheitsrechte aufgehoben.<sup>842</sup> Das Fürstentumsgericht und die Patrimonialgerichte wurden beseitigt, darunter das Fürstentumsgericht in Oels; insgesamt wurden zu der Zeit ca. 2.000 Gerichte in Schlesien aufgehoben bzw. durch die königlichen Kreisgerichte ersetzt.<sup>843</sup> Das früher den Herzögen von Braunschweig-Oels verliehene Münzregal wurde formell spätestens mit der Einführung der preußischen Verfassung aufgehoben; dies betraf auch andere Herzöge, die ein solches Recht besaßen.<sup>844</sup> Außerdem wurden die noch vorhandenen Abgaben (sog. Wächtergeld und Geschoss) dem Fürst von Oels entzogen.<sup>845</sup> Fürst Wilhelm August Ludwig Maximilian Friedrich starb am 1. Oktober 1884,<sup>846</sup> in seinem Schloss Sibyllenort (poln. Szczodre) nordöstlich von Breslau. Da der Fürst von Oels keine Nachkommen hatte und gar nicht erst versuchte das Fürstentum an die weitere Familie zu vererben, ging das Fürstentum Oels dann als Thronlehen in Besitz des preußischen Kronprinzen über.<sup>847</sup> Dies geschah am 11. Januar 1885. Das Fürstentum Oels wurde zum preußischen Thronlehen und die Güter wurden im Anschluss vor allem für Empfänge und andere Repräsentationsaufgaben des Kronprinzen genutzt.<sup>848</sup> Es handelte sich im Endeffekt um Pfründe, mit denen das Amt des Kronprinzen im Kaiserreich ausgestattet werden konnte.<sup>849</sup> Ab 1918 wohnten im Schloss Oels die Kinder und die Ehefrau des Kronprinzen Friedrich Wilhelm von Preußen (1882–1851); Prinz Friedrich Wilhelm kam

---

<sup>836</sup> Ebd., S. 120.

<sup>837</sup> Ebd., S. 120.

<sup>838</sup> Vgl. SCHULENBURG, Gebhard Werner von der: Die staatsrechtliche Stellung, S. 78.

<sup>839</sup> Ebd., S. 84.

<sup>840</sup> Ebd., S. 84.

<sup>841</sup> Ebd., S. 79.

<sup>842</sup> Ebd., S. 83.

<sup>843</sup> Ebd., S. 83–84.

<sup>844</sup> Ebd., S. 85.

<sup>845</sup> Ebd., S. 85–86.

<sup>846</sup> Ebd., S. 87.

<sup>847</sup> Vgl. MROZEWICZ, Wojciech, WISZEWSKI, Przemysław: Oleśnica, S. 120.

<sup>848</sup> Vgl. SCHULENBURG, Gebhard Werner von der: Die staatsrechtliche Stellung, S. 87–88.

<sup>849</sup> Ebd., S. 88.



allerdings erst im November 1923 nach Oels.<sup>850</sup> Im Jahre 1925 wurde ihm das Thronlehen Oels endgültig als Privatbesitz zuerkannt.<sup>851</sup>

### *Die Beseitigung der letzten Privilegien der Standesherren*

Die Verhältnisse in der ersten Hälfte des 19. und am Anfang des 20. Jahrhunderts verbesserten die Position der adeligen Grundbesitzer nicht, da ihnen die letzten Privilegien genommen wurden. Wie ich bereits betont habe, wurde der Artikel XIV der Deutschen Bundesakte vom 6. Juni 1815 und die damit verbundene Anerkennung der Rechte der Standesherren vorübergehend umgesetzt. Dies geschah auch im Königreich Preußen. Die Rechte der Standesherren sahen auf dem Papier vielversprechend aus. In der Wirklichkeit boten sie den Standesherren aber mehr Scheinprestige als tatsächliche Macht. Nach 1848 hatten die Mediatisierten de facto ihre Unterlandesherrschaft verloren und wurden als Stand, mit Ausnahme der sozialen und wirtschaftlichen Position, ihrer politische Stellung beraubt.<sup>852</sup> Die Standesherren wurden systematisch einer Degradierung und Entprivilegierung ausgesetzt. Bereits die Bundes- und Preußische Gesetzgebung aus den Jahren 1848–1850 hatte die wichtigsten Privilegien der Standesherren aufgehoben.<sup>853</sup> Dies betraf auch das Königreich Preußen. Am 31. Oktober 1848 wurde jedes Jagdrecht auf fremdem Besitz ohne Anspruch auf eine Entschädigung aufgehoben.<sup>854</sup> Die Verordnung vom 2. Januar 1849 liquidierte entschädigungslos die noch vorhandene standesherrliche, städtische und patrimoniale Gerichtsbarkeit und den privilegierte Gerichtsstand.<sup>855</sup> Die Gesetze vom 7. Dezember 1849, 24. Februar 1850 und 1. Mai 1850 beseitigten dann schließlich auch die Steuerprivilegien der Standesherren in Preußen.<sup>856</sup> Mit dem Gesetz vom 11. März 1850 wurde die gutsherrliche Polizeiverwaltung abgeschafft.<sup>857</sup> Die Versuche des preußischen Königs seit 1850 die Privilegien der Standesherren zu restaurieren scheiterten am Widerstand der jeweiligen Ministerien.<sup>858</sup> Die Privilegien der Standesherren wurden dann nur teilweise 1854 neu festgesetzt, von einer völligen Wiederherstellung der standesherrlichen Rechte konnte jedoch nicht die Rede sein.<sup>859</sup> Insgesamt ist nach 1850 in den

---

<sup>850</sup> Vgl. **MROZEWICZ**, Wojciech, **WISZEWSKI**, Przemysław: Oleśnica, S. 169.

<sup>851</sup> Ebd., S. 169.

<sup>852</sup> Vgl. **GOTTWALD**, Dorothee: Fürstenrecht und Staatsrecht im 19. Jahrhundert, S. 96.

<sup>853</sup> Vgl. **GOLLWITZER**, Heinz: Die Standesherren, S. 48.

<sup>854</sup> Vgl. **SCHIER**, Rolf: Standesherren. Zur Auflösung der Adelsvorherrschaft in Deutschland (1815–1918), in: **CONRAD**, Hermann, **KLEINHEYER**, Gerd, **SCHEUNER**, Ulrich (Hg.), Studien und Quellen zur Geschichte des deutschen Verfassungsrechts, Reihe A: Studien, Bd. 11, Heidelberg/Karlsruhe 1978, S. 80.

<sup>855</sup> Vgl. **SCHIER**, Rolf: Standesherren, S. 80.

<sup>856</sup> Ebd., S. 81.

<sup>857</sup> Ebd., S. 81.

<sup>858</sup> Ebd., S. 83ff.

<sup>859</sup> Vgl. **GOLLWITZER**, Heinz: Die Standesherren, S. 49.

deutschen Staaten eine Tendenz zu beobachten, die auf eine völlige Verdrängung der öffentlich-rechtlichen Privilegien der Standesherren abzielte.<sup>860</sup> Gleichzeitig wurde aber versucht, den Mediatisierten die persönlichen Ehrenrechte zu belassen.<sup>861</sup> Der preußisch-österreichische Krieg 1866 und das Ende des Deutschen Bundes machten die Rechtsgrundlage der Bundesakte zu Nichte, was viele deutsche Staaten im Verlauf der letzten Jahrzehnte des 19. Jahrhundert für sich nutzten, um die Rechte der Standesherren weiter einzuschränken.<sup>862</sup> Am Ende des Jahrhunderts blieben nicht selten nur die Ehrenrechte der Standesherren erhalten.<sup>863</sup> Am 15. März 1869 wurde ein Gesetz verabschiedet, das die Regelung der standesherrlichen Verhältnisse in Zukunft nur per Gesetz ermöglichte.<sup>864</sup> Die übrigen Privilegien der Standesherren und die Rechtsgleichheit mit den Landesherren und ihren Familien wurden bis 1872 in gewisser Hinsicht gewahrt.<sup>865</sup> Zwischen 1875–1877 wurden nur noch die Privilegien der Landesherren in der Reichsgesetzgebung respektiert und anerkannt.<sup>866</sup> Im Jahre 1875 wurde das Recht der Standesherren auf die Teilnahme bei den Provinziallandtagen mit der neuen Provinzialverordnung und im Jahre 1893 die Einkommensteuerbefreiung der Standesherren beseitigt.<sup>867</sup> Nach 1890 konkurrierten immer noch verschiedene Vorstellungen über den Hochadel und den Staat, wenngleich das Recht der Regierenden als ein getrenntes Rechtsgebiet betrachtet wurde, das sich wesentlich vom Recht der Mediatisierten unterschied.<sup>868</sup> Trotzdem wurden die Mediatisierten bis zum Ende in der preußischen Monarchie milder behandelt als in den übrigen deutschen Staaten.<sup>869</sup> Auch zu Anfang des 20. Jahrhunderts verbesserte sich die Lage der Standesherren nicht. Inzwischen unterlag auch die Position des Adels einem Wandel.<sup>870</sup> Der Staat hat die Rechtsprechung übernommen, die Patrimonialgerichte wurden aufgelöst.<sup>871</sup> Die standestypischen Interessen konnten nicht mehr durchgesetzt werden, da in der Kammer der konstitutionellen Parlamente die Vertreter aller Gruppierungen vertreten waren und die Debatte hauptsächlich auf das Gesamtwohl des Landes abzielten.<sup>872</sup> Die adeligen Mandatsträger traten wie die übrigen Parlamentarier ab der Mitte des 19. Jahrhunderts in erster Linie als Repräsentanten einer weltanschaulichen Ausrichtung der je-

---

<sup>860</sup> Ebd., S. 35.

<sup>861</sup> Ebd., S. 35.

<sup>862</sup> Vgl. WEIDNER, Marcus: Adel in Übergängen, Münster 2015, S. 86.

<sup>863</sup> Ebd., S. 86.

<sup>864</sup> Vgl. GOLLWITZER, Heinz: Die Standesherren, S. 49.

<sup>865</sup> Vgl. SCHIER, Rolf: Standesherren, S. 124ff.

<sup>866</sup> Ebd., S. 126ff.

<sup>867</sup> Vgl. GOLLWITZER, Heinz: Die Standesherren, S. 49.

<sup>868</sup> Vgl. GOTTWALD, Dorothee: Fürstenrecht und Staatsrecht im 19. Jahrhundert, S. 252.

<sup>869</sup> Vgl. GOLLWITZER, Heinz: Die Standesherren, S. 49.

<sup>870</sup> Vgl. MATZERATH, Josef: Der Adel und sein Funktionswandel in der Öffentlichkeit, in: CONZE, Eckart, METELING, Wencke, SCHUSTER, Jörg und STROBEL, Jochen (Hg.), Aristokratismus und Moderne. Adel als politisches und kulturelles Konzept (= Adelswelten Bd. 1), 1890–1945, Köln/Weimar/Wien 2013, S. 77–91; S. 79ff.

<sup>871</sup> Vgl. MATZERATH, Josef: Der Adel und sein Funktionswandel in der Öffentlichkeit, S. 79.

<sup>872</sup> Ebd., S. 81.

weiligen Partei und bestimmter Interessengruppen auf und erst in zweiter Linie verstanden sie sich als Vertreter des Adels.<sup>873</sup> Die immer komplexer werdende Gesellschaft verlangte von den leitenden Staatsbeamten höhere Sachkompetenz, wobei ihre Herkunft zweitrangig wurde.<sup>874</sup> Die Autorität lag nicht mehr beim Adel, sondern bei der staatlichen Behörde.<sup>875</sup> Auch die Kunst, die Musik, die Tafelkultur, das Theater usw. konzentrierten sich nicht mehr nur am Hof,<sup>876</sup> der Adel hatte sein Monopol als Kulturträger und Kulturstifter eingebüßt. Die Kunstdrucke, Postkarten oder das Grammophon schickten die Musik und Kunst in die Ära der Reproduzierbarkeit, die Kunst fand in den Galerien und Ausstellungen ein breites räumliches Spektrum für die Öffentlichkeit.<sup>877</sup> Durch den Bau von Opernhäusern und Konzertsälen in den Großstädten fand auch die Musik einen festen Platz in der Gesellschaft außerhalb der adeligen Residenzen, die exklusive Kochkunst gelangte in die luxuriösen Hotels der Zeit und die Industrialisierung vergrößerte die Spannweite der Speisepläne vieler Menschen.<sup>878</sup> Die seit den 1880/1890er Jahren nachweisbaren Mechanismen der Konsumgesellschaft im Deutschen Kaiserreich und die sich schnell vergrößernde Warenwelt ermöglichten auf der anderen Seite dem Adel, diese Phänomene als neue Projektionsflächen der Adeligkeit zu gebrauchen.<sup>879</sup> Eine solche Wirkung wurde beispielsweise mit der Hilfe der situativen Verwendung von Waren und Gegenständen erreicht, die nach gruppeninternen Moden im gewissen Maße sogar identitätsbildend für den Adel waren, egal ob es sich hierbei um Seidenstrümpfe oder Barbourjacken (eine Art Wachsjacken der im Jahre 1894 gegründeten schottischen Firma Barbour) handelte.<sup>880</sup> Im Vergleich zu 1800 lässt sich um 1900 also ein tiefer Wandel und Umbruch in der Rolle des Adels in der Öffentlichkeit feststellen.<sup>881</sup>

Die Zeit zwischen 1900–1918 kann man gemäß des Rechtsstatus der Standesherren als die letzte Rückzugsstellung kurz vor dem Ende der fürstlichen Welt und des Deutschen Kaiserreichs bezeichnen.<sup>882</sup> Immerhin sind den Mediatisierten bis 1918 solche Privilegien übrig geblieben wie das Recht ihren Beamten Titel und Uniformen zu verleihen, Sonderrechte innerhalb der Stiftungen sowie Schul- und Kirchenpatronate.<sup>883</sup> Erst der Untergang der deutschen Monarchien nach dem Ersten Weltkrieg führte zur völligen Abschaffung

---

<sup>873</sup> Ebd., S. 81–82.

<sup>874</sup> Ebd., S. 82.

<sup>875</sup> Ebd., S. 82.

<sup>876</sup> Ebd., S. 86.

<sup>877</sup> Ebd., S. 86.

<sup>878</sup> Ebd., S. 86–87.

<sup>879</sup> Ebd., S. 88 und S. 90.

<sup>880</sup> Ebd., S. 89–91.

<sup>881</sup> Ebd., S. 90.

<sup>882</sup> Vgl. GOLLWITZER, Heinz: Die Standesherren, S. 158.

<sup>883</sup> Ebd., S. 35.

## 2. Die Herrschaft von Thurn und Taxis im Fürstentum Krotoszyn

des Sonderstatus‘ der deutschen mediatisierten und regierenden Adelshäuser.<sup>884</sup> Im Grunde war die Sonderstellung der Mediatisierten in der Gestalt des Fürstenrechts das Recht einer bedrängten Elite im 19. Jahrhundert.<sup>885</sup> Teile dieser Elite, die ihre politische, ökonomische und kulturelle Position im 19. Jahrhundert verteidigen konnten, behielten ihre Dominanz innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft bei.<sup>886</sup> Am Ende des 19. Jahrhunderts waren zahlreiche Adelige aufgrund ihres Statuses noch selbstbewusst in Bezug auf ihre Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft.<sup>887</sup> Der politische, ökonomische und soziale Druck (sei es Selbstbehauptungs-, Anpassungs- oder Rechtfertigungsdruck), der auf den Adel im 19. Jahrhundert ausgeübt wurde, erhöhte sich nach 1918 wesentlich, was in Verunsicherung, Orientierungslosigkeit und Zukunftsangst hinsichtlich der untergehenden Adelswelt resultierte.<sup>888</sup> Die Weimarer Verfassung vom 11. August 1919 und das preußische Adelsgesetz<sup>889</sup> vom 23. Juni 1920 beseitigten die öffentlich-rechtlichen Privilegien der Stände und die Adelsbezeichnungen waren fortan nur als ein Teil des Namens erkennbar.<sup>890</sup>

## 2. Die Herrschaft von Thurn und Taxis im Fürstentum Krotoszyn

### 2.1 Das Fürstentum Krotoszyn

#### *Vorgeschichte der künftigen Thurn und Taxis‘schen Besitzungen*

Zum ersten Mal urkundlich erwähnt wurde das Dorf Krotoszyn im Jahre 1405 unter dem Namen „Crotoszino“.<sup>891</sup> Der Name stammt von dem Personennamen „Krotoch“ bzw. „Krotosz“ ab; dieser wird von dem altslawischen Wort „krot“ oder „krotuku“ („nett“ oder

---

<sup>884</sup> Vgl. KOWALSKI, Mariusz: *Księstwa Rzeczypospolitej*, Warszawa 2013, S. 252.

<sup>885</sup> Vgl. GOTTWALD, Dorothee: *Fürstenrecht und Staatsrecht im 19. Jahrhundert*, S. 256.

<sup>886</sup> Vgl. CONZE, Eckart: In den Katarakten der Moderne. Adel in Deutschland im 20. Jahrhundert, in: CONZE, Eckart, LORENZ, Sönke (Hg.), *Die Herausforderung der Moderne. Adel in Südwestdeutschland im 19. und 20. Jahrhundert* (= Schriften zur Südwestdeutschen Landeskunde, Bd. 67), Ostfildern 2010, S. 9–22; S. 9.

<sup>887</sup> Vgl. CONZE, Eckart: In den Katarakten der Moderne. Adel in Deutschland im 20. Jahrhundert, S. 9.

<sup>888</sup> Ebd., S. 9–10.

<sup>889</sup> Vgl. Preußische Gesetzsammlung, Jahrgang 1920, Nr. 32: Gesetz über die Aufhebung der Standesrechte des Adels und die Auflösung der Hausvermögen vom 23. Juni 1920, Berlin 1920, S. 367–381, im WWW unter URL: [https://www.rechtsanwaltmoebius.de/gesetz/preussisches-adelsgesetz\\_23-06-1920.pdf](https://www.rechtsanwaltmoebius.de/gesetz/preussisches-adelsgesetz_23-06-1920.pdf) (Stand: 13.11.2017).

<sup>890</sup> Vgl. WEIDNER, Marcus: *Adel in Übergängen*, S. 91.

<sup>891</sup> Vgl. KĘDZIERSKI, Robert: *Krotoschin/Krotoszyn* (Fürstentum), in: *Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa*, 2016, im WWW unter URL: <http://ome-lexikon.uni-oldenburg.de/p44471> (Stand: 01.03.2016).

„mild“) bzw. dem altpolnischen Wort „krotki“ („mild“, „demütig“) abgeleitet.<sup>892</sup> Noch vor dem Jahr 1415 (wahrscheinlich zwischen 1411 und 1414) gründete Ritter Wierzbęta Krotowski (bzw. Krotoski) aus dem Adelsgeschlecht Łódzia wenige Kilometer südlich von der ursprünglichen Ansiedlung auf Grundlage des Magdeburger Stadtrechts die Stadt Krotoszyn; das Recht dazu erhielt er vom damaligen polnischen König Władysław Jagiełło (1362–1434).<sup>893</sup> Diese Siedlung ging jedoch auch unter und so wurde am 25. Juli 1415 die Stadt Krotoszyn mit Erlaubnis des Königs Jagiełło vom Ritter Wierzbęta<sup>894</sup> etwas weiter nach Süden versetzt erneut gegründet.<sup>895</sup>

Die Stadt Krotoszyn gehörte im Mittelalter und in der Neuzeit zum Königreich Polen bzw. Königreich Polen-Litauen. Im Jahre 1772 kam es zur ersten polnischen Teilung zwischen Preußen, Russland und Österreich. Die Stadt Krotoszyn wurde im November 1771 durch die aus Schlesien kommenden preußischen Truppen besetzt.<sup>896</sup> Laut Krotoski okkupierten die preußischen Soldaten bis zum Jahre 1773 die Stadt.<sup>897</sup> Die neu festgelegten Grenzen im Vertrag zwischen Polen und Preußen vom 22. August 1776 hatten jedoch die Stadt Krotoszyn und die dazu gehörende Domänen der Adligen aus dem Geschlecht Potocki in den Grenzen des Königreich Polen belassen.<sup>898</sup> Der preußische König Friedrich der Große versuchte deshalb nach der ersten polnischen Teilung die Besitzungen in Krotoszyn zu erwerben und laut Krotoski initiierte er auch entsprechende Unternehmungen.<sup>899</sup> Die Pläne wurden im Jahre 1779 verwirklicht, wenngleich die Kauftransaktion relativ kompliziert war. Graf von Potocki war an der Transaktion interessiert, weil seine Hauptbesitzungen zum Einen in Galizien bzw. an der Grenze zu Galizien lagen und die Herrschaft Krotoszyn somit ab vom Schuss war, zum Anderen brauchte er Geld, um seine sechs Geschwister versorgen zu können.<sup>900</sup> Hartman erwähnt auch andere Gründe wie die

---

<sup>892</sup> Vgl. KĘDZIERSKI, Robert: Krotoschin/Krotoszyn (Fürstentum).

<sup>893</sup> Vgl. KROTOSKI, Kazimierz: Dzieje miasta Krotoszyna. Miasto Krotoszyn i jego dziedzice za czasów polskich (od 1415 do 1779), Krotoszyn 1930, S. 24–25 und S. 29, vgl. MARCINIAK, Ryszard: W Rzeczypospolitej szlacheckiej, in: KOSIŃSKI, Dionizy, MARCINIAK, Ryszard, PARYSKA, Jerzy J. (Hg.), Krotoszyn. Historia, Bd. 2, Krotoszyn/Poznań 1996, S. 63–169; S. 76, vgl. MIKOŁAJCZYK, Piotr: Wierzbęta z Krotoszyna h. Łódzia (zmarł ok. 1423) – rycerz, założyciel miasta, dziedzic Krotoszyna, in: ZDUNEK, Józef (Hg.), Krotoszyn i okolice. Opracowania i materiały źródłowe, Bd. XI, Krotoszyn 2015, S. 11–18; S. 11 bzw. vgl. KĘDZIERSKI, Robert: Krotoschin/Krotoszyn (Fürstentum).

<sup>894</sup> Die Historiker meinen, dass Wierzbęta Krotowski (bzw. Krotoski) eigentlich als „Wierzbęta Krotoszyński“ oder „Wierzbęta z Krotoszyna“ bezeichnet werden sollte, da sein Name bzw. Beiname erst Ende des 15. Jahrhundert auftaucht. Der Name Wierzbęta wurde im mittelalterlichen Latein in den Dokumenten unterschiedlich angegeben als „Virzbantha“, „Wiersbietha“ oder „Wyrzbyantha“, da es damals keine einheitlichen Schreibregeln gab. Vgl. MIKOŁAJCZYK, Piotr: Wierzbęta z Krotoszyna h. Łódzia, S. 11 und MARCINIAK, Ryszard: W Rzeczypospolitej szlacheckiej, Krotoszyn/Poznań 1996, S. 76. Außerdem konnten die einzelne Laute des Polnischen nicht wiedergegeben werden, da das Polnische mehr Laute als das Lateinische hat.

<sup>895</sup> Vgl. MIKOŁAJCZYK, Piotr: Wierzbęta z Krotoszyna h. Łódzia, S. 16.

<sup>896</sup> Vgl. MARCINIAK, Ryszard: W Rzeczypospolitej szlacheckiej, Krotoszyn/Poznań 1996, S. 63–169; S. 165.

<sup>897</sup> Vgl. KROTOSKI, Kazimierz: Dzieje miasta Krotoszyna, S. 324.

<sup>898</sup> Ebd., S. 324.

<sup>899</sup> Ebd., S. 332.

<sup>900</sup> Ebd., S. 325.

Finanzierung eines aufwendigen Lebensstils und die Deckung von Schulden bei Gläubigern.<sup>901</sup>



Abbildung 1: Stadt Krotoszyn um 1779<sup>902</sup> (links); Abbildung 2: Herrschaft Krotoszyn um 1779<sup>903</sup> (rechts)

Die Herrschaft Krotoszyn gehörte damals zu den größten Magnaten-Besitzungen in Großpolen, deren Wert damals zwischen 2.016.000 und 2.288.000 polnischer Złoty geschätzt werden kann, wenn man bedenkt, dass zwischen 1766 und 1786 ein Dukat zwischen 16 und 18 Złoty wert war.<sup>904</sup> Der Unterkämmerer Stanisław Gadomski kaufte im Jahre 1779 vom Grafen Józef Potocki für 126.000 ungarische Dukaten die Herrschaft Krotoszyn.<sup>905</sup> Die Besitzungen bestanden damals aus der Stadt Krotoszyn mit einem Vorwerk, Dörfern Osusz, Stary Krotoszyn, Nowy Folwark, Bożacin, Dziełice, Durzyn, Lutogniew, Wróżewy, Bożacin, Benice, Raciborów, Ustków, Rozdrażew, Trzemeszno, Grembowo, Maciejewo, Nową Wieś, Korytnica, Ligota, Orpiszew, Świnków, Janków, Roszki, Kobierno, Tomice, Dąbrowa, Brzoza, Smuszew, Biatki und Gorzupia.<sup>906</sup> Somit gelangte die Herrschaft Krotoszyn bereits zu der Zeit in die preußischen Hände, obwohl sie offiziell immer noch Teil des Königreich Polens war. Am 4. Oktober 1779 wurde der Verkauf der Besitzungen von Potocki durch den letzten polnischen König Stanisław August Poniatowski (1732–1798) bekannt gemacht.<sup>907</sup> Dieser Vertrag wurde am 11. November 1779 durch den polnischen König bestätigt, samt der bisher von Potocki im be-

<sup>901</sup> Vgl. **HARTMAN**, Stefan: Der preußische Geheime Etatsminister Friedrich Christoph von Goerne und die polnische Herrschaft Krotoszyn, in: **BENNINGHOVEN**, Friedrich, **PETRY**, Ludwig et al. (Hg.), Zeitschrift für Ostforschung. Länder und Völker im östlichen Mitteleuropa, 35. Jahrgang (1986), Heft 1/2, Marburg 1986, S. 62–87; S. 63.

<sup>902</sup> Vgl. FTTZA, KS 416: Geometrische Karte vom Herrschaft Krotoszyn, 1779.

<sup>903</sup> Vgl. FTTZA, KS 416: Geometrische Karte vom Herrschaft Krotoszyn, 1779.

<sup>904</sup> Vgl. **KROTOSKI**, Kazimierz: Dzieje miasta Krotoszyna, S. 325.

<sup>905</sup> Ebd., S. 326.

<sup>906</sup> Ebd., S. 325.

<sup>907</sup> Ebd., S. 325.

sonderen Vertragsartikel vorenthaltenen drei Dörfer.<sup>908</sup> Gadomski trat eigentlich als Mittelsmann und Käufer auf, der nur die Transaktion durchgeführt hatte.<sup>909</sup> Er wurde auch als Besitzer offiziell in die Hypothekenbücher eingetragen.<sup>910</sup> Der eigentliche Käufer war jedoch der Geheime Etatsminister Friedrich Christoph von Goerne, der davor als Landesdirektor der Fürstentümer Liegnitz und Brieg gearbeitet hatte.<sup>911</sup> Er wurde Mitte 1774 durch den preußischen König Friedrich den Großen (1712–1783) zum Geheimen Etatsminister und Chef des IV. und V. Departements gewählt.<sup>912</sup> Goerne war unter anderem für Münz- und Manufakturwesen, den Zoll, Fabriken und Kolonistensachen im Königreich Preußen zuständig.<sup>913</sup> Der Geheime Etatsminister von Goerne wurde gleichzeitig mit der Leitung der preußischen „See- und Salzhandlung Sozietät“ betraut, die über ein großes Kapital verfügte und mit dem wertvollen Privileg des Salzmonopols ausgestattet war.<sup>914</sup> Dass Friedrich von Goerne der eigentliche Käufer der Herrschaft Krotoszyn war, bestätigte sogar die preußische Regierung am 3. November 1784 mit der Amtsnote des preußischen Ministerresidenten de Buchholtz.<sup>915</sup> Goerne behauptete im Juli 1779, dass der Ankauf der Herrschaft Krotoszyn unter der Protektion und Befürwortung des preußischen Königs stand.<sup>916</sup> Es ist durchaus möglich, da Goerne als Minister, der unter anderem im Königreich Preußen auch für Kolonistensachen zuständig war, erstens so einen Auftrag vom preußischen König erhalten hatte und zweitens für diese Rolle als Beauftragter, dessen Kompetenzen die Kolonistensachen umfassten, bestens geeignet war, auch weil er drittens über ein großes Kapital verfügte. Endgültig kann man das aber nicht bestätigen. Klar ist nur, dass bereits aus dem Schreiben des preußischen Königs an seinen Großkanzler von Fürst vom 8. Juli 1779 ersichtlich ist, dass Friedrich der Große über die Kauftransaktion der Herrschaft Krotoszyn in Polen zwischen seinem Minister Goerne und Graf Potocki informiert war, jedoch nicht wusste, dass Goerne die öffentlichen Gelder aus der „See- und Salzhandlung Sozietät“ dafür verwendet hatte.<sup>917</sup> Der preußische König hatte im gleichen Dokument den Großkanzler von Fürst mit der Untersuchung des Rechtsstreits wegen der Herrschaft Krotoszyn beauftragt.<sup>918</sup>

---

<sup>908</sup> Vgl. **HARTMAN**, Stefan: Der preußische Geheime Etatsminister Friedrich Christoph von Goerne und die polnische Herrschaft Krotoszyn, S. 67 und S. 74.

<sup>909</sup> Vgl. **MARCINIAK**, Ryszard: W Rzeczypospolitej szlacheckiej, Krotoszyn/Poznań 1996, S. 166.

<sup>910</sup> Vgl. **HARTMAN**, Stefan: Der preußische Geheime Etatsminister Friedrich Christoph von Goerne, S. 74.

<sup>911</sup> Ebd., S. 62 und S. 74.

<sup>912</sup> Ebd., S. 62.

<sup>913</sup> Ebd., S. 62.

<sup>914</sup> Ebd., S. 62.

<sup>915</sup> Vgl. **KROTOSKI**, Kazimierz: Dzieje miasta Krotoszyna, S. 330–331.

<sup>916</sup> Vgl. **HARTMAN**, Stefan: Der preußische Geheime Etatsminister Friedrich Christoph von Goerne, S. 71.

<sup>917</sup> Ebd., S. 67.

<sup>918</sup> Ebd., S. 67.

Die ersten Kontakte zwischen Goerne und Graf Józef Potocki, für die Belege existieren, fanden schon im Herbst 1776 statt.<sup>919</sup> Allerdings wurden sie durch Potocki absichtlich hinauszögert, damit er genug Zeit hat aus der Herrschaft Krotoszyn möglichst viel Geld auszupressen. Dies geschah, indem z.B. Teiche leer gefischt wurden, Untertanen ausgebeutet oder Früchte aus den Gärten gestohlen wurden usw.<sup>920</sup> Bei der Gelegenheit griff Potocki zu solchen Mitteln wie Bestechung von Zeugen, die mit 50–80 Dukaten honoriert wurden, damit sie falsch aussagen.<sup>921</sup> Baltzer, der Bevollmächtigte von Goerne, hatte im Juli 1779 beim Kallischer Grodgericht wegen der Streitigkeiten um die Herrschaft Krotoszyn ein Gerichtsverfahren eingeleitet.<sup>922</sup> Die gerichtliche Vorladung erwirkte nichts, da die Anwesenheit von Potocki vor Gericht vorausgesetzt wurde und er absichtlich nicht erschienen ist.<sup>923</sup> Außerdem waren - wie die Ermittlung von Baltzer ergeben hatte - die Richter des Kalischen Grodgerichts Gefolgsleute von Potocki und verfolgten den Fall ungern.<sup>924</sup> Sie unterrichteten auch Potocki über alle Maßnahmen der Gegenseite. Hier half auch die Bestechung von Kanzlisten und Richter durch Goerne wenig, da die ganze Sache dadurch nicht beschleunigt wurde.<sup>925</sup>

Einer der Hintergründe des Konflikts zwischen Goerne und Potocki waren drei Dörfer, die laut Potocki aus dem Verkaufsvertrag mit einem gesonderten Vertragspunkt ausgeschlossen waren bzw. Goerne musste laut Potocki für die drei Ortschaften zahlen, wollte aber nicht.<sup>926</sup> Goerne behauptete dagegen, dass er schon an Potocki Vorschüsse für die Herrschaft Krotoszyn in Höhe von jeweils 15.000 Dukaten und 45.000 Dukaten gezahlt habe und er den Vertrag einhalte und Potocki aber nicht. Außerdem waren laut Goerne die drei Dörfer nicht aus dem Vertrag ausgeschlossen.<sup>927</sup> Ein viel wichtigerer Grund für die Streitigkeiten war aber die Tatsache, dass Goerne als preußischer Minister nach dem polnischen Recht nicht den „Erbtitel und die Erbherrschaft“ über die Krotoszyner Besitzungen übernehmen konnte.<sup>928</sup> Goerne brauchte deshalb einen titulierten Besitzer, um die Herrschaft Krotoszyn zu kaufen, weil eine Person mit dem polnischen Indigenatsrecht nötig war, um die Streitigkeiten mit dem Verkäufer Potocki zu beenden.<sup>929</sup> Als mögliches Endergebnis für die Streitigkeiten zwischen Goerne und Potocki kann das Urteil des Tribunals in Lublin herangezogen werden, das bestätigte, dass Goerne noch 20.000 Dukaten

---

<sup>919</sup> Ebd., S. 63.

<sup>920</sup> Ebd., S. 73–74.

<sup>921</sup> Ebd., S. 73–74.

<sup>922</sup> Ebd., S. 69.

<sup>923</sup> Ebd., S. 69.

<sup>924</sup> Ebd., S. 69.

<sup>925</sup> Ebd., S. 69.

<sup>926</sup> Ebd., S. 68.

<sup>927</sup> Ebd., S. 68 und S. 74.

<sup>928</sup> Ebd., S. 74.

<sup>929</sup> Ebd., S. 74.



an Potocki für die Herrschaft Krotoszyn zu zahlen hatte.<sup>930</sup> Diese Summe musste laut Krotoski in Anwesenheit von Zeugen mündlich von Goerne versprochen werden.<sup>931</sup> Der preußische Ministerresident am polnischen Hof de Buchholtz drohte im Auftrag des preußischen Hofes in einem Brief vom 3. November 1784, dass der preußische König zum Schutz seines Vasalen intervenieren wird, wenn die Klage gegen die genannte Geldsumme von 20.000 Dukaten abgewiesen wird.<sup>932</sup> Ob letztendlich die preußische Regierung die im Gerichtsurteil gewährte Summe an Potocki ausbezahlt oder nicht ausbezahlt hat oder es zu einem Vergleich zwischen den beiden Seiten gekommen ist, dazu gibt es keine Hinweise.<sup>933</sup> Möglicherweise wurde mit der Annexion Großpolens durch das Königreich Preußen im Jahre 1793 das Urteil für ungültig erklärt.

Die letztendliche Übernahme der Herrschaft Krotoszyn durch Friedrich von Goerne brachte gewisse Erleichterungen insbesondere für Juden und Protestanten mit sich. Beispielweise wurden zusätzliche Abgaben der evangelischen Züchner (Leineweber) in Form von Wachslieferungen und Meßzahlungen an die katholische Kirche in Krotoszyn nach dem Gleichheitsprinzip abgeschafft.<sup>934</sup> Mit der Übernahme durch Preußen sollte die Herrschaft Krotoszyn zu einer Musterbesitzung werden, deren Güter ertragreich und deren Kaufleute und Handwerker sich durch Fleiß auszeichnen.<sup>935</sup> In der Tat lieferte die Herrschaft Krotoszyn schon bald bedeutende Gewinne, wie es sie zu der Zeit der Herrschaft von Graf Potocki nicht gab.<sup>936</sup> Vor allem die fachliche Wirtschaftsführung und die nach dem preußischen Vorbild gut organisierte Verwaltung führten zur wesentlichen Erhöhung der Gewinne aus der Herrschaft Krotoszyn, so dass im Jahre 1782 die Einnahmen 28.378 Taler betrugen und die erwartete Gewinne sogar um 7.000 Taler überstiegen.<sup>937</sup> Die Herrschaft Krotoszyn wechselte allerdings schon zu der Zeit seinen Besitzer. Der Geheime Etatsminister Friedrich Christoph von Goerne nutzte seine Position aus und veruntreute das Geld der preußischen Seehandlung, um die Herrschaft Krotoszyn zu erwerben und um sonstige Transaktionen durchführen zu können.<sup>938</sup> Dies wurde allerdings in Berlin, zumindest offiziell, erst Ende 1781 bemerkt und der preußische König ordnete an Friedrich von Goerne zu verhaften. Er wurde in die Festung Spandau eingewiesen.<sup>939</sup> Die Herrschaft Krotoszyn wurde im Jahre 1782 durch den preußischen König besetzt und der

---

<sup>930</sup> Vgl. **KROTOSKI**, Kazimierz: Dzieje miasta Krotoszyna, S. 330–332.

<sup>931</sup> Ebd., S. 332.

<sup>932</sup> Ebd., S. 330–331.

<sup>933</sup> Ebd., S. 332.

<sup>934</sup> Vgl. **HARTMAN**, Stefan: Der preußische Geheime Etatsminister Friedrich Christoph von Goerne, S. 78.

<sup>935</sup> Ebd., S. 76.

<sup>936</sup> Ebd., S. 77.

<sup>937</sup> Ebd., S. 77.

<sup>938</sup> Ebd., S. 80.

<sup>939</sup> Ebd., S. 80–81.

Seehandlung als Entschädigung für die Schuldendeckung überwiesen.<sup>940</sup> Der faktische Besitzer der Herrschaft Krotoszyn war also bis 1781 Friedrich von Goerne und ab 1782 de facto die preußische Regierung. Die Aufsicht und Verwaltung über die Herrschaft Krotoszyn im Namen der Seehandlung übte die Königlich Preußische Kriegs- und Domänenkammer zu Breslau aus.<sup>941</sup> Ab 1782 wurde im Auftrag der Breslauer Kammer der Förster und spätere Kriegs- und Forstrat Triebenfeld als Hauptadministrator der Herrschaft Krotoszyn eingesetzt.<sup>942</sup> Triebenfeld war der Anführer einer Clique am preußischen Hof, die nahe Kontakte zum mächtigen Minister Grafen Karl Georg von Hoym (1739–1807) gepflegt hatte.<sup>943</sup> Deren Ziel war es die neuerworbenen Gebiete in Großpolen zu billigen Preisen zu erhalten.<sup>944</sup> Die Preußen brauchten jedoch weiterhin Strohmannen als offizielle Besitzer der Herrschaft. Der bisherige Mittelman Stanisław Gadowski übertrug seine Rechte auf die Herrschaft Krotoszyn an Nathanael von Paulitz.<sup>945</sup> Er war seit 1768 im Besitz eines polnischen Adelstitels, somit war er für die Rolle eines Strohmannes bestens geeignet.<sup>946</sup> Nach seinem Tod erwarb mit dem Vertrag vom 26. September 1786 der Hofgerichtsrat Adalbert Ludwig von Husarzewski die Rechte an der Herrschaft Krotoszyn von Ludowica (bzw. Ludwika), der Tochter von Nahtanel von Paulitz.<sup>947</sup> Am 30. Dezember 1786 schenkte Husarzewski die Herrschaft Krotoszyn dem Regierungspräsidenten in Westpreußen, Freiherr Karl Wilhelm von Schroetter, unter dem Vorbehalt eines lebenslangen freien Verfügungsrechts sowie der Bezahlung der Schulden an die Seehandlung und Anerkennung etwaiger Verträge durch Schroetter.<sup>948</sup> Dieser Zustand änderte sich im Jahre 1793 als die preußischen Truppen in den ersten Monaten des Jahres ganz Großpolen besetzten und am 7. April 1793 auch die Stadt Krotoszyn.<sup>949</sup> Mit der Ratifizierung der Zweiten Polnischen Teilung im September 1793 gehörten die Stadt Krotoszyn und die umliegende Besitzungen auch offiziell zum Königreich Preußen. Noch am 10. Dezember 1794 hatten die Schulden von Goerne 977.000 Reichstaler betragen,<sup>950</sup> sie wurden erst im Juli 1801 getilgt.<sup>951</sup> Ab dem Zeitpunkt stellte der preußische Staat auch

---

<sup>940</sup> Vgl. **KROTOSKI**, Kazimierz: Dzieje miasta Krotoszyzna, S. 329.

<sup>941</sup> Vgl. **DRESCHER**, Herbert: Stadt und Herrschaft Krotoschin in der Zeit des Königreichs Polen (1415–1793), Pforzheim 1978, S. 47–48.

<sup>942</sup> Vgl. **DRESCHER**, Herbert: Stadt und Herrschaft Krotoschin, S. 47–49.

<sup>943</sup> Vgl. **HARNIER**, Alexander von: Beitrag zur Geschichte des deutschen Großgrundbesitzes im Lande der Netze und Warthe, Essen 1971, S. 50.

<sup>944</sup> Vgl. **HARNIER**, Alexander von: Beitrag zur Geschichte des deutschen Großgrundbesitzes, S. 50.

<sup>945</sup> Vgl. **HARTMAN**, Stefan: Der preußische Geheime Etatsminister Friedrich Christoph von Goerne, S. 82.

<sup>946</sup> Vgl. **HUBER**, Gotfried: Krotoszyn Fürstlich Thurn und Taxis'sche Regierungsübernahme in der Provinz Posen. Vorgeschichte und Einstieg, in: **KOEPPEL**, Heinz-Friedrich (Hg.), Landwirte im Osten. Unter den Dächern von Thurn und Taxis, Schotten 2011, S. 15–18; S. 17.

<sup>947</sup> Vgl. **HARTMAN**, Stefan: Der preußische Geheime Etatsminister Friedrich Christoph von Goerne, S. 82.

<sup>948</sup> Vgl. **HUBER**, Gotfried: Krotoszyn Fürstlich Thurn und Taxis'sche Regierungsübernahme, S. 17.

<sup>949</sup> Vgl. **MARCINIAK**, Ryszard: W Rzeczypospolitej szlacheckiej, S. 166.

<sup>950</sup> Vgl. **HARTMAN**, Stefan: Der preußische Geheime Etatsminister, S. 85.

<sup>951</sup> Ebd., S. 86.

die Domänenämter in der Herrschaft Krotoszyn direkt unter die eigene Verwaltung.<sup>952</sup> Zwischen 1806–1815 befand sich die Stadt Krotoszyn und die preußischen Domänen, aus denen später das Fürstentum Krotoszyn entstand, im Herzogtum Warschau und dann ab 1815 wieder im Königreich Preußen, zunächst im Großherzogtum Posen und nach dem Völkerfrühling in der Provinz Posen.<sup>953</sup> Das Fürstentum Krotoszyn entstand am 29. Mai 1819 und verblieb im Besitz der Fürsten von Thurn und Taxis 100 Jahre lang.

### *Das Haus Thurn und Taxis*

Das Fürstenhaus Thurn und Taxis hat seine Wurzeln in Norditalien, genauer gesagt in einem Dorf, mit dem Namen Cornello bei Bergamo.<sup>954</sup> Die Mitglieder der Familie nannten sich nach dem dortigen Berg Tasso als „de Tassis“ und fanden bereits im Mittelalter ihre Beschäftigung vor allem im Bankgewerbe und in der Nachrichtenübermittlung.<sup>955</sup> Schon im 15. Jahrhundert wird die Familie Tasso (= Taxis) aus Cornello mehrmals als italienischer Kurier im Dienst des Papstes und auch als venezianische Boten in den Quellen erwähnt.<sup>956</sup> Das Gebiet um Bergamo stand seit 1427 unter der mit dem Botenwesen vertrauten Venezianischen Herrschaft und ebenfalls im 15. Jahrhundert traten die in den Quellen häufig erwähnten Namen Tasso, Tassis und Taxis als die Namen der bergamaskischen Boten auf.<sup>957</sup> Sie verweisen auf die zahlreichen Familienangehörigen und ihre verzweigten Wurzeln. Die Familie Tasso profitierte von dem lebendigen Briefwechsel zwischen dem Kirchenstaat und der Republik Venedig, so dass es sich bereits für das Jahr 1474 nachweisen lässt, dass ein Gabriel de Tassis als päpstlicher Postmeister fungierte.<sup>958</sup> Die in Italien gesammelten Erfahrungen halfen der Familie Taxis bald auch im kaiserlichen Dienste einen unternehmerischen Erfolg im Bereich der Post zu erzielen.<sup>959</sup> Die Familie Taxis, genauer gesagt Franz von Taxis (1459–1517), gilt als Erfinder des Postwesens. Diese Tatsache wurde erstmals im Jahre 1557 durch eine Urkunde König Philipps II. von

---

<sup>952</sup> Ebd., S. 86.

<sup>953</sup> Vgl. KĘDZIERSKI, Robert: Krotoschin/Krotoszyn (Fürstentum), im WWW unter URL: <http://ome-lexikon.uni-oldenburg.de/p44471> (Stand: 01.03.2016).

<sup>954</sup> Vgl. GRILLMEYER, Siegfried: Habsburger Diener in Post und Politik. Das „Haus“ Thurn und Taxis zwischen 1745 und 1867, in: DUCHHARDT, Heinz (Hg.), Veröffentlichungen des Instituts für Europäische Mainz Abteilung für Universalgeschichte, Bd. 194 (= Historische Beiträge zur Elitenforschung Nr. 4), Mainz 2005, S. 28.

<sup>955</sup> Vgl. GRILLMEYER, Siegfried: Habsburger Diener in Post und Politik. Das „Haus“ Thurn und Taxis zwischen 1745 und 1867, S. 27–28.

<sup>956</sup> Vgl. STYRA, Peter: Das Fürstliche Haus Thurn und Taxis. Gesamtgeschichte mit Stammfolge, in: Deutsche Fürstenhäuser, Heft 37, Werl 2012, S. 4.

<sup>957</sup> Vgl. STYRA, Peter: Eine Karriere durch die Post. Die Standeserhebungen des Hauses Thurn und Taxis, in: IMKAMP, Wilhelm, STYRA, Peter (Hg.), Thurn und Taxis Studien – Neue Folge, Bd. 4, Regensburg 2013, S. 19–20.

<sup>958</sup> Vgl. STYRA, Peter: Eine Karriere durch die Post, Regensburg 2013, S. 20.

<sup>959</sup> Ebd. S. 20.

Spanien (1556–1598) für den Generalpostmeister Leonhard von Taxis (1521–1612) bestätigt.<sup>960</sup> Die Ursprünge des Wortes „Post“ gehen auf die Innovation der italienischen Taxis zurück.<sup>961</sup> Im Italienischen bedeutete „posita statio“ damals einen festgesetzten Aufenthaltsort auf der Strecke, an dem sich Reiter und Pferde zum Wechseln befanden. An diesen Stationen wurden jegliche Korrespondenzen an den nächsten Reiter mit frischem Pferd übergeben, was zu Folge hatte, dass die Meldungen, Dokumente, Befehle usw. schneller übermittelt werden konnten.<sup>962</sup> Es waren im Endeffekt mehrere berittene Boten, die von ihren Stationen aus bestimmte Strecken zurücklegten. Solche Stationen wurden im Italienischen auch abgekürzt „posta“ genannt und der Begriff „Post“ wurde erstmals im Jahre 1490 im Zusammenhang mit den Taxis’schen Postreitern in Deutschland erwähnt.<sup>963</sup> Die Stationen lagen beispielsweise im Jahre 1490 in ca. 38 km Entfernung, Ende des 16. Jahrhunderts reduzierte sich diese Distanz auf 22 km, um zu Beginn des 17. Jahrhunderts ein Abstand von 15 km zu erreichen. Die Beförderung der Post nahm somit mit der Zeit auch an Geschwindigkeit zu, da mehrere Stationen mehr frische Pferde bedeuteten, die schneller galoppieren konnten.<sup>964</sup>

Die Mitglieder der norditalienischen Familie Tasso aus Cornello bei Bergamo begannen an der Schwelle vom 15. zum 16. Jahrhundert mit großem Stil ihr Postunternehmen im westlichen Teil Europas aufzubauen.<sup>965</sup> Der erste Hinweis auf einen Taxis, der im Dienste der Habsburger stand, stammt aus dem Jahre 1490, wo ein in der deutschen Sprache genannter Johann Dachs erwähnt wird.<sup>966</sup> Die Quellen belegen, dass ebenfalls im gleichen Jahr ein kaiserlicher Postkurs existiert hatte.<sup>967</sup> Es handelte sich eigentlich um den Italiener Joanetto de Tassis, dessen Name in den oberösterreichischen Kammerraitbüchern verdeutscht wurde.<sup>968</sup> Schon bald darauf wurden im Jahre 1512 unter den Kaisern Maximilian I. (1459–1519) und Karl V. (1500–1558) durch Franz von Taxis (1459–1517) die ersten festen Postkurse innerhalb der Heiligen Römischen Reiches eingerichtet.<sup>969</sup> Als Dank für die Entwicklung der logistisch perfekten Kommunikation der Reichspost in Europa und damit verbundenen Verdienste im Reich wurde Franz von Taxis, seine Brüder sowie Neffen am 31. Mai 1512 durch den Kaiser Maximilian I. zum Reichsadel samt ei-

---

<sup>960</sup> Vgl. BEHRINGER, Wolfgang: Thurn und Taxis. Die Geschichte ihrer Post und ihrer Unternehmer, München/Zürich 1990, S. 13.

<sup>961</sup> Vgl. BEHRINGER, Wolfgang: Thurn und Taxis, S. 14.

<sup>962</sup> Ebd., S. 14.

<sup>963</sup> Ebd., S. 14.

<sup>964</sup> Ebd., S. 18–19.

<sup>965</sup> Vgl. STYRA, Peter: Das Fürstliche Haus Thurn und Taxis, Werl 2012, S. 4.

<sup>966</sup> Vgl. STYRA, Peter: Eine Karriere durch die Post, Regensburg 2013, S. 21.

<sup>967</sup> Ebd., S. 21.

<sup>968</sup> Ebd., S. 21.

<sup>969</sup> Vgl. STYRA, Peter: Das Fürstliche Haus Thurn und Taxis, Werl 2012, S. 4.

genen Wappen erhoben.<sup>970</sup> Das Wappen von Taxis war zu der Zeit in zwei Felder unterteilt; im Oberen befand sich auf goldenem Hintergrund die Darstellung des Reichsadlers und im Unteren auf blauem Hintergrund die Abbildung eines silbernen Daches, darüber wiederum ein goldenes Horn als Helmzier.<sup>971</sup> Außerdem erhielten sie im gleichen Jahr die Adelswürde in den burgundischen und österreichischen Landen und wurden zum Hofpfalzgrafen ernannt.<sup>972</sup> Mit den Privilegien von 1615 und 1620 blieb das Generalpostmeisteramt als Erbmannthronlehen langfristig in den Händen von Thurn und Taxis.<sup>973</sup> Bereits am 8. Juni 1624 wurde der Generalpostmeister Freiherr Lamoral von Taxis (1551–1624) durch Kaiser Ferdinand II. (1578–1637) in den erblichen Grafenstand erhoben und somit auch seine Nachfolger.<sup>974</sup>

Allerdings hießen Thurn und Taxis zu der Zeit noch nicht Thurn und Taxis. Laut einer barocken Legende floh die Patrizierfamilie Torriani aus der Stadt Mailand, als sie den Kampf um die Stadt mit der Patrizierfamilie der Visconti im 14. Jahrhundert verloren hatte.<sup>975</sup> Das vorhandene Quellenmaterial kann dies allerdings nicht eindeutig bestätigen.<sup>976</sup> Der Kanonikus Julius Chifletius wurde mit der Erstellung der Genealogie beauftragt.<sup>977</sup> Seine Untersuchung bestätigte im Jahre 1645 die bereits am Anfang des 17. Jahrhunderts geäußerte Vermutungen, dass Taxis eigentlich vom Adelsgeschlecht der Torriani (it. della Torre, frz. de la Tour, dt. von Thurn) abstammen.<sup>978</sup> Die Torrianis sind laut dieser Befunde in die Berge nördlich von Bergamo geflüchtet und nannten sich nach dem dortigen Berg Tasso fortan de Tassis.<sup>979</sup> Sie gelten als die Stammväter der Familie Taxis in Cornello.<sup>980</sup> Diese Geschichte wurde offiziell durch Kaiser Ferdinand III. (1608–1657) im Jahre 1650 anerkannt und ab dem Zeitpunkt gelten die Taxis als Nachkommen der Torriani und ihre Wappen Turm/Löwe und Namen Torre/Thurn wurden dem Wappen von Taxis hinzugefügt.<sup>981</sup> Das Prestige der Adelsfamilie von Taxis wurde durch den genealogischen Nachweis gehoben.<sup>982</sup> Seitdem wird die Familie und das Haus als „Thurn und Taxis“ (bzw. vom Lateinischen ins Deutsche übersetzt „Turm und Dachs“) bezeichnet und

---

<sup>970</sup> Ebd., S. 6–7.

<sup>971</sup> Ebd., S. 7.

<sup>972</sup> Vgl. **PIENDL**, Max: Thurn und Taxis 1517–1867. Zur Geschichte des fürstlichen Hauses und der Thurn und Taxisschen Post (= Sonderdruck für den Bund Deutscher Philatelisten e.V., Heft 1/67), Frankfurt am Main 1967, S. 7.

<sup>973</sup> Vgl. **STYRA**, Peter: Das Fürstliche Haus Thurn und Taxis, Werl 2012, S. 8.

<sup>974</sup> Vgl. **PIENDL**, Max: Die fürstlichen Wappen, in: **PIENDL**, Max (Hg.) Beiträge zur Geschichte Kunst- und Kulturpflege im Hause Thurn und Taxis (= Thurn und Taxis-Studien, Bd. 10), Regensburg 1978, S. 108–123; S. 111.

<sup>975</sup> Vgl. **STYRA**, Peter: Das Fürstliche Haus Thurn und Taxis, S. 10.

<sup>976</sup> Vgl. **GRILLMEYER**, Siegfried: Habsburger Diener in Post und Politik, S. 27.

<sup>977</sup> Ebd., S. 28.

<sup>978</sup> Ebd., S. 28.

<sup>979</sup> Vgl. **STYRA**, Peter: Das Fürstliche Haus Thurn und Taxis, S. 10 und **GRILLMEYER**, Siegfried: Habsburger Diener in Post und Politik, S. 27.

<sup>980</sup> Vgl. **STYRA**, Peter: Das Fürstliche Haus Thurn und Taxis, S. 10.

<sup>981</sup> Ebd., S. 10.

<sup>982</sup> Vgl. **GRILLMEYER**, Siegfried: Habsburger Diener in Post und Politik, S. 28.

anerkannt.<sup>983</sup> Die Familie von Thurn und Taxis war allerdings noch nicht fürstlich. Den Fürstenstand erreichte erst Graf Eugen Alexander (1652–1714) von Thurn und Taxis. Er heiratete am 24. März 1678 in Wien als erster in der Familie eine deutsche Frau, genauer gesagt die Tochter eines Reichsfürsten, Prinzessin Anna Adelheid von Fürstenberg-Heiligenberg.<sup>984</sup> Kurz danach wurde er am 19. Februar 1681 in Spanien durch König Karl in den erblichen Fürstenstand<sup>985</sup> und einige Jahre später, am 4. Oktober 1695, zum Reichsfürstenstand durch Kaiser Leopold I. (1640–1705) erhoben.<sup>986</sup> Am 1. Februar 1743 wurde der spätere Fürst Alexander Ferdinand (1704–1773) von Thurn und Taxis zum ersten Mal zum Prinzipalkommissar<sup>987</sup> ernannt, der als Repräsentant des Kaisers auf dem Reichstag galt und das Zeremoniell leitete.<sup>988</sup> Am 2. Juli 1744 wurde Fürst Alexander Ferdinand vom Kaiser Karl Albrecht (1697–1745) von Bayern mit dem Reichs-General-Post-Amt beliehen.<sup>989</sup> Mit dem Ankauf der Grafschaft Friedberg, Herrschaft Scheer, Bussen und Dürmentingen im Jahre 1785 hatte Fürst Carl Anselm von Thurn und Taxis (1733–1805) eine „fürstenmäßige“ Besitzung erworben.<sup>990</sup> Der Preis betrug 2,1 Millionen Gulden und war sehr hoch angesetzt.<sup>991</sup> Das Haus Thurn und Taxis kaufte die Güter, um als Reichsfürst auch Landesherr sein zu können. Außerdem war es vorgeschrieben, dass die Mitglieder des Reichsfürstenrates einen „fürstenmäßigen Besitz“ haben sollten.<sup>992</sup> Als Mitglieder des Reichsfürstenrates suchte das Haus Thurn und Taxis seit 1754 insgesamt 30 Jahre nach geeigneten Besitzungen.<sup>993</sup> Die Verkäufer wussten sicherlich, dass sogar der hohe Preis den Fürsten von Thurn und Taxis nicht abschrecken wird. Die 190 Quadratkilometer große Besitzung hatte im Jahre 1789 insgesamt 8.820 Einwohner, die überwiegend katholisch waren und in der Landwirtschaft arbeiteten.<sup>994</sup> Die Untertanen leisteten die Huldigung bei der Besitzübergabe an den Fürsten von Thurn und Taxis im Jahre 1786 und im Jahre 1787 bestätigte Kaiser Joseph II. (1741–1790) den Kaufvertrag.<sup>995</sup> Der Kaiser erhob als oberster Lehnsherr die bisherige Grafschaft zum Reichsfürstentum mit dem Namen Friedberg-Scheer.<sup>996</sup> Das Reichsfürstentum Friedberg-Scheer wurde am 5. November 1787 vom Kaiser an den Fürsten von Thurn und Taxis als standesgemäßes Terri-

---

<sup>983</sup> Vgl. STYRA, Peter: Das Fürstliche Haus Thurn und Taxis, S. 10.

<sup>984</sup> Ebd., S. 12.

<sup>985</sup> Ebd., S. 12.

<sup>986</sup> Ebd., S. 12.

<sup>987</sup> Mehr zum Thema Prinzipalkommissar, vgl. STÖCKL, Alexandra: Der Principalkommissar. Formen und Bedeutung sozio-politischer Repräsentation im Hause Thurn und Taxis, in: IMKAMP, Wilhelm, STYRA, Peter (Hg.), Thurn und Taxis Studien – Neue Folge, Bd. 10, Regensburg 2018.

<sup>988</sup> Vgl. STYRA, Peter: Das Fürstliche Haus Thurn und Taxis, S. 14.

<sup>989</sup> Vgl. STYRA, Peter: Eine Karriere durch die Post, Regensburg 2013, S. 104–106.

<sup>990</sup> Vgl. BEHRINGER, Wolfgang: Thurn und Taxis, S. 251.

<sup>991</sup> Ebd., S. 251.

<sup>992</sup> Ebd., S. 251.

<sup>993</sup> Ebd., S. 251.

<sup>994</sup> Ebd., S. 251.

<sup>995</sup> Ebd., S. 252.

<sup>996</sup> Ebd., S. 252.

torium als Lehen verleihen.<sup>997</sup> Somit erloschen auch die Proteste der anderen adeligen Häuser gegen das Stimmrecht des Fürsten ohne Landbesitz im Reichstag, die bis dahin in unterschiedlichen Abständen erhoben wurden.<sup>998</sup>

Mit den napoleonischen Kriegen gestaltete sich jedoch die Lage in Europa und auch im Heiligen Römischen Reich für die Fürsten von Thurn und Taxis äußerst ungünstig. Mit dem Frieden von Lunéville vom 9. Februar 1801 verlor das Haus Thurn und Taxis die Reichspost in den linksrheinischen Gebieten und die sich dort befindenden Besitzungen.<sup>999</sup> Das Haus Thurn und Taxis wurde dann später mit der Verabschiedung des Reichsdeputationshauptschlusses vom 25. Februar 1803 mit den Besitzungen in Schwaben entschädigt.<sup>1000</sup> Zu diesen Besitzungen gehörten die Benediktinerabtei Neresheim, Damenstift Buchau und Prämonstratenserstift Obermarchtal.<sup>1001</sup> Das Ende der Reichspost unter den Thurn und Taxis wurde am 12. Juli 1806 definitiv als mit der Gründung des Rheinbundes das Heilige Römische Reich und kurz danach am 6. August 1806 somit auch die Reichspost aufgelöst wurde.<sup>1002</sup> Die Fürsten von Thurn und Taxis wurden mediatisiert und verloren ihre Stellung nicht nur als Postmonopolist im Reich sondern auch als Landesherrn.<sup>1003</sup> Das gleiche Schicksal traf auch die übrigen 69 unabhängigen Landesherrschaften, die ihre Herrschaftsrechte zu gleicher Zeit verloren hatten.<sup>1004</sup>



Abbildung 3: Schloss Thurn und Taxis in Regensburg (Innenhofansicht). Rechts ist das Gebäude der Fürst Thurn und Taxis Gesamtverwaltung und links der Eingang zum Fürst Thurn und Taxis Zentralarchiv und der Hofbibliothek zu sehen.<sup>1005</sup>

<sup>997</sup> Ebd., S. 252.

<sup>998</sup> Vgl. STYRA, Peter: Eine Karriere durch die Post, S. 185.

<sup>999</sup> Vgl. STYRA, Peter: Das Fürstliche Haus Thurn und Taxis, S. 19.

<sup>1000</sup> Ebd., S. 19.

<sup>1001</sup> Ebd., S. 19.

<sup>1002</sup> Ebd., S. 19.

<sup>1003</sup> Vgl. GRILLMEYER, Siegfried: Habsburger Diener in Post und Politik, S. 333.

<sup>1004</sup> Vgl. STYRA, Peter: Das Fürstliche Haus Thurn und Taxis, S. 19.

<sup>1005</sup> Foto des Autors.

### *Fürstliche Domänenämter in Preußen*

Fürst Karl Alexander (1770–1827) erhielt mit dem Lehensbrief vom 23. April 1812 von Königreich Bayern als Entschädigung für die Verstaatlichung der bayerischen Post das beträchtliche Klostergebäude von St. Emmeram in Regensburg in der Oberpfalz.<sup>1006</sup> Außerdem bekam er vom bayerischen König als Erbmannlehen die Herrschaften Wörth und Donaustauf in der Nähe von Regensburg, die Höfe Moritzbrunn und Weißenkirchen (in der Umgebung von Eichstätt), und das Rentamt Meran in Tirol.<sup>1007</sup> Die Bemühungen der Fürstin Therese Mathilde Amalia von Thurn und Taxis (1773–1839) die Landeshoheit auf dem Wiener Kongress 1814/1815 zu retten, waren völlig gescheitert.<sup>1008</sup> Das diffamierende Pamphlet von Johann Ludwig Grub, das gegen die Taxis'sche Familie gerichtet war, hat sicherlich die Atmosphäre bei den Verhandlungen verschlechtert.<sup>1009</sup> Nach dem Wiener Kongress im Jahre 1815 begann für die Fürsten von Thurn und Taxis deshalb eine neue Ära. Sie investierten zunehmend in Großgrundbesitz. Diese Umorientierung stellt eine neue Epoche in der Geschichte des Hauses von Thurn und Taxis dar. Mit dieser Epoche hängt die Geschichte des Fürstentums Krotoszyn unmittelbar zusammen, mit der sich diese Arbeit beschäftigt und auf die im Weiteren vornehmlich eingegangen wird.

### *Fürstliche Domänenämter in Preußen*

Zwar wurde die Thurn- und Taxis'sche Post im Jahre 1815 „reaktiviert“ allerdings waren die Postrechte und das Postwesen nicht so umfangreich wie früher. Im Artikel 13 des Reichsdeputationshauptschlusses vom 25. Februar 1803 wurden die Ansprüche der Fürsten von Thurn und Taxis auf die Postbelassung oder eine Postentschädigung gesetzlich bestätigt.<sup>1010</sup> Nach der Auflösung der Heiligen Römischen Reiches wurde dieser Grundsatz modifiziert bzw. präzisiert. Im Artikel 17 der Deutschen Bundesakte von 1815 wurde festgelegt, dass die Posten in verschiedenen deutschen Bundesstaaten zwar gesichert waren, allerdings konnten diese Rechte gegen eine „angemessene Entschädigung“ ersetzt werden.<sup>1011</sup> Das Königreich Preußen wollte keine Thurn- und Taxis'sche Post auf eigenem Gebiet dulden. Deshalb wurde ein Vertrag mit dem Fürsten Karl Alexander von

---

<sup>1006</sup> Vgl. STYRA, Peter: „... Und den Räten ein Automobil...“ Das Haus Thurn und Taxis im Ersten Weltkrieg, in: LÜBBERS, Bernhard, REICHMANN, Stefan (Hg.), Regensburg im Ersten Weltkrieg. Schlaglichter auf die Geschichte einer bayerischen Provinzstadt zwischen 1914 und 1918 (= Kataloge und Schriften der Staatlichen Bibliothek Regensburg, Bd. 10), 1. Auflage, Regensburg 2014, S. 87–104; S. 90.

<sup>1007</sup> Vgl. STYRA, Peter: „... Und den Räten ein Automobil...“, S. 90.

<sup>1008</sup> Vgl. REISER, Rudolf: Die Thurn und Taxis. Das Privatleben einer Fürsten-Dynastie, Regensburg 1998, S. 108–110.

<sup>1009</sup> Vgl. REISER, Rudolf: Die Thurn und Taxis, S. 108.

<sup>1010</sup> Vgl. STYRA, Peter: Das Fürstliche Haus Thurn und Taxis, S. 21., siehe auch FTTZA, DK 8422: Die Uebertragung der Oberverwaltung des Fürstenthums an die fürstliche Domainen-Oberadministration mittels höchsten Rescript nebst mitgetheilten Auszügen und Notizen aus den Commissionsverhandlungen und den Instructionen an die fürstliche Rentkammer, 1821, Schloß Taxis 6. Juni 1821.

<sup>1011</sup> Vgl. STYRA, Peter: Das Fürstliche Haus Thurn und Taxis, S. 21.



Thurn und Taxis (1770–1827) geschlossen, der besagte, dass für die rechtsrheinischen Gebiete und das Herzogtum Westfalen eine jährliche Entschädigung durch Preußen zu zahlen ist.<sup>1012</sup> Am 4. Juni 1816 wurde durch die Bevollmächtigten des preußischen Königs Friedrich Wilhelm III. (1770–1840) und den Stellvertreter des Fürsten Karl Alexander von Thurn und Taxis ein Entschädigungsvertrag für das verlorene Postmonopol des Fürsten von Thurn und Taxis ratifiziert.<sup>1013</sup> Es handelte sich um das verlorene Post-Regal in den preußischen Provinzen rechts vom Rhein und das verlorene Postmonopol im Herzogtum Westfalen,<sup>1014</sup> das nach dem Wiener Kongress im Jahre 1815 an das Königreich Preußen abgetreten wurde. Nach Artikel 17 des am 4. Juni 1816 abgeschlossenen Vertrages betrug die zugesicherte jährliche Entschädigung für das Postmonopol im Herzogtum Westfalen 60.000 Taler.<sup>1015</sup> Statt in bar, wurde die Abfindung mit den großpolnischen Domänen-Gütern des Königs von Preußen bezahlt.<sup>1016</sup> Die genannten preußischen Domänen befanden sich seit der zweiten Teilung Polens im Königreich Preußen und lagen damals im polnisch geprägten Großherzogtum Posen. Am 1. Mai 1819 erhielt das Haus Thurn und Taxis für die Abtretung des Postregals in den preußischen Provinzen rechts des Rheins vier preußische Domänenämter, nämlich Adelnau, Krotoszyn (bzw. ab ca. 1850 Krotoschin), Orpiszewo (bzw. Orpischewo), Rozdrażewo (poln. Odolanów, Krotoszyn, Orpiszew, Rozdrażew) als erbliches Thron-Mannlehen.<sup>1017</sup>

Zu den einzelnen fürstlichen Domänenämtern gehörten die Vorwerke, Forsten, Teiche, Mühlen, Ziegeleien, Brennereien und Jagden.<sup>1018</sup> Der Fürst von Thurn und Taxis hatte das Recht Abgaben in Form von Geld, Naturalien und als Leistungen von Privatpersonen und im gewerblichen Bereich zu erheben.<sup>1019</sup> Das Recht die gewerblichen und persönlichen Abgaben und Leistungen in Form von Geld oder Naturalien abzuheben, wurde jedoch relativ schnell abgeschafft, nämlich mit dem preußischen Edikt vom 14. Mai 1833, als alle Berechtigungen des Adels bezüglich der Mediatsstädte und damit verbundene Abgaben

---

<sup>1012</sup> Ebd., S. 21.

<sup>1013</sup> Vgl. FTTZA, Polen-Urkunde 1: Original-Vertrag zwischen dem König Friedrich Wilhelm III von Preußen und dem Fürsten Carl Friedrich Alexander von Thurn und Taxis über die von der Krone Preußen an das Fürstliche Haus Thurn und Taxis als Entschädigung für die Abtretung des Post-Regals in den kgl. preußischen Provinzen des rechten Rhein Ufers und Herzogthums Westphalen, Umwandlung der Domainen Güter in Fürstenthum Krotoszyn. Mit 7 Beilagen. Stoff: Pergament, Siegel: Rother Lack, Beilage No.2, Berlin 1. May 1819.

<sup>1014</sup> Vgl. FTTZA, Polen-Urkunde 1: Beilage No. 1, 24. April 1819 und Beilage No.2, Berlin 1. May 1819.

<sup>1015</sup> Vgl. FTTZA, Polen-Urkunde 1: Beilage No. 2, Berlin 1. May 1819 und FTTZA, DK 19989: Die Erwerbung des Fürstenthums Krotoszyn, 1819.

<sup>1016</sup> Vgl. FTTZA, Polen-Urkunde 1: Beilage No. 2, Berlin 1. May 1819, allgemein zum Thema Fürstenthum Krotoszyn siehe auch **KĘDZIERSKI**, Robert: Księstwo Krotoszyńskie pod rządami rodu Thurn und Taxis, in: Zdunek, Józef (Hg.), Krotoszyn i okolice. Opracowania i materiały źródłowe, Bd. 15, Krotoszyn 2019, S. 105–136.

<sup>1017</sup> Vgl. FTTZA, Polen-Urkunde 1: Beilage No. 2, Berlin 1. May 1819.

<sup>1018</sup> Vgl. FTTZA, Polen-Urkunde 1: Beilage No. 2, Berlin 1. May 1819.

<sup>1019</sup> Vgl. FTTZA, Polen-Urkunde 1: Beilage No. 2, Berlin 1. May 1819.

nicht mehr gültig waren.<sup>1020</sup> Einzelne Domänen bildeten Ämter, die aus mehreren Dörfern, Vorwerken und Städten bestanden:

„1.) Das Domainen Amt Adelnau nebst Forsten, bestehend aus den Städten Adelnau und Szulmierzyce, den Dörfern Glysznice, Kaczuren, Nabyszyce, Wierzbno, Bunikow, Garken, Bogday, Mlynicki, Granowiec, Daniszyn, Lenkocin, Jankow-Zalesne, Swieca-Hotta, Chwaliszewo, Chruszczyn, Uciechow und Raczyce, aus den Vorwerken Baby, Glysznice, Kaczuren, Daniszyn, Lenkocin, Swieca, Chwaliszew, Chruszczyn, Uciechow, Raczyce und Jankowo-Zalesne und aus den Forstreviren Swieca, Garki und Granowiec, Mlynicki, Chruszczyn, Lenkocin und Wierzbno, Daniszyn und Warsta, Chwaliszew, Nabuszyce, Glysznice, Raczyce, Szulmierzyce, Uciechowo und Jankow;

2.) Das Domainen Amt Krotoszyn nebst Forsten, bestehend aus der Stadt Krotoszyn, den Dörfern Alt-Krotoszyn, Neuvorwerk, Osusz, Bogacin, Durzyn, Lutogniewo, Wrozew, Tomnice, Kobierno inclusive Dombrowo, Brzoza, Benice, Raciborowo und Ustkowo, dem Colonie Heinrichsfeld, aus den Vorwerkern Alt-Krotoszyn, Osusz, Neuvorwerk, Kobierno und Brzoza und aus den Forst-Revieren Lutogniewo und Lutine;

3.) Das Amt Orpiszewo nebst Forsten, bestehend aus den Dörfern Orpiszewo, Swinkowo, Jankowo, Korytnice, Ligota, Smoszewo, Gorzupia, Biatki und Roszki, aus den Colonien Orpiszewo oder Friedrichsfeld, Hellefeld, Rosenfeld und Hoymsthal, aus den Vorwerkern Orpiszewo, Swinkowo, Hoymsthal, sonst Baszyn genannt, Gorzupia, Smoszewo, Korytnica und Ligotta; und aus den Forstreviren Orpiszewo, Korytnica, Alt-Baden, Smoszewo, dem Kiesern-Gehege bey Durzyn und dem sogenannten Thiergarten.

4.) Das Amt Rozdrazewo nebst Forsten, bestehend aus den Dörfern Rozdrazewo, Neudorff, Maciejewo, Przemeszno, Grembowo und Zielice, aus den Colonien Heinrichsfeld und Haugfeld, aus den Vorwerken Rozdrazewo, Maciejewo, Neudorff, Dombrowo und Zielice, und aus den Forst-Revieren Neudorff und Dombrowo; [...]<sup>1021</sup>

Nach Artikel 2 des Vertrages vom 1. Mai 1819 wurden die an den Fürsten von Thurn und Taxis übergebenen Güter mit 24% Grundsteuer jährlich besteuert, was im ersten Jahr 4.061 Rthl. ausmachen sollte.<sup>1022</sup> Nach Artikel 12 des Vertrages war diese Steuersumme für die Güter und Forsten samt Zubehör so verteilt, dass im Amt Adelnau 1.337 Rthl., im Amt Krotoszyn 1.519 Rthl, im Amt Orpiszewo 704 Rthl. und im Amt Rozdrazewo 501

<sup>1020</sup> Vgl. FTTZA, DK 20621: Die Entschädigungsansprüche in Folge der Aufhebung der gewerblichen und persönlichen Abgaben, dann des Zwangs und Bauerngerechtigkeiten; siehe auch **BANACH**, Witold, **SUSZYCKI**, Wojciech, **PODSKARBI**, Marzena, **LERACZYK**, Andrzej (Hg.): Ostrów Wielkopolski – ilustrowane dzieje miasta, Ostrów Wielkopolski 2009, S. 75.

<sup>1021</sup> FTTZA, Polen-Urkunde 1: Beilage No. 2, Berlin 1. May 1819, siehe auch FTTZA, Polen-Urkunde 2: Der König von Preußen erhebt die abgetretenen Domänengüter im Großherzogthum Posen zu Standesherrschaft Krotoschin, 25. Mai 1819; FTTZA, Polen-Urkunde 3: König Friedrich Wilhelm III. von Preußen erhebt die Standesherrschaft Krotoszyn zu einem Fürstentum und verleiht dem Fürsten Karl Alexander von Thurn und Taxis den Titel „Fürst von Krotoszyn“ samt dem Wappen des Fürstentums, Berlin, 29. Mai 1819; FTTZA, Polen-Urkunde 4: Abschrift der Urkunde wonach König Friedrich Wilhelm III. von Preußen dem Fürsten Carl Alexander von Thurn und Taxis und dessen Nachkommen männlichen Geschlechtes und nach dessen Aussterben dem Fürsten Maximilian von Thurn und Taxis und dessen Nachkommen, das Fürstenthum Krotoszyn mit den dazu gehörigen Dominial-Gütern, als ein Thronlehen und rechtes Mannlehen verleiht. Berlin 3. August 1819; FTTZA, DK 19989: Die Erwerbung des Fürstenthums Krotoszyn, 1819. Copia ad Acta generalia, die Erwerbung des Fürstenthums Krotoszyn betr. aus dem zum fürstl. Centralarchiv am 1. October 1845 mitgeschickten Originals.

<sup>1022</sup> Vgl. FTTZA, Polen-Urkunde 1: Beilage No. 2, Berlin 1. May 1819.

Rthl. zu entrichten waren.<sup>1023</sup> Das Geld sollte der Fürst zu gesetzlichen Terminen an die Landkreise bezahlen.<sup>1024</sup> Der jährliche Ertrag des Fürsten wurde laut Artikel 4 des Vertrages auf etwa 67.105 Rthl. geschätzt.<sup>1025</sup> Die jährliche Entschädigung für das Post-Regal in den preußischen Provinzen und im Herzogtum Westfalen betrug jedoch 61.375 Rthl. und aus dem Grund musste diese Differenz in Höhe von 5.730 Rthl. beglichen werden,<sup>1026</sup> woraus folgte, dass Fürst Karl Alexander von Thurn und Taxis 95.500 Rthl. als Ablösungs-Kapital an den preußischen Staat bezahlen musste.<sup>1027</sup> Mit der Übergabe der vier preußischen Domänengüter an Fürsten von Thurn und Taxis war laut Artikel 12 des Vertrages auch die Unterhaltung von vorhandenen Brücken, Wegen und polizeilichen Verpflichtungen verbunden, die im Besitzbereich der Güter lagen.<sup>1028</sup> Die fürstliche Verwaltung und der Fürst waren dazu verpflichtet, Landes- und Sozietätslasten wie etwa die finanziellen Lasten zu übernehmen, die durch den preußischen Staat gesetzlich angeordnet wurden.<sup>1029</sup> Die gesetzlichen Bestimmungen mussten durch den Fürsten und seine Verwaltung befolgt werden, sofern sie die fürstliche Seite betreffen.<sup>1030</sup> Rechte wie z.B. Bauholzberechtigungen, die den Untertanen oder Pächtern auf den Gütern oder Forsten bereits eingeräumt worden waren, musste der Fürst von Thurn und Taxis nach Artikel 13 übernehmen, falls er diese Rechte nicht durch eine Vereinbarung mit den Betroffenen, einen Vertrag oder Abfindung ablöste.<sup>1031</sup> Dies betraf auch die Gemeinden und Privatpersonen, die bereits unter der preußischen Herrschaft über solche Privilegien verfügt hatten oder dazu verpflichtet waren, bestimmte Leistungen an den preußischen Fiskus zu erbringen.<sup>1032</sup> Letztere mussten dem neuen Inhaber geleistet werden. Ferner mussten die alten Pachtverträge auf den Gütern bis zu ihrem Ablauf durch den Fürsten respektiert werden und waren weiterhin gültig. Insofern wurden also die alten Herrschaftsstrukturen für eine gewisse Anfangszeit konserviert. Die Differenz zwischen den Erwerbserträgen und dem Pachtertrag bei solchen Pachtkontrakten wurde nach Artikel 15 durch den preußischen König ausgeglichen. Insgesamt handelte sich um eine Summe von 85.264 Rthl. 5 Sgr. 4 Pf., die bis zum Jahre 1828 in jährlichen Raten durch den preußischen König bezahlt werden sollten.<sup>1033</sup> Die Aufenthaltsnotwendigkeit und der Status der Einkünfte des Fürsten aus seinen neuen Besitzungen im vorgesehenen Fürstentum Krotoszyn wurden im Artikel 16 mit folgenden Worten geregelt:

---

<sup>1023</sup> Vgl. FTTZA, Polen-Urkunde 1: Beilage No. 2, Berlin 1. May 1819.

<sup>1024</sup> Vgl. FTTZA, Polen-Urkunde 1: Beilage No. 2, Berlin 1. May 1819.

<sup>1025</sup> Vgl. FTTZA, Polen-Urkunde 1: Beilage No. 2, Berlin 1. May 1819.

<sup>1026</sup> Vgl. FTTZA, Polen-Urkunde 1: Beilage No. 2, Berlin 1. May 1819.

<sup>1027</sup> Vgl. FTTZA, Polen-Urkunde 1: Beilage No. 2, Berlin 1. May 1819.

<sup>1028</sup> Vgl. FTTZA, Polen-Urkunde 1: Beilage No. 2, Berlin 1. May 1819.

<sup>1029</sup> Vgl. FTTZA, Polen-Urkunde 1: Beilage No. 2, Berlin 1. May 1819.

<sup>1030</sup> Vgl. FTTZA, Polen-Urkunde 1: Beilage No. 2, Berlin 1. May 1819.

<sup>1031</sup> Vgl. FTTZA, Polen-Urkunde 1: Beilage No. 2, Berlin 1. May 1819.

<sup>1032</sup> Vgl. FTTZA, Polen-Urkunde 1: Beilage No. 2, Berlin 1. May 1819.

<sup>1033</sup> Vgl. FTTZA, Polen-Urkunde 1: Beilage No. 2, Berlin 1. May 1819.

„Seine Majestät der König von Preußen verspreche hierdurch, sowohl für Sich als allerhöchst Ihre Nachfolger in der Krone, weder des Herrn Fürsten Durchlaucht, noch einen der künftigen fürstlichen Besitzer des Fürstenthums Krotoszyn die Verpflichtung auferlegen zu wollen, einen beständigen oder auch nur einen zeitigen persönlichen Aufenthalt auf diese Güter zu nehmen, und eben so wenig soll jetzt oder in künftigen Zeiten den Fürstlichen Herren Besitzer derselben in dem Bezug und der Ausfuhr der Einkünfte ein Hindernis irgend einer Art in den Weg gelegt werden können.“<sup>1034</sup>

Da der Fürst in Bayern, in Regensburg, seinen Hauptsitz und seine wichtigste Residenz hatte, war es für ihn wichtig, vom Zwang in seinen Besitzungen im Großherzogtum Posen einen beständigen oder zeitigen Aufenthalt zu haben, befreit zu sein, insbesondere, weil es auch seine zukünftigen Nachfolger betraf, zumal in den anderen deutschen Staaten so eine Pflicht den Standesherrn auferlegt wurde, wie es z.B. in Königreich Württemberg der Fall war. Das Recht die Einnahmen aus Preußen ausführen zu können, war aus dem Grund für den Fürsten äußerst wichtig, weil das Fürstentum Krotoszyn in erster Linie als Investition gedacht war, die die Ausgaben des Fürsten und andere theoretische Investitionen z.B. in Wertpapiere oder sonstige Besitzungen finanzieren sollte. Dazu war eine freie Kapitalfluktuation nötig, die durch keine Grenzen gehemmt war. Bereits im gleichen Vertrag vom 1. Mai 1819 war im Artikel 17 vorgesehen dem Fürsten von Thurn und Taxis urkundlich die Rechte einer freien Standesherrschaft an den Domänengütern zu bestätigen. Nach der Erhebung zur freien Standesherrschaft sollte jene im nächsten Schritt durch ein Diplom zum Fürstentum erhoben werden.<sup>1035</sup> Dies wurde nach der Ratifikation des Vertrages auch innerhalb eines Monats umgesetzt.

---

<sup>1034</sup> FTTZA, Polen-Urkunde 1: Beilage No. 2, Berlin 1. May 1819.

<sup>1035</sup> Vgl. FTTZA, Polen-Urkunde 1: Beilage No. 2, Berlin 1. May 1819.

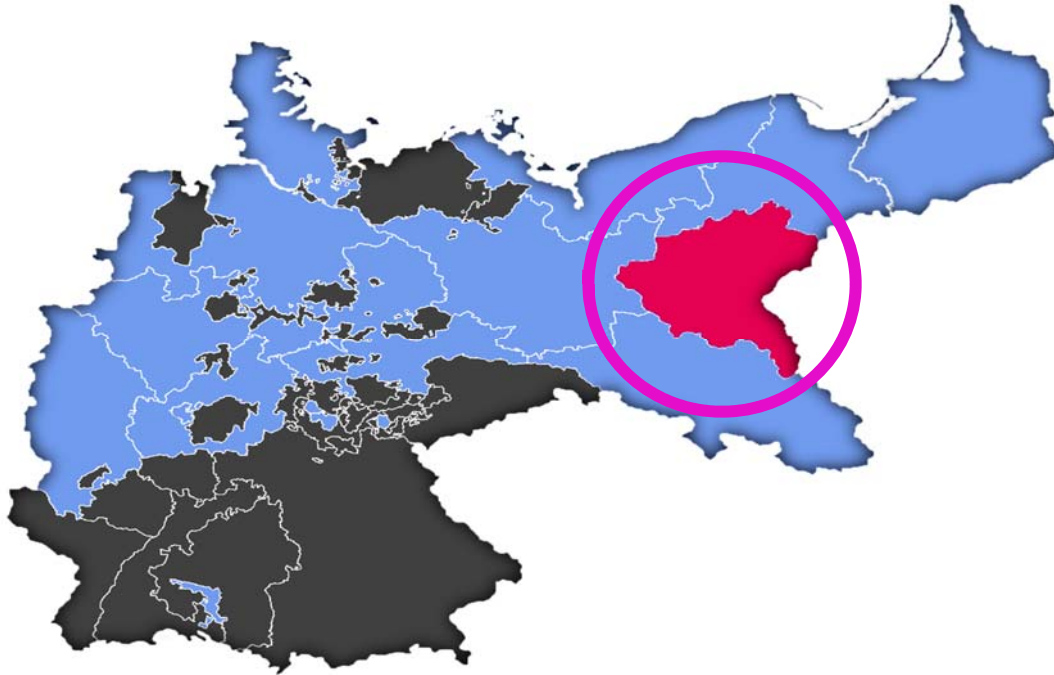


Abbildung 4: Königreich Preußen um 1871 und das Deutsche Kaiserreich mit besonderer Hervorhebung der Provinz Posen (eingekreist)<sup>1036</sup>



Abbildung 5: Kreise der Provinz Posen (mit Regierungsbezirk Posen und Regierungsbezirk Bromberg); das Fürstentum Krotoszyn umfasste Teile der Kreise Krotoschin und Adeltau (hier eingekreist).<sup>1037</sup>

<sup>1036</sup> Vgl. Grafik bearbeitet nach: Map-Prussia-Posen, im WWW unter URL: <https://de.wikipedia.org/wiki/Datei:Map-Prussia-Posen.png> (Stand: 15.06.2018).

<sup>1037</sup> Vgl. Grafik bearbeitet nach: Verwaltungsgliederung der preußischen Provinz Posen. Regierungsbezirke Posen und Bromberg, im WWW unter URL:

## *Die Erhebung der Krotzzyner Besitzungen zur Standesherrschaft und zum Fürstentum*

Die Belehnung des Fürsten Karl Alexander von Thurn und Taxis mit den preußischen Domänen am 1. Mai 1819 wurde drei Wochen später ergänzt und um zusätzliche Rechte erweitert. Am 25. Mai 1819 wurden die oben genannten Domänengüter bzw. Domänenämter zu einer Standesherrschaft erhoben.<sup>1038</sup> Die Erhebungsurkunde zur Standesherrschaft ist in der gleichen reichen Ausführung wie die spätere Fürstentums-Belehnungsurkunde vorhanden. Sie wurde durch den preußischen König und seinen Minister Fürst von Hardenberg (1750–1822) unterzeichnet. Die Kosten für die Erstellung des Dokuments in Höhe von 923 Rthl. 20 Sgr. musste der Fürst von Thurn und Taxis übernehmen.<sup>1039</sup> Die Urkunde beschreibt die Rechte und die Pflichten, welche mit der Standesherrschaft verbunden waren:

„Wir, für Uns und für Unsere Erben und Nachfolger in der Regierung Unsers Reichs, erklären und erklären, daß Wir die soeben verzeichnete Stücke alle zusammen zu einer Standesherrschaft ernennen und derselben den Namen:

### Standesherrschaft Krotoszyn,

ertheilen, auch derselben die Rechte beylegen, welche den in Unserm souverainen Herzogthum Schlesien befindlichen Standesherrschaft zustehen, nemlich, daß, unter Unserm Scepter und unter Unsern Majestäts- und Landeshoheitsrechten, wie auch unter den Verbindlichkeiten, welche Unsere bestehenden und künftigen und Unserer Erben und Nachfolger künftige landesherrliche Gesetze den Besitzern dieser Standesherrschaft aufliegen, die Besitzer derselben die bürgerliche und die Criminalgerichtsbarkeit, durch ein standesherrliches Gericht, ferner das Patronatsrecht, auszuüben haben sollen, wie auch daß diese Besitzer des Ranges und der Ehrenrechte, deren Unsere Schlesische Standesherrschaft sich zu erfreuen haben, genießen sollen.“<sup>1040</sup>

Die Domänengüter im Großherzogtum Posen wurden zu einer schlesischen Standesherrschaft erhoben. Die damit verbundenen Rechte bezogen sich auf die Privilegien, die den Standesherrschaften im Herzogtum Schlesien zustanden. Eben diese Rechte wurden der Standesherrschaft Krotoszyn verliehen. Gemeint waren jene Rechte, die auf den Belehn-ten Fürsten von Thurn und Taxis und seine Erben übergehen sollen, darunter die bürgerliche und Kriminalgerichtsbarkeit in Form eines standesherrlichen Gerichts, das Patronatsrecht über Schulen und Kirchen sowie Ehrenrechte. So schön es klingen mag, mit der

---

[https://de.wikipedia.org/wiki/Provinz\\_Posen#/media/File:Prowincja\\_Pozna%C5%84ska\\_de.svg](https://de.wikipedia.org/wiki/Provinz_Posen#/media/File:Prowincja_Pozna%C5%84ska_de.svg) (Stand: 15.06.2018).

<sup>1038</sup> Vgl. FTTZA, Polen-Urkunde 2: Der König von Preußen erhebt die abgetretenen Domänengüter im Großherzogtum Posen zu Standesherrschaft Krotoschin, 25. Mai 1819.

<sup>1039</sup> Vgl. FTTZA, Polen-Urkunde 2: Liquidation der Gebühren für die Urkunde über die Standesherrschaft Krotoszyn, Berlin 28. Juni 1819.

<sup>1040</sup> FTTZA, Polen-Urkunde 2: Der König von Preußen erhebt die abgetretenen Domänengüter im Großherzogtum Posen zu Standesherrschaft Krotoszyn, 25. Mai 1819.

standesherrschaftlichen Erhebung der Domänengüter von Thurn und Taxis waren auch zahlreiche Pflichten verbunden. Dies kann man ebenfalls an anderer Stelle aus der Urkunde entnehmen:

„Wobey Wir an noch festsetzen, daß, so wie die Ausübung des Patronatsrechts der Aufsicht und den gesetzlichen Befehlen und Anordnungen Unserer landesherrliche Behörden, sowohl überhaupt, als in Ansehung der Qualification und der Pflichten der Geistlichen, untergeordnet ist, also auch die Civil- und Criminal Gerichtsbarkeit, nach Unseren und Unserer Erben und Nachfolger Gesetz und Prozess-Ordnungen, und durch Justiz Personen, welche die von Uns angeordneten und fernerhin anzuordnenden Prüfungen bestanden sind, auch Uns den Eid der Unterthänigkeit geleistet haben, und von Uns genehmigt worden sind, verwaltet werden soll.

Wie Wir denn auch von dieser Gerichtsbarkeit ausnehmen, und Unserer landesherrlichen Gerichtsbarkeit vorbehalten, den in der Standesherrschaft wohnenden Adel, die darin angestellte Geistlichkeit, und Unsere darin angestellte höhere und niedere Dienerschaft von Militair- und Civil-Stande. Es soll auch der Zug der Instanzen von dem standesherrlichen Gerichte gehen, und in allen Criminal-Sachen, soll die jederzeit erforderliche Prüfung und Bestätigung der Criminal-Urtheile Uns Höchstselt, oder Unsere nachgeordneten Landesherrlichen Behörden und Landesherrlichen Gerichte vorbehalten seyn.

Auch soll das Begnadigungsrecht allein Uns, als dem Landesherrn zustehen. Ferner: die Gerichtsbarkeit über die Besitzer der Standesherrschaft über diese Standesherrschaft selbst, und über die Mitbelehnten, soll Uns, und Unsere dazu angeordneten Gerichten zustehen.“<sup>1041</sup>

Die Fürsten von Thurn und Taxis mussten jedes Mal den Eid der Untertänigkeit gegenüber dem König von Preußen leisten, dieser Grundsatz betraf alle zukünftigen Fürsten von Thurn und Taxis. Das Patronatsrecht unterlag der Aufsicht der preußischen Behörden, die Verwaltung des Fürsten von Thurn und Taxis in der Standesherrschaft Krotoszyn und der Fürst von Thurn und Taxis mussten die Befehle und gesetzlichen Anordnungen der preußischen Verwaltung befolgen. Insgesamt war ausdrücklich erwähnt, dass die fürstliche Verwaltung den preußischen Behörden untergeordnet war. Dies betraf auch die Ausübung der Gerichtsbarkeit, die den preußischen Gerichten unterstellt war. Von der fürstlichen Gerichtsbarkeit wurden der in der Standesherrschaft Krotoszyn wohnende Adel, der Klerus, die höheren und niederen preußischen Angestellten des Militärs und der Administration ausgenommen. Die Kriminalurteile mussten durch die landesherrlichen Behörden und preußischen Gerichte geprüft und bestätigt werden. Das Begnadigungsrecht stand nur dem preußischen König zu. Zudem hatten die preußischen Gerichte das Recht darauf, die Besitzer der Standesherrschaft, die Standesherrschaft und die Mitbelehnten, zu verurteilen.

---

<sup>1041</sup> FTTZA, Polen-Urkunde 2: Der König von Preußen erhebt die abgetretenen Domänengüter im Großherzogthum Posen zu Standesherrschaft Krotoszyn, Berlin 25. Mai 1819.

### *Die Erhebung der Krotoszyner Besitzungen zur Standesherrschaft und zum Fürstentum*

Die untergeordnete Stellung der Besitzungen von Thurn und Taxis im Königreich Preußen war klar ausformuliert. Die Fürsten von Thurn und Taxis sollten nur Standesherrn sein, die unter preußischer Aufsicht standen. Sie wurden zwar mit gewissen Rechten ausgestattet, jedoch waren jene begrenzt, da das letzte Wort immer den preußischen Behörden zustand. So ein System könnte man als Staat im Staate bezeichnen. Dieser Autonomiezustand lag unter völliger Kontrolle des Lehnsherrn, in dem Fall des Königs von Preußen, und wurde auch nur so lange geduldet, so lange die Rechte der Standesherrn noch gesetzlich Geltung hatten. Im Verlauf des 19. Jahrhunderts änderte sich dieser Zustand rapid zu Ungunsten der Standesherrn und zu Gunsten des Staates. Es war ein mittelwesteuropäischer Trend in diesem „langen Jahrhundert“. In Preußen blieb bis zur Verabschiedung der Verfassung im Jahre 1850 die breite administrativ-gerichtliche Autonomie der Standesherrn teilweise unberührt.<sup>1042</sup> Danach war ihre Stellung in der politischen Hinsicht in der preußischen Monarchie weiterhin privilegiert.<sup>1043</sup>

Doch kehren wir an den Anfang zurück. Mit dem persönlich vom preußischen König Friedrich Wilhelm III. (1770–1840) und seinem Staatskanzler Fürst Karl August von Hardenberg unterzeichneten Diplom vom 29. Mai 1819 wurde die Standesherrschaft Krotoszyn zu einem Fürstentum erhoben.<sup>1044</sup> Das sich in einer mit vergoldeten preußischen Wappen verzierten, silbernen Dose befindende Siegel des preußischen Königs aus rotem Wachs besiegelte die kostbare Urkunde.<sup>1045</sup> Die Schrift der Urkunde war exklusiv gestaltet und der Umschlag des Einbandes wurde mit rotem Samt beschlagen.<sup>1046</sup> Dies alles, um den Rang der Dokumente zu erhöhen, da es sich um eine offizielle Verleihung des Fürstentums an einen Lehnsman im Königreich Preußen handelte. Wie bei der Urkunde, die die fürstlichen Domänengüter zu einer Standesherrschaft erhoben haben, musste der Fürst von Thurn und Taxis auch hier die entstandenen Kosten in Höhe von 236 Rthl. übernehmen.<sup>1047</sup> Die prachtvolle Gestaltung der Urkunde sollte jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass es sich eigentlich um eine Erhebung handelte, die nur Prestige mit sich brachte. Außer dem Titel des Fürsten von Krotoszyn und dem neuen Wappen vom Fürstentum Krotoszyn war es nicht mit zusätzlichen Rechten verbunden, was die Urkunde bestätigt:

„Wir wollen, verordnen und befehlen hiermit ausdrücklich, für Uns und für Unsere Erben und Nachfolger in der Regierung unsers Reichs, daß durch die gegenwärtige

---

<sup>1042</sup> Vgl. KOWALSKI, Mariusz: Księstwa Rzeczypospolitej. Państwo magnackie jako region polityczny (= Prace geograficzne 238), Warszawa 2013, S. 252.

<sup>1043</sup> Vgl. KOWALSKI, Mariusz: Księstwa Rzeczypospolitej, Warszawa 2013, S. 252.

<sup>1044</sup> Vgl. FTTZA, Polen-Urkunde 3: König Friedrich Wilhelm III. von Preußen erhebt die Standesherrschaft Krotoszyn zu einem Fürstentum und verleiht dem Fürsten Karl Alexander von Thurn und Taxis den Titel „Fürst von Krotoszyn“ samt dem Wappen des Fürstentums, Berlin 29. Mai 1819.

<sup>1045</sup> Vgl. FTTZA, Polen-Urkunde 3.

<sup>1046</sup> Vgl. FTTZA, Polen-Urkunde 3.

<sup>1047</sup> Vgl. FTTZA, Polen-Urkunde 3: Liquidation der Kosten für das Diplom, durch welches die Standesherrschaft Krotoszyn zu einem Fürstentum erhoben werden, Berlin 28. Juni 1819.



## *Die Erhebung der Krotzzyner Besitzungen zur Standesherrschaft und zum Fürstentum*

Erhebung der Standesherrschaft Krotoszyn zu einem Fürstenthum, dieses nunmehrige Fürstenthum Krotoszyn nicht mehrere Rechte haben soll, als Wir der Standesherrschaft Krotoszyn durch die Urkunde vom fünf und zwanzigsten May dieses Jahres beygelegt haben; welche Urkunde Wir vielmehr, in allen ihren Puncten, als eben so für das Fürstenthum Krotoszyn wie vorhin für die Standesherrschaft Krotoszyn geltend und bindend, durch das gegenwärtige Diplom bestätigen. Wir befehlen, dass alle unsere nachgeordnete Behörde, und alle Unsere Unterthanen, sich pünktlich nach Unserem gegenwärtigen Diplom achten sollen.“<sup>1048</sup>



Abbildung 6: Das Wappen des Fürstentums Krotoszyn vom 29. Mai 1819<sup>1049</sup> (links); Abbildung 7: Die Erhebungsurkunde der Standesherrschaft Krotoszyn zum Fürstentum vom 29. Mai 1819<sup>1050</sup> (rechts)

Das Wappen des Fürstentums Krotoszyn zeigt ein Schild, in dessen ersten und vierten blauen Feld sich ein goldener Felsen befindet. Im zweiten und dritten roten Feld wird ein silbernes Kreuz dargestellt.<sup>1051</sup> Die Farben des Fürsten von Thurn und Taxis waren und sind bis heute Rot und Blau. Auf dem Wappen waren zudem der Fürstenhut und der fürstliche Mantel abgebildet.<sup>1052</sup> Bis heute befindet sich das Wappen des Fürstentums Krotoszyn im Wappen des Fürsten von Thurn und Taxis und der Titel des Fürsten von Krotoszyn wird weiterhin durch den Fürsten von Thurn und Taxis gebraucht. Oben ist das Wappen des Fürstentums Krotoszyn zu sehen, der in der Polen-Urkunde 3 in teilweise metallisch-glänzende Farben dargestellt ist.<sup>1053</sup> Im Lehnbriefs vom 3. August 1819 wurden noch die Rechte, Pflichten und die Lehnregelungen wiederholt. Zudem wurden die Lehnregelungen präzisiert:

„[...] so belehnen Wir durch gegenwärtigen Lehenbrief, den Durchlauchtigen Fürsten Herrn Carl Alexander Fürsten von Thurn und Taxis, und desselben männlichen ehelichen Descendenten [...] mit diesem Fürstenthum Krotoszyn als mit einem

<sup>1048</sup> FTTZA, Polen-Urkunde 3: Erhebung der Standesherrschaft zu einem Fürstenthum, Berlin 29. Mai 1819.

<sup>1049</sup> Vgl. FTTZA, Polen-Urkunde 3: Erhebung der Standesherrschaft zu einem Fürstenthum, 29. Mai 1819.

<sup>1050</sup> Vgl. FTTZA, Polen-Urkunde 3: Erhebung der Standesherrschaft zu einem Fürstenthum, 29. Mai 1819.

<sup>1051</sup> Vgl. FTTZA, Polen-Urkunde 3: Erhebung der Standesherrschaft zu einem Fürstenthum, 29. Mai 1819.

<sup>1052</sup> Vgl. FTTZA, Polen-Urkunde 3: Erhebung der Standesherrschaft zu einem Fürstenthum, 29. Mai 1819.

<sup>1053</sup> Vgl. FTTZA, Polen-Urkunde 3: Erhebung der Standesherrschaft zu einem Fürstenthum, 29. Mai 1819.

Thronlehen und rechten Mannlehen [...] und eine Theilung dieses Landes nicht statt finde; dasselbe auch gar nicht, weder ganz, noch zum Theil, veräußert, also nicht verkauft und nicht verpfändet, auch nicht zu Afterlehen gegeben, noch auch, ohne Unsere, und Unserer Erben und Nachfolger, Einwilligung, irgend eine Schuld auf Dieses Lehen gemacht werde; [...] nach dem völligen Abgange des Herrn Fürsten Maximilian Fürsten von Thurn und Taxis und der männlichen ehelichen Descendenten desselben, dieses Thronlehen an Uns und an Unsere Erben und Nachfolger in der Regierung Unsers Reiches, als an die rechten und wahren Lehnsherren zurückfallen soll. [...]“<sup>1054</sup>

Es wurde somit klar formuliert, dass schon davor als Thronmannlehen bezeichnete Fürstentum Krotoszyn nicht geteilt oder verkauft werden kann. Jeder Nachfolger musste bei der Übernahme des Fürstentums Krotoszyn neu belehnt werden.<sup>1055</sup> Bei diesem Akt musste auch der Lehens- und Untertänigkeitseid gegenüber dem preußischen König geleistet werden. Im Falle des Aussterbens der männlichen Linie der Fürsten von Thurn und Taxis, aufgrund des Mangels eines Nachfolgers, sollten die Güter an den Lehnsherren, den König von Preußen, zurückgehen.



Abbildung 8: Panorama der Stadt Krotoszyn von der Südseite um 1832<sup>1056</sup>

<sup>1054</sup> FTTZA, Polen-Urkunde 4: Abschrift der Urkunde, Berlin 3. August 1819.

<sup>1055</sup> Vgl. FTTZA, IB 1335: Abschriften der Lehenbriefe über das Fürstenthum Krotoszyn betr., FTTZA, IB 1336: Ableben Sr. Majestät des Königs Friedrich Wilhelm III. und dadurch veranlaßte Erbhuldigung Sr. Majestät des Königs Wilhelm I. sowie die Lehensmutung und Belehnung des Fürsten von Thurn und Taxis mit dem Fürstentum Krotoschin, FTTZA, IB 1337: Das Ableben Sr. Majestät des Königs Friedrich Wilhelm IV. von Preußen und die dadurch veranlaßte Erbhuldigung des Königs Wilhelm I. sowie die Lehensmutung und Belehnung des Fürsten von Thurn und Taxis mit dem Fürstentum Krotoschin, ferner Lehenenserneuerung für Seine Durchlaucht Fürsten Maximilian Maria Lamoral von Thurn und Taxis für S.D. den Fürsten Albert Maria Lamoral von Thurn und Taxis.

<sup>1056</sup> Vgl. FTTZA, 9993/PrD 25: Skizzenbuch des Domainen- und Baurathes Herrn Keim, bei seiner Reise in das Fürstenthum Krotoszyn im Herbste 1832 angelegt. Krotoszyn 26. September 1832.





Abbildung 9: Panorama der Stadt Krotoszyn von der Südseite um 1848; aus der Sammlung der Hieronim Ławniczak Regionalmuseums in Krotoszyn (poln. Muzeum Regionalne im. Hieronima Ławniczaka w Krotoszynie)<sup>1057</sup>



Abbildung 10: Der Marktplatz in Krotoszyn von der westlichen Seite; Lithographie um 1848 aus der Sammlung des Hieronim Ławniczak Regionalmuseums in Krotoszyn (poln. Muzeum Regionalne im. Hieronima Ławniczaka w Krotoszynie)<sup>1058</sup>

<sup>1057</sup> Vgl. MIKOŁAJCZYK, Piotr: Kalendarium historyczne Krotoszyna, in: Towarzystwo Miłośników i Badaczy Ziemi Krotoszyńskiej (Hg.), Krotoszyn 2015, S. 42, bzw. MIKOŁAJCZYK, Piotr: Krotoszyn Kalendarium, im WWW unter URL: [http://www.uploads.krotoszyn.pl/pdf/kalendarium\\_krotoszyn.pdf](http://www.uploads.krotoszyn.pl/pdf/kalendarium_krotoszyn.pdf) (Stand 22.06.2018).

<sup>1058</sup> Vgl. MIKOŁAJCZYK, Piotr: Kalendarium historyczne Krotoszyna, Krotoszyn 2015, S. 17, bzw. MIKOŁAJCZYK, Piotr: Krotoszyn Kalendarium, im WWW unter URL: [http://www.uploads.krotoszyn.pl/pdf/kalendarium\\_krotoszyn.pdf](http://www.uploads.krotoszyn.pl/pdf/kalendarium_krotoszyn.pdf) (Stand 22.06.2018).

## *Die territoriale und rechtliche Entwicklung im Fürstentum Krotoszyn*

Das Fürstentum wurde mit den schon bei der Erhebung zur Standesherrschaft Krotoszyn vergebenen Rechten der freien schlesischen Standesherrschaften ausgestattet, was bedeutete, dass die Fürsten von Thurn und Taxis den Status der preußischen Standesherrn erhalten haben. Der Name Standesherrschaft geht auf das 14. Jh. zurück und diente damals als eine Bezeichnung für die Fürsten, die einem anderen Reichsstand untergeordnet waren, gemeint waren hier die Fürsten in Schlesien und der Lausitz.<sup>1059</sup> Viele Standesherrn bevorzugten jedoch den Begriff „Mediatisierte“.<sup>1060</sup> Der Begriff „Mediatisierte“ betonte nämlich vielmehr die Zugehörigkeit der Standesherrn zu einer gesellschaftlichen Schicht und wurde weniger mit Untertänigkeit assoziiert.<sup>1061</sup> Die Fürsten von Thurn und Taxis besaßen eine besondere und privilegierte Stellung im politisch-rechtlichen System im Königreich Preußen.<sup>1062</sup> Sie hatten im Vergleich etwa zu anderen Adelshäusern im Großherzogtum Posen die höchste Position.<sup>1063</sup> Es war auch das einzige Thronlehen im Großherzogtum Posen. Sie wurden auch als gleichbürtig gegenüber deutschen Häusern, die in den anderen Staaten geherrscht haben, angesehen.<sup>1064</sup> Als Besitzer eines Fürstentitels waren die Fürsten von Thurn und Taxis dazu berechtigt in der ganzen preußischen Monarchie den Titel „Durchlaucht“ zu benutzen und jener musste durch alle Untertanen und Landesbehörden gebraucht werden.<sup>1065</sup> In der Praxis musste insbesondere in der Korrespondenz auf die korrekte Anredeform geachtet werden. Die Kanzeleischreiben, Vollmachten, Erklärungen, sofern sie nicht an die königliche Hof-, Staats- oder Militärbehörde gerichtet waren, durften im Pluralis Majestatis verfasst werden.<sup>1066</sup> Dem Fürsten stand auch das Recht zu einem Hausstaat und einer fürstlichen Verwaltung zu, innerhalb derer es dem Fürsten erlaubt war, eigene Diener einzustellen und ihnen ein angemessener Titel zu verleihen.<sup>1067</sup>

Das Haus Thurn und Taxis verfügte im Fürstentum Krotoszyn zudem über das Patronatsrecht über Schulen und Kirchen.<sup>1068</sup> Der Fürst besaß auch das Jagdrecht im Fürstentum. Allerdings wurde das Jagdrecht auf fremden Grundstücken mit dem Gesetz vom 31. Ok-

---

<sup>1059</sup> Vgl. GOTTWALD, Dorothee: Fürstenrecht und Staatsrecht im 19. Jahrhundert. Eine wissenschaftsgeschichtliche Studie (= Studien zur europäischen Rechtsgeschichte, Bd. 241), Frankfurt am Main 2009, S. 43.

<sup>1060</sup> Vgl. GOTTWALD, Dorothee: Fürstenrecht und Staatsrecht im 19. Jahrhundert, S. 43.

<sup>1061</sup> Ebd., S. 43.

<sup>1062</sup> Vgl. KOWALSKI, Mariusz: Księstwa Rzeczypospolitej. Państwo magnackie jako region polityczny (= Prace geograficzne Nr. 238), Warszawa 2013, S. 266.

<sup>1063</sup> Vgl. KOWALSKI, Mariusz: Księstwa Rzeczypospolitej, S. 266.

<sup>1064</sup> Ebd., S. 266.

<sup>1065</sup> Vgl. LOHNER, Anton: Geschichte und Rechtsverhältnisse des Fürstenhauses Thurn und Taxis, Regensburg 1895, S. 147.

<sup>1066</sup> Vgl. LOHNER, Anton: Geschichte und Rechtsverhältnisse, S. 147.

<sup>1067</sup> Ebd., S. 147.

<sup>1068</sup> Ebd., S. 152.

tober 1848 ohne das Recht auf eine Entschädigung abgeschafft.<sup>1069</sup> Die fürstliche Verwaltung schätzte die dadurch verursachten Schäden auf 10.968 Rthl. 23 Sgr. 9 Pf.<sup>1070</sup> Die fürstliche Seite sondierte die Chancen für eine Klage gegen die entschädigungslose Aufhebung des Jagdrechts auf den fremden Grundstücken im Fürstentum Krotoszyn beim preußischen Fiskus.<sup>1071</sup> Die fürstlichen Beamten der Domänen-Ober-Administration stellten fest, dass eine derartige Klage „völlig vergeblich“ sei.<sup>1072</sup> Man musste diesen Verlust der Privilegien annehmen. Ferner verfügten die Fürsten von Thurn und Taxis über das Recht auf eine Stimme und einen Sitz im Provinziallandtag des Großherzogtums Posen sowie eine Mitgliedschaft bei der ständischen Versammlung der Kreise Adelnau und Krotoszyn sowie eine damit verbundenem Stimme bei den beiden Kreistagen.<sup>1073</sup> Der Fürst konnte sich nach erlangter Volljährigkeit (damals 24 Jahre) bei den Provinziallandtagen und Kreistagen in Königreich Preußen durch einen Bevollmächtigten vertreten lassen, allerdings nur durch einen landtagsfähigen Besitzer eines Rittergutes oder einen anderen Gutsbesitzer.<sup>1074</sup> Dem Fürsten von Thurn und Taxis stand bei dem Provinziallandtag im Großherzogtum Posen eine Virilstimme<sup>1075</sup> zu, außerdem besaß auch Fürst Sułkowski eine Virilstimme.<sup>1076</sup> Alle Fürsten von Thurn und Taxis waren sowohl bei den Provinziallandtagen als auch bei den Kreistagen nie persönlich anwesend und ließen sich stets vertreten.<sup>1077</sup> So wurde der Fürst beim ersten Provinziallandtag im Jahre 1827 beispielsweise durch Stanisław Poniński aus Września,<sup>1078</sup> 1837 durch den Grafen Goltz<sup>1079</sup> und im Jahre 1841 durch den Rittergutsbesitzer Zacha aus Strzelec vertreten.<sup>1080</sup> Im Jahre 1843 sandte der Fürst gar keinen Vertreter und im Jahre 1845 repräsentierte Graf Józef Goetzendorf-Grabowski den Fürsten beim Provinziallandtag der Provinz Posen.<sup>1081</sup> Im Jahre 1865 wurde der Fürst dort durch Alfons Taczanowski vertreten.<sup>1082</sup> Durch die Verordnung vom 12. Oktober 1854 wurde dem regierenden Fürsten von Thurn und Taxis, eine erbliche

<sup>1069</sup> Vgl. SCHIER, Rolf: Standesherrn, Heidelberg/Karlsruhe 1978, S. 80.

<sup>1070</sup> Vgl. FTTZA, IB 1727: Den gegen den k. preuß. Fiskus zu erhebenden Anspruch wegen Aufhebung der Jagdgerechtigkeit auf fremden Grundstücken betr., Regensburg 12. April 1849.

<sup>1071</sup> Vgl. FTTZA, IB 1727: Regensburg 12. April 1849.

<sup>1072</sup> Vgl. FTTZA, IB 1727: Regensburg 23. Juni 1849.

<sup>1073</sup> Vgl. LOHNER, Anton: Geschichte und Rechtsverhältnisse, S. 150.

<sup>1074</sup> Ebd., S. 150.

<sup>1075</sup> Als „Virilstimme“ wird die Einzelstimme eines Stimmberechtigten bezeichnet, der aufgrund seiner Funktion oder seines Amtes eine Stimme besaß ohne jedoch als Repräsentant in den Landtag oder das Parlament gewählt worden zu sein.

<sup>1076</sup> Vgl. KARWOWSKI, Stanisław: Historia Wielkiego Księstwa Poznańskiego, Bd. I. 1815–1852, Poznań/Warszawa 1918/1981, S. 77.

<sup>1077</sup> Vgl. FTTZA, DK 19999: Die Einladungen Sr. Durchlaucht zum Landtage u. desfalls getroffenen Verfügungen ebenso die Vertretung bei den Kreistagen, Vol. I, 1826–1894 und FTTZA, DK 20018: Die Einladungen seiner Durchlaucht zu den Kreis- und Landtagen der Provinz Posen und die Vertretung derselben, Vol. II, ab 1895.

<sup>1078</sup> Vgl. KARWOWSKI, Stanisław: Historia Wielkiego Księstwa Poznańskiego, S. 77 und S. 82.

<sup>1079</sup> Vgl. HADRYCH, Paweł: W czasach pruskich (1793–1918), in: MARCINIAK, Ryszard, KOSIŃSKI, Dionizy, PARYSKA, Jerzy J. (Hg.), Krotoszyn. Historia, Bd. 2, Krotoszyn/Poznań 1996, 171–276; S. 180.

<sup>1080</sup> Vgl. KARWOWSKI, Stanisław: Historia Wielkiego Księstwa Poznańskiego, S. 190.

<sup>1081</sup> Ebd., S. 215 und S. 235–236.

<sup>1082</sup> Vgl. HADRYCH, Paweł: W czasach pruskich (1793–1918), S. 180.

Mitgliedschaft im preußischen Herrenhaus verliehen.<sup>1083</sup> Nach §45 der vorläufigen Anweisung für die fürstlichen Beamten im Fürstentum Krotoszyn bestand Briefprotokolfreiheit in Bezug auf den Schriftverkehr zwischen dem Fürsten und seinen fürstlichen Behörden in Regensburg, aber auch den fürstlichen Pächtern, der königlichen Regierung und königlichen Behörden in Preußen.<sup>1084</sup> Die Benutzung der Post stand also den fürstlichen Beamten auf ähnliche Weise wie den preußischen Staatsbehörden zur Verfügung.<sup>1085</sup> Die Portofreiheiten wurden mit dem Gesetz vom 5. Juni 1869 im Gebiet des Norddeutschen Bundes beseitigt und zunächst durch eine jährliche Entschädigung für Porto- und Gebührenbeträge aus der Bundeskasse gedeckt.<sup>1086</sup> Später im Jahre 1889 wurde das Haus Thurn und Taxis durch eine einmalige Zahlung von 21.097 Mark 80 Pf. für seine Portofreiheit entschädigt.<sup>1087</sup> Die Befreiung vom Militärdienst in Königreich Preußen gehörte zu weiteren Privilegien und stand dem Fürsten sowie den Mitgliedern des Hauses Thurn und Taxis zu.<sup>1088</sup>

Das Fürstentum Krotoszyn umfasste insgesamt 25.316 Hektar und 37,11 Ar.<sup>1089</sup> Es war ein Majorat (nur der älteste Sohn konnte erben) und das einzige Thronlehen im Großherzogtum Posen.<sup>1090</sup> Von allen Großgrundbesitzungen galten die Besitzungen von Thurn und Taxis als die größten in dieser Region.<sup>1091</sup> Weitere Großbesitzungen in Großpolen waren zum Vergleich der Besitz des Ökonomierats Kennemann mit 20.789 Hektar (verstreut in den Kreisen Jarotschin, Gostyń, Posen-Ost, Schroda und Kolmar) und der Besitz des Grafen Zygmunt Raczyński im Umfang von 18.325 Hektar (verteilt auf die Kreise Obornik, Samter und Kolmar).<sup>1092</sup> Darüber hinaus zählten die Besitzungen des Grafen Schulenburg in Filehne mit einer Größe von 12.709 Hektar und des Grafen Hochberg in Krucz im Kreis Czarnikau mit 10.161 Hektar zum Großgrundbesitz in der Provinz Posen.<sup>1093</sup> An die Krotoszyner Besitzungen des Fürsten von Thurn und Taxis grenzten die Güter des Hauses Radziwiłł, die offiziell im Jahre 1839 zur Grafschaft Przygodzice (poln. hrabstwo Przygodzickie) erhoben und unbenannt wurden.<sup>1094</sup> Diese Besitzungen umfassten im Jahre 1881 insgesamt 16.668,4 Hektar, davon umfassten 7.237,8 Hektar landwirt-

---

<sup>1083</sup> Vgl. LOHNER, Anton: Geschichte und Rechtsverhältnisse, S. 150.

<sup>1084</sup> Vgl. FTTZA, DK 8423: Die Constituirung der Rentkammer des nun erworbenen Fürstenthums Krotoszyn und die für dieselbe entworfene Instruction über die Geschäftsführung, 1821, Vorläufige Anweisung, Krotoszyn 16. Juni 1819.

<sup>1085</sup> Vgl. LOHNER, Anton: Geschichte und Rechtsverhältnisse, S. 151.

<sup>1086</sup> Ebd., S. 150.

<sup>1087</sup> Ebd., S. 151.

<sup>1088</sup> Ebd., S. 147.

<sup>1089</sup> Ebd., S. 234.

<sup>1090</sup> Vgl. HARNIER, Alexander von: Beitrag zur Geschichte des deutschen Großgrundbesitzes, S. 67.

<sup>1091</sup> Ebd., S. 69.

<sup>1092</sup> Ebd., S. 70.

<sup>1093</sup> Ebd., S. 70.

<sup>1094</sup> Vgl. KOWALSKI, Mariusz: Księstwa Rzeczypospolitej, Warszawa 2013, S. 266. In anderen Quellen wird allerdings das Jahr 1840 genannt, vgl. MALYSZKO, Stanisław: Powiat Ostrowski. Majątki Wielkopolskie, Bd. III., in: Dawne budownictwo folwarczne, Szreniawa 1996, S. 148.

schaftliche Flächen (Äcker, Weiher, Wiesen, Garten), 7.371 Hektar Forsten und den Rest machten Wasser- und Brachflächen aus.<sup>1095</sup> Das Fürstentum Krotoszyn kann man in zwei Hälften teilen, eine, die für landwirtschaftliche und eine, die für Forstzwecke genutzt wurde. Die landwirtschaftliche Hälfte des Fürstentums machten insgesamt 12.696 Hektar und 57,58 Ar Boden für Gärten, Wiesen, Äcker, Weiher usw. aus.<sup>1096</sup> Davon entfielen 11.548 Hektar und 9,18 Ar auf 24 Komplexgüter und die restlichen 1.148 Hektar auf Einzelgrundstücke (überwiegend Gärten, Äcker und Wiesen).<sup>1097</sup> Die zweite Hälfte stellten die Forsten dar, die eine riesige Fläche von insgesamt 12.619 Hektar und 79,53 Ar Wald umfassten.<sup>1098</sup> Insgesamt hatte das Fürstentum Krotoszyn im Verlauf des 19. Jahrhunderts ca. 250 Quadratkilometer bzw. 25.000 ha Fläche. Bei der Liquidation und Übernahme des Fürstentums Krotoszyn durch den polnischen Staat im Juni 1927 betrugen die fürstlichen Besitzungen dort beinahe 24.000 ha Fläche.<sup>1099</sup> Nur wenige Standesherrschaften waren größer. Beispielweise war das Fürstentum Pleß (poln. Księstwo Pszczyńskie) der Fürsten von Hochberg in Oberschlesien größer als das Fürstentum Krotoszyn. Im Jahre 1861 umfasste das Fürstentum Pleß insgesamt 36.899 ha, was 1/3 des damaligen Kreises Pleß ausgemacht hatte.<sup>1100</sup> Bis 1907 erreichte das Fürstentum Pleß eine Größe von 40.437 ha, davon machten die Forsten 24.759 ha aus.<sup>1101</sup>

Genaue Berechnungen geben an, dass bei der Übernahme der preußischen Domänen Güter und bei der Entstehung des Fürstentums Krotoszyn im Jahre 1819, jenes aus dem Domänenamt Adelnau aus der Stadt Sulmierzyce (später Sulmirschütz) und Adelnau bestand, dazu kamen noch 18 Dörfer, 11 Vorwerke und 12 Forstreviere.<sup>1102</sup> Das Domänenamt Krotoszyn zählte außer der Stadt mit ihrem Schloss und Stadtpark auch 12 Dörfer, 10 Vorwerke und Wälder.<sup>1103</sup> Das Domänenamt Orpiszewo umfasste 8 Dörfer, 4 Kolonien, 6 Vorwerke und 6 Forstreviere.<sup>1104</sup> Auf dem Domänengut Rozdrażewo befanden sich 6 Dörfer, 2 Kolonien, 5 Vorwerke und 2 Forstreviere.<sup>1105</sup> In den Jahren 1871–1891 wurden in Preußen die sog. Gutsbezirke eingeführt, die in der Zweite Polnische Republik nach

<sup>1095</sup> Vgl. MALYSZKO, Stanisław: Powiat Ostrowski. Majątki Wielkopolskie, S. 149.

<sup>1096</sup> Vgl. LOHNER, Anton: Geschichte und Rechtsverhältnisse, S. 234.

<sup>1097</sup> Ebd., S. 234.

<sup>1098</sup> Ebd., S. 234.

<sup>1099</sup> Vgl. FTTZA, DK 21437: Liquidierung des Fürstentums Krotoschin. Ansprüche auf Rückzahlung der bei der Liquidation durch die Polnische Regierung erhobenen Lehensgebühr, 1927–1938. Abschrift des Beschlusses des Liquidations-Komitees in Poznań vom 22. April 1927, Poznań 10. Juni 1927.

<sup>1100</sup> Vgl. SALA, Marta: Działalność społeczno-kulturalna książąt pszczyńskich von Hochberg na Górnym Śląsku w XIX wieku, in: MYSZOR, Jerzy (Hg.), Źródła do dziejów Kościoła Katolickiego na Górnym Śląsku Nr. 13, Katowice 2015, S. 85.

<sup>1101</sup> Vgl. SALA, Marta: Działalność społeczno-kulturalna książąt pszczyńskich von Hochberg na Górnym Śląsku w XIX wieku, S. 90.

<sup>1102</sup> Vgl. WERNER, Gerhard: Krotoschin und das Fürstliche Haus Thurn und Taxis, in: KOEPEL, Heinz-Friedrich, Landwirte im Osten. Unter den Dächern von Thurn und Taxis, Schotten 2002, Selbstverlag, S. 26–39; S. 27.

<sup>1103</sup> Vgl. WERNER, Gerhard: Krotoschin und das Fürstliche Haus Thurn und Taxis, S. 27.

<sup>1104</sup> Ebd., S. 27.

<sup>1105</sup> Ebd., S. 27.

dem Krieg bis zur Reform im Jahre 1934 in der Form weiter existierten.<sup>1106</sup> Die fürstlichen Gutskomplexe im Fürstentum Krotoszyn bildeten nach der Kreisordnung vom 13. Dezember 1872 selbständige Gutsbezirke und waren keiner Gemeinde einverleibt.<sup>1107</sup> Insofern kann man sie zu der Zeit als selbständige kommunale Verbände betrachten.<sup>1108</sup> Im Jahre 1895 gab es 36 selbständige Gutsbezirke in 16 Gemeinden im Kreis Krotoszyn und Kreis Adelnau.<sup>1109</sup> Im Jahre 1910 besaß der Fürst von Thurn und Taxis im Kreis Adelnau 9 Güter, 3.828 Hektar der insgesamt 10.997 Hektar wurden landwirtschaftlich genutzt. Im Kreis Krotoschin hatte der Fürst 19 Güter und insgesamt 14.669 Hektar, wovon 8.247 Hektar als landwirtschaftliche Nutzfläche verwendet wurden.<sup>1110</sup> Manche Güter wurden in größere Güterkomplexe zusammengefasst, deshalb erscheint die Anzahl der fürstlichen Güter nur rein äußerlich wesentlich kleiner.<sup>1111</sup>

Der Besitz von selbständigen Gutskomplexen war sowohl mit Pflichten als auch mit Rechten verbunden. Das bedeutete, dass der Fürst von Thurn und Taxis sich um die Wegeunterhaltung, die Armenpflege, Naturalbauleistung bei Bauten und Reparaturen in den Schulgebäuden oder Kirchen und um die subsidiäre Unterhaltung der Schullehrer in seinen Gütern kümmern musste.<sup>1112</sup> Im Jahre 1820 erhielt beispielsweise ein Lehrer im Kreis Adelnau 75 Taler und einen Silbergroschen sowie zusätzliche 50 Taler aus der Kirchenkollekte.<sup>1113</sup> Dem Lehrer wurden auch 4 Morgen Wiese und ein Garten zur Bewirtschaftung übergeben.<sup>1114</sup> Außerdem bekam er Naturalien und Brennholz.<sup>1115</sup> Einige Jahrzehnte später im Jahre 1859 betrug der Durchschnittslohn im Kreis Adelnau 195 Taler und 1864 schon 222 Taler.<sup>1116</sup> Ein Schullehrer erhielt laut Bestimmungen aus dem Jahre 1873 auf dem Lande beispielsweise mindestens 200 Taler und in der Stadt mindestens 250 Taler, inklusive freier Unterkunft und Brennmaterial.<sup>1117</sup> Dem Fürsten als Patron standen auch Ehrenrechte in den Kirchen wie besonderer Kirchenstuhl, Kirchengebet, Begräbnisplatz in der Kirche und Trauergeläute zu.<sup>1118</sup> Das Kirchenpatronat war mit dem Präsentationsrecht verbunden. Das heißt, dass der Fürst und seine Verwaltung die Priester für ihre Kirchen benennen konnten.<sup>1119</sup> Die Benennung wiederum musste durch den Bischof der

---

<sup>1106</sup> Vgl. KOWALSKI, Mariusz: *Księstwa Rzeczpospolitej*, Warszawa 2013, S. 253.

<sup>1107</sup> Vgl. LOHNER, Anton: *Geschichte und Rechtsverhältnisse*, S. 151.

<sup>1108</sup> Ebd., S. 151.

<sup>1109</sup> Ebd., S. 234.

<sup>1110</sup> Vgl. HARNIER, Alexander von: *Beitrag zur Geschichte des deutschen Großgrundbesitzes*, S. XXVI.

<sup>1111</sup> Vgl. FTTZA, DK 20014: Die neue Kreisordnung in der Provinz Posen und Pommern, Fürstliche Rentkammer. Bezeichnung der neuzubildenden Gutsbezirke im Fürstenthum Krotoschin.

<sup>1112</sup> Vgl. LOHNER, Anton: *Geschichte und Rechtsverhältnisse*, S. 151.

<sup>1113</sup> Vgl. DYMĄCZ, Eugeniusz: *Monografia Odolanowa*, Odolanów 2003, S. 99.

<sup>1114</sup> Ebd., S. 99.

<sup>1115</sup> Ebd., S. 99.

<sup>1116</sup> Ebd., S. 99.

<sup>1117</sup> Vgl. FTTZA, DK 20143: Die fürstl. Patronatspfünde betr. 1873. Schloss Krotoszyn, 1. April 1873.

<sup>1118</sup> Vgl. LOHNER, Anton: *Geschichte und Rechtsverhältnisse*, S. 152.

<sup>1119</sup> Ebd., S. 152.



Diözese bestätigt, konnte aber auch abgelehnt werden.<sup>1120</sup> Die einzelnen Pfarreien erhielten Ackerflächen, Geld und Naturalien.<sup>1121</sup> Außerdem erhielten Pfarreien Brenn- und Bauholz, Einnahmen aus den Pfarrgebühren (sog. Stolgebühren) und Zinsen aus Kapitalien für das Abhalten von Messen.<sup>1122</sup> Die Schulen erhielten 4–14 Morgen Land und 4–6 Klaftern Brennholz und das Bauholz war von der Gutsherrschaft unentgeltlich abzugeben.<sup>1123</sup> Mit dem Patronatsrecht waren auch Kirchenbaulasten wie Unterstützung beim Bau von Kirchen und deren Ausschmückung, Reparaturen und Baumaterialienlieferungen verbunden. Fürst Maximilian Karl von Thurn und Taxis (1802–1871) finanzierte beispielsweise im Jahre 1848 den Ausbau des Kirchturms der katholischen Pfarrkirche in Krotoszyn (poln. kościół farny) und bedeckte sie mit einem Zelthelm aus Metall.<sup>1124</sup> Fürstin Margarethe Clementine von Thurn und Taxis (1870–1955) unterstützte großzügig die charitativen Initiativen der evangelischen Gemeinde in Krotoszyn.<sup>1125</sup> Auf der anderen Seite standen den Fürsten in den einzelnen Gutsbezirken die Obrigkeitsrechte zu.<sup>1126</sup> Bereits im Jahre 1850 befanden sich 12 Kirchen und 36 Schulen unter dem fürstlichen Patronat.<sup>1127</sup> Im Jahre 1876 gab es schon 39 fürstliche Patronate, die Anzahl der Kirchen unter dem fürstlichen Patronat änderte sich nicht.<sup>1128</sup> Im Jahre 1893 gab es im Fürstentum Krotoszyn beispielsweise 12 Kirchenpatronate und 40 Schulpatronate.<sup>1129</sup> Von den Kirchenpatronaten waren 11 katholisch und 1 evangelisch, von den fürstlichen Schulpatronaten waren 34 katholisch und 6 evangelisch.<sup>1130</sup> Im fremden Patronat befanden sich im Jahre 1893 dagegen nur 1 katholische, 1 evangelische und 3 jüdische Kirchen und 5 katholische, 2 gemischte und 1 jüdische Schulen.<sup>1131</sup> Im Jahr 1900 umfasste das fürstliche Patronat 44 Schulen und 11 Kirchen.<sup>1132</sup> Dies beweist, dass die fürstlichen Patronate im Fürstentum Krotoszyn und somit in den beiden Kreisen im 19. Jahrhundert dominierend waren und dadurch die Fürsten ihre Herrschaft nach Innen und Außen ausüben konnten, wenngleich eher auf symbolischer Ebene als Patron, Mäzen, Stifter und Unterstützer von Schulen und Kirchen.

---

<sup>1120</sup> Ebd., S. 152.

<sup>1121</sup> Vgl. FTTZA, DK 20143: Schloss Krotoszyn, 5. Februar 1873.

<sup>1122</sup> Vgl. FTTZA, DK 20143: Schloss Krotoszyn 1. April 1873.

<sup>1123</sup> Vgl. FTTZA, DK 20143: Schloss Krotoszyn 1. April 1873.

<sup>1124</sup> Vgl. HADRYCH, Paweł: W czasach pruskich (1793–1918), Poznań 1996, S. 192.

<sup>1125</sup> Ebd., S. 255.

<sup>1126</sup> Vgl. LOHNER, Anton: Geschichte und Rechtsverhältnisse, S. 151.

<sup>1127</sup> Vgl. FTTZA, IB 1227: Anfertigung von Tableau über die statistischen und staatsrechtlichen Verhältnisse der fürstlichen Besitzungen, Vol. 1, 1828–1867.

<sup>1128</sup> Vgl. Vgl. FTTZA, IB 1228: Tableaus über die statistischen und staatsrechtlichen Verhältnisse der fürstlichen Besitzungen, Vol. 2.

<sup>1129</sup> Vgl. FTTZA, DK 20113: Tableau der statistischen Verhältnisse.

<sup>1130</sup> Vgl. FTTZA, DK 20113.

<sup>1131</sup> Vgl. FTTZA, DK 20113.

<sup>1132</sup> Vgl. FTTZA, DK 20113.

Mit der Entstehung des Fürstentums Krotoszyn im Jahre 1819 wurde aus Krotoszyn ein administratives Zentrum der Region. Aufgrund der fürstlichen und staatlichen Beamten vor Ort sowie der Intelligenz aus der Stadt und dem Kreis erwuchs der Bedarf an einer Mittelschule.<sup>1133</sup> Deshalb bemühte sich Fürst Karl Alexander von Thurn und Taxis (1770–1827) beim preußischen Kultusministerium um die Gründung der ersten Mittelschule in Krotoszyn, um die Bedürfnisse seiner Beamten und der dortigen Bevölkerung zu erfüllen.<sup>1134</sup> Leider ohne Erfolg. Allerdings gaben seine Bemühungen den Anstoß zur späteren Gründung der Kreisschule in Krotoszyn am 3. Oktober 1836.<sup>1135</sup> Die Schule erhielt vom Fürsten Maximilian Karl von Thurn und Taxis (1802–1871) beispielweise 200 Taler für die Ausstattung des Physikraums.<sup>1136</sup> Im Jahre 1854 wurde die Schule in ein Gymnasium umgewandelt.<sup>1137</sup> Es wurden selbstverständlich nicht nur Kirchen und Schulen unterstützt. Die Fürsten von Thurn und Taxis beteiligten sich auch an der Unterstützung der Vereine und Organisationen oder jeglichen Initiativen der Gemeinden und ihrer Mitglieder.<sup>1138</sup> Es wurden unter anderen der Obst- und Gartenbauverein des Kreises Krotoschin, der Brunnenausbau in den Gemeinden, das Feuerlöschwesen, die Männerturnvereine, die Schützengilden, Reparaturen der Dorfkreuze und Brücken, die Errichtung eines deutschen Vereinshauses, Kinderheime, Radfahrer-Vereine, der Vaterländische Frauen-Verein, der Preußische Landes-Kriegerverband Grandorf, die Landwehrvereine, der Bau von Krankenhäuser usw. finanziell mit Spenden unterstützt.<sup>1139</sup> Als Grund für die Unterstützung wurde oft die „Gemeinnützigkeit des Unternehmens“ betont.

---

<sup>1133</sup> Vgl. KUSZA, Marian: *Dzieje gimnazjum krotoszyńskiego 1836–1946*, Krotoszyn/Poznań 2000, S. 21.

<sup>1134</sup> Vgl. KUSZA, Marian: *Dzieje gimnazjum krotoszyńskiego*, S. 21.

<sup>1135</sup> Ebd., S. 22 und S. 28ff.

<sup>1136</sup> Ebd., S. 32.

<sup>1137</sup> Vgl. ANDERS, Paweł: *Krotoszyn* (= Wielkopolska Biblioteka Krajoznawcza Nr. 7), Poznań 1994, S. 24 und KUSZA, Marian: *Dzieje gimnazjum krotoszyńskiego*, S. 49–50.

<sup>1138</sup> Vgl. FTTZA, DK 20739: *Gesuche von Gemeinden, Vereinen, Corporationen*, Vol. I und FTTZA, DK 20740: *Gesuche von Gemeinden, Vereinen, Corporationen*, Vol. II.

<sup>1139</sup> Vgl. FTTZA, DK 20739 und FTTZA, DK 20740.



Abbildung 11: Das Fürstentum Krotoszyn nach 1829<sup>1140</sup> (links); Abbildung 12: Das Fürstentum Krotoszyn im Jahre 1926<sup>1141</sup> (rechts)

Die Fläche der Besitzungen der Fürsten von Thurn und Taxis im Fürstentum Krotoszyn änderte sich in den hundert Jahren von der Entstehung des Fürstentums bis zu seiner Auflösung nach dem ersten Weltkrieg insgesamt betrachtet nur geringfügig. Im Jahre 1822 wurde vom Adeligen Thomas von Gatkiewicz das Allodialgut Chwaliszewo und im Jahre 1823 das Allodialgut Glogowo (poln. Głogowo) vom bayerischen König Maximilian I. Joseph (1756–1825) angekauft.<sup>1142</sup> Die zwei Güter gehörten zu den bedeutendsten Zukäufen. Für das Gut Chwaliszewo bezahlte der Fürst von Thurn und Taxis damals 85.000 Rthl. und für das Gut Glogowo 71.050 Rthl.<sup>1143</sup> In der Nachbarschaft des Fürstentums entstanden zahlreiche deutsche Ansiedlungen. Dies geht auf das Jahr 1886 zurück, als die preußische Regierung zahlreiche Siedlungsgesetze für den Osten des Kaiserreichs Deutschland erlassen hatte.<sup>1144</sup>

<sup>1140</sup> Vgl. FTTZA, KS 417: Ocular Plan des Fürstenthums Krotoszyn, nach 1829.

<sup>1141</sup> Vgl. FTTZA, KS 427: Księstwo Krotoszyńskie, 1926.

<sup>1142</sup> Vgl. FTTZA, HMA 23: Extrakt aus der statistisch-topographischen Beschreibung der f. Domänen, angelegt durch Kleinschmidt, Krotoschin 1840 und FTTZA, IB 2467: Die Erwerbung des adeligen Gutes Chwaliszewo; FTTZA, IB: 2468: Erwerbung des adeligen Gutes Glogowo.

<sup>1143</sup> Vgl. FTTZA, HMA 23: Extrakt aus der statistisch-topographischen Beschreibung der f. Domänen, angelegt durch Kleinschmidt, Krotoschin 1840 und FTTZA, IB 2467: Die Erwerbung des adeligen Gutes Chwaliszewo; FTTZA, IB: 2468: Erwerbung des adeligen Gutes Glogowo.

<sup>1144</sup> Vgl. **PROBST**, Erwin: Die Entwicklung der fürstlichen Verwaltungsstellen seit dem 18. Jahrhundert, in: **PIENDL**, Max (Hg.), Beiträge zur Geschichte Kunst- und Kulturpflege im Hause Thurn und Taxis (= Thurn und Taxis-Studien, Bd. 10), Regensburg 1978, S. 267–351, S. 340.

Bereits im Jahre 1895 schmiedete einer der Anführer des Ostmarkenvereins Ferdinand von Hansemann Pläne für die Parzellierung eines Teils der Besitzungen im Fürstentum Krotoszyn.<sup>1145</sup> Ein Entwurf wurde sogar dem Finanzminister Johannes von Miquel vorgelegt.<sup>1146</sup> Die Initiative musste allerdings warten. Im Jahre 1900 gab es beispielsweise im Gutsbezirk Krotoszyn-Theresienstein 193 Personen davon nur 26 Deutsche, in den fürstlichen Gütern im Kreis Krotoszyn lebten 2.944 Personen davon 625 Deutsche.<sup>1147</sup> Die preußische Regierung wollte diese – ihrer Meinung nach – ungünstigen Bevölkerungsverhältnisse ändern und die Fürstliche Rentkammer unternahm begrenzte Maßnahmen, um den Erwartungen des Landrats Hahn und den Behörden entgegenzutreten.<sup>1148</sup> Dazu zählte die Ausstellung neuer Pachtverträge an Deutsche, die Teilnahme der fürstlichen Beamten an deutschen patriotischen Kundgebungen sowie die Besetzung der Pfarreien, die nach der Absprache mit den Behörden erfolgte.<sup>1149</sup> Auf den fürstlichen Gütern wurden jedoch weiterhin mehrheitlich Polen eingestellt und die Pächter sprachen mit ihnen nicht selten polnisch.<sup>1150</sup> Dies bestätigen auch die Misserfolge der früheren preußischen kolonisationspolitischen Initiativen. Die ersten deutschen Kolonisten lassen sich für das Jahr 1799 nachweisen.<sup>1151</sup> Sie gründeten die ersten Kolonien im Amt Orpiszewo, nämlich Rosenfeld (poln. Różopole) und Hellenfeld (poln. Jasnepole).<sup>1152</sup> Im seit 1819 existierenden fürstlichen Domänenamt Orpiszewo lagen außer Hellenfeld und Rosenfeld auch die Kolonien Hoymsthal (Baszyn) und Friedrichsfeld (bzw. Kolonie Orpiszew).<sup>1153</sup> Die früher im Domänenamt Krotoszyn liegenden Siedlungen, die im Rahmen des preußischen Kolonisationsprogramms im Jahre 1804 mit 37 Familien durch die deutsche Kolonisten aus dem württembergischen Bickelsberg und Brittheim sowie den Dörfern Hellenfeld, Rosenfeld, Heinrichsfeld (poln. Henrykowo) und Haugfeld (poln. Brzoza) kolonisiert worden waren, germanisierten sich im Verlauf des 19. Jahrhunderts größtenteils nicht.<sup>1154</sup> Vier deutschen Kolonien Friedrichsfeld, Heinrichsfeld, Rosenfeld und Haugfeld, die Anfang des 19. Jahrhunderts entstanden waren, polonisierten sich zu 50%.<sup>1155</sup> Dies zeigt, dass die Besitzungen im Fürstentum Krotoszyn eine Enklave bildeten und sich von den Verhältnissen außerhalb der fürstlichen Gutsbezirke im gewissen Grade wesentlich unterschieden. Bezüglich der Germanisierungsversuche kann man feststellen, dass es offensichtlich für die

---

<sup>1145</sup> Vgl. **HADRYCH**, Paweł: *W czasach pruskich (1793–1918)*, Poznań 1996, S. 211.

<sup>1146</sup> Ebd., S. 211.

<sup>1147</sup> Ebd., S. 255.

<sup>1148</sup> Ebd., S. 255.

<sup>1149</sup> Ebd., S. 255.

<sup>1150</sup> Ebd., S. 255.

<sup>1151</sup> Vgl. **ZDUNEK**, Józef: *Domena orpiszewska w Księstwie Krotoszyńskim w latach 1819–1820*, in: **ZDUNEK**, Józef (Hg.), *Krotoszyn i okolice. Opracowania i materiały źródłowe*, Bd. VI, Krotoszyn 2010, S. 181–192; S. 185.

<sup>1152</sup> Vgl. **ZDUNEK**, Józef: *Domena orpiszewska w Księstwie Krotoszyńskim w latach 1819–1820*, S. 185.

<sup>1153</sup> Vgl. **FTTZA**, *Polen-Urkunde 1: Beilage No. 2*, Berlin 1. May 1819.

<sup>1154</sup> Vgl. **HADRYCH**, Paweł: *W czasach pruskich (1793–1918)*, S. 172 und S. 255.

<sup>1155</sup> Ebd., S. 255.

polnische Bevölkerung günstiger war in den fürstlichen Besitzungen zu wohnen oder zu arbeiten als woanders in der Region und nur unter der preußischen Herrschaft.

Die Ansiedlungskommission stellte dem Fürsten von Thurn und Taxis ihre Kaufpläne zum ersten Mal im Herbst 1909 im Rahmen von Sondierungsgesprächen beim fürstlichen Besuch in Theresienlust im Fürstentum Krotoszyn vor.<sup>1156</sup> Die Gespräche wurden von Landrat Hahn aus Krotoszyn geführt.<sup>1157</sup> Auf die ersten Vorschläge reagierte der Fürst nicht abweisend.<sup>1158</sup> Der Präsident der Ansiedlungskommission Friedrich Karl Gramsch (1860–1923) argumentierte, dass man das Deutschtum im Kreis Krotoszyn stärken möchte und dies nur durch die Ansiedlung deutscher Bauern und Arbeiter gelingen kann.<sup>1159</sup> Laut der Ansiedlungskommission befand sich ansonsten kein anderes geeignetes Siedlungsland im Kreis Krotoszyn.<sup>1160</sup> Man verwies ebenso darauf, dass die Germanisierungspolitik der preußischen Staatsregierung im großen Maße nur mit Hilfe des Fürsten erfolgreich durchgeführt werden könne.<sup>1161</sup> Bereits am 20. April 1910 genehmigte Fürst Albert I. von Thurn und Taxis die Verhandlungen für den Verkauf der Güter an die Ansiedlungskommission.<sup>1162</sup> Der Präsident der Königlichen Ansiedlungskommission für Westpreußen und Polen war über diese Nachricht erfreut und schrieb:

„Mit Dank und Befriedigung habe ich von der den Wünschen der Ansiedlungskommission so bereitwillig entgegenkommenden Entschliessung Seiner Durchlaucht des Fürsten von Thurn und Taxis, welche die Ueberlassung der Güter Margarethenhof mit Sagenhof, Theresienstein mit Niederau, Schäferhof und Neuvorwerk an die Ansiedlungskommission in Aussicht stellt, Kenntnis genommen.“<sup>1163</sup>

Die Ansiedlungskommission konnte zunächst die Transaktion nicht durchführen, da der Kaufpreis, den der Fürst angesetzt hat, für die Kommission zu hoch war.<sup>1164</sup> Dem Fürsten wurde später auch angeboten die bereits erwähnten Güter gegen andere zu tauschen. Der erste Tauschplan sah vor die Güter gegen die Güterkomplexe um Görlitz (Görlitzer Heide und Waldherrschaft Rietschen-Daubitz) zu tauschen, die zweite Möglichkeit stellten die Güter in Reisen (poln. Rydzyna) dar.<sup>1165</sup> Der Tausch kam allerdings nie zustande. Die fürstlichen Beamten bemühten sich die Verhandlungen mit der Ansiedlungskommission

---

<sup>1156</sup> Vgl. FTTZA, DK 20090: Die Abtretung eines Teiles des Thronlehens Fürstentum Krotoschin gehörigen Domänenbesitzes an die Kgl. Ansiedlungs-Kommission. Schreiben der Königlichen Ansiedlungskommission für Westpreußen und Posen an den Geheimen Rat Herrn Freiherrn von Aretin, Posen 29. Oktober 1909.

<sup>1157</sup> Vgl. FTTZA, DK 20090: Schreiben der Königlichen Ansiedlungskommission für Westpreußen und Posen an den Geheimen Rat Herrn Freiherrn von Aretin, Posen 29. Oktober 1909.

<sup>1158</sup> Vgl. FTTZA, DK 20090: Posen 29. Oktober 1909.

<sup>1159</sup> Vgl. FTTZA, DK 20090: Posen 29. Oktober 1909.

<sup>1160</sup> Vgl. FTTZA, DK 20090: Posen 29. Oktober 1909.

<sup>1161</sup> Vgl. FTTZA, DK 20090: Posen 29. Oktober 1909.

<sup>1162</sup> Vgl. FTTZA, DK 20090: Ankauf mehrerer Güter durch die Kgl. Ansiedlungskommission, Regensburg 20. April 1910.

<sup>1163</sup> Vgl. FTTZA, DK 20090: Der Präsident der Königlichen Ansiedlungskommission für Westpreußen und Posen, Posen 9. Mai 1910.

<sup>1164</sup> Vgl. FTTZA, DK 20090: Posen 9. Mai 1910.

<sup>1165</sup> Vgl. FTTZA, DK 20090.

lange geheim zu halten, allerdings gelangten dennoch Informationen darüber an die Öffentlichkeit, was für Unmut vor allem unter der polnischen Bevölkerung sorgte. Der fürstliche Rentkammer-Direktor Adolf May bemerkte in einem Bericht diesbezüglich:

Hierbei müssen wir nun ganz besonders betonen, daß die Verhandlungen des Hochfürstlichen Hauses mit den Königlichen Ansiedlungskommission über den Verkauf von Margaretenhof und Theresienstein, welche trotz aller Geheimhaltung unsererseits allgemein bekannt sind und auch schon in der Presse mehrfach erörtert wurden, unter der polnischen Bevölkerung unseres Amtsbezirkes und darüber hinaus eine tiefgehende Erregung und Vorstimmung gegen die fürstliche Verwaltung und das hochfürstliche Hand hervorgerufen haben. Die polnische Bevölkerung erblickt in diesem Verkauf einen gegen ihre nationale Daseinsberechtigung gerichteten feindseligen Angriff [...]<sup>1166</sup>

Ein teilweise durchgestrichenes Quellenfragment bezeugt, dass nach Außen die These verbreitet werden sollte, dass der Verkauf der fürstlichen Besitzungen im Fürstentum Krotoszyn keine Unterstützung seitens des Fürsten und seiner Verwaltung fand:

„Hinsichtlich der vom Amte befürchteten (# daß aber das Deutschtum in jeder möglichen Weise zu fördern ist) Stellungnahme der polnischen Bevölkerung gegen das fürstliche Haus und treue Verwaltung namentlich im Falle des Zustandekommens des Verkaufes der Güter Theresienstein und Margarethenhof an die kgl. Ansiedlungskommission hat das Amt bei passender Gelegenheit Aufklärung darüber zu geben, daß nicht seine hochfürstliche Durchlaucht den Verkauf der Güter erstrebt sondern vielmehr die Ansiedlungskommission [...]"<sup>1167</sup>

Im Falle des Verkaufs der Güter an die königliche Ansiedlungskommission war sogar geplant, sich gegen einen möglichen Widerstand seitens der polnischen Bevölkerung zu wehren, indem die fürstlichen Gutsächter und benachbarten Großgrundbesitzer sich gemeinsam in dieser Problematik unterstützen.<sup>1168</sup> Dieser Plan wurde auch am 21. Januar 1913 in Regensburg genehmigt.<sup>1169</sup>

Paweł Hadrych gibt den 20. April 1910 als Datum an, an dem es zur Transaktion mit der Ansiedlungskommission gekommen sei.<sup>1170</sup> Dieser Angabe widersprechen die Quellen. Das Datum entspricht jedoch der fürstlichen Genehmigung für die Verhandlungen mit der preußischen Ansiedlungskommission in dieser Frage. Hadrych erwähnt außer Margaretenhof (poln. dobra lutogniewskie), Sagenhof (poln. Wrózewy), Theresienstein (poln. folwark zamkowy) zudem drei weitere Ortschaften, nämlich Neuvorwerk, Niederau (poln. Osusz) und Schäferhof (poln. Bożacin), die auch verkauft wurden.<sup>1171</sup> Dies lässt sich wiederum belegen. Allerdings sollte man erwähnen, dass es sich um die Namen von

<sup>1166</sup> FTTZA, DK 20012: Schloss Krotoszyn 10. Januar 1913.

<sup>1167</sup> FTTZA, DK 20012: Die politischen Verhältnisse. Beanstandung polnischer Adressierung, Vol. I, Fürstliche Domänen Kammer, Regensburg 21. Januar 1913.

<sup>1168</sup> Vgl. FTTZA, DK 20012: Die politischen Verhältnisse. Beanstandung polnischer Verhältnisse, Vol. I, Fürstliche Domänen Kammer, Regensburg 21. Januar 1913.

<sup>1169</sup> Vgl. FTTZA, DK 20012: Fürstliche Domänen Kammer, Regensburg 21. Januar 1913.

<sup>1170</sup> Vgl. HADRYCH, Paweł: W czasach pruskich (1793–1918), Poznań 1996, S. 211 und S. 255.

<sup>1171</sup> Ebd., S. 211.

neuen Gutsbezirken handelt, die erst im Jahre 1901 entstanden sind.<sup>1172</sup> Demzufolge bildeten insbesondere davor die Gutsbezirke Theresienstein und Neuvorwerk mehrere Güter bzw. Vorwerke. Theresienstein wurde aus dem Vorwerk Theresienstein, Neu-Bożacin und Osusz gebildet; der neue Gutsbezirk Neuvorwerk entstand durch die Zusammenlegung des Vorwerks Neuvorwerk mit Ziegelei, Alt Krotoschin und dem Kobierno-Wäldchen und der neue Gutsbezirk Margarethenhof bestand früher aus dem Vorwerk Lutogniewo mit dem Lutogniewo-Wäldchen.<sup>1173</sup> Die preußische Ansiedlungskommission kaufte also die Güter Margarethenhof (296,2137 ha), Sagenhof (324,8440 ha), Theresienstein (314,9594 ha), Schäferhof (195,1468 ha), Niederau (6,6344 ha), Neuvorwerk (331,0079), Margarethenhof II (0,8113 ha) und Krotoschin-Stadt (12,1536 ha).<sup>1174</sup> Da das Fürstentum Krotoszyn ein Thronlehen war, musste die Transaktion offiziell von der Thronlehensbehörde genehmigt werden.<sup>1175</sup> Insgesamt wurden also 1.481,7711 Hektar bzw. abgerundet 1.482 ha an agrarwirtschaftlichen Fläche von der Ansiedlungskommission angekauft.<sup>1176</sup> Die Thronlehensgüter wurden am 29. Januar 1914 an die Ansiedlungskommission übergeben.<sup>1177</sup> Offiziell wurde die Durchführung der bereits seit längerer Zeit detailliert ausgehandelten Transaktion im Namen des Fürsten Albert Maria Lamoral von Thurn und Taxis durch die Fürstliche Domänen-Kammer in Vertretung von Domänendirektor Köckenberger am 17. Januar 1914 genehmigt.<sup>1178</sup> Im Anschluss darauf ordnete der Präsident der Ansiedlungskommission für Westpreußen und Posen am 7. Februar 1914 an, für die vom Fürsten von Thurn und Taxis übernommenen Güter am 10. Februar 3.049.503,53 Mark auf das Konto der Fürstlich Thurn und Taxis'schen Generalkasse in Regensburger Filiale der Bayerischen Vereinsbank zu überweisen.<sup>1179</sup> Die Fürstlich Thurn und Taxis'sche Generalkasse bestätigte den Eingang von Geldmitteln für diese Güter am 12. Februar 1914.<sup>1180</sup> Der Fürst plante noch weitere Güter an die Ansiedlungskommission zu verkaufen, jedoch wurden wegen des Kriegsausbruchs die Verkaufsangebote des Fürsten auf friedliche Zeiten nach dem Krieg verlegt.<sup>1181</sup> Allerdings wurde im gleichen Schreiben bemerkt, dass die Preisforderung des Fürsten nicht erfüllt werden

---

<sup>1172</sup> Vgl. FTTZA, DK 20014: Die neue Kreisordnung in der Provinz Posen und Pommern, Fürstliche Rentkammer. Bezeichnung der neuzubildenden Gutsbezirke im Fürstenthum Krotoschin, Kreis Krotoschin, Fürstliche Rentkammer, Schloß Krotoschin, 7. Juni 1901.

<sup>1173</sup> Vgl. FTTZA, DK 20014: Schloß Krotoschin, 7. Juni 1901.

<sup>1174</sup> Vgl. FTTZA, DK 20090: Durch die Ansiedlungskommission genehmigte Entwurf des Vertrages, Regensburg 16. September 1913 und 29. September 1913.

<sup>1175</sup> Vgl. FTTZA, DK 20090: Regensburg 16. September 1913.

<sup>1176</sup> Vgl. FTTZA, DK 20090: Durch die Ansiedlungskommission genehmigte Entwurf des Vertrages, Regensburg 16. September 1913 und 29. September 1913; sowie HADRYCH, Paweł: W czasach pruskich (1793–1918), Poznań 1996, S. 211.

<sup>1177</sup> Vgl. FTTZA, DK 20090: Posen 29. Januar 1914.

<sup>1178</sup> Vgl. FTTZA, DK 20090: Regensburg 17. Januar 1914.

<sup>1179</sup> Vgl. FTTZA, DK 20090: Posen 7. Februar 1914.

<sup>1180</sup> Vgl. FTTZA, DK 20090: Regensburg 12. Februar 1914.

<sup>1181</sup> Vgl. FTTZA, DK 20090: Posen 26. September 1914.

kann, da der Schätzungswert der angebotenen Waldgrundstücke viel kleiner sei.<sup>1182</sup> Zu dem Zeitpunkt war noch ungewiss, wie sich die Kriegslage entwickeln würde und von einem raschen Sieg waren alle Seiten des Konflikts überzeugt, zumindest noch im Jahr 1914.

### *Die fürstliche Gerichtsbarkeit im Fürstentum Krotoszyn*

Zu den wichtigen Privilegien, die Fürst Karl Alexander von Thurn und Taxis (1770–1827) aufgrund der Belehnung mit den preußischen Domänen im Großherzogtum Posen als Standesherrschaft Krotoszyn und letztendlich mit dem Fürstentum Krotoszyn erhalten hatte, zählte die fürstliche Gerichtsbarkeit. Dieses Privileg stellte eine Ausnahme dar, da im Großherzogtum Posen die private Gerichtsbarkeit bereits in der napoleonischen Ära zur Zeit des Herzogtums Warschau abgeschafft worden war.<sup>1183</sup> Nach der Übernahme Großpolens durch Preußen wurde sie auch nach 1815 nicht mehr wiedereingeführt.<sup>1184</sup> Die Belehnung des Fürsten von Thurn und Taxis mit der privaten Gerichtsbarkeit durch den preußischen König<sup>1185</sup> war deshalb im gewissen Sinne spektakulär.<sup>1186</sup> Genauer gesagt, handelte es sich um ein Fürstliches Friedensgericht und ein Fürstliches Fürstentumsgericht.<sup>1187</sup> Die beiden fürstlichen Gerichte nahmen ihre Tätigkeit am 1. Juli 1821 auf und hatten ihren Sitz in der Stadt Krotoszyn.<sup>1188</sup> Das Fürstliche Friedensgericht durfte in Zivilverfahren entscheiden, wo die Gesamtsumme des Streitgegenstandes nicht mehr als 50 Taler betrug.<sup>1189</sup> Es handelte sich hier in der Regel um Prozesse, bei denen es um Mieten, Dienerschaft und Gesinde, Regulierung von Eigentumsverhältnissen der Bauern und des Bürgertums ging sowie um Strafverfahren, insbesondere bei Holzdiebstahl.<sup>1190</sup>

---

<sup>1182</sup> Vgl. FTTZA, DK 20090: Posen 26. September 1914.

<sup>1183</sup> Vgl. GUT, Paweł: Ustrój, organizacja i działalność sądownictwa patrymonialnego we wschodnich prowincjach Prus w latach 1740–1849. Studium z dziejów instytucji prawnej, in: Naczelna Dyrekcja Archiwów Państwowych, Archiwum Państwowe w Szczecinie (Hg.), Szczecin/Warszawa 2013, S. 273.

<sup>1184</sup> Vgl. GUT, Paweł: Ustrój, organizacja i działalność sądownictwa patrymonialnego we wschodnich prowincjach Prus w latach 1740–1849, S. 273.

<sup>1185</sup> Eine zweite Ausnahme im Großherzogtum Posen stellte die Herrschaft Filehne (poln. władztwo wieleńskie) des Grafen Alexander von Blankensee dar, dessen Territorium sich bis 1807 in Südpreußen und nach 1815 im Großherzogtum Posen befand. Vgl. GUT, Paweł: Ustrój, organizacja i działalność sądownictwa patrymonialnego we wschodnich prowincjach Prus w latach 1740–1849, S. 179.

<sup>1186</sup> Vgl. GUT, Paweł: Ustrój, organizacja i działalność sądownictwa patrymonialnego, S. 273.

<sup>1187</sup> Vgl. FTTZA, DK 7675: Die Organisation der fürstlichen Gerichtshöfe im Fürstenthum, die dabei gepflogener Unterhandlungen und das ernannte Gerichtspersonale betr., 1819–1824.

<sup>1188</sup> Vgl. FTTZA, DK 7675: Abschrift der Bestimmungen der Königlicher Ober-Appellations Gerichts-Präsidenten Schönermark, Posen 15. Juni 1821, vgl. GUT, Paweł: Ustrój, organizacja i działalność sądownictwa patrymonialnego, S. 178.

<sup>1189</sup> Vgl. GUT, Paweł: Ustrój, organizacja i działalność sądownictwa patrymonialnego, S. 178.

<sup>1190</sup> Ebd., S. 178.



Im Jahr 1831/1832 gab es beim Fürstlichen Friedensgericht beispielweise 391 Holzdiebstahlverfahren.<sup>1191</sup>

Das Fürstliche Fürstentumsgericht entschied in Zivilsachen im Werte ab 50 Taler. Dies betraf (Zwangs-)Versteigerungen, Insolvenzverfahren, Familien- und Vormundschaftsverfahren, Hypothekenangelegenheiten sowie Strafverfahren.<sup>1192</sup> Das Fürstliche Fürstentumsgericht besaß auch das Recht Untersuchungen zu leiten.<sup>1193</sup> Die beiden fürstlichen Gerichte im Fürstentum Krotoszyn benötigten natürlich auch Räumlichkeiten, um funktionieren zu können. Für diesen Zweck wurde am 26. Mai 1820 das Haus vom Stefan Garczynsky für 4.000 Rthl. angekauft.<sup>1194</sup> Hinzu kam relativ spät, nämlich im Jahr 1833, die Gerichtsbarkeit der Allodialgüter Glogowo und Chwaliszewo hinzu, die ebenfalls durch die fürstlichen Gerichte ausgeübt wurde.<sup>1195</sup> Schon bei der Gründung des fürstlichen Gerichts kam es zu Problemen:

„Das große Personal von dem Herr von Schönermark für die hiesigen Gerichte gar nicht abzubringen ist, wird nur mit sehr großen Schwierigkeiten – für den Zweck geeignet gefunden werden können, weil jeder Justiz-Beamte vollkommen polnisch verstehen muß, [...] außerdem noch die Verhandlung in zwei Sprachen eine beinahe verdoppelte Schreiberei nach sich zieht [...]“<sup>1196</sup>

Es konnten nicht genug Gerichtsbeamten gefunden werden, die die polnische Sprache ausreichend beherrschten und solche Personen waren nötig, um ein Gerichtsverfahren bei der mehrheitlich polnischen Bevölkerung am Fürstentumsgericht oder am Fürstlichen Friedensgericht führen zu können. Mit der Tatsache, dass sehr viele Verhandlungen in zwei Sprachen geführt wurden, war auch ein doppelter Schreibverkehr verbunden, da viele Texte übersetzt werden mussten. Es gab aber auch andere Probleme, die die Suche nach geeignetem Gerichtspersonal erschwerten wie aus dem Antwortschreiben des Königlichen Ober- Appellationsgerichtspräsidenten in Posen, Herrn Schönermark, hervorgeht:

„In Ansehung der Besoldung der fürstlichen Justizbemateten, bemerke ich im Allgemeinen, daß die preußische Regierung anheiß giebt, sie so hoch zu bestimmen, als Sr. Durchlaucht es gut finden werden. Aber es erscheint bedenklich, ob gegen geringen Lohn, und bei dem bestehenden Verbote einen Antheil an den Sportule zu haben, jemand geneigt seyn wird, sich anstellen zu lassen.

Bei den königlichen Gerichten sind die Offizianten zum größere Theile mit weit bedeutendere Gehältern versehen, als Euer in Antrag zu bringen geneigt sind, und haben außerdem noch die Ansicht, durch Ascension in eine bessere Lage versetzt zu

---

<sup>1191</sup> Ebd., S. 178.

<sup>1192</sup> Ebd., S. 178.

<sup>1193</sup> Ebd., S. 178.

<sup>1194</sup> Vgl. FTTZA, DK 8475: Ankauf des Garczynskischen Hauses zur Unterbringung des Fürstentums Gerichte, 1820, Krotoszyn 7. August 1822 und Regensburg 12. Februar 1823.

<sup>1195</sup> Vgl. FTTZA, IB 2474: Gerichtsbarkeit über die Allodialgüter Glogowo und Chwaliszewo, 1825–1833, Regensburg 4. März 1833.

<sup>1196</sup> Vgl. FTTZA, DK 7675: Schloß Krotoszyn 16. Januar 1820.

werden; und doch ist noch manche Stelle unbesetzt, weil es an Beamten fehlt, die sich entschließen können, ihre Heimath gegen einen geringen Vorteil zu verlassen, und sich in diese Provinz zu begeben, wo die Amtsführung in vielfacher Hinsicht weit schwieriger ist, als in den Ländern, wo deutsche Sitte und Einsicht herrschen.“<sup>1197</sup>

Das Großherzogtum erschien den Gerichtsbeamten damals als unattraktiv, da das Land wenig mit dem Deutsch geprägten Gebieten des alten Reiches zu tun hatte, dort andere Sitten herrschten und es als provinziell angesehen wurde. Aus dem Grund hatten sogar die königlichen Gerichte Probleme bei der Besetzung der offenen Stellen. Zudem erschien die Anstellung am fürstlichen Gericht den theoretischen Kandidaten als unvorteilhaft, da die Löhne geringer waren und es keine Aussichten auf zusätzliche Apanagen, wie es im preußischen Gericht der Fall gewesen wäre, gab. Ein weiterer Grund für diesen Zustand war die Tatsache, dass sich nur wenige Personen, die aus dem Großherzogtum Posen stammten, für den Richterberuf ausbilden ließen.<sup>1198</sup> Letztendlich wurden mit der Zeit aber geeignete Personen gefunden. Beispielweise waren im Jahre 1823 beim Fürstlichen Fürstentumsgericht 16 Personen und beim Fürstlichen Friedensgericht 6 Personen beschäftigt.<sup>1199</sup> Unter den Mitarbeitern des Fürstentumsgerichts waren im Jahre 1823 drei Justizräte, namentlich Johann Friedrich Wilhelm, Friedrich Ludwig Tolkemit und Franz Tirsä, daneben ein Depositall- und Salarienkassenrendant mit dem Namen Johann Georg Sawade, ein Carl Friedrich Meyer als Registratur<sup>1200</sup> und Ingrassator<sup>1201</sup>, Carl Friedrich Bump als Registratur-Assistent, Martin Joseph Kosmalski als Sekretär und Kalkulator, Carl Ludwig Trachmann als Sekretärsapplicant, Leo Kaniewski als Dollmetscher und Kriminalprotokollführer, Carl Wilhelm Straemcke als erster Kanzlist<sup>1202</sup>, Johann August Schmidt als zweiter Kanzlist, Johann Boczynski und Carl Werner als Kanzlei-Applicanten, Johann Joseph Skibinski als Exekutor<sup>1203</sup> sowie Carl Ast und Friedrich Wilhelm Ludwig als Boten beschäftigt.<sup>1204</sup> Das Team der fürstlichen Mitarbeiter beim Fürstlichen Friedensgericht bestand im gleichen Jahr aus einem Friedensrichter, Franz Stanis-

---

<sup>1197</sup> FTTZA, DK 7675: Posen 8. Januar 1820.

<sup>1198</sup> Vgl. FTTZA, DK 7675: Posen 8. Januar 1820.

<sup>1199</sup> Vgl. FTTZA, IB 2473: Jahresberichte über den Geschäftsgang des Fürstenthumsgerichts. Conduitenliste über die Beamten der Fürstl. Thurn und Taxis'schen Gerichte in Krotoszyn 1823.

<sup>1200</sup> Als „Registrator“ wurde ein Gerichts- oder Kollegiumsmitarbeiter bezeichnet, der die einkommenden Sachen einordnet und bei Bedarf holt. Die Registratur ähnelt im Prinzip einem alphabetisch geordneten Archiv. Vgl. KRÜNITZ, Johann Georg: Oekonomische Enzyklopädie (1773–1858), im WWW unter URL: <http://www.kruenitz1.uni-trier.de/xxx/g/kg01258.htm> (Stand: 06.07.2018).

<sup>1201</sup> Als „Ingrassator“ wurde ein Kanzeleimitarbeiter bezeichnet, der sich mit der Verschriftlichung von Texten beschäftigt. Ebd., (Stand: 06.07.2018).

<sup>1202</sup> Als „Kanzlist“ wurde ein Schreiber in der Kanzlei bezeichnet, der die entworfenen Ausfertigungen in das Reine schrieb. Ebd., (Stand: 06.07.2018).

<sup>1203</sup> Als „Exekutor“ wurde ein Gerichtsmitarbeiter bezeichnet, der gerichtliche Hilfe, Hilfsvollstreckung und Hilfszwang leistet. Ein Exekutor bekleidet somit die Funktion eines Vollstreckers einer Strafe bzw. eines Gerichtsvollziehers. Ebd., (Stand: 06.07.2018), vgl. Duden. Exekutor, im WWW unter URL: <https://www.duden.de/rechtschreibung/Exekutor> (Stand: 06.07.2018).

<sup>1204</sup> Vgl. FTTZA, IB 2473: Conduitenliste über die Beamten der Fürstl. Thurn und Taxischen Gerichte in Krotoszyn 1823. Rosenkranz Fürstenthums Gerichts Direktor, Krotoszyn 26. Dezember 1823.

laus Lewandowski,<sup>1205</sup> einem Actuarius, Johann Amadeus Klohe, einem Applicanten, Adam Mielicki, einem Exekutor, Georg Franke, einem Boten, Johann Gottlieb Hildebrandt und einem Hilfsboten, Carl Noga.<sup>1206</sup>

Der 26-jährige Registratur-Assistent, Carl Friedrich Bump, war offensichtlich unterernährt, da dies bei seiner Dienstbeschreibung angemerkt wurde.<sup>1207</sup> Es wurde auch betont, dass er, obwohl er ziemlich viel leistet und sehr brauchbar ist, noch mehr leisten könnte, wenn seine Nahrungssituation besser wäre.<sup>1208</sup> Dies zeugt von komplizierten Familienverhältnissen und einem Missverhältnis zwischen Löhnen und Essenspreisen. Der 40-jährige Sekretär und Kalkulator, Martin Joseph Kosmalski, war laut eingetragenen Anmerkungen „im kalkulatorischen Fache“ unzuverlässig, unverträglich und heftig gegen seine Amtsgenossen, darüber hinaus unbescheiden gegen seine Vorgesetzten, wofür er auch empfindlich bestraft wurde.<sup>1209</sup> Es wurde angedeutet, dass Kosmalski früher Bürgermeister von Adelnau war und sich nicht in ein neues subordiniertes Dienstverhältnis fügen wollte.<sup>1210</sup> Aus dem Grund empfahl der Direktor des Fürstentumsgericht Rosenkranz ihn nicht mehr einzustellen, was auch offensichtlich geschah, weil er in der neuen Mitarbeiterliste der fürstlichen Gerichte aus dem Jahre 1824 nicht mehr auftaucht und bei seiner Stelle in der Position 7 der Liste unter der Bezeichnung Sekretär und Kalkulator<sup>1211</sup> lediglich nur ein Wort steht, nämlich „erledigt“. <sup>1212</sup> Bezüglich des 23-jährigen Carl Ludwig Trachmann, der mittlerweile als Sekretär übernommen worden war, wurde angemerkt, dass er sich noch nicht genug in den Gesetzen auskennt und dies nachholen sollte, wenn er ein guter Sekretär sein will. Bei allen Mitarbeiter wurden die Kenntnisse, die Dienstführung, der Fleiß und das Privatleben bzw. das Verhalten schriftlich durch den Direktor des Fürstentumsgerichts Rosenkranz festgehalten und bewertet.<sup>1213</sup>

Bei zwei Personen wurde angemerkt, dass ihre Deutschkenntnisse nicht ausreichend gewesen seien. Es handelte sich um zwei Kanzelei-Applicanten, den 17-jährigen Carl Wer-

---

<sup>1205</sup> Im Jahre 1824 wurde er auf sein Ansuchen hin im Dienst durch Johann Friedrich Kosmeli ersetzt. Vgl. FTTZA, IB 2473: Conduitenliste über die Beamten der Fürstl. Thurn und Taxischen Gerichte in Krotoszyn 1824. Rosenkranz, Fürstenthums Gerichts Direktor, Krotoszyn 23. März 1825.

<sup>1206</sup> Vgl. FTTZA, IB 2473: Conduitenliste 1823, Krotoszyn 26. Dezember 1823.

<sup>1207</sup> Vgl. FTTZA, IB 2473: Conduitenliste 1823, Krotoszyn 26. Dezember 1823.

<sup>1208</sup> Vgl. FTTZA, IB 2473: Conduitenliste 1823, Krotoszyn 26. Dezember 1823.

<sup>1209</sup> Vgl. FTTZA, IB 2473: Conduitenliste 1823, Krotoszyn 26. Dezember 1823.

<sup>1210</sup> Vgl. FTTZA, IB 2473: Conduitenliste 1823, Krotoszyn 26. Dezember 1823.

<sup>1211</sup> Martin Joseph Kosmalski beschwerte sich danach mehrmals über die ungerechte Behandlung seitens des Direktors des Fürstentumsgerichts Rosenkranz und richtete nach 1824 zahlreiche Bittgesuche an den Fürsten von Thurn und Taxis, worin er unter anderem um finanzielle Unterstützung bat. Seine Entlassung aus den fürstlichen Diensten versetzte ihn in eine Notsituation. Vgl. FTTZA, DK 7653: Den Fürstenthums Gerichts Secretair und Calculator Kosmalski dessen Dienstentlassung und Unterstützungs Gesuche, 1824–1850.

<sup>1212</sup> Vgl. FTTZA, IB 2473: Conduitenliste 1824, Krotoszyn 23. März 1825.

<sup>1213</sup> Vgl. FTTZA, IB 2473: Conduitenliste 1823, Krotoszyn 26. Dezember 1823 und Conduitenliste 1824, Krotoszyn 23. März 1825.

ner und den 23-jährigen Johann Boczynski.<sup>1214</sup> Sie scheinen aber innerhalb des folgenden Jahres merkliche Fortschritte in der deutschen Sprache und Kalligraphie gemacht zu haben.<sup>1215</sup> Es ist somit auch ein Zeichen für die lebendige und ausgebaute Mehrsprachigkeit, nicht nur im Fürstentum Krotoszyn, sondern auch unter den fürstlichen Mitarbeitern. Die meisten der Gerichtsbeamten stammten entweder aus dem Großherzogtum Posen oder aus dem benachbarten Schlesien.<sup>1216</sup> Es ist schwer vorstellbar, wie die Arbeit am fürstlichen Gerichte im Fürstentum Krotoszyn in der Anfangsphase ausgesehen haben mag. Während nämlich die deutschen Gerichtsbeamten kein Polnisch kannten, verfügten viele polnische Gerichtsbeamte beim fürstlichen Gerichte nicht über ausreichende Deutschkenntnisse. Die Kommunikationsprozesse mussten zu vielen Irrtümern und humorgeladenen Situationen führen, die leider durch die Quellen nicht mehr rekonstruierbar sind.



Abbildung 13: Das doppelsprachige Siegel des Fürstlichen Thurn und Taxis'schen Friedensgerichts Krotoszyn (poln. Xiążęcy Sąd Pokoju Krotoszyn)<sup>1217</sup> (links); Abbildung 14: Das doppelsprachige Siegel des Fürstlichen Thurn und Taxis'schen Fürstentumsgerichts Krotoszyn (poln. Xiążęcy Sąd Xięstwa Krotoszyn)<sup>1218</sup> (rechts)

Die fürstlichen Gerichte begannen offiziell ihre Tätigkeit am 1. Juli 1821. Die feierliche Eröffnung der fürstlichen Gerichte fand allerdings mehr als zwei Jahre später statt. Der Termin für die Feierlichkeiten anlässlich der Eröffnung der fürstlichen Gerichte bzw. „feierliche Weihe der Gerichte“ wurde durch den Justiz Direktor Rosenkranz und die Fürstliche Rentkammer für den 14. August 1823 angesetzt.<sup>1219</sup> Eingeladen wurden alle

<sup>1214</sup> Vgl. FTTZA, IB 2473: Conduitenliste 1823, Krotoszyn 26. Dezember 1823.

<sup>1215</sup> Vgl. FTTZA, IB 2473: Conduitenliste 1824, Krotoszyn 23. März 1825.

<sup>1216</sup> Vgl. FTTZA, DK 7675: Tabellarische Uebersicht der Beamten der Fürstlichen Gerichte zu Krotoszyn, Posen 13. März 1822.

<sup>1217</sup> Vgl. FTTZA, DK 7653: Den Fürstenthums Gerichts Secretair und Calculator Kosmalski dessen Dienstentlassung und Unterstützungs Gesuche, 1824–1850.

<sup>1218</sup> Vgl. FTTZA, DK 7666: Aufnahme der Kanzeley Applicanten, 1821–1830.

<sup>1219</sup> Vgl. FTTZA, DK 7675: Die Rentkammer des Fürstenthums Krotoszyn berichtet unterthänigst über die feierliche Introduction der hiesigen hochfürstlichen Gerichte, Schloß Krotoszyn 18. August 1823.

Beamten aus dem Fürstlichen Fürstentumsgericht und dem Fürstlichen Friedensgericht, das Personal der Fürstlichen Rentkammer, die Geistlichkeit, die Generalpächter, Angehörige des Militärs und der preußischen Behörden; insgesamt waren es 56 Personen.<sup>1220</sup> Zusätzlich wurden auch vier Applikanten (bzw. Referendare) bei den fürstlichen Gerichten und sechs Unterbeamte eingeladen.<sup>1221</sup> Die Feierlichkeiten begannen am 14. August um 9 Uhr in der Früh im Sessionszimmer des Fürstentumsgerichts, wo Justiz Director Rosenkranz eine Anrede hielt und seinen Amtseid mit Verweis auf andere Beamte leistete, die das schon früher getan hatten.<sup>1222</sup> Die ganze Versammlung begab sich dann in die Pfarrkirche, wo nach dem Hochamt das „Te Deum“ gesungen wurde. Danach hielt Superintendent Vockrodt in der protestantischen Kirche eine Rede aus Anlass der feierlichen „Introduction“ der fürstlichen Gerichte.<sup>1223</sup> Anschließend begaben sich alle eingeladenen Gäste in das Schloss Krotoszyn zu einem Mittagmahl. Bei dieser Gelegenheit wurden sechs Kanonenschüsse abgegeben und es wurde zu Ehren des Fürsten „Gott erhalt uns unsern Fürsten“ gesungen.<sup>1224</sup> Insgesamt wurden für die Feierlichkeiten zur Eröffnung der fürstlichen Gerichte in Krotoszyn 231 Rthl. und 25 Sgr. ausgegeben.<sup>1225</sup> Dies beinhaltete unter anderem das Geld für die Kirchenmusik, Kanonenschüsse, Essen und Alkohol.<sup>1226</sup> Allein beim letzten Posten notierte man 137 Flaschen darunter 18 Flaschen Champagner, verschiedene Weinsorten wie Madera, Romane, Mederi, St. Julien usw., für die insgesamt 109 Rthl. und 5 Sgr. ausgegeben wurden.<sup>1227</sup> Die feierliche Eröffnung der fürstlichen Gerichte vom 14. August 1823 endete erst am späten Abend als die Versammelten das Schloss verließen.<sup>1228</sup>

Die „Introduction“ der fürstlichen Gerichte liefert wichtige Informationen über die Herrschaftsansprüche der Standesherrn. Die Fürsten von Thurn und Taxis und die fürstlichen Beamten operierten hier absichtlich auf einer durch Symbolik geladenen Ebene. Kanonenschüsse, Anrede, Eidesleistung, Gesang zu Ehren des Fürsten, feierliches Mittagmahl im formellen Herzen des Fürstentums Krotoszyn, im Schloss Krotoszyn, dies alles hob nicht nur den Rang und das Prestige der fürstlichen Herrschaft bei der Bevölkerung nach außen, es wurde auch nach Innen versucht, die guten Verbindungen mit den preußischen Notabeln und Behörden zu pflegen, indem alle wichtigen Persönlichkeiten eingeladen wurden. Eine ähnliche Wirkung sollte auch die Einladung der eigenen Bediensteten und

---

<sup>1220</sup> Vgl. FTTZA, DK 7675: Verzeichniß der an Introductionstage der hochfürstlichen Gerichte zur Tafel Geladenen, Schloß Krotoszyn 18. August 1823.

<sup>1221</sup> Vgl. FTTZA, DK 7675: Schloß Krotoszyn, Rechnung vom 15. und 16. August 1823.

<sup>1222</sup> Vgl. FTTZA, DK 7675: Schloß Krotoszyn 18. August 1823.

<sup>1223</sup> Vgl. FTTZA, DK 7675: Schloß Krotoszyn 18. August 1823.

<sup>1224</sup> Vgl. FTTZA, DK 7675: Schloß Krotoszyn 18. August 1823.

<sup>1225</sup> Vgl. FTTZA, DK 7675: Schloß Krotoszyn 18. August 1823.

<sup>1226</sup> Vgl. FTTZA, DK 7675: Schloß Krotoszyn 18. August 1823.

<sup>1227</sup> Vgl. FTTZA, DK 7675: Schloß Krotoszyn, Rechnungen vom 15. und 16. August 1823.

<sup>1228</sup> Vgl. FTTZA, DK 7675: Schloß Krotoszyn 18. August 1823.

Generalpächter haben. Die fürstliche Gerichtsbarkeit sollte die Interessen des Fürsten schützen. Sie bot darüber hinaus ein zusätzliches Herrschaftsinstrument gegenüber der Bevölkerung. Zudem sollte die standesherrliche Unabhängigkeit und Position gewahrt werden, wenngleich es dem Fürsten und seinen Beamten von Anfang an bewusst war, dass die Rolle der fürstlichen Gerichtsbarkeit im Vergleich zu den preußischen Behörden untergeordnet war. Trotzdem wurde der Versuch unternommen durch das Privileg den eigenen Herrschaftsstatus im Fürstentum Krotoszyn zu verteidigen und zu vergrößern. Im Endeffekt wahrten die Gerichte nichts mehr als nur den Schein von Einfluss und Prestige.

Die fürstlichen Gerichtsbemten trugen als Repräsentanten der standesherrlichen Gerichtsbarkeit im Fürstentum Krotoszyn spezielle Uniformen.<sup>1229</sup> Das Privileg der eigenen Uniformen wurde dem Fürsten von Thurn und Taxis durch den preußischen König „ausnahmsweise“ am 2. November bewilligt, wenngleich mit kleinen Änderungen des Königs.<sup>1230</sup> Zum Vergleich: Andere Standesherrschaften in Schlesien besaßen so ein Privileg offensichtlich nicht, da sie keine Uniformen getragen hatten.<sup>1231</sup> Dass die fürstliche Verwaltung sich um eine Erlaubnis bemühte, Uniformen in den fürstlichen Gerichten im Fürstentum Krotoszyn einführen zu können, ist demnach eine klare Prestige-Angelegenheit. Unten sind die blauen Uniformen mit den goldgelben Dienstgrad-Abzeichen der fürstlichen Gerichtsbemten zu sehen:

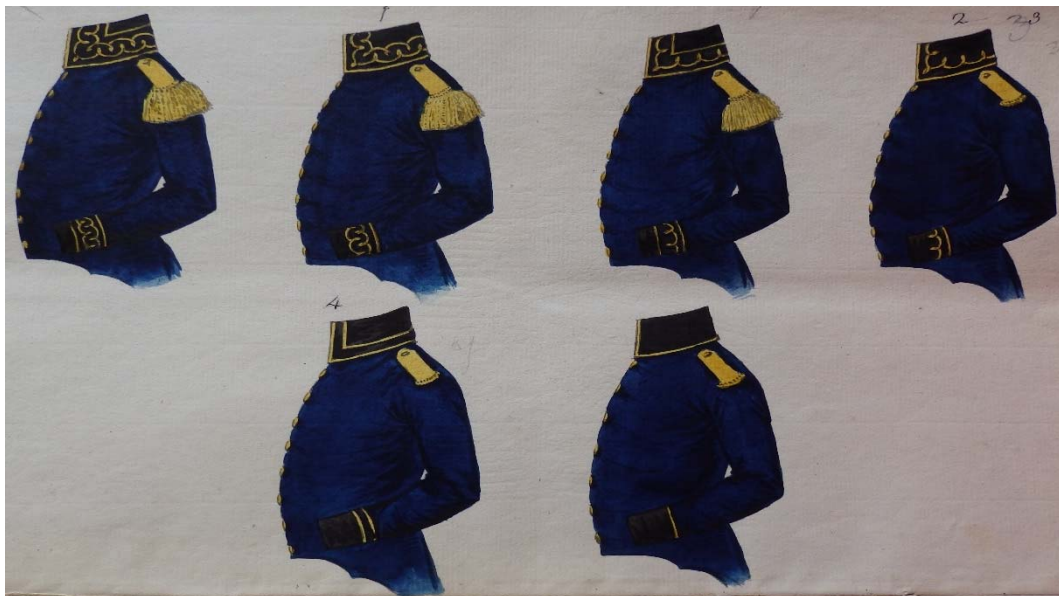


Abbildung 15: Die Uniformen der fürstlichen Gerichtsbemten nach dem Entwurf aus dem Jahre 1822<sup>1232</sup>

<sup>1229</sup> Vgl. FTTZA, DK 7675: Abschrift. Verona 2. November 1822.

<sup>1230</sup> Vgl. FTTZA, DK 7675: Abschrift. Verona 2. November 1822.

<sup>1231</sup> Vgl. FTTZA, DK 7675: Oels 24. Juli 1821.

<sup>1232</sup> Vgl. FTTZA, DK 7675: Die Organisation der fürstlichen Gerichtshöfe im Fürstentum, die dabei gepflogener Unterhandlungen und das ernannte Gerichtspersonale betr., 1819–1824.

Das Fürstentumsgericht als Untergericht der ersten Klasse im Großherzogtum Posen hatte das Recht die Aufsicht über das als Gerichtsbehörde zweiter Klasse eingestufte Fürstliche Friedensgericht auszuüben.<sup>1233</sup> Dies betraf die Appellationen von den im Fürstlichen Friedensgericht gefallenen Urteilen, die an das Fürstliche Fürstentumsgericht abgegeben werden mussten.<sup>1234</sup> Demzufolge stellte das Fürstliche Fürstentumsgericht für das Fürstliche Friedensgericht die erste Instanz. Als zweite Instanz galt das Landgericht zu Fraustadt und die Funktion der dritten Instanz übernahm das königliche Ober-Appellationsgericht zu Posen. Das Fürstentumsgericht war wiederum dem Ober-Appellationsgericht untergeordnet.<sup>1235</sup> In zweiter Instanz gingen die Appellationen in Zivilsachen an das Landgericht Fraustadt (gegenwärtig Wschowa).<sup>1236</sup> Als dritte Instanz fungierte das königliche Ober-Appellationsgericht zu Posen. In Kriminalsachen entschied das Fürstliche Fürstentumsgericht in erster Instanz, in der zweiten das Landgericht zu Fraustadt und in der dritten Instanz das königliche Ober-Appellationsgericht.<sup>1237</sup> Die fürstlichen Gerichte untersuchten auch Klagen gegen fürstliche Diener und Beamten.<sup>1238</sup> Alle anderen Fiskaluntersuchungen gehörten in die Kompetenzen der königlichen Gerichte.

Entsprechend dem Bericht über die fürstliche Gerichtsbarkeit im Fürstentum Krotoszyn wurden beispielsweise im Zeitraum vom 1. Juli 1821 bis zum 30. Juni 1823 insgesamt 347 Prozesse im Fürstlichen Fürstentumsgericht verhandelt,<sup>1239</sup> davon 2 Liquidationsprozesse,<sup>1240</sup> 3 Konkursprozesse,<sup>1241</sup> 18 Subhastationsprozesse,<sup>1242</sup> 229 Zivilprozesse und 95 Kriminal- und fiskalischen Untersuchungsprozesse.<sup>1243</sup> Im gleichen Zeitraum fanden insgesamt 3.025 Termine beim Fürstentumsgericht statt; bei 204 Terminen handelte es sich um mündliche Verfahren und bei 189 um Untersuchungssachen.<sup>1244</sup> Bis zum 30. Juni

---

<sup>1233</sup> Vgl. FTTZA, DK 7675: Die Organisation der fürstlichen Gerichtshöfe im Fürstenthum, die dabei gepflogener Unterhandlungen und das ernannte Gerichtspersonale betr., 1819–1824, Abschrift der Bestimmungen der Königlich Ober-Appellations Gerichts-Präsidenten Schönermark, Posen 23. Juli 1820.

<sup>1234</sup> Vgl. FTTZA, DK 7675: Abschrift der Bestimmungen der Königlich Ober-Appellations Gerichts-Präsidenten Schönermark, Posen 15. Juni 1821.

<sup>1235</sup> Vgl. FTTZA, DK 7675: Posen 15. Juni 1821.

<sup>1236</sup> Vgl. FTTZA, DK 7675: Posen 23. Juli 1820.

<sup>1237</sup> Vgl. FTTZA, DK 7675: Posen 15. Juni 1821.

<sup>1238</sup> Vgl. FTTZA, DK 7675: Posen 15. Juni 1821.

<sup>1239</sup> Vgl. FTTZA, IB 2473: Jahresberichte über den Geschäftsgang des Fürstenthumsgerichts. Fürstenthums Gerichts Direktor Rosenkranz, Krotoszyn 26. Dezember 1823.

<sup>1240</sup> Ein „Liquidationsprozess“ ist ein Gerichtsverfahren um eine Schuld. Vgl. KRÜNITZ, Johann Georg: Oeconomische Enzyklopädie (1773–1858), im WWW unter URL: <http://www.kruenitz1.uni-trier.de/xxx/g/kg01258.htm> (Stand: 04.07.2018).

<sup>1241</sup> Als ein „Conkursprozess“ wird von mehreren Gläubiger ein eingeleitetes gerichtliches Verfahren gegen einen Schuldner verstanden oder ein durch den gemeinschaftlichen Schuldner eingeleitetes Verfahren. Ebd., (Stand: 04.07.2018). Gegenwärtig würde man eher von einem Insolvenzverfahren sprechen.

<sup>1242</sup> Ein „Subhastationsprozess“ ist ein Gerichtsverfahren um die beweglichen und unbeweglichen Güter, das mit einer öffentlichen Versteigerung verbunden ist. Ebd., (Stand: 04.07.2018).

<sup>1243</sup> Vgl. FTTZA, IB 2473: Übersicht des Geschäftsganges in dem zweijährigen Zeitraum vom 1. Juli 1821 bis letzten Juni 1823. A. beim Fürstenthumsgerichte in Krotoszyn, Krotoszyn 26. Dezember 1823.

<sup>1244</sup> Vgl. FTTZA, IB 2473: Krotoszyn 26. Dezember 1823.

1823 waren noch 58 Zivilprozesse und 7 Kriminalprozesse in der Schwebe.<sup>1245</sup> 249 Prozesse wurden durch Erkenntnis beendet, wovon 91 Prozesse Zivilsachen waren, die im öffentlichen mündlichen Verfahren stattfanden, 70 Prozesse erfolgten im schriftlichen Verfahren und 88 Prozesse waren Untersuchungssachen. Insgesamt wurden im gleichen Zeitraum 33 Prozesse durch Vergleich und Entsagung abgeschlossen.<sup>1246</sup> Nicht entschieden waren zu dem Zeitpunkt 11 Instrument-,<sup>1247</sup> 63 Nachlas-<sup>1248</sup> und 252 Vormundschftsverfahren.<sup>1249</sup> Die Zahl der Gefangenen betrug im gleichen Zeitraum 314 Personen, davon wurden 248 Personen aus dem fürstlichen Fond verpflegt, die restlichen 66 Personen waren in der Lage sich selbst zu unterhalten.<sup>1250</sup> Dies zeugt von den damals ärmlichen Verhältnissen im Fürstentum Krotoszyn. Viele Menschen waren offensichtlich vermögenslos, da sie nicht in der Lage waren, die Kosten für die eigene Verpflegung zu bezahlen. Durchschnittlich verbrachten die Gefangenen zu der Zeit 18,5 Tage im Gefängnis, was insgesamt 4.596 Tage für 248 Gefangene ausmachte.<sup>1251</sup> Die Verpflegungskosten für die Gefangenen im genannten Zeitraum betrugen 306 Rthl. 12 Sgr. bzw. 2. Silbergröschchen pro Tag, die Arztkosten 260 Rthl.; für Medizin wurden 23 Rthl. 7 Sgr.; für Kleidungsstücke für die Gefangenen 8 Rthl. 21 Sgr. 6 Pf. und für Reisekosten 328 Rthl. 18 Sgr. 5 Pf. aufgewendet.<sup>1252</sup> Es waren natürlich nicht die einzigen Ausgaben, da z.B. Kosten für Hilfsutensilien wie Gesetzessammlungen, Amtsblätter, Bücher, Schreibmaterialien dazu kamen sowie für die Anschaffung von Möbeln, Lichtern, Brennholz, Druckkosten und Buchbinderlöhne, wofür insgesamt 2.055 Rthl. 6 Sgr. 8 Pf. verwendet wurden.<sup>1253</sup> Das Fürstliche Fürstentumsgericht kostete im gleichen Zeitraum zusammengerechnet 14.182 Rthl. 11 Sgr. 3 ½ Pf.<sup>1254</sup> Beim Fürstlichen Friedensgericht wurden im gleichen Zeitraum vom 1. Juli 1821 bis zum 30. Juni 1823 zusammen 1.159 Zivilprozesse und 124 Sühnversuchssachen verhandelt.<sup>1255</sup> Davon wurden bis zum 30. Juni 1823 insgesamt 86 Prozesse durch das Friedensgericht vom Fürstentumsgericht übernommen, 211 durch Entsorgung, 384 durch einen Vergleich, 494 durch Erkenntnis beendet und 108 Prozesse

---

<sup>1245</sup> Vgl. FTTZA, IB 2473: Krotoszyn 26. Dezember 1823.

<sup>1246</sup> Vgl. FTTZA, IB 2473: Krotoszyn 26. Dezember 1823.

<sup>1247</sup> Beim „Instrumentverfahren“ handelt es sich um eine gerichtliche Untersuchung, die die Prüfung der Glaubwürdigkeit von Urkunden, Schriften und sonstigen Dokumenten zum Ziel hat. Vgl. KRÜNITZ, Johann Georg: Oekonomische Enzyklopädie (1773–1858), im WWW unter URL: <http://www.kruenitz1.uni-trier.de/xxx/g/kg01258.htm> (Stand: 10.07.2018).

<sup>1248</sup> Beim „Nachlaßverfahren“ handelt es sich um einen Prozess wegen des Erlasses eines Teils der Schulden. Ebd., (Stand: 10.07.2018).

<sup>1249</sup> Vgl. FTTZA, IB 2473: Krotoszyn 26. Dezember 1823.

<sup>1250</sup> Vgl. FTTZA, IB 2473: Krotoszyn 26. Dezember 1823.

<sup>1251</sup> Vgl. FTTZA, IB 2473: Krotoszyn 26. Dezember 1823.

<sup>1252</sup> Vgl. FTTZA, IB 2473: Krotoszyn 26. Dezember 1823.

<sup>1253</sup> Vgl. FTTZA, IB 2473: Krotoszyn 26. Dezember 1823.

<sup>1254</sup> Vgl. FTTZA, IB 2473: Krotoszyn 26. Dezember 1823.

<sup>1255</sup> Vgl. FTTZA, IB 2473: Übersicht des Geschäftsganges in dem zweijährigen Zeitraum vom 1. July 1821 bis letzten Juny 1823. B. beim Fürstlichen Friedensgerichte in Krotoszyn, Krotoszyn 26. Dezember 1823.



blieben noch in der Schwebe.<sup>1256</sup> Außerdem wurden noch 399 Vormundschafts- und 12 Nachlassverfahren verhandelt.<sup>1257</sup> Insgesamt wurden durch das Fürstliche Friedensgericht im gleichen Zeitraum 3.747 Rthl. 12 Sgr. 7  $\frac{3}{4}$  Pf. an Kosten verursacht.<sup>1258</sup>

Die fürstliche Gerichtsbarkeit war eben auch eine Prestigesache. Bei jeder Gelegenheit bemühte man sich um die offizielle Erweiterung dieser Privilegien, wie es beispielsweise nach der Anschaffung der Allodialgüter Chwaliszewo und Glogowo der Fall war. Bereits am 14. Juni 1826 wandte sich der Fürst an den Geheimen Staatsminister und Chef der Justiz, Grafen von Dankelman, um die Erteilung der allodialen Gerichtsbarkeit in den beiden Gütern zu erhalten.<sup>1259</sup> Die Bitte des Fürsten wurde am 7. August durch Grafen Dankelman abgelehnt, mit der Begründung, dass die fürstliche Gerichtsbarkeit nur die Grenzen des Fürstentums Krotoszyn umfasst und darüber hinaus ihren Umfang nicht erweitern kann.<sup>1260</sup> Erst ein erneuter Antrag auf die Erweiterung der Gerichtsbarkeit auf die Allodialgüter Glogowo und Chwaliszewo führte zum Erfolg. Mit dem Beschluss des königlichen Justiz-Ministeriums vom 13. November 1832 wurde die Erteilung der allodialen Gerichtsbarkeit genehmigt, die fortan ab 1833 durch das Fürstliche Fürstentumsgericht und das Fürstliche Friedensgericht ausgeübt wurde.<sup>1261</sup> Der Kampf um die allodiale Gerichtsbarkeit in Bezug auf die Güter Chwaliszewo und Glogowo beweist, dass es dem Fürsten zwischen 1826 und 1833 noch in mancher Hinsicht wichtig erschienen war, die fürstliche Gerichtsbarkeit als ein Privileg zu erweitern. Hierbei spielten noch vielmehr Prestige Gründe als Kalkül eine Rolle. Es war ja zu dem Zeitpunkt bereits bekannt, dass die Kosten für die eigene Gerichtsbarkeit den Nutzen überstiegen. Den Schein der direkten Herrschaft über die Bevölkerung des Fürstentums wollte man jedoch weiterhin bewahren. Zudem hoffte man, die eigenen Interessen und Positionen mit Hilfe des Gerichts doch besser schützen und verteidigen zu können. Hierzu bot sich auch die Erweiterung der Gerichtsbarkeit an. Das Privileg wurde jedoch wenig später freiwillig durch den Fürsten Maximilian Karl von Thurn und Taxis (1802–1871) abgegeben.

Mit der fürstlichen Gerichtsbarkeit waren nämlich, wie schon angedeutet, ständig wachsende Ausgaben verbunden. Die meisten wurden durch die laufenden Prozesse verursacht, so dass bis Juni 1823 für das Fürstentumsgericht insgesamt 14.182 Rthl. ausgegeben wurden.<sup>1262</sup> Im Friedensgericht sind für den gleichen Zeitraum zwischen 1. Juli 1821

---

<sup>1256</sup> Vgl. FTTZA, IB 2473: Krotoszyn 26. Dezember 1823.

<sup>1257</sup> Vgl. FTTZA, IB 2473: Krotoszyn 26. Dezember 1823.

<sup>1258</sup> Vgl. FTTZA, IB 2473: Krotoszyn 26. Dezember 1823.

<sup>1259</sup> Vgl. FTTZA, IB 2474: Schloß Taxis 14. Juni 1826.

<sup>1260</sup> Vgl. FTTZA, IB 2474: Berlin 7. August 1826.

<sup>1261</sup> Vgl. FTTZA, IB 2474: Regensburg 4. März 1833.

<sup>1262</sup> Vgl. FTTZA, IB 2473: Krotoszyn 23. Dezember 1823.

bis zum 30. Juni 1823 zusammen 1.175 Prozesse belegt.<sup>1263</sup> Die verursachten Kosten im Fürstlichen Friedensgericht wurden bis Juni 1823 auf 3.747 Rthl. geschätzt.<sup>1264</sup> Schon einige Jahre vor der freiwilligen Abgabe der fürstlichen Gerichtsbarkeit im Fürstentum Krotoszyn war es dem Fürsten und seiner Verwaltung in Regensburg klar, dass dieses Recht nicht besonders „günstig“ für das fürstliche Haus ist, was wie folgt formuliert wurde:

„Maximilian Karl Fürst von Thurn und Taxis, Fürst zu Buchau, Fürst zu Krotoszyn.

Wir überzeugen Uns, daß die staatsrechtlichen Verhältnisse einer Annäherung und Gleichstellung mit den gegen mediatisirte Fürstenhäuser bestehenden loyalen Staatsgrundsätzen bedürfen, und daß die Gerichtsbarkeit in ihrer gegenwärtigen Beschränkung mehr lästig als nützlich und dem Gange Unsers fürstlichen Hauses förderlich sey. [...]“<sup>1265</sup>

Dieser Quellenausschnitt belegt, dass der seit 1827 regierende Fürst Maximilian Karl sich spätestens 1829 darüber im Klaren war, dass die Gerichtsbarkeit im Fürstentum Krotoszyn nicht viel Nutzen mit sich brachte. Er hoffte allerdings noch auf eine Verbesserung der staatsrechtlichen Verhältnisse in Preußen gegenüber den mediatisierten Fürstenhäusern. Diese Hoffnungen konnten letztendlich nicht realisiert werden. Alle diese Informationen belegen, dass die fürstliche Gerichtsbarkeit ein teures und wenig brauchbares Privileg war. Sie war eher mit Scheinprestige als mit sichtbarem Herrschaftsanstieg verbunden. Die ersten Überlegungen und Bemühungen die fürstlichen Gerichtsbarkeit im Fürstentum Krotoszyn freiwillig abzugeben, sind also für das Jahr 1829 bzw. das Ende der 1820er Jahre nachweisbar.<sup>1266</sup> Sie führten letztendlich im Herbst 1833 zu einer Einigung mit dem Ministerium des Inneren, worauf am 8. Oktober eine Kabinettsorder über die Rückgabe der patrimonalen Gerichtsbarkeit durch den Fürsten von Thurn und Taxis an den preußischen Königs erteilt werden konnte.<sup>1267</sup> Die Kabinettsorder wurde am 23. Oktober 1833 genehmigt.<sup>1268</sup> Das Privileg wurde am 20. März 1834 freiwillig durch den Fürsten Maximilian Karl abgetreten und die Abgabe am 26. März 1834 ratifiziert.<sup>1269</sup> Die

---

<sup>1263</sup> Vgl. FTTZA, IB 2473: Krotoszyn 23. Dezember 1823.

<sup>1264</sup> Vgl. FTTZA, IB 2473: Krotoszyn 23. Dezember 1823.

<sup>1265</sup> Vgl. FTTZA, DK 20000: Das Lehensverhältnis des Fürstenthums Krotoszyn, Lehnemuthung, 1828 Durchlaucht des Herrn Fürsten Specialvollmacht, Regensburg 24. Juli 1829.

<sup>1266</sup> Vgl. GUT, Paweł: Ustrój, organizacja i działalność sądownictwa patrymonialnego, S. 179 und vgl. FTTZA, DK 20000: Das Lehensverhältnis des Fürstenthums Krotoszyn, Lehnemuthung, 1828 Durchlaucht des Herrn Fürsten Specialvollmacht, Regensburg 24. Juli 1829.

<sup>1267</sup> Vgl. GUT, Paweł: Ustrój, organizacja i działalność sądownictwa patrymonialnego, S. 179.

<sup>1268</sup> Vgl. FTTZA, IB 1341: Abschrift des Vertrags mit der Krone Preussen wegen der Zurückgabe der Krotoschiner Gerichtbarkeit, Berlin 20. März 1834. Ratifiziert Berlin den 26. März 1834. Vertrag über die Abgabe der dem Fürstenthum Krotoszyn zustehenden Gerichtbarkeit an die Staats Verwaltung, Berlin 20. März 1834.

<sup>1269</sup> Vgl. FTTZA, IB 1341: Abschrift des Vertrags mit der Krone Preussen wegen der Zurückgabe der Krotoschiner Gerichtbarkeit, Berlin 20. März 1834. Ratifiziert Berlin den 26. März 1834.

Erstellung und Ausfertigung des Vertrages erfolgte kosten- und stempelfrei.<sup>1270</sup> Im §1 des Abtretungsvertrages der Gerichtsbarkeit an die Krone Preußens hieß es:

„Der Herr Fürst von Thurn und Taxis giebt die mit dem Fürstenthum Krotoszyn als Mannlehen besessene und durch das Fürstenthums Gericht nebst Friedensgericht verwaltete Gerichtsbarkeit, nebst der damit verbundenen Gerichtsbarkeit der Allodialgüter Glogowo und Chwaliszewo und zwar die ersten unter ausdrücklicher Zustimmung der mitbelehnten Agnaten, an die Königliche Staats Verwaltung zurück.“<sup>1271</sup>

Mit dem ersten Tag des nächsten Quartals, also am 1. April 1834, wurde die Fürstliche Gerichtsbarkeit samt der Gerichtsbarkeit in den Allodialgütern an den preußischen Staat übergeben.<sup>1272</sup> Dies beinhaltete laut §6 des Vertrages die unentgeltliche Abgabe des freien Eigentums des Fürsten wie der Geschäftsgebäude der fürstlichen Gerichte samt Gefängnis mit Nebengebäuden, Gerichtsbibliothek, Zubehör, Utensilien und sonstigen Inventarstücken.<sup>1273</sup> Der Fürst von Thurn und Taxis musste die Übergabekosten in Form einer Taxe zahlen, bei der es sich um 1.500 Taler handelte.<sup>1274</sup> Zusätzlich dazu schloss der Fürst mit dem preußischen König einen Vertrag, der besagte, dass im Falle einer Justizreform in der Provinz Posen und der Gründung eines dritten Oberlandesgerichts in der Provinz, jenes Gericht sich in der Stadt Krotoszyn befinden werde.<sup>1275</sup> Dafür hätte der Fürst laut §8 des Übergabe-Vertrages ein Grundstück für das Oberlandesgerichtgebäude stiften müssen, inklusive Baumaterialien wie 200.000 Mauerziegel, 50.000 Dachziegel, 400 Baustämme jedoch ohne Transportkosten.<sup>1276</sup> Dies kam jedoch nie zustande, da die neue Justizverfassung vom 16. Juni 1834 nur zwei Oberlandesgerichte, in Posen und Bromberg, vorsah.<sup>1277</sup> Der Fürst verpflichtete sich mit dem fürstlichen Beschluss vom 8. August 1840 in Regensburg den Neubau der Geschäftsgebäude und des Gefängnisses für das Stadtgericht in Krotoszyn mitzufinanzieren.<sup>1278</sup> Zudem wurde der Fürst im Jahre 1840 durch den Geheimen Rat und zugleich Chefpräsident des Königlichen Oberappellationsgerichts und Oberlandesgerichts in Posen, von Frankenberg, darüber informiert, dass die Hoffnungen „um die Errichtung eines Obergerichts zu Krotoszyn ganz aufgegeben“ wurden.<sup>1279</sup> Dafür wurden die Verpflichtungen des Fürsten, die aus §8 resultierten, im Falle, dass in Krotoszyn in der Zukunft doch ein Oberlandesgericht gegründet werden sollte, für ungültig erklärt.<sup>1280</sup> Dies beinhaltete die Übergabe des Bauplatzes, der 200.000 Mauerzie-

<sup>1270</sup> Vgl. FTTZA, IB 1341: Berlin 20. März 1834.

<sup>1271</sup> Vgl. FTTZA, IB 1341: Berlin 20. März 1834.

<sup>1272</sup> Vgl. FTTZA, IB 1341: Berlin 20. März 1834.

<sup>1273</sup> Vgl. FTTZA, IB 1341: Berlin 20. März 1834.

<sup>1274</sup> Vgl. FTTZA, IB 1341: Berlin 20. März 1834.

<sup>1275</sup> Vgl. GUT, Paweł: Ustrój, organizacja i działalność sądownictwa patrymonialnego, S. 179.

<sup>1276</sup> Vgl. FTTZA, IB 1341: Berlin 20. März 1834.

<sup>1277</sup> Vgl. GUT, Paweł: Ustrój, organizacja i działalność sądownictwa patrymonialnego, S. 179.

<sup>1278</sup> Vgl. FTTZA, IB 1341: Berlin 2. Oktober 1840.

<sup>1279</sup> Vgl. FTTZA, IB 1341: Berlin 11. Oktober 1840.

<sup>1280</sup> Vgl. FTTZA, IB 1341: Berlin 2. Oktober 1840.

gel, 50.000 Dachziegel zum Selbstkostenpreis, der 200 Stämme Bauholz, 170 Sägeblöcke und 25 Stämme Mittelbauholz zur halben Forsttaxe.<sup>1281</sup> Laut Beamtenliste des fürstlichen Gerichts sollten 11 Personen vom Fürstentumsgericht und 3 Personen<sup>1282</sup> aus dem Friedensgericht übernommen werden.<sup>1283</sup> Die übernommenen Justizbeamten sollten gleiches Gehalt, Anspruch auf Pension und Anrechnung der Dienstjahre im fürstlichen Gericht erhalten.<sup>1284</sup> Im §3 des Übergabe-Vertrages wurde dem Direktor des Fürstentumsgerichts Rosenkranz oder seinem Nachfolger sogar eine persönliche Zulage von 200 Taler jährlich durch den Fürsten Maximilian Karl von Thurn und Taxis garantiert solange er am königlichen Gericht bzw. im königlichen Justizdienst keine mit 1.200 Talern dotierte Stelle erhält.<sup>1285</sup> Der Fürst kümmerte sich also besonders um den bisherigen Gerichtschef, sicherlich auch deshalb, weil er auch in Zukunft auf seine Gunst hoffte. Aus den bisherigen fürstlichen Gerichtsbeamten wurden ab dem Zeitpunkt de facto preußische Staatsbeamte.<sup>1286</sup>

Die freiwillige Abgabe der Gerichtsbarkeit durch den Fürsten ist ein Beweis dafür, dass auf Privilegien, somit auch auf die Grundpfeiler der Herrschaft, verzichtet wurde, wenn jene keinen Nutzen oder nicht ausreichend ökonomische Vorteile oder praxisorientierte Herrschafts-Beschleunigungsfaktoren mit sich brachten. In dem Fall standen die Kosten für die Unterhaltung der fürstlichen Gerichtsbarkeit in keinem Verhältnis zum gewonnenen Prestige und herrschaftlichen Nutzen in der alltäglichen Praxis. Das Ende der Patrimonialgerichtsbarkeit im Königreich Preußen wurde mit der „Verordnung über die Privatgerichtsbarkeit und des eximierten Gerichtsstands, sowie über die anderweitige Organisation der Gerichte“ vom 2. Januar 1849 endgültig vollzogen.<sup>1287</sup> Am 3. Januar 1849 wurde auch durch den preußischen König Friedrich Wilhelm IV. (1795–1861) ein zweites Dokument „Verordnung über die Einführung des mündlichen und öffentlichen Verfahrens Geschworenen in Untersuchungssachen“ unterzeichnet, der die neue Rechtsform in Königreich Preußen regelte.<sup>1288</sup> Offiziell wurden jedoch die beiden Verordnungen vom 2.

---

<sup>1281</sup> Vgl. FTTZA, IB 1341: Berlin 11. Oktober 1840.

<sup>1282</sup> Unter den 13 Personen aus dem Friedensgericht waren: Direktor Rosenkranz, internistischer Justizrat Pratsch, Depositat und Salarien Kassen Rendant Sawade, Sekretär Trachmann, Registrator und Hypothekensbuchführer Kaniewski, zweiter Registrator und Gefängniß Administrator Rump, Dolmetscher und Kriminal Protokollführer Mielicki, Kanzlei Inspektor und Botenmeister Stramski, Kanzlist Schmidt, Exekutor Klein, Bote Nabock. Unter den 3 Personen aus dem Friedensgericht waren: Friedensrichter Müller, Aktuaris Klose, Exekutor und Bote Blazyczyk. Vgl. FTTZA, IB 1341.

<sup>1283</sup> Vgl. FTTZA, IB 1341: Verzeichnis der von dem fürstlich Thurn und Taxischen Fürstenthums und Friedensgericht zu Krotoszyn bey dem Uebergange der Gerichtsbarkeit an die Königliche Staatsverwaltung in den Königlichen Justizdienst zu übernehmenden Beamten. Berlin 20. März 1834.

<sup>1284</sup> Vgl. FTTZA, IB 1341: Berlin 20. März 1834.

<sup>1285</sup> Vgl. FTTZA, IB 1341: Berlin 20. März 1834.

<sup>1286</sup> Vgl. GUT, Paweł: Ustrój, organizacja i działalność sądownictwa patrymonialnego, S. 179.

<sup>1287</sup> Vgl. WIENFORT, Monika: Patrimonialgerichte in Preußen. Ländliche Gesellschaft und bürgerliches Recht 1770–1848/49, in: BERDING, Helmut, KOCKA, Jürgen, ULLMANN, Hans-Peter, WEHLER, Hans-Ulrich (Hg.), Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, Bd. 148, Göttingen 2001, S. 322.

<sup>1288</sup> Vgl. GUT, Paweł: Ustrój, organizacja i działalność sądownictwa patrymonialnego, S. 352.

und 3. Januar durch das preußische Parlament erst am 22. April 1851 akzeptiert, nachdem zuvor die neue Version der Verfassung vom 30. Januar eingeführt worden war.<sup>1289</sup> Die privilegierte rechtliche Funktion des Adels wurde dadurch beseitigt. Es war also im Endeffekt nur eine Frage der Zeit, dass den Standesherrn ihre Rechte in Form der Gerichtsbarkeit entzogen wurden. Fürst Maximilian Karl von Thurn und Taxis erkannte rechtzeitig, dass aus dem Privileg der Privatgerichtsbarkeit im Fürstentum Krotoszyn kein bedeutender Nutzen hervorgeht, was eher als Verzicht auf die hohen Kosten im Gegenzug für ein Scheinprestige zu verstehen ist.

### *Bevölkerungsentwicklung im Fürstentum Krotoszyn*

Die preußischen Bevölkerungsstatistiken wurden entweder nach sprachlichen oder Glaubenskriterien erstellt. Deshalb sind genaue Aussagen über die nationale Zugehörigkeit der Bevölkerungsteile nur bedingt möglich. Zudem bildete sich das nationale Bewusstsein bei den breiten Bevölkerungsmassen erst im Laufe des 19. Jahrhunderts heraus.<sup>1290</sup> Der Kreis Krotoszyn (bzw. ab ca. 1850 Krotoschin) lag in Südosten des Großherzogtums Posen und ab der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts in der Provinz Posen bzw. gegenwärtig im südöstlichen Teil Großpolens (poln. Wielkopolska). Um 1830 gab es im Kreis Krotoszyn 7 Städte und 213 Dörfer sowie Vorwerke und Kolonien, was insgesamt 52.887 Einwohner ausmachte.<sup>1291</sup> Die Einwohner lebten hauptsächlich vom Acker- und Flachsbaum, der Jagd, Fischerei und vom städtischen Gewerbe.<sup>1292</sup> Im Westen grenzte der Kreis Krotoszyn an den Kreis Kröben (Krobia), im Nord-Westen an Kreis Adelnau (Odolanów), im Norden an die Kreise Schrimm (Śrem) und Pleschen (Pleszew).<sup>1293</sup> Im Süden grenzte der Kreis an Kreis Militsch (Milicz) in Schlesien, aus dem auch viele Protestanten und somit auch Deutsche in den Kreis Krotoszyn zuzogen.<sup>1294</sup> Den Unterschied sieht man insbesondere, wenn man z.B. die Bevölkerungszahlen mit dem benachbarten und stark polnisch geprägten Kreis Adelnau vergleicht. Im Jahre 1887 wurde der Kreis Krotoszyn in zwei Kreise aufgeteilt, nämlich in den Kreis Koschmin (Koźmin) im Norden und in den Kreis Krotoszyn im Süden.<sup>1295</sup> Im Fürstentum Krotoszyn lebten insgesamt mehr Polen als Deut-

---

<sup>1289</sup> Ebd., S. 353.

<sup>1290</sup> Vgl. **KĘDZIERSKI**, Robert: Krotoschin/Krotoszyn (Fürstentum), in: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2016, im WWW unter URL: <http://ome-lexikon.uni-oldenburg.de/p44471> (Stand: 01.03.2016).

<sup>1291</sup> Vgl. **EBERHARD**, L. D.: Wegweiser durch die preußischen Staaten. Ein geographisch-statistisches und geschichtliches Handbuch, Bd. 1, Berlin 1831, S. 124.

<sup>1292</sup> Vgl. **EBERHARD**, L. D.: Wegweiser durch die preußischen Staaten, S. 124.

<sup>1293</sup> Vgl. **BELZYT**, Leszek C.: Pruska statystyka językowa (1825–1911) a Polacy zaboru pruskiego, Mazur i Śląska, Zielona Góra 2013, S. 194.

<sup>1294</sup> Ebd., S. 194.

<sup>1295</sup> Ebd., S. 194.

sche. Die Bevölkerungsstatistiken im Kreis Krotoszyn bestätigen diese Tendenz, was folgendes Diagramm präsentiert:

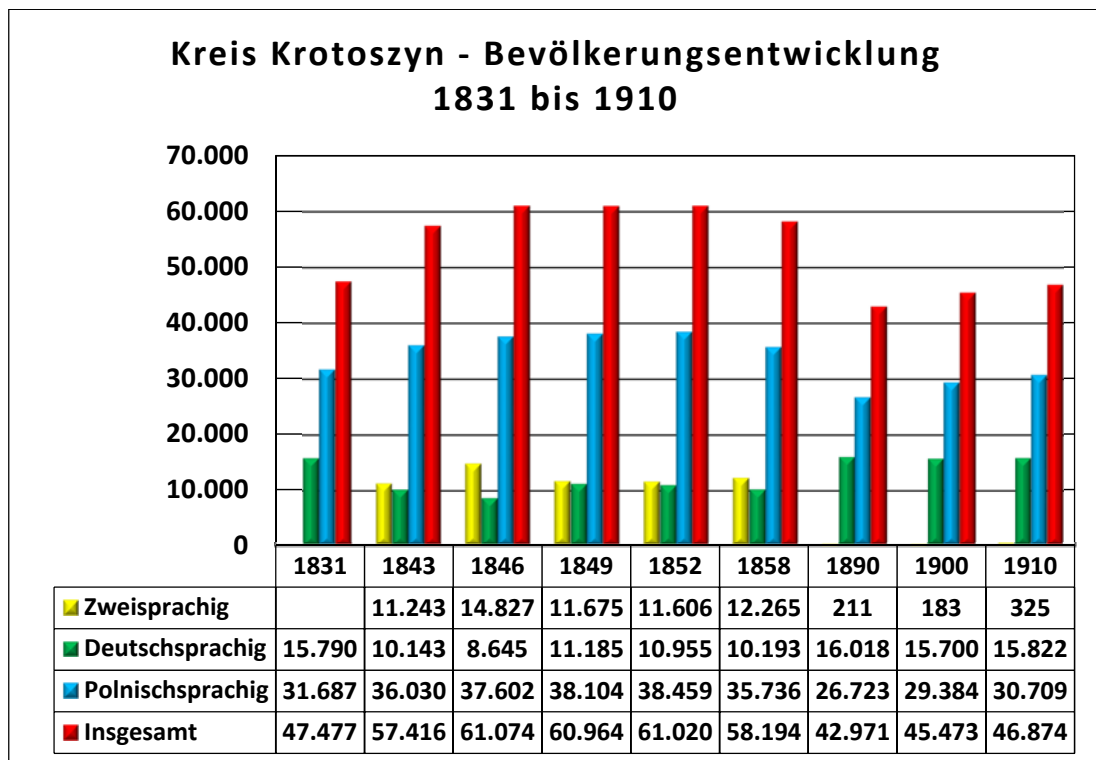


Abbildung 16: Bevölkerungsentwicklung im Kreis Krotoszyn 1831–1910<sup>1296</sup>

Bei den zweisprachigen Personen handelte es sich in der Regel um Polen, da Deutsche selten die polnische Sprache erlernten.<sup>1297</sup> Dies betrifft sowohl Kreis Krotoszyn als auch Kreis Adelnau. Außerdem zählten häufig in den genannten Kreisen Juden zu der zweisprachigen Gruppe, die außer Jiddisch vorwiegend die deutsche Sprache beherrschten.<sup>1298</sup> Diese Bevölkerungsgruppe germanisierte sich auch relativ schnell. Die ersten Juden kamen bereits im 16. Jahrhundert (möglicherweise sogar schon im 15. Jahrhundert, die Belege dafür fehlen allerdings) in die Stadt Krotoszyn.<sup>1299</sup> Etwas später, nämlich im 17. Jahrhundert, entstand auch die erste Synagoge in Krotoszyn.<sup>1300</sup> Ende des 17. Jahrhunderts lebten in Krotoszyn zwischen 1.200 und 1.700 Juden; die Schätzungen gehen hier auseinander.<sup>1301</sup> Die Gruppe machte ungefähr die Hälfte der damaligen Bewohner der Stadt aus.<sup>1302</sup> Die jüdische Gemeinde in Krotoszyn war laut Verzeichnis aus dem Jahr-

<sup>1296</sup> Ebd., S. 195.

<sup>1297</sup> Vgl. NAWROCKI, Stanisław: Pod zaborem pruskim, in: NAWROCKI, Stanisław (Hg.): Ostrów Wielkopolski. Dzieje miasta i regionu, Poznań 1990, S. 153–235; S. 167.

<sup>1298</sup> Vgl. KĘDZIERSKI, Robert: Ostrowo/Ostrów Wielkopolski, in: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2016, im WWW unter URL: <http://ome-lexikon.uni-oldenburg.de/p47797> (Stand: 09.09.2016).

<sup>1299</sup> Vgl. MARCINIAK, Ryszard: W Rzeczypospolitej szlacheckiej, S. 114.

<sup>1300</sup> Ebd., S. 114.

<sup>1301</sup> Ebd., S. 115 und S. 157.

<sup>1302</sup> Ebd., S. 115 und S. 157.

gang 1764/65 damals auch die größte in der polnischen Woiwodschaft Kalisch (poln. Województwo Kaliskie).<sup>1303</sup>

Mit der Einführung der Unterteilung der Juden mit dem Gesetz vom 1. Juni 1833 in sog. „naturalisierte“ Juden, die mit zivilen Rechten ausgestattet waren und „tolerierte“ Juden ohne zivile Rechte, die nur geduldet wurden, hat sich die Lage der Juden teilweise verbessert.<sup>1304</sup> Um als naturalisierter Jude anerkannt zu werden, musste man mindestens seit 1815 in einer preußischen Provinz wohnen und Immobilien im Werte von 2.000 Talern oder ein Kapital in Höhe von mindestens 5.000 Talern besitzen; die naturalisierten Juden sollten fließend deutsch sprechen können, den jüdischen Kleidungsstil verworfen und deutsche Nachnamen übernommen haben, ihre Kinder in die staatliche Schulen schicken oder durch Verdienste für den preußischen Staat Ruhm erworben haben.<sup>1305</sup> Dafür erhielten solche Personen außer den bereits erwähnten zivilen Rechten, das Recht uneingeschränkt Immobilien zu kaufen, ihren Beruf auswählen und ihren Wohnort beliebig wechseln zu dürfen.<sup>1306</sup> Die tolerierten Juden besaßen solche Rechte nicht. Sie durften nicht vor dem 24. Lebensjahr heiraten und zahlten eine zusätzliche Steuer dafür, dass sie nicht in der Armee dienten.<sup>1307</sup> Allerdings war es relativ schwierig das Recht auf Naturalisierung als Jude zu erhalten. Im Jahre 1837 waren nur ca. 10% aller Juden, die sich im Großherzogtum Posen befanden, „naturalisierte“ Juden.<sup>1308</sup> Die Unterteilung in naturalisierte und tolerierte Juden wurde im Jahre 1847 abgeschafft, so dass die Germanisierung der Juden weiter beschleunigt wurde.<sup>1309</sup> Ab dem Zeitpunkt hatten sie die gleichen Rechte.

Die ersten bedeutenden und nachweisbaren deutschen Migrationswellen erreichten das Gebiet des zukünftigen Kreises Krotoszyn und die Stadt Krotoszyn bereits im 17. Jahrhundert.<sup>1310</sup> Ein ähnlicher Trend ist beispielweise für die südliche Flanke Großpolens nachweisbar.<sup>1311</sup> Es handelte sich um deutschen Flüchtlinge, insbesondere aus Schlesien, die im Zuge des Dreißigjährigen Krieges 1618–1648 auswandern mussten.<sup>1312</sup> Der Zustrom deutscher Bewohner im 18. Jahrhundert in Krotoszyn und die Abschaffung der rechtlichen Einschränkungen für Andersgläubige im russisch-polnisch-preußischen Abkommen von 1768 führte zum Neubau der ersten evangelischen Kirche in Krotoszyn im

---

<sup>1303</sup> Ebd., S. 157.

<sup>1304</sup> Vgl. WITKOWSKI, Rafał: Żydowscy mieszkańcy Krotoszyna w XIX i XX wieku, Poznań 2004, S. 4.

<sup>1305</sup> Vgl. MONASCH, Bar Loebel: Bar Loebel Monasch 1801–1879. Lebenserinnerungen. Memoirs. Pamiętnik, Krotoszyn 2004, S. 35.

<sup>1306</sup> Vgl. MONASCH, Bar Loebel: Bar Loebel Monasch 1801–1879, S. 35.

<sup>1307</sup> Ebd., S. 35.

<sup>1308</sup> Vgl. WITKOWSKI, Rafał: Żydowscy mieszkańcy Krotoszyna w XIX i XX wieku, S. 4.

<sup>1309</sup> Ebd. S. 4.

<sup>1310</sup> Vgl. MARCINIAK, Ryszard: W Rzeczypospolitej szlacheckiej, S. 115.

<sup>1311</sup> Ebd., S. 115.

<sup>1312</sup> Ebd., S. 115.

Jahre 1790.<sup>1313</sup> Diese Bestrebungen wurden durch den damaligen Grundherrn und zugleich Berater des preußischen Königs, Wojciech Husarzewski, mit bedeutenden Geldsummen und einem unentgeltlich abgegeben Grundstück gefördert.<sup>1314</sup> Im Jahre 1792 wurde die neue Kirche samt eines neuen Schulgebäudes und Pfarrhauses an die evangelische Gemeinde übergeben.<sup>1315</sup> Die evangelische Gemeinde wuchs schnell und besaß im Jahre 1793 bereits 666 Mitglieder.<sup>1316</sup> Dies machte damals ungefähr ein Drittel der christlichen Bewohnerzahl der Stadt aus.<sup>1317</sup>

Hinsichtlich des Glaubensbekenntnisses gab es im Kreis Krotoszyn wesentlich mehr Protestanten und Juden als im Kreis Adelnau, der sich ebenfalls im Fürstentum Krotoszyn befand. Für das Jahr 1821 gibt es Angaben, die belegen, dass 70,4% der Bewohner des Kreises Krotoszyn Katholiken waren, danach sank ihr Anteil stetig, so dass im Jahre 1831 insgesamt 68,8% der Bewohner katholisch, 22,9% protestantisch, 8,3% jüdisch waren.<sup>1318</sup> Die Anzahl der jüdischen Bewohner gehörte zur höchsten im Großherzogtum Posen. Von 1849 bis zum Jahre 1871 änderte sich die prozentuelle Anzahl der Katholiken kaum und betrug im Jahre 1871 genau so viel wie im Jahre 1849, also 69,5%.<sup>1319</sup> Im Jahre 1900 sank die Zahl der Katholiken auf 68,9%. Für das Jahr 1910 notierte man 69,8% Katholiken.<sup>1320</sup> Im Vergleich war die Anzahl der Katholiken im Kreis Koschmin, also im nördlichen Teil des Fürstentums, weitaus höher. Im Jahr 1890 waren dort 82,8% und im Jahre 1910 auf 82,6% der Bevölkerung katholisch.<sup>1321</sup> Nimmt man die beiden Kreise zusammen, die früher einen Kreis bildeten, kann man sagen, dass dort im Jahre 1910 insgesamt 78,8% Katholiken lebten.<sup>1322</sup> Bereits für das Jahr 1831 belegen die Statistiken aus den Volkszählungen, dass 33,3% der Bevölkerung Deutsch sprach.<sup>1323</sup> In den nächsten Jahren wurde in die preußischen Volkszählungsstatistiken eine Gruppe, die zuvor unberücksichtigt geblieben war, aufgenommen, nämlich Personen, die als „doppelsprachig“ bezeichnet wurden. Demzufolge ist die Anzahl des polnischsprachigen Bevölkerungsteils bedeutend gestiegen.<sup>1324</sup> Entsprechend dieser Änderung stieg der Anzahl der Polnischsprachigen im Jahre 1847 auf 82,3% Personen, 1849 auf 81,7%, 1852 auf 82,05%, 1858 auf 82,5%.<sup>1325</sup> Bei der Volkszählung im Jahre 1861 wurde die Gruppe der Doppelsprachigen abge-

---

<sup>1313</sup> Ebd., S. 157.

<sup>1314</sup> Ebd., S. 157.

<sup>1315</sup> Ebd., S. 157.

<sup>1316</sup> Ebd., S. 157.

<sup>1317</sup> Ebd., S. 157.

<sup>1318</sup> Vgl. **BELZYT**, Leszek C.: *Pruska statystyka językowa (1825–1911)*, S. 194.

<sup>1319</sup> Ebd., S. 194.

<sup>1320</sup> Ebd., S. 194.

<sup>1321</sup> Ebd., S. 194.

<sup>1322</sup> Ebd., S. 194.

<sup>1323</sup> Ebd., S. 194.

<sup>1324</sup> Ebd., S. 194–195.

<sup>1325</sup> Ebd., S. 195.



schaft, so dass die Anzahl der Polnischsprachigen erneut einen rapiden Rückgang wie im Jahre 1831 erfuhr. Ähnliche Zahlen finden sich in anderen Statistiken wie z.B. von Karl Brämer.<sup>1326</sup> Auch hier gilt es wiederum zu beachten, dass 81,6%–84% der zweisprachigen Personen dem deutschen Bevölkerungsteil zugerechnet wurden.<sup>1327</sup> Es reichte aus, wenn die polnischsprachigen Personen auch die deutsche Sprache kannten.<sup>1328</sup> Die nächsten Ergebnisse der Volkszählungen setzten die Anzahl des polnischen Bevölkerungsteils ebenfalls herunter, der laut Statistiken im Jahre 1861 nur noch 65,5% betrug.<sup>1329</sup> Resümierend kann in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts die Zahl der polnischsprachigen Bewohner des Kreises Krotoszyn auf ca. 83% bzw. 85% geschätzt werden.<sup>1330</sup> Im verkleinerten Kreis Krotoszyn befanden sich im Jahre 1890 laut preußischen Statistiken 62,7% Polen, im Jahre 1900 waren es 65,3% und im Jahre 1910 69,8%.<sup>1331</sup> Belzyt schätzt, dass am Anfang des 20. Jahrhunderts im Kreis Krotoszyn 72–73% der Bewohner Polen waren. Diese erhöhten Angaben begründet er durch die Berücksichtigung der polnischen Schüler aus den Elementarschulen, da diese Zahlen zwischen 1901 und 1911 bei 72,4–77,5% lagen.<sup>1332</sup>

Das Fürstentum Krotoszyn umfasste auch den Kreis Adelnau (Odolanów). Dieser Kreis war fast vollständig vom polnischen Bevölkerungsteil dominiert.<sup>1333</sup> Es war so zu sagen eine polnische Bastion im Großherzogtum Posen. Dieser Zustand blieb bis zum Ende des Ersten Weltkriegs auch weitgehend unverändert. Um 1830 hatte der Kreis Adelnau 40.620 Bewohner und es gab 4 Städte, 233 Dörfer, Vorwerke und Kolonien.<sup>1334</sup> Die landwirtschaftlichen Flächen waren vor allem für die Viehzucht geeignet; der Getreideboden hatte eine mittelmäßige Qualität.<sup>1335</sup> Dieser Region war von der Landwirtschaft geprägt. Kreis Adelnau lag im südöstlichen Teil des Großherzogtums Posen bzw. später in der Provinz Posen. Im Osten grenzte er an den Landkreis Kalisch (Kalisz), der sich im Königreich Polen („Kongresspolen“) befand, im Südwesten an die Kreise Militsch (Milicz) und Polnisch Wartenberg bzw. Groß Wartenberg (Syców), die in der Provinz Schlesien lagen.<sup>1336</sup> Im Jahre 1887 wurde Kreis Adelnau verkleinert und in Kreis Ostrowo und

---

<sup>1326</sup> Ebd., S. 195.

<sup>1327</sup> Ebd., S. 195.

<sup>1328</sup> Ebd., S. 195.

<sup>1329</sup> Ebd., S. 195.

<sup>1330</sup> Ebd., S. 195.

<sup>1331</sup> Ebd., S. 195.

<sup>1332</sup> Ebd., S. 196.

<sup>1333</sup> Ebd., S. 208.

<sup>1334</sup> Vgl. EBERHARD, L. D.: Wegweiser durch die preußischen Staaten, S. 126.

<sup>1335</sup> Ebd., S. 126.

<sup>1336</sup> Vgl. BELZYT, Leszek C.: Pruska statystyka językowa (1825–1911), S. 208.

Kreis Adelnau geteilt.<sup>1337</sup> Das folgende Diagramm zeigt die Bevölkerungsstatistiken im Kreis Adelnau in den Jahren 1831–1910:

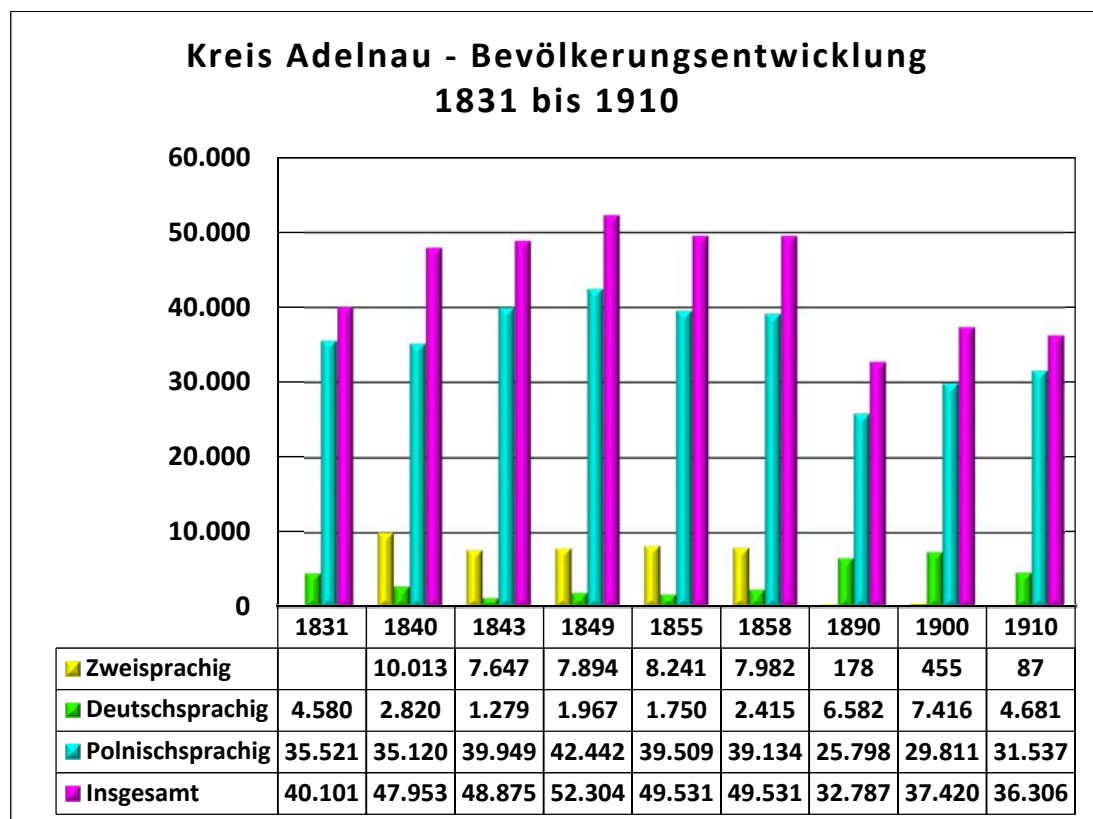


Abbildung 17: Bevölkerungsentwicklung im Kreis Adelnau 1831–1910<sup>1338</sup>

Die Volkszählung aus dem Jahre 1831 ergab, dass 88,6% aller Bewohnern des Kreises Polen waren. Dazu wurden nicht die Polen gezählt, die die deutsche Sprache beherrschten. Sie wurden zur deutschen Bevölkerungsgruppe gerechnet.<sup>1339</sup> Diese Daten wurden im Jahre 1840 nachgebessert, so dass der Anteil der polnischsprachigen Bevölkerung auf 94,1% gestiegen ist und im Jahre 1843 sogar auf 97,4%.<sup>1340</sup> Im Jahre 1849 wurden 96,2% und im Jahre 1858 insgesamt 95,1% zur polnischsprachigen Bevölkerungsgruppe gezählt.<sup>1341</sup> Bei der nächsten Volkszählung, die auch im Jahre 1858 stattfand, wurden diese Zahlen rapide nach unten korrigiert, da wiederum die doppelsprachigen Personen zum deutschen Bevölkerungsteil addiert worden waren.<sup>1342</sup> Resümierend lässt sich konstatieren, dass in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts die Anzahl der polnischsprachigen Personen im Kreis Adelnau vermutlich zwischen 92–93% lag.<sup>1343</sup> Belzyt begründet diese Annahme, indem er angibt, dass ca. 80% der Protestanten polnischsprachig waren, was

<sup>1337</sup> Ebd., S. 209.

<sup>1338</sup> Ebd., S. 210.

<sup>1339</sup> Ebd., S. 210.

<sup>1340</sup> Ebd., S. 210.

<sup>1341</sup> Ebd., S. 211.

<sup>1342</sup> Ebd., S. 211.

<sup>1343</sup> Ebd., S. 211.

zwischen 6.000 und 7.000 Personen ausmachen würde; zudem musste man Juden (ca. 4%), die sich in dem doppelsprachigen Bevölkerungsanteil befanden aus dieser Gruppe subtrahieren.<sup>1344</sup> Mit solcher Berechnung kommt man auf relativ realistische Angaben der polnischsprachigen Personen im Kreis Adelnau, die ca. 92–93% ausmachten. Die ersten Juden kamen in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts nach Adelnau und ihre Anzahl notierte einen stetigen Zuwachs, um ab 1861 einen negativen Trend in den Statistiken aufzuweisen.<sup>1345</sup> Die ersten Protestanten siedelten sich bereits seit der Mitte des 16. Jahrhunderts in Adelnau und in dem umliegenden Gebiet an.<sup>1346</sup> Die erste evangelische Gemeinde wurde auf Grund des Toleranzedikts von 1775 im Jahre 1780 ins Leben gerufen und es wurde eine evangelische Kirche in Adelnau gebaut, was mit Hilfe des Starosten Aleksander Sułkowski geschah.<sup>1347</sup> Mitte des 19. Jahrhunderts gab es im Kreis Adelnau beispielsweise 2.900 Protestanten, wovon 500 Deutsche waren.<sup>1348</sup> Die allgemein vertretende Annahme, dass ein Mitglied der evangelischen Gemeinde meistens mit dem Deutschen gleichzusetzen war, trifft im Kreis Adelnau, wie wir gesehen haben, kaum zu. Dies bestätigt auch die Tatsache, dass z.B. im Jahre 1905 von den 34.615 Bewohner des Kreises Adelnau 30.526 Personen angaben, dass ihre Muttersprache polnisch sei.<sup>1349</sup> Um die Zahl der polnischen Bewohner am Anfang des 20. Jahrhunderts definieren zu können, sollte man die Elementarschülerstatistiken analysieren. In den Jahren 1886–1911 ging die Anzahl der polnischen Schüler zurück, so dass von den im Jahre 1886 durch die Statistiken ermittelten 95,2%, im Jahre 1911 nur 90,9% übriggeblieben sind.<sup>1350</sup> Diese Zahlen weisen auf einen Rückgang des polnischen Bevölkerungsteils hin, insbesondere wenn man das Jahr 1911 berücksichtigt. Die Anzahl der polnischen Protestanten, also derer, die die polnische Sprache als ihre Muttersprache angegeben haben, sank ebenfalls auf ungefähr 4.000 Personen.<sup>1351</sup> Diese Gruppe machte 11% des polnischsprachigen Bevölkerungsanteils aus.<sup>1352</sup> Aus diesen Angaben kann man die Schlussfolgerungen ziehen, dass bis zum ersten Weltkrieg die Anzahl der polnischsprachigen Personen weiterhin sank und ca. 88–89% betrug.<sup>1353</sup>

Der Kreis Adelnau war mehrheitlich katholisch geprägt. So stellten im Jahre 1821 Katholiken 80% der Bevölkerung dar; die Protestanten waren mit 16,8% und Juden mit 3% ver-

---

<sup>1344</sup> Ebd., S. 211.

<sup>1345</sup> Vgl. DYMĄCZ, Eugeniusz: *Monografia Odolanowa*, Odolanów 2003, S. 74.

<sup>1346</sup> Ebd., S. 73.

<sup>1347</sup> Ebd., S. 73.

<sup>1348</sup> Ebd., S. 73.

<sup>1349</sup> Ebd., S. 82.

<sup>1350</sup> Vgl. BELZYŃ, Leszek C.: *Pruska statystyka językowa (1825–1911)*, S. 211.

<sup>1351</sup> Ebd., S. 211.

<sup>1352</sup> Ebd., S. 211.

<sup>1353</sup> Ebd., S. 211.

treten.<sup>1354</sup> Im Jahre 1837 waren es in den offiziellen Statistiken entsprechend 78,2% Katholiken, 17,5% Protestanten und 4,5% Juden.<sup>1355</sup> Die Protestanten verzeichneten in den nächsten Jahren einen leichten Zuwachs, so dass im Jahre 1871 insgesamt 19,4% diesem Bekenntnis angehörten, 76,7% waren Katholiken, 3,9% Juden.<sup>1356</sup> Nach der Teilung des Kreises Adelnau in Kreis Ostrowo und Adelnau erhöhte sich die Zahl der Katholiken, so dass im Jahre 1890 ihr Anteil 79,8% an der Bevölkerung ausmachte.<sup>1357</sup> Für die Stadt Adelnau ergibt sich hinsichtlich der konfessionellen Verteilung folgendes Bild:

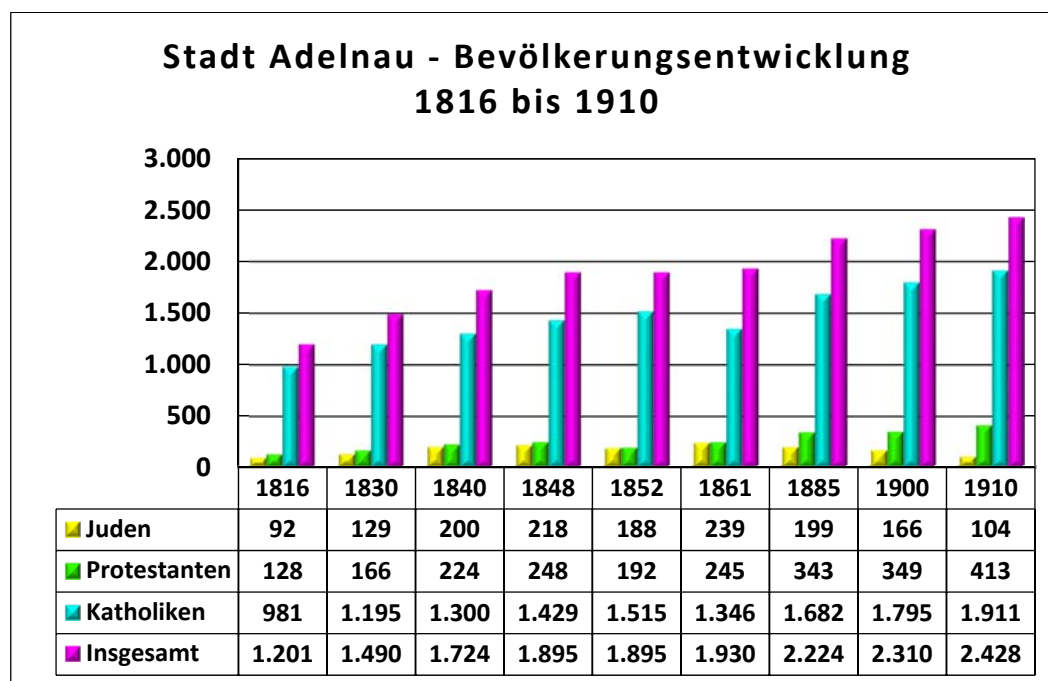


Abbildung 18: Bevölkerungsentwicklung in der Stadt Adelnau 1816–1910<sup>1358</sup>

Wie wir der Grafik entnehmen können, war Adelnau, eine wesentlich kleinere Stadt als Krotoszyn. Die positive Entwicklung der Stadt Adelnau sowie des Kreises und der damit verbundene Bewohnerzuwachs geht hauptsächlich auf den Anstieg der landwirtschaftlichen Produktion, eine bessere medizinische Versorgung, auf die Förderung der Hygiene durch Ausbau der sanitären Anlagen und die nach der Bauernbefreiung entstandenen selbstständigen Bauernbetriebe zurück.<sup>1359</sup> Die Bevölkerung der Stadt Adelnau war auch im Gegensatz zur Stadt Krotoszyn, in der der Anteil der Bevölkerung etwa zur Hälfte aus Polen und zur anderen Hälfte aus Deutschen bestand, größtenteils polnisch. Ähnlich waren die Verhältnisse, wenn man die Kreise Adelnau und Krotoszyn vergleicht. Für die Stadt Krotoszyn ergibt sich hinsichtlich der konfessionellen Verteilung folgendes Bild:

<sup>1354</sup> Ebd., S. 209.

<sup>1355</sup> Ebd., S. 209.

<sup>1356</sup> Ebd., S. 209.

<sup>1357</sup> Ebd., S. 209.

<sup>1358</sup> Vgl. OLSZANOWSKI, Franciszek, WALKOW, Rafał: Bedeker Odolanowski, Odolanów 2014, S. 161 bzw. DYMACH, Eugeniusz: Monografia Odolanowa, Odolanów 2003, 69.

<sup>1359</sup> Vgl. DYMACH, Eugeniusz: Monografia Odolanowa, Odolanów 2003, S. 67–69.

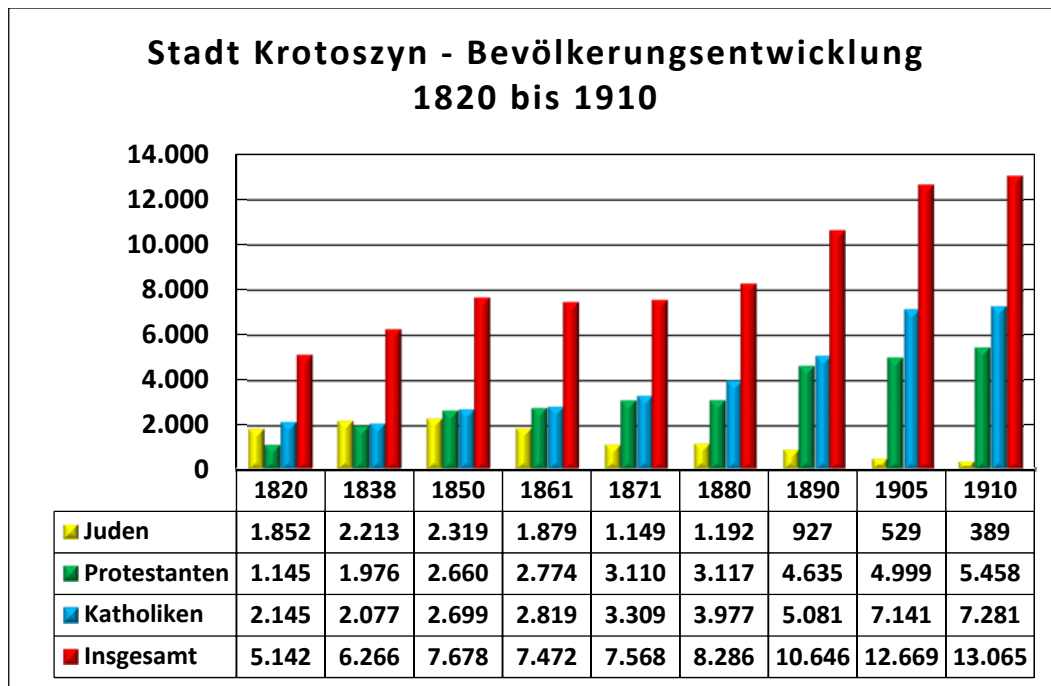


Abbildung 19: Bevölkerungsentwicklung in der Stadt Krotoszyn 1820–1910<sup>1360</sup>

Die dargestellten Bevölkerungszahlen in der Stadt Krotoszyn aus dem Jahre 1880 und 1890 wurden ohne Garnisonssoldaten angegeben.<sup>1361</sup> Die Zahl der Garnisonssoldaten betrug im Jahre 1820 insgesamt 245 Soldaten und zwischen 1848–1870 waren es 700 Soldaten.<sup>1362</sup> Später stieg die Anzahl der Garnisonssoldaten weiter, so dass im Jahre 1880 vor Ort 1.000 Soldaten, im Jahre 1890 dann 1.242, im Jahre 1910 schon 1.768 und im Jahre 1913 sogar 2.109 Soldaten stationiert waren.<sup>1363</sup> Krotoszyn war schließlich eine Grenzstadt zur Kongresspolen und somit auch zum Zarenreich und musste aus dem Grund eine starke Garnison besitzen.<sup>1364</sup> Zwischen 1820 und 1838 beobachtet man einen Rückgang der Angehörigen des katholischen Bürgertums, genauer gesagt der Tuchmacher.<sup>1365</sup> Dies kann dadurch erklärt werden, dass Zölle für Produkte der Tuchmacherindustrie durch das Kaiserreich Russland eingeführt worden waren.<sup>1366</sup> Das gesamte Großherzogtum Posen litt an dieser Maßnahme, da die Tuchmacherei zu der Zeit der größte Industriezweig in der Region Großpolen war.<sup>1367</sup> Die meisten Juden kamen in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts in die Stadt aus Großpolen und Niederschlesien.<sup>1368</sup> Zwischen 1871 und 1913 stieg die Bevölkerungszahl insgesamt um 41%.<sup>1369</sup> Ein wichtiger Faktor war dabei der Zustrom der ländlichen Bevölkerung. Das wurde vor allem durch das Gesetz vom 1.

<sup>1360</sup> Vgl. HADRYCH, Paweł: W czasach pruskich (1793–1918), Poznań 1996, S. 180 und 209.

<sup>1361</sup> Ebd., S. 209.

<sup>1362</sup> Ebd., S. 181.

<sup>1363</sup> Ebd., S. 210.

<sup>1364</sup> Ebd., S. 210.

<sup>1365</sup> Ebd., S. 181.

<sup>1366</sup> Ebd., S. 181.

<sup>1367</sup> Ebd., S. 181.

<sup>1368</sup> Ebd., S. 181.

<sup>1369</sup> Ebd., S. 209.

November 1867 („Gesetz über die Freizügigkeit“) möglich, das die Freizügigkeit der Umsiedlung der Bevölkerung garantierte und durch das Gesetz vom 21. Juni 1869 („Gewerbeordnung für den Norddeutschen Bund“), das die Freiheit in der Industrie gefördert hat. Zusätzlich wurde die Einwanderung der Bevölkerung in die Städte ebenfalls durch den Abschluss der Bauernbefreiung auf dem Lande beschleunigt.<sup>1370</sup> Bei der Bestimmung der deutschen Bevölkerungsanteile anhand der Religionszugehörigkeit wird angenommen, dass Protestanten, Juden und ca. 8% der Katholiken den deutschen Bevölkerungsteil ausmachten.<sup>1371</sup> Diese Berechnungen belegen, dass der Anteil der Deutschen in der Stadt Krotoszyn zwischen 1880 und 1905 von 67% auf 52% gesunken ist und dieser Zustand blieb bis zum Jahre 1913 unverändert.<sup>1372</sup> Der starke Rückgang der jüdischen Bevölkerung lässt sich dadurch erklären, dass ab dem Jahre 1848 die bis dahin geltenden rechtlichen Einschränkungen für Juden mit dem preußischen Gesetz vom 6. April 1848 abgeschafft worden waren und damit vor allem die ärmere jüdische Bevölkerung in reichere Landesteile abwandern konnte.<sup>1373</sup> Die abwandernden jüdischen Bewohner der Stadt wurden systematisch durch den Zustrom von Protestanten ersetzt.<sup>1374</sup> Die demographische Entwicklung in der Stadt Krotoszyn wurde nur im Jahre 1853 und 1868 durch zwei große Chloeraepidemien gehemmt.<sup>1375</sup> Die Choleraepidemie aus dem Jahre 1868 war auch die letzte in der Geschichte der Stadt Krotoszyn.<sup>1376</sup> Danach wuchs die Zahl der Bewohner der Stadt kontinuierlich.<sup>1377</sup>

Im Fürstentum Krotoszyn gestaltete sich die Bevölkerungssituation hinsichtlich des Glaubensbekenntnisses ähnlich wie im gesamten 19. Jahrhundert in den Kreisen Krotoszyn und Adelnau. Die Statistiken, die sich in den Akten erhaltenen haben, bestätigen diese Situation. Die Bevölkerung notierte seit der Entstehung des Fürstentums Krotoszyn im Jahre 1819 ein stetiges Wachstum:

---

<sup>1370</sup> Ebd., S. 181.

<sup>1371</sup> Ebd., S. 209.

<sup>1372</sup> Ebd., S. 209.

<sup>1373</sup> Ebd., S. 181.

<sup>1374</sup> Ebd., S. 181.

<sup>1375</sup> Ebd., S. 181.

<sup>1376</sup> Vgl. **MIKOŁAJCZYK**, Piotr: Kalendarium historyczne Krotoszyzna, in: Towarzystwo Miłośników i Badaczy Ziemi Krotoszyńskiej (Hg.), Krotoszyn 2015, S. 43.

<sup>1377</sup> Vgl. **HADRYCH**, Paweł: W czasach pruskich (1793–1918), S. 181.

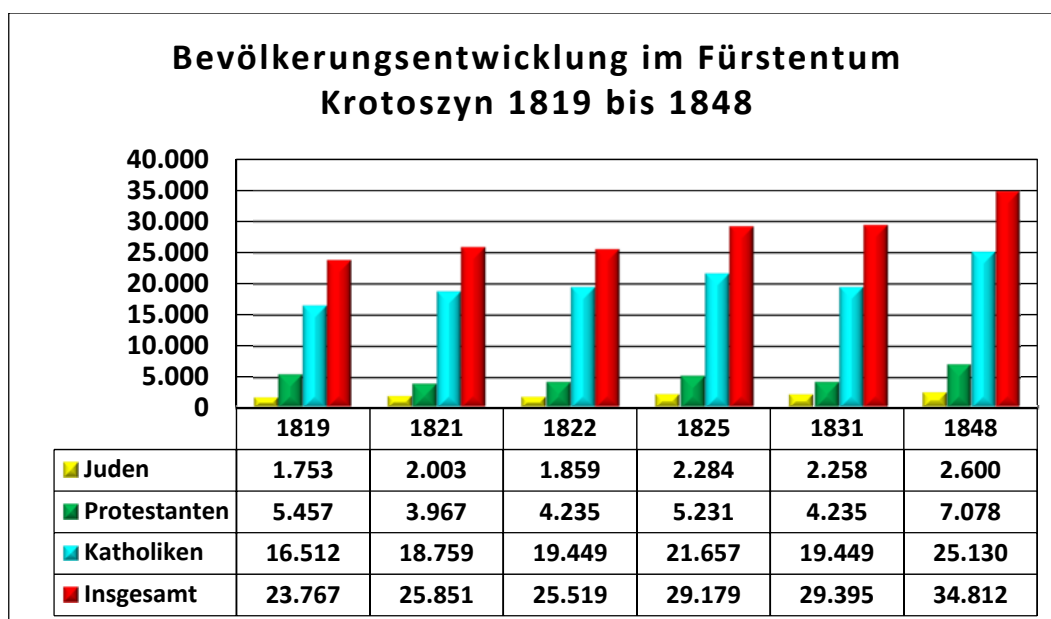


Abbildung 20: Bevölkerungsentwicklung im Fürstentum Krotoszyn 1819–1848<sup>1378</sup>

Dies bestätigt die Entwicklung der Einwohnerzahlen in den einzelnen Rentämtern im Fürstentum Krotoszyn, nämlich im Amt Krotoszyn, Amt Adelnau und Amt Orpiszewo, die im folgenden Balkendiagramm veranschaulicht wird:

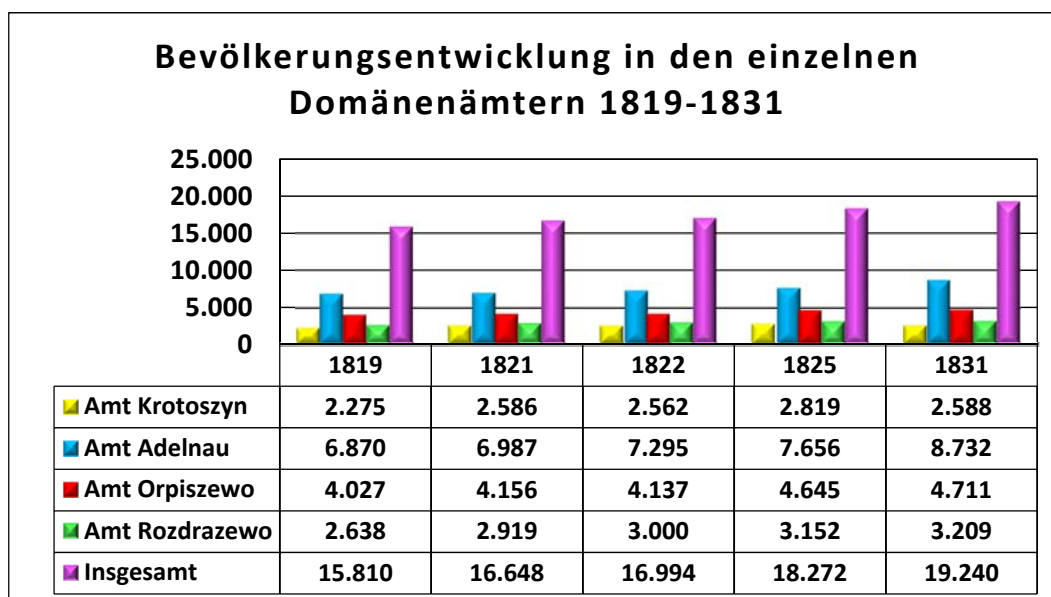


Abbildung 21: Bevölkerungsentwicklung im Fürstentum Krotoszyn 1819–1831 in den einzelnen Rentämtern<sup>1379</sup>

Das Rentamt Adelnau weist hier die größte Bevölkerungsdichte auf, während das Rentamt Krotoszyn die niedrigste Bevölkerungsdichte verzeichnet. In der Mitte liegen die Zahlen der Ämter Orpiszewo und Rozdrazewo. Die Verteilung hängt neben wirtschaftli-

<sup>1378</sup> Vgl. FTTZA, DK 19990: Die statistische Tabelle vom Fürstentum Krotoszyn; FTTZA, IB 2481: Statistische Verhältnisse des Fürstentums, 1825–1842; FTTZA, DK 20020: Die Lostrauung vom Großherzogtum Posen.

<sup>1379</sup> Vgl. FTTZA, DK 19990: Die statistische Tabelle vom Fürstentum Krotoszyn.

chen Faktoren vor allem auch von der Größe der fürstlichen Ortschaften und Güterkomplexe ab.

### *Die Besitzungen in Krotoszyn als Einnahmequelle*

Vor der Abschaffung der Reichspost spielte der Grundbesitz im Vermögen von Thurn und Taxis eine marginale Rolle.<sup>1380</sup> Dies änderte sich schon am Anfang des 19. Jahrhunderts völlig. In den 20er Jahren des 19. Jahrhunderts verfügte das Haus Thurn und Taxis über Besitzungen an verschiedenen Lokationen wie Böhmen, Preußen, den Niederlanden, Südtirol und Bayern.<sup>1381</sup> Zwischen 1806 und 1867 machten allein die Einnahmen aus dem Grundbesitz in Schwaben 17% der Gesamteinnahmen von Thurn und Taxis und die Einkünfte aus den Besitzungen in Bayern, Preußen, Böhmen, Südtirol und den Niederlanden ca. 19% aller Einnahmen aus.<sup>1382</sup> Resümierend erwirtschaftete in diesem Zeitraum das Haus Thurn und Taxis allein aus Grundbesitz ca. 36% seiner Einkünfte. Das Fürstentum Krotoszyn war in erster Linie als eine Investition in Grund und Boden gedacht. Aus den einzelnen Domänenämtern und den sich darin befindenden Gütern sollte das Geld nach Regensburg in die Schatulle des Fürsten von Thurn und Taxis fließen. Weit entfernte Güter im Osten Preußens erschwerten sicherlich die Verwaltung solcher Investitionen, allerdings waren damit auch große Vorteile verbunden wie billigere Arbeitskräfte und günstigere Preise für das Land.<sup>1383</sup> Das Großherzogtum Posen lag zwar in Mitteleuropa, das Gebiet war jedoch mehrheitlich polnisch geprägt, was zusätzlichen, vor allem administrativen Arbeitsaufwand bedeutete, wie den Einsatz von Dolmetschern und Übersetzern. Vor Ort im Fürstentum Krotoszyn fehlten ausreichend polnischsprachige Personen, die auch des Deutschen mächtig gewesen wären; die meisten Bewohner konnten deutsch kaum oder gar nicht. Dies betrifft auch die deutsche Bevölkerung, die nur in seltenen Fällen polnisch kannte oder lernen wollte. In der Regel wurden diese Kenntnisse durch familiäre Beziehungen mitgeerbt, vor allem in den Mischfamilien. Ein weiterer Faktor war, dass sich die Bräuche und die Kultur unterschieden und für die Deutschen die polnischen und für die Polen die deutschen Sitten fremd waren. Die Region hatte im Übrigen in der Provinz Preußen nicht den besten Ruf wie Aussagen von Zeitzeugen belegen. Am Anfang des 20. Jahrhunderts sprach man in Bezug auf die Region nicht selten über

---

<sup>1380</sup> Vgl. BEHRINGER, Wolfgang: Thurn und Taxis, S. 277.

<sup>1381</sup> Ebd., S. 277.

<sup>1382</sup> Ebd., S. 277.

<sup>1383</sup> Ebd., S. 267.



ein „Kolonialland“. Die Provinz Posen galt nicht selten als Synonym für den „Osten“.<sup>1384</sup> Bezeichnungen wie „verrufene Nester“, „China an der Warthe“ oder noch schlimmer „Preußisch Sibirien“ waren üblich.<sup>1385</sup> So beschrieb beispielsweise ein nach Posen versetzter Konsistorialrat im Jahre 1905 seine Eindrücke über die Stadt Posen wie folgt:

„Zwischen Deutschen und Polen bestand weder Connubium noch commercium, weder persönlicher noch wirtschaftlicher Verkehr. Nur die unterste polnische Schicht stellte auch dem Deutschen die Arbeiter und Dienstboten. In der Mittel- und Oberschicht standen beide Nationen sich völlig fremd gegenüber. Jede Nationalität hatte ihre von der anderen streng getrennten Kreise, ihre eigenen Gaststätten und Cafés, ihre Hotels, ihr Theater. Ich kam mir vor, als sei ich in eine fremde Welt gelangt. Das Gefühl, im deutschen Lande zu sein, hatte ich bestimmt nicht.“<sup>1386</sup>

Über die Kleinstädte in der Provinz Posen entstanden zahlreiche Spottverse und -lieder. Bekannt waren Phrasen wie, „In Schroda und Tremessen, da kriegst du nichts zu fressen“, „In Pleschen und Tremessen, da wird man dich verdreschen“, „Schrimm ist schlimm, Rogasen zum Rasen, aber, weh dir, nach Samter, oh du Verdammter!“.<sup>1387</sup> Einige Verse bezogen sich sogar auf Städte, die sich im Fürstentum Krotoszyn befanden wie „Nach Jarotschin und Krotoschin da zieht es mich nie wieder hin“ und „In Adelnau und Czarnikau, da schlägt man dir den Hintern blau“.<sup>1388</sup> Es waren nicht nur leere Sprüche, die nicht viel mit der Wirklichkeit zu tun hatten, da die Quellen bestätigen, dass beispielsweise schon im Jahre 1840 der Kreis Adelnau und somit auch die Kreisstadt zu den Kreisen mit den höchsten Kriminalitätsraten im Großherzogtum Posen gehörten und auf dem Platz fünf bezüglich der Kriminaluntersuchungen nach dem Posener (poznański), Samterschen (szamotulski), Pleschener (pleszewski) und Schildberger Kreise (ostrzeszowski) lagen.<sup>1389</sup> In den zwei anderen Kreisen, nämlich Kreis Samter und Kreis Pleschen, die hier erwähnt worden waren, war die Kriminalitätsrate am höchsten. Man kann also festhalten, dass die Provinz Posen keinen besonders guten Ruf in Preußen hatte, darunter auch die Städte, die im Fürstentum Krotoszyn lagen.

Ein prominentes Beispiel für die stereotypisierende Perspektive auf die Region ist auch der deutsche Dichter Otto Roquette (1824–1896). Er kam am Ostermontag, den 19. April 1824, in Krotoszyn zur Welt.<sup>1390</sup> Sein Vater, Louis Roquette, zog mit seiner Frau Marie Antoinette Barraud, die französischer Herkunft war, nach Krotoszyn.<sup>1391</sup> Der Vater von

<sup>1384</sup> Vgl. NEUBACH, Helmut: Posen, Preussens ungeliebte Provinz. Kritische Stimmen über eine deutsch-polnische Grenzregion, in: NEUGEBAUER, Wolfgang, KROLL, Frank-Lothar (Hg.), *Forschungen zur Brandenburgischen und preußischen Geschichte*. Neue Folge, Bd. 25, Heft 1, Berlin 2015, S. 111–130; S. 113 und S. 125.

<sup>1385</sup> Vgl. NEUBACH, Helmut: Posen, Preussens ungeliebte Provinz, S. 126.

<sup>1386</sup> Zitiert nach NEUBACH, Helmut: Posen, Preussens ungeliebte Provinz, S. 114.

<sup>1387</sup> Zitiert nach NEUBACH, Helmut: Posen, Preussens ungeliebte Provinz, S. 120 und S. 122.

<sup>1388</sup> Zitiert nach NEUBACH, Helmut: Posen, Preussens ungeliebte Provinz, S. 120.

<sup>1389</sup> Vgl. FTTZA, IB 2481: Vortrag des Landraths von Tieschowitz, 27. Dezember 1841.

<sup>1390</sup> Vgl. ROQUETTE, Otto: *Siebzig Jahre. Geschichte meines Lebens*, Bd. 1, Darmstadt 1894, S. 18.

<sup>1391</sup> Ebd., S. 15ff.

Otto arbeitete in Krotoszyn zunächst als Assessor beim Landgericht und einige Jahre später als Landgerichtsrat.<sup>1392</sup> In seinen in zwei Bänden veröffentlichten autobiographischen Erinnerungen schrieb er u.a. auch über Krotoszyn. Er lebte dort einige Jahre und schilderte die Bevölkerungsverhältnisse in der Stadt und der Umgebung folgendermaßen:

„Mit dem ‚Elend unter den Polacken‘ mochte es nicht so schlimm sein als man erwartet hatte, hauptsächlich, weil ihrer nicht so viele da waren. Die Mehrzahl hatte sich, da Genuß und Trägheit die Elemente waren, darin sie einzig leben mochten, aus Furcht vor der deutschen Arbeit davongemacht.

Auf dem Lande saßen hie und da wohlhabende polnische Gutsbesitzer zwischen den deutschen. Mit ihnen kamen meine Eltern auch wohl in Berührung, da beide geläufig französisch sprachen, und die französische Konversation das Einzige ist, was der polnische Adel gelernt hat. Die Stadt aber war schon durch ihre Lage ganz deutsch, da sie hart an der schlesischen Grenze liegt.

Schlesische Mundart, Tracht des Volkes, Gewohnheiten, waren hier immer zu Hause gewesen, und alle Beziehungen nach außen gingen über die schlesische Grenze, seltener nach dem polonisierten Inneren der Provinz.“<sup>1393</sup>

Seine Aussagen stützen sich hauptsächlich auf Vorurteile gegenüber dem polnischen Bevölkerungsteil und stellen ein Beispiel für die Sichtweise der Oberschicht der Stadt Krotoszyn dar. Der Ton der Aussage lässt auf nationalistisch gefärbte und pauschalisierende Urteile in Bezug auf den polnischen Bevölkerungsteil schließen. Bei Roquette finden sich keine positiven oder zumindest neutralen Aussagen. Die „Polacken“ sind seiner Ansicht nach faul. Sogar die polnischen Adeligen können nichts außer Französisch. Im Gegensatz zu Roquettes Aussagen, haben wir anhand der Statistiken gesehen, dass die Stadt Krotoszyn einen bedeutenden Teil an polnischer und jüdischer Bevölkerung hatte.<sup>1394</sup> Man könnte höchstens vom „deutschen“ Charakter, als einen, der die Stadt ausmachte, sprechen.

Die Landgüter im Fürstentum Krotoszyn, die sich im Besitz des Fürsten von Thurn und Taxis befanden, waren größtenteils an Dritte verpachtet. Die verpachteten wirtschaftlichen Komplexe wurden den einzelnen Pachtschlüsseln zugeordnet. Das Fürstentum Krotoszyn war wirtschaftlich für den Fürsten sehr bedeutend. Insgesamt wurden 50% der 25.316 ha großen Fläche des Fürstentums Krotoszyn landwirtschaftlich genutzt.<sup>1395</sup> Es war im Endeffekt eine rentable Investition in Grund und Boden des hochadeligen Fürstenhauses Thurn und Taxis. In den Jahren 1833–1837 machten die Einnahmen aus dem Fürstentum Krotoszyn 3,5% (ca. 210.000 Gulden) der Gesamteinnahmen des Fürstenhauses aus.<sup>1396</sup> Ihr Anteil an den Einnahmen aus dem Grundbesitz stieg jedoch stetig. Wäh-

---

<sup>1392</sup> Ebd., S. 18 und S. 23.

<sup>1393</sup> ROQUETTE, Otto: Siebzig Jahre. Geschichte meines Lebens, Bd. 1, Darmstadt 1894, S. 21.

<sup>1394</sup> Vgl. Bevölkerungsentwicklung im Fürstentum Krotoszyn.

<sup>1395</sup> Vgl. BEHRINGER, Wolfgang: Thurn und Taxis, 1990, S. 267.

<sup>1396</sup> Vgl. GRILLMEYER, Siegfried: Habsburger Diener in Post und Politik, S. 399.

rend im Jahre 1830 aus den Krotoszyner Besitzungen 6% der Gesamteinnahmen erwirtschaftet wurden, waren es im Jahre 1840 bereits 17% und in den Jahren 1850–1870 sogar zwischen 19 und 20%.<sup>1397</sup> Zwischen 1831/32 und 1870/71 betrugen die Einnahmen aus den in Polen gelegenen fürstlichen Besitzungen 3.514.504 Gulden.<sup>1398</sup> Die folgenden Diagramme illustrieren die prozentuelle Verteilung der Einnahmen aus dem fürstlichen Grundbesitz im Jahre 1830 und im Jahre 1860:

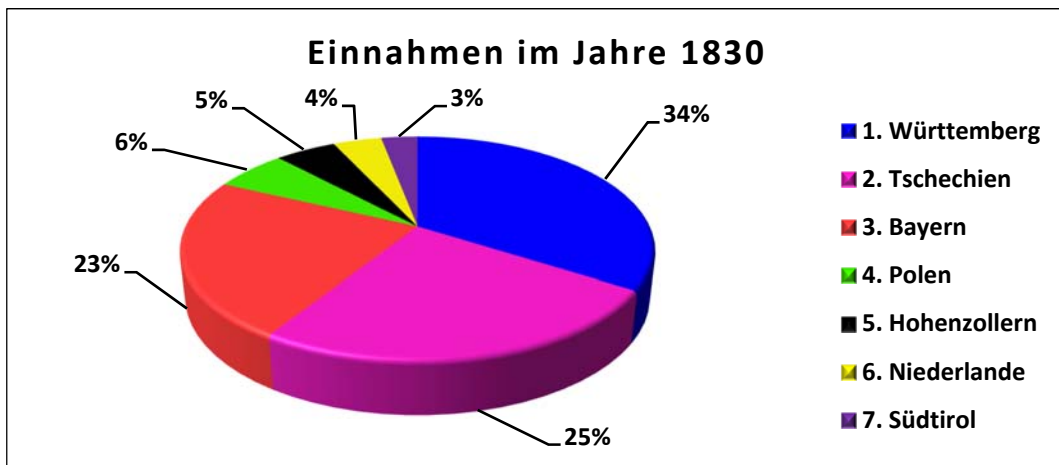


Abbildung 22: Prozentuelle Verteilung der Einnahmen aus dem Grundbesitz des Fürsten von Thurn und Taxis im Jahre 1830<sup>1399</sup>

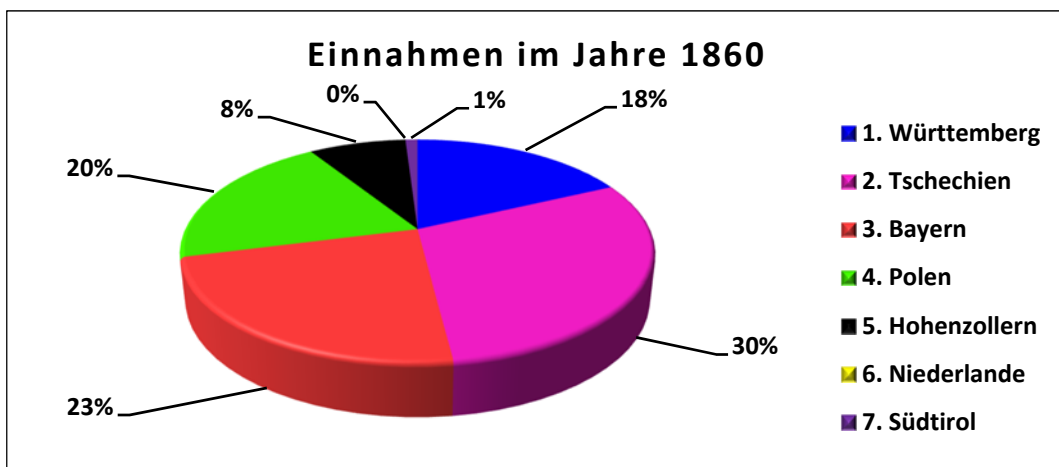


Abbildung 23: Prozentuelle Verteilung der Einnahmen aus dem Grundbesitz des Fürsten von Thurn und Taxis im Jahre 1860<sup>1400</sup>

Auch bis 1916 blieb der Krotoszyner Anteil an den Gesamteinnahmen aus den Grundbesitzungen von Thurn und Taxis bei etwa 20%, was zwischen 1867 und 1917 ca. weitere 22 Millionen Reichsmark ausmachte.<sup>1401</sup> Der Grundbesitz des Hauses Thurn und Taxis

<sup>1397</sup> Vgl. DOLL, Eva-Carolina: Handlungsstrukturen – Die Standesherrschaft Thurn und Taxis in der Epochenwelle zum 19. Jahrhundert unter Fürst Maximilian Karl, in: IMKAMP, Wilhelm, STYRA, Peter (Hg.), Thurn und Taxis Studien – Neue Folge, Bd. 8, Regensburg 2017, S. 228–230.

<sup>1398</sup> Vgl. DOLL, Eva-Carolina: Handlungsstrukturen – Die Standesherrschaft Thurn und Taxis, S. 235.

<sup>1399</sup> Ebd., S. 228.

<sup>1400</sup> Ebd., S. 230.

<sup>1401</sup> Vgl. BEHRINGER, Wolfgang: Thurn und Taxis, S. 267 und S. 278.

### *Die Besitzungen in Krotoszyn als Einnahmequelle*

umfasste im Jahre 1900 insgesamt 123.764 ha Fläche, was sogar den Besitz des preußischen Hausfideikommiss überstieg, der nur 97.043 ha betrug.<sup>1402</sup> Dies zeugt von der finanziellen Durchschlagkraft und dem Ausmaß des Reichtums der Familie von Thurn und Taxis zu der Zeit. Von den bereits erwähnten 123.764 ha an Grundbesitz der von Thurn und Taxis im Jahre 1898 machten die kroatischen Besitzungen in Banija mit 37.655 Hektar ca. 30,4%, die Besitzungen im Fürstentum Krotoszyn mit 25.316 ha ca. 20,5%, die Besitzungen in Richenburg mit 10.376 ha ca. 8,4%, die Besitzungen in Obermarchthal mit 10.337 ha ca. 8,4%, die Besitzungen in Wörth mit 9.656 ha ca. 7,8%, die Besitzungen um das Schloß Taxis mit 8.079 ha ca. 6,5%, die Besitzungen in Chotieschau mit 7.576 ha ca. 6,1%, die Besitzungen in St. Emmeram mit 6.925 ha ca. 5,6%, die Besitzungen in Leitomischl mit 6.826 ha ca. 5,5% und schließlich die Besitzungen in Sulzheim mit 950 Hektar ca. 0,8% aus.<sup>1403</sup> Hinzu kam noch ein im Vergleich zu anderen sehr kleiner Besitz von 68 Hektar im Rentamt St. Emmeram.<sup>1404</sup> Das Fürstentum Krotoszyn war laut diesen Berechnungen der zweitgrößte zusammenhängende Güterkomplex der Fürsten von Thurn und Taxis nach Banija im heutigen Kroatien (damals in Kaiserreich Österreich-Ungarn). Das folgende Diagramm illustriert den prozentuellen Flächenanteil der Besitzungen im Jahre 1900:

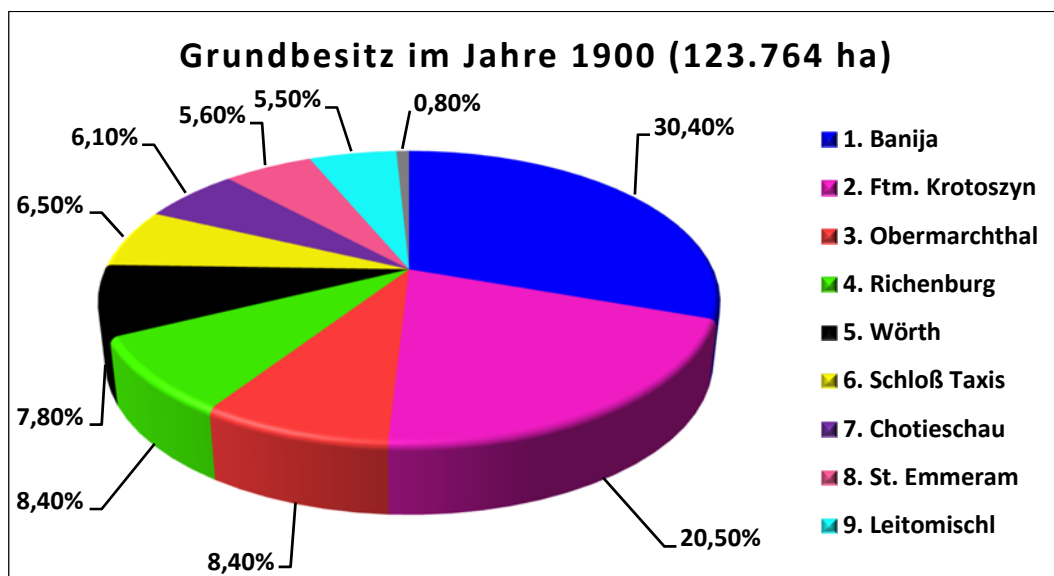


Abbildung 24: Grundbesitzungen der Fürsten von Thurn und Taxis im Jahre 1900<sup>1405</sup>

Die meisten Erträge aus den Gütern im Fürstentum Krotoszyn kamen aus der Forstwirtschaft, Landwirtschaft und dem Fischereiwesen. Dies beinhaltete Wiesen, Weiher, Weiden, Obstgärten, Waldfrüchte, Produktion von Getreide und anderen landwirtschaftlichen Produkten wie etwa Kartoffeln oder Ölfrüchten, Viehzucht usw. Im Jahre 1821 wurden

<sup>1402</sup> Ebd., S. 283.

<sup>1403</sup> Ebd., S. 281–283.

<sup>1404</sup> Ebd., S. 283.

<sup>1405</sup> Ebd., S. 281–283.

die Einnahmen in verschiedene Kategorien unterteilt wie etwa beständige Geldgefälle,<sup>1406</sup> also Einkünfte aus den Dörfern und Städten, Gerichtsgefälle, Naturalien (Eier, Gänse, Hafer, Hühner), Naturaldienste (Spanntage, Handtage,<sup>1407</sup> Reisedienste), Mühlen, Pachtständen, Erbpachtzinse, Vorwerknutzung (Ackerbau, Obstgärten, Gemüse Garten, Hopfen Garten, Gras, Gärten, Baumgärten, Wiesen, Viehnutzung, Kühe, Jungvieh, Schafe, Schweine), geistliche Abgaben, Holz, Rauchfanggeld,<sup>1408</sup> Feldjagd, Propinationsnutzung (Brauerei, Brandweinbrennerei), Teich-Nutzung (Fischnutzung, Speisefischen, wilden Fischfang) sowie Wiesen- und Ackernutzung.<sup>1409</sup> Um allein die Ausmaße der Tierzucht zu verdeutlichen, reicht es aus die allgemeinen Angaben für den Kreis Krotoszyn zu betrachten. Laut Statistiken gab es dort Ende 1837 130.129 Nutztiere, davon 89.326 Schafe, 23.268 Stück Vieh, 11.803 Schweine, 5.638 Pferde und Fohlen sowie 94 Ziegen.<sup>1410</sup> Somit war der Kreis Krotoszyn, was den Besitz angeht, der viertreichste Kreis im Großherzogtum Posen.<sup>1411</sup> Ein bedeutender Teil dieses Besitzes gehörte selbstverständlich dem Fürsten von Thurn und Taxis.

---

<sup>1406</sup> Vgl. KRÜNITZ, Johann Georg: Oekonomische Enzyklopädie (1773–1858), im WWW unter URL: <http://www.kruenitz1.uni-trier.de/xxx/g/kg01258.htm> (Stand: 20.04.2017).

<sup>1407</sup> D.h. Frohntag

<sup>1408</sup> Abgabe, welche man der Obrigkeit nach der Zahl der Rauchfänge entrichtet, vgl. KRÜNITZ, Johann Georg: Oekonomische Enzyklopädie (1773–1858), im WWW unter URL: <http://www.kruenitz1.uni-trier.de/xxx/g/kg01258.htm> (Stand: 20.04.2017).

<sup>1409</sup> Vgl. FTTZA, DK 8423: Die Constituirung der Rentkammer des nun erworbenen Fürstenthums Krotoszyn und die für dieselbe entworfene Instruction über die Geschäftsführung, 1821.

<sup>1410</sup> Vgl. ZDUNEK, Józef: Orpizew 1279–2005. Monografia wsi, in: Towarzystwo Miłośników i Badaczy Ziemi Krotoszyńskiej (Hg.), Krotoszyn 2006, S. 54.

<sup>1411</sup> Vgl. ZDUNEK, Józef: Orpizew 1279–2005, S. 54.

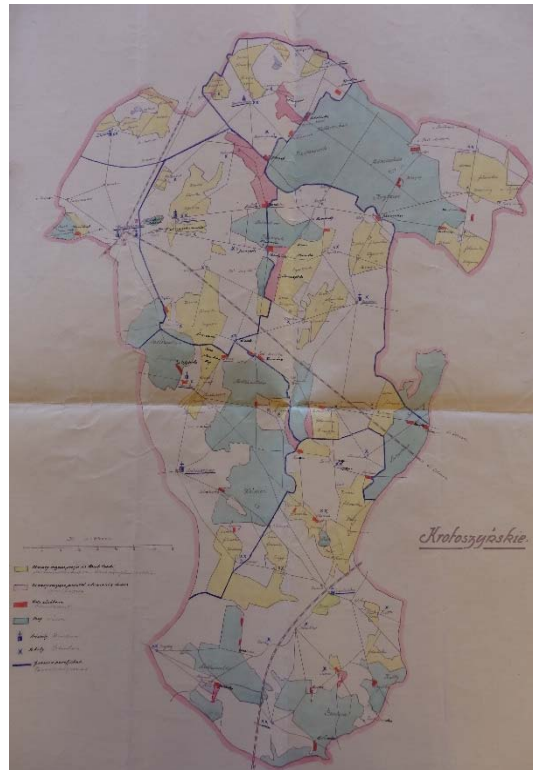
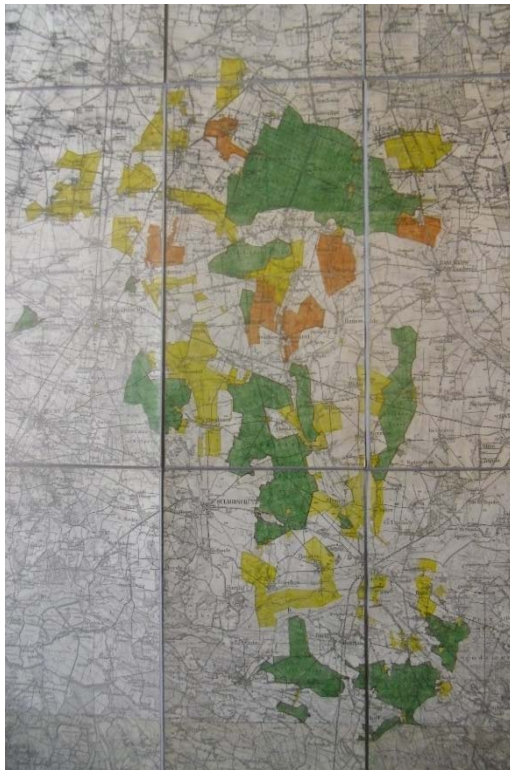


Abbildung 25: Karte der Forsten und fürstlichen Güter um 1880<sup>1412</sup> (links); Abbildung 26: Fürstentum Krotoszyn in den 1920er Jahren<sup>1413</sup> (rechts); im Jahre 1927 wurde der gesamte Besitz des Hauses Thurn und Taxis in Polen gegen eine Entschädigung durch den polnischen Staat übernommen.<sup>1414</sup>

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts wurde das Fürstentum Krotoszyn intensiv bewirtschaftet, so dass ca. 50% der Gesamtfläche der Besitzungen landwirtschaftlich genutzt wurden. Ähnliche Ergebnisse (48%) lieferte zu der Zeit nur das Rentamt St. Emmeram.<sup>1415</sup> Die Besitzungen in Schwaben wurden beispielsweise nur zu 10% landwirtschaftlich genutzt, die böhmischen Güter in Richenburg zu 30%, in Leitomischl zu 33%, in Chotieschau zu 45%.<sup>1416</sup> Ein weiterer wichtiger Zweig, der für große Erträge im Fürstentum Krotoszyn sorgte, war der Holz- und Fischverkauf. Zahlreiche Teiche gehörten den Fürsten von Thurn und Taxis. So machten beispielsweise im Jahre 1840 Teiche im Kreis Adelnau insgesamt 1.425 Morgen und 57 Ruthen an Fläche aus.<sup>1417</sup> Eine größere Teichfläche in diesem Kreis hatte nur noch die Grafschaft Przygodzice des Fürsten Antoni Henryk Radziwiłł (1775–1833), die 3.187 Morgen 77 Ruthen Fischteiche bewirtschaftete.<sup>1418</sup> Der Ertrag von einem Morgen (in Preußen ca. 2.553 m<sup>2</sup>) eines Teiches wurde damals auf einen Taler geschätzt. Der Holzverkauf war zu der Zeit sehr wichtig, da es als wichtigstes

<sup>1412</sup> Vgl. FTTZA, KS 422: Karte des Deutschen Reiches. Krotoschin, um 1880.

<sup>1413</sup> Alle Flächen außer der rosa markierten sollte ursprünglich der polnische Staat übernehmen.

<sup>1414</sup> Vgl. FTTZA, DK 21355: Krotoschin Kartenskizzen.

<sup>1415</sup> Vgl. BEHRINGER, Wolfgang: Thurn und Taxis, S. 284.

<sup>1416</sup> Ebd., S. 284.

<sup>1417</sup> Vgl. FTTZA, IB 2481: Statistische Verhältnisse des Fürstentums, 1825–1842. Vortrag des Landraths von Tieschowitz an die Stände des Adelnauer Kreises, über die statistischen Verhältnisse des Kreises und die wichtigsten Resultate seiner Verwaltung für das Jahr 1840, 27. Dezember 1841.

<sup>1418</sup> Vgl. FTTZA, IB 2481: Vortrag des Landraths von Tieschowitz, 27. Dezember 1841.

Brennmaterial galt. Thurn und Taxis gehörten aufgrund der großflächigen Forsten quasi zu den Holzmonopolisten der Region. Zudem entwickelten sich im Verlauf des Jahrhunderts einige industrielle Komplexe, die ebenfalls für die Erwirtschaftung der Einnahmen aus den Gütern von Belang waren, wie das folgende Diagramm darstellt:

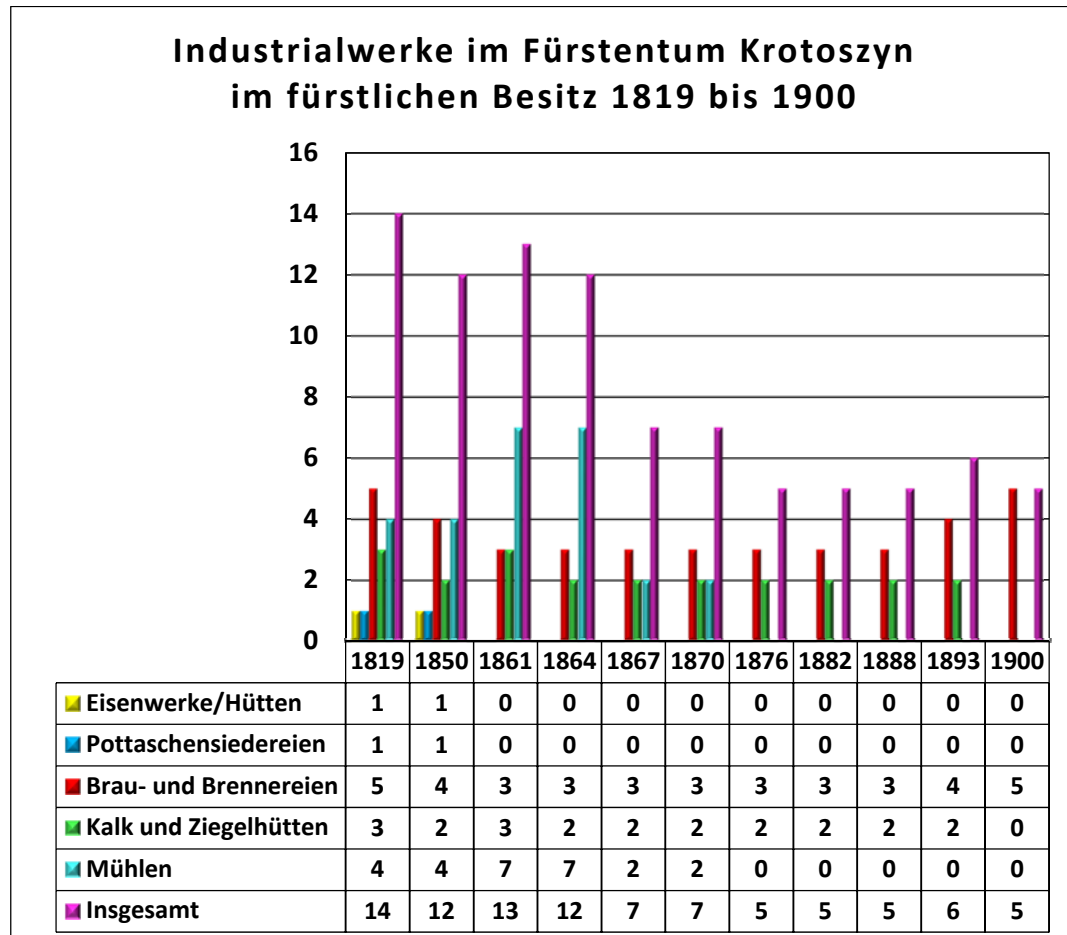


Abbildung 27: Industrielle Werke im fürstlichen Besitz im Fürstentum Krotoszyn in den Jahren 1819–1900<sup>1419</sup>

Gemäß der Aktenlage waren die Mühlen im fürstlichen Besitz in Schrott- und Rossmühlen unterteilt. Wie aus dem Diagramm ersichtlich wird, waren in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts nur wenige industrielle Einrichtungen unmittelbar im fürstlichen Besitz. Es ist sogar in dem Zeitraum ein Rückgang um mehr als 50% zu beobachten. Anders gestaltete sich die Situation der industriellen Werke, die im privaten Besitz waren:

<sup>1419</sup> Vgl. FTTZA, DK 20113: Tableau der statistischen Verhältnisse; FTTZA, IB 1227: Anfertigung von Tableau über die statistischen und staatsrechtlichen Verhältnisse der fürstlichen Besitzungen, Vol. 1, 1828–1867, FTTZA, IB 1228: Tableaus über die statistischen und staatsrechtlichen Verhältnisse der fürstlichen Besitzungen, Vol.2.; FTTZA, DK 21382: Daten zur Geschichte des Fürstentum Krotoschin. Materialsammlung des fürstlichen Finanzrats Münderlein.

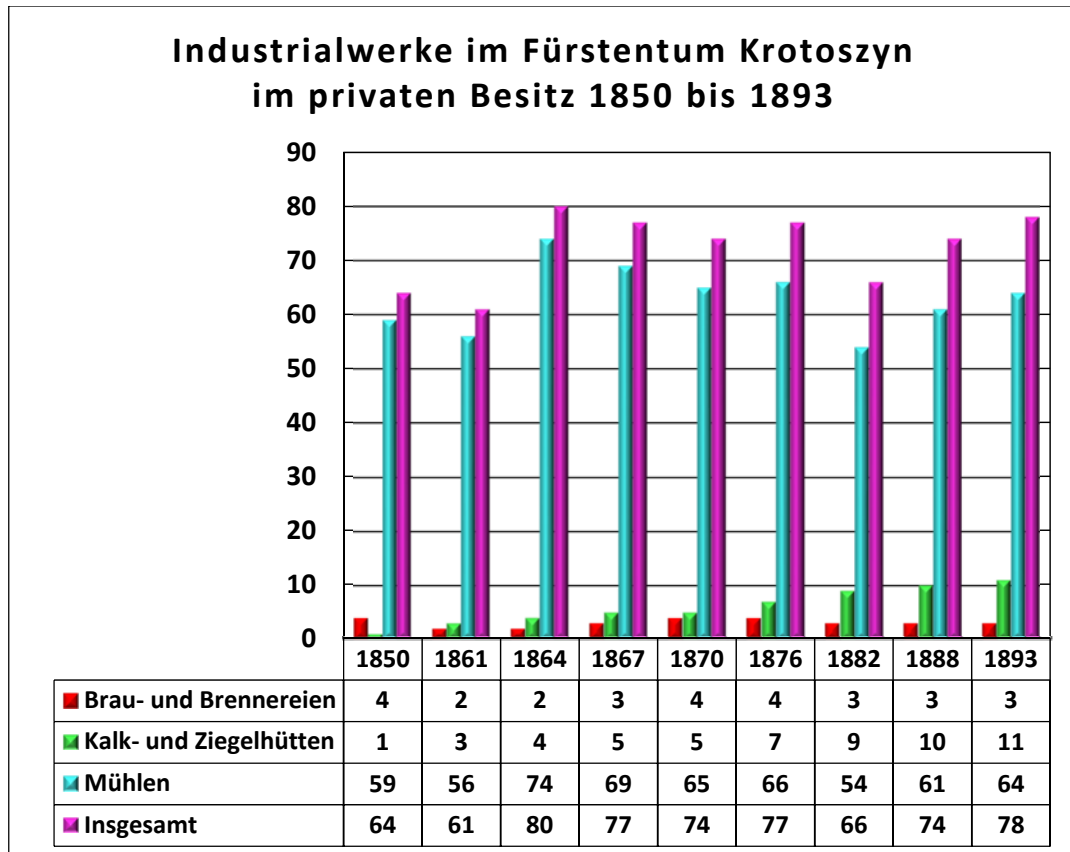


Abbildung 28: Industrielle Werke im privaten Besitz im Fürstentum Krotoszyn in den Jahren 1850–1893<sup>1420</sup>

Die industriellen Einrichtungen im privaten Besitz im Fürstentum Krotoszyn waren nicht nur viel zahlreicher, sie waren auch durch ihre Vielfalt gekennzeichnet. Private Besitzer investierten in wirtschaftlichen Einrichtungen wie Maschinenfabriken, so dass im Jahre 1882 die erste Maschinenfabrik errichtet wurde, die im privaten Eigentum war.<sup>1421</sup> Zwischen 1885 und 1888 gab es zwei, im Jahr 1893 wurde nur eine Maschinenfabrik notiert.<sup>1422</sup> Im Jahre 1879 tauchte eine Stärkefabrik in den Statistiken der fürstlichen Verwaltung auf und im Jahre 1893 wurden zum ersten Mal zwei Molkereien mit Dampftrieb erwähnt.<sup>1423</sup> Die meisten Anlagen im privaten Besitz waren jedoch Mühlen. Außerdem notierten Kalk- und Ziegelhütten einen stetigen Anstieg. Ausgehend von einer Hütte im Jahre 1850 wurden bis 1893 zehn weitere gegründet.

Die Statistiken über die wirtschaftlichen Einrichtungen im Fürstentum Krotoszyn beweisen, dass Investitionen in industrielle Anlagen für die Fürsten zweitrangig waren. Die wichtigste Einnahmequelle waren Gelder aus der Verpachtung der Güterkomplexe. Der

<sup>1420</sup> Vgl. FTTZA, DK 20113: Tableau der statistischen Verhältnisse; FTTZA, IB 1227: Anfertigung von Tableau über die statistischen und staatsrechtlichen Verhältnisse der fürstlichen Besitzungen, Vol. 1, 1828–1867; FTTZA, IB 1228: Tableaus über die statistischen und staatsrechtlichen Verhältnisse der fürstlichen Besitzungen, Vol. 2.

<sup>1421</sup> Vgl. FTTZA, DK 20113: Tableau der statistischen Verhältnisse.

<sup>1422</sup> Vgl. FTTZA, DK 20113: Tableau der statistischen Verhältnisse.

<sup>1423</sup> Vgl. FTTZA, DK 20113: Tableau der statistischen Verhältnisse.



private Sektor investierte mehr in die industriellen Anlagen als es die Fürsten von Thurn und Taxis im Fürstentum Krotoszyn taten. Das Haus Thurn und Taxis konzentrierte seine Investitionen im 19. Jahrhundert entweder in Grundbesitz oder auf dem Kapitalmarkt.<sup>1424</sup> Neben der Anlage in Staatsobligationen und dem Wertpapierhandel gehörte der Ankauf von Boden zu den wichtigen Pfeilern der neuen und reorganisierten Investitionsstrategie des Hauses Thurn und Taxis.<sup>1425</sup> Die Investitionen in Grund und Boden galten als eine sichere Quelle, aus denen man stabile Erträge erzielen konnte. Anfang des 19. Jahrhunderts stellten Post und Landbesitz die Haupteinnahmequellen des Hauses Thurn und Taxis dar. Ab der Mitte des 19. Jahrhunderts begann man zunehmend auch in den Kapitalmarkt zu investieren, zunächst in Staatsobligationen und später auch in Aktien.<sup>1426</sup> Allein die Kapitalanlage des Hauses Thurn und Taxis in die Staatsobligationen im Jahre 1852 betrug 3,5 Millionen Gulden.<sup>1427</sup> Dies ist – wie Grillmeyer betont – für ein Fürstenhaus durchaus unüblich, da es als „unstandesgemäß“ angesehen wurde.<sup>1428</sup> Thurn und Taxis investierten zu der Zeit zwar in wesentlich geringerem Maße, aber auch, in den industriellen Ausbau.<sup>1429</sup> Zu den Investitionsfeldern gehörten zum einen etwa Brauereien, Ziegelhütten oder Zuckerfabriken, zum anderen der Eisenbahnbau.<sup>1430</sup> Die Bahn sah man vor allem in Zusammenhang mit der Post und neuen Transportmöglichkeiten als Chance.<sup>1431</sup> Darüber hinaus investierte das Haus Thurn und Taxis im 19. Jahrhundert kaum in andere industrielle Bereiche.<sup>1432</sup>

Die Postgewinne für das Haus Thurn und Taxis waren immer noch wichtig, allerdings ging diese Einnahmequelle nach dem Verlust der Postrechte im Jahre 1867 endgültig verloren.<sup>1433</sup> Otto von Bismarck (1815–1898) nutzte die Gelegenheit und besetzte nach dem gewonnenen Deutschen Krieg im Jahre 1866 beim Einmarsch der preußischen Soldaten in Frankfurt am Main auch die Generalpostdirektion der Thurn und Taxis und so wurden die letzten Postrechte in den 19 deutschen Staaten aufgehoben.<sup>1434</sup> Preußen löste im Januar 1867 unter anderem die Generalpostdirektionen in Kurhessen, Nassau, Hessen-Darmstadt und Hessen-Homburg auf.<sup>1435</sup> Fürst Maximilian Karl von Thurn und Taxis

---

<sup>1424</sup> Vgl. **GRILLMEYER**, Siegfried: Habsburger Diener in Post und Politik, S. 402.

<sup>1425</sup> Ebd., S. 402.

<sup>1426</sup> Ebd., S. 402.

<sup>1427</sup> Vgl. **BEHRINGER**, Wolfgang: Thurn und Taxis, S. 326–327.

<sup>1428</sup> Vgl. **GRILLMEYER**, Siegfried: Habsburger Diener in Post und Politik, S. 402.

<sup>1429</sup> Ebd., S. 402–403.

<sup>1430</sup> Ebd., S. 403.

<sup>1431</sup> Ebd., S. 403.

<sup>1432</sup> Ebd., S. 403.

<sup>1433</sup> Ebd., S. 403.

<sup>1434</sup> Vgl. **STYRA**, Peter: Maximilian Karl von Thurn und Taxis – Fürst in großer Umbruchsphase, in: **KURZEL-RUNTSCHNEIDER**, Monica, **STYRA**, Peter (Hg.), Mit Glanz und Gloria! Kutschen der Fürsten von Thurn und Taxis. Ausstellungskatalog des Kunsthistorischen Museum, Wien 2007, S. 29.

<sup>1435</sup> Vgl. **PROBST**, Erwin: Die Thurn und Taxisschen Lehenposten im 19. Jahrhundert (1806–1867), in: **DALLMEIER**, Martin (Hg.), 500 Jahre Post Thurn und Taxis. Ausstellung anlässlich der 500jährigen Wieder-

(1802–1871) wurde gezwungen in Verhandlungen mit dem Königreich Preußen zu treten.<sup>1436</sup> Mit dem Postablösungsvertrag zwischen dem Königreich Preußen und dem Haus Thurn und Taxis vom 28. Januar 1867 gegen eine Summe von 3 Millionen Talern ging die Ära der Thurn und Taxis'schen Post faktisch zu Ende.<sup>1437</sup> Obwohl die fürstliche Verwaltung den Wert der Thurn und Taxis'schen Post auf 10 Millionen Taler schätzte, konnte diesbezüglich bei den Verhandlungen keine Einigung getroffen werden.<sup>1438</sup> Mit der Übergabe der fürstlichen Posten und Postrechte ging auch das ganze fürstliche Eigentum im Bereich der Post (Zubehör, Inventar usw.) an Preußen über.<sup>1439</sup> Dadurch gingen fast 2/3 des historischen Stammvermögens des Hauses Thurn und Taxis verloren.<sup>1440</sup> Tragisch endete das für Thurn und Taxis nicht, da mittlerweile die Einnahmen aus den Investitionen in die Aktien und Obligationen sowie der Land- und Forstwirtschaft diesen Verlust wieder ausgleichen konnten.<sup>1441</sup> Grund und Boden war ein wichtiger Faktor im System der finanziellen Absicherung des Hauses Thurn und Taxis. Bei den gezielten Ankäufen neuer Besitzungen und den Verhandlungen war man weniger auf die damit verbundenen Rechte wie etwa Patronatsrechte oder Prestigeelemente bedacht, entscheidender war der Preis und wie groß die Gewinne oder die Rendite aus den gekauften Besitzungen sein könnten.<sup>1442</sup> Es war in erster Linie eine Kapitalanlage, die sowohl den finanziellen Status nicht nur erhalten, sondern auch befördern sollte. Insofern agierten die Fürsten von Thurn und Taxis als hochadeligen Standesherrnrepräsentanten nach betriebswirtschaftlichen Kriterien und leiteten ihre Anliegen wie Chefs eines erfolgreichen Konzerns, der auf weitere Expansion abzielt. Im gesamten 19. Jahrhundert galten die Fürsten von Thurn und Taxis als die reichsten Standesherrn, deren Vermögen das der anderen standesherrlichen Familien um ein Vielfaches überstieg.<sup>1443</sup> Andere Adelshäuser scheinen sich weniger an einer marktorientierten kapitalistischen Wirtschaftsweise zu interessieren. Dies mag dadurch erklärbar sein, dass das Haus Thurn und Taxis schon davor das Postunternehmen leitete.<sup>1444</sup> Es war eine lange Tradition bei Thurn und Taxis, deren Wurzeln bis in das Jahr 1490 reichen.<sup>1445</sup> Die Investition in die Land- und Forstwirtschaft war nicht nur eine Standestradition oder als Lebensstil gedacht, wie es bei den meisten Mediatisierten der

---

kehr der Anfänge der Post in Mitteleuropa 1490–1990. Fürstliches Marstallmuseum Regensburg, Emmeramsplatz 5, 12. Mai bis 29. Juli 1990, Regensburg 1990, S. 47–60; S. 60.

<sup>1436</sup> Vgl. STYRA, Peter: Das Fürstliche Haus Thurn und Taxis. Gesamtgeschichte mit Stammfolge, in: Deutsche Fürstenhäuser, Heft 37, Werl 2012, S. 24.

<sup>1437</sup> Vgl. PROBST, Erwin: Die Thurn und Taxisschen Lehenposten im 19. Jahrhundert (1806–1867), S. 60.

<sup>1438</sup> Vgl. STYRA, Peter: Das Fürstliche Haus Thurn und Taxis. Gesamtgeschichte mit Stammfolge, S. 25.

<sup>1439</sup> Ebd., S. 25.

<sup>1440</sup> Vgl. GRILLMEYER, Siegfried: Habsburger Diener in Post und Politik, S. 473.

<sup>1441</sup> Ebd., S. 403.

<sup>1442</sup> Ebd., S. 408.

<sup>1443</sup> Ebd., S. 406.

<sup>1444</sup> Ebd., S. 409.

<sup>1445</sup> Vgl. STYRA, Peter: Das Fürstliche Haus Thurn und Taxis. Gesamtgeschichte mit Stammfolge, S. 5.

Fall war, es war vielmehr ein Geschäft, das Gewinne erzielen sollte.<sup>1446</sup> Das Haus Thurn und Taxis war insofern eine Ausnahme beim Hochadel, auch weil es in den 20er Jahren des 19. Jahrhunderts erfolgreich die riesigen Summen aus den Postentschädigungen in Grund und Boden reinvestiert hatte und schon damals bei solchen Entscheidungen hauptsächlich auf die Erwirtschaftung von Erträgen konzentriert war,<sup>1447</sup> zumal ja mit dem preußischen Edikt vom 14. Mai 1833 das Recht der Standesherrn gewerbliche und persönliche Abgaben von den Untertanen zu erheben aufgehoben wurde.<sup>1448</sup> Die Feudallasen (Dienstleistungen, Geld- und sonstige Naturalabgaben) der Untertanen gegenüber den Standesherrn wurden abgeschafft und durch eine Geldrente ersetzt.<sup>1449</sup> Die berechtigten Adelshäuser<sup>1450</sup> erhielten somit eine jährliche Geldrente oder wurden mit einer einmaligen Zahlung abgelöst.<sup>1451</sup> Dies bedeutete, dass die Berechtigten auf höhere Ablösummen zählen konnten, wenn es zur völligen Ablösung der Schuld gekommen ist.<sup>1452</sup> Ähnlich verhielt sich die Situation mit der Bauernbefreiung. Die Bauern konnten ihre Schulden entweder auf einmal ablösen oder als monatliche Renten an den bisherigen adeligen Besitzer entrichten, sei es in Geld oder Naturalien.<sup>1453</sup> Dies brachte für die Bauern freilich nicht nur Vorteile wie die Aufhebung der Verpflichtungen gegenüber dem Gutsherren, Besitzrecht und persönliche Freiheit mit sich, sondern konnte auch Nachteile nach sich ziehen wie eine Verschuldung durch die neuen Rentenlasten oder sogar die Vernichtung und Zersplitterung des bäuerlichen Grundbesitzes.<sup>1454</sup> Zudem galten die Unterstützungspflichten der Grundherren gegenüber den Bauern wie soziale Fürsorge, Steuervertretung, Bestellung von Betriebsmitteln nicht mehr.<sup>1455</sup>

Bereits unter Fürst Karl Alexander begann die Bauernbefreiung im Fürstentum Krotoszyn auf fürstliche Kosten noch vor der Einführung der Regulierungsgesetze im Großherzogtum Posen und bei der Erscheinung des Gesetzes vom 8. April 1823 waren bereits zwei Ortschaften reguliert.<sup>1456</sup> Es handelte sich um die Ortschaften Korytnica und Ligotta, die

---

<sup>1446</sup> Vgl. GRILLMEYER, Siegfried: Habsburger Diener in Post und Politik, S. 409.

<sup>1447</sup> Ebd., S. 409.

<sup>1448</sup> Vgl. FTTZA, DK 20621: Die Entschädigungsansprüche in Folge der Aufhebung der gewerblichen und persönlichen Abgaben, dann des Zwangs und Bauerngerechtigkeiten; siehe auch BANACH, Witold, SUSZYCKI, Wojciech, PODSKARBI, Marzena, LERACZYK, Andrzej (Hg.): Ostrów Wielkopolski – ilustrowane dzieje miasta, Ostrów Wielkopolski 2009, S. 75.

<sup>1449</sup> Vgl. WINKEL, Harald: Die Ablösungskapitalien aus der Bauernbefreiung in West- und Süddeutschland. Höhe und Verwendung bei Standes- und Grundherren, in: ABEL Wilhelm und GÜNTHER, Franz (Hg.), Quellen und Forschungen zur Agrargeschichte, Bd. 19, Stuttgart 1968, S. 24.

<sup>1450</sup> Außerdem erhielten das Geld aus der Ablösung der feudalen Lasten auch Städte, Stiftungen, Kirchen und Schulen. Vgl. STERNIKER, Edwin: Die preußischen Rentenbanken, S. 74–75.

<sup>1451</sup> Vgl. WINKEL, Harald: Die Ablösungskapitalien aus der Bauernbefreiung in West- und Süddeutschland. Höhe und Verwendung bei Standes- und Grundherren, Stuttgart 1968, S. 25.

<sup>1452</sup> Ebd., S. 25.

<sup>1453</sup> Ebd., S. 25.

<sup>1454</sup> Ebd., S. 25.

<sup>1455</sup> Ebd., S. 25.

<sup>1456</sup> Vgl. FTTZA, DK 8393: Berichte über die politischen Ereignisse daselbst und über die allgemeine Verarmung. Cholera morbus, Schloss Krotoszyn 7. Mai 1831.

sich im Domänenamt Orpiszewo befanden.<sup>1457</sup> Mit der Regulierung in Korytnica und Ligotta wurde schon im Jahre 1821 begonnen und zum 1. Juli 1823 wurde sie dann offiziell umgesetzt.<sup>1458</sup> Dies geschah nicht ohne Misstrauen und Widerstand seitens der Ansässigen.<sup>1459</sup> Die Lage war heikel, wie die Quellen darlegen:

„[...] die Einsaßen protestirten gegen eine gütliche Auseinadersetzung mit ihnen und so konnte einstweilig die Regulirungen von Korytnica und Ligotta nur mit Gewalt aufrecht erhalten, die für den Rest des Rentamts Orpiszewo und für das Rentamt Krotoszyn bis zum Abschluß vorgeruckten Vorarbeiten mußten dagegen ganz aufgegeben werden.“<sup>1460</sup>

Die fürstlichen Regulierungsversuche waren die ersten in der Provinz Posen und man sah sie als Musterbeispiel an, wie bei Auseinandersetzungen zwischen Gutsherren und ihren Dienstbauern vorzugehen sei.<sup>1461</sup> Als die fürstlichen Beamten aus Regensburg das Fürstentum Krotoszyn inspizierten, betonten sie jedoch zugleich, dass im Grunde genommen im Regulierungsprozess die Gutsherren gegenüber den Bauern benachteiligt werden.<sup>1462</sup> Im gleichen Bericht wurde betont, dass die Beschwerden seitens der Gutsherren nur selten Berücksichtigung finden.<sup>1463</sup> Um die fürstlichen Interessen besser durchzusetzen, wurde Rentkammer-Direktor Hoffmann damit beauftragt gegenüber den Untertanen sowie den Special-Kommissaren und der General-Kommission, die für die Durchführung der Regulierung im Großherzogtum Posen verantwortlich waren, „kräftig einzutreten“.<sup>1464</sup> Die fürstliche Verwaltung wirkte im Endeffekt auf eine Neuwahl des Special-Kommissars für Krotoszyn bei der königlichen General-Kommission hin.<sup>1465</sup> Hauptstreitpunkte mit der General-Kommission stellten die Bestimmungen der Regulierungsfähigkeit und der volle Entschädigungsanspruch des Gutsherrn dar.<sup>1466</sup>

Schon 1824 wurde das gesamte Fürstentum Krotoszyn mit der Regulierung erfasst und bis 1831 wurden sechs Dörfern reguliert.<sup>1467</sup> Im Kreis Adelnau begann man erst am 1. April 1830 mit der Durchführung der Reformen, ähnlich wie beispielweise Fürst von Radziwiłł.<sup>1468</sup> Die preußische Reform vom 8. April 1823 umfasste nur diejenigen Bauern,

---

<sup>1457</sup> Vgl. FTTZA, DK 20514: Die Regulierung der gutsherrlichen und bäuerlichen Verhältnisse im Fürstentum, 1820–1833–1836. Darstellung des Ganges des gutsherrlichen und bäuerlichen Regulierungsgeschäfts im Fürstentum Krotoszyn vor und nach dem Erscheinen des Gesetzes vom 8. April 1823 und Ansichten welche Mittel, nach den, im Laufe des Geschäfts gemachten Wahrnehmungen zu ergriffen sind, um auf dem geeignesten Wege zum Ziele zu gelangen, Schloss Krotoszyn 4. Mai 1828.

<sup>1458</sup> Vgl. FTTZA, DK 20514: Schloss Krotoszyn 4. Mai 1828.

<sup>1459</sup> Vgl. FTTZA, DK 20514: Schloss Krotoszyn 4. Mai 1828.

<sup>1460</sup> FTTZA, DK 20514: Schloss Krotoszyn 4. Mai 1828.

<sup>1461</sup> Vgl. FTTZA, DK 20514: Bericht der Comite zur Visitation im Fürstentum Krotoszyn. Die Regulierung der bäuerlichen Verhältnisse betr. Regensburg 25. November 1832.

<sup>1462</sup> Vgl. FTTZA, DK 20514: Regensburg 25. November 1832.

<sup>1463</sup> Vgl. FTTZA, DK 20514: Regensburg 25. November 1832.

<sup>1464</sup> Vgl. FTTZA, DK 20514: Regensburg 25. November 1832.

<sup>1465</sup> Vgl. FTTZA, DK 20514: Regensburg 25. November 1832.

<sup>1466</sup> Vgl. FTTZA, DK 20514: Regensburg 25. November 1832.

<sup>1467</sup> Vgl. FTTZA, DK 8393: Schloss Krotoszyn 7. Mai 1831.

<sup>1468</sup> Vgl. DYMĄCZ, Eugeniusz: Monografia Odolanowa, Odolanów 2003, S. 89.

die Spanndienste mit Hilfe von Tieren wie Pferde oder Ochsen für die Bewirtschaftung ihrer Ackerflächen nutzten oder bisher auf diese Weise ihre Frondienste leisteten.<sup>1469</sup> Zudem mussten ab 1836 solche Bauern mindesten 6,4 Hektar (25 Morgen) besitzen und erst ab 1850 konnte jeder Bauer ohne Einschränkungen sich um die Verleihung des Rechts auf sein Eigentum bemühen.<sup>1470</sup> Dies schloss die armen Kleinbauern natürlich lange Zeit von der Reform aus.<sup>1471</sup> Ihre Güter wurden in der Regel in die Vorwerke auf den Gütern eingegliedert.<sup>1472</sup> Die Zahl der Tagelöhner stieg rapid an. Allein im Kreis Adelnau stieg ihr Anteil auf 60–70%.<sup>1473</sup> Die Armut wuchs dadurch, da die hohe Zahl an Arbeitssuchenden zur Senkung der Löhne und Ausbeutung der Arbeitskräfte führte. Im Kreis Adelnau bekamen die Arbeiter so wenig für ihre Arbeit, dass sie sich davon nicht einmal ernähren konnten.<sup>1474</sup> Insgesamt lebten die landwirtschaftlichen Arbeiter in der Provinz Posen in ärmlichen Verhältnissen.<sup>1475</sup> Die Unterstützung durch polnische Gutsherren und Priestern änderte bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts an der Situation nicht viel,<sup>1476</sup> weil die Armut so groß war und so viele Menschen betraf. Die Lage der Tagelöhner im 19. Jahrhundert in der Provinz Posen entsprach in dem Sinne der gegenwärtigen Situation in manchen Drittweltländern. Schlimmer geht es jedoch immer. Die Lage der Arbeiter auf den Gütern der Gutsherren war angeblich noch schlechter, da sie noch weniger Lohn für ihre Arbeit bekamen und in primitiven Gesindehäuser wohnen mussten.<sup>1477</sup> Laut Dymacz zögerten die fürstlichen Beamten den Prozess der Bauernbefreiung, der im Jahre 1837 auf fürstlichen Gütern in Bonikowo, Glińnica, Raczyce, Świeca und Uciechów begann, heraus.<sup>1478</sup> Er wurde erst vor 1862 beendet.<sup>1479</sup> Außerdem versuchte die Fürstliche Rentkammer effektiv die bäuerlichen Landanteile zu beschneiden und den Bauern die landwirtschaftlichen Flächen mit schlechterer Bodenqualität zu überlassen.<sup>1480</sup> Ähnlich ging auch die Verwaltung des Fürsten von Radziwiłł vor.<sup>1481</sup> Dadurch sollten die besseren „Tortenstücke“ bei den Gutsherren verbleiben. Es gab auch Streitigkeiten um die Servitute-Recht der 88 Bürger aus der Stadt Adelnau, die gegen den Fürsten von Thurn und Taxis geklagt hatten und nach einem langjährigen Prozess in letzter Instanz in Berlin entschieden wurden und zwar zu Ungunsten des Fürsten.<sup>1482</sup> Fortan musste aus den fürstli-

---

<sup>1469</sup> Ebd., S. 89.

<sup>1470</sup> Ebd., S. 89–90.

<sup>1471</sup> Ebd., S. 89–90.

<sup>1472</sup> Ebd., S. 89–90.

<sup>1473</sup> Ebd., S. 106.

<sup>1474</sup> Ebd., S. 106.

<sup>1475</sup> Ebd., S. 106.

<sup>1476</sup> Ebd., S. 106.

<sup>1477</sup> Ebd., S. 92.

<sup>1478</sup> Ebd., S. 90.

<sup>1479</sup> Ebd., S. 90.

<sup>1480</sup> Ebd., S. 90.

<sup>1481</sup> Ebd., S. 90.

<sup>1482</sup> Ebd., S. 91.

chen Wäldern unentgeltlich das Holz für den Bau und Reparaturen der Häuser der 88 Bürger abgegeben werden.<sup>1483</sup> Sie enthielten in sechs Wintermonaten zwei Mal pro Woche Brennholz und durften zudem Eicheln in den Eichenwäldern des Fürsten sammeln.<sup>1484</sup> Das Rathaus der Stadt Adelnau bekam ebenfalls ein Holzkontingent für den Winter.<sup>1485</sup> Laute Streitigkeiten brachen bezüglich der Separationen und des Tausches von Grundstücken aus.<sup>1486</sup> Über lange Zeit konnte man sich nicht darüber einigen, an welcher Stelle die Koppeln, die nach dem Projekt aus dem Jahre 1840 zwischen der Stadt Adelnau, den Dörfern Garki, Bonikowo und Świeca verliefen, geteilt und dem fürstlichen, städtischen oder dem dörflichen Eigentum zugesprochen werden sollten.<sup>1487</sup> Während der langjährigen Streitigkeiten kam es zu unterschiedlichen Vorfällen wie dem Abschneiden von Kuhschwänzen und Interventionen der Gendarmen und der Polizei.<sup>1488</sup> Erst im Jahre 1875 konnten die Streitigkeiten beendet werden.<sup>1489</sup> Keine der Seiten war mit dem Ergebnis zufrieden, da die umstrittenen Flächen fortan gemeinsam genutzt werden mussten; die Bewohner durften es allerdings nur für den Eigenbedarf machen.<sup>1490</sup>

Insgesamt verblieb 1/3 der landwirtschaftlichen Flächen im Kreis Adelnau bei den Bauern.<sup>1491</sup> In der Hand des Fürsten von Thurn und Taxis waren am Ende aber immer noch 11.145 Hektar und in der Hand des Fürsten von Radziwiłł 8.867 Hektar.<sup>1492</sup> Die Bauern im Kreis Adelnau bewirtschafteten nur 757 Hektar an landwirtschaftlichen Flächen und 831 Hektar Wiesen, was 1901 insgesamt auf 252 Bauernhöfe verteilt war.<sup>1493</sup> Die Böden waren sehr schwach und eigneten sich nur zum Anbau vom Roggen oder Kartoffeln; die Wiesen wiederum waren zu nass.<sup>1494</sup> Dies führte zu unterschiedlichen Erträgen. Auf den Vorwerken konnte man durchschnittlich pro Feld-Hektar 11 Taler und bei den Wiesen ca. 9,8 Taler erwirtschaften, während auf den Bauernhöfen der Gewinn durchschnittlich bei 8,2 und 7,4 Taler lag, was zur weiteren Verarmung führte.<sup>1495</sup> Hinzu kamen noch Missernten, eine unangemessene und unmoderne Wirtschaftsweise, die Aufteilung des Vermögens auf die Erben, die Bezahlung von Schulden usw.<sup>1496</sup> Die Durchführung der Bauernbefreiung zog sich über Jahrzehnte hin und wurde in der Provinz Posen erst im Jahre

---

<sup>1483</sup> Ebd., S. 91.

<sup>1484</sup> Ebd., S. 91.

<sup>1485</sup> Ebd., S. 91.

<sup>1486</sup> Ebd., S. 91.

<sup>1487</sup> Ebd., S. 91.

<sup>1488</sup> Ebd., S. 91.

<sup>1489</sup> Ebd., S. 91.

<sup>1490</sup> Ebd., S. 91.

<sup>1491</sup> Ebd., S. 90.

<sup>1492</sup> Ebd., S. 90.

<sup>1493</sup> Ebd., S. 91.

<sup>1494</sup> Ebd., S. 91.

<sup>1495</sup> Ebd., S. 92.

<sup>1496</sup> Ebd., S. 92.

1865 offiziell beendet.<sup>1497</sup> Danach gab es eine klare Unterteilung in bäuerlichen Boden und gutsherrlichen Vorwerksboden, auch im Fürstentum Krotoszyn.<sup>1498</sup>

Die grund- und zinsherrlichen Gefälle, d.h. Abgaben an den Grundherren, brachten dem Fürsten von Thurn und Taxis ca. 14.163 Taler ein.<sup>1499</sup> Für die Gefälle wurde insgesamt ein Ablösungskapital in Höhe von 283.278 Talern geschätzt, das an das Haus Thurn und Taxis zu entrichten war.<sup>1500</sup> Bis 1865 wurde die Summe der Ablösungsgelder in Form von Rentenbriefen auf ca. 225.000 Taler geschätzt.<sup>1501</sup> Die genehmigten Ablösungsbeträge wurden in der Regel für die einzelnen Güter im Fürstentum Krotoszyn in tabellarischer Form aufgelistet und monatlich abgeliefert.<sup>1502</sup> Allerdings musste das Geld nach §110 des preußischen Ablösungsgesetzes vom 2. März 1850 im Fürstentum Krotoszyn entweder für die Bestandsicherung oder die Vermehrung des Fideikommisses ausgegeben werden.<sup>1503</sup> Die Ablösungsgelder wurden beispielsweise für die fehlende Ausstattung der Güter, die Errichtung von neuen Gebäuden und sonstige Erweiterungen und Umbauten und Investitionen auf den fürstlichen Gütern verwendet.<sup>1504</sup> Bedeutende Summen aus den Ablösungsgeldern wurden auch für die Drainierungen auf den fürstlichen Gütern im Fürstentum Krotoszyn verwendet.<sup>1505</sup> Bis 1855 wurden beispielsweise 7.000 Taler für Meliorationen und bis 1872 144.819 Taler für jegliche Neubauten im Fürstentum Krotoszyn ausgegeben.<sup>1506</sup> Allerdings hat das Landwirtschaftsministerium von den genannten 144.819 Talern nur 76.312 Taler als Bargeld an die fürstliche Vermögensverwaltung ausbezahlt.<sup>1507</sup> Der Einstieg in das Wertpapiergeschäft in der 30er Jahre des 19. Jahrhunderts beweist nur,<sup>1508</sup> dass dem Fürsten von Thurn und Taxis bewusst war, dass eine Diversifikation der Investitionen wichtig ist, um die finanzielle Liquidität zu erhalten und gleichzeitig die eigene Wertschöpfung langfristig abzusichern. Die Entscheidung des Hauses Thurn und Taxis in Grund und Boden zu investieren, war im 19. Jahrhundert aus finanzieller Hinsicht daher ein Erfolg. Das Bevölkerungswachstum kurbelte die Anfrage an landwirtschaftlichen Produkten an und die intensivierete Nutzung, Düngung, Melioration

---

<sup>1497</sup> Vgl. **NOWACKI**, Henryk: *Folwark w kulturze rolnictwa*, S. 71.

<sup>1498</sup> Vgl. **DYMACZ**, Eugeniusz: *Monografia Odolanowa*, S. 90

<sup>1499</sup> Vgl. FTTZA, IB 1326: Ablösung der Reallasten in spe k. preuß. Gesetz v. 2. März 1850. Die Ablösung der Reallasten und dessen Rückwirkung auf das Fürstentum Krotoszyn betr. Vol. I, Regensburg 24. Oktober 1850; siehe auch **WINKEL**, Harald: *Die Ablösungskapitalien aus der Bauernbefreiung*, Stuttgart 1968, S. 63.

<sup>1500</sup> Vgl. FTTZA, IB 1326: Regensburg 24. Oktober 1850; siehe auch **WINKEL**, Harald: *Die Ablösungskapitalien aus der Bauernbefreiung*, Stuttgart 1968, S. 63.

<sup>1501</sup> Vgl. FTTZA, IB 2942: Grundstocksveränderungen durch Renten- Zu- und Abgänge betr. Einrichtungskosten in Folge der Regulierung der bäuerlichen Verhältnisse. Verwendung der Rentenbriefe. 1837–1881, Regensburg 9. Juni 1865.

<sup>1502</sup> Vgl. FTTZA, GK 595: Ablieferungen der Rentkammer Krotoszyn an Ablösungs-Capitalien, 1860.

<sup>1503</sup> **WINKEL**, Harald: *Die Ablösungskapitalien aus der Bauernbefreiung*, Stuttgart 1968, S. 64.

<sup>1504</sup> Vgl. FTTZA, IB 2942: Regensburg 9. Juni 1865.

<sup>1505</sup> Vgl. FTTZA, IB 2942: Regensburg 28. Juni 1865.

<sup>1506</sup> Vgl. **STERNIKER**, Edwin: *Die preußischen Rentenbanken*, S. 68.

<sup>1507</sup> Ebd., S. 68.

<sup>1508</sup> Vgl. **GRILLMEYER**, Siegfried: *Habsburger Diener in Post und Politik*, S. 409.

und Fruchtwechselwirtschaft ermöglichten hohe Gewinne aus der Landwirtschaft, so dass vom Zeitraum zwischen 1840 und 1870 sogar als von dem „goldenen Zeitalter“ der Landwirtschaft gesprochen wurde.<sup>1509</sup>

Das Fürstentum Krotoszyn lieferte kontinuierlich steigende Erträge im Verlauf des Jahrhunderts. Es war eine unerschöpfliche Quelle, aus der regelmäßig Geld in die fürstliche Schatulle in Regensburg geflossen ist. Das Haus Thurn und Taxis verdiente in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts ca. 40.000 Gulden an den Besitzungen und zwischen 1847–1867 waren es sogar 100.000 jährlich.<sup>1510</sup> Am Ende des 19. Jahrhunderts erreichte der jährliche Ertrag aus dem Fürstentum Krotoszyn durchschnittlich 250.000 Gulden bzw. umgerechnet 450.000 Mark.<sup>1511</sup> Wie bereits erwähnt wurde, kamen in den Jahren 1867–1916 ca. 20% von allen Grundbesitzerträgen allein aus dem Fürstentum Krotoszyn, was ca. 22. Million Reichsmark lieferte.<sup>1512</sup> Dies bestätigen die Einnahmen-, Ausgaben- sowie die Reingewinnangaben im gesamten Zeitraum von 1820 bis 1919, die sich in den Generalkasse-Rechnungen finden lassen.<sup>1513</sup> Die folgenden Liniendiagramme veranschaulichen die Einkünfte des Fürsten von Thurn und Taxis aus dem Fürstentum Krotoszyn in diesem Zeitraum:

---

<sup>1509</sup> Ebd., S. 410.

<sup>1510</sup> Vgl. **BEHRINGER**, Wolfgang: Thurn und Taxis, S. 278.

<sup>1511</sup> Ebd., S. 278.

<sup>1512</sup> Ebd., S. 278.

<sup>1513</sup> Vgl. FTTZA, GR 86a–202: Rechnungen über Einnahmen u. Ausgaben der fürstlich Thurn und Taxischen Ober-Einnahmery, 1819–1919 und FTTZA, GK 682: Zusammenstellung der Grundstocks-Einnahmen und Ausgaben. Herrschaft Krotoschin. Zusammenstellung der Gesamt-Einnahmen und Ausgaben seit der Erwerbung der Herrschaft.



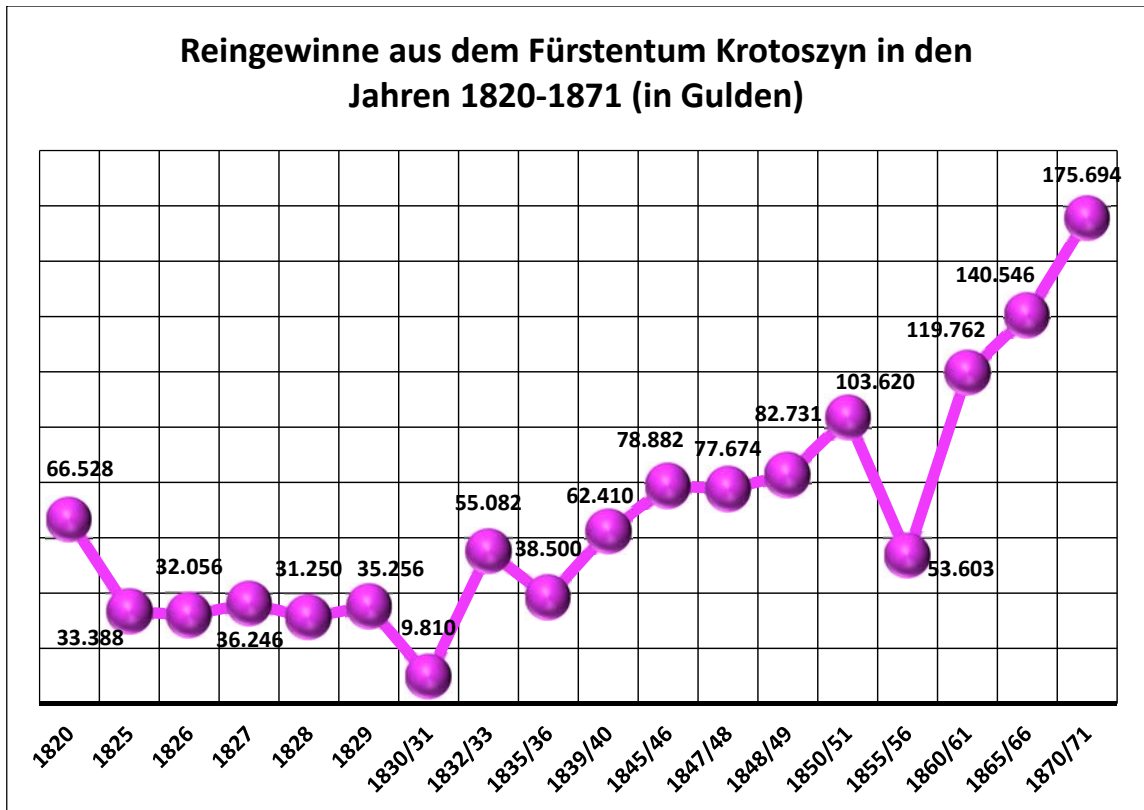


Abbildung 29: Reingewinne aus dem Fürstentum Krotoszyn 1820–1871 (ausgewählte Jahre)<sup>1514</sup>

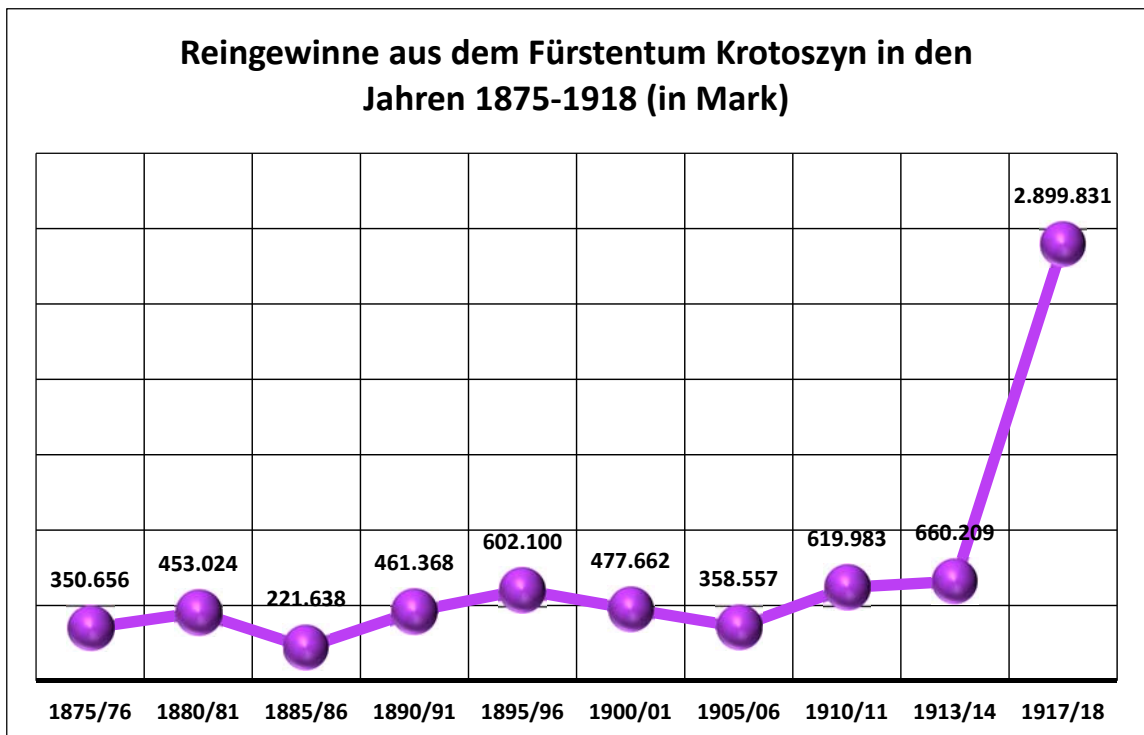


Abbildung 30: Reingewinne aus dem Fürstentum Krotoszyn 1875–1918 (ausgewählte Jahre)<sup>1515</sup>

<sup>1514</sup> Vgl. FTTZA, GR 86a–155: Rechnungen über Einnahmen u. Ausgaben der fürstlich Thurn und Taxischen Ober-Einnahmery, 1820–1871.

<sup>1515</sup> Vgl. FTTZA, GR 160–202: Rechnungen über Einnahmen u. Ausgaben der fürstlich Thurn und Taxischen Ober-Einnahmery, 1875–1918.

Die Besitzungen der Fürsten von Thurn und Taxis in der Provinz Posen lieferten hohe Renditen, die langfristig expandierten und in die Millionenhöhe schossen. Es war im Endeffekt ein riesiges und sehr rentables Geschäft, das enorme Gewinne mit sich brachte. Zum ersten Mal wurde die Millionen-Grenze mit exakt 1.001.201 Mark an Gesamteinnahmen im Rechnungsjahr 1899/1900 geknackt.<sup>1516</sup> Den Höhepunkt stellten die Kriegsjahre dar. Insbesondere die Rechnungsjahre 1916/17, 1917/18 und 1918/19 stechen mit Gesamteinnahmen von 2.076.742, 3.548.371 und 3.223.277 Mark hervor.<sup>1517</sup> Das Ergebnis wurde natürlich durch die Kriegsinflation kontaminiert, allerdings waren es trotzdem beträchtliche Summen. Insgesamt lieferte das Fürstentum Krotoszyn im Zeitraum vom Juli 1819 bis zum Rechnungsjahr 1918/19 insgesamt ungefähr 65 Millionen Mark an Gesamteinnahmen. Im gleichen Zeitraum wurden ca. 29 Millionen Mark im Fürstentum Krotoszyn ausgegeben bzw. als Ausgaben verzeichnet. Das folgende Liniendiagramm zeigt die Einnahmen und Ausgaben in der genannten Periode:

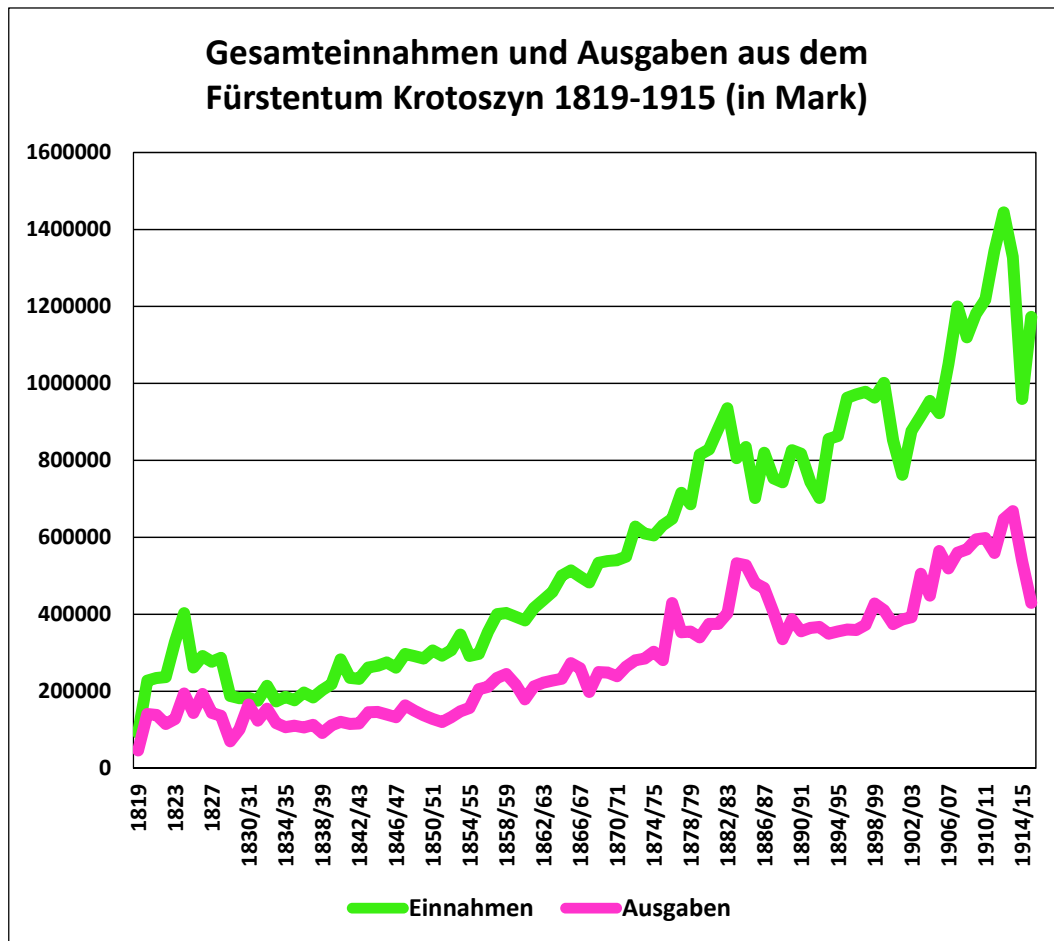


Abbildung 31: Gesamteinnahmen aus dem Fürstentum Krotoszyn 1819–1915<sup>1518</sup>

<sup>1516</sup> Vgl. FTTZA, GK 682: Herrschaft Krotoschin. Zusammenstellung der Gesamt-Einnahmen und Ausgaben seit der Erwerbung der Herrschaft.

<sup>1517</sup> Vgl. FTTZA, GK: Herrschaft Krotoschin. Zusammenstellung der Gesamt-Einnahmen und Ausgaben seit der Erwerbung der Herrschaft.

<sup>1518</sup> Vgl. FTTZA, GR 86a–204: Rechnungen über Einnahmen u. Ausgaben der fürstlich Thurn und Taxischen Ober-Einnahmery, 1819–1919 und FTTZA, GK 682: Zusammenstellung der Grundstocks-Einnahmen und

Dementsprechend blieben für den Zeitraum Juli 1819 bis 1918/19 nach Abzug der Ausgaben von den Gesamteinnahmen über 36 Millionen Mark als Reingewinn. Eine große Summe, die selbstverständlich nur einen Bruchteil von allen Einnahmen aus allen Besitzungen von Thurn und Taxis im für uns relevanten Zeitraum bildete. Das folgende Liniendiagramm stellt die Entwicklung der Reingewinne aus dem Besitz der Fürsten von Thurn und Taxis im Fürstentum Krotoszyn dar:

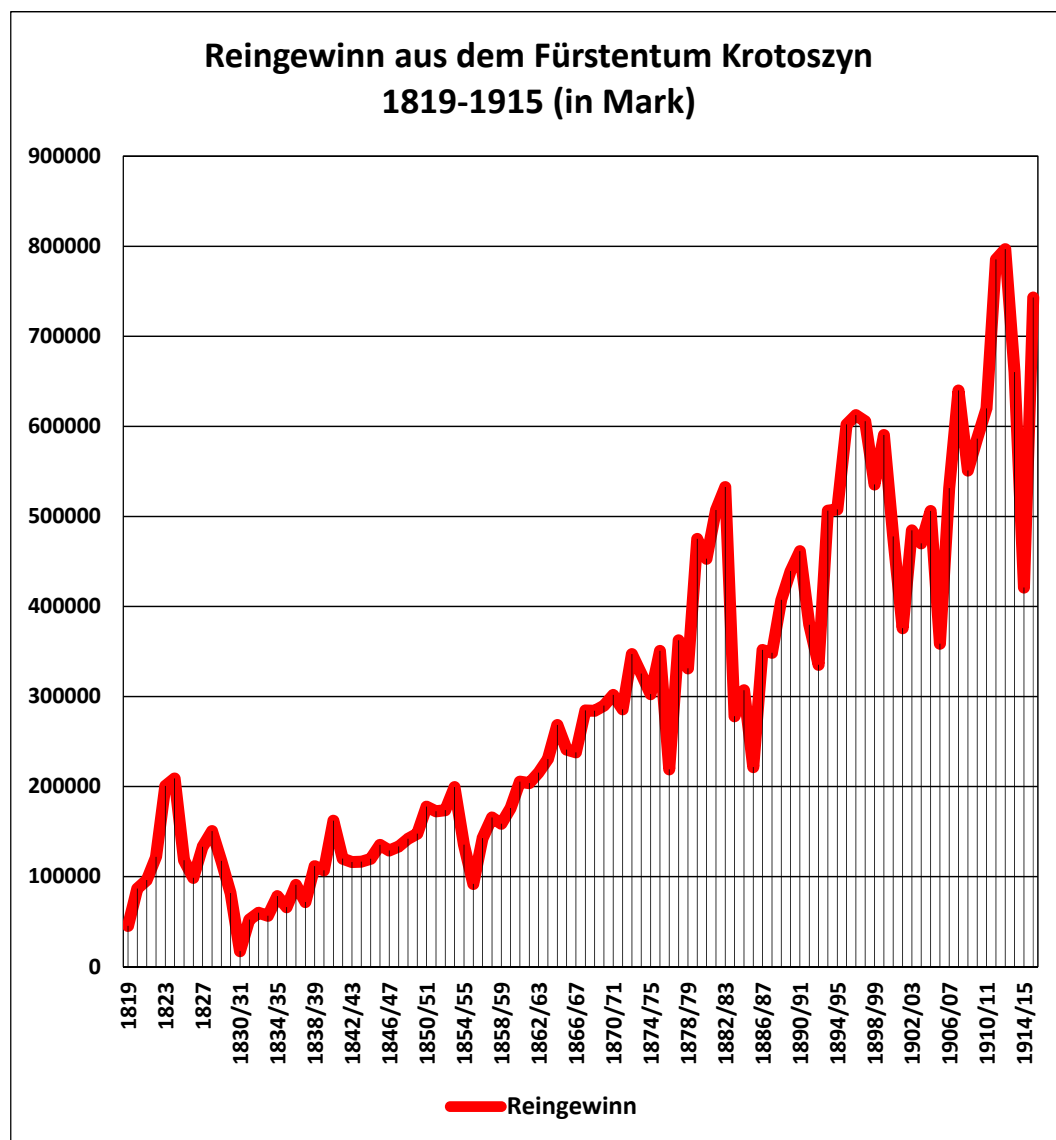


Abbildung 32: Reingewinne aus dem Fürstentum Krotoszyn 1819–1915<sup>1519</sup>

Die Jahre 1916/1917, 1917/18 und 1918/19 wurden aufgrund der kritischen Inflationsrate bewusst nicht berücksichtigt. Im Haushaltjahr 1916/17 hatten die Fürsten von Thurn und

Ausgaben. Herrschaft Krotoschin. Zusammenstellung der Gesamt-Einnahmen und Ausgaben seit der Erwerbung der Herrschaft.

<sup>1519</sup> Vgl. FTTZA, GR 86a–204: Rechnungen über Einnahmen u. Ausgaben der fürstlich Thurn und Taxischen Ober-Einnahmery, 1819–1919 und FTTZA, GK 682: Zusammenstellung der Grundstocks-Einnahmen und Ausgaben. Herrschaft Krotoschin. Zusammenstellung der Gesamt-Einnahmen und Ausgaben seit der Erwerbung der Herrschaft.

Taxis insgesamt 1.480.391 Mark, 1917/18 2.899.831 Mark und 1918/19 2.345.011 Mark an Reingewinn aus dem Fürstentum Krotoszyn.

Im letzten Diagramm sind die Gewinne aus allen Besitzungen von Thurn und Taxis in den ausgewählten Jahren zwischen 1820–1918 dargestellt:

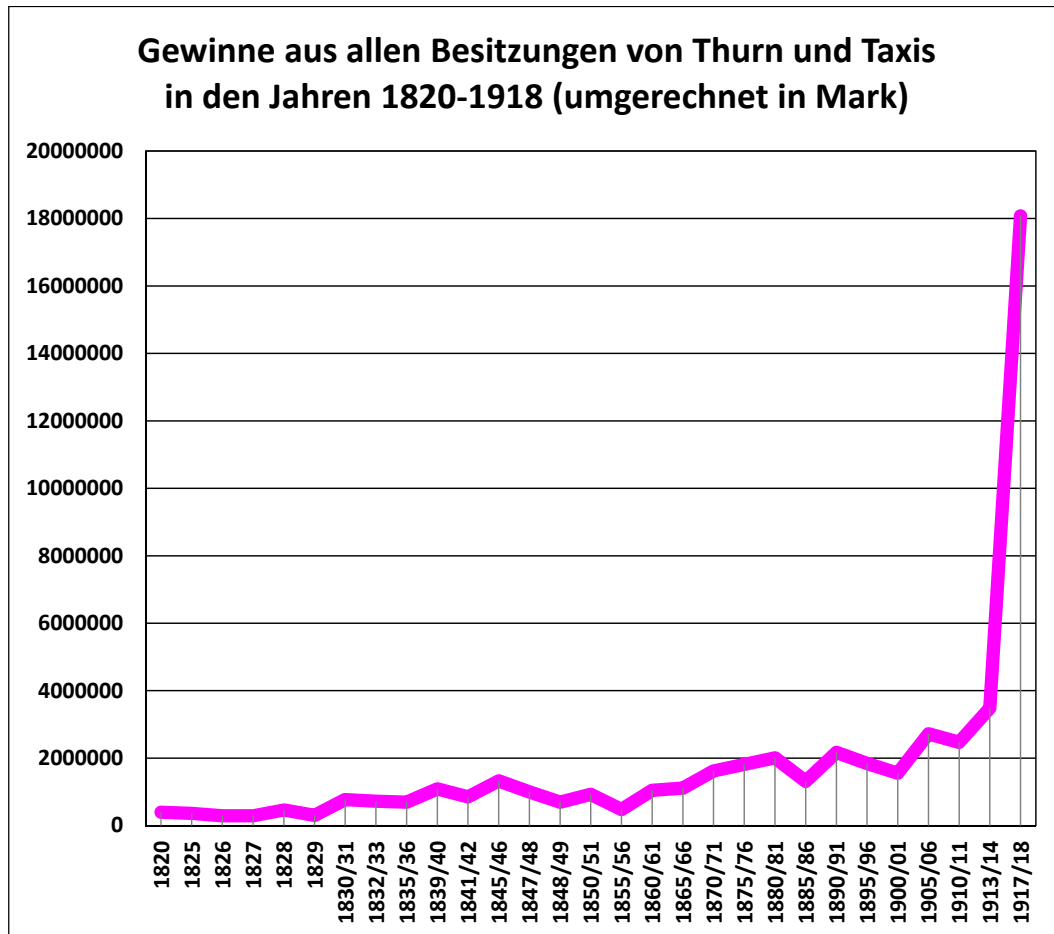


Abbildung 33: Gewinne aus allen Besitzungen von Thurn und Taxis in den Jahren 1820–1918 (ausgewählte Jahre)<sup>1520</sup>

In den Jahren 1867–1916 lieferten die Erträge aus dem Grundbesitz für das Haus Thurn und Taxis 111 Millionen Reichsmark.<sup>1521</sup> Prozentuell betrachtet machten die Erträge aus Preußen, also aus dem Fürstentum Krotoszyn, 19,9% dieser Summe aus.<sup>1522</sup> Die Besitzungen in Schwaben machten 25,9%, in Böhmen 28,2%, in Bayern 20,7%, in Kroatien 4,8% und Südtirol nur 0,1% der Gesamteinnahmen in den Jahren zwischen 1867 und 1916 aus.<sup>1523</sup> Die Besitzungen von Thurn und Taxis in der Provinz Posen in Preußen lagen demnach nach Böhmen, Schwaben und Bayern auf dem vierten Platz. Um 1900 war Fürst Albert I. von Thurn und Taxis entsprechend seines Vermögens auf dem sechsten

<sup>1520</sup> Vgl. FTTZA, GR 86a–204: Rechnungen über Einnahmen u. Ausgaben der fürstlich Thurn und Taxischen Ober-Einnahmery, 1819–1919.

<sup>1521</sup> Vgl. BEHRINGER, Wolfgang: Thurn und Taxis, S. 279.

<sup>1522</sup> Ebd., S. 279.

<sup>1523</sup> Ebd., S. 279–280.

## 2.2 Fürstliche Beamte im Fürstentum Krotoszyn

Platz unter den reichsten Personen im Deutschen Reich.<sup>1524</sup> Dies alles nicht zuletzt dank der 123.764 Hektar an fürstlichen Grundbesitz in Tschechien, Kroatien, Bayern, Preußen und Württemberg, die um 1899 durch 300 Beamte und Bedienstete verwaltet wurden.<sup>1525</sup> Beispielweise betrug das preußische Hausfideikommiss des Hauses Hohenzollern nur 97.043 Hektar.<sup>1526</sup> Reicher waren nur der deutsche Kaiser und zugleich König von Preußen, der König von Bayern, der Großherzog von Mecklenburg sowie die Industriecoons, die Erbin Bertha Krupp und Fürst Henckel von Donnersmarck.<sup>1527</sup> Fürst Albert I. war reicher als die Bank-Erbin Freifrau Mathilde von Rothschild, die sich im Ranking auf dem siebten Platz vorfand, und konnte im Jahre 1914 auf ein Jahreseinkommen von 5 Millionen Mark zählen.<sup>1528</sup> Das Jahreseinkommen des bayerischen Königs betrug nur unwesentlich mehr, nämlich 5,6 Millionen Reichsmark.<sup>1529</sup> Auch im Jahre 1914 wurde das Gesamtvermögen der von Thurn und Taxis auf ca. 270 Millionen Reichsmark geschätzt, wovon 251 Millionen Reichsmark allein der Grundbesitz ausmachte; darunter ca. 136 Millionen die Forstgüter und ca. 35 Millionen die Feldgüter.<sup>1530</sup> Allein im Deutschen Reich besaßen Thurn und Taxis einen Grundbesitz im Wert von 171 Millionen Reichsmark.<sup>1531</sup> Im Zeitraum von 1820 bis 1945 erwirtschafteten die Fürsten von Thurn und Taxis aus allen Domänen insgesamt ca. 205,4 Millionen Reichsmark an Reingewinn.<sup>1532</sup> Das Fürstentum Krotoszyn trug einen beträchtlichen Anteil dazu bei.

## 2.2 Fürstliche Beamte im Fürstentum Krotoszyn

### *Die Hauptsäulen der fürstlichen Verwaltung im 19. Jahrhundert*

Die fürstliche Domänen-Ober-Administration übte die Aufsicht, Leitung sowie die Administration des fürstlichen Grundbesitzes aus. Somit fällt darunter auch das Fürstentum Krotoszyn. Die offizielle Bezeichnung erhielt die fürstliche Domänen-Ober-Administration am 31. Dezember 1823, die lautete „Fürstliche Thurn und Taxissche Domänen-Ober-Administration“; bis dato wurden zwei Formen der Benennung gebraucht,

---

<sup>1524</sup> Vgl. STYRA, Peter: „... Und den Räten ein Automobil...“, S. 90.

<sup>1525</sup> Vgl. BEHRINGER, Wolfgang: Thurn und Taxis, S. 283.

<sup>1526</sup> Ebd., S. 283.

<sup>1527</sup> Vgl. STYRA, Peter: „... Und den Räten ein Automobil...“, S. 90.

<sup>1528</sup> Ebd., S. 90.

<sup>1529</sup> Vgl. BEHRINGER, Wolfgang: Thurn und Taxis, S. 282.

<sup>1530</sup> Ebd., S. 283.

<sup>1531</sup> Ebd., S. 283.

<sup>1532</sup> Ebd., S. 280.

nämlich Domänenoberadministration und Domänenbüro.<sup>1533</sup> Sie vertrat und führte auch alle rechtlichen Angelegenheiten im Namen des Hauses Thurn und Taxis.<sup>1534</sup> Mit dem Tod des Fürsten Karl Alexander (1770–1827) am 15. Juli 1827 kam es zur Umstrukturierung der gesamten fürstlichen Verwaltung unter der Regierung des Fürsten Maximilian Karl (1802–1871).<sup>1535</sup> Die neue Domänenoberadministration, die u.a. andere Rentämter überwachte, behielt ihre Rolle als Hauptorgan der Verwaltung bei.<sup>1536</sup> Der Aufbau und die Befugnisse der Domänen-Ober-Administration gehen auf die Verordnung vom 30. März 1829 zurück.<sup>1537</sup> Zu ihren Funktionen zählte die Leitung der gesamten Domänenverwaltung, des Bauwesens, der Güter, Forsten, Jagden, die Überwachung der Ämter des Rechnungswesens. Zudem wurden auch alle Berichte aus den Domänen an die Domänen-Ober-Administration verschickt.<sup>1538</sup> Das Personal der Domänen-Ober-Administration setzte sich aus einem Direktor, mehreren Domänen-, Justiz-, Rechnungs- und Hofräten, einem Oberforstmeister, einem Architekten und sechs Revisoren zusammen.<sup>1539</sup> Sie hatte eine Kollegialverfassung; am 30. April 1829 erhielt sie eine eigene Rechnungsinstruktion. Durch die Verordnung vom 29. Juni 1841 wurde sie reorganisiert und mit der Verordnung vom 7. Juni 1852 wurde ihre Geschäftsform vereinfacht.<sup>1540</sup>

Im Jahre 1828 kam es zur Auflösung der Geheimen Kanzlei und zur Entstehung des Immediatbüros. Diese neue Verwaltungseinheit sollte den Fürsten in seiner Abwesenheit vertreten.<sup>1541</sup> Am 4. April 1833 erhielt das Immediatbüro seine endgültigen Organisationsstrukturen und war u.a. für Beratung des Fürsten in allen Angelegenheiten, Vorbereitung von Dekreten, Weisungen, Anordnungen und Entscheidungen, Führung der Generalkonспекte über Finanzen und Personal sowie für die Superrevision der Rechnungen zuständig.<sup>1542</sup> An der Spitze des Immediatbüros stand der Chef der Gesamtverwaltung, dann folgten zwei Referenten, ein Archivar, ein Geheimsekretär, ein Revisor, ein Registrator, und das Kanzleipersonal.<sup>1543</sup> Das Immediatbüro ist aus dem Grund wichtig zu erwähnen, weil es bis zu seiner Auflösung am 1. Juli 1881 die zentrale Anlaufstelle der fürstlichen Verwaltung in Regensburg war, sodass beispielweise alle Berichte der Domänen-Ober-Administration im Immediatbüro landen mussten, wo sie anschließend geprüft wurden.

---

<sup>1533</sup> Vgl. **PROBST**, Erwin: Die Entwicklung der fürstlichen Verwaltungsstellen seit dem 18. Jahrhundert, in: **PIENDL**, Max (Hg.), Beiträge zur Geschichte Kunst- und Kulturpflege im Hause Thurn und Taxis (= Thurn und Taxis-Studien, Bd. 10), Regensburg 1978, S. 267–351; S. 286.

<sup>1534</sup> Vgl. **PROBST**, Erwin: Die Entwicklung der fürstlichen Verwaltungsstellen, S. 286.

<sup>1535</sup> Ebd., S. 303.

<sup>1536</sup> Ebd., S. 303.

<sup>1537</sup> Ebd., S. 305.

<sup>1538</sup> Ebd., S. 305.

<sup>1539</sup> Ebd., S. 305.

<sup>1540</sup> Ebd., S. 305.

<sup>1541</sup> Ebd., S. 303.

<sup>1542</sup> Ebd., S. 304.

<sup>1543</sup> Ebd., S. 304.

Im Immediatbüro wurden auch die endgültigen fürstlichen Entscheidungen getroffen.<sup>1544</sup> Aufgrund der Auflösung reichen die Akten des Immediatbüros in der Regel nur bis zum Jahre 1881. Danach übernahm die Domänen-Kammer die Funktion als zentrale fürstliche Verwaltungsstelle.<sup>1545</sup> Die Fürstliche Domänen-Kammer entstand als fürstliche Zentralbehörde am 1. Juli 1881 in Folge der Zusammenlegung des Immediatbüros mit der Domänen-Ober-Administration.<sup>1546</sup> An der Spitze der Domänen-Kammer standen ein Präsident, mehrere Räte, Assessoren-, Registratur-, Kanzlei-, Rechnungs-, Sekretariats-, Forst- und Baubeamte sowie weitere Beamte und Bedienstete.<sup>1547</sup> Alle fürstlichen Außenämter wie die Fürstliche Rentkammer, waren der Domänen-Kammer untergeordnet.<sup>1548</sup> Ab dem 1. Juli 1881 wurden deswegen auch alle Berichte, die durch die fürstliche Verwaltung im Fürstentum Krotoszyn verfasst wurden, an die Domänen-Kammer gerichtet.

Unter Fürst Albert Maria Lamoral (1867–1952) wurden einige Änderungen bei der fürstlichen Verwaltung eingeführt. Im Jahre 1892 wurde eine Neuregelung der Domänen-Kammer vollzogen, so dass seitdem an der Spitze der Domänen-Kammer ein Präsident und ein Direktor standen; das Rechnungsbüro umfasste drei Rechnungsräte, fünf Rechnungskommissare und die nötigen Revisoren.<sup>1549</sup> Die Stelle des Präsidenten wurde allerdings drei Jahre später abgeschafft und als Leiter der Domänen-Kammer wurde ab dem Zeitpunkt ein rechtskundiger Direktor eingesetzt, das Präsidium wiederum wurde in Direktorium umbenannt.<sup>1550</sup> Im Jahre 1902 wurde die Domänen-Kammer direkt dem Fürsten unterstellt. Fortan gehörten zu den Hauptaufgaben der Domänen-Kammer die Aufsicht über die Verwaltung und die Wahrnehmung der mit dem Domänenbesitz verbundenen Rechte.<sup>1551</sup> Die Rentkammer und die Rentämter haben im gleichen Jahr eine neue Dienstordnung erhalten und wurden der Domänen-Kammer unterstellt.<sup>1552</sup> Die Rentkammer und Rentämter wurden auch gleichzeitig den Forstämtern sowie der Forstverwaltungen gleichgestellt und sie verwalteten ihr eigenes Vermögen, sofern es nicht dem Hofmarschallamt oder der Forstdienststellen zugewiesen wurde.<sup>1553</sup> Das Hofmarschallamt bestand auch nach der Mediatisierung.<sup>1554</sup> Bis 1828 kümmerte es sich de facto um die Angelegenheiten der Hofhaltung. Es ging hier unter anderem um die Erhaltung der Schlösser,

---

<sup>1544</sup> Ebd., S. 304.

<sup>1545</sup> Ebd., S. 304.

<sup>1546</sup> Ebd., S. 310.

<sup>1547</sup> Ebd., S. 311.

<sup>1548</sup> Ebd., S. 311.

<sup>1549</sup> Ebd., S. 334.

<sup>1550</sup> Ebd., S. 335.

<sup>1551</sup> Ebd., S. 335.

<sup>1552</sup> Ebd., S. 335.

<sup>1553</sup> Ebd., S. 335.

<sup>1554</sup> Ebd., S. 307.

deren Inventar und die Gartenanlagen rund um das Schloss.<sup>1555</sup> Am 26. Dezember 1828 wurde das Hofmarschallamt aufgelöst und gleichzeitig die Ökonomiekommission neu gebildet.<sup>1556</sup> Am 30. April 1829 erhielt die Ökonomiekommission ihre Dienstinstruktion.<sup>1557</sup> Sie setzte sich aus dem Vorstand, einem Rat, der zugleich Kassier war, einem Kontrolleur, einem Offizial oder einem Aktuar und einem Bürodienner zusammen.<sup>1558</sup> Zu den Aufgaben der Kommission gehörten die Dienstaufsicht über Personal, Schlösser und Gärten.<sup>1559</sup> Allerdings taucht die Schlossverwaltung Krotoszyn in der Auflistung noch bis 1851/52 auf, was auf einen langsamen Auflösungsprozess der Ökonomiekommission schließen lässt.<sup>1560</sup> De facto wurde das Schloss Krotoszyn am 19. April 1829 dem Ressort der fürstlichen Ökonomiekommission zugeteilt und im August 1847 bat die fürstliche Ökonomiekommission, um Auflösung der Schlossverwaltung in Krotoszyn und um ihre Überweisung an die Domänen-Ober-Administration.<sup>1561</sup> Dies wurde im gleichen Monat in Regensburg durch den Fürsten genehmigt.<sup>1562</sup> Mit dem Reskript vom 16. Dezember 1871 wurde die Ökonomiekommission aufgelöst und ihre Funktionen gingen an das neu errichtete Hofmarschallamt und teilweise an die Oberschloßverwaltung über.<sup>1563</sup> Die Oberschloßverwaltung wurde allerdings wiederum zum 30. Juni 1881 aufgelöst; ihre Befugnisse gingen an das existierende Hofmarschallamt über.<sup>1564</sup> Ab dem Zeitpunkt wurden auch die noch vorhandenen Verwaltungen der Schlösser und Gärten durch die Rentkammern oder Rentämtern übernommen und die bisherigen Schlossverwaltungen wurden aufgelöst.<sup>1565</sup> Unter Fürst Albert von Thurn und Taxis kam es zur Stärkung des Hofmarschallamtes.<sup>1566</sup> Das Hofmarschallamt unterstand dem Hofmarschall.<sup>1567</sup> Zu seinen Funktionen zählten die Beaufsichtigung der Verwaltung der Schlösser, Gebäude und Gärten sowie die Leitung der gesamten Haus- und Hofhaltung in den einzelnen Departements.<sup>1568</sup>

Resümierend stand die fürstliche Verwaltung im Fürstentum Krotoszyn ab 1819 unter der Oberaufsicht der Domänen-Ober-Administration und ab 1881 unter der der Domänen-Kamer, mit der Anmerkung, dass zwischen 1833–1881 die Entscheidungsprozesse und alle Berichte der Fürstlichen Rentkammer im Fürstentum Krotoszyn durch das Immediat-

---

<sup>1555</sup> Ebd., S. 307.

<sup>1556</sup> Ebd., S. 311.

<sup>1557</sup> Ebd., S. 311.

<sup>1558</sup> Ebd., S. 311.

<sup>1559</sup> Ebd., S. 311.

<sup>1560</sup> Ebd., S. 313.

<sup>1561</sup> Vgl. FTTZA, IB 2606: Zuteilung des Schloßes Krotoszyn zum Ressort des f. Oeconomie-Commihision und Visitation der Schloßverwaltung bet. Auflösung der Schloßverwaltung und Ueberweisung an die f. Dom. Ob. Adm. April 1829–1848. Regensburg 23. April 1829 und Regensburg 3. August 1847.

<sup>1562</sup> Vgl. FTTZA, IB 2606: Regensburg 12. Oktober 1847.

<sup>1563</sup> Vgl. **PROBST**, Erwin: Die Entwicklung der fürstlichen Verwaltungsstellen, S. 313.

<sup>1564</sup> Ebd., S. 313.

<sup>1565</sup> Ebd., S. 313.

<sup>1566</sup> Ebd., S. 314.

<sup>1567</sup> Ebd., S. 315.

<sup>1568</sup> Ebd., S. 315.



büro laufen mussten, da die Domänen-Ober-Administration dem Immediatbüro untergeordnet war.

### *Entstehung, Funktion und Aufgaben der fürstlichen Verwaltung im Fürstentum Krotoszyn*

Mit der preußischen Belehnung des Fürsten von Thurn und Taxis mit dem Fürstentum Krotoszyn mussten eine fürstliche Verwaltungsbehörde eingerichtet werden. Schon am Anfang gab es gewisse Probleme mit der Benennung der fürstlichen Verwaltung. Die fürstliche Seite wollte, dass sie „Domainen Kammer“ heißt.<sup>1569</sup> Das preußische Finanz-Ministerium äußerte sich jedoch in einem Schreiben dagegen, da es den preußischen staatsrechtlichen und gesetzlichen Grundsätzen widersprach.<sup>1570</sup> Nach dem Allgemeinen preußischer Landrecht:

„zu den Domainen nur solche Grundstücke, Gefälle und Rechte zu zählen sind, deren besonderes Eigenthum dem Staate, und deren ausschließende Benutzung dem Oberhaupt desselben zukommt.“<sup>1571</sup>

Der preußischen Verwaltung lag daran, dass die Bezeichnung der Verwaltungseinheit im Fürstentum Krotoszyn nicht den Eindruck eines eigenständigen staatlichen Organs vermittelt, das jemand anderen als dem preußischen König als Oberhaupt des Staates, unterstellt ist bzw. dass die Verwaltungseinheit aufgrund ihrer Bezeichnung den Anschein macht, dass der Eigentümer auf gleicher Höhe mit dem Staatsoberhaupt ist. Ein solcher Name betonte auch die Ansprüche der Fürsten, die im Rahmen der standesrechtlichen Status im Königreich Preußen nicht gewährleistet werden konnten. Weiterhin wurden akzeptable Namen als Vorschläge für die fürstliche Verwaltungsbehörde genannt, aus welchen der Fürst wählen konnte:

„Hiernach kann das Finanz-Ministerium der Fürstlichen Verwaltungs-Behörde in Krotoszyn die Benennung Domainen-Kammer nicht gestatten, derselben vielmehr nur nachgeben, sich der Benennung Fürstliche General Administration, oder Fürstliche Kammer, oder Rentkammer, oder Rent-Amt zu bedienen, wo nach die Königliche Regierung zu verfahren hat.“<sup>1572</sup>

---

<sup>1569</sup> Vgl. FTTZA, DK 8419: Die Anstände wegen der Benennung der fürstlichen Verwaltungsbehörde, die Bestimmung, der Firma Rentkammer und die öffentliche Bekanntmachung dieser Verwaltungsstelle, 1819, Abschrift, Berlin 19. November 1819.

<sup>1570</sup> Vgl. FTTZA, DK 8419: Berlin 19. November 1819.

<sup>1571</sup> FTTZA, DK 8419: Berlin 19. November 1819.

<sup>1572</sup> FTTZA, DK 8419: Berlin 19. November 1819.

Der Fürst entschied sich für den Verwaltungsnamen „Fürstliche Rentkammer“ als standesherrliche Behörde im Fürstentum Krotoszyn.<sup>1573</sup> Dies wurde offiziell mit dem Regierungsamtsblatt vom 20. Juni 1820 bekannt gegeben.<sup>1574</sup> Die Fürstliche Rentkammer bekam Anweisungen im Namen des Fürsten von Thurn und Taxis und seines Hauses durch die Domänen-Ober-Administration (wird ab 1881 Domänen-Kammer genannt) oder die Geheime Kanzlei mit Sitz in Regensburg.<sup>1575</sup> Die fürstliche Domänen-Ober-Administration hatte die Aufsicht, Leitung sowie die Administration zur Aufgabe, ähnlich wie bei dem sonstigen Grundbesitz über den fürstlichen Domänen im Fürstentum Krotoszyn.<sup>1576</sup> Das fürstliche Rechnungs-Bureau übernahm alle Angelegenheiten bezüglich des Kassen- und Rechnungswesens, ähnlich wie es dies bei den übrigen Besitzungen und Herrschaften tat.<sup>1577</sup> Privatkorrespondenzen über die Geschäftsführung wurden den Beamten der Fürstlichen Rentkammer verboten.<sup>1578</sup> Im gleichen Schreiben wurden die angestrebten Ziele bei der Konstituierung der neuen Herrschaft in Großpolen genannt:

„Wir [...] hoffen Unser fürstliches Rechnungs Bureau werde hierinnen die erforderlichen Grundlagen zu Herstellung einer künftig guten und wichtigen Behandlung dieses bedeutenden Kaße und Rechnungs- Wesens finden, und es sich thätig und kräftig angelegen seyn laßen, diese neuerworbene, ansehnliche Besitzung Unsers fürstlichen Hauses auf eine immer höhere Flur und Wohlstand bringen zu helfen, und dadurch den Glanz und das Ansehen Unsers fürstlichen Hauses nach Möglichkeit zu erhöhen.“<sup>1579</sup>

Die Ordnungsmäßigkeit der Rechnungen und somit der Einkünfte aus dem Fürstentum Krotoszyn waren überaus wichtig, da davon der Wohlstand der fürstlichen Familie abhing und der Fürst an Gewinnen interessiert war, da davon auch das Ansehen und das Prestige des Hauses Thurn und Taxis abhängig war. Wohlstand erscheint hier eindeutig als Garant und Personifikation des Ansehens und Prestiges und somit der Position der fürstlichen Familie unter den anderen hochadeligen Häusern. Die Gewinne wurden von Anfang an als ein bedeutender Faktor eingestuft. Im Jahre 1821 betrugen die Reingewinne des aus den vier Ämtern Adelnau, Krotoszyn, Orpizewo und Rozdrażewo bestehenden Fürstentums Krotoszyn, insgesamt 67.522 Rthl.<sup>1580</sup>

Das Fürstentum Krotoszyn wurde, ähnlich wie die übrigen fürstlichen Domänen, durch die Oberaufsicht der Verwaltung in Regensburg administriert. Die Klagen bei den preußi-

---

<sup>1573</sup> Vgl. FTTZA, DK 8430: Die Legitimation der Rentkammer bei dem Fürstenthumsgericht zu Führung der Rechtsstreite für das fürstliche Domainen. Sowie nach der Führung der Processe bei auswärtigen Gerichten und diesfallige Reisen, 1822, Abschrift, Posen 9. April 1826.

<sup>1574</sup> Vgl. FTTZA, DK 8430: Posen 9. April 1826.

<sup>1575</sup> Vgl. FTTZA, DK 8430: Posen 9. April 1826.

<sup>1576</sup> Vgl. FTTZA, DK 8423: Die Constituirung der Rentkammer des nun erworbenen Fürstenthums Krotoszyn und die für dieselbe entworfene Instruction über die Geschäftsführung, 1821, Schloss Taxis 6. Juni 1821.

<sup>1577</sup> Vgl. FTTZA, DK 8423: Schloss Taxis 6. Juni 1821.

<sup>1578</sup> Vgl. FTTZA, DK 8423: Schloss Taxis 6. Juni 1821.

<sup>1579</sup> FTTZA, DK 8423: Schloß Taxis 6. Juni 1821.

<sup>1580</sup> Vgl. FTTZA, DK 8430.

schen Gerichtsbehörden, seien es Klagen gegen die Fürstliche Rentkammer, den Fürsten oder Klagen gegen Privatpersonen oder preußische Behörden, mussten in Regensburg autorisiert werden.<sup>1581</sup> Mit der Gründung der Fürstlichen Rentkammer mussten das königliche Landgericht in Krotoszyn und die preußischen Landesbehörden die Fürstliche Rentkammer auch als legitimiert ansehen und behandeln, dies betraf z.B. die Vollmachten, die den Anwälten erlaubten, Prozesse im Namen des Fürsten, in dessen Namen die Fürstliche Rentkammer auftrat, zu führen.<sup>1582</sup> Es kam allerdings relativ schnell zur Entstehung von Kompetenzstreitigkeiten zwischen dem königlichen Landgericht zu Krotoszyn und der Fürstlichen Rentkammer, da das königliche Landgericht besondere Vollmachten in Prozesssachen direkt vom Fürsten verlangte und die Fürstliche Rentkammer als ein „Privatinstitut zur Wirtschaftsverwaltung“ betrachtete, dem das Recht der Prozessführung im Namen des Fürsten nicht zustand.<sup>1583</sup> Zumindest war dies die Meinung des Landgerichts zu Krotoszyn. Es war nicht untypisch, dass durch die Justiz und die Provinzialbehörden die standesherrlichen Verwaltungsinstanzen als Beamte zweiter Klasse behandelt wurden. Dies hatte zahlreiche Gründe. Die staatliche Beamtenschaft war sich im 19. Jahrhundert auch weiterhin ihres antifeudalen und antiklerikalen Ursprungs bewusst.<sup>1584</sup> Staatswohl, gesellschaftliche Antipathien, Dienstfeier und Staatsinteresse motivierten die Arbeit der Staatsbeamten. Die Herrschaftsgebiete der Mediatisierten samt ihren Privilegien stellten in ihren Augen eine Blockade, sowohl in der Entwicklung als auch in der Existenz der modernen Staatsgrundsätze, dar.<sup>1585</sup> Ihre autonome Position erschien als unbequem, da sie den „bürokratischen Mechanismus“ erschwerte, wie es beispielweise die preußische Beamtenschaft über die Rechtsstellung der Fürsten zu Wied und Solms ausgedrückt hatte.<sup>1586</sup> Die staatliche Verwaltung sah die gesonderte Stellung der Standesherrn auch als eine Verletzung des Gleichheitsprinzips im Staate an.<sup>1587</sup> Das Streben nach der Erhaltung der Rechtsgleichheit und die Anpassung der Rechte der Mediatisierten an die Bedürfnisse des Jahrhunderts motivierten die preußische Beamtenschaft auch bezüglich der Rechtstatus, auch wenn diese besondere Stellung der Mediatisierten gesetzlich garantiert und bereits in der Deutschen Bundesakte vorgesehen war.<sup>1588</sup> Nichtsdestotrotz landete der Konflikt um die fürstlichen Vollmachten beim Präsidenten des Königlichen Ober-Appellationsgericht in Posen Schönermark. Er regelte jedoch diese Frage zugunsten der

---

<sup>1581</sup> Vgl. FTTZA, DK 8430: Posen 9. April 1826.

<sup>1582</sup> Vgl. FTTZA, DK 8430: Posen 9. April 1826.

<sup>1583</sup> Vgl. FTTZA, DK 8430: Abschrift. Königl. Ober Apellations Gericht an das Königl. Landgericht zu Krotoszyn, Posen 22. April 1826.

<sup>1584</sup> Vgl. GOLLWITZER, Heinz: Die Standesherrn, Göttingen 1964, S. 61.

<sup>1585</sup> Ebd., S. 61.

<sup>1586</sup> Vgl. SCHIER, Rolf: Standesherrn. Zur Auflösung der Adelsvorherrschaft in Deutschland (1815–1918), in: CONRAD, Hermann, KLEINHEYER, Gerd, SCHEUNER, Ulrich (Hg.), Studien und Quellen zur Geschichte des deutschen Verfassungsrechts, Reihe A: Studien, Bd. 11, Heidelberg/Karlsruhe, 1977, S. 21.

<sup>1587</sup> Vgl. GOLLWITZER, Heinz: Die Standesherrn, S. 61.

<sup>1588</sup> Vgl. SCHIER, Rolf: Standesherrn, S. 21.

Fürstlichen Rentkammer und begründete, dass die Zubringung von besonderen Vollmachten vom Fürsten nicht nötig ist.<sup>1589</sup> Er betonte auch ausdrücklich den hohen Rang der fürstlichen Besitzungen und des Fürsten von Thurn und Taxis, in dem er schrieb:

„Ganz falsch ist es daher, [...] die Fürstliche Rentkammer nur als ein Privat Institut zur Wirtschaftsverwaltung, wie dergleichen in andere adelichen Gütern bestehen, und des Herrn Fürsten von Thurn und Taxis Durchlaucht als Besitzer von Krotoszyn bloß den übrigen Besitzern adelicher Gütern gleichstellen will, da dem Herrn Fürsten doch Krotoszyn nebst den dazu gehörigen Gütern als Thronlehn verliehen, diesen Besitzungen der Charakter eines Fürstenthums beigelegt und der, darin angesetzten Verwaltungs Behörde von des Königs Majestät des Praedicat Rentkammer bewilligt worden.“<sup>1590</sup>

Das Fürstentum Krotoszyn genoss die höchste Stellung bei den Standesherrn im Großherzogtum Posen. Dieser Status wurde durch den preußischen König verliehen und war nicht mit den übrigen „üblichen“ adeligen Gütern zu vergleichen, die keine besondere Position innerhalb des preußischen Staates besaßen. Im späteren Verlauf wurden mit der Verordnung vom 31. März 1873 die Rentämter unter Berücksichtigung von Personalbedarf, Geschäftsumfang und Größe, in vier Klassen organisiert.<sup>1591</sup> Die Besitzungen im Fürstentum Krotoszyn erhielten die erste Klasse, dieser Klasse wurde der Name „Fürstliche Rentkammer“ zugeschrieben.<sup>1592</sup> Es hatte sich also auch später am Namen und Rang der fürstlichen Verwaltung im Fürstentum Krotoszyn nichts geändert.<sup>1593</sup>

Die Übertragung der Oberverwaltung des Fürstentums an den Fürstlichen Rentkammer Direktor Heinrich Leberecht Hoffmann erfolgte durch seine Eidesleistung. Der Rentkammer Direktor versprach bei der Gelegenheit seine Treue, Gehorsam und Bereitschaft.<sup>1594</sup> Außerdem verpflichtete er sich dazu, nicht nur zum Nutzen und Vorteil des Fürsten von Thurn und Taxis und des fürstlichen Hauses zu agieren, sondern auch jeglichen Schaden fernzuhalten.<sup>1595</sup> Der Rentkammer Direktor Hoffmann versprach auch als erster Beamter im Fürstentum Krotoszyn die Integrität der fürstlichen Besitzungen in Großpolen mit allen ihren Rechten und Gewohnheiten zu schützen.<sup>1596</sup> Durch den Rentkammer Direktor sollten keine zusätzlichen Lasten und Verbindlichkeiten entstehen; es oblag ihm, sich um den finanziellen Zustand der Rentkammer zu kümmern und sie nicht

---

<sup>1589</sup> Vgl. FTTZA, DK 8430: Abschrift. Posen 22. April 1826.

<sup>1590</sup> FTTZA, DK 8430: Abschrift. Posen 22. April 1826.

<sup>1591</sup> Vgl. PROBST, Erwin: Die Entwicklung der fürstlichen Verwaltungsstellen, S. 309.

<sup>1592</sup> Ebd., S. 309.

<sup>1593</sup> Ebd., S. 309.

<sup>1594</sup> Vgl. FTTZA, DK 8422: Die Uebertragung der Oberverwaltung des Fürstenthums an die fürstliche Domainen-Oberadministration mittels höchsten Rescript nebst mitgetheilten Auszügen und Notizen aus den Commissionsverhandlungen und den Instructionen an die fürstliche Rentkammer, 1821, Abschrift der Eidesversicherung der Kammer Director Heinrich Leberecht Hoffmann, Krotoszyn 16. Juni 1819.

<sup>1595</sup> Vgl. FTTZA, DK 8422: Krotoszyn 16. Juni 1819.

<sup>1596</sup> Vgl. FTTZA, DK 8422: Krotoszyn 16. Juni 1819.

zu verschulden.<sup>1597</sup> Der Rentkammer Direktor verpflichtete sich zudem dazu, die fürstlichen Befehle und Aufträge pünktlich und sachgemäß zu erfüllen und versicherte, dass keine:

„Furcht, Neigung, Gewinn oder Neben-Absicht, am wenigsten durch zu übernehmende fremde oder Neben-Geschäfte hindern oder abhalten lassen, vielmehr mich stets und in allen Gelegenheiten so betragen will, wie es die Pflicht eines rechtschaffenen Fürst Dieners und Amt-Vorstandes erfordert, welcher das besondere, ihm geschenkte fürstl. Vertrauen zu würdigen und zu verdienen weiß. Zur Bürgschaft und zum Zeichen der treuen Befolgung der vorstehenden Versicherung, unterzeichne ich dieselben eigenhändig.“<sup>1598</sup>

Die vorläufige Anweisung für die fürstlichen Beamten im Fürstentum Krotoszyn liefert ebenfalls detaillierte Informationen über den Status und Funktion der fürstlichen Beamenschaft. Diese Anweisung wurde einige Woche nach der Übertragung des Fürstentums Krotoszyn an den Fürsten von Thurn und Taxis verfasst.<sup>1599</sup> Im ersten Punkt wurde das Verhältnis der fürstlichen Beamten zwischen den preußischen Behörden angesprochen. Im Paragraph 6 wurde ausdrücklich angemerkt, dass die fürstlichen Beamten gegenüber der königlichen Regierung in Posen in einem unterordneten Verhältnis stehen.<sup>1600</sup> Die Akten beschreiben diese Konstellation folgendermaßen:

„Uebrigens tritt die fürstl. Beamtung gegen die königl. Regierung in Posen in ein untergeordnetes Verhältniß und hat deren Befehle, insoweit sie nicht denen vom König verliehenen Rechten oder dem Interesse Sm. Durchlaucht des Fürsten zu nahe treten, zu befolgen u. befolgen zu lassen, ausserdem aber sich gegen diese Befehle zu verwohnen und Sn. hochfürstlichen Durchlaucht von solchen Vorgängen unverzüglich Bericht und pflichtmäßiges Gutachten zu erstatten.“<sup>1601</sup>

Im Endeffekt musste die Fürstliche Rentkammer den Anweisungen der königlichen preußischen Behörden Folge leisten. In der Praxis war der Widerstand der fürstlichen Beamten nur bei Vorlage des Gutachtens und eines Berichtes mit der Beschreibung der Situation und den rechtlichen Aussichten im Falle einer Klage gegen die preußischen Behörden sinnvoll. Somit war die preußische Verwaltung in der Hierarchie bessergestellt als die Fürstliche Rentkammer.<sup>1602</sup> Die Verbeamtung der fürstlichen Diener erfolgte durch Eidesleistung; der Schwerpunkt wurde hier auf „beschworene Treue und Gehorsam“ gelegt.<sup>1603</sup>

<sup>1597</sup> Vgl. FTTZA, DK 8422: Krotoszyn 16. Juni 1819.

<sup>1598</sup> FTTZA, DK 8422: Krotoszyn 16. Juni 1819.

<sup>1599</sup> Vgl. FTTZA, DK 8423: Die Constituirung der Rentkammer des nun erworbenen Fürstenthums Krotoszyn und die für dieselbe entworfene Instruction über die Geschäftsführung, 1821, Vorläufige Anweisung, Krotoszyn 16. Juni 1819.

<sup>1600</sup> Vgl. FTTZA, DK 8423: Krotoszyn 16. Juni 1819.

<sup>1601</sup> FTTZA, DK 8422: Krotoszyn 16. Juni 1819.

<sup>1602</sup> Vgl. FTTZA, DK 8423: Krotoszyn 16. Juni 1819.

<sup>1603</sup> Vgl. FTTZA, DK 8423: Krotoszyn 16. Juni 1819.

Die Eidesleistung musste an den Fürsten adressiert und nach Regensburg geschickt werden.<sup>1604</sup>

Die „Verwaltungs-Gegenstände“ im Fürstentum Krotoszyn wurden in drei Bestandteile untergliedert: Grund-Domänen, Dominikal-Gefällen und Forst-Nutzung.<sup>1605</sup> Im Grunde genommen handelte es sich bei den Grund-Domänen und Dominikal-Gefällen um General- und Spezialpachten.<sup>1606</sup> Bei der Übertragung des Fürstentums musste der Fürst von Thurn und Taxis die Verbindlichkeiten, die auf den bestimmten Gütern lasteten, vertragsmäßig übernehmen.<sup>1607</sup> Im Bereich der Domänen- und Gefällesachen hatte die fürstliche Verwaltung prinzipiell nur die Oberaufsicht über den dort verwaltenden Pächter.<sup>1608</sup> Vor allem die Bewirtschaftungsart der Pächter lag im Interesse der Fürstlichen Rentkammer, weil davon die Effizienz der Güter, die Höhe der Gewinne und somit auch die Aussichten auf bessere Renditen bei der Verlängerung des Pachtkontraktes mit dem Pächter abhingen. Deswegen mussten die fürstlichen Beamten Berichte über eine gute oder schlechte Bewirtschaftung der Güter durch die Pächter verfassen und dem Fürsten vorlegen.<sup>1609</sup> Diese Berichte sollten auch Verbesserungsvorschläge beinhalten und die fürstlichen Beamten mussten die Pächter über ihre Nachlässigkeiten und Fehler unterrichten und auf eine Abänderung der Bewirtschaftung bestehen.<sup>1610</sup> Was die technische Aufsicht angeht, sie befand sich im ganzen Fürstentum in den Händen der Fürstlichen Rentkammer und betraf das herrschaftliche Bauwesen und Gebäude.<sup>1611</sup> Die Pächter waren vertragsgemäßig dazu verpflichtet, die Reparaturen an kleineren Bauschäden, Wohn- und Ökonomiegebäuden, durchzuführen und dem Fürsten anzuzeigen.<sup>1612</sup> Zudem mussten sie die während der Pacht entstandenen Mängel an den Wegen, Brücken, Schleusen, Dämmen, Gräben, Mühlen nachbessern.<sup>1613</sup> Schon mit der Übergabe der vier preußischen Domänengüter war der Fürst nach Artikel 12 des Vertrages zur Unterhaltung von Brücken und Wegen verpflichtet.<sup>1614</sup> Diese Pflichten des Fürsten wurden also de facto den Pächter in den Pachtverträgen oktroyiert. Bei der Übernahme der Verwaltung wurden die Pächter auch dazu gezwungen, die auf dem Vorwerk haftenden Kommunallasten, geistlichen Abgaben und die Kosten für die Unterhaltung von Schleusen, Gräben und Stegen zu über-

---

<sup>1604</sup> Vgl. FTTZA, DK 8423: Krotoszyn 16. Juni 1819.

<sup>1605</sup> Vgl. FTTZA, DK 8423: Krotoszyn 16. Juni 1819.

<sup>1606</sup> Vgl. FTTZA, DK 8423: Krotoszyn 16. Juni 1819.

<sup>1607</sup> Vgl. FTTZA, DK 8422: Krotoszyn 16. Juni 1819.

<sup>1608</sup> Vgl. FTTZA, DK 8422: Krotoszyn 16. Juni 1819.

<sup>1609</sup> Vgl. FTTZA, DK 8423: Krotoszyn 16. Juni 1819.

<sup>1610</sup> Vgl. FTTZA, DK 8423: Krotoszyn 16. Juni 1819.

<sup>1611</sup> Vgl. FTTZA, DK 8423: Krotoszyn 16. Juni 1819.

<sup>1612</sup> Vgl. FTTZA, DK 8423: Krotoszyn 16. Juni 1819.

<sup>1613</sup> Vgl. FTTZA, DK 8423: Krotoszyn 16. Juni 1819.

<sup>1614</sup> Vgl. FTTZA, Polen-Urkunde 1: Beilage No.2, Berlin 1. May 1819.

nehmen.<sup>1615</sup> Vier Generalpächter mussten ihre Pachtrate in jedem Quartal entweder nach Breslau oder Posen abliefern. Von den dortigen Banken, in denen fürstliche Konten angelegt waren, wurde das Geld weiter an die fürstliche Ober-Einnahmery in Regensburg transferiert.<sup>1616</sup> Die Bezahlung der Pachtraten erfolgte nicht in bar, sondern als Quittung oder Wechsel, der dem führenden fürstlichen Beamten zugestellt wurde.<sup>1617</sup> Danach wurde diese Zahlung quittiert und der Wechsel des Handelshauses konnte als entsprechende Geldsumme an die fürstliche Ober-Einnahmery gesendet werden.<sup>1618</sup> Nach § 40 durften jedoch höhere Geldvorräte auch bei der Fürstlichen Rentkammer gesammelt werden, die entweder in der Hauptkasse oder in der laufenden Kasse zu deponieren waren.<sup>1619</sup> In die Hauptkasse flossen alle Einnahmen, die als Bargeld bezahlt wurden. Die Hauptkasse wurde unter dem gemeinschaftlichen Verschluss des Kammerdirektors und des Assessors gehalten.<sup>1620</sup> Ein in der Hauptkasse deponiertes Kassenbuch sorgte für Ordnung und Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben.<sup>1621</sup> Die laufende Kasse speiste sich aus der Hauptkasse und wurde zur Beseitigung der täglichen Ausgaben geschaffen.<sup>1622</sup> In dieser Kasse befand sich ein Geldvorrat in Höhe von maximal 500–600 Talern. Beim höheren Bedarf konnten die Mittel aus der Hauptkasse angefordert werden.<sup>1623</sup> Die Überschüsse wurden dann systematisch an die fürstliche Ober-Einnahmery in Regensburg abgeführt. Die fürstlichen Beamten im Fürstentum Krotoszyn hafteten auch für die Verspätungen bei der Abgabe von Jahresrechnungen an die fürstliche Domänen-Ober-Administration in Regensburg. Wenn sie vor dem 15. August nicht eingegangen sind, wurde jeder Beamte zur Verantwortung gezogen, indem für jeden Tag ein Gulden und ab dem 15. September für jeden Tag zwei Gulden Ordnungsstrafe gezahlt werden mussten.<sup>1624</sup> Im Falle von fehlenden Rechnungsvorlagen, die bis Septemberende nicht eingegangen sind, wurde ein Kommissar auf Kosten des Beamten eingesetzt.<sup>1625</sup>

Im § 28 wurden drei Schlüsselfunktionen für die wichtigsten Beamten bestimmt. Als erster Beamter fungierte der bereits erwähnte Rentkammer Direktor Hoffmann, als zweiter

---

<sup>1615</sup> Vgl. FTTZA, IB 2477: Übernahme der Verwaltung, 1819–1842. Ein vorläufiger Plan – wie die Fürstlich Thurn- und Taxischen Herrschaften Adelnau, Krotoszyn, Orpizewo und Rosdraszewo sub gratia Dic zu benutzen sein, werden, um den bestmöglichen Ertrag und zugleich die Begründung des Wohls der Unterthanen zu erweisen. Berlin 8. Mai 1819.

<sup>1616</sup> Vgl. FTTZA, DK 8423: Krotoszyn 16. Juni 1819.

<sup>1617</sup> Vgl. FTTZA, DK 8423: Krotoszyn 16. Juni 1819.

<sup>1618</sup> Vgl. FTTZA, DK 8423: Krotoszyn 16. Juni 1819.

<sup>1619</sup> Vgl. FTTZA, DK 8423: Krotoszyn 16. Juni 1819.

<sup>1620</sup> Vgl. FTTZA, DK 8423: Krotoszyn 16. Juni 1819.

<sup>1621</sup> Vgl. FTTZA, DK 8423: Krotoszyn 16. Juni 1819.

<sup>1622</sup> Vgl. FTTZA, DK 8423: Krotoszyn 16. Juni 1819.

<sup>1623</sup> Vgl. FTTZA, DK 8423: Krotoszyn 16. Juni 1819.

<sup>1624</sup> Vgl. FTTZA, DK 20093: Die Organisation der Rentkammer zu Krotoszyn, dann die Extradition an den neuen Beamten, 1833. Regensburg 30. April 1829.

<sup>1625</sup> Vgl. FTTZA, DK 20093: Regensburg 30. April 1829.

Beamter, Sekretär Hohhaus, als dritter Beamter, Forstmeister Hegel.<sup>1626</sup> Alle Eingänge wurden zuerst durch den Direktor geöffnet, gelesen und präsentiert.<sup>1627</sup> Zweimal in der Woche mussten Amtssitzungen abgehalten werden. Die Geschäfte sollten nach § 31 kollegial geleitet werden und außer dem Forstfach sollten die beiden ersten Beamten im Fürstentum, die Entscheidungen gemeinsam treffen bzw. einheitliche Standpunkte formulieren.<sup>1628</sup> Dieser Vorgang musste in Form eines Berichtes über die Meinungen der Fürstlichen Rentkammer wiedergegeben und an den Fürsten von Thurn und Taxis gesendet werden, um für die konkreten Situationen eine Zustimmung durch den Fürsten oder die Domänen-Ober-Administration in Regensburg im Auftrage des Fürsten, erhalten zu können.<sup>1629</sup> Diese Berichte, Schreiben, Weisungen oder sonstige „Expeditionen“ des Direktors oder Assessors sollten in der Regel von ihnen selbst verfasst werden, sie konnten aber auch durch einen Sekretär geschrieben werden; es musste jedoch auf die korrekte Form geachtet werden.<sup>1630</sup> Der Sekretär unterschrieb den Bericht auf der letzten Seite, bevor der Rentkammer Direktor das Schreiben unterzeichnete.<sup>1631</sup> Im Endeffekt haftete der Sekretär für die Richtigkeit der Schrift und des Berichts.<sup>1632</sup>

Nach § 45 stand den fürstlichen Beamten im Fürstentum Krotoszyn die Briefprotokolfreiheit für Korrespondenzen, die an den Fürsten und seine fürstlichen Behörden in Regensburg, an die fürstlichen Pächter, die königliche Regierung und die königlichen Behörden in Preußen, gerichtet waren, zu.<sup>1633</sup> Die Benutzung der Post stand also den fürstlichen Beamten auf ähnlicher Weise wie den preußischen Staatsbehörden zur Verfügung.<sup>1634</sup> Die Portofreiheit galt auch für den Versand von Paketen, allerdings mit der Einschränkung des Gewichts auf maximal 4 Pfund pro Absender an einem Tag.<sup>1635</sup> Für Pakete mit höherem Gewicht musste das Geld bei dem königlichen Postamt in Krotoszyn entrichtet werden.<sup>1636</sup> Dieses Privileg war äußerst praktisch. Das Fürstentum Krotoszyn war nämlich de facto gezwungen, einen ständigen Briefwechsel mit dem Fürsten und den fürstlichen Beamten in Regensburg zu unterhalten sowie mit den preußischen Behörden. In der Praxis bedeutete das immense Ersparnisse für die Briefkorrespondenz, da sie im Endeffekt kostenlos war. Die Portofreiheit stand nicht nur dem regierenden Fürsten von Thurn und Ta-

---

<sup>1626</sup> Vgl. FTTZA, DK 8423: Krotoszyn 16. Juni 1819.

<sup>1627</sup> Vgl. FTTZA, DK 8423: Krotoszyn 16. Juni 1819.

<sup>1628</sup> Vgl. FTTZA, DK 8423: Krotoszyn 16. Juni 1819.

<sup>1629</sup> Vgl. FTTZA, DK 8423: Krotoszyn 16. Juni 1819.

<sup>1630</sup> Vgl. FTTZA, DK 8423: Krotoszyn 16. Juni 1819.

<sup>1631</sup> Vgl. FTTZA, DK 8423: Krotoszyn 16. Juni 1819.

<sup>1632</sup> Vgl. FTTZA, DK 8423: Krotoszyn 16. Juni 1819.

<sup>1633</sup> Vgl. FTTZA, DK 8423: Krotoszyn 16. Juni 1819.

<sup>1634</sup> Vgl. LOHNER, Anton: Geschichte und Rechtsverhältnisse, S. 151.

<sup>1635</sup> Vgl. FTTZA, DK 8423: Krotoszyn 16. Juni 1819.

<sup>1636</sup> Vgl. FTTZA, DK 8423: Krotoszyn 16. Juni 1819.



xis, sondern auch den fürstlichen Familienmitglieder im preußischen Gebiet zu.<sup>1637</sup> Diese Portofreiheit wurde im demselben Umfang dem Haus Thurn und Taxis wie den Mitgliedern des preußischen Königshauses garantiert.<sup>1638</sup> Nach dem Postablösungsvertrag vom 28. Januar 1867 gingen auch die restliche Posten von Thurn und Taxis an den preußischen Staat über.<sup>1639</sup> Die Portofreiheiten wurden jedoch mit dem Gesetz vom 5. Juni 1869 im Gebiet des Norddeutschen Bundes beseitigt.<sup>1640</sup> Zunächst wurde eine jährliche Entschädigung für Porto- und Gebührenbeträge aus der Bundeskasse ausbezahlt, die im Endeffekt jede fürstliche frankierte oder unfrankierte Korrespondenz gedeckt hatte.<sup>1641</sup> Diese Zahlungen wurden letztendlich mit Hilfe der Reichs-Postverwaltung im Jahre 1889 durch eine einmalige Entschädigungssumme an das Haus Thurn und Taxis in Höhe von 21.097 Mark 80 Pf. abgegolten.<sup>1642</sup>

Die erste Anweisung für die fürstlichen Beamten im Fürstentum Krotoszyn liefert zum Schluss auch wertvolle Informationen darüber, wie sich die Fürstliche Rentkammer die künftige Beziehung zur Domänen-Ober-Administration in Regensburg und dem Fürsten vorgestellt hatte:

„Schließlich muß ich die hochfürstliche Domainen Kammer noch damit bekannt machen, wie Unsers gnädigsten Herrn hochstl. Durchlaucht die – von höchst Ihren Ahnen angeerbte Milde und gnädige Behandlung Ihrer Angehörigen Diener und Unterthanen, und den sich erworbenen Ruhe einer gerecht- und vorzüglich billigen Handels wieso, als im großes Kleinod Höchst Ihres fürstl. Hauses ehren, und wie Sie in der Anhoffnung, daß die an höchst Sie und Ihr fürstl. Haus übergegangene Städte, Gemeinden, Pächter, Diener und Unterthanen, ihre dem König bisher geleistete Schuldigkeit getreu, willig und gerne vollziehen werden, – jetzt gewiß keinen größeren Wunsch haben, als auch Ihrerseits alle übernommene Verbindlichkeiten auf das pünktlichste zu erfüllen und erfüllen zu lassen.“<sup>1643</sup>

Dieser Quellenausschnitt ist sowohl von Hoffnungen als auch durch Bekenntnisse der Fürstlichen Rentkammer geprägt. Man erwartete also eine milde, gnädige und gerechte Behandlung seitens des Fürsten gegenüber seinen Dienern und Untertanen im Fürstentum Krotoszyn. Zu den Bekenntnissen gehören die Erfüllung der Pflichten sowie die Versprechung, alle Geschäfte sachgemäß und rechtzeitig erfüllen zu wollen. Im weiteren Teil versichert die Fürstliche Rentkammer bei angemessenem Kostenaufwand „Gutes zu stiften im Falle des Unglücks wie in Not und Elend“. <sup>1644</sup> Die ausbalancierten Ausgaben, die je nach Möglichkeit am besten gemäßigt und nicht zu hoch ausfallen sollten, spielten also von Anfang an eine Rolle. Das Fürstentum Krotoszyn sollte ja große Geldüberschüsse lie-

---

<sup>1637</sup> Vgl. LOHNER, Anton: Geschichte und Rechtsverhältnisse, S. 151.

<sup>1638</sup> Ebd., S. 151.

<sup>1639</sup> Ebd., S. 150.

<sup>1640</sup> Ebd., S. 150.

<sup>1641</sup> Ebd., S. 151.

<sup>1642</sup> Ebd., S. 151.

<sup>1643</sup> Vgl. FTTZA, DK 8422: Krotoszyn 16. Juni 1819.

<sup>1644</sup> Vgl. FTTZA, DK 8422: Krotoszyn 16. Juni 1819.

fern.<sup>1645</sup> Die fürstlichen Beamten in Krotoszyn verpflichteten sich zudem dazu, über die Lage im Fürstentum, die genauen Umstände von bestimmten Fällen Bericht zu erstatten und ggf. auch angemessene Lösungsvorschläge zu unterbreiten.<sup>1646</sup> Allgemeine Angelegenheiten der Sicherheit, Landwirtschaft und Polizeisachen im Fürstentum Krotoszyn fielen in den Zuständigkeitsbereich der Rentkammer, dabei handelte es sich um solche Bereiche wie die Nachtwächter auf dem Lande, Bettelei, das Aufgreifen und Transport von Vagabunden und Verbrecher, Landvisitationen, Feuerpolizei, Feuerversicherung, Baumpflanzen, Baumschule, Gesundheitspolizei (Menschen- und Viehkrankheiten), Schäferordnung.<sup>1647</sup> Eine besondere Abteilung bei der Fürstlichen Rentkammer musste sich auch mit Statistik beschäftigen. In Frage kamen statistische Tabellen, Generalberichte über den Zustand des Fürstentums, Bevölkerungslisten, monatliche Zeitungsberichte und Ernteberichte.<sup>1648</sup> Die fürstlichen Beamten verwalteten das Fürstentum Krotoszyn im Namen des Fürsten von Thurn und Taxis mit Hilfe der amtlich anerkannten Vollmachten, die für die verwaltenden höheren fürstlichen Bediensteten ausgestellt und beglaubigt wurden.<sup>1649</sup> Dies betraf Zugeständnisse, Erklärungen und Vertretungen im Namen des Fürsten von Thurn und Taxis in den Angelegenheiten des Fürstentums in der Kommunikation mit den preußischen Verwaltung und geistlichen Behörden sowie beispielweise vor den königlichen Gerichten, wenn es nötig war.<sup>1650</sup> Die oberste Verwaltungsstellen im Fürstentum Krotoszyn besaßen wie andere fürstliche Ämter eigene Siegeltypare, die im geschäftlichen Alltag gebraucht wurden.<sup>1651</sup> Insgesamt sind 13 Siegel (C 246 – C 258) aus dem Fürstentum Krotoszyn erhalten geblieben.<sup>1652</sup> Es handelt sich hier vor allem um Rentämter-, Forstämter-, Dominial-Polizeisiegel und um einen Gutsadministration- und Schulzenamtsiegel.<sup>1653</sup>

Die Fürstliche Rentkammer war folgendermaßen gegliedert. An ihrer Spitze stand der Rentkammer Direktor. Er vertritt die gesamte fürstliche Verwaltung nach außen. Zu seinen Aufgaben gehörte auch das Abschließen von Notariatsakten, Personal- und Unterstützungswesen, die Kontrolle über Komplexualpachtungen, Bauwesen, Ansiedlungs- und Eisenbahnangelegenheiten, Patronatswesen, Prozesswesen, Kassenkuratel und die

---

<sup>1645</sup> Vgl. FTTZA, DK 8422: Krotoszyn 16. Juni 1819.

<sup>1646</sup> Vgl. FTTZA, DK 8422: Krotoszyn 16. Juni 1819.

<sup>1647</sup> Vgl. FTTZA, DK 8421: Geschäfts Antritt der dortiger Domainen Kamer, und die Vorlegung eines Registratur-Plans als Geschäfts-Uebersicht, Übernahme der Verwaltung, 1819, Krotoszyn 26. Juli 1819.

<sup>1648</sup> Vgl. FTTZA, DK 8421: Krotoszyn 26. Juli 1819.

<sup>1649</sup> Vgl. FTTZA, DK 20127: Vollmacht für den Rentkammer Verwalter Ankelein, Blanquart. Vollmacht für den Rentkammer Vorstand Czekonski, für die Justiz und Domainen Rath Koeckenberger, für den Forstmeister Eigner.

<sup>1650</sup> Vgl. FTTZA, DK 20127.

<sup>1651</sup> Vgl. PIENDL, Max: Die Siegeltypare im Fürstlichen Zentralarchiv, in: PIENDL, Max (Hg.), Beiträge zur Geschichte Kunst- und Kulturpflege im Hause Thurn und Taxis (= Thurn und Taxis-Studien, Bd. 10), Regensburg 1978, S. 140–266; S. 154.

<sup>1652</sup> Vgl. PIENDL, Max: Die Siegeltypare im Fürstlichen Zentralarchiv, S. 154.

<sup>1653</sup> Ebd., S. 235–237.

Erstattung des Rechenschaftsberichtes.<sup>1654</sup> Den nächsten Posten in der Fürstlichen Rentkammer hatte der Rentkammerkassier. Zu seinen Kompetenzen gehörte das Depositen- und Kautionswesen, die Überwachung der Einnahmen und Ausgaben, die Anfertigung der monatlichen Hauptbuchsätze, das Etatswesen, die Verpachtung von einzelnen Grundstücken, das Feld- und Forststraßenwesen sowie die Einweisungen und Abnahme der Dienstwohnungen.<sup>1655</sup> An der dritten Stelle fungierte der Rentkammer Kontrolleur, der sich überwiegend mit den Kassenkontrakten, der Führung der Kontroll- und Hauptbücher, der Ordnung der Belege, dem Rechnungswesen, den Steuer- sowie Ablösungsangelegenheiten beschäftigte.<sup>1656</sup> Der Rentkammer Assistent arbeitete als nächst folgender Beamter in der Fürstlichen Rentkammer im Fürstentum Krotoszyn in solchen Bereichen wie Brücken- und Wegebauten, Evidenz des Immobil-Inventars und Holzversteigerungen.<sup>1657</sup> Zu den Aufgaben des Rentkammer Assistenten gehörten alle Angelegenheiten, welche die fürstliche Verwaltung als Besitzer der selbständigen Gutsbezirke erfüllen musste, wie das Armenwesen oder die Ausstellung der Wahllisten.<sup>1658</sup> Außerdem musste er sich auch mit den Reparaturen in den fürstlichen Gebäuden sowie Patronats- und Schulgebäuden, mit dem Versicherungswesen, Pachtkontrakten und Versicherungspflichten der Pächter, dem Mobiliarinventar, den Holzversteigerungen und der Revision der Kirchenrechnungen beschäftigen.<sup>1659</sup> Der fürstliche Bauingenieur samt seinem Hilfspersonal, Kanzeleigehilfen und den Amtsdienern gehörten zu den letzten Bediensteten in der Hierarchie, die in der Fürstlichen Rentkammer eingestellt waren. Was ihre Aufgaben angeht, mussten die Amtsdienere die Post abholen, das Portobuch führen, die Amtslöke reinigen, die Akten heften und die Räume der Fürstlichen Rentkammer heizen und beleuchten.<sup>1660</sup> Die Kanzeleigehilfen führten die Geschäftsprotokolle, das gesamte Registratur-Wesen, sammelten die Reinschriften, im Bedarfsfalle halfen sie bei den Holzversteigerungen.<sup>1661</sup> Der fürstliche Bauingenieur kümmerte sich insbesondere um den technischen Teil des Bauwesens und die Evidenz des Realitäten-Inventars samt der dazu gehörenden Pläne.<sup>1662</sup> Hinzu kamen noch die Forstbeamten, darunter der Forstmeister, Oberförster, die Forstassistenten, der Revierförster, die Forstsekretäre, Forstgehilfen und Forstwärter. Die „Instruktion für Verwaltung der Forsten des Fürstenthums Krotoszyn“<sup>1663</sup> liefert detaillierte Informationen

---

<sup>1654</sup> Vgl. FTTZA, DK 20093: Die Organisation der Rentkammer zu Krotoszyn, dann die Extradition an den neuen Beamten, 1833. Bericht der Fürstlichen Rentkammer. Schloss Krotoszyn, 15. April 1887.

<sup>1655</sup> Vgl. FTTZA, DK 20093: Schloss Krotoszyn, 15. April 1887.

<sup>1656</sup> Vgl. FTTZA, DK 20093: Schloss Krotoszyn, 15. April 1887.

<sup>1657</sup> Vgl. FTTZA, DK 20093: Schloss Krotoszyn, 15. April 1887.

<sup>1658</sup> Vgl. FTTZA, DK 20093: Schloss Krotoszyn, 15. April 1887.

<sup>1659</sup> Vgl. FTTZA, DK 20093: Schloss Krotoszyn, 15. April 1887.

<sup>1660</sup> Vgl. FTTZA, DK 20093: Schloss Krotoszyn, 15. April 1887.

<sup>1661</sup> Vgl. FTTZA, DK 20093: Schloss Krotoszyn, 15. April 1887.

<sup>1662</sup> Vgl. FTTZA, DK 20093: Schloss Krotoszyn, 15. April 1887.

<sup>1663</sup> Vgl. FTTZA, IB 1707: Organisation des gesamten Forstwesens im Fürstenthum 1824–1837, Vol. I., siehe auch FTTZA, DK 20250: Instrucion für die Verwaltung der Forste des Fürstenthums Krotoszyn vom Jahre

über die Funktionen der einzelnen Forstbeamten. An der Spitze der fürstlichen Forstverwaltung im Fürstentum Krotoszyn stand der Forstmeister, der zugleich als Mitglied der Fürstlichen Rentkammer in Krotoszyn fungierte.<sup>1664</sup> Ihm wurden sämtliche Forstbeamte in den technischen Anordnungen untergeordnet, die restlichen Fragen wurden kollegial zusammen mit der Fürstlichen Rentkammer entschieden.<sup>1665</sup> Die Forsten des Fürstentums wurden in zwei Forstämter geteilt, nämlich in das Forstamt Krotoszyn und Forstamt Adelnau, später wurden die beiden Forstämter in ein Forstamt Krotoszyn (bzw. Forstamt Krotoschin) zusammengefasst.<sup>1666</sup> Im Jahre 1872 wurden lediglich einige Revierverwaltungen und Förstereien umorganisiert und in drei Klassen unterteilt.<sup>1667</sup> Revier Chruszczyn und Glińnica wurde in Revier Glińnica zusammengefasst, die Reviere Garki und Gronowiec im Revier Świeca vereinigt und die Reviere Hellefeld und Łękocin wurden in Förstereien umgewandelt.<sup>1668</sup> Die Förstereien Hellefeld und Łękocin wurden direkt dem Forstamt Krotoszyn unterstellt.<sup>1669</sup> Bezüglich der drei Klassen: Die erste Klasse bildete Korytnica, Glińnica und Świeca, die zweite Klasse Blankensee und die dritte Smoszewo.<sup>1670</sup> Im Jahre 1902 wurde die Fürstliche Rentkammer dem Forstamt Krotoszyn gleichgestellt.<sup>1671</sup>

Jedes Forstamt wurde durch einen Oberförster verwaltet. Die Oberförster mussten die Arbeit des Forstmeisters unterstützen, indem sie in solche Bereiche einbezogen wurden wie die Forstbewirtschaftung, schriftliche Geschäftsgänge sowie das Forstkassen- und Rechnungswesen.<sup>1672</sup> Später erfüllten auch die Forstassistenten ähnliche Funktion wie der Oberförster. Die Dienstanweisung für die Forstassistenten besagte, dass der Forstassistent dem Forstmeister untergeordnet war.<sup>1673</sup> Er galt auch in den „kurz vorübergehenden Fällen“ als Stellvertreter des Forstmeisters, falls er dienstlich abwesend war.<sup>1674</sup> Falls es mehrere Forstassistenten gab, wurde diese Aufgabe dem I. Forstassistenten übergeben.<sup>1675</sup> Der Forstassistent musste den Forstmeister im inneren und äußeren Dienst unterstützen.<sup>1676</sup> Die Aufgaben des Forstassistenten umfassten die rechnerische Revision von

---

1826 und FTTZA, DK 8441: Krotoszyn Forstorganisation. Die Dienstes Instruction für das Forstpersonale betr. 1822.

<sup>1664</sup> Vgl. FTTZA, IB 1707: Chraustowitz, 19. September 1826.

<sup>1665</sup> Vgl. FTTZA, IB 1707: Chraustowitz, 19. September 1826.

<sup>1666</sup> Vgl. **PROBST**, Erwin: Die Entwicklung der fürstlichen Verwaltungsstellen, S. 318.

<sup>1667</sup> Ebd., S. 324.

<sup>1668</sup> Ebd., S. 324.

<sup>1669</sup> Ebd., S. 324.

<sup>1670</sup> Ebd., S. 324.

<sup>1671</sup> Ebd., S. 335.

<sup>1672</sup> Vgl. FTTZA, IB 1707: Chraustowitz, 19. September 1826.

<sup>1673</sup> Vgl. Dienst-Anweisung für die fürstl. Thurn und Taxis'schen Forst-Assistenten im Fürstenthume Krotoszyn, Regensburg 10. Juli 1875, S. 3.

<sup>1674</sup> Vgl. Dienst-Anweisung für die fürstl. Thurn und Taxis'schen Forst-Assistenten, S. 3.

<sup>1675</sup> Ebd., S. 3.

<sup>1676</sup> Ebd., S. 4.

Rechnungsarbeiten, Lohnzetteln, Schlagregistern und Nachweisen.<sup>1677</sup> Er musste außerdem die vom Forstmeister zugeteilten forstamtlichen Schrift- und Rechnungsarbeiten pünktlich durchführen.<sup>1678</sup> Die Forstassistenten wurden auch, je nach Möglichkeit, mit den wirtschaftlichen Verhältnissen der einzelnen Reviere vertraut gemacht, damit sie später auch zum Revierförster avancieren konnten.<sup>1679</sup> Zu diesem Zweck wurden sie vorzeitig mit der Aufteilung der jährlichen Fällungs- und Kulturpläne vertraut gemacht.<sup>1680</sup> Der Forstassistent musste auch selbstverständlich alle Verwaltungsvorschriften kennen und war dazu verpflichtet, nach ihren Grundsätzen zu handeln.<sup>1681</sup>

Die Revierförster waren für die einzelnen Forstamtbezirke zuständig und verwalteten sie, so dass zu ihren Aufgaben alle Geschäfte innerhalb des Forstwesens im bestimmten Forstbezirk gehörten.<sup>1682</sup> Im Wesentlichen waren sie für die Revier-Verwaltung verantwortlich und hafteten auch für sie.<sup>1683</sup> Die Revierförster unterlagen der Kontrolle und Oberleitung des Forstmeisters und waren ihm untergeordnet.<sup>1684</sup> Allerdings durfte der Forstmeister bei der Erteilung von Befehlen an das Revierpersonal dies nicht in Abwesenheit oder bei Umgehung des Revierförsters tun.<sup>1685</sup> Die Revierförster überwachten die Leistungen des Hilfspersonals und kontrollierten sie.<sup>1686</sup> Die Vergehen und Verbrechen des äußeren Forstdienstpersonals sollten der Domänen-Ober-Administration angezeigt werden.<sup>1687</sup> Es gab auch besondere Vorschriften für die Verhehlchung der Forstbediensteten. Ohne dienstherrliche Bewilligung dürfte laut §13 der Forstmeister, Revierförster, Forstassistent, Förster oder Hilfsförster nicht heiraten.<sup>1688</sup> Was die Verhehlchung der Waldwärter angeht, durften sie heiraten, sofern die Heirat keine Nachteile für Ihren Dienst verursachen würde, im anderen Fall konnte der Antrag auf Entlassung gestellt werden.<sup>1689</sup> Der patrimoniale Herrscher hatte also einen Einfluss auf das Privatleben seiner Beamten und seine Verwaltung durfte bei solchen Gelegenheiten mitentscheiden.

Der Dienstverkehr zwischen dem Revierförster und seinem Hilfspersonal sowie zwischen dem Forstmeister und Revierförster geschah in der Regel mündlich, vor 1875 fand er al-

---

<sup>1677</sup> Ebd., S. 4.

<sup>1678</sup> Ebd., S. 4.

<sup>1679</sup> Ebd., S. 5.

<sup>1680</sup> Ebd., S. 5.

<sup>1681</sup> Ebd., S. 6.

<sup>1682</sup> Vgl. FTTZA, IB 1707: Chraustowitz, 19. September 1826.

<sup>1683</sup> Vgl. Dienst-Anweisung für die fürstl. Thurn und Taxis'schen Forstmeister und Revierförster im Fürstentume Krotoszyn, Regensburg 10. Juli 1875, S. 4.

<sup>1684</sup> Vgl. Dienst-Anweisung für die fürstl. Thurn und Taxis'schen Forstmeister und Revierförster, S. 3–4.

<sup>1685</sup> Ebd., S. 4.

<sup>1686</sup> Ebd., S. 5.

<sup>1687</sup> Ebd., S. 5.

<sup>1688</sup> Ebd., S. 10.

<sup>1689</sup> Ebd., S. 11.

lerdings hauptsächlich schriftlich statt.<sup>1690</sup> In der Dienstanweisung aus dem Jahre 1875 finden sich Empfehlungen für Abkürzung und Vereinfachung der Berichte und sonstigen schriftlichen Arbeiten, um dadurch eine erschöpfende und weitläufige Schreiberei zu vermeiden.<sup>1691</sup> In der Praxis waren die Revierförster vor allem für Forstschutz und Holzverkauf zuständig. Sie führten auch ein Verkaufsjournal und übten Kontrolle über das Material aus den Wäldern aus.<sup>1692</sup> Der Bau von Straßen, (Ausfuhr-)Wegen und einfachen Brücken in den Forsten gehörten zu den weiteren Pflichten der Revierförster. Diese Tätigkeiten unterstanden der Kontrolle des Forstmeisters.<sup>1693</sup> Der Revierförster musste auch den Kassenbestand wöchentlich an die Forstamtskasse abführen. Die Revierförster waren zudem dazu verpflichtet, die Anweisungen des Oberförsters zu befolgen.<sup>1694</sup> Jedem Revierförster stand ein Forstsekretär zur Seite, der ihn vor allem bei Geschäftsgängen sowie beim Kassen- und Rechnungswesen unterstützte. Dem Forstsekretär stand die Möglichkeit offen nach erwiesener Qualifikation in der Zukunft als Revierförster eingestellt zu werden.<sup>1695</sup> Die Forstverwaltung im Fürstentum Krotoszyn benötigte auch Forstgehilfen. Je nach Bedarf standen jedem Revierförster ein oder mehrere Forstgehilfen zu und unterstützten ihn in allen Dienstarbeiten.<sup>1696</sup> Aus der Reihe der Forstgehilfen rekrutierten sich vorzugsweise die zukünftigen Forstsekretäre und Revierförster.<sup>1697</sup> Um als fürstlicher Forstgehilfe arbeiten zu können, musste man jedoch gewisse Voraussetzungen erfüllen. Erstens musste eine schriftliche und mündliche Prüfung beim fürstlichen Forstmeister abgelegt werden.<sup>1698</sup> Zweitens wurden die Kandidaten bevorzugt, die die besten Zeugnisse über die „moralische Aufführung“ mitgebracht hatten.<sup>1699</sup> Und schließlich, drittens, wurden diese Personen gewählt, welche bereits ihren Militärdienst abgelegt hatten.<sup>1700</sup> Zu den Forstbeamten gehörten auch die Waldwärter, die die einzigen nicht gelernten Forstbeamten waren.<sup>1701</sup> Sie arbeiteten insbesondere in den Revieren, die von den Hauptrevieren weit entfernt waren, um die Wälder des Fürsten vor sog. „Defraudationen“ wie Diebstahl zu schützen.<sup>1702</sup> Sie galten insofern als Forstschutz und befassten sich hauptsächlich mit dem Schutz der fürstlichen Wälder im Fürstentum Krotoszyn.<sup>1703</sup> Das Recht „Forstlehrlinge“ aufzunehmen und auszubilden, hatten nur die Oberförster unter dem Verweis der

---

<sup>1690</sup> Ebd., S. 11.

<sup>1691</sup> Ebd., S. 11.

<sup>1692</sup> Vgl. FTTZA, IB 1707: Chraustowitz, 19. September 1826.

<sup>1693</sup> Vgl. Dienst-Anweisung für die fürstl. Thurn und Taxis'schen Forstmeister und Revierförster, S. 36.

<sup>1694</sup> Vgl. FTTZA, IB 1707: Chraustowitz, 19. September 1826.

<sup>1695</sup> Vgl. FTTZA, IB 1707: Chraustowitz, 19. September 1826.

<sup>1696</sup> Vgl. FTTZA, IB 1707: Chraustowitz, 19. September 1826.

<sup>1697</sup> Vgl. FTTZA, IB 1707: Chraustowitz, 19. September 1826.

<sup>1698</sup> Vgl. FTTZA, IB 1707: Chraustowitz, 19. September 1826.

<sup>1699</sup> Vgl. FTTZA, IB 1707: Chraustowitz, 19. September 1826.

<sup>1700</sup> Vgl. FTTZA, IB 1707: Chraustowitz, 19. September 1826.

<sup>1701</sup> Vgl. FTTZA, IB 1707: Chraustowitz, 19. September 1826.

<sup>1702</sup> Vgl. FTTZA, IB 1707: Chraustowitz, 19. September 1826.

<sup>1703</sup> Vgl. FTTZA, IB 1707: Chraustowitz, 19. September 1826.

Fürstlichen Rentkammer.<sup>1704</sup> Die Lehrzeit orientierte sich an den gesetzlichen Lehrzeiten.<sup>1705</sup> Der Forstmeister, Oberförster, Revierförster und die Forstgehilfen waren dazu verpflichtet, die vorgeschriebenen Uniformen bei allen Dienstangelegenheiten zu tragen.<sup>1706</sup> Die Forstbeamten waren grau-schwarz uniformiert.<sup>1707</sup>

Die fürstlichen Beamten wurden in den sogenannten „Qualifikationstabellen“ erfasst. Die Angaben umfassten Namen, Alter, Dienststelle und Dienstalter, Zahl der Kinder, Familienstand, Bildung, Geschäftskennntnis, Geschäftsstil, Geschäftsgewandtheit und Brauchbarkeit, Fleiß und Dienstleifer, dienstliches Benehmen, Moralität bzw. ab 1914 außerdienstliche Führung, die Dienststelle und zusätzliche Qualifikationen, den Gesundheitszustand und persönlichen Mut. Abschließend gab es noch Platz für allgemeine Bemerkungen.<sup>1708</sup> Die fürstlichen Beamten im Fürstentum Krotoszyn wurden auch bewertet. Bezüglich der Geschäftskennntnis nutzte man beispielweise Bezeichnungen wie „umfassend“ oder „hinreichend“ und bei der Moralität solche wie „sehr gut“, „tadellos“, „gut“ oder „mittelmäßig“. <sup>1709</sup> Ansonsten wurde meist eine Benotung der Beamten als „gut“, „sehr gut“ usw. verwendet, allerdings wurden spätestens ab den 70er Jahren des 19. Jahrhunderts die Noten als arabische Ziffer angegeben.<sup>1710</sup>

Im Großen und Ganzen blieb die Gliederung der Fürstlichen Rentkammer ohne größere Änderungen. Dies bestätigen auch die Beschreibungen der Funktionen der fürstlichen Beamten im Fürstentum Krotoszyn aus den Jahren 1857 und 1887.<sup>1711</sup> Bereits im Jahre 1830 arbeiteten im Fürstentum Krotoszyn 31 fürstliche Beamte. Davon waren 9 Personen bei der Fürstlichen Rentkammer und 22 Personen als Forstbeamte eingestellt, darunter 12 Personen im Forstamt Krotoszyn und 10 Personen im Forstamt Adelnau.<sup>1712</sup> Im Jahre 1850 waren im Fürstentum Krotoszyn schon 42 verwaltende Beamte angestellt, davon arbeiteten 9 Personen in der Fürstlichen Rentkammer, 32 Personen waren als Forstbeamte beschäftigt und einer als Baubeamter.<sup>1713</sup> Die Fürstliche Rentkammer bestand zu der Zeit

---

<sup>1704</sup> Vgl. FTTZA, IB 1707: Chraustowitz, 19. September 1826.

<sup>1705</sup> Vgl. FTTZA, IB 1707: Chraustowitz, 19. September 1826.

<sup>1706</sup> Vgl. FTTZA, IB 1707: Chraustowitz, 19. September 1826.

<sup>1707</sup> Vgl. FTTZA, Polen-Akten 25: Die Reise des Fürsten Carl Alexander von Thurn und Taxis nach Krotoszyn und die daselbst stattgehabten feyerlichen Empfang desselben so wie die ihm auf dieser Reise zu Frankfurt a/M und Weimar erwiesenen Ehrenbezeugungen betr. 1820, 11. Juli 1820.

<sup>1708</sup> Vgl. FTTZA, DK 20125: Qualifications Tabellen. Qualifikations Tabelle sämtlicher Fürstlichen Beamten bey dem Fürstlichen Amte der Rentkammer des Fürstenthums Krotoszyn im Großherzogthum Posen.

<sup>1709</sup> Vgl. FTTZA, DK 20125.

<sup>1710</sup> Vgl. FTTZA, DK 20125.

<sup>1711</sup> Vgl. FTTZA, DK 20093: Schloss Krotoszyn, 15. November 1857 und 15. April 1887.

<sup>1712</sup> Vgl. FTTZA, DK 20125: Qualifications Tabellen. Qualifikations Tabelle sämtlicher Fürstlichen Beamten bey dem Fürstlichen Amte der Rentkammer des Fürstenthums Krotoszyn im Großherzogthum Posen für das Jahr 1830, Schloss Krotoszyn, 6. Juli 1830.

<sup>1713</sup> Vgl. FTTZA, IB 1227: Anfertigung von Tableau über die statistischen und staatsrechtlichen Verhältnisse der fürstlichen Besitzungen, Vol. 1, 1828–1867. Haupttableau der statistischen Verhältnise sämtlicher der Verwaltung der Fürstlich Thurn und Taxisschen Domainen-Ober-Administration anvertrauten fürstlichen Grundbesitzungen aufgenommen im Jahre 1850, Regensburg, 9. August 1851.

aus dem Rentkammer Direktor, 4 Hilfsbeamten, einen Schreiber und 3 niederen Dienern.<sup>1714</sup> Was die Forstbeamten im Fürstentum Krotoszyn angeht, hatten dort 2 Personen dem Vorstand angehört, 10 Personen waren als Revierförster oder Forstassistenten angestellt, 4 Personen arbeiteten als Gehilfe und Forst- bzw. Jagdwarte, die restlichen 16 Personen waren als niedere Diener beschäftigt.<sup>1715</sup> Zum Vergleich: In der gleichen Zeit um 1850 hatten z.B. die fürstlichen Besitzungen in Richenburg 45 Beamten, in Chotieschau 35 und in Wörth 35 Beamte.<sup>1716</sup>

1828 arbeiteten insgesamt 1.345 Personen für den Fürsten, wovon 754 Personen in der Post, 401 Mitarbeiter in der Verwaltung der fürstlichen Land- und Forstwirtschafts-Domänen, 166 in der Hofhaltung und 24 Personen in der fürstlichen Zentralverwaltung beschäftigt waren.<sup>1717</sup> In allen 27 fürstlichen Besitzungen, die dem Fürsten von Thurn und Taxis gehörten, gab es insgesamt 321 Beamte, die um 1850 eingestellt waren.<sup>1718</sup> Die Gesamtzahlen der Mitarbeiter sanken zunächst mit dem endgültigen Verlust der Post. Insgesamt standen im Jahre 1871 608 Personen im fürstlichen Dienst.<sup>1719</sup> 1891 waren es 481 Personen, im Jahr 1916 aber bereits wieder 734 Personen, wovon 399 Mitarbeiter in den Rent- und Forstämtern in den fürstlichen Domänen, 297 in der Hofhaltung und 38 in der fürstlichen Verwaltung in Regensburg arbeiteten.<sup>1720</sup>

Im Jahre 1883 war die Anzahl der fürstlichen Beamten im Fürstentum Krotoszyn bedeutend angewachsen. Die Glückwünsche der fürstlichen Beamten beim Regierungsantritt von Maximilian Lamoral von Thurn und Taxis (1862–1885) listeten insgesamt 60 fürstliche Beamte im Fürstentum Krotoszyn auf, davon waren 46 Personen Forstbeamte bzw. Forstbedienstete und 3 Baubeamte.<sup>1721</sup> Die Anzahl der Beamten der Fürstlichen Rentkammer inklusive Baubeamten, falls vorhanden, änderte sich im Gegensatz zu den Zahlen der Forstbeamten, insgesamt nicht groß und war relativ stabil. Im Jahr 1890 waren es 10 Beamte, die in der Fürstlichen Rentkammer in Krotoszyn arbeiteten, 1902 waren es 9 und im Jahre 1914 wieder 10 Personen. Das Personal sank allerdings relativ bedeutend mit dem Ende des Ersten Weltkrieges und der Einführung der polnischen Zwangsverwaltung

---

<sup>1714</sup> Vgl. FTTZA, IB 1227: Regensburg, 9. August 1851.

<sup>1715</sup> Vgl. FTTZA, IB 1227: Regensburg, 9. August 1851.

<sup>1716</sup> Vgl. FTTZA, IB 1227: Regensburg, 9. August 1851.

<sup>1717</sup> Vgl. BEHRINGER, Wolfgang: Thurn und Taxis, S. 346.

<sup>1718</sup> Vgl. FTTZA, IB 1227: Regensburg, 9. August 1851.

<sup>1719</sup> Vgl. BEHRINGER, Wolfgang: Thurn und Taxis, S. 346.

<sup>1720</sup> Vgl. FIEDERER, Fabian: „... an allen alten Traditionen festhalten“. Lebenswelt und Selbstverständnis des Hochadels am Beispiel des Fürstenhauses Thurn und Taxis in der Zeit Fürst Albert I. (1888–1952), in: **IM-KAMP**, Wilhelm, **STYRA**, Peter (Hg.), Thurn und Taxis Studien – Neue Folge, Bd. 5, Regensburg 2017, S. 90–91.

<sup>1721</sup> Vgl. FTTZA, EB 380: Glückwünsche der fürstlichen Beamten, Pächter und Bediensteten im Fürstentum Krotoschin zum Regierungsantritt des Fürsten Maximilian von Thurn und Taxis, Schloss Krotoszyn, Juni 1883.



*Die fürstlichen Mitarbeiter nach der Auflösung des fürstlichen Besitzes im Fürstentum Krotoszyn*

im Fürstentum Krotoszyn am 27. Juli 1919<sup>1722</sup> auf 8 Beamte der Fürstlichen Rentkammer und ein Jahr vor der Liquidation der fürstlichen Besitzungen, also im Jahre 1926, schrumpfte sie auf nur 4 Personen.<sup>1723</sup> Im Jahre 1927 stieg die Zahl der Bediensteten der Fürstlichen Rentkammer im Fürstentum Krotoszyn auf 11 Beamte.<sup>1724</sup> Außerdem weisen noch die Akten für dasselbe Jahr 39 Forstbeamte auf.<sup>1725</sup> Die meisten der fürstlichen Beamten im Fürstentum Krotoszyn stammten aus Preußen (vor allem aus der Provinz Posen und Schlesien), Böhmen oder Bayern.

*Die fürstlichen Mitarbeiter nach der Auflösung des fürstlichen Besitzes im Fürstentum Krotoszyn*

Mit der Liquidation des fürstlichen Besitzes im Fürstentum Krotoszyn wurden die Rentenzahlungen und Hilfeleistungen an die ehemalige fürstliche Mitarbieter weiterhin ausbezahlt. Für das Jahr 1926/27 wurden für die fürstliche Bediensteten im Fürstentum Krotoszyn insgesamt Ruhegehälter, Witwen-, Waisenrenten in einer Höhe von 56.277,25 RM überwiesen, inklusive Ehrengaben anlässlich des 60. Geburtstagsfestes des Fürsten Albert Maria Lamoral (1867–1952) in einer Gesamthöhe von 1.946 RM.<sup>1726</sup> Es handelte sich um 28 Personen; zwei davon, nämlich der fürstliche Revierförster Julius Kubicke und die fürstliche Schlosswächterswitwe Karoline Lincke, starben bereits im Sommer 1926.<sup>1727</sup> Die Renten-Zahlungen waren unterschiedlich und je nach Funktion und Dienstjahr höher oder niedriger angesetzt. Beispielweise erhielt im Rechnungsjahr 1926/27 die Witwe des fürstlichen Oberforstrates, Maria Heldenstein, 5.924,20 RM, der fürstliche Oberbauinspektor, Robert Hipper, 5.130 RM, der fürstliche Inspektor, Paul Nitsche, 3.720, der fürstliche Forstmeister, Bernhard Artl, 2.880 RM, der fürstliche Forstwart, Berthold Hoffmann, 1.719,90 RM, die Witwe des fürstlichen Forstverwalters, Albertine Kopplin, 1.488 RM, die Tochter des fürstlichen Rentkammerdirektors, Helene Czekonski, 1.055 RM, die Witwe des fürstlichen Forstwarts, Julie Mittman, 821 RM, die Witwe des Re-

---

<sup>1722</sup> Vgl. FTTZA, DK 20013: Die politische Verhältnisse, Vol. II und FTTZA, DK 20091: Liquidation des fürstlichen Besitzes.

<sup>1723</sup> Vgl. FTTZA, DK 20125: Qualifikations Tabelle sämtlicher Fürstlichen Beamten bey dem Fürstlichen Amte der Rentkammer des Fürstenthums Krotoszyn, 1. Juli 1890, 1. Juli 1902, 1. Juli 1914, 1. Juni 1918, 1. Juli 1926.

<sup>1724</sup> Vgl. FTTZA, DK 21373: Krotoschin. Übernahmeprotokoll vom 21.06.1927 in deutscher Übersetzung mit 58 polnischen Anlagen. Wykaz urzędników Głównej Administracji Księstwa Krotoszyńskiego, Krotoszyn-Zamek 23. Juni 1927.

<sup>1725</sup> Vgl. FTTZA, DK 21373: Krotoschin. Wykaz urzędników leśnych zatrudnionych w Księstwie Krotoszyńskim, Krotoszyn-Zamek, 23. Juni 1927.

<sup>1726</sup> Vgl. FTTZA, GK 499: Liquidation der fürstl. Rentkammer Krotoschin (Fürstentum). Verzeichnis der fürstlichen Rentkammer Krotoschin geleisteten Vorschußzahlungen. Fürstliche Generalkasse, Regensburg 4. August 1927.

<sup>1727</sup> Vgl. FTTZA, GK 499: Fürstliche Generalkasse, Regensburg 4. August 1927.

*Die fürstlichen Mitarbeiter nach der Auflösung des fürstlichen Besitzes im Fürstentum Krotoszyn*

vierförsters, Emma Rebhan, 551 RM, die Tochter des fürstlichen Revierförsterswitwe, Emilie Koschmieder, 300 RM und die Witwe des fürstlichen Schlosswächters, Karoline Lincke, nur 18 RM.<sup>1728</sup> Nach der Liquidation des Fürstentums Krotoszyn im Jahre 1927 blieben einige fürstliche Mitarbeiter in Polen. Den in Polen verbliebenen fürstlichen Beamten wurden weiterhin Versorgungsbezüge ausbezahlt. Es handelte sich überwiegend um fürstliche Forstwarden polnischer Herkunft.<sup>1729</sup> Das Verzeichnis der Beamten vom 1. Januar 1929 listet 9 Personen, die als Forstwarden Rechtsanspruch auf umfassende Versorgungsbezüge hatten und Geld erhalten haben, auf.<sup>1730</sup> 12 weitere Forstwarden bekamen Gnadenversorgungsbezüge aus der fürstlichen Kasse.<sup>1731</sup> Weiterhin wurden 6 Personen Witwenrenten für die verstorbenen Forstmitarbeiter ausbezahlt, in einem Fall bezog die Tochter eines verstorbenen Forstmitarbeiters Waisenrente.<sup>1732</sup> Die Witwenrenten betrugen laut Angaben für das Jahr 1928 zwischen 11,52–57,60 Złoty.<sup>1733</sup> Eine gewisse Umstellung bei der Auszahlung der Renten und Pensionen ist mit der nationalsozialistischen Machtübernahme eingetreten. Auf Grund einer Verordnung der Reichsdevisenstelle von 1934, die Renten- und Pensionszahlungen ins Ausland betraf, mussten alle ehemaligen Bediensteten und Hinterbliebenen mit Renten- und Pensionsansprüchen in den ehemaligen fürstlichen Besitzungen im Fürstentum Krotoszyn nachweisen, dass sie arbeitsunfähig bzw. nicht in der Lage waren nach Deutschland überzusiedeln.<sup>1734</sup> Die ehemaligen fürstlichen Bediensteten, die in Polen wohnten, wurden durch die Fürstlich Thurn und Taxis'sche Generalkasse in Regensburg in einem Schreiben dazu aufgefordert, entsprechende Bedürftigkeitsbescheinigungen an das deutsche General-Konsulat zu schicken.<sup>1735</sup> Es handelte sich in allen betroffenen Fällen um Personen, die auf Grund eines fortgeschrittenen Alters, Armut, Krankheit oder polnischer Staatsangehörigkeit nicht nach Deutschland übersiedeln konnten.<sup>1736</sup> Die fürstliche Seite argumentierte zudem:

„Die fürstl. Besitzung in Krotoszyn wurde auf Grund des Versailler Friedensvertrages vom Polnischen Staate enteignet, die Versorgungsansprüche mussten vom fürstl. Hause übernommen werden. [...]

Soweit uns hier bekannt ist, sind die Verhältnisse sämtlicher Beteiligten derart, dass eine Uebersiedlung nach Deutschland keinesfalls in Frage kommen kann. Eine solche dürfte auch für das Deutsche Reich nicht erwünscht sein, weil es sich um Staatsangehörige einer fremden Nation handelt, bei deren misslichen wirtschaftlichen

<sup>1728</sup> Vgl. FTTZA, GK 499: Regensburg 4. August 1927.

<sup>1729</sup> Vgl. FTTZA, DK 88/113: Rechtsverhältnisse der f. Beamten in Posen (Krotoschin). Vol. II, 1927. Verzeichnis der Versorgungsbezüge aller Art der in Polen wohnenden ehemaligen fürstl. Beamten und ihrer Hinterbliebenen nach dem Stand vom 1. Januar 1929.

<sup>1730</sup> Vgl. FTTZA, DK 88/113: Regensburg 1. Januar 1929.

<sup>1731</sup> Vgl. FTTZA, DK 88/113: Regensburg 1. Januar 1929.

<sup>1732</sup> Vgl. FTTZA, DK 88/113: Regensburg 28. Dezember 1928.

<sup>1733</sup> Vgl. FTTZA, DK 88/113: Regensburg 28. Dezember 1928.

<sup>1734</sup> Vgl. FTTZA, GK 983: Devisenbewirtschaftung Krotoschin. Ab 1934. Jelonek 12. Oktober 1934 und Regensburg 24. Oktober 1934.

<sup>1735</sup> Vgl. FTTZA, GK 983: Chwaliszew 19. Oktober 1934.

<sup>1736</sup> Vgl. FTTZA, GK 983.

*Die fürstlichen Mitarbeiter nach der Auflösung des fürstlichen Besitzes im Fürstentum  
Krotoszyn*

Verhältnisse zu befürchten wäre, dass sie der öffentlichen Fürsorge sofort zur Last fallen würden.

Ausserdem darf darauf hingewiesen werden, dass es sich grösstenteils um hochbe-  
tagte Leute handelt, denen schon aus gesundheitlichen Gründen eine Wohnsitzverle-  
gung nach Deutschland nicht mehr zugemutet werden kann. Zudem dürften allen die  
Mittel zu einer Uebersiedlung nach Deutschland fehlen. Wir bitten daher, uns die  
Genehmigung zur Ueberweisung [...] ins Ausland erteilen zu wollen“<sup>1737</sup>

Aus dem Ausschnitt geht hervor, dass die polnischen Renten- und Pensionempfänger als  
Ausländer im nationalsozialistischen Staat nicht erwünscht waren. Die fürstlichen Sach-  
bearbeiter betonten zudem, dass ihre Übersiedlung nach Deutschland sicherlich die öf-  
fentliche Fürsorge belasten würde, was mit zusätzlichen Kosten für den Staat verbunden  
wäre. Deshalb bat die fürstliche Generalkasse um Genehmigung, die Zahlungen in Devi-  
sen nach Polen überweisen zu dürfen.

Die Bescheinigungen, die von örtlichen polnischen Behörden oder Pfarrämtern ausge-  
stellt worden waren, wurden durch den Deutschen Generalkonsul bestätigt und an die  
Fürstlich Turn und Taxis'sche Generalkasse in Regensburg weitergeleitet.<sup>1738</sup> Die füstli-  
che Generalkasse wurde dazu verpflichtet, die im Verzeichnis aufgeführten den ehemali-  
gen Bediensteten in Polen, die im Ruhestand waren, einen Monat im Voraus das Geld zu  
überweisen.<sup>1739</sup> Dies geschah monatlich und nur mit Genehmigung des Oberfinanzpräsi-  
denten des Landesfinanzamtes Nürnberg, wo sich die Devisenstelle befand.<sup>1740</sup> Erst mit  
dieser Genehmigung konnte die fürstliche Generalkasse die Pensionen an die Genossen-  
schaftsbank „Bank Spółdzielczy“ in Krotoszyn überweisen, die mit den Auszahlungen  
beauftragt war.<sup>1741</sup> Das gleiche Prozedere galt auch bei Bittgesuchen der ehemaligen  
fürstlichen Bediensteten, die z.B. um einen Beitrag an Beerdigungskosten baten, wie es  
bei Marianne Ratajek der Fall war, deren Mann, der früher als fürstlicher Forstwart gear-  
beitet hatte, gestorben ist.<sup>1742</sup> Der Fürst bewilligte ihr 100 Złoty für diesen Zweck.<sup>1743</sup> Das  
Verzeichnis aus dem Jahre 1939 wies noch 16 ehemalige fürstliche Bedienstete auf, die  
eine Pension oder Rente erhielten.<sup>1744</sup> Darunter befanden sich ein Kanzlist, eine Waldauf-  
seherswitwe und eine Forstwartswitwe; den Rest stellten Forstwarte dar.<sup>1745</sup> Die Summe

---

<sup>1737</sup> FTTZA, GK 983: Devisenbewirtschaftung. Regensburg 24. Oktober 1934.

<sup>1738</sup> Vgl. FTTZA, GK 983.

<sup>1739</sup> Vgl. FTTZA, GK 983: Devisenbewirtschaftung. Regensburg 24. Oktober 1934.

<sup>1740</sup> Vgl. FTTZA, GK 983. Regensburg 24. Oktober 1934 und 11. Oktober 1939.

<sup>1741</sup> Vgl. FTTZA, GK 983: Regensburg 24. Oktober 1934 und 11. August 1939.

<sup>1742</sup> Vgl. FTTZA, GK 983: Verzeichnis der an vorm. Beamte, Bedienstete und Hinerbliebene vom ehemaligen Fürstentum Krotoschin zu zahlenden Pensionen und Renten im Monatsbetrage, zahlbar im Voraus. Regens-  
burg 11. August 1939.

<sup>1743</sup> Vgl. FTTZA, GK 983: Regensburg 27. Januar 1934.

<sup>1744</sup> Vgl. FTTZA, GK 983: Verzeichnis der an vorm. Beamte, Bedienstete und Hinerbliebene vom ehemaligen Fürstentum Krotoschin zu zahlenden Pensionen und Renten im Monatsbetrage, zahlbar im Voraus. Regens-  
burg 11. August 1939.

<sup>1745</sup> Vgl. FTTZA, GK 983: Regensburg 11. August 1939.

*Die fürstlichen Mitarbeiter nach der Auflösung des fürstlichen Besitzes im Fürstentum Krotoszyn*

der Zahlungen belief sich auf 1.747,65 Złoty beispielweise für den Monat August 1939.<sup>1746</sup> Die jeweilige Renten bzw. Pensionen, die durch die fürstliche Generalkasse an die ehemalige Mitarbeiter im Fürstentum Krotoszyn ausbezahlt wurden, betrugen monatlich im Jahre 1939 zwischen 27–165,80 Złoty.<sup>1747</sup> Die Renten- und Pensionskosten betrugen beispielweise im Oktober 1934 noch 2.341,45 Złoty; auf Grund von Todesfällen oder dem Erreichen der Volljährigkeit von Kindern der ehemaligen Bediensteten reduzierte sich die Zahl der Rentennehmer und somit natürlich auch die Höhe der Zahlungen.<sup>1748</sup>

Mit der Besetzung Polens im September 1939 wurde Großpolen in Wartheland unbenannt und in das Dritte Reich eingegliedert, was eine Umstellung auf Reichsmark zu Folge hatte. Anhand der Aktenlage lässt sich nachweisen, dass noch zum 1. Juli 1941 die Auszahlungssummen für die 16 ehemaligen fürstlichen Forstmitarbeiter sogar erhöht und am 17. Oktober 1941 genehmigt wurden.<sup>1749</sup> Es wurde allerdings angemerkt, dass diese erhöhten jährlichen Versorgungsbezüge auf Widerruf erfolgen und die Empfänger darüber in Kenntnis gesetzt werden sollen.<sup>1750</sup> Insgesamt bekamen zu der Zeit 4 Forstwartswitwen Geld: Franziska Ertel 294 RM, Maria Jagienek 345 RM, Hedwig Kaźmierczak 510 RM, Anna Neugebauer 624 RM, Marianne Ratajek 516 RM.<sup>1751</sup> Es wurde auch eine Halbwaisenrente an Marian Ratajek, den Sohn von Marianne Ratajek, in Höhe von 102 RM ausbezahlt.<sup>1752</sup> Die restlichen Bezüge wurden an 11 ehemaligen fürstlichen Bediensteten im Jahre 1941 ausbezahlt, darunter einen ehemaligen fürstlichen Kanzlist, Johann Ryba, in Höhe von 1.791 RM und 10 Forstwarte, die jährlich zwischen 1.194–1.527 RM bekamen.<sup>1753</sup> Die Lebensumstände waren im okkupierten Polen im Zweiten Weltkrieg tatsächlich schwierig. Die durch das Dritte Reich annektierten Gebiete Polens, darunter das „Warthegau“, in das Großpolen unbenannt wurde, unterlagen diskriminierenden gesetzlichen Vorschriften und verschiedenen Repressionen.<sup>1754</sup> In Zahlen war der Zeitraum

<sup>1746</sup> Vgl. FTTZA, GK 983: Regensburg 11. August 1939.

<sup>1747</sup> Vgl. FTTZA, GK 983: Regensburg 11. August 1939.

<sup>1748</sup> Vgl. FTTZA, GK 983.

<sup>1749</sup> Vgl. FTTZA, DK 88/113: Regensburg 13. Oktober 1941 und 17. Oktober 1941.

<sup>1750</sup> Vgl. FTTZA, DK 88/113: Regensburg 13. Oktober 1941.

<sup>1751</sup> Vgl. FTTZA, DK 88/113: Regensburg 13. Oktober 1941.

<sup>1752</sup> Vgl. FTTZA, DK 88/113: Regensburg 13. Oktober 1941.

<sup>1753</sup> Vgl. FTTZA, DK 88/113: Regensburg 13. Oktober 1941.

<sup>1754</sup> Vgl. KĘDZIERSKI, Robert: Polnische Kollaboration und Kooperation mit den Nationalsozialisten. Eine Analyse der polnischen Kollaboration und Kooperation mit dem nationalsozialistischen Regime im Zweiten Weltkrieg, Saarbrücken 2015, S. 79–80, S. 83–84 und S. 86. Polnische Arbeiter bekamen 55,5% des Lohnes eines deutschen Arbeiters; es gab auch eine Zwangsbesteuerung der polnischen Bevölkerung, die sog. Polenabgabe die 10–30% des Bruttoeinkommens umfasste. Polnische gewerbliche und landwirtschaftliche Vermögen wurde ab dem 17. September 1940 konfisziert. Der öffentliche Gebrauch der polnischen Sprache wurde untersagt. Aus der Erzdiözese Posen-Gnesen wurden bis Oktober 1941 insgesamt 120 Geistliche ins Generalgouvernement deportiert und 74 erschossen. Hinzu kamen auch der Kunstraub (bis Ende 1942 wurden 90% der Kunstschatze geraubt, Schulbibliotheken verloren 90% der Bestände), Vertreibung (insgesamt ca. 1.150.000 Polen wurden vertrieben und verloren größtenteils ihr gesamtes Vermögen), Zwangsarbeit (fast 3 Millionen Menschen aus Polen), Massenermordung von Polen und polnischen Juden in den in Deutschland und Mittel- und Osteuropa gelegenen deutschen Konzentrationslagern.

1939–1945 sowohl mit enormen Menschenverlusten als auch mit riesigen materiellen Schäden verbunden.<sup>1755</sup> Von den ca. 6,028 Millionen Menschen, die ihr Leben verloren hatten, starben ca. 5,384 Millionen in Folge des Terrors der Okkupanten.<sup>1756</sup> Die Erhöhung der Rentenbezüge der ehemaligen fürstlichen Mitarbeiter in der Zeit des Zweiten Weltkrieges und der nationalsozialistischen Schreckens- und Terror-Herrschaft in Polen<sup>1757</sup> beweist, dass der Fürst von Thurn und Taxis kein typischer Arbeitgeber war, da er besondere Umstände auch von seinen alten in Polen gebliebenen überwiegend polnischen Mitarbeitern berücksichtigte und sie nicht vergessen hatte. Weit über das Jahr 1927 hinaus, in dem das Fürstentum Krotoszyn liquidiert wurde, fühlte sich der Fürst als Patron seinen ehemaligen Mitarbeitern verpflichtet. Insgesamt lässt sich feststellen, dass in der NS-Zeit der Fürst und das Haus Thurn und Taxis gegenüber dem Nationalsozialismus größtenteils abneigend eingestellt waren, wenngleich diese Haltung hauptsächlich durch Passivität gekennzeichnet war.<sup>1758</sup> Dies war auch typisch für den Großteil des Adels in Bayern zu dieser Zeit.<sup>1759</sup> Die negative Haltung gegenüber dem Nationalsozialismus war typisch für die konservativ gesinnten katholischen Standesgenossen im süddeutschen Raum.<sup>1760</sup> Die Unvereinbarkeit des katholischen Glaubens mit der nationalsozialistischen Ideologie gilt als ein wichtiger Grund dafür.<sup>1761</sup>

### *Fürstliche Beamte im Verwaltungsalltag*

Die fürstlichen Beamten im Fürstentum Krotoszyn waren dazu verpflichtet, ihre Aufgaben im geschäftlichen Alltag schnell zu bewältigen. Dies war nicht einfach, da gerade alleine der Schriftwechsel zwischen Krotoszyn und Regensburg einige Wochen in An-

---

<sup>1755</sup> Vgl. **MACIOROWSKI**, Mirosław: Ile milionów zginęło? Ofiary II wojny światowej, im WWW unter URL: [http://wyborcza.pl/alehistoria/1,121681,17844725,Ile\\_milionow\\_zginelo\\_ofiary\\_II\\_wojny\\_swiatowej.html](http://wyborcza.pl/alehistoria/1,121681,17844725,Ile_milionow_zginelo_ofiary_II_wojny_swiatowej.html) (Stand: 19.07.2017). Maciorowski nennt ca. 6 Millionen Menschen, die ihr Leben verloren haben, davon waren ca. 2,7 Millionen polnische Juden und ca. 3 Millionen Polen. Insgesamt betrafen 71% der Gesamtverluste auf dem europäischen Kontinent im Zweiten Weltkrieg die Gebiete der Sowjetunion und der Zweiten Polnischen Republik.

<sup>1756</sup> Vgl. **MUSZYŃSKI**, Mariusz, **SYPIEWSKI**, Przemysław, **RAK**, Krzysztof (Hg.): Sprawozdanie w przedmiocie strat i szkód wojennych Polski w latach 1939–1945. Report on Poland's wartime losses and damage in the years 1939–1945. Bericht über Polens Verluste und Kriegsschäden in den Jahren 1939–1945, Warszawa 2007, S. 32.

<sup>1757</sup> Mehr zum Thema NS-Besatzungspolitik in okkupierten Polen im Zweiten Weltkrieg in **KĘDZIERSKI**, Robert: Polnische Kollaboration und Kooperation mit den Nationalsozialisten. Eine Analyse der polnischen Kollaboration und Kooperation mit dem nationalsozialistischen Regime im Zweiten Weltkrieg, Saarbrücken 2015, S. 63ff.

<sup>1758</sup> Mehr zum Thema „das Haus Thurn und Taxis während der NS-Zeit“, vgl. **FIEDERER**, Fabian: „... an allen alten Traditionen festhalten“. Lebenswelt und Selbstverständnis des Hochadels am Beispiel des Fürstenhauses Thurn und Taxis in der Zeit Fürst Albert I. (1888–1952), in: **IMKAMP**, Wilhelm, **STYRA**, Peter (Hg.), Thurn und Taxis Studien – Neue Folge, Bd. 5, Regensburg 2017, S. 144ff.

<sup>1759</sup> Vgl. **FIEDERER**, Fabian: „... an allen alten Traditionen festhalten“, Regensburg 2017, S. 181.

<sup>1760</sup> Ebd., S. 181.

<sup>1761</sup> Ebd., S. 167–171 und 180–181.

spruch nehmen konnte. Manchmal konnte es sogar einige Monate dauern, bis eine Entscheidung getroffen wurde. Hinzu kamen auch die preußischen Behörden, mit denen man alltäglich in Berührung kam. Die einzelnen Beamten aus der Fürstlichen Rentkammer mussten zudem alle möglichen Angelegenheiten verwalten und klären, auch solche, die etwa im Zusammenhang mit den Pächter oder Forstbeamten standen. Solche ständige „Koordinationsarbeit“ war nicht gerade einfach und sehr zeitaufwendig. Die wichtigsten Gründe dafür waren: die Entfernung von der Verwaltungszentrale in Regensburg und somit vom Fürsten sowie das relativ breite Spektrum an Aufgaben, die mit der Verwaltung vom Fürstentum Krotoszyn verbunden waren. Man brauchte stets viel Zeit und eben diese Zeit war oft nicht da. Die Arbeitsprozesse der Fürstlichen Rentkammer Krotoszyn waren mit zahlreichen Aufgaben verbunden, die oft mit der Überforderung der fürstlichen Bediensteten im Fürstentum Krotoszyn verbunden waren. Die Domänen-Ober-Administration in Regensburg zielte jedoch auf die Beibehaltung der Personalgröße auf dem gleichen Niveau, da vor allem eine Steigerung der Kosten vermieden werden sollte.<sup>1762</sup> Dies lag im fürstlichen Interesse. Die Erträge sollten stetig steigen und nicht verringert werden. Bei der Nicht-Erfüllung von vorgeschriebenen Pflichten wie etwa der raschen Erfüllung von fürstlichen Geschäften im Fürstentum drohte sogar eine Beschwerde bei der vorgesetzten Dienstbehörde gegen „säumige Beamte“.<sup>1763</sup> Es wurde zwar betont, dass dies höchst ungern gemacht wurde, jedoch sei mit solchen Konsequenzen zu rechnen, wenn Ermahnungen nichts bewirkt hätten.<sup>1764</sup> Dies weist auch auf die fehlende Disziplin bei den fürstlichen Beamten hin. Hier wiederum konnte die weite Entfernung vom Gutsherr und Inhaber der Besitzungen eine Rolle spielen. Die Herrschaftsansprüche konnten nicht sofort erlangt bzw. durchgesetzt werden. Der Herrscher war schließlich gezwungen, sich auf seine Beamten mehr zu verlassen als sonst, vor allem auf Grund der weiten Entfernung.

Dies führte nicht selten zur Überlastung der fürstlichen Beamten im Fürstentum Krotoszyn. In einem Bericht aus dem Jahre 1887 wird beklagt, dass allein die Holzversteigerungen die Arbeitskraft eines Beamten für die Hälfte des Jahres absorbierten.<sup>1765</sup> Es fanden in den letzten drei Jahren bis dato 171 Holzversteigerungen statt.<sup>1766</sup> Hinzu kamen zusätzliche damit verbundene Tätigkeiten wie etwa die Ablieferung des Holzes, so dass insgesamt  $\frac{3}{4}$  der Arbeitskraft Jahr für Jahr nur mit dem Holzverkauf beschäftigt ist.<sup>1767</sup> Es wird zudem auf 23 Complexualpachtungen hingewiesen, die einen riesigen Arbeitsauf-

---

<sup>1762</sup> Vgl. FTTZA, IB 2487: Neuere Organisation der Rentkammer und Personalbesetzung, Vol. II, 1855–1881, Regensburg 13. Februar 1863.

<sup>1763</sup> Vgl. FTTZA, IB 2487: Schloss Krotoszyn 26. Januar 1856.

<sup>1764</sup> Vgl. FTTZA, IB 2487: Schloss Krotoszyn 26. Januar 1856.

<sup>1765</sup> Vgl. FTTZA, DK 20093: Schloss Krotoszyn, 24. August 1887.

<sup>1766</sup> Vgl. FTTZA, DK 20093: Schloss Krotoszyn, 24. August 1887.

<sup>1767</sup> Vgl. FTTZA, DK 20093: Schloss Krotoszyn, 24. August 1887.

wand für das Rentamt Krotoszyn im Vergleich zu anderen fürstlichen Besitzungen in anderen Ländern bedeuteten. Außerdem beschwerten sich die fürstlichen Beamten über weitere Aspekte:

„Das hiesige Amt hat 22 baulästige Complexual-Pächter, und die Instruierung der Gesuche dieser und der eine größere oder kleinere Landwirtschaft betreibenden Forstbeamten und Bediensteten um Genehmigung zu Bauten auf ihre Kosten verlangt eine so große Arbeitszeit, wie bei keinem anderen Amte. Daß über 700 herrschaftliche Bauobjecte und 600 Brücken, die der fürstlichen Herrschaft auf ~~Brücken~~ Wegen und Straßen zur Unterhaltung überwiesen sind, auch eine Menge an Zeit von Seite der Verwaltungsbeamten beanspruchen [...]“<sup>1768</sup>

Es wird darauf verwiesen, dass die meiste Arbeitszeit der fürstlichen Beamten für Bereiche wie Pachtungen, Gesuche, Genehmigung von Bauten, Unterhaltung von fürstlichen Gebäuden und der Infrastruktur im Fürstentum Krotoszyn verwendet wird. Erwähnt werden zudem andere Ämter wie die Rentkammer Bania, Obermarchthal, St. Emmeram, Leitomischl und Richenburg, in denen die fürstliche Verwaltung personalmäßig besser aufgestellt war und in Folge ihre Aufgaben besser bewältigen konnte.<sup>1769</sup> Die Arbeitsüberlastung führte laut fürstlichen Beamten aus der Rentkammer Krotoszyn dazu, dass z.B. seit 1867 keine Revisionen der Grenzen durchgeführt und kein ordentliches Realitäteninventar angelegt wurde.<sup>1770</sup>

Die Beamten des Fürsten von Thurn und Taxis im Fürstentum Krotoszyn bemühten sich auch persönlich in offiziellen Wünschen, insbesondere beim Regierungsantritt eines neuen Fürsten, um dessen Gunst wie es z.B. der Fall war als Fürst Maximilian Maria (1862–1885) ab 1883 offiziell als neues Oberhaupt an der Spitze des Hauses Thurn und Taxis stand. Zuvor regierte zwischen 1871 und 1883 in der Vormundschaft seine Mutter Helene Caroline von Thurn und Taxis Herzogin in Bayern (1834–1890).<sup>1771</sup> Sie regierte auch das fürstliche Haus in den Jahren 1885–1888 als Fürst Albert (1867–1952) nach dem raschen Tod seines Bruders noch minderjährig war.<sup>1772</sup> In den bereits genannten Ehrenbezeugungen an den Fürsten Maximilian Maria wollten die fürstlichen Beamten der Rentkammer, die fürstlichen Forstbeamten und Pächter bereits am Anfang einen guten Kontakt zum neuen Herrscher des fürstlichen Hauses und zugleich Arbeitgeber haben, sich freundlich gesinnt zeigen und sich auf diese Art dem Fürsten empfehlen.<sup>1773</sup> Dadurch stieg die

---

<sup>1768</sup> FTTZA, DK 20093: Schloss Krotoszyn, 24. August 1887.

<sup>1769</sup> Vgl. FTTZA, DK 20093: Schloss Krotoszyn, 24. August 1887.

<sup>1770</sup> Vgl. FTTZA, DK 20093: Schloss Krotoszyn, 24. August 1887.

<sup>1771</sup> Vgl. PIETRZAK, Jerzy, GIBASIEWICZ, Agnieszka: *Dziedzice, dwory, pałace. Właściciele dóbr rycerskich w powiecie ostrowskim wielkopolskim 1795–1945*, Poznań/Ostrów Wlkp. 2013, S. 200.

<sup>1772</sup> Vgl. PIETRZAK, Jerzy, GIBASIEWICZ, Agnieszka: *Dziedzice, dwory, pałace*, S. 200.

<sup>1773</sup> Vgl. FTTZA, EB 41: Glückwünsche der Förster des Fürstentum Krotoschin zum Regierungsantritt vom Fürst Maximilian Maria, Krotoschin 24. Juni 1883 und FTTZA, EB 380: Glückwünsche der Fürstlichen Beamten, Pächter und Bediensteten im Fürstentum Krotoschin zum Regierungsantritt des Fürsten Maximilian Maria von Thurn und Taxis, Schloß Krotoschin Juni 1883.

Chance, dass zukünftige Anliegen im fürstlichen Haus auch Gehör finden. Die Wünsche der fürstlichen Bediensteten lauteten folgendermaßen:

„Durchlachtigster Fürst!  
Gnädigster Fürst und Herr!

Den Tag, an welchem Eure Hochfürstliche Durchlaucht als Chef eines Fürstenhauses, das stets in dem unvergänglichen Schmucke der edelsten Gesinnungen strahlte, die Regierung übernehmen, erweckt zunächst in den Herzen von Euer Hochfürstlichen Durchlaucht Beamten, Pächtern und Bediensteten wohl den Dank zu Gott, dass Er bisher mit Seiner Gnade Höchst Ihnen zur Seite gestanden hat, sodann aber das Gebet Ermöge noch Fernerhin dieselbe über Höchst Ihnen im reichsten Masse walten lassen.

Das Fürstenthum Krotoszyn regt nicht hervor durch Naturschönheiten, es liefert keine besonders edlen Produkte, steht somit in dieser Beziehung Euer Hochfürstlichen Durchlaucht übrigen Besitzungen nicht gleich, indess dass es sich mit Letzteren getrost messen in der ehrerbietigsten Verehrung und Treue welche die Herzen der Beamten, Pächter und Bediensteten des Fürstenthumes für das Hohe Fürstenthum, für Euer Hochfürstliche Durchlaucht erfüllen.

Euer Hochfürstliche Durchlaucht wollen gnädigst geruhen, dass wir diesen Gefühlen hiermit allerunterthänigst Ausdruck geben, und mit dem ebenmässigen Wunsche schliessen, Eurer Hochfürstlichen Durchlaucht Regierung möge eine langdauernde, eine gesegnete und glückliche sein. Das walte Gott! [...]“<sup>1774</sup>

Die Sprache operiert auf metaphysischer Ebene und die Wortwahl ist außergewöhnlich. Die Betonung der Tatsache, dass im Fürstentum Krotoszyn keine „Naturschönheiten“ vorhanden sind und die Erzeugnisse aus den dort gelegenen fürstlichen Besitzungen keine edlen Produkte erzeugen, soll die untergeordnete Stellung dieser Güter im Vergleich zu anderen prächtigeren Besitzungen des Fürsten betonen. Allein auf Grund der Tatsache, dass das Fürstentum Krotoszyn über Jahrzehnte hinweg mehr als ein Fünftel der Gesamtgewinne des Fürstenhauses einbrachte, ist die Aussage unverständlich; ganz zu schweigen von der eher subjektiven Wahrnehmung der Landschaft. Die Formulierungen lassen sich nur aus einer Ehrerbietungshaltung heraus verstehen und interpretieren. In der Treue und Verehrung ist das Fürstentum Krotoszyn laut den fürstlichen Bediensteten konkurrenzfähig und kann sich problemlos mit anderen messen. Bei der Gelegenheit ging es sicherlich außer den Wünschen auch darum die fürstliche Aufmerksamkeit auf die Angelegenheiten des Fürstentums und der dort lebenden Diener zu wecken und gleichzeitig die Treue gegenüber dem neuen Herrscher auszudrücken. Auch die Danksagung für die bisher geleistete Hilfe für Pächter in Notlagen zeugt von gewissen gesellschaftlichen Bindungen an das Haus Thurn und Taxis.<sup>1775</sup> Die fürstlichen Pächter drückten sich folgendermaßen aus:

„Durchlachtigster Fürst!  
Gnädigster Fürst und Herr!

---

<sup>1774</sup> FTTZA, EB 380: Schloß Krotoschin Juni 1883.

<sup>1775</sup> Vgl. FTTZA, EB 55: Dank für die Unterstützung der Pächter im Fürstentum Krotoschin in einer Notlage, Krotoschin 28. April 1884.



Eure Hochfürstliche Durchlaucht haben eine grosse Anzahl von Hochderen unterthänigst unterzeichneten Pächtern, deren Existenz durch die Ungunst der letzten Jahre gefährdet war, in weiser Berücksichtigung der concreten Verhältnisse der Einzelnen durch gnädigste Gewährung der einem Jeden förderlichen Hilfe aus ihrer grossen Nothlage gerettet und ihnen die Möglichkeit gegeben, im Vertrauen auf Gottes Segen einer sorgenfreieren Zukunft entgegenzugehen. [...]

Euer Durchlaucht edle und hochherzige Handlungsweise hat bis in die weitesten Kreise hinein die dankbarste Anerkennung gefunden und Euer Durchlaucht sämtliche Pächter des Fürstenthums Krotoschin, beseelt von dem Gefühl unwandelbarer Verehrung, glauben die ihnen von Euer hochfürstlichen Durchlaucht gewährten hohen und reichen Gnadenbeweise, sowie das ihnen geschenkte sie wahrhaft beglückende Vertrauen nicht besser würdigen zu können, als durch die Versicherung, dass sie bestrebt sein werden, ihre besten Kräfte daran zu setzen, in ernster Arbeit und mit unausgesetztem Fleiss stets die Hebung der Cultur der ihnen von Euer Durchlaucht anvertrauter Güter im Auge zu behalten.

Möge Gott der Allmächtige die heissen Gebete, welche für Euer Durchlaucht aus den Herzen vieler Tausende strömen, in Gnaden erhören und über Euer Durchlaucht hohes Haupt und Leben den reichsten Segen breiten.

Eure hochfürstliche Durchlaucht wollen gnädigst zu genehmigen geruhen, dass wir mit dem Ausdruck unwandelbarer Treue, tiefster Ehrerbietung und innigster Dankbarkeit uns zeichnen zu dürfen als Euer Hochfürstliche Durchlaucht unterthänigste Pächter des Fürstenthums Krotoschin.<sup>1776</sup>

Die Tiefe der Verbundenheit zum Fürsten ist nicht einfach zu bestimmen, da sie den persönlichen Präferenzen und Empfindungen der einzelnen Personen unterlag. Beide Fragmente zeigen, dass die Situation der Beamten und Pächter in hohem Maße vom Willen des Fürsten und seinem Verantwortungsgefühl für das Wohl seiner Untertanen abhing. Die Pächter vor allem betonten, dass sie auf die Hilfe des Vorgängers stets rechnen konnten und möchten, dass eine solche Politik auch vom neuen Herrscher weitergeführt wird. Der Dank ist also mit dem Ausdruck einer gewissen Erwartungshaltung an den Herrscher in der Rolle eines Patrons verbunden.

Bei der Übernahme des Fürstentum Krotoszyn gab es auch einige Bitten bzw. Klagen um die Anerkennung der früheren Privilegien aus der Zeit des Königreichs Polen. So bat der Krugbesitzer Winkler aus Glińnica im Rentamt Adelnau darum, die durch die Starostin von Adelnau, Fürstin Eleonora Sułkowska, am 1. März 1787 verliehene Krugstelle samt den damals verliehenen Privilegien anzuerkennen.<sup>1777</sup> Das von der Fürstin Sułkowska verliehene Privileg betraf das Recht Vieh aller Art zu halten, Brenn- und Bauholz gegen Quittung zu entnehmen, die herrschaftlichen Getränke aus der Brennerei Baben abzuholen und zu verkaufen sowie eine Zinszahlungsbefreiung.<sup>1778</sup> Als Gegenleistung musste

<sup>1776</sup> FTTZA, EB 55: Krotoschin 28. April 1884.

<sup>1777</sup> Vgl. FTTZA, DK 20509: Die Behandlung der ehemal. Starosteilichen Privilegien, welche nach der Hand die höhere Genehmigung nicht erhalten haben, 1825. Schloss Krotoszyn 4. Dezember 1825.

<sup>1778</sup> Vgl. FTTZA, DK 20509: Abschrift/Übersetzung des Schriebens der Starostin von Adelnau Fürstin Eleonora Sułkowska vom 1. März 1787. Königl. Domainen Amt Adelnau. Baben 4. Dezember 1817.

Braumalz von der Mühle und ein Fischfass nach Nabuszyce und weiter transportiert werden und 12 Tage bei der Ernte geholfen werden.<sup>1779</sup> Die fürstlichen Beamten bemerkten jedoch, dass die Starosten nicht die Eigentümer oder erblichen Besitzer, sondern nur Nutznießer waren, weshalb die Privilegien vom Krüger Winkler zu Gliśnica einer königlichen Bestätigung bedürften; eine solche Bestätigung des polnischen Königs fehlte jedoch in der Dokumentation.<sup>1780</sup> Die Beamten aus der Fürstlichen Rentkammer erkundigten sich bei den Kennern der polnischen Verfassung, die betonten, dass eine solche Bestätigung durch den König stets ausgestellt wurde und wenn sie fehlte, dies nur eine versäumte Förmlichkeit war.<sup>1781</sup> Die fürstlichen Beamten in Regensburg argumentierten deshalb, dass derzeit der Fürst von Thurn und Taxis der gegenwärtige Grundherr ist und weder die Fürstliche Rentkammer, noch der Fürst dazu berechtigt seien, eine derartige Bestätigung auszustellen; zumal das Fürstentumsgericht jedesmal eine königliche Bestätigung des Privilegs verlangt.<sup>1782</sup> Die fürstlichen Beamten der geheimen Kanzlei in Regensburg entschieden im Namen des Fürsten wie folgt:

„Bey den angegebenen Verhältnißen können Sr. Durchlaucht wohl keinen Anstand nehmen, denjenigen starosteylichen Privilegien höchstihre Bestätigung und Giltigkeit zu ertheilen, welche von den ehemaligen Starosten von Adelnau Verfassungsmäßig ausgefertigt, nachhin aber nicht zur königlichen Bestätigung gekommen sind.“<sup>1783</sup>

Die Anerkennung der ehemaligen polnischen Privilegien wurde also abgelehnt, so lange eine Bestätigung des Königs fehlte. Doch selbst im Falle, dass eine königliche Bestätigung eines Privilegs vorlag, musste das Privileg dennoch noch einmal durch den preußischen König oder eine preußische Behörde bestätigt werden. Eine Garantie, dass die Privilegien auch bestätigt wurden, gab es freilich nicht; dies hing lediglich vom guten Willen der preußischen Behörden ab.

Die Arbeit der fürstlichen Beamten war auch mit den unterschiedlichen Klagen bzw. Streitverfahren verbunden. Beispielsweise wurden im Jahre 1890 in der Provinz Posen hauptsächlich solche Verwaltungsstreitverfahren durchgeführt, die sich mit der Unterhaltung von Infrastruktur beschäftigten. Mehrere Gemeinden klagten wegen der Unterhaltung von Wegen, Aufstellung eines Wegweisers oder den Bau einer Brücke auf einem Kommunikationsweg.<sup>1784</sup> So klagte beispielsweise 1886 die Gemeinde Rozdrażewo gegen die fürstliche Verwaltung als sie durch den Staat gezwungen worden war, die Land-

---

<sup>1779</sup> Vgl. FTTZA, DK 20509: Königl. Domainen Amt Adelnau. Baben 4. Dezember 1817.

<sup>1780</sup> Vgl. FTTZA, DK 20509: Regensburg 23. Februar 1826.

<sup>1781</sup> Vgl. FTTZA, DK 20509: Schloss Krotoszyn 4. Dezember 1825 und Regensburg 23. Februar 1826.

<sup>1782</sup> Vgl. FTTZA, DK 20509: Regensburg 23. Februar 1826.

<sup>1783</sup> Vgl. FTTZA, DK 20509: Regensburg 11. März 1826.

<sup>1784</sup> Vgl. FTTZA, DK 20350: Das Verwaltungs-Streitverfahren, 1890. Bericht der Fürstlichen Rentkammer, das Verwaltungsstreitverfahren betreffend. Schloss Krotoszyn 8. Oktober 1890.

straße neu zu pflastern und die Pflasterungskosten in einer Höhe von 905 M. 25 Pf. zu übernehmen.<sup>1785</sup> Die Klage wurde abgewiesen, allerdings klagte die Gemeinde Rozdrażewo im Anschluss gegen den staatlichen Fiskus.<sup>1786</sup> Der Fiskus verlor und die Straßenunterhaltungskosten mussten der Gemeinde Rozdrażewo erstattet werden.<sup>1787</sup> Die königliche Regierung in Posen drohte darauf mit einer Klage gegen die Fürstliche Rentkammer, wenn sie der Gemeinde Rozdrażewo den Betrag in einer Höhe von 905 M. 25 Pf. nicht erstattet.<sup>1788</sup> Die fürstliche Verwaltung, die es bereits in der Vergangenheit mit ähnliche Klagen zu tun hatte und jene für die fürstliche Verwaltung mit einem Negativbescheid endeten, wollte einen erneuten Prozess nicht risikieren und wartete zunächst ab.<sup>1789</sup> Bereits im Jahre 1859 fielen in Fragen der Straßenunterhaltung ungünstige Urteile für die fürstliche Verwaltung; das Letzte fiel am 3. Mai des Jahres 1885.<sup>1790</sup> Das Oberlandesgericht in Posen entschied ein Jahr später, dass die dem Staat obliegende Unterhaltung der Landstraße auf die Besitzer des Fürstentums Krotoszyn übertragen werden konnte, obwohl der Lehnvertrag die fürstliche Verwaltung nur dazu verpflichtete, solche Straßen und Brücken zu unterhalten, die auf den fürstlichen Gütern lagen.<sup>1791</sup> Erst am 21. März 1887 wurde jedoch offiziell durch den Minister der öffentlichen Arbeiten bestätigt, dass die Unterhaltung der Landstraßen im Fürstentum Krotoszyn eine öffentlich-rechtliche Verpflichtung des Staates und diese Aufgabe bei der Übernahme der Besitzungen am 1. Mai 1819 nicht auf den Fürsten übergegangen ist.<sup>1792</sup> Grundlage hierfür war ein Urteil vom 3. Mai 1886.<sup>1793</sup> Deshalb lehnte die fürstliche Verwaltung die Bezahlung der Pflasterungskosten für die Landstraße Krotoszyn-Dobrzyce an die Gemeinde Rozdrażewo im Jahre 1889 endgültig ab.<sup>1794</sup> Die fürstliche Klage an den königlichen Fiskus wurde am 26. Oktober 1889 genehmigt.<sup>1795</sup> Die Fürstliche Rentkammer wurde im Falle zukünftiger Klagen in ähnlichen Belangen bevollmächtigt, sich auf den bestätigten Rechtstatus zu berufen.<sup>1796</sup> Die Fürstliche Rentkammer klagte auch gegen die Gemeinden Dombrowo-Rozdrażewo wegen der Unterhaltung des Weges, gegen die Gemeinde Bożacin, Wrózew, Orpiszewo, Dzielice, Rozdrażewo wegen der Aufstellung eines Wegweisers, sogar gegen Abgaben für das königliche Distrikt-Amt wurde Klage wegen der privaten Eigenschaft

---

<sup>1785</sup> Vgl. FTTZA, DK 20705: Klage gegen die königlich preußische Regierung zu Posen wegen Unterhaltung der Landstrassen und der sie verbindenden Brücken im Fürstenthum Krotoszyn, 1886. Schloss Krotoszyn 13. November 1886.

<sup>1786</sup> Vgl. FTTZA, DK 20705: Schloss Krotoszyn 13. November 1886.

<sup>1787</sup> Vgl. FTTZA, DK 20705: Schloss Krotoszyn 13. November 1886.

<sup>1788</sup> Vgl. FTTZA, DK 20705: Schloss Krotoszyn 13. November 1886.

<sup>1789</sup> Vgl. FTTZA, DK 20705: Schloss Krotoszyn 13. November 1886.

<sup>1790</sup> Vgl. FTTZA, DK 20705: Schloss Krotoszyn 13. November 1886.

<sup>1791</sup> Vgl. FTTZA, DK 20705: Schloss Krotoszyn 13. November 1886.

<sup>1792</sup> Vgl. FTTZA, DK 20705: Schloss Krotoszyn 19. Oktober 1889.

<sup>1793</sup> Vgl. FTTZA, DK 20705: Schloss Krotoszyn 19. Oktober 1889.

<sup>1794</sup> Vgl. FTTZA, DK 20705: Schloss Krotoszyn 19. Oktober 1889.

<sup>1795</sup> Vgl. FTTZA, DK 20705: Regensburg 26. Oktober 1889.

<sup>1796</sup> Vgl. FTTZA, DK 20705: Regensburg 26. Oktober 1889.

des Weges von der fürstlichen Straße nach Carlstein und Pustkowie in Szczotka erhoben.<sup>1797</sup> Dies waren auch typische Streitpunkte zwischen der fürstlichen Verwaltung und den Gemeinden. Die Gemeinden versuchten dort, wo es möglich war, die Kosten für die Unterhaltung der Infrastruktur auf die Fürsten von Thurn und Taxis abzuschieben; der Inhaber des Fürstentums Krotoszyn wehrte sich dagegen, um zusätzliche Ausgaben zu vermeiden. Alle Streitverfahren waren in unterschiedlichen Stadien. Die Fürstliche Rentkammer hatte hier die Aufgabe zu prüfen, wie groß die Aussichten einer Klage auf Erfolg und auf Befreiung von den Prozesskosten waren.<sup>1798</sup> Es wurde auch immer geklärt, ob ein Rechtsanwalt oder ein fürstlicher Beamter im Prozess die Fürstliche Rentkammer repräsentieren sollte, insbesondere, wenn es sich um Prozesse im Bezirksausschuss Posen handelte.<sup>1799</sup> Die Fristen für die Streitverfahren waren sehr begrenzt und betrugen zwei Wochen. Aus dem Grund war oft die rechtzeitige Einholung von Genehmigungen aus Regensburg nicht möglich.<sup>1800</sup>

Die fürstliche Verwaltung im Fürstentum Krotoszyn bekam relativ schnell zu spüren, dass sie mit den preußischen Behörden nicht gleichrangig war. Die Fürstliche Rentkammer wandte sich auf Veranlassung des Geheimen Rats von Müller, an die preußische Staatsverwaltung mit der Bitte, die Grenzpfähle im Fürstentum Krotoszyn in den fürstlichen Wappenfelder-Farben, also rot und blau, streichen zu dürfen.<sup>1801</sup> Die Gelegenheit zur Anfrage bot sich an, da zu gleichen Zeit auf Verlangen des Landrats im Kreis Adelnau, die Wegweiser, Türen, Hauptstraßen und Brücken in den preußischen schwarz-weißen Farben gestrichen und nummeriert werden sollten.<sup>1802</sup> Die fürstliche Verwaltung hatte nichts dagegen die Brücken usw. zu nummerieren, wies aber die Forderung des Landrats unhöflich ab, indem im gleichen Brief, der an die königliche Regierung in Posen gerichtet wurde, auf Unkenntnis des Landrats über die Verhältnisse im Fürstentum verwiesen wurde.<sup>1803</sup> Auf eine Antwort musste die Fürstliche Rentkammer nicht lange warten:

„Das dem in der Vorstellung, vom 12ten d.M. angeführten Umstande, daß dem Fürstentum Krotoszyn ein besonderes Wappen verliehen ist, folget keinesweges, daß die Grundfabren, jenes Wappens auf den Brükken, Wegweisern des Fürstentums angebracht werden müßen. Das Fürstentum bleibt immer den allgemeinen Landes-Polizey untergeordnet, und kann das preußische Feldzeichen von den Brükken, Wegweisern und so ferner nicht verdrängen. Das Verlangen des Landraths Adelnau-

---

<sup>1797</sup> Vgl. FTTZA, DK 20350: Schloss Krotoszyn 8. Oktober 1890.

<sup>1798</sup> Vgl. FTTZA, DK 20350: Schloss Krotoszyn 8. Oktober 1890.

<sup>1799</sup> Vgl. FTTZA, DK 20350: Schloss Krotoszyn 8. Oktober 1890.

<sup>1800</sup> Vgl. FTTZA, DK 20350: Schloss Krotoszyn 17. Januar 1911.

<sup>1801</sup> Vgl. FTTZA, DK 8389: Die Hindernisse bei Anwendung der Fürstenthums-Farbe auf den Grenzpfählen, Schloß Krotoszyn 27. Dezember 1819.

<sup>1802</sup> Vgl. FTTZA, DK 8389: Schloß Krotoszyn 27. Dezember 1819 und Abschrift, Schloß Krotoszyn 12. November 1819.

<sup>1803</sup> Vgl. FTTZA, DK 8389: Schloß Krotoszyn 12. November 1819.

er Kreises, daß Brücken und Wegweiser schwarz und weis angestrichen bleiben, finden wir ganz in Ordnung.“<sup>1804</sup>

Die Antwort war klar genug. Das Verlangen des Landrats wurde durch die preußische Regierung in Posen befürwortet und sogar gelobt, mit dem eindeutigen Verweis darauf, dass die fürstliche Verwaltung der preußischen Landespolizei untergeordnet war. Der Fürst gab sich mit der Antwort aber nicht zufrieden:

„Sr. Durchlaucht haben allerdings den Wunsch, daß Ihr Erwerb u. Besitz des neuen Fürstenthums Krotoszyn auch durch äußere Merkmale und Kennzeichen ausgedrückt, und sonach das höchst. Ihren verliehenen Wappen und dessen Farben [...] angebracht werde.

Bey diesem Wunsche bescheiden Sie sich aber recht gerne, daß Ihr Besitz von Krotoszyn die Oberlandesherrliche, und Landespolizeyliche Kennzeichen nicht stören könne, und werden sich daher seiner Zeit von der Hand darauf beschränken, daß an den Grenzen des Fürstenthums Gränz-Pfähle, mit dem Krotoszyner Wappen und Farben aufgestellt, und Ihr Besitz und Fürstenthum [...] damit bezeichnet werde.“<sup>1805</sup>

Der Fürst musste sich mit der Hoffnung wenigstens Grenzpfähle mit dem Krotoszyner Wappen und Farben in naher Zukunft aufstellen zu dürfen. Die Akten liefern jedoch keine Informationen dazu, ob es tatsächlich dazu gekommen ist. Insgesamt zeigt diese Geschichte das Verhältnis zwischen Preußen und dem Thurn und Taxis'schen Standesherr, der sich auch in solchen Angelegenheiten unterordnen musste. An dem Beispiel wird aber auch deutlich, dass das Kennzeichen von neuem Besitz für den Fürsten aus Prestige Gründen wichtig war.

Ein weiteres Problem stellte schon am Anfang der Existenz des Fürstentums Krotoszyn der Forstdiebstahl in den fürstlichen Forsten dar. Solche Delikte waren dermaßen zahlreich, dass die fürstliche Verwaltung sich gezwungen sah, die Forstgelder und Gefängnisstrafen in Forstarbeit umzuwandeln.<sup>1806</sup> Der Vollzug der Urteile für die Diebstähle in den fürstlichen Forsten wurde zunächst von 1819 bis 1822 durch das Fürstliche Friedensgericht vernachlässigt.<sup>1807</sup> Für alle diese Jahre, einschließlich 1823, wurden als Strafe Forststrafgelder an die Schuldigen erteilt, die allerdings von den Untertanen nicht bezahlt werden konnten, weil sie zu arm waren.<sup>1808</sup> So musste man z.B. alle Ansprüche auf Geldstrafen für die Forstdefraudation bis 1. September 1821 aufgeben, da die Angeklagten über gar keine geeigneten Objekte zur Exekution verfügten.<sup>1809</sup> Allein im Forstamt Krotoszyn betrugen die sog. „Forstdefraudationsreste“ vom 1. Juli 1819 bis 1. September 1821 ins-

---

<sup>1804</sup> Vgl. FTTZA, DK 8389: Abschrift. Posen 25. November 1819.

<sup>1805</sup> FTTZA, DK 8389: Regensburg 18. Januar 1820.

<sup>1806</sup> Vgl. FTTZA, DK 8474: Die Verwandlung der Forststrafgelder in Forststrafarbeit betr. 1824.

<sup>1807</sup> Vgl. FTTZA, DK 8474: Bericht der Rentkammer wegen Verwandlung der Forststrafgelder in Forststrafarbeit, Schloss Krotoszyn, 6. Juni 1824.

<sup>1808</sup> Vgl. FTTZA, DK 8474: Schloss Krotoszyn, 6. Juni 1824.

<sup>1809</sup> Vgl. FTTZA, DK 8474: Schloss Krotoszyn, 6. Juni 1824.

gesamt 2.142 Taler 16 Silbergroschen und 3 Pfennig, was 804 Fällen entsprach und vom 1. September 1821 bis 1823 691 Fällen mit Geldstrafen in Höhe von 1.878 Rt. 18 Sgr. 9 Pf.<sup>1810</sup> Die Beamten aus der Fürstlichen Rentkammer argumentierten:

„Sollte die Summe in den Rent Aemtern Krotoszyn, Rozdrazewo und Orpiszewo baar eingezogen werden, oder wenigstens soweit als sich Exekutionsmittel finden, so würden die bei den jetzigen Zeiten so sehr verarmten Unterthanen gänzlich ruinirt werden. [...] Die Armuth der Unterthanen fordert uns jedoch zur Bitte auf, in bedürftenden Fällen mit Forststrafarbeiten einschreiten zu dürfen.“<sup>1811</sup>

Die ökonomische Lage in der Region war nicht leicht. Die meisten Untertanen waren zu arm, um die Geldstrafen auf irgendwelche Weise zu bezahlen. Deshalb forderte die Fürstliche Rentkammer im Falle solcher Personen, Nachweise über ihre Armut in den fürstlichen Ämtern zu sammeln, damit die Geldstrafen nach dem neuen Gesetz in Forstarbeit umgewandelt werden konnten.<sup>1812</sup> Dies erschien aus der Sicht der Fürstlichen Rentkammer plausibel, da die Forststrafarbeit in den fürstlichen Forsten vom großen Vorteil und im fürstlichen Interesse war.<sup>1813</sup> Nach dem älteren Forstgesetz wurde ein Taler Geldstrafe in 6 Ruten Grabenarbeit umgerechnet und nach dem neuen Forststrafgesetz vom 7. Juni 1821 entsprachen 5 Taler Geldstrafe 8 Tagen Forststrafarbeit.<sup>1814</sup> Es oblag dem Forstbesitzer, ob es zur Anwendung einer Geld-, Arbeits- oder Gefängnisstrafe für die Diebstähle des Holzes kam.<sup>1815</sup> Der Fürst und seine Verwaltung entschieden nach Beurteilung der individuellen Lage über die passende Strafe. Die Forstarbeit als Äquivalent der Strafe war keineswegs eine milde Strafe, sie ermöglichte den mittellosen Tätern aber wenigstens, ihre Schulden auf solche Weise zu begleichen. Deshalb wurde die Umwandlung der Forstdiebstähle in die Forststrafarbeit für die armen fürstlichen Untertanen am 21. Juni 1824 genehmigt, zumal dies auch den damaligen gesetzlichen Vorschriften entsprach.<sup>1816</sup>

Die Armut bei den Untertanen war bereits in der Anfangszeit des Fürstentums Krotoszyn ein großes Problem, so dass sogar die königliche preußische Regierung sich des Themas annahm. Die Untersuchung wurde durch den preußischen Regierungsrat und Landrat des Kreises Adelnau, Brzozowski, am 11. April 1831 eingeleitet. Sie sollte klären, warum der Nahrungsstand der Bauern, vor allem im Woytamt Baby und im Fürstentum Krotoszyn, im Vergleich zu den anderen adeligen Güterbesitzungen, gesunken ist.<sup>1817</sup> Die preußischen Behörden wollten prüfen, ob die fürstliche Verwaltung oder die fürstlichen Pächter

---

<sup>1810</sup> Vgl. FTTZA, DK 8474: Schloss Krotoszyn, 6. Juni 1824.

<sup>1811</sup> FTTZA, DK 8474: Schloss Krotoszyn, 6. Juni 1824.

<sup>1812</sup> Vgl. FTTZA, DK 8474: Schloss Krotoszyn, 6. Juni 1824.

<sup>1813</sup> Vgl. FTTZA, DK 8474: Schloss Krotoszyn 6. Juni 1824.

<sup>1814</sup> Vgl. FTTZA, DK 8474: Schloss Krotoszyn 6. Juni 1824.

<sup>1815</sup> Vgl. FTTZA, DK 8474: Schloss Krotoszyn 6. Juni 1824.

<sup>1816</sup> Vgl. FTTZA, DK 8474: Regensburg, 21. Juni 1824.

<sup>1817</sup> Vgl. FTTZA, DK 8393: Berichte über die politischen Ereignisse daselbst und über die allgemeine Verarmung. Cholera morbus, 1830. Krotoszyn 6. Mai 1831.

hierfür die Schuld trugen.<sup>1818</sup> Der Vertreter des königlichen Regierung aus der Abteilung des Innern, Mühlbach, drohte der Fürstlichen Rentkammer, dass die preußischen Behörden, falls die Verfügungen vom 7. März und 6. April innerhalb von 8 Tagen nicht erfüllt werden und den Bauern mit Saatgetreide und Brot nicht geholfen wird, das Geld für die eingeleitete Hilfe von der Fürstlichen Rentkammer einziehen werden.<sup>1819</sup> Die Fürstliche Rentkammer verwies darauf, dass ihr die Hände gebunden waren, weil sie als Verwaltungs-Behörde nicht über ausreichend Mittel und Befugnisse verfügte, um diesem Übelzustand entscheidend entgegenzuwirken.<sup>1820</sup> Die Armut betraf vor allem die bäuerliche Bevölkerung, die auf dem Lande lebte.<sup>1821</sup> Die Fürstliche Rentkammer nannte zahlreiche Gründe, weshalb die fürstliche Herrschaft für die Verarmung der fürstlichen Untertanen im Fürstentum Krotoszyn nicht verantwortlich sei. Als im Jahre 1819 die Besitzungen im Großherzogtum Posen durch den Fürsten von Thurn und Taxis übernommen wurden, wurden sie nach den gleichen Grundsätzen verwaltet wie vor der fürstlichen Übernahme.<sup>1822</sup> Die Pächter waren kontraktmäßig dazu verpflichtet, die auf den ihnen verpachteten Gütern wohnende Menschen in Notsituationen mit Brot- und Saatgetreide zu unterstützen, weil sie laut fürstlichen Beamten nur 2/3 der Pachtsumme zahlen mussten.<sup>1823</sup> Hinzu kam die Tatsache, dass damals kaum 1/3 des durch die königliche Regierung berechneten Nettoertrags aus den Besitzungen im Fürstentum Krotoszyn erzielt werden konnte.<sup>1824</sup> Der Vorwurf, die fürstliche Verwaltung hätte zur Verarmung der Bevölkerung beigetragen, sei nicht haltbar, zumal die fürstliche Herrschaft nicht einmal den vollen Nutzen aus ihren Besitzungen gezogen hätte.<sup>1825</sup> Die Beamten aus der Fürstlichen Rentkammer Krotoszyn argumentierten weiter, dass im Vergleich das Fürstentum Krotoszyn keineswegs eine höhere Verarmungsrate aufweise bzw. sich die allgemeine Verarmung nicht allein auf die Bewohner der fürstlichen Besitzungen beschränkt.<sup>1826</sup> Weiterhin wurde darauf hingewiesen, dass die fürstliche Herrschaft sich bei der Unterstützung der Bewohner des Fürstentums lokal beteilige und sogar den nahrungslosen Eigentümern und Freileuten helfe, wozu sie nicht verpflichtet ist.<sup>1827</sup> Verantwortlich für die Verarmung der fürstlichen Untertanen sei vielmehr – so die Beamten des Fürsten – die bedeutende Erhöhung der öffentlichen Abgaben seit dem Jahr 1819, die Einrichtung der Elementarschu-

---

<sup>1818</sup> Vgl. FTTZA, DK 8393: Abschrift. Krotoszyn 6. Mai 1831 und Posen 6. Mai 1831.

<sup>1819</sup> Vgl. FTTZA, DK 8393: Abschrift. Posen 6. Mai 1831.

<sup>1820</sup> Vgl. FTTZA, DK 8393: Schloss Krotoszyn 31. März 1831.

<sup>1821</sup> Vgl. FTTZA, DK 8393: Abschrift, Schloss Krotoszyn 31. März 1831.

<sup>1822</sup> Vgl. FTTZA, DK 8393: Schloss Krotoszyn 31. März 1831.

<sup>1823</sup> Vgl. FTTZA, DK 8393: Schloss Krotoszyn 31. März 1831.

<sup>1824</sup> Vgl. FTTZA, DK 8393: Schloss Krotoszyn 31. März 1831.

<sup>1825</sup> Vgl. FTTZA, DK 8393: Schloss Krotoszyn 31. März 1831.

<sup>1826</sup> Vgl. FTTZA, DK 8393: Schloss Krotoszyn 31. März 1831.

<sup>1827</sup> Vgl. FTTZA, DK 8393: Schloss Krotoszyn 31. März 1831.

len, die durch die fürstlichen Herrschaft und Bewohner mit finanziert werden mussten sowie die Last der Besoldung der Lehrer.<sup>1828</sup>

Die Bauernbefreiung und die Realisierung der Regulierungsgesetze vom 8. April 1823 führten zur Verarmung der Bauern, da sie oft schlechtere Grundstücke im Laufe der Separation erhielten, als die, die sie mit großer Mühe gepflegt hatten, in der Hoffnung bald Eigentümer von diesem Grundstück zu werden. Dies wirkte sich natürlich nicht förderlich auf die landwirtschaftliche Produktion<sup>1829</sup> und insgesamt auf die Ernährungssituation bei der Bevölkerung aus, da sich die meisten Bewohner beispielweise aus dem Domänenamt Adelnau von Viehzucht, Schweine- und Getreidehandel ernährten.<sup>1830</sup> Grenzsperren, die gegenüber dem Königreich Polen aufgrund der polnisch-russischen Kämpfe in Zusammenhang mit dem Novemberaufstand erlassen wurden, erschwerten die wirtschaftliche Lage der Bevölkerung im Fürstentum zusätzlich.<sup>1831</sup> Hinzu kamen weitere Erschwernisse wie die Einführung der Gewerbesteuer für jeden Händler, Überschwemmungen und Missernten, vor allem in den Jahren 1829 und 1830, die zu geringen Erträgen führten und z.B. im Kreis Adelnau sogar die Viehzucht eingeschränkt hatten.<sup>1832</sup> Als weiterer Grund für die Verarmung der Bewohner im Fürstentum Krotoszyn wurde pauschalisierend ein „Hang zur Unreinlichkeit“ der örtlichen Bevölkerung konstatiert.<sup>1833</sup> Die Regulierungskosten der Bauernbefreiung wirkten sich auf die finanzielle Situation der Bauern im Fürstentum Krotoszyn negativ aus, da sie die bisherigen Eigentümer entschädigen mussten. Ein weiterer Faktor war der Mangel an Stroh und Heu. Aus dem Grund war auch die Viehzucht nicht besonders ertragreich. Gerade zu dieser Zeit aber gab es einen großen Bedarf an Futter, da angesichts der Unruhen im benachbarten Königreich Polen ein Teil des Militärs in den Kreis Adelnau und nach Krotoszyn geschickt worden ist, um dort zu stationieren. Die Soldaten mussten ihre Pferde schließlich irgendwie ernähren, was zu einem noch größeren Mangel an Stroh und Heu geführt hatte und somit auch zur größeren Verarmung der örtlichen Bauern.<sup>1834</sup> Allein bis zum 18. Dezember 1830 stieg die Anzahl der preußischen Truppen im Großherzogtum Posen um 100%, auf ungefähr 30.000 an.<sup>1835</sup>

Die fürstliche Verwaltung im Fürstentum Krotoszyn merkte auch an, dass die Regulierung der bäuerlichen Verhältnisse auf Initiative des Fürsten Karl Alexander bereits vor der Einführung der Regulierungsgesetze im Großherzogtum Posen auf fürstliche Kosten

---

<sup>1828</sup> Vgl. FTTZA, DK 8393: Schloss Krotoszyn 31. März 1831.

<sup>1829</sup> Vgl. FTTZA, DK 8393: Schloss Krotoszyn 31. März 1831.

<sup>1830</sup> Vgl. FTTZA, DK 8393: Schloss Krotoszyn 31. März 1831.

<sup>1831</sup> Vgl. FTTZA, DK 8393: Schloss Krotoszyn 31. März 1831.

<sup>1832</sup> Vgl. FTTZA, DK 8393: Schloss Krotoszyn 31. März 1831.

<sup>1833</sup> Vgl. FTTZA, DK 8393: Schloss Krotoszyn 2. Mai 1831.

<sup>1834</sup> Vgl. FTTZA, DK 8393: Abschrift, Schloss Krotoszyn 7. Mai 1831.

<sup>1835</sup> Vgl. KOZŁOWSKI, Jerzy: Wielkopolska pod pruskim zaborem w latach 1815–1918, Poznań 2006, S. 82.



durchgeführt worden war und bei der Erscheinung des Gesetzes vom 8. April 1823 zwei Ortschaften und reguliert worden waren.<sup>1836</sup> Seit 1824 wurde im gesamten Fürstentum Krotoszyn mit der Regulierung begonnen und im Jahre 1831 wurden schon sechs Dörfern reguliert.<sup>1837</sup> Die Fürstliche Rentkammer im Fürstentum Krotoszyn versuchte die Untertanen vor Verarmung zu schützen, indem Pächter, die ihre Arbeiter unterdrückt hatten, ausgewechselt wurden wie es im Falle des Amtes Rozdrażewo und Orpiszewo war.<sup>1838</sup> Die Leistungen und Abgaben wurden im Fürstentum Krotoszyn laut fürstlicher Verwaltung seit 1819 nicht erhöht.<sup>1839</sup> Die finanzielle Lage der Bewohner wurde stets mit berücksichtigt, vor allem wenn es um fürstliche Dienste und Abgaben ging und sie wurden ihnen häufig sogar ganz erlassen.<sup>1840</sup> Die Spanndienste wurden oft in Handdienste verwandelt und den Bewohner wurden oft Getreidevorschüsse ausgegeben.<sup>1841</sup> Die Hilfsleistungen der Fürstlichen Rentkammer beliefen sich jährlich auf ca. 1.000 Rthl.<sup>1842</sup> Auch durch Pflanzen von Obstbäumen, Unterstützung bei der Bestellung der Felder und durch Saatgut, Straßenbau und Wegeregulierung, vorzüglichen Bau der Gesindehäuser und fürstlichen Gebäuden, versuchte die fürstliche Verwaltung die Lage der Bevölkerung im Fürstentum Krotoszyn zu verbessern oder wenigstens zu mildern.<sup>1843</sup> Die Felder der armen Bauern im Fürstentum waren dennoch nicht ausreichend gedüngt, da die Mittel dafür fehlten. Daraus resultierte ein geringer Bodenertrag, der in der gesamten Provinz die Haupterwerbsquelle der Bevölkerung darstellte.<sup>1844</sup> Die fürstlichen Beamten stellten bezüglich der Vorwürfe, dass die Verarmung der Bewohner im Fürstentum Krotoszyn durch die fürstliche Herrschaft verursacht wurde, fest:

„Diese Behauptung verbunden mit der Thatsache, daß die bei den landrätlichen Aemtern zu Krotoszyn und Ostrowo angestellte Recherche über die Behandlung der Einsaßen durch uns – als Dominial Verwaltung – zu dem Resultat des Nichtvorhanden sein irgend einer Beschwerde führte, durfte, da es uns nicht zusteht, die Schritte der königlichen Landes Behörde befremdend zu finden uns die Beruhigung zuführen, daß es unsere Bemühungen gelungen ist, Beweise von einer theilnehmenden Dominial Verwaltung sowie deren zu geben, daß die Erreichung von wohthätigen Staatszwecken nicht minder unser ganzes Interesse umfaßt. Dieses im Allgemeinen voraus geschickt, und als Bürgschaft dafür aufgerüstet, daß nicht Mängel bestehen, deren Folgen der Nahrungsstand der Einsaßen des Fürstenthums vorherrschend, im Vergleich mit den Gutseinsaßen der Nachbarschaft bedrücken.“<sup>1845</sup>

Die Anschuldigungen gegenüber der fürstlichen Herrschaft und ihrer angeblichen schlechten Behandlung der Bewohner des Fürstentums wurden also letztendlich mit ei-

<sup>1836</sup> Vgl. FTTZA, DK 8393: Schloss Krotoszyn 7. Mai 1831.

<sup>1837</sup> Vgl. FTTZA, DK 8393: Schloss Krotoszyn 7. Mai 1831.

<sup>1838</sup> Vgl. FTTZA, DK 8393: Schloss Krotoszyn 7. Mai 1831.

<sup>1839</sup> Vgl. FTTZA, DK 8393: Schloss Krotoszyn 7. Mai 1831.

<sup>1840</sup> Vgl. FTTZA, DK 8393: Schloss Krotoszyn 7. Mai 1831.

<sup>1841</sup> Vgl. FTTZA, DK 8393: Schloss Krotoszyn 7. Mai 1831.

<sup>1842</sup> Vgl. FTTZA, DK 8393: Schloss Krotoszyn 7. Mai 1831.

<sup>1843</sup> Vgl. FTTZA, DK 8393: Schloss Krotoszyn 7. Mai 1831.

<sup>1844</sup> Vgl. FTTZA, DK 8393: Schloss Krotoszyn 7. Mai 1831.

<sup>1845</sup> FTTZA, DK 8393: Schloss Krotoszyn 7. Mai 1831.

nem klaren Argument abgewiesen. Der königliche Regierungskommissar überzeugte sich auch im Verlauf der Untersuchung, dass die Felder gut bestellt sind und es mittlerweile keine hunger- und notleidenden Einwohner im Fürstentum gibt; ähnliche Untersuchungen in den benachbarten adeligen Besitzungen führten nicht zu solchen positiven Ergebnissen. Deswegen erhielt die fürstliche Verwaltung am Ende sogar ein Lob.<sup>1846</sup> Der für die Untersuchung des Fürstentums Krotoszyn zuständige Kommissar kehrte nach Posen zurück, da er keinen Grund für ein Eingreifen sah.<sup>1847</sup> Die Fürstliche Rentkammer hatte den Kommissar zudem noch darüber unterrichtet, dass die eingeleitete Unterstützung der Bauern und notleidenden Bewohner im Fürstentum Krotoszyn bis zum 1. November 1831 verlängert werden sollte.<sup>1848</sup> Die erhaltene Abschrift des Untersuchungsberichts zeigt, dass die Vorwürfe gegenüber der Rentkammer sich am Ende als haltlos erwiesen haben und sogar das Gegenteil der Fall war, nämlich, dass die Fürstliche Rentkammer sich für die hilfsbedürftigen Bauern eingesetzt und sie in der Not unterstützt hat:

„Das Resultat der durch den Herrn Regierungs Rath Brzozowski abgehaltenen Untersuchung hat ergeben daß der Nahrungsstand der Bauern in dem Fürstenthum Krotoszyn zwar gesunken, dieser Uebelstand jedoch nicht der Verwaltungsweise der Rentkammer, sondern den Mißerndten, die in den letzten zwei Jahren stattgefunden, und andern Umständen auf welche die Rentkammer keinen Einfluß hat, zuzuschreiben ist. Wir können nicht umhin der Rentkammer dieses anzuerkennen, und derselben zugleich unsere Zufriedenheit darüber zu äußern, daß sie die hilfsbedürftigen Brod- und Saatgetreide versehen hat.“<sup>1849</sup>

Verantwortlich für Hunger und Armut der Bauern war demnach nicht die Fürstliche Rentkammer, sondern in erster Linie die Missernten sowie andere Umstände, auf die die Fürstliche Rentkammer keinen Einfluss haben konnte. Die fürstliche Verwaltung half den bedürftigen Personen auch letztendlich mit Brot- und Saatgetreide. Im Rahmen der durch die Landräte aus Krotoszyn und Ostrowo durchgeführten Untersuchung wurden auch keine Beschwerden gegenüber der fürstlichen Verwaltung seitens der Bevölkerung verzeichnet. Im Allgemeinen profitierte die fürstliche Verwaltung von sicherheitspolitischen Initiativen des preußischen Staates wie in diesem Fall, denn es war nicht in ihrem Interesse, dass in der Region, aber auch unter ihren Untertanen, Hunger und Unruhe herrscht und ebenso wenig, dass Aufstände auf das Großherzogtum Posen übergreifen, die die Sicherheitslage auch im Fürstentum Krotoszyn gefährden würden. Deshalb wurde auch die Präsenz der preußischen Soldaten im Grunde begrüßt, da sie eine Garantie für die Sicherheit der deutschen Standesherren wie Thrun und Taxis bot. Problematisch waren jedoch die finanziellen Belastungen, worauf wir im Weiteren noch ausführlich zu sprechen kommen

---

<sup>1846</sup> Vgl. FTTZA, DK 8393: Schloss Krotoszyn 26. Mai 1831.

<sup>1847</sup> Vgl. FTTZA, DK 8393: Schloss Krotoszyn 26. Mai 1831.

<sup>1848</sup> Vgl. FTTZA, DK 8393: Schloss Krotoszyn 12. Juni 1831.

<sup>1849</sup> FTTZA, DK 8393: Posen 1. Juni 1831.

werden. Insofern ist diese Quelle eine Aufnahme der Probleme der örtlichen Bevölkerung und der fürstlichen Herrschaftspraktiken um 1831.

Im Verwaltungsalltag kam es oft zu kuriosen Situationen, an denen fürstliche Bedienstete beteiligt waren. Ein solches Beispiel ist der Fall des Kanzeleigehilfen Sawade, der bei der Fürstlichen Rentkammer arbeitete. Sawade war dort seit Februar 1834 eingestellt und wurde im Rechnungs- und Verwaltungsdienst ausgebildet.<sup>1850</sup> Er wurde in den Akten als gut ausgebildet, fleißig und brauchbar bezeichnet.<sup>1851</sup> Allerdings versäumte er in der Zeit um 1844 mehrmals in sein Büro zu gehen, um zu arbeiten. Sawade wurde auch in der Stadt Krotoszyn oder auch auswärts gesehen, wo er sich dem Genuss von Alkohol hingab.<sup>1852</sup> Er wurde deshalb durch den Amtsvorstand gemahnt, versprach jedes Mal Besserung, die allerdings nur ein paar Wochen angehalten hatte.<sup>1853</sup> Die Fürstliche Rentkammer wollte ihn deshalb zum 1. April 1844 entlassen. Der Kanzeleigehilfe Sawade bat jedoch um eine letzte Chance. Der fürstliche Amtsvorstand behielt sich jedoch schriftlich vor, dass bei weiterer Abwesenheit in der Arbeit er endgültig entlassen wird, was dann auch am letzten Apriltag geschah.<sup>1854</sup> Die Beamten der Fürstlichen Rentkammer berichteten über den weiteren Werdegang von Sawade sowie über möglichen Ursache für seine Probleme im fürstlichen Dienst:

„Ein Beweis übrigens, daß er nicht ganz gesunken, sondern vom Ehrgefühl noch be-seelt ist, ist übrigens der, daß er sich sofort von hier entfernte und Unterkommen in Posen suchte, das er unsers Wissens beim königlichen Regierung gefunden hat. Dies kann ihm für sein künftiges Leben noch eine andere Richtung geben; denn wenn er als Supernumerair sich dort einige Jahre gut bewegt und seine Brauchbarkeit namentlich auch im Rechnungssache bekundet, so wird ihm eine Anstellung im königlichen Dienste dadurch bereitet, die ihm für den fürstlichen Dienst, ob wir gleich ihn nach seiner Brauchbarkeit mehrfach Berichtlich empfohlen haben, nicht in Aussicht gestellt worden ist, was ihm, da er doch schon 10. Jahre hier gearbeitet und das 27sten Lebensjahr erreicht hat, auch manchmal in traurige Stimmung versetzt und einige solche Extreme herbeigeführt haben mag.“<sup>1855</sup>

Dieses Quellenfragment beweist, dass Sawade, obwohl er 10 Jahre für die Fürstliche Rentkammer gearbeitet hatte und für die Erfüllung seiner Aufgaben gelobt worden war, niemals eine Festanstellung im fürstlichen Dienst in Aussicht gestellt worden war; eine ähnliche Vorgehensweise gegenüber Mitarbeitern wird in manchen Branchen und Institutionen bis heute gepflegt. Die Probleme von Sawade und der übermäßige Alkohol-Konsum, die sich wiederholende Abwesenheit im Büro sowie seine „traurige Stimmung“, die gegenwärtig eher als Depression bezeichnet werden würde, zogen den 27-Jährigen in

---

<sup>1850</sup> Vgl. FTTZA, DK 20093: Schloss Krotoszyn, 5. September 1844.

<sup>1851</sup> Vgl. FTTZA, DK 20093: Schloss Krotoszyn, 5. September 1844.

<sup>1852</sup> Vgl. FTTZA, DK 20093: Schloss Krotoszyn, 5. September 1844.

<sup>1853</sup> Vgl. FTTZA, DK 20093: Schloss Krotoszyn, 5. September 1844.

<sup>1854</sup> Vgl. FTTZA, DK 20093: Schloss Krotoszyn, 5. September 1844.

<sup>1855</sup> FTTZA, DK 20093: Schloss Krotoszyn, 5. September 1844.

die Krise, die schließlich zu seiner Entlassung aus der Arbeit geführt hatte. Wir erfahren auch, dass die ganze Geschichte doch noch ein glückliches Ende fand. Sawade fand eine bessere Anstellung als Supernumerair bei der preußischen Regierung, wo er sich vor allem mit den Rechnungsarbeiten beschäftigte. Dort bot sich ihm nach einigen Jahren eine realistische Möglichkeit auf eine Festanstellung im königlichen Dienst. Der Fall von Sawade beweist indirekt, dass sogar die fürstlichen Bediensteten, die nicht im fürstlichen Dienst standen, gute Chancen für eine bessere Einstellung besaßen. Wahrscheinlich galt die Fürstliche Rentkammer als guter Ausbildungsort und die fürstliche Verwaltung wurde als Arbeitgeber geschätzt. Die Beschreibung der Umstände rund um die Entlassung von Sawade aus der Kanzeleigehilfenstelle ist z.T. auch als Kritik seitens der Fürstlichen Rentkammer zu verstehen, die darauf hinweist, dass sogar gute Mitarbeiter früher oder später gehen werden, wenn sie jahrelang keine Möglichkeit auf einen beruflichen Aufstieg haben oder wenigstens auf direkte Übernahme in den fürstlichen Dienst.

Wer gute Kontakte zu den fürstlichen Beamten hatte, konnte auch auf ihre Hilfe zählen. In einem kleinen Städtchen wie Krotoszyn konnten persönliche Netzwerke innerhalb kurzer Zeit entstehen. In seinem Tagebuch schrieb der Buchbinder Bar Loebel Monasch, dass der Justizrat Müller aus dem Fürstlichen Fürstentumsgericht sein guter Kunde war.<sup>1856</sup> Er erzählte ihm von seinen Schulden und den damit verbundenen Problemen. Justizrat Müller riet ihm einen Nachweis beim Fürstentumsgericht darüber zu erbringen, dass er in der Lage sein wird, innerhalb von drei Jahren seine Schulden abzubezahlen, falls kein Gläubiger Einspruch dagegen erheben wird.<sup>1857</sup> Monasch verheimlichte allerdings Schulden in Höhe von 300 Mark, die er bei seinem Onkel aus Kalisch hatte und nannte ihn nicht als Gläubiger.<sup>1858</sup> Inzwischen brach der Novemberaufstand in Polen aus und der Sohn des gleichen Onkels von Monasch flüchtete, um zu verhindern, dass er in die Armee eingezogen wird.<sup>1859</sup> Er wohnte in der Zeit bei Monasch, verfeindete sich jedoch mit ihm. Als er über das Vorhaben seines Onkels in Bezug auf die Gläubiger beim Fürstentumsgericht erfuhr, legte er im Namen seines Vaters Einspruch gegen die Angabe der Gläubiger von Monasch im General-Moratorium im Fürstentumsgericht ein.<sup>1860</sup> Der Justizkommissar und Landgerichtsrat Brachvogel sollte ihn im Prozess gegen Monasch vertreten. Als Reaktion auf das Verhalten Monasch‘ gegenüber seinem Sohn, sandte der Onkel darauf auch die nötigen Dokumente und Vollmachten, um ihn dafür zu bestrafen. Monasch musste aus dem Grund vor Gericht klären, warum er einen Gläubiger verschwiegen hat-

---

<sup>1856</sup> Vgl. **MONASCH**, Bar Loebel: Bar Loebel Monasch 1801–1879. Lebenserinnerungen. Memoirs. Pamiętnik, Krotoszyn 2004, S. 136–137.

<sup>1857</sup> Vgl. **MONASCH**, Bar Loebel: Bar Loebel Monasch 1801–1879, S. 137.

<sup>1858</sup> Ebd., S. 137.

<sup>1859</sup> Ebd., S. 137.

<sup>1860</sup> Ebd., S. 137.

te.<sup>1861</sup> Sein mittlerweile als Freund bezeichneter Justizrat Müller war in der Moratoriumssache als sein Dezerent tätig und forderte Monasch auf, die Widersprüche des Mandatarius Brachvogel zu widerlegen.<sup>1862</sup> Er erklärte die von Brachvogel vorgelegten Dokumente für gefälscht und warf ihm vor, dass sie aus der Stadt Kalisch mitgebracht wurden, obwohl dort zu der Zeit die Cholera wütete.<sup>1863</sup> Als Justizrat Müller dies hörte, zwang er den Mandatarius, Herrn Brachvogel, zu erklären, ob die vorgelegte Dokumente und Papiere echt sind und warum sie trotz der Gefahr der Ansteckung aufgrund der Cholera-Epidemie, nicht geräuchert und gestempelt sind.<sup>1864</sup> Zugleich warf er aus Angst vor der ansteckenden Krankheit alle Papiere voller Schwung in die Ecke des Gerichtssaals.<sup>1865</sup> Da die Papiere durch die Behörden nicht sanitär geprüft und geräuchert wurden, wurde ihre Echtheit in Zweifel gezogen und jene gar als illegal behandelt.<sup>1866</sup> Brachvogel konnte dem nichts entgegensetzen.<sup>1867</sup> Der fürstlichen Justizrat Müller leitete eine Untersuchung ein und Monasch erhielt kurz darauf ein Dokument des General-Moratoriums, das kein Einspruch seitens der Gläubiger mehr vorlag.<sup>1868</sup> Er erhielt somit die Zeit, um die Schulden in drei Jahren in Ruhe abbezahlen zu können. Sicherlich wäre der Prozess ohne persönliche Beziehungen für Monasch nicht so glatt verlaufen. Er konnte auf die Unterstützung des Justizrats Müller zählen, der mit der passenden Argumentation den Ausgang des Prozesses positiv für Monasch beeinflusste.

Manche fürstlichen Beamten wollten nur ungern im Fürstentum Krotoszyn arbeiten. Dies bezeugt die Geschichte des Funktionärs, Friedrich Abt. In einem sehr emotionalen Gesuch vom 29. Januar 1848 klagte er, dass er von Regensburg aus plötzlich nach Krotoszyn versetzt werden sollte.<sup>1869</sup> Er hatte sich bereits in Regensburg eingerichtet; für seine Mietwohnung kaufte er Möbel in Höhe von 100 Gulden, da möblierte Wohnungen für ihn zu teuer waren.<sup>1870</sup> Er diente bereits über fünf Jahre als Assistent bei der fürstlichen Verwaltung und hatte die Aussicht in eine höhere Besoldungsklasse einzurücken.<sup>1871</sup> Funktionär Abt bat in seinem Gesuch die Versetzung nach Krotoszyn zu annullieren und stattdessen in Regensburg in dem Revisionsbüro bleiben zu können.<sup>1872</sup> Friedrich Abt

---

<sup>1861</sup> Ebd., S. 137.

<sup>1862</sup> Ebd., S. 137.

<sup>1863</sup> Ebd., S. 138.

<sup>1864</sup> Ebd., S. 138.

<sup>1865</sup> Ebd., S. 138.

<sup>1866</sup> Ebd., S. 138.

<sup>1867</sup> Ebd., S. 138.

<sup>1868</sup> Ebd., S. 138.

<sup>1869</sup> Vgl. FTTZA, IB 2486: Neuere Organisation der Rentkammer und Personalbesetzung btr. Vol.: I. Dez. 1847–1855 Febr. Gesuch vom Funktionär Abt, 29. Januar 1848.

<sup>1870</sup> Vgl. FTTZA, IB 2486: Gesuch vom Funktionär Abt, 29. Januar 1848.

<sup>1871</sup> Vgl. FTTZA, IB 2486: 29. Januar 1848.

<sup>1872</sup> Vgl. FTTZA, IB 2486: 29. Januar 1848.

sollte in Krotoszyn als Kontrolleur arbeiten, was er allerdings nicht wollte, was er auch ausdrücklich betonte:

„Durch diese sogenannte Beförderung wäre ich nur mit verändertem Zutat ohne man Verschulden ganz in meine frühere Stellung zurückgewesen, indem ein Controlleur dieselben Dienstverrichtungen, wie ein Assistent hat, [...] durch die Nachricht von meiner Versetzung nach Krotoszyn wurde ich der Verzweiflung auch gebracht, habe alle Lust am Leben verloren, fühle mich in höchsten Grade unglücklich, und wäre in meinem gänzlich deprimierten Zustande selbst bei dem Bezuge des doppelten und dreifachen Einkommens nicht im Stande, auch nur den geringsten Theil von dem zu leisten, was mit Recht von mir erwartet werden könnte; es sträubt sich meine ganze Natur dagegen, unter Menschen zu leben, die von Natur aus hinterlistig und falsch sind, deren Lebensweise ich mir zu Augen machen müßte, und welche mich sicher zu Grunde richten würde.“<sup>1873</sup>

Seine Argumente sind klar dargestellt. Er hätte die Chance auf einen schnellen Aufstieg in der Pyramide der fürstlichen Verwaltung verloren. Das Leben hatte für ihn ab jetzt wenig Wert und ein Gefühl des Unglücks erfüllte ihn. Er fürchtete auch seine Heimat zu verlassen und in ein für die damaligen Verhältnisse weit entferntes Fürstentum Krotoszyn, das sich im polnisch dominierten und geprägten Großpolen befand, ziehen zu müssen. Außerdem hatte er eine sehr negative und abschätzende Meinung über die dort lebenden Menschen. Sie seien „hinterlistig und falsch“, was seiner Natur überhaupt nicht entsprach. Als eine mögliche Ursache für diese Geringschätzung und verachtende Einstellung mögen die Unruhen aus den Jahren 1846–1848 gewesen sein, die sicherlich in Regensburg bekannt waren. Die fürstlichen Beamten, die die Berichte aus dem Fürstentum Krotoszyn lasen, wussten über alle Details Bescheid und verbreiteten womöglich verängstigende Nachrichten unter ihren Kollegen. Potenzielle Unruhen in verschiedenen Ländern oder Regionen schrecken schließlich noch heute ab. Mag also sein, dass die aktuelle politische Situation das Bild unseres Beamten geprägt hat, zumal jene Befürchtungen im gleichen Jahr durch den Ausbruch des Aufstandes in Großpolen bestätigt wurden, der von März bis Mai 1848 dauerte. Die Provinz Posen war darüber hinaus in Preußen nicht besonders beliebt und hatte unter den Deutschen einen schlechten Ruf.<sup>1874</sup> Der Einspruch brachte keinen positiven Bescheid. Letztendlich musste unser Funktionär Abt die Stelle als Kontrolleur in Krotoszyn antreten. Man muss jedoch gestehen, dass die Bedingungen, die dem Beamten Abt angeboten wurden, relativ günstig waren. Sie dienten sicherlich als Anreiz für die bayerischen und sonstigen auswärtigen Beamten. Er wurde ab dem 18. April 1848 im Fürstentum Krotoszyn eingestellt und bekam für die Stelle eines Kontrolleurs bei der Rentkammer Krotoszyn 500 Taler Besoldung, 375 Taler Ortszulage, 6 Klafter Brennholz (im Wert von ca. 25 Taler) und 70 Taler Wohnungszulage sowie Tantieme, die

---

<sup>1873</sup> FTTZA, IB 2486: 29. Januar 1848.

<sup>1874</sup> Vgl. NEUBACH, Helmut: Posen, Preussens ungeliebte Provinz. Kritische Stimmen über eine deutsch-polnische Grenzregion, in: NEUGEBAUER, Wolfgang, KROLL, Frank-Lothar (Hg.), Forschungen zur Brandenburgischen und preußischen Geschichte. Neue Folge, Bd. 25, Heft 1, Berlin 2015, S. 111–130.

ca. 350 Taler pro Jahr betragen hatten.<sup>1875</sup> Insgesamt waren es also jährlich ca. 1320 Taler.

Dennoch wurde er gerademal ein Jahr später auf seine Bitte um Urlaubsbewilligung und Versetzung hin wieder im inneren Dienste als Revisor eingestellt.<sup>1876</sup> Sein neuer Arbeitsplatz befand sich in seinem ersehnten Regensburg im Revisionsbüro der Domänen-Ober-Administration, wo er seit April 1849 arbeitete.<sup>1877</sup> Laut Bericht der Fürstlichen Rentkammer sollte sein Nachfolger mit den Landesverhältnissen, der preußischen Landesgesetzgebung bekannt und der Sprache mächtig sein.<sup>1878</sup> Bevorzugt wurden preußische Staatsdiener oder Staatsdienst-Kandidaten.<sup>1879</sup> Dies deutet auf eine allgemeine Problematik mit der Einstellung von qualifizierten Beamten im Fürstentum Krotoszyn hin. Im gleichen Rapport wird dies folgendermaßen begründet:

„Die bisherigen Erfahrungen lehren, daß Besetzung der Beamten-Stelle bey der Rentkammer Krotoszyn, durch Ausländer eben nicht zu dem gnädigsten Erfolge berechtige, indem diese ihrer allenfalligen Bestimmungen dahin ursprünglich schon unlieb folgen, dann aber bald durch Mißmuth und Unzufriedenheit oder durch die Schwierigkeit der Eingewöhnung und Acclimatisirung in eine Lage gebracht werden, die ihnen eine prompte Pflichterfüllung äusserst erschwert oder ganz unmöglich macht.“<sup>1880</sup>

Wir erfahren, dass der fürstliche Beamte Abt keine Ausnahme war. Die Fürstliche Rentkammer hatte bereits öfter Probleme mit „Auswärtigen“, die nicht aus der Provinz Posen bzw. Preußen stammten. Sie orientierten sich kaum in den regionalen Verhältnissen und wollten dies auch nicht ändern, da sie die Einberufung in den fürstlichen Dienst im auswärtigen Fürstentum Krotoszyn als eine Strafe empfanden. Deswegen gab es auch bei solchen Kandidaten Probleme mit der Akklimatisierung in der neuen Umgebung. Teilweise kann man eine solche Haltung und die damit verbundenen Schwierigkeiten, die sich auf die Qualität der Arbeit auswirkten, durch die Orientierung an verbreiteten Vorurteilen und durch fehlendes Wissen aus der alltäglichen Praxis erklären. Es ist dann natürlich einfacher zur solchen vereinfachenden Muster zur greifen und die Informationen aufzunehmen, die populär sind, wenn man kein Hintergrundwissen hat. Außerdem spielten solche Faktoren wie Heimweh nach Familie und Freunden und regionale Verbundenheit hier auch keine unwichtige Rolle. Wie viele fürstliche Beamte Probleme mit dem Dienst im Fürstentum Krotoszyn hatten, sei dahingestellt. In den Quellen finden sich keine Statistiken darüber. Die erwähnten Gründe führten jedoch dazu, dass für die Beamtenposten in Krotoszyn Kandidaten aus der Region bevorzugt wurden, da sie die herrschende Ver-

---

<sup>1875</sup> Vgl. FTTZA, IB 2486: Personalverhältnisse/Personalaufbau im Rentkammer Krotoszyn im Juli 1851.

<sup>1876</sup> Vgl. FTTZA, IB 2486: Regensburg 11. August 1848.

<sup>1877</sup> Vgl. FTTZA, IB 2486: Personalverhältnisse/Personalaufbau im Rentkammer Krotoszyn im Juli 1851.

<sup>1878</sup> Vgl. FTTZA, IB 2486: Regensburg 11. August 1848.

<sup>1879</sup> Vgl. FTTZA, IB 2486: Regensburg 11. August 1848.

<sup>1880</sup> FTTZA, IB 2486: Regensburg 11. August 1848.

hältnisse in der Bevölkerung, die gesetzliche Lage in Preußen und im Vergleich zu den bayerischen Kandidaten für den fürstlichen Dienst in Großpolen nicht selten auch die polnische Sprache kannten oder sie wenigstens auf kommunikativem Niveau beherrschten, was im alltäglichen Geschäftsgang während der gesamten Existenz des Fürstentums Krotoszyn unabdingbar war.

Für den Verwaltungsalltag war es von großer Bedeutung, die Realia des preußischen Staates zu kennen. Die Stellung der fürstlichen Beamten im Fürstentum Krotoszyn gegenüber den preußischen Behörden war nämlich zweit- wenn nicht drittrangig. Dies veranschaulicht sehr bildlich ein Bericht aus dem Jahre 1863:

„Welche auffallende Gewalt die preußische Gesetzgebung von je her den administrativ Behörden eingeräumt hat, deren oberster Vertreter in jedem Kreise ein Landrath ist, bedarf keiner näheren Erörterung. Ein gutes Einvernehmen mit Letzterem ohne der eigenen Stellung zu vergeben, erleichtert die rentkammerlichen Geschäfte und mit dem hochfürstlichen Areal, dahier durch öfter Ausgaben vermieden werden daran Erstattung später im Rechtswege sehr schwer zu erlangen ist, weil im zweifelhaften Falle, wie die Erfahrung lehrt, gegen das Domainen entschieden wird.“<sup>1881</sup>

Die gesetzliche Stellung der fürstlichen Verwaltung in Preußen war eine untergeordnete. Der jeweilige Kreislandrat galt als oberster Vertreter der preußischen Behörden im Kreise. Deswegen bemühten sich die fürstlichen Beamten um möglichst beste Kontakte mit den Landräten im Kreis Adelnau und Krotoszyn. Dies vereinfachte vielseitig die alltäglichen Geschäftsprozesse im Fürstentum Krotoszyn und forderte die Interessen des Fürsten in unterschiedlichen Angelegenheiten. Die Entscheidungen fielen dann auch günstiger für die fürstliche Herrschaft aus, vor allem wenn es sich um zusätzliche Ausgaben handelte, z.B. in Streitsachen, die die fürstlichen Gewinne reduzierten. Problemfälle konnten durch gutes Einvernehmen mit dem Landrat relativ einfach vermieden oder wenigstens reduziert werden. Wenn allerdings ein Rechtsweg eingeschlagen wurde, hatte die fürstliche Seite in einem Prozess gegen die preußische Behörde prinzipiell keine Chance, da regelmäßig in solchen Fällen gegen die Fürstliche Rentkammer entschieden wurde. Die fürstliche Meinung und Stellungnahme im Fürstentum Krotoszyn wurde durch die preußische oft auch missbilligt.<sup>1882</sup> Ihrer Position wurde lediglich ein provinzieller Charakter und eine entsprechende Kompetenz beigemessen.<sup>1883</sup>

---

<sup>1881</sup> Vgl. FTTZA, IB 2487: Neuere Organisation der Rentkammer und Personalbesetzung btr. Vol.: II. 1855–1881. Bericht der Fürstlichen Rentkammer aus dem Jahre 1863.

<sup>1882</sup> Vgl. FTTZA, IB 2487: Bericht der Fürstlichen Rentkammer aus dem Jahre 1863.

<sup>1883</sup> Vgl. FTTZA, IB 2487: Bericht der Fürstlichen Rentkammer aus dem Jahre 1863.



## *Fürstliche Verwaltung in Krisensituationen*

Krisensituationen bewegten die fürstliche Verwaltung zu außergewöhnlichen Handlungen und Maßnahmen. Als Beispiele kann man hier den sog. Novemberaufstand im benachbarten Königreich Polen und die Unruhen aus den Jahren 1846–1848 im Großherzogtum Posen, die durch die Hungersnöte und deutsch-polnische Kämpfe in dieser Zeit in Großpolen verursacht wurden, nennen. Außerdem eskalierte die Lage in der Provinz Posen in der Zeit des Kulturkampfes, wodurch sich die nationalen Antagonismen sowie die Konkurrenzfaktoren im politischen und wirtschaftlichen Leben verschärften.

Der in der Nacht vom 29. zum 30. November 1830 ausgebrochene Aufstand in dem benachbarten Königreich Polen, der bis zum 21. Oktober 1831 andauerte, fand bald seinen Widerhall im Fürstentum Krotoszyn. Man fürchtete, dass die Aufstände auch das Gebiet des Großherzogtums Posen erfassen könnten und dies nicht nur aus dem Grund, dass Großpolen polnisch geprägt war, sondern auch, weil mittlerweile tausende Polen die Grenze zwischen dem Großherzogtum Posen und dem Königreich Polen überschritten hatten, um für die polnische Unabhängigkeit gegen die russische Oberherrschaft zu kämpfen. Dies betraf sogar die fürstlichen Beamten. So war z.B. der Exekutor des Fürstentumsgerichts, Józef Jan Skibiński (bzw. Joseph Johann Skibiński), ein Adeliger aus Kleinpolen, am 29. April 1831 heimlich in das Königreich Polen geflüchtet, um für die Unabhängigkeit seines Landes und seiner Landsleute zu kämpfen.<sup>1884</sup> Er ließ dabei seine Ehefrau und Kinder zurück.<sup>1885</sup> Am 13. Mai meldete sich Skibiński beim Fürstentumsgericht mit einem emotionalen Schreiben aus der benachbarten Stadt Kalisz (dt. Kalisch) in Königreich Polen an den Fürsten, worin er erklärte, dass er auf sein Amt als fürstlicher Exekutor verzichtet, weil er mit seinen Landsleuten für ein unabhängiges Polen kämpfen muss.<sup>1886</sup> Er schrieb:

„[...] Mein Loos ist jetzt geworfen, und ich weis nicht, wohin, in welche Himmelsgegend der Wind es tragen wird. Sey dem wie ihm wolle, so bin ich das jetzt fast entschlossen, um den Feind zu vernichten, den letzten Blutstropfen für Pohlens Freiheit zu vergießen. – Auf die Nachricht: daß ich noch einmal den Säbel ergriff, wird wohl Ein Hochlöblicher Collegium gewiß denken: Skibinski ist toll geworden, indem er diesen Schritt gethan hat.

Es schadet jedoch nichts; Skibinski war es leicht für den Dienst Sr. Durchlaucht des Fürsten ein Bein zu brechen, ihm wird es auch nicht schwierig seyn für eigenes Vaterland das Leben zu verlieren. Dieses giebt doch mit der Zeit eine bessere Belohnung, als Sr. Durchlaucht der Fürst gab, da von Seiten des Letzteren mir nur eine

---

<sup>1884</sup> Vgl. FTTZA, DK 7660: Die Fürstenthums-Executoren betr. 1824–1832, Kalisz 13. Mai 1831 und Krotoszyn 3. Juli 1831.

<sup>1885</sup> Vgl. FTTZA, DK 7660: Kalisz 13. Mai 1831 und Krotoszyn 3. Juli 1831.

<sup>1886</sup> Vgl. FTTZA, DK 7660: Kalisz 13. Mai 1831 und Krotoszyn 3. Juli 1831.

Entschädigung von 20. Rthl. vergönnt war, während mich der Fall 300 Rthl. kostete. [...]

Er [Fürstentumgericht-Direktor Rosenkranz, Anm. d. Verf.] hat mich vergeßen, er hat vergeßen, daß ich Familie habe, daß ich eine anständige, dem Verhältniße angemessenen Unterhaltung bedurfte. – Er hat mir 120 Rthl. als Gehalt ausgesetzt, und mir auch die Sportel zugesichert, bald aber als das Friedensgericht später die Defraudations Geschäfte abgenommen hat, ließ er mich 5. Meile für 5. Sgr. zu Fuße gehen. Dazu sah ich mich auch genöthigt, weil ich nicht im Stande war, mir zu diesem Zwecke ein Pferd zu halten.

Wenn ich das Collegium um Festsetzung eines Thalers meiner Gebüren bat, so begnügte sich desselbe mir 5. oder 10. Sgr. festzusetzen; handelte sich aber um Festsetzung einer Strafe, so war es gleich 1. u. 2. Rthl. bis 10. Rthl. aus einer Session. War die Festsetzung meiner Gebühren erfolgt, so würde auch die Eintragung ins Hypothekenbuch gleich verfügt, und du, Herr Executor, friß Steine mit Deiner Familie.

– Solche Aemter waren dem Polen zu Theil; – gab nun die ein Amt so geschah dies um den andere zu drücken – um noch eher dasselbe die zu entreißen, da 20. Brandenburger darauf schon warteten. [...] Man beurtheilte mich schief, man verachtete und verabscheute mich als Executor, weil man nicht wußte wer ich war, und aus welcher Familie ich herstamme.“<sup>1887</sup>

Skibiński nahm hier Bezug auf seinen Unfall während der Arbeit am Fürstlichen Fürstentumsgericht. Er brach sich am 19. Dezember 1826 dort das Bein und erhielt während seiner Genesung als fürstlicher Exekutor nur 8 Rthl. 10 Sgr. monatlich als fixes Gehalt ohne Tantiemen für Gebühren (die sog. Sporteln<sup>1888</sup>), da er nicht arbeiten konnte und durch einen Stellvertreter im Amt vertreten werden musste.<sup>1889</sup> Normalerweise erhielt Skibiński 120 Rthl. jährlich, hinzu kamen Tantiemen für Gebühren z.B. für die Festsetzung einer Strafe.<sup>1890</sup> In dem Brief beschwerte er sich zudem darüber, dass er das Collegium des Fürstentumsgerichts früher auch darum gebeten hatte, die Gebühren, die er pro Festsetzung einer Strafe eingehalten konnte, auf einen Taler zu erhöhen. Das Collegium gestand ihm nämlich nur 5 oder 10 Sgr. pro Gebühr zu, während das Fürstentumsgericht selbst hieran 1–10 Thaler pro Gerichtssession einbehielt.<sup>1891</sup> Skibiński lebte also bereits in bescheidenen Verhältnissen im selbstgebauten Haus mit etwas Ackerfläche; der Arbeitsunfall und der damit verbundene Gehaltsausfall stieß ihn in eine Notlage, da er kein Geld und eben auch keine Rücklagen für den Unterhalt seiner Frau, seiner 5 kleinen Kinder und für die Kur- und Medizinkosten hatte.<sup>1892</sup> Dabei lobte ihn der Direktor des Fürsten-

<sup>1887</sup> FTTZA, DK 7660: Deutsche Übersetzung des Briefes von Skibinski, Kalisz 13. Mai 1831.

<sup>1888</sup> Sporteln – bei den Juristen, diejenigen Gebühren, welche die klagenden Parteien den Gerichtsverwaltern für Ihre Bemühungen entrichten. Überhaupt alle Gebühren welche für Ausfertigung der Bescheide, Confirmation, Dispensationen etc. entrichtet werden. Vgl. KRÜNITZ, Johann Georg: Oekonomische Enzyklopädie (1773–1858), im WWW unter URL: <http://www.kruenitz1.uni-trier.de/xxx/g/kg01258.htm> (Stand: 08.05.2017).

<sup>1889</sup> Vgl. FTTZA, DK 7660: Krotoszyn 15. März 1827.

<sup>1890</sup> Vgl. FTTZA, DK 7660: Kalisz 13. Mai 1831.

<sup>1891</sup> Vgl. FTTZA, DK 7660: Kalisz 13. Mai 1831.

<sup>1892</sup> Vgl. FTTZA, DK 7660: Krotoszyn 15. März 1827.

tumsgerichts, Rosenkranz als einen sparsamen, ergebenen Beamten, der seine Dienste ordentliche erfüllte.<sup>1893</sup> Rosenkranz betonte auch, dass Skibiński zurückgezogen lebte und der Unfall nicht durch seine Schuld verursacht worden war.<sup>1894</sup> Skibiński wurde daraufhin eine fürstliche Unterstützung in Höhe von 20 Rthl. gewährt, während er 300 Rthl. für die medizinische Versorgung ausgegeben hatte. Außerdem merkte er an, dass er in der Arbeit beim Fürstentumsgericht als fürstlicher Exekutor Mobbing erlebt hatte und unter anderem verabscheut bzw. ungerecht behandelt wurde. Der Brief von Skibinski wurde durch den Fürstentumsgericht-Direktor Rosenkranz in einem Schreiben nach Regensburg, in dem er Stellung zur Gesamtsituation und den Vorwürfen gegenüber dem Collegium des fürstlichen Gerichts Stellung nahm, als „freche Vorstellung“ bezeichnet.<sup>1895</sup> Rosenkranz warf Skibinski zudem vor, dass er in der Arbeit seit Jahren in erster Linie durch „Unfleiß und Mangel an Ordnungsliebe“ aufgefallen war und das trotz zahlreicher Strafbefehle und Ermahnungen seitens des fürstlichen Gerichtscollegiums.<sup>1896</sup> Interessanterweise wurde Skibinski jedoch in der Vergangenheit noch ausdrücklich gelobt. Tatsächlich wusste die Leitung des Fürstentumsgerichts ganz genau, dass der Lohn für die Stelle eines fürstlichen Exekutors zu gering war. Der Fürstentums-Direktor Rosenkranz schrieb:

„Ich ließ es meine erste Sorge seyn, mich nach einem trugerischen und kautions-säsi-gen Subjekte umzusehen, welches den Exekutorposten interimistisch und blos gegen den Gewiß der gesetzlichen Gebühren, oder eventualiter zwar gegen das Gehalt, doch auf ungewisse Zeit zu übernehmen bereit wäre.

Dieser Versuch ist aber ganz fehlgeschlagen, denn das Nebeneinkommen ist so äußerst gering, daß Niemand davon leben kann, und auf tempovolle Anstellung bei einen Posten, der im besten Falle nur kümmerlichen Lebensunterhalt gewährt, und keine Ersparniße gestattet, will ich auch Niemand einlassen.“<sup>1897</sup>

Skibiński kämpfte im Novemberaufstand als Premier-Lieutenant der 2ten Eskadron des 2ten Ulanen Regiments der Kalischer Wojewodschaft.<sup>1898</sup> Ein weiteres Beispiel für einen Kämpfer aus Krotoszyn ist Wojciech Langiewicz, Vater des zukünftigen Anführers des Januaraufstandes<sup>1899</sup> in Kongresspolen Marian Langiewicz (1827–1887).<sup>1900</sup> Er diente als

---

<sup>1893</sup> Vgl. FTTZA, DK 7660: Krotoszyn 15. März 1827.

<sup>1894</sup> Vgl. FTTZA, DK 7660: Krotoszyn 15. März 1827.

<sup>1895</sup> Vgl. FTTZA, DK 7660: Krotoszyn 3. Juli 1831.

<sup>1896</sup> Vgl. FTTZA, DK 7660: Krotoszyn 3. Juli 1831 und FTTZA, DK 7660: Krotoszyn 15. März 1827.

<sup>1897</sup> Vgl. FTTZA, DK 7660: Krotoszyn 3. Juli 1831.

<sup>1898</sup> Vgl. FTTZA, DK 7660: Kalisz 13. Mai 1831.

<sup>1899</sup> Es sind insgesamt mindestens 50 Personen aus dem Kreis Krotoszyn historisch nachweisbar, die im Januaraufstand 1863–1864 gekämpft haben. Sie stammten aus verschiedenen Bevölkerungsschichten. Auch zahlreiche Freiwillige aus dem Kreis Adelnau kämpften im Januaraufstand mit. In Frage kommen 58–124 Personen (davon 58 allein aus der preußischen Armee). Inwieweit sie sich an den Kämpfen tatsächlich beteiligt haben, konnte allerdings bisher anhand der Quellen nicht nachgewiesen werden. Auf die materielle Hilfe und Beteiligung der polnischen Bevölkerung im Januaraufstand reagierte die preußische Regierung mit Repressionen, Machtdemonstration und Einschüchterung. Im Kreis Adelnau und in der Stadt Adelnau marschierten beispielsweise die preußischen Truppen ein, sie durchsuchten die Häuser, konfiszierten polnische Bücher und Schriften und verhafteten sogar einige Bewohner. Vgl. HADRYCH, Paweł: *W czasach pruskich (1793–1918)*, S. 203, OLSZANOWSKI, Franciszek, WALKOW, Rafał: *Bedeker Odolanowski*, S. 134–135 und DYMACEZ, Eugeniusz: *Monografia Odolanowa, Odolanów 2003*, S. 112.

Arzt bei der preußischen Armee in Krotoszyn und kämpfte im Novemberaufstand mit.<sup>1901</sup> Außerdem wird die Zahl der freiwilligen Kämpfer aus dem Kreis Adelnau auf ca. 74 Personen, vor allem Bauern und Jugendliche, geschätzt; davon stammten die meisten Personen aus der Stadt Ostrowo (poln. Ostrów Wielkopolski).<sup>1902</sup> Die Zahl der Bauern, die die Grenze zum Königreich Polen überschritten hatten, um im Novemberaufstand zu kämpfen, erhöhte sich wesentlich mit den Einberufungen in die preußische Landwehr.<sup>1903</sup> Insgesamt überschritten ca. 3.000 Freiwillige aus dem Großherzogtum Posen die Grenze und kämpften im Novemberaufstand im Königreich Polen gegen die russischen Truppen.<sup>1904</sup> Darunter waren 1.355 Deserteure aus der preußischen Armee und 1.629 zivile Personen aus der Bevölkerung.<sup>1905</sup> Unter den Zivilisten befanden sich beispielweise ca. 450 Handwerker, 547 Gutsherren samt Gutsmitarbeitern, 322 Bauern, 255 Angehörigen der Intelligenz und der Freiberufe (davon 100 jugendliche Schüler).<sup>1906</sup> Das Großherzogtum Posen galt als Versorgungsbasis der Aufständischen mit Waffen, Munition, Ausrüstung und Essen, die durch die Spenden der Polen aus der Region finanziert wurden.<sup>1907</sup>

Angesichts der Unruhen und Kämpfe in benachbarten Königreich Polen, unternahm man Vorsichtsmaßnahmen. Geld, das sich in der Hauptkasse der Fürstlichen Rentkammer befand, genau 13.450 Taler, wurde durch den Kammer-Direktor nach Breslau abtransportiert, ähnlich wie sonstige Zahlungen.<sup>1908</sup> Die fürstlichen Beamten und Pächter wurden zudem mündlich dazu aufgefordert, sowohl in eigenem als auch im fürstlichen Interesse, die Bevölkerung human und besonnen zu behandeln.<sup>1909</sup> Laut dem genannten Bericht der Fürstlichen Rentkammer gelang es nur durch den Befehl der Provinzial-Behörden die Anwendung von Strafen zu vermeiden, was dazu führte, dass die Bevölkerung die administrativen Anordnungen befolgt hatte und ein Ausbruch des Aufstandes im Großherzogtum Posen vermieden werden konnte.<sup>1910</sup> In dem Bericht wurde ebenso auf die Einberufung der gesamten Reservesoldaten sowie die kommende Aushebung der Landwehr eingegangen. Man verstand, dass dadurch einerseits die Gefahr einer Verbreitung des Aufstandes auf das Großherzogtum Posen abgewendet werden konnte, andererseits wurde darauf verwiesen, dass dies zu einem Mangel an Arbeitern führte, was sich wiederum nega-

---

<sup>1900</sup> Vgl. **HADRYCH**, Paweł: *W czasach pruskich (1793–1918)*, S. 200.

<sup>1901</sup> Ebd., S. 200.

<sup>1902</sup> Vgl. **DYMACZ**, Eugeniusz: *Monografia Odolanowa*, S. 106.

<sup>1903</sup> Ebd., S. 107.

<sup>1904</sup> Vgl. **KIWERSKA**, Jadwiga: *Pod pruskim zaborem*, in: *Kobylińskie Towarzystwo Kulturalne (Hg.), Ziemia Kobylińska*, Kobylin 2009, S. 85–135; S. 100.

<sup>1905</sup> Vgl. **KOZŁOWSKI**, Jerzy: *Wielkopolska pod pruskim zaborem w latach 1815–1918*, Poznań 2006, S. 82.

<sup>1906</sup> Ebd., S. 82.

<sup>1907</sup> Vgl. **KIWERSKA**, Jadwiga: *Pod pruskim zaborem*, S. 100.

<sup>1908</sup> Vgl. FTTZA, DK 8393: *Berichte über die politische Ereignisse daselbst und über die allgemeine Verarmung. Cholera morbus*, 1830. Schloss Krotoszyn 29. Dezember 1830.

<sup>1909</sup> Vgl. FTTZA, DK 8393: *Schloss Krotoszyn* 29. Dezember 1830.

<sup>1910</sup> Vgl. FTTZA, DK 8393: *Schloss Krotoszyn* 29. Dezember 1830.

tiv auf die Produktion in der Landwirtschaft auswirkte.<sup>1911</sup> Außerdem stationierte in der Stadt Krotoszyn eine starke Garnison; sogar im Schloss Krotoszyn wurden die Soldaten einquartiert.<sup>1912</sup> Die Einquartierung der preußischen Offiziere mit ihrem Gefolge aus dem V. Armeekorps fand im Schloss Krotoszyn vom 16. Dezember 1830 bis zum 11. November 1831 statt.<sup>1913</sup> Die Einquartierung der Soldaten erfolgte auch beispielweise vom 14. bis zum 18. Februar 1831 im fürstlichen Forsthaus Friedrich-Wilhelmshain.<sup>1914</sup> Das Gebäude war mit einem Unteroffizier, einem Husar und 13 Pferden belegt.<sup>1915</sup> Die verursachten Kosten beliefen sich auf 2 Rthl. 18 Sgr. 6 Pf.<sup>1916</sup> Dadurch entstanden in dieser Zeit Kosten für die fürstliche Schlossverwaltung für Heizung, Verpflegung, Beleuchtung, Bedienung und Miete für die Betten.<sup>1917</sup> Ein Teil der Einquartierungskosten in einer Höhe 279 Rthl. 5 Pf. konnte durch die preußische Staatsregierungen aus der sog. Service-Kasse erstattet werden.<sup>1918</sup> Der Rest in einer Höhe von 483 Rthl. 11 Sgr. 6 Pf. wurde durch die fürstliche Schlossverwaltung Krotoszyn bezahlt.<sup>1919</sup> Die fürstliche Verwaltung tat das ungern und überprüfte die Befreiungsmöglichkeiten von diesen Ausgaben, allerdings erfolglos.<sup>1920</sup> Insgesamt notierte man im Jahre 1831 einen Anstieg der preußischen Soldaten im Großherzogtum Posen, so dass ihre Zahl auf 80.000 geschätzt wurde.<sup>1921</sup>

Gegen Ende des Novembераufstandes rückte die durch die russischen Soldaten ins Königreich Polen gebrachte Cholera-Epidemie immer näher an das Großherzogtum Posen und somit auch an das Fürstentum Krotoszyn heran.<sup>1922</sup> Die fürstlichen Beamten überwachten aus dem Grund die Entwicklung der Epidemie in der Region mit großer Aufmerksamkeit. Am 2. Mai 1831 wurden erste Cholera-Erkrankungen bei Kutno, in Königreich Polen, das sich in 18 Kilometer Entfernung von Krotoszyn befand, gemeldet.<sup>1923</sup> Bis zum 22. August 1831 führte die Cholera allein in Posen zu 619 Erkrankungen, wovon 366 Personen starben, darunter ein prominenter Militär Feldmarschall, namentlich August Neidhardt von Gneisenau (1770–1831).<sup>1924</sup> Er starb am 23. August 1831 in Posen.<sup>1925</sup> Am 30. August

---

<sup>1911</sup> Vgl. FTTZA, DK 8393: Schloss Krotoszyn 29. Dezember 1830.

<sup>1912</sup> Vgl. FTTZA, DK 8393: Schloss Krotoszyn 29. Dezember 1830.

<sup>1913</sup> Vgl. FTTZA, IB 2607: Einquartierung im fürstl. Schloß zu Krotoszyn betr. – Bewirtungskosten, Festlichkeiten, 1831–1870, Regensburg, 14. Juli 1832.

<sup>1914</sup> Vgl. FTTZA, DK 20021: Militair Einquartierung. Die Quartierstragung im Schloße zu Krotoszyn bet. 1831. Schloss Krotoszyn 10. März 1831.

<sup>1915</sup> Vgl. FTTZA, DK 20021: Schloss Krotoszyn 10. März 1831.

<sup>1916</sup> Vgl. FTTZA, DK 20021: Schloss Krotoszyn 10. März 1831.

<sup>1917</sup> Vgl. FTTZA, IB 2607: Regensburg 14. Juli 1832.

<sup>1918</sup> Vgl. FTTZA, IB 2607: Regensburg 29. Juli 1832.

<sup>1919</sup> Vgl. FTTZA, IB 2607: Regensburg 14. Juli 1832 und 29. Juli 1832.

<sup>1920</sup> Vgl. FTTZA, IB 2607: Regensburg 14. Juni 1832.

<sup>1921</sup> Vgl. FTTZA, IB 2607: Regensburg 14. Juni 1832.

<sup>1922</sup> Vgl. DETTKE, Barbara: Die Asiatische Hydra. Die Cholera von 1830/31 in Berlin und den preußischen Provinzen Posen, Preußen und Schlesien (= Veröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin, Bd. 89), Berlin 1995, S. 58–64.

<sup>1923</sup> Vgl. FTTZA, DK 8393: Schloss Krotoszyn 2. Mai 1831.

<sup>1924</sup> Vgl. FTTZA, DK 8393: Schloss Krotoszyn 29. August 1831.

<sup>1925</sup> Vgl. KOZŁOWSKI, Jerzy: Wielkopolska pod pruskim zaborem w latach 1815–1918, Poznań 2006, S. 81.

1831 erhöhte sich die Zahl der Erkrankten allein in Posen auf 739 Personen und der Todefälle auf 440.<sup>1926</sup> Insgesamt dauerte die Cholera-Epidemie in der Provinz-Hauptstadt Posen 138 Tage vom 14. Juli bis zum 28. November 1831. Dabei starben insgesamt 529 von den insgesamt 879 Erkrankten.<sup>1927</sup> Die Nachrichten über die Besetzung der Stadt Kalisz, nah an der Grenze zum Großherzogtum Posen, durch die russischen Truppen und die sich abspielenden Gräueltaten in Warschau, die an der Zivilbevölkerung verübt wurden, erreichten mittlerweile auch die fürstlichen Beamten.<sup>1928</sup> Das Ende des Novemberaufstandes näherte sich seinem bitteren Ende. Im Bericht der Fürstlichen Rentkammer über das Ausbreiten der Epidemie vom 5. September wurde gemeldet, dass die Stadt Krotoszyn und das Fürstentum Krotoszyn von der Cholera bis dahin unberührt geblieben waren.<sup>1929</sup> Trotz besonderer Maßnahmen wie Quarantäne von Menschen, die aus Polen kamen, das Räuchern aller Gegenstände, dem anschließenden Stempeln aller Schriftstücke, Sachen oder Briefe durch das Sanitätsamt, erreichte die Cholera-Epidemie aber noch im gleichen Monat doch die Stadt Krotoszyn und forderte viele Opfer; nur das jüdische Viertel blieb verschont.<sup>1930</sup> Der Zeitzeuge Bar Loebel Monasch (1801–1879) beschrieb den Verlauf der Epidemie in der Stadt Krotoszyn als „eine große Schreckenszeit“.<sup>1931</sup> Insgesamt erkrankten im Jahre 1831 an der Cholera im Kreis Krotoszyn 382 Personen, davon sind 198 Personen gestorben.<sup>1932</sup> Im Kreis Adelnau war das Ausmaß geringer; dort erkrankten 170 Personen, wovon 110 Personen starben.<sup>1933</sup> Die Bevölkerungszahlen gingen durch die Epidemie in Kreis Krotoszyn um 4% und im Kreis Adelnau um 2,9% zurück.<sup>1934</sup> Im Regierungsbezirk Posen des Großherzogtums starben an der Cholera im Jahre 1831 insgesamt 3.081 Personen, was etwa 4,3% der Bevölkerung ausmachte und im Regierungsbezirk Bromberg 4.592, was ca. 20,4% der Bewohner entsprach.<sup>1935</sup> Das Fürstentum Krotoszyn lag im Regierungsbezirk Posen, wo die Sterbezahlen wesentlich niedriger waren. Die Bedeutung der fürstlichen Beamten, ihrer Treue und Funktionsweise in solchen Krisensituationen wie im Falle der Cholera-Epidemie und der nahen Kämpfe, gibt die folgende Aussage aus einem späteren Bericht gut wieder:

„Wir müssen bey dieser Lage der Dinge mehr als je auf die Treue und Ergebenheit  
Unseren dortigen Beamten rechnen und versehen Uns auch den diesen und ihrem

---

<sup>1926</sup> Vgl. FTTZA, DK 8393: Schloss Krotoszyn 5. September 1831.

<sup>1927</sup> Vgl. DETTKE, Barbara: Die Asiatische Hydra. Die Cholera von 1830/31 in Berlin und den preußischen Provinzen Posen, Preußen und Schlesien, Berlin 1995, S. 209.

<sup>1928</sup> Vgl. FTTZA, DK 8393: Schloss Krotoszyn 29. August 1831.

<sup>1929</sup> Vgl. FTTZA, DK 8393: Schloss Krotoszyn 5. September 1831.

<sup>1930</sup> Vgl. MONASCH, Bar Loebel: Bar Loebel Monasch 1801–1879. Lebenserinnerungen. Memoirs. Pamiętnik, Krotoszyn 2004, S. 137–138.

<sup>1931</sup> Vgl. MONASCH, Bar Loebel: Bar Loebel Monasch 1801–1879, S. 138.

<sup>1932</sup> Vgl. DETTKE, Barbara: Die Asiatische Hydra, S. 336.

<sup>1933</sup> Ebd., S. 336.

<sup>1934</sup> Ebd., S. 336.

<sup>1935</sup> Ebd., S. 210.

pflichtwichtigen Gefühle, daß sie das allgemeine Unglück so viel als möglich von Uns aus Unseren dortigen Unterthanen abzuwenden bemüht seyn werden.“<sup>1936</sup>

Im Endeffekt war der Fürst von Thurn und Taxis und die Verwaltungszentrale in Regensburg in den Krisenzeiten komplett auf die Rentkammer Krotoszyn im Fürstentum Krotoszyn angewiesen, um alle Schwierigkeiten zu meistern. Die Stellungnahme des Fürsten zu den Unruhen in benachbarten Königreich Polen kann man relativ gut anhand des Empfehlungsschreibens an den neuen Oberpräsidenten der Provinz im Großherzogtum Posen, Eduard Heinrich von Flottwell (1786–1865), ablesen, der sein Amt in den Jahren 1830–1841 ausübte. In dem Entwurf des Briefes, der am gleichen Tag in Regensburg genehmigt und gesendet wurde, wandte sich Fürst Maximilian Karl (1802–1871) an den neuen Oberpräsidenten mit den folgenden Worten:

„In der großen Entfernung, in welcher ich von einer meiner ansehnlichsten Besitzungen, dem Fürstenthum Krotoszyn lebe, und in der nicht geringen Bekümmerniß, welche noch vor wenigen Wochen der Gang der politischen Ereignisse, für das Wohl der Besitzung überhaupt als insbesondere meiner Beamten mir einflößte, hat es mir zur größten Beruhigung und Freude gereicht, durch die Weisheit Sr. Majestät des Königs in der Person Er. Hochwohlgeboren einen Mann an die Spitze der Verwaltung des Großherzogthums Posen gestellt zu sehen, in dessen ausgezeichneten Eigenschaften die allgemeine Stimme eine sichere Bürgschaft für die Aufrechterhaltung der Ordnung in den Zeiten der Unruhe, und für Beförderung des Wohles Aller, in den Zeiten des Friedens erkennt.

– Indem ich mir bewußt bin, für das Fürstenthums Krotoszyn eine Verwaltung angeordnet zu haben, welche die Rechte meines Hauses stets mit den Forderungen der Billigkeit in Einklang bringen, welche den Zweck des Gedeihens der im Fürstenthum lebenden Unterthanen und das Ziel einer höheren Cultur ein aus den Augen verlieren, welche endlich, so weit es immer möglich ist, den höheren Absichten der Staatsregierung sich zu fügen bestrebt seyn soll, darf ich mir wohl erlauben, Euer hochwohlgeboren um Ihre besondere Aufmerksamkeit auf die Herrschaft Krotoszyn, und die Verhältnisse, in welchen ich rücksichtlich derselben stehe, so wie um Ihre viel vermögen, dem Schutz dieser Verhältnisse ganz ergebenst zu bitten.“<sup>1937</sup>

Insbesondere die Besorgnis um die Besitzungen im Fürstentum Krotoszyn und die eigenen Beamten ist in diesem Brief spürbar. Der Fürst drückt in diesem Brief seine Zufriedenheit darüber aus, dass in diesen unruhigen Zeiten Flottwell ins Amt berufen wurde. Der Novemberaufstand wurde offiziell erst im Oktober 1831 beendet. Flottwell war bereits früher durch seinen antipolnischen Kurs bekannt, weil er ein derartiges politisches Programm in Westpreußen und ab 1825 im Regierungsbezirk Marienwerder (poln. Kwidzyn bzw. regencja kwidzyńska) verfolgt hatte als er dort Präsident war.<sup>1938</sup> Der durch seine starke Hand bekannte Flottwell erschien deshalb als die richtige Person. Der

<sup>1936</sup> Vgl. FTTZA, DK 8393: München 5. Juni 1831.

<sup>1937</sup> FTTZA, IB 2478: Empfehlungsschreiben an den jeweiligen Oberpräsidenten im Großherzogtum Posen wegen des Fürstentum Krotoszyn, 1825–1831, Regensburg 28. Januar 1831 bzw. FTTZA, DK 8394: Die Ernennung des Herrn Flottwell zum Oberpräsidenten des Großherzogthums Posen betr. Regensburg Januar 1831.

<sup>1938</sup> Vgl. KOZŁOWSKI, Jerzy: Wielkopolska pod pruskim zaborem w latach 1815–1918, Poznań 2006, S. 79.

Fürst erhoffte sich dadurch besseren Schutz seines Eigentums und versprach dafür auch, dass seine Verwaltung und er sich der Linie der preußischen Staatsregierung fügen werden und jene auch bei den Untertanen durchsetzen werden. Er bat aber zugleich, um die Sorge um den Erhalt und „Schutz dieser Verhältnisse“. Dadurch sollte sicher angedeutet werden, dass es nicht im fürstlichen Interesse liegt, dass die kriegerischen Auseinandersetzungen der Aufständischen auf seine Besitzungen ausbreiten oder im schlimmsten Fall, dass die Polen gar – nur rein theoretisch – an die Macht kommen und einen unabhängigen Staat gründen. Außerdem war das Fürstentum Krotoszyn nicht nur eine Investition, sondern auch wegen des fürstlichen Titels mit Prestige in Preußen verbunden. Die Antwort des Oberpräsidenten Flottwell ließ nicht lange auf sich warten. Er versprach, sich um das Wohl der örtlichen Untertanen mit der Hilfe von entsprechenden Anordnungen und Einrichtungen zu kümmern.<sup>1939</sup> Flotwell kümmerte sich tatsächlich um die entsprechenden Änderungen im Großherzogtum Posen, insbesondere im Bereich der Verwaltung, Wirtschaft, des Schul- und Gerichtswesen zugunsten der deutschen Bevölkerungsteils, dessen Interessen dadurch gestärkt und gefördert wurden.<sup>1940</sup>

Auch später gestalteten sich die Verhältnisse mit den Oberpräsidenten der Provinz Posen positiv. Am 11. Oktober 1905 besuchte beispielweise Oberpräsident Wilhelm August von Waldow (1856–1937),<sup>1941</sup> der zwischen 1903–1911 seine Funktion als Oberpräsident innehatte, die Stadt Krotoszyn.<sup>1942</sup> Bei der feierlichen Frühstückstafel am 11. Oktober waren sämtliche fürstlichen Beamten und Pächter aus dem Kreis Krotoszyn präsent; insgesamt versammelten sich zur Tafel im Schloss Krotoszyn 30 geladene Gäste.<sup>1943</sup> Die fürstlichen Beamten gaben die Anrede der Oberpräsidenten von Waldow mit folgenden Worten wieder:

„Seine Excellenz nahm die Vorstellung sämtlicher Erschienenen entgegen und hielt bei der Tafel eine bemerkenswerte Ansprache worin hochderselbe auf die Bedeutung des Hochfürstlichen Hauses in der Provinz Posen hinwies und die loyale Gesinnung der fürstlichen Verwaltung im öffentlichen Leben während hervorhob.“<sup>1944</sup>

Die Hinweise auf die Loyalität der fürstlichen Verwaltung auch im öffentlichen Leben und die Bedeutung des Hauses Thurn und Taxis in der Provinz Posen beweisen, dass die preußische Regierung keine größeren Probleme mit der Präsenz der fürstlichen Besitzungen und Verwaltung in der Provinz hatte. Insgesamt musste deshalb die Zusammenarbeit mit den preußischen Behörden bis zu diesem Zeitpunkt gut funktioniert haben, wenn-

---

<sup>1939</sup> Vgl. FTTZA, IB 2478: Posen 19. Februar 1831.

<sup>1940</sup> Vgl. KOZŁOWSKI, Jerzy: Wielkopolska pod pruskim zaborem w latach 1815–1918, Poznań 2006, S. 79.

<sup>1941</sup> Vgl. FTTZA, DK 20017: Dienstantritt des neuen Oberpräsidenten der Provinz Posen und Bewirtung desselben, Schloss Krotoszyn 16. Oktober 1905.

<sup>1942</sup> Vgl. KOZŁOWSKI, Jerzy: Wielkopolska pod pruskim zaborem, S. 241.

<sup>1943</sup> Vgl. FTTZA, DK 20017: Schloss Krotoszyn 16. Oktober 1905.

<sup>1944</sup> FTTZA, DK 20017: Schloss Krotoszyn 16. Oktober 1905.



gleich die fürstlichen Beamten nicht unbedingt mit der aggressiven Germanisierung und den antipolnischen Schritten einverstanden waren.

Die Stellungnahme der fürstlichen Verwaltung gegenüber den Behörden und der Bevölkerung verkomplizierte sich, wie schon angemerkt wurde, in der Zeit des Kulturkampfes. Die Folgen der durch die preußischen Behörden durchgeführten „Germanisierung“ gegenüber den polnischen Bürgern waren auch für die Verwaltung sichtbar und spürbar. Es kam in dem Zusammenhang zu kuriosen Situationen, wie etwa der plötzlichen Namensänderungen der Ortschaften, die durch den Fürstlichen Rentkammer-Direktor Adolf May folgendermaßen beschrieben wurden:

„Die irröse Art der „Germanisierung“ ehemals polnischer Landesteile Königreichs Preußen hat sich bekanntlich auch auf die Reichspost übertragen, so daß wir schon mehrfach Pakete der fürstlichen Domänenkammer, welche die anliegende gedruckte Adresse trugen, mit belehrenden oder anfragenden Bemerkungen durch die Post versehen erhielten. Um nicht schließlich in Verzögerungen bei der Zustellung zu geraten, da es zulässig wäre, dass Pakete mit anliegender Adresse erst zur „Übersetzungsstelle“ nach Posen Befördert würden, bitten wir gütigst zu veranlassen, dass Adresse mit dem Ortsnamen Krotoschin statt Krotoszyn zur Verwendung gelangen.“<sup>1945</sup>

Die Namenänderung der Ortschaften mit den alten polnischen Namen erschien dem Fürstlichen Rentkammer-Direktor als unnötig und verwirrend. Zudem wurde der regelmäßige Geschäftsgang dadurch erschwert, da Pakete durch die Post nicht weitergesendet, sondern zunächst an die „Übersetzungsstelle“ in Posen weitergeleitet wurden. Alles nur, weil der Stadtname „Krotoszyn“ durch die fürstlichen Beamten angegeben wurde und nicht in der eingeführten neuen Schreibweise „Krotoschin“. Als die Post dann z.B. von Regensburg aus durch die fürstliche Domänen-Kammer an die Rentkammer Krotoszyn mit der aufgeklebten Bezeichnung „*Von der Fürstl. Taxis'schen Domainenkammer an die Fürstlich Thurn und Taxis'sche Rentkammer in Krotoszyn*“ versendet wurde, wurde diese Post durch die preußischen Postbeamten mit der handschriftlichen Aufschrift-Markierung „*weshalb polnisch?*“ und mit einem relativ großem Fragezeichen bei der Bezeichnung der Stadt als „Krotoszyn“ versehen.<sup>1946</sup> Deshalb änderte man schnell bei der fürstlichen Verwaltung die Schreibweise von Krotoszyn auf Krotoschin, damit alle Briefe ohne Verzögerung das Ziel erreichen konnten.

Die Fürstliche Rentkammer befand sich im gewissen Sinne zwischen Hammer und Amboss, insbesondere seit der Eskalierung der deutsch-polnischen Animositäten. Die Germanisierung brachte paradoxerweise nicht die Verdeutschung der polnischen Minderheit,

---

<sup>1945</sup> Vgl. FTTZA, DK 20012: Die politischen Verhältnisse. Beanstandung polnischer Verhältnisse, Vol. I, 1866–1925, Schloss Krotoszyn 30. Juli 1903.

<sup>1946</sup> Vgl. FTTZA, DK 20012: Fürstl. Rentkammer Krotoszyn 30. Juli 1903.

sondern stärkte die Konsolidierung der Polen und band sie fester an ihre Tradition und förderte sogar die Unabhängigkeitsbestrebungen sowie das nationale Bewusstsein. Dies spiegelte sich in Bestrebungen zur Bewahrung der Sprache oder Förderung des polnischen Kapitals wieder, wie z.B. der Gründung und Unterstützung eigener Banken, die Kredite mit günstigen Bedingungen an Polen verteilten. Patriotische Werte, Ideen und Denkprozesse wurden durch Theater, Kundgebungen, Lesungen bis hin zu Protesten unterstützt. Als Reaktion darauf, fanden ähnliche Bestrebungen auf der deutschen Seite statt; spätestens eben seit der Zeit des Kulturkampfes. Auf der polnischen Seite war es ein Kampf um die Bewahrung der Existenz des polnischen Elements und auf der deutschen Seite ein Kampf um die volle deutsche Dominanz bzw. Absorbierung des polnischen Elements als Minderheit im Kaiserreich.

Die Fürstliche Rentkammer hatte es tatsächlich in diesen Zeiten nicht leicht. Sie sah sich oft gezwungen deutsche Initiativen zu unterstützen und hatte immer im Hinterkopf, dass die Arbeiter auf den fürstlichen Gütern und Forsten mit wenigen Ausnahmen aus Polen bestanden.<sup>1947</sup> Vor allem in der Zeit des heftigen Konflikts zwischen Deutschen und Polen in der Provinz Posen war es heikel eine neutrale Position einzunehmen, auch deshalb, weil die preußische Staatsregierung alles dafür tat, um das Deutschtum zu stärken.<sup>1948</sup> So war es auch bei der Entscheidung auf Anfrage des Landrats Dr. Heinemann aus Adelnau vom 15. Mai 1902, ob der Fürst die Gründung des deutschen Vereinshauses unterstützen könnte. Die Stellungnahme der Fürstlichen Rentkammer wurde folgendermaßen begründet:

„Wie aus beiliegendem Schreiben des königlichen Landraths Dr. Heinemann aus Adelnau vom 15. d. Mts. hervorgeht, soll dortselbst ein deutsches Vereinshaus gegründet werden, um den in der Minderheit befindlichen Deutschen Gelegenheit zu geben, sich zusammenzuschließen. Wenn auch die fürstliche Verwaltung gut daran Thun wird, sich dem nationalen Kampfe gegenüber möglichst objektiv und neutral zu verhalten, nachdem der gesamte Arbeiterstand der Güter und Forsten mit verschwindenden Ausnahmen aus Polen besteht, so kann doch andererseits nicht geleugnet werden, daß für das geplante deutsche Vereinshaus ein dringendes Bedürfnis besteht und es die Objektivität in keiner Weise verletzt, wenn dem Ansuchen des Landrathes entsprechend, 2 Antheile zu je 500 Mk übernommen werden. Namentlich dürfte es auch opportun erscheinen, den der fürstlichen Verwaltung gegenüber in Polizeisachen /: namentlich Wegebau u.s.f. :/ sehr einflußreichen Landrath durch Genehmigung seines Gesuches angenehm zu berühren.“<sup>1949</sup>

Das Gesuch wurde am 11. Juni 1902 in Regensburg genehmigt, so dass insgesamt im Namen des Fürsten 1.000 Mark in zwei Teilen für die Gründung des deutschen Vereins-

---

<sup>1947</sup> Vgl. FTTZA, DK 20739: Gesuche von Gemeinden, Vereinen, Corporationen, Vol. I, Schloss Krotoszyn 31. Mai 1902.

<sup>1948</sup> Vgl. FTTZA, DK 20739: Schloss Krotoszyn 31. Mai 1902.

<sup>1949</sup> FTTZA, DK 20739: Schloss Krotoszyn 31. Mai 1902.

hauses ausbezahlt wurden.<sup>1950</sup> Interessant sind bei dieser Entscheidung die Beweggründe für die Erteilung der Spende. Es erschien den fürstlichen Beamten wichtig, die deutsche Gesellschaft in der mehrheitlich polnischen Stadt Adelnau zu unterstützen. Außerdem wurde diese Entscheidung durch opportunistische Faktoren motiviert, da der Landrat einflussreich war und zu Gunsten der fürstlichen Besitzungen entscheidend bzw. gemäßigter auftreten konnte, wenn es sich z.B. um Streitsachen wie Wegebau und Brückenunterhaltung handelte. Die Fürstliche Rentkammer konnte dabei ihre Ausgaben kürzen. Die freundschaftlichen Beziehungen mit dem regierenden Landrat forderten im alltäglichen geschäftlichen Verkehr eine angenehme Atmosphäre und eine positive Einstellung in Bezug auf die fürstlichen Angelegenheiten. Die Arbeit der Fürstlichen Rentkammer wurde auch dadurch erleichtert und unkomplizierter gemacht. Der Landrat freute sich über die erteilte Unterstützung und richtete ein Dankschreiben an die Fürstliche Rentkammer, mit der Bitte seinen Dank an „Seiner Durchlaucht übermitteln zu wollen.“<sup>1951</sup>

Die Bemühungen des Fürsten, einige Güter an die Ansiedlungskommission zu verkaufen, machte die fürstliche Herrschaft bei dem polnischen Bevölkerungsteil nicht besonders beliebt. Dies bestätigt die Gesamtsituation im Fürstentum Krotoszyn beispielsweise um das Jahr 1912, auch im Zusammenhang mit den Verhandlungen zwischen dem Fürsten und seiner Verwaltung und der preußischen Ansiedlungskommission. Ursache für die deutsch-polnische Konfrontation in Krotoszyn zu der Zeit war die Enteignung von mehreren polnischen Rittergutsbesitzern im Bezirke Bromberg im Herbst 1912 auf Grund des Gesetzes vom 20. März 1908 durch die königliche Ansiedlungskommission zu Posen.<sup>1952</sup> Als Reaktion darauf fanden polnische Massenkundgebungen in der Provinz Posen statt, bei denen zum Boykott der deutschen Kaufleute, Handwerker, Unternehmer und zur Bildung eines Nationalrat sowie zur Verteidigung des Polnischen aufgerufen wurde.<sup>1953</sup> So ein Boykott dauerte in Krotoszyn beispielsweise vom 1. Dezember 1912 bis zum 17. Dezember 1912. Als Antwort darauf wurden ähnliche Proteste durch die Deutschen in Krotoszyn durchgeführt, z.B. am 29. Dezember 1912.<sup>1954</sup> Im Bericht der Fürstlichen Rentkammer wird die Stellung des Regierungspräsidenten aus dem Nr. 876 der Schlesischen Zeitung vom 13. Dezember wiedergeben. Demnach sollte es für jeden Deutschen „eine nationale Ehrenpflicht“ sein, die deutschen Unternehmer, Kaufleute und Handwerker zu unterstützen.<sup>1955</sup> Die Position des deutschen Ostmarkenvereins, genauer gesagt der Ortsgruppe Krotoschin, wurde ebenfalls geschildert. Der Fürstlichen Rentkammer wurde ein

---

<sup>1950</sup> Vgl. FTTZA, DK 20739: Regensburg 11. Juni 1902.

<sup>1951</sup> Vgl. FTTZA, DK 20739: Adelnau 14. Juni 1902.

<sup>1952</sup> Vgl. FTTZA, DK 20012: Schloss Krotoszyn 10. Januar 1913.

<sup>1953</sup> Vgl. FTTZA, DK 20012: Schloss Krotoszyn 10. Januar 1913.

<sup>1954</sup> Vgl. FTTZA, DK 20012: Schloss Krotoszyn 10. Januar 1913.

<sup>1955</sup> Vgl. FTTZA, DK 20012: Schloss Krotoszyn 10. Januar 1913.

Aufrufbrief samt Liste mit den deutschen Handwerker und Kaufleuten in der Stadt Krotoszyn übersendet, so dass die fürstliche Verwaltung sich gezwungen sah, sich für eine nationale Fraktion zu entscheiden.<sup>1956</sup> Weiterhin wird im gleichen Bericht durch den fürstlichen Rentkammer-Direktor Adolf May festgestellt:

„Hierbei müssen wir nun ganz besonders betonen, daß die Verhandlungen des Hochfürstlichen Hauses mit den Königlichen Ansiedlungskommission über den Verkauf von Margaretenhof und Theresienstein, welche trotz aller Geheimhaltung unsererseits allgemein bekannt sind und auch schon in der Presse mehrfach erörtert wurden, unter der polnischen Bevölkerung unseres Amtsbezirkes und darüber hinaus eine tiefgehende Erregung und Vorstimmung gegen die fürstliche Verwaltung und das hochfürstliche Hand hervorgerufen haben. Die polnische Bevölkerung erblickt in diesem Verkauf einen gegen ihre nationale Daseinsberechtigung gerichteten feindseligen Angriff [...]

Deshalb hat sich auch der gehorsamste Unterzeichnete persönlich bisher öffentlich den politischen Kundgebungen vollständig ferngehalten. Er erscheint im Hinblick auf die überwiegende Mehrzahl der polnischen Arbeiterschaft, auf welche der Betrieb der hiesigen fürstlichen Güter und Forsten unbedingt angewiesen ist, und auf den unbedingten Gehorsam, den die Massen der polnischen Bevölkerung ihren Führern blindlings leisten, auch für die fürstliche Verwaltung ratsam, sich in der Boykottfrage nicht zu sehr zu exponieren, obwohl es natürlich keinem Zweifel unterliegen kann, daß bis zur Wiederkehr den Gegenseitigkeit in den merkantilen Beziehungen Seitens der fürstlichen Verwaltung nach Möglichkeit deutschen Handwerkern und Firmen der Vorzug gegeben werden muß. [Unterstreichungen im Original, Anm. d. Verf.]<sup>1957</sup>

Dieser Quellenausschnitt stellt sehr bildlich sowohl die Lage der fürstlichen Herrschaft als auch der fürstlichen Verwaltung im Fürstentum Krotoszyn kurz vor dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs dar. Die Fürstliche Rentkammer hatte Angst vor der national geladenen deutsch-polnischen Problematik in der Region, vor allem eine Eskalation war nicht erwünscht, denn dies hätte den fürstlichen Interessen im Fürstentum Krotoszyn geschadet, vor allem deshalb, da die meisten Arbeiter auf den fürstlichen Gütern und in den fürstlichen Forsten mehrheitlich Polen waren. Die fürstlichen Beamten waren auf den Gehorsam der polnischen Bediensteten auf dem Lande angewiesen. Sie fürchteten zugleich einen organisierten Widerstand, der schwer zu bewältigen wäre und die meisten fürstlichen Gütern für längere Zeit lahmgelegt hätte. Somit sah man die Einnahmen aus dem Fürstentum gefährdet. Deshalb wurde angeraten, die Boykottfrage durch die fürstliche Verwaltung nicht zu stark zu unterstützen, aber nach Möglichkeit die deutschen Unternehmer und Geschäftsleute zu fördern. Dieser Vorschlag des Rentkammer-Direktors wurde auch am 21. Januar 1913 in Regensburg genehmigt.<sup>1958</sup> Im Bericht vom 14. Februar 1913 wurde auch angemerkt, dass im Falle eines breiten Streiks der polnischen Arbeiter dann neue Arbeiter bei den Arbeitsämtern der Landwirtschaftskammer und durch die

<sup>1956</sup> Vgl. FTTZA, DK 20012: Schloss Krotoszyn 10. Januar 1913.

<sup>1957</sup> FTTZA, DK 20012: Schloss Krotoszyn 10. Januar 1913.

<sup>1958</sup> Vgl. FTTZA, DK 20012: Fürstliche Domänen Kammer, Regensburg 21. Januar 1913.

Agentur für Vermittlung der ausländischen Arbeiter (Russen, Galizier, Ruthenen und Ungarn) gefunden werden müssten, was wiederum mit großen Kosten verbunden war.<sup>1959</sup> Als Vorschlag erwähnte die Fürstliche Rentkammer Krotoszyn, dass auf den Gütern, wenn möglich, am besten verheiratete Arbeiter in den Gesindehäusern angesiedelt werden, da sich die polnischen Arbeiter in der Regel schnell an einen Ort binden lassen, vor allem wenn sie auch durch den Besitz eines eigenen Gartens, wo sie Kartoffeln anbauen können, einer eigenen Kuh oder Schweins zusätzlich gelockt werden.<sup>1960</sup> Die fürstlichen Beamten beriefen sich dabei auf die Meinung der Pächter und anderer erfahrener Besitzer aus der Region, die ebenfalls von den polnischen Arbeitern abhängig waren. Weiter wurde argumentiert, dass man aus dem Grund beim Bau von Gesindehäusern „nicht geizen“ soll, um so dadurch die Arbeiter stärker an die Arbeit auf den Gütern zu binden.<sup>1961</sup>

Dies bestätigt uns, dass man sich im Fürstentum Korotszyn bis dahin relativ tolerant oder indifferent verhalten hat, wenn es um die deutsch-polnischen Beziehungen ging. Einer der Gründe zur Revision einer solchen Herrschaftspolitik gegenüber den Polen war die Verschärfung von nationalen Kämpfen in Großpolen. Die große Anzahl der polnischen Beschäftigten war aber immer noch ein entscheidender Faktor, was zu Folge hatte, dass die Änderungen der fürstlichen Herrschaftspolitik eher geringfügig ausfielen. Auch hier war man vor allem darauf bedacht, die fürstlichen Gewinne zu schützen. Deshalb hielt sich auch der Rentkammer-Direktor persönlich von solchen nationalen Kundgebungen fern, damit der Ärger einer der Parteien nicht gegen die fürstliche Verwaltung gerichtet wird und um eine Eskalation des Konflikts zu vermeiden, zumal die Einstellung der polnischen Bevölkerung gegenüber den fürstlichen Beamten und der fürstlichen Herrschaft bereits sehr heikel war, insbesondere auf Grund der Verkaufsangebote der Güter an die Ansiedlungskommission<sup>1962</sup> und der partiell diskriminierenden Gesetzgebung im Kaiserreich.

Der Mangel an polnisch sprechenden fürstlichen Beamten im Fürstentum Krotoszyn stellte im gesamten 19. Jahrhundert als auch am Anfang des 20. Jahrhunderts ein Problem dar. Dies bestätigt die folgende Aussage des Rentkammer-Assessors und zugleich Mitglieds des Rentkammervorstands, Adolf May, der schrieb:

---

<sup>1959</sup> Vgl. FTTZA, DK 20012: Schloss Krotoszyn 14. Februar 1913.

<sup>1960</sup> Vgl. FTTZA, DK 20012: Schloss Krotoszyn 14. Februar 1913.

<sup>1961</sup> Vgl. FTTZA, DK 20012: Schloss Krotoszyn 14. Februar 1913.

<sup>1962</sup> Die Transaktion mit der preußischen Ansiedlungskommission wurde auch schließlich durchgeführt. Insgesamt waren es drei Gutsbezirke Theresienstein, Margaretenhof und Neuvorwerk, die abgerundet 1.482 ha von agrarwirtschaftlichen Fläche hatten und für 3.049.503 Mark an die Ansiedlungskommission durch den Fürsten Albert Maria Lamoral (1867–1952) von Thurn und Taxis verkauft wurden. Der Fürst plante noch mehr Güter an die Ansiedlungskommission zu verkaufen, dies gelingt jedoch nicht auf Grund des Krieges. Vgl. FTTZA, DK 20090: Die Abtretung eines Teiles des Thronlehens Fürstentum Krotoschin gehörigen Domänenbesitzes an die Kgl. Ansiedlungs-Kommission, Regensburg 16. September 1913, Posen 7. Februar 1914 und Posen 26. September 1914.

„Es müßte demnach eine neue Kraft genommen werden. Dieselbe bitte ich gehorsamst der hiesigen Gegend zu entnehmen und zwar Jemanden, welcher deutsch und polnisch spricht, anzustellen. Falls nämlich [...] einmal Dreschke und Kassier Rabach abgehen sollten, wäre kein polnisch sprechender Beamter mehr da, die polnische Sprache ist aber hier noch für nicht absehbare Zeit sekundär Landessprache, wie ja auch bei den Gerichten nun Verwaltungsbehörden stets Dolmetscher anwesend sein müssen.“<sup>1963</sup>

Die polnische Sprache war also immer noch eine Landessprache in der Provinz Posen, so dass bei jeglichen Angelegenheiten ein Dolmetscher anwesend sein musste. Deshalb riet der fürstlicher Rentkammer Assessor May jemanden einzustellen, der sowohl Deutsch als auch Polnisch sprechen kann, da in naher Zukunft die zwei in der Quelle polnischsprachigen Beamten in Rente gehen werden und die fürstliche Verwaltung im Fürstentum Krotoszyn dann unter den eigenen Verwaltungsleuten niemanden mehr haben wird, der des Polnischen kändig wäre. Die neu einzustellende Person sollte 1.200 Mark als Anfangsgehalt und zusätzlich 180 Mark Wohnungsgeldzuschuss bekommen, wobei der Person ein höheres Gehalt in Aussicht gestellt wurde, falls sie sich im Amt bewähren würde.<sup>1964</sup> Außerdem sollten laut May Personen, die mehrere Jahre im königlichen- oder kommunalen Verwaltungsdienst gestanden haben, bevorzugt werden.<sup>1965</sup>

Bei der langsamen Auflösung der fürstlichen Verwaltung nach dem Ersten Weltkrieg versuchte der Fürst von Thurn und Taxis zusammen mit seiner Verwaltung in Regensburg den fürstlichen Beamten aus dem Gebiet des Fürstentums Krotoszyn eine neue Anstellung in den übrigen fürstlichen Besitzungen zu garantieren, samt Dienstwohnung.<sup>1966</sup> Wenn es nicht möglich war solche Personen einzustellen, konnten sie wenigstens auf die Erstattung von Gesamtumzugskosten, inklusive z.B. Kosten für die Beschädigung von Möbel, Einrichtung von Gasbeleuchtung usw., zählen.<sup>1967</sup> Es wurde dabei auch die Inflation der polnischen Währung „Złoty“ mitberücksichtigt, so dass die Versicherungsgebühren für Möbel und Mietzahlungen, der nach Deutschland auswandernden fürstlichen Beamten zeitweise durch die fürstliche Verwaltung übernommen wurden, bis die ausgewanderten Beamten eine neue Wohnung fanden oder in den Ruhestand versetzt werden konnten.<sup>1968</sup>

---

<sup>1963</sup> FTTZA, DK 20126: Personale im Allgemeinen. Die Personal Verhältnisse bei der fürstlichen Rentkammer, Schloss Krotoszyn 10. November 1901.

<sup>1964</sup> Vgl. FTTZA, DK 20126: Schloss Krotoszyn 10. November 1901.

<sup>1965</sup> Vgl. FTTZA, DK 20126: Schloss Krotoszyn 10. November 1901.

<sup>1966</sup> Vgl. FTTZA, DK 20126: Fürstliche Domänen-Kammer an das fürstliche Forstamt Krotoszyn, Krotoszyn Zamek 19. Juni 1925.

<sup>1967</sup> Vgl. FTTZA, DK 20126: Fürstliche Rentkammer in polnischer Stellvertretung, Krotoszyn Zamek 16. November 1925.

<sup>1968</sup> Vgl. FTTZA, DK 20126: Krotoszyn Zamek 16. November 1925.

*Die fürstliche Verwaltung im Lichte der damaligen Presse*

Die Fürstliche Rentkammer wurde auch durch die Presse angegriffen. Im Bericht der Fürstlichen Rentkammer aus dem Jahre 1863 wird angegeben, dass solche Angriffe in der Vergangenheit bereits mehrmals stattfanden. Es handelte sich um unterschiedliche Texte, die in Zeitschriften und Zeitungen erschienen sind. Darin wurde Kritik an der fürstlichen Verwaltung und ihren Maßnahmen geübt.<sup>1969</sup> Allerdings beschwerten sich die fürstlichen Beamten, dass solche Publikationen keinen ausreichenden Grund zur Klage bei der Staatsanwaltschaft boten, weil der Textverfasser die Strafrechte nicht verletzt hatte.<sup>1970</sup> Laut einem der Texte wurden in den fürstlichen Forsten die armen Menschen, die Holzreste sammelten, mit einer äußersten Strenge behandelt oder sogar misshandelt.<sup>1971</sup> Die fürstlichen Beamten widersprachen jedoch dieser Version und bestätigten nur, dass die Forstbeamten nur in seltenen Fällen so handeln würden und im Gegensatz zu zahlreichen anderen Forsten, wo dafür Abgaben entrichtet werden müssten, war es in den fürstlichen Forsten ganzen Menschenmengen erlaubt, jedes Jahr wochenlang Blaubeeren und Pilze zu sammeln.<sup>1972</sup> Die Fürstliche Rentkammer leitete ein strafgerichtliches Verfahren gegen den Verfasser bei der Oberstaatsanwaltschaft in Posen ein. Der Antrag wurde jedoch abgelehnt, da die Ausdrücke wie „öftere arge Misshandlungen“ in der Rubrik „Eingesandt“, also in den Kommentaren, der Nr. 194 der Posener Zeitung<sup>1973</sup> erschienen waren und zwar verleumdend erschienen, jedoch auf keine konkrete Person hin verwiesen haben.<sup>1974</sup> Kritik wurde auch am Fürsten von Thurn und Taxis und der Herkunft seiner Beamten geübt, indem auf ein Desinteresse der Verwaltung und des Fürsten gegenüber der Armut der Bewohner hingewiesen wurde. In einem Text mit dem Titel „Deutsche Briefe aus der preussischen Provinz Posen. Die Leute“ wurde dies folgendermaßen dargestellt:

„Lassen Sie uns mit einer höchsten Verbeugung an dem Herrn „Fürshten“ und seinen Beamten vorüber gehen damit uns die Erinnerung an das, was feine Bauern, namentlich in Ligotta, 1854–1856 ausgestanden haben, nicht reich oder bitter stimmen. „Wenn der Herr Fürsht wünschte, was für schöne Hirschen hier sind, so würde er gewiß Ihren Bitten Gehör schenken und herkommen“, hat der Herr „Forschrath“ schon vor sieben Jahren gesagt. Er scheint ihm doch aber weder von den armen Leuten in Ligotta noch von den Hirschen in Hallefelder Forste erzählt zu haben. Freuen wir uns, daß der deutsche Name bei uns noch andere und Gott Lob bessere Vertreter hat als diese Baiern, und daß der fürstliche Garten in Krotoszyn nicht viele seines gleichen findet.“<sup>1975</sup>

<sup>1969</sup> Vgl. FTTZA, DK 20112: Angriffe der Presse auf die fürstl. Verwaltung, 1863. Schloss Krotoszyn 22. September 1863.

<sup>1970</sup> Vgl. FTTZA, DK 20112: Schloss Krotoszyn 22. September 1863.

<sup>1971</sup> Vgl. FTTZA, DK 20112: Schloss Krotoszyn 25. August 1863.

<sup>1972</sup> Vgl. FTTZA, DK 20112: Schloss Krotoszyn 25. August 1863.

<sup>1973</sup> Vgl. FTTZA, DK 20112: Schloss Krotoszyn 30. September 1863.

<sup>1974</sup> Vgl. FTTZA, DK 20112: Schloss Krotoszyn 5. Oktober 1863.

<sup>1975</sup> FTTZA, DK 20112: Briefe aus dem preussischen Provinz Posen. Die Leute, 1863.

In diesem Textausschnitt werden die fürstliche Verwaltung und der Fürst von Thurn und Taxis sehr negativ dargestellt. Es wird darin angedeutet, dass der Fürst sich nämlich in erster Linie für die Jagd interessiert, während die Probleme der Armen eher zu den Randthemen gehören. Nur große Hirsche in den umliegenden Wäldern könnten ihn dazu bewegen das Fürstentum Krotoszyn zu besuchen. In der Tat lag die letzte Reise der Fürsten von Thurn und Taxis lange zurück; sie fand nämlich im Jahre 1824 statt. Fürst Maximilian Karl (1802–1871)<sup>1976</sup> besuchte das Fürstentum Krotoszyn nur als Erbprinz im Jahre 1824 und Fürst Maximilian Maria (1862–1885) besuchte das Fürstentum Krotoszyn nie, erst unter Fürst Albert Maria Lamoral (1867–1952) änderte sich das. Die aus Bayern stammenden fürstlichen Beamten werden als passive Mitläufer geschildert, die kaum darum bemüht sind, an den Zuständen etwas zu ändern. Die bayerischen Beamten im Fürstentum Krotoszyn werden auch wegen ihrer speziellen Art der Aussprache ausgelacht, dementsprechend werden solche Wörter wie Fürscht (Fürst), wüschte (wusste), Forstrath (Forstrat) gebraucht, um dies in Lächerliche zu ziehen. Zum Schluss werden der schöne fürstliche Garten vor dem Schloss Krotoszyn und die preußischen Vertreter der Behörden gelobt. Ein kleiner positiver Akzent, der erst am Ende zum Vorschein kommt. Ein anderer aufschlussreicher Angriff auf die fürstliche Verwaltung in der Presse stammt aus dem Jahre 1897. In der Berliner Zeitung „Das Volk“ wurde eine Broschüre mit dem Titel „Polen und Deutsche“ abgedruckt, worin auf der Seite 19 Bezug auf die fürstliche Verwaltung genommen wurde.<sup>1977</sup> Nach Ansicht des Forstamtes war der Text unwichtig, die königlichen Beamten interessierten sich jedoch bedauerlicherweise für diese Broschüre.<sup>1978</sup> Der fürstlichen Verwaltung wurde in dem Schreiben politisches Engagement vorgeworfen. Zwei tschechische Revierförster wurden des öffentlichen Politiktreibens und der Fraternisation mit den Polen verdächtig. Es handelte sich dabei um die Revierförster Marlenen und Rychlik, die durch das Fürstliche Forstamt Krotoszyn erwähnt wurden.<sup>1979</sup> Das fürstliche Forstamt riet der fürstlichen Domänen-Ober-Administration Folgendes:

„Bei dieser Gelegenheit erlaubt sich das f. Forstamt zu bemerken, daß es unter den derzeitigen, immerhin schwierigen Verhältnissen im Interesse der f. Herrschaft und im Interesse des Deutschthums angezeigt sein dürfte, wenn im hiesigen Amtsbezirke nur [...] Deutsch gesinnte Beamte zur Verwendung gelangen.“<sup>1980</sup>

Bei diesem Text wurde neben dem rot unterstrichenen Wort „Deutsch“ mit Bleistift „Reichs“ dazu geschrieben. Der Sachbearbeiter in Regensburg schien sich also mit dem Vorschlag völlig zu identifizieren und empfahl persönlich mit Nachdruck, dass im Fürs-

---

<sup>1976</sup> Vgl. KRÄMER, August: Rückblick auf das Leben Karl Alexanders, Fürsten von Thurn und Taxis, Fürsten zu Buchau und Krotoszyn. Eine biographische Denkschrift, Regensburg 1828, S. 87.

<sup>1977</sup> Vgl. FTTZA, DK 20269: Die Schädigung des Aufsehens der fürstlichen Verwaltung durch die Presse, 1897, Wilhelmshayn 13. Juni 1897.

<sup>1978</sup> Vgl. FTTZA, DK 20269: Wilhelmshayn 13. Juni 1897.

<sup>1979</sup> Vgl. FTTZA, DK 20269: Wilhelmshayn 13. Juni 1897.

<sup>1980</sup> FTTZA, DK 20269: Wilhelmshayn 13. Juni 1897.



tentum Krotoszyn als Beamte nur Reichsdeutsche eingestellt werden. In den komplizierten und schwierigen Zeiten wurde gerne zu einfachen Lösungen gegriffen. Aus technischer Sicht war die Umsetzung der Empfehlung jedoch nicht so einfach, da die fürstlichen Personalbänke zu kurz waren und die Beherrschung der polnischen Sprache im Amt oft unabdingbar war. In Regensburg wurde letztendlich vorgeschlagen das Thema rund um die in der Broschüre erwähnten Forstbeamten fallen zu lassen.<sup>1981</sup>

Zu einem weiteren bedeutenden Angriff der Presse auf die fürstliche Verwaltung kam es erst wieder bei der Entstehung der Zweite Polnische Republik nach dem Ersten Weltkrieg. In den Nummern 256/267 der Zeitung „Kurjer Poznański“ vom 6. und 7. November 1919 aus Posen wurde die fürstliche Verwaltung und der Fürst von Thurn und Taxis heftig angegriffen.<sup>1982</sup> Der Autor des relativ kurzen Textes mit dem Titel „Księstwo Krotoszyńskie“ (dt. Fürstentum Krotoszyn), der sich als Szczęsny (dt. Glückliche)<sup>1983</sup> unterschrieb, gab zwar zu, dass die Güter, die sich im Fürstentum Krotoszyn befanden, von der Lage profitiert hatten, weil Fürst Albert Maria Lamoral (1867–1952) viel Geld zur Verbesserung von Grund und Boden und für jegliche Bauten ausgegeben hatte, allerdings tat er dies laut Autor nicht aus Liebe zum Fürstentum, sondern aus Berechnung, um höchste Rendite zu erwirtschaften.<sup>1984</sup> Verwiesen wurde auf die Tatsache, dass seine Vorfahren das Fürstentum Krotoszyn gar nicht besucht hatten und Fürst Albert selbst nur wegen der Hirschjagd mehrmals in seine Besitzungen gereist war.<sup>1985</sup> Der eigentliche Kern des Textes konzentriert sich auf die Verhältnisse des Fürsten von Thurn und Taxis zum polnischen Volk. Der Autor des Textes operiert mit national angehauchter Rhetorik mit einem diffamierenden und übertriebenen Ton. Die fürstliche Verwaltung wurde als preußisch-hakatisch bezeichnet, die in der 100-jährigen Geschichte des Fürstentums Krotoszyn fast ausschließlich nur aus Bayern, Schwaben und Böhmen stammende Deutsche eingestellt habe.<sup>1986</sup> In den letzten Jahren der Existenz des Fürstentums Krotoszyn seien alle Pächter und Verwalter zum „rücksichtslosen Boykott“ der polnischen Geschäfte und Waren aufgefordert worden.<sup>1987</sup> Weiterhin wurden Fürst Albert die Verkäufe an die Ansiedlungskommission zum Vorwurf gemacht. Die Verkäufe hätten darauf abgezielt, Krotoszyn durch die Ansiedlung der Kolonisten in Gänze zu verdeutschen.<sup>1988</sup> Darauf warf

---

<sup>1981</sup> Vgl. FTTZA, DK 20269: Regensburg 2. Juli 1897.

<sup>1982</sup> Vgl. FTTZA, DK 20012: Die politischen Verhältnisse. Beanstandung polnischer Verhältnisse, Vol. I, 1866–1925, Uebersetzung des Artikels in Nr. 256/267 v. 6. u. 7. Nov. 1919 des Kurjer Poznański in Posen.

<sup>1983</sup> Szczęsny ist auch ein häufiger polnischer Nachname, hier wird es jedoch wahrscheinlich als Pseudonym verwendet.

<sup>1984</sup> Vgl. FTTZA, DK 20012: Uebersetzung des Artikels in Nr. 256/267 v. 6. u. 7. Nov. 1919 des Kurjer Poznański in Posen.

<sup>1985</sup> Vgl. FTTZA, DK 20012: Artikel Nr. 256/267 v. 6. u. 7. Nov. 1919 des Kurjer Poznański.

<sup>1986</sup> Vgl. FTTZA, DK 20012: Artikel Nr. 256/267 v. 6. u. 7. Nov. 1919 des Kurjer Poznański.

<sup>1987</sup> Vgl. FTTZA, DK 20012: Artikel Nr. 256/267 v. 6. u. 7. Nov. 1919 des Kurjer Poznański.

<sup>1988</sup> Vgl. FTTZA, DK 20012: Artikel Nr. 256/267 v. 6. u. 7. Nov. 1919 des Kurjer Poznański.

der Autor des Zeitungsartikels dem Fürsten vor, die polnischen Namen der Ortschaften willentlich in die deutsche geändert zu haben, um die Germanisierung und Verfolgung der Polen durch die preußische Regierung zu fördern.<sup>1989</sup> Der Fürst habe zudem großzügig die preußischen Germanisierungsinitiativen finanziell unterstützt, während die polnischen Einrichtungen, außer dem Wincentius-Verein, keine Unterstützung erhielten.<sup>1990</sup> Außerdem wurden im Artikel auch Gerüchte genannt, dass der Fürst den heidamackischen Grenzschutz zusammen mit den schlesischen Magnaten finanzierte, um das Fürstentum Krotoszyn aus den polnischen Händen zu entreißen.<sup>1991</sup> Die fürstlichen Beamten bereiteten eine Antwort auf die Vorwürfe, die in der Presse erschienen sind, vor, mit der Begründung:

„Mit Bezug auf die in No. 256/7 vom 6. u. 7. November erschienenen Artikel betr. das Fürstentum Krotoszyn sehen sich die unterfertigten Bevollmächtigten des Fürsten von Thurn und Taxis im Interesse der Wahrheit und Gerechtigkeit und zur Zerstreuung der Besorgnisse und Entkräftung der unrichtigen Darstellungen genötigt, Folgendes zu erwidern und ersuchen auf Grund § 11 des Pressegesetzes um Aufnahme dieser Erwiderung in der nächsten Nummer des Kurjer Poznanski [...]“<sup>1992</sup>

Im fürstlichen Schreiben wurde explizit auf die Vorwürfe, die in dem Artikel aus der polnischen Zeitung erschienen sind, eingegangen. Die Verdeutschung der Namen und der Abverkauf der Güter im Kreis Krotoszyn fand laut der fürstlichen Verwaltung unter dem Druck der preußischen Regierung statt und stützte sich auf das Enteignungsgesetz.<sup>1993</sup> Demnach hatte der Fürst nur mit „schwerem Herzen seine Einwilligung zu diesem Maßnahmen gegeben“. <sup>1994</sup> Die fürstliche Verwaltung und der Fürst selbst hatten auf die Umwandlung der polnischen Ortsnamen in deutsche keinen Einfluss.<sup>1995</sup> Diese Namensänderungen waren nicht einmal im Sinne des Fürstlichen Rentkammer, da sie nur die administrativen Prozesse und den Schriftwechsel erschwerten sowie zusätzlichen Verwaltungsaufwand verursachten.<sup>1996</sup> Bezüglich des Abverkaufs der fürstlichen Güter an die Ansiedlungskommission bestätigen die Quellen, dass die Verkäufe ohne Zwang seitens der preußischen Regierung stattgefunden haben und sogar weitere Transaktionen mit der Ansiedlungskommission durch den Fürsten geplant waren. Sie kamen allerdings nur deswegen nicht zustande, weil der Erste Weltkrieg ausgebrochen ist und die Ansiedlungs-

---

<sup>1989</sup> Vgl. FTTZA, DK 20012: Artikel Nr. 256/267 v. 6. u. 7. Nov. 1919 des Kurjer Poznański.

<sup>1990</sup> Vgl. FTTZA, DK 20012: Artikel Nr. 256/267 v. 6. u. 7. Nov. 1919 des Kurjer Poznański.

<sup>1991</sup> Vgl. FTTZA, DK 20012: Artikel Nr. 256/267 v. 6. u. 7. Nov. 1919 des Kurjer Poznański.

<sup>1992</sup> FTTZA, DK 20012: Fürstliche Antwort auf die Artikel Nr. 256/267 des Kurjer Poznański vom 6. und 7. November 1919.

<sup>1993</sup> Vgl. FTTZA, DK 20012: Fürstliche Antwort auf die Artikel Nr. 256/267 des Kurjer Poznański.

<sup>1994</sup> Vgl. FTTZA, DK 20012: Fürstliche Antwort auf die Artikel Nr. 256/267 des Kurjer Poznański.

<sup>1995</sup> Vgl. FTTZA, DK 20014: Die neue Kreisordnung in der Provinz Posen und Pommern, Fürstliche Rentkammer. Bezeichnung der neuzubildenden Gutsbezirke im Fürstenthum Krotoschin, Kreis Krotoschin, Fürstliche Rentkammer, Schloß Krotoschin, 7. Juni 1901.

<sup>1996</sup> Vgl. FTTZA, DK 20012: Die politischen Verhältnisse. Beanstandung polnischer Verhältnisse, Vol. I, Schloss Krotoszyn 30. Juli 1903.

kommission sie erst nach dem Krieg finalisieren wollte.<sup>1997</sup> Man muss an dieser Stelle differenzieren: Die Abverkäufe der Güter an die Ansiedlungskommission waren nicht national motiviert. Sie wurden vielmehr als eine Gelegenheit zum lukrativen Geldverdienst betrachtet. Die Stärkung des Deutschtums in der Region kann hier höchstens als ein Nebeneffekt der Transaktion betrachtet werden. Einen entscheidenden Faktor stellte dies bei der Transaktion nicht dar. Man wollte nicht als „antideutsch“ oder noch schlimmer als „pro-polnisch“ durch die preußischen Behörden und die Angehörigen der sog. Hakata (Deutscher Ostmarkenverein) stigmatisiert werden. Was den Vorwurf der Diskriminierung der Polen bei der Beamtenauswahl angeht, wurde in dem fürstlichen Antwortschreiben an die Zeitung betont, dass nach dem letzten Beamtenverzeichnis aus dem Jahre 1916 von 51 Beamten 28 Personen deutscher bzw. von nicht polnischer Nationalität waren, die restlichen 23 Personen waren Polen.<sup>1998</sup> Die fürstliche Seite schrieb zudem, dass bei der Anstellung kein Unterschied gemacht wurde, soweit die Einstellungsbedingungen wie z.B. die notwendige Vorbildung erfüllt waren.<sup>1999</sup> Außerdem wurde erwähnt, dass sich für die höheren Posten bei der fürstlichen Verwaltung keine Polen gemeldet hätten und dafür die fürstliche Administration nicht verantwortlich gemacht werden kann.<sup>2000</sup> In den Mitarbeiterlisten, sowohl aus dem 19. als auch 20. Jahrhundert, sind in der Tat häufig Mitarbeiter mit polnischen Nachnamen belegt.<sup>2001</sup> Die Quellen bestätigen auch, dass Mitarbeiter, die im niederen Dienst standen und keinen Beamtenstatus hatten, meistens Polen waren. Vor allem auf den Gütern und in den Forsten arbeiteten mehrheitlich Personen polnischer Nationalität. Von diesen Arbeitskräften war die fürstliche Verwaltung auch abhängig.<sup>2002</sup> Die Behauptung, dass der Fürst außer dem St. Wincent Verein keine anderen polnischen Vereine oder Einrichtungen unterstützt hätte, wurden im Antwortschreiben als „gänzlich unrichtig“ bezeichnet. Dabei wurde die Unterstützung der Patronatsgeistlichkeit und der armen polnischen Bevölkerung betont.<sup>2003</sup> Dies kann man relativ leicht anhand der Aktenlage nachweisen. Dort finden sich verschiedene Gesuche von Korporationen und Vereinen, die im unterschiedlichen Umfang auf die fürstliche Unterstützung zählen konnten.<sup>2004</sup> Was den Boykott polnischer Waren, Lieferanten und Geschäfte betrifft, wurden als Gegenbeweis die Anweisung des Fürsten aus dem Jahre 1913 an die fürstlichen Be-

---

<sup>1997</sup> Vgl. FTTZA, DK 20090: Die Abtretung eines Teiles des Thronlehens Fürstentum Krotoschin gehörigen Domänenbesitzes an die Kgl. Ansiedlungs-Kommission und FTTZA, DK 20012: Die politischen Verhältnisse. Beanstandung polnischer Adressierung.

<sup>1998</sup> Vgl. FTTZA, DK 20012: Fürstliche Antwort auf die Artikel Nr. 256/267 des Kurjer Poznański.

<sup>1999</sup> Vgl. FTTZA, DK 20012: Fürstliche Antwort auf die Artikel Nr. 256/267 des Kurjer Poznański.

<sup>2000</sup> Vgl. FTTZA, DK 20012: Fürstliche Antwort auf die Artikel Nr. 256/267 des Kurjer Poznański.

<sup>2001</sup> Vgl. FTTZA, DK 20125: Qualifikations Tabellen. Qualifikations Tabelle sämtlicher Fürstlichen Beamten bey dem Fürstlichen Amte der Rentkammer des Fürstenthums Krotoszyn im Großherzogthum Posen.

<sup>2002</sup> Vgl. FTTZA, DK 20012: Die politischen Verhältnisse. Beanstandung polnischer Verhältnisse, Vol. I, Schloss Krotoszyn 10. Januar 1913.

<sup>2003</sup> Vgl. FTTZA, DK 20012: Fürstliche Antwort auf die Artikel Nr. 256/267 des Kurjer Poznański.

<sup>2004</sup> Vgl. FTTZA, DK 20739: Gesuche von Gemeinden, Vereinen, Corporationen, Vol. I und FTTZA, DK 20740: Gesuche von Gemeinden, Vereinen, Corporationen, Vol. II.

amten angeführt, die den Beamten von jeglicher parteipolitischen Betätigung abriet.<sup>2005</sup> Zudem wurde akzentuiert, dass die polnische Lieferanten und Abnehmer im gleichen Maße Handel mit dem Fürsten betreiben konnten wie die deutschen.<sup>2006</sup> Die Akten bestätigen, dass die fürstliche Verwaltung versuchte sich nicht zu offensichtlich auf die deutsche Seite zu stellen; man hielt sich nach Möglichkeit vom Boykott und politischen Kundgebungen fern, zumindest sprechen hierfür die Angaben des Rentkammer-Direktors Adolf May.<sup>2007</sup> Der Anweisung des Fürsten sich parteipolitisch nicht zu engagieren wurde also durch die fürstliche Verwaltung gefolgt. Die Anschuldigung von polnischer Seite, dass der Fürst den Grenzschutz finanzieren würde, um das Fürstentum Krotoszyn aus den Grenzen der Zweiten Polnischen Republik zu entreißen, wurde als „vollkommen aus der Luft gegriffen“ bezeichnet.<sup>2008</sup> Schließlich erwiderten die Bevollmächtigten des Fürsten von Thurn und Taxis auf den letzten Vorwurf, die polnische Bevölkerung hätte die Einführung der polnischen Zwangsverwaltung nur mit Freude begrüßt, dass:

„[...] der Fürst bei seinem jedesmaligen Erscheinen auf seiner Besitzung sei es in Begleitung der Fürstin oder seiner Söhne in Krotoschin und bei seinen Kirchgängen in Kobierno, Rozdrazewo und Jankow Zalesny von der polnischen Bevölkerung stets mit Jubel und mit *niech żyje* [poln. ‚er lebe‘, Anm. d. Verf.] Rufen empfangen und gefeiert wurde. Hieraus dürfte hervorgehen, dass die polnische Bevölkerung davon überzeugt war, dass der Fürst keineswegs hakatistischen Ideen huldigt.“<sup>2009</sup>

Diese Aussage bestätigt die detaillierte Untersuchung aller fürstlichen Reisen ins Fürstentum Krotoszyn.<sup>2010</sup> Die örtliche Bevölkerung war den Fürsten von Thurn und Taxis gegenüber freundlich eingestellt und reagierte sogar enthusiastisch auf ihre Präsenz im Fürstentum. Dies bedeutet freilich nicht, dass die fürstliche Verwaltung bei der örtlichen Bevölkerung gleichermaßen beliebt war. Da die Bevölkerung bei der Eingliederung in den polnischen Staat nicht befragt wurde, ist es heute schwierig zu sagen, wie groß die Zustimmung oder Ablehnung war. Die Reisen der Fürsten von Thurn und Taxis im Fürstentum Krotoszyn bestätigen, dass Enthusiasmus und Anbindung an den standesherrlichen Herrscher und Grundbesitzer bei der örtlichen Bevölkerung keine Randerscheinung war, zumindest bei einem Teil.

---

<sup>2005</sup> Vgl. FTTZA, DK 20012: Fürstliche Antwort auf die Artikel Nr. 256/267 des Kurjer Poznański.

<sup>2006</sup> Vgl. FTTZA, DK 20012: Fürstliche Antwort auf die Artikel Nr. 256/267 des Kurjer Poznański.

<sup>2007</sup> Vgl. FTTZA, DK 20012: Schloss Krotoszyn 10. Januar 1913.

<sup>2008</sup> Vgl. FTTZA, DK 20012: Fürstliche Antwort auf die Artikel Nr. 256/267 des Kurjer Poznański.

<sup>2009</sup> FTTZA, DK 20012: Fürstliche Antwort auf die Artikel Nr. 256/267 des Kurjer Poznański.

<sup>2010</sup> Hierzu siehe Kapitel 3.1.

*Die fürstlichen Beamten der Rentkammer Krotoszyn. Ihr Leben und ihre Karrieren an zwei Beispielen*

*Die fürstlichen Beamten der Rentkammer Krotoszyn. Ihr Leben und ihre Karrieren an zwei Beispielen*

Die Personalakten liefern wertvolle Details über die einzelnen Beamten. Sie beinhalten zwar meistens nur Urlaubs-, Beurlaubungs-, Tantieme-, Zulagenanträge, Einberufungen zum Schwurgericht und im allgemeinen Bitten um die Gehaltsaufbesserung, diese Schriftstücken lassen aber zahlreiche Schlüsse über die Lebensverhältnisse der fürstlichen Beamten zu. Nehmen wir beispielweise die Person Julius Leo Czekonski. Er wurde am 28. März 1827 im Großherzogtum Posen in Wreschen (poln. Września) geboren. Er war katholisch und seit dem 20. Februar 1854 mit Elisabeth Hoppe (geb. am 14. November 1835 in Ostrowo), der Tochter des königlichen Land- und Stadtgerichtsrats Wilhelm Herman Hoppe, verheiratet.<sup>2011</sup> Seine Heirat mit Frau Hoppe wurde durch die fürstliche Verwaltung am 26. Januar 1854 genehmigt, da „Dienstherrlicher Seits“ nichts dagegen sprach.<sup>2012</sup> Außerdem dürften sicherlich auch praktische Gründe entscheidend gewesen sein, weil durch die Einheirat eines ihrer Beamten in die Familie eines königlichen Gerichtsrats für die Fürstliche Rentkammer auch ein wichtiges Beziehungen-Netzwerk entstehen konnte. Zudem arbeitete sein Vater, Joseph Czekonski, als königlich preußischer Kreissteuer-Einnehmer.<sup>2013</sup> Der zukünftige Rentkammer-Direktor Czekonski besuchte sechs Jahre das Gymnasium und studierte drei Jahre Rechtswissenschaften in Berlin und Breslau.<sup>2014</sup> Bevor Czekonski in den fürstlichen Dienst übergang, arbeitete er als Gerichts-Calculator und Referendarius in Ostrowo bzw. Posen, dann in Schrimm als Zivilrichter.<sup>2015</sup> Am 1. Juli 1853 wurde er bei der Fürstlichen Rentkammer als Rentkammer-Vorstand eingestellt.<sup>2016</sup> Er verdiente anfänglich 300 Rthl. als Festgehalt. Hinzu kamen 300 Rthl. an ständigen Gratifikations- und Functions-Gebühren, 300 Rthl. auf Zeit bewilligter Gratifikationen und Zulagen, Naturalien oder deren rechnungsmäßiger Anschlag in Höhe von 50 Rthl. sowie Tantiemen in Höhe von 216 Rthl. Der Verdienst von Czekonski machte also insgesamt 1.166 Rthl. aus. Zusätzlich erstattete man ihm auch z.B. sog. Regie-Bezüge für Schreibmaterialien, Mietung, Beleuchtung, Beheizung der Büros, Fuhr- und Botenlöhne, die Ritt- und Fahrtgebühren sowie Monteurgelder.<sup>2017</sup> Im Bericht aus dem Jahre 1863 wurde über Czekonski angemerkt:

---

<sup>2011</sup> Vgl. FTTZA, PA 1301: Den Rentkammer Direktor Julius Leo Czekonski, gestorben am 17.XI.1909, Unterstützung dessen Tochter Helena.

<sup>2012</sup> Vgl. FTTZA, PA 1301: Den Rentkammer Direktor Julius Leo Czekonski.

<sup>2013</sup> Vgl. FTTZA, PA 1302: Der Rentkammer Vorstand, Julius Leo Czekonski. Rentkammer-Director.

<sup>2014</sup> Vgl. FTTZA, PA 1301: Den Rentkammer Direktor Julius Leo Czekonski.

<sup>2015</sup> Vgl. FTTZA, PA 1301.

<sup>2016</sup> Vgl. FTTZA, PA 1301.

<sup>2017</sup> Vgl. FTTZA, PA 1302: Der Rentkammer Vorstand, Julius Leo Czekonski. Rentkammer-Director.

*Die fürstlichen Beamten der Rentkammer Krotoszyn. Ihr Leben und ihre Karrieren an zwei Beispielen*

„Wo so viel Lichtpartheien sich finden, wie bei p. Czekonski, da können übrigens auch naturgemäß die Schattenseiten nicht fehlen. Sie finden sich bei ihm in der ungemein hohen Meinung, die er von sich und den von ihm unmittelbar bearbeiteten Sparten hegt [...] Dabei ist Czekonski im Einhalten der Kompetenz-Vorschriften nicht strenge, und leicht geneigt, sie auch ohne dringende Veranlassung zu überschreiten. Wie er sich selbst hoch stellt, so steht auch das ihm anvertraute Amt in seinen Augen allen andern fürstlichen Ämtern voran, und daß für jenes und für ihn die gleichen verordnungs- und kompetenzmäßigen Schranken gelten sollen, wie für diese, ist ihm nicht einleuchtend.“<sup>2018</sup>

Laut diesem Bericht überschätzte Julius Leo Czekonski seine Position innerhalb der fürstlichen Verwaltung im Fürstentum Krotoszyn und neigte dazu, seine Kompetenzen zu überschreiten. Nichtsdestotrotz wurde der stolze Beamte Czekonski immer wieder gelobt, wenngleich das Ignorieren der Vorschriften ein Problem darstellte. Der fürstliche Justiz- und Domänenrat Denk schrieb am 9. Dezember 1864 bezüglich der Eigenschaften und Dienstführung des Rentkammer-Vorstandes Czekonski:

„Sie hat entschieden günstig gelaute, ihm ein sehr glückliches Talent zur ungewöhnlich schnellen Anschaffung und Verarbeitung aller vorkommenden Geschäfts-Gegenstände, eine hervorragende Tüchtigkeit und Energie in der Verwaltung des Fürstenthums wie in der Handhabung strenger Disziplin und Ordnung bei den ihm zur Seite gesetzten oder untergeordneten Bediensteten zugesprochen, dann ausser dem noch seiner eifrigen Bemühungen um die Interesse der höchsten Dienstesherrschaft, und seiner Entschiedenheit in sorgfältigster Wahrung ihrer Prärogativen, rührende Erwähnung gemacht. [...]

So wie aber schon bei der jüngst stattgehabten Amtsvisitation einige Schattenseiten in dem Gebahren dieses Beamten zu Tag getreten sind, und diese vornehmlichst in einer gewissen Selbstüberhebung und der aus solcher entsprungenen Mißachtung der bestehenden Kompetenz-Vorschriften und anderen höchstdienstherrlichen Anordnungen sich kund gegeben haben, [...] der maßlose Hochmuth, bis zu welchem jene Selbstüberschätzung in verstärkter Auflage der landesüblichen Beamten hieraufhin sich inzwischen gesteigert hat, alle die sonstigen wünschenswerthen Eigenschaften und Vorzüge dieses Beamten wesentlichst zu beeinträchtigen droht.“<sup>2019</sup>

Über ein Jahr später hat sich also nicht viel geändert. Czekonski wurde auch mehrmals gemahnt, verhielt sich aber weiterhin hochmütig. Der Lohn unseres Rentkammer-Vorstandes Czekonski wurde in der Zwischenzeit aber dennoch erhöht. Ab dem 1. Juli 1872 erhielt er 1.100 Thl. Hauptgeldbezug, 600 Thl. Dienstzulage, 200 Thl. Wohnungsanschlag und 400 Thl. für die „Dienstequipage“.<sup>2020</sup> Im Jahre 1875, anlässlich einer erneuten Revision, wurde im Bericht des fürstlichen Revisors Faust bemerkt:

„Bezüglich des Rentkammer Direktors Czekonski kann ich die früheren Constatierungen wiederholen, daß derselbe mit einer hervorragenden Auffassungsgabe und

<sup>2018</sup> FTTZA, PA 1302: Auszug aus dem Qualifikations-Bericht des fürstlichen Oberrevisors Notthafft vom 31. Juli 1863. Die Qualifikation der Rentkammer Beamten zu Krotoszyn betr.

<sup>2019</sup> FTTZA, PA 1302: Auszug aus dem Bericht des fürstlichen Justiz- und Domainenraths Denk vom 9. Dezember 1864. Die Qualifikation der Rentkammer Beamten zu Krotoszyn betr.

<sup>2020</sup> Vgl. FTTZA, PA 1302: Die Bezüge des Vorstandes der Rentkammer Krotoszyn Julius Leo Czekonski ab 1. Juli 1872.

*Die fürstlichen Beamten der Rentkammer Krotoszyn. Ihr Leben und ihre Karrieren an  
zwei Beispielen*

einem bedeutenden Verwaltungstalent ausgestaltet sich als rühriger und energischer  
Consulent des Fürstenthums erweist. [...]

Der frühere Vorwurf der Mißachtung der bestehenden Kompetenz-Vorschriften  
dürfte ihm heutzutage nicht mehr zu machen, vielmehr anzumerken sein, daß er in-  
zwischen gelernt hat, sich denselben gebührend zu akkommodiren.“<sup>2021</sup>

Czekonski wird mittlerweile als eine Person mit „hervorragenden Auffassungsgabe“ und  
„einem bedeutenden Verwaltungstalent“ bezeichnet.<sup>2022</sup> Laut den Personalbezügen vom  
1. Juli 1881 betrug sein Gehalt jährlich 4.980 Mark an Hauptgehaltsbezug; er erhielt zu-  
sätzlich 2.400 Mark als Dienstzulage, 1.400 Mark für Dienstfuhrwerke, 600 Mark für die  
Dienstwohnung und 1.400 Mark als Dienstaufwandentschädigung, also insgesamt 9.200  
Mark.<sup>2023</sup> Die Lohnerhöhung Czekonskis geht auf die Tatsache zurück, dass er bereits  
1875 als Rentkammer-Direktor der Fürstlichen Rentkammer Krotoszyn in den Akten auf-  
taucht. Er hatte sich auch um das Haus Thurn und Taxis und die Region verdient ge-  
macht. Im gleichen Auszug aus dem Bericht wurde bemerkt:

„Mit welcher Aufmerksamkeit er die neuen rasch auf einander erscheinenden Geset-  
ze studirt, welche das Interesse des Fürstenthums auf administrativem und Staats-  
rechtlichen Gebiete berühren und wie er da, wo Vortheile daraus zu ziehen sind oder  
Belastungen abgewehrt werden können, stets auf dem Plane sich befindet, ist hohen  
und höchsten Orts bereits aus dessen diesbezüglichen Relationen bekannt wie auch  
der Antheil, welcher ihm an dem Zustandekommen der für das Fürstenthum Kro-  
toszyn nützlichen Oels-Gnesener Eisenbahn in Folge seiner consequenten und um-  
sichtigen Bemühungen zugeschrieben ist.“<sup>2024</sup>

Sein Geschick jegliche finanziellen Nachteile zu vermeiden und seine gute Gesetzes-  
kenntnis halfen ihm die Interessen des Fürstenthums auf administrativem und staatsrechtli-  
chem Gebiete gut zu vertreten. Dem Rentkammer-Direktor Leo Czekonski verdankt das  
Fürstenthum Krotoszyn u.a. die Anbindung an das Eisenbahnnetz Oels-Gnesen, das dank  
ihm auch durch die Stadt Krotoszyn verlief.<sup>2025</sup> Nicht zuletzt waren seine Beziehungen in  
der Region dafür verantwortlich. Die Entstehung der Eisenbahn zog für die Stadt und die  
benachbarten Ortschaften ein schnelleres wirtschaftliches Wachstum nach sich. Gleiches  
galt auch für die fürstlichen Besitzungen: Die Waren aus den Besitzungen erreichten da-  
mit schneller die Absatzmärkte. Zudem kamen die benötigten Rohstofflieferungen in der  
Stadt Krotoszyn und somit im Fürstenthum Krotoszyn rascher an. Er wurde auch für diese  
besondere Leistung für den fürstlichen Besitz im Fürstenthum Krotoszyn, sprich die An-  
bindung an das Eisenbahnnetz, ausgezeichnet. Czekonski bekam dafür mit dem fürstli-

---

<sup>2021</sup> FTTZA, PA 1302: Auszug aus dem Bericht des f. Revisors Faust an die f. Domainen-Ober-  
Administration vom 13. März 1875. Die Qualifikation der Rentkammer Beamten zu Krotoszyn betr.

<sup>2022</sup> Vgl. FTTZA, PA 1302: Auszug aus dem Bericht des fürstlichen Revisors Faust an die Fürstlicher Domä-  
nen-Ober-Administration vom 13. März 1875. Die Qualifikation der Rentkammer Beamten betr.

<sup>2023</sup> Vgl. FTTZA, PA 1302: Personalbezüge vom 1. Juli 1881.

<sup>2024</sup> FTTZA, PA 1302: Auszug aus dem Bericht des fürstlichen Revisors Faust an die Fürstlicher Domänen-  
Ober-Administration vom 13. März 1875. Die Qualifikation der Rentkammer Beamten betr.

<sup>2025</sup> Vgl. FTTZA, PA 1302: Auszug aus dem Bericht des fürstlichen Revisors Faust an die Fürstlicher Domä-  
nen-Ober-Administration vom 13. März 1875. Die Qualifikation der Rentkammer Beamten betr.

*Die fürstlichen Beamten der Rentkammer Krotoszyn. Ihr Leben und ihre Karrieren an zwei Beispielen*

chen Entschluss vom 31. August 1875 als Ehrengeschenk einen silbernen Tafelmischsatz.<sup>2026</sup> Diese erste Eisenbahnstrecke Oels-Gnesen (poln. Oleśnica-Gniezno), die durch Krotoszyn verlief, wurde offiziell am 30. Juni 1875 eröffnet.<sup>2027</sup> Er arbeitete bei der Fürstlichen Rentkammer bis zum Jahr 1886. Am 14. März 1886 bat er im Alter von 59 Jahren nach 33 Jahren im fürstlichen Dienst um Entlassung und Pensionierung.<sup>2028</sup> Als Gründe nannte Czekonski ein Magen- und geistiges Leiden sowie die Erschöpfung der physischen Kräfte; das Ganze sei durch die unzähligen auswärtigen Termine bei wechselnder Witterung verursacht worden.<sup>2029</sup> Sein Gesuch wurde in Regensburg am 20. Mai 1886 genehmigt.<sup>2030</sup> Czekonski erhielt Rente bis zu seinem Tode im Jahr 1909. Nach seinem Tode bekam seine Tochter, Helena Czekonski, eine Waisenpension und seine Frau, Elisabeth Hoppe, eine monatliche Pension in Höhe von 537 Mark und 84 Pfennig.<sup>2031</sup> Die späteren Bitten von Helena Czekonski um weitere Unterstützung wurden berücksichtigt und sie erhielt ab 1926 eine widerrufliche Zulage in Höhe von 175 Reichsmark und später erhöhte sich sogar diese Summe auf 342 Reichsmark und 68 Pfennig.<sup>2032</sup> Es ist kein Zufall, dass die Zulagen in den 20er Jahren bewilligt wurden. Mit solchen Maßnahmen versuchte das fürstliche Haus die Not der ehemaligen Mitarbeiter und deren Familien zu mildern, gerade in Zeiten der wilden Inflation in Deutschland. Insgesamt bezeugt die fürstliche Unterstützung, dass die fürstliche Verwaltung und der Fürst die Mitglieder der nahestehenden Familie nicht im Stich gelassen hatten und sie konnten auch lange Zeit über den Tod der Mitarbeiter hinaus auf finanzielle Unterstützung zählen; ebenso auf die zusätzliche Unterstützung, die nicht nur gesetzlich motiviert war. Dies stellt der fürstlichen Herrschaftspolitik ein positives Zeugnis aus.

Die Personalakten des Kontrolleurs Carl Ludwig Ernst Blanquart liefern ebenfalls wertvolle Informationen über die Karriere und Lebensumstände eines fürstlichen Beamten im Fürstentum Krotoszyn, diesmal jedoch aus der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Er wurde im Jahre 1791 geboren und ging in Posen und Warschau aufs Gymnasium.<sup>2033</sup> Er arbeitete zunächst als königlicher Zollkontrolleur in Posen und heiratete am 8. Mai 1817 seine Frau Carolin.<sup>2034</sup> Er arbeitete ab Mitte November 1824 als unbesoldeter und ab dem 1. Januar 1825 zunächst als etatmäßiger Sekretär und Kalkulator am Fürstlich Thurn und

---

<sup>2026</sup> Vgl. FTTZA, PA 1302: Fürstlicher Entschluss vom 31. August 1875.

<sup>2027</sup> Vgl. HADRYCH, Paweł: W czasach pruskich (1793–1918), S. 222.

<sup>2028</sup> Vgl. FTTZA, PA 1301: Schloß Krotoszyn, 14. März 1886.

<sup>2029</sup> Vgl. FTTZA, PA 1301: Schloß Krotoszyn, 14. März 1886.

<sup>2030</sup> Vgl. FTTZA, PA 1301: Regensburg, 20. Mai 1886.

<sup>2031</sup> Vgl. FTTZA, PA 1301.

<sup>2032</sup> Vgl. FTTZA, PA 1301.

<sup>2033</sup> Vgl. FTTZA, DK 20125: Qualifikations Tabelle sämtlicher Fürstlichen Beamten bey dem Fürstlichen Amte der Rentkammer des Fürstenthums Krotoszyn.

<sup>2034</sup> Vgl. FTTZA, PA 680: Acta Controleur der Rentkammer-Secretär Blanquart, Schloß Krotoszyn 31. Oktober 1852.



*Die fürstlichen Beamten der Rentkammer Krotoszyn. Ihr Leben und ihre Karrieren an zwei Beispielen*

Taxis'schen Fürstentumsgericht in Krotoszyn.<sup>2035</sup> Er wurde am 16. November 1826 mit einem fürstlichen Reskript zum Sekretär der Fürstlichen Rentkammer befördert.<sup>2036</sup> Kurz danach wurde er auf die neue Stelle am 4. Januar 1827 als Sekretär der Fürstlichen Rentkammer vereidigt.<sup>2037</sup> Am 4. April 1833 fand seine Beförderung zum Rentkammer-Kontrollleur statt.<sup>2038</sup> Seine Familie war zahlreich und dies war auch die Ursache für seine ständigen finanziellen Probleme und Bittgesuche an die Domänen-Ober-Administration in Regensburg. So bekam er im Jahre 1833 zusätzlich zu seiner Dienstwohnung ein Mittelzimmer in der oberen Etage des Schlosses Krotoszyn auf Widderruf.<sup>2039</sup> Zu seinem Gehalt zählten 500 Rthl. Festlohn, eine freie Wohnung im fürstlichen Schloss und 12 Klafter Holz. Bis zur Abschaffung des fürstlichen Fürstentums- und Friedensgerichts im Jahre 1834 erledigte er dort zusätzlich die „Kalkulaturgeschäfte“, was sein Einkommen um 50–60 Taler erhöhte, hinzu kamen auch Tantiemen in einer Höhe von 130 Rthl. jährlich.<sup>2040</sup> Der Verwalter der Fürstlicher Rentkammer Ankelein betonte, dass ein Taler im Fürstentum Krotoszyn einen anderen Wert hatte als in Bayern oder Württemberg, wo man sich mit einem Gulden wesentlich mehr leisten konnte.<sup>2041</sup> Deshalb dürfte das Gehalt von Blanquart als unangemessen angesehen werden, wenn man die örtlichen Verhältnisse in Betracht zieht. Im Bericht wurde deshalb auf die Notwendigkeit einer Lohnerhöhung für Blanquart verwiesen.<sup>2042</sup> Das Leben war in Krotoszyn teuer, weil auf das königliche Fleisch, Mehl und Getränke eine Akzise auferlegt war, was verursachte, dass die landwirtschaftlichen Erzeugnisse aus Vieh, Getreide usw. zwar um 30% billiger als in Bayern verkauft werden mussten, allerdings der Konsument im Endeffekt die hohe Akzise mitzahlte.<sup>2043</sup> Ein weiterer Grund für die härteren Bedingungen in Krotoszyn war die Tatsache, dass Ausbildungsstellen und gute Schulen zu der Zeit noch fehlten, so dass Familien mit Kindern, die über entsprechende finanzielle Mittel verfügten, gezwungen waren, Privatlehrer zu bezahlen, was meistens eine einseitige Bildung mit sich gebracht hatte.<sup>2044</sup> Laut dem gleichen Bericht war Blanquart „ein ganz ordentlicher moralischer Mann“, der seinen Aufgaben „treu nachkommt.“<sup>2045</sup> Deshalb und aufgrund der Tatsache, dass er fünf Kinder hatte, wurde eine Lohnerhöhung vom fürstlichen Rentkammer Verwalter Ankelein befürwortet. Ankelein beantragte für Blanquart für die nächsten drei Jahren 100

---

<sup>2035</sup> Vgl. FTTZA, IB 2486: Schloss Krotoszyn 8. Februar 1851.

<sup>2036</sup> Vgl. FTTZA, IB 2486: Schloss Krotoszyn 8. Februar 1851.

<sup>2037</sup> Vgl. FTTZA, PA 680: Schloß Krotoszyn 4. Januar 1827.

<sup>2038</sup> Vgl. FTTZA, IB 2486: Schloss Krotoszyn 8. Februar 1851.

<sup>2039</sup> Vgl. FTTZA, PA 680: Regensburg 7. Dezember 1833.

<sup>2040</sup> Vgl. FTTZA, PA 680: Bericht der Fürstlichen Rentkammer Verwalters Ankelein. Gratifikation für den Rentkammer-Controleur Blanquart betreffend, sowie Gehaltszulage, Schloß Krotoszyn 31. März 1836.

<sup>2041</sup> Vgl. FTTZA, PA 680: Schloss Krotoszyn 31. März 1836.

<sup>2042</sup> Vgl. FTTZA, PA 680: Schloss Krotoszyn 31. März 1836.

<sup>2043</sup> Vgl. FTTZA, PA 680: Schloss Krotoszyn 31. März 1836.

<sup>2044</sup> Vgl. FTTZA, PA 680: Schloss Krotoszyn 31. März 1836.

<sup>2045</sup> Vgl. FTTZA, PA 680: Schloss Krotoszyn 31. März 1836.

*Die fürstlichen Beamten der Rentkammer Krotoszyn. Ihr Leben und ihre Karrieren an  
zwei Beispielen*

Taler und ab 1836/37 150 Taler als Zulage.<sup>2046</sup> Dies hat aber die finanziellen Probleme Blanquarts nicht gelöst, sondern nur gemildert. Für den Unterhalt einer sechsköpfigen Familie war das Gehalt samt Zulagen nicht ausreichend. Blanquart versuchte nach Möglichkeit seinen Kindern eine gute Ausbildung zu geben. Er war aber vermögenslos, so dass erneut ein Antrag gestellt werden musste, dieses Mal jedoch auf ein Gnadengeschenk von 200 Talern.<sup>2047</sup> Seine 25-jährige Tochter Louise heiratete im gleichen Jahr den verwitweten fürstlichen Oberförster Raschke, was seine Situation wenigstens am bisschen verbesserte.<sup>2048</sup> Laut der Bezüge-Zusammenstellung für das Jahr 1850/51 bekam er insgesamt 837 Taler, davon waren 500 Rthl. als Besoldung, 12 Klafter Buchenbrennholz im Werte von 30 Rthl., 12 Rthl. für den Transport des Holzes, 50 Rthl. als Wohnungsanschlag und 245 Rthl. an Tantiemen. Er arbeitete inzwischen in einer höher gestellten Position innerhalb der Fürstlichen Rentkammer als Rentkammer-Verweser.<sup>2049</sup> Diese Stelle übernahm er am 19. Dezember 1847 nach dem Tode des Rentkammer-Verwalters Ankelein.<sup>2050</sup> Blanquart stand mittlerweile 26 Jahre im fürstlichen Dienst und beschwerte sich in einem Schreiben bei der Domänen-Ober-Administration in Regensburg, dass er zwar innerhalb der fürstlichen Beamten eine bessere Stelle erhalten habe, die er als „eine huldvolle Auszeichnung“ bezeichnete, allerdings war dies nur mit der Übernahme von größeren Verantwortlichkeit verbunden und deswegen bat er um eine Gehaltserhöhung.<sup>2051</sup> Erst am 12. Juni 1852 wurde sein Gesuch in Regensburg bewilligt, so dass er 250–300 Taler als eine jährliche Personalzulage erhielt.<sup>2052</sup> Die Beförderung in eine höhere Position im fürstlichen Dienste war also lange Zeit nicht mit einer Lohnerhöhung verbunden gewesen. Im gleichen Jahre 1852 verschlechterte sich schließlich sein Gesundheitszustand rapid. In einem Schreiben bat er um die Erlaubnis einige Tage in Wasserkurort Gebersdorf zu verbringen:

„Seit mehreren Wochen leide ich an einem schleichenden Fieber, und bitte Ihre Hochwohlgeborenen um eine bald gefällige Aeüßerung ganz ergebenst, ob ich durch den Gebrauch der Wasserkur in Gerbersdorf von dieser Krankheit befreit werden kann?

Hierbei muß ich bemerken, daß ich 61 Jahr alt, von schwächlicher Konstitution, und an eine sitzende Lebensart gewöhnt bin. – Höchstwahrscheinlich ist die jetzt mich belästigende Krankheit in Folge der entstehenden Hämorrhoiden, von welchen ich schon seit mehreren Jahren geplagt werde.

Durch meine jetzige Krankheit bin ich sehr geschwächt, und fürchte ohne eine allopathische Kur, wenn das Webel sich in die Lenge ziehen sollte, nicht aushalten zu

<sup>2046</sup> Vgl. FTTZA, PA 680: Schloss Krotoszyn 31. März 1836.

<sup>2047</sup> Vgl. FTTZA, PA 680: Schloss Krotoszyn 29. November 1842.

<sup>2048</sup> Vgl. FTTZA, PA 680: Schloss Krotoszyn 29. November 1842.

<sup>2049</sup> Vgl. FTTZA, PA 679: Controleur Carl Ludwig Ernst Blanquart u. dessen Relikten Betreffend, 1826–1852. Regensburg 19. November 1852.

<sup>2050</sup> Vgl. FTTZA, IB 2486: Schloss Krotoszyn 8. Februar 1851.

<sup>2051</sup> Vgl. FTTZA, IB 2486: Schloss Krotoszyn 8. Februar 1851.

<sup>2052</sup> Vgl. FTTZA, IB 2486: Regensburg 12. Juni 1852.

*Die fürstlichen Beamten der Rentkammer Krotoszyn. Ihr Leben und ihre Karrieren an  
zwei Beispielen*

können. Uebrigens habe ich schon vor ungefähr 10. Jahren die Wasserkur gegen ein  
Augenübel mit gutem Erfolg gebracht.“<sup>2053</sup>

Blanquart war mittlerweile 61 Jahre alt und seit Jahren an Hämorrhoiden erkrankt. Die sitzende Tätigkeit trug nicht zur Verbesserung des Gesundheitszustandes bei. Da ihm bereits vor 10 Jahren eine Wasserkur geholfen hatte, bat er um die Erlaubnis erneut nach Gebersdorf fahren zu dürfen, weil er seit Wochen u.a. auch an Fieber litt. Die Wasserkur wurde ihm genehmigt. Acht Tage nach der Rückkehr aus der Kaltwasserheilanstalt Gebersdorf starb er jedoch um 2 Uhr nachts am 23. September 1852.<sup>2054</sup> Blanquart hinterließ seine Frau Carolina, geboren am 11. Januar 1799, einen als Kaufmann in Krotoszyn etablierten Sohn, Theodor, geboren am 17. Oktober 1824, einen zweiten Sohn, Robert, geboren am 27. Januar 1821, der zu der Zeit auf Arbeitssuche als Ökonom war und noch im elterlichen Haus wohnte sowie die Töchter Thecla, geboren am 18. Juli 1832 und Franziska, geboren am 7. November 1822. Beide waren noch unversorgt. Die dritte Tochter Louise, geboren am 24. April 1818, war – wie bereits erwähnt – mit dem fürstlichen Oberförster Raschke verheiratet.<sup>2055</sup> Da Blanquart am Gehaltszahltag starb, erhielt seine Frau noch den Lohn für den vergangenen Monat.<sup>2056</sup> Sie wurde anschließend aus der preußischen allgemeinen Witwenkasse mit einer Pension von jährlich 100 Rthl. versorgt, da sie kein Vermögen von Belang besaß.<sup>2057</sup> In einem Brief wandte sich Caroline Blanquart um die Erteilung einer Pension aus den fürstlichen Mitteln mit den Worten:

„Durch das am 23ten dieses Monats erfolgte Ableben meines einigst geliebten Mannes des Hochfürstlichen Rentkammer Verwesers St: Blanquart, bin ich wie meine jüngeren beiden Töchter und meine ältere Schwester, welche sich wegen Augenschwäche nichts mehr erwerben kann, und deshalb von mir in den letzten Jahren unterhalten worden ist, des Ernährers beraubt worden.

In dieser doppelt traurigen Lage habe ich heute meine einzige Zuflucht zu der Gnade Seiner Hochfürstlichen Durchlaucht des Herrn Fürsten von Thurn und Taxis genommen, und um gnädige Verleihung einer Pension unterthänigst gebeten.“<sup>2058</sup>

Diese Bitte wurde erhört, so dass Witwe Blanquart 200 Taler jährlich als Witwenpension zusätzlich zu den 100 Talern, die jährlich aus der preußischen Witwenkasse geflossen sind, zugeteilt wurden.<sup>2059</sup> Den unversorgten Töchtern, Thecla und Franziska, wurde ein einmaliger Gnadenbeitrag in einer Höhe von 50 Talern bewilligt.<sup>2060</sup> Die Entscheidung wurde durch die Fürstliche Rentkammer folgendermaßen motiviert:

---

<sup>2053</sup> Vgl. FTTZA, PA 680: Schloss Krotoszyn 16. August 1852.

<sup>2054</sup> Vgl. FTTZA, PA 680: Schloss Krotoszyn 23. September 1852.

<sup>2055</sup> Vgl. FTTZA, PA 680: Schloss Krotoszyn 31. Oktober 1852.

<sup>2056</sup> Vgl. FTTZA, PA 680: Schloss Krotoszyn 23. September 1852.

<sup>2057</sup> Vgl. FTTZA, PA 680: Schloss Krotoszyn 23. September 1852.

<sup>2058</sup> FTTZA, PA 679: Controleur Carl Ludwig Ernst Blanquart u. dessen Relikten Betreffend, 1826–1852. Schloss Krotoszyn 30. September 1852.

<sup>2059</sup> FTTZA, PA 679: Regensburg 19. November 1852.

<sup>2060</sup> Vgl. FTTZA, PA 679: Regensburg 19. November 1852.

*Die fürstlichen Beamten der Rentkammer Krotoszyn. Ihr Leben und ihre Karrieren an zwei Beispielen*

„Wenn nun die Wittwe eines so angesehenen Dieners kaum besser pensioniert würde als z.B. die Wittwe des Rentkammer-Kanzlisten [Unterstreichung im Original, Anm. d. Verf.] [...] und sogar geringer als die Wittwe des mit 600 rt. besoldeten Bau- Inspektors, so würde, [...] einestheils die höchste Gnade den Hinterbliebenen der verschiedenen Bediensteten nach ihren Verhältnissen sehr ungleich zufließen, und andernteils die öffentliche Meinung von dem Rang und Stand eines Rentkammer-Vorstandes, die in Folge der mehrjährigen Verwesung durch einen nicht mit dem Titel und Einkommen des Dirigenten bekleideten Beamten ohnehin schon sehr irritirt ist, noch mehr herabgestimmt, was gewiß nicht zum Vortheil des Hochfürstlichen Aerars gereichen könnte.“<sup>2061</sup>

Wiederum wurde mit Prestige argumentiert. Mit dem Geld wollte man nicht geizen, weil man es schließlich mit der Familie eines verstorbenen Rentkammer-Verwesers zu tun hatte. Andernfalls würde dies dem öffentlichen Ansehen des Rentkammer-Vorstand schaden. Caroline Blanquart erhielt daher auch aus fürstlichen Mitteln eine Unterstützung bei der Finanzierung ihrer Lebensversicherung im Umfang von 1.000 Taler. Es handelte sich um Summen wie 20 oder 50 Taler jährlich, die für eben diesen Zweck Witwe Blanquart zugeteilt wurden.<sup>2062</sup> Arzt- und Apothekerkosten wurden ihr zusätzlich erstattet, als sie für längere Zeit im Alter von 61 Jahre krank war und jene nicht bezahlen konnte. Sie erhielt damals 50 Taler als Gnadenunterstützung, um diese Ausgaben decken zu können.<sup>2063</sup> Auch später erhielt sie gelegentlich die sog. Gnadenunterstützungen in Höhe von 30 Talern.<sup>2064</sup> Als Caroline Blanquart im Jahre 1866 verstarb, erhielt die verbliebene Tochter, Franziska Blanquart, ab dem 1. Juni 1866 aus der fürstlichen Unterstützungskasse 40 Taler jährlich auf Widerruf, da sie nur bedingt erwerbsfähig war.<sup>2065</sup> Das Geld für diesen Zweck wurde zunächst auf drei Jahre begrenzt. Da Franziska auch nach Ablauf des ersten Genehmigungszeitraums weiterhin erwerbsunfähig war, wurde sie auch danach jahrzehntelang aus fürstlichen Mittel unterstützt.<sup>2066</sup> Ab 1878 erhielt sie 120 Mark jährlich als Unterstützung, danach erhöhte sich diese Summe auf 180 Mark, ab 1890 und ab 1902 waren es sogar 240 Mark, die jährlich an Franziska Blanquart ausbezahlt wurden.<sup>2067</sup> Die Erhöhung der Unterstützung fand nicht automatisch statt, sondern erfolgte durch ein Bittgesuch um eine Erhöhung der Unterstützung.<sup>2068</sup> Zum letzten Mal wurde die fürstliche Unterstützung am 19. Januar 1914 verlängert, die nach dem Bittgesuch vom 11. Januar 1914 erfolgte.<sup>2069</sup> Franziska Blanquart musste stets um die Verlängerung der dreijährigen Unterstützung bitten, die nach dem Ablauf der drei Jahre wieder durch eine erneute Bitte

<sup>2061</sup> Vgl. FTTZA, PA 680: Schloss Krotoszyn 31. Oktober 1852.

<sup>2062</sup> Vgl. FTTZA, PA 679: Regensburg 4. April 1855 und 2. August 1856.

<sup>2063</sup> Vgl. FTTZA, PA 679: Regensburg 24. Januar 1861.

<sup>2064</sup> Vgl. FTTZA, PA 679: Regensburg 23. Januar 1863 und 10. April 1866.

<sup>2065</sup> Vgl. FTTZA, PA 679: Regensburg 26. Juni 1866.

<sup>2066</sup> Vgl. FTTZA, PA 679.

<sup>2067</sup> Vgl. FTTZA, PA 679: Regensburg 29. Dezember 1877, 28. April 1890, 11. Februar 1902.

<sup>2068</sup> Vgl. FTTZA, PA 679.

<sup>2069</sup> Vgl. FTTZA, PA 679: Regensburg 11. Januar 1914 und Posen, 19. Januar 1914.

*Die fürstlichen Beamten der Rentkammer Krotoszyn. Ihr Leben und ihre Karrieren an zwei Beispielen*

verlängert wurde, bis sie am 7. Oktober 1914 verstarb.<sup>2070</sup> Sie erhielt auch immer wieder „Sondergelder“, so z.B. als sie im Jahre 1887 erkrankte und in einer Frauenklinik operiert wurde. Für die Pflegekosten erhielt sie 100 Mark in Form eines Gnadengeschenkes.<sup>2071</sup> Es war prinzipiell eine Form des Patronats. Das Beispiel der Familie Blanquart zeigt sehr deutlich, dass sogar das Kind eines verstorbenen Beamten im Bedarfsfall bis zum Tode finanziell unterstützt wurde. Dies war keine Ausnahme. Der am 3. Dezember 1867 in Neustadt an der Donau geborene Adolf May bekleidete im fürstlichen Dienste solche Funktionen wie Domänenassessor, Funktionär des Rentkammerdienstes in Krotoszyn, Rentkammerdirektor in Krotoszyn und schließlich auch das eines fürstlichen Domänen-Rats.<sup>2072</sup> Als er am 30. April 1916 gestorben war, wurde sein Sohn Adolf finanziell bei verschiedenen Angelegenheiten unterstützt und die Witwe, Marie May, erhielt zusätzlich zu ihrer Rente einen Grundbetrag in Höhe von 22,50 Mark, Zuschüsse für das Begräbnis ihres Mannes, Geld für die Grabplatzverlängerung und ab Juli 1924 eine Rentenerhöhung um 40%.<sup>2073</sup> Sogar die Angehörigen von Beamten, die das fürstliche Geld defraudierten, konnten auf eine finanzielle Unterstützung zählen. So wurde beispielsweise Forstmeister Philipp Theodor Hegel, nachdem entdeckt wurde, dass er höhere Geldsummen veruntreut hatte, zum 1. Januar 1824 entlassen.<sup>2074</sup> Er saß dafür im Arrest und war anschließend gezwungen, die restlichen Schulden zu bezahlen.<sup>2075</sup> Versuche, eine neue Einstellung in den fürstlichen Forsten zu finden, scheiterten.<sup>2076</sup> Er erkrankte später an einer Lungenkrankheit und starb am 6. Juni 1839.<sup>2077</sup> Seine vier Kinder, Theodore (geboren am 24. Oktober 1822 in Hellefeld), Eveline (geboren am 6. Dezember 1826 in Zduny), Jenni (geboren am 30. April 1830 in Dobrapomoc) und Erdmund (geboren am 10. Dezember 1834 in Dobrapomoc) wurden bis zum Ende des 18. Lebensjahrs jedoch durch den Fürsten mit 100 Rthl. jährlich als Erziehungs- und Ausbildungshilfe unterstützt, die der Witwe, Betty

---

<sup>2070</sup> Vgl. FTTZA, PA 679.

<sup>2071</sup> Vgl. FTTZA, PA 679: Schloß Krotoschin 16. August 1887 und Mahlendorf, 24. August 1887.

<sup>2072</sup> Vgl. FTTZA, PA 6046: Fürstlich Thurn und Taxischen Domainen-Kammer. May Adolf, Assessor 18.05.1896, Rentkammerdienst ab 15. October 1896 mit dem Titel „Assessor“. Domänenassessor u. funct. Rentkammerdienstes 01.01.1901, Rentkammerdirektor 01.01.1903, Domänen Rat 01.05.1912, gestorben am 30.04.1916.

<sup>2073</sup> Vgl. FTTZA, PA 6046: Fürstlich Thurn und Taxischen Domainen-Kammer. May Adolf.

<sup>2074</sup> Vgl. FTTZA, DK 8463: Beschwerden der Rentkammer über dem Herrn Forstmeister Hegel wegen dessen Nachlässigkeiten im Kanzleydienste, dessen Entlassung, und die Anstellung des Hr. Hinkeldey als Forstmeister, item. Unterstützung der Wittve des vormaligen Forstmeisters Hegel. Betr. Hegel.

<sup>2075</sup> Vgl. FTTZA, DK 8463: Beschwerden der Rentkammer über dem Herrn Forstmeister Hegel wegen dessen Nachlässigkeiten im Kanzleydienste, dessen Entlassung, und die Anstellung des Hr. Hinkeldey als Forstmeister, item. Unterstützung der Wittve des vormaligen Forstmeisters Hegel. Betr. Hegel.

<sup>2076</sup> Vgl. FTTZA, DK 8463.

<sup>2077</sup> Vgl. FTTZA, PA 3277: Den entlassenen Forstmeister Philipp Theodor Hegel betr. und dessen Relikten. 1822–1844. Krotoszyn 20. Juni 1839.

*Die fürstlichen Beamten der Rentkammer Krotoszyn. Ihr Leben und ihre Karrieren an zwei Beispielen*

Hegel, ausbezahlt wurden.<sup>2078</sup> Die letzte Zahlung an Witwe Hegel erfolgte im Jahre 1858.<sup>2079</sup>

Die Verwaltung der fürstlichen Güter agierte nicht nur nach betriebswirtschaftlichen Prinzipien, wie gegenwärtig z.B. eine Firma oder ein Konzern. Hier ging es vielmehr um das Prestige des fürstlichen Hauses. Dies unterscheidet die Herrschaft des Fürsten von Thurn und Taxis im Fürstentum Krotoszyn von den gewöhnlichen Großgrundbesitzern, die nur auf Gewinne ausgerichtet waren. Das Haus Thurn und Taxis sorgte sich um das Schicksal der eigenen Bediensteten und berücksichtigte ihre Bedürfnisse. Dafür war nur der Wille für den Erhalt dieser Beziehung durch die Familienmitglieder in Form von Gesuchen und Bitten nötig, um die Familie des verstorbenen Bediensteten durch die fürstlichen Mittel unterstützen zu können. Die Beziehung und das Netzwerk mit dem Patron konnten auf diese Weise fort dauern. Dafür blieb das fürstenmäßige Prestige des fürstlichen Hauses im vollen Glanze nach Innen und Außen erhalten.

Die Personalakten von Blanquart liefern Einblicke in die damaligen Lebensbedingungen der fürstlichen Beamten im Fürstentum Krotoszyn. Es werden vor allem zwei Dinge sichtbar. Erstens, die ökonomische Situation der Personen, die im fürstlichen Dienst angesetzt waren und eine kinderreiche Familie hatten, gehörte nicht gerade zu den einfachsten. Probleme mit der Versorgung der Kinder, der Finanzierung ihrer Ausbildung schienen in dem preußischen Provinzstädtchen die größten Schwierigkeiten zu bereiten. Zweitens erfährt man, dass die patrimoniale Art der fürstlichen Herrschaftspraxis gegenüber den Beamten, das Leben im 19. Jahrhundert um einiges leichter machte. Die einfachen Bewohner im Fürstentum Krotoszyn, die nicht im fürstlichen Dienste standen, konnten im Alltag nicht auf die fürstlichen Gehaltszulagen zählen, bekamen kein Brennmaterial wie Holz umsonst, ihnen wurde, wenngleich auf Wiederruf, kein zusätzlicher Raum außer der Dienstwohnung im fürstlichen Schloss zur Verfügung gestellt, wenn die Familie kinderreich war. Wenngleich dies alles oft nicht ausreichend war, wie im Falle von Blanquart und seiner Familie. Dies alles konnte die fürstliche Herrschaft ihren Beamten gewährleisten. Sie wurden unter eine patrimoniale „Schirmherrschaft“ gestellt und geschützt. Natürlich hing diese Unterstützung im großen Maße vom guten Willen der fürstlichen Herrschaft ab. Bei den Entscheidungen fanden die Lebenssituation und die Ernsthaftigkeit der Lage der Beamten, die ihre Diener waren, stets Berücksichtigung. Es war also kein Verhältnis wie gegenwärtig zwischen einem Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Hier handelte es sich vielmehr um eine Beziehung mit metaphysischer Umhüllung, die von der adeligen Idee des Patronats über die eigenen „Leute“ im Fürstentum Krotoszyn bestimmt war. Im

---

<sup>2078</sup> Vgl. FTTZA, DK 8463: Schloss Krotoszyn 30. Mai 1838 und Regensburg 16. September 1838.

<sup>2079</sup> Vgl. FTTZA, DK 8463: Regensburg 6. August 1858 und FTTZA, PA 3277: Regensburg 29. Juli 1859.

Gegenzug nahmen jene die Interessen des Fürsten in Schutz und erfüllten treu ihre Aufgaben. Zumindest war dies der Idealfall.

### 3. Herrschaftspraxis im Fürstentum Krotoszyn

#### 3.1 Besuche der Fürsten von Thurn und Taxis im Fürstentum Krotoszyn

##### *Die Präsenz der Fürsten im böhmisch-englischen Vergleich*

Die Besuche des Fürsten im Fürstentum Krotoszyn kann man als Repräsentation des standesherrschaftlichen Selbstverständnisses der Hochadeligen im 19. Jahrhundert sowie im Übergang zum 20. Jahrhundert verstehen.<sup>2080</sup> Sie manifestierten die sowohl metaphysische als auch materielle Verbundenheit der Gemeinschaft mit dem Herrscher als Person, der zugleich den Menschen als Fürst wenig bekannt war. In dem Fall kann man gewisse Ähnlichkeiten zu den Reisen sehen. Der Herrscher lebte von seinen Besitzungen weit entfernt. Seine Präsenz im Fürstentum Krotoszyn war eher symbolischer Art. Der Fürst von Thurn und Taxis regierte in seinen Besitzungen durch seine Verwaltung (Fürstliche Rentkammer) vor Ort. Bevor ich mit der Darstellung der Reisen und Besuche des Fürsten beginne, möchte ich kurz schildern wie sich die Kontakte von Herrschern mit den Untertanen im Rahmen von Festen in anderen Staaten in Europa präsentierten. Zwar waren mit den Reisen des Fürsten nach Krotoszyn nicht jedes Mal Feste verbunden, jedoch war es in der Regel schon so, dass anlässlich der Besuche Festveranstaltungen organisiert wurden, um dem Besuch den entsprechenden feierlichen Rahmen zu geben sowie den Stellenwert des Besuches zu betonen. Die Größe und Rolle variierte aber von Besuch zur Besuch. Wenn man beispielweise die damalige Welt der hochadeligen Großgrundbesitzer Böhmens und Englands betrachtet, dann stellt sich heraus, dass die Feste und Begegnungen mit dem Herrscher die Herrschaft erfolgreich stabilisieren konnten, unter der Bedingung, dass sich die Menschen an den Zeremonien oder Festlichkeiten beteiligten.<sup>2081</sup> Der Adel zeigte bei solchen Gelegenheiten einerseits seine Zusammengehörigkeit und Distanz nach Außen, andererseits, eine gewisse Nähe im Alltag gegenüber den Untertanen.<sup>2082</sup> Es kam

---

<sup>2080</sup> Vgl. TÖNSMEYER, Tatjana: Adelige Moderne. Großgrundbesitz und ländliche Gesellschaft in England und Böhmen 1848–1918, in: ECKERT, Andreas, RÜCKERT, Joachim (Hg.), Industrielle Welt. Schriftenreihe des Arbeitskreises für moderne Sozialgeschichte, Bd. 83, Wien/Köln 2012, S. 248.

<sup>2081</sup> Vgl. TÖNSMEYER, Tatjana: Adelige Moderne, S. 248.

<sup>2082</sup> Ebd., S. 249.

im Grunde genommen zu einer Manifestation der erwähnten Verhaltensweisen in der Öffentlichkeit. Damit konnte eine positive Wirkung erreicht werden, vorausgesetzt natürlich, dass die sozialen Unterschiede zwischen dem Herrscher und den Untertanen nicht allzu stark markiert wurden.<sup>2083</sup> In England und Böhmen war die Adelherrschaft öffentlich. Die Adeligen waren bei Patronats-, Schul- und Erntefesten, Agrarausstellungen, Taufen oder Begräbnissen sowie bischöflichen Visitationen präsent.<sup>2084</sup> An diesen Ereignissen nahmen nicht selten mehrere hundert Menschen aus den umliegenden Dörfern teil.<sup>2085</sup> Eine Unterteilung in Formationen bei den Aufmärschen fand, ähnlich wie bei den Besuchen des Fürsten in Krotoszyn, sowohl in England als auch in Böhmen statt.<sup>2086</sup> So wurden beispielsweise bei dem Begräbnis von Fürstin Wilhelmine Schwarzenberg in Böhmen im Jahre 1910 die Teilnehmenden in vier Formationen unterteilt.<sup>2087</sup> Die erste Formation bildeten das Gutsverwaltungspersonal sowie die Mitglieder der Bezirksausschüsse mit ihren Gattinnen, die zweite die Geistlichen, Lehrer und Angehörigen der Gemeindeverwaltung, die dritte die Delegierten der Vereine und niederen Beamten der Gutsverwaltung. Am Ende, in der letzten Formation, befanden sich Schulkinder, die Jugend und der Rest der Bevölkerung.<sup>2088</sup> Ähnlich wie im Fürstentum Krotoszyn (auf Deutsch und Polnisch) wurden die Herrscher bei den Festlichkeiten in Böhmen (auf Deutsch und Tschechisch) doppelsprachig begrüßt.<sup>2089</sup> Eine prachtvolle Gestaltung der Feste z.B. bei der Begrüßung des Bischofs oder bei Hochzeiten gehörte sowohl in böhmischen und englischen hochadeligen Großgrundbesitzungen als auch im Fürstentum Krotoszyn dazu.<sup>2090</sup> Spenden an die Armen, Tänze, Illuminationen der Parkanlagen, Feuerwerke und die Aufstellung von Ehrenbögen, eine Ehreneskorte sowie ein feierlicher Empfang der Ehrengäste, Ausschmückung der Häuser, die auf der Strecke des Festzugs standen, Böllerschüsse, Fackelzüge, die Überreichung von Blumensträußen an Bräute und selbstverständlich Geldgeschenke gehörten sowohl in Böhmen als auch in Krotoszyn zum Festprogramm, was wir demnächst anhand zahlreicher konkreter Details sehen werden.<sup>2091</sup> Die Intensität der Präsenz der hochadeligen Herrscher in den englischen und böhmischen Besitzungen war stärker ausgeprägt, da die Herrscher in näherer Umgebung wohnten, nicht selten sogar am gleichen Ort.<sup>2092</sup> Dies ist ein großer Unterschied im Vergleich zu Thurn und Taxis und ihren Besitzungen in Großpolen. Der Fürst war im Fürstentum Krotoszyn im Grunde stets nur auf Besuch. Die meisten Besuche waren zudem in

---

<sup>2083</sup> Ebd., S. 249.

<sup>2084</sup> Ebd., S. 250–253.

<sup>2085</sup> Ebd., S. 252.

<sup>2086</sup> Ebd., S. 253–254.

<sup>2087</sup> Ebd., S. 254.

<sup>2088</sup> Ebd., S. 254.

<sup>2089</sup> Ebd., S. 255.

<sup>2090</sup> Ebd., S. 251–255.

<sup>2091</sup> Ebd., S. 251–255.

<sup>2092</sup> Ebd., S. 251–253.



erster Linie mit der Jagd verbunden. Patronats-, Schul- und Erntefeste, Agrarausstellungen, Taufen, Begräbnisse oder das Königsschießen wurden durch den Fürsten nur dann besucht, wenn er eben mal zufällig vor Ort war. Es waren also im Vergleich zu Böhmen und England seltene Ausnahmen, dass der Fürst oder seine Familienangehörigen an solchen Feierlichkeiten teilgenommen hatten. Taufen, Hochzeiten oder Begräbnisse der fürstlichen Familie oder anderer angesehenen Persönlichkeiten fanden am Wohnort des Fürsten in Regensburg statt und nicht in Krotoszyn. Gelegentlich übernahmen bei solchen Anlässen die höchsten Verwaltungsbeamten des Fürsten von Thurn und Taxis in seinen Namen die Funktion des Repräsentanten vor Ort. Solche Ereignisse wurden also, wenn überhaupt, nur durch symbolische Präsenz der fürstlichen Repräsentanten begleitet. Krotoszyn ist insofern von den hochadeligen Großgrundbesitzungen in England und Böhmen, wo die Herrscher ihre Präsenz im Alltag sehr oft zeigen konnten, komplett verschieden. Im Gegensatz zum Fürstentum Krotoszyn wurde die Routine des Alltags in Böhmen und England häufiger durch Großereignisse durchbrochen. Man kann daraus den Schluss ziehen, dass das Kalenderjahr aus dem Grund für die ansässige Bevölkerung im Vergleich deshalb auch attraktiver und abwechslungsreicher war.<sup>2093</sup> Die Adelsherrschaft in England und Böhmen stellte auch ein Gegenangebot zu dem sich entwickelnden Industriekapitalismus dar und hatte von der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts an bis zum Ersten Weltkrieg den Anspruch, in Konkurrenz mit dem Staat zu treten und vertrat weiterhin ihre Herrschaftsansprüche.<sup>2094</sup> Tönsmeier nennt auch die mit der Adelsherrschaft konkurrierenden Ordnungsmodelle: In England war es die Klassengesellschaft und in Böhmen die Nationalgesellschaft.<sup>2095</sup> Die Fürsten von Thurn und Taxis versuchten zwar eine eigene Politik im Fürstentum Krotoszyn zu betreiben und eigene Interessen zu schützen, jedoch konnten sie mit ihren Beamten vor Ort wenig bewirken. Es war vielmehr eine Art von Zusammenarbeit und gegenseitige Rückendeckung von fürstlicher und preußischer Seite zu sehen. Man versuchte selbstverständlich die Herrschaft zu stabilisieren und die eigenen Ansprüche durchzusetzen, jedoch war man sich stets dessen bewusst, dass der Handlungsspielraum in diesem Feld begrenzt war und dies wohl auch in Zukunft so bleiben würde.

Die Fürsten von Thurn und Taxis regierten das Fürstentum Krotoszyn von Anfang bis zum Ende seines Bestehens vom oberpfälzischen Regensburg aus. Die große Entfernung von den weitgelegenen Großgrundbesitzungen in der Provinz Posen nach Bayern und der Hauptresidenz in Regensburg erschwerte sowohl die Herrschaftsausübung als auch das Reisen. So waren Besuche selten. Dennoch kann man aus den vorhandenen Quellen über

---

<sup>2093</sup> Ebd., S. 258.

<sup>2094</sup> Ebd., S. 258 und S. 261–262.

<sup>2095</sup> Ebd., S. 261.

die Besuche und Reisen die Einstellungen der Fürsten gegenüber seinen Untertanen und vice versa der Bevölkerung gegenüber dem Fürsten mikrogeschichtlich nachverfolgen und rekonstruieren. Die Art und die Praktiken der Herrschaft lassen sich hier in ihren Einzelbestandteilen erfassen. Die Art und Stellung der Herrschaft von Thurn und Taxis über Krotoszyn lässt sich durch die Betrachtung der Aspekte Reisen und Besuche gut nachvollziehen und beinhaltet persönliche Komponenten sowie Informationen über die Kontakte, Treffen, beispielsweise mit den Untertanen oder Beamten und welche Ziele dabei verfolgt wurden. Die Details aus den Akten über die Reisen der Fürsten erlauben es, den Charakter der Herrschaft greifbarer, aber auch lebendiger, zu machen.

### *Die Fürsten von Thurn und Taxis im Fürstentum Krotoszyn*

Abgesehen von den zahlreichen Jagdbesuchen Ende des 19. und vor allem zu Anfang des 20. Jahrhunderts hatten die Fürsten ihr preußisches Fürstentum Krotoszyn in Großpolen nur ein paar Mal besucht. Zum ersten Mal kam der Fürst Karl Alexander (1770–1827) mit seiner Gattin Fürstin<sup>2096</sup> Therese Mathilde Amalia von Thurn und Taxis (1773–1839), geborene Herzogin von Mecklenburg-Strelitz, in den Jahren 1820 und 1824 nach Krotoszyn. Sein Nachfolger Fürst Maximilian Karl (1802–1871) besuchte das Fürstentum Krotoszyn in seinem ganzen Leben nur als junger Mann mit seinen Eltern im Jahre 1824.<sup>2097</sup> Fürst Maximilian Maria (1862–1885) plante zwar eine Reise nach Krotoszyn im Jahre 1885, sie ist jedoch nicht zustande gekommen.<sup>2098</sup> Die plötzliche Erkrankung des Fürsten und sein rascher Tod am 2. Juni 1885 waren Ursache dafür.<sup>2099</sup> Ein großer Besuch des Fürsten Albert Maria Lamoral (1867–1952) mit seiner Frau Margarethe Clementine von Thurn und Taxis (1870–1955), geborene Erzherzogin von Österreich, fand erst wieder im Jahre 1897 statt. Danach folgten Besuche in den Jahren 1899, in den Zeiträumen 1901–1905, 1907–1911 und die letzten in den Jahren 1913–1918. Ob es an dem angespannten Reiseplan lag oder ob man weite Strecken vermeiden wollte, bleibt offen. Fakt

---

<sup>2096</sup> Mehr zum Thema Fürstinnen von Thurn und Taxis in: PANZER, Marita A.: Fürstinnen von Thurn und Taxis, Regensburg 2008.

<sup>2097</sup> Vgl. KRÄMER, August: Rückblick auf das Leben Karl Alexanders, Fürsten von Thurn und Taxis, Fürsten zu Buchau und Krotoszyn. Eine biographische Denkschrift, Regensburg 1828, S. 87.

<sup>2098</sup> Vgl. HUBER, Gottfried: Krotoszyn Fürstlich Thurn und Taxis'sche Regierungsübernahme in der Provinz Posen. Vorgeschichte und Einstieg, in: KOEPEL, Heinz-Friedrich (Hg.), Landwirte im Osten. Unter den Dächern von Thurn und Taxis, Schotten 2011, S. 15–18; S. 18 auch in FTTZA, Polen-Akten 33: 1.) Manuskript zum Aufsatz über das Fürstenthum Krotoschin von Sekretär Gtfr. Huber 2.) Aktennotiz über Vorbesitz von Krotoschin und Adelnau, bzw. FTTZA, G.12141: Krotoszyn. Kurzer Aufsatz von Gottfried Huber Fürstlicher Sekretär; und DALLMEIER, Martin, DÜNNINGER, Eberhard, KNEDLIK, Manfred, STYRA, Peter (Hg.): „Dieser glänzende deutsche Hof...“ 250 Jahre Thurn und Taxis in Regensburg; Ausstellung Regensburg, Fürstliches Schloß St. Emmeram 17. Juli bis 20. September 1998, Regensburg 1998, S. 184.

<sup>2099</sup> Vgl. MEHLER, J. B.: Das fürstliche Haus Thurn und Taxis in Regensburg. Zum 150jährigen Residenz-Jubiläum, Regensburg 1898, S. 225.

ist, dass die Besuche ab 1824 bis zum Ende des 19. Jh. völlig ausblieben. Offensichtlich hatten die Besitzungen in Großpolen zu geringe Anziehungskraft, um ihre Herrscher häufiger anzulocken. Es sind aber gerade die Quellen über die Besuche, die auch wichtige Hinweise über die Herrschaftspraxis und das Herrschaftszeremoniell im Fürstentum Krotoszyn liefern.

### *Die großen Reisen von 1820 und 1824*

Der erste Aufenthalt lässt sich anhand von Quellen rekonstruieren. Es sind Akten, Rechnungsbelege und Ehrenbezeugungen, die die erste Reise des Fürsten nach Krotoszyn gut dokumentieren.<sup>2100</sup> Bereits vor der ersten Reise des Fürsten von Thurn und Taxis in sein nur ein Jahr zuvor neu erworbenes Fürstentum Krotoszyn wurden intensive Vorbereitungen durch die Fürstliche Rentkammer getroffen, um den Aufenthalt des Fürsten so angenehm wie möglich gestalten zu können. Das Schloss Krotoszyn musste zunächst direkt nach der Übernahme des Fürstentums Krotoszyn durch den Fürsten Karl Alexander von Thurn und Taxis renoviert werden, da es unter dem vorherigen Administrator der preußischen Domänengüter, Triebenfeld, zur Mängel und Zerstörungen in den Wäldern und im Schloss kam.<sup>2101</sup> Unter seiner Verwaltung fanden im Schloss Krotoszyn oft Schlägereien und Trinkgelage statt.<sup>2102</sup> Die Renovierung dauerte fast zwei Jahre (1819–1820) und umfasste das Verputzen des Außenbereichs (dabei wurden manche Dekorationselemente, darunter die Wappen des ehemaligen Schlossbesitzers entfernt), Veränderungen in Bezug auf die Ausmaße der Fenster sowie die Raumaufteilung und das Aussehen der Innenräume im Schloss.<sup>2103</sup> Der Innenbereich wurde größtenteils glatt verputzt; im Dachgeschoss entstanden vier Stuben für die fürstlichen Diener mit rechteckigen Fenstern, im ersten Stock mehrere kleinere Räume auf Kosten des verkleinerten Ballsaals; die Balkone wurden umgebaut und mit Balustraden aus Gusseisen versehen; es entstand ein neues Treppenhaus (inklusive Treppenabsatz) mit einer Breite von 1,75 Meter; im ersten Stock wurde ebenfalls ein neues Treppenhaus gebaut, das zum Dachgeschoss und zum Dachboden

---

<sup>2100</sup> Vgl. FTTZA, Polen-Akten 25: Die Reise des Fürsten Carl Alexander von Thurn und Taxis nach Krotoszyn und die daselbst stattgehabten feyerlichen Empfang desselben so wie die ihm auf dieser Reise zu Frankfurt a/M und Weimar erwiesenen Ehrenbezeugungen betr. 1820 und FTTZA, HMA 185: Reiserechnungen. Reise des Fürsten von Franzensbad nach Krotoschin, zurück über Frankfurt nach Taxis, 1820, Ausgaben Krotoszyn im Monat August und September 1820, Schloss Krotoszyn, 6. Oktober 1820. Ferner eine kurze Beschreibung über die erste Reise des Fürsten ist im Buch von DALLMEIER, Martin, DÜNNINGER, Eberhard, KNEDLIK, Manfred, STYRA, Peter (Hg.): „Dieser glänzende deutsche Hof...“ 250 Jahre Thurn und Taxis in Regensburg; Ausstellung Regensburg, Fürstliches Schloß St. Emmeram 17. Juli bis 20. September 1998, Regensburg 1998, S. 177–178 zu finden.

<sup>2101</sup> Vgl. ZIOBROWSKI, Julian: Pałac Gałęckich w Krotoszynie, in: ZDUNEK, Józef (Hg.), Krotoszyn i okolice. Opracowania i materiały źródłowe, Bd. X, Krotoszyn 2014, S. 77–116; S. 94 und S. 106.

<sup>2102</sup> Vgl. ZIOBROWSKI, Julian: Pałac Gałęckich w Krotoszynie, Krotoszyn 2014, S. 106 und S. 115.

<sup>2103</sup> Ebd., S. 94–95.

führte; der Ausgang zur Terrasse wurde entfernt.<sup>2104</sup> Das Schloss wird von den heutigen Bewohnern der Stadt Krotoszyn gerne als „pałac Gałęckich“ bezeichnet, nach dem Erbauer des Schlosses dem polnischen Adligen Franciszek Zygmunt Gałęcki (1645–1711), der das Schloss zwischen 1692–1700 fertiggestellt und ausgebaut hatte.<sup>2105</sup> Bevor der Fürst von Thurn und Taxis seine erste Reise ins Fürstentum Krotoszyn antrat, wurden noch weitere Maßnahmen insbesondere bezüglich der Innenausstattung des Schlosses getroffen. Nach der fürstlichen Verfügung vom 8. April 1820 wurde die zweite Etage des Schlosses im großen Umfang neu eingerichtet.<sup>2106</sup> Zwei Gemälde mit lebensgroßen Portraits des Fürsten Karl Alexander und Fürstin Mathilde Amalia von Thurn und Taxis (1773–1839), geborene Herzogin von Mecklenburg-Strelitz, in vergoldeten Rahmen wurden aus Anlass des ersten Besuches angeschafft und im Schloss aufgehängt.<sup>2107</sup> Außerdem wurden zahlreiche Möbel wie Kommodenkästen, Stühle, Spieltische, ein Waschbecken, Nachtöpfe aus Steingut, weiße Wolkenvorhänge mit Fransen usw. im Wert von 594 Rthl. 21. Sgr. 6 Pf. dazugekauft.<sup>2108</sup> Die Anschaffungen für das Schloss hatten also nicht nur einen praktischen, sondern auch einen symbolischen und Prestige-Charakter. Auf symbolischer Ebene bewegten sich die Gemälde, die die Präsenz des Fürsten und der Fürstin manifestieren sollten; sie verwiesen den Besucher des Schlosses darauf, wer hier in dieser fern gelegenen provinziellen Besetzung in Großpolen das tatsächliche Sagen hat. Die Ausschmückungen und die Neuausstattung der Räumlichkeiten erhöhten demnach nicht nur den Komfort für die fürstlichen Herrscher, sondern strahlten den Reichtum und das Prestige des Fürsten nach Außen aus, was im Nebeneffekt auch auf die fürstliche Verwaltung, die ja im gleichen Schloss arbeitete, abstrahlte. Unmittelbar vor seinem Besuch in Krotoszyn machte Fürst Karl Alexander in Posen Halt und traf sich dort mit dem Oberpräsidenten der Provinz, Joseph von Zerboni di Sposetti (1766–1831), zum Mittagmahl und nahm an einer speziell für den Fürsten organisierten Wolfsjagd teil.<sup>2109</sup> Diese Jagd wurde allerdings im Nachhinein wegen der unpassenden Jahreszeit und der geringen Anzahl der dort lebenden Wölfe als nicht gelungen bezeichnet.<sup>2110</sup> Auf dem Weg nach Krotoszyn besuchte der Fürst auch Kanonikus Sigismund Otto Joseph von Treskow (1756–1825)<sup>2111</sup> in seinen Besitzungen in Owińsk.<sup>2112</sup> Der Fürst von Thurn und Taxis be-

<sup>2104</sup> Ebd., S. S. 95–96 und S. 115–116.

<sup>2105</sup> Ebd., S. 77; vgl. MARCINIAK, Ryszard: W Rzeczypospolitej szlacheckiej, S. 161.

<sup>2106</sup> Vgl. FTTZA, IB 2603: Das fürstl. Schloß daselbst betr. Bauwesen und Meublierung, Inventarium über die Mobilien und Geräthschaften in der zweiten Etage des Fürstlich Thurn und Taxischen Schlosses Krotoszyn. Schloß Krotoszyn 4. September 1820.

<sup>2107</sup> Vgl. FTTZA, IB 2603: Inventarium über die Mobilien und Geräthschaften in der zweiten Etage des Fürstlich Thurn und Taxischen Schlosses Krotoszyn. Schloß Krotoszyn 4. September 1820.

<sup>2108</sup> Vgl. FTTZA, IB 2603: Schloß Krotoszyn 4. September 1820.

<sup>2109</sup> Vgl. FTTZA, Polen-Akten 25: Zeitung des Großherzogthums Posen. Mittwoch den 12ten Juli.

<sup>2110</sup> Vgl. FTTZA, Polen-Akten 25: Zeitung des Großherzogthums Posen. Mittwoch den 12ten Juli.

<sup>2111</sup> Sigismund Otto Joseph von Treskow (1756–1825) kam zu seinem Reichtum dank unterschiedlicher Handelsgeschäfte. Zunächst war er ab 1783 Inhaber einer Kunstblumen-Manufaktur. 1784 heiratete er Anna Sara George, die Tochter eines reichen französischen Destillateurs Benjamin George. Treskow besaß auch eine

suchte die wirtschaftlichen Einrichtungen auf den Gütern und in den Waldungen von Owińsk sowie den romantischen Garten des Gastgebers.<sup>2113</sup> Karl Alexander interessierte sich bei dem Besuch in Owińsk im Juni 1820 insbesondere für die moderne Wirtschaft des Bankiers und Kanonikus Sigismund Otto von Treskow.<sup>2114</sup> Der Fürst wollte eine klare Vorstellung von dem Stand und der Qualität der Landwirtschaft im Großherzogtum Posen erlangen.<sup>2115</sup> Es wurden unter anderem Gebäude wie die Bierbrauerei, die Branntweimbrennerei und der dazu gehörige Keller besichtigt, in dem die Fässer lagerten. Der Fürst bewunderte die langen Wald-Promenaden und den Garten in Owińsk<sup>2116</sup> und begab sich dann nach Posen, wo er einen Ball, zu dem der Oberpräsident Joseph von Zerboni di Sporetto geladen hatte, besuchte.<sup>2117</sup> Auf dem Ball war die Crème de la Crème der Provinz präsent wie die Adeligen aus der Region mit ihren Familien, die Generalität der Provinz, wichtige Zivilpersonen aus der Stadt und Militärvertreter sowie die Präsidenten der Landeskollegien.<sup>2118</sup> Damit ergab sich für den Großgrundbesitzer Karl Alexander von Thurn und Taxis eine Möglichkeit neue Kontakte im Großherzogtum Posen zu knüpfen. Solche Treffen dienten vor allem der Entwicklung eigener Netzwerke, die wiederum die Fürstliche Rentkammer beim zukünftigen geschäftlichen Umgang mit den preußischen Behörden kanalisieren konnte. Es war somit eine indirekte Praxis der Vergrößerung des eigenen Machteinflusses, die zur Stärkung der eigenen Herrschaft beitrug. Dies hatte Auswirkungen angefangen beim Austausch der Informationen über praktische Anwendung und

---

Handlung in Berlin mit Galanteriewaren, Uniformstoffen und Seidenbänder. 1787 investierte er in eine Zuckerraffinerie, die er dann später im Jahre 1793 verkaufte. Das größte Geschäft machte Sigismund Otto von Treskow in den Jahren 1794–1796 als Lieferant von Pferden und Uniformen für die damals von Preußen als feindlich angesehene französische Armee. 1796 kaufte er das Amt des Kanonikus beim Magdeburger Stift St. Sebastian und die Herrschaft Strzelce in Südpreußen. Dank diesen Ankäufen wurde er am 14. Januar 1797 zum Adelsstand erhoben (sein Vater war ein Adeliger, allerdings Sigismund Otto Joseph von Treskow war ein uneheliches Kind) und gleichzeitig bekam er den größten Auftrag für die französische Armee in Höhe von 4 Millionen Franken. Dafür bekam er als Pfand am 5. Februar 1797 ein königliches Krondiamant „Régent“ mit 140 Karat im Werte von 12 Millionen Franken. Im August 1798 wurde der Edelstein durch das Direktorium abgekauft und später in das Paradeschwert von Napoleon Bonaparte (1769–1821) eingebaut. Seine Geschäfte mit der revolutionären Armee in Frankreich wurden mit großer Wahrscheinlichkeit durch die engsten Kreise am preußischen Hof unterstützt. Von diesen Geschäften profitierte ja nicht nur Sigismund Otto von Treskow. Für seine Verdienste erhielt er vom preußischen König die Owińsker Klostergrüter bei Posen als königliche Donation, die zusammen mit den Gütern in Strzelce insgesamt 20.000 ha ausmachten. Zwischen 1799–1806 wurden in Owińsk zahlreiche Wirtschaftsgebäude und ein repräsentativer Palast gebaut. Er führte auch in den Jahren 1810–1812 die preußischen Verhandlungen in Paris im Auftrag des Kanzlers Karl August von Hardenberg (1750–1822) und setzte durch, dass die Reparationen an Preußen in Form von Fabrikwaren und Rohstoffen wie Wolle, Leinwand und Holzwaren ausbezahlt wurden, was sowohl dem preußischen Staat als auch seinen Geschäften zu Gute kam. Sigismund Otto von Treskow verblieb als Wirtschaftsdiplomate mit der kaiserlichen Autorisation am Hof Napoleons in Paris, Fontainebleau und Compiègne. Vgl. **TRESKOW**, Rüdiger von: Gilly Schinkel Catel. Das Landschloss Owinsk bei Posen – Pałac Owińskich koło Poznania 1803–1806, München 2011, S. 14–18.

<sup>2112</sup> Vgl. FTTZA, Polen-Akten 25: Die Reise des Fürsten Carl Alexander von Thurn und Taxis nach Krotoszyn 1820, Zeitung des Großherzogthums Posen. Mittwoch den 12ten Juli.

<sup>2113</sup> Vgl. FTTZA, Polen-Akten 25: Zeitung des Großherzogthums Posen. Mittwoch den 12ten Juli.

<sup>2114</sup> Vgl. **TRESKOW**, Rüdiger von: Gilly Schinkel Catel. Das Landschloss Owinsk bei Posen – Pałac Owińskich koło Poznania 1803–1806, München 2011, S. 130.

<sup>2115</sup> Vgl. **TRESKOW**, Rüdiger von: Gilly Schinkel Catel. Das Landschloss Owinsk bei Posen, S. 130.

<sup>2116</sup> Ebd., S. 131.

<sup>2117</sup> Vgl. FTTZA, Polen-Akten 25: Zeitung des Großherzogthums Posen. Mittwoch den 12ten Juli 1820.

<sup>2118</sup> Vgl. FTTZA, Polen-Akten 25: Zeitung des Großherzogthums Posen. Mittwoch den 12ten Juli 1820.

Entwicklung der wirtschaftlichen Einrichtungen bis hin zur Erkenntnissen über die Grenzen und Möglichkeiten der eigenen Herrschaft. Entsprechende Stellungnahmen und Positionen konnten dann in gewissen Fragen bewusst formuliert bzw. eingenommen werden, weil man im Voraus wusste, was sich z.B. der Oberpräsident wünscht oder welche Meinung er zu bestimmten Fragen hat und welche Kreise von Personen ihm nahestehen. Somit hatte man viel mehr Spielraum in der eigenen Herrschaftspolitik bei Angelegenheiten, die die Herrschaft Krotoszyn betrafen. Wie wir gleich sehen werden, waren persönliche Beziehungen und Kontakte zu den preußischen Behörden oder wichtigen Personen auch bei den Besuchen im Fürstentum Krotoszyn wichtig.

Der erste Besuch des Fürsten Karl Alexander in Krotoszyn war Teil einer größeren Reise.<sup>2119</sup> Die Zeitung des Großherzogtums Posen berichtete anlässlich des ersten Besuches des Fürsten in Krotoszyn, dass der feierliche Empfang schon an der Grenze zum Fürstentum begann.<sup>2120</sup> Karl Alexander wurde durch die Fürstliche Rentkammer, den Kreislandrat, durch General- und Spezialpächter, das Forstpersonal sowie die Grenz-Gendarmerie im Fürstentum Krotoszyn begrüßt und unter großem Jubel zog er in die Stadt Krotoszyn ein.<sup>2121</sup> Der Hofrat und zugleich Hofarchivar merkt über den Besuch des Fürsten Karl Alexander im frisch erworbenen Fürstentum Krotoszyn an:

„Von Berlin ging der Fürst nach Neu-Strelitz zu seinem Schwager Sr. Königlichen Hoheit dem regierenden Herrn Großherzog dem regierenden Großherzog Georg von Mecklenburg-Strelitz, setzte am 5. Julius die Reise über Stettin, Stargard und Posen nach Krotoszyn fort, in welcher Stadt er am 11. Julius ankam, und von seinen neuen Grundunterthanen mit vielen Freudensbezeugungen und Festlichkeiten empfangen wurde. Am 24. Julius, nach einem Aufenthalt von 14 Tagen, verließ er die Stadt Krotoszyn wieder, wo er so gern verweilt war, und trat seine Rückreise an.“<sup>2122</sup>

Die Festlichkeiten beim Empfang des Fürsten waren prächtig und durch große Freude gekennzeichnet. Das soll jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass hinter der einfachen Neugier und Freude auch entsprechende Erwartungen bezüglich des neuen Herrschers und der Herrschaft standen. Die Untertanen wollten mit ihren Zuneigungsbekundungen und dem prunkvollen Empfang des Fürsten den neuen Herrscher milde stimmen und boten dafür ihre Treue als Untertanen an. Interessanterweise wird der Ort bzw. die Landzuordnung in dem biographischen Buch vom Krämer als Polen bezeichnet,<sup>2123</sup> obwohl Polen auf den Karten Europas seit 1795 (letzte polnische Teilung) als Land nicht mehr existierte. Die neu erworbenen fürstlichen Besitzungen lagen im Königreich Preußen, in dem

---

<sup>2119</sup> Vgl. KRÄMER, August: Rückblick auf das Leben Karl Alexanders, Fürsten von Thurn und Taxis, Fürsten zu Buchau und Krotoszyn. Eine biographische Denkschrift, Regensburg 1828, S. 83.

<sup>2120</sup> Vgl. HUBER, Gottfried: Krotoszyn Fürstlich Thurn und Taxis'sche Regierungsübernahme in der Provinz Posen. Vorgeschichte und Einstieg, S. 15–18; S. 18.

<sup>2121</sup> Ebd., S. 18.

<sup>2122</sup> KRÄMER, August: Rückblick auf das Leben Karl Alexanders, S. 82–83.

<sup>2123</sup> Ebd., S. 82.

durch bescheidene Autonomie ausgestatteten Großherzogtum Posen. Das von Russland abhängige Königreich Polen (bzw. Kongresspolen) lag außerhalb dieses Bereiches. Diese beiden administrativen Einheiten entstanden offiziell im Jahre 1815, nachdem das im Jahre 1807 entstandene Herzogtum Warschau beim Wiener Kongress zwischen Königreich Preußen und Kaiserreich Russland aufgeteilt wurde. Die Feststellung Krämers, dass das Fürstentum Krotoszyn in Polen liegt, zeugt deshalb entweder von der historischen Kenntnis des Autors oder von der Wahrnehmung der Region zu Lebzeiten des Fürsten Karl Alexanders bzw., dass man sich dessen bewusst war, dass sich die dort ansässigen Menschen als Polen verstanden und nicht als Preußen, ggf. so betrachtet wurden. Sicherlich basierte dieses Urteil auf der Tatsache, dass der Fürst in seinem neuen Fürstentum selbst vor Ort war und leicht feststellen konnte, dass der Großteil der dortigen Bevölkerung polnisch geprägt war und auch oft die deutsche Sprache nicht beherrschte.

Nun kommen wir ohne weitere Umschweife zum ersten Aufenthalt des Fürsten Karl Alexander von Thurn und Taxis in Krotoszyn. Der erste Besuch im Fürstentum Krotoszyn dauerte insgesamt 14 Tage, vom 11. Juli bis zum 24. Juli 1820. Schon an der Grenze zum Fürstentum Krotoszyn wurde der Fürst am 11. Juli 1820 in der noch außerhalb der Fürstentumsgrenzen liegenden Stadt Koźmin feierlich begrüßt. Der Besitzer der Stadt, Graf Friedrich Wilhelm Emil von Kalkenreuth<sup>2124</sup> (1782–1857),<sup>2125</sup> hatte dem Landrat erlaubt bei der Ankunft des Fürsten die Glocken der Kirchen läuten zu lassen.<sup>2126</sup> Graf Kalkenreuths Sohn Stanislaus war ein bekannter Landschaftsmaler und der Mitbegründer der

---

<sup>2124</sup> Gegenwärtig ist die Schreibweise anders als in den Quellen und wird meistens als *Kalckreuth* oder *Kalkreuth* angegeben.

<sup>2125</sup> Der polnische Adelige, Kazimierz Nestor Sapieha, verkaufte seine verschuldeten Besitzungen in Koźmin im Juni 1791 an den verarmten Grafen Friedrich Adolf Kalkenreuth (1737–1818) für 2.150.000 Złoty. Sapieha konnte durch den Verkauf seine Schulden decken. Die Familie von Kalkenreuth stammte ursprünglich aus der Umgebung von Meseritz (poln. Międzyrzecz) in Pommern. Graf Kalkenreuth war zugleich General der preußischen Kavallerie und später Feldmarschall. Dank der preußischen Darlehen für die Übernahme der polnischen Güter im Osten konnte er diese Besitzungen von Sapieha erwerben. Nach dem Ankauf war er dort allerdings sehr selten, da er hauptsächlich am Hof des preußischen Königs Friedrich Wilhelm III. (1770–1840) in Berlin verweilte. Er starb im Jahre 1818 in Berlin. Sein Nachfolger Graf Friedrich Wilhelm Emil von Kalkenreuth (1782–1857) übernahm die Güter im Jahre 1819. Als Besitzer der Stadt hatte er enorme Schulden, deswegen versuchte er im Jahre 1824 beim Besuch des preußischen Thronfolgers Hilfe seitens des Staates bei der Verlängerung des Termins für die Rückzahlung des staatlichen Darlehens beim laufenden Gerichtsverfahren zu erlangen. Kalkenreuth konnte sein Ziel nicht erreichen. Im Jahre 1828 wurde der Besitzer der Koźminer Güter für bankrott erklärt und die Güter von Kalkenreuth im März 1836 beschlagnahmt. Graf Kalkenreuth lebte noch bis Dezember 1840 im Schloss Koźmin, danach siedelte er nach Berlin über. Seine Güter in Koźmin wurden durch die staatliche Verwaltung im Jahre 1841 aufgeteilt. Die Güter samt Schloss Koźmin erhielt Karol Zygmunt Graetz. Später wurde das Schloss von den Koźminer Gütern im Jahre 1855 abgetrennt. Der nächste Besitzer der Koźminer Güter waren Karol Borrmann und seine Frau, danach Artur Hilzheimer und ab 1904 die Koloniale-Kommission. Zwischen 1855–1918 gehörte das Schloss Koźmin dem preußischen-königlichen-evangelischen Lehrerseminar. Vgl. KOZIŃSKA, Bogdana, NEKANDA-TREPKA, Janusz: Pałac w XVII i XVIII wieku, in: POKLEWSKI-KOZIELL, Tadeusz, NEKANDA-TREPKA, Janusz (Hg.), Zamek w Koźminie. Część I. Dzieje budowlane (= Acta Archaeologica Lodziensia, Nr. 38), Łódź 1994, S. 33–48; S. 45ff und POKLEWSKI-KOZIELL, Tadeusz, NEKANDA-TREPKA, Janusz (Hg.): Zamek w Koźminie. Część II. Źródła (= Acta Archaeologica Lodziensia, Nr. 39), Łódź 1995, S. 50.

<sup>2126</sup> Vgl. FTTZA, Polen-Akten 25: 11. Juli 1820.

Kunstschule in Weimar.<sup>2127</sup> Gräfliches Forstpersonal und Polizei, der Bürgermeister der Stadt, die Gendarmerie samt Wachtmeister und General Brigadier Hauptmann von Nebelschütz begleiteten den Wagen des Fürsten zu Pferde bis an die Grenze des Fürstentums Krotoszyn.<sup>2128</sup> Der Fürst empfing um 3 Uhr nachmittags die Huldigungen der königlichen Behörden<sup>2129</sup> und wurde anschließend durch 12 Mädchen in weißen Gewänden begrüßt, die ihn mit Blumen bewarfen. Weitere junge Frauen aus der Stadt Koźmin streuten den Weg des Fürsten mit Blumen.<sup>2130</sup> Die örtliche Schützengilde empfing den Fürsten bei der Gelegenheit mit gesenkten Fahnen und 3 Böllerschüssen.<sup>2131</sup> Die Aura der außergewöhnlichen Feierlichkeit ist in den Akten stark spürbar. Der fürstliche Kammerassessor Hohhaus und der königliche Landrath des Krotoszyner Kreises von Bork folgten dem Fürsten in eigenem Wagen.<sup>2132</sup>

Um 4 Uhr nachmittags erreichte der Fürst Karl Alexander die Grenze seines Fürstentums. Drei Kanonenschüsse verkündeten an jenem Tag dieses Ereignis. An der Grenze zum Fürstentum Krotoszyn wartete auf Karl Alexander sein gesamtes Beamtenpersonal aus der fürstlichen Rentkammer und sämtliche General- und Spezialpächter, um ihm zu huldigen.<sup>2133</sup> Der Fürst stieg in den nach „polnischer Art“ mit fünf Pferden bespannten Wagen seines Kammerdirektors um.<sup>2134</sup> Der Empfangszug, der durch den Krotoszyner Posthalter und seine sechs in die Trompeten blasenden Postillionen eröffnet wurde,<sup>2135</sup> konnte weiterfahren. Danach folgten die Schulzen und Gerichtsmänner des Amts Krotoszyn zu Schimmel, die in blau und mit roten Mützen bekleidet, vom Amtsactuarius angeführt wurden.<sup>2136</sup> Den Vertretern des Krotoszyner Amtes folgten die Deputierten der Städte Krotoszyn, Adelnau und Sulmierzyce, Mitglieder der Schützengilde aus Krotoszyn und Sulmierzyce, Schulzen der Ämter Adelnau, Rozdrażewo und Orpiszewo, an deren Spitze ebenfalls Actuaren<sup>2137</sup> standen.<sup>2138</sup> Jeder Schulze trug den Namen seines Dorfes und Amtsbezirkes auf der Mütze.<sup>2139</sup> Der Zug wurde durch grau-schwarz uniformierte Forstbeamte fortgesetzt, die von Oberförster Müller angeführt wurden und sich direkt vor dem fürstlichen Wagen platzierten. Den Wagen des Fürsten umgaben das Personal der Rent-

---

<sup>2127</sup> Vgl. KASPERSKA, Helena, SZCZEPANIAK Daniel: Wybitni Polacy, Niemcy i Żydzi ziemi krotoszyńskiej. Ludzie nauki, kultury i sztuki, Krotoszyn 2002, S. 23–24.

<sup>2128</sup> Vgl. FTTZA, Polen-Akten 25: 11. Juli 1820.

<sup>2129</sup> Vgl. FTTZA, Polen-Akten 25: 11. Juli 1820.

<sup>2130</sup> Vgl. FTTZA, Polen-Akten 25: 11. Juli 1820.

<sup>2131</sup> Vgl. FTTZA, Polen-Akten 25: 11. Juli 1820.

<sup>2132</sup> Vgl. FTTZA, Polen-Akten 25: 11. Juli 1820.

<sup>2133</sup> Vgl. FTTZA, Polen-Akten 25: 11. Juli 1820.

<sup>2134</sup> Vgl. FTTZA, Polen-Akten 25: 11. Juli 1820.

<sup>2135</sup> Vgl. FTTZA, Polen-Akten 25: 11. Juli 1820.

<sup>2136</sup> Vgl. FTTZA, Polen-Akten 25: 11. Juli 1820.

<sup>2137</sup> Als „Actuarius“ bezeichnete man damals die Funktion eines öffentlichen Schreibers, insbesondere im Gericht. Er verfasste in der Regel Verzeichnisse und Protokolle.

<sup>2138</sup> Vgl. FTTZA, Polen-Akten 25: 11. Juli 1820.

<sup>2139</sup> Vgl. FTTZA, Polen-Akten 25: 11. Juli 1820.



kammer sowie die General- und Spezialpächter.<sup>2140</sup> Den fürstlichen Zug schlossen sieben Mitglieder der jüdischen Gemeinde in türkischer Tracht zu Pferde.<sup>2141</sup> Eine klare Hierarchie und durchgedachte Zeremonie ist hier erkennbar. Die Personen wurden nach ihrer Funktion, herrschaftlichen Befugnissen und Wichtigkeit strukturiert und gegliedert. Es war einer Art herrschaftlicher Manifestation quer durch die fürstlichen Bediensteten. Die Personalisierung der einzelnen Schulzen aus den Amtsbezirken und Dörfern half den Untertanen ihre Stellung innerhalb der herrschaftlichen Hierarchie zu erkennen. Es war eine Art von Nobilitierung. Die Uniformierung der fürstlichen Bediensteten in blau-rot war kein Zufall, es waren die Farben der Fürsten von Thurn und Taxis. Die Forstbeamten trugen zwar grau-schwarze Uniformen; dies zeigt aber, dass vom Beginn der Existenz des Fürstentums Krotoszyn die Repräsentanten der fürstlichen Herrschaft nach außen leicht erkennbar waren. Es war im gewissen Sinne die lebendige Manifestation des fürstlichen Staates im preußischen Staat. Die Herrschaft der Mediatisierten hatte zwar nur noch wenig vom Glanze und von der Größe der vergangenen Stellung behalten, auf der symbolischen Ebene wurde jedoch weiterhin nach außen versucht, sich so zu präsentieren, wie zur Zeit als ihre Position noch deutlich stärker war, denn nach 1815. Die Fürsten von Thurn und Taxis wussten ihre Präsenz wohl zu gestalten. Allen sollte klarwerden, dass die fürstliche Seite immer noch eine wichtige Rolle in der Region spielt und dass diese Schlüsselstellung in der Zukunft mit allen Kräften verteidigt wird. Alle Standesherren, auch die neuen Besitzer des Fürstentums Krotoszyn, waren sich dessen bewusst, dass sie letztendlich gegen die theoretischen zukünftigen Entscheidungen des Staates als Gesetzgeber und oberste Gewalt prinzipiell außer Protesten und passivem Widerstand nichts ausrichten konnten. Sie waren gezwungen, alles zu akzeptieren, nutzten aber ständig alle Gelegenheiten, um eigene Interessen durchzusetzen.

Der fürstliche Zug ging inzwischen weiter. Auf dem Wege von der Fürstentumsgrenze nach Krotoszyn waren die Brücken mit Feld- und Wiesenblumen verziert.<sup>2142</sup> Die Dorfbewohner begrüßten den vorbeifahrenden fürstlichen Zug mit herzlichen Freudenrufen bis zu den Stadttoren Krotoszyns.<sup>2143</sup> Die Glocken der Stadt kündigten die Ankunft des Fürsten an und die Schützenbrüder aus der Schützengilde wurden am Wege aufgestellt und begrüßten ihren Fürsten bei seiner Ankunft mit geschwenkten Fahnen und dreifachen Salven.<sup>2144</sup> Ein Baldachin wurde bis zu den Stadttoren über dem Wagen des Fürsten getragen.<sup>2145</sup> Der Fürst wurde am Stadttor Krotoszyns durch den Bürgermeister, die Magist-

---

<sup>2140</sup> Vgl. FTTZA, Polen-Akten 25: 11. Juli 1820.

<sup>2141</sup> Vgl. FTTZA, Polen-Akten 25: 11. Juli 1820.

<sup>2142</sup> Vgl. FTTZA, Polen-Akten 25: 11. Juli 1820.

<sup>2143</sup> Vgl. FTTZA, Polen-Akten 25: 11. Juli 1820.

<sup>2144</sup> Vgl. FTTZA, Polen-Akten 25: 11. Juli 1820.

<sup>2145</sup> Vgl. FTTZA, Polen-Akten 25: 11. Juli 1820.

ratsmitglieder und den Stadtrat empfangen und erhielt bei der Gelegenheit die silbernen Schlüssel<sup>2146</sup> der Stadt Krotoszyn auf einem mit den Farben des Fürstentums blau-rot verziertem Kissen.<sup>2147</sup> Der Bürgermeister sprach dabei die Worte:

„Geruhen Eure Durchlaucht die Schlüssel unserer Stadt als einen Beweis der reinsten Verehrung anzunehmen! Gott schütze den Fürsten! Gott schütze das Hohe Fürstenhaus!“<sup>2148</sup>



Abbildung 34: Die silbernen Schlüssel der Stadt Krotoszyn aus dem Jahre 1820<sup>2149</sup> (links); Abbildung 35: Die silberne Schlüssel der Stadt Krotoszyn aus dem Jahre 1820<sup>2150</sup> (rechts)

Im Grunde waren es zwei kleinere Kissen. Das untere Kissen, das ursprünglich blau gewesen war und gegenwärtig eher als grün-grau zu bezeichnen ist, ist mit goldenen Aufschriften und Ausschmückungen an den Seiten, dem goldenen Wappen des Fürsten von Thurn und Taxis und Initialen des Fürsten in Silber mit dem Aufschrift „C. A. Fürst“ die im goldenen fürstlichen Wappen angebracht sind, verziert.<sup>2151</sup> Unterhalb befindet sich die silberne Aufschrift „Krotoschin“ als deutsche Variante des Stadtnamens.<sup>2152</sup> Das obere rote Kissen diente nur als Bedeckung des unteren prunkvollen Kissens und der ebenfalls mit den fürstlichen Initialen versehenen silbernen Schlüsseln, die auf dem unteren Kissen ruhten.<sup>2153</sup> Die beiden Kissen spendete offensichtlich die jüdische Gemeinde, da auf der Rückseite des unteren Kissens eine silberne Aufschrift mit „Synagoge Krotoschin“ zu finden ist.<sup>2154</sup> Nach der feierlichen Übergabe der silbernen Stadtschlüssel umringten 24 Jungfrauen, gekleidet in weiße Gewänder und Laub, den Wagen des Fürsten und streuten

<sup>2146</sup> Vgl. FTTZA, EB 495: Übergabe der Krotoschiner Stadtschlüssel an den Fürsten Karl Alexander, 1820. Die silbernen Stadtschlüssel befinden sich gegenwärtig in Regensburg im Fürst Thurn und Taxis Zentralarchiv.

<sup>2147</sup> Vgl. FTTZA, Polen-Akten 25: 11. Juli 1820.

<sup>2148</sup> FTTZA, Polen-Akten 25: 11. Juli 1820.

<sup>2149</sup> Vgl. FTTZA, EB 495: Übergabe der Krotoschiner Stadtschlüssel, 1820.

<sup>2150</sup> Vgl. FTTZA, EB 495.

<sup>2151</sup> Vgl. FTTZA, EB 495.

<sup>2152</sup> Vgl. FTTZA, EB 495.

<sup>2153</sup> Vgl. FTTZA, EB 495.

<sup>2154</sup> Vgl. FTTZA, EB 495.

Blumen auf seinen Weg.<sup>2155</sup> Anschließend schlossen sie sich dem Zuge an. Der fürstliche Zug ging dann über den alten und neuen Stadtmarkt. Herzlicher Jubel der Menge war zu hören und die Stadt-Kapelle spielte bei der Durchfahrt des fürstlichen Zuges auf.<sup>2156</sup> Die erste Reise des Fürsten Carl Alexander und die damit verbundene symbolische Übernahme des Fürstentums Krotoszyn galt damals sicherlich als Rangerhöhung und war für die gesamte Region von Bedeutung, zumal der neue Herrscher die höchste Stellung unter den Adelshäusern im Großherzogtum Posen besaß und über zahlreiche Privilegien verfügte. Die Untertanen hofften deswegen auch auf wirtschaftlicher Aufschwung, den die gar sprichwörtlich reiche Familie von Thurn und Taxis mit der Übernahme der neuen Besitzungen bringen sollte. Der polnische Bevölkerungsteil erhoffte sich wohl eine gewisse Lockerung und Teilbefreiung von der preußischen Herrschaft mit einem sanften Übergang zum semiautonomen Gebilde in Form des kompletten Fürstentums Krotoszyn.

Vor der Klosterkirche versammelte sich um 12 Uhr die katholische und protestantische Geistlichkeit des Fürstentums, darunter der Adelnauer Probst von Tomański, um dem Fürsten zu huldigen und ihn zu begrüßen.<sup>2157</sup> Bei der Ankunft des Fürsten auf dem Schlossgelände konnte man den Donner von sechs Kanonen aus dem Schlossgarten hören.<sup>2158</sup> Auf dem letzten Abschnitt, der zum Schloss führte, formierte sich die Schützengilde neu, begrüßte den Fürsten nochmal mit geschwenkten Fahnen und dreifachen Salutschüssen und schloss sich danach dem fürstlichen Zug an.<sup>2159</sup> Das Tor des Schlosses Krotoszyn war mit zwei Fahnen geschmückt, mit der preußischen (schwarz-weißen) und mit der fürstlichen (blau-roten).<sup>2160</sup> Die fürstliche Fahne war zugleich die Fahne des Fürstentums. Symbolisch wurde hieran aber auch die Dualität des Fürstentums sichtbar. Die zweitrangige Stellung der Mediatisierten als Standesherrn wurde dadurch kenntlich gemacht, dass die Fahne des preußischen Souveräns über der der Lehnsherren stand.

Vor dem Schlosseingang warteten schon alle Beamten samt Familien auf den Fürsten Karl Alexander. Nach seiner Ankunft begleiteten sie ihn bei Kanonendonner und feierlicher Musik ins Schloss in die für ihn eingerichteten Zimmer.<sup>2161</sup> Der Fürst zeigte sich auf dem Balkon des Schlosses der mit Freude erfüllten Menge. Von dort aus betrachtete er seine Untertanen, hörte der Militärmusik zu und bewunderte die für ihn aufgestellte Ehrenwache.<sup>2162</sup> Nach dem Essen bestaunte der Fürst vom Gartenbalkon aus die illuminierte

---

<sup>2155</sup> Vgl. FTTZA, Polen-Akten 25: 11. Juli 1820.

<sup>2156</sup> Vgl. FTTZA, Polen-Akten 25: 11. Juli 1820.

<sup>2157</sup> Vgl. FTTZA, Polen-Akten 25: 11. Juli 1820.

<sup>2158</sup> Vgl. FTTZA, Polen-Akten 25: 11. Juli 1820.

<sup>2159</sup> Vgl. FTTZA, Polen-Akten 25: 11. Juli 1820.

<sup>2160</sup> Vgl. FTTZA, Polen-Akten 25: 11. Juli 1820.

<sup>2161</sup> Vgl. FTTZA, Polen-Akten 25: 11. Juli 1820.

<sup>2162</sup> Vgl. FTTZA, Polen-Akten 25: 11. Juli 1820.

Ehrenpforte, die mit der Fürstenkrone und der Inschrift „Carl Alexander“ verziert worden war.<sup>2163</sup> Auf der linken Seite brannten die Worte „Heil dem verehrten Fürsten!“ Nicht nur die Bediensteten des Fürsten und sonstige Notabeln der Stadt waren bei den Festlichkeiten herzlich willkommen. Der Fürst hatte auch zwanzig arme Personen aus der Stadt in den Schlossgarten zum Essen eingeladen<sup>2164</sup> und nutzte diese Gelegenheit, um mit den ärmsten Einwohnern Krotoszyns in persönlichen Kontakt zu treten.<sup>2165</sup> Insgesamt scheint die ganze Stadt voller Freude über den Besuch des Fürsten gewesen zu sein. So ein Bild vermitteln zumindest die Akten und Berichte. Die Fenster der Häuser wurden von einzelnen Bürger für diese Gelegenheit mit Blumen verziert.<sup>2166</sup> In den meisten Fällen beruhte dies auf einer Eigeninitiative und ist als freundliche Geste der ansässigen Bevölkerung zu interpretieren.

Das (Unterhaltungs)Programm für den Besuch im Fürstentum Krotoszyn war auch für die folgenden Tage relativ strikt durchgeplant.<sup>2167</sup> Am ersten Tag war außer der Vorstellung der Behörden, ein Gottesdienst in der katholischen Kirche, Kugelschießen sowie Billard (nach der Tafel) vorgesehen. Für den zweiten Tag war nach dem Gottesdienst mit einer Taufe ein Scheibenschießen in Krotoszyn geplant. Am dritten Tag besichtigte der Fürst die Umgebung des Schlosses, die Stadt, die Synagoge, wirtschaftliche Einrichtungen wie die neuen Vorwerke in Krotoszyn sowie eine Ziegelei. Auf dem Tagesplan des vierten Tages standen die neuen Vorwerke in Brzoza, Dzielice, Rozdrażewo, Neudorf, Maciejewo, Dąbrowo, Kobierno und die Kolonie Heinrichsfeld. Für den fünften Tag des Aufenthaltes im Fürstentum Krotoszyn waren Besichtigungen weiterer Vorwerke vorgesehen, nämlich in Jankow, Orpizewo, Korytnica, Hoimsthal, Smoszewo, Ligotta und Świnkowo sowie anschließend ein Scheibenschießen in Hellefeld. Am sechsten Tag wurden die Ortschaften Chwaliszewo, Sulmierzyce, Uciechów, Raczyce, Kaczuren, Adelnau und Baben besucht. Die nächsten zwei Tage verbrachte der Fürst laut Unterhaltungsplan auf der Jagd und in den Wäldern von Adelnau. Den Hauptpunkt des neunten Besuchstages bildeten die Schulzenwälder. Am zehnten Tag fand eine Entenjagd und die Besichtigung der noch nicht besuchten Dörfer des Fürstentums Krotoszyn statt. Zu den wichtigsten Programmpunkten am elften Tag gehörten der Besuch der Synagoge und des Volksfestes in Krotoszyn, das in Zusammenhang mit einer Bauernhochzeit stand. Für den zwölften Tag wurde ein fürstlicher Ball im Schloss Krotoszyn organisiert. Am letzten, den dreizehnten

---

<sup>2163</sup> Vgl. FTTZA, Polen-Akten 25: 11. Juli 1820.

<sup>2164</sup> Vgl. FTTZA, Polen-Akten 25: 11. Juli 1820.

<sup>2165</sup> Vgl. FTTZA, Polen-Akten 25: 11. Juli 1820.

<sup>2166</sup> Vgl. FTTZA, Polen-Akten 25: 11. Juli 1820.

<sup>2167</sup> Vgl. FTTZA, Polen-Akten 25: Plan für die Unterhaltung Seiner Hochfürstlichen Durchlaucht während Höchst Ihres Aufenthaltes im Fürstenthum Krotoszyn, 1820.

Besuchstag, fand eine Kirchenfeier und der letzte Ball vor der Abreise des Fürsten in der Harmonie statt.

Einer der wichtigsten Beweggründe, um die Reise in das ein Jahr zuvor vom preußischen König erhaltenen Fürstentum zu unternehmen, war für den Fürsten Karl Alexander von Thurn und Taxis sicherlich auch eine gewisse Neugier, aber nicht nur. Die Rechnungen für die Treiber bei der Jagd im Wald sowie die Entenjagd beweisen, dass das Gebiet um Krotoszyn auch als Jagdrevier geschätzt wurde. Die Vorliebe der Fürsten von Thurn und Taxis für die Jagd im Fürstentum Krotoszyn nahm, wie wir später noch genauer sehen werden, bereits im Jahre 1820 ihren Anfang.<sup>2168</sup> Der Fürst kümmerte sich bei seinen Besuchen jedoch auch um seine Untertanen, indem er die Armen mit Spenden unterstützte.<sup>2169</sup> Gemeinsame Mahlzeiten, wie ein Mittagessen mit dem Generalpächter von Grave, zeigten nach außen den Willen zur Pflege der Kontakte mit den Pächtern.<sup>2170</sup> Das Fürstentum Krotoszyn lag schließlich größtenteils unter Pacht. Aus dieser Quelle flossen auch die meisten Erträge. Das Verhältnis zu den Pächtern spielte daher eine wichtige Rolle.

An den guten Kontakten mit dem Fürsten war natürlich auch den Pächter selbst gelegen. Sie stellten deshalb Ihre Leistungen, die sie dem Fürsten während seines Besuches boten, nicht wie andere in Rechnung, sondern verzichteten darauf. Die fürstlichen Beamten schrieben unter Position 13 in der Rechnungsliste folgendermaßen:

„Für Gestellung der Pferde selbst hat weder Herr Majorowicz, noch die übrigen Herrn General und Special Pächter eine Kosten Liquidation eingereicht, sondern erklärt, daß sie durch die erfreuliche Anwesenheit Seiner Durchlaucht hinreichend contentirt seyen. Ebenso wurden für die zur Küche gelieferten Hühner, Gänse, Puten, Kapaunne<sup>2171</sup> keine Forderungen formirt, und die Aufforderung der Kammer mit obiger Aeüßerung beantwortet.“<sup>2172</sup>

In der Zeit des Besuches des Fürsten fand das Königsschießen statt. Der Fürst nahm an dem Fest teil, besuchte das Schießhaus der Schützengilde und versprach eine Spende für den Bau eines neuen Schützenhauses.<sup>2173</sup>

Anlässlich der Ankunft des Fürsten Karl Alexander in Krotoszyn wurde ihm am 11. Juli 1820 feierlich durch die Judenältesten ein Gedicht auf einem blausamtenen mit Gold- und

---

<sup>2168</sup> Vgl. FTTZA, HMA 185: Reiserechnungen. Reise des Fürsten von Franzensbad nach Krotoschin, zurück über Frankfurt nach Taxis, 1820, Ausgaben Krotoszyn im Monat August und September 1820, Schloss Krotoszyn 6. Oktober 1820.

<sup>2169</sup> Vgl. FTTZA, HMA 185: Schloss Krotoszyn 6. Oktober 1820.

<sup>2170</sup> Vgl. FTTZA, HMA 185: Schloss Krotoszyn 6. Oktober 1820.

<sup>2171</sup> Ein Kapaun ist ein kastrierter und gemästeter Hahn.

<sup>2172</sup> FTTZA, HMA 185: Schloss Krotoszyn 6. Oktober 1820.

<sup>2173</sup> Vgl. FTTZA, DK 8600: Polizeisachen. Das Gesuch der hiesigen Schützengilde um einen neuen Schießhauses in Krotoszyn betreffend, 1839, Bericht der Fürstlichen Rentkammer vom 23. Juli 1839.

Silberstickerei verzierten Kissen übergeben.<sup>2174</sup> Das Gedicht war vom jüdischen Dichter Lazarus Raschkow verfasst worden und wurde am 14. Juli 1820 in der Synagoge in Krotoszyn vorgetragen.<sup>2175</sup> Das Gedicht in Form einer Hymne wurde belohnt. Der Dichter Raschkow bekam acht Dukaten in Gold und es wurden zwölf Abdrucke von dem Gedicht angefordert.<sup>2176</sup> Obwohl es ein Poesiestück ist, kann es auch als eine Quelle gedeutet werden, die uns etwas über die Erwartungen, Vorstellungen und Herrschaftsassoziationen der Untertanen in Krotoszyn gegenüber dem Fürsten verrät. Es ist daher sinnvoll an dieser Stelle einige Strophen des Gedichtes zu zitieren:

„Krotoschin! Oeffne dir für diesen Fürsten der Stadt Thore,  
Er ist dein Beherrscher! Du musst vor ihm dich in Ehrfurcht bücken;  
Einem König in seiner Majestät gleich wirst du Ihn erblicken.  
Diesen Tag gab uns der Ewige zur Feier, jauchzt in heiligem Chore.

Auf! Ebnet die Pfade! Bahnet die Stege!  
Schon naht Er sich, nach dem wir uns so lange sehnten;  
Bestreuet mit duftenden Blumen Straßen und Wege,  
Unser Vater Carl Alexander ist's, einer der berühmtesten Fürsten!

Laut ertönt der Jubelgesang der Stadt voller Freunden;  
Wonne malt sich auf aller Angesicht, es fliehen Kummer und Leiden  
Der Ewige sprach zu unserm allergnädigsten Regenten:  
„Wähle diesen meinen Liebling über meine Söhne zum Hirten.“

CARL ALEXANDER! Der Fromme und Weise, wird sie mit Güte weiden;  
„Verödete Fluren wird Er in den schönsten Früchten kleiden,  
„Ruinen der Vorzeit in Lustschlösser verwandeln, und bevölkern Einöden;  
„Nie besäete Plätze schafft Er um in ein göttliches Eden.“ [...]

Die THURN und TAXISCHE Familie liebte schon Wahrheit und Tugend,  
Verabscheute schon das Laster in Ihrer frühen Jugend,  
Wohlthun, Gerechtigkeit und Redlichkeit war ihr Kleinod von jeher schon.  
Drum salbte sie der ewige mit Freudenöhl und gab Ihnen den Thron. [...]“<sup>2177</sup>

Das Gedicht ist exakt zu Anfang der Existenz des Fürstentum Krotoszyn entstanden, umso mehr ist es auch aus historischer Sicht von Wert. Für die Bevölkerung war völlig unklar, ob ihr Leben sich durch die veränderte Herrschaftssituation verbessern wird oder auch nicht. Die ausgewählten Passagen vermitteln, dass das ansässige Volk mit der Herrschaft des Fürsten verschiedene Hoffnungen verband. Man freute sich in ersten Linie über den Besuch, der sicherlich als eine Nobilitierung und Legitimierung der Herrschaft vor

---

<sup>2174</sup> Vgl. FTTZA, Polen-Akten 25: Die Reise des Fürsten Carl Alexander von Thurn und Taxis nach Krotoszyn, 1820, 11. Juli 1820 und FTTZA, EB 552: Das Gedicht in Deutsch und Hebräisch, dass von der israelitischen Gemeinde Krotoschin an den Fürsten Carl Alexander bei seiner Ankunft in Krotoschin übergeben wurde, Krotoschin 11. Juli 1820.

<sup>2175</sup> Vgl. FTTZA, Polen-Akten 25: 14. Juli 1820 und FTTZA, DK 7699/2: Das von L. Raschkow eingesendete verdeutschte Gedicht, welches während der Anwesenheit Seiner Durchlaucht in der Synagoge vorgetragen worden, 1820, 12. Oktober 1820.

<sup>2176</sup> Vgl. FTTZA, DK 7699/2: Das von L. Raschkow eingesendete verdeutschte Gedicht, 12. Oktober 1820.

<sup>2177</sup> FTTZA, DK 7699/2: 11. Juli 1820, bzw. FTTZA, EB 552: Das Gedicht in Deutsch und Hebräisch, dass von der israelitischen Gemeinde Krotoschin an den Fürsten Carl Alexander bei seiner Ankunft in Krotoschin übergeben wurde, Krotoschin 11. Juli 1820.

Ort von Untertanen verstanden werden konnte. Nach den Wirren der napoleonischen Kriege und der kurzen Existenz des Herzogtums Warschau zählte man auf einen längeren Frieden und wirtschaftlichen Aufschwung. Das Haus Thurn und Taxis war bekannt und galt als wohlhabend. Man sah es daher als Chance für die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage. Man hoffte natürlich, dass die neue Herrschaft durch Gerechtigkeit, Wohltätigkeit und Tugenden gekennzeichnet sein wird. Ob sich die Hoffnungen erfüllen würden, stand für die meisten offensichtlich unter einem großen Fragezeichen, weshalb man die lobenden Strophen durchaus als unterschwellige Wünsche der Untertanen interpretieren kann.

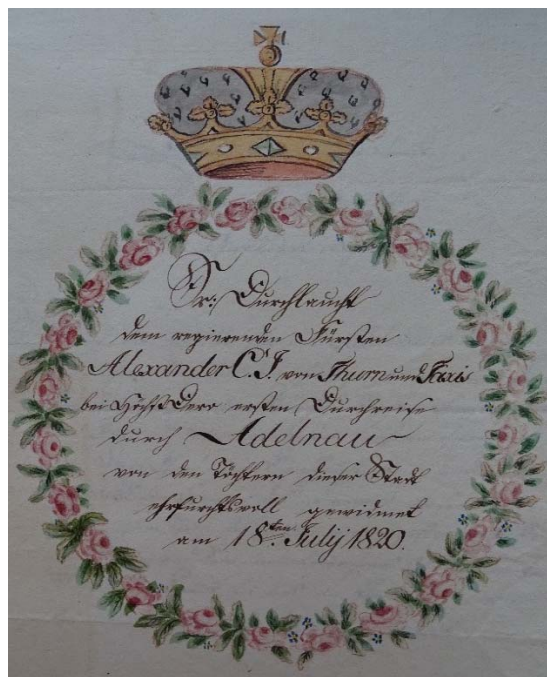


Abbildung 36: Die Darstellung der roten und blauen Blumen auf dem Seidenband der Witwe Abbt<sup>2178</sup> (links); Abbildung 37: Glückwünsche der Töchter der Stadt Adelnau<sup>2179</sup> zur Durchreise des Fürsten Karl Alexander am 18. Juli 1820 in Adelnau<sup>2180</sup> (rechts)

Zahlreiche andere Ehrenbezeugungen gegenüber dem Fürsten Karl Alexander fanden bei seiner ersten Reise statt. Eine Witwe mit dem Namen Abbt fertigte ein Willkommensgruß aus Seide an, am oberen Rand verziert mit einer Darstellung von roten und blauen Blumen und unten mit einem grünen Zweig mit roten Früchten.<sup>2181</sup> Die Wahl der blauen und roten Blumen war sicherlich kein Zufall, da es die fürstlichen Fahnenfarben waren. Die-

<sup>2178</sup> Vgl. FTTZA, EB 496: Willkommensgruß der Witwe Abbt aus Krotoszyn, Krotoszyn 11. Juli 1820.

<sup>2179</sup> „Sr. Durchlaucht dem regierenden Fürsten Alexander C. von Thurn und Taxis bei Höchstderer ersten Durchreise durch Adelnau von den Töchtern dieser Stadt erfurchtsvoll gewidmet am 18ten. July 1820“ Vgl. FTTZA, Polen-Akten 25: Adelnau 18. Juli 1820.

<sup>2180</sup> Vgl. FTTZA, Polen-Akten 25: Adelnau 18. Juli 1820.

<sup>2181</sup> Vgl. FTTZA, EB 496: Willkommensgruß der Witwe Abbt aus Krotoszyn, Krotoszyn 11. Juli 1820.



ses Seidenband war weiß und mit Glückwünschen versehen. Es wurde dem Fürsten bei seiner Ankunft am 11. Juli übergeben.<sup>2182</sup> Der Text auf dem Seidenband lautete:

„Empfangen huldreich Ew: Durchlaucht, mein! aller gnädigster Fürst und Herr, da Ew: Durchlaucht persönlich hier sein. von mir die eine Witwe ist, aus einem redlichen Herz den Wunsch, als Ihre treue unterthanen hier, daß jeder heutere Sonnenstrahl, mit Gunst, Ihr Haupt bis in daß späteste Alter Zier! Freude! fühlte ich ehe ich Sie sahe, Freude! Ist heute in mir erricht, D'schenken Sie mir Ihre Gnade; Sie zu verdienen sei meine Pflicht. Krotoschin, den 11.ten July 1820 die Wittwe Abbt.“<sup>2183</sup>

Solche persönlichen Gesten zeugen davon, wie bedeutend dieses Ereignis, nämlich der Besuch des Fürsten in Krotoszyn, für die Untertanen war. Offensichtlich identifizierten sich einige mit der neuen Herrschaft. Dies war mit guten Wünschen, Glücksgefühlen, Treuebekundungen gegenüber dem neuen Herrscher, den Fürsten von Thurn und Taxis, verbunden. Dies wird durch die weiteren Erläuterungen noch klarer werden. Am 14. Juli 1820 besuchte der Fürst die Synagoge in Krotoszyn. Bei dieser Gelegenheit wurde für ihn und seine Familie ein Gebet vorgelesen.<sup>2184</sup> Die jüdische Gemeinde aus Adelnau richtete beispielweise am 18. Juli 1820 ein Schreiben auf Deutsch und Hebräisch mit Gratulationen an den Fürsten.<sup>2185</sup> Bei der Durchfahrt des Fürsten Karl Alexander durch die Stadt Adelnau (bzw. Odolanów) am 18. Juli 1820 richteten sich die jungen Frauen aus der Stadt ebenfalls mit Beglückwünschungen an den Fürsten.<sup>2186</sup> Die Wünsche bestanden aus einem Brief und einem in polnischer Sprache verfasstem Gedicht. Die Titelseiten des polnischen und deutschen Textes trugen jeweils kalligraphische Darstellungen der fürstlichen Krone und Verzierungen (Kranz in deutscher Version und Ehrenbogen auf zwei Säulen in der polnischen Version) mit der Widmung an den Fürsten mit Ort und Datum.<sup>2187</sup> Hierzu ein Ausschnitt aus dem Gedicht samt eigener Übersetzung:

„Wiersz przez Córki Obywatelskie tegóż Miasta podany.  
Poczem zbroynych otoczon przybywasz tu Panie,  
Každy czynny, wesoły, na Twe przywitanie,  
Ozywieni widzeniem, tak starzy iak młodzi,  
Niechże u nam Panienkom witać Cię się godzi;  
J wieńczyć Cię Laurami zrozmaitych kwieci,  
Pewne będąc że przyimiesz iak od swoich dzieci.  
A przyiąwszy, któżby Ci i tego nie życzył,  
Byś nas z życiem stoletnim szczęśliwie dziedziczył.  
Jmieniem wszystkich  
Julianna Krawulska.“<sup>2188</sup>

*dt. „Ein Gedicht, das durch die bürgerlichen Töchter der Stadt dir gereicht wird, der du von Waffenträgern umgeben, hier ankommst, Herr. Jeder ist dabei, jeder*

<sup>2182</sup> Vgl. FTTZA, EB 496: Krotoszyn 11. Juli 1820.

<sup>2183</sup> FTTZA, EB 496: Willkommensgruß der Witwe Abbt aus Krotoszyn, Krotoszyn 11. Juli 1820.

<sup>2184</sup> Vgl. FTTZA, Polen-Akten 25: Adelnau 14. Juli 1820.

<sup>2185</sup> Vgl. FTTZA, Polen-Akten 25: Krotoszyn 18. Juli 1820.

<sup>2186</sup> Vgl. FTTZA, Polen-Akten 25: Adelnau 18. Juli 1820.

<sup>2187</sup> Vgl. FTTZA, Polen-Akten 25: Adelnau 18. Juli 1820.

<sup>2188</sup> FTTZA, Polen-Akten 25: Adelnau 18. Juli 1820.



*freut sich, dich zu begrüßen. Dein Anblick erquickt Jung wie Alt. Möge es sich geziemen, dass wir Jungfrauen, dich begrüßen und dass wir dich mit Lorbeeren aus den verschiedensten Blumen bekränzen. Wir sind sicher, dass du sie annimmst als wären sie von deinen Kindern und nachdem du sie angenommen hast, mögest du, wer würde es dir nicht wünschen, bis ins hundertste Lebensjahr glücklich regieren. Im Namen aller, Julianna Krawulska.“*

Das Gedicht liefert viele Hinweise über das Verhältnis der Untertanen zum Herrscher. Der Herrscher wird als mächtige, wehrhafte Figur angesehen, der alle Macht besitzt und für Sicherheit und Stabilität sorgen soll. Auch die Aussage „als wären sie von deinen Kindern“ zeugt davon, dass der Herrscher als väterliche Figur wahrgenommen wird, was wiederum auf ein Treueverhältnis hindeutet, das in erster Linie auf Emotionen basiert. Ebenso ist der Brief in deutscher Sprache, der von Friederike Feyerabend im Namen aller Töchter Adelnaus verfasst wurde, durch eine sehr emotionale Sprache, Danksagungen und Deklarationen der tiefsten Untertänigkeit gekennzeichnet. Auch die Einwohner Adelnaus waren von dem Besuch des Fürsten in sein Fürstentum und insbesondere über die Ankunft des Fürsten in der Stadt Adelnau selbst sehr beeindruckt. Hierzu ein Fragment aus diesem Brief:

„Auch ein erhellte für uns Adelnauer Bewohner ein feierlicher Tag als der heutige, wir alle Jung und Alt, hier versammelt, den Durchlauchtigsten Fürsten von Thurn und Taxis als unsere gnädigsten Erbherrn ehrfurchtsvoll begrüßen. [...] Ja, die Herzen aller Bewohner Adelnau! Sie mögen lange noch dank- und ehrfurchtsvoll für Euer Durchlauchtigste Fürsten Haus heute zu Theil wird, nach späteren Jahren mit innigster Rührung eingedenk seyn.

Geruhen Euer: Fürstliche Durchlaucht [...], von uns Töchter Adelnau Euer: Durchlaucht ehrerbietigst dargebracht, den Beweis unser aller tiefsten Ehrfurcht und Unterwürfigkeit anzunehmen als von Euer: Fürstlichen Durchlaucht treu unterthänigsten die Töchter Adelnau durch Friederike Feyerabend“<sup>2189</sup>

Auch aus anderen Ortschaften bekam der Fürst Glückwünsche in schriftlicher Form. Der Elementarlehrer Butler aus Sulmierzyce beglückwünschte Fürsten Karl Alexander am 18. Juli 1820 bei der Durchreise im Namen seiner Schuljugend.<sup>2190</sup> Die Pröbste des Fürstentums richteten ebenfalls Wünsche an den Fürsten.<sup>2191</sup> Aus Anlass des Aufenthaltes des Fürsten von Thurn und Taxis in seinem Fürstentum entstand sogar ein Opferlied mit Notenbegleitung, das auf den 11. Juli 1820 datiert wurde.<sup>2192</sup> Der Bürgermeister von Adelnau Kosmalski richtete am 18. Juli im Namen von allen Bürgern einen Brief an den neuen, an dem Tag persönlich präsenten Herrscher, mit den Worten:

„Warlich preiset jeder unter uns die Vorsehung welche uns einen der vortreflichsten und edelsten Fürsten aus Deutschlands uraltem Stamme entsproßen als unsere Erbherrn zugeführt hat, in welchem wir einen neuen Erhalter unserer Rechte, einen Be-

<sup>2189</sup> FTTZA, Polen-Akten 25: Adelnau 18. Juli 1820.

<sup>2190</sup> Vgl. FTTZA, Polen-Akten 25: Sulmierzyce 18. Juli 1820.

<sup>2191</sup> Vgl. FTTZA, Polen-Akten 25.

<sup>2192</sup> Vgl. FTTZA, Polen-Akten 25.

## *Die großen Reisen von 1820 und 1824*

schützer der Unterdrückten, einen Ruhelfer der Bedrängten und Armen, einen Trost der Verlaßenen, einen Rathgeber in zweifelhaften Fällen, ein seltenes Vorbild ächter Tugend, ein Muster wahrer Frömmigkeit und Mildthätigkeit, mit einem Worte den ersten Vater und Wohlthäter unserer Stadt erblicken.

Unter einer so wahrhaft väterlichen, milden und weisen erbherrschaftlichen Leitung sehen wir alle mit dankerfülltem Herzen einer glücklicheren Zukunft entgegen, so, daß wir und unsere Nachkommen noch vielfältig den Tag segnen werden, [...] Es lebe lange noch unsere gnädigster Erbherr Sr. Durchlaucht der Fürst von Thurn und Taxis, und sein ganzes Erlauchtes fürstliches Haus! Es lebe und walte noch lange zum Glück für uns alle, über uns und unsere Nachkommen.“<sup>2193</sup>

Dieser Brief ist im ähnlichen Ton gehalten wie beispielweise das bereits erwähnte Gedicht vom jüdischen Dichter Lazarus Raschkow. Der Bürgermeister von Adelnau und seine Bürger freuen sich, dass an der Spitze der neuen Herrschaft ein bekannter und wohlhabender deutscher Fürst aus hoch angesehenem Hochadel mit langer Tradition steht. Man erhoffte sich sowohl Aktivitäten im Bereich der Wohltätigkeit als auch die Erhaltung der schon vorhandenen Rechte. Die Lobpreisungen dienten u.a. auch dazu, um eigene Erwartungen und Bitten darzustellen. Aus dem Brief ist sehr gut ablesbar, dass die Bürger der Stadt Adelnau sich im Klaren über die enormen Auswirkungen sowie Veränderungen auf ihr Leben und das der nächsten Generationen waren, die die neue Herrschaft zwangsläufig mit sich brachte. Dem Herrscher werden positive Attitüde wie Beschützer, Ruhelfer, Tröster, Ratgeber zugeschrieben und er wird als Tröster und tugendhaftes Vorbild, fromm und mildtätig dargestellt. Betont wird aber vor allem auch hier wieder seine väterliche Rolle.



Abbildung 38: Die vordere Ansicht des Schlosses Krotoszyn im Jahre 1832<sup>2194</sup> (links); Abbildung 39: Schloss Krotoszyn im gegenwärtigen Zustand<sup>2195</sup> (rechts)

<sup>2193</sup> FTTZA, Polen-Akten 25: Adelnau 18. Juli 1820.

<sup>2194</sup> Vgl. FTTZA, 9993/PrD 25: Skizzenbuch des Domainen- und Baurathes Herrn Keim, bei seiner Reise in das Fürstenthum Krotoszyn im Herbst 1832 angelegt. Krotoszyn 26. September 1832.

<sup>2195</sup> Foto: KĘDZIERSKI, Robert.

Der nächste Besuch im Fürstentum Krotoszyn fand vier Jahre später statt. Die Reise umfasste den Zeitraum von Mitte August bis Anfang September 1824.<sup>2196</sup> Die Ankunft des Fürsten Karl Alexander (1770–1827) und seiner Gattin Fürstin Therese Mathilde Amalia von Thurn und Taxis (1773–1839), geborene Herzogin von Mecklenburg-Strelitz und Schwester von Königin Luise von Preußen (1776–1810), wurde sorgfältig vorbereitet. Es war ein außergewöhnliches Ereignis für die örtliche Bevölkerung im Fürstentum Krotoszyn, da die Schwester der Königin von Preußen mit ihrer ganzen Schönheit und Ausstrahlung präsent war. Während dieser Reise anwesend war auch der Erbprinz Maximilian Karl (1802–1871).<sup>2197</sup> Interessant ist, dass zwei Jahre zuvor am 11. August 1822 für den Saal im Schloss Krotoszyn zwei Büsten vom preußischen König und dem Kronprinzen gekauft und aufgestellt worden waren.<sup>2198</sup> Ein Zeichen der Untertänigkeit des Lehnsmannes, des Fürsten von Thurn und Taxis, gegenüber dem Souverän, dem preußischen König. Man sollte nicht aus den Augen verlieren, dass die Aufstellung der Büsten nicht nur rein als Zeichen der Legitimierung der neuen Herrschaft und des Fürstentums in der Region verstanden werden sollte. Das Schloss als fürstlicher Beamstensitz und Residenz des Fürsten wurde während des Besuches mehrmals von preußischen Eliten besucht. Auf diese Weise hatte man symbolisch die Verbundenheit und Treue gegenüber dem preußischen Königshaus gezeigt. Es waren auch andere Investitionen im Schloss Krotoszyn für die Ankunft der Fürstin und des Fürsten im Jahre 1824 geplant. Zu den geplanten Ausgaben gehörte u.a. die Ausschmückung der vorderen Wand des Schlosses mit einem Stirnmauer und Uhr mit Glocke, die Anschaffung von drei Spiegeln, drei Kommoden, 12 Polsterstühle sowie drei importierten Kronleuchtern aus Prag,<sup>2199</sup> was das Prestige des fürstlichen Schlosses beim Besuch des Fürsten und Fürstin in Krotoszyn noch heben sollte. Im Endeffekt wurde nur ein Teil der geplanten Ankäufe von der Fürstlichen Rentkammer auch tatsächlich realisiert, nämlich der Ankauf der drei Glas-Kronleuchter aus Prag für die zweite Etage des Schlosses sowie der Möbelstücke zu einem Gesamtpreis von 399 Rthl. 27 Sgr. 6 Pf.<sup>2200</sup> Allein die Kosten für die drei importierten Kronleuchter aus Prag betrugen inklusive Transport, Nebenkosten der Fürstlichen Rentkammer und Zöllen 171 Rthl. 11 Sgr. 6 Pf.<sup>2201</sup> Größere Einkäufe wurden durch den Fürsten verhindert. Als Gründe dafür wurden die Zahlungs-Verbindlichkeiten und das Stocken der Einkünfte genannt, wenngleich die Idee der Verschönerung des Schlosses durch den Fürsten gelobt wur-

---

<sup>2196</sup> Vgl. FTTZA, HMA 195: Rechnungen über die Reise der Hochfürstlichen Herrschaften von Regensburg nach Carlsbad, Mecklenburg, Krotoszyn, Chraustowitz im Jahre 1824.

<sup>2197</sup> Vgl. KRÄMER, August: Rückblick auf das Leben Karl Alexanders, S. 87.

<sup>2198</sup> Vgl. FTTZA, HMA 195: 18. August 1823.

<sup>2199</sup> Vgl. FTTZA, IB 2603: Schloß Krotoszyn 14. Januar 1823.

<sup>2200</sup> Vgl. FTTZA, IB 2603: Regensburg 30. August 1823.

<sup>2201</sup> Vgl. FTTZA, IB 2603: Regensburg 9. September 1823.

de.<sup>2202</sup> Im gleichen Schreiben wurde die Fürstliche Rentkammer angewiesen höchstens 400 Taler auszugeben, größere Ausgaben wurden aus oben genannten Gründen verboten.<sup>2203</sup> Dies kann eventuell auf pragmatisches Denken des Fürsten hinweisen, weil er kein besonderes Interesse daran hatte, in ein Schlösschen in dem fern gelegenen Provinzstädtchen Krotoszyn viel zu investieren, auch deshalb, weil das Schloss so selten von ihm besucht wurde.



Abbildung 40: Zeitgenössische Gemälde von Fürst Karl Alexander von Thurn und Taxis (1770–1827)<sup>2204</sup> (links); Abbildung 41: Zeitgenössische Gemälde von Fürstin Therese Mathilde Amalia von Thurn und Taxis (1773–1839)<sup>2205</sup> (rechts)

Obwohl die Reiserechnungen verständlicherweise keine Auskünfte darüber geben wie genau der Besuch des Fürsten abgelaufen ist, verraten sie jedoch interessante Praktiken des Herrschers gegenüber den Untertanen, die in den Quellen aus der erste Reise nicht vorkommen. Fürst Karl Alexander und Fürstin Therese machten den Frauen der höheren Beamten wertvolle Geschenke wie Schmuckstücke, deren Gesamtwert sich auf 941 Taler belief.<sup>2206</sup> Die Ehefrau des Kammerdirektors Hoffman in Krotoszyn, die sich während des Besuches um die Schlosseinrichtung und die Ausgaben der Hofhaltung gekümmert hatte,

<sup>2202</sup> Vgl. FTTZA, IB 2603: Regensburg 15. Februar 1823.

<sup>2203</sup> Vgl. FTTZA, IB 2603: Regensburg 15. Februar 1823.

<sup>2204</sup> Vgl. Karl Alexander Fürst von Thurn und Taxis – Gemälde vom Graf von Klenau aus dem Schloss Thurn und Taxis in Regensburg, siehe auch FTTZA, Fotoalbum Nr. A.IV, Bild 7a bzw. FTTZA, Fotoalbum Nr. A.IV, Bild 10.

<sup>2205</sup> Vgl. Therese Mathilde Amalia Fürstin von Thurn und Taxis – Ölgemälde aus dem Schloss Thurn und Taxis in Regensburg aus dem Jahre 1811 des französischen Hofmalers François Gérard, siehe auch FTTZA, Fotoalbum Nr. A.IV, Bild 17.

<sup>2206</sup> Vgl. FTTZA, HMA 195: Verzeichniß derjenigen Geschenke, welche Sr. Durchlaucht der Fürst auf Antrag und Durchlaucht der Fürst auf Antrag und durch Ihre Hoheit die Fürstin zu Krotoszyn und Richenburg gnädigst ertheilen ließen, September 1824.

erhielt beispielsweise einen Ring mit Brillanten.<sup>2207</sup> Derartige Geschenke bekamen meistens Frauen oder Töchter der Beamten, die wichtige Posten innehatten und beim Besuch des Fürsten wichtige Aufgaben übernahmen. So sorgte etwa Assessor Hochhaus für die Musik beim Theater, der Forstmeister Hinkeldey organisierte die fürstlichen Jagden, der Sekretär Stahlknecht spielte Musik und trat im Theater auf, der Bauinspektor Herrmann kümmerte sich um Illumination und die Aufstellung der Ehrenpforten, der Kopist Kern war mit dem Schreibverkehr aus Anlass des Besuches beschäftigt.<sup>2208</sup> Die Frauen dieser Beamten bekamen wertvolle Schmuckgegenstände. Ketten, Ohrringe, Kreuze aus feinem Gold, Medaillons und Colliers zählten zu den verschenkten Gegenständen.<sup>2209</sup> Der Gerichtsregistrator des Fürstentums, Rumpf, sorgte für das Feuerwerk und verbrannte dabei seine Kleidung. Er bekam als Geschenk 10 Dukaten.<sup>2210</sup> Mehrere Schmuckstücke wurden wahrscheinlich aus dem Anlass einer sehr gelungenen Theateraufführung verschenkt, deren Namen die Quellen zwar nicht verraten, sie fand jedoch im Kontext des Dianen-Jagdfestes statt. Die Tochter des Kammerdirektors Hoffman spielte im Theater die Göttin Diana und bekam als Geschenk für ihr Engagement ein Collier und Ohrringe mit Topasen; die Tochter des fürstlichen Justiz Direktors Rosenkranz, die den Prolog im Theater deklamiert hatte, bekam ein goldenes Kreuz mit Rubinpalais<sup>2211</sup> und das Fräulein Puritius bekam dafür, dass sie im Theater gespielt hatte, eine Schwalbe in fein Gold mit Topasen.<sup>2212</sup> Aufgelistet ist auch ein Patengeschenk der Prinzessin Sophie, die bei der Taufe der kleinen Sophie Hohhaus, ihr ein Kreuz mit Ohrringen in feinem Gold mit Amethysten schenkte.<sup>2213</sup> Die Übernahme der Patenstelle der kleinen Tochter des Assessors Hohhaus zeugt von einer persönlichen Bindung der fürstlichen Familie zu den Untertanen und somit an das neue Fürstentum. Insgesamt sind noch zwei Patenstellen, die übernommen wurden, belegt. Eine bei der Tochter des Schullehrers Butler zu Sulmierzyce sowie bei der Taufe des Sohnes des Schulzen Moraszek aus Baroszyn.<sup>2214</sup> Moraszek bekam als Geschenk 14 Thaler und 6 Silbergroschen, Butler 2 Thaler.<sup>2215</sup> Hier scheinen lediglich materielle Prämissen die Bewegungsgründe für die Bitte um die Übernahme der Patenstelle durch den Fürsten gewesen zu sein. Die Fürstin Therese von Thurn und Taxis beschenkte auch die evangelische Gemeinde in Krotoszyn, indem sie extra für diesen Zweck in Berlin u.a. zwei Lichter und eine Bibel im Werte von 87 Taler bestellte.<sup>2216</sup> Es ist auch kein Zufall, dass die evangelische Gemeinde direkt durch die Fürstin beschenkt wurde, weil

---

<sup>2207</sup> Vgl. FTTZA, HMA 195: Verzeichniß derjenigen Geschenke, September 1824.

<sup>2208</sup> Vgl. FTTZA, HMA 195: Verzeichniß derjenigen Geschenke, September 1824.

<sup>2209</sup> Vgl. FTTZA, HMA 195: Verzeichniß derjenigen Geschenke, September 1824.

<sup>2210</sup> Vgl. FTTZA, HMA 195: Verzeichniß derjenigen Geschenke, September 1824.

<sup>2211</sup> Rubin in blassrot/rosenrot Farbe.

<sup>2212</sup> Vgl. FTTZA, HMA 195: Verzeichniß derjenigen Geschenke, September 1824.

<sup>2213</sup> Vgl. FTTZA, HMA 195: Verzeichniß derjenigen Geschenke, September 1824.

<sup>2214</sup> Vgl. FTTZA, HMA 195: Verzeichniß derjenigen Geschenke, September 1824.

<sup>2215</sup> Vgl. FTTZA, HMA 195: Verzeichniß derjenigen Geschenke, September 1824.

<sup>2216</sup> Vgl. FTTZA, HMA 195: Verzeichniß derjenigen Geschenke, September 1824.

sie selbst evangelisch war. Wie wir wissen, lernte Fürstin Therese Tschechisch, um einfache Konversation mit ihren tschechischen Untertanen in den fürstlichen Besitzungen führen zu können, da Fürst Karl Alexander bereits 1821 die Herrschaft Chotieschau in Böhmen erworben hatte.<sup>2217</sup> Ihr Tschechisch-Lehrer war Josef Vojtěch Sedláček (1785–1836), ein bekannter tschechischer Intellektueller des 19. Jahrhunderts, Popularisator der tschechischen Sprache, Kultur und Verfasser von Tschechisch-Lehrbüchern.<sup>2218</sup> In den Quellen finden sich keine Hinweise darauf, dass Fürstin Therese gleiche Anstrengungen unternommen hätte, um Polnisch zu lernen, um auch im Fürstentum Krotoszyn mit ihren Untertanen einfache Konversationen führen zu können.

Aus den Reiserechnungen kann man also indirekt Einiges über wichtige Abläufe des Besuches erfahren. Anlässlich des Fürstenbesuches fanden solche Ereignisse wie eine Jagd statt, darüber hinaus eine Theaterraufführung mit Musik, in der Diana, die Göttin der Jagd, eine zentrale Rolle spielte.<sup>2219</sup> Es gab Musik, Feuerwerke und Illuminationen. Zu Ehren des Fürsten wurde auch eine Ehrenpforte aufgestellt. Es war also eine Art von Zeremonie der Herrschenden, die um Legitimation und Anerkennung in den immer noch jungen Besitzungen bemüht waren. Die Geschenke dienten offensichtlich auch diesem Zweck, es war ja nicht nur eine freundschaftliche Geste. Die übermäßige Großzügigkeit des Fürsten bei der Vergabe von teuren Schmuckstücken diente offensichtlich dazu, ein loyales Kader zu schaffen, das effizient und gehorsam die Herrschaft im Namen des Fürsten in den neuen Besitzungen im Großherzogtum Posen ausführte. Sichtbar ist hier auch die Schlüsselrolle der Frauen, die man durch die Prestigeobjekte zu treuen Anhängerinnen machen wollte. Gleichzeitig honorierte man damit die Leistungen ihrer Männer als fürstliche Beamte im Fürstentum Krotoszyn. Nebenbei erwähnt, kann man aus den Akten auch Einiges über den Weingenuss der fürstlichen Familie um 1824 erfahren. Bevorzugt wurde u.a. Chateaux Margeaux, Ungarwein, Moselwein, Franzwein, Medoc getrunken; insgesamt 325 Flaschen im Laufe des Besuchs.<sup>2220</sup> Es sind auch einige Flaschen Champagner und Arrac de Goa belegt.<sup>2221</sup> Solche Mengen zeigen, dass das Feiern des Besuches der Fürsten und gemeinsame Treffen also nicht nur die fürstlichen Beamten und Reisebegleiter, sondern auch die lokale Crème de la Crème aus den preußischen Behörden und andere wichtige Persönlichkeiten umfasste.

---

<sup>2217</sup> Vgl. GRILLMEYER, Siegfried: Habsburger Diener in Post und Politik, S. 494–498.

<sup>2218</sup> Ebd., S. 494.

<sup>2219</sup> Vgl. FTTZA, HMA 195: Verzeichniß derjenigen Geschenke, September 1824 und der während der Anwesenheit Sr. Durchlaucht des Fürsten für verschiedene ausgeführten Arbeiten u.s.w. aufgelaufenen Kosten, Hellefeld 8. September 1824.

<sup>2220</sup> Vgl. FTTZA, HMA 195: Rechnungen für 7. und 28. September 1824.

<sup>2221</sup> Vgl. FTTZA, HMA 195: Rechnungen für 7. und 28. September 1824.

### *Die Wiederentdeckung Krotoszyns. Der Besuch im Jahre 1897*

Der Besuch des Fürsten von Thurn und Taxis war auch durch Wohltätigkeit gekennzeichnet. Zahlreiche Arme, alte Frauen und Männer, ein Soldat, ein Invalide, ein Klostergeistlicher wurden mit kleinen Geldsummen beschenkt.<sup>2222</sup> Auch zahlreiche Einzelpersonen, die Gesuche stellten, wurden unterstützt.<sup>2223</sup> Viele Arme kamen zum Schloss Krotoszyn und baten um finanzielle Unterstützung und bekamen sie auch.<sup>2224</sup> In Chwaliszewo beeindruckte ein Knabe die Fürstin Therese von Thurn und Taxis mit seiner Anrede; seine Mühe wurde ebenfalls belohnt. Anlässlich des Besuches in Kobierno bekamen der Schullehrer Balicki und neun Schulkinder kleine Summen, ähnlich wie die Musiker beim Erntefest in Orpiszewo.<sup>2225</sup> Der Fürst besuchte während seiner Reise also auch andere Ortschaften, die in seinen Besitzungen lagen und trat in Kontakt mit den Untertanen z.B. während der Erntefeste. Das Volk lernte seinen neuen Herrscher auf solche Weise auch kennen. Laut Krämer wurden der Fürst Karl Alexander, die Fürstin und der Erbprinz Maximilian Carl (1802–1871) „mit hoher Liebe und Verehrung empfangen,“<sup>2226</sup> seine Frau Therese unternahm sogar eine Exkursion nach Warschau, um die Stadt zu besichtigen.<sup>2227</sup> Persönliche Interaktion und Präsenz des Fürsten wirkten noch viele Jahre in den Erinnerungen der Untertanen nach. Das musste sie auch, da sich wohl niemand zu der Zeit vorstellen konnte, dass der nächste fürstliche Besuch erst 73 Jahre später, im Jahre 1897 stattfinden würde.

### *Die Wiederentdeckung Krotoszyns. Der Besuch im Jahre 1897*

Machen wir also einen Sprung in das Jahr 1897. Die Reise<sup>2228</sup> mit der Bahn Richtung Krotoszyn begann am 20. September, wobei ein fürstlicher Salonwagen zur Verfügung stand.<sup>2229</sup> Am Dienstag, den 21. September 1897, gegen Mittag sind die höchsten Herrschaften in Krotoszyn eingetroffen.<sup>2230</sup> Im Gefolge des Fürsten Albert Lamoral von Thurn und Taxis (1867–1952) befanden sich zahlreiche Personen, darunter seine Frau Fürstin Margarethe Clementine von Thurn und Taxis (1870–1955), die auch die Titel Erzherzogin von Österreich und Königliche Prinzessin von Ungarn und Böhmen trug. Dazu kam noch die Dienerschaft (Haushofmeister, Magazinier und Leinenwandmeisterin), Diener

---

<sup>2222</sup> Vgl. FTTZA, HMA 195: Verzeichniß derjenigen Geschenke, August und September 1824.

<sup>2223</sup> Vgl. FTTZA, HMA 195: September 1824.

<sup>2224</sup> Vgl. FTTZA, HMA 195: August und September 1824.

<sup>2225</sup> Vgl. FTTZA, HMA 195: August 1824.

<sup>2226</sup> KRÄMER, August: Rückblick auf das Leben Karl Alexanders, S. 87.

<sup>2227</sup> Ebd., S. 87–88.

<sup>2228</sup> Die Beschreibung der Reise basiert hauptsächlich auf dem vorgefertigten Reiseprogramm und nicht auf dem Protokoll, das in den Quellen nicht auffindbar war. Kleine Abweichungen vom Programm sind deshalb denkbar.

<sup>2229</sup> Vgl. FTTZA, HMA 264: Aufenthalt der höchsten Herrschaften in Krotoschin, 1897, September 1897.

<sup>2230</sup> Vgl. FTTZA, HMA 264: September 1897.



der Kammer des Fürsten (zwei Leibjäger, ein Kammerdiener, ein Lakai), Diener der Kammer der Fürstin (ein Kammerdiener, eine Garderobiere, ein Leiblakai und ein Zimmermädchen).<sup>2231</sup> Bei seiner Ankunft am Krotoszyner Bahnhof wurde der Fürst zunächst durch Rentkammer-Direktor Kockenberger, Forstmeister Aigner, die Revierförster, die Forstbeamten und die übrigen fürstlichen Beamten feierlich begrüßt.<sup>2232</sup> Für den Empfang des Fürsten und sein Gefolge wurde eine besondere Kleiderordnung verhängt, nämlich Galauniformen bzw. die Nicht-Uniformierten sollten im Frack mit weißer Binde erscheinen.<sup>2233</sup> Die Abholung der höchsten Herrschaften fand im Viererzug (sog. „Viktorial“) statt.<sup>2234</sup>



Abbildung 42: Photographie vom 15. Juli 1890 (links) des Fürsten Albert Lamoral von Thurn und Taxis (1867–1952) und seiner Frau Fürstin Margarethe Clementine von Thurn und Taxis (1870–1955)<sup>2235</sup> (links); Abbildung 43: Photographie der Fürstin Margarethe Clementine von Thurn und Taxis (1870–1955) aus dem Jahre 1899 mit der Handaufschrift *Margit*<sup>2236</sup> (rechts)

Die Reise hatte einen festen Aufenthaltsplan für jeden Tag. Laut Besuchsprogramm vom 16. September 1897, nach der Begrüßung am Bahnhof, dem Mittagessen für elf Personen um 14 Uhr und dem Abendessen für zehn Personen, fand um 20 Uhr eine Rundfahrt rund um die speziell für diese Gelegenheit illuminierte Stadt statt.<sup>2237</sup> Am Mittwoch, den 22. September, wurden die Kirchen in Krotoszyn besucht. Am Abend waren ca. 28 Personen

<sup>2231</sup> Vgl. FTTZA, HMA 264: September 1897.

<sup>2232</sup> Vgl. FTTZA, HMA 264: September 1897.

<sup>2233</sup> Vgl. FTTZA, HMA 264: September 1897.

<sup>2234</sup> Vgl. FTTZA, HMA 264: September 1897.

<sup>2235</sup> Vgl. FTTZA, Fotoalbum Nr. A.VII, Bild 9.

<sup>2236</sup> Vgl. FTTZA, Fotoalbum Nr. A.VII, Bild 37.

<sup>2237</sup> Vgl. FTTZA, HMA 264: Programm für den Aufenthalt der höchsten Herrschaften in Krotoschin, Regensburg den, 16. September 1897.



zu einem Abendessen um 20 Uhr „für die Spitzen der Behörden“ geladen.<sup>2238</sup> Am Donnerstag, den 23. September, nach der Jagd, fand um 19 Uhr ein Abendessen für ca. 25 Personen statt. Die Teilnehmer waren fürstliche Beamten und Pröbste.<sup>2239</sup> Dadurch versuchte man, Kontakte zu den verschiedenen Personenkreisen zu knüpfen, egal ob das die eigenen Beamte, örtliche Behördenvertreter oder Geistliche waren. Am nächsten Tag wurden eine Molkerei in Theresienstein und ein Pachthof in Daniszyn besucht, wo um 18:30 ein Abendessen für ca. zehn Personen stattfand. Um 20 Uhr fand dann ein Fackelzug der Vereine statt. An dem Fackelzug hatten sich insgesamt 13 Vereine beteiligt, darunter solche wie der Bürgerverein, der polnische Gesangsverein, die Schützengilde, die Feuerwehr, der Männer-Turnverein, der polnische Turnverein, der Radfahrer-Verein sowie die Landwehr. Es nahmen also sowohl deutsche als auch polnische Vereine teil.<sup>2240</sup> Um 1897 kann ein gemeinsamer Fackelzug polnischer wie deutscher Vereine durch die Stadt symbolisch als herrschaftliche Neutralitätspolitik des Fürsten im Fürstentum gewertet werden, erreichte doch die Feindseligkeit der beiden Bevölkerungsteile zu der Zeit im Kaiserreich beinahe ihren Höhepunkt. Dies lässt sich somit als ein positives Beispiel der deutschen Herrschaftsausübung in der Region Provinz Posen interpretieren. Das gemeinsame Auftreten deutet darauf hin, dass alle sich gleichberechtigt fühlen konnten. Alle waren gleichermaßen Untertanen des Fürsten und die Rechte einer Gruppe von Untertanen zu verletzen, hätte einen Affront auch gegenüber der fürstlichen Stellung bedeutet. In den Quellen sind sogar zwei abgedruckte Lieder in polnischer und deutscher Sprache auffindbar. Das „Lied des Landmannes“ (bzw. poln. „*Pieśń rólnika*“) und das „Erntefestlied“ (bzw. poln. „*Piosnka na wieniec żniwiarzy*“) beweisen, dass die beiden Sprachen auch in der Öffentlichkeit vertreten waren.<sup>2241</sup> Es lohnt sich an der Stelle einen Ausschnitt aus dem „Erntefestlied“ zu zitieren, weil es uns wiederum Hinweise auf die Einstellung der Untertanen gegenüber dem Fürsten am Ende des 19. Jahrhunderts liefert:

„[...] Dem hehren Fürstenpaar in Krotoschin  
Zu huldigen ist heut' des Volkes Sinn.

O nimm den Kranz in Huld, Du hohes Paar,  
Noch schöner winden wir ihn nächstes Jahr.

Doch jetzt verklänge unser Festchoral:  
„Für Deine Huld hab' Dank vieltausendmal.“<sup>2242</sup>

<sup>2238</sup> Vgl. FTTZA, HMA 264: Regensburg 16. September 1897.

<sup>2239</sup> Vgl. FTTZA, HMA 264: Regensburg 16. September 1897.

<sup>2240</sup> Vgl. FTTZA, HMA 264: Verzeichnis über die Aufstellung der Vereine zum Fackelzuge am 24. September 1897.

<sup>2241</sup> Vgl. FTTZA, HMA 264: Zum Erntekranzfest vor dem Fürstlich Thurn und Taxis'schen Schlosse zu Krotoschin. Erntejahr 1897, September 1897.

<sup>2242</sup> FTTZA, HMA 264: Zum Erntekranzfest vor dem Fürstlich Thurn und Taxis'schen Schlosse zu Krotoschin. Erntejahr 1897, September 1897.

Aus den drei Strophen erstrahlen die Worte der Dankbarkeit für den huldvollen Umgang der Herrschaftsinstanzen mit ihren Untertanen. „Noch schöner winden wir ihn nächstes Jahr“ spiegelt zudem die Hoffnung auf einen baldigen erneuten Besuch, was man vermutlich auch als eine Anspielung auf die lange Pause ohne fürstlichen Besuch zwischen 1824 und 1897 verstehen kann. Die fürstliche Beamtschaft hat sich auch entsprechend künstlerisch für den Besuch des Fürsten vorbereitet. In dem Prolog zum Empfang des Fürsten wurde ein Lied in Versform durch den fürstlichen Beamten Adolf May verfasst und wird hier zitiert:

„Aus Nah und Fern im Festkleide,  
Wir eilten frohbewegt herbei,  
In unsrer Jubel ringt sich frei.  
Und unser Jubel ringt sich frei.

Was wir im Stillen oft ersehnten,  
Heut' ist der heiße Wunsch erfüllt,  
Was wir im Stillen uns erträumten,  
Hellstrahlend ist uns heut' enthüllt.

„Willkommen hier in Deinen Mauern,  
„hoch edles, hehres Fürstenpaar!“  
Es huldigt Dir aus tiefster Seele  
Der Deinen hochbeglückte Schaar.

„Beschirm' Dich Gott auf allen Wegen,  
„Beschirm' in Deinem Gau Dich Gott,  
„Beschirme Gott Dich und die Deinen  
„Und Deine Farben: Blau und Rot!“

So flehen wir; und dann auf's Neue  
Tönt unser Schwer noch himmelwärts:  
„Dem Hause Taxis unsre Treue,  
„Dem Hause Taxis unser Herz!“<sup>2243</sup>

Heutzutage wäre es kaum vorstellbar ein Gedicht oder Lied zu Ehren des Vorgesetzten zu verfassen, man würde dann sicherlich auf viele unangenehme Kommentare und Vorwürfe von Schmeichelei stoßen. Das Prologlied liefert jedoch wichtige Informationen über die Assoziationen des fürstlichen Verwaltungsstabs gegenüber dem Herrscher. Die fürstlichen Beamten arbeiteten schließlich in einem besonderen „Betrieb“, der auch administrativ als ein kleiner Staat im Staate in seinen bescheidenen Grenzen gelten kann. Außer dem gastfreundschaftlichen Ton und der Freude über der Ankunft des Fürsten lassen sich Treue-Deklarationen und Verbundenheit an das Haus Thurn und Taxis gut erkennen. Die Beamten scheinen sich auch mit den fürstlichen Farben „Blau und Rot“ zu identifizieren.

---

<sup>2243</sup> FTTZA, HMA 264: Aufenthalt der höchsten Herrschaften, Prolog zum Empfange Seiner Hochfürstlichen Durchlaucht Albert Maria Lamoral regierenden Fürsten von Thurn und Taxis, Fürsten von Buchau und von Krotoszyn, und höchst-seiner Gemahlin Ihrer Kaiserlichen und Königlichen Hoheit Margarethe Clementine Fürstin von Thurn und Taxis, Herzogin von Oesterreich, Königliche Prinzessin von Ungarn und Böhmen zu Krotoschin, 21. September 1897.

Solche Anzeichen der Verbundenheit von Repräsentanten der fürstlichen Verwaltung in einer „Zweigstelle“ der Regensburger Zentrale waren vom großen Wert. Dies schaffte Gehorsam und Loyalität. Dafür erhielten die Beamten ein Gefühl der Zugehörigkeit zu einer Elite, weil sie in der Provinz Posen als Stellvertreter eines der bekanntesten und reichsten Adelshäuser des deutschen Sprachraums fungierten.

Am Samstag, den 25. September, nach der Jagd und der Rückkehr aus dem Jagdhof Theresienlust und der Reise nach Kalisz, war ein Abendessen um 20 Uhr für ca. 36 Offiziere der preußischen Armee geplant.<sup>2244</sup> Am Sonntag, den 26. September, nach der Messe in der katholischen Patronatskirche fand um 15 Uhr eine Erntefest-Vorführung vor dem Schloss Krotoszyn statt; danach, um 19 Uhr, kamen ca. 32 Pächter zum Abendessen.<sup>2245</sup> Am Montag, den 27. September, nach der Jagd und einem Abendessen, fand um 20:30 Uhr ein Tanzabend im Schloss Krotoszyn statt.<sup>2246</sup> An dem Fest nahmen außer der Höchsten Herrschaften, die Hofdamen, der Rentkammer-Direktor, der Oberforstrat, der Oberbaurat, der Oberstabsarzt, der Stabsarzt, der Assistenzarzt, der Regierungsassessor, ein Rechtsanwalt, der Bürgermeister, der Landrat sowie Pächter teil; insgesamt 116 Personen, davon 56 Damen.<sup>2247</sup> Am nächsten Tag fuhr die Fürstin Margarethe Clementine zurück nach Regensburg und der Fürst begab sich ins Forsthaus Theresienlust auf eine dreitägige Jagd.<sup>2248</sup> In der ersten Oktoberwoche ging die Reise des Fürsten zu Ende.

Es ist auffällig, dass der Fürst während seiner Reise sowohl zu seinem eigenen Verwaltungsstab als auch zu den Militärs, Pächtern, Priestern und Behörden stets gute Kontakte zu halten versuchte. Solche Gesten schafften Anerkennung und sorgten für eine freundliche Atmosphäre nicht nur während der Besuche, sondern vor allem im alltäglichen geschäftlichen Umgang der fürstlichen Beamten in Angelegenheiten, die das Fürstentum Krotoszyn betrafen.

Traditionell beschenkte der Fürst seine Untertanen und die wichtigen Persönlichkeiten in seinem Fürstentum. Solche Art der Großzügigkeit machte auch sicherlich viele treue Freunde. Seine Besuche waren stets mit solchen Gesten der Anerkennung und Freundschaft verbunden. Landräte, Bürgermeister und die Frauen wurden mit Ziernadeln und Armbändern beschenkt.<sup>2249</sup> Insgesamt erhielten ca. 70 Personen Nadeln, Ketten mit

---

<sup>2244</sup> Vgl. FTTZA, HMA 264: Aufenthalt der höchsten Herrschaften, Programm für den Aufenthalt der höchsten Herrschaften in Krotoschin, Regensburg 16. September 1897.

<sup>2245</sup> Vgl. FTTZA, HMA 264: 16. September 1897.

<sup>2246</sup> Vgl. FTTZA, HMA 264: 16. September 1897.

<sup>2247</sup> Vgl. FTTZA, HMA 264: Aufenthalt der höchsten Herrschaften, Einladung zum The dansant bei Seiner Durchlaucht, Krotoszyn 27. September 1897.

<sup>2248</sup> Vgl. FTTZA, HMA 264: Aufenthalt der höchsten Herrschaften, Programm für den Aufenthalt der höchsten Herrschaften in Krotoschin, Regensburg 16. September 1897.

<sup>2249</sup> Vgl. FTTZA, HMA 264: Aufenthalt der höchsten Herrschaften, Regensburg 4. November 1897.

Kreuzanhängern sowie Pokale.<sup>2250</sup> Außerdem bekamen alle Vereine, katholische und evangelische Patronatspfarreien, ein Kinderheim und das Gymnasium in Krotoszyn, die Polizei-Mannschaft, das Militär, Feuerwehrleute, Briefträger, Paket- und Depeschboten, Bedürftige, die sich mit einer Bitte um eine Spende an den Fürsten gewandt hatten sowie fürstliche Beamten und Pächter, Geldgeschenke.<sup>2251</sup> Bei der Verteilung der Finanzmittel wurde kein Unterschied zwischen den deutschen und polnischen Vereinen gemacht.<sup>2252</sup> Insgesamt hat der Fürst für Vereine, Kirchen und einzelne Personen 12.972 Mark und 50 Pfennig ausgegeben.<sup>2253</sup> Am meisten profitierte jedoch die Stadt Krotoszyn selbst. In dem Anzeiger für Krotoschin, Koschmin, Ostrowo und Adelnau wurde durch den Bürgermeister von Krotoszyn, Sponnagel, der Öffentlichkeit zur Kenntnis gegeben, dass der Fürst der Stadt 8.000 Mark für wohlthätige Zwecke überlassen hatte.<sup>2254</sup> Der folgende Brief des Fürsten mit dem Dank für den gut verbrachten Aufenthalt im Fürstentum Krotoszyn wurde in der Zeitung abgedruckt:

„Hiermit bringe ich zur allgemeinen Kenntniß, daß Sr. Durchlaucht der Fürst von Thurn u. Taxis der Stadt zu wohlthätigen Zwecken 8000 Mark gütigst gespendet und gleichzeitig nachstehendes Schreiben an den Unterzeichneten gerichtet hat:

**Geehrter Herr Bürgermeister!**

Während Meiner Anwesenheit in Meinem Fürstenthum Krotoschin, sind Wir und Meiner Durchlauchtigsten Gemahlin, namentlich von den Einwohnern der Stadt Krotoschin so viele Beweise treuer Anhänglichkeit an Uns und Unser fürstliches Haus entgegengebracht worden, daß Wir tief ergriffen und freudig bewegt wurden. Namentlich hat der so überraschend feierliche Empfang, die glänzende allgemeine Beleuchtung und der wirkungsvolle großartige Fackelzug bekundet, daß die Stadt Krotoschin noch mit treuer Zuneigung dem fürstlichen Hause ergeben ist.

Empfangen Sie, Herr Bürgermeister, als Vertreter der Mir lieb gewordenen Stadt Krotoschin Meinen sowie der Fürstin wärmsten Dank für alle die Kundgebungen, und Ich bitte Sie, denselben auch den Einwohnern der Stadt zu übermitteln. Gerne werden Ich und Meine Gemahlin Uns der schönen in Krotoschin verlebten Stunden erinnern.

**Schloss Krotoschin**, den 1. Oktober 1897.

**Albert, Fürst von Thurn u. Taxis. Fürst von Krotoschin.**<sup>2255</sup>

Der eben zitierte Brief ist eines der seltenen Quellen und Zeugnisse über die persönliche Meinung eines Fürsten von Thurn und Taxis in Bezug auf das Fürstentum Krotoszyn und seinen Untertanen überhaupt. Was lässt sich aus dem Brief genau entnehmen? Erstens, der Fürst und die Fürstin waren von der treuen Anhänglichkeit der Einwohner von Kro-

<sup>2250</sup> Vgl. FTTZA, HMA 264: Regensburg 4. November 1897.

<sup>2251</sup> Vgl. FTTZA, HMA 264: Regensburg 4. November 1897.

<sup>2252</sup> Vgl. FTTZA, HMA 264: Regensburg 4. November 1897.

<sup>2253</sup> Vgl. FTTZA, HMA 264: Schloß Krotoschin, den 5. November 1897.

<sup>2254</sup> Vgl. FTTZA, HMA 264: Aufenthalt der höchsten Herrschaften, Der Anzeiger für Krotoschin, Koschmin, Ostrowo, Adelnau. 37ster Jahrgang. No. 119, Dienstag den 5. Oktober 1897.

<sup>2255</sup> FTTZA, HMA 264: Aufenthalt der höchsten Herrschaften, Der Anzeiger für Krotoschin, Koschmin, Ostrowo, Adelnau. 37ster Jahrgang. No. 119, Dienstag den 5. Oktober 1897.

toszyn an das Haus Thurn und Taxis beeindruckt. Zweitens, der feierliche Empfang inklusive der Höhepunkte wie die Illumination der Stadt und der „großartige Fackelzug“ manifestierten in der Öffentlichkeit die Zuneigung gegenüber dem fürstlichen Haus. Die Einheit bzw. Verbundenheit einzelner Bevölkerungsgruppen war klar ersichtlich sowie die Anerkennung der standesherrschaftlichen Instanz, welche das Fürstentum in Form des Herrschers und des Verwaltungsstabes repräsentierte. Sowohl die preußischen Behörden als auch die fürstliche Verwaltung geizten dabei nicht mit gegenseitigen Freundschaftsbezeugungen und Respektsbekundungen gegenüber dem Range des jeweiligen Partners. Und schließlich drittens, der Fürst und die Fürstin hatten wohl einen sehr positiven Eindruck von ihrem Fürstentum Krotoszyn gewonnen.

Die Untertanen machten insgesamt einen sehr guten Eindruck und zeigten Verbundenheit und Treue gegenüber seinem Herrscher, und das im Jahre 1897, als die Stellung der Standesherrn in Preußen bereits wenig bedeutend war. Die immer noch recht traditionell-patrimoniale Haltung der Untertanen kann man teilweise dadurch erklären, dass auch sie durch die Besuche des Fürsten wirtschaftlich profitierten und zwar unterschiedliche Berufsgruppen und Personenkreise, von den Beamten über die Vereine, die Armen, Waisen, bis hin zum Militär oder der Polizei. Nichtsdestotrotz identifizierte sich die Bevölkerung tatsächlich mit seinem Herrscher, was die Wertlegung auf Erkennungszeichen, wie Initialen oder Wappen bei den Geschenken schließen lässt. Ein Brief eines Vaters in Angelegenheit seiner Tochter, die eine Ansprache in der Kirche zur Begrüßung des Fürsten hielt, beschreibt so einen Fall:

„Gelegentlich des Besuches Ihrer Durchlauchten in Krotoschin wurde meiner Tochter Helena die Ehre zu Theil, Ihre Durchlauchten am Eingang der katholischen Pfarrkirche in Form einer Ansprache zu begrüßen.

Wenngleich ich bei einem ehrenden Geschenke nicht auf den Werth desselben sehe, so liegt mir aber daran, beim Anblick desselben durch irgend ein Erkennungszeichen immer an den Geber erinnert zu werden, welcher Zweck gewiß mit den von Seiner Durchlaucht vertheilten Geschenken beabsichtigt ist. Dieses Erkennungszeichen fehlt aber bei dem für meine Tochter überreichten Geschenk gänzlich.

Ich bitte deshalb, daß meiner Tochter in dieser Form übermachte Geschenk zu den Händen Seiner mit deren ehrerbietigsten Dank zurückgelegenen zu lassen mit der Versicherung, daß es ihr stets eine der angenehmsten Erinnerungen ihres Lebens bleiben wird, der Ehre gewürdigt werden zu sein, die höchsten Herrschaften begrüßen zu dürfen.

In ehrerbietigster Hochachtung ergebenst F. Redecki. Kaufmann.“<sup>2256</sup>

Aus Sicht der Mikrogeschichte stellt diese außergewöhnliche Quelle vereinfacht dar, wie sich die einzelnen Untertanen mit dem Herrscher identifizierten. Die Gefühle der ehren-

---

<sup>2256</sup> FTTZA, HMA 264: Aufenthalt der höchsten Herrschaften, Krotoschin, den 8. Dezember 1897.

### *Die Reisen und „Jagdbesuche“ in den Jahren ab 1899 bis 1913*

haften Nobilitierung durch den kurzfristigen Kontakt zeigen, dass die Identifikation mit dem Herrscher nicht nur ein Nebenprodukt, das sich aus Dankbarkeit für das Geschenk ergab, war. Vielmehr geht es hier um die treue Bindung an den Herrscher, die schon existierte und bei manchen Untertanen anscheinend bereits seit längerer Zeit, auch in Bezug auf die Wahrnehmung der Wirklichkeit, tief verankert war. Der Herrscher tritt hier offensichtlich als ein Patron auf, der in der Tradition als „unser“ Fürst galt. Das personalisierte Geschenk war offensichtlich nicht nur mehr Geld wert, sondern schaffte eine Art Verbundenheit mit dem Herrscher, auch wenn dies in erster Linie auf autosuggestiven Komponenten beruhte. Nur auf diese Weise konnte die Bindung zum fürstlichen Haus aufrechterhalten und das Bedürfnis nach der Nähe zum Herrscher gedeckt werden, der ja die meiste Zeit in seinem Fürstentum gar nicht präsent war. Sein Verwaltungsstab vor Ort war jedoch in der Lage diesen Kontakt durch eigene Existenz und relativ hohen Rang aufrechtzuerhalten. Verschiedene weitere Reisen des Fürsten nach Krotoszyn bestätigen dies.



Abbildung 44: Fürst Albert I. von Thurn und Taxis (1867–1952) – ein leidenschaftlicher Jäger, Foto aus dem Jahre 1902<sup>2257</sup> (links); Abbildung 45: Fürst Albert I. von Thurn und Taxis (1867–1952) mit seinen Jagdtrophäen, Foto um ca. 1909<sup>2258</sup> (rechts)

### *Die Reisen und „Jagdbesuche“ in den Jahren ab 1899 bis 1913*

Die Jagd gehörte seit Jahrhunderten zum adeligen Selbstverständnis. Dies war auch am Ende des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts nicht anders. Sie erfüllte einige Funktionen, die aus der Sicht der adeligen Oberschichten, wichtig waren. Die Jagd war ein Statussymbol, sie diente in Zeiten, in denen der Adel sich allmählich durch die bürgerliche Welt verdrängt fühlte, zur Selbstvergewisserung in Bezug auf die eigene Position und un-

<sup>2257</sup> Vgl. FTTZA, Fotoalbum Nr. A.VIII, Bild 3

<sup>2258</sup> Vgl. FTTZA, Fotoalbum Nr. A.VIII, Bild 39.

terstrich die Exklusivität gegenüber allen anderen Schichten, die nicht dem Adelsstande angehörten.<sup>2259</sup> Die Jagd sollte das Standesbewusstsein stärken und mit ihrer Prachtentfaltung die noch vorhandene Kraft und Bedeutung des Adels nach außen tragen.<sup>2260</sup> Sie manifestierte die adelige Herrschaftslegitimation sowie Repräsentation und wirkte sich auch auf die Kommunikation und Netzwerkbildung positiv aus.<sup>2261</sup>

Die Jagd wurde bereits im 9. Jahrhundert durch die Einführung sog. „Bannforsten“ für das einfache Volk bedeutend eingeschränkt.<sup>2262</sup> Im 16. und 17. Jahrhundert wurde allen Untertanen nur noch der freie Vogelfang gestattet.<sup>2263</sup> Mit dem Beginn des 18. Jahrhunderts wurde auch dieses Recht den Untertanen entzogen, weil es als störender Faktor für die adelige Jagd empfunden wurde.<sup>2264</sup> Dabei besaß die Jagd ab dem 18. Jahrhundert eine eher symbolische Funktion.<sup>2265</sup> Sie diente als Statussymbol und Selbstbestätigung des Adels.<sup>2266</sup> Sie erlaubte es, die vom Adel beanspruchten Tugenden wie Kraft, Männlichkeit, Liebe zur Gefahr, Tapferkeit, Selbstkontrolle, Selbstverleugnung und Unempfindlichkeit zu fördern.<sup>2267</sup> Die Unterscheidung in die niedere (Jagd auf Hasen, Füchse, Dachs, Enten usw.) und hohe Jagd (Rot-, Dam-, Schwarzwild und Haselwild usw.) entstand in der Zeit der Aneignung der Jagd im Rahmen des landesherrlichen Rechts.<sup>2268</sup> Seit der Abschaffung der Jagd-Privilegien des Adels 1848/49 war die Jagd fest mit dem Grundeigentum verbunden.<sup>2269</sup> Das preußische Jagdgesetz von 1850 erlaubte die Jagd auf einem Grundeigentum von mindestens 75 Hektar, so dass beispielsweise die meisten Bauern weiterhin dem Jagdvergnügen fern blieben mussten.<sup>2270</sup> Sie blieb somit eine elitäre und exklusive Tätigkeit in den Händen der alten Adeligen und der bürgerlich-kapitalistischen Elite.<sup>2271</sup> Die adelige Jagd festigte lokale Herrschafts- und Sozialstrukturen und behielt ihren elitären Charakter bei bzw. galt als Synonym für die „Adeligkeit“, obwohl es insbe-

---

<sup>2259</sup> Vgl. **FIEDERER**, Fabian: „Weidmanns Heil in seltener Fülle“ Fürst Albert I. von Thurn und Taxis als Jagdherr, in: **IMKAMP**, Wilhelm, **STYRA**, Peter (Hg.), „Vieles dort ist Jahrhunderte alt und doch strahlt alles neu...“. Beiträge zu Geschichte und Kunst des Fürstlichen Hauses Thurn und Taxis (= Thurn und Taxis Studien – Neue Folge, Bd. 3), Regensburg 2013, S. 61–104; S. 92.

<sup>2260</sup> Vgl. **FIEDERER**, Fabian: „Weidmanns Heil in seltener Fülle“ Fürst Albert I. von Thurn und Taxis als Jagdherr, S. 92.

<sup>2261</sup> Vgl. **MEYER**, Karoline: Jagd als Standesrecht und Mittel der Repräsentation, in: **SCHATTKOWSKY**, Martina (Hg.), *Adelige Lebenswelten in Sachsen. Kommentierte Bild- und Schriftquellen*, Köln/Weimar/Wien 2013, S. 388–393; S. 392.

<sup>2262</sup> Vgl. **MEYER**, Karoline: Jagd als Standesrecht und Mittel der Repräsentation, S. 389.

<sup>2263</sup> Ebd., S. 389.

<sup>2264</sup> Ebd., S. 389.

<sup>2265</sup> Vgl. **BERDAHL**, Robert M.: Preußischer Adel: Paternalismus als Herrschaftssystem, in: **PUHLE**, Hans-Jürgen, **WEHLER**, Hans-Ulrich (Hg.), *Preußen im Rückblick* (= Geschichte und Gesellschaft, Sonderheft 6), Göttingen 1980, S. 121–145; S. 141.

<sup>2266</sup> Vgl. **BERDAHL**, Robert M.: Preußischer Adel: Paternalismus als Herrschaftssystem, S. 141.

<sup>2267</sup> Ebd., S. 141.

<sup>2268</sup> Vgl. **MEYER**, Karoline: Jagd als Standesrecht und Mittel der Repräsentation, S. 389.

<sup>2269</sup> Vgl. **FIEDERER**, Fabian: „Weidmanns Heil in seltener Fülle“, S. 92–93.

<sup>2270</sup> Vgl. **GRÄF**, Holger Th.: Unternehmer – Jagd – Aristokratismus. Die „Frankfurter Jagdherren“ im Spessart (1861–1919), in: **JENDORFF**, Alexander, **PÜHRINGER**, Andrea (Hg.), *Pars pro toto. Historische Miniaturen zum 75. Geburtstag von Heide Wunder*, Neustadt an der Aisch 2014, S. 511–522; S. 512.

<sup>2271</sup> Vgl. **GRÄF**, Holger Th.: Unternehmer – Jagd – Aristokratismus, S. 512.

sondere nach der Reichsgründung zur adelig-bürgerlichen Annäherung kam.<sup>2272</sup> Dabei übernahmen die Angehörigen der bürgerlichen Gesellschaftsschicht die adeligen Stilisierungselemente wie eben die Jagd.<sup>2273</sup> Die Jagd gehörte zwar seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts nicht mehr offiziell zu den Herrschaftsrechten, sie wurde allerdings als ein Mittel der Herrschaftsillumination nach außen gebraucht, auch im Fürstentum Krotoszyn wie wir später sehen werden. Das Töten von Wild wurde als eine nützliche Tat für die Forste geschildert, da der Wildstand gemindert wurde und Schonzeiten eingehalten werden mussten.<sup>2274</sup> Man kümmerte sich um gute Lebensbedingungen für das Wild und versorgte es beispielsweise in der Winterzeit mit Nahrung, errichtete Plätze, wo die Tiere Unterschlupf finden oder unter Schutz gebären konnten.<sup>2275</sup> Außerdem betonte man, dass dadurch der Kontakt zur Natur aufrechterhalten werden kann, der half die Langeweile zu töten.<sup>2276</sup> Die Jagd galt als Freizeitunterhaltung, deren Wurzeln an die ritterliche Vergangenheit der adeligen Standes anknüpften.<sup>2277</sup> Sie war ein emotional geladener Wettstreit, der in Verbindung mit möglichen gefährlichen Situationen und der raschen Fortbewegung des Wildes, bei den Jägern für einen Adrenalin-Schub sorgte.<sup>2278</sup> Reiten, Fechten und Jagd gehörten zum adeligen Bildnis der Ritterlichkeit und erfüllten die aristokratischen Sehnsüchte ihr Heldentum dadurch beweisen zu können.<sup>2279</sup> Die Jagd bot auch die Möglichkeit sich auf eventuelle kriegerische Auseinandersetzungen zwischen den Staaten durch weidmännische Übungen vorbereiten zu können, zumindest auf improvisierte Art und Weise; sie vermittelte eine Illusion des Kampfes.<sup>2280</sup> Man konnte dem natürlichen Kampfinstinkt freien Lauf lassen und aufgestaute Aggression in Friedenszeiten abbauen.<sup>2281</sup> Dennoch fanden sich damals auch kritische Stimmen. So bezeichnete beispielsweise Julian Fałat (1853–1923), ein polnischer Maler, der seit 1888 viele Jahre über die Jagdszenen am kaiserlichen Hof von Wilhelm Hohenzollern abbildete, in seinem Tagebuch die Jagd als barbarisches Spiel.<sup>2282</sup>

Die Jagd diente auch als Austauschplattform, wenn z.B. Landräte und Garnisonsoffiziere aus der Region oder Provinz eingeladen wurden, was sich wiederum auf die kommunal-

---

<sup>2272</sup> Ebd., S. 512.

<sup>2273</sup> Ebd., S. 512–513.

<sup>2274</sup> Vgl. FIEDERER, Fabian: „Weidmanns Heil in seltener Fülle“, S. 98.

<sup>2275</sup> Vgl. ZAMARSKA, Anna: *Dzieje książąt raciborskich. Rudy 1841–1914. W kręgu kultury łowieckiej*, Gliwice 2006, S. 57.

<sup>2276</sup> Vgl. FIEDERER, Fabian: „Weidmanns Heil in seltener Fülle“, S. 100.

<sup>2277</sup> Vgl. DUDA, Aneta A.: „Pojedziemy na łów, na łów, towarzyszu mój...” *Aspekty ziemiańskiej kultury łowieckiej lat 1850–1939 utrwalone w archiwach rodowych i pamiętnikach*, in: DURKI, Jarosław (Hg.), *Ziemiaństwo Kaliskie, Wielkopolskie i Polskie w XIX i XX Wieku* (= *Zeszyty Kaliskiego Towarzystwa Przyjaciół Nauk*, Bd. 15), Kalisz 2015, S. 22–45, S. 23 und S. 42.

<sup>2278</sup> Vgl. DUDA, Aneta A.: „Pojedziemy na łów, na łów, towarzyszu mój...” *Aspekty ziemiańskiej kultury łowieckiej lat 1850–1939 utrwalone w archiwach rodowych i pamiętnikach*, S. 23.

<sup>2279</sup> Vgl. FIEDERER, Fabian: „Weidmanns Heil in seltener Fülle“, S. 98.

<sup>2280</sup> Ebd., S. 98.

<sup>2281</sup> Vgl. ZAMARSKA, Anna: *Dzieje książąt raciborskich*, S. 80.

<sup>2282</sup> Ebd., S. 80.



politische Ebene auswirkte.<sup>2283</sup> Ein prominentes Beispiel hierfür sind die Jagdtreffen der Frankfurter Gesellschaft. Dabei trafen sich beispielsweise die adeligen und bürgerlichen Jagdherren und Jagdgästen aus der Stadt Frankfurt am Main in dem gepachteten „Orber Revier“ zusammen.<sup>2284</sup> Unter den Gästen befand sich z.B. vom Ende des 19. Jahrhunderts bis zum Ende des Ersten Weltkriegs die *Cremè de la Cremè* aus der Region und dem Staat.<sup>2285</sup> Zu ihnen zählten die Angehörigen der Regierung, der Wiesbadener Regierungspräsident, Mitglieder der Unternehmer- und Bankiersfamilien, Polizeiprääsidenten, Landräte, Vertreter der Forstbehörden, Mitglieder der Militär-, Verwaltungs- und Gerichtsbehörden.<sup>2286</sup> Viele von diesen Persönlichkeiten kannten sich beispielsweise bereits aus unterschiedlichen Aufsichtsräten und Vorständen der Banken und Betriebe.<sup>2287</sup> 1911 war sogar der Kapitänleutnant Adalbert von Preußen, der dritte Sohn vom Kaiser Wilhelm II., bei der „Frankfurter Gesellschaft“ präsent.<sup>2288</sup> Wenden wir uns aber dem eigentlichen Thema zu: Wie sahen die Jagdbesuche des Fürsten von Thurn und Taxis im Fürstentum Krotoszyn aus?

Als Quelle war die Reise von 1897 neben der ersten, die bedeutendste, weil sie wichtige Informationen über den Aufenthalt barg. Der nächste Besuch des Fürsten in Krotoszyn fand im Jahre 1899 statt; darauf folgten Reisen in den Zeiträumen 1901–1905, 1907–1911 und 1913–1918. Zu dieser Zeit scheint die Jagd das Hauptziel der Besuche und der Hauptgrund für die Präsenz des Fürsten Albert Lamoral von Thurn und Taxis (1867–1952) in seinem Fürstentum gewesen zu sein. Die Jagd gehörte zu den liebsten freizeitlichen Beschäftigungen des Fürsten Albert.<sup>2289</sup> So fielen auch seine Besuche in Krotoszyn deshalb meistens in den September, da dies die Zeit der Hirschbrunft war.<sup>2290</sup> Vor der Abreise ließ er sich fast täglich darüber informieren, ob die Zeit passend für die Jagd ist, um beim Höhepunkt der Hirschbrunft in Krotoszyn einzutreffen.<sup>2291</sup> Die Reise im Jahre 1899 fand eben deshalb auch im September statt.<sup>2292</sup> Die erhaltenen Reiserechnungen verraten jedoch nur wenige Informationen über diesen Besuch. Sie beweisen aber, dass Fürst Albert fast die gesamte Zeit, in der er sich im Jahre 1899 im Fürstentum Krotoszyn aufgehalten hatte, im Jagdhaus Theresienlust, verbracht hatte.<sup>2293</sup> Er vergaß dabei jedoch nicht die Unterstützung der Armen der Stadt Krotoszyn und verschenkte zu diesem guten

---

<sup>2283</sup> Vgl. GRÄF, Holger Th.: *Unternehmer – Jagd – Aristokratismus*, S. 513.

<sup>2284</sup> Ebd., S. 517–518.

<sup>2285</sup> Ebd., S. 517–518.

<sup>2286</sup> Ebd., S. 517–518.

<sup>2287</sup> Ebd., S. 518.

<sup>2288</sup> Ebd., S. 517–518.

<sup>2289</sup> Vgl. FIEDERER, Fabian: „Weidmanns Heil in seltener Fülle“, S. 63.

<sup>2290</sup> Ebd., S. 76.

<sup>2291</sup> Ebd., S. 76.

<sup>2292</sup> Vgl. FTTZA, HMA 270: *Reise nach Ungarn und Krotoschin im September 1899*.

<sup>2293</sup> Vgl. FTTZA, HMA 270: *Schloß Krotoszyn, Rechnung vom 4. Dezember 1899*.

Zweck 500 Mark.<sup>2294</sup> Wie wir später sehen werden, wird sich das bei jedem „Jagdbesuch“ in seinem Fürstentum auch wiederholen. Insofern gehört die Wohltätigkeit sowie die Unterstützung der armen Bewohner zur Tradition der Thurn und Taxis'schen Herrschaftsausübung im Fürstentum Krotoszyn. Mit dem wachsenden Interesse des Fürsten an der Jagd stiegen auch die Verluste der landwirtschaftlichen Betriebe, die durch das fürstliche Wild verursacht wurden, die allein im Jahre 1900 insgesamt 70.000 Mark betrugen.<sup>2295</sup>

Die Reisen, die im Zeitraum 1901–1911 stattfanden, konzentrierten sich ebenfalls überwiegend auf die Jagd und fanden immer in der Herbstzeit (September bis maximal Anfang Oktober) statt.<sup>2296</sup> Diese Besuche liefen stets ähnlich ab und hatten die vom Fürsten hochgeschätzte Hirschjagd in den Wäldern seines Fürstentums zum Ziel.<sup>2297</sup> Der Aufenthaltsort des Fürsten und seiner Begleitung war dabei das bereits mehrmals erwähnte Jagdhaus Theresienlust. Als Transportmittel diente dem Fürsten bei größeren Entfernungen die Bahn (ein Salonwagen stand zur Verfügung) oder später immer öfter ein Automobil.<sup>2298</sup> Für die Fahrtstrecken von Krotoszyn nach Theresienlust benutzte man entweder einen Wagen (vor allem bei schlechtem Wetter) oder ein Automobil (bei Sonnenschein).<sup>2299</sup> Das Automobil war möglicherweise nicht überdacht, was zu der Zeit nichts Außergewöhnliches war. Deshalb eignete es sich aber nur für gutes Wetter. Sicherlich war es das erste Mal als die Stadt Krotoszyn einen Automobil sah. Mit der Zeit greift der motorisierte Fürst Albert immer wieder auch für weitere Strecken zum Automobil als Verkehrsmittel.<sup>2300</sup> So reisten z.B. im September 1905 zwei Chauffeure (Wiener und Dietl) in zwei Automobilen von Regensburg nach Oels, wo sie dann auf den mit der Bahn nachkommenden Fürsten warteten. Von Oels aus führen die beiden Automobile mit dem Fürsten und seiner engsten Begleitung direkt zum Jagdhaus in Theresienlust.<sup>2301</sup> Auf der Rückreise im Jahr 1905 begab sich der Fürst, seine Begleitung und die Leibdienerschaft nach Mochbern (gegenwärtig Móchobór Wielki, ein Stadtteil von Wrocław/Breslau), um von dort aus mit der Bahn im fürstlichen Salonwagen nach Regensburg zu fahren.<sup>2302</sup> Die Automobile wurden in Mochbern verladen und reisten mit den Chauffeuren nach Regensburg.<sup>2303</sup> Das Gepäck wurde in der Regel in Krotoszyn als versichertes Frachtgut mit

---

<sup>2294</sup> Vgl. FTTZA, HMA 270: Schloß Krotoszyn, Rechnung vom 4. Dezember 1899.

<sup>2295</sup> Vgl. HADRYCH, Paweł: *W czasach pruskich (1793–1918)*, S. 255.

<sup>2296</sup> Vgl. FTTZA, HMA 1789: Reise Sr. Hochfürstlichen Durchlaucht nach Krotoschin im Herbst, 1901–1905 und 1907–1911.

<sup>2297</sup> Vgl. FTTZA, HMA 1789.

<sup>2298</sup> Vgl. FTTZA, HMA 1789.

<sup>2299</sup> Vgl. FTTZA, HMA 1789.

<sup>2300</sup> Vgl. FTTZA, HMA 1789.

<sup>2301</sup> Vgl. FTTZA, HMA 1789: Bestimmungen für die Reise Seiner Hochfürstlichen Durchlaucht von der Huette nach Krotoschin und zurück, Regensburg 6. September 1905.

<sup>2302</sup> Vgl. FTTZA, HMA 1789: Bestimmungen für die Reise Seiner Hochfürstlichen Durchlaucht von der Huette nach Krotoschin und zurück, Regensburg 6. September 1905.

<sup>2303</sup> Vgl. Vgl. FTTZA, HMA 1789: Regensburg 6. September 1905.

der versicherten Lieferzeit zurück nach Regensburg geschickt.<sup>2304</sup> Diese Details werden erwähnt, um zu schildern, wie aufwendig und komplex selbst der Transfer nach Theresienlust oder Krotoszyn und umgekehrt war. Dies war natürlich auch nicht immer der Fall, da beispielsweise im Jahre 1907 der Fürst vom Schloss Taxis nach Theresienlust mit dem Automobil gefahren ist, um dort Hirsche zu jagen.<sup>2305</sup> Im Jahre 1909 reiste Fürst Albert mit dem Automobil erst ab Dresden.<sup>2306</sup>

Hinter jedem Jagdbesuch stand stets ein riesiger Vorbereitungs- und Organisationsaufwand. So begleiteten den Fürsten beispielweise im Jahre 1901 drei Personen, darunter sein Geheimrath, Freiherr von Aretin, Hofmarschall von Beckedorff und Hofcavalier von Blanckenburg.<sup>2307</sup> Die Dienerschaft umfasste insgesamt neun Personen und musste hinter ihrem Herrscher mitreisen. Dem Fürsten standen ein Leibkammerdiener, ein Leibbüchsen-spanner, ein Leibjäger, ein Schlossdiener, ein Koch, ein Zimmermädchen, ein Kochmädchen und zwei Lakaien zu Verfügung.<sup>2308</sup> Bereits im Jahre 1902 kam ein Chauffeur dazu. Das Automobil diente dem Fürsten als Transportmittel von Krotoszyn zum Jagdhaus Theresienlust.<sup>2309</sup> Im Großgepäck des Fürsten, das bei jedem Besuch nach Krotoszyn transportiert wurde, befanden sich die unterschiedlichsten Dinge. Dies betraf auch die Jagdbesuche. Die Reisen stellten auch in diesem Zusammenhang jedes Mal eine riesige logistische Unternehmung dar. Im Jahre 1903 werden eine Silberkammer, Kleidung (sog. „Lingerie“), eine Küche, ein Magazin, eine Gewehrbox, Gepäck der Dienerschaft, ein komplettes Bett, Fenstervorhänge, ein Teppich, mehrere Bettvorlagen, ein Waschtisch mit Garnitur und ein Zimmerklosett erwähnt.<sup>2310</sup> Alles wurde bei solchen Reisen wie dieser im Jahre 1903 als Eilgut verschickt und ein Lakai sorgte dafür, dass alles rechtzeitig vor Ort war.<sup>2311</sup> Es sei dahingestellt, warum die Fürsten von Thurn und Taxis, die zu der Zeit bereits beinahe ein Jahrhundert die Herrschaft im Fürstentum Krotoszyn ausübten, keine passende Ausstattung vor Ort hatten. Die Gründe für das Fehlen der nötigen Gebrauchsgüter sind enigmatisch. An fehlenden finanziellen Mitteln kann es, auch in diesem Zeitraum, kaum gelegen haben. Vielleicht entschied die Tatsache, dass die Besitzungen in Krotoszyn insgesamt zwischen 1824 bis 1897 durch die Fürsten gar nicht besucht wur-

---

<sup>2304</sup> Vgl. FTTZA, HMA 1789: Bestimmungen für die Reise Seiner Hochfürstlichen Durchlaucht nach Krotoschin, Regensburg 7. September 1907.

<sup>2305</sup> Vgl. FTTZA, HMA 1789: Regensburg 7. September 1907.

<sup>2306</sup> Vgl. FTTZA, HMA 1789: Bestimmungen für die Reise Seiner Hochfürstlichen Durchlaucht nach Krotoschin (Theresienlust), Regensburg 19. September 1909.

<sup>2307</sup> Vgl. FTTZA, HMA 1789: Schloß Taxis 7. September 1901.

<sup>2308</sup> Vgl. FTTZA, HMA 1789: Schloß Taxis 7. September 1901.

<sup>2309</sup> Vgl. FTTZA, HMA 1789: Schloß Garatshausen 10. September 1902.

<sup>2310</sup> Vgl. FTTZA, HMA 1789: Disposition für die Reise Seiner Hochfürstlichen Durchlaucht von Schloß Garatshausen nach Theresienlust bei Krotoschin, Schloß Garatshausen 1. September 1903.

<sup>2311</sup> Vgl. FTTZA, HMA 1789: Schloß Garatshausen 1. September 1903.

### *Die Reisen und „Jagdbesuche“ in den Jahren ab 1899 bis 1913*

den, darüber, dass solche Investitionen in die Ausstattung im Fürstentum als komplett irrelevant erschienen.

Die Kosten für die Reisen waren unterschiedlich. Sie belaufen sich beispielweise in den Jahren 1901–1911 zwischen 4.331,41 und 9.283,20 Mark pro Reise.<sup>2312</sup> Das waren keine unerheblichen Summen. Beim Aufenthalt des Fürsten bei den Besuchen im Fürstentum Krotoszyn wurde nicht an Ausgaben gespart. Die Ausgabentendenz war bei den Jagdbesuchen dabei (bis auf die Jahre 1904, 1908 und 1909) steigend und lässt sich wie folgt graphisch darstellen:

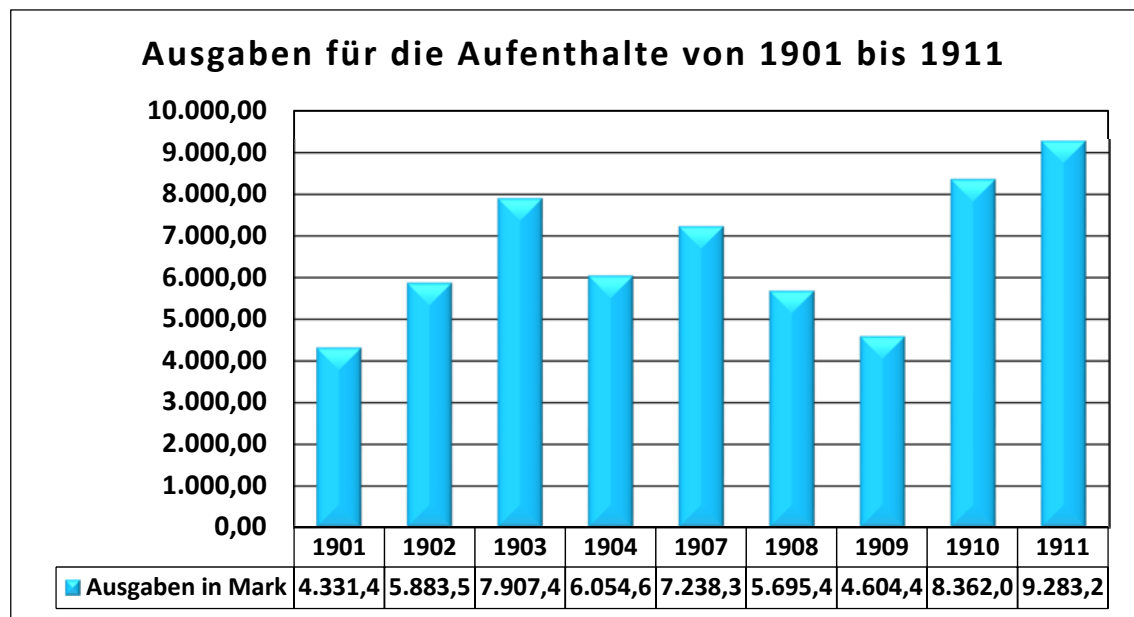


Abbildung 46: Ausgaben für die Aufenthalte des Fürsten Albert von Thurn und Taxis im Fürstentum Krotoszyn in den Jahren 1901–1911<sup>2313</sup>

Bei den Besuchen von 1899 bis 1911 wurden auch weiterhin Geldspenden (in der gleichen Höhe von 500 Mark) an die Armen der Stadt Krotoszyn gezahlt, gelegentlich auch kleinere Summen an die Armen aus der Stadt Kobierno.<sup>2314</sup> Beispielsweise belegen die Rechnungen aus dem Jahre 1902, dass außer den Armen aus Krotoszyn, die Bedürftigen aus Kobierno mit 100 Mark beschenkt wurden.<sup>2315</sup> Die Zahl der Personen, die finanzielle Unterstützung erhalten hatten, war jedoch bei den Jagdbesuchen insgesamt wesentlich bescheidener als etwa bei dem Besuch im Jahre 1897. Die meisten Gaben bekamen die fürstlichen Diener aus dem fürstlichen Forstamt, die für die Organisation der Jagden im

<sup>2312</sup> Vgl. FTTZA, HMA 1789: Verzeichnisse der Ausgaben des fürstlichen Hofmarschallamtes für die Reisen des Fürsten Albert von Thurn und Taxis in den Jahren 1901–1911.

<sup>2313</sup> Vgl. FTTZA, HMA 1789: Verzeichnisse der Ausgaben des fürstlichen Hofmarschallamtes für die Reisen des Fürsten Albert von Thurn und Taxis in den Jahren 1901–1911.

<sup>2314</sup> Vgl. FTTZA, HMA 1789.

<sup>2315</sup> Vgl. FTTZA, HMA 1789: Reise Sr. Hochfürstlichen Durchlaucht nach Krotoschin im Herbst, 1901–1905 und 1907–1911, Verzeichniß dafür Rechnung des fürstlichen Hofmarschallamtes anlässlich der Anwesenheit Seiner Hochfürstlichen Durchlaucht in Theresienlust vorangelegten Beträge, Schloß Krotoschin 27. November 1902.

Einvernehmen mit dem fürstlichen Hofmarschallamt in Regensburg, zuständig waren.<sup>2316</sup> Die Bonusgelder, die sie für ihre Dienstleistungen bei der Jagd erhielten, unterschieden sich je nach Funktion. Der fürstliche Oberförster Rasbach bekam 200 Mark, der fürstliche Oberförster Marterer 150 Mark, die Waldwärter bekamen pro Person 110 Mark.<sup>2317</sup> Im Jahre 1910 erhielten die fürstlichen Forstbeamten beispielweise insgesamt 1.060 Mark zusätzliches Geld für ihre Leistungen während des fürstlichen Besuches.<sup>2318</sup> Der Fürst zeigte sich in der Öffentlichkeit nicht voller Prunk und Pracht wie etwa im Jahre 1897 oder 1820. Es war offensichtlich mehr als eine private Reise zum Zwecke der Hirschjagd gedacht. Den täglichen Zugang zum Fürsten hatten nur Personen und die Dienerschaft, die zu seinem engsten Kreis gehörten und bei der Jagd und im Jagdhouse präsent sein mussten bzw. an der Jagd teilnehmen durften. Wie bereits erwähnt, oblag die Organisation der Jagden im Fürstentum Krotoszyn dem Fürstlichen Forstamt. Es kam jedoch zur Kompetenzstreitigkeiten zwischen dem Fürstlichen Forstamt und der Fürstlichen Rentkammer wie ein Dokument der Domänen-Kammer in Regensburg vom 12. Oktober 1903 bestätigt:

„Um Kompetenzstreitigkeiten, welche anlässlich der letzten Hofjagden in Krotoschin zwischen der Rentkammer und dem Forstamte entstanden sind, zu vermeiden, gestatten wir uns das f. Hofmarschallamt höflichst zu ersuchen, bei allenfallsigen künftigen Hofjagden den auf die Jagd und das Forstpersonal Bezug habenden Schreibwechsel, soweit er nicht mit uns stattfinden kann, [Unterstreichung im Original, Anm. d. Verf.] mit dem f. Forstamte, welchem die Verwaltung der Jagd nach den bestehenden Bestimmungen obliegt, pflegen zu wollen.“<sup>2319</sup>

Da die fürstliche Verwaltung in Regensburg künftige Streitigkeiten vermeiden wollte, wandte sie sich auch an die Kollegen aus der Verwaltungsstelle des Hofmarschallamtes, um weitere verwirrende Korrespondenz zu vermeiden. Zukünftig sollte der Kontakt nur zwischen der Domänen-Kammer und dem Fürstlichen Forstamt bzw. dem Hofmarschallamt und dem Fürstlichen Forstamt erfolgen. Der Kontakt mit der Fürstlichen Rentkammer in Krotoszyn bezüglich der Verwaltung und Organisation der Jagden sollte zukünftig vermieden werden. Dieses Dokument ist insofern eine außergewöhnliche Quelle, da er auf einen inneren Kampf um Macht und Einfluss der fürstlichen Verwaltung hinweist. Der Fürstlichen Rentkammer gefiel es offensichtlich nicht, dass sie nicht zu ihrem Recht

---

<sup>2316</sup> Vgl. FTTZA, HMA 1789: Reise Sr. Hochfürstlichen Durchlaucht nach Krotoschin im Herbst, 1901–1905 und 1907–1911, Fürstlich Thurn und Taxische Domainen-Kammer an das fürstliche Hofmarschallamt, Regensburg 12. Oktober 1903.

<sup>2317</sup> Vgl. FTTZA, HMA 1789: Reise Sr. Hochfürstlichen Durchlaucht nach Krotoschin im Herbst, 1901–1905 und 1907–1911, Verzeichniß dafür Rechnung des fürstlichen Hofmarschallamtes anlässlich der Anwesenheit Seiner Hochfürstlichen Durchlaucht in Theresienlust vorangelegten Beträge, Schloß Krotoschin 27. November 1902.

<sup>2318</sup> FTTZA, HMA 1789: Verzeichnis des Jagdaufenthaltes Seiner Hochfürstlichen Durchlaucht in Theresienlust für Rechnung des fürstlichen Hofmarschallamtes bestrittenen Ausgaben, Schloß Krotoschin, 19. November 1910.

<sup>2319</sup> FTTZA, HMA 1789: Reise Sr. Hochfürstlichen Durchlaucht nach Krotoschin im Herbst, 1901–1905 und 1907–1911, Fürstlich Thurn und Taxische Domainen-Kammer an das fürstliche Hofmarschallamt, Regensburg 12. Oktober 1903.

kam und dass die Jagdbesuche des Fürsten die meiste Zeit durch das Personal aus dem Forstamt betreut wurden. Außerdem hatte die Fürstliche Rentkammer keine Kontrolle über die Organisation der Jagden. Die Beamten der Fürstlichen Rentkammer empfanden es allen Anschein nach als Einschränkung ihrer Kompetenzen, dass sie bei den vom Fürsten so geliebten Jagden im Fürstentum Krotoszyn außen vor blieben. Dies hatte auch Auswirkungen auf Einfluss und Ansehen innerhalb der fürstlichen Verwaltung. Der Zugang zum Fürsten war dadurch eingeschränkt. Im Endeffekt war es auch ein Kampf um die Belohnungen und die Gunst des Fürsten, weil das Fürstliche Forstamt bei den Jagden natürlich in entsprechend höherem Maße von der Gunst des Fürsten als die Fürstliche Rentkammer profitierte.

Bei der Organisation der Besuche war die Fürstliche Rentkammer selbstverständlich mit beteiligt, solange es jedoch nicht um die Jagden ging, die in den Kompetenzbereich des Fürstlichen Forstamtes fielen. Die Rentkammer Krotoszyn versuchte sich immer beim Hofmarschallamt oder Domänen-Kammer zu erkundigen, ob sich der Fürst bei jeder Anreise am Bahnhof den Empfang durch Bürgermeister Sponnagel und Landrat Hahn wünscht.<sup>2320</sup> Der Empfang des Fürsten durch den fürstlichen Rentkammer-Direktor war in dem Jagdhaus Theresienlust (wenn der Fürst aus einer anderen Stadt mit dem Automobil kam) oder am Bahnhof vorgesehen, wenngleich ebenfalls nur auf Wunsch des Fürsten.<sup>2321</sup> Die Verwaltung in Krotoszyn wollte auch immer darüber informiert werden, wo der Fürst den katholischen Gottesdienst besuchen wird. In dem Dokument vom 3. September 1903 schlägt die fürstliche Verwaltung die Kirchen in Rozdrażewo für den 20. September und die Kirche in Krotoszyn oder Kobierno für den 27. September vor.<sup>2322</sup> Die Fürstliche Rentkammer empfiehlt dabei auch, sofern es zeitlich für den Fürsten möglich war, die Kirchen, die unter dem fürstlichen Patronat standen, zu besuchen.<sup>2323</sup> Insbesondere wurde bei dieser Gelegenheit die Patronatskirche in Krotoszyn als der geeignetste Ort angesehen.<sup>2324</sup> Schließlich entschied man sich für die Kirchen in Kobierno und Rozdrażewo. Die Pröpste wurden bei dieser Gelegenheit mit zwei Reliefbildern beschenkt.<sup>2325</sup> Seitdem der Fürst öfter das Automobil benutzte, wurde der Straßenzustand zum wichtigen Kriterium bei der Wahl der Kirche.<sup>2326</sup> Interessanterweise gehörte es zu den Zuständigkeiten der Rentkammer Krotoszyn auch nachzuprüfen, ob der Bezirk, in welchem sich das Fürsten-

---

<sup>2320</sup> Vgl. FTTZA, HMA 1789: Rentkammer Krotoschin, Schloß Krotoschin 8. September 1903.

<sup>2321</sup> Vgl. FTTZA, HMA 1789: Rentkammer Krotoschin, Schloß Krotoschin 13. September 1904.

<sup>2322</sup> Vgl. FTTZA, HMA 1789: Rentkammer Krotoschin, Schloß Krotoschin 8. September 1903.

<sup>2323</sup> Vgl. FTTZA, HMA 1789: Rentkammer Krotoschin, Schloß Krotoschin 8. September 1903.

<sup>2324</sup> Vgl. FTTZA, HMA 1789: Rentkammer Krotoschin, Schloß Krotoschin 8. September 1903.

<sup>2325</sup> Vgl. FTTZA, HMA 1789: Verzeichniß der bestrittenen Auslagen anlässlich der Anwesenheit Seiner Hochfürstlichen Durchlaucht vom 19ten bis 30. September 1903, Schloß Krotoschin 28. November 1903.

<sup>2326</sup> Vgl. FTTZA, HMA 1789: Fürstlich Thurn und Taxisches Hofmarschallamt, Regensburg 6. September 1905.

tum Krotoszyn befand, frei von ansteckenden Krankheiten war.<sup>2327</sup> Dies war die tägliche organisatorische Routine der fürstlichen Verwaltung bei der Organisation der fürstlichen Besuche in Krotoszyn. Dieser Quellenausschnitt sagt uns auch, dass der Fürst ein hohes Prestige besaß, da bei den fürstlichen Besuchen, sowohl der Landrat als auch der Bürgermeister der Stadt Krotoszyn bereit waren, den Fürsten am Bahnhof zu empfangen. Die fürstliche Verwaltung als Repräsentant des Fürsten und des Fürstentums in der Region, genoss daher ebenso hohes Ansehen. Solche Details zeigen, wie weit die herrschaftlichen Netzwerke und Einflüsse der fürstlichen Verwaltung reichen konnten, nämlich bis zu den obersten Behörden und Repräsentanten des Staates vor Ort. Selbst wenn dies oft eher von symbolischer Bedeutung sein mag, war es nach außen ein deutliches Signal: Wir kennen uns und schenken uns Ehre und Anerkennung. Dies stabilisierte die Herrschaftsansprüche des Fürsten als auch des Staates. Die fürstliche Verwaltung verstand die guten Kontakte mit den Behörden zu pflegen. Für den täglichen Dienstverkehr war es auch unabdingbar, vor allem, um die anstehenden Aufgaben und Pflichten gut erfüllen zu können und sich auch – rein pragmatisch gesehen – die Arbeit zu erleichtern.

Offensichtlich identifizierten sich bei den Besuchen des Fürsten die Bediensteten mit ihrem Herrscher. Bei dem Jagdbesuch im Herbst 1907 soll der Fürst ein eigenes Bild der fürstlichen Familie für die Frau des Rentkammer-Direktors Adolf May versprochen haben. Die fürstliche Verwaltung in Regensburg hatte dies wahrscheinlich vergessen. Aus dem erhaltenen Erinnerungsschreiben des Rentkammer-Direktors an das fürstliche Hochmarschallamt in Regensburg geht hervor, wie stark sich der höchste fürstliche Beamte im Fürstentum Krotoszyn und seine Frau mit dem Fürsten identifizierten. Der Rentkammer-Direktor, Adolf May, schrieb am 12. November 1907:

„Ferner darf ich wohl noch vertraulich, andererseits aber wohl auch pflichtgemäß hier anfügen, daß Seine hochfürstliche Durchlaucht bei Besichtigung des Schloßes am 29. September die große Gnade gehabt haben, meiner Frau die Zuwendung eines Bildes der hochfürstlichen Familie zu versprechen. Ich bitte hin konstatieren zu dürfen, daß dieses für meine Frau und mich höchsten Besuch bis heute hier nicht eingetroffen.“<sup>2328</sup>

Die fürstlichen Bediensteten im Fürstentum Krotoszyn legten offensichtlich sehr großen Wert auf personalisierte Geschenke, die in Verbindung mit den erlebten Kontakten mit dem Fürsten standen. Das Bild der fürstlichen Familie steht hier symbolisch für die gesellschaftliche und emotionale Bindung mit dem Herrscher. Die höchsten fürstlichen Beamten konnten sich auf Grund der persönlichen Verbindungen zum Fürsten als eine Elite innerhalb der fürstlichen Verwaltung im Fürstentum Krotoszyn und in der Region betrachten. Dieses elitäre Prestigegefühl war es, das sie schlussendlich auch an die Herr-

<sup>2327</sup> Vgl. FTTZA, HMA 1789: Rentkammer Krotoschin, Schloß Krotoschin 8. September 1903.

<sup>2328</sup> FTTZA, HMA 1789: Schloß Krotoschin 12. November 1907.

schaft des Fürsten von Thurn und Taxis band. Der Rentkammer-Direktor May bekam schließlich das Bild und versprach in seinem Dankesbrief an das fürstliche Hofmarschallamt in Regensburg, dass er das Bild „zeitlebens stets hoch in Ehren halten“<sup>2329</sup> wird. Der fürstliche Oberförster Materer bedankte sich 1910 für das Geschenk eines Fürsten-Portraits, indem er schrieb:

„[...] daß ich für Seine Hochfürstliche Durchlaucht, den gnädigsten Fürsten und Herr sowie für das ganze Hochfürstliche Haus stete Dankbarkeit, unverbrüchliche Treue und loyalste Gesinnung bis zu meinem letzten Atemzuge bewahren werde.“<sup>2330</sup>

Ob dies eine Deklaration aus Überzeugung und Liebe oder nur eine formelle Danksagung an den Fürsten als Arbeitgeber war, sei dahingestellt. Es ist allerdings gut erkennbar, dass solche Bekenntnisse nicht unter Zwang stattfanden. Der Oberförster Meterer musste nicht seine Loyalität, Treue bis zum „letzten Atemzuge“ schriftlich bekunden. Tat dies aber aus Dank und möglicherweise aus tiefer Bindung zu dem Fürsten von Thurn und Taxis.

So eine Art von persönlichen Beziehung zwischen dem Herrscher und seinen Beamten konnte viel einfacher entstehen als bei regulären Untertanen. Die Bediensteten der fürstlichen Rentkammer hatten den Zugang zum Fürsten, wenngleich der Herrscher nicht so oft persönlich in seinem Fürstentum anwesend war, was vor allem die Zeit zwischen 1825–1896 betraf.

Ab 1897 war der Fürst regulär in seinen Besitzungen in Krotoszyn; immer in Begleitung und manchmal sogar mit der Familie. Es handelte sich zwar in den Jahren 1897–1918 weniger um offizielle – wie bereits erwähnt – als um Jagdbesuche, die im Ersten Weltkrieg mit den Inspektionen des Lazaretts in Krotoszyn verbunden wurden, trotzdem kam es aus dem Grund zu häufigeren Kontakten mit seiner Verwaltung und einflussreichen Personen in der Region. Die Quellen weisen jedoch darauf hin, dass die persönliche Sphäre des Fürsten kein hermetisch abgeriegelter Raum war, sondern einer, in dem sich die Lebenswelten des Fürsten und der Untertanen vermischten bzw. zumindest miteinander in Berührung kamen. Diese Schnittstelle zeigt wie und aus welchem Grund die Kinder und Jugend des Fürstentums Krotoszyn durch den Fürsten Albert geschätzt wurden:

„Gelegentlich des höchsten Aufenthalts in Theresienlust wurden von Seiner Hochfürstlichen Durchlaucht sowohl bei der Kirchfahrt in Kobierno als auch bei der Durchreise durch die Stadt Krotoschin im Automobil aus der Hand junger Mädchen Blumensträuße huldvollst entgegengenommen und befohlen, daß den Spenderinnen ein entsprechendes Geschenk zugestellt werden solle.

---

<sup>2329</sup> FTTZA, HMA 1789: Schloß Krotoschin 29. November 1907.

<sup>2330</sup> FTTZA, DK 20310: Die Abhaltung von Hofjagden im Fürstenthum Krotoszyn und Einladungen zu Jagden, Carl Alexander Ruh 27. Oktober 1910.



## *Die Reisen und „Jagdbesuche“ in den Jahren ab 1899 bis 1913*

Anliegend überreichen wir ganz ergebenst fünf Adressen solcher Mädchen, über deren Verhältnisse wir Erkundigungen eingegangen und auf den Beilagen vermerkt haben.“<sup>2331</sup>

Insgesamt wurden vier Mädchen beschenkt. Franziska Miśkiewicz bekam 30 Mark, Therese Jelinowska 25 Mark, wenngleich im Falle von Jelinowska ihr Vater das Geld bekam, da sie wahrscheinlich minderjährig war; Hella Szymura bekam eine Halskette mit goldenem Kreuzanhänger und Sophia Mizgalska bekam 100 Mark.<sup>2332</sup> Für das Überreichen von Blumen wurde auch eine Witwe mit dem Nachnamen Hofmann mit 30 Mark belohnt.<sup>2333</sup> Interessanterweise beließ man die polnischen Nachnamen hier in ihrer Originalform und schrieb sie sogar mit diakritischen Zeichen, während die Vornamen in der Regel eine deutsche Form hatten. Dieser Muster wiederholt sich eigentlich seit der Entstehung des Fürstentums Krotoszyn, nimmt jedoch merkbar am Ende des 19. und zur Beginn des 20. Jahrhunderts an Stärke zu. In den erhaltenen Dankbriefen für die fürstlichen Geschenke während des Besuches des Fürsten Albert von Thurn und Taxis finden sich oft interessante Ausdrücke, die einige Hinweise auf das Verhältnis zur fürstlichen Herrschaft ansatzweise wiedergeben können. So beispielsweise schickte Naemi Bieneck aus Baben, die dem Fürsten bei seinem Besuch Blumen geschenkt hatte, am 24. Oktober 1908 einen Brief, in dem sie sich für die Überreichung des Bildes mit dem Fürsten mit folgenden Worten bedankte:

„Wie sehr überrascht und erfreut ich über das Bild des Fürsten war [...] Das schöne Bild, die größte Zierde meines Zimmers wird mir stets ein sehr, sehr liebes Andenken sein.“<sup>2334</sup>

Marie Lisper aus Daniszyn, die auch ein Bild des Fürsten für das Überreichen von Blumen erhalten hatte, sprach in ihrem Brief an den Fürsten von „verehrender Gnade“, die sie erleben konnte als sie das Bildgeschenk bekam.<sup>2335</sup> Eine andere Frau, Mary May, erhielt ebenfalls ein Bild des Fürsten bei einem der nächsten fürstlichen Besuche im Fürstentum Krotoszyn und bedankte sich mit den Worten:

„Sehr groß war meine Überraschung, als ich gestern das wundervolle Porträt Sr. hochfürstlichen Durchlaucht mir höchsteigenhändiger Unterschrift erhielt, welche hohe Auszeichnung mich tief beglückte. [...] Ich wage zu hoffen nächsten Herbst Sr. Durchlaucht noch persönlich den liebsten Dank zu Füßen zu legen.“<sup>2336</sup>

Es gab auch Frauen, die ihren Dank in Gedichten ausdrückten, wie z.B. Margerete Zipper, die schrieb:

---

<sup>2331</sup> FTTZA, HMA 1789: Fürstliche Rentkammer, Schloß Krotoschin 18. Oktober 1910.

<sup>2332</sup> Vgl. FTTZA, HMA 1789: Fürstliche Rentkammer, Schloß Krotoschin 18. Oktober 1910.

<sup>2333</sup> Vgl. FTTZA, HMA 1789: Fürstliche Rentkammer, Schloß Krotoschin 18. Oktober 1910.

<sup>2334</sup> FTTZA, DK 20310: Die Abhaltung von Hofjagden im Fürstenthum Krotoszyn und Einladungen zu Jagden, Baben 24. Oktober 1908.

<sup>2335</sup> Vgl. FTTZA, DK 20310: Danischin 25. Oktober 1908.

<sup>2336</sup> FTTZA, DK 20310: Krotoschin 24. Oktober 1910.

*Die Reisen und „Jagdbesuche“ in den Jahren ab 1899 bis 1913*

„Gestatten Durchlaucht, daß zu Füßen ich lege  
den Dank, den ich tief im Herzen hege.  
Für das wundervolle Angedenken,  
Mit dem Durchlaucht geruhten mich zu beschenken.  
Sorgsam will ich es behüten aufs Beste,  
Mich schmücken damit nur zu hohen Festem,  
Und glücklich will ich den Freunden zeigen,  
Was meines Fürsten Huld mir gab zu eigen.  
Und kehren Durchlaucht zu uns zurück,  
Denn hoff' ich es blüht mir erneut das Glück,  
Mich Durchlaucht zu machen mit denkendem Wort  
Auf Krotoschins Fluren, am heimischen Ort.“<sup>2337</sup>

Die freundliche Geste der Überreichung von Blumensträußen wurde durch den Fürsten als ein Zeichen der Anerkennung und Ehre, vielleicht von Bewunderung oder sogar Liebe gegenüber dem Herrscher interpretiert und deshalb belohnt. Man könnte aus diesem Grund auch annehmen, dass die eine oder andere Person einfach auf die Belohnung hoffte und den Herrscher aus diesem Grund beschenkte. Wie der folgende Quellenausschnitt zeigen wird, ist diese Annahme jedoch weniger repräsentativ. Besonders aufschlussreich ist es, wenn man den Unterschied zwischen dem Geschenk von Sophia Mizgalska und den anderen Mädchen betrachtet. Diese Summe unterscheidet sich wesentlich in Größe von den anderen Spenderinnen der Blumensträuße. Warum aber eigentlich? In der Akte findet man folgende Begründung:

„Für Fräulein Sophia Mizgalska in Kobierno (welche schon vor 2 Jahren und heuer zweimal einen Blumenstrauß überreichte und von Seiner Hochfürstlichen Durchlaucht zu besonderer Berücksichtigung anbefohlen würde) einen Aussteuerbeitrag von 100 Mark.“<sup>2338</sup>

Sophia Mizgalska fiel Fürsten Albert schon zwei Jahren zuvor auf und offensichtlich entstand bereits damals eine persönliche Bindung zwischen der Untertanin und dem Herrscher, da er sonst genau dieses Mädchen und ihre Geste nicht so lange in der Erinnerung bewahrt hätte. Dass Mizgalska 100 Markt für ihre Mitgift bekam, zeigt, dass sie bzw. die Überreichung der Blumen als Geste durch den Fürsten sehr geschätzt wurde. Der Antwortbrief von Sophia Mizgalska ist in den Akten erhalten und zeugt von tiefer Verbundenheit:

„Mit Dank erfüllten Herzen bete ich der allmächtige Gott möge Euer Durchlaucht in allen Seinen Unternehmungen mit dem reichsten Segen krönen und Euer Durchlaucht, sowie der ganzen fürstlichen Familie ungetrübte Freuden, Gesundheit und langes Leben schenken.

Die mir bewilligte Unterstützung kommt, mir gut zustatten, denn ich gedenke mit meiner Schwester ein Kurzwaren-Geschäft anzulegen. Der Vater konnte uns zwar eine bessere Ausbildung geben, doch uns mit Geld zu unterstützen, ist er nicht imstande. Der Großmut Euer Durchlaucht beseitigte meinen Kummer, und meine Le-

<sup>2337</sup> FTTZA, DK 20310: Danischin 19. Oktober 1911.

<sup>2338</sup> FTTZA, HMA 1789: Fürstliche Rentkammer, Schloß Krotoschin 18. Oktober 1910.

bensaufgabe wird es sein, durch gewissenhafte und treue Arbeit meinen Unterhalt zu verdienen und sich dadurch der großen Güte Euer Durchlaucht würdig zu zeigen.“<sup>2339</sup>

Die Autorin des Briefes identifizierte sich offensichtlich stark mit dem Fürsten Albert von Thurn und Taxis und seiner Familie. Sie betete für ihn und war der fürstlichen Herrschaft gegenüber positiv eingestellt. Sophia hatte in dem Brief auch geschrieben, dass durch diese Gabe ihre finanzielle Situation gesichert wurde. Zusammen mit ihrer Schwester konnte sie ein kleines Geschäft eröffnen. Sie stammte aus einer armen Familie und das Geschenk des Fürsten hatte ihre Situation dementsprechend wesentlich verbessert. Die Geschichte von Sophia Mizgalska zeigt, dass selbst zwischen dem Herrscher und den kleinsten seiner Untertanen ein Netz der freundschaftlichen Verbundenheit entstehen konnte. Dies ist deshalb interessant, weil den einzelnen Personen im Auftrag des Fürsten Zeit und Geld geschenkt wurde. Die Sachbearbeitung, der Briefwechsel und die Rücksprachen mit der Domänen-Ober-Administration oder dem Hofmarschallamt in Regensburg waren mit zusätzlichem Verwaltungsaufwand verbunden.

Im Jahre 1911 war Fürst Albert von Thurn und Taxis erneut auf Hirschjagd in den Wäldern des Fürstentums Krotoszyn.<sup>2340</sup> Dieser Jagdbesuch war mittlerweile Tradition in der Herbstzeit. Der Fürst sollte voraussichtlich am 25. September in Theresienlust im Auto eintreffen und dort bis Anfang Oktober auch verbleiben. Auch bei dieser Reise kam es bei der Durchfahrt des Fürsten und seiner Begleitung im Auto durch die Stadt Krotoszyn zur Überreichung von Blumensträußen durch die Kinder:

„Bei der Durchfahrt durch die Stadt Krotoschin haben Seine Hochfürstliche Durchlaucht auch in diesem Jahr wieder Reiche Blumensträuße von Kindern u s.f. entgegenzunehmen geruht, welche wie bisher beschenkt werden sollen.“<sup>2341</sup>

Die Besenkung des Fürsten mit den Blumen und die Belohnung der schenkenden Kinder und Jugendlichen mit Geldgeschenken für ihre Geste gehörten daher mittlerweile zur Sitte bei den fürstlichen Besuchen. Es ist auch ein Zeichen der traditionellen Züge der Herrschaft von Thurn und Taxis in ihren großpolnischen Besitzungen im Deutschen Kaiserreich. Der Fürst war den Kinder Krotoszyns gegenüber großzügig, was er nicht hätte sein müssen. Die Geldgeschenke und die Belohnung für die Kinder zeigte die Fürsorglichkeit der fürstlichen Majestät im Rahmen der überkommenen traditionellen Herrschaft. Dies war typisch für die Ansprüche der hochadeligen Standesherrschaft, die ihre beraubte und ehemals glänzende Position, Machtansprüche und Einfluss dadurch auch akzentuieren wollte. Der Adel war sich dessen bewusst, dass der Machtverlust nicht mehr rückgän-

---

<sup>2339</sup> FTTZA, HMA 1789: Zofia Mizgalska, Kobierno 16. November 1910.

<sup>2340</sup> Vgl. FTTZA, HMA 1808: Krotoschin 1911, Bestimmungen für die Reise Seiner Hochfürstlichen Durchlaucht nach Theresienlust (Krotoschin) und zurück auf die Hütte, Schloß Taxis 13. September 1911.

<sup>2341</sup> FTTZA, HMA 1808: Fürstliche Rentkammer, Schloß Krotoschin 14. Oktober 1911.

gig zu machen war und sich dieser Zustand wohl nicht mehr ändern ließe, jedoch sollten die Symbolik und Erinnerungen an den einstigen Glanz durch solche Akzente verewigt werden. Die Unterschiede sind im Vergleich zu den ersten zwei Besuchen aus den Jahren 1820 und 1824 sehr deutlich. Die Quellen zeugen davon, dass der Fürst als Herrscher über das ganze Fürstentum und seine Untertanen aufgetreten ist. Die ersten zwei Besuche hatten einen festlichen Rahmen und umfassten das ganze Fürstentum.<sup>2342</sup> Dazu kam sehr ausgeprägte Symbolik wie Uniformen, Fahnen, feierliche Einzüge durch ausgeschmückte Stadttore, öffentliche Aufmärsche und Ehrenbezeugungen, große Feiern bis zum letzten Tag des Aufenthalts des Fürsten von Thurn und Taxis. Direkter Kontakt zu den Untertanen zeugt in dieser Phase von einer ausgeprägte traditionell-patrimoniale Herrschaftsweise, die noch auf die vorstandesherrliche Vergangenheit verweist und sich auch aus diesem Herrschaftsstil speist. Die Stellung des Fürsten als den mächtigsten Standesherrn im Großherzogtum Posen war auch mit umfangreichen Rechten verbunden. Die Standesherrn, darunter Thurn und Taxis, wurden mit den sich vollziehenden rechtlichen Änderungen ihrer gesicherten Privilegien in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts bereits größtenteils beraubt. Dementsprechend erfolgte die allmähliche Umstellung der Politik von Thurn und Taxis im Fürstentum Krotoszyn. Die Gewinne des Fürsten wurden durch die Aktualisierung des Rechts zu Ungunsten der Standesherrn gemindert. Das Recht Abgaben in Form von Geld oder Naturalien einzusammeln, wurde im Jahre 1833 abgeschafft. Die Freizügigkeit wurde mit den neuen Gesetzen über die Armenpflege von 1842/43 gefördert und die entstandenen Kosten musste der Fürst als „reicher Nettozahler“ decken. Diese Gesetze wurden im Verlauf der zweiten Hälfte des 19. Jahrhundert noch weiter und zu Ungunsten der preußischen Standesherrn liberalisiert. Aus dem Grund wurde der Fokus stärker auf die Gewinn-Erwirtschaftung gelegt. Die Erträge wurden zwar nicht bescheidender und stiegen gar an, die Ausgaben notierten jedoch auch einen Aufschwung. Diese Tatsache geht auf die rechtliche Umgestaltung der Situation zurück. Die Standesherrn hatten neue Pflichten, die gesetzlich oktroyiert wurden und gedeckt werden mussten. Außerdem wurden die Einnahmen der Fürsten von Thurn und Taxis zusätzlich durch die Abschaffung der restlichen Postmonopole in den anderen deutschen Staaten wie z.B. in Königreich Württemberg gekürzt. Mehr Ausgaben und schwindende Einnahmen aus anderen Quellen wie Post führten zur Reorientierung der Bewirtschaftung von Besitzungen als Investition in Grund und Boden. Für das Fürstentum Krotoszyn hatte dies zu Fol-

---

<sup>2342</sup> Vgl. FTTZA, Polen-Akten 25: Die Reise des Fürsten Carl Alexander von Thurn und Taxis nach Krotoszyn und die daselbst stattgehabten feyerlichen Empfang desselben so wie die ihm auf dieser Reise zu Frankfurt a/M und Weimar erwiesenen Ehrenbezeugungen betr. 1820 und FTTZA, HMA 185: Reiserechnungen. Reise des Fürsten von Franzensbad nach Krotoschin, zurück über Frankfurt nach Taxis, 1820, sowie FTTZA, HMA 195: Rechnungen über die Reise der Hochfürstlichen Herrschaften von Regensburg nach Carlsbad, Mecklenburg, Krotoszyn, Chraustowitz im Jahre 1824.

ge, dass man zunehmend nach unternehmerisch-betriebswirtschaftlichen Grundsätzen agierte und es dementsprechend verwaltete. Die fürstliche Verwaltung arbeitete auch in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts professioneller und war stärker bürokratisiert. Dazu gehörte größere Kontrolle über die Ausgaben und deren Prävention, z.B. durch einen Kompromiss mit den Akteuren durch Anklage oder Beschwerde im Gericht. Nicht gesetzliche Lösungen schlossen die fürstlichen Beamten ebenfalls nicht aus, wenn die betroffenen Seiten dazu bereit waren unter solchen Umständen eine kostenschonende Vereinbarung zu schließen. Dies wirkte sich auch auf die Art der fürstlichen Reisen ins Fürstentum Krotoszyn in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts bis zu den letzten Reisen im Jahre 1918 aus, die aus den oben genannten Gründen anders waren. Sie basierten mehr auf Symbolik und zielten nicht so sehr auf den Kontakt mit den Untertanen, da sie nicht selten eher als Privatbesuche bezeichnet werden können. Vor allem bei den „Jagdbesuchen“ tritt das sehr deutlich zum Vorschein. Prunk und Pracht sowie die Feiertatmosphäre waren in den Reisen ab dem Ende des 19. Jahrhunderts im Fürstentum nicht mehr so fassbar wie in den ersten Reisen aus den Jahren 1820 und 1824. Das patrimonial-traditionale Verständnis der Herrschaft war auch schwächer ausgeprägt als zuvor. Dies belegen die Quellen, die auf solche Schlussfolgerung schließen lassen, da sie sich in den bereits erwähnten Punkten, wie Gestaltung der Reisen, Kontakte mit den Untertanen usw. unterscheiden. Es ist auch ein Hinweis auf die Umgestaltung des Herrschaftskonstrukts, das sich im Zeitgeist eines kontinuierlichen Wandels im langen 19. Jahrhundert befand.

Gelegentlich wurden in den Jahren 1913–1918 bei den Jagdbesuchen im Fürstentum Krotoszyn durch den Fürsten von Thurn und Taxis auch verschiedene Personen oder Institutionen beschenkt. Der Herrscher des Fürstentums Krotoszyn kümmerte sich auch um die Armen der Stadt Krotoszyn. Er unterstützte sie im Oktober 1913 mit dem mittlerweile schon traditionellen Geldbetrag in Höhe von 500 Mark. Eine Förderung erhielten auch die städtischen Polizeibeamten.<sup>2343</sup> Es wurden auch weitere Gratifikationen und Geschenke verteilt.<sup>2344</sup> Propst Jaworski aus Kobierno bekam 170 Mark, die Postboten wurden zusätzlich mit 50 Mark geschenkt, die Gendarmerie des Kreises Krotoszyn bekam 200 Mark und das Stadtmagistrat erhielt 560 Mark; auch zahlreiche Bewohner der Stadt Krotoszyn wurden beschenkt. Allein für verschenkte Schmuckgegenstände (überwiegend Broschen und Colliers) wurden 100 Mark ausgegeben; dies hier nur beispielhaft, um einige der Ausgaben für Geschenke zu nennen.<sup>2345</sup> Außerdem beschenkte der Fürst wieder Kinder,

---

<sup>2343</sup> Vgl. FTTZA, HMA 1812: Reisen. Krotoschin, 1913–1918, Magistrat der Stadt Krotoszyn 6. Oktober 1913.

<sup>2344</sup> Vgl. FTTZA, HMA 1812: Schloss Krotoschin 4. Dezember 1913.

<sup>2345</sup> Vgl. FTTZA, HMA 1812: Schloss Krotoschin 4. Dezember 1913.

### *Die letzten fürstlichen Reisen im Ersten Weltkrieg*

die ihm die Blumensträuße bei dem Besuch übergaben.<sup>2346</sup> Dieser zehntägige Aufenthalt im Jahre 1913, insbesondere in der zentralen Jagdstation, Theresienlust, im Fürstentum Krotoszyn, kostete insgesamt 8.554 Mark und 9 Pfennig.<sup>2347</sup> Aus den Rechnungen geht hervor, dass allein für die Kirchenbedürfnisse 3.642 Mark ausgegeben wurden.<sup>2348</sup>

### *Die letzten fürstlichen Reisen im Ersten Weltkrieg*

Der Erste Weltkrieg war ein technisch-industrieller Massenkrieg, der extrem hohe Verluste bereits in der Anfangsphase des Krieges verursachte.<sup>2349</sup> Beispielweise sind in den ersten 15 Monaten ca. 25% des preußischen Offizierkorps, der 1914 ca. 22.000 aktive und fast 30.000 Reserveoffiziere zählte, im Krieg gefallen.<sup>2350</sup> Zu Kriegsbeginn dienten in dem preußischen Offizierkorps rund 6.000 adelige Offiziere, was ungefähr ein Drittel aller kriegsfähigen adeligen Männer entsprach; 1918 waren es über 10.000 adelige Offiziere.<sup>2351</sup> Insbesondere die Stabs- und Etappenoffiziere lebten fern von der Todeszone unter relativ luxuriösen Verhältnissen mitten im Krieg.<sup>2352</sup> Dies sorgte selbstverständlich für Ärger bei den Frontoffizieren und gewöhnlichen Frontsoldaten, die sich selbst gerne als „einfache Frontschweine“ bezeichneten und wesentlich schlechter gepflegt und untergebracht waren, was den Unmut der Soldaten über die ungerechte Behandlung und das klassenähnliche Heer zusätzlich ankurbelte.<sup>2353</sup> Man gebrauchte oft bei der Gelegenheit das politischgefärbte Schlagwort „Kastengeist“ als Kritik am wilhelminischen Offizierkorps.<sup>2354</sup> Die höheren Stäbe, die Etappe (militärische Logistik) und die besetzten Territorien boten den adeligen Offizieren zahlreiche Möglichkeiten, um den aristokratischen Lebensstil fortzusetzen.<sup>2355</sup> Insbesondere reichere Angehörige des Hochadels genossen die Zeit hinter der Front.<sup>2356</sup> Die adeligen Offiziere vertrieben sich die Zeit weit entfernt von der Todeszone auf angenehme Weise mit dem Verfassen von Briefen über die Landschaft und Landwirtschaft, Spaziergängen, Schlossbesuchen, Austritten, Soupers und Lunchs

---

<sup>2346</sup> Vgl. FTTZA, HMA 1812: Schloss Krotoschin 4. Dezember 1913.

<sup>2347</sup> Vgl. FTTZA, HMA 1812: Schloss Krotoschin 21. November 1914.

<sup>2348</sup> Vgl. FTTZA, HMA 1812: Schloss Krotoschin 21. November 1914.

<sup>2349</sup> Vgl. METELING, Wencke: Adel und Aristokratismus im preußisch-deutschen Weltkriegsoffizierkorps, 1914–1918, in: CONZE, Eckart, METELING, Wencke, SCHUSTER, Jörg und STROBEL, Jochen (Hg.), Aristokratismus und Moderne. Adel als politisches und kulturelles Konzept (= Adelswelten Bd. 1), 1890–1945, Köln/Weimar/Wien 2013, S. 215–238; S. 222–223 und S. 237.

<sup>2350</sup> Vgl. METELING, Wencke: Adel und Aristokratismus im preußisch-deutschen Weltkriegsoffizierkorps, 1914–1918, S. 223.

<sup>2351</sup> Ebd., S. 223.

<sup>2352</sup> Ebd., S. 225.

<sup>2353</sup> Ebd., S. 225.

<sup>2354</sup> Ebd., S. 238.

<sup>2355</sup> Ebd., S. 228.

<sup>2356</sup> Ebd., S. 229.

sowie den traditionell beliebten Jagden.<sup>2357</sup> Fürst zu Löwenstein-Wertheim-Rosenberg kommentierte beispielweise Ende 1914 seinen Tagesablauf im freiwilligen bayerischen Automobilkorps, in dem er sagte, dass er noch nie im Leben so sehr gefaulenzt hätte und dass es schwierig wird nach dem Krieg wieder arbeiten zu lernen.<sup>2358</sup> Man sollte an der Stelle auch betonen, dass sich der Hass der Soldaten in erster Linie nicht gegen die soziale Herkunft der Offiziere richtete.<sup>2359</sup> Es ging vielmehr um das soziale Fehlverhalten der Offiziere, die bessere Verpflegung und Privilegien, die Offiziere genossen sowie das oft ungerechte Verhalten konkreter Vorgesetzter gegenüber ihren Soldaten, was sich in einem Herr-Knecht-Schema widerspiegelte und ein negatives Offiziersbild prägte.<sup>2360</sup> Die Fürsorge für die Soldaten spielte beim aristokratischen Offiziersideal im wilhelminischen Offizierkorps eine bedeutende Rolle. Die Aussagen der Frontsoldaten weisen jedoch darauf hin, dass dieses Ideal von den bürgerlichen und adeligen Offizieren im Umgang mit den Soldaten oft missachtet wurde.<sup>2361</sup> Dies traf jedoch nicht auf Fürst Albert von Thurn und Taxis zu, wie wir im weiteren Verlauf noch sehen werden. Seit der Schlacht bei Verdun im Jahre 1916 verbreiteten sich Soldatensprüche wie:

„Gleiche Löhnung, gleiches Essen, Wär der Krieg schon längst vergessen. Hungrig und fleissig / Fünf Mark dreissig – / Faul und stark / Dreihundertzehn Mark. Von vorne kommt der Kugelregen, / Von hinten kommt der Ordenssegen.“<sup>2362</sup>

Nicht selten nutzten einzelne Offiziere ihre privilegierte Stellung und ihre Befehlsgewalt aus, um dienstwidriges Verhalten zu kaschieren oder persönliche Vorteile zu gewinnen.<sup>2363</sup> So starteten beispielsweise Offiziere absichtlich eine Ballonfahrt bei schlechtem Wetter, um eine Risikoprämie zu erhalten.<sup>2364</sup> So viel zu den negativen Erscheinungen hinter der Front im Kontext des Offizierskorps im Ersten Weltkrieg.

Die Standesherren hatten das Recht auf Wehrdienst zu verzichten. Viele machten davon Gebrauch, darunter auch Fürst Albert von Thurn und Taxis.<sup>2365</sup> Generell zeigte er im Verlauf seines Lebens wenig Interesse am Militär und allem, was damit zusammenhing. Er schlug zahlreiche Einladungen zu Militärkonzerten, militärischen Übungen und Vorträ-

---

<sup>2357</sup> Ebd., S. 229.

<sup>2358</sup> Ebd., S. 229.

<sup>2359</sup> Ebd., S. 233.

<sup>2360</sup> Ebd., S. 233.

<sup>2361</sup> Ebd., S. 233.

<sup>2362</sup> Zitiert nach: METELING, Wencke: Adel und Aristokratismus im preußisch-deutschen Weltkriegsoffizierkorps, 1914–1918, S. 234.

<sup>2363</sup> Vgl. METELING, Wencke: Adel und Aristokratismus im preußisch-deutschen Weltkriegsoffizierkorps, 1914–1918, S. 235.

<sup>2364</sup> Ebd., S. 235.

<sup>2365</sup> Vgl. FIEDERER, Fabian: „... an allen alten Traditionen festhalten“. Lebenswelt und Selbstverständnis des Hochadels am Beispiel des Fürstenhauses Thurn und Taxis in der Zeit Fürst Albert I. (1888–1952), in: IM-KAMP, Wilhelm, STYRA, Peter (Hg.), Thurn und Taxis Studien – Neue Folge, Bd. 5, Regensburg 2017, S. 126.

gen, Reitjagden und Gedenkfeiern aus.<sup>2366</sup> Den militärischen Dienst nach dem Ausbruch des Krieges verstand er jedoch als Pflicht, ähnlich wie es auch in den breiten Bevölkerungsschichten Europas der Fall war.<sup>2367</sup> Seine Tätigkeit umfasste das Sanitätswesen. Er diente im Ersten Weltkrieg als Delegierter und Inspekteur des Roten Kreuzes.<sup>2368</sup> Dieses Aufgabenfeld schien für den Fürsten, der keine militärische Ausbildung und Erfahrung besaß, am geeignetsten zu sein.<sup>2369</sup> Des Weiteren spielten die hochadeligen Motive der Nächstenliebe und Caritas eine gewisse Rolle, die bei der Funktion im Militär erfüllt werden konnten.<sup>2370</sup> Die Inspektionsfahrten an die Front wurden dabei in ähnlicher Weise wie die gewöhnlichen Urlaubsreisen des Fürsten organisiert bzw. das Hofmarschallamt musste ähnliche Maßnahmen treffen.<sup>2371</sup> Fürst Albert residierte inmitten des Krieges mit seiner Dienerschaft und Köchin im exklusiven Hotel Rom in der Hauptstadt Großpolens in Posen.<sup>2372</sup> Der Kriegsalltag des Fürsten gestaltete sich standesgemäß auf komfortablem Niveau, wo auf Luxus nicht verzichtet wurde.<sup>2373</sup> Allein am 26. August 1914 wurden 20.000 Mark an die Reichsbank Posen überwiesen, die vom fürstlichen Oberstallmeister, Herrn Rudolf von Stuckard, verwaltet wurden, um den fürstlichen Aufenthalt als Lazaretts-Inspektor vorzubereiten.<sup>2374</sup> Die Fahrten erfolgten im fürstlichen Salonwagen, in dem der Fürst oft zwischen der einzelnen Inspektionen übernachten musste.<sup>2375</sup> Im Verlauf des Krieges wurde er auch einige Male von seiner Frau, Fürstin Margarethe Clementine, besucht, unter anderem in Berlin.<sup>2376</sup> Fürstin Margarethe und Fürst Albert besuchten gemeinsam im Oktober 1914 ihren erstgeborenen Sohn in der Nähe von Posen.<sup>2377</sup> Die Fürstenfamilie von Thurn und Taxis wurde bei der Gelegenheit am 28. Oktober 1914 per Telegramm persönlich durch die Kaiserin zur Tafel in Posen geladen.<sup>2378</sup> Im Jahre 1915 besuchte die Fürstin den Fürsten von Thurn und Taxis beispielsweise am 7. Januar 1915, am 14. August 1915 in Posen und am 20. Februar 1916 in Berlin.<sup>2379</sup> Bei solchen Gelegenheiten, beispielsweise am 14. August 1915, nahm die kaiserliche und königliche Hoheit Fürstin Margarethe Clementine den Prinzen Louis Philippe, die Hofdame, Gräfin

---

<sup>2366</sup> Vgl. **FIEDERER**, Fabian: „... an allen alten Traditionen festhalten“, Regensburg 2017, S. 126.

<sup>2367</sup> Ebd., S. 126.

<sup>2368</sup> Ebd., S. 126.

<sup>2369</sup> Ebd., S. 126.

<sup>2370</sup> Ebd., S. 126.

<sup>2371</sup> Ebd., S. 127–128.

<sup>2372</sup> Ebd., S. 128.

<sup>2373</sup> Ebd., S. 128.

<sup>2374</sup> Vgl. **FTTZA**, HMA 1861: Kriegausbruch 1914. Der Europäische Krieg. 1914–1917, Regensburg 26. August 1914.

<sup>2375</sup> Vgl. **FIEDERER**, Fabian: „... an allen alten Traditionen festhalten“, S. 128.

<sup>2376</sup> Ebd., S. 128.

<sup>2377</sup> Vgl. **STYRA**, Peter: „... Und den Räten ein Automobil...“ Das Haus Thurn und Taxis im Ersten Weltkrieg, in: **LÜBBERS**, Bernhard, **REICHMANN**, Stefan (Hg.), Regensburg im Ersten Weltkrieg. Schlaglichter auf die Geschichte einer bayerischen Provinzstadt zwischen 1914 und 1918 (= Kataloge und Schriften der Staatlichen Bibliothek Regensburg, Bd. 10), 1. Auflage, Regensburg 2014, S. 87–104; S. 89.

<sup>2378</sup> Vgl. **STYRA**, Peter: „... Und den Räten ein Automobil...“, S. 89.

<sup>2379</sup> Vgl. **FTTZA**, HMA 1861: Regensburg 5. Januar, 7. August 1915 und 21. Februar 1916.



Halmstatt, den Hofmarschall von Becksdorff, 2 weibliche und 2 männliche Diener als Begleitung nach Posen in das Grand Hotel de Rome mit.<sup>2380</sup> Die Besuche der Fürstin dauerten in der Regel 3–5 Tage.<sup>2381</sup> Die Fürstin und der Fürst reisten im Ersten Weltkrieg auch nach Kowel und Warschau.<sup>2382</sup> Fürstin Margarethe engagierte sich im Krieg als Krankenschwester (wofür sie als junge Frau auch ausgebildet worden war)<sup>2383</sup> im Regensburger Lazarett Ostheim, wofür sie bekannt war.<sup>2384</sup> Sie erhielt tausende von Feldpostbriefen und Postkarten aus allen Frontgebieten, in denen in der Regel die Vaterlandsverteidigung, die dramatischen Kriegseignisse und die Kriegsmüdigkeit der Soldaten realistisch dargestellt wurden.<sup>2385</sup> Das Lazarett Ostheim war für verwundete Soldaten vorgesehen und es wurde seit seiner Eröffnung am 23. September 1914 durch die Fürstin und den Fürsten von Thurn und Taxis finanziert.<sup>2386</sup> In der Kriegszeit bereitete dem Fürsten auch der private Telegrammverkehr gewisse Schwierigkeiten. Er wurde nämlich bereits am 20. Januar 1915 zwischen Front und Heimat eingeschränkt, da die Telegramme nicht länger als 20 Worte enthalten durften und Telegramminhalte wie Beglückwünschungen, Kundgebungen von Vereinen, Stammtischen abgewiesen wurden.<sup>2387</sup> Die Kommunikation war deshalb um einiges erschwert.



Abbildung 47: Erbprinz Franz Joseph von Thurn und Taxis und Fürst Albert I. von Thurn und Taxis (1867–1952) in Uniform im Jahre 1914<sup>2388</sup>

<sup>2380</sup> Vgl. FTTZA, HMA 1861: Posen 18. August 1915.

<sup>2381</sup> Vgl. FTTZA, HMA 1861.

<sup>2382</sup> Vgl. FTTZA, HMA 1861: Posen 3. Juni 1917.

<sup>2383</sup> Vgl. STYRA, Peter: „... Und den Räten ein Automobil...“, S. 97.

<sup>2384</sup> Ebd., S. 88 und S. 92.

<sup>2385</sup> Ebd., S. 88 und S. 92.

<sup>2386</sup> Ebd., S. 97.

<sup>2387</sup> Vgl. FTTZA, HMA 1861: Abschrift. K. Staatsministerium für Verkehrsangelegenheiten vom 20. Januar 1915.

<sup>2388</sup> Vgl. FTTZA, Fotoalbum Nr. A.X, Bild 48.



Abbildung 48: Die Ansprache des Fürsten Albert I. von Thurn und Taxis (Vierter von links) beim Besuch des III. Bayerischen Armeekorps im Jahre 1915<sup>2389</sup>

Fürst Albert von Thurn und Taxis wurde im Ersten Weltkrieg beauftragt die Lazarette des Roten Kreuzes, die sich im Bereich der V. Armeekorps befanden, zu inspizieren.<sup>2390</sup> Dazu reiste Fürst Albert im August 1914 mit seinem Sohn, Erbprinz Franz Joseph und acht Dienern, nach Posen.<sup>2391</sup> Da der Fürst von Thurn und Taxis im Ersten Weltkrieg im Festungslazarett XVII in Posen stationiert war, ist es auch nicht verwunderlich, dass er seinem Fürstentum in der Zeit häufiger Besuche abstattete, was aus der geografisch nahen Lage resultierte.<sup>2392</sup> Die Jagdbesuche im Fürstentum Krotoszyn in den Jahren 1914–1918 kann man als eine Art Entspannungstherapie vom kriegsdienstlichen Alltag betrachten. Die Besuche des Fürsten verliefen ab dem Kriegsausbruch im Jahre 1914 in gewissen Punkten anders. Die Besuche waren erstens aus dem Grund kürzer. Sie drehten sich auch nicht hauptsächlich rund um die Jagd, wenngleich es immer noch offiziell Jagdbesuche waren. Der Fürst hatte ein außerordentliches Reiseprogramm. Er besuchte beispielsweise die verwundeten Soldaten im Garnisons-Lazarett und verschenkte dabei Zigarren, Zigaretten und Schokolade.<sup>2393</sup> Die gesundheitsschädliche Wirkung vom Tabak war schließlich damals noch nicht bekannt. Die Essenreste aus der Küche und dem Keller des Fürsten wurden während des Besuches im Fürstentum Krotoszyn an die Armen und das örtliche Rote Kreuz übergeben.<sup>2394</sup> Bei dieser Reise übernachteten die höchsten Herrschaften die meiste Zeit beim Domänenrat May, der seine Dienstwohnung im Schloss Krotoszyn zur Verfügung gestellt hatte.<sup>2395</sup> Dem Fürsten und seiner Begleitung wurden fünf Zimmer,

<sup>2389</sup> Vgl. FTTZA, Fotoalbum Nr. A.X, Bild 61.

<sup>2390</sup> Vgl. HUBER, Gottfried: Krotoszyn Fürstlich Thurn und Taxis'sche Regierungsübernahme in der Provinz Posen, S. 18.

<sup>2391</sup> Vgl. FIEDERER, Fabian: „... an allen alten Traditionen festhalten“, Regensburg 2017, S. 127.

<sup>2392</sup> Vgl. FTTZA, HMA 1861: Kriegsausbruch 1914. Der Europäische Krieg. 1914–1917.

<sup>2393</sup> Vgl. FTTZA, HMA 1812: Reisen. Krotoschin, 1913–1918, Schloß Krotoschin 21. November 1914.

<sup>2394</sup> Vgl. FTTZA, HMA 1812: Schloß Krotoschin 21. November 1914.

<sup>2395</sup> Vgl. FTTZA, HMA 1812: Schloß Krotoschin 21. November 1914.

### *Die letzten fürstlichen Reisen im Ersten Weltkrieg*

ein Saal und zwei Kabinette für die Dienerschaft überlassen.<sup>2396</sup> Die Verpflegung von Gästen wurde durch die Frau vom Domänenrat May geleistet und beaufsichtigt, wenngleich angesichts des Kriegszustandes verschiedene Waren vom bisherigen Lieferanten nur außerhalb des Fürstentums Krotoszyn, in Wrocław (Breslau), besorgt werden konnten.<sup>2397</sup> Sowohl beim Mittag- als auch beim Abendessen waren stets zahlreiche Ehrengäste geladen, die gemeinsam mit dem Fürsten speisten. Außer dem Domänenrat May, seinem Sohn und der Ehefrau waren bei den Mahlzeiten stets der Oberstallmeister, Geheimerat Prof. Dr. Borchard, Kammerdirector, General von Bernhardi, Obergeneralarzt, Major Hartmann, Landrat Halm und der Forstrat und seine Frau zugegen.<sup>2398</sup> Es war also gewissermaßen die örtliche *Cremè de la Cremè*. Wenngleich diesmal – während des Ersten Weltkriegs – auch die hohen Rangträger des Militärs eine bedeutende Rolle spielten.



Abbildung 49: Das vom Fürsten Albert finanzierte Reservelazarett für Verwundete im Königlichen Lehrerseminar in Krotoszyn<sup>2399</sup> (links); Abbildung 50: Der Fürst unterstützt das Personal bei alltäglichen Tätigkeiten bei der Betreuung von Patienten<sup>2400</sup> (rechts)

<sup>2396</sup> Vgl. FTTZA, HMA 1812: Schloß Krotoschin 21. November 1914.

<sup>2397</sup> Vgl. FTTZA, HMA 1812: Schloß Krotoschin 21. November 1914.

<sup>2398</sup> Vgl. FTTZA, HMA 1812: Schloß Krotoschin, 21. November 1914.

<sup>2399</sup> Vgl. FTTZA, EB 372: Fotoalbum „Reservelazarett im Kgl. Lehrerseminar zu Krotoschin“, Krotoschin 13. Januar 1915.

<sup>2400</sup> Vgl. FTTZA, EB 372: Krotoschin 13. Januar 1915.



Abbildung 51: Die Mitarbeiter des Reservelazaretts in Krotoszyn und des Roten Kreuzes im Reservelazarett für Verwundete im Königlichen Lehrerseminar in Krotoszyn; in der zweiten Reihe von unten, Vierter von links: Fürst Albert von Thurn und Taxis<sup>2401</sup>

Am 13. Januar 1915 inspizierte Fürst Albert von Thurn und Taxis das Reservelazarett im Königlichen Lehrerseminar zu Krotoszyn.<sup>2402</sup> Das erhaltene Fotoalbum mit 14 Fotos dokumentiert diese Inspektion der Räumlichkeiten, Verwundeten, Bediensteten des Roten Kreuzes und der Offiziere.<sup>2403</sup> Das Reservelazarett für Verwundete im Königlichen Lehrerseminar in Krotoszyn wurde vom Fürsten Albert von Thurn und Taxis komplett unterhalten.<sup>2404</sup> Als Korpsdelegierter des Roten Kreuzes waren ihm während des Ersten Weltkrieges zahlreiche Rotkreuzlazarette unterstellt, die sich im Bereich des V. Armeekorps befanden.<sup>2405</sup> Die Inspizierung des Lazaretts in Krotoszyn diente auch der Manifestation der Herrschaft von Thurn und Taxis im Fürstentum Krotoszyn auf symbolischer Ebene in der Stadt, in der sich der Hauptsitz der fürstlichen Verwaltung befand, da das Reservelazarett im Königlichen Lehrerseminar in Krotoszyn durch den Fürsten finanziert wurde. Für die Untertanen zeugte es davon, dass der Fürst sich um die verwundeten Soldaten kümmert und im Fürstentum Krotoszyn weiterhin auch im Krieg aktiv Wohltätigkeit auf eigene Kosten betreibt.

<sup>2401</sup> Vgl. FTTZA, EB 372: Krotoschin 13. Januar 1915.

<sup>2402</sup> Vgl. FTTZA, EB 372: Krotoschin 13. Januar 1915.

<sup>2403</sup> Vgl. FTTZA, EB 372: Krotoschin 13. Januar 1915.

<sup>2404</sup> Vgl. DALLMEIER, Martin, DÜNNINGER, Eberhard, KNEDLIK, Manfred, STYRA, Peter (Hg.): „Dieser glänzende deutsche Hof...“, Regensburg 1998, S. 176 und S. 184.

<sup>2405</sup> Ebd., S. 184.





Abbildung 52: Die Patienten des Reservelazaretts in Krotoszyn<sup>2406</sup>



Abbildung 53: Mitarbeiterinnen des Reservelazaretts in Krotoszyn in der Lazarettküche<sup>2407</sup>

Die Rechnungen aus den Besuchen des Fürsten von Thurn und Taxis zeigen einiges über den Lebensstil und die Lebensmittelauswahl. Nicht anders war es auch in der Kriegszeit. Die Zusammenstellung der Kosten und Ausgaben für den Aufenthalt des Fürsten in Krotoszyn in der Zeit vom 7. bis zum 12. Oktober 1915 verraten, dass außer den relativ umfangreichen Mengen an Tabakwaren, Lebensmitteln, Wein und Bier (insgesamt 1.035 Mark und 79 Pfennig vom Gesamtrechnung im Betrag von 1.191 Mark und 14 Pfennig) erhebliche Summen auch für Konfektionswaren, Blumen für die Ausschmückung der Zimmer und Tafeldekoration sowie Pflanzen zur Flur- und Bodendekoration ausgegeben

<sup>2406</sup> Vgl. FTTZA, EB 372: Krotoschin 13. Januar 1915.

<sup>2407</sup> Vgl. FTTZA, EB 372: Krotoschin 13. Januar 1915.

wurden.<sup>2408</sup> Die Dekoration von Räumen kann – abgesehen von ästhetischen Gründen – auch den Rang sowie die Würde des Herrschers in seinem Fürstentum nach außen demonstrieren. Gelegentliche Besuche von wichtigen und einflussreichen Personen aus der staatlichen Zivilverwaltung oder dem Militär und die Präsenz des Fürsten waren Grund für die besondere Ausschmückung, die sonst nicht betont wurde. In den nächsten zwei Kriegsjahren fanden gelegentlich ebenfalls Jagdbesuche statt, die im Grunde auf ähnliche Weise abliefen, wenngleich im Jahre 1916 und 1917 der Fürst sein Fürstentum für einige Tage auch im Februar und März besuchte.<sup>2409</sup> Die Fürstin und der Fürst von Thurn und Taxis wurden für den 25. Juni 1917 durch den Befehlshaber der V. Armeekorps, General Friedrich von Bernhardt (1849–1930), eingeladen,<sup>2410</sup> der während des Krieges der faktische Machthaber in der Provinz Posen war.<sup>2411</sup> Der Besuch war anscheinend besonders gelungen, da die Fürstin den Hauptmann von Dieskau im Anschluss damit beauftragte, eine Armbanduhr als Erinnerung an die schönen Tage in Babowitsch und zum Danke für die Dienste beim Reiten an General von Bernhardt zu übergeben.<sup>2412</sup> Der Fürst beschenkte auch zwei Gefreite, nämlich Kuckuk und Suchetzki, sowie den Stabsarzt des Österreichischen Lazaretts Calies mit einer Busennadel als „Ausdruck des Dankes der Höchsten Herrschaften.“<sup>2413</sup>

Der Fürst war, wie schon angemerkt wurde, in der Kriegsdienst überwiegend mit Inspektionen der schlesischen Lazarette, die sich im V. Armeekorps befanden, beschäftigt.<sup>2414</sup> Die Inspektionsreisen der Lazarette im Krieg stellten eine logistische Herausforderung mit intensiver Vorplanung im Hintergrund dar. Allein die Besorgung von Küchenproviant war kompliziert, da auf Grund des Krieges die fürstliche Salonwagenküche nicht mit Butter, Eiern und Fleisch aus dem nahe gelegenen Krotoszyn versorgt werden konnte.<sup>2415</sup> Deshalb mussten Butter, Fleisch und Eier für den ganzen Aufenthalt mitgebracht werden; nur Wildbret und Geflügel konnten ca. am 24. November aus Krotoszyn geliefert werden.<sup>2416</sup> Der Fürst kam am 21. November um 10:45 Uhr von Regensburg in Görlitz im Salonwagen Nr. 68 an, wo schon der mit einer Küche versehene Salonwagen Nr. 69, der einen Tag früher in Görlitz ankam, auf den Fürsten wartete.<sup>2417</sup> Zur Verfügung stand dem

---

<sup>2408</sup> Vgl. FTTZA, HMA 1812: Reisen. Krotoschin, 1913–1918, Forstamt Krotoschin. Zusammenstellung der Kosten und Auslagen während des Aufenthalts Sr. Hochfürstlichen Durchlaucht in Krotoschin vom 7 bis zum 12. Oktober 1915.

<sup>2409</sup> Vgl. FTTZA, HMA 1812: Reisen. Krotoschin, 1913–1918.

<sup>2410</sup> Vgl. FTTZA, HMA 1861: Regensburg 31. Mai 1917.

<sup>2411</sup> Vgl. KOZŁOWSKI, Jerzy: Wielkopolska pod pruskim zaborem, S. 275.

<sup>2412</sup> Vgl. FTTZA, HMA 1861: Regensburg 10. Juli 1917.

<sup>2413</sup> Vgl. FTTZA, HMA 1861: Regensburg 10. Juli 1917 und 16. Juli 1917.

<sup>2414</sup> Vgl. FTTZA, HMA 1861: Kriegausbruch 1914. Der Europäische Krieg. 1914–1917.

<sup>2415</sup> Vgl. FTTZA, HMA 1861: Fürstlich Thurn und Taxis'sches Forstamt Krotoschin, Krotoschin/Posen 15. November 1917.

<sup>2416</sup> Vgl. FTTZA, HMA 1861: Regensburg 15. November 1917.

<sup>2417</sup> Vgl. FTTZA, HMA 1861: Regensburg 16. November 1917.

Fürsten seine Lieblingsköchin, Frau Langer, die durch das fürstliche Forstamt Krotoszyn bestellt wurde und schon bei den früheren Inspektionsreisen für den Fürsten gekocht hatte.<sup>2418</sup> Ihre Kochkunst wurde vom Fürsten sehr geschätzt und auch bei dieser Inspektionsreise gelobt.<sup>2419</sup> Die fürstliche Dienerschaft durfte wie gewöhnlich auch bei dieser Reise nicht fehlen. Der Fürst nahm auf die Inspektionsreise aus Regensburg den Kammerverwalter Bergmann, den Leibjäger Laupheimer, den Beleuchtungsdiener Huber (im Salonwagen) und das Zimmermädchen Röhl mit.<sup>2420</sup> Die begleitende Dienerschaft erhielt zusätzlich während der Inspektionsreise des Fürsten außer der Verpflegung im fürstlichen Salonwagen auch Reisezulagen für Klasse II in einer Höhe von 3 Mark bzw. 5 Mark (an Tagen ohne Verpflegung) und für Klasse IV 2 Mark bzw. 6 Mark ohne Verpflegung.<sup>2421</sup> Die Inspektionen in den schlesischen Lazaretten im Bereiche des V. Armeekorps fanden beispielsweise im Jahre 1917 vom 22. November bis zum 7. Dezember in Städten wie Görlitz, Glogau, Grünberg, Liegnitz, Lauban, Hirschberg, Erdmannsdorf, Sagan, Schmiedeberg, Sprottau und Primkenau statt.<sup>2422</sup> Im Auftrag des Fürsten Albert wurden für diese Inspektionsreise aus der fürstlichen Hofkellerei insgesamt 180 Flaschen verschiedener Alkoholsorten mitgenommen.<sup>2423</sup> Laut vorhandener Zusammenstellung handelte es sich um 50 Liter Bier, 36 Flaschen Bordeaux, 36 Flaschen Moselwein, 20 Flaschen Gieskübler, 10 Flaschen Champagner, 6 Flaschen Madera, 6 Flaschen Scherry, 6 Flaschen Portwein, 5 Flaschen Cognac „Grandfine Champagne“ und 5 Flaschen Emser.<sup>2424</sup> Solch beträchtliche Mengen deuten auf eine lebendige Geselligkeit und Freizeitgestaltung hinter der Front während der Inspektionsreisen hin. Es ist auch nicht auszuschließen, dass ein Teil des Alkohols an Notabeln, höhere Offiziere, alte Bekannten oder an die Soldaten verteilt wurde. Konkrete Belege für die Verwendung von solchen Mengen an Alkohol fehlen jedoch in den Akten. Der Fürst kam am 7. Dezember um 7:20 Uhr von der Inspektionsreise nach Regensburg zurück.<sup>2425</sup> Diese Information wurde traditionell an die Redaktion des Regensburger Anzeigers und der Regensburger Neuesten Nachrichten weitergeleitet, um dem öffentlichen Interesse Genüge zu leisten.<sup>2426</sup> Die Besichtigungsreise ist insgesamt gut ausgefallen, der Fürst erkältete sich allerdings am vorletzten Tag.<sup>2427</sup> Sehr viele fürst-

---

<sup>2418</sup> Vgl. FTTZA, HMA 1861: Regensburg 30. Oktober 1917.

<sup>2419</sup> Vgl. FTTZA, HMA 1861: Dr. F. Roestel, Görlitz 15. Dezember 1917.

<sup>2420</sup> Vgl. FTTZA, HMA 1861: Bestimmungen für die Reise Seiner Hochfürstlichen Durchlaucht von hier nach Görlitz, Regensburg 17. November 1917.

<sup>2421</sup> Vgl. FTTZA, HMA 1861: Regensburg 17. November 1917.

<sup>2422</sup> Vgl. FTTZA, HMA 1861: Regensburg 7. November 1917.

<sup>2423</sup> Vgl. FTTZA, HMA 1861: Regensburg 20. November 1917.

<sup>2424</sup> Vgl. FTTZA, HMA 1861: Regensburg 20. November 1917.

<sup>2425</sup> Vgl. FTTZA, HMA 1861: Regensburg 7. Dezember 1917.

<sup>2426</sup> Vgl. FTTZA, HMA 1861: Regensburg 7. Dezember 1917.

<sup>2427</sup> Vgl. FTTZA, HMA 1861: Dr. F. Roestel, Görlitz 15. Dezember 1917.

liche Beamte und Angestellte wurden eingezogen. Besonders viele starben im Verlauf des Jahres 1917, wodurch die fürstliche Belegschaft wesentlich verkleinert wurde.<sup>2428</sup>

Im Jahre 1918 kam Fürst Albert von Thurn und Taxis noch zweimal nach Krotoszyn.<sup>2429</sup> In den Akten sind keine weiteren Hinweise über sonstige Besuche des Fürsten im Fürstentum Krotoszyn erhalten.<sup>2430</sup> Der Fürst blieb vom 26. Februar bis zum 2. März 1918 in Krotoszyn.<sup>2431</sup> Die Reise war mit der Besichtigung von Lazaretten in der Provinz Posen verbunden. Der Fürst inspizierte die Lazarette in Krotoszyn, Ostrowo, Pleschen, Rawitsch, Lissa, Schrimm und Kosten und kam am 2. März nach Posen zurück.<sup>2432</sup> Bei dieser Gelegenheit spendete er zum 50-jährigen Jubiläum des Vaterländischen Frauenvereins in Krotoszyn ein Gnadenschenk in Höhe von 600 Mark.<sup>2433</sup> Außerdem bekam der Zweigverein des Frauenvereins, nämlich das Kinderheim in der Stadt Krotoszyn, 400 Mark als Spende.<sup>2434</sup> Es war eine typische Maßnahme, die von der fürstlichen Großzügigkeit zeugte und stets bei den Besuchen im Fürstentum zur Geltung kam. Es war auch ein Zeichen für die patrimonial-traditionalen Züge der Herrschaft, die an die alte Tradition der Wohltätigkeitsausübung der Fürsten von Thurn und Taxis anknüpfte. Diese Reise, die von Ende Februar bis Anfang März 1918 dauerte, kostete den Fürsten samt allen Ausgaben insgesamt 1.921,62 Mark.<sup>2435</sup> Die Quellen liefern auch Hinweise darauf, dass es manchmal zur Unstimmigkeiten zwischen dem Fürsten und seinen vertrauten Inspektionsmitarbeitern gekommen ist. So lud der Fürst am 5. März in Posen seinen Stabsarzt Dr. Röstel und Herr und Frau Stuckrad in ein Gasthaus und in die Weingroßhandlung „zur Stadt Rom“ ein.<sup>2436</sup> Die fürstlichen Beamten fragten als es zur Abrechnung der Reise gekommen ist, wer an diesem Abend zwei Flaschen 1858er Tokayer für jeweils 30 und 60 Mark bestellt hatte, da der Fürst von Thurn und Taxis an dem Abend keinen der Weine vorgesetzt bekommen hatte.<sup>2437</sup> Die Leitung des Hotels „zur Stadt Rom“, in dem sich der Fürst während seines Aufenthaltes in Posen aufgehalten hatte, erklärte die Situation in einem Brief folgendermaßen:

„Herr Stabsarzt Dr. Röstel hat am Abend als Herr und Frau von Stuckrad bei Sr. Durchlaucht eingeladen waren den Wein bestellt. Sr. Durchlaucht waren bereits zu Bett gegangen als der Wein getrunken wurde.“<sup>2438</sup>

---

<sup>2428</sup> Vgl. STYRA, Peter: „... Und den Räten ein Automobil...“, S. 98.

<sup>2429</sup> Vgl. FTTZA, HMA 1862: Kriegausbruch 1914. Der Europäische Krieg. Ab 1918.

<sup>2430</sup> Vgl. FTTZA, HMA 1862: Kriegausbruch 1914. Der Europäische Krieg. Ab 1918.

<sup>2431</sup> Vgl. FTTZA, HMA 1862: Forstamt Krotoschin 18. März 1918.

<sup>2432</sup> Vgl. FTTZA, HMA 1862: Entwurf zur Besichtigungsreise der Lazarette in der Provinz Posen im Februar und März 1918 und FTTZA, HMA 1862: Posen 3. März 1918.

<sup>2433</sup> Vgl. FTTZA, HMA 1862: Forstamt Krotoschin 18. März 1918.

<sup>2434</sup> Vgl. FTTZA, HMA 1862: Forstamt Krotoschin 18. März 1918.

<sup>2435</sup> Vgl. FTTZA, HMA 1862: Forstamt Krotoschin 18. März 1918.

<sup>2436</sup> Vgl. FTTZA, HMA 1862: Posen 13. März 1918.

<sup>2437</sup> Vgl. FTTZA, HMA 1862: Posen 13. März 1918 und FTTZA, HMA 1862: Krotoschin im März 1918.

<sup>2438</sup> FTTZA, HMA 1862: Posen 13. März 1918.



### 3.2 Armenunterstützung und die fürstliche Wohltätigkeit

Der Fürst war demzufolge gezwungen diese Kosten zu decken und sein eigener Stabsarzt nutzte die Gelegenheit aus, um den teuren Wein auf Kosten des Fürsten zu bestellen, nachdem dieser schlafen gegangen war.

Der letzte Besuch in Krotoszyn fand in der zweiten Septemberhälfte 1918 statt.<sup>2439</sup> Diese letzte Reise war auch diesmal mit Arbeit, nämlich der Inspektion von Lazaretten, die allesamt laut Beamten des Hofmarschallamtes für den Fürsten sehr anstrengend waren, verbunden.<sup>2440</sup> Der Fürst inspizierte die Lazarette in Görlitz, Hirschberg, Liegnitz, Sagan, Glogau, Fraustadt und Krotoszyn.<sup>2441</sup> Die Temperaturen waren z.B. beim Besuch des Lazarettes in Glogau hoch und lagen selbst im Salonwagen während der Reise bei 28 Grad.<sup>2442</sup> Die Lazarette waren überfüllt; allein in Glogau wurden im Lazarett 1.200 Mann versorgt.<sup>2443</sup> Die Kriegsfolgen bekam der Fürst also unmittelbar zu spüren. Bei der letzten Reise im September 1918 besichtigte der Fürst die Stadt Krotoszyn am 24. September und ging dort auch auf die Jagd.<sup>2444</sup> Es sollte der letzte Besuch des Fürsten von Thurn und Taxis in Krotoszyn werden, der sicher nicht geahnt hatte, dass er sein Fürstentum zum letzten Mal sah und schon bald darauf der Verlust seiner Besitzungen in und um Krotoszyn durch die Enteignung erfolgt. Am Donnerstag, den 26. September 1918, begann die Rückreise des Fürsten von Krotoszyn nach Regensburg über Breslau.<sup>2445</sup> Am 27. September um 7:36 traf Fürst Albert mit dem Zug in Regensburg ein.<sup>2446</sup>

## 3.2 Armenunterstützung und die fürstliche Wohltätigkeit

### *Armenpflege und Armenunterstützung im 19. Jahrhundert*

Den rechtlichen Rahmen für die Unterstützung der Armen sowie die Armenpflege gaben im Laufe des Jahrhunderts Veränderungen, die durch den sozioökonomischen Wandel in der Zeit zwischen dem Wiener Kongress, der Zeit des Völkerfrühlings in Europa, der Entstehung konstitutioneller Monarchien sowie der Gründung des Deutschen Reiches im Jahre 1871, bedingt waren. Aus diesem Zustand erklärt sich auch der unterschiedliche Umgang mit Einzelfällen im Fürstentum, die im Folgenden beschrieben werden. Daher ist

---

<sup>2439</sup> Vgl. FTTZA, HMA 1862: Posen 21. September 1918.

<sup>2440</sup> Vgl. FTTZA, HMA 1862: Posen 21. September 1918 und FTTZA, HMA 1862: Liegnitz 17. September 1918.

<sup>2441</sup> Vgl. FTTZA, HMA 1862: Regensburg 28. September 1918.

<sup>2442</sup> Vgl. FTTZA, HMA 1862: Posen 21. September 1918.

<sup>2443</sup> Vgl. FTTZA, HMA 1862: Posen 21. September 1918.

<sup>2444</sup> Vgl. FTTZA, HMA 1862: Liegnitz 17. September 1918.

<sup>2445</sup> Vgl. FTTZA, HMA 1862: Liegnitz 17. September 1918.

<sup>2446</sup> Vgl. FTTZA, HMA 1862: Regensburg 28. September 1918.

es aber auch im Vorfeld relevant auf die wichtigsten gesetzlichen Umbrüche einzugehen.<sup>2447</sup> Diese Zäsuren und zugleich Umbrüche führten zur Verbesserung und Vereinfachung der preußischen Gesetzgebung, darunter auch der Armenpflege. Unter sozioökonomischen Änderungen werden hier vor allem die Entstehung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung und der bürgerlichen Gesellschaftsordnung verstanden.<sup>2448</sup> Allerdings dominierten bis in die 1860er Jahre die auf klimatischen und natürlichen Komponenten basierende Krisen und Konjunkturen.<sup>2449</sup> Die Industrialisierung hatte durch das Einsetzen des modernen Wirtschaftswachstums und besserer Versorgungsmöglichkeiten in zunehmendem Maße die bisher weit verbreitete Massenarmut verdrängt.<sup>2450</sup> Die Schattenseite dieses Prozesses war die wirtschaftliche Ausbeutung der unter schlechten Bedingungen eingestellten Arbeiter und sie galt als Hauptursache für den Pauperismus. Die im Königreich Preußen in den Jahren 1806 bis 1840 durchgeführte Reformen Hardenbergs lieferten bereits die ersten Impulse für die Umgestaltung der Gesellschaft nach liberalen Prinzipien.<sup>2451</sup> Die Untertanen Preußens wurden in dieser Zeit von den persönlichen und ständischen Bindungen befreit, das Recht auf Freizügigkeit wurde ihnen jedoch nicht gewährt.<sup>2452</sup> Im Mittelalter galt Armut in Anbindung an das Christentum als etwas Positives und Almosen sollten sowohl für das Seelenheil des Armen und als auch des Spenders sorgen.<sup>2453</sup> Ab dem Spätmittelalter begann ein Wandel. Armut und das Spenden von Almosen wurde mit der Zeit zunehmend als etwas Negatives angesehen.<sup>2454</sup> Dieser Trend erreichte seinen Höhepunkt im 19. Jahrhundert. Die Armut wurde seither differenzierter betrachtet. Grundlegend wurde die Unterscheidung in selbstverschuldet oder nicht selbstverschuldet getroffen.<sup>2455</sup> Bei den nicht selbstverschuldeten Armen handelte es sich um Personen, die ihren Lebensunterhalt nicht alleine verdienen konnten, weil sie z.B. krank, geisteskrank, alt und unmündig waren.<sup>2456</sup> Zu den selbstverschuldeten Armen wurden Personen gezählt, denen Eigenschaften wie arbeitsscheu, leichtsinnig, liederlich oder träg zugeschrieben wurden.<sup>2457</sup> Diese Begründung rührte auf der Überzeugung, dass leistungsfähige Personen dazu fähig sind durch die Arbeit ihren eigenen Unterhalt zu verdie-

---

<sup>2447</sup> Vgl. SACHBE, Christoph, TENNSTEDT, Florian: Geschichte der Armenfürsorge in Deutschland. Vom Spätmittelalter bis zum 1. Weltkrieg, Bd. 1, Zweite, verbesserte und erweiterte Auflage, Stuttgart 1998, S. 179.

<sup>2448</sup> Vgl. SACHBE, Christoph, TENNSTEDT, Florian: Geschichte der Armenfürsorge, S. 180.

<sup>2449</sup> Ebd., S. 180.

<sup>2450</sup> Ebd., S. 181.

<sup>2451</sup> Ebd., S. 195.

<sup>2452</sup> Ebd., S. 195.

<sup>2453</sup> Vgl. ZÜRCHER, Regula: Armenfürsorge im Kanton St. Gallen im 19. und 20. Jahrhundert. Von der Einwohnerarmenpflege zu den eidgenössischen Sozialversicherungen, in: HAUSS, Gisela, ZIEGLER, Béatrice (Hg.), Helfen, Erziehen, Verwalten. Beiträge zur Geschichte der Sozialen Arbeit in St. Gallen, Zürich 2010, S. 29–41; S. 31.

<sup>2454</sup> Vgl. ZÜRCHER, Regula: Armenfürsorge im Kanton St. Gallen im 19. und 20. Jahrhundert, S. 31.

<sup>2455</sup> Ebd., S. 31.

<sup>2456</sup> Ebd., S. 31.

<sup>2457</sup> Ebd., S. 31.

nen.<sup>2458</sup> Eines der entscheidenden Kriterien, um Armenunterstützung zu erteilen, war deswegen die Arbeitsunfähigkeit.<sup>2459</sup> Dementsprechend folgte daraus in der öffentlichen Armenpflege die Unterteilung in „Würdige“ und „Unwürdige“.<sup>2460</sup> Das Kriterium der Unterstützungsberechtigung beispielsweise wurde bereits in Hamburg im 18. und 19. Jahrhundert eingeschränkt, so dass arbeitsfähige Personen wie junge und kleine Familien in der Regel auf keine Unterstützung zählen konnten.<sup>2461</sup>

In Preußen und in anderen deutschen Staaten basierte das Armenrecht zu Beginn des 19. Jahrhunderts auf dem Grundsatz, dass die Gemeinden nur zur Unterhaltung „ihrer“ Ortsarmen verpflichtet waren.<sup>2462</sup> Damit waren Personen gemeint, denen die Gemeinden ein Heimat- oder Einwohnerrecht bereits verliehen hatten. Mit dem Heimatrecht waren auch verschiedene andere Rechte verbunden, wie das Aufenthaltsrecht, das Recht zur Eröffnung eines Betriebes, zur Wohnsitznahme oder Verehelichung.<sup>2463</sup> Das Armenrecht in Preußen basierte immer noch auf dem Allgemeinen Landrecht aus dem Jahre 1794.<sup>2464</sup> Es war somit bereits veraltet und nicht an die neuen Bedingungen angepasst. Nach dieser Gesetzgebung galt die Armut als ein regelndes Problem der öffentlichen Sicherheit, demnach fiel es in die Zuständigkeit der Polizei.<sup>2465</sup> Dieses Armenrecht unterscheidet zwischen zwei Gruppen von Armen. Die erste Gruppe wurde durch die Gemeinden unterstützt und die zweite Gruppe wurde durch die Vermittlung des Staates in den öffentlichen Landarmenhäusern untergebracht.<sup>2466</sup> Die Armen, die als Bürger in die Gemeinde aufgenommen wurden oder die Ausgaben der Gemeinde früher mitfinanziert hatten, konnten auf eine Unterstützung als Ortsarme zählen.<sup>2467</sup> Diejenigen, die bereits als Bürger aufgenommen worden waren oder Personen, die arbeitsfähig waren, konnten nach 3 Jahren Aufenthalt in einer Gemeinde ein Wohnsitzrecht erwerben, das automatisch mit dem Recht auf Unterstützung als Ortsarmer verbunden war, wenn man in einer Notlage geriet.<sup>2468</sup> Arbeitsfähigen Personen konnte der Aufenthalt auf dem Gebiet der Gemeinde nicht verweigert werden.<sup>2469</sup> Größere Verbände bildeten Landarmenverbände, Blindenin-

---

<sup>2458</sup> Ebd., S. 31.

<sup>2459</sup> Vgl. NOLTE, Karen: Krankheit, Armenpflege und die bürgerlich-protestantische Arbeitsethik in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, in: JENDORFF, Alexander, PÜHRINGER, Andrea (Hg.), Pars pro toto. Historische Miniaturen zum 75. Geburtstag von Heide Wunder, Neustadt an der Aisch 2014, S. 469–478; S. 469.

<sup>2460</sup> Ebd., S. 469–470.

<sup>2461</sup> Vgl. DUDA, Detlev: Die Hamburger Armenfürsorge im 18. und 19. Jahrhundert. Eine soziologisch-historische Untersuchung, Basel 1982, S. 94.

<sup>2462</sup> Vgl. SACHBE, Christoph, TENNSTEDT, Florian: Geschichte der Armenfürsorge, S. 196.

<sup>2463</sup> Ebd., S. 196.

<sup>2464</sup> Ebd., S. 196.

<sup>2465</sup> Vgl. SCHULZ, Joachim: Armut und Sozialhilfe, Stuttgart/Berlin 1989, S. 25.

<sup>2466</sup> Vgl. SACHBE, Christoph, TENNSTEDT, Florian: Geschichte der Armenfürsorge, S. 196.

<sup>2467</sup> Ebd., S. 196.

<sup>2468</sup> Ebd., S. 196.

<sup>2469</sup> Ebd., S. 196.

stitute, Korrektions- und Zwangsarbeitshäuser.<sup>2470</sup> Sie errichteten Krankenhäuser und agierten nach dem Subsidiaritätsprinzip, wenn Gemeinden nicht in der Lage waren, ihre Pflichten zu erfüllen.<sup>2471</sup> Zur Unterstützung waren auch Familie und Verwandte des armen Individuums verpflichtet, wenn sie dazu fähig waren. Erst dann war eine Gemeinde dazu verpflichtet, solche Bedürftigen als Ortsarme anzuerkennen und ihnen zu helfen.<sup>2472</sup> Allerdings entschieden die Gemeinden über die Vergabe der Bürgerrechte und sie versuchten die Niederlassung von armen Personen oder theoretischen Armenunterstützungsempfängern zu verhindern.<sup>2473</sup> Die Freizügigkeit war also zu der Zeit noch mangelhaft, so dass beispielweise hilfsbedürftige Personen, die erkrankten oder alt geworden sind, zu ihrer Heimatgemeinde geschickt wurden, wenn sie bisher woanders gelebt und gearbeitet, keinen Beitrag zu den gemeinsamen Ausgaben der Gemeinde geleistet oder noch kein Bürgerrecht im neuen Lebensort erworben hatten.<sup>2474</sup>

Gewisse Unterschiede gab es innerhalb des Königreichs Preußen bezüglich des Verlustes von Unterstützungsverpflichtung. Eine Ausnahme stellte hier Ost- und Westpreußen dar, wo nach zwei Jahren Abwesenheit das Recht auf Unterstützung durch die Gemeinden verloren ging, dagegen betrug in den restlichen preußischen Gebieten dieser Zeitraum insgesamt drei Jahre.<sup>2475</sup> Arme Personen ohne Wohnsitz wurden aus dem sog. „Vagabundenfond“ oder aus der preußischen Regierungshauptkasse unterstützt.<sup>2476</sup> Das regionale Armenwesen unterstand der jeweiligen Ortsobrigkeit, so dass beispielweise mit der neuen Städteordnung von 1808 die städtischen Magistrate eine untergeordnete Deputation leiten mussten, die für das Armenwesen zuständig war.<sup>2477</sup> Es war verboten eine Armensteuer in Königreich Preußen zu erheben. Diese Kosten mussten aus der Kommunalkasse gedeckt werden.<sup>2478</sup> Die Details der preußischen Bestimmungen und Verordnungen in Bezug auf das Heimat- und Einwohnerrecht waren zwar teilweise unklar und verwirrend, jedoch war das Recht auf Freiheit der Niederlassung, Eheschließung und persönliche Freiheit bereits am Anfang des 19. Jahrhunderts größtenteils etabliert.<sup>2479</sup>

Andere deutsche Staaten interpretierten die Verpflichtung zur Sorge für die Ortsarmen nicht so fortschrittlich wie Preußen, sondern als ein Recht der Gemeinden sich eben gegen solche Ansprüche und vor allem gegen das Anwachsen von Armenlasten zu schüt-

---

<sup>2470</sup> Ebd., S. 196.

<sup>2471</sup> Ebd., S. 196.

<sup>2472</sup> Ebd., S. 196.

<sup>2473</sup> Vgl. SCHULZ, Joachim: *Armut und Sozialhilfe*, Stuttgart/Berlin 1989, S. 22.

<sup>2474</sup> Ebd., S. 22.

<sup>2475</sup> Vgl. SACHSE, Christoph, TENNSTEDT, Florian: *Geschichte der Armenfürsorge*, S. 196.

<sup>2476</sup> Ebd., S. 196.

<sup>2477</sup> Ebd., S. 196.

<sup>2478</sup> Ebd., S. 196.

<sup>2479</sup> Ebd., S. 196.

zen.<sup>2480</sup> Meistens wurde das Heimatrecht eingeschränkt, um die Ströme von Neuankömmlingen zu beschränken.<sup>2481</sup> Abgesehen vom preußischen Beispiel existierte in den meisten deutschen Staaten, wie etwa in Hannover, in der Praxis keine spezielle Armengesetzgebung.<sup>2482</sup> Das Königreich Hannover erließ am 6. Juli 1827 eine Domizilsordnung, in der ausdrücklich gesagt wurde, dass das Heimatrecht nur erworben werden konnte, wenn man in die Gemeinde aufgenommen wurde.<sup>2483</sup> Außer durch diesen Aufnahmeakt war es auch möglich nach fünf Jahren das Aufenthaltsrecht zu erhalten.<sup>2484</sup> Erst im Jahr 1838 trat ein Gesetz für Durchreisende in Kraft, die im Falle einer Krankheit die Kosten bis zu einer Höhe von einem Taler durch den Ort, in dem die Erkrankung auftrat, zurückerstattet bekommen haben.<sup>2485</sup> Tagelöhner, Handarbeiter konnten die Erlaubnis zum Aufenthalt oder – was weitaus schwieriger war – ein Bürgerrecht im Königreich Hannover nur in dem Fall erwerben, wenn sie sich am früheren Aufenthaltsort nichts zu Schulden kommen lassen.<sup>2486</sup> Sie mussten – falls möglich – auch nachweisen können, dass sie einer langfristig angelegten Beschäftigung nachgingen, und dass das Einkommen aus dieser Beschäftigung ausreichend war, um die eigene Familie zu unterhalten sowie dass eine feste Bleibe vorhanden war.<sup>2487</sup>

In der Stadt Hamburg war das Recht auf Armenversorgung ebenfalls restriktiv. So wurde beispielsweise ab 1837 gesetzlich geregelt, dass ein Anspruch auf das Heimatrecht nur durch Geburt erworben werden konnte oder wenn die Mutter bereits heimatberechtigt war, durch die Anstellung im öffentlichen Dienst, durch Adoption von Kindern unter 12. Jahren oder bei Frauen durch Heirat mit einem heimatberechtigten Mann.<sup>2488</sup> Zusätzlich bestand auch die Möglichkeit nach 15-jährigen ununterbrochenen Aufenthalt in der Stadt Hamburg das Heimatrecht zu erwerben.<sup>2489</sup> Dies musste lediglich durch die Polizei oder einem Landesherren mit einem Attest bestätigt werden.<sup>2490</sup> Die Heimatrechte erloschen in Hamburg durch die Entlassung vom Staatsverband, bei Frauen durch Heirat mit einem Mann, der nicht heimatberechtigt war, durch die Rückkehr in die frühere Heimat oder Wegzug. Im Falle einer Adoption durch einen „Nichtheimatberechtigten“ erloschen die

---

<sup>2480</sup> Ebd., S. 196.

<sup>2481</sup> Ebd., S. 196.

<sup>2482</sup> Vgl. SCHALLMANN, Jürgen: *Arme und Armut in Göttingen 1860–1914*, in: *Studien zur Geschichte der Stadt Göttingen*, Bd. 25, Göttingen 2014, S. 51.

<sup>2483</sup> Vgl. SACHBE, Christoph, TENNSTEDT, Florian: *Geschichte der Armenfürsorge*, S. 196.

<sup>2484</sup> Vgl. SCHALLMANN, Jürgen: *Arme und Armut in Göttingen 1860–1914*, S. 51.

<sup>2485</sup> Im Falle einer höheren Summe wurden die Kosten durch die Heimatgemeinde oder die Generalkasse des Königreichs Hannover übernommen, ebd., S. 51.

<sup>2486</sup> Vgl. SACHBE, Christoph, TENNSTEDT, Florian: *Geschichte der Armenfürsorge*, S. 196.

<sup>2487</sup> Ebd., 196.

<sup>2488</sup> Vgl. DUDA, Detlev: *Die Hamburger Armenfürsorge im 18. und 19. Jahrhundert*, S. 95–96.

<sup>2489</sup> Ebd., S. 95.

<sup>2490</sup> Ebd., S. 95.

Heimatrechte in Hamburg ebenfalls.<sup>2491</sup> Mit der Verordnung vom 27. Februar 1843 wurde das Recht auf das Heimatrecht als eine persönliche Angelegenheit beschrieben.<sup>2492</sup> Daraus folgt, dass Kinder oder Ehegatten, die außerhalb der Stadt wohnten, kein Recht auf das Heimatrecht hatten.<sup>2493</sup> Insgesamt lässt sich in der Stadt Hamburg vom Ende des 18. bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts eine Abkehr vom ständisch-patriarchalischen Verständnis in Bezug auf die Armenpflege feststellen.<sup>2494</sup> Stattdessen wurden schärfere Gesetze erlassen, die die Abwehr von einheimischen und fremden Armen zum Ziel hatten.<sup>2495</sup> Die Beispiele aus anderen deutschen Staaten bestätigen diese Tendenz. Andere deutsche Staaten folgten jahrzehntelang dem preußischen Beispiel nicht. Sie präferierten offensichtlich Reformen, die prinzipiell gegen Arme und Fremde gerichtet waren.

Um die Unterschiede zwischen Preußen und den anderen deutschen Staaten im Bereich der Armenpflege besser verstehen zu können, ist es notwendig, die gesetzliche Situation der Armenpflege in Preußen näher zu betrachten. Die wichtigsten rechtlichen Zäsuren hinsichtlich der Armenpflege in Preußen bildeten die gesetzlichen Reformen aus den Jahren 1842/43, 1855 und zuletzt die aus dem Jahr 1870, die nur mit wenigen Änderungen bis 1918 das Bild der Armenpflege im Kaiserreich bestimmte. Die gesetzlichen Reformen aus den Jahren 1842–1843 basierten auf den älteren preußischen Projekten zur Fürsorge, die in den Jahren 1833–1837 bereits entstanden sind und über welche intensiv in den provinziellen Landtagen wie z.B. in der Provinz Schlesien debattiert wurde, die jedoch zu dem Zeitpunkt nicht einstimmig verabschiedet werden konnten.<sup>2496</sup> Der unerwartete Tod des preußischen Königs Friedrich Wilhelm IV. im Jahre 1840 stoppte die Einführung der Reformen.<sup>2497</sup> In Königreich Preußen wurde die Freizügigkeit erst im Jahre 1842 geregelt, indem das Heimatprinzip durch den erwerbzbaren Unterstützungswohnsitz ersetzt wurde.<sup>2498</sup> Mit dem „Gesetz über die Aufnahme neu anziehender Personen und Verpflichtung zur Armenpflege“ vom 31. Dezember 1842 und dem „Gesetz über die Bestrafung der Landstreicher, Bettler und Arbeitsscheuen“ vom 6. Januar 1843 wurde den preußischen Staatsbürgern eine fast uneingeschränkte Niederlassungsfreiheit garantiert.<sup>2499</sup> Bisher mussten die Gemeinden gemäß dem Heimatrecht nur die einheimischen Armen unterstützen.<sup>2500</sup> Das traditionelle Heimatrechtsprinzip wurde durch das Unterstützungswohnsitz-

---

<sup>2491</sup> Ebd., S. 96.

<sup>2492</sup> Ebd., S. 96.

<sup>2493</sup> Ebd., S. 96.

<sup>2494</sup> Ebd., S. 98.

<sup>2495</sup> Ebd., S. 98.

<sup>2496</sup> Vgl. KRUSZEWSKI, Tomasz: Organizacja opieki społecznej w działalności samorządu prowincjonalnego na Śląsku w XIX i XX wieku, in: Acta Universitatis Wratislaviensis No. 3181, Wrocław 2010, S. 41 ff.

<sup>2497</sup> Vgl. KRUSZEWSKI, Tomasz: Organizacja opieki społecznej na Śląsku w XIX i XX wieku, S. 55.

<sup>2498</sup> Vgl. SCHALLMANN, Jürgen: Arme und Armut in Göttingen 1860–1914, S. 51.

<sup>2499</sup> Vgl. SACHBE, Christoph, TENNSTEDT, Florian: Geschichte der Armenfürsorge, S. 199 und 203.

<sup>2500</sup> Ebd., S. 202.

prinzip abgelöst.<sup>2501</sup> Die Gesetzesänderungen in Preußen über die Armenpflege aus dem Jahre 1842 führten zur Entstehung zweier Staatsverwaltungseinheiten, nämlich der Ortsarmenverbände und der übergeordneten Landarmenverbände.<sup>2502</sup> In den Ortsarmenverbänden konnte der Unterstützungswohnsitz erworben werden.<sup>2503</sup> Die Landarmenverbände traten erst ein, wenn kein verpflichteter Ortsarmenverband vorhanden war.<sup>2504</sup> Dies geschah insbesondere dann, wenn kein örtlicher Armenverband wie die Gemeinde oder Gutsherrschaft vorhanden war. In solchen Fällen wurde die Fürsorge den Landarmenverbänden als Provinziallast übertragen.<sup>2505</sup> Die Kontrolle über den Ortsarmenverband übten die Provinzial-Armen-Verbände aus.<sup>2506</sup> Die preußische Regelung aus dem Jahre 1842 wurde im Jahre 1866 durch den Norddeutschen Bund und mit kleinen Änderungen 1871 durch die meisten Teile des Deutschen Reiches übernommen.<sup>2507</sup>

Der Unterstützungswohnsitz konnte auf verschiedenen Wegen erworben werden, z.B. durch Geburt, Heirat oder Aufnahme als Gemeindemitglied.<sup>2508</sup> Berechtigt waren hierfür auch diejenigen Personen, die bereits einen festen Wohnsitz erworben hatten oder mindestens drei Jahre ununterbrochen am gleichen Ort wohnten und bereits volljährig waren.<sup>2509</sup> Diese Unterstützungspflicht erlosch nach dreijähriger Abwesenheit.<sup>2510</sup> Den Gemeinden blieb die Möglichkeit offen, diejenigen zugezogenen Personen, die bereits arm waren oder innerhalb eines Jahres verarmten, die öffentliche Unterstützung zu verweigern und solche Armen aus der Gemeinde auszuweisen.<sup>2511</sup> Die Höhe der Unterstützung wurde auf einem möglichst niedrigem Niveau gehalten, weil dadurch die Mittel durch die Ortsarmenverbände am schnellsten den Gemeinden erstattet wurden und die Gemeinden somit gezwungen waren, die Kosten für die vorläufige Unterstützung der Armen zu decken.<sup>2512</sup>

---

<sup>2501</sup> Ebd., S. 202.

<sup>2502</sup> Ebd., S. 200.

<sup>2503</sup> Ebd., S. 200.

<sup>2504</sup> Ebd., S. 200.

<sup>2505</sup> Vgl. REDDER, Ute: Die Entwicklung von der Armenhilfe zur Fürsorge in dem Zeitraum von 1871 bis 1933 – eine Analyse unter Aufgaben-, Ausgaben-, und Finanzierungsaspekten am Beispiel der Länder Preußen und Bayern (= Bochumer Wirtschaftswissenschaftliche Studien Bd. 133), Bochum 1993, S. 12.

<sup>2506</sup> Vgl. REDDER, Ute: Die Entwicklung von der Armenhilfe zur Fürsorge in dem Zeitraum von 1871 bis 1933, Bochum 1993, S. 12.

<sup>2507</sup> Vgl. KRUSZEWSKI, Tomasz: Organizacja opieki społecznej na Śląsku w XIX i XX wieku, S. 56.

<sup>2508</sup> Vgl. SCHALLMANN, Jürgen: Arme und Armut in Göttingen 1860–1914, S. 51.

<sup>2509</sup> Vgl. MARX-JASKULSKI, Katrin: Von der ‚Ökonomie des Notbehelfs‘ und ‚würdigen Armen‘ – Armenfürsorge und Armutsbewältigung im Spiegel von Antragsschreiben an die kommunale Verwaltung, in: SZCZESNY, Anke, KIEBLING, Rolf, BURKHARDT, Johannes (Hg.), Prekariat im 19. Jahrhundert. Armenfürsorge und Alltagsbewältigung in Stadt und Land (= Materialien zur Geschichte der Fugger, Bd. 7), Augsburg 2014, S. 179–190; S. 181.

<sup>2510</sup> Vgl. SACHSE, Christoph, TENNSTEDT, Florian: Geschichte der Armenfürsorge, S. 200.

<sup>2511</sup> Vgl. REDDER, Ute: Die Entwicklung von der Armenhilfe zur Fürsorge in dem Zeitraum von 1871 bis 1933, Bochum 1993, S. 12.

<sup>2512</sup> Ebd., S. 12.

<sup>2513</sup> Vgl. SCHULZ, Joachim: Armut und Sozialhilfe, Stuttgart/Berlin 1989, S. 23–24.

In den anderen deutschen Staaten war die Länge des Aufenthalts, die notwendig war, um einen Wohnsitz erwerben zu können, unterschiedlich geregelt. In Schleswig-Holstein waren es 15 Jahre, in Sachsen Waldeck, Lippe, Hannover fünf Jahre und in Braunschweig sechs Jahre.<sup>2513</sup> Mit „gewöhnlicher Aufenthalt“ (also ein Aufenthalt mit Unterbrechungen) war zudem laut §2 des Armenpflegegesetzes vor allem eine Unterkunft für die sozialen Unterschichten wie Dienstboten, Haus- und Wirtschaftsbeamte, Handwerksgesellen und Fabrikarbeiter gemeint, die im Dienste eines Gutsbesitzers, Fabrikanten oder sonstigen Arbeitgeber standen.<sup>2514</sup> Gesinde hatten bis 1862 sehr große Probleme mit der Anerkennung ihres „Aufenthalts“ durch die Gemeinden, weil sie im Dienste des Herrn standen und aus dem Grund als nicht selbständig galten; hingegen wurden Tagelöhner als selbständig angesehen, weil sie rein formell nicht völlig vom Dienstherrn abhängig waren.<sup>2515</sup> Der Wohnsitz oder Aufenthalt konnte verloren gehen, wenn man mindestens drei Jahre abwesend war, somit gingen dann auch die Rechte auf Armenunterstützung verloren.<sup>2516</sup> Die durchgeführten Reformen entsprachen den Bedürfnissen der frühen Industrialisierung. Durch die neuen Gesetze wurde die Mobilität der Bevölkerung innerhalb des Landes erhöht und die vorindustrielle Trennung zwischen den Einheimischen und Fremden wurde aufgehoben.<sup>2517</sup> Insofern kann man behaupten, dass die Armenpolitik ab diesem Zeitpunkt die kapitalistische Wirtschaftsentwicklung förderte, zu Ungunsten der Grundherren und Gemeinden.<sup>2518</sup> Der preußische Staat unterstützte diese Änderungen bewusst, um der Industrie und sonstigen Unternehmern einen ausreichenden Zuzug von Arbeitskräften zu ermöglichen, der bisher künstlich gehemmt wurde. Die zusätzlichen Arbeitskräfte wurden ebenso für die einsetzenden Investitionen in die Infrastruktur wie den Bau von Eisenbahn- und Straßennetzen benötigt.<sup>2519</sup>

Durch das Gesetz vom 21. Mai 1855 wurde das Gesetz aus dem Jahre 1842 ergänzt, indem die Verpflichtung der Armenfürsorge erst nach einem einjährigen Aufenthalt übernommen werden musste.<sup>2520</sup> Zudem wurde das Widerspruchsrecht der Gemeinde eingeschränkt.<sup>2521</sup> Für das erste Jahr zahlten also die Gemeinden, die davor als Wohnort für bestimmten Personen galten. Davon profitierten größtenteils die Städte, da die Lasten für die Armen für das erste Jahr, die Landgemeinden decken mussten, aus welchen die Landbevölkerung in die Städte flüchtete.<sup>2522</sup> Ab dem 6. Juni 1870 wurde das Unterstützungs-

---

<sup>2513</sup> Vgl. SACHSE, Christoph, TENNSTEDT, Florian: Geschichte der Armenfürsorge, S. 202.

<sup>2514</sup> Ebd., S. 200.

<sup>2515</sup> Ebd., S. 200.

<sup>2516</sup> Ebd., S. 202.

<sup>2517</sup> Ebd., S. 198.

<sup>2518</sup> Ebd., S. 198.

<sup>2519</sup> Ebd., S. 205.

<sup>2520</sup> Ebd., S. 203.

<sup>2521</sup> Ebd., S. 203.

<sup>2522</sup> Ebd., S. 203.



wohnsitzprinzip in Preußen geändert und in der veränderten Form nicht nur in Preußen, sondern auch im Norddeutschen Bund flächendeckend eingeführt.<sup>2523</sup> Mit der Gründung des Deutschen Reiches wurde ab dem 16. April 1871 das Unterstützungswohnsitzgesetz anschließend auch Reichsgesetz.<sup>2524</sup> Neu festgelegt wurde der Verantwortungsbereich der Ortsarmenverbänden, der in der neuen Version des Gesetzes ausgeweitet wurde.<sup>2525</sup> Mit dem geänderten Unterstützungswohnsitzgesetz sollten sich die Ortsarmenverbände nunmehr auf eine Stadt oder mehrere Gemeinden erstrecken.<sup>2526</sup> Diese Vorschriften wurden nicht sofort und überall eingeführt. Die Ortsarmenverbände waren im Endeffekt bis 1924 für die Verwaltung der Armenfürsorge in Preußen zuständig und identisch mit den Gemeinden und Gutsbezirken.<sup>2527</sup> Das geänderte Unterstützungswohnsitzgesetz vom 6. Juni 1870 ermöglichte, dass jeder Deutsche in einem Ortsarmenverband den Unterstützungswohnsitz erwerben konnte.<sup>2528</sup> Diese Regelung betraf zunächst bis 1894 alle Personen, die mindestens 24 Jahre alt waren und 2 Jahre oder länger ununterbrochen am gleichen Ort gewohnt hatten.<sup>2529</sup> Der Unterstützungswohnsitz ging aber weiterhin nach zwei Jahren Abwesenheit verloren.<sup>2530</sup> Es galt, dass den unterstützungsbedürftigen Personen ohne Rücksicht auf ihre Herkunft geholfen werden musste.<sup>2531</sup> Dabei durften die Armen während des zweijährigen Aufenthaltes im Ortsarmenverband keine öffentliche Armenhilfe beziehen.<sup>2532</sup> Solange die Personen aus dem Gebiet des Ortsarmenverbandes stammten oder im Falle von Frauen eingeheiratet hatten, konnten sie ein Unterstützungswohnsitz erwerben.<sup>2533</sup> Personen ohne Unterstützungswohnsitz wurden durch die Landarmenverbände unterstützt.<sup>2534</sup> Prinzipiell war es so, dass eine Person ihren Wohnsitz erst dann aufgab, wenn sie einen neuen Wohnsitz bereits erworben hatte.<sup>2535</sup> Die Kommunen profitierten wirtschaftlich von den „berechtigten“ Einwohnern, die in ihren Ortschaften gearbeitet und gelebt hatten und mussten sie auch unterstützen, wenn es nötig war.<sup>2536</sup> Wenn bestimmte Personen auswanderten, den Wohnsitz änderten, keine Steuer mehr zahlten und nicht mehr im Bereich der Ortsarmenverband arbeiteten, dann gingen nach zwei Jahren ihre Rechte auf ein Unterstützungswohnsitz verloren.<sup>2537</sup> Den Kommunen und Ge-

---

<sup>2523</sup> Ebd., S. 203–204.

<sup>2524</sup> Ebd., S. 203–204.

<sup>2525</sup> Vgl. SCHALLMANN, Jürgen: *Arme und Armut in Göttingen 1860–1914*, S. 52.

<sup>2526</sup> Ebd., S. 52.

<sup>2527</sup> Vgl. MARX-JASKULSKI, Katrin: *Von der ‚Ökonomie des Notbehelfs‘ und ‚würdigen Armen‘*, S. 180.

<sup>2528</sup> Vgl. SACHSE, Christoph, TENNSTEDT, Florian: *Geschichte der Armenfürsorge*, S. 204.

<sup>2529</sup> Vgl. REDDER, Ute: *Die Entwicklung von der Armenhilfe zur Fürsorge in dem Zeitraum von 1871 bis 1933*, Bochum 1993, S. 13.

<sup>2530</sup> Ebd., S. 204.

<sup>2531</sup> Vgl. SCHALLMANN, Jürgen: *Arme und Armut in Göttingen 1860–1914*, S. 51.

<sup>2532</sup> Ebd., S. 52.

<sup>2533</sup> Ebd., S. 52.

<sup>2534</sup> Ebd., S. 52.

<sup>2535</sup> Ebd., S. 52.

<sup>2536</sup> Ebd., S. 52.

<sup>2537</sup> Ebd., S. 52–53.

meinden blieben dann demensprechend die Ausgaben für solche Personen erspart. Zwischen den einzelnen Armenverbänden gab es zahlreiche Unstimmigkeiten in den einzelnen deutschen Staaten. Dies basiert auf der Tatsache, dass die Art sowie die Höhe der Unterstützung nicht normiert waren und die Organisation der kommunalen Armenverbände in dem Unterstützungsgesetz nicht klar definiert war.<sup>2538</sup> Beispielsweise war die Unterstützung von armen Kinder zum Volksschulbesuch umstritten, da die Armenkassen in den einzelnen Staaten des Kaiserreichs solche Ausgaben unterschiedlich interpretierten. Das Gleiche betraf die Anrechnung von Sozialversicherungen zur Armenunterstützung. Laut Schallmann wurden solche Fragen in jeder Stadt unterschiedlich gelöst und behandelt.<sup>2539</sup> Mit dem „Gesetz über die Fürsorgeerziehung Minderjähriger“ vom 2. Juli 1900 wurde das Problem der armen Schüler gelöst. Seitdem standen ausreichende Mittel zu Verfügung, um die Kinder in den Heimen einer Fürsorgeerziehungsanstalt oder in dazu bestimmten Familien unterzubringen.<sup>2540</sup> Die Armenfürsorge erreichte die sog. „verschämten Armen“ nicht.<sup>2541</sup>

Das Gesetz vom 6. Juni 1870 wurde durch die Novellen vom 12. März 1894 und 30. Mai 1908 noch geringfügig verändert.<sup>2542</sup> Die rechtliche Novelle aus dem Jahre 1894 reduzierte das Alter auf das vollendete 18. Lebensjahr und die Novelle aus dem Jahre 1908 galt für alle Personen die mindestens 16. Jahre alt waren und diesmal mindestens ein Jahr am gleichen Ort gewohnt hatten bzw. in der Lage waren, dies nachzuweisen.<sup>2543</sup> Die wichtigste Änderung war die Verringerung der Anwesenheits- und Abwesenheitsfristen.<sup>2544</sup> Das Prinzip der Freizügigkeit der Bevölkerung wurde somit nochmals – wie schon im Jahre 1842 – gefördert.<sup>2545</sup> Nicht alle Mitgliedstaaten des Deutschen Reiches übernahmen automatisch das fortschrittliche Gesetz aus Preußen. Das Großherzogtum Baden und das Königreich Württemberg übernahmen das Unterstützungswohnsitzrecht am 1. Januar 1873, hingegen wurde das Gesetz in Elsass-Lothringen erst am 1. April 1910 und in Bayern erst am 1. Januar 1916 eingeführt.<sup>2546</sup> Insgesamt scheinen die gesetzlichen Änderungen im 19. Jahrhundert in Preußen und insbesondere die Umstellung vom Heimatsrecht auf Unterstützungswohnsitzprinzip sich positiv auf die Verbesserung der Situation von

---

<sup>2538</sup> Ebd., S. 54.

<sup>2539</sup> Ebd., S. 54.

<sup>2540</sup> Ebd., S. 54.

<sup>2541</sup> In der Stadt Göttingen zählten zu dieser Gruppe die Nachwuchswissenschaftler der Göttinger Universität, die kein Geld für ihre Forschungsarbeit bekamen und nur auf die Hilfe der Familien, Stiftungen, Auftragsarbeiten, literarische Tätigkeit oder Privatunterricht angewiesen waren. Sie waren zu arm, um die eigene Existenz zu sichern und zu reich um die staatliche Armenpflege zu beziehen. Es war eine Grauzone, ebd., S. 55.

<sup>2542</sup> Vgl. SACHBE, Christoph, TENNSTEDT, Florian: Geschichte der Armenfürsorge, S. 205.

<sup>2543</sup> Vgl. REDDER, Ute: Die Entwicklung von der Armenhilfe zur Fürsorge in dem Zeitraum von 1871 bis 1933, Bochum 1993, S. 18 und S. 32ff.

<sup>2544</sup> Vgl. SACHBE, Christoph, TENNSTEDT, Florian: Geschichte der Armenfürsorge, S. 205.

<sup>2545</sup> Ebd., S. 205.

<sup>2546</sup> Ebd., S. 204 und SCHALLMANN, Jürgen: Arme und Armut in Göttingen 1860–1914, S. 52.

### *Exkurs: Bismarcks Sozialgesetzgebung in Deutschland*

armen Lohnarbeitern ausgewirkt zu haben, auch weil die Mobilität der Menschen in der Region und im gesamten Gebiet der deutschen Staaten erhöht und die Armenlasten insgesamt verringert wurden.<sup>2547</sup> Dies bezieht sich sowohl auf die Region, den Staat als auch das Deutsche Reich als Einheit.<sup>2548</sup> Die Tatsache, dass jeder deutsche Staatsbürger in jedem Mitgliedstaat des Deutschen Kaiserreiches als „Inländer“ und nicht „Ausländer“ behandelt wurde, forderte die Binnenmigration der Bürger.<sup>2549</sup> Als Folge wanderten die Arbeiter massiv in die Städte und vor allem in die Industriebezirke ein.<sup>2550</sup> Es lässt sich auch im gesamten 19. Jahrhundert ein Trend beobachten, der Wohltätigkeit zunehmend im Kontext der Zivilgesellschaft zum Prestige und Identifikationscode der städtischen Gesellschaft werden ließ.<sup>2551</sup> Bürger, die freiwillig im Bereich der Wohltätigkeit aktiv waren, profitierten von ihrem Engagement, indem sie beispielsweise ihre politische Karriere auf kommunaler Ebene durch ihre ehrenamtlichen Aktivitäten positiv beeinflussten. So wurde in der Stadt Prag im 19. Jahrhundert für die politische Karriere in der Gemeinde ehrenamtliches Engagement im Bereich der Wohltätigkeit sogar vorausgesetzt.<sup>2552</sup>

### *Exkurs: Bismarcks Sozialgesetzgebung in Deutschland*

Die Verarmung der Gesellschaft stellte im gesamten 19. Jahrhundert ein sichtbares Problem dar. In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts führten dazu mehrere Faktoren, die sich teilweise auch auf die Situation in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts ausgewirkt haben. Zu nennen wären hier u.a. die napoleonischen Kriege und die damit verbundene Kontinentalsperre, ein starkes Bevölkerungswachstum, eine steigende Anzahl an Tagelöhnern auf den Gütern nach der Bauernbefreiung in Preußen, Agrarkrisen sowie Hungerjahre (insbesondere die von 1820 und 1830).<sup>2553</sup> Die Folge war eine massive Verarmung der Gesellschaft, vor allem der unterbäuerlichen Schichten.<sup>2554</sup> Zudem wurden durch die Agrarreformen die Rechte und Pflichten der feudalen Eigentümer gegenüber der Untertanen aufgehoben.<sup>2555</sup> Bisher war ein Gutsinhaber im Falle von Krankheit und Alter fürsor-

---

<sup>2547</sup> Vgl. SACHBE, Christoph, TENNSTEDT, Florian: Geschichte der Armenfürsorge, S. 203.

<sup>2548</sup> Ebd., S. 204.

<sup>2549</sup> Ebd., S. 204.

<sup>2550</sup> Ebd., S. 204.

<sup>2551</sup> Vgl. FEJTOVÁ, Olga: Von der staatlichen zur kommunalen Sozialpolitik Prags im langen 19. Jahrhundert, in: FEJTOVÁ, Olga, HLAVACKA, Milan (Hg.), Stadt und Armut im langen 19. Jahrhundert (= Informationen zur Stadtgeschichte (IMS), 2. Halbjahresband 2014, Berlin 2014, S. 23–31; S. 25.

<sup>2552</sup> Vgl. FEJTOVÁ, Olga: Von der staatlichen zur kommunalen Sozialpolitik Prags, S. 25.

<sup>2553</sup> Vgl. VOGLER, Hans-Joachim: Private Wohltätigkeit in Deutschland im 19. Jahrhundert, in: ROHLOFF, Heide N. (Hg.), Geschichte der privaten Wohltätigkeit und Sozialgesetzgebung in England und Deutschland. Wegbereiter der Corporate Social Responsibility? (= Neue Anglistik Bd. 17), Essen 2015, S. 243–254; S. 243–244.

<sup>2554</sup> Vgl. VOGLER, Hans-Joachim: Private Wohltätigkeit in Deutschland im 19. Jahrhundert, S. 243.

<sup>2555</sup> Ebd., S. 244.

gepflichtig und in Notzeiten wurde den Untertanen mit Saatkorn, Brotkorn sowie Vieh geholfen und das Gemeinderecht wie Wiesen (sog. Allmende) usw. zu Verfügung gestellt.<sup>2556</sup> Mit der Einführung der Agrarreformen gehörten somit diese Rechte und die patriarchale Arbeitserfassung der Gutsuntertanen der Vergangenheit an.<sup>2557</sup>

Ab der Mitte des 19. Jahrhunderts kam es zu einem massiven Zuwachs der Arbeiterschaft in Folge der Industrialisierung. Somit war auch die soziale Frage in Deutschland sehr aktuell.<sup>2558</sup> Nach der Einführung des Sozialistengesetzes (*„Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“*) vom 21. Oktober 1879, das unter anderem die sozialistischen, sozialdemokratischen und kommunistischen Vereine, Versammlung und Druckschriften verbot, wurde versucht, den bedeutenden Einfluss der Sozialdemokratie in der industriellen Arbeiterschaft möglichst weit einzuschränken.<sup>2559</sup> Die Arbeiterschaft hatte eine wichtige Schlüsselstellung für die zukünftige wirtschaftliche und politische Entwicklung im Kaiserreich und sollte für die regierenden Eliten gewonnen werden.<sup>2560</sup> Die sich rasch entwickelnde Arbeiterschicht war der Ausbeutung und Verarmung ausgesetzt. Die unter Reichskanzler Otto von Bismarck (1815–1898) eingeführte Sozialgesetzgebung löste einige dringliche soziale Probleme. Insbesondere das Gesetz über die Invaliditäts- und Krankenversicherung hatte Einfluss auf die Armenpflege. Es handelte sich jeweils um Reformen, die die Lage der Arbeiterschaft verbessern sollten, um sie dann kontinuierlich an den preußischen Staat zu binden, was allerdings nur ansatzweise gelungen ist.<sup>2561</sup> Sie waren eine Reaktion auf die sozialen Probleme wie mangelnde Lohngerechtigkeit, Verelendung durch Armut oder Wohnraumknappheit.<sup>2562</sup> Zudem ging es um die Herausarbeitung von besseren Sicherungsmechanismen gegen Krankheit, Invalidität und Tod des Ernährers.<sup>2563</sup> Aus diesem Grund wurde bereits am 15. Juni 1883 das Krankenversicherungsgesetz verabschiedet, danach folgte am 27. Juni 1884 das Unfallversicherungsgesetz und am 22. Juni 1889 das Gesetz über die Invaliditäts- und Altersversicherung.<sup>2564</sup> Das aus den genannten gesetzlichen Versicherungen stammende Kapital wurde als eine Reserve für theoretische Schwankungen angesammelt und die Leistungen

---

<sup>2556</sup> Ebd., S. 244.

<sup>2557</sup> Ebd., S. 244.

<sup>2558</sup> Vgl. EPKENHAUS, Michael, LAPPENKÜPER, Ulrich, VON SEGGERN, Andreas: Otto von Bismarck. Aufbruch in die Moderne, München 2015, S. 117.

<sup>2559</sup> Vgl. HALDER, Winifrid: Innenpolitik im Kaiserreich 1871–1914, in: BRODERSEN, Kai, KINTZINGER, Martin, PUSCHNER, Uwe, REINHARDT, Volker (Hg.), Geschichte Kompakt, 3. Bibliographisch aktualisierte Auflage, Darmstadt 2011, S. 54–55.

<sup>2560</sup> Vgl. HALDER, Winifrid: Innenpolitik im Kaiserreich 1871–1914, Darmstadt 2011, S. 55.

<sup>2561</sup> Vgl. EPKENHAUS, Michael, LAPPENKÜPER, Ulrich, VON SEGGERN, Andreas: Otto von Bismarck. Aufbruch in die Moderne, München 2015, S. 118.

<sup>2562</sup> Vgl. HALDER, Winifrid: Innenpolitik im Kaiserreich 1871–1914, Darmstadt 2011, S. 55–56.

<sup>2563</sup> Ebd., S. 56.

<sup>2564</sup> Ebd., S. 59–60.

wurden entweder nach dem Solidaritätsprinzip oder beitragsabhängig erbracht.<sup>2565</sup> Das Gesetz über die Krankenversicherung von 1883 garantierte den Kostenersatz für die ärztliche Behandlung und das Krankengeld für maximal 13 Wochen und im Sterbefall das Sterbegeld für die nächsten Familienmitglieder.<sup>2566</sup> Davon erfasst wurden nur Arbeiter und Angestellte mit einem Jahresgehalt unter 2.000 Mark, die versicherungspflichtig waren.<sup>2567</sup> Die Versicherung wurde zu 2/3 durch den Versicherten und zu 1/3 durch den Arbeitgeber finanziert.<sup>2568</sup> Die Arbeitsunfallversicherung von 1884 ermöglichte die Erstattung von Kosten für die ärztliche Behandlung, Lohnausfall, ggf. den Erhalt einer Invaliditätsrente.<sup>2569</sup> Der Anspruch auf eine Unfallrente konnte allerdings erst ab der 14. Krankenstandwoche gewährt werden.<sup>2570</sup> Die Finanzierung erfolgte durch die Umlagen aus Pflichtzusammenschlüssen der Arbeitgeber. Dementsprechend gehörten zu den Versicherungspflichtigen nur Arbeitgeber in der Industrie und Großlandwirtschaft.<sup>2571</sup> Die Invaliditäts- und Altersversicherung war für alle Arbeiter und Angestellte verpflichtend, die weniger als 2.000 Mark pro Jahr verdienten.<sup>2572</sup> Die Beiträge wurden durch die Versicherten und Arbeitgeber zu 50% gedeckt, dazu kamen nur geringfügige Zuschüsse in Höhe von 50 Mark pro Person.<sup>2573</sup> Somit war die Situation der Personen, die auf Grund des Alters oder aus anderen Gründen erwerbsunfähig waren, geregelt. Dementsprechend hatte das Gesetz über die Invaliditäts- und Krankenversicherung einen positiven Einfluss auf die Armenpflege, da die Fürsorge für solche Personen abgesichert war. Dies galt auch im Fürstentum Krotoszyn. Arbeiter und Angestellte, die durch das neue Gesetz erfasst wurden, konnten entweder von der Invaliditätsrenten (im Falle der Erwerbsunfähigkeit) oder Altersrenten profitieren, obwohl die Altersrenten damals eigentlich nur als gesetzliche Zuschüsse ab dem 70. Lebensjahr gedacht waren, die den vorhandenen und geringen Arbeitslohn, angesichts der verminderten Arbeitsfähigkeit, ergänzen sollten.<sup>2574</sup> Insofern wurde die Lage der Menschen im Kaiserreich und somit auch in den fürstlichen Besitzungen im Fürstentum Krotoszyn, die vom neuen Recht erfasst wurden und Beiträge eingezahlt haben, wesentlich verbessert. Aus dem Grund sank auch indirekt die Anzahl der Menschen, die dazu gezwungen waren, Hilfe von den Ortsarmenverbänden anzunehmen; dies betraf jedoch nur sozialversicherte Personen, die entweder das 70. Lebensjahr er-

---

<sup>2565</sup> Vgl. GÖDKER, Herta: Die Bismarcksche Sozialgesetzgebung, in: ROHLOFF, Heide N. (Hg.), Geschichte der privaten Wohltätigkeit und Sozialgesetzgebung in England und Deutschland. Wegbereiter der Corporate Social Responsibility? (= Neue Anglistik Bd. 17), Essen 2015, S. 255–268; S. 264.

<sup>2566</sup> Vgl. HALDER, Winifrid: Innenpolitik im Kaiserreich 1871–1914, Darmstadt 2011, S. 61.

<sup>2567</sup> Ebd., S. 61.

<sup>2568</sup> Ebd., S. 61.

<sup>2569</sup> Ebd., S. 61.

<sup>2570</sup> Vgl. EPKENHAUS, Michael, LAPPENKÜPER, Ulrich, VON SEGGERN, Andreas: Otto von Bismarck. Aufbruch in die Moderne, München 2015, S. 118.

<sup>2571</sup> Vgl. HALDER, Winifrid: Innenpolitik im Kaiserreich 1871–1914, Darmstadt 2011, S. 61.

<sup>2572</sup> Ebd., S. 60–61.

<sup>2573</sup> Ebd., S. 60–61.

<sup>2574</sup> Ebd., S. 60.

reicht und ihre Beiträge mit dem Arbeitgeber einzahlten oder ein Recht auf die Invaliditätsrente erworben hatten. Nach dem Inkrafttreten des Gesetzes galt zunächst eine Übergangsregelung, um Bedürftigen, die aufgrund zuvor fehlender gesetzlicher Regelungen nicht die entsprechenden Beitragsjahre ansammeln konnten, dennoch eine Alters- oder Invaliditätsrente ausbezahlen zu können.<sup>2575</sup> Nach Ablauf der Übergangsfrist besaß man erst dann einen Anspruch auf Altersrente, wenn man mindestens 23 Jahre Beiträge gezahlt hatte.<sup>2576</sup>

Eine Invaliditätsrente war wesentlich höher angesetzt und betrug ein Drittel des letzten Durchschnittslohns.<sup>2577</sup> Aus diesem Grund versuchten viele Personen eine Invaliditätsrente zu bekommen. Es wurden auch tatsächlich mehr Invaliditätsrenten als Arbeitsrenten ausbezahlt. Allein im Jahre 1913 wurden im Kaiserreich Deutschland 102.000 Altersrenten und ca. 1,1 Million Invaliditätsrenten an die Empfänger gezahlt.<sup>2578</sup> Eine Arbeitslosenversicherung gab es zu der Zeit nicht. Sie wurde erst in der Weimarer Republik im Jahre 1927 eingeführt.<sup>2579</sup> Davor wurden nicht organisierte Arbeitslose in der Regel zur kommunalen Armenpflege überwiesen.<sup>2580</sup> Das im Deutschen Reich damals eingeführte Sozialversicherungssystem galt als das modernste und beste auf der Welt.<sup>2581</sup> Erst im Jahre 1892 folgten Österreich und Ungarn mit der Einführung einer Krankenversicherung für die Arbeiter nach.<sup>2582</sup> Es war also eine Lösung, die nur einen Teil der Sozialprobleme berücksichtigt hatte. Trotzdem besaßen bereits im Jahre 1901 die meisten europäischen Länder mindestens einen Typ von Versicherung, sei es Unfall-, Krankheits-, oder Altersrentenversicherung.<sup>2583</sup> Erst beim Ausbruch des Ersten Weltkriegs hatten die meisten Länder in Europa eine Art Versicherung, die alle drei bereits erwähnten Risiken umfassten.<sup>2584</sup> In der Schweiz wurden Sozialversicherungsreformen für die drei Bereiche mit der Einführung der Altersrentenversicherung erst im Jahre 1946 etabliert.<sup>2585</sup> Insgesamt kann man in allen europäischen Ländern eine Tendenz beobachten, wonach zuerst eine Unfallversicherung, dann eine Krankheitsversicherung und zum Schluss die Altersrente eingeführt wurde.<sup>2586</sup>

---

<sup>2575</sup> Ebd., S. 60.

<sup>2576</sup> Ebd., S. 60.

<sup>2577</sup> Ebd., S. 60.

<sup>2578</sup> Ebd., S. 60.

<sup>2579</sup> Ebd., S. 62.

<sup>2580</sup> Ebd., S. 62.

<sup>2581</sup> Ebd., S. 61.

<sup>2582</sup> Vgl. TOMKA, Béla: *A Social History of Twentieth-Century Europe*, New York 2013, S. 156.

<sup>2583</sup> Vgl. TOMKA, Béla: *A Social History of Twentieth-Century Europe*, S. 156.

<sup>2584</sup> Ebd., S. 156.

<sup>2585</sup> Ebd., S. 157 und S. 164–165.

<sup>2586</sup> Als letzte Komponente kam die Arbeitslosenversicherung dazu, jene allerdings erst nach dem Ersten Weltkrieg. Im Jahre 1920 hatten schon 10 Ländern in Westeuropa die Arbeitslosenversicherung eingeführt. Im Vergleich waren die Versicherungsmodelle in den anderen Staaten Europas nur auf einen Bruchteil der

Die Wirkung dieser Reformen in Bezug auf die Armenpflege im Kaiserreich wurde wesentlich entkräftet. Dies belegen beispielweise die Daten aus den preußischen und bayerischen Städten, in denen trotz der Schaffung eines übergeordneten Versicherungssystems bis zum Ersten Weltkrieg der Anteil der dauernd unterstützten Armen prozentuell zum Bevölkerungszahl angewachsen ist.<sup>2587</sup> Ursächlich dafür waren solche Erscheinungen wie der Anstieg der Reallöhne, die mit den genannten Versicherungsreformen verbundene Entlastung bei den Kollektivrisiken, bessere Gesetzeskenntnis der Bevölkerung in Bezug auf die garantierten Rechte, geringere Scheu öffentliche Mittel in Anspruch zu nehmen im Rahmen der Armenunterstützung und Anstieg der Lebensunterhaltungskosten.<sup>2588</sup> Darüber hinaus wurde die Kinder- und Jugendfürsorge, vor allem in der großstädtischen Armenpflege stärker berücksichtigt.<sup>2589</sup> Es standen zwar mehr Mittel zur Verfügung, die breitere Anerkennung der Hilfsbedürftigkeit und die Erhöhung der Leistungen verursachten jedoch, dass die verfügbaren Mittel im Bereich der Armenpflege schneller ausgegeben wurden.<sup>2590</sup> Dies bedeutete höhere finanzielle Lasten, auch für Gutsbesitzer wie Thurn und Taxis.

Die Sozialgesetzgebung Bismarcks legte den Grundstein für den Sozialstaat. Es ist auch ein Zeichen für die Entwicklung in Richtung moderner Sozial- und Interventionsstaat.<sup>2591</sup> Im Jahre 1911 kamen die meisten Arbeitergruppen im Kaiserreich in den Genuss einer Kranken-, Unfall sowie Invaliditäts- und Altersversicherung.<sup>2592</sup> Es war zu der Zeit eine einzigartige Erscheinung in Mitteleuropa, die die Standards der Arbeit wesentlich erhöht hatte.<sup>2593</sup> Die Situation der fürstlichen Angestellten und Arbeiter wurde durch die neue Sozialgesetzgebung verbessert. Sie bot mehr Schutz und Sicherheit. Es wirkte sich freilich auf die Armenpflege nur mittelbar aus, da weniger Menschen als bisher auf die örtliche Armenunterstützung, sei es den fürstlichen oder den staatlichen Armenverband, angewiesen waren. Die Liberalisierung des Rechts im Bereich der Armenpflege reduzierte

---

Gesellschaft und Beschäftigten begrenzt. Die einzige Ausnahme bildeten hier Deutschland und in mancher Hinsicht Dänemark und England. In England trifft dies allerdings erst auf das Ende des 19. Jahrhunderts und in Dänemark auf die Zeit ab 1910 zu. Bei der Finanzierung von Pflichtversicherungen (eng. compulsory insurance) war Deutschland als Staat nur dezent beteiligt. Der Staat war bei der Durchsetzung der Regelungen sowie bei der Umsetzung und Steuerung des Systems involviert. Die Sozialhilfe war am Anfang in Österreich, Norwegen und in mancher Hinsicht auch ab 1908 in Großbritannien auf ähnlicher Weise organisiert.<sup>2586</sup> Sowohl in Deutschland als auch in Großbritannien waren zahlreiche Versicherungsgesellschaften freiwillig am Sozialhilfeprogramm beteiligt; dabei blieben die Versicherungsgesellschaften jedoch weitgehend unabhängig, ebd., S. 158–166.

<sup>2587</sup> Vgl. REDDER, Ute: Die Entwicklung von der Armenhilfe zur Fürsorge in dem Zeitraum von 1871 bis 1933, Bochum 1993, S. 136.

<sup>2588</sup> Ebd., S. 136–137.

<sup>2589</sup> Ebd., S. 137.

<sup>2590</sup> Ebd., S. 136.

<sup>2591</sup> Vgl. HALDER, Winifrid: Innenpolitik im Kaiserreich 1871–1914, Darmstadt 2011, S. 63.

<sup>2592</sup> Vgl. INGLÖT, Tomasz: Welfare States in East Central Europe, 1919–2004, New York 2008, S. 79.

<sup>2593</sup> Ebd. S. 79.

diese Wirkung um einen bedeutenden Teil, wie wir auch im vorherigen Kapitel gesehen haben.

### *Armenpflege im 19. Jahrhundert in der Provinz Posen*

Nach 1815 herrschte insgesamt in der Provinz Posen wie es beispielsweise im Regierungsbezirk Bromberg der Fall war, große Armut. Bettelei war trotzdem streng verboten.<sup>2594</sup> Die Armenpflege oblag den Kommunalbehörden.<sup>2595</sup> Dies hielt arme und bedürftige Menschen natürlich nicht von der Haus- und Straßenbettelei ab, wie z.B. in der Stadt Schönlanke (poln. Trzcianka), in der solche Erscheinungen das Stadtbild dominierten.<sup>2596</sup> Grund hierfür war die mangelnde Unterstützung seitens der genannten Gemeinde.<sup>2597</sup> Erst im Jahre 1835 änderte die Festsetzung der Beiträge für die Kommune durch den Landrat für das Armenwesen diese problematische Lage und die Bettelei verschwand größtenteils aus dieser Stadt.<sup>2598</sup> Die Armut stellte in der Provinz Posen auch deshalb ein großes Problem dar, weil nicht nur die Gemeinden sondern auch die Grundherren sich wegen der ungenauen Rechtslage ihren Verpflichtungen entzogen.<sup>2599</sup> In den ersten Jahren nach 1815 konnten die Armen vor allem auf Frauenvereine und ihre Wohltätigkeitsarbeit zählen.<sup>2600</sup> Die armen Bewohner der Provinz Posen wurden auch durch Ärzte und ärztliches Personal in Notfällen, bei ansteckenden Krankheiten und als Gefangene unentgeltlich versorgt.<sup>2601</sup> Allerdings wurden solche Hilfsleistungen durch die Armut der Bevölkerung, den Schmutz, mangelhafte Hygiene gehemmt; auch die Regierung der Provinz Posen hatte nicht ausreichend Mittel, um diesem Problem großflächig zu begegnen. und fehlende Mittel bei der Regierung der Provinz.<sup>2602</sup> Es herrschte zudem ein Ärztemangel, wodurch nicht alle Bewohner der Provinz ausreichend medizinisch versorgt werden konnten. Im Jahre 1848 gab es im Regierungsbezirk Bromberg in der Provinz Posen 36 private Ärzte.<sup>2603</sup> Im Jahre 1861 entfiel ein Arzt auf durchschnittlich 5.614 Einwohner, im Jahre 1871 sogar auf 7.278 Einwohner.<sup>2604</sup> Die armen Bevölkerungsschichten konnten sich die teuren Arzt- und Medizinrechnungen nicht leisten und versuchten sich mit Kräutern zu heilen oder

---

<sup>2594</sup> Vgl. BERGER, Irene: Die preussische Verwaltung des Regierungsbezirks Bromberg (1815–1847), in: HUBATSCH, Walther (Hg.), Studien zur Geschichte Preussens, Bd. 10, Köln/Berlin 1966, S. 121.

<sup>2595</sup> Vgl. BERGER, Irene: Die preussische Verwaltung des Regierungsbezirks Bromberg, S. 121.

<sup>2596</sup> Ebd., S. 121.

<sup>2597</sup> Ebd., S. 121.

<sup>2598</sup> Ebd., S. 121–122.

<sup>2599</sup> Ebd., S. 122.

<sup>2600</sup> Ebd., S. 122.

<sup>2601</sup> Ebd., S. 123.

<sup>2602</sup> Ebd., S. 124.

<sup>2603</sup> Vgl. REHFELD, Klaus Helmut: Die preussische Verwaltung des Regierungsbezirks Bromberg (1848–1871), in: HUBATSCH, Walther (Hg.), Studien zur Geschichte Preussens, Bd. 11, Köln/Berlin 1968, S. 135.

<sup>2604</sup> Vgl. REHFELD, Klaus Helmut: Die preussische Verwaltung des Regierungsbezirks Bromberg, S. 135.



griffen zu Hausmitteln und alternativen Heilmethoden.<sup>2605</sup> Ab der Mitte des 19. Jahrhunderts und in den darauf folgenden ersten Jahrzehnten führte das immer noch unentwickelte Gesundheitswesen in der Provinz Posen, die mangelhafte Hygiene, eine vitaminarme Ernährung und demzufolge sehr schwache Widerstandskraft zur Verbreitung von ansteckenden Krankheiten bei der armen Bevölkerung.<sup>2606</sup> Außer Cholera-Epidemien, die sich ungefähr alle zehn Jahre wiederholten, gab es in der Provinz Posen auch Fälle von Malaria.<sup>2607</sup> Die Malaria-Fälle gingen erst ab den 1850er Jahren langsam zurück, nachdem die sumpfigen Böden in den Netze-Niederungen entwässert wurden.<sup>2608</sup> Dank der Pockenimpfung konnte auch diese Krankheit gezielt gekämpft werden, wenngleich 1870/71 im Regierungsbezirk Bromberg immer noch 10.013 Personen an Pocken erkrankten, was 1,77% der Bevölkerung des Bezirks ausmachte.<sup>2609</sup> Damit war der Bezirk Bromberg dennoch unter den drei Bezirken im Königreich Preußen, in dem die Pockenerkrankung am häufigsten auftrat.<sup>2610</sup> Die Gemeinden waren weiterhin für die öffentliche Armenpflege zuständig. Die Landstreicherei und Bettelei stand weiterhin unter Strafe.<sup>2611</sup> Personen, die dafür verurteilt wurden, wurden in Besserungsanstalten (sog. Korrekptionsanstalten) eingeliefert.<sup>2612</sup> Bedürftige Personen wurden bis zum Jahr 1871 weiterhin größtenteils durch private Armen- und Wohltätigkeitsvereine wie beispielsweise den „Verein zur Pflege der im Kriege verwundeten Krieger“, den „St. Vincent a Paolo Verein“ oder den „Verein zur Unterstützung der lernenden Jugend“ unterstützt.<sup>2613</sup> Mit der Liberalisierung des Rechts (Unterstützungswohnsitzgesetz) verbesserte sich die Armenpflege ab den 1870er Jahren in Preußen und somit auch in der Provinz Posen. Der im Jahre 1876 auf 60 Pfennig pro Tag festgesetzte Verpflegungssatz für Arme reichte im Jahre 1903 jedoch kaum noch für den Tagesbedarf eines Erwachsenen.<sup>2614</sup> Im Regierungsbezirk Bromberg wurde beispielsweise kaum von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, einzelne Armenverbände zusammenzuschließen.<sup>2615</sup> Seit 1891 mussten die Kreise mindestens zwei Drittel der Kosten der außerordentlichen Ausgaben der Ortsverbände decken, was der Überlastung der Kommunen entgegengewirkt hatte.<sup>2616</sup> Trotzdem gab es im Regierungsbezirk Bromberg außer den kirchlichen und privaten Einrichtungen immer noch keine kommunalen Obdachlosenasy-

---

<sup>2605</sup> Ebd., S. 136.

<sup>2606</sup> Ebd., S. 138.

<sup>2607</sup> Ebd., S. 138–140.

<sup>2608</sup> Ebd., S. 139–140.

<sup>2609</sup> Ebd., S. 138.

<sup>2610</sup> Ebd., S. 138.

<sup>2611</sup> Ebd., S. 140.

<sup>2612</sup> Ebd., S. 140.

<sup>2613</sup> Ebd., S. 140.

<sup>2614</sup> Vgl. GREY, Thomas: Die preussische Verwaltung des Regierungsbezirks Bromberg 1871–1920, in: HUBATSCH, Walther (Hg.), Studien zur Geschichte Preussens, Bd. 27, Köln/Berlin 1976, 106.

<sup>2615</sup> Vgl. GREY, Thomas: Die preussische Verwaltung des Regierungsbezirks Bromberg, S. 106.

<sup>2616</sup> Ebd., S. 106.

### *Fürstliche Armenpflege im Fürstentum Krotoszyn von den 1820er bis in die 1860er Jahre*

le, Arbeitshäuser oder Verpflegungsstationen.<sup>2617</sup> Erst im Jahre 1909 änderte sich dies mit dem Bau eines Alters- und Siechenheims in der Stadt Bromberg.<sup>2618</sup> In den Städten der Provinz Posen wurden hauptsächlich sehr alte und kinderlose Personen unterstützt.<sup>2619</sup> Nicht viel anders sah es auf dem Lande aus.<sup>2620</sup> Um die Lage der Armen zu verbessern, stellten Gemeinden und Städte älteren und zur leichteren Arbeit fähigen Armen das sog. Armenland zur Verfügung.<sup>2621</sup> Nichtsdestotrotz kam es zwischen den einzelnen Armenverbänden zur zahlreichen Streitigkeiten wegen der Unterstützung der Hilfsbedürftigen aus öffentlichen Mitteln.<sup>2622</sup> Derartige Streitigkeiten häuften sich bis zum Ersten Weltkrieg massenweise an.<sup>2623</sup>

### *Fürstliche Armenpflege im Fürstentum Krotoszyn von den 1820er bis in die 1860er Jahre*

Die Unterteilung in den einzelnen Zeitrahmen orientiert sich an den gesetzlichen Rahmenbedingungen in Preußen. Der Beginn der Untersuchung der Armenpflege im Fürstentum Krotoszyn kann freilich nur mit seiner Entstehung beginnen. Im ersten Teil umfassen die Quellen den Zeitraum 1820er bis 1860er Jahre. Zu der Zeit basierte das Armenrecht auf dem Allgemeinen preußischen Landrecht aus dem Jahre 1794; Einfluss hatten zudem die Rechtsreformen der Armenpflege aus den Jahren 1842/43 und das Gesetz aus dem Jahre 1855. Nach dem Armenrecht von 1794 waren die Gemeinden dazu verpflichtet, Personen zu helfen, die bereits Bürger waren oder arbeitsfähigen Personen, die nach dreijährigem Aufenthalt in die Gemeinde aufgenommen worden waren oder Beiträge für die Ausgaben und Lasten der Gemeinde geleistet hatten.<sup>2624</sup> Die Gesetze aus den Jahren 1842/43 garantierten den preußischen Staatsbürgern eine fast uneingeschränkte Niederlassungsfreiheit und durch das Gesetz vom 21. Mai 1855 musste die Verpflichtung der Armenfürsorge erst nach einem einjährigen Aufenthalt übernommen werden.<sup>2625</sup> Für das erste Jahr zahlten also die Gemeinden, die davor als Wohnort bestimmter Personen galten.<sup>2626</sup> Demzufolge wurden die Lasten für die Armen für das erste Jahr durch die Landgemeinden gedeckt. Da die Landbevölkerung in die Städte flüchtete, bedeutete diese ge-

---

<sup>2617</sup> Ebd., S. 107.

<sup>2618</sup> Ebd., S. 107.

<sup>2619</sup> Ebd., S. 107.

<sup>2620</sup> Ebd., S. 107.

<sup>2621</sup> Ebd., S. 107.

<sup>2622</sup> Ebd., S. 107.

<sup>2623</sup> Ebd., S. 107.

<sup>2624</sup> Vgl. SACHSE, Christoph, TENNSTEDT, Florian: Geschichte der Armenfürsorge, S. 196.

<sup>2625</sup> Ebd., S. 199 und 203.

<sup>2626</sup> Ebd., S. 199 und 203.

*Fürstliche Armenpflege im Fürstentum Krotoszyn von den 1820er bis in die 1860er Jahre* setzliche Änderung jedoch zusätzliche finanzielle Kosten für die Landgemeinden.<sup>2627</sup> Die Gesetze bildeten einen klaren gesetzlichen Rahmen für die Armenpflege, die der Fürst und seine Beamten beachten mussten. Die Liberalisierung der Gesetzgebung innerhalb der Armenpflege bedeutete auch mehr Kosten für die Gemeinden und Inhaber von Gütern. Vor allem die Gesetze aus den Jahren 1842/43 und 1855 stellten in diesem Bereich eine Änderung in Bezug auf die Herrschaftspraxis dar. Vorrang nahmen die finanziellen Belange, während das Prestige, mit dem die Armenpflege bisher verbunden war, immer stärker in den Hintergrund geriet. Die Niederlassungsfreiheit war für die preußischen Bewohner uneingeschränkt. Die Änderung aus dem Jahre 1855 schob die Kosten für das erste Jahr nach dem Umzug auf die Abzugsgemeinde, erst danach wurde im neuen Wohnort der Unterstützungswohnsitz erworben. Davon profitierten die Städte, nicht aber die ländlichen Gemeinden oder die fürstlichen Güter, die auf dem Lande waren. Die Bevölkerung zog es im überwiegenden Maße in die Städte und eben nicht aufs Land. Somit wurde ein weiterer Kostenanstieg für das fürstliche Haus verursacht. Die neue Gesetzgebung war mit mehr Pflichten verbunden; nicht selten wurde die freiwillige Wohltätigkeit auf Grund der steigenden Ausgaben im Bereich der Armenpflege durch die Güterbesitzer wie Thurn und Taxis gekürzt. Vergleicht man die ersten Jahrzehnte der Existenz des Fürstentums Krotoszyn mit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts ist ein grundsätzlicher Unterschied feststellbar, insbesondere in Bezug auf unterschiedliche Schwerpunkte und Interessen. Als Beispiel kann man hier die bereits angedeuteten Veränderungen der Prestigerolle und der finanziellen Aspekte nennen, die in den beiden Zeiträumen unterschiedlich gewichtet wurden. Dies lässt sich ebenso anhand den getroffenen Entscheidungen und verwendeten Ausdrucksweise feststellen, hinter denen andere herrschaftliche Aspekte standen.

Die Armenpflege der Standesherren ist ein kaum erforschtes Feld und es gibt nur sehr wenige Publikationen zu dem Thema. Ein Kapitel widmet beispielweise Tönsmeier diesem Bereich.<sup>2628</sup> Die Armenpflege und Armenunterstützung kann wichtige Inhalte über den Umgang der fürstlichen Herrschaft mit den Untertanen vermitteln. Die Akten über die Armenfürsorge vermitteln ein umfassendes Bild über die ökonomische Situation der untersten Bevölkerungsschichten. Bittbriefe, Protokolle, Berichte und ähnliche Quellen aus dem Bereich der Wohltätigkeit liefern auch Informationen über das Leben der Armen und ihr soziales Umfeld.<sup>2629</sup> Insgesamt wurden im 18. und 19. Jahrhundert Anträge auf

---

<sup>2627</sup> Ebd., S. 203.

<sup>2628</sup> Vgl. TÖNSMEYER, Tatjana: Adelige Moderne. Großgrundbesitz und ländliche Gesellschaft in England und Böhmen 1848–1918, in: ECKERT, Andreas, RÜCKERT, Joachim (Hg.), Industrielle Welt. Schriftenreihe des Arbeitskreises für moderne Sozialgeschichte, Bd. 83, Wien/Köln 2012.

<sup>2629</sup> Vgl. GESTRICH, Andreas: Das Leben der Armen: ‚Ego-Dokumente‘ als Quellen zur Geschichte von Armut und Armenfürsorge im 19. Jahrhundert, in: SZCZESNY, Anke, KIEBLING, Rolf, BURKHARDT, Johannes

eine öffentliche Unterstützung meistens mündlich gestellt.<sup>2630</sup> Gesuche bzw. Bittbriefe von Armen, die an die adeligen Grund- oder Landesherren oder ihre Verwaltung adressiert wurden, werden in der Forschung oft als Suppliken bezeichnet.<sup>2631</sup> Im 19. Jahrhundert werden sie in der Regel mit devot gestalteter Anrede, unterwürfigen Schluss und sonstigen Formel versehen.<sup>2632</sup> Man unterscheidet auch zwischen Suppliken in Rechts- und Gnadensachen. Die Unterstützungsanträge gehören zu den Gnadensachen und sie wurden bisher in der Forschung kaum berücksichtigt.<sup>2633</sup> Umso aufschlussreicher ist es, sich mit solchen Dokumenten zu beschäftigen. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts nahm auch die Ausdruckfähigkeit der Antragsteller in den Ländern wie England und Deutschland deutlich zu.<sup>2634</sup> Die Akten über die Gesuche um Unterstützung von privaten Personen, die einst im Fürst Thurn und Taxis Archiv vorhanden waren, wurden laut der Findbücher vernichtet und existieren nicht mehr. In den Quellen über die Armenpflege im Fürstentum Krotoszyn haben sich vor allem Gesuche der Magistrate und Vereine erhalten. Sie wurden dann auch in den fürstlichen Berichten sinngemäß wiedergegeben, wenn man sie unter quellenkritischen Gesichtspunkten betrachtet. Auch konkrete und aufschlussreiche Fälle der Unterstützung von Armen sowie deren Situation im Fürstentum Krotoszyn ließen sich anhand der vorhandenen Akten dennoch gut rekonstruieren.

Von Fall zu Fall variiert die Taktik der fürstlichen Beamten bei der Lösung der Fragen bezüglich der Armenunterstützung. Bereits im Jahre 1824 hatten die Bediensteten aus dem fürstlichen Friedensgericht im Fürstentum Krotoszyn ein Armenfond gegründet.<sup>2635</sup> Der Armenfond wurde durch freiwillige Beiträge und aus den Denunzianten-Anteilen finanziert.<sup>2636</sup> Im Laufe von vier Jahren hatte sich aus diesen Mitteln eine Summe von insgesamt 57 Rthl. 21 Sgr. 11 Pf. angesammelt, davon wurden 50 Rthl. als Depot verzinst.<sup>2637</sup> Dies war eine Initiative von unten. Die Gründer des Armenfonds im fürstlichen Friedensgericht zu Krotoszyn wandten sich nämlich erst im Jahre 1828 an den Fürsten und baten ihn das Patronat über den Fond unter die fürstliche Obhut zu nehmen. Damit verbunden war auch die Übernahme der gesammelten Geldsumme für Wohltätigkeits-

---

(Hg.), *Prekariat im 19. Jahrhundert. Armenfürsorge und Alltagsbewältigung in Stadt und Land* (= Materialien zur Geschichte der Fugger, Bd. 7), Augsburg 2014, S. 39–60; S. 40.

<sup>2630</sup> Vgl. GESTRICH, Andreas: *Das Leben der Armen: „Ego-Dokumente“ als Quellen zur Geschichte von Armut und Armenfürsorge im 19. Jahrhundert*, S. 42.

<sup>2631</sup> Ebd., S. 45 und S. 51.

<sup>2632</sup> Ebd., S. 51.

<sup>2633</sup> Ebd., S. 53.

<sup>2634</sup> Ebd., S. 58.

<sup>2635</sup> Vgl. FTTZA, DK 20727: Die von dem Fürstenthumsgericht zu Krotoszyn unternommene Bildung eines Armenunterstützungsfonds, Krotoszyn 6. Juni 1828.

<sup>2636</sup> Vgl. FTTZA, DK 20727: Krotoszyn 6. Juni 1828.

<sup>2637</sup> Vgl. FTTZA, DK 20727: Krotoszyn 6. Juni 1828.

zwecke.<sup>2638</sup> Außerdem hatten die fürstlichen Gerichtsbeamten aus dem Friedensgericht um Erlaubnis gebeten, bei Bedarf fünf Taler ausgeben zu können, ohne hierfür eine Genehmigung einholen zu müssen.<sup>2639</sup> Bei höheren Ausgaben wollte man jedoch jedes Mal den Fürsten konsultieren.<sup>2640</sup> Zwei Dinge waren es, die die fürstlichen Gerichtsbeamten dazu bewogen, sich mit dem eben dargestellten Vorschlag, an den Fürsten von Thurn und Taxis zu wenden, wie der folgende Quellausschnitt illustriert; sie schrieben:

„Um aber dieser Anstalt auch für die Folge die Existenz zu sichern, welche, da die jährlichen Zinsen nur 2. rthl. 15. sgr. betragen, durch Verwendung des Kapitals, gefährdet werden würde, wagen wir es, Eure hochfürstliche Durchlaucht im Namen der Armuth und gestützt auf den §.28 Tith. 19. Theil II des Allgemeinen Preußischen Landrechts unterthänigst zu bitten:  
die Geldstrafen, welche bisher beim Mangel einer Bestimmung über ihre Verwendung zur Salarienkasse geflossen sind, dem Armenfonds gnädigst überweisen zu lassen.“<sup>2641</sup>

Der Verweis der fürstlichen Gerichtsbeamten auf die Tatsache, dass aus den Zinsen jährlich nur 2 Rthl. und 15 Sgr. erwirtschaftet wurden, diente als Vorwand für die Übernahme der Geldstrafen für den Armenfond. Dies wurde auch mit dem preußischen Landesrecht untermauert. Im gewissen Sinne wurde also indirekt Druck auf die Entscheidung des Fürsten ausgeübt. Die fürstliche Domänen-Ober-Administration schätzte die Höhe der Ordnungsstrafen auf ca. 17 Rthl. 20 Sgr. 10Pf., da es sich bisher um solche Summe gehandelt habe.<sup>2642</sup> Am 2. September 1828 wurde diese Bitte unter dem Vorbehalt, dass der Fürst jederzeit das Recht auf Widerruf hatte, genehmigt.<sup>2643</sup> Zusätzlich wurde von der Verwaltung des Armenfonds verlangt, eine jährliche Abrechnung nach Regensburg zu schicken.<sup>2644</sup> Der Fürst befürwortete die Teilnahme der Mitglieder des Fürstentumsgerichts an diesem Vorhaben mit den Worten:

„In dem Wir nach dem Beyspiel Unserer Durchlauchtigsten Vorältern und nach den Empfindungen Unseres eigenen Herzens zu Einrichtungen, welche die Unterstützung der leidenden Menschheit zum Ziele haben, jederzeit gerne mitwirken wurden, [...]“<sup>2645</sup>

Der Hinweis auf die Wohltätigkeit im Kontext der Geschichte des Hauses Thurn und Taxis dient hier nicht nur als Begründung für die positive Entscheidung in der Frage der Unterstützung des Armenfonds, sondern zeigt auch das patrimoniale Selbstverständnis des Fürsten als den ersten Standesherrn im Großherzogtum Posen. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts wurden solche rhetorische Mittel wie die Anmerkungen und Berufungen

<sup>2638</sup> Vgl. FTTZA, IB 2647: Das Armenwesen im Fürstentum Krotoszyn, Regensburg 1. August 1828 und FTTZA, DK 20727: Krotoszyn 6. Juni 1828.

<sup>2639</sup> Vgl. FTTZA, DK 20727: Krotoszyn 6. Juni 1828.

<sup>2640</sup> Vgl. FTTZA, IB 2647: Regensburg 1. August 1828.

<sup>2641</sup> FTTZA, DK 20727: Krotoszyn 6. Juni 1828.

<sup>2642</sup> Vgl. FTTZA, IB 2647: Regensburg 1. August 1828.

<sup>2643</sup> Vgl. FTTZA, DK 20727: Regensburg 2. September 1828.

<sup>2644</sup> Vgl. FTTZA, IB 2647: Regensburg 1. August 1828.

<sup>2645</sup> FTTZA, DK 20727: Regensburg 2. September 1828.

auf die patrimoniale Vergangenheit viel seltener gebraucht. Der Armenfond wurde später, im Jahre 1834, abgeschafft, weil der Fürst von Thurn und Taxis die fürstliche Gerichtsbarkeit freiwillig an den preußischen Staat abgegeben hatte.<sup>2646</sup> Mit der fürstlichen Genehmigung gingen auch die bisher gesammelten Depositorium-Mittel in Höhe von 230 Rthl. an das königliche Landgericht.<sup>2647</sup> Nach der Abgabe der fürstlichen Gerichtsbarkeit wandte sich das königliche Oberlandesgericht an die Fürstliche Rentkammer mit der Anfrage, ob der Fürst den Fond zur Unterstützung hilfsbedürftiger Kinder der verstorbenen Justizbeamten unterstützen würde.<sup>2648</sup> Die Essenz dieses Quellenausschnitts ergibt sich aus den folgenden Worten:

„Das königliche Land und Stadtgericht dahier hat das Rescript des königlichen Oberlandesgerichts vom 16. November 1835 nebst seiner Beilage mit dem Ersuchen mitgetheilt, Vortrag zu erstatten, ob Sr. Hochfürstlichen Durchlaucht nicht geneigt seyn möchten, mit Rücksicht darauf, daß seit kurzen über den größten Theil der Güter des Fürstenthums vor diesem Gerichte Pachtcontracte aufgenommen worden sind und auch aufgenommen werden sollen, einen freiwilligen Beitrag zu dem wohlthätigen neu errichteten Fond zu geben.“<sup>2649</sup>

Auf Initiative des königlichen Oberlandesgerichts konnte der Fürst selbstverständlich nicht verzichten. Eine positive Reaktion war wünschenswert, insbesondere deshalb, weil man nun in Bezug auf das Gerichtswesen in einem Abhängigkeitsverhältnis zu Preußen stand. Den meisten Gütern im Fürstentum Krotoszyn wurden nämlich die Pachtcontracte durch das Land- und Stadtgericht ausgestellt. Um die vorbildlichen Kontakte im geschäftlichen Alltag nicht zu beeinträchtigen, wurde eine Spende des Fürsten für die hilfsbedürftigen Kinder der verstorbenen Justizbeamten in Höhe von 50 Rthl. beantragt.<sup>2650</sup>

Offensichtlich stellte vor 1825 die Armenpflege im Fürstentum Krotoszyn ein ständiges Problem mit einer steigenden Tendenz dar, da die Quellen davon zeugen, dass die Not auf den Straßen und Hausbetteln täglichen Zuwachs notiert hatten.<sup>2651</sup> Bisher konnte sich die örtliche Bevölkerung beispielsweise von den Hausierern und Bettlern mit monatlichen Geldbeiträgen gewissermaßen „freikaufen“.<sup>2652</sup> Da die Not und die Erscheinung der Bettlei ein immer größeres Problem darstellte, gründeten die örtlichen Behörden am 1. Mai 1825 in Krotoszyn ein Armen-Direktorium.<sup>2653</sup> Auf Empfehlung des Landrats Major von Bork, der zugleich der erste Armen-Direktor gewesen war, wurde die Fürstliche Rentkammer dazu bewogen, einen jährlichen Beitrag zum städtischen Armenfond zu leis-

---

<sup>2646</sup> Vgl. FTTZA, DK 20727: Schloss Krotoszyn 11. März 1836.

<sup>2647</sup> Vgl. FTTZA, DK 20727: Schloss Krotoszyn 11. März 1836.

<sup>2648</sup> Vgl. FTTZA, DK 20727: Schloss Krotoszyn 7. Februar 1836.

<sup>2649</sup> Vgl. FTTZA, DK 20727: Schloss Krotoszyn 7. Februar 1836.

<sup>2650</sup> Vgl. FTTZA, DK 20727: Schloss Krotoszyn 7. Februar 1836.

<sup>2651</sup> Vgl. FTTZA, DK 20725: Armenpflege im Fürstenthum Krotoszyn, Bericht der Rentkammer Krotoszyn über die hiesige Stadt-Armen Verpflegung, Schloß Krotoszyn 1. Mai 1825.

<sup>2652</sup> Vgl. FTTZA, DK 20725: Schloß Krotoszyn 1. Mai 1825.

<sup>2653</sup> Vgl. FTTZA, DK 20725: Schloß Krotoszyn 1. Mai 1825.

ten.<sup>2654</sup> Der fürstlichen Verwaltung blieb hier wenig Spielraum. Eine Absage kam nicht in Frage, da man auf gute Kontakte mit den preußischen Behörden angewiesen und der Landrat zudem eine bedeutende Person in der Stadt war. Die fürstliche Verwaltung hatte fast täglich geschäftlichen Umgang mit den preußischen Behörden. So war man also darauf bedacht, eine gute Atmosphäre zu wahren. Ein Nebeneffekt davon war, dass der Fürst in seinem Fürstentum Krotoszyn als Wohltäter auftreten konnte und zusätzlich die Probleme rund um die Armenpflege und Armenunterstützung gemildert wurden. Wohltätigkeit gehörte schließlich zum adeligen Selbstverständnis. Einen Teil der Ausgaben im Bereich der Armenpflege übernahm seither der Fürst, wodurch die preußischen Behörden sowie die Stadt Krotoszyn finanziell entlastet wurden.

Am 4. August 1825 genehmigte die Domänen-Ober-Administration in Regensburg eine jährliche Spende von 60 Rthl. und 20 Klaftern Holz für das Armendirektorium der Stadt Krotoszyn.<sup>2655</sup> Bis zum Jahre 1829 wurde das städtische Armenwesen mit einem jährlichen Beitrag unterstützt. 1829 beendete diese Institution ihr Wirken. Da die Stadt keine neue Institution geschaffen hatte, wurde das Geld trotzdem weiterhin bezahlt, nun jedoch direkt an die Stadt Krotoszyn.<sup>2656</sup> Die Fürstliche Rentkammer zahlte z.B. im Jahr 1829 und 1830 jährlich 60 Rthl. an das Magistrat der Stadt.<sup>2657</sup> Die Fürstliche Rentkammer nahm bei den Zahlungen Rücksicht auf besondere Umstände. So spendete beispielsweise Fürst Maximilian Karl von Thurn und Taxis im Jahre 1831 zum jährlichen Beitrag zusätzliche 50 Rthl. für den städtischen Armenfond für die Heilung und Pflege von Menschen, die aufgrund der Cholera-Epidemie erkrankt waren.<sup>2658</sup> Im Jahre 1838 wurde z.B. zu den garantierten 20 Klafter Holz ein Antrag auf weitere 9 Klaftern Eichen-Astholz gestellt. Im Bericht der Fürstlichen Rentkammer konnte man folgende Argumentation finden:

„so glauben wir doch, daß bei dem heurigen so strengen Winter, denn noch erreicht die Kälte 18. bis 20. Grade. Sr. Durchlaucht die unentgeltliche Abgabe von: 9. Klaftern Eichen Astholz für die so große Anzahl der Armen genehmigen werden. Ein großer Teil der hiesigen Einwohner hat schon freiwillige Gaben an Geld gebracht zur Unterstützung der Armen und Nothleidenden und es würde sehr auffallen, wenn für diesen heurigen ausserordentlichen Fall von Sr. Durchlaucht alle Unterstützung verfolgt und die Armenkasse veranlasst würde, die auf Zahlung des Magistrats Vorschußweise abgegeben: 9. Klaftern Eichen Astholz zu bezahlen.“<sup>2659</sup>

Die Wetterbedingungen waren hart und selbst die Bewohner der Stadt hatten sich an der Unterstützungsaktion der Armen mit Geldspenden beteiligt. Wir erfahren aus diesem Quellenausschnitt, dass die Vorgehensweise der Fürstlichen Rentkammer im Bereich der

<sup>2654</sup> Vgl. FTTZA, DK 20725: Schloß Krotoszyn 1. Mai 1825.

<sup>2655</sup> Vgl. FTTZA, IB 2647: Regensburg 23. Februar 1832.

<sup>2656</sup> Vgl. FTTZA, DK 20725: Armenpflege im Fürstentum Krotoszyn, Bericht der Rentkammer. Die Unterstützung für die hiesigen Stadt-Armen betreffend, Schloß Krotoszyn 21. September 1831.

<sup>2657</sup> Vgl. FTTZA, DK 20725: Schloß Krotoszyn 21. September 1831.

<sup>2658</sup> Vgl. FTTZA, DK 20725: Regensburg 13. Oktober 1831.

<sup>2659</sup> FTTZA, DK 20725: Schloß Krotoszyn 23. Februar 1838.

Wohltätigkeit genau verfolgt wurde und aus diesem Grund verwies die fürstliche Verwaltung die zentrale Verwaltungsstelle in Regensburg in diesem Bericht auch darauf, dass es angebracht sei, die schon im Voraus herausgegebenen 9 Klafter Holz zu bezahlen. Eine Absage hätte dem fürstlichen Ansehen sicherlich Schaden in der öffentlichen Meinung zugefügt. So genehmigte die Domänen-Ober-Administration in Regensburg die Bitte der Fürstlichen Rentkammer am 1. April 1838.<sup>2660</sup> Die durch die Ausgabe der 9 Klafter Holz entstandenen Kosten in Höhe von 12 Rthl. 22 Sgr. 6 Pf. wurden an das Magistrat der Stadt Krotoszyn ausbezahlt. Die Fürstliche Rentkammer hatte somit sicherlich eine unangenehme Situation und einen Skandal in der provinziellen Stadt Krotoszyn vermieden, andernfalls wäre die Armenkasse zur Zahlung an die Stadt Krotoszyn aufgefordert worden, was sicherlich dem Ansehen und Prestige des Fürsten im Fürstentum Krotoszyn bei den Untertanen geschadet hätte. Das Beispiel zeigt auch, dass besondere Umstände wie strenge Winter Berücksichtigung fanden, wenngleich die fürstliche Domänen-Ober-Administration in Regensburg im Gegenzug zu verstehen gab, dass dies als „Gnadenbewilligung“ verstanden wird und keineswegs bedeutet, dass in den nächsten Jahren ähnliche Ausgaben gedeckt werden würden.<sup>2661</sup>

Die Fürstliche Rentkammer zahlte auch für die Korrekptionsanstalt in Kosten (poln. Kościan) und für die Provinzial-Irren-Anstalt in Owinsk (poln. Owińska) jährlich Beiträge ein.<sup>2662</sup> Es waren zwischen 1838–1843 insgesamt 227 Rthl. 24 Sgr. 4 Pf., die einbezahlt wurden.<sup>2663</sup> Die Beiträge wurden im Kreise gemäß der Bevölkerungszahlen auf einzelne Ortsgemeinden wie Städte, Dörfer sowie die selbständigen Vorwerke, die zu keiner Gemeinde gehörten, verteilt.<sup>2664</sup> Diese Summen waren pro Jahr unterschiedlich und insgesamt – vor allem aber für die Vorwerke – laut fürstlichen Beamten „sehr hoch“.<sup>2665</sup> Diese Tatsache kann dadurch erklärt werden, dass das Hofgesinde und die Dienstboten zusammen mit ihren zahlreichen Familienmitglieder auf den Vorwerken untergebracht waren.<sup>2666</sup> Außerdem wurden die Tagelöhner, die als Teilzeitarbeiter nur einige Tage pro Woche auf dem Gut gearbeitet haben, zu den Vorwerksangehörigen gezählt.<sup>2667</sup> Dementsprechend mussten auch die fürstlichen Beiträge höher ausfallen, orientierten sie sich doch an den Bevölkerungszahlen. Die fürstlichen Dominien hatten kein Recht, das für die

---

<sup>2660</sup> Vgl. FTTZA, DK 20725: Regensburg 1. April 1838.

<sup>2661</sup> Vgl. FTTZA, IB 2647: Regensburg 10. März 1838.

<sup>2662</sup> Vgl. FTTZA, IB 2660: Kreiskommunalbeiträge für die Korrekptionsanstalt in Kosten- und die Irrenanstalt in Owinsk; Armenunterhaltungs- und Baukostenbeiträge im Fürstentum Krotoszyn, 1844–1880, Regensburg 26. Februar 1844.

<sup>2663</sup> Vgl. FTTZA, IB 2660: Regensburg 26. Februar 1844.

<sup>2664</sup> Vgl. FTTZA, IB 2660: Regensburg 26. Februar 1844.

<sup>2665</sup> Vgl. FTTZA, IB 2660: Regensburg 26. Februar 1844.

<sup>2666</sup> Vgl. FTTZA, IB 2660: Regensburg 26. Februar 1844.

<sup>2667</sup> Vgl. FTTZA, IB 2660: Regensburg 26. Februar 1844.



Beiträge ausgegebene Geld in den Vorwerken wieder einzuziehen.<sup>2668</sup> Aus dem Grund hatte sich die fürstliche Verwaltung dazu entschlossen, sich künftig von diesen Kosten auf eine andere Art zu befreien. Die Beamten in Regensburg schlugen vor:

„Wohl aber dürfte es angänglich und fachdienlich seyn, bey künftig neu abzuschließenden Pachtverträgen die vorberührten Kreis-Komunal-Lasten für die Anstalten in Kosten und Owinsk, so wie alle andere den Dominien obliegende Cur- und Verpflegungs-Kosten den Pächtern zur Leistung zu übertragen, wodurch für die Folge die Last des hochfürstl. Aerars erleichtert würde.“<sup>2669</sup>

Man musste nicht lange auf eine Entscheidung warten. Die Idee der Weitergabe der Armenlasten auf die Pächter der Vorwerke in den künftigen Pachtverträgen fand Akzeptanz. Diese Forderung wurde auch in dem nächsten Bericht der Domänen-Ober-Administration in Regensburg erweitert. Inzwischen waren die Beamten in Regensburg mit dem Bericht der Fürstlichen Rentkammer aus Krotoszyn beschäftigt. Der Kreislandrat zwang die Fürstliche Rentkammer die Verpflegungs- und Kurkosten für vier Personen und für eine Pockenuntersuchung auf dem Vorwerke Neudorf zu übernehmen, die in den Jahren zwischen 1834 und 1841 entstanden waren und insgesamt 74 Taler und 6 Silbergroschen betrugen.<sup>2670</sup> Es handelte sich hierbei um Kosten für einen im Jahre 1835 erkrankten Dienstknecht aus Bonikow, den inzwischen verstorbenen ehemaligen Unteroffizier Hofmann aus Bonikow, der einer Geisteskrankheit verfallen war, und zwischen 1. September 1834 und Februar 1835 monatlich 1. Rthl. 20 Sgr. bekommen hatte; zudem um Exekutionsgebühren für die Dienstmagd Christina Hoffmann aus Baszyn und 17 Rthl. 6 Pf. für den erkrankten Dienstjungen Joseph Pawlak aus Lutogniewo im Jahre 1841.<sup>2671</sup> Schon im Jahre 1840 hatte sich die Fürstliche Rentkammer bei der königlichen Regierung in Posen wegen der Kosten für die vier Personen beschwert.<sup>2672</sup> Die Beschwerde wurde durch die preußischen Behörden abgewiesen.<sup>2673</sup> Seit dieser Entscheidung und den bereits erwähnten Kosten versuchte die fürstliche Verwaltung tatkräftiger zu agieren, um sich vor ähnlichen gesetzlich durch die preußischen Behörden auferlegten Ausgaben zu schützen. Nunmehr sollte die Übernahme der Kosten durch die Pächter in den künftigen Pachtverträgen auch die gesetzlich obliegenden Lasten für die Armenpflege im Dominium beinhalten.<sup>2674</sup> Wie wir in den nächsten Fallbeispielen sehen werden, wurde diese Änderung konsequent durchgesetzt und auch verfolgt. Den Pächtern wurden tatsächlich in den Pachtverträgen solche Bedingungen zu Gunsten und im finanziellen Interesse des Fürsten oktroyiert.

---

<sup>2668</sup> Vgl. FTTZA, IB 2660: Regensburg 26. Februar 1844.

<sup>2669</sup> FTTZA, IB 2660: Regensburg 26. Februar 1844.

<sup>2670</sup> Vgl. FTTZA, IB 2660: Regensburg 29. Februar 1844.

<sup>2671</sup> Vgl. FTTZA, IB 2660: Regensburg 29. Februar 1844.

<sup>2672</sup> Vgl. FTTZA, IB 2660: Regensburg 29. Februar 1844.

<sup>2673</sup> Vgl. FTTZA, IB 2660: Regensburg 29. Februar 1844.

<sup>2674</sup> Vgl. FTTZA, IB 2660: Regensburg 29. Februar 1844.

Nicht nur schlechte Wetterbedingungen, sondern auch Missernten bewegten die fürstliche Verwaltung zur Hilfe, um die schlechte Versorgungslage der Bevölkerung zu mildern. Wie es aus dem Bericht der Fürstlichen Rentkammer hervorgeht, fiel die Ernte im Jahre 1846 wegen einer Dürre ungünstig aus.<sup>2675</sup> Die Getreideernte verzeichnete insgesamt im ganzen Kreise Krotoszyn und somit auch im Fürstentum Krotoszyn starke Einbußen.<sup>2676</sup> Ebenso war die Kartoffel- und Krauternte stark betroffen. Gerade Letztere war jedoch für die arme Bevölkerung wichtig, weil sie sich hauptsächlich von Kraut sowie Kartoffeln ernährte.<sup>2677</sup> Die Lage war schwer und ohne Hilfe von fürstlicher Seite hätten die armen Bevölkerungsteile Hunger gelitten. Die Fürstliche Rentkammer beschrieb das Problem und schlug der Domänen-Ober-Administration folgenden Plan vor:

„Jetzt schon leidet die arbeitende Klasse Noth, sie wird aber im Winter noch weit größer werden. Wir halten uns daher für verpflichtet Eure Hochfürstliche Hochlöbliche Domänen- Ober- Administration devotest zu bitten, höchsten Orts den Antrag zu stellen, uns zu ermächtigen, wenn der Nothstand im Winter bedeutend werden sollte, für die armen Landbewohner im Fürstenthum bis zu einer Summe von 500 rt. – Kartoffeln ankaufen und sie unter die Nothleidenden im Fürstenthumsbezirk vertheilen lassen zu dürfen, wodurch dann manchen Hungernden doch einige Aushilfe zukämen. Für wichtige zweckmäßige Vertheilung würden wir Sorge zu tragen bemüht sein und seiner Zeit die Nachweise liefern. Für die Unterstützung der Armen der Städte Krotoszyn, Adelnau und Sulmierzyce mögen die Communen selbst Sorge tragen.“<sup>2678</sup>

In Anbetracht der schwierigen Situation und des kommenden Winters wurde am 16. Oktober 1846 in Regensburg entschieden die vorgeschlagene Summe in Höhe von 500 Rthl. an die Fürstliche Rentkammer für den Ankauf von Kartoffeln zu genehmigen.<sup>2679</sup> Die Domänen-Ober-Administration bemerkte, dass diese Hilfeleistung nur für die armen Bewohner im Fürstentum Krotoszyn verwendet werden sollte und unter Ausschluss der bereits im Bericht der Fürstlichen Rentkammer erwähnten Städte Krotoszyn, Adelnau und Sulmierzyce.<sup>2680</sup> Die fürstliche Administration übernahm somit die Wohltätigkeitslasten im eigenen Bereich und konzentrierte sich auf der Verteilung von Hilfe für die Betroffenen außerhalb der schon genannten Städte. Die Städte hatten jedoch ebenfalls enorme Probleme bei der Bekämpfung von Armut. So wandten sich am 26. Februar der Stadtrat und das Magistrat der Stadt Adelnau sowie der Probstverweser Wojciechowski an die fürstlichen Beamten mit der Bitte um Hilfe:

„Die Stadt Adelnau, welche zu den Besitzungen Euer Hochfürstlichen Durchlaucht im Fürstenthum Krotoschin gehört, ist eine nahrungslose, und die Beschäftigung der Einwohner hinselbst, ist nur Akkerbau und Viehzucht. Obgleich der lebenswerthe

<sup>2675</sup> Vgl. FTTZA, DK 20725: Schloß Krotoszyn 16. September 1846.

<sup>2676</sup> Vgl. FTTZA, DK 20725: Schloß Krotoszyn 16. September 1846.

<sup>2677</sup> Vgl. FTTZA, DK 20725: Schloß Krotoszyn 16. September 1846 und FTTZA, IB 2647: Regensburg 3. Oktober 1846.

<sup>2678</sup> FTTZA, DK 20725: Schloß Krotoszyn 16. September 1846.

<sup>2679</sup> Vgl. FTTZA, DK 20725: Regensburg 21. Oktober 1846.

<sup>2680</sup> Vgl. FTTZA, DK 20725: Regensburg 21. Oktober 1846.

Fleiss der hiesigen Einwohner bei Bearbeitung ihres Akkers nichts versäumt hat, um zu seiner Zeit reichliche Früchte zu ernten, so ist dessen ungeachtet, um zu seiner Zeit reichliche Früchte zu werten, so ist dessen ungeachtet, wie in fast allen Gegenden der preussischen Monarchie im verflossenen Jahre, eine grosse Missernte ihr Lohn gewesen [...]<sup>2681</sup>

Die Bittsteller argumentierten, dass die Städte wie Adelnau zu den fürstlichen Städten gehören, da sie sich in den Grenzen des Fürstentums Krotoszyn befanden. Zudem wird auf die schwierige Nahrungssituation der ansässigen Bevölkerung verwiesen, die ihr Leben hauptsächlich durch Ackerbau und Viehzucht finanziert. Wie die fürstlichen Beamten hierbei vorgehen, ist äußerst interessant. Das Dokument liefert aufschlussreiche Informationen über die Prämissen und die Herrschaftspraxis der fürstlichen Verwaltung gegenüber der städtischen Bevölkerung im Fürstentum Krotoszyn. Im Bericht der Fürstlichen Rentkammer steht zu lesen:

„Daß der Nothstand der Armen in der Stadt Adelnau sehr fühlbar sein mag, unterliegt keinem Zweifel. Gesetzlich ist aber jede Commune verpflichtet für Orts Armen zu sorgen. [...] – Der Fleiß des größten Theils der Einwohner bei Bearbeitung des Ackers, ist keineswegs, wie in der Vorstellung bezeichnet, ein lobenswerther zu nennen. – Leider ist im vergangenen Jahr die Getreide und Kartoffelerndte, wie fast überall, geringe ausgefallen, was den Nothstand umso mehr vermehrt. –

Würden die Bürger Adelnaus in besseren wohlhabenden Verhältnissen leben, so könnten sie mehr für die ärmere Klasse daselbst thun, allein so ist dies nicht der Fall. Aus diesem Grunde und nachdem Sr. Hochfürstlichen Durchlaucht mittelst höchsten Reskript [...] und Entschließung der Fürstlichen Domainen Ober Administration vom 10. v. M. No. 14616 zur Unterstützung der Armen der Stadt Krotoszyn eine Aversal Summe von 180rthl. – gnädigst bewilligt haben, so beantragen wir nach Verhältniß der Seelenzahl, Krotoszyn zählt 7287, Adelnau 1875 dergleichen, für die Armen der Stadt Adelnau eine dergleichen Aversal Summe von 50rthl.

Obleich der Magistrat der Mediatstadt Sulmierzyce, welche 2433 Seelen zählt, ein Gnadengesuch um Unterstützung noch nicht eingereicht hat, so beantragen wir doch für die Armen dieser Stadt ebenfalls eine Aversal Summe vom 50rthl, weil wir voraussetzen, daß Sr. Durchlaucht doch mit einem Gesuche noch behelligt werden.“<sup>2682</sup>

Aus dem Quellenausschnitt geht hervor, dass der Arbeitsfleiß der Bevölkerung bezüglich des Ackerbaus angezweifelt wird und die Städte im Fürstentum Krotoszyn keine Rechte auf Hilfe besaßen. Die fürstlichen Beamten scheinen die ansässige größtenteils polnische Bevölkerung als Faulenzer wahrzunehmen, deren Stadtvorsteher ohne rechtliche Grundlagen noch dazu für sie auf manipulative Weise eine Spende vom Fürsten herausholen wollten. All dies kann jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass es der Fürstlichen Rentkammer bewusst war, dass letztendlich ohne Hilfe des Fürsten die Bewohner der Stadt Adelnau auf sich alleine gestellt wären. In einer ähnlichen Situation waren auch die anderen Städte. Krotoszyn hatte beispielsweise schon davor eine Spende von 180 Rthl.

<sup>2681</sup> FTTZA, DK 20725: Adelnau 26. Februar 1847.

<sup>2682</sup> FTTZA, DK 20725: Schloß Krotoszyn 18. März 1847.

erhalten. Die Höhe der Spende war von der Einwohnerzahl der jeweiligen Städte abhängig. Deshalb erhielt Adelnau nur 50 Rthl. und zusätzlich – um weiteren Gesuchen um Spenden entgegenzukommen – wurde die Auszahlung in gleicher Höhe für die Stadt Sulmierzyce beantragt, falls sich auch die Offiziellen der Stadt melden sollten. Die Domänen-Ober-Administration hat bei dem Fürsten nachdrücklich unterstrichen, dass die Not in den durch die Fürstliche Rentkammer genannten Städten groß und unverkennbar ist und viele Einwohner umfasst.<sup>2683</sup> Unter diesen Umständen befürwortete sie die Gewährung der Spende.<sup>2684</sup> Am 11. April 1847 wurde die Auszahlung von 50 Rthl. für die Städte Adelnau und Sulmierzyce in Regensburg genehmigt.<sup>2685</sup> In schwierigen Situationen konnten die Städte im Fürstentum Krotoszyn also auf finanzielle Unterstützung zählen. Die Summen waren zwar nicht riesig, dennoch konnten die ärmsten Bewohner im Fürstentum, auch in den Städten, auf eine Spende zählen und dies obwohl im Grunde jede Gemeinde gesetzlich verpflichtet war, auf eigene Kosten die örtlichen Armen zu pflegen. Dieses Verhalten zeugt nicht nur von patrimonialen Zügen der fürstlichen Herrschaft, sondern auch davon, dass sich die fürstliche Verwaltung bestens in der gesetzlichen und ökonomischen Lage im Fürstentum ausgekannt hat.

Im Verlaufe des Jahres verschlechterte sich die Versorgungssituation der Armen im Fürstentum Krotoszyn jedoch noch weiter, was unmittelbar mit der allgemeinen „Teuerung von allen Lebensbedürfnissen“ zusammenhing.<sup>2686</sup> Dadurch konnten die am 21. Oktober 1846 ausbezahlten 500 Rthl. nicht bis zur nächsten Erntezeit ausreichen.<sup>2687</sup> Im Jahre 1847 gab es insgesamt 544 Arme, für welche die fürstliche Seite aufkommen musste.<sup>2688</sup> Davon waren 209 Personen im Bezirk Adelnau, darunter 48 Personen im Dominialverband und 161 Personen im Ortsverband.<sup>2689</sup> Was den Bezirk Krotoszyn betrifft, waren es insgesamt 335 Personen, davon 44 im Dominialverband und 291 im Ortsverband.<sup>2690</sup> Diese Berechnungen beinhalteten nicht die Armen aus den Städten Krotoszyn, Adelnau und Sulmierzyce, da – wie bereits erwähnt – die städtischen Gemeinden im Fürstentum dazu verpflichtet waren, sich selbst um die Armen zu kümmern. Die Situation war komplex und insgesamt in der Region waren die Armen auf die Wohltätigkeit der preußischen Behörden und der örtlichen Standesherrn angewiesen. Angesichts steigender Not schlug die Fürstliche Rentkammer folgende Lösung vor und beschrieb die Ernsthaftigkeit der Lage im Fürstentum und auf den benachbarten Gütern folgendermaßen:

---

<sup>2683</sup> Vgl. FTTZA, IB 2647: Regensburg 1. April 1847.

<sup>2684</sup> Vgl. FTTZA, IB 2647: Regensburg 1. April 1847.

<sup>2685</sup> Vgl. FTTZA, DK 20725: Regensburg 11. April 1847.

<sup>2686</sup> Vgl. FTTZA, DK 20725: Schloß Krotoszyn 16. April 1847.

<sup>2687</sup> Vgl. FTTZA, DK 20725: Schloß Krotoszyn 16. April 1847.

<sup>2688</sup> Vgl. FTTZA, DK 20725: Schloß Krotoszyn 16. April 1847.

<sup>2689</sup> Vgl. FTTZA, DK 20725: Schloß Krotoszyn 16. April 1847.

<sup>2690</sup> Vgl. FTTZA, DK 20725: Schloß Krotoszyn 16. April 1847.

„Um den Nothstand bis zur Erndte zu mildern, dürfte mindestens zur Unterstützung noch eine Anweisung von 3000 rthl gegeben werden, damit es am Ende nicht heißt, im Fürstenthum geschieht für Arme wenig oder gar nichts.

So viel uns bekannt geworden, haben Sr. Durchlauchten die Herrn Fürsten v. Radziwill für die Armen der Grafschaft Przygodzice, welche nicht die Hälfte des Fürstenthums ausmacht, 2000 bis 3000 rthl – bewilligt, auch soll der Graf v. Mielczynski auf Baszkowo in seinen nicht den dritten Theil des Fürstenthums ausmachenden mit denselben grenzenden Gütern 2000 rthl – zu diesem Zwecke uns gesetzt haben. Eben so unterstützen auch die übrigen Gutsherrschaften ihre Armen nach Kräften.

Aus diese Gründen bitten wir devotest, höchsten Orts eine Anweisung auf 3000 rthl zur Unterstützung der Armen bis zur nächsten Ernte schleunigst hochgeneigtest zu erwirken und uns mit hoher Resolution zu versehen.“<sup>2691</sup>

Die geschilderte Situation verrät uns einige Details über das Konkurrenzverhältnis und die Wichtigkeit des Prestiges gegenüber anderen Herrschern. Wir erfahren, dass in wesentlich kleineren Standesherrschaften wie der Grafschaft Przygodzice des Fürsten Radziwill oder in den Besitzungen des Grafen von Mielczyński weitaus größere Summen für die Unterstützung der armen Bevölkerungsteile ausgegeben wurden. Aus Prestige-Gründen wollte man sich natürlich nicht vorwerfen lassen müssen, dass im Fürstentum Krotoszyn „für Arme nichts oder gar nichts“ geschieht. Schließlich konnte sich das Fürstenhaus Thurn und Taxis als die größte Standesherrschaft und das mächtigste Standesherrnhaus im Großherzogtum Posen so eine Schande nicht leisten. Dementsprechend fiel die Entscheidung schnell. Man muss an der Stelle auch feststellen, dass die Fürstliche Rentkammer sehr wohl wusste, wie sie bestimmte Fälle darzustellen hat, um eine positive bzw. gewünschte Antwort zu bekommen, um – wie hier – z.B. mehr Geld zu erhalten. In diesem Sinne hatten die fürstlichen Beamten, natürlich in gewissen Grenzen, teilweise mehr Einfluss auf die Herrschaft als ihre Vorgesetzten und der Herrscher selbst, weil sie die herrschaftlichen Entscheidungen mitsteuerten. Auf jeden Fall war ihre Rolle nicht so gering wie es auf den ersten Blick aussehen mochte. Die fürstlichen Beamten im Fürstentum Krotoszyn waren nicht nur Berichterstatter und Vollstrecker des Fürsten vor Ort. Ihre Rolle war – wie wir hier sehen – durchaus bedeutender.

Aber zurück zu der Hungersnot und der damit verbundenen Unterstützung der Armen im Jahre 1847. Letztendlich wurde in Regensburg entschieden, den Notleidenden im Fürstentum Krotoszyn eine Spende in Höhe von 1.500 Rthl. zukommen zu lassen.<sup>2692</sup> Die fürstliche Verwaltung aus Regensburg wollte aber zusätzlich wissen, wie viel im gleichen Zeitraum seitens der preußischen Behörden und aus den anderen öffentlichen Mittel ge-

---

<sup>2691</sup> FTTZA, DK 20725: Schloß Krotoszyn 16. April 1847.

<sup>2692</sup> Vgl. FTTZA, DK 20725: Regensburg 28. April 1847.

leistet wurde.<sup>2693</sup> Zugleich ließ man jedoch die Möglichkeit für die Auszahlung von weiteren 1.500 Rthl. offen. Die Domänen-Ober-Administration hatte sich im Falle des weiteren Bedarfs nämlich dazu verpflichtet, weitere 1.500 Rthl. auszubezahlen, falls rechtzeitig ein Antrag gestellt werden würde.<sup>2694</sup> Tatsächlich wurde die nächste Tranche für die Armen im Fürstentum recht bald benötigt, so dass sich die Fürstliche Rentkammer am 5. Mai 1847 mit einem Bericht erneut an Regensburg wenden musste. Die fürstlichen Beamten baten jedoch dringend um das Doppelte, nämlich um 3.000 Rthl. Die Lage verschlimmerte sich in der Provinz so sehr, dass es zu zahlreichen Ausbrüchen von Unruhen in den Städten kam.<sup>2695</sup> Getreidespeicher, Bäckereien und Schnapsläden wurden in den anderen Städten durch das Gesindel und arme Menschen überfallen, um sich auf solche Weise Lebensmittel zu besorgen.<sup>2696</sup> Im Fürstentum Krotoszyn war die Situation ebenfalls sehr ernst. Die fürstlichen Beamten berichteten:

„Von den 544 Nothleidenden und Armen im Fürstenthum, auch der Mediatstadtkammer schon zu mehreren verhungerte ins Schloß hierher, und verlangen Hilfe, namentlich aber werden die exponiert wohnenden Fürstlichen Rendanten Schubert und Hübschmann zu Friedrich Wilhelmshayn und Baben von Dorfsleuten Haufenweisen angezogen und sie müssen sogar schon Aeüßerungen vernehmen, daß wenn nicht schleunigst Hälfte gegeben wird, man sich selbst solche gleich in anderen Orten verschaffen werde. [...]

Obleich es nicht in unserer Kompetenz liegt, ohne hohe und höchste Genehmigung dies zu bewilligen, so haben wir für den Augenblick doch 200 rthl, angewiesen um der Noth wenigstens für kurze Zeit zu steuern und Exzessen und Ueberrumpelungen vor kämen, uns am Ende doch zur Last gelegt werden würde, daß wir nicht lebensklug gehandelt haben.“<sup>2697</sup>

Die Unruhen erreichten schließlich auch das Fürstentum Krotoszyn. Im Mai 1847 vergrößerten sich die Probleme. Sogar die fürstlichen Rendanten bekamen Schwierigkeiten. Da sie als höhere Repräsentanten der fürstlichen Verwaltung wohlhabend waren und in exponierten Wohnungen wohnten, hatten die Armen der Stadt Krotoszyn ihnen sogar gedroht, dass sie sich mit Gewalt die nötigen Lebensmittel verschaffen würden, wenn ihnen nicht bald geholfen werde. Die Armen belagerten offensichtlich sogar den Hauptsitz der fürstlichen Verwaltung, nämlich das Schloss Krotoszyn und verlangten Hilfe. Die Fürstliche Rentkammer sah sich gezwungen ohne Genehmigung 200 Rthl. als Soforthilfe an die Armen auszuzahlen, um Gewaltausschreitungen im Fürstentum zu verhindern. In den Quellen ist auch ein Hinweis erhalten, dass es in der Regel üblich war, die finanziellen Lasten auf die Gutbesitzer und den wohlhabenden Bevölkerungsteil abzuschieben, damit

---

<sup>2693</sup> Vgl. FTTZA, DK 20725: Regensburg 28. April 1847.

<sup>2694</sup> Vgl. FTTZA, DK 20725: Regensburg 28. April 1847.

<sup>2695</sup> Vgl. FTTZA, DK 20725: Schloß Krotoszyn 5. Mai 1847.

<sup>2696</sup> Vgl. FTTZA, DK 20725: Schloß Krotoszyn 5. Mai 1847.

<sup>2697</sup> FTTZA, DK 20725: Schloß Krotoszyn 5. Mai 1847.

der preußische Staat nicht allzu viel helfen musste.<sup>2698</sup> Somit wurden die Standesherren und der reiche Teil der Bevölkerung durch den eigenen Staat im Grunde finanziell ausgebeutet. Die Hilfeleistung staatlicherseits wurde absichtlich so lange hinausgezögert bis die Gutsbesitzer und die wohlhabenden Personen sich gezwungen sahen, die Armen alleine zu unterstützen.<sup>2699</sup> Es mag den Anschein haben, dass alle Herrschaftsinstanzen versucht hatten, sich nur gegenseitig auszunutzen. Das Bild der Herrschaft im Fürstentum Krotoszyn war jedoch nicht so düster wie man auf den ersten Blick vermuten könnte. Ob die Fürstliche Rentkammer, die Domänen-Ober-Administration, der preußische Staat, die preußischen Landräte oder die Gemeindeverwaltung vor Ort, sie alle agierten im Rahmen ihrer Möglichkeiten und im eigenen Interesse. Die Herrschaftsausübung war natürlich von den Umständen vor Ort abhängig und die standesherrlichen Beamten des Fürsten von Thurn und Taxis im Fürstentum Krotoszyn und in Regensburg waren mehr oder weniger direkt mit der Situation der Menschen vor Ort konfrontiert. Die Versorgung der armen Untertanen und Bewohner blieb in großem Maße in ihrer Verantwortung. In den Krisensituationen waren sie sogar gezwungen zusätzliche Lasten zu übernehmen und ihre Herrschaftsinstrumente wurden wesentlich eingeschränkt. Der Herrschaftsumfang und -spielraum variierte somit je nach Situation. Der preußische König und das Königreich Preußen als Souverän und höchste Instanz in der Herrschaftspyramide waren stark genug, um die niederen Herrschaftsinstanzen, wie die Standesherren, zum Gehorsam zu zwingen. In Krisensituationen war es sogar eine zielgerichtete Vernachlässigung der Umstände auf Kosten der wohlhabenden Personen, wie im Falle des Lehnsmanns des Fürsten von Thurn und Taxis und des Fürstentums Krotoszyn. Oft genug mussten die Standesherren erfahren, dass ihre Stellung vom Willen der preußischen Behörden abhing und beliebig durch die Gesetzgebung geändert werden konnte. Die Unruhen aus dem Jahre 1847 beweisen, dass es durch den absichtlichen Rückzug des Staates bei der Armenpflege möglich war, die Besitzer von Gütern dazu zu zwingen, diese Aufgabe zeitlich und unentgeltlich zu übernehmen.

Die Fürstliche Rentkammer versuchte sich auch vor den Spendengesuchen zu schützen, indem die Armen für Arbeiten wie z.B. Waldwegrenovierung eingestellt wurden.<sup>2700</sup> Diese Arbeiten waren als Gegenleistung für die Hilfe gedacht. Der materielle Nutzen für die fürstlichen Güter war laut den Beamten sehr gering.<sup>2701</sup> Vielmehr ging es hier um einen psychologischen Effekt. Dies war ein Versuch, den Bewohner des Fürstentums klar zu machen, dass Wohltätigkeit und Hilfsleistungen vom Fürsten für die Armen nicht immer

---

<sup>2698</sup> Vgl. FTTZA, DK 20725: Schloß Krotoszyn 11. Mai 1847.

<sup>2699</sup> Vgl. FTTZA, DK 20725: Schloß Krotoszyn 11. Mai 1847.

<sup>2700</sup> Vgl. FTTZA, DK 20725: Schloß Krotoszyn 3. Mai 1848.

<sup>2701</sup> Vgl. FTTZA, DK 20725: Schloß Krotoszyn 3. Mai 1848.

umsonst waren. Die fürstlichen Beamten kamen auf solche Weise den Erwartungen der armen Bevölkerungsschichten entgegen und stellten alleine Bedingungen für eine Spende. Die Hilfeempfänger sollten keinesfalls von einer bedingungslosen Unterstützung ausgehen. Laut Bericht der Fürstlichen Rentkammer hielten viele Arme die Hilfe des Fürsten mittlerweile für selbstverständlich.<sup>2702</sup> Einer solchen Haltung der armen Bewohner im Fürstentum Krotoszyn wollte man entgegenwirken. Deshalb nutzten die fürstlichen Beamten solche Herrschaftsinstrumente wie die Verpflichtung der Hilfeempfänger für Waldarbeiten aus, um diesem Zustand ein Ende zu bereiten.

Natürlich spielte die Kenntnis der Rechtslage bei der Behandlung der Armen eine wichtige Rolle. Man versuchte die Rahmenbedingungen der Wohltätigkeit näher zu definieren und sich vor theoretischen finanziellen Missbräuchen durch Personen, denen gesetzlich keine Hilfe zustand, zu schützen. Zusätzliche finanzielle Lasten sollten, falls möglich, vermieden werden. Dies bestätigt der Fall von Rosina und Gottlieb Marganiec im Jahre 1854. Die Witwe Rosina Marganiec wohne in Krotoszyn und diene bei dem fürstlichen Oberförster Raschke seit dreieinhalb Jahren.<sup>2703</sup> Gemäß Paragraph 1. No. 3 des Gesetzes über die Armenpflege vom 31. Dezember 1842 hatte die Witwe Rosina Marganiec die so genannten Heimatsrechte durch Beschäftigung über einen längeren Zeitraum im fürstlichen Dienste erworben.<sup>2704</sup> Ihr Sohn Gottlieb Marganiec wurde früher zwar zum Militärdienst einberufen, wurde jedoch wegen eines Diebstahles in die Festung Posen verlegt, wo er in der Strafsektion arbeiten musste.<sup>2705</sup> Dort hatte er einen Schlaganfall erlitten und wurde wegen vollständiger Lähmung als Invalide entlassen.<sup>2706</sup> Die Fürstliche Rentkammer musste deswegen die Verpflegungskosten in Höhe von 2,5 Sgr. für den Sohn der Witwe Marganiec übernehmen.<sup>2707</sup> Dementsprechend war die Fürstliche Rentkammer gesetzlich zu einer Unterstützung verpflichtet.<sup>2708</sup> Die fürstlichen Beamten äußerten im Bericht der Fürstlichen Rentkammer in Krotoszyn vom 16. November 1854 ihre Unzufriedenheit darüber, indem man schrieb:

„Welche Härte in dem Gesetze liegt, durch welche das Hochfürstliche Aerar gezwungen wird, einen Menschen zu erhalten, der nicht in der entferntesten Beziehung zu Hochdemselben gestanden, bedarf keiner Ausführung [...] Eben so werden wir unsere Aufmerksamkeit darauf zu richten nicht verfehlen, ob nicht der Gesundheitszustand des p.p. Marganiec sich insoweit bessern wird, daß er zur Arbeit fähig wird, in welchem Falle ebenfalls die Unterstützung wegfallen würde.“<sup>2709</sup>

<sup>2702</sup> Vgl. FTTZA, DK 20725: Schloß Krotoszyn 3. Mai 1848.

<sup>2703</sup> Vgl. FTTZA, DK 20725: Schloß Krotoszyn 16. November 1854.

<sup>2704</sup> Vgl. FTTZA, DK 20725: Schloß Krotoszyn 16. November 1854.

<sup>2705</sup> Vgl. FTTZA, DK 20725: Schloß Krotoszyn 16. November 1854.

<sup>2706</sup> Vgl. FTTZA, DK 20725: Schloß Krotoszyn 16. November 1854.

<sup>2707</sup> Vgl. FTTZA, DK 20725: Schloß Krotoszyn 16. November 1854.

<sup>2708</sup> Vgl. FTTZA, DK 20725: Schloß Krotoszyn 16. November 1854.

<sup>2709</sup> FTTZA, DK 20725: Schloß Krotoszyn 16. November 1854.



Ursprünglich war geplant Gottlieb Marganiec im Frühjahr auf einem Pachtgut als Gänsehüter einzustellen.<sup>2710</sup> Der Gesundheitszustand von Marganiec ließ dies aber nicht zu und so musste die Fürstliche Verwaltung ihn weiter unterhalten. Im Jahre 1859 brach Marganiec in den Pferdestall des Rentkammervorstandes ein und wurde zu einer Gefängnisstrafe verurteilt.<sup>2711</sup> Nachdem er wieder frei war, vagabundierte er und starb schließlich im Gefängnis in Ostrowo, wo er wegen erneuten Diebstahls einsaß.<sup>2712</sup> Die Kosten für die Beerdigung von Gottlieb Marganiec in Höhe von 1 Rthl. 20 Sgr. mussten durch die Fürstliche Rentkammer übernommen werden. Dieser Fall zeigt, dass manchmal die fürstliche Verwaltung gezwungen war, verschiedene Personen auf Grund des herrschenden Rechts, finanziell zu unterhalten und schließlich nach dem Tode auch für das Begräbnis aufzukommen.

Die Fürstliche Rentkammer war zudem verpflichtet arbeitsunfähige Personen nach § 1 No. 3 und § 5 des Gesetzes über die Armenpflege vom 31. Dezember 1842 zu unterstützen, die über lange Zeit auf den fürstlichen Besitzungen gewohnt hatten.<sup>2713</sup> Dazu wurde stets ein ärztliches Attest eingefordert, das bestätigte, dass es sich tatsächlich um Arbeitsunfähige handelt.<sup>2714</sup> Nur in solchen Fällen musste die Fürstliche Rentkammer die Armen gänzlich unterhalten. Ein ständiges Problem für die fürstliche Verwaltung stellten die Bewohner der so genannten „Schlossdomken“ im Schlossbezirk dar. In den Quellen werden sie auch als „Domkawianer“ bezeichnet.<sup>2715</sup> Sie waren arm, oft arbeitsunfähig und besaßen daher das Recht auf Kur- und Verpflegungskosten, inklusive sonstiger Ausgaben wie z.B. für Kleidung.<sup>2716</sup> Deshalb musste die Fürstliche Rentkammer beispielweise die Kurkosten im Jahre 1839 für den vermögenslosen und erwerbsunfähigen „Domkawianer“ Paul Mazurkiewicz in Höhe von 18 Rthl. 15 Sgr. decken oder die Kurskosten in Höhe von 14 Rthl. 2 Sgr. für sechs Mitglieder der Familie Wodarczyk, deren Mitglieder nach dem Genuss von giftigen Pilzen im Jahre 1844 erkrankten.<sup>2717</sup> Deshalb versuchte die Fürstliche Rentkammer schon damals die „Schlossdomken“ samt „Domkawianern“ an die Stadt Krotoszyn abzugeben und sie dem Gemeindeverband anzugliedern.<sup>2718</sup> Diese Bemühungen blieben jedoch erfolglos, weil die Stadt Krotoszyn solche Bitten der Fürstlichen Rentkammer abgelehnt hatte.<sup>2719</sup> Die Domänen-Ober-Administration gab insgesamt in 11 Jahren 32 Rthl. und 17 Sgr. für Kur- und Verpflegungskosten der „Schlossdom-

<sup>2710</sup> Vgl. FTTZA, DK 20725: Schloß Krotoszyn 16. November 1854.

<sup>2711</sup> Vgl. FTTZA, DK 20725: Schloß Krotoszyn 14. Juli 1859.

<sup>2712</sup> Vgl. FTTZA, DK 20725: Schloß Krotoszyn 14. Juli 1859.

<sup>2713</sup> Vgl. FTTZA, DK 20725: Schloß Krotoszyn 3. Februar 1855.

<sup>2714</sup> Vgl. FTTZA, DK 20725: Schloß Krotoszyn 3. Februar 1855.

<sup>2715</sup> Vgl. FTTZA, IB 2660: Regensburg 14. April 1845.

<sup>2716</sup> Vgl. FTTZA, IB 2660: Regensburg 14. April 1845.

<sup>2717</sup> Vgl. FTTZA, IB 2660: Regensburg 14. April 1845.

<sup>2718</sup> Vgl. FTTZA, IB 2660: Regensburg 14. April 1845.

<sup>2719</sup> Vgl. FTTZA, IB 2660: Regensburg 14. April 1845.

ken“-Bewohner aus.<sup>2720</sup> Es war also im Grunde ein geringer Aufwand. Aus dieser Perspektive konnte sich die fürstliche Verwaltung mit der Existenz der „Schlossdomken“ im Schlossbezirk letztendlich abfinden. Natürlich hoffte man darauf, dass die Ausgaben auch weiterhin in Zukunft so gering bleiben würden.

Die arbeitsunfähigen Armen, die sich auf den fürstlichen Gütern befanden, wurden jedoch manchmal absichtlich ignoriert. Das Recht auf Unterstützung, welche Ihnen gesetzlich zustand, wurde ihnen verweigert. Der königliche Polizei-Verwalter Schubert meldete sich am 29. Januar 1855 bei der Fürstlichen Rentkammer in einem Schreiben mit der Bitte um eine Spende an die Armen. Es handelte sich um die arbeitsunfähigen Bewohner der bereits erwähnten „Schloßdomken“. Polizei-Verwalter Schubert untersuchte genau ihre Lebenssituation und bezeichnete sie als „jammervoll“.<sup>2721</sup> Hiermit gemeint waren vor allem folgende Bewohner der „Schloßdomken“, nämlich Constante Rudnicka, Witwe Chrystina Wawrzyńska, Johann Krupa und Kunigunda Jakubowska.<sup>2722</sup> Wawrzyńska war damals 83, Krupa 74 und Jakubowska 58 Jahre alt.<sup>2723</sup> Rudnicka hatte dazu noch drei kleine Kinder, die selbst mit Kleidung nicht ausreichend versorgt waren.<sup>2724</sup> Sie alle wohnten seit über 10 Jahren in den „Schloßdomken“, die offiziell nicht zu der Stadt Krotoszyn gehörten, sondern sich im fürstlichen Gebiet befanden.<sup>2725</sup> Die Bewohner der „Schloßdomken“ wandten sich direkt an das Magistrat der Stadt Krotoszyn mit der Bitte an der Suppenküche in Krotoszyn teilnehmen zu dürfen.<sup>2726</sup> Ihre Bitte wurde durch die Stadt Krotoszyn abgelehnt, weil ihr Wohnort offiziell nicht zum Stadtgebiet gehörte.<sup>2727</sup> Durch die Vermittlung des Polizei-Verwalters Schubert wurde der Fürstlichen Rentkammer angeboten, insgesamt fünf Portionen Suppe an die Bewohner der „Schloßdomken“ zu verteilen, wenn die Suppenanstalt 15 Rthl. bekommt.<sup>2728</sup> Es wurde auch explizit daran erinnert, dass der Vorstand der Suppenanstalt aus Landrätin Krupka und dem Staatssekretär Floski besteht.<sup>2729</sup> Die Fürstliche Rentkammer meldete sich direkt an die Domänen-Ober-Administration in Regensburg mit den Worten:

„Wollte nun auf vorherige Beschaffung der ärztlichen Atteste gedrungen werden, so würden ohne Zweifel diese bei dem hohen Alter jener ertheilt werden, und Anträge auf völlige Unterhaltung in kurzem nachfolgen, ja es würde solche, auch in dem Falle wenn der erbetene Zuschuss abgelehnt werden würde, das Landrathsamt ohne Zweifel selbst stellen. – Um dem vorzubeugen, erscheint es am rathsamsten, hohe

<sup>2720</sup> Vgl. FTTZA, IB 2660: Regensburg 14. April 1845.

<sup>2721</sup> Vgl. FTTZA, DK 20725: Krotoszyn 29. Januar 1855.

<sup>2722</sup> Vgl. FTTZA, DK 20725: Krotoszyn 29. Januar 1855.

<sup>2723</sup> Vgl. FTTZA, DK 20725: Krotoszyn 29. Januar 1855.

<sup>2724</sup> Vgl. FTTZA, DK 20725: Krotoszyn 29. Januar 1855.

<sup>2725</sup> Vgl. FTTZA, DK 20725: Krotoszyn 29. Januar 1855.

<sup>2726</sup> Vgl. FTTZA, DK 20725: Krotoszyn 22. Januar 1855.

<sup>2727</sup> Vgl. FTTZA, DK 20725: Krotoszyn 22. Januar 1855.

<sup>2728</sup> Vgl. FTTZA, DK 20725: Krotoszyn 22. Januar 1855.

<sup>2729</sup> Vgl. FTTZA, DK 20725: Krotoszyn 22. Januar 1855.

Stelle gehorsamst zu bitten: höchsten Orts eine Gnadenzuschuß von 15rthl. für den hiesigen Suppenverein und zwar für die gegenwärtige Winterszeit befürworten zu wollen.“<sup>2730</sup>

Dieses Quellenfragment zeigt wie geschickt die fürstlichen Beamten zusätzlichen finanziellen Aufwand zu vermeiden suchten. Ihnen war bewusst, dass früher oder später die fürstliche Seite durch die örtlichen preußischen Behörden gezwungen werden würde, die in den „Schloßdomken“ wohnenden Armen gänzlich zu unterstützen. Es drohte ein Antrag auf völlige Unterstützung, was die fürstlichen Beamten vermeiden wollten. Sie bevorzugten eine billigere Variante in Form einer Spende an die Suppenküche. Das Prestige der fürstlichen Herrschaft in der Region war gerettet und die ganze Geschichte blieb ohne größeres Aufsehen. Hinzu kam, dass die Suppenanstalt, also die Wohltätigkeitsinitiative der Landrätin und des Staatssekretärs, nun durch den Fürsten unterstützt wurde. Die Spende wurde in Regensburg am 12. Februar 1855 genehmigt.<sup>2731</sup> Beide Seiten konnten im Endeffekt zufrieden sein. Die Situation eskalierte nicht; die Armen aus den „Schloßdomken“ hatten nun Zugang zur Suppenküche und damit zu einer warmen Mahlzeit erhalten; die Gefahr der völligen Unterstützung der Armen wurde vorerst gebannt.

Die Entscheidungen in Regensburg wurden inzwischen sachlicher und strukturierter getroffen, dies ist insbesondere ab den 1850er Jahren feststellbar.<sup>2732</sup> Die Berichte werden seither klar in fünf Teile untergliedert: Betreff, Resolutio Serenissimi (Bewilligung oder Ablehnung des Gesuches), veranlassende Stelle oder Person, amtlicher Antrag oder Gesuchstellung, Anzeigeerstattung etc. und schließlich folgten als letzte Elemente das Gutachten und der Antrag der Fürstlichen Domänen-Ober-Administration.<sup>2733</sup> Sie wurden nach festen Vorgaben bzw. nach einer festgelegten Struktur verfasst und vom Umfang her waren sie wesentlich kürzer als früher.

Die Städte baten die Fürstliche Rentkammer auch selbst um Unterstützung. Sie besaßen wenig Geld, hatten jedoch insgesamt große Ausgaben für die Armenunterstützung. Die Stadt Krotoszyn hatte beispielsweise im Jahre 1854 eine Summe von 1.387 Rthl. 19 Sgr. 4 Pf. für die Armen ausgegeben.<sup>2734</sup> Die meisten Ausgaben verursachten ärztliche Behandlungen sowie die Anschaffung von Holz zum Heizen. Dementsprechend wurden 970 Rthl. für ärztliche Behandlungen und 264 Rthl. 76 Sgr. für Heizkosten ausgegeben.<sup>2735</sup> Die restlichen Kosten machten Beerdigungskosten und der Verwaltungsaufwand des Krankenhauses aus. Im Jahre 1854 wurden insgesamt 116 Personen durch die Stadt Kro-

---

<sup>2730</sup> FTTZA, DK 20725: Schloss Krotoszyn 3. Februar 1855.

<sup>2731</sup> Vgl. FTTZA, IB 2647: Regensburg 12. Februar 1855.

<sup>2732</sup> Vgl. FTTZA, IB 2647: Das Armenwesen im Fürstentum Krotoszyn.

<sup>2733</sup> Vgl. FTTZA, IB 2647: Das Armenwesen im Fürstentum Krotoszyn.

<sup>2734</sup> Vgl. FTTZA, DK 20725: Schloß Krotoszyn 5. Februar 1855.

<sup>2735</sup> Vgl. FTTZA, DK 20725: Schloß Krotoszyn 5. Februar 1855.

toszyn unterstützt.<sup>2736</sup> In der Stadt selbst befanden sich auch zahlreiche Privatvereine wie der Armenverein zur Verhütung der Bettelei, der evangelische Armenverein, zwei unabhängige Frauenvereine, der katholische Hospitalvorstand und der israelische Wohltätigkeitsverein.<sup>2737</sup> Alle diese Vereine und die Stadt Krotoszyn waren jedoch nicht in der Lage die Armen ausreichend zu unterstützen. Dies zeigt wie groß das Problem der Armut im Fürstentum Krotoszyn war. Im Jahre 1854 kam noch eine schlechte Ernte und Einsaat dazu.<sup>2738</sup> Die Fürstliche Rentkammer beantragte deshalb 50 Rthl. als Gnadenspende für die Unterstützung der Armen in der Stadt Krotoszyn.<sup>2739</sup> Die Fürstliche Rentkammer versuchte auch die Kosten für die Unterhaltung der Armen an die Pächter abzuschieben. Dies war aber nur dann möglich, wenn die Armen, die die fürstliche Verwaltung rein rechtlich unterhalten hätte müssen, zuvor zumindest drei Jahre bei demselben Pächter gearbeitet haben und dies auch nur, wenn eine solche Klausur in den Pachtkontrakten enthalten war.<sup>2740</sup>

Wie oben bereits erwähnt, musste die Fürstliche Rentkammer für die Armen, die den Unterstützungswohnsitz erworben hatten, auch die Kosten für ärztliche Behandlungen übernehmen. Dazu gehörte auch die Beschaffung von Prothesen. So wie im Falle von Marianna Włodarczyk, die in den bereits genannten „Schloßdomken“ wohnte und finanzielle Unterstützung erhielt. Ihr wurde das rechte Bein unterhalb des Oberschenkels amputiert.<sup>2741</sup> Der begutachtende Arzt, Dr. Lachmann, schätzte die Kosten für ein künstliches Bein auf 80–100 Rthl.<sup>2742</sup> Die Fürstliche Rentkammer wollte sich erkundigen, ob eventuell statt einer Prothese ein Stelzfuß ausgereicht hätte, um Włodarczyk möglicherweise wieder arbeitsfähig zu machen.<sup>2743</sup> Jener war viel günstiger in der Anschaffung, er kostete nämlich zwischen 18–20 Taler.<sup>2744</sup> Der Arzt, der mit der Ausstellung des Attest beauftragt war, stellte fest, dass ein Stelzfuß eine schlechte Lösung ist, da er zwar zum Fortbewegen geeignet, jedoch nicht ausreichend ist, um es Marianna Włodarczyk zu ermöglichen, ihr täglich Brot wieder alleine zu verdienen.<sup>2745</sup> Trotzdem hatte sich die Fürstliche Rentkammer für eine andere Lösung entschieden und der Domänen-Ober-Administration in Regensburg Folgendes vorgeschlagen:

„Erwägt man, dass für das hochfürstliche Aerar zuverlässig am vorteilhaftesten wäre, die pp. Włodarczyk sobald als möglich ganz los zu werden, so würde allerdings

<sup>2736</sup> Vgl. FTTZA, DK 20725: Schloß Krotoszyn 5. Februar 1855.

<sup>2737</sup> Vgl. FTTZA, DK 20725: Schloß Krotoszyn 5. Februar 1855.

<sup>2738</sup> Vgl. FTTZA, DK 20725: Schloß Krotoszyn 5. Februar 1855.

<sup>2739</sup> Vgl. FTTZA, DK 20725: Schloss Krotoszyn 5. Februar 1855.

<sup>2740</sup> Vgl. FTTZA, DK 20725: Schloss Krotoszyn 4. Februar 1858.

<sup>2741</sup> Vgl. FTTZA, DK 20725: Schloss Krotoszyn 19. Juli 1867.

<sup>2742</sup> Vgl. FTTZA, DK 20725: Schloss Krotoszyn 19. Juli 1867.

<sup>2743</sup> Vgl. FTTZA, DK 20725: Schloss Krotoszyn 19. Juli 1867.

<sup>2744</sup> Vgl. FTTZA, DK 20725: Schloss Krotoszyn 19. Juli 1867.

<sup>2745</sup> Vgl. FTTZA, DK 20725: Schloss Krotoszyn 19. Juli 1867.

die einmalige Ausgabe von 80 bis 100 Thalern den Vorzug verdienen, hingegen glauben wir indess Bedenken erheben zu müssen.

Wenn nämlich immerhin die Zeitungen rühmen, mit welchem Erfolge den in vorjährigen Kriege Amputirten, künstliche Gliedmaßen, insbesondere auch künstliche Beine beschafft worden sind, so hegen wir doch Zweifel, ob dem in der That die Włodarczyk durch ein solches Bein so arbeitsfähig werden würde, dass sie für sich selbst sorgen könnte.

Wie der Amts Vorstand sich persönlich überzeugte, ist sie eine kleine, schwächliche Person, welche in ihrem gesunden Zustande kaum zu schwerer Arbeit tauglich gewesen sein mag [...]. Für das Zweckmäßigste halten wir es aus den genannten Gründen, wenn nur ein Stelzfuß für die Włodarczyk beschafft und constatirt wird, ob sie nicht auch mit diesem zu leisten Arbeiten zu brauchen ist.<sup>2746</sup>

Einzig entscheidend für die Fürstliche Rentkammer war die Frage, ob Marianna Włodarczyk mit einer Prothese wieder arbeitsfähig geworden wäre. Wie wir aus den Akten erfahren, waren die künstlichen Gliedmaßen zu der Zeit nicht besonders zuverlässig, wenngleich besser als ein Stelzfuß. Hier kommt noch als Faktor der Gesundheitszustand von Włodarczyk hinzu. Sie war allgemein als eine schwache und zierliche Person bekannt. Resümierend hätte sich der höhere Aufwand für den Ankauf eines künstlichen Beins für die fürstlichen Beamten nicht rentiert. Włodarczyk wäre auch mit einer Prothese nicht zur schweren Arbeit tauglich gewesen und hätte somit sowieso nicht allein für ihren Unterhalt sorgen können. Dementsprechend wurde der Ankauf eines Stelzfußes bevorzugt. Die Kosten für den Stelzfuß betrugen schließlich insgesamt 14 Rthl. 27 Sgr. und 6 Pfennig.<sup>2747</sup> Dazu kamen auch bald zusätzliche Kosten in Höhe von 28 Rthl. 9 Sgr. 6 Pf. für die ärztliche Behandlung und Medikamente.<sup>2748</sup> Die fürstlichen Beamten im Fürstentum Krotoszyn bedauerten jedoch am Ende, dass Włodarczyk sich mit Hilfe des Stelzfußes nur mühsam fortbewegen konnte.<sup>2749</sup>

Die Stadt Krotoszyn bekam eigentlich jährlich seit 12. März 1832 eine Subvention in Höhe von 75 Rthl.<sup>2750</sup> Dies reichte aber nicht immer aus. Deshalb wandte sich das städtische Magistrat aus unterschiedlichen Gründen und Anlässen an die Fürstliche Rentkammer in Bezug auf Armenunterstützung; so etwa am 16. November 1832 mit der Bitte um einige Klafter Brennholz für die Stadtarmen.<sup>2751</sup> Zum gleichen Antrag kam es auch am 16. November 1867 wieder.<sup>2752</sup> Die Stadtbeamten verwiesen dabei auf die herrschende Not, die Teuerung von Lebensmitteln und das daraus resultierende große Elend der armen Be-

---

<sup>2746</sup> FTTZA, DK 20725: Schloss Krotoszyn 19. Juli 1867.

<sup>2747</sup> Vgl. FTTZA, DK 20725: Schloss Krotoszyn 2. November 1867.

<sup>2748</sup> Vgl. FTTZA, DK 20725: Schloss Krotoszyn 11. Januar 1868.

<sup>2749</sup> Vgl. FTTZA, DK 20725: Schloss Krotoszyn 11. Januar 1868.

<sup>2750</sup> Vgl. FTTZA, DK 20725: Schloss Krotoszyn 9. Dezember 1867.

<sup>2751</sup> Vgl. FTTZA, DK 20725: Schloss Krotoszyn 9. Dezember 1867.

<sup>2752</sup> Vgl. FTTZA, DK 20725: Schloss Krotoszyn 9. Dezember 1867.

### *Armenpflege im Fürstentum Krotoszyn von 1870 bis 1918*

wohner Krotoszyns.<sup>2753</sup> Die Fürstliche Rentkammer sprach sich jedoch in dem Bericht ausdrücklich gegen eine Spende aus. Es wurden drei wichtige Gründe genannt: Erstens sprach gegen eine finanzielle Unterstützung, dass eine Geldspende an die städtische Armenkasse den Armen nicht wirklich geholfen hätte,<sup>2754</sup> da für jede Summe, die der städtischen Armenkasse gespendet wurde, entsprechend die Kommunalbeiträge reduziert wurden.<sup>2755</sup> Das Magistrat der Stadt Krotoszyn hätte dank der fürstlichen Spende einfach nur Geld gespart, da man für die Armenunterstützung weniger aus den eigenen kommunalen Mitteln hätte ausgeben müssen.<sup>2756</sup> Zweitens bekam die Stadt regelmäßig seit 1832 jedes Jahr die bereits erwähnten 75 Rthl.<sup>2757</sup> Drittens besaß die Stadt 1300 Morgen Forst und konnte selbst das Holz spenden, wenn sie weniger vom eigenen Holz verkaufen würde.<sup>2758</sup> Bisher war es so, dass die Stadt Krotoszyn jedes Jahr das eingeschlagene Holz verkauft hatte, ein Teil davon konnte aber auch für wohltätige Zwecke verwendet werden.<sup>2759</sup> Letztendlich wählte die Fürstliche Rentkammer eine für sie – was solche Fälle angeht – typische Lösung, die symbolischen Charakter hatte. Bei der Domänen-Ober-Administration wurde beantragt, das Bittgesuch um Holz für die Armen in Krotoszyn abzuweisen, gleichzeitig jedoch die Genehmigung einer „ausnahmsweise Spende“ in Höhe von 25 Rthl.<sup>2760</sup> Jene Genehmigung wurde am 3. Dezember 1867 erteilt.<sup>2761</sup> Die fürstlichen Beamten wollten durch eine solche Politik möglicherweise verhindern, dass sich die in ihren Augen unberechtigten Gesuche häuften. Zusätzlich wurde das Ansehen der ersten Standesherrn in der Provinz Posen gewahrt. Der Fürst von Thurn und Taxis konnte auch als eine Person auftreten, die zwar helfen konnte, aber nicht musste und vor allem auch eigene Bedingungen stellen konnte.

### *Armenpflege im Fürstentum Krotoszyn von 1870 bis 1918*

Die Unterteilung des Kapitels in den Zeitraum 1870–1918 orientiert sich ebenfalls an den durchgeführten Reformen im Bereich der Armenpflege, ähnlich wie es im vorherigen Kapitel der Fall war. Das am 6. Juni 1870 in Preußen und ab dem 16. April 1871 im Deutschen Reich eingeführte Unterstützungswohnsitz-Prinzip brachte einige Neuerungen

---

<sup>2753</sup> Vgl. FTTZA, DK 20725: Schloss Krotoszyn 9. Dezember 1867.

<sup>2754</sup> Vgl. FTTZA, IB 2647: Regensburg 23. Dezember 1867.

<sup>2755</sup> Vgl. FTTZA, IB 2647: Regensburg 23. Dezember 1867.

<sup>2756</sup> Vgl. FTTZA, IB 2647: Regensburg 23. Dezember 1867 und FTTZA, DK 20725: Schloss Krotoszyn, 9. Dezember 1867.

<sup>2757</sup> Vgl. FTTZA, DK 20725: Schloss Krotoszyn 9. Dezember 1867.

<sup>2758</sup> Vgl. FTTZA, DK 20725: Schloss Krotoszyn 9. Dezember 1867.

<sup>2759</sup> Vgl. FTTZA, IB 2647: Regensburg 23. Dezember 1867.

<sup>2760</sup> Vgl. FTTZA, DK 20725: Schloss Krotoszyn 9. Dezember 1867.

<sup>2761</sup> Vgl. FTTZA, IB 2647: Regensburg 23. Dezember 1867.

mit sich. Jeder zunächst 24-jährige, dann ab 1894 jeder 18-jährige Deutsche, der mindestens 2 Jahre ununterbrochen an einem Ort gewohnt hatte, hatte mit dem neuen Recht die Möglichkeit einen Unterstützungswohnsitz zu erwerben; das Recht erlosch nach 2 Jahren.<sup>2762</sup> Bedürftigen Personen musste jedoch ohne Rücksicht auf den Herkunftsort geholfen werden.<sup>2763</sup> Für die Verwaltung der Armenfürsorge in Preußen waren bis 1924 die Ortsarmenverbände zuständig. Die Ortsarmenverbände waren unterschiedlich groß. Sie konnten eine Stadt, einen Gutsbezirk,<sup>2764</sup> aber auch eine oder sogar mehrere Gemeinden umfassen.<sup>2765</sup>

Durch die Novelle vom 30. Mai 1908 wurde das Gesetz vom 6. Juni 1870 noch geringfügig verändert, so dass die Anwesenheits- und Abwesenheitsfristen auf ein Jahr reduziert wurden; dies galt für alle Personen die mindestens 16 Jahre alt waren.<sup>2766</sup> Zusammenfassend handelte es sich hier um eine weitere Liberalisierung der Gesetzte im Bereich der Armenpflege. Dies war mit größeren Kosten für die Großgrundbesitzer wie Thurn und Taxis verbunden. Die Armenpflege im Fürstentum Krotoszyn kostete somit mehr, da das Recht auf die Armenunterstützung frei zugänglich und dessen Rahmen vergrößert wurde. Innerhalb eines kurzen Zeitraums konnten somit die Bewohner der fürstlichen Güter ein Anspruch auf Unterstützung erheben. Aus dem Grund treten zwischen 1870 und 1918 die finanziellen Faktoren bei der fürstlichen Verwaltung stärker in Erscheinung, wenn es um die Armenpflege geht. Man versuchte ab und an sogar einen außergesetzlichen Kompromiss mit den Betroffenen zu schließen, wenn eine Chance auf Reduktion der Kosten vorhanden und von den beiden Seiten gewünscht war.

Die fürstliche Wohltätigkeit hatte ihre Grenzen, die der Fürst und seine Beamten setzten und nicht die Behörden der Stadt Krotoszyn, sofern es im gesetzlichen Rahmen blieb; aber nicht nur. Wenn sich eine Möglichkeit bot, die Kosten zu reduzieren, versuchte die Fürstliche Rentkammer immer wieder die gesetzlichen Verpflichtungen zu umgehen oder zu vermeiden wie bereits am Beispiel der Suppenküche und der Bewohner der „Schlossdomken“ gezeigt wurde. Dies bestätigt auch der Fall der Witwe Weihs. Im Schreiben der Fürstlichen Rentkammer vom 4. Dezember 1871 wird vom Bittgesuch um Unterstützung der Witwe Weihs an den königlichen Behörden berichtet.<sup>2767</sup> Witwe Weihs blieb nach dem Tod ihres Ehemanns, des Landbriefträgers und früheren Postillions Carl Weihs, ohne

---

<sup>2762</sup> Vgl. REDDER, Ute: Die Entwicklung von der Armenhilfe zur Fürsorge in dem Zeitraum von 1871 bis 1933, Bochum 1993, S. 13 und S. 18.

<sup>2763</sup> Vgl. SCHALLMANN, Jürgen: Arme und Armut in Göttingen 1860–1914, S. 51.

<sup>2764</sup> Vgl. MARX-JASKULSKI, Katrin: Von der ‚Ökonomie des Notbehelfs‘ und ‚würdigen Armen‘, S. 180.

<sup>2765</sup> Vgl. SACHBE, Christoph, TENNSTEDT, Florian: Geschichte der Armenfürsorge, S. 52.

<sup>2766</sup> Ebd., S. 205.

<sup>2767</sup> Vgl. FTTZA, DK 20725: Schloss Krotoszyn 4. Dezember 1871.

ausreichend Mittel für den Unterhalt, für sich und ihre sieben Kinder.<sup>2768</sup> Die preußischen Behörden verwiesen die Witwe Weihs auf die Fürstliche Rentkammer, als diejenigen, die zur Unterstützung verpflichtet sind.<sup>2769</sup> Die fürstlichen Beamten waren sich dessen bewusst, dass sie dagegen keinen Einwand erheben konnten. Sie schätzten die Situation folgendermaßen ein:

„Leider gehören zum Thronmannslehen Fürstenthum Krotoszyn auch die hiesigen sogenannten Schloß Domken, welche mehr Hütten als Häuser zu nennen sind und von einem Theile der ärmsten Leute Krotoszyns bewohnt werden. In einer dieser Hütten wohnte Weihs seit 30 Jahren, hatte samt schon auf Grund des Gesetzes vom 31. December 1842 Heimathsrechte im Dominial- Bezirke erlangt und wäre dessen Wittve und Kinder auch auf Grund des §.8. des Ausführungs-Gesetzes vom 8. März 1871 dann §. 10, 15, 18 des Bundes-Gesetzes über den Unterstützungswohnsitz vom 6. Juni 1870 im Falle ihrer Arbeitsunfähigkeit vom hochfürstl. Aerar zu unterhalten.

Die Wittve Weihs hat sieben Kinder, von denen die vier Jüngsten – geboren 1858, 1862, 1864 und 1866 – ihren Unterhalt noch nicht erwerben können, während sie selbst bisher durch Handarbeiten sich und ihre Kinder zu erhalten sucht.“<sup>2770</sup>

Die fürstlichen Beamten zeichneten sich durch Kenntnis der Rechtslage aus. Die Witwe Weihs hatte die Heimatrechte bereits erworben, weil sie schon 30 Jahren im Bereich der „Schlossdomken“ gewohnt hatte. Mindestvoraussetzung für den Erwerb der Heimatrechte waren zwei Jahre ununterbrochenen Aufenthalt ab dem 24. Lebensjahr.<sup>2771</sup> Genaues Wissen über die Situation von Witwe Weihs und über das Alter ihrer Kinder war für den theoretischen Umfang der Unterstützung wichtig. Weihs war zwar nicht arbeitsunfähig, sie konnte aber ihre Kinder nicht alleine versorgen. Im Bereich der „Schlossdomken“ traten bereits mehrere ähnliche Probleme auf, die die fürstliche Verwaltung dazu zwangen, die Armen zu unterhalten. Deshalb bedauerten die fürstlichen Beamten, dass diese Hütten zum Schlossbezirk im Fürstentum Krotoszyn gehörten, zumal in den „Schlossdomken“ die ärmsten Bewohner der Stadt Krotoszyn wohnten. Dies verursachte Mehrkosten, die im Endeffekt der Fürst decken musste. Sie reduzierten wiederum den Reingewinn des Fürsten aus den fürstlichen Gütern im Fürstentum Krotoszyn. Außerdem hatten die Beamten dadurch viel mehr Arbeit. Mehr Verwaltungsaufwand bedeutete mehr Stress für die Beamten, die sowieso schon mit zahlreichen Aufgaben betraut waren und Zusätzliches leisten mussten ohne dafür irgendwelche Prämien zu bekommen. Einen solchen Mehraufwand bereitete auch die Witwe Weihs:

„In der angebogenen Eingabe vom 15. October bittet sie, ihren Kindern in bis zum zurückgelegten 14ten Lebensjahre eine Erziehungsunterstützung zu erwirken, widrigenfalls sie sich genöthigt sehen würde, jene hilflos zu verlassen und der Aufsichtsbehörde zur Erziehung zu überweisen.

---

<sup>2768</sup> Vgl. FTTZA, DK 20725: Schloss Krotoszyn 4. Dezember 1871.

<sup>2769</sup> Vgl. FTTZA, DK 20725: Schloss Krotoszyn 4. Dezember 1871.

<sup>2770</sup> FTTZA, DK 20725: Schloss Krotoszyn 4. Dezember 1871.

<sup>2771</sup> Vgl. FTTZA, DK 20725: Schloss Krotoszyn 29. Mai 1876.



Dies muß vermieden werden, da aus den vorangeschickten Gründen, die Kinder zu uns zur Unterhaltung überwiesen werden und monatlich eine nicht unerhebliche Ausgabe verursachen würden, während es vielleicht gelingt durch freiwillige Gewährung einer monatlichen weit geringeren Beihilfe jegliche Maßnahmen der Behörde fern zu halten [...].<sup>2772</sup>

Da die Witwe Weihs über einen längeren Zeitraum hinweg in den bereits erwähnten „Schlossdomken“ gewohnt hatte, war die Fürstliche Rentkammer verpflichtet die Kinder von Weihs zu unterstützen, wenn Weihs sich dazu entschieden hätte ihre Kinder zur Unterhaltung abzugeben. Die Kosten musste dann gesetzlich der Fürst von Thurn und Taxis als Inhaber des Fürstentums Krotoszyn übernehmen. Die Fürstliche Rentkammer wollte dies vermeiden, weil es wesentlich höhere Kosten für die Unterhaltung bedeutet hätte. Deshalb entschied sich die Fürstliche Rentkammer auf die Bitte von Weihs einzugehen und ihre vier jüngsten von insgesamt sieben Kindern mit einer „Erziehungsunterstützung“ bis zum 14. Lebensjahr zu versorgen. Die Kosten reduzierten sich dann systematisch mit jedem Kind, das das 14. Lebensjahr vollendet hatte. Das erste Kind, das im Jahre 1858 geboren war, musste die Fürstliche Rentkammer nur ein Jahr unterstützen. Das Angebot von Weihs rechnete sich also aus finanzieller Hinsicht für die Fürstliche Rentkammer. Zudem konnte die Einmischung der preußischen Behörden in dieser Angelegenheit verhindert werden, weil Witwe Weihs ihre Kinder offiziell nicht an den fürstlichen Armenverband zur Sorge übergeben hatte. Die Annahme des Angebots der Witwe Weihs rettete die Fürstliche Rentkammer vor größeren Ausgaben. Laut amtlichen Teil im „Kreisblatt und Anzeiger für den Krotoschiner Kreis“ vom Dienstag den 17. Oktober 1871 musste die Hilfe in Krotoszyn von einem preußischen Armenverband für ein Kind im Alter von 14 oder mehr Jahren mindestens 5 Silbergroschen pro Tag betragen.<sup>2773</sup> Wie die Fürstliche Rentkammer in ihrem Bericht geschrieben hatte, wären dies aber nur die Kosten für die Unterhaltung gewesen. Zusätzlich mussten durch die fürstliche Verwaltung die Kosten für zukünftige ärztliche Behandlung und die Kleidung gedeckt werden, wenn der Unterhalt der Kinder offiziell durch die Behörden geregelt worden wäre.<sup>2774</sup>

Die Fürstlichen Beamten berechneten, dass eine Erziehungsunterstützung viel günstiger wäre. Obwohl die Lebensmittelpreise wegen der Teuerung gestiegen sind, würden pro Kind schon 3 Sgr. ausreichen.<sup>2775</sup> Es waren also weniger als die gesetzlichen vorgegebenen 5 Sgr., sodass die fürstliche Verwaltung das übrige Geld einsparen konnte. Die Fürstliche Rentkammer beantragte im Bericht an die Domänen-Ober-Administration in Regensburg für das gesamte Jahr insgesamt 5 Taler monatlich, um die vier minderjährigen

---

<sup>2772</sup> FTTZA, DK 20725: Schloss Krotoszyn 4. Dezember 1871.

<sup>2773</sup> Vgl. FTTZA, DK 20725: Kreisblatt und Anzeiger für den Krotoschiner Kreis 17. Oktober 1871.

<sup>2774</sup> Vgl. FTTZA, DK 20725: Schloss Krotoszyn 4. Dezember 1871.

<sup>2775</sup> Vgl. FTTZA, DK 20725: Schloss Krotoszyn 4. Dezember 1871.

Kinder der Witwe Weihs zu unterstützen. Dies war selbstverständlich wesentlich weniger als die Summe, die die Fürstliche Rentkammer hätte bezahlen müssen, wenn die Kinder direkt an die Behörden zur Unterhaltung überwiesen worden wären. Die monatliche Summe wäre wesentlich höher ausgefallen und hätte mit den gesetzlichen 5 Sgr. und den Kosten für die ärztliche Behandlung und Kleidung monatlich 4 Rthl. pro Kind betragen, also insgesamt 16 Rthl. monatlich.<sup>2776</sup> Die fürstliche Verwaltung hatte auf diese Weise größere Ausgaben vermieden, die preußische Behörden wurden nicht involviert, die Witwe Weihs konnte sich über die fürstliche Wohltätigkeit freuen und was für Weihs vielleicht entscheidender war, ihre Kinder blieben bei ihr zu Hause, zwar in ärmlichen Verhältnissen, aber immerhin bei der Mutter. Die Beamten des Fürsten verstanden sehr gut, die Angebote und die persönliche Lage der Untertanen für die eigenen Interessen zu nutzen. Sie bedienten sich dabei ihrer Kenntnisse der Rechtslücken, um die eigenen Finanzen zu verbessern. Eine solche Lösung stand ihnen frei und erfolgte im Einvernehmen beider Seiten und fand somit ohne Zwang statt. Sie führten insofern eine spezifische Herrschaftspolitik. Im Endeffekt kooperierten beide Seiten und wählten eine „außergesetzliche“ Lösung. Dies lag sowohl im Interesse der Witwe Weihs als auch der fürstlichen Beamten.

Aus dem Fall der Witwe Weihs kann man viele interessante Rückschlüsse ziehen. Zum einen tritt ein gewisser Abwehrmechanismus der Fürstlichen Rentkammer gegenüber den neuen Rechtsverpflichtungen im Bereich der Armenpflege zum Vorschein, also das Streben nach einer ausgesetzlichen Lösung in Form eines Kompromisses mit dem betroffenen Akteur. Somit kann man feststellen, dass die fürstliche Verwaltung ein neues und für die beiden Seiten akzeptables „Gewohnheitsrecht“ zu entwickeln versuchte, um das Armenpflege-Recht umgehen zu können. Dies deutet wiederum auf fortschreitende Änderungen im fürstlichen Herrschaftsgefüge hin. Man war darauf aus, die Involvierung der staatlichen Institutionen und Behörden möglichst gering zu halten. Dass der fürstlichen Verwaltung von außen zusätzliche finanzielle Lasten auferlegt wurden, war für die fürstliche Verwaltung nichts Neues. Deshalb wurde auch alles getan, um solche Fälle je nach Möglichkeit zu vermeiden. Die neue Gesetzgebung wirkte sich im Endeffekt deshalb auf die fürstliche Herrschaftspraxis aus. Sie änderte die Art wie die fürstliche Verwaltung agierte und hatte Einfluss auf die Weise der Herrschaftsausübung. Ein herausragendes Merkmal der fürstlichen Verwaltung war ihre Flexibilität, ihre rasche Anpassungsfähigkeit, vor allem dann, wenn rechtliche Lücken vorhanden waren oder sich eine Chance auf die Anwendung des Gewohnheitsrechts bot. Die gute Kenntnis der rechtlichen Lage und die schnelle Reaktionsfähigkeit kamen hier der fürstlichen Verwaltung zu Gute. Dies war

---

<sup>2776</sup> Vgl. FTTZA, DK 20725: Schloss Krotoszyn 4. Dezember 1871.

auch kein neues Handlungsmuster, da die rechtlichen Änderungen auch bezüglich der Position der Standesherrn seit Langem einen negativen Trend aufwiesen. Wer sich schnell anpassen konnte, konnte viel Geld sparen. Gerade in der Zeit als die Standesherrn eigentlich mehr und mehr zu Großgrundunternehmern und Kapitalbesitzern wurden. Die Zeiten der adeligen Landesherren waren längst vergangen und damit gehörten auch die privilegierten Rechte der Standesherrn aus der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts der Vergangenheit an. Was blieb war nur eine schöne Erinnerung an die „guten alten Zeiten“, in denen sie Besitzer von Städten und Dörfern waren, in denen besteuerbare Untertanen lebten und eine eigene Gerichtsbarkeit vorhanden war.

Aus dem Grund, dass der fürstliche Schlossbezirk Krotoszyn einen eigenen Kommunal- und Armenverband gebildet hatte, zeigte sich die fürstliche Administration in Regensburg über die sich häufenden „Alimentationsansprüche“ aus den so genannten „Schlossdomken“ und den daraus entstehenden Kosten beunruhigt.<sup>2777</sup> Die Domänen-Ober-Administration drängte darauf, dass die Fürstliche Rentkammer die „Schlossdomken“ nicht weiter vermietet, um dem Erwerb von Heimatrechten durch die Armen ein Ende zu bereiten.<sup>2778</sup> Die Fürstliche Rentkammer antwortete am 21. März 1873, dass die sechs Häuser in den „Schlossdomken“ sich zwar im Schlossbezirk befinden, aber kein Eigentum des Fürsten sind.<sup>2779</sup> Schon im Oktober und Dezember 1856 hatte die Fürstliche Rentkammer den Ankauf der sechs Häuser vorgeschlagen.<sup>2780</sup> Dies konnte jedoch nicht erfolgen, weil die Preise zu hoch und dazu die Grundstücke mit Hypotheken belastet waren.<sup>2781</sup> Weiter berichteten die Beamten aus Krotoszyn, dass die Kosten für die Unterstützung der Armen aus den „Schlossdomken“ nicht so hoch sind, dass sich der Ankauf lohnen würde und versprachen in Zukunft darüber erneut in Regensburg Meldung zu erstatten.<sup>2782</sup> Dieses Beispiel zeigt wie die Fürstliche Rentkammer zielgerichtet interpretierte und die Zentrale in Regensburg daran erinnerte, dass sie selbst den durch die Rentkammer in Krotoszyn vorgeschlagenen Ankauf bereits einige Jahre zuvor ignoriert hatte. Die Tatsache, dass die Zentrale in Regensburg an diese Fakten erinnert werden musste, deutet darauf hin, dass die Domänen-Ober-Administration sich nicht besonders gut mit den alltäglichen Geschäften der Fürstlichen Rentkammer auskannte. Ihr Interesse an den „Schlossdomken“ wurde erst mit den steigenden zusätzlichen Ausgaben für die Armenpflege im Schlossbezirk geweckt.

---

<sup>2777</sup> Vgl. FTTZA, DK 20725: Regensburg 21. Februar 1873.

<sup>2778</sup> Vgl. FTTZA, DK 20725: Regensburg 21. Februar 1873.

<sup>2779</sup> Vgl. FTTZA, DK 20725: Regensburg 21. März 1873.

<sup>2780</sup> Vgl. FTTZA, DK 20725: Regensburg 21. März 1873.

<sup>2781</sup> Vgl. FTTZA, DK 20725: Regensburg 21. März 1873.

<sup>2782</sup> Vgl. FTTZA, DK 20725: Regensburg 21. März 1873.

Manchmal wurden Unterhaltungsansprüche auch auf dem Rechtsweg verhandelt. Im Jahre 1872 klagte der Ortsarmenverband der Stadt Krotoszyn gegen den Ortsarmenverband des fürstlichen Schlossbezirkes Krotoszyn.<sup>2783</sup> Im Jahre 1870 hatte nämlich die Fürstliche Rentkammer Gärtner Tschersig den Schlossgarten verpachtet.<sup>2784</sup> Die Stadt Krotoszyn versuchte die fürstliche Verwaltung zu zwingen die Kosten für den Unterhalt der fünf Kinder des Gärtners zu übernehmen, da er gestorben war.<sup>2785</sup> Die Stadt Krotoszyn verwies darauf, dass Tschersig dort gewohnt hatte.<sup>2786</sup> Die Fürstliche Rentkammer gewann den Prozess in zwei Instanzen.<sup>2787</sup> Die Streitsache mit der Stadt Krotoszyn wurde somit positiv für die fürstliche Verwaltung entschieden. Die fürstlichen Beamten aus Krotoszyn verkündeten im Bericht an die Domänen-Ober-Administration:

„Mit Freunden überreichen hoher Stelle wir die angebogene Entscheidung welche in der rubricirten Streitsache vom Landes Amte für das Heimathswesen zu Berlin gefällt, und durch welches die Stadt Krotoszyn mit ihrer Klage unter Auferlegung der Kosten beider Instanzen abgewiesen worden ist. Gemäß §.51 des Gesetzes vom 6ten Juni 1870 ist ein weiteres Rechtsmittel hiergegen nicht statthaft.

Die vorwüfliche Angelegenheit ist insofern für das hochfürstliche Aerar eine weil Tschersig fünf Kinder zurückgelassen hat, von denen das aelteste im Jahre 1858 das jüngste im Jahre 1868 geboren worden ist, somit für Wohnung, Kleidung, Medikamente, ärztliche Behandlung, Verpflegung lange Jahre hindurch erhebliche Kosten zu zahlen gewesen wären.“<sup>2788</sup>

Die Fürstliche Rentkammer war froh über die Gerichtsentscheidung, da sonst über Jahre hinweg die fünf Kinder des verstorbenen Tschersig unterhalten hätten werden müssen. Die Fürstliche Rentkammer hat ihr Ziel, erhebliche Kosten zu vermeiden, am Ende also erreicht. Das war auch die Rolle der fürstlichen Beamten, nicht als eine Wohltätigkeitsinstanz zu agieren, sondern die Interessen des Fürsten tatkräftig zu vertreten und sie zu verteidigen. Sofern es keine Pflicht war die Armen zu unterhalten bzw. die Situation unklar war, nutzte die fürstliche Verwaltung alle Möglichkeiten, um ungerechtfertigte Ansprüche auf Unterstützung der Armen abzuweisen. Sie sorgte auch möglichst schnell dafür, dass sich in Zukunft solche Fälle nicht wiederholten. Im nächsten Pachtvertrag wurde explizit erwähnt, dass dem Pächter kein Recht zusteht, das Gärtnerhaus als Wohnsitz zu nutzen.<sup>2789</sup> Im Pachtvertrag unter §3 stand ausdrücklich geschrieben, dass der Pächter seinen Wohnsitz in der Stadt Krotoszyn haben muss und nicht im Schlossbezirk haben darf,

---

<sup>2783</sup> Vgl. FTTZA, DK 20736: Krotoszyn Polizeisachen. Streitsache des Ortsarmen Verbandes der Stadt Krotoszyn gegen den Ortsarmen Verband des fürstlichen Schloßbezirkes Krotoszyn, Schloss Krotoszyn 29. Januar 1872.

<sup>2784</sup> Vgl. FTTZA, DK 20736: Schloss Krotoszyn 29. Januar 1872.

<sup>2785</sup> Vgl. FTTZA, DK 20736: Schloss Krotoszyn 28. April 1872.

<sup>2786</sup> Vgl. FTTZA, IB 2660: Regensburg 4. Mai 1872.

<sup>2787</sup> Vgl. FTTZA, DK 20736: Schloss Krotoszyn 1. Oktober 1872.

<sup>2788</sup> FTTZA, DK 20736: Schloss Krotoszyn 1. Oktober 1872.

<sup>2789</sup> Vgl. FTTZA, IB 2660: Regensburg 4. Mai 1872.

wo sich der Schlossgarten befand.<sup>2790</sup> Man schob also künftigen Ansprüchen in Bezug auf den verpachteten Schlossgarten einen Riegel vor, zumal das Verbot das Gärtnerhaus als Wohnsitz zu nutzen, klar formuliert wurde und es somit kein Platz mehr für Spekulationen gab. Die Pachtverträge für den Schlossgarten waren ab dem Zeitpunkt exakter und vor solchen Klagen geschützt. Die Streitsache rund um Gärtner Tschersig und seine Kinder verdeutlicht, dass die Städte im Fürstentum Krotoszyn ihre Herrschaft und rechtlichen Möglichkeiten genutzt haben, um eigene Interessen durchzusetzen. Es ist zugleich ein Hinweis auf ein Kräfteressen der Herrschaftsakteure, vor allem wenn es um die eigenen Finanzen ging. Dies zeigt aber auch, dass bei unklarer Rechtslage niemand nachgeben wollte und beide Seiten dazu bereit waren ihre Rechte vor Gericht zu verteidigen.

Wie schon angedeutet wurde, gehörte zur Armenpflege auch die ärztliche Versorgung. Eine Ausnahme bildete hier die Fürsorge gegen eine mögliche Verbreitung von ansteckenden Krankheiten. In dem Bericht vom 16. September 1876 wird die Situation der Dienstmagd Marianna Zegorowska aus Korytnica beschrieben. Die 19-Jährige Dienstmagd arbeitete in Korytnica auf dem fürstlichen Gut bei einem Pferdeknecht.<sup>2791</sup> Zu der Zeit hatte sie auch Kontakt mit dem Wirtschaftsbeamten Rubin aufgenommen, mit dem sie dann auch geschlechtlich verkehrte.<sup>2792</sup> Als Folge wurde die Dienstmagd Zegorowska mit Syphilis angesteckt und wurde im Kreislazarett in Ostrowo (gegenwärtig Ostrów Wielkopolski) behandelt.<sup>2793</sup> Ihr Freund Rubin flüchtete ins benachbarte Königreich Polen und war nicht mehr auffindbar.<sup>2794</sup> Zegorowska blieb 35 Tage im Krankenhaus, vom 23. März bis zum 27. April 1876.<sup>2795</sup> Die dadurch entstandenen Verpflegungs- und Kurkosten betrugen 21 Mark, davon konnte Marianna Zegorowska 9 Mark selbst bezahlen.<sup>2796</sup> Die Fürstliche Rentkammer wurde in einem Schreiben des königlichen Landratsamtes des Kreises Adelnau vom 21. Juni 1876 damit beauftragt die restlichen 12 Mark zu bezahlen.<sup>2797</sup> Die Heilung von Zegorowska lag im Interesse der Polizeibehörden, die die mögliche Ausbreitung von Krankheiten wie Syphilis verhindern wollten.<sup>2798</sup> Der Fürstlichen Rentkammer war bewusst, dass die Bekämpfung von Krankheiten in den Verantwortungsbereich der Polizei fiel und nicht zu den Pflichten der fürstlichen Verwaltungen gehörte. Die Beamten schrieben:

„Dementsprechend liegen auch bereits mehrfache Entscheidungen des Bundesamtes für das Heimathwesen vor, nach welchen für ähnliche Fälle angenommen ist, daß

---

<sup>2790</sup> Vgl. FTTZA, IB 2660: Regensburg 4. Mai 1872.

<sup>2791</sup> Vgl. FTTZA, DK 20725: Schloss Krotoszyn 16. September 1876.

<sup>2792</sup> Vgl. FTTZA, DK 20725: Schloss Krotoszyn 16. September 1876.

<sup>2793</sup> Vgl. FTTZA, DK 20725: Schloss Krotoszyn 16. September 1876.

<sup>2794</sup> Vgl. FTTZA, DK 20725: Schloss Krotoszyn 16. September 1876.

<sup>2795</sup> Vgl. FTTZA, DK 20725: Schloss Krotoszyn 16. September 1876.

<sup>2796</sup> Vgl. FTTZA, DK 20725: Schloss Krotoszyn 16. September 1876.

<sup>2797</sup> Vgl. FTTZA, DK 20725: Schloss Krotoszyn 16. September 1876.

<sup>2798</sup> Vgl. FTTZA, DK 20725: Schloss Krotoszyn 16. September 1876.

durch die Fürsorge für syphilitisch Kranke nicht ein Akt der Armenpflege, sondern der Polizeiverwaltung geübt worden sei und ein Bedürfnis der Unterstützung aus Armenmitteln als bestehend nicht anerkannt werden könne, so lange von der Polizeibehörde aus Gründe des öffentl. Wohles für die Heilung zu sorgen sei und gesorgt werden.“<sup>2799</sup>

Marianna Zegorowska war zwar vermögenslos, besaß aber die Heimatsrechte und gehörte nach dem Reichsgesetz vom 6. Juni 1870 somit zur Armenverband des Fürstentums Krotoszyn.<sup>2800</sup> Die Fürstliche Rentkammer war jedoch nicht dazu verpflichtet die Kosten aus eigenen Armenmitteln für die Heilung von ansteckenden Krankheiten zu übernehmen, sondern die örtlichen Polizeibehörden. Es ist daher zunächst verwunderlich, dass die Fürstliche Rentkammer sich am Ende doch entschied die 12 Mark zu bezahlen. Als Begründung informierten die Beamten im Bericht, dass der Distriktkommissar Müller die polizeilichen Aufgaben im Kreise Krotoszyn und auch „im Namen Seiner Durchlaucht ausübt“.<sup>2801</sup> Die Entscheidung der Fürstlichen Rentkammer wurde in solchen Fällen und bei ähnlichen Problemen im Endeffekt hauptsächlich dadurch motiviert, die guten Kontakte mit den königlichen Behörden aufrecht zu erhalten; auch wenn die fürstlichen Beamten rein rechtlich zur Finanzierung solcher Angelegenheiten nicht verpflichtet waren.

Es gab auch andere Wege um die zusätzlichen Kosten für die Armenpflege auf den fürstlichen Gütern im Fürstentum Krotoszyn zu minimieren. Im Falle, dass eine Person ab dem 24. Lebensjahr mindestens zwei Jahre auf dem fürstlichen Gebiet an einem Ort gewohnt hatte, war die fürstliche Verwaltung verpflichtet solche Armen oder Erwerbsunfähigen zu unterhalten.<sup>2802</sup> So war es im Fall von Franz Frączak, der ca. 7 Jahre beim Revierförster Vieweger gearbeitet hatte und auf Grund einer Erkrankung ärztlich behandelt werden musste. Die Fürstliche Rentkammer zeigte sich auch hier wieder äußerst flexibel. Da sich im Bereich des fürstlichen Dominial-Armenverbandes kein Krankenhaus befand und die fürstliche Verwaltung auch keines bauen und finanzieren wollte, schlugen die Beamten aus Krotoszyn vor:

„[...] für das Zweckentsprechendste und billigste erachtet, mit pp. Vieweger wegen der ferneren Unterhaltung seines Dienstknechtes Frączak in Unterhandlung zu treten und würde sich jener in Berücksichtigung der obwaltenden Umstände herbeilassen, gegen einen von Seite des Dominial- Armen- Verbandes zu leistenden Unterstützungs- Zuschuß von täglich 30. Pfennigen den kranken Frączak auch für die Zukunft in Kost und Wohnung bei sich zu behalten.“<sup>2803</sup>

Die Kosten für die Armenpflege in der Forstwirtschaft konnte durch solche Lösungen bedeutend minimiert werden. Ähnlich wie im Fall von Witwe Weihs fand hier eine bewuss-

<sup>2799</sup> FTTZA, DK 20725: Schloss Krotoszyn 16. September 1876.

<sup>2800</sup> Vgl. FTTZA, DK 20725: Schloss Krotoszyn 16. September 1876.

<sup>2801</sup> Vgl. FTTZA, DK 20725: Schloss Krotoszyn 16. September 1876.

<sup>2802</sup> Vgl. FTTZA, DK 20725: Schloss Krotoszyn 29. Mai 1876.

<sup>2803</sup> FTTZA, DK 20725: Schloss Krotoszyn 29. Mai 1876.

te Kooperation zwischen dem Bedürftigen Frączak und dem Fürstlichen Rentkammer statt. Diesmal fand nur eine Vereinbarung ohne Pächter statt, weil die Armenpflegepflichten in den Forsten direkt der Fürstlichen Rentkammer unterlagen. Die Pächter versuchten sich von der in den Pachtverträgen zur Last gelegten Armenpflege auf den fürstlichen Gütern zu befreien, indem sie:

„[...] durch gegenseitige Auswechslung ihres Dienstpersonals, sich jeglicher Armenlaster entledigen könnten, insofern kein Dienstbote 2 Jahre ununterbrochen auf einem Domainen ansäßig bliebe, aber immerhin auf Gütern im Fürstenthum im Dienstverhältniss stehen könnte.“<sup>2804</sup>

Demzufolge war dann die Fürstliche Rentkammer gezwungen solche Personen zu unterhalten, sofern kein Kompromiss zwischen dem Pächter und den fürstlichen Beamten beschlossen wurde. Druck wurde also in die beiden Richtungen ausgeübt. Die fürstliche Seite reagierte in solchen Fällen rasch und war zu Kompromissen bereit. Die Pächter waren sich sicherlich dessen bewusst, dass sie von ihrem Arbeitgeber, nämlich dem Fürsten und seiner Verwaltung, abhängig waren. Dementsprechend diente die Auswechslung des Dienstpersonals innerhalb der Pächter eher als Mittel zum Zweck und war keine alltägliche Praxis. Die Quellen liefern auch Hinweise auf Versuche der Einflussnahme in Bezug auf die Einstellung neuer Mitarbeiter seitens der fürstlichen Beamten. Im Bericht der Fürstlichen Rentkammer wird über die Situation des Tagelöhners Johann Witek aus Garki berichtet. Witek arbeitete nämlich ununterbrochen bei dem fürstlichen Revierförster Walter in der Zeit vom 1. Januar 1870 bis zum Dezember 1876 und verrichtete leichte Arbeiten.<sup>2805</sup> Er wurde wegen Altersschwachheit und Fußschmerzen, die ihm die Ausübung jeglicher Arbeit unmöglich machten, entlassen.<sup>2806</sup> Die ärztliche Untersuchung hatte seine Arbeitsunfähigkeit zusätzlich bestätigt. Die Situation gestaltete sich für die fürstliche Verwaltung weniger positiv, da das königliche Landratsamt in Ostrowo die Fürstliche Rentkammer dazu aufgefordert hatte, die 75 Mark für Witek als Subventionszuschuss zu zahlen.<sup>2807</sup> Johann Witek wohnte beim Schulzen in Garki und ernährte sich bisher aus dem Ertrag seines 50 Ar großen Kartoffelackers.<sup>2808</sup> Weil er arbeitsunfähig war, konnte er sich mittlerweile auch nicht mehr ausreichend um seinen Acker kümmern, um davon in bescheidensten Verhältnissen leben zu können. Seine Kinder waren nicht in der Lage ihren Vater zu unterhalten. Seine 11-jährige Tochter wurde von dem Revierförster ernährt und bekleidet.<sup>2809</sup> Die fürstlichen Beamten aus der Fürstlichen Rentkammer hatten sich

---

<sup>2804</sup> Vgl. FTTZA, DK 20725: Schloss Krotoszyn 9. Januar 1889.

<sup>2805</sup> Vgl. FTTZA, DK 20725: Schloss Krotoszyn 1. Februar 1877.

<sup>2806</sup> Vgl. FTTZA, DK 20725: Schloss Krotoszyn 1. Februar 1877.

<sup>2807</sup> Vgl. FTTZA, DK 20725: Schloss Krotoszyn 1. Februar 1877.

<sup>2808</sup> Vgl. FTTZA, DK 20725: Schloss Krotoszyn 1. Februar 1877.

<sup>2809</sup> Vgl. FTTZA, DK 20725: Schloss Krotoszyn 1. Februar 1877.

eine Lösung überlegt und äußerten sich im Bericht an die Domänen-Ober-Administration in Regensburg folgendermaßen:

„Dem Landraths- Amte Ostrowo haben wir zur Vermeidung einer Klage bei der Deputation für das Heimathswesen angezeigt, daß wir bis auf Weiteres den in Rede stehenden Zuschuß leisten werden. Wird in Erwägung gezogen daß dies binnen kurzer Zeit der 2. Fall ist daß dem hochfürstl. Aerar Lasten dadurch erwachsen, daß Dienstboten von Forstbeamten arbeitsunfähig werden, so dürfte Vorsicht geboten erscheinen. Allerdings läßt sich nicht wohl vorschreiben, daß die fürstl. Forstbeamten taugliche und brave Dienstboten entlassen, damit dieselben nicht durch zweijährigen Aufenthalt auf den Deinstetablissemments einen Unterstützungs Wohnsitz daselbst erwerben, es können aber Fälle wie der hier behandelte vermieden werden.

Witek ist schon als er seinen Dienst bei pp. Walter antrat in vorgerückten Lebensalter und mit dem Fußleiden behaftet gewesen, es hätte sich pp. Walter somit selbst sagen müssen, daß ein solcher Mensch nicht Jahre lang resp. nicht einmal zwei Jahre hindurch auf dem Etablissement unterzubringen sei, dem daß dergleichen Persönlichkeiten gegen sehr geringen Lohn kleine Dienste leisten resp. der betreffende Beamte eine größere Lohnausgabe spart, kann nicht als zureichender Grund für Uebernahme der dem fürstl. Aerar drohende Gefahr gelten, Jene aus herrschaftlichen Mitteln in nicht allzu langer Frist unterhalten zu müssen.“<sup>2810</sup>

Die Fürstliche Rentkammer sah sich gezwungen die jährliche Unterstützung an Johann Witek in Höhe von 75 Mark zu zahlen. Dies wurde auch in Regensburg am 18. Juli 1877 genehmigt. Die fürstlichen Beamten hatten prinzipiell nichts dagegen arbeitsfähige und brave junge Dienstboten einzustellen und weiterhin zu beschäftigen. Ihnen erschien es auch als nicht vorschreibbar solche Personen zu entlassen, damit sie durch ihre zweijährige Arbeitszeit, die geförderte Unterkunft auf dem fürstlichen Gut nicht erwerben. Anders sah dies bei älteren und untauglichen Mitarbeitern aus. Der Fall von Witek sorgte bei den Verantwortlichen der Fürstlichen Rentkammer offensichtlich für Unmut, zumal es bereits ein zweiter solcher Fall innerhalb kurzer Zeit war. Die Fürstliche Rentkammer beschwerte sich im Endeffekt über den Revierförster Walter, dass er eine Person eingestellt hatte, die bereits bei der Einstellung im vorgeschrittenen Alter war und schon damals Fußprobleme gehabt hatte. Zumindest laut fürstlichen Beamten sollte so eine Person nicht für eine längere Zeit eingestellt werden, um dadurch den Erwerb von Unterstützungsrechten durch solche Mitarbeiter wie Witek zu vermeiden. Deshalb wollte die Fürstliche Rentkammer die Einstellung solcher Mitarbeiter verbieten und diejenigen Beamten, die im fürstlichen Dienst stehen und sich dennoch solche Mitarbeiter einstellen, bestrafen. Es wurde in Erwägung gezogen, solche Beamten finanziell zu Verantwortung zu ziehen.<sup>2811</sup> Manche Beamten sparten durch die Einstellung solcher Leute für Kleinarbeiten selbst an Lohnkosten. Hier treffen wir auf verschiedene Interessensphären, die geschickt gegeneinander ausgespielt wurden. Solange es der fürstlichen Verwaltung nicht aufgefallen ist, konnten auch die Beamten im eigenen Interesse handeln bzw. sich das Leben erleichtern. Dies be-

<sup>2810</sup> Vgl. FTTZA, DK 20725: Schloss Krotoszyn 1. Februar 1877.

<sup>2811</sup> Vgl. FTTZA, DK 20725: Schloss Krotoszyn 1. Februar 1877.



deutete im Grunde jedoch zusätzliche Kosten für die Fürstliche Rentkammer und im Endeffekt für den Fürsten. Aus dem Grund schritt dann auch die fürstliche Verwaltung immer ein, wenn sie bemerkt hatte, dass die finanziellen Interessen des Fürsten beeinträchtigt zu sein schienen. Während auf den gepachteten Gütern die Pächter für die Armenpflege per Pachtvertrag verantwortlich gemacht wurden, war die fürstliche Verwaltung immer an drei Stellen für die Armenpflege verantwortlich, nämlich in den schon mehrmals genannten „Schlossdomken“, im Schloss Krotoszyn und in den Forsten.<sup>2812</sup> Ein wichtiger Multiplikator der potenziellen Armenhilfeempfänger war die Errichtung von Waldwärter- und Klauferschlägermeisterwohnungen.<sup>2813</sup> Die fürstliche Verwaltung war groß. Eine finanzielle Belastung waren insbesondere die Witwen und Waisen der fürstlichen Bediensteten. Deshalb kamen gerade sie in Frage, wenn es um die Minderung der Höhe von Gewinnen ging.<sup>2814</sup> Sie wurden durch den fürstlichen Beamten mit den meisten Ausgaben für die Armenpflege verbunden, die außerhalb der Pachtgüter verursacht wurden.

Insgesamt war die Lage der Armen im Kreis Krotoszyn relativ schlecht. Der königliche Landrat versuchte deswegen alle Armenverbände zu vereinigen, um die Versorgung der Bedürftigen zu verbessern<sup>2815</sup> sowie die Verteilung der Armenpflegelasten gleichmäßiger zwischen den Kreisangehörigen zu gestalten.<sup>2816</sup> Die fürstlichen Beamten bestätigten, dass viele Gemeinden tatsächlich zu große Armenlasten im Vergleich zu ihrer Steuerkraft hatten und zahlreiche andere Gemeinden versuchten sich von der drohenden Armenlast zu befreien, indem sie die Armen und Unterstützungsbedürftigen aus ihren Gemeinden absoben.<sup>2817</sup> Alleine die fürstlichen Pächter erbrachten jährlich 3.500 Mark an Geld und Naturalien für die Armen und die Fürstliche Rentkammer gab für die Unterstützung der Bediensteten wie Klauferschläger und Waldwärter usw. jährlich mindestens 5.000 Mark aus.<sup>2818</sup> Die fürstlichen Beamten in Krotoszyn vertraten die Meinung, dass die Bildung eines Kreisarmenverbandes nur die finanziellen Ausgaben für die Armenunterstützung durch die Fürstliche Rentkammer vergrößern würde.<sup>2819</sup> Sie bemerkten auch, dass dann jedoch „die Würde der fürstlichen Verwaltung“ es nicht zulassen würde, die Unterstützung der Bedürftigen zu vernachlässigen.<sup>2820</sup> Die fürstlichen Beamten waren deshalb negativ gegenüber der Bildung eines Kreisarmenverbands eingestellt. Viele Pächter stellten sich auf die Seite der Fürstlichen Rentkammer, indem sie erklärten, dass die Verbindung

---

<sup>2812</sup> Vgl. FTTZA, IB 2660: Schloss Krotoszyn 8. Februar 1880.

<sup>2813</sup> Vgl. FTTZA, IB 2660: Schloss Krotoszyn 8. Februar 1880.

<sup>2814</sup> Vgl. FTTZA, IB 2660: Schloss Krotoszyn 8. Februar 1880.

<sup>2815</sup> Vgl. FTTZA, DK 20725: Schloss Krotoszyn 29. Oktober 1894.

<sup>2816</sup> Vgl. FTTZA, DK 20725: Schloss Krotoszyn 29. Oktober 1894.

<sup>2817</sup> Vgl. FTTZA, DK 20725: Schloss Krotoszyn 29. Oktober 1894.

<sup>2818</sup> Vgl. FTTZA, DK 20725: Schloss Krotoszyn 29. Oktober 1894.

<sup>2819</sup> Vgl. FTTZA, DK 20725: Schloss Krotoszyn 29. Oktober 1894.

<sup>2820</sup> Vgl. FTTZA, DK 20725: Schloss Krotoszyn 29. Oktober 1894.

mit einer Landgemeinde in der Armenpflege ihrerseits nicht erwünscht sei.<sup>2821</sup> Die Pächter sprachen sich gegen die Bildung eines Kreisarmenverbands aus, da sie befürchteten, dass die zahlriechen Armen aus den Städten in den Kreisverband mitaufgenommen werden würden und somit höhere Kosten auch auf sie als Pächter hinzukämen. Die fürstlichen Beamten begründeten ihre ablehnende Position gegenüber der Gründung eines Kreisarmenvereins wie folgt:

„Wir zweifeln zwar nicht, daß ein Kreisarmenverband eine Wohlthat für die Unterstützungspflichtigen und für die armen – und gerade deshalb mit Armenlasten sehr gesorgten – Gemeinden sein wird, allein wir können als Verwaltungsamt einen anderen Antrag als den obigen nicht stellen.

Sollte Seine Hochfürstliche Durchlaucht aber im Interesse der Armen unseren Antrag nicht billigen, so müssen mit den Pächtern, denen die Armenlast innerhalb ihrer Pachtgüter obliegt, über die Vertheilung der Kreisarmenlast besondere Vereinbarungen getroffen werden.“<sup>2822</sup>

Den fürstlichen Beamten war durchaus bewusst, dass die Bildung eines Kreisarmenverbands im Kreis Krotoszyn die allgemeine Situation der Armen und sonstigen Bedürftigen verbessern würde. Dies hätte aber höhere finanzielle Lasten sowohl für die fürstliche Verwaltung als auch für die Pächter bedeutet. Im Falle der Bildung eines Armenkreisvereins wäre die Fürstliche Rentkammer gezwungen gewesen, die neuen Regelungen mit den Pächtern bezüglich Armenpflege abzustimmen. Die Pächter waren auf den Pachtgütern sowieso dazu vertraglich verpflichtet, die Armen zu unterstützen. Die Fürstliche Rentkammer hätte dann den Pächter entweder Geld geben oder sie zwingen müssen wesentlich höhere Ausgaben für die Armenpflege zu übernehmen als sonst, was sicherlich schwer durchsetzbar gewesen wäre. Insofern wurde auf die Gefahren einer Umgestaltung der Armenpflege im Kreis hingewiesen. Außerdem wäre dies für die fürstlichen Beamten in Krotoszyn mit zusätzlichem Verwaltungsaufwand bei der Verhandlung und Erstellung von neuen Verträgen mit den Pächtern verbunden gewesen. Die Unterstützung von weiteren Armen hätte auch mehr Korrespondenz nach Regensburg und zwischen den Behörden im Fürstentum Krotoszyn bedeutet. Hinter der Argumentation der Fürstlichen Rentkammer verbargen sich also auch Eigeninteressen, wenngleich diese nur am Rande erwähnt wurden. Das Hauptmotiv bildete aber die drohende Steigerung der Kosten für die Armenpflege im Fürstentum Krotoszyn. Dementsprechend beantragte die Fürstliche Rentkammer den Vorschlag des Landrats zur Bildung eines Kreisarmenverbandes abzulehnen.<sup>2823</sup> Eine solche Haltung wurde in Regensburg am 25. November 1894 auch genehmigt.<sup>2824</sup> Die Aufgabe der fürstlichen Beamten war die Vermeidung von unnötigen Ausgaben und

---

<sup>2821</sup> Vgl. FTTZA, DK 20725: Schloss Krotoszyn 29. Oktober 1894.

<sup>2822</sup> FTTZA, DK 20725: Schloss Krotoszyn 29. Oktober 1894.

<sup>2823</sup> Vgl. FTTZA, DK 20725: Schloss Krotoszyn 29. Oktober 1894.

<sup>2824</sup> Vgl. FTTZA, DK 20725: Schloss Krotoszyn 25. November 1894.

### *Die fürstliche Unterstützung der Gemeinden und Vereine*

die Gewinnerzeugung. Ihre Arbeitsorganisation richtete sich mehr nach ökonomisch-kapitalistischen Prinzipien. Wohltätigkeit spielte im Vergleich zur ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts nun eine bescheidenere Rolle. Vor dem Völkerfrühling hatte das Prestige mehr gezählt und das standesherrliche Selbstverständnis hatte eine größere Bedeutung. In der Zeit hatten die Fürsten von Thurn und Taxis und andere Standesherrn mehr Rechte gehabt wie eine eigene Gerichtsbarkeit, das Recht Steuern von den Städten zu erheben, Monopole usw. Auch die Erinnerungen an die ehemalige Stellung als Chef der Reichspost und Prinzipalkommissare im Deutschen Reich waren frischer und dieser Glanz lag zeitlich nicht weit zurück.

Trotz allem wurde noch am 7. Oktober 1918 ein Antrag auf Verlängerung der Hilfe für die Armen in der Stadt Krotoszyn in Höhe von 225 Mark gestellt. Schon davor fand sie in den Jahren 1912–1917 in gleicher Höhe statt.<sup>2825</sup> Der neue Antrag sollte die Jahre 1918–1923 umfassen. Als Begründung für die Hilfe wurde die Steigerung der Armenzahl in der Stadt Krotoszyn in Folge des Krieges angegeben.<sup>2826</sup> So wie früher hatte auch im Ersten Weltkrieg der Fürst die besondere Situation der Armen berücksichtigt und damit ein positives Zeugnis über die fürstliche Herrschaft und seine Verwaltung abgelegt. Es war auch der letzte Bericht der Fürstlichen Rentkammer, der sich in den Akten über die Armenpflege im Fürstentum Krotoszyn befand.

### *Die fürstliche Unterstützung der Gemeinden und Vereine*

Die Akten über Gesuche der Gemeinden und Vereine liefern zusätzliche wertvolle Informationen über die Aktivitäten des Fürsten von Thurn und Taxis im Bereich der Wohltätigkeit gegenüber den Bedürftigen sowohl im Fürstentum Krotoszyn als auch außerhalb in der Provinz Posen. Es mussten aber nicht immer Initiativen sein, die auf den ersten Blick wenig mit der Wohltätigkeit zu tun hatten. So unterstützte der Fürst beispielsweise im Jahre 1898 den Bau eines Gemeinde-Brunnens im Dorf Wrozew (poln. Wrózewy). Aus dem alten Brunnen durften neben den bäuerlichen Wirten auch die Bewohner der fürstlichen Vorwerke das Wasser zu schöpfen.<sup>2827</sup> Da inzwischen in Wrozew endemisch der Typhus aufgetreten ist, wurde der Brunnen durch die Medizinalpolizei gesperrt.<sup>2828</sup> Die Gemeinde Wrozew wurde damit beauftragt einen neuen massiven Brunnen mit Pumpenaufsatz zu

---

<sup>2825</sup> Vgl. FTTZA, DK 20725: Schloss Krotoszyn 7. Oktober 1918.

<sup>2826</sup> Vgl. FTTZA, DK 20725: Schloss Krotoszyn 7. Oktober 1918.

<sup>2827</sup> Vgl. FTTZA, DK 20739: Gesuche von Gemeinden, Vereinen, Corporationen, Vol. I, Schloss Krotoszyn 17. September 1898.

<sup>2828</sup> Vgl. FTTZA, DK 20739: Schloss Krotoszyn 17. September 1898.

erbauen, dessen Kosten auf ca. 570 Mark geschätzt wurden.<sup>2829</sup> Der Fürst unterstützte den Bau des gemeinschaftlichen Brunnens in Wrozew mit 200 Mark, weil der Brunnen sowohl der Gemeinde als auch dem fürstlichen Vorwerk zu Gute kam.<sup>2830</sup> Der neue Brunnen verbesserte die hygienischen Bedingungen der ansässigen Bevölkerung, was die Ausbreitung von Krankheiten hemmte.

Der Fürst spendete mehrmals Geld an das Kloster der Heiligen Elisabeth, das im Jahre 1893 in Krotoszyn gegründet wurde.<sup>2831</sup> Diese Einrichtung beschäftigte sich mit der Ausübung ambulanter Krankenpflege in der Stadt für alle Konfessionen und mit der Aufsicht des örtlichen Kinderheims.<sup>2832</sup> Die Klosterschwestern wandten sich an den Fürsten mit der Bitte um Unterstützung. In Regensburg wurde genehmigt, dass das Kloster St. Elisabeth in Krotoszyn eine Gnadenunterstützung in Höhe von 250 Mark ausbezahlt bekommt.<sup>2833</sup> Im Jahre 1917 wurde die Spende wegen der schlechteren Situation im Kaiserreich, die durch den Krieg verursacht wurde, sogar auf 300 Mark erhöht.<sup>2834</sup> Dies kann als ein Zeugnis der fürstlichen Wohltätigkeit gedeutet werden. Dahinter konnten aber auch pragmatische Gründe stehen. So berichtete beispielsweise im Jahre 1896 die Fürstliche Rentkammer über das Gesuch der Barmherzigen Schwestern vom Heiligen Vinzent von Paolo in Zduny.<sup>2835</sup> Schwester Josefa Mellin bat um die Unterstützung beim Neubau einer Waisen- und Krankenanstalt.<sup>2836</sup> Die Fürstliche Rentkammer befürwortete eine einmalige Unterstützung in Höhe von 200 Mark mit der pragmatischen Begründung:

„Die Stadt Zduny und die dortige Waisen- und Krankenanstalt steht in keinerlei Beziehung zu der fürstlichen Herrschaft; denn sie war früher eine Mediatstadt der zur Zeit einer Prinzeß Reuhs gehörigen Herrschaft Baschkow. Wenn wir trotzdem das beiliegende Gesuch befürworten, so geschieht es, weil die Stadt Zduny nur 6 ½ Kilom. von Krotoschin entfernt und es somit möglich ist, daß auch Waisen und Kranke aus dem Fürstenthum Krotoschin in die dortige Anstalt kommen, und weil wir glauben, daß das überaus segensreiche Wirken der barmherzigen Schwestern fürstlichen Verwaltung anerkannt werden soll.“<sup>2837</sup>

Das Fürstentum Krotoszyn hatte zwar eigentlich nichts mit der Stadt Zduny zu tun, eine Spende wurde jedoch empfohlen, da es ermöglicht hätte, die Waisen und Kranke aus dem Fürstentum in der Waisen- und Krankenanstalt der Schwester unterzubringen. Zudem waren die fürstlichen Beamten von der segensreichen Wirkung der Arbeit der Klosterschwestern überzeugt. Ein wohltätiger Aspekt kam also hinzu. Demzufolge wurde in Re-

<sup>2829</sup> Vgl. FTTZA, DK 20739: Schloss Krotoszyn 17. September 1898.

<sup>2830</sup> Vgl. FTTZA, DK 20739: Regensburg 23. September 1898.

<sup>2831</sup> Vgl. FTTZA, DK 20739: Krotoszyn 5. Juli 1894.

<sup>2832</sup> Vgl. FTTZA, DK 20739: Krotoszyn 5. Juli 1894.

<sup>2833</sup> Vgl. FTTZA, DK 20739: Regensburg 20. Juli 1894.

<sup>2834</sup> Vgl. FTTZA, DK 20739: Schloss Krotoszyn 17. November 1917.

<sup>2835</sup> Vgl. FTTZA, DK 20739: Schloss Krotoszyn 3. Juni 1896.

<sup>2836</sup> Vgl. FTTZA, DK 20739: Schloss Krotoszyn 3. Juni 1896.

<sup>2837</sup> FTTZA, DK 20739: Schloss Krotoszyn 3. Juni 1896.

Regensburg eine einmalige Gnadenunterstützung für die Baukosten der Anstalt in Höhe von 200 Mark genehmigt.<sup>2838</sup> Ein ähnlicher Fall mit pragmatischer Ausrichtung fand im Jahre 1899 statt. Der Verein zur Fürsorge für Blinde der Provinz Posen beabsichtigte ein Blindenheim für Frauen zu bauen.<sup>2839</sup> Für diese Frauen wurde laut Bericht der Fürstlichen Rentkammer in dem neuen Blindenheim außer Unterkunft und Verpflegung auch eine Arbeitsvermittlung garantiert.<sup>2840</sup> Bisher mietete der Verein die Räume zur Versorgung der Blinden, die mittlerweile jedoch nicht einmal die wichtigsten Bedürfnisse erfüllten.<sup>2841</sup> Die Fürstliche Rentkammer stellte einen Antrag auf Unterstützung des Vereins zur Fürsorge für Blinde der Provinz Posen mit einer Spende in Höhe von 300 Mark und argumentierte folgendermaßen:

„Wir befürworten die Bitte des Vereines nicht allein, weil es sich um die Förderung eines menschenfreundlichen edlen Zweckes handelt, und Seine Durchlaucht unser gnädigster Herr Fürst stets allen Werken der Menschenliebe höchst seine Unterstützung zu Theil werden lassen, sondern auch weil voraussichtlich in das zu erbauende Blindenheim manche sonst erwerbsunfähige Person aus dem Fürstenthum aufgenommen wird, der sonst die gesetzliche Armenunterstützung seitens eines fürstlichen Gutsbezirkes gewährt worden müßte.“<sup>2842</sup>

Zwar werden im Antrag Aspekte wie Menschenliebe und Wohltätigkeit als Gründe für die Bewilligung der Spende erwähnt, viel wichtiger erschien den fürstlichen Beamten jedoch die Möglichkeit erwerbsunfähige Frauen in das zukünftige Blindenheim abschieben zu können und somit den gesetzlichen Armenpflichten zu entinnen. Die Angst vor dem Gespenst der gesetzlichen Armenunterstützung ist in diesem Bericht gut spürbar. Die theoretische Möglichkeit sich von den arbeitsunfähigen Blinden wenigstens teilweise zu befreien bedeutete weniger Ausgaben. Klar ist, dass am 29. Juli 1899 in Regensburg eine Spende in Höhe von 300 Mark bewilligt wurde.<sup>2843</sup> Die Argumentation der Fürstlichen Rentkammer hatte überzeugt. Nicht alles war selbstverständlich durch pragmatische Herrschaftspolitik des fürstlichen Beamten bestimmt. Dies bestätigt die Hilfe, die der Fürst für die Gründung einer Heilstätte für Lungenleidende geleistet hatte. In Regensburg wurde eine Gnadenspende in Höhe von 1.000 Mark am 30. Oktober 1899 genehmigt.<sup>2844</sup> Außer dem Fürsten spendeten auch zahlreiche Privatpersonen Geld für diesen Wohltätigkeitszweck, deren Spenden höher ausfielen als die des Fürsten.<sup>2845</sup> Die Fürstliche Rentkammer argumentierte, warum es nicht nötig sei, mehr zu geben:

<sup>2838</sup> Vgl. FTTZA, DK 20739: Schloss Krotoszyn 11. Juni 1896.

<sup>2839</sup> Vgl. FTTZA, DK 20739: Schloss Krotoszyn 11. Juli 1899.

<sup>2840</sup> Vgl. FTTZA, DK 20739: Schloss Krotoszyn 11. Juli 1899.

<sup>2841</sup> Vgl. FTTZA, DK 20739: Schloss Krotoszyn 11. Juli 1899.

<sup>2842</sup> FTTZA, DK 20739: Schloss Krotoszyn 11. Juli 1899.

<sup>2843</sup> Vgl. FTTZA, DK 20739: Regensburg 29. Juli 1899.

<sup>2844</sup> Vgl. FTTZA, DK 20739: Regensburg 30. Oktober 1899.

<sup>2845</sup> Vgl. FTTZA, DK 20739: Schloss Krotoszyn 18. Oktober 1899.

## *Die fürstliche Unterstützung der Gemeinden und Vereine*

„In der beiliegenden Sammeliste haben eine Mehrzahl von angesehenen Herrn namhafte Beträge gezeichnet. Wir glauben unmaßgeblichst, daß das hochfürstliche Haus, nachdem es sich auch vom Verwaltungsstandpunkte aus empfehlen dürfte, eine Gabe von 1000 M. an den geschäftsführenden Ausschuß übermittele lassen sollte.

Wenn auch in der Sammeliste theilweise von Privaten höhere Beträge gezeichnet wurden, so kann vom dies wohl hauptsächlich damit erklären, daß diese Herrn sich bei der königlichen Regierung auf solche Weise empfehlen wollten; für das hochfürstliche Haus handelt es sich lediglich um einen Akt von Wohlthätigkeit.“<sup>2846</sup>

Nach Darstellung handelte sich also lediglich um einen Akt der reinen Wohlthätigkeit. Laut Bericht der Fürstlichen Rentkammer standen dahinter keine Interessen. Wir erfahren, dass die Privatpersonen, die höhere Beträge bezahlt haben, sich durch die geleistete Hilfe eigentlich nur in Augen der königlichen Regierung profilieren wollten. Der Fürst hat es Ihnen nicht gleichgetan. Man muss jedoch bemerken, dass es sicherlich nicht positiv aufgenommen worden wäre, wenn der erste Standesherr in der Provinz Posen nichts gespendet hätte; ganz abgesehen davon, dass bis dato, wenn es sich um die jegliche Initiativen der höheren preußischen Behörden gehandelt hatte, eine Ablehnung fürstlicherseits in der Regel nie erfolgte. Absagen gab es nur im Kontext von privaten Initiativen; insbesondere, wenn außerordentliche Umstände hinzukamen, die – wie im folgenden Fall – zusätzlich durch Aussagen preußischer Behörden untermauert wurden. So schrieb Gräfin Hedwig von Kwilecka am 30. November 1900 einen Brief in französischer Sprache an die Fürstliche Rentkammer mit der Bitte um eine Subvention für das St. Heidwigs-Asyl in Posen, das polnischen Mädchen einer Unterkunft in der Stadt geboten hatte.<sup>2847</sup> Die Fürstliche Rentkammer schlug der Domänen-Kammer in Regensburg vor das Gesuch abzulehnen, mit der Begründung:

„Unter Wiederanschluss der Immediateingabe der Gräfin Hedwig von Kwilecka vom 30 November 1900 und Beilage des Schreibens des königlichen Polizeipräsidenten in Posen vom 21. d. M. berichten wir gehorsamst, daß das St. Hedwigsheim ausgesprochen polnisch-nationale Tendenz verfolgt und eher einem Pensionat als einer Wohlthätigkeitsanstalt gleichkommt, nachdem die ausgenommenen Mädchen monatlich 20 M zahlen müssen.

Zu einer Unterstützung dieses Unternehmens seitens Seiner hochfürstlichen Durchlaucht scheint uns unmaßgeblichst weder ein äußerer Grund vorzuliegen, nachdem die Zuwanderung polnischer Mädchen aus dem Fürstentum Krotoschin nach der Stadt Posen wohl eher hinangehalten als befördert werden dürfte, noch viel weniger aber ein innerer Anlaß, da es sich offenbar um ein Institut von anti-deutscher Zweckbestimmung handelt.“<sup>2848</sup>

Die Beamten lehnten die Bitte von Gräfin Hedwig Kwilecka um eine Subvention ab, gestützt auf das Schreiben des königlichen Polizeipräsidenten in Posen. In dem Schreiben wurde die Fürstliche Rentkammer informiert, dass das St. Hedwigsheim ein „polnisch-

<sup>2846</sup> FTTZA, DK 20739: Schloss Krotoszyn 18. Oktober 1899.

<sup>2847</sup> Vgl. FTTZA, DK 20739: Schloss Krotoszyn 30. November 1900.

<sup>2848</sup> FTTZA, DK 20739: Schloss Krotoszyn 25. Januar 1901.

nationalen“ Charakter hat. Außerdem handelte es sich offensichtlich nicht um eine vollständige Wohltätigkeitsinitiative, da die Mädchen monatlich 20 Mark für die Unterkunft zahlen mussten. Die Fürstliche Rentkammer betonte dazu, dass die Auswanderung der polnischen Mädchen aus dem Fürstentum nicht erwünscht sei. Es handelt sich hier offensichtlich um das Befolgen der königlichen Richtlinien, die zum Zweck hatten, den deutschen Charakter der Provinzhauptstadt Posen zu fördern und in keiner Weise zu beeinträchtigen, zumal die nationalen Animositäten zu der Zeit bereits ausgeprägt waren. Die Germanisierung von Polen nahm neue Gestalten an. Ihre Rechte wurden allmählich begrenzt, was wiederum zur Reorganisation im patriotischen Sinne und Selbstverteidigung der Polen führte. Insofern entdeckten die Polen ihr Polentum wieder, begannen ihre Traditionen, die patriotische Erziehung erneut zu pflegen und verstanden sich bewusster als eine Gemeinschaft und Nation. Die Germanisierung erreichte also das Gegenteil dessen, was sie erreichen wollte. Einen zusätzlichen Faktor bildete hier auch der mögliche Verlust von nötigen Arbeitskräften im Fürstentum Krotoszyn, der durch die Ablehnung der Subventionsbitte für das St. Hedwigsheim gehemmt und nicht gefördert werden sollte. Dementsprechend schlug die fürstliche Verwaltung zwei Fliegen mit einer Klappe, sowohl der Fürst als auch die königlichen Behörden profitierten im Endeffekt von der Entscheidung. Auf herrschaftlicher Ebene ist hier auch das typische Konstrukt zu sehen. Die Fürstliche Rentkammer wollte nichts gegen die königlichen Behörden unternehmen, insbesondere dann, wenn sie offiziell gewarnt wurde, dass es sich um eine polnisch-nationale Initiative handelt und sich zudem auch noch pragmatische Gründe für die Ablehnung gefunden haben. An diesem Beispiel lässt sich das Schema der verschiedenen Herrschaftsinstanzen gut nachvollziehen; die eine war größer und hatte mehr Einfluss, die andere war einflussreich, aber nicht gleichrangig mit dem Staat. Die fürstliche Herrschaft richtete sich nach den Vorgaben der provinziellen königlichen Behörden. Die Repräsentanten des Königs lieferten schließlich der Fürstlichen Rentkammer die Informationen über die St. Hedwigs-Asyl in Posen. Auf symbolischer Ebene gehorchte der Fürst von Thurn und Taxis als Lehnsherr dem Senior. Es war somit ein Zusammenspiel der Akteure, eine Herrschaft über die Herrschenden.

Die Fürstliche Rentkammer unterstützte auch Kinderheime. Aus dem Bericht der Beamten erfahren wir, dass der Verein „Kinderheim“ aus Krotoszyn sich an die fürstlichen Beamten mit der Bitte um Unterstützung für den Bau eines neuen Vereinshauses gewendet hat.<sup>2849</sup> Das Gebäude, das die Stadt Krotoszyn bisher zu Verfügung gestellt hatte, war baufällig und für das neue brauchte der Verein 12.000 Mark.<sup>2850</sup> Den Tätigkeitsrahmen

---

<sup>2849</sup> Vgl. FTTZA, DK 20739: Schloss Krotoszyn 9. Juli 1902.

<sup>2850</sup> Vgl. FTTZA, DK 20739: Schloss Krotoszyn 9. Juli 1902.

des Vereins kann man als eine Kleinkinderbewahrungsanstalt umschreiben, in der Kinder bis zum 6. Lebensjahr betreut wurden.<sup>2851</sup> Die Eltern der Kinder gehörten der armen Arbeiterschaft an und konnten den Kindern keine Betreuung garantieren, da sie als Tagelöhner auf den Gütern in der Umgebung arbeiteten.<sup>2852</sup> Der Verein „Kinderheim“ wurde aus den Beiträgen der Vereinsmitglieder finanziert und an ihrer Spitze stand Prinzessin Anna von Reuhs XIII auf Baschkow.<sup>2853</sup> Die Fürstliche Rentkammer entschloss sich eine relativ hohe Spende zu beantragen, nämlich 1.000 Mark.<sup>2854</sup> Die Beamten argumentierten, dass der Verein die „Verwahrlosung der Jugend“ bremsen wird und dass er rein menschlich betrachtet von „allgemeiner Bedeutung“ ist.<sup>2855</sup> Außerdem wurden dem Verein „Kinderheim“ durch die fürstliche Vermittlung des Hofmarschallamtes seit Jahren 100 Mark aus der kaiserlichen Schatulle ausbezahlt. Zusätzlich unterstützte die königliche Regierung das ganze Unternehmen. Aus diesen Gründen wurde das Gesuch des Vereins in Regensburg genehmigt.<sup>2856</sup> Es wäre schließlich nicht besonders taktvoll gewesen, wenn der Fürst abgesagt oder nur eine symbolische Spende getätigt hätte. Wenn hinter den Wohltätigkeitsinitiativen, egal ob es private oder staatliche waren, wichtige Personen, regionale oder staatliche Behörden standen, war die Unterstützung der Armen und Bedürftigen, von Vereinen oder Anstalten aus den fürstlichen Mitteln nahezu garantiert. In solchen Fällen wurde fast ausnahmslos eine Spende durch die fürstliche Verwaltung und den Fürsten von Thurn und Taxis genehmigt. Dies bestätigen auch zahlreiche bereits erwähnte Beispiele aus den Quellen, die sich in den hundert Jahren der Existenz des Fürstentums Krotoszyn wiederholen. Dieses Muster bestätigt auch das Beispiel des Vaterländischen Frauen-Vereins in Krotoszyn, dessen Aufgabe es war, die Armen zu unterstützen.<sup>2857</sup> So wandte sich am 24. Dezember 1907 die Vorsitzende des Vereins, Frau Wally Hahn, zugleich Ehefrau des Landrats Hahn, um einen Zuschuss in Höhe von 150 Mark.<sup>2858</sup> Diese Summe wurde ausdrücklich durch die Vorsitzende genannt, weil in den vorherigen Jahren die Spende genau so viel betragen hatte.<sup>2859</sup> Das Geld wurde am 29. Dezember 1907 beantragt und am 8. Januar 1908 in Regensburg genehmigt.<sup>2860</sup> In den nächsten Jahren wurde die Unterstützung des Vaterländischen Frauen-Vereins in Krotoszyn fortgesetzt.<sup>2861</sup> Auch der Vaterländische Frauen-Verein in Adelnau bekam im Jahre 1917 130 Mark als

---

<sup>2851</sup> Vgl. FTTZA, DK 20739: Schloss Krotoszyn 9. Juli 1902.

<sup>2852</sup> Vgl. FTTZA, DK 20739: Schloss Krotoszyn 9. Juli 1902.

<sup>2853</sup> Vgl. FTTZA, DK 20739: Schloss Krotoszyn 9. Juli 1902.

<sup>2854</sup> Vgl. FTTZA, DK 20739: Schloss Krotoszyn 9. Juli 1902.

<sup>2855</sup> Vgl. FTTZA, DK 20739: Schloss Krotoszyn 9. Juli 1902.

<sup>2856</sup> Vgl. FTTZA, DK 20739: Schloss Krotoszyn 30. Juli 1902.

<sup>2857</sup> Vgl. FTTZA, DK 20740: Gesuche von Gemeinden, Vereinen, Corporationen, Vol. II, Krotoszyn 24. Dezember 1907.

<sup>2858</sup> Vgl. FTTZA, DK 20740: Krotoszyn 24. Dezember 1907.

<sup>2859</sup> Vgl. FTTZA, DK 20740: Krotoszyn 24. Dezember 1907.

<sup>2860</sup> Vgl. FTTZA, DK 20740: Regensburg 8. Januar 1908.

<sup>2861</sup> Vgl. FTTZA, DK 20740: Gesuche von Gemeinden, Vereinen, Corporationen.



Gnadengeschenk für die Beschaffung von Brennmaterial.<sup>2862</sup> Die Vorsitzende war auch hier die Frau des Landrats Knoll. Der Adelnauer Verein erhielt bereits in früheren Jahren eine Spende für die Anschaffung von Material zum Heizen.<sup>2863</sup> Mit der sich im Krieg monatlich verschlechternden Versorgungssituation begann auch die Fürstliche Rentkammer sich in der Kinderfürsorge im Kreise Krotoszyn zu engagieren.<sup>2864</sup> Zahlreiche Kinder wurden wegen der schlechten Ernährungssituation aus den westlichen Industriegebieten des Deutschen Reiches evakuiert und mussten nunmehr untergebracht und unterhalten werden. Es handelte sich dabei um ca. 1.000 Kinder; mit 250 Kindern, die eingetroffen waren, gab es zunächst Probleme in Zusammenhang mit der Unterkunft, weil verschiedene Besitzer wegen der Religion, des Geschlechts oder des Alters der Kinder plötzlich abgesagt hatten.<sup>2865</sup> Diese Kinder wurden notgedrungen für gewisse Zeit in der Stadt untergebracht, entweder bei Familien oder in den Anstalten.<sup>2866</sup> Von der Fürstlichen Rentkammer wurde verlangt 20 Kinder im fürstlichen Schloss für 3–4 Monate unterzubringen, was jedoch durch die fürstlichen Beamten abgelehnt wurde.<sup>2867</sup> Als Begründung wurden Verpflegungs- und Einrichtungsschwierigkeiten sowie mangelnde Möglichkeiten zur Beaufsichtigung der Kinder angegeben.<sup>2868</sup> Die fürstliche Verwaltung nahm Kontakt mit dem Fürsorgeausschuss auf und es stellte sich heraus, dass die Unterbringung von Kindern gegen eine Verpflegungsentschädigung auch bei den Bauern möglich war.<sup>2869</sup> Die Fürstliche Rentkammer stellte deshalb einen Antrag auf eine einmalige Beihilfe für die Kinder.<sup>2870</sup> Am 10. Juli 1917 wurde in Regensburg eine Spende in einer Höhe von 1.000 Mark für die Kinder aus den westlichen Industriegebieten genehmigt.<sup>2871</sup> Besondere Umstände wie Krieg, Kataklysmen oder Missernten, Preissteigerungen, wie in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, spielten immer noch eine Rolle und wurden durch die fürstliche Verwaltung berücksichtigt; dies geschah sowohl zu Gunsten der Armen als auch im Namen der Wohltätigkeitsausübung des Fürsten.

Die Kriegslage wurde auch bei der Unterstützung des evangelischen Armenvereins in Adelnau berücksichtigt.<sup>2872</sup> So hatte der Armenverein in Adelnau, ähnlich wie der Armenverein in Krotoszyn, im Jahre 1916 zahlreichen Hasen als Weihnachtsgeschenk be-

---

<sup>2862</sup> Vgl. FTTZA, DK 20740: Schloss Krotoszyn 15. Dezember 1917.

<sup>2863</sup> Vgl. FTTZA, DK 20740: Schloss Krotoszyn 15. Dezember 1917.

<sup>2864</sup> Vgl. FTTZA, DK 20740: Schloss Krotoszyn 3. Juli 1917.

<sup>2865</sup> Vgl. FTTZA, DK 20740: Schloss Krotoszyn 3. Juli 1917.

<sup>2866</sup> Vgl. FTTZA, DK 20740: Schloss Krotoszyn 3. Juli 1917.

<sup>2867</sup> Vgl. FTTZA, DK 20740: Schloss Krotoszyn 3. Juli 1917.

<sup>2868</sup> Vgl. FTTZA, DK 20740: Schloss Krotoszyn 3. Juli 1917.

<sup>2869</sup> Vgl. FTTZA, DK 20740: Schloss Krotoszyn 3. Juli 1917.

<sup>2870</sup> Vgl. FTTZA, DK 20740: Schloss Krotoszyn 3. Juli 1917.

<sup>2871</sup> Vgl. FTTZA, DK 20740: Regensburg 10. Juli 1917.

<sup>2872</sup> Vgl. FTTZA, DK 20740: Fürstliches Forstamt Krotoszyn 19. Januar 1918.

kommen.<sup>2873</sup> Im Jahre 1917 war eine derartige Spende nicht möglich, da das Wild größtenteils beschlagnahmt wurde.<sup>2874</sup> Die Fürstliche Rentkammer beantragte deshalb eine Spende für den evangelischen Armenverein in Höhe von 100 Mark, weil eine Holzspende mehr gekostet hätte und – vor allem wegen der Zufuhr – komplizierter gewesen wäre.<sup>2875</sup> Obwohl die fürstlichen Beamten an der Situation keine Schuld traf, waren sie bereit sich dafür einzusetzen, dass die „Hasenspende“ in eine Geldspende umgewandelt wird, um das Leiden der armen Bevölkerung in der schwierigen Kriegslage zumindest ein wenig zu mildern. Die Unterstützung des Fürsten begrenzte sich nicht nur auf die Armenversorgung; seine Wohltätigkeit ging darüber hinaus und umfasste auch die Kriegsgeschädigten.<sup>2876</sup> Der vorsitzende Landeshauptmann des Fürsorgeausschusses für Kriegsgeschädigte in der Provinz Posen wandte sich am 25. April 1918 an den Fürsten von Thurn und Taxis mit der Bitte um einen Beitrag für die so genannte „Ludendorff-Spende“.<sup>2877</sup> Zu diesem Sammelausschuss gehörten in der Provinz Posen prominente Personen wie der Oberpräsident und die stellvertretenden Kommandierenden-Generale der V. und II. Armee.<sup>2878</sup> Einem so hohen Gremium konnte der erste Standesherr der Provinz natürlich die Bitte nicht abschlagen, zumal Fürst Albert von Thurn und Taxis selbst während des Ersten Weltkrieges in der V. Armee diente.<sup>2879</sup> Es war also auch eine Privatangelegenheit, weil hier eine persönliche Verbindung zu den Menschen bestand. Der Fürst unterstützte die Kriegsbeschädigten großzügig mit einer Spende von 5.000 Mark.<sup>2880</sup> Ein Zeichen für die patriotische Gesinnung des Fürsten und das Verständnis der schwierigen Lage des Vaterlandes im Krieg.

### *Armenpflege und die Herrschaft*

Die Quellen über die Armenpflege im Fürstentum Krotoszyn berichten in erster Linie von Armenunterstützung in Zusammenhang mit Hungersnöten, Krankheit, Alter oder Minderjährigkeit. Nicht selten lebten konkrete Personen und ihre Familien bereits lange davor in existenzieller Not. Die Wohltätigkeitsinitiativen des Fürsten und seiner Beamten im Fürstentum erstreckten sich auch auf die Gemeinden, Vereine, in der Regel zu Gunsten der

---

<sup>2873</sup> Vgl. FTTZA, DK 20740: Fürstliches Forstamt Krotoszyn 19. Januar 1918.

<sup>2874</sup> Vgl. FTTZA, DK 20740: Fürstliches Forstamt Krotoszyn 19. Januar 1918.

<sup>2875</sup> Vgl. FTTZA, DK 20740: Fürstliches Forstamt Krotoszyn 19. Januar 1918.

<sup>2876</sup> Vgl. FTTZA, DK 20740: Schloss Krotoszyn 25. April 1918.

<sup>2877</sup> Vgl. FTTZA, DK 20740: Schloss Krotoszyn 25. April 1918.

<sup>2878</sup> Vgl. FTTZA, DK 20740: Schloss Krotoszyn 25. April 1918.

<sup>2879</sup> Vgl. FTTZA, HMA 1812: Reisen. Krotoschin, 1913–1918 und FTTZA, HMA 1861: Kriegsausbruch 1914. Der Europäische Krieg. 1914–1917.

<sup>2880</sup> Vgl. FTTZA, DK 20740: Schloss Krotoszyn 29. Mai 1918.

Armen, die außerhalb der fürstlichen Besitzungen wohnten. Sie waren auch teilweise regional ausgerichtet und konnten sich „provinzweit“ erstrecken. Wie wir bereits gesehen haben, liefern die Akten umfangreiche Informationen über die Armenpflege als Herrschaftspraxis im Fürstentum Krotoszyn. Die Auswahl an konkreten Fällen wurde bewusst getroffen, um Handlungsmuster und gewisse Tendenzen im Verlauf des langen 19. Jahrhunderts bis zum Ersten Weltkrieg aufzuzeigen. Die oben dargestellten Beispiele belegen, dass zwischen den ersten Jahrzehnten der Existenz des Fürstentums Krotoszyn ein grundsätzlicher Unterschied im Vergleich zur zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zu beobachten ist. In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts ist die Sprache eine ganz andere und die Bezugnahme auf die Prestigestellung des Fürsten von Thurn und Taxis als ersten Standesherrn im Großherzogtum Posen scheint noch eine wesentliche Rolle zu spielen. Wiederholte Nennung der Wohltätigkeit, Bezugnahme auf die fürstlichen Voreltern gehören zu den oft gebrauchten rhetorischen Mitteln und die persönliche Bezugnahme auf die Situation der Notleidenden runden den standesherrlichen Wohltätigkeits- und Herrschaftsstil ab. Ähnliche Unterschiede sind auch in den ersten zwei Reisen des Fürsten von Thurn und Taxis nach Krotoszyn im Vergleich zu den restlichen Reisen vom Ende des 19. Jahrhunderts bis zu den letzten Reisen des Fürsten in sein Fürstentum zu sehen. Bei der Behandlung der Brände und in Bezug auf die Hilfe für die brandgeschädigten Untertanen lässt sich eine vergleichbare Dialektik der Herrschaft festhalten; ebenso wie patrimoniale und traditionsorientierte Herrschaftsansprüche, die sich anhand der Einstellung gegenüber der armen Bevölkerung, die diesen Ansprüchen weiterhin genehm sein sollte, zeigen, obwohl natürlich die materiellen Aspekte schon am Anfang des 19. Jahrhunderts eine wohl sichtbare Rolle spielten. Finanzielle Faktoren bestimmten zwar nicht selten die Argumentation und die Entscheidungsprozesse der fürstlichen Beamten in Krotoszyn, der Domänen-Ober-Administration, des Immediatbüros bzw. ab Juli 1881 der Domänen-Kammer und de facto des Fürsten in Regensburg, sie waren aber noch nicht entscheidend bzw. so ausgeprägt und sichtbar wie in der späteren Zeit. Dies hatte viele Ursachen. Die Rolle von Prestige scheint zu Anfang wesentlich wichtiger zu sein. Die adeligen Standesherrn in Preußen sonnten sich noch im Glanz des adeligen Selbstverständnisses und verteidigten die übrigen standesherrschaftlichen Bastionen; schließlich gab es zu der Zeit noch etwas zu verteidigen bzw. konnte in den Augen der Standesherrn der Prozess, der sie zu Einbußen in ihren Rechten zwang, verlangsamt werden.

Mit den rechtlichen Umstellungen und den Gesetzen über die Armenpflege aus den Jahren 1842/43 kamen im Endeffekt zusätzliche Pflichten und Lasten im Bereich der Armenpflege hinzu, die aus dem Freizügigkeitsprinzip und dem Erwerb eines Unterstützungswohnsitzes resultierten. Durch die Gesetze aus dem Jahr 1870 wurde dieser Zustand nochmals bekräftigt; man führte lediglich vereinzelte Änderungen ein. Seit dem Zeitpunkt

konnten die staatlichen Behörden im Rahmen der Armenpflege durchsetzen, dass alle Bedürftigen, die den Unterstützungswohnsitz in den fürstlichen Gütern erworben haben, auch unterhalten werden. Die fürstliche Seite hatte somit keine Wahl. Abgesehen von den Fällen, in denen es der Fürstlichen Rentkammer gelungen ist diese Pflichten zu umgehen bzw. die preußischen Behörden von der Angelegenheit fern zu halten, da ein Kompromiss zwischen den einzelnen Akteuren geschlossen wurde, bestand ein gesetzlich begründeter Zwang die neuen Gesetze über die Armenpflege durch die fürstliche Seite zu respektieren und auch zu erfüllen. Dies führte zur sparsamen Herrschaftspolitik gegenüber den Untertanen und zur Umstellung von Handlungsmustern, um zusätzliche Kosten zu vermeiden. Die Pächter mussten die Armenlasten für die Armen in den neuen Pachtverträgen übernehmen; die Armen selbst hatten die Möglichkeit über die Hilfe zu verhandeln, wenn sie einen Konsens mit den fürstlichen Beamten gesucht und ihn auch akzeptiert haben. Der Verhandlungsspielraum für die Armen wurde somit erweitert bzw. ihnen bot sich seither überhaupt eine Verhandlungsbasis, auf der sie ihre Rechte einfordern oder einen Kompromissvorschlag einbringen konnten. Für die fürstlichen Beamten bedeuteten die neuen Reformen prinzipiell mehr Pflichten. Sie wurden sogar in Krisenzeiten, wie in der zweiten Hälfte der 40er Jahre des 19. Jahrhunderts, durch den preußischen Staat dazu gezwungen, unentgeltlich die Armenpflege für gewisse Perioden zu übernehmen.

Mit den zunehmenden Pflichten wurde die Armenpflege in Folge immer mehr als eine Last empfunden und weniger als Mittel zur Steigerung des Prestiges des Adelshauses. Zusätzliche Wohltätigkeitsinitiativen wurden eingeschränkt. Die gesetzliche Verpflichtung führte dazu, dass man von Eigeninitiativen im Bereich der Armenpflege zunehmend mehr Abstand nahm. Seit der Zeit konnten die fürstlichen Beamten aus rein rechtlich-technischen Gründen weniger flexibel reagieren, wenn sie auf Widerstand für eine Kompromisslösung gestoßen sind. Ihr Spielraum war um einiges eingeschränkt. Die Abschaffung der Position der Standesherrn mit der preußischen Verfassung vom 31. Januar 1850 führte dazu, dass die restlichen Rechtsinstitutionen der Standesherrn aufgehoben wurden, was im Zusammenhang mit der deklarierten Gleichheit aller Staatsbürger vor dem Gesetz stand.<sup>2881</sup> Ab dem Zeitpunkt hatten außer dem preußischen König alle Bürger offiziell die gleichen Rechte. Der Position und dem Ansehen des Fürsten von Thurn und Taxis als des ersten Standesherrn in der Provinz Posen war dies natürlich nicht dienlich. In 31 Jahren nach der Entstehung des Fürstentum Krotoszyn verschwanden die wichtigsten Rechte der Standesherrn in Preußen nahezu vollständig; in den nächsten Jahrzehnten wurde dieser Prozess der Entmachtung der Standesherrn zu Ungunsten der Standesherr-

---

<sup>2881</sup> Vgl. SCHULZE, Hagen: Preußen von 1850 bis 1871. Verfassungsstaat und Reichsgründung, in: BUSCH, Otto (Hg.), Handbuch der preussischen Geschichte. Das 19. Jahrhundert und Große Themen der Geschichte Preußens, Bd. 2, Berlin/New York 1992, S. 293–374; S. 303.

### *Wohltätigkeit im Fürstentum Krotoszyn im böhmisch-englischen Vergleich*

ren und zu Gunsten des Staates abgeschlossen. Das Fürstentum Krotoszyn wurde schon im Jahre 1819, in der Zeit des schwindenden Einflusses des Adels und vor allem des schnell schrumpfenden Postmonopols der Familie von Thurn und Taxis, eher als Investition in Landwirtschaft und Forsten verstanden. Dennoch ist aber erst ab den 50er Jahren des 19. Jahrhunderts ein deutlich abzeichnender Trend im Fürstentum Krotoszyn zu beobachten, der die volle Umgestaltung der Verhältnisse zeigt. Die Erwirtschaftung von Gewinnen und die Reduzierung von Ausgaben stehen im Mittelpunkt. Am Beispiel der Armenpflege im Fürstentum Krotoszyn kann nachgewiesen werden, dass die zunehmenden Armenlasten, die aus der neuen Rechtslage und wirtschaftlichen Situation resultieren, mehr als Gefahr für die Erträge gesehen wurden als zuvor. Die Anspruchsbasis der Armen war größer. Der Fürst war im Endeffekt dazu gezwungen mehr für die Armen zu leisten als früher. Solche Verpflichtungen existierten in solchen Ausmaßen davor nicht. Spenden und Wohltätigkeit sah man in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts vielmehr als Verteidigung des eigenen Prestiges und der Position, sowohl des Fürsten als auch der fürstlichen Verwaltung. Anders ausgedrückt, spielten in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts die finanziellen Erwartungen eine wichtigere Rolle, während die repräsentative Zwecke in den Hintergrund traten. Seither war man darauf angewiesen, die eigenen finanziellen Interessen zu verfolgen; das fürstliche Prestige wurde zweitrangig. Es war auch ein Zeichen dafür, dass die adelige Herrschaft der Standesherrn ihre besten Zeiten schon längst hinter sich hatte. Anders jedoch in Krisenzeiten wie im Falle von Hungersnöten, Krieg usw., in denen im Namen des Fürsten in der Regel tatkräftig geholfen wurde. Die rechtlichen Änderungen beeinflussten die Handlungsrahmen der fürstlichen Beamten, preußischen Behörden, der Vereine und der Armen. Die Akteure passten ihre Handlungen an die gegebenen Umstände an, um eigene Interessen zu schützen. Die fürstlichen Beamten wussten jedoch wohl wie sie sich die gesetzlichen Änderungen zunutze machen konnten. Dies betrifft aber auch die anderen Akteure. Die preußischen Behörden, die Gemeinden, Vereine und die Armen spielten ihre rechtlichen Möglichkeiten soweit es ging geschickt aus.

### *Wohltätigkeit im Fürstentum Krotoszyn im böhmisch-englischen Vergleich*

Wie im Fürstentum Krotoszyn, so war auch in England und Böhmen die adelige Herrschaft spätestens ab der Mitte des 19. Jahrhunderts nichts mehr als ein Abglanz auf die

vergangene Macht.<sup>2882</sup> Der Anspruch auf Herrschaft über „Land und Leute“ – wie Tönsmeier immer wieder betont – besaß ab dem Zeitpunkt keine rechtliche Basis und fand auch keinen Rückhalt (beim Volk) mehr.<sup>2883</sup> Die Ausübung der adeligen Herrschaft hieß seither die Interessen anderer Gruppen zu berücksichtigen. Dies funktionierte auf ähnliche Weise im Fürstentum Krotoszyn, wo die preußischen Behörden, die fürstlichen Beamten und Vereine sowie einzelne Personen, wie wir schon mehrmals gesehen haben, toleriert und aus verschiedenen Anlässen unterstützt wurden. In England und Böhmen bedeutete dies, dass die einflussreichen Personen unter den Beherrschten auf eine Befriedigung eigener Interessen und Bedürfnissen zählen konnten.<sup>2884</sup> Als wichtigen Faktor für eine stabile Herrschaft identifiziert Tönsmeier die Tatsache, dass die Adelsfamilie oder der Herrscher auf ihren Gütern wenigstens zeitweise präsent und die Herrschaftserfahrung der Untertanen lang genug war.<sup>2885</sup> Erst dann konnte sich eine Beziehung zwischen dem Herrscher und den Beherrschten entwickeln. Dazu mussten zwei Bedingungen erfüllt werden, nämlich bei den Konflikten durfte keine Gewalt angewendet werden und die Beherrschten sollten auch Nutzen aus der Herrschaft ziehen.<sup>2886</sup> Tönsmeier bezieht sich in der Beschreibung der Wohltätigkeit auf den Philosophen und Soziologen François Ewald.<sup>2887</sup> Die Bedeutung der Wohltätigkeit ist hier außer der gewährten Unterstützung vor allem eine soziale Beziehung zwischen dem Herrscher und den Beherrschten.<sup>2888</sup> Die Untertanen sollten dabei spüren, dass der Patron sich um ihr eigenes körperlich-seelisches Wohlbefinden kümmert, dass die Unterstützung freiwillig ist und die Hilfe nicht nur eine administrative Maßnahme.<sup>2889</sup> Erst auf dieser Grundlage können väterlich-familiäre Beziehungen zwischen den einzelnen Akteuren entstehen.<sup>2890</sup> Dabei ist wichtig, dass der Herrscher präsent ist. Die unpersönliche und bürokratische Verwaltung birgt die Gefahr in sich, dass die sozialen Beziehungen beispielsweise in der adeligen Großgrundbesitzung verschwimmen.<sup>2891</sup> Im Fürstentum Krotoszyn wurde die bewilligte Unterstützung für die Armen immer akzentuiert, wenn sie nicht obligatorisch war. Auf der anderen Seite war der Fürst kaum in seinen Besitzungen in der Provinz präsent. In den von Tönsmeier untersuchten Beispielen aus England und Böhmen scheint jedoch die Präsenz der adeligen Herrscher auf ihren Gütern, das Kennen der Arbeitsbedingungen essenziell gewesen zu

---

<sup>2882</sup> Vgl. TÖNSMEYER, Tatjana: Adelige Moderne. Großgrundbesitz und ländliche Gesellschaft in England und Böhmen 1848–1918, in: ECKERT, Andreas, RÜCKERT, Joachim (Hg.), Industrielle Welt. Schriftenreihe des Arbeitskreises für moderne Sozialgeschichte, Bd. 83, Wien/Köln 2012, S. 193.

<sup>2883</sup> Vgl. TÖNSMEYER, Tatjana: Adelige Moderne, Wien/Köln 2012, S. 193.

<sup>2884</sup> Ebd., S. 193.

<sup>2885</sup> Ebd., S. 194.

<sup>2886</sup> Ebd., S. 194.

<sup>2887</sup> Ebd., S. 196ff.

<sup>2888</sup> Ebd., S. 196–197.

<sup>2889</sup> Ebd., S. 197.

<sup>2890</sup> Ebd., S. 197.

<sup>2891</sup> Ebd., S. 197.

sein.<sup>2892</sup> Im Fürstentum Krotoszyn waren es in erster Linie die fürstlichen Beamten, die explizite Kenntnis der Arbeits- und Lebensverhältnisse besaßen, was gut belegt ist.

Wie sah aber zum Vergleich die von den Adligen ausgeübte Wohltätigkeit und Armenunterstützung in England und Böhmen in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhundert aus? Konkret sind es, wenn man die Gesuche unterteilt, vor allem Bitten um Unterkünfte, Hilfsgesuche nach Unfällen, Gewährung von Pension, Brennholz, die Deckung von Begräbniskosten, Anschaffung von Bibeln, Unterstützung von wohltätiger Basaren.<sup>2893</sup> Sowohl in Böhmen als auch in England war es gängig Weihnachtsgeschenke zu verteilen wie dies der Earl of Shrewsbury mit seiner Frau in seiner Grafschaft tat oder Graf Kollowrat, der nur in den 60er Jahren des 19. Jahrhunderts mehrere Weihnachtsgeschenke für ca. 240 Personen auf dem Gut Březnice verschenkt hatte.<sup>2894</sup> Im Fürstentum Krotoszyn waren solche Geschenke selten und betrafen eher konkrete Vereine, die um solche Hilfe baten. Bevorzugt wurde eine kontinuierliche Hilfe für die Armen der Stadt Krotoszyn, die an den Magistrat als jährliche Subvention ausbezahlt wurde; dazu kam oft auch ein Kontingent von Brennholz. Die englischen und böhmischen Beispiele belegen, dass die adeligen Kinder am Nikolaustag, Gebäck und Kleidung an die armen Kinder verteilten oder wie das Beispiel der Sophie Gräfin Waldstein aus der Herrschaft Stiahlau und Kotzenitz zeigt, dass arme Schulkinder zu den Feiertagen mit Kleidung, Strümpfen und Schuhen versorgt wurden.<sup>2895</sup> Solche Herrschaftspolitik hatte zum Ziel, die Untertanen an die Herrschaft zu binden sowie positive Konnotationen zu schaffen.<sup>2896</sup> Im Fürstentum Krotoszyn wurden statt Sachgeschenken, freiwillige monatliche, jährliche oder einmalige Geldspenden bevorzugt. Der Fürst von Thurn und Taxis und seine Familie waren schließlich zu den wichtigen Feiertagen, außer der wenigen Besuche, nie da, um selbst aktiv zu besonderen Anlässen Wohltätigkeit zu üben oder um sich persönlich vor Ort zu diesem Zweck einbringen zu können. Das bedeutet natürlich nicht, dass verschiedene Initiativen im Bereich der Wohltätigkeit nicht unterstützt wurden. Vielmehr wurden sie großzügig ergriffen. Bevor es zur Erteilung einer Spende oder von Geschenken kam, holten die adeligen in Böhmen genaue Auskünfte über die Lebensverhältnisse der Betroffenen, wie dies beispielsweise die Gräfin Waldstein tat, bevor sie Geldspenden an weibliche Bewohner des Armenhauses erteilte.<sup>2897</sup> Nicht anders war es im Fürstentum Krotoszyn, wo die fürstlichen Beamten, oft mit Hilfe von preußischen Behörden, die gesammelten Informationen über den Armen protokollierten und in den Berichten wiedergaben. Insbesondere im vik-

---

<sup>2892</sup> Ebd., S. 198.

<sup>2893</sup> Ebd., S. 200–201.

<sup>2894</sup> Ebd., S. 202–203.

<sup>2895</sup> Ebd., S. 203.

<sup>2896</sup> Ebd., S. 203.

<sup>2897</sup> Ebd., S. 203.

torianischen England unterteilte man die Armen in zwei Gruppen, in die so genannten „deserving poor“ und „non-deserving poor“.<sup>2898</sup> Zu der ersten Gruppe zählten Alte und Kranke, die ihr Einkommen nicht selbst bestreiten konnten und deren Familien ebenfalls zu arm waren, um Ihnen helfen zu können.<sup>2899</sup> Die zweite Gruppe umfasste solche Personen, wie Vagabunden, Wilddiebe, Individuen, die sich Verfehlungen am Verhalten haben zuschulden kommen lassen, Probleme mit dem übermäßigen Gebrauch vom Alkohol oder uneheliche Kinder hatten.<sup>2900</sup> Prinzipiell war dies auch in Böhmen so, abgesehen von der Tatsache, dass Mängel am Verhalten unberücksichtigt blieben und solche Personen dennoch auf die adelige Unterstützung zählen konnten.<sup>2901</sup> Die Quellen über die Armenpflege im Fürstentum Krotoszyn lassen auf keine Kategorisierung der Armen schließen; ebenso wenig lassen sich Aussagen finden, dass moralische Gründe eine Rolle gespielt hätten, um eine Spende zu erteilen. Entscheidend war hier vielmehr die Tatsache, ob die bestimmte Person lange auf dem fürstlichen Gute beschäftigt war oder ob sie fleißig war. Im Zweifelsfall wurden die preußischen Behörden gefragt und erst dann entschieden die fürstlichen Beamten darüber, ob bestimmte Personen oder Vereine einer fürstlichen Unterstützung würdig waren oder auch nicht. Zu den wesentlichen Entscheidungsfaktoren kann man die gesetzlichen Pflichten, die eigenen finanziellen und herrschaftlichen Interessen sowie Prestigeaspekte zählen. Die böhmischen und englischen Adeligen konzentrierten ihre Hilfe auf die eigenen Güter.<sup>2902</sup> Eine Ähnlichkeit ist hier auch zu den fürstlichen Besitzungen im Fürstentum Krotoszyn zu erkennen. Teilweise war die Zugehörigkeit der Person sogar Grund genug, um eine Geldspende zu genehmigen. Es war wichtig, dass es sich um die direkten Untertanen des Fürsten handelte, wenn es um die Frage der Unterstützung ging. Die Untertanen des Fürsten von Thurn und Taxis im Fürstentum Krotoszyn betonten auch immer wieder die langjährige Dienstzeit, wenn sie auf den fürstlichen Besitzungen beschäftigt waren. Anspielungen auf Verbundenheit gegenüber dem Fürsten lassen sich ebenfalls nachweisen. Ähnliche Verhaltensweisen lassen sich in den von Tönsmeyer erwähnten Beispielen aus England und Böhmen finden.<sup>2903</sup> Finanzielle Aspekte wurden im Fürstentum Krotoszyn berücksichtigt, wenn es um die Frage der Armenunterstützung ging. Nicht anders war es in England und Böhmen.<sup>2904</sup> Im englischen Raum hatte beispielweise Lady Londonerry im Jahre 1895 einer alten Frau ihren Wunsch, weiterhin in einem Cottage zu wohnen, abgeschlagen, weil es billiger war,

---

<sup>2898</sup> Ebd., S. 204.

<sup>2899</sup> Ebd., S. 204.

<sup>2900</sup> Ebd., S. 204.

<sup>2901</sup> Ebd., S. 204.

<sup>2902</sup> Ebd., S. 205.

<sup>2903</sup> Ebd., S. 205–206.

<sup>2904</sup> Ebd., S. 209.



sie in einem Armenhaus oder bei ihrer Tochter unterzubringen.<sup>2905</sup> Auch die böhmischen Adeligen berücksichtigten die finanziellen Faktoren, wenn es um die Armenpflege ging.<sup>2906</sup> Es waren schließlich keine geringen Ausgaben, da z.B. in England in der Mitte des 19. Jahrhunderts für Wohltätigkeit ca. vier bis sieben Prozent des adeligen Bruttoeinkommens ausgegeben wurde.<sup>2907</sup> Tönsmeier bezeichnet die genaue Kontrolle der Ausgaben für die Armenpflege in Böhmen und England als Herrschaftspraktik und bezieht sich dabei auf die ökonomischen Interessen der Adeligen.<sup>2908</sup> Sie nennt jedoch nicht die entscheidenden Komponenten wie die Verhandlungen mit den Behörden, mit den Armen selbst und sonstigen Akteuren, die in den Quellen in der Regel en détail geschildert werden. Erst anhand dieser detaillierten Beschreibungen der Entscheidungsprozesse und Handlungsmuster lassen sich die Praktiken der Herrschaft des Adels aufdecken. Im Fürstentum Krotoszyn verrieten gerade die Akten über den Verlauf der Entscheidungsprozesse die wichtigsten Informationen über die Art der Herrschaft und ihre Praxis. Auf dieser Grundlage kann auch der Herrschaftsunterschied zwischen dem englisch-böhmischen Beispiel und dem Fürstentum Krotoszyn festgestellt werden. Die Demonstration der Nützlichkeit erwies sich als ein wichtiger Faktor für die Legitimation der paternalistischen Herrschaft des Adels, sowohl in England als auch in Böhmen.<sup>2909</sup> In England und Böhmen hatte die Wohltätigkeit durch ihre Nützlichkeit auf dem Lande eine gemeinschaftsbildende Funktion.<sup>2910</sup> Die Herrschaft des Adels wurde dadurch stabilisiert und die staatlichen Institutionen wurden von der adeligen Einflusszone ferngehalten.<sup>2911</sup> Diese Faktoren waren auch im Fürstentum Krotoszyn wichtig. Die gemeinschaftsbildende Funktion durch die Wohltätigkeit lässt sich zwar bestätigen, es ist jedoch schwer zu beurteilen, wie groß ihre Wirkung auf die Gesellschaft war. Ein englisches Herrschaftsinstrument im Bereich der Wohltätigkeit waren auch eigene adelige Schulstiftungen, hingegen fanden sich in Böhmen vor allem Armenstiftungen.<sup>2912</sup> Im Gegensatz zu den Armenstiftungen in Böhmen und den Schulstiftungen in England setzten die Thurn und Taxis im Fürstentum Krotoszyn weniger auf Armenstiftungen als vielmehr auf individuelle Wohltätigkeit als Instrument der eigenen Herrschaftspraxis. Was nicht heißen soll, dass fremden Armenstiftungen und Armenvereinen keine finanzielle Unterstützung gewährt wurde.

---

<sup>2905</sup> Ebd., S. 207.

<sup>2906</sup> Ebd., S. 207ff.

<sup>2907</sup> Ebd., S. 209.

<sup>2908</sup> Ebd., S. 209.

<sup>2909</sup> Ebd., S. 228.

<sup>2910</sup> Ebd., S. 225.

<sup>2911</sup> Ebd., S. 225.

<sup>2912</sup> Ebd., S. 226.

### 3.3 Spende für die Errichtung des Denkmals von Mieszko I. und Bolesław Chrobry

Das Großherzogtum Posen ist nach der Aufteilung des Herzogtums Warschau beim Wiener Kongress im Jahre 1815 zwischen dem Russischen Zarenreich und dem Königreich Preußen entstanden. Im Großherzogtum Posen war eine bescheidene Autonomie für die polnische Bevölkerung vorgesehen, unter anderem standen dem polnischen Adel die Posten innerhalb der Verwaltung offen, in Kirchen und Schulen sollte sprachliche Gleichberechtigung herrschen.<sup>2913</sup> Polnisch war neben dem Deutschen zweite Amtssprache.<sup>2914</sup> Der polnische Fürst Antoni Henryk Radziwiłł (1775–1833) hatte die repräsentative und diplomatische Funktion eines Staathalters im Großherzogtum Posen erhalten,<sup>2915</sup> wenngleich ohne Machteinfluss auf die Politik Preußens. Die Zeit der Autonomie im Großherzogtum Posen endete rasch, nachdem im benachbarten Königreich Polen ein nationaler Aufstand im Jahre 1830 gegen die russische Herrschaft ausgebrochen war.<sup>2916</sup> Polen, die im Großherzogtum lebten, unterstützten diesen Aufstand eifrig mit Geld und Waffenlieferungen; manche überschritten sogar die Grenzen und kämpften auf Seite der Aufständischen. Allein aus Posen kämpften ca. 3.000 Freiwillige im Novemberaufstand.<sup>2917</sup> Sogar Fürst Michał Radziwiłł beteiligte sich persönlich an dem Aufstand, worauf sein Bruder, der Statthalter des Großherzogtums Posen, Fürst Antoni Radziwiłł, Posen verlassen musste.<sup>2918</sup> Dieser Zustand beunruhigte natürlich die preußischen Behörden. Einen – wenn auch nur denkbaren – Aufstand im mehrheitlich durch Polen bewohnten Großherzogtum Posen, wollte man vermeiden. Nachdem der Novemberaufstand niedergeschlagen worden war, versuchte der preußische König, vor allem aus Angst, dass die Polen in der Zukunft versuchen würden ihre nationale Unabhängigkeit wieder zu erlangen, ab 1831 systematisch mit Hilfe seines Oberpräsidenten die Überreste der Autonomie im Großherzogtum abzuschaffen.

Vor 1831 war es sogar möglich gewesen, dass der preußische König Geld für die Entstehung eines Denkmals in einer Kapelle zu Ehren der ersten zwei polnischen Herrscher,

---

<sup>2913</sup> Vgl. ZERNACK, Klaus: Polen in der Geschichte Preußens, in: BUSCH, Otto (Hg.), Handbuch der preussischen Geschichte. Das 19. Jahrhundert und Große Themen der Geschichte Preußens, Bd. 2, Berlin/New York 1992, S. 377–448; S. 432.

<sup>2914</sup> Vgl. MIECK, Ilja: Preußen von 1807 bis 1850. Reformen, Restauration und Revolution, in: BUSCH, Otto (Hg.), Handbuch der preussischen Geschichte. Das 19. Jahrhundert und Große Themen der Geschichte Preußens, Bd. 2, Berlin/New York 1992, S. 3–292; S. 102.

<sup>2915</sup> Vgl. OSTROWSKA-KĘBŁOWSKA, Zofia: Denkmal Mieczysław I. Bolesław Chrobry. Entwürfe 1815–19, 1827–29, 1833–34 ausgeführt – nicht von Schinkel – als Königliche Kapelle im Dom, in: BÖRSCH-SUPAN, Helmut, RIEMAN, Gottfried, Die Provinzen Ost- und Westpreußen und Großherzogtum Posen (= Karl Friedrich Schinkel Lebenswerk, Bd. 18), München/Berlin 2003, S. 206–231, S. 134.

<sup>2916</sup> Vgl. MIECK, Ilja: Preußen von 1807 bis 1850, S. 103.

<sup>2917</sup> Vgl. OSTROWSKA-KĘBŁOWSKA, Zofia: Denkmal Mieczysław I. Bolesław Chrobry, S. 135.

<sup>2918</sup> Ebd., S. 135.

### 3.3 *Spende für die Errichtung des Denkmals von Mieszko I. und Bolesław Chrobry*

den für die Christianisierung Polens verantwortlichen Herzog Mieszko I. (ca. 945–992) und den ersten polnischen König Bolesław Chrobry (967–1025), spendet. Unter den Spendern befand sich auch der Fürst von Thurn und Taxis, der als Fürst von Krotoszyn Geld für diesen Zweck aufbrachte.<sup>2919</sup> Die Initiative zur Errichtung des Denkmals zu Ehren des Herzog Mieszko I. und Königs Bolesław Chrobry geht auf Teofil Wolicki (1768–1829) zurück. Er verwaltete seit dem Tode von Erzbischof Tymoteusz Gorzeński (1743–1825) im Jahr 1825 als Kapiteltvikar die Diözesen Gnesen und Posen.<sup>2920</sup> Am 19. Dezember 1827 bat er den Landtagspräsidenten Fürst Antoni Paweł Sułkowski (1785–1836), sich beim preußischen König dafür einzusetzen.<sup>2921</sup> Fürst Sułkowski war Inhaber und Majoratsherr des Fideikommisses Rydzyna (dt. Reisen) und der benachbarten Güter.<sup>2922</sup> Er arbeitete zusammen mit dem Statthalter Antoni Radziwiłł und den Erzbischöfen Gorzeński und später mit dem zum Erzbischof ernannten Wolicki zusammen und reiste oft nach Berlin, um die Angelegenheiten des Großherzogtums Posen zu regeln.<sup>2923</sup> Sułkowski empfahl die meisten patriotischen Passagen im Text zu streichen und ihn auch auf Deutsch zu verfassen.<sup>2924</sup> Nachdem diese Änderungen vorgenommen worden waren, wandte er sich an den König, der seine offizielle Zustimmung am 8. Januar 1828 erteilte.<sup>2925</sup> Der Aufruf zur Spende für das Denkmal erschien am 8. Februar 1828 in Form eines Flugblattes und am 23. Februar in den beiden Ausgaben der „Zeitung des Großherzogtums Posen“.<sup>2926</sup> Der doppelsprachig (rechte Spalte in Polnisch und linke Spalte in Deutsch) abgedruckte Spendenaufruf aus dem Jahre 1828 vom Domprobst Teofil Wolicki für die Errichtung einer neuen Kapelle für die beiden polnischen Herrscher in der Posener Kathedrale beginnt mit der Anrede „Mitbürger!“ (an die Deutschen) und „Rodacy!“ (poln. Landsleute). Wolicki wurde im Mai gleichen Jahres zum Erzbischof der Diözese Gnesen und Posen gewählt.<sup>2927</sup> Insgesamt benötigte man für die Durchführung des Projektes 54.000 Gulden bzw. Złoty.<sup>2928</sup> Wolicki wandte sich in erster Linie an den preußischen König Wilhelm III., der als erster Stifter die Spende übergeben sollte und begründete die Zweckmäßigkeit dieses polnischen Projekts folgendermaßen:

„Aus der vaterländischen Geschichte ist euch bekannt, daß die sterblichen Ueberreste Miecislaus des I. und Boleslaus Chrobry, in der Dom-Kirche zu Posen beigesetzt wurden. [...] Im Jahre 1772 brannte die Posener Kirche von Grund aus ab. Im Jahre 1790 stürzte einer der beiden, durch die Folgen des Brandes in ihren Mauern ge-

<sup>2919</sup> Vgl. FTTZA, DK 8599: Polizeisachen. Den Herrschaftlichen Beytrag zu dem, dem Miecislaus I und seinem Sohne Boleslaus Chrobry zu setzenden Denkmale, 1828.

<sup>2920</sup> Vgl. OSTROWSKA-KĘBŁOWSKA, Zofia: Denkmal Mieczysław I. Bolesław Chrobry, S. 210.

<sup>2921</sup> Ebd., S. 210.

<sup>2922</sup> Vgl. KWILECKI, Andrzej: Wielkopolskie rody ziemiańskie, Poznań 2010, S. 308–309.

<sup>2923</sup> Ebd., S. 309.

<sup>2924</sup> Vgl. OSTROWSKA-KĘBŁOWSKA, Zofia: Denkmal Mieczysław I. Bolesław Chrobry, S. 210.

<sup>2925</sup> Ebd., S. 210.

<sup>2926</sup> Ebd., S. 210.

<sup>2927</sup> Vgl. KOZŁOWSKI, Jerzy: Wielkopolska pod pruskim zaborem w latach 1815–1918, Poznań 2006, S. 72.

<sup>2928</sup> Vgl. FTTZA, DK 8599: Posen, den 8. Februar 1828.

### 3.3 *Spende für die Errichtung des Denkmals von Mieszko I. und Bolesław Chrobry*

schwächten Thürme, ein, und zerschmetterte mit seinem ganzen Gewichte das Gewölbe der Kirche und das ganze Grabmahl! [...]

Der gerechte und großherzige König, Vater aller Seinem Zepter unterworfenen Völker, geruhete diesen Beweis dankbarer Gesinnungen der Einwohner des Großherzogthums für Wohltaten, die Ihnen vor acht Jahrhunderten von Ihren Regenten zu Theil geworden, mit Gunst aufzunehmen, und mittelst der Cabinetts-Ordre vom 8. Januar d. i. dem ehrenwerthen Vorhaben des verstorbenen Erzbischofs die Gerechtigkeit wiederfahren zu lassen; ermächtigte mich ausdrücklich zur Sammlung freiwilliger Gaben, zu denen Allerhöchstdieselben einen bedeutenden Beitrag herzugeben und dadurch als erster Stifter des zu errichtenden Denkmahls aufzutreten die Gnade gehabt haben.

– **Heil und Dank dafür unserm guten Könige und Herr!** – An Euch nun, lieben Mitbürger, theure Landsleute, richte ich meine Stimme, und bitte Euch, die Schuld des Domkapitels als eine Nationalschuld an- und aufzunehmen und zu einer würdigen Lösung derselben beizutragen. Nicht fremde sind Euch die Gefühle der Dankbarkeit und Verehrung für Könige und Fürsten, welche Eure Wohlthäter waren. Wem könnte ein größeres Recht darauf zukommen, als denjenigen, denen wir den heiligen Glauben, den Ruhm Unserer Vorfahren zu verdanken haben?<sup>2929</sup>

Der preußische König unterstützte diese Initiative tatsächlich. Solche Gesten zeigten den Polen nach außen, dass auch ihre Staatsgründer Anerkennung fanden. Dies alles zeugt von einer komplett anderen, offenen Atmosphäre in der Region in den ersten 15 Jahren nach dem Wiener Kongress, die im Großherzogtum Posen spürbar war. Es waren zwar Taten, die sich eher auf der symbolischen Ebene bewegt hatten, dennoch legt die Tatsache, dass derselbe Staat, der sich an der Auflösung und Aufteilung des Königreich Polen beteiligt hatte, dazu bereit war, seine Politik in eine freundschaftliche und neutrale Richtung zu lenken, ein positives Zeugnis über den damaligen Kontakt zwischen dem Königreich Preußen und seinen polnischen Untertanen, die die Mehrheit in Großpolen ausmachten, ab. Außerdem konnte der polnische Bevölkerungsanteil nach den Wirren der napoleonischen Epoche und der Existenz des Herzogtums Warschau (1807–1815) nicht einfach total ignoriert werden, so als ob er nicht existent wäre, wenn sich die preußische Macht eine ruhige Situation in der Region wünschte. Dass so ein Interesse von preußischer Seite bestand, erklärt sich von selbst.

Im weiteren Teil des Aufruftextes wandte sich der Domprobst zu Gnesen, Wolicki, an die restlichen Mitbürger und Landesleute. Die Anspielungen auf die vergangene polnische Geschichte, „Nationalschuld“ und „die Gefühle der Dankbarkeit und Verehrung“ gegenüber dem polnischen Herzog Mieszko I. und dem polnischen König Bolesław Chrobry erschienen dem Fürsten von Thurn und Taxis ziemlich unverbindlich. Die fürstliche Domänen-Ober-Administration nahm am 20. März 1828 Stellung zu diesem Thema.<sup>2930</sup> Die fürstliche Verwaltung stellte fest, dass in dem Amtsblatt der königlichen preußischen Re-

<sup>2929</sup> FTTZA, DK 8599: Wolicki Domprobst zu Gnesen, Archidiakonus zu Posen, Posen den 8. Februar 1828.

<sup>2930</sup> Vgl. FTTZA, DK 8599: Regensburg 20. März 1828.

### 3.3 *Spende für die Errichtung des Denkmals von Mieszko I. und Bolesław Chrobry*

gierung in Posen vom 26. Februar 1828 öffentlich gemacht wurde, dass der König von Preußen zum Zwecke der Errichtung des Denkmals von Mieszko I. und Bolesław Chrobry das Geld gespendet hatte.<sup>2931</sup> Die Fürstliche Rentkammer in Krotoszyn wartete zu der Zeit bereits diesbezüglich auf eine Entscheidung bzw. Antwort von der Domänen-Ober-Administration in Regensburg. Zuerst aber wollte die fürstliche Verwaltung in Regensburg von den Kollegen in Krotoszyn wissen, ob das nationale Unternehmen in der Posener Kathedrale überhaupt zustande kommen wird.<sup>2932</sup> Die Domänen-Ober-Administration in Regensburg wollte auch wissen, welche Summen für diesen Zweck andere größere Adelshäuser, Gutsbesitzer und Familien aufbringen werden.<sup>2933</sup> Mit der Aufgabe, dies zu eruieren, wurde im Brief vom 31. März 1828 der fürstliche Hof- und Oberdomänen Rath von Benda beauftragt.<sup>2934</sup> Die fürstliche Verwaltung in Regensburg machte die Höhe der Spenden abhängig davon, wie viel die anderen Personen spendeten:

„Da Unsere Beschlußnahme auf die Uns durch Bericht vom 20. praes. 26 diese vorgelegte Einladung des Herrn Domprobsts v. Wolicki zu Posen zur Theilnahme an einem dem Könige von Pohlen Miecislaus I. und seinem Sohne Boleslaus Chrobry zu errichtenden Monumente vorzüglich durch die Vorfrage über das wirkliche zu Stande kommen dieses national Unternehmens und durch die Art und Weise und Größe des Antheils bedingt ist, den anderen mit Uns im öffentlichen Verhältnissen stehen oder fürstliche Häuser, und die eingeborene größeren Familien hieran nehmen“<sup>2935</sup>

Es war also eine Frage des Prestiges, sowohl des Fürsten von Thurn und Taxis als auch des Fürstentums Krotoszyn. Der Fürst bzw. seine Verwaltung wollte nicht weniger spenden als die anderen Großgrundbesitzer, Adeligen und Familien, insbesondere diejenigen, die in offiziellen Beziehungen zum Fürstenhaus standen. Das Fürstentum Krotoszyn existierte offiziell seit 1819. Die neue Herrschaft sollte durch die Beteiligung an der Spendenaktion, gewissen Rang und ihre Bedeutung auch nach außen zeigen. Dies war verbunden mit dem damaligen standesherrschaftlichen Selbstbewusstsein des Hochadels. Hätte man sich nicht mit Spenden an der Errichtung des Denkmals beteiligt, hätte dies bedeutet, dass man der eigenen Herrschaft nach außen den Glanz in der Öffentlichkeit verweigert. Die neue Herrschaft musste sich auch irgendwie symbolisch in den Augen der Untertanen legitimieren. Die mehrheitlich polnische Bevölkerung im Großherzogtum Posen war auch im Fürstentum Krotoszyn dominierend. Die meisten Arbeiter, die auf den fürstlichen Vorwerken und Gütern arbeiteten, waren Polen.<sup>2936</sup> Es waren also mehrere Gründe, die zu

<sup>2931</sup> Vgl. FTTZA, DK 8599: Regensburg 20. März 1828.

<sup>2932</sup> Vgl. FTTZA, DK 8599: Regensburg 31. März 1828.

<sup>2933</sup> Vgl. FTTZA, DK 8599: Regensburg 31. März 1828.

<sup>2934</sup> Vgl. FTTZA, DK 8599: Regensburg 31. März 1828.

<sup>2935</sup> FTTZA, DK 8599: Regensburg 31. März 1828.

<sup>2936</sup> Vgl. HADRYCH, Paweł: W czasach pruskich (1793–1918), in: KOSIŃSKI, Dionizy, MARCINIAK, Ryszard, PARYSKA, Jerzy J. (Hg.), Krotoszyn. Historia, Bd. II, Krotoszyn/Poznań 1996, 171–276; S. 255–256.

### 3.3 *Spende für die Errichtung des Denkmals von Mieszko I. und Bolesław Chrobry*

dieser Gabe des Fürsten und seiner Verwaltung geführt hatten. Mittlerweile hatte der Oberdomänen Rath von Benda die Frage nach der Größe der ersten Spenden geklärt:

„[...] in welcher Verhältniß von auch wo stehen Standes Personen oder größere Grundbesitzer zu dem zu errichtenden Denkmale für Miecislaus I. und Boleslaus Chrobry, Königs von Pohlen, [...] ich habe das 20. Ausgabe der diesjährigen Posener Zeitung vom 8 März, in welchem die ersten [...]

Beyträge angekündigt sind in das ich gehorsamst hier beyschließe das Geschenk Sr. Majestät des Königs ist darin nicht ausgedrückt, man sagt weil es nur 300 Rtl. betragen habe. Der Herr Oberpräsident 50 Rtl. beigetragen habe. Wenn ich mir ein Gutachten erlauben darf, so würden 100 Rtl. ein angemessener Beytrag Unsers gnädigster Fürsten seyn.“<sup>2937</sup>

Mit einem Blick in die von Benda zitierte zwanzigste Ausgabe der Zeitung des Großherzogtums Posen vom Jahre 1828 lässt sich schnell feststellen, dass es mehrere Spender gab, die mehr als der preußische König und der Fürst von Thurn und Taxis gespendet hatten. So spendete etwa das Gnesener Domkapitel 1.400 Taler, das Posener Domkapitel 725 Thaler, der Domprobst von Wolicki 500 Taler, der Domherr zu Gnesen von Kowalski 100 Taler.<sup>2938</sup> Es waren zugleich die angesehensten Domkapitel in Großpolen. Der russische Zar Nikolaus spendete 500 Taler, Fürst Antoni Sułkowski 300 Taler, Graf Edward und Gräfin Konstancja Raczyński spendeten zusätzlich 500 Taler, zu den zuvor durch Grafen Edward Raczyński ausbezahlten 28.000 Talern für den Künstler Christian Daniel Rauch (1777–1857).<sup>2939</sup> Für die fürstliche Verwaltung war es aber viel wichtiger, wie viel der preußische König und der preußische Oberpräsident der Provinz ausgegeben hatten. Der preußische König Friedrich Wilhelm III. (1770–1840) als Staatsoberhaupt spendete eine eher symbolische Summe von 300 Talern, der Oberpräsident nur 50 Taler. Der zukünftige König Friedrich Wilhelm IV. (1795–1861) spendete 50 Taler und der Präsident des Oberappellationsgerichts in Posen, Schönermark, gab ebenfalls 50 Taler.<sup>2940</sup> Natürlich wollten der Fürst von Thurn und Taxis und seine Verwaltung keinen Affront gegen die offensichtlich vorsichtige oder vielleicht sogar misstrauische Politik der preußischen Behörden begehen. Die fürstliche Herrschaft und die Besitzungen im Großherzogtum Posen im Jahre 1828 waren relativ neu und die fürstliche Verwaltung wollte sich wahrscheinlich keine Feinde mit einer zu großzügigen Polenpolitik in Preußen machen. Nichts zu geben, kam nicht in Frage, da die meisten etwas einbezahlt hatten. Die fürstliche Verwaltung wollte sich zwischen dem König und den reichsten deutschen Spendern platzieren. Für sie machte es in diesem Fall nicht viel Sinn mit den polnischen Domkapiteln und den zahlreichen polnischen Spendern in Bezug auf die Spendenhöhe zu konkurrieren, insbesondere aus politischen Gründen, denn es gehörte nicht zum guten Ton, mehr zu spenden als

<sup>2937</sup> FTTZA, DK 8599: 10. May, 1828.

<sup>2938</sup> Vgl. FTTZA, DK 8599: Zeitung des Großherzogthums Posen, No. 20, Sonnabend 8. März, 1828.

<sup>2939</sup> Vgl. KARWOWSKI, Stanisław: *Historia Wielkiego Księstwa Poznańskiego*, Tom I., S. 313.

<sup>2940</sup> Ebd., S. 313.

### 3.3 Spende für die Errichtung des Denkmals von Mieszko I. und Bolesław Chrobry

der König selbst. Es war zwar nicht in der Öffentlichkeit offiziell bekannt, wie viel Geld für das Denkmal der preußische König gespendet hatte, wie wir jedoch gesehen haben, konnte man leicht herausfinden, wer und wie viel für den Zweck einbezahlt hatte. Letztendlich hatte der Fürst von Thurn und Taxis zu diesem Zweck die vorgeschlagenen 100 Taler aufgebracht.<sup>2941</sup> Die Rentkammer Krotoszyn hatte das Geld für diesen Zweck ausgezahlt.<sup>2942</sup> Eine entsprechende Bestätigung vom Eingang der Spende des Fürsten von Thurn und Taxis und zugleich Fürsten von Krotoszyn ist in den Akten handschriftlich von dem Domprobst Teofil Wolicki belegt und trägt das Datum 23. Juni 1828.<sup>2943</sup> Niemand konnte dem Fürsten vorwerfen, dass er diese polnische Nationalinitiative nicht unterstützt hätte. Seine Untertanen konnten zufrieden sein, weil ihr Herrscher diese Initiative gefördert hatte.



Abbildung 54: Der polnische Herzog Mieszko I. und der erste polnische König Bolesław Chrobry in der "Goldenen Kapelle" in Posen<sup>2944</sup> (links); Abbildung 55: Die "Goldene Kapelle" in der erzbischöflichen St. Peter und St. Paul Kathedrale in Posen<sup>2945</sup> (rechts)

Der Initiator des Baus der Denkmal-Kapelle für Mieszko und Chrobry starb am 19. Dezember 1829.<sup>2946</sup> Der Landtag des Großherzogtums Posen übernahm nach seinen letzten Willen die Denkmalfonds und sämtliche Unterlagen zu Bauzwecken.<sup>2947</sup> Die offizielle Bestätigung für die Errichtung des Denkmals kam erst am 14. Februar 1832, weil der preußische König auf das Ende des Novemberaufstandes im benachbarten Königreich Po-

<sup>2941</sup> Vgl. FTTZA, DK 8599: Regensburg 29. May, 1828.

<sup>2942</sup> Vgl. FTTZA, DK 8599: Regensburg 29. May, 1828.

<sup>2943</sup> Vgl. FTTZA, DK 8599: Spendenaufruf von Wolicki Domprobst zu Gnesen, Posen den 23. Juni 1828.

<sup>2944</sup> Foto: KĘDZIERSKI Robert.

<sup>2945</sup> Foto: KĘDZIERSKI Robert.

<sup>2946</sup> Vgl. OSTROWSKA-KĘBŁOWSKA, Zofia: Denkmal Mieczysław I. Bolesław Chrobry, S. 220.

<sup>2947</sup> Ebd., S. 220.

### 3.3 *Spende für die Errichtung des Denkmals von Mieszko I. und Bolesław Chrobry*

len wartete.<sup>2948</sup> Die politische Situation zur Zeit des Novemberaufstandes hatte sich in Großpolen wesentlich verschärft. Personen, die auf der Seite der Aufständischen kämpften, mussten gar mit der Beschlagnahmung ihrer Güter rechnen. Insgesamt wurden bis Juli 1834 für die Errichtung des Monuments 22.000 Taler aus freiwilligen Beiträgen angesammelt.<sup>2949</sup> Für die Restauration der Kapelle waren 10.000 Taler vorgesehen und für die bronzenen Statuen der Herrscher 12.000 Taler.<sup>2950</sup> Die „Königliche Kapelle“ zu Ehren von Herzog Mieszko I. und König Bolesław Chrobry wurde in den Jahren 1835–1841 im byzantinischen Stil geplant und vollendet.<sup>2951</sup> Das Projekt der Kapelle griff weit in die polnische Geschichte zurück, bis zur Christianisierung, deshalb wurde hierfür die überkuppelte frühchristliche Form bevorzugt, die in den damaligen Palastkapellen für Martyrien oder Baptisterien verwendet wurde.<sup>2952</sup> Die einzelnen architektonischen Details der Kapelle wurden in verschiedenen Zeiträumen und durch zahlreiche namhafte Künstler erschaffen. Die Dekoration des Innenraums der Kapelle geht auf Entwürfe von Gustav Stier zurück und gab dem Raum einen eigenen Charakter.<sup>2953</sup> Die architektonischen Details des Innenraums wurden auch durch den polnischen Architekten italienischer Abstammung Francesco Maria Lanci (bzw. Franciszek Maria Lanci) projiziert, insbesondere wenn man Details wie Pflanzenarabesken, Stuckdekorationen oder die Ausstattung der Kapelle betrachtet.<sup>2954</sup> Nach den gefertigten Vorlagen von Lanci entstanden Bildhauer- und Stuckarbeiten. Der Sarkophag und der Altar wurden vom Gustav Hesse zwischen 1835–1839 gefertigt, die Engel nach Modellen von Albert Wolff und Karol Ceptowski.<sup>2955</sup> Die Historienbilder „Mieczysław I. zertrümmert die Götzenbilder“ wurden durch January Suchodolski in den Jahren 1836/37 und „Bolesław und Otto III. am Grab des hl. Adalbert“ von Edward Brzozowski zwischen 1836–1841 erschaffen.<sup>2956</sup> Die Dekorationen (Wappen, Engelsköpfe, Pflanzenornamente) in den oberen Teil der Wand wurden als Zinkgüsse im Jahre 1837 und 1840 in Berlin bei Moritz Geiß gefertigt.<sup>2957</sup> Die Statuen standen auf einem Postament aus Marmor, der von dem Bildhauer Gottlieb Cantian gefertigt wurde.<sup>2958</sup> Die Mosaiken im Altarbild und am Fußboden entstanden in Venedig dank Liborio Salandri.<sup>2959</sup> Das Altarbild-Mosaik war eigentlich eine Teilkopie von Tizians „Assunta“; es wurde erst im Jahre 1843 in der Kapelle aufgestellt, weil es davor bei sei-

---

<sup>2948</sup> Ebd., S. 220.

<sup>2949</sup> Ebd., S. 224.

<sup>2950</sup> Ebd., S. 224.

<sup>2951</sup> Ebd., S. 227.

<sup>2952</sup> Ebd., S. 229.

<sup>2953</sup> Ebd., S. 227.

<sup>2954</sup> Ebd., S. 227–228.

<sup>2955</sup> Ebd., S. 228.

<sup>2956</sup> Ebd., S. 228.

<sup>2957</sup> Ebd., S. 228.

<sup>2958</sup> Ebd., S. 228.

<sup>2959</sup> Ebd., S. 228.



### 3.4 Königsschießen im Fürstentum Krotoszyn

ner Ausstellung in Berlin im Jahre 1838 beschädigt wurde.<sup>2960</sup> Der Mosaik-Fußboden wurde im Jahre 1840 durch David Christofoldi verlegt.<sup>2961</sup> Das Vergolden wurde durch G. Justi und seinem Sohn zwischen September 1835 und August 1839 in der Kapelle durchgeführt.<sup>2962</sup> Die enkaustischen Malereien (in Wachsmal-Technik) wurden von Heinrich Müller aus Berlin fertiggestellt.<sup>2963</sup> Die bronzenen Statuen der beiden Herrscher kamen aber erst im Januar des Jahres 1841 hinzu und wurden vom Künstler Christian Daniel Rauch erschaffen.<sup>2964</sup> Insgesamt kostete die Ausführung der Statuen 5.996 Taler, inklusive farbige Steineinlagen und Ziselierung.<sup>2965</sup> Rauch war ein sehr bekannter Bildhauer und fertigte neben zahlreichen exklusiven Werken auch die Büste der am 14. Mai 1835 nach sieben Jahren Ehe verstorbenen Wilhelmine von Dörnberg (1803–1835) und zugleich Fürstin von Thurn und Taxis. Sie war die erste Ehefrau des Fürsten Maximilian Karl von Thurn und Taxis (1802–1871).<sup>2966</sup> Die Büste befindet sich in der Schlosskapelle im Schloss Thurn und Taxis in Regensburg.

Die „Königliche Kapelle“ in der Posener Kathedrale funktionierte im 19. Jahrhundert als ein Nationaldenkmal für das geteilte Polen.<sup>2967</sup> Sie gehört zu den schönsten Perlen der polnischen Architektur des 19. Jahrhunderts und wird auch als „Goldene Kapelle“ („Złota Kaplica“) bezeichnet. Einen Beitrag zur Entstehung der „Königlichen Kapelle“ hat Fürst Karl Alexander von Thurn und Taxis geleistet. Es ist ein Zeichen für die positive Einstellung gegenüber den polnischen Mitbürgern in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts und ein schöner und denkwürdiger Grundstein für die Verständigung und die freundschaftliche Zusammenarbeit der Polen und Deutschen.

### 3.4 Königsschießen im Fürstentum Krotoszyn

#### *Die Entwicklung der Schützengilden im deutschen Raum und in der Provinz Posen im 19. Jahrhundert*

Die Schützenfeste gehörten zu den wichtigsten Ereignissen auf dem Lande und in den Städten. Sie waren nicht nur in dem Vereins- und Gemeindeleben wichtig, sondern dien-

---

<sup>2960</sup> Ebd., S. 228.

<sup>2961</sup> Ebd., S. 228.

<sup>2962</sup> Ebd., S. 228.

<sup>2963</sup> Ebd., S. 228.

<sup>2964</sup> Ebd., S. 229.

<sup>2965</sup> Ebd., S. 229.

<sup>2966</sup> Vgl. GRILLMEYER, Siegfried: Habsburger Diener in Post und Politik, S. 504–505.

<sup>2967</sup> Vgl. OSTROWSKA-KĘBŁOWSKA, Zofia: Denkmal Mieczysław I. Bolesław Chrobry, S. 229.

*Die Entwicklung der Schützengilden im deutschen Raum und in der Provinz Posen im 19. Jahrhundert*

ten auch als eine Tradition, die mit einem besonderen Ritual untermauert wurde.<sup>2968</sup> Den traditionellen Höhepunkt im Leben der Schützengilden stellte das Königschießen dar. Dies fand in der Regel jährlich oder alle zwei Jahre statt. Zu den Hauptelementen bzw. Programmpunkten des Königsschießens gehörten meistens ein Festumzug mit Parade durch die Straßen der Stadt oder des Dorfes, aus welchem der Schützenverein stammte, ein Festball und eine Schützenkönigsproklamation.<sup>2969</sup> Jedes Schützenfest kultiviert und manifestiert eine klare Gliederung. Sie folgt bis heute oft militärisch-hierarchischen Mustern und propagiert sie in der Öffentlichkeit auch äußerlich z.B. durch Uniformierung, Fahnen und Ehrenabzeichen.<sup>2970</sup> Als früheste Vorbilder für die Schützenbruderschaften kann man die spanischen Handwerkerzünfte, die das Schießen auf ein Ziel übten, ansehen.<sup>2971</sup> Als Schützengilde konnte man jene aber noch nicht bezeichnen. Der Beginn der Entwicklung von Schützengilden muss wesentlich später gesucht werden. Als erste Schützengilde in Deutschland und zugleich in Europa gilt die im Jahre 1007 gegründete Schützengilde in Hallstadt.<sup>2972</sup> Im 11. Jahrhundert kam es auf dem Gebiet des heutigen Frankreich und Deutschland zur Entstehung von weiteren ähnlichen Bruderschaften.<sup>2973</sup> Die Schützengilden als solche mit Schützenvereinigungen und Schützenbruderschaften als auch Schützenfesten hatten sich aber erst am Ende des 13. Jahrhunderts entwickelt und stehen in direkter Verbindung mit der Stadtentwicklung im nordfranzösisch-flandrischem Raum.<sup>2974</sup> Die Schützenbruderschaften verbreiteten sich in dieser Zeit quer durch Europa. Man kann erst ab dem Zeitpunkt eine überregionale Ausbreitung z.B. im nordwestdeutschen Raum beobachten; dies allerdings auch nur punktuell.<sup>2975</sup> Im 17. Jahrhundert waren die Schützengilden nach korporativ-ständischem Muster organisiert und spielten eine wichtige Rolle in den Defensivstrategie, in den sich herausbildenden Territorialstaaten um 1600 und verteidigten die Städtewand im Krieg.<sup>2976</sup> Die Schützengilde besaß damals wegen ihrer Rolle einen öffentlich-rechtlichen Charakter.<sup>2977</sup> Vom Spätmittelalter bis zum 18. Jahrhundert verzeichnete das Schützenwesen jedoch insgesamt einen

---

<sup>2968</sup> Vgl. **DRÖGE**, Kurt: Das Schützenfest – Hüter der Paraden und Ausmärsche, in: **ZIESSOW**, Karl-Heinz, **MEINERS**, Uwe (Hg.), *Zur Schau gestellt. Ritual und Spektakel im ländlichen Raum (= Arbeit und Leben auf dem Lande, Bd. 8)*, Cloppenburg 2003, S. 296–308; S. 297.

<sup>2969</sup> Ebd., S. 297.

<sup>2970</sup> Ebd., S. 297.

<sup>2971</sup> Vgl. **ROTTER**, Lucyna: *Bractwa Kurkowe w Polsce. Mundury, stroje, emblematy, insygnia*. Leksykon, Kraków 2012, S. 15.

<sup>2972</sup> Vgl. **SZENDZIELARZ**, Ryszard: *Z dziejów Bractwa Strzeleckiego w Mikołowie*. Odrodzone Bractwo Kurkowe, 2008 Mikołów, S. 21; siehe auch **ROTTER**, Lucyna: *Bractwa Kurkowe w Polsce*, S. 15.

<sup>2973</sup> Vgl. **ROTTER**, Lucyna: *Bractwa Kurkowe w Polsce*, S. 15.

<sup>2974</sup> Vgl. **DRÖGE**, Kurt: *Das Schützenfest – Hüter der Paraden und Ausmärsche*, S. 298.

<sup>2975</sup> Ebd., S. 298.

<sup>2976</sup> Vgl. **TROX**, Eckhard: *Die Schützen und die Volksbewaffnung. Aspekte des Verhältnisses von Militär, Staat und Schützen im südlichen Westfalen zwischen 1813 und 1862*, in: *Verein für die Geschichte Preußens und die Grafschaft Mark e.V. (Hg.), „Schützen-Welten“. Bewegte Traditionen im Sauerland (= Forschungen zur Geschichte Preußens im südlichen Westfalen, Bd. 7)*, Lüdenscheid 2006, S. 61–82; S. 64.

<sup>2977</sup> Vgl. **TROX**, Eckhard: *Die Schützen und die Volksbewaffnung*, S. 64.

*Die Entwicklung der Schützengilden im deutschen Raum und in der Provinz Posen im 19. Jahrhundert*

Rückgang.<sup>2978</sup> Im 19. Jahrhundert kam es schließlich zur zahlreichen Neugründungen und Wiederbegründungen von Schützengilden. Um 1840 wurden sie in der Öffentlichkeit oft als Vereine oder Gesellschaften wahrgenommen.<sup>2979</sup> Der Besitz von Waffen und Uniformen war zwar erlaubt, jedoch bis zur Revolution von 1848/49 musste sich, beispielsweise in Preußen, jeder Schützenverein eine „Allerhöchste Genehmigung“ von preußischen Behörden besorgen, wenn er in der Öffentlichkeit tagen wollte; vor allem der Einsatz von Waffen sollte dadurch im Falle eines Konfliktes eingeschränkt werden.<sup>2980</sup> Sogar Detailfragen bezüglich der Uniformen mussten in Berlin geklärt und genehmigt werden, da die preußischen Behörden eine Vereinheitlichung bezüglich Rangerkennung in Westfalen durchsetzen wollten.<sup>2981</sup> Allein in Westfalen existierten im Jahre 1847 insgesamt 416 Schützenvereine mit ca. 41.600 Mitgliedern, es war also mehr oder weniger eine Massenbewegung in der damaligen Gesellschaft.<sup>2982</sup> Sie hatten eine entscheidende Rolle bei der Niederschlagung von Aufständen und Wiederherstellung der Ordnung in der Revolution von 1848/1849 gespielt.<sup>2983</sup> Diese loyale Haltung der Schützenvereine gegenüber dem preußischen Staat lässt sich am Beispiel Westfalens gut illustrieren, da die Schützenvereine dort durch konservativ-bürokratische und monarchistisch-wirtschaftsbürgerliche Ansichten und Mitglieder geprägt waren, insbesondere in den Vorständen der Schützengilden.<sup>2984</sup> Anders stellte sich die Situation zu der Zeit in Großpolen dar. Etwa in 80% der Schützengilden im Großherzogtum Posen wurden Schießwettbewerbe untersagt und im Jahre 1848, wo es möglich war, die Waffen konfisziert.<sup>2985</sup> Eine solche Vorgehensweise der preußischen Behörden kann man dadurch erklären, dass die polnisch-gesinnte Schützengilden und Schützenbruderschaften als gefährlich erachtet wurden und man deren Mitglieder in der revolutionären Krisensituation misstraute. Auf die deutsch-dominierten Schützenvereine konnten die preußischen Behörden erwiesenermaßen jedoch zählen, ähnlich wie in Westfalen. Die Schützengilden waren im Besitz von Waffen und konnten in Krisensituation zum Zwecke der alten Eliten, Handwerker, des Bürgertums usw. eingesetzt werden.<sup>2986</sup> Je nachdem mit wem sie sympathisierten oder aus welcher Interessengruppe sie stammten, hatten sie die Möglichkeit tatkräftig ihre politischen, herrschaftlichen und wirtschaftlichen Ziele zu verfolgen. In den Krisensituationen, wie z.B. bei Unruhen, konnten die Schützengilden dann über die Spannbreite der Proteste sowie Sicher-

---

<sup>2978</sup> Vgl. DRÖGE, Kurt: Das Schützenfest, S. 300.

<sup>2979</sup> Vgl. TROX, Eckhard: Die Schützen und die Volksbewaffnung, S. 64.

<sup>2980</sup> Ebd., S. 70–71.

<sup>2981</sup> Ebd., S. 71.

<sup>2982</sup> Ebd., S. 74.

<sup>2983</sup> Ebd., S. 74.

<sup>2984</sup> Ebd., S. 80.

<sup>2985</sup> Vgl. JAKUBIAK, Tadeusz Adam: Kurkowe bractwa strzeleckie w Wielkopolsce, Poznań 1986, S. 64.

<sup>2986</sup> Vgl. TROX, Eckhard: Die Schützen und die Volksbewaffnung, S. 64.

*Die Entwicklung der Schützengilden im deutschen Raum und in der Provinz Posen im 19. Jahrhundert*

heit und Ordnung und kurzfristig sogar über die Entmachtung anderer gesellschaftlicher Schichten entscheiden.<sup>2987</sup>

Was die Schützenfeste angeht, so kommt es erst in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts zur Wiederbelebung des traditionellen Schützenfestes, jedoch nun auf neuzeitlich-bürgerlichem Fundament.<sup>2988</sup> Mit der allmählichen Auflösung der ständischen Abhängigkeit entstand das Schützenfest auf dem Fundament der bürgerlichen Vereine, die ausgeprägte Selbstdarstellungsbedürfnis besaßen und sich ihrer gesteigerten politisch-gesellschaftlichen Bedeutung bewusst waren.<sup>2989</sup> Mit der Begründung des „Deutschen Schützenbundes“ in Gotha im Jahre 1861 und dem „Ersten Deutschen Bundesschießen“ in Frankfurt am Main ein Jahr später, nahm die politische Bedeutung der Schützenvereine zu.<sup>2990</sup> Das Bundesschießen aus dem Jahre 1862 war das erste nationale deutsche Schützenfest überhaupt und mit ca. 8.000 teilnehmenden Schützen, hunderttausenden von Zuschauern aus dem In- und Ausland war es ein großes Ereignis nicht nur im Schützenvereinswesen.<sup>2991</sup> Es war außer der großen Manifestation der eigenen Bedeutung, eine Selbstdarstellung des liberalen deutschen Bürgertums, das seine Forderungen nach politischer Freiheit und nationaler Einheit erneut gestellt hatte.<sup>2992</sup> Die Schützenfeste wurden in Preußen insgesamt ab den 60er Jahren des 19. Jahrhunderts aufwendiger gestaltet und auch strenger organisiert.<sup>2993</sup> Von der Proklamation des Deutschen Kaiserreich am 18. Januar 1871 bis zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs konnte man sowohl in der Provinz als auch in der Hauptstadt Berlin zunehmend deutsche Fahnen mit politischen Symbolen sowie eine Zurschaustellung imperial-monarchistisch-militärischer Gesinnung bei öffentlichen Festen beobachten; zum musikalischen Repertoire gehörte da auch die preußische Hymne „Heil dir im Siegerkranz“, die oft und gerne gesungen wurde.<sup>2994</sup> Patriotische und nationale Elemente wurden somit fest in die Struktur und Zeremonie der Feste integriert. Diese Änderungen betrafen freilich auch Schützenfeste. Der Zustrom von Frauen der Schützen, weiterer Familienangehöriger sowie Kinder unter 14 Jahren und von Vertretern verschiedener Bevölkerungsschichten ist auch in diesem Zeitraum gut erkennbar.<sup>2995</sup> Dies

---

<sup>2987</sup> Ebd., S. 64.

<sup>2988</sup> Vgl. **DRÖGE**, Kurt: Das Schützenfest, S. 300.

<sup>2989</sup> Ebd., S. 300.

<sup>2990</sup> Vgl. **HOFFMANN**, Sonja: Schützengesellschaften im Sauerland im 19. und 20. Jahrhundert: Facetten geselliger und nationaler Bürgerkultur, in: Verein für die Geschichte Preußens und die Grafschaft Mark e.V. (Hg.), „Schützen-Welten“. Bewegte Traditionen im Sauerland (= Forschungen zur Geschichte Preußens im südlichen Westfalen, Bd. 7), Lüdenscheid 2006, S. 103–116; S. 106.

<sup>2991</sup> Vgl. **BRANDT**, Robert: Einheit, Freiheit und Macht. Das „Erste Deutsche Bundesschießen“ in Frankfurt am Main 1862, in: Verein für die Geschichte Preußens und die Grafschaft Mark e.V. (Hg.), „Schützen-Welten“. Bewegte Traditionen im Sauerland (= Forschungen zur Geschichte Preußens im südlichen Westfalen, Bd. 7), Lüdenscheid 2006, S. 83–101; S. 83.

<sup>2992</sup> Ebd., S. 83.

<sup>2993</sup> Vgl. **HOFFMANN**, Sonja: Schützengesellschaften im Sauerland im 19. und 20. Jahrhundert, S. 106.

<sup>2994</sup> Ebd., S. 107.

<sup>2995</sup> Ebd., S. 107.

*Die Entwicklung der Schützengilden im deutschen Raum und in der Provinz Posen im 19. Jahrhundert*

hatte natürlich etwas mit der sich verändernden Einstellungen der Schützengilden als auch der Gesellschaft zu tun. Bis dato war die Konzeption der Schützengilden-Feste allein auf die Mitglieder ausgerichtet. Das Publikum konnte zwar zuschauen, fand aber kein weiteres breites Unterhaltungsangebot. Die Schützenfeste öffneten sich für ein breiteres Publikum durch die Ausstattung von Festen mit Karussells, Kuchenbuden, Tischen und Bänken oder Kletterstangen usw.<sup>2996</sup> Die Hauptursachen für solche Veränderungen sind in den politisch-gesellschaftlichen Umbrüchen zu finden; manchmal waren sie aber auch rein pragmatisch bedingt, beispielsweise aufgrund finanzieller Probleme und Einschränkungen wie im Falle der „Großen Grünen Schützengilde“ von Kiel, wo ab 1861 solche Einrichtungen für das Volk, wie bereits erwähnte Fahrgeschäfte, Marktstände usw., zu einem festen Bestandteil der Vereinsfeste wurden.<sup>2997</sup> Der „Großen Grünen Schützengilde“ von Kiel war auch damals bewusst, dass dadurch dem Schützenfest ein „volkstümlicher Charakter“ verliehen wird, wie es Jahrhunderte früher noch im Mittelalter der Fall war.<sup>2998</sup> Die Schützengildenfeste im Kaiserreich übernahmen in den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts allmählich den Charakter eines Volksfestes, da nahezu alle Schichten ihren Anteil am Feiern von Schützenfesten hatten.<sup>2999</sup> Zwischen 1860–1930 ist auch eine weitere Tendenz nachweisbar. Die Schützengilden erlebten nämlich zu der Zeit eine erneute Blüte durch die freiwillige Beteiligung der ländlichen Unterschichten und der Arbeiterschaft als „Mannschaften“ an dem Schützenvereinsleben,<sup>3000</sup> wenngleich dazugesagt werden muss, dass die Arbeiterschaft in diesen Prozess am spätesten miteinbezogen wurde, weil sie durch das Bürgertum und die Konservativen lange Zeit abgewiesen wurde, da sie als nicht konservativ und antimonarchistisch galt.<sup>3001</sup>

Auf den polnischen Gebieten entstand die erste Schützenbruderschaft (lat. *Confraternitas jaculatorum* bzw. poln. *Bractwo Strzeleckie*) um einiges später als in Deutschland, da erst im Jahre 1253 in Posen.<sup>3002</sup> Die Schützengilden werden in Polen auch oft als *Bractwa Kurkowe* genannt. Dies geht auf das Symbol der Schützenbruderschaften zurück, das ein Hahn war (ein Synonym des poln. Wortes *kogut* also *kur*), es war auch das erste Ziel der Schützen.<sup>3003</sup> Ein Hahn als Skulptur, Abguss oder Zeichen diente in den Anfängen nämlich als Schießziel.<sup>3004</sup> Auf die Entfaltung der Schützengesellschaften wirkten sich vor allem längere Friedenszeiten negativ aus, da keine Notwendigkeit zur Verbesserung der mi-

<sup>2996</sup> Vgl. GLOY, Arthur: Die grüne Schützengilde, in: Große Grüne Schützengilde von 1412 e.V. (Hg.), 600 Jahre Große Grüne Schützengilde. Bürgersinn und gelebte Tradition, Kiel 2012, S. 34–40; S. 38–39.

<sup>2997</sup> Ebd., S. 38–39.

<sup>2998</sup> Ebd., S. 38–39.

<sup>2999</sup> Vgl. HOFFMANN, Sonja: Schützengesellschaften im Sauerland im 19. und 20. Jahrhundert, S. 107.

<sup>3000</sup> Vgl. DRÖGE, Kurt: Das Schützenfest, S. 302.

<sup>3001</sup> Vgl. HOFFMANN, Sonja: Schützengesellschaften im Sauerland, S. 108.

<sup>3002</sup> Vgl. SZENDZIELARZ, Ryszard: Z dziejów Bractwa Strzeleckiego w Mikołowie, S. 21.

<sup>3003</sup> Ebd., S. 73.

<sup>3004</sup> Ebd., S. 73.

*Die Entwicklung der Schützengilden im deutschen Raum und in der Provinz Posen im 19. Jahrhundert*

litärischen Leistungsfähigkeit gesehen wurde, was wiederum die Entstehung neuer Schützengilden beeinträchtigte.<sup>3005</sup> In Polen dauerte eine längere Friedensperiode seit dem Traktat in Toruń im Jahre 1466 an.<sup>3006</sup> Erst in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts und im 17. Jahrhundert unter den polnischen Königen Stefan Batory (1533–1586), Władysław III. Waza (1566–1632), Władysław IV. Waza (1595–1648), Jan Kazimierz Waza (1609–1672) und Jan III. Sobieski (1629–1696) kam es zur kontinuierlichen Entwicklung der Schützenbruderschaften in Großpolen,<sup>3007</sup> was freilich mit den zahlreichen kriegerischen Auseinandersetzungen, in die das Königreich Polen-Litauen verwickelt war, zusammenhing. Am Ende des 18. Jahrhunderts existierten allein in Großpolen 68 Schützenbruderschaften.<sup>3008</sup> Im 19. Jahrhundert kam es zu zahlreichen Neu- und Wiedergründungen der Schützengilden im Großherzogtum bzw. in der Provinz Posen. Die neuen Schützengilden entstanden in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts meistens auf Initiative von Städteinhabern und ihren Bürgern.<sup>3009</sup> In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts beobachtet man eine Stimulation und Unterstützung dieses Prozesses hauptsächlich durch die preußischen Behörden.<sup>3010</sup> Dies hängt damit zusammen, dass das Königreich Preußen angestrebt hat, die Schützenbruderschaften zu germanisieren, um sie auch für die Zwecke der Festigung des Deutschtums in der Provinz Posen benutzen zu können.<sup>3011</sup> Zunächst gelang dieser Prozess vor allem in den Grenzstädten zu älteren preußischen Provinzen, die schon davor teilweise germanisiert waren.<sup>3012</sup> Man kann auch ab der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts einen weit verbreiteten Trend beobachten, dass die Angehörigen der preußischen Administration in den Schützengilden aktiv waren.<sup>3013</sup> Aus der Zeit kommt bei den meisten Schützengilden auch die Beliebtheit von Uniformen, die sich vom Aussehen her an Soldatenuniformen orientierten.<sup>3014</sup> In der Regel waren es grüne Jacken und schwarze Hosen.<sup>3015</sup> Den Preußen ist es in dieser Zeit gelungen systematisch die deutsche Namensgebung bei der Schützengilden durchzusetzen.<sup>3016</sup>

Die Germanisierung der Schützenbruderschaften in der Provinz Posen endete für die Preußen nicht immer positiv. Letztendlich war es ein differenzierter Prozess, der auch die älteren Schützengilden erfasst hatte und nicht immer die beabsichtigten Ziele der preußi-

---

<sup>3005</sup> Vgl. **MATUSZEWSKI**, Dariusz: Kurkowe Bractwo Strzeleckie w Grodzisku Wielkopolskim 1646–1947, in: Grodziskie Zeszyty Historyczne Nr. 4, Grodzisk Wielkopolski 2000, S. 13.

<sup>3006</sup> Vgl. **MATUSZEWSKI**, Dariusz: Kurkowe Bractwo Strzeleckie w Grodzisku Wielkopolskim, S. 13.

<sup>3007</sup> Ebd., S. 13–14.

<sup>3008</sup> Ebd., S. 14.

<sup>3009</sup> Vgl. **JAKUBIAK**, Tadeusz Adam: Kurkowe bractwa strzeleckie w Wielkopolsce, S. 54

<sup>3010</sup> Ebd., S. 54.

<sup>3011</sup> Ebd., S. 54.

<sup>3012</sup> Ebd., S. 54.

<sup>3013</sup> Vgl. **ŚLIWIŃSKI**, Eugeniusz: Leszczyńskie Bractwo Kurkowe 1627–1947, Leszno 2007, S. 20.

<sup>3014</sup> Ebd., S. 20.

<sup>3015</sup> Ebd., S. 20.

<sup>3016</sup> Ebd., S. 19.

### *Königsschießen als Manifestation der fürstlichen Herrschaft*

schen Politik in ihren wichtigsten Ansätzen realisieren konnte.<sup>3017</sup> So war es z.B. auch mit der Schützenbruderschaft aus dem zum Fürstentum Krotoszyn benachbarten Städtchen Kobylin, das schon am 17. Mai 1693 ein Statut aus den Händen der damaligen Besitzer der Stadt erhielt und eine lange Tradition hatte.<sup>3018</sup> Diese Schützenbruderschaft war relativ reich und dadurch finanziell unabhängig sowie gut organisiert.<sup>3019</sup> Im Jahre 1902 hatte die Schützenbruderschaft aus Kobylin enorme Probleme mit den preußischen Behörden der Stadt bekommen als bekannt wurde, dass während des Schießens eine Schießscheibe benutzt wurde, auf der ein Löwe mit dem Gesicht des Kaisers Wilhelm II. (1859–1941) abgebildet war, der einen zu Boden gedrückten Polen mit seinen Klauen zerfetzte.<sup>3020</sup> Die Vorwürfe der Diskriminierung von Deutschen bei der Aufnahme wurden durch die Schützenbruderschaft aus Kobylin jahrelang bis zum Ausbruch des Krieges geschickt abgewiesen.<sup>3021</sup> Viele Schützengilden behielten ihren polnischen Charakter in der Provinz Posen bis zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs. Diejenigen, die germanisiert wurden, fielen oft ihrer unbegrenzten Toleranz und demokratischen Wahlen, die den deutschen Bürger die Tore geöffnet hatte, die Schützenbruderschaften zu majorisieren und ihr Statut zu ändern, zum Opfer.<sup>3022</sup> Das Zusammenspiel zwischen der Schützengilde im Fürstentum Krotoszyn und der fürstlichen Herrschaft am Beispiel des Königsschießens wird im Folgenden beschrieben. Ziel ist es, die herrschaftliche Politik und ihre Tendenzen sowie die Entwicklung der Beziehungen mit der Schützengilde und der fürstlichen Verwaltung aufzuzeigen und zu analysieren.

### *Königsschießen als Manifestation der fürstlichen Herrschaft*

Bei der Betrachtung von konkreten Entwicklungen und Ereignissen sollte man die zeitlichen Zäsuren berücksichtigen und sie auch im entsprechenden Kontext verorten. Hier zu nennen ist zunächst die Zeit der respektierten Autonomie im Großherzogtum Posen von 1815 bis ca. 1831. Als nächste Zäsur ist die Zeit nach dem Novemberaufstand im benachbarten Königreich Polen (bzw. Kongress Polen) zu nennen, in der die Autonomie eingeschränkt wurde, und auf der anderen Seite die deutschen Sympathien gegenüber Polen außerhalb Preußens, jedoch zugleich auch die Ängste vor der polnischen revolutionären Gesinnung zunahmen. In der Zeit nach dem Völkerfrühling, insbesondere nach den

---

<sup>3017</sup> Vgl. JAKUBIAK, Tadeusz Adam: Kurkowe bractwa strzeleckie, S. 59ff.

<sup>3018</sup> Vgl. KIWERSKA, Jadwiga: Pod pruskim zaborem, in: Kobylińskie Towarzystwo Kulturalne (Hg.), Ziemia Kobylińska, Kobylin 2009, S. 85–135; S. 109.

<sup>3019</sup> Vgl. KIWERSKA, Jadwiga: Pod pruskim zaborem, S. 109.

<sup>3020</sup> Vgl. JAKUBIAK, Tadeusz Adam: Kurkowe bractwa strzeleckie, S. 61–62.

<sup>3021</sup> Ebd., S. 62.

<sup>3022</sup> Ebd., S. 56ff. und S. 63.

Unruhen in Großpolen in den Jahren 1846–1848 kam es zur verstärkten Konkurrenz und Misstrauen im nationalen Sinne. Es wurden auch erste Anzeichen der Germanisierungspolitik sichtbar. Die Zeit des Kaiserreichs (ab 1871) ist in dem Kontext als eine Zeit der zunehmenden gemeinsamen Animositäten und letztendlich als eine Zeit von Germanisierungsversuchen im preußischen Teilungsgebiet zu sehen. Diese Zäsuren sind natürlich fließend. Außerdem sollten solche zeitlichen Abschnitte nur als Orientierungspunkte dienen, da sie nicht immer aussagekräftig sind.

Im Fürstentum Krotoszyn spielte ein regionaler Macht- und Herrschaftsfaktor eine Rolle, nämlich die fürstliche Verwaltung, die eigene Ziele verfolgte und die im standesherrschaftlichen Rahmen gewisse Möglichkeiten besaß in ihren Besitzungen die preußische Politik durch eigenes Instrumentarium zu lenken. Die Untertanen der Fürsten von Thurn und Taxis hatten schließlich auch eigene Interessen, die sie auch gegenüber anderen Gruppen durchsetzen wollten. Der nationalistisch gefärbten Rhetorik bediente man sich nur, um eigene, meist ökonomische, Ziele zu erreichen bzw. um zu beweisen, dass die Interessen oder Rechte einer bestimmten Bevölkerungsgruppe nicht benachteiligt werden oder dass bestimmte Bevölkerungsgruppen auf Unterstützung zählen können. Die genannten Prämissen scheinen entscheidend zu sein.

Die Schützengilde in Krotoszyn hatte eine lange Tradition. Im Jahre 1667 wurde sie auf die Bitten der Bürger der Stadt Krotoszyn hin durch die Grundherrin Katarzyna Rozdrażewska gegründet.<sup>3023</sup> Im gleichen Jahr, am 19. Februar, hatte der polnische König Jan II. Kazimierz Wasa (1609–1672) der Stadt Krotoszyn das Privileg, eine Schützengilde besitzen zu dürfen, erteilt und seit 1. Juli 1802 unterstand dieselbe der „landesherrlichen Schütze Preußens.“<sup>3024</sup> Das Privileg und Statut der Schützengilde Krotoszyn wurde durch den preußischen König Friedrich Wilhelm III. (1770–1840) im Jahre 1802 und nochmal im Jahre 1841 durch seinen Nachfolger König Friedrich Wilhelm IV. (1795–1861) bestätigt.<sup>3025</sup> Bereits bei der ersten Reise des Fürsten Karl Alexander von Thurn und Taxis (1770–1827) im Jahre 1820 überreichten die Mitglieder der Schützengilde eine gerichtlich beglaubigte Abschrift des Schützenprivilegs und leisteten dem Fürsten den Eid.<sup>3026</sup> Der Fürst von Thurn und Taxis bestätigte das Privileg. Die Schützengilde versuchte auch

---

<sup>3023</sup> Vgl. **MARCINIAK**, Ryszard: W Rzeczypospolitej szlacheckiej (1415–1793), in: **KOSIŃSKI**, Dionizy, **MARCINIAK**, Ryszard, **PARYSKA**, Jerzy J. (Hg.), Krotoszyn. Historia, Tom II, Krotoszyn/Poznań 1996, S. 63–169; S. 119.

<sup>3024</sup> Vgl. FTTZA, DK 8595: Polizeisachen. Privilegien der Schützengesellschaft zu Krotoszyn und die nachgesuchte Bestätigung derselben, 1820; FTTZA, DK 20740: Gesuche von Gemeinden, Vereinen, Corporationen, Vol. II, 1903. Rentkammer Krotoschin, Schloß Krotoschin, den 12. Mai 1910; siehe auch **MARCINIAK**, Ryszard: W Rzeczypospolitej szlacheckiej (1415–1793), S. 119–120.

<sup>3025</sup> Vgl. **MARCINIAK**, Ryszard: W Rzeczypospolitej szlacheckiej (1415–1793), S. 120.

<sup>3026</sup> Vgl. FTTZA, DK 8595: Privilegien der Schützengesellschaft zu Krotoszyn und die nachgesuchte Bestätigung derselben, 1820. Krotoszyn 16. Oktober 1822.



eine Bestätigung für die zusätzlichen Rechte, die dem Schützenkönig zustanden, vom Fürsten zu erhalten. Es handelte sich dabei um eine Befreiung von städtischen Abgaben, Lasten und Leistungen.<sup>3027</sup> Zudem durfte der Schützenkönig, wenn er ein Bierbrauer war, auf den herrschaftlichen Malzmühlen Bier-Malz und Brandweinschrott unentgeltlich schroten.<sup>3028</sup> Die fürstlichen Beamten argumentierten, dass es schwierig erscheint die Lage der fürstlichen Besitzungen gegen die Ansprüche der Schützengilde Krotoszyn durchsetzen zu können.<sup>3029</sup> In Frage kamen nur Überlegungen, ob man sie eventuell gegen eine Geldsumme ablösen könnte, weil die genannten Privilegien für die fürstliche Seite ziemlich unbedeutend waren.<sup>3030</sup> Der Fürst von Thurn und Taxis musste diese Privilegien eigentlich nicht bestätigen, da die Königliche Verordnung vom 1. Juli 1802 nur die Erlaubnis der Existenz der Schützengilde Krotoszyn mit sich brachte.<sup>3031</sup> Die Schützengilde Krotoszyn versuchte auch die Bestätigung des Jagdprivilegs zu erhalten. Der Anspruch auf das Jagdrecht wurde durch die fürstlichen Beamten in Krotoszyn als „veraltete Bestimmungen der Schützen-Privilegien“ bezeichnet, zumal im Artikel 18 der Schützenregeln der Schützengilde nur ein Schießverbot auf Wildbret und Vögel in einer Entfernung von einer Meile von der Stadt Krotoszyn beschrieben wurde.<sup>3032</sup> Das bedeutete somit, dass das Jagdrecht für die Schützengildemitglieder bis zur einer Meile von der Stadt Krotoszyn bisher zugelassen war.<sup>3033</sup> Die Schützenbrüder argumentierten, dass sie das Jagdrecht in einer Meile Entfernung von Krotoszyn seit 127 Jahren ungestört ausgeübt haben und jeder Souverän das Privileg bisher bestätigt hatte.<sup>3034</sup> Die Schützengilde klagte deshalb gegen das fürstliche Forstamt Hellefeld beim Fürstlichen Friedensgericht wegen des Jagdausübungsrechts.<sup>3035</sup> Die Schützenbrüder der Schützengilde Krotoszyn sahen sich gezwungen gegen das fürstliche Forstamt zu klagen, da das Jagdrecht durch die fürstlichen Forstmitarbeiter als eine illegale Handlung betrachtet und in einigen Fällen sogar strafrechtlich verfolgt wurde.<sup>3036</sup> Carl Biedermann konfiszierten die Waldwärter beispielsweise seine Flinte, was kein Einzelfall war.<sup>3037</sup> Biedermann schoss auf einem bürgerlichen Acker in der Nähe der Forstlehen-Ziegelei auf ein Huhn und eine Gans, wofür er von den fürstlichen Waldwärtern Skorni, Noga und Kokott gejagt wurde, da er angeblich auf fürstlichem Territorium geschossen habe.<sup>3038</sup> Laut Biedermann befand er sich eine Meile

---

<sup>3027</sup> Vgl. FTTZA, DK 8595: Schloß Krotoszyn 27. November 1820.

<sup>3028</sup> Vgl. FTTZA, DK 8595: Schloß Krotoszyn 27. November 1820.

<sup>3029</sup> Vgl. FTTZA, DK 8595: Schloß Krotoszyn 27. November 1820.

<sup>3030</sup> Vgl. FTTZA, DK 8595: Schloß Krotoszyn 27. November 1820.

<sup>3031</sup> Vgl. FTTZA, DK 8595: Schloß Krotoszyn 25. November 1822.

<sup>3032</sup> Vgl. FTTZA, DK 8595: Schloß Krotoszyn 25. November 1822.

<sup>3033</sup> Vgl. FTTZA, DK 8595: Krotoszyn 16. Oktober 1822.

<sup>3034</sup> Vgl. FTTZA, DK 8595: Krotoszyn 16. Oktober 1822.

<sup>3035</sup> Vgl. FTTZA, DK 8595: Schloß Krotoszyn 14. Dezember 1822.

<sup>3036</sup> Vgl. FTTZA, DK 8595: Krotoszyn 16. Oktober 1822.

<sup>3037</sup> Vgl. FTTZA, DK 8595: Krotoszyn 29. April 1822.

<sup>3038</sup> Vgl. FTTZA, DK 8595: Krotoszyn 29. April 1822.

vor der Stadt Krotoszyn entfernt und betrat das herrschaftliche Gebiet erst als er von den Waldwärter verfolgt wurde.<sup>3039</sup>

Im gleichen Brief vom 16. Oktober 1822 betonten die Schützenbrüder aus der Schützengilde in Krotoszyn, dass sie auf die „bekannte Milde, Gerechtigkeit und Huld“ des Fürsten in dieser Sache hoffen.<sup>3040</sup> Der Fürst bestätigte bald darauf das zusätzliche Privileg und befahl die eingeleitete Untersuchung beim Fürstlichen Friedensgericht zu stoppen, weil diese Angelegenheit nicht zu den Befugnissen der fürstlichen Verwaltung gehörte.<sup>3041</sup> Als Begründung wurde angegeben, dass der Fürst die Bürgerschaft der Stadt Krotoszyn schätzt und dass man davon ausgeht, dass sie bestimmt keine weiteren Anlässe zu gerichtlichen Untersuchungen geben wird.<sup>3042</sup> Den Mitgliedern der Schützengilde Krotoszyn war dennoch nicht eindeutig klar, in welchem Ausmaß das Jagdprivileg durch den Fürsten von Thurn und Taxis eingeräumt wurde, deshalb baten sie um eine konkretisierte fürstliche Bestätigung.<sup>3043</sup> Die Quellen enden jedoch mit dieser Bitte und es folgen keine weiteren Dokumente.<sup>3044</sup>

Nicht alle Schützengilden im Fürstentum Krotoszyn hatten das Glück ihr altes Privileg anerkannt zu bekommen. Obwohl die Bewohner des Städtchens Rozdrażewo (gegenwärtig Rozdrażew) beispielsweise behaupteten, dass ihre Schützengilde seit Jahrhunderten existiert hatte, offiziell durch die polnische Könige genehmigt und ihre Privilegien durch die Besitzer der Stadt bestätigt worden waren, wurde ihr Gesuch abgelehnt,<sup>3045</sup> denn die Dokumente der Schützenbrüderschaften zu Rozdrażewo waren durch einen Brand im Jahre 1732 verloren gegangen.<sup>3046</sup> Der preußische König Friedrich Wilhelm III. lehnte die Bitte um die Anerkennung des Privilegs am 31. August 1804 zudem mit der Begründung ab, dass Rozdrażewo seine Stadtrechte verloren hatte und die Schützengilde, die in Folge liquidiert werden sollte, nur die Trunksucht, Ausschweifung und das Faulenzen gefördert hatte.<sup>3047</sup> In insgesamt vier Schreiben aus den Jahren 1819–1821 wandte sich die Schützengilde zu Rozdrażewo an den Fürsten von Thurn und Taxis mit der Bitte, die früheren Privilegien als neuer Besitzer der Stadt zu bestätigen. Die Antwort wurde durch den Fürsten hinausgezögert.<sup>3048</sup> Die fürstliche Verwaltung lehnte im ersten Schreiben aus dem Jahre 1819 die Bitte der Schützengilde ab, weil Rozdrażewo keine Stadtrechte mehr hatte

---

<sup>3039</sup> Vgl. FTTZA, DK 8595: Krotoszyn 29. April 1822.

<sup>3040</sup> Vgl. FTTZA, DK 8595: Krotoszyn 16. Oktober 1822.

<sup>3041</sup> Vgl. FTTZA, DK 8595: Schloß Krotoszyn 14. Dezember 1822.

<sup>3042</sup> Vgl. FTTZA, DK 8595: Schloß Krotoszyn 14. Dezember 1822.

<sup>3043</sup> Vgl. FTTZA, DK 8595: Krotoszyn 16. Januar 1823.

<sup>3044</sup> Vgl. FTTZA, DK 8595.

<sup>3045</sup> Vgl. NAWROCKI, Edmund: Bractwo Strzeleckie w Rozdrażewie, in: **ZDUNEK**, Józef (Hg.), Krotoszyn i okolice. Opracowania i materiały źródłowe, Tom VII, Krotoszyn 2011, S. 49–60; S. 49.

<sup>3046</sup> Vgl. NAWROCKI, Edmund: Bractwo Strzeleckie w Rozdrażewie, Krotoszyn 2011, S. 49.

<sup>3047</sup> Ebd., S. 52.

<sup>3048</sup> Ebd., S. 53–54.

und laut fürstlichen Beamten die Angelegenheiten der Schützengilden in den Kompetenzbereich der Polizei fielen und nicht in den der Gutsbesitzer.<sup>3049</sup> Am 5. November 1820 wurde das Schreiben vom 18. Juli 1820 durch die Fürstliche Rentkammer an den Unterzeichneten Wojciech Rzekiecki zurückgegeben, mit der Begründung, dass der Fürst bisher keine Entscheidung getroffen hatte.<sup>3050</sup> Die erneute Bitte wurde endgültig am 21. August 1821 durch den höchsten Beschluss des Fürsten von Thurn und Taxis mit der Begründung abgelehnt, dass es „aus actenmäßigen“ Gründen nicht möglich ist.<sup>3051</sup> Dabei berief sich die fürstliche Seite auf die frühere königliche Verfügung vom 31. August 1804, die die Existenz einer Schützengilde in Rozdrażewo und ihre Privilegien nicht anerkannt hatte.<sup>3052</sup> Sicherlich wollte man sich nicht in die Beschlüsse des preußischen Königs einmischen und dabei theoretische zusätzliche Ausgaben, die mit der Bestätigung des Privilegs verbunden gewesen wären, vermeiden. Der Fürst hatte die Wahl und alles hing von seinem guten Willen ab. Die guten Kontakte zu den preußischen Behörden waren wichtiger als die zur Schützengilde in Rozdrażewo, zumal die Herrschaft des Fürsten von Thurn und Taxis im Fürstentum Krotoszyn gerade erst vor ein paar Jahren ihren Anfang genommen hatte. Aufgrund der Aktenlage lässt sich – wie auch Nawrocki schreibt – nicht eindeutig klären, wann die Schützenbruderschaft ihre Aktivitäten wiederaufgenommen hat. Anhand der Quellen lässt sich jedoch festhalten, dass am Ende des 19. Jh. gute Kontakte zwischen der Schützengilde aus Rozdrażewo und der fürstlichen Verwaltung bestanden, so dass der Fürst von Thurn und Taxis z.B. im Jahre 1899 für den Bau eines Schießschuppens im Schießgarten der Schützengilde 200 Mark gespendet hatte.<sup>3053</sup>

Die Schützengilde in Krotoszyn hatte derartige Probleme mit den preußischen Behörden und der fürstlichen Verwaltung, wie die Schützengilde in Rozdrażewo, nicht und war durch eine lebendige und ununterbrochene Tätigkeit gekennzeichnet. Das Königsschießen in Krotoszyn fand in der Regel in der Pflingstzeit statt.<sup>3054</sup> Ab dem 19. Jahrhundert nahm in ganz Großpolen zunehmend, das aus den deutschen Bräuchen übernommene Schießen in der Erntezeit, an Bedeutung zu und verbreitete sich schnell.<sup>3055</sup> Jenes fand in der Regel am Ende des Sommers an einem der Sonntage statt.<sup>3056</sup> Die Schützen schossen auf Schilder aus einer Entfernung von ca. 150 Metern.<sup>3057</sup> Die Schützengilde hatte ca. 70–80 Mit-

---

<sup>3049</sup> Ebd., S. 53.

<sup>3050</sup> Ebd., S. 53.

<sup>3051</sup> Vgl. FTTZA, DK 8596: Gerechtsame der Schützengilde zu Rozdrażewo, und Bestätigung derselben, Regensburg 21. August 1821.

<sup>3052</sup> Vgl. FTTZA, DK 8596: Regensburg 21. August 1821.

<sup>3053</sup> Vgl. NAWROCKI, Edmund: Bractwo Strzeleckie w Rozdrażewie, S. 57.

<sup>3054</sup> Vgl. MARCINIAK, Ryszard: W Rzeczypospolitej schlacheckiej (1415–1793), S. 120.

<sup>3055</sup> Vgl. ŚLIWIŃSKI, Eugeniusz: Leszczyńskie Bractwo Kurkowe 1627–1947, S. 22.

<sup>3056</sup> Ebd., S. 22.

<sup>3057</sup> Vgl. MARCINIAK, Ryszard: W Rzeczypospolitej schlacheckiej (1415–1793), S. 120.

glieder, die zu den wohlhabendsten Bürgern Krotoszyns zählten.<sup>3058</sup> Lange Zeit waren keine polnischen Bürger in der Schützengilde vertreten, schlichtweg aus ökonomischen Gründen.<sup>3059</sup> Der polnische Landadel nahm am Ende des 18. und Anfang des 19. Jahrhunderts bei den preußischen Kreditinstituten Hypotheken auf seine Besitzungen auf.<sup>3060</sup> Diese Schulden wurden in den Zeiten des Herzogtums Warschau noch vermehrt, weil der polnische Adel aufgehört hatte, die Kredite abzuführen.<sup>3061</sup> Der polnische Adel konnte sich auch nicht an die neuen wirtschaftlichen Bedingungen anpassen, die die Bauernbefreiung verursacht hatte; dazu kamen die billigen Preise für die Landwirtschaftsprodukte sowie Missernten in den 20er Jahren des 19. Jahrhunderts.<sup>3062</sup>



Abbildung 56: Königskette gespendet durch den Fürsten Maximilian Karl von Thurn und Taxis (1802–1871) im Jahre 1840 an den Schützenverein in Krotoszyn. Der Fürst spendete im gleichen Jahr auch eine Ritters- und Marschallskette an die gleiche Schützengilde in Krotoszyn. Aus der Sammlung des Hieronim Ławniczak Regionalmuseums in Krotoszyn (poln. Muzeum Regionalne im. Hieronima Ławniczaka w Krotoszynie).

Eine Person, die der Schützengilde beitreten wollte, musste über ein Gewehr sowie entsprechende Ausrüstung verfügen, was nicht billig war. Das polnische Bürgertum war schwach und wurde nicht genug durch den verarmten polnischen Adel unterstützt.<sup>3063</sup>

<sup>3058</sup> Vgl. **HADRYCH**, Paweł: *W czasach pruskich (1793–1918)*, S. 197–198.

<sup>3059</sup> Ebd., S. 197.

<sup>3060</sup> Vgl. **MOLIK**, Witold: *Życie codzienne ziemiaństwa w Wielkopolsce*, S. 75.

<sup>3061</sup> Ebd., S. 75.

<sup>3062</sup> Ebd., S. 75.

<sup>3063</sup> Vgl. **HADRYCH**, Paweł: *W czasach pruskich (1793–1918)*, S. 184.

Dies änderte sich erst etwa ab den 70er Jahren des 19. Jahrhundert.<sup>3064</sup> Dementsprechend bietet die Entwicklung der Krotoszyner Schützengilde im 19. Jahrhundert und am Anfang des 20. Jahrhunderts einen spannenden Überblick über die Epoche und den Raum, in dem das Fürstentum Krotoszyn entstand und sein standesherrschaftliches Dasein fortführte. Hinsichtlich der Herrschaft und des fürstlichen Beamtentums ist dieser Aspekt aufschlussreich. Zunächst sollte man sich aber kurz ihrer Bedeutung und Funktion widmen. Zum ersten Mal hatte der Fürst sein Fürstentum im Juni 1820 besucht. Zu der Zeit fand in der Stadt Krotoszyn das Königschießen statt.<sup>3065</sup> Bei dieser Gelegenheit besuchte Fürst Karl Alexander das Schießhaus des Schützenvereins persönlich.<sup>3066</sup> Das „Königsschießen“ fand in der Regel jedes Jahr statt, um Pfingsten herum oder zur Erntezeit.<sup>3067</sup> Derjenige, der den besten Schuss abgegeben hatte, wurde zum Schützenkönig gekürt. Er war auch verpflichtet als Schützenkönig ein neues Glied für die Königskette fertigen zu lassen. Nachdem der Schützenkönig gewählt worden war, folgte ein feierlicher Umzug mit Musik durch einen Teil der Stadt Krotoszyn.<sup>3068</sup> Dabei wurde die Bindung an die Fürsten von Thurn und Taxis betont, indem man vor dem Schloss Krotoszyn aufmarschierte und dem Vertreter des Fürsten auf diese Art die Ehre („ehrfurchtsvolle Anhänglichkeit“) offiziell durch den Verein und in dem Festzug teilnehmender Bevölkerung zeigte.<sup>3069</sup> Bei der Gelegenheit habe der Fürst seine finanzielle Unterstützung für den Bau eines Schießhauses versprochen. Mit der Realisierung dieser Pläne begann man aber erst im Jahre 1839. Die Mitglieder des Schützenvereins erinnerten im Jahre 1839 an dieses Versprechen in einem Gesuch um eine Spende für den Bau eines neuen Schießhauses. Die Fürstliche Rentkammer nahm Stellung dazu, indem sie im Bericht schrieb:

„Bei den bisherigen jährlichen Schießen bei dessen Beginn und Ende die Schützenmitglieder die Honneurs vor dem fürstlichen Schloße gemacht haben, wurde von den ältesten Mitgliedern zur großen Freude aller immer bemerklich gemacht, daß Sr. Durchlaucht der höchstseelige Herr Fürst während der Anwesenheit hier im Jahre 1820, die gerade während des Königschießens statt hatte, die Schützengesellschaft mit Höchst Ihrer Anwesenheit im Schießhause beglückten, einen Schuß machten, dabei aber auch gegen die anwesenden Schützenmitglieder zu äußern gerathen: sie sollten nur einen passenden Platz zum Bau eines neuen Schießhauses ermitteln, weil es in dem alten Schießhause ein lebensgefährlicher Aufenthalt sey, für Bauhülfe würde fürstlicher Seits gesorgt werden.“<sup>3070</sup>

---

<sup>3064</sup> Ebd., S. 198.

<sup>3065</sup> Vgl. FTTZA, DK 8600: Polizeisachen. Das Gesuch der hiesigen Schützengilde um einen neuen Schießhauses in Krotoszyn betreffend, 1839, Bericht der Fürstlichen Rentkammer vom 23. Juli 1839.

<sup>3066</sup> Vgl. FTTZA, DK 8600: Bericht der Fürstlichen Rentkammer vom 23. Juli 1839.

<sup>3067</sup> Vgl. MARCINIAK, Ryszard: *W Rzeczypospolitej szlacheckiej (1415–1793)*, S. 63–169; S. 120; siehe auch ŚLIWIŃSKI, Eugeniusz: *Leszczyńskie Bractwo Kurkowe 1627–1947*, S. 22.

<sup>3068</sup> Vgl. FTTZA, DK 8604: Das Geschenk des Fürsten zum Festschießen der Schützengesellschaft zu Krotoschin, 1856, 7. Oktober 1856.

<sup>3069</sup> Vgl. FTTZA, DK 8604: 7. Oktober 1856.

<sup>3070</sup> FTTZA, DK 8600: Bericht der Fürstlichen Rentkammer vom 23. Juli 1839.

Es handelte sich um ein Grundstück mit Haus und Ackerland im Wert von 2.350 Talern, das von der Schützengilde Krotoszyn angeschafft worden war.<sup>3071</sup> Das Vorhaben wurde schließlich mit einer Summe von 300 Talern in den 40er Jahren des 19. Jahrhunderts unterstützt.<sup>3072</sup> Der Besuch des Fürsten galt als ein besonderes Ereignis in einer Kleinstadt wie Krotoszyn. Die Schützengilde verstand dies auch als eine Legitimierung und hatte die Versprechungen sehr geschickt ausgenutzt, selbst nach 19 Jahren, wenngleich die Spende nur einen Bruchteil der Gesamtsumme ausmachte. Im Hinblick auf die nötige Infrastruktur stellte man fest:

„Wenn die Schützengilde, die schon so lange Jahre besteht, nicht ganz eingehen soll, was nicht zu wünschen ist, weil durch das Anschließen der ordentlichen polnischen und deutschen Bürger an dieselbe Einigkeit herbeigeführt, der Bürgersinn gehoben und durch das jährliche Königsschießen ein Volksfest gefeiert wird, welches bei der Ordnung, die man dabei zu handhaben sucht, nur zur Cultur beiträgt, so ist der Bau eines neuen Schießhauses unumgänglich nothwendig.“<sup>3073</sup>

Das Königschießen erfüllte also nicht nur den Zweck eines Volksfestes, stützte nicht nur die Kultur und den Bürgersinn, sondern war insbesondere für die deutsch-polnische Einigkeit fördernd. Dies stellte in einem binationalen Umfeld offensichtlich ein Problem dar, weil es sonst nicht explizit in den Akten erwähnt worden wäre. Gemeinsame Schießübungen, Treffen im Rahmen der Schützengilde in Krotoszyn waren sicherlich bei diesem Prozess fördernd. Zudem konnten sich die beiden Bevölkerungsgruppen besser kennen lernen, vielleicht entstanden dabei sogar lebendige Freundschaften. Eines der Ziele der Schützengilde war die Vereinigung der katholischen und evangelischen Bürger durch gemeinsame Schießübungen sowie die Förderung des Patriotismus.<sup>3074</sup> Außerdem sollte die Schützengilde in Zeiten der Unruhe das Militär unterstützen,<sup>3075</sup> wie es zur Zeit des Völkerfrühlings tatsächlich geschah als die Vertreter des damaligen polnischen aufständischen Komitees aus der Stadt Krotoszyn im März 1848 vertrieben und verprügelt wurden.<sup>3076</sup> Die Rolle der Schützengilde war in diesen unruhigen Zeiten nicht unbedeutend, da sie die Straßen wochenlang patrouillierten und sich um die Wiederherstellung der Sicherheit und Ordnung kümmerten.<sup>3077</sup> Deshalb sollte man die Rolle der Schützengilde in Krotoszyn bei der Verteidigung der preußischen Status quo in der Region nicht unterschätzen. Sie wirkte stabilisierend und im deutschen Interesse, da die Unruhen ein Ende fanden. Als Nebeneffekt profitierte davon, als deutsche Herrschaft in der Region, die Herrschaft von Thurn und Taxis im Fürstentum Krotoszyn. Im Jahre 1856 betonte man

<sup>3071</sup> Vgl. FTTZA, IB 2655: Bau eines neuen Schießhauses und der diesseitigen Beytrag bet. Die Schützengilde daselbst. Regensburg 12. Februar 1842.

<sup>3072</sup> Vgl. FTTZA, IB 2655: Regensburg 12. Februar 1842.

<sup>3073</sup> FTTZA, DK 8600: Bericht der Fürstlichen Rentkammer vom 23. Juli 1839

<sup>3074</sup> Vgl. FTTZA, DK 8604: 7. Oktober 1856.

<sup>3075</sup> Vgl. FTTZA, DK 8604: 7. Oktober 1856.

<sup>3076</sup> Vgl. HADRYCH, Paweł: W czasach pruskich (1793–1918), S. 200–201.

<sup>3077</sup> Ebd., S. 197–198.

bereits, dass die Vereine durch die Staatsbehörden in dem zur „Germanisierung“ vorbestimmten Großherzogtum Posen begünstigt seien.<sup>3078</sup> Schon Anfang des 20. Jahrhundert wurde die Schützengilde jedoch durch den Anteil der polnischen Mitglieder „polonisiert“.

Kehren wir jedoch zurück zur Entwicklung der herrschaftlichen Interaktion und Symbolik in Bezug auf die Krotoszyner Schützengilde. Der erste Schuss zu Ehren des Fürsten wurde schon im Jahre 1840 abgefeuert. Der Fürst von Thurn und Taxis spendete sodann im gleichen Jahr ein verziertes Schild mit eigenem Wappen und bezahlte als Organisator für den im Rahmen des Schützenfestes veranstalteten Ball.<sup>3079</sup> Die Kosten wurden im Jahre 1841 beglichen, nämlich 125 Rthl. für den Schützenball und 17 Rthl. für den Preis, und an die Schützenkasse der Schützengilde Krotoszyn ausbezahlt.<sup>3080</sup> Allerdings musste vom Preisgeld ein Kettenglied angeschafft werden. Diese Gabe kann man sowohl als ein Geschenk als auch ein Symbol der Herrschaftsansprüche und seiner Legitimation im Fürstentum Krotoszyn deuten bzw. als ein Bestandteil der Herrschaftssymbolik, mit der das Königsschießen gespickt war. An sozialen Aktivitäten lassen sich somit indirekt Herrschaftsstrategien und Herrschaftsziele erkennen und interpretieren. Das Schützenfest stellt eine gelungene Mischung aus Theatralik, Tradition und Anhänglichkeitszeremonie dar. Das Königsschießen war ja letztendlich auch ein Volksfest. Die Geldspenden des Fürsten unterstützten diese fein getarnte Herrschaftsausübung. Die Fürstliche Rentkammer befürwortete diesen Prozess, indem man die grundherrschaftliche Rolle der Fürsten in der Stadt Krotoszyn betonte.<sup>3081</sup> Insbesondere im Hinblick auf die „Gefühle der Verehrung“ bei den Bürgern von Krotoszyn, die man „rege zu halten dürfte“ und deswegen eine Spende an die Schützengilde für die Anschaffung einer Fahne und Veranstaltung eines Balls unterstützen sollte.<sup>3082</sup> So hatte z.B. im Jahre 1860 beim Festschießen der durch die Fürstliche Rentkammer abgesandte Schütze Geburek, der zugleich Rentkammer-Assistent war, den besten Schuss abgegeben.<sup>3083</sup> Dementsprechend hatte er die Ehre die Schützenkönigswürde zu übernehmen, die jedoch mit Folgekosten verbunden war, wie der Bewirtung der Schützengilde, der Anschaffung eines neuen Gliedes zur Königs-kette und Getränken für den Königsball. Hierfür kam dann der Fürst mit 42 Talern und 26 Silbergroschen auf.<sup>3084</sup> Fürst Albert von Thurn und Taxis nahm beispielweise im Juni 1891 selbst die Würde eines Schützenkönigs in Abwesenheit anlässlich des Pfingstschießen der Schützengilde Krotoszyn an.<sup>3085</sup> Die Anfang November bestellte Denkmünze wurde beim

---

<sup>3078</sup> Vgl. FTTZA, DK 8604: 7. Oktober 1856.

<sup>3079</sup> Vgl. FTTZA, DK 8604: 7. Oktober 1856.

<sup>3080</sup> Vgl. FTTZA, IB 2655: Regensburg 26. Januar 1841.

<sup>3081</sup> Vgl. FTTZA, DK 8604: 7. Oktober 1856.

<sup>3082</sup> Vgl. FTTZA, DK 8604: 7. Oktober 1856.

<sup>3083</sup> Vgl. FTTZA, IB 2655: Regensburg 4. Dezember 1860.

<sup>3084</sup> Vgl. FTTZA, IB 2655: Regensburg 4. Dezember 1860.

<sup>3085</sup> Vgl. FTTZA, DK 20739: Schloß Krotoszyn 22. Oktober 1891.

Königsball am 17. November der Schützengilde feierlich überreicht und anschließend an die Königskette angeheftet.<sup>3086</sup> Bei einem Fest wie dem „Königsschießen“ entdeckt man also eine einzigartige Art der Manifestation der Herrschaft, bei der die Fürsten in besonderer Weise mit Gesängen, Paraden und Tanzabende durch die Bevölkerung geehrt wurden. Wenn ein fürstlicher Beamter zum Königsschützen proklamiert wurde, dann fanden gelegentlich Bälle oder Tanzabende auf Kosten der fürstlichen Verwaltung statt.<sup>3087</sup> Dies alles konnte jedoch nicht vollständig die Sehnsucht nach der Präsenz des eigenen Standesherrn und Fürsten von Thurn und Taxis decken. Im Bericht der Fürstlichen Rentkammer an die Domänen-Ober-Administration vom Jahre 1856 wird beklagt, dass der Fürst und seine Familie das letzte Mal im Jahre 1824 das Fürstentum Krotoszyn besucht hatten.<sup>3088</sup> Den Honoratioren<sup>3089</sup> der Stadt und anderen wichtigen Persönlichkeiten aus dem kleinstädtischen Milieu im Fürstentum fehlte die stetige Präsenz des Fürsten in Krotoszyn. Dadurch habe sogar das Ansehen der fürstlichen Beamten gelitten und ihr Rang sowie ihre Position sei dadurch gegenüber den königlichen Beamten deutlich geschwächt.<sup>3090</sup> Die Klagen darüber wurden mit der Zeit immer lauter und man stellte Vergleiche mit den benachbarten Besitzungen an:

„so oft Fürst Radziwill, oder der Herr Herzog von Braunschweig ihre benachbarten Besitzungen Przygodzice und Oels besuchen.“<sup>3091</sup>

Am Festzug der Schützengilde waren schließlich außer den Mitgliedern des Schützenvereins auch der „Kreislandrath und die meisten Mitglieder der übrigen Behörden beteiligt“,<sup>3092</sup> was den Rang der Veranstaltung noch höher setzte. Da der Fürst keinen Besuch in den 50er Jahren des 19. Jahrhunderts geplant hatte, wurde als Ersatz am Namenstag des Fürsten (12. Oktober) ein Festball durch die fürstliche Verwaltung organisiert, zu dem die fürstlichen Gutspächter und die Honoratioren der Stadt Krotoszyn eingeladen wurden. Für dieses Ziel hatte man sich erlaubt, die Rentkammer-Kasse mit 300 Talern zu belasten.<sup>3093</sup> Schließlich wurde die Summe von 540 Taler erreicht mit der Begründung:

„Schon uns auf Specialitäten einzulassen, können wir im Allgemeinen versichern, daß das, selbst in weiteren Kreisen, insbesondere auch bei der Regierung zu Posen und dem Ober-Präsidenten der Provinz bekannt gewordenen Fest diejenige Anerkennung fand, welche wir bei Stellung unseres desfalligen ehrerbietigen Antrages bezweckten, und daß den Gefühlen der ehrerbietigsten Hochachtung des Fürstenhauses mannigfach, namentlich aber in einer, von dem hiesigen Gymnasial-Direktor,

<sup>3086</sup> Vgl. FTTZA, DK 20739: Regensburg 7. November 1891.

<sup>3087</sup> Vgl. FTTZA, DK 8604: 7. Oktober 1856.

<sup>3088</sup> Vgl. FTTZA, DK 8604: 7. Oktober 1856.

<sup>3089</sup> Als Honoratioren nannte man im 19. Jahrhundert die wichtigen Personen mit einem höheren Status in den Kleinstädten. Zu denen zählten Landräte, Grundbesitzer, Ärzte, Lehrer, Kaufmänner, Beamte, Priester usw.

<sup>3090</sup> Vgl. FTTZA, DK 8604: 7. Oktober 1856.

<sup>3091</sup> FTTZA, DK 8604: 7. Oktober 1856.

<sup>3092</sup> FTTZA, DK 8604: 17. Oktober 1856.

<sup>3093</sup> Vgl. FTTZA, DK 8604: 17. Oktober 1856.



### *Königsschießen als Manifestation der fürstlichen Herrschaft*

Professor Gladisch auf Sr. Hochfürstliche Durchlaucht ausgebrachten treueste Worte gegeben wurden.

Bei dem geschäftlichen Verkehr, in welchem wir mit fast allen königlichen Behörden Krotoszyner und Adelnauer Kreises stehen, und um Unannehmlichkeiten zu entgehen, mußten sich die Namens Sr. Hochfürstlichen Durchlaucht durch den gehorsamst unterzeichneten Rentkammer Vorstand erlassenen Einladungen auf eine größere Zahl von Personen erstrecken, als wir ursprünglich beabsichtigt hatten, auch ist mit in Folge hiervon und der Dauer des Balles /Morgens 6 Uhr/ eine größere Menge von Weinen konsumiert worden, weshalb eine bedeutende Ueberschreitung der höchsten Ortes huldvollst ausgesetzten Summen unumgänglich war, zumal wir es an nichts fehlen lassen durften.“<sup>3094</sup>

Das Festschießen war eine Frage des Prestiges des fürstlichen Hauses. Die Tatsache, dass man sogar das Fest in der gesamten Region Großpolen bekannt machte und das Interesse der Regierung in Posen und selbst der Person des Ober-Präsidenten geweckt hatte, bestätigte, dass das Ziel der Anerkennung und Wertschätzung der fürstlichen Herrschaft auch innerhalb der Elite der preußischen Verwaltungszentrale in der Provinz Posen erreicht werden konnte. Die oben genannte Summe von 540 Talern wurde durch die Domänen-Ober-Administration in Regensburg schließlich am 23. Januar 1859 genehmigt und übernommen. Es lässt sich kritisch hinterfragen, ob die Fürstliche Rentkammer absichtlich die Summen überstrapazierte, um evtl. eigene Beziehungen- und Kontaktnetzwerke vor Ort zu stärken bzw. zu festigen. Denkbar ist es auf jeden Fall, dass ein kostenloser Festballbesuch sicherlich ein Anreiz für Familien und Bekannte war, die mit staatlichen Institutionen in Verbindung standen. Die Rolle eines Beamten als eine Schnittstelle zwischen den Untertanen und verschiedenen Interessensgruppen als auch anderen höher gestellten preußischen Behörden, der Domänen-Ober-Administration in Regensburg und schließlich dem Fürsten eröffnete der Fürstlichen Rentkammer in Krotoszyn die Möglichkeiten für Missbrauch. Herrschaftsausübung im Namen des Fürsten von Thurn und Taxis im Fürstentum Krotoszyn bedeutete den Zugang zu breiten finanziellen Ressourcen. Im Interesse des Fürsten und seines Großgrundbesitzerprojektes in der Provinz Posen war es, sich möglichst zahlreiche Freunde zu machen. Um bestimmte Geschäfte durchzusetzen war es zudem wichtig, guten Kontakt zu den Behörden zu pflegen sowie eine freundschaftliche Haltung bei der Bevölkerung gegenüber der fürstlichen Verwaltung zu fördern. Auf diese Weise hatte die Fürstliche Rentkammer in Krotoszyn versucht, eine konfliktlose Atmosphäre in den fürstlichen Besitzungen zu garantieren. Selbst wenn die fürstlichen Beamten dies nicht ausgenutzt hatten, heißt es nicht, dass sie davon nicht profitierten. Letztendlich repräsentierten sie das Fürstentum Krotoszyn als eine Herrschaftsinstanz und konnten durch ihre persönlichen Netzwerke vor Ort einiges in Gang setzen, z.B. durch Spenden unterstützen oder eben auch nicht.

---

<sup>3094</sup> FTTZA, DK 8604: 21. Dezember 1858.

Die Schützengilde bzw. Schützenbruderschaft in Adelnau entstand im Jahre 1868, also relativ spät, und das Statut der Schützengilde wurde 1870 durch die preußischen Behörden in Posen bestätigt.<sup>3095</sup> Die Schützengilde Adelnau war im Gegensatz zu den meisten Schützengilden in der Provinz Posen, die in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts entstanden und überwiegend von Deutschen dominiert wurden, größtenteils polnisch geprägt.<sup>3096</sup> Ihren polnischen Charakter bestätigen nicht nur die Zusammenstellung der Mitglieder sondern auch die Protokolle der Schützengilde in Adelnau, die bis 1885 nur auf Polnisch verfasst wurden.<sup>3097</sup> Zwischen 1885 und 1890 kommt eine deutsch-polnische Textvariante der Protokolle vor und erst in den Jahren 1890–1914 wurden sie nur auf Deutsch verfasst.<sup>3098</sup> Die Mitgliederzahl der Adelnauer Schützengilde schwankte am Anfang des 20. Jahrhunderts zwischen 39 und 70 Personen.<sup>3099</sup> Sie hatte seit ihrer Gründung einen deutsch-polnischen Charakter, obwohl sie von Polen dominiert und geprägt wurde.<sup>3100</sup> Die jeweiligen Flügel kämpften laut Dymacz um die Bestimmung des nationalen Profils der Schützengilde in Adelnau.<sup>3101</sup> Unter dem Druck der deutschen Behörden wurde im Jahre 1907 ein neues Statut verabschiedet, das solche Aufgaben der Schützengilde erwähnte wie die Liebe und Treue zum Kaiser und Staat, Erziehung in Gehorsamkeit usw.<sup>3102</sup> Die Versuche die Leitung der Schützengilde Adelnau durch die deutsche Mitglieder (Beamte und Kaufmänner) zu übernehmen führten in den Jahren 1907 und 1914 zum Misserfolg.<sup>3103</sup> Ihr polnischer Charakter wurde weiterhin behalten und die polnischen Bräuche wurden weiterhin gepflegt.<sup>3104</sup> Die fürstliche Verwaltung lehnte Gesuche der Schützengilde aus Adelnau trotz ihres polnischen Charakters nicht ab, sondern unterstützte sie bewusst. So hatte beispielsweise die Schützengilde zu Adelnau 100 Mark im Jahre 1890, 40 Mark für die Bewirtungs- und Zuwendungskosten im Jahre 1892 und 150 Mark als Geschenk im Jahre 1893 erhalten.<sup>3105</sup> Welche Prämissen standen dahinter? Aus dem erneuerten Gesuch im Jahre 1901 kann man konkrete Beweggründe erfahren. Solche Initiativen wurden legitimiert, indem man im Bericht schrieb:

„Die Fürstliche Verwaltung ist bei ihren dies bezüglichlichen Anträgen von dem Gedanken ausgezogen, daß die Schützengilde immer noch ihre alte Anhänglichkeit an den ehemaligen Grundherrn dadurch beweisen, daß jährlich bei dem sogenannten Königsschießen die ersten drei Schüsse für Seine hochfürstliche Durchlaucht abgegeben werden, ferner daß es für die fürstliche Verwaltung nur vorteilhaft sein kann,

---

<sup>3095</sup> Vgl. **DYMACZ**, Eugeniusz: *Monografia Odolanowa*, Odolanów 2003, S. 104.

<sup>3096</sup> Vgl. **OLSZANOWSKI**, Franciszek, **WALKOW**, Rafał: *Bedecker Odolanowski*, Odolanów 2014, S. 81.

<sup>3097</sup> Ebd., S. 81.

<sup>3098</sup> Ebd., S. 81.

<sup>3099</sup> Vgl. **DYMACZ**, Eugeniusz: *Monografia Odolanowa*, S. 104.

<sup>3100</sup> Ebd., S. 104.

<sup>3101</sup> Ebd., S. 104.

<sup>3102</sup> Ebd., S. 104.

<sup>3103</sup> Ebd., S. 116.

<sup>3104</sup> Ebd., S. 116.

<sup>3105</sup> Vgl. FTTZA, DK 20739: Gesuche von Gemeinden, Vereinen, Corporationen, Vol. I, 1891. Schloss Krotoszyn, den 29. April 1901.

### *Königsschießen als Manifestation der fürstlichen Herrschaft*

mit der Bevölkerung, mit welcher sie in vielfacher Weise dienstlich in Berührung kommt, in gutem Einvernehmen zu leben, wozu monatlich kleine Begünstigungen, wie die Unterstützung der Schützengilden sie bieten, lebhaft beitragen.“<sup>3106</sup>

Man begründete es also mit Prestige, welches man durch derartige Ehrerbietung dem Fürsten zukommen lässt. Die Anerkennung seiner Herrschaft wird auf diese Art in der Öffentlichkeit manifestiert. Zudem war es wichtig die Kontakte mit der Bevölkerung zu verbessern. Vor allem in diesen national-geladenen Konfliktzeiten bemühte man sich offensichtlich um eine neutrale Stellung, was durchaus sehr positiv gesehen werden kann.

Im Jahre 1909 erhielt die Schützengilde zudem eine fürstliche Spende in Höhe von 300 Mark, da auf Grund des Baus der neuen Bahnstrecke<sup>3107</sup> Ostrowo-Groß Graben ein Umbau des Schützenhauses nötig wurde.<sup>3108</sup> Die Schützengilde nahm hierfür ein Darlehen auf. Als die Gilde im Jahre 1913 Probleme mit dem Abbezahlen der Darlehensraten hatte, half der Fürst wiederum mit 250 Mark aus.<sup>3109</sup> Natürlich war hier nicht reine Wohltätigkeit im Spiel. Die Fürstliche Rentkammer befürwortete das Gesuch der Schützengilde Adelnau, da ihre Mitglieder Holz beim Fürsten einkauften und auch brauchbare Handwerker waren.<sup>3110</sup> Bei der Entscheidung, die recht schnell fiel, spielten also pragmatisch-ökonomische Gründe eine entscheidende Rolle.<sup>3111</sup>

Die mittlerweile „polonisierte“ Schützengilde in Krotoszyn weigerte sich 1909 beispielsweise eine größere Anzahl von deutschen Bürger und Beamten aufzunehmen, um ihren Charakter zu bewahren.<sup>3112</sup> Als Folge entstand am 30. Juni 1909 ein deutscher Schützenverein.<sup>3113</sup> Die fürstlichen Beamten sahen sich durch die neu entstandene Situation gezwungen auf die Teilnahme bei dem Königsschießen zu verzichten. Sie schrieben am 12. Mai 1910 in einem Bericht:

„Die fürstliche Verwaltung hat sich seit Alters an den Veranstaltungen der Gilde mit höchsten Zustimmung beteiligt; dieselbe erhält seit vielen Jahren beim Pfingstschießen zu einem Freitrunke 14 M., wiederholt wurden ihr besondere Gnadengeschenke bewilligt und hat Seine hochfürstliche Durchlaucht mehrfach die Schützenkönigswürde angenommen. Angesichts des ausgebrochenen Konflikts kann sich die fürstliche Beamtung bei den öffentlichen Umzügen nicht mehr beteiligen und es werden lediglich die üblichen Ehrensüsse für Seinen Hochfürstlichen Durchlaucht abgegeben.“<sup>3114</sup>

<sup>3106</sup> FTTZA, DK 20739: 29. April 1901.

<sup>3107</sup> Die genannte Bahnstrecke war die erste, die durch die Stadt Adelnau verlief und die Strecke Ostrowo-Adelnau wurde am 9. und 10. Oktober 1909 feierlich eröffnet. Vgl. DYMĄCZ, Eugeniusz: Monografia Odolnowa, S. 94.

<sup>3108</sup> Vgl. FTTZA, DK 20740: Gesuche von Gemeinden, Vereinen, Corporationen, Vol. II, Schloß Krotoschin 11. November 1913.

<sup>3109</sup> Vgl. FTTZA, DK 20740: Schloß Krotoschin 11. November 1913.

<sup>3110</sup> Vgl. FTTZA, DK 20740: Schloß Krotoschin 11. November 1913.

<sup>3111</sup> Vgl. FTTZA, DK 20740: Jagdh. Tiergarten 19. November 1913.

<sup>3112</sup> Vgl. FTTZA, DK 20740: Rentkammer Krotoschin, Schloß Krotoschin 12. Mai 1910.

<sup>3113</sup> Vgl. FTTZA, DK 20740: 12. Mai 1910.

<sup>3114</sup> FTTZA, DK 20740: Schloß Krotoschin 12. Mai 1910.

Es wurde beschlossen, dass angesichts dieses Konflikts ein fürstlicher Beamter von der Fürstlichen Rentkammer die Ehrenschüsse bei dem deutschen Schützenverein abgibt und Trinkgelder und Geschenke in Summe von 25 Mark spendet.<sup>3115</sup> Der Vorschlag der Fürstlichen Rentkammer wurde am 21. Mai 1910 in Regensburg angenommen.<sup>3116</sup> Dem deutschen Schützenverein hatte man auch die Erlaubnis erteilt die Ehrenschüsse für den Fürsten abzugeben. Man wollte sich also lieber zurückziehen. Die fürstliche Verwaltung im Fürstentum hatte offensichtlich kein Interesse sich nur als Anhänger einer Seite zu zeigen und griff zu gemäßigter Unterstützung. Die nunmehr polnische Schützengilde, die der fürstlichen Meinung nach, die Kriterien der Neutralität verletzte, hatte offenbar in Folge die fürstliche Unterstützung eindeutig eingebüßt.<sup>3117</sup> Zumindest ihre Wertstellung in dem öffentlichen Diskurs wurde sichtbar verringert.

Auf der anderen Seite liegt auf der Hand, dass es beide Vereine verstanden, die fürstliche Verwaltung geschickt zu instrumentalisieren, um größere Unterstützung und vermehrtes Interesse für den eigenen Schützenverein zu gewinnen. Die Beamten der Fürsten verstanden jedoch, dass langfristig eine pragmatische Herangehensweise und eine neutrale Haltung von Vorteil waren. Im Fürstentum Krotoszyn musste – wie auch in diesem Fall – stets ein Gleichgewicht der Interessen herrschen und keine Seite dürfte das Gefühl haben, dass ihre Rechte und Interessen verletzt wurden. Es war weniger wichtig, ob es in der Tat so war oder nicht. Die antipolnische Organisation „Deutscher Ostmarkenverein“ war in Krotoszyn aktiv und die Stadt war auch nicht frei von den deutsch-polnischen Konflikten.<sup>3118</sup> Die Akten zum Thema „Königsschießen“ scheinen jedoch die Ansicht tatsächlich zu bestätigen, dass die fürstliche Verwaltung und der Fürst bemüht waren, neutral zu bleiben und zwar aus oben genannten pragmatischen Gründen. Die fürstliche Seite involvierte sich auch ungern in die Germanisierungsversuche zur Unzufriedenheit der örtlichen Behörden und der „Deutscher Ostmarkenverein“ in Krotoszyn.<sup>3119</sup> Die fürstlichen Beamten nahmen zwar bei den patriotischen Veranstaltungen teil, besetzten die freien Pachtstellen nur mit Deutschen, die Propsteien wurden nach Absprache mit den Behörden besetzt, dies war jedoch alles.<sup>3120</sup> Die fürstlichen Pächter beschäftigten weiterhin mehrheitlich Polen und sprachen mit den Arbeitern sogar auf Polnisch und die fürstliche Verwaltung ignorierte das Verbot von Mischehen.<sup>3121</sup> Um das Gleichgewicht im Fürstentum Krotoszyn zu erhalten, kam stets ein Mittel als Herrschaftsinstrumentarium der Fürstlichen Rentkammer zum Einsatz, nämlich Spenden. Die Spenden hatten sowohl einen

---

<sup>3115</sup> Vgl. FTTZA, DK 20740: Schloß Krotoschin 12. Mai 1910.

<sup>3116</sup> Vgl. FTTZA, DK 20740: Regensburg 21. Mai 1910.

<sup>3117</sup> Vgl. FTTZA, DK 20740: Schloß Krotoschin 12. Mai 1910.

<sup>3118</sup> Vgl. HADRYCH, Paweł: W czasach pruskich (1793–1918), S. 211 und S. 248–249.

<sup>3119</sup> Ebd., S. 255–256.

<sup>3120</sup> Ebd., S. 255–256.

<sup>3121</sup> Ebd., S. 255–256.

symbolischen als auch einen praktischen Wert. Symbolisch wurden sie zu Zwecken, die den Namen des Fürsten ehrten, genutzt; praktisch steigerten sie das Prestige der fürstlichen Beamtenschaft, weil sie im Namen des Fürsten aufgetreten sind und ihn nach außen repräsentierten. In Zusammenarbeit mit den preußischen Behörden wirkte die Fürstliche Rentkammer bei der Gestaltung vom Königsschießen mit. Die Ressourcen standen zu Verfügung und die Fürstliche Rentkammer hatte es verstanden diesen Vorteil für eigene Ziele zu nutzen.

Bereits zwei Jahre später gab es nur wenig Spuren von dem Konflikt und der Abkühlung der fürstlichen Unterstützung für den polnischen Schützenverein in Krotoszyn. 1912 erhielt der Fürst anlässlich des Pfingstschießens erneut von dem polnischen Schützenverein Krotoszyn die Schützenkönigswürde; zum letzten Mal geschah dies im Jahre 1891.<sup>3122</sup> Die Annahme der Schützenkönigswürde war mit der Mitorganisation des Schützenfestes verbunden. Wenn es sich um einen reicheren Bürger handelte, organisierte er in der Regel einen kleinen Empfang für den ganzen Vorstand der Schützengilde und am Ende des Festzuges ein Diners im Schützenhaus für alle Mitglieder der Schützengilde, die durch die Stadt zogen.<sup>3123</sup> Die Kosten für den Empfang des Vorstandes und das Diner für die Schützenbrüder beliefen sich diesmal auf 737 Mark, inklusive 12 Mark für Trinkgelder für die Bedienung und 36,50 Mark für Auslagen des stellvertretenden Schützenkönigs, also insgesamt auf 785,50 Mark.<sup>3124</sup> Zusätzlich dazu sollte der Fürst als Schützenkönig eine Gedenkmünze für den Schützenkönigsball im Oktober stiften, die während des Balls an die Schützengilde-Königskette angeheftet werden sollte.<sup>3125</sup> Der Fürst von Thurn und Taxis nahm die Schützenkönigswürde an und genehmigte die Auszahlung der genannten Summe an die Schützengilde Krotoszyn und besorgte rechtzeitig eine Gedenkmünze für die Königskette.<sup>3126</sup> Dieses Beispiel zeigt, dass nicht lange nach den nationalen Ressentiments sich die Lage stabilisiert hat und die Kontakte mit dem Fürsten und dem polnischen Schützenverein in Krotoszyn sich wieder korrekt gestalteten. Das Prestige, das mit der Schützenkönigswürde verbunden war, die der Fürst zum letzten Mal 1891 von der Krotoszyner Schützengilde erhielt, war hoch, so dass eine Absage einem Affront gleichgekommen wäre. Die Kontakte auf fürstlich-polnischer Linie konnten somit ebenso stabilisiert werden. Die örtliche polnische Bevölkerung nahm die Geste des Fürsten nämlich sicherlich positiv auf. Außerdem machte der Fürst in solchen Fällen kaum Ausnahmen und finanzierte solche Angelegenheiten regelmäßig.

---

<sup>3122</sup> Vgl. FTTZA, DK 20740: Schloß Krotoschin 2. Juli 1912.

<sup>3123</sup> Vgl. FTTZA, DK 20740: Schloß Krotoschin 2. Juli 1912.

<sup>3124</sup> Vgl. FTTZA, DK 20740: Schloß Krotoschin 2. Juli 1912.

<sup>3125</sup> Vgl. FTTZA, DK 20740: Schloß Krotoschin 2. Juli 1912.

<sup>3126</sup> Vgl. FTTZA, DK 20740: Bad Gastein 24. Juli 1912.

Durch Feste wie das Festschießen wurden aus der Stadt und Umgebung ganze Menschenmassen angezogen. Sie stellten ein attraktives Angebot und eine Abwechslung im kleinstädtischen Alltag dar. Die Herrscher erhielten für die Finanzierung und Unterstützung des Königsschießens in Krotoszyn oder auch anderer Feierlichkeiten als Gegenleistung die Bindung der Untertanen an das Haus Thurn und Taxis und seine Repräsentanten, also die fürstlichen Beamten der Fürstlichen Rentkammer. Elemente wie die Aufmärsche vor dem Schloss, Schüsse zu Ehren des Fürsten, Spenden für Alkohol, Preise, Stiftung der Bälle oder sogar des Schießhauses schufen nicht nur kollektive Erfahrungen, sondern bewirkten vor allem die Anbindung an das fürstliche Haus. Die mediatisierten Standesherrn wurden im 19. Jahrhundert von ihren zahlreichen Rechten enteignet, ihre Sonderstellung wurde zu einem Schatten des früheren Glanzes und der Größe minimiert.<sup>3127</sup> In Königreich Preußen wurde dieser langsame Wandel endgültig durch die preußische Verfassung vom 31. Januar 1850 vollzogen, indem die Rechtsinstitutionen der Standesherrn aufgehoben wurden, was im Zusammenhang mit der deklarierten Gleichheit aller Staatsbürger vor dem Gesetz stand.<sup>3128</sup> Infolgedessen hatten alle Staatsbürger außer dem König offiziell die gleichen Rechte. Persönliche Freiheit, Freiheit der Wissenschaft und Presse, Unverletzlichkeit von Wohnung und Eigentum, Vereins- und Versammlungsfreiheit waren Realität.<sup>3129</sup> Bisher privilegierte Gruppen wie der Adelstand büßten ihre Stellung ein. Weitere Reformen und Gesetze liquidierten im Verlauf der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts die Überreste der ständischen Vergangenheit.

Die Adeligen und insbesondere der Hochadel, der über größere finanzielle Ressourcen verfügten, bemühten sich zumindest nach außen um das Aufrechterhalten ihres Status. Sie versuchten ihre Herrschaft in der Öffentlichkeit zu stärken, sie zu legitimieren und zu verteidigen. Es war ein Resultat der zunehmenden Konkurrenz zwischen Staat und einem Stand, der seiner ursprünglichen Rechte beraubt worden war. Natürlich kann man hier nicht von einer preußischen Besonderheit sprechen, sondern von einer Konjunktur, die europaweit spürbar und durch die Forschung nachweisbar ist. So bestätigt die Studie von Tatjana Tönsmeier diesen allgemeinen Trend jener Zeit. Sie illustriert dies am Beispiel der Standesherrn in Böhmen und England, die bereits begrenzte Ressourcen und Rechte hatten und nur durch die Intensivierung und den Fortbestand der Finanzierung die Aner-

---

<sup>3127</sup> Mehr dazu z.B. in: GOLLWITZER, Heinz: Die Standesherrn. Die politische und gesellschaftliche Stellung der Mediatisierten 1815–1918. Ein Beitrag zur deutschen Sozialgeschichte, 2., durchgesehene und ergänzte Auflage, Göttingen 1964; SCHIER, Rolf: Standesherrn. Zur Auflösung der Adelsvorherrschaft in Deutschland (1815–1918), in: CONRAD, Hermann, KLEINHEYER, Gerd, SCHEUNER, Ulrich (Hg.), Studien und Quellen zur Geschichte des deutschen Verfassungsrechts, Bd. 11, Heidelberg/Karlsruhe, 1977.

<sup>3128</sup> Vgl. SCHULZE, Hagen: Preußen von 1850 bis 1871. Verfassungsstaat und Reichsgründung, in: BUSCH, Otto (Hg.), Handbuch der preussischen Geschichte. Das 19. Jahrhundert und Große Themen der Geschichte Preußens, Bd. 2, Berlin/New York 1992, S. 293–374; S. 303.

<sup>3129</sup> Ebd., S. 303.

kennung ihrer Position und Herrschaft aufrechterhalten konnten. Auch hier spielten Feste wie z.B. Erntefeste eine entscheidende Rolle bei der Legitimierung der Herrschaft.<sup>3130</sup> Die vergangene Machstellung der Adeligen, die noch nicht so alt war, konnte auf solche Weise wiederbelebt werden, wenngleich die adeligen Häuser nur noch die Möglichkeit hatten, auf die vergangene Stellung zu projizieren. Dadurch wurde auch die indirekte Anerkennung der Position des Herrschers gefördert. Solche Betonung der Rangordnung und paternalistischen Haltungen bei den Festen lässt sich auch in England und Böhmen im 19. Jahrhundert beobachten und bestätigen.<sup>3131</sup> In Böhmen waren die Besitzungen auch durch Multiethnizität geprägt, ähnlich wie im Fürstentum Krotoszyn. Gewisse Unterschiede lassen sich jedoch feststellen. Im Fürstentum Krotoszyn waren die Herrscher nur gelegentlich vor Ort präsent, die von Tönsmeier untersuchten adeligen Besitzungen in England und Böhmen hatten einen ausgebauten Fest-Plan, da die Herrscher in ihren Besitzungen auch wohnten. Die Feste folgten dem Agrarjahr oder Kirchenkalender und so zählten zu den Feierlichkeiten z.B. bischöfliche Visitationen, Schulfeste sowie Patronats- und Erntefeste.<sup>3132</sup> Zudem wurden besondere Anlässe des adeligen Herrscherhauses begangen wie Taufen, das Erreichen der Volljährigkeit, Hochzeiten, runde Geburtstage, Begräbnisse.<sup>3133</sup> Umso prächtiger wurden deswegen auch die Besuche der Fürsten von Thurn und Taxis im Fürstentum Krotoszyn gefeiert, weil es schlicht eine Seltenheit war (siehe Kapitel 3.1: Besuche der Fürsten von Thurn und Taxis im Fürstentum Krotoszyn).<sup>3134</sup> Die Anwesenheit der Honoratioren, fürstlichen Beamten, preußischen Behörden und Gutspächter erhöhte den Rang der Veranstaltung und legitimierte sowohl die preußische Herrschaft als eine obere staatliche Instanz als auch die untere regionale Herrschaft des Fürsten von Thurn und Taxis im Fürstentum Krotoszyn. Dies lässt sich auch symbolisch nachweisen, wie folgendes Zitat aus den Akten belegt:

„Bei dem Königsschießen gebührt der erste Schuss Sr. Königl. Majestät, der zweite Sr. Hochfürstlichen Durchlaucht.“<sup>3135</sup>

Die hierarchisch wirkende und so auch strukturierte Gesellschaft des Fürstentums verkörperte „die adelige Vorstellung von Herrschaft über Land und Leute“.<sup>3136</sup> Geldgeschenke,

<sup>3130</sup> Vgl. TÖNSMEIER, Tatjana: *Adelige Moderne*, Wien/Köln 2012, S. 248–249.

<sup>3131</sup> Ebd., S. 248–249.

<sup>3132</sup> Ebd., S. 251.

<sup>3133</sup> Ebd., S. 251–252.

<sup>3134</sup> Vgl. FTTZA, HMA 185: Reiserechnungen. Reise des Fürsten von Franzensbad nach Krotoschin, zurück über Frankfurt nach Taxis, 1820, Ausgaben Krotoszyn im Monat August und September 1820; sowie FTTZA, Polen 25: Die Reise des Fürsten Carl Alexander von Thurn und Taxis nach Krotoszyn und die daselbst stattgehabten feyerlichen Empfang desselben so wie die ihm auf dieser Reise zu Frankfurt a/M und Weimar erwiesenen Ehrenbezeugungen betr. 1820, FTTZA, HMA 195: Rechnungen über die Reise der Hochfürstlichen Herrschaften von Regensburg nach Carlsbad, Mecklenburg, Krotoszyn, Chraustowitz im Jahre 1824, FTTZA, HMA 264: Aufenthalt der höchsten Herrschaften in Krotoschin, 1897, FTTZA, HMA 270: Reise nach Ungarn und Krotoschin im September 1899, FTTZA, HMA 1789: Reise Sr. Hochfürstlichen Durchlaucht nach Krotoschin im Herbst, 1901–1905 und 1907–1911, FTTZA, HMA 1808: Reisen. Krotoschin 1911, FTTZA, HMA 1812, Reisen. Krotoschin, 1913–1918.

<sup>3135</sup> FTTZA, DK 8604: 7. Oktober 1856.

### 3.5 Brandvermeidung, Nachsorge und Prävention

die offene Zurschaustellung von Reichtum sowie die Großzügigkeit des Fürsten bei jeglichen Festen sollten dagegen die Untertanen befriedigen und von guter Herrschaft zeugen.<sup>3137</sup> Der preußische Staat, anders als z.B. in Böhmen oder England, erscheint in diesen adeligen Besitzungen nicht nur als Konkurrent,<sup>3138</sup> sondern vielmehr als erstrangiger Partner, wie eben im Falle der Feste wie des Königsschießens in Krotoszyn gezeigt wurde. Wie die Untersuchung der Akten gezeigt hatte, arbeiteten die preußischen Behörden und die Fürstliche Rentkammer zusammen und unterstützten sich gegenseitig beim Königsschießen und in Bezug auf die Schützengilde. Insgesamt jedoch insbesondere am Ende des 19. Jahrhundert und am Anfang des 20. Jahrhunderts war die Fürstliche Rentkammer vorsichtiger und in der Zeit der Germanisierung im Vergleich zu den preußischen Behörden und ihren antipolnischen Aktivitäten scheint sie laut Akten erheblich neutraler zu agieren. Die Konflikte wurden auch absichtlich vermieden und zwar aus vier Gründen: Erstens wollte man keine der Seiten diskriminieren bzw. solche Vorwürfe vermeiden. Zweitens war die Bevölkerung größtenteils polnisch und somit auch die meisten Arbeiter in den fürstlichen Besitzungen. Man wollte potenzielle Unruhen vermeiden. Drittens grenzte man sich von der polonisierten Schützengilde klar nach außen ab, um Kritik und Problemen mit den örtlichen Behörden aus dem Wege zu gehen. Und schließlich viertens, garantierte das alles, dass die finanziellen Gewinne aus dem Fürstentum Krotoszyn unbehindert nach Regensburg flossen.

## 3.5 Brandvermeidung, Nachsorge und Prävention

### *Brandvermeidung und Brandbekämpfung im 19. Jahrhundert*

Brandvermeidung und Brandbekämpfung im 19. Jahrhundert hat nichts mit der Feuerbekämpfung im 21. Jahrhundert zu tun. Vom Mittelalter bis in die Neuzeit stellte das Feuer noch die größte Gefahr für die Städte dar.<sup>3139</sup> Die Durchsetzung von Bauverordnungen war immer ein Problem für die Städte und zog sich über Jahrhunderte hin. So gelang es beispielsweise in Frankfurt am Main zwischen 1400 und 1800 nicht, die ausschließliche Verwendung von Dachziegeln in der ganzen Stadt durchzusetzen.<sup>3140</sup> Strohdächer und Fachwerkhäuser waren in den eng bebauten Gassen der Städte immer noch anzutref-

---

<sup>3136</sup> TÖNSMEYER, Tatjana: Adelige Moderne, S. 254.

<sup>3137</sup> Vgl. TÖNSMEYER, Tatjana: Adelige Moderne, S. 255.

<sup>3138</sup> Ebd., S. 259.

<sup>3139</sup> Vgl. MEHLHORN, Dieter-J.: Städtebau zwischen Feuerbrunst und Denkmalschutz. Erhaltung – Veränderung – Bewahrung, Berlin 2012, S. 98.

<sup>3140</sup> Ebd., S. 107.



fen.<sup>3141</sup> Dieser Zustand erleichterte die Entstehung von Bränden und erschwerte den Brandschutz. Im 19. Jahrhundert wurde die Stadt in einer Brandsituation sowohl als passive als auch aktive Gefahrgemeinschaft verstanden, die ihre Bereitschaft zum Kampf gegen das Feuer beweisen sollte.<sup>3142</sup> Der Verzicht auf absolutistische Herrschaftsausübung in Preußen und die neue Städteordnung von 1808 führten zur erneuten Blüte der Selbstverwaltung auf kommunaler Ebene.<sup>3143</sup> Dies hatte langfristig die Identifikation der Bürger mit den Gemeinden zur Folge und führte bis in die 1840er Jahre vereinzelt zur Gründung von freiwilligen Organisationen, die ihre Funktion in der Feuerbekämpfung sahen.<sup>3144</sup> Diese waren jedoch selten. Das Feuer wurde immer noch als Strafe Gottes verstanden.<sup>3145</sup> Die Brandbekämpfung in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts basierte, neben den wenigen ehrenamtlichen Initiativen, hauptsächlich auf der Verpflichtung der Bewohner zur Hilfe.<sup>3146</sup> Man sollte sich jedoch nicht darüber hinwegtäuschen lassen, dass die Entwicklung von Brandschutzorganisationen und das bürgerliche Engagement in diesem Bereich bis in die Zeiten des Vormärz im Grunde nur wenig an der Situation geändert haben, zumal solche Organisationen und das ehrenamtliche Engagement – wie eben erwähnt – zu den Ausnahmen gehörten.<sup>3147</sup> Der Mangel an besseren, leistungsstarken Löschgeräten und das Fehlen von regulärem Training verbesserte diese missliche Lage auch nicht.<sup>3148</sup> Im 19. Jahrhundert wurde das Versichern von Gebäuden gegen Brandfolgen jedoch Gang und Gäbe und wurde überwiegend anerkannt.<sup>3149</sup> Dies minimalisierte selbstverständlich nicht die Frequenz der Brände. Die Brandschäden zu der Zeit unterschieden sich auch nur wenig von denen 100 Jahren zuvor.<sup>3150</sup> Dies betrifft auch die Taktik der Brandbekämpfung. Beispielweise wurden im Falle eines Brandes an einem Haus, neben dem sich weitere Gebäude befanden, die benachbarten Baukomplexe einfach niedergerissen, um dadurch das Ausbreiten des Feuers zu verhindern.<sup>3151</sup> Bei den Bränden kümmerte man sich hauptsächlich darum, dass das Feuer nicht auf die andere Häuser übersprang.<sup>3152</sup> Insofern kann eigentlich gar nicht vom Feuerlöschen die Rede sein, sondern vielmehr von präventivem Abreißen von Gebäuden, insbesondere bei Großbränden.

---

<sup>3141</sup> Ebd., S. 107.

<sup>3142</sup> Vgl. ELLEBRECHT, Nils, JENSKI, Markus, KAUFMANN, Stefan: Inszenierte Katastrophen: Zur Genese der Übung im Bevölkerungsschutz und ihre gegenwärtigen Formen, in: HEMPEL, Leon, BARTELS, Marie, MARKWART, Thomas (Hg.), Aufbruch ins unversicherbare. Zum Katastrophendiskurs der Gegenwart, Bielefeld 2013, S. 235–275; S. 241.

<sup>3143</sup> Vgl. SCHAMBERGER, Rolf, LEUPOLD, Daniel: Brandschutzgeschichte, 1. Auflage, Stuttgart 2015, S. 63–64.

<sup>3144</sup> Vgl. SCHAMBERGER, Rolf, LEUPOLD, Daniel: Brandschutzgeschichte, S. 64.

<sup>3145</sup> Ebd., S. 66.

<sup>3146</sup> Ebd., S. 64.

<sup>3147</sup> Ebd., S. 64.

<sup>3148</sup> Ebd., S. 65.

<sup>3149</sup> Vgl. MEHLHORN, Dieter-J.: Städtebau zwischen Feuerbrunst und Denkmalschutz, S. 112.

<sup>3150</sup> Vgl. SCHAMBERGER, Rolf, LEUPOLD, Daniel: Brandschutzgeschichte, S. 66.

<sup>3151</sup> Ebd., S. 66.

<sup>3152</sup> Ebd., S. 66.

Dies war das typische Bild von Brandbekämpfung in Deutschland. Enge Bebauung und schmale Gassen, ungünstige Windbedingungen, Dächer aus Holzschindeln führten dazu, dass sich das Feuer im Falle eines Brandes relativ schnell ausbreitete.<sup>3153</sup>

Die Leistung der Feuerspritzen erlaubte auch keinen erfolgreichen Kampf gegen das Feuer. Der Großbrand von Hamburg vom 5. bis 8. Mai 1842 bestätigt, dass die Brandbekämpfung zu dieser Zeit schwach entwickelt war. Bei diesem Brand wurden 20.000 Menschen obdachlos.<sup>3154</sup> Mit der Entwicklung leistungsfähiger Feuerspritzen und im Zuge der Industrialisierung, wurde es möglich, die neu entwickelten Geräte billiger und in großen Mengen zu produzieren.<sup>3155</sup> 1842 kam die so genannte „Stadtspritze“ von Carl Metz in den Verkauf. Sie wurde ohne große Veränderungen nahezu 40 Jahre produziert und bildete den Anfang von Feuerschutzgeräten in Deutschland.<sup>3156</sup> Diese in Heidelberg auf industrielle Weise produzierte Spritze löste die alten handwerklichen Methoden der Produktion von Feuerspritzen ab.<sup>3157</sup> Sie waren leistungsfähiger, leichter und konnten nach der Abnahme des zweirädrigen Lafetten-Fahrgestell für den Pumpbetrieb auf die oberen Stockwerke und durch die engen Korridore oder Fußwege transportiert werden.<sup>3158</sup> Mit der Zeit produzierten auch andere Unternehmen Feuerwehrgeräte in den Fabriken wie beispielsweise ab 1863 von Beduwe in Aachen und Lüttich oder Conrad Dietrich Magirus ab 1863 in Ulm.<sup>3159</sup> Die zahlreichen Turnvereine begannen sich im Feuerlöschwesen zu engagieren und kauften sogar neue Feuerlöschgeräte.<sup>3160</sup> Die in der badischen Revolution von 1849 gesammelten Erfahrungen führten zur Entstehung der ersten Feuerwehr. Als der badische Großherzog im Jahre 1849 die preußische Armee zur Hilfe rief, hatte der zukünftige Kaiser Wilhelm I. vor, die Festungen der Aufständischen mit der Artillerie zu beschießen und somit unter Brand setzen.<sup>3161</sup> Dies gelang jedoch nicht, weil die badische Freiwillige Feuerwehr gut organisiert war und moderne Löschgeräte besaß. Der preußische Kronprinz Wilhelm I. war beeindruckt, dass es die Freiwillige Feuerwehr dadurch geschafft hat, die preußische Artillerie am Feuerlegen zu hindern.<sup>3162</sup> Als Folge entstand im Jahre 1851 in Berlin die erste deutsche Berufsfeuerwehr.<sup>3163</sup> Die körperliche Leistungsfähigkeit der durchtrainierten jungen Männer aus den Turnvereinen machten sich die Orga-

---

<sup>3153</sup> Vgl. CAVIEZEL, Nott: Dorfbrände in Graubünden 1800–1945, in: Schriftenreihe Chesa Planta Zuoz 4, Bern 1998, S. 22–23.

<sup>3154</sup> Vgl. SCHAMBERGER, Rolf, LEUPOLD, Daniel: Brandschutzgeschichte, S. 66.

<sup>3155</sup> Ebd., S. 72.

<sup>3156</sup> Ebd., S. 62.

<sup>3157</sup> Ebd., S. 72.

<sup>3158</sup> Ebd., S. 62 und 72.

<sup>3159</sup> Ebd., S. 83.

<sup>3160</sup> Ebd., S. 72.

<sup>3161</sup> Ebd., S. 77.

<sup>3162</sup> Ebd., S. 77 und 79.

<sup>3163</sup> Ebd., S. 79.

nisationen der Feuerwehren zunutze, z.B. bei der Ausbildung von Steigertrupps.<sup>3164</sup> Schon ab den 1860er Jahren verfügten vereinzelte Berufsfeuerwehren über Dampfspritzen. Um die Jahrhundertwende waren jene vermehrt auch bei den Freiwilligen Feuerwehren zu finden.<sup>3165</sup> Im Vergleich zu den Handdruckspritzen besaßen die eben erwähnten Dampfspritzen eine enorme Leistung, die zudem auch länger anhielt.<sup>3166</sup> Ab dem Ende der 1880er Jahre kamen Gasspritzen auf, die mittels Gasdruck das Wasser ausgepumpt hatten.<sup>3167</sup> Angetrieben wurden die Feuerwehrfahrzeuge jedoch noch in erster Linie von Pferden, auch wenn bereits zu der Zeit einige Feuerwehren Elektromotoren nutzten, die ihren Strom von Akkumulatoren bezogen und eine Reichweite von ca. 25 km hatten.<sup>3168</sup> Die Fertigung von Dampfspritzen findet im Jahre 1914 ihr Ende. Im gleichen Jahr werden die Elektromotoren durch den schon seit Jahren bekannten Benzinmotor als Antriebsmittel für die Feuerwehrfahrzeuge abgelöst.<sup>3169</sup>

Eigentlich kann man erst seit Gründung der Freiwilligen Feuerwehren überhaupt von organisierter Brandbekämpfung sprechen.<sup>3170</sup> Carl Metz bereiste das Land und propagierte die Entstehung von „Löschvereinen“, er sprach bei Vorführungen von den technischen Möglichkeiten und bot gleichzeitig den Verkauf seiner Spritzen an.<sup>3171</sup> Die ersten Turnvereine und ihre Mitglieder, die sich in den 1840er Jahre bereit erklärt haben ehrenamtlich die Aufgabe der Bedienung von Metzs „Stadtspritzen“ zu übernehmen, gelten als die Vorläufer der ersten Freiwilligen Feuerwehren.<sup>3172</sup> In den Jahren 1871–1918 verbreiteten sich derartige Vereine sehr schnell im Kaiserreich; kleinere Ortschaften, sogar Dörfer werden von dieser Entwicklung erfasst.<sup>3173</sup> Der technische und organisatorische Fortschritt betraf jedoch lange Zeit hauptsächlich die Städte. Die ersten Feuerwehren verzeichneten zwar Erfolge, die Brandbekämpfung auf dem Lande war jedoch teilweise sogar bis ins 20. Jahrhundert frei von technischen Neuerungen und noch weit von einer organisierten Feuerwehr entfernt.<sup>3174</sup> Wassereimer und die Hilfsbereitschaft der Einwohner waren auf dem Lande im Brandfall immer noch am wichtigsten, weil schlichtweg die Feuerspritzen gefehlt haben. Im 19. Jahrhundert war es Pflicht, Feuereimer griffbereit zu haben und beim Brand Hilfe zu leisten; mancherorts war dies sogar noch am Anfang des

---

<sup>3164</sup> Vgl. ELLEBRECHT, Nils, JENSKI, Markus, KAUFMANN, Stefan: *Inszenierte Katastrophen: Zur Genese der Übung im Bevölkerungsschutz und ihre gegenwärtigen Formen*, Bielefeld 2013, S. 235–275; S. 243.

<sup>3165</sup> Vgl. SCHAMBERGER, Rolf, LEUPOLD, Daniel: *Brandschutzgeschichte*, S. 94–95.

<sup>3166</sup> Ebd., S. 95.

<sup>3167</sup> Ebd., S. 96.

<sup>3168</sup> Ebd., S. 88–89 und S. 96.

<sup>3169</sup> Ebd., S. 95.

<sup>3170</sup> Vgl. ELLEBRECHT, Nils, JENSKI, Markus, KAUFMANN, Stefan: *Inszenierte Katastrophen*, S. 244.

<sup>3171</sup> Vgl. SCHAMBERGER, Rolf, LEUPOLD, Daniel: *Brandschutzgeschichte*, S. 73.

<sup>3172</sup> Ebd., S. 73.

<sup>3173</sup> Ebd., S. 90.

<sup>3174</sup> Ebd., S. 71.

20. Jahrhunderts der Fall.<sup>3175</sup> Erst mit dem Ausbau der städtischen Wasserinfrastrukturen wurden die auf der Pflicht Eimer mit Wasser bereit zu halten basierenden Feuerordnungen abgeschafft.<sup>3176</sup> Ein Beispiel für die Vernachlässigung und nur sehr langsame Verbesserung der Situation auf dem Lande liefert Graubünden in der Schweiz. In Graubünden fehlten im gesamten 19. Jahrhundert organisierte Feuerwehren fast gänzlich. Es mangelte an der nötigen Ausrüstung und Wasserversorgung. Die örtliche Zeitung „Bündner Tagblatt“ kommentierte im Jahre 1899 diesen Zustand mit schwarzem Humor:

„Wir pflegen in unserem Kanton jedes Jahr ein Dorf zu verbrennen, ohne dass wir längere Zeit etwas anderes daraus gelernt hätten, als dass solche Illuminationen eher schädlich wirken“<sup>3177</sup>

Anderen Dorfgemeinden im Brandfall zu unterstützen, gestaltete sich schwierig. Die Bitten um Hilfe übertrugen zunächst Meldeläufer; mit dem technischen Fortschritt wurde der Telegraph zu diesem Zweck genutzt.<sup>3178</sup> Allerdings erreichten die Hilferufe die möglichen Helfer in manchen Fällen erst gar nicht, da die Poststellen um 18 Uhr schlossen.<sup>3179</sup> Die rechtzeitige Benachrichtigung war nicht das einzige Problem auf dem Lande. Die Straßen waren schlecht, die Feuerspritzen zudem oft so schwer, dass die Wagen oder die Wagenachsen brachen. Die Zugpferde waren durch die Last schnell erschöpft.<sup>3180</sup>

Auch das Fürstentum Krotoszyn wurde vom technischen Fortschritt im Bereich der Brandbekämpfung erst relativ spät erfasst. Einen solchen Eindruck vermitteln zumindest die Quellen, insbesondere wenn man den Besitz von Feuerspritzen berücksichtigt sowie die Tatsache, dass solche Anschaffungen vernachlässigt wurden. Gleiches kann man jedoch nicht bezüglich der Gebäudeversicherung auf den fürstlichen Gütern behaupten. Die Brandschutzmaßnahmen waren spezifisch und hingen von der fürstlichen Politik auf den Gütern ab. Näheres darüber erfahren wir in den einzelnen Abschnitten. Das Fürstentum Krotoszyn und die fürstlichen Güter befanden sich überwiegend auf dem Lande und die dort vorhandenen Städte waren keine Metropolen, sondern provinzielle Kleinstädte. Die Brandbekämpfung, deren Prävention und Nachsorge lässt sich anhand von Quellen gut rekonstruieren. Im Zentrum des Interesses liegt hier die Herrschaftsausübung der Fürstlichen Rentkammer. Die Brände verraten einiges über die Herrschaft und lassen eine Herrschaftsart näher darstellen und definieren, vor allem was die Nachsorge und Prävention betrifft. Nicht nur die Brandursachen und die Brände an sich waren sehr unterschiedlich, sondern auch die Grundlagen für Vor- und Nachsorge. Die Denkweise der fürstlichen Be-

---

<sup>3175</sup> Vgl. ELLEBRECHT, Nils, JENSKI, Markus, KAUFMANN, Stefan: Inszenierte Katastrophen, S. 242.

<sup>3176</sup> Ebd., S. 242.

<sup>3177</sup> Zitiert nach: CAVIEZEL, Nott: Dorfbrände in Graubünden 1800–1945, in: Schriftenreihe Chesa Planta Zuoz 4, Bern 1998, S. 23.

<sup>3178</sup> Vgl. CAVIEZEL, Nott: Dorfbrände in Graubünden 1800–1945, S. 33.

<sup>3179</sup> Ebd., S. 33.

<sup>3180</sup> Ebd., S. 33–34.

amten und somit die Interpretation der einzelnen Fälle durch die fürstlichen Berichterstat-  
ter, lässt aber auch gewisse Mustermechanismen schließen. Die Quellen beschreiben un-  
terschiedliche Arten der Probleme, die mit dem Thema Brände und Brandbekämpfung in  
unmittelbaren Zusammenhang stehen, von Waldbränden, Stadtbränden bis hin zu Brän-  
den in den fürstlichen Besitzungen.

### *Die Brandthematik im Raum Großpolen im 19. Jahrhundert*

Im Großherzogtum Posen brannten nicht selten halbe Ortschaften nieder, wie es zum Bei-  
spiel am 27./28. Mai 1819 in Gnesen (poln. Gniezno) der Fall war, wo 300 Familien ob-  
dachlos wurden und die Schäden 96.150 Taler betrugen.<sup>3181</sup> Im Jahre 1848 gab es insge-  
samt 639 Brände im Großherzogtum Posen, davon ereigneten sich 295 im Regierungsbe-  
zirk Bromberg und 344 im Regierungsbezirk Posen; in 467 Fällen konnte die Ursache  
nicht ermittelt werden und in 101 Fällen wurde Brandstiftung vermutet.<sup>3182</sup> Im Jahre 1868  
kam es in der Provinz Posen zu 875 Bränden, wovon 516 als böswillige Legung gedeutet  
wurden.<sup>3183</sup> Zu den häufigsten Ursachen von Bränden im Großherzogtum Posen scheinen  
Strohdächer oder hölzerne Schindler, ungenügend abgesicherte Backöfen in und an den  
Gebäuden, der Bau von Scheunen in der Nähe von Wohnungen und Häusern sowie das  
Trocknen von Brennholz in den Öfen gewesen zu sein.<sup>3184</sup> Die Umstellung auf sicherere  
Bauweise und Beseitigung der Ursachen für das Entstehen vom unerwünschten Feuer  
schritt langsam voran und nahm Jahrzehnte in Anspruch.<sup>3185</sup> Als Beispiel kann die Stadt  
Gnesen erwähnt werden, wo noch im Jahre 1864 insgesamt mehr Häuser aus Holz oder  
Fachwerk vorhanden waren als massive Wohnhäuser.<sup>3186</sup> In den Städten wie Schönlanke  
(poln. Trzcianka) waren Ställe, Scheunen und die Wohnhäuser nicht selten noch mit  
Strohdächern bedeckt.<sup>3187</sup> Außerdem sollte man anmerken, dass in kleinen Städten und  
auf dem Lande die Zahl massiver Häuser noch geringer war; darüber hinaus waren sie  
nicht selten auffällig.<sup>3188</sup> In den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts mangelte es zu-

---

<sup>3181</sup> Vgl. **BERGER**, Irene: Die preussische Verwaltung des Regierungsbezirks Bromberg (1815–1847), in: **HUBATSCH**, Walther (Hg.), Studien zur Geschichte Preussens, Bd. 10, Köln/Berlin 1966, S. 135.

<sup>3182</sup> Vgl. **REHFELD**, Klaus Helmut: Die preussische Verwaltung des Regierungsbezirks Bromberg (1848–1871), in: **HUBATSCH**, Walther (Hg.), Studien zur Geschichte Preussens, Bd. 11, Köln/Berlin 1968, S. 141–142.

<sup>3183</sup> Vgl. **REHFELD**, Klaus Helmut: Die preussische Verwaltung des Regierungsbezirks Bromberg, S. 145.

<sup>3184</sup> Vgl. **BERGER**, Irene: Die preussische Verwaltung des Regierungsbezirks Bromberg, S. 135–136.

<sup>3185</sup> Ebd., S. 136.

<sup>3186</sup> Vgl. **REHFELD**, Klaus Helmut: Die preussische Verwaltung des Regierungsbezirks Bromberg, S. 143.

<sup>3187</sup> Ebd., S. 143.

<sup>3188</sup> Ebd., S. 143.

dem an Feuerspritzen, was jegliche Löscharbeiten in der Provinz Posen wesentlich erschwerte.<sup>3189</sup>

### *Die Waldbrände in den fürstlichen Forsten*

Die Brandbekämpfung ist einer der interessanten Aspekte der Herrschaftsausübung im Fürstentum Krotoszyn. In diesem Bereich lassen sich die Entscheidungsprozesse innerhalb, aber auch zwischen der Fürstlichen Rentkammer in Krotoszyn und der Domänen-Ober-Administration in Regensburg sehr detailliert nachverfolgen. In einem Bericht der Fürstlichen Rentkammer vom 24. Juni 1824 wird der Brand vom 8. Juni 1824 in dem Mlyniker Forstrevier im Forstamt Adelnau beschrieben.<sup>3190</sup> Das Feuer brach in den Kiefernwäldern aus. Die Bewohner der Gemeinde Gronowiec löschten jedoch das Feuer sehr schnell, was größere Schäden verhindert hatte. Es brannten nur 0,5 Morgen des Waldes ab. Die Fürstliche Rentkammer bat um zwei große Bierfässer zur „Aufmunterung“ für die beteiligten Helfer aus Gronowiec.<sup>3191</sup> Es dauerte relativ lange bis eine Entscheidung getroffen wurde. Die große Entfernung des Fürstentums von Regensburg erschwerte es durch die vorhandenen Kommunikationswege, eine schnelle Erlaubnis zu erteilen, zumal die Domänen-Ober-Administration in Regensburg alle fürstliche Besitzungen verwaltete. Die Domänen-Ober-Administration aus Regensburg hatte am 27. Januar 1825 diesen Bittgesuch letztendlich stattgegeben und 2 große Bierfässer als Geschenk für die Helfer genehmigt.<sup>3192</sup> Die fürstliche Administration motivierte somit die potenziellen Helfer zur tatkräftigen Unterstützung bei theoretischen zukünftigen Bränden. Wie wir gleich sehen werden, war es eine durchdachte Herrschaftspolitik im Fürstentum Krotoszyn, die viele Facetten umfasste. Im gleichen Forstrevier Mlynik brach am 18. September 1825 wieder ein Feuer aus. Dem Brand fielen 6 Klafter Kiefern- und Klobenholz und 1.000 Morgen jungen Kiefernwaldes zum Opfer.<sup>3193</sup> Durch das schnelle Eingreifen von Paul Wronna und der Gemeinde Mlynik wurde der Brand gestoppt.<sup>3194</sup> Die Helfer wurden natürlich belohnt. Die Belohnung geschah nicht nur aus reinem gutem Willen und Großzügigkeit der fürstlichen Beamten, sondern resultierte schlichtweg auch aus der Gesetzeslage, wie die Quellen berichten:

„Nach dem Publicando der Königlichen Regierung zu Posen vom 16ten Maerz curr:  
§17. Kap:18 soll bey Waldbränden von dem Waldeigenthümer dem zuerst her-

---

<sup>3189</sup> Ebd., S. 146.

<sup>3190</sup> Vgl. FTTZA, DK 20318: Die Waldbrände, 1824–1926, Schloss Krotoszyn 24. Juni 1824.

<sup>3191</sup> Vgl. FTTZA, DK 20318: Schloss Krotoszyn 24. Juni 1824.

<sup>3192</sup> Vgl. FTTZA, DK 20318: Schloss Krotoszyn 27. Januar 1825.

<sup>3193</sup> Vgl. FTTZA, DK 20318, Schloss Krotoszyn 19. November 1825.

<sup>3194</sup> Vgl. FTTZA, DK 20318: Schloss Krotoszyn 19. November 1825.

beyeilenden 5 rthl. und der Commune, welche sich am thätigsten zeigt 10 rthl. Belohnung gezahlt werden.

Wenn Eine Fürstlich Höchstverordnete Domainen Ober-Adminitration für die Gemeinde Mlinik 6 Rthl. und dem Paul Wronna 4 Rthl. im Ganzen eine Belohnung von Zehn Thaler für die geleistete Hilfe bewilligen wolle, so würde dies für ähnliche Fälle eine sehr erwünschte Aufmunterung seyn.“<sup>3195</sup>

Die Fürstliche Rentkammer agierte durchaus pragmatisch. Die ansässige Bevölkerung im Fürstentum Krotoszyn sollte dazu angeregt werden, sich bei der Brandbekämpfung aktiv zu beteiligen. Gleichzeitig wurde versucht, die Ausgaben für solche Zwecke zu minimieren. Solange es möglich war, beide Ziele miteinander zu verbinden, verfolgte die fürstliche Verwaltung diese Herrschaftsausübungspolitik. Manchmal ist es der fürstlichen Verwaltung gelungen, die Ursachen der Brände zu ermitteln, wie folgendes Brandbeispiel zeigt: Am 17. Juni 1833 brach in dem Forstamt Gliśnica bei Sulmierzyce ein Feuer aus.<sup>3196</sup> Betroffen waren dabei 30–60 Jahre alte Kiefernbestände, deren Bestandfläche sich um 30–35 Morgen reduzierte. Da die Forstbeamten nicht in der Lage waren alleine das Feuer zu löschen, hatten sie die Menschen, die auf den Feldern arbeiteten, herbeigerufen, um den Brand unter Kontrolle zu bringen. Wie die Ermittlungen der fürstlichen Forstbeamten aus dem Forstamt Adelnau gezeigt hatten, wurde der Brand durch Hirten aus Sulmierzyce verursacht. Die drei Hirten, Nowakowski, Poanas und Hypzik, hatten beim Viehhüten, wahrscheinlich aus Langweile, einen Ameisenhaufen angezündet.<sup>3197</sup> Das fürstliche Forstamt Adelnau leitete eine Kriminaluntersuchung gegen die drei Brandverursacher ein, was auch den gesetzlichen Vorgaben und Bestimmungen entsprach.<sup>3198</sup> Das Gericht des Fürstentums ordnete in der Regel harte Strafen für Brandstifter an. Für einen durch Unvorsichtigkeit verursachten Brand konnte der Angeklagte eine Gefängnisstrafe von sechs Monaten bekommen, wie es z.B. im Falle von Urban Zwierz und Martin Zwierzyk war.<sup>3199</sup> Selbst das Entfachen eines Feuers im Abstand von hundert Schritten vom Wald konnte mit einer Gefängnisstrafe von vier Wochen bestraft werden.<sup>3200</sup> Das Fürstentumsgericht sprach manchmal Personen von den Vorwürfen der Brandstiftung frei, wie im Fall von Johann Sikora und Matheus Kubala.<sup>3201</sup> Die Angeklagten mussten die Prozesskosten decken, sofern sie dazu fähig waren, andernfalls wurden die Kosten durch das Fürstliche Dominium übernommen.<sup>3202</sup> Für die Entstehung von Bränden in den Wäldern des Fürstentums waren ab und zu auch die fürstlichen Forstbeamten verantwortlich. Insbesondere das Rauchen von Zigarren stellte ein ernstes und „brennendes“ Prob-

<sup>3195</sup> FTTZA, DK 20318: Die Waldbrände, 1824–1926, Schloss Krotoszyn 19. November 1825.

<sup>3196</sup> Vgl. FTTZA, DK 20318: Forstamt Adelnau 18. Juni 1833.

<sup>3197</sup> Vgl. FTTZA, DK 20318: Forstamt Adelnau 18. Juni 1833.

<sup>3198</sup> Vgl. FTTZA, DK 20318: Schloss Krotoszyn 18. Juni 1833.

<sup>3199</sup> Vgl. FTTZA, DK 20318: Fürstlich Thurn und Taxisches Fürstentumsgericht, Krotoszyn 8. Juni 1833.

<sup>3200</sup> Vgl. FTTZA, DK 20318: Fürstlich Thurn und Taxisches Fürstentumsgericht, Krotoszyn 8. Juni 1833.

<sup>3201</sup> Vgl. FTTZA, DK 20318: Fürstlich Thurn und Taxisches Fürstentumsgericht, Krotoszyn 8. Juni 1833.

<sup>3202</sup> Vgl. FTTZA, DK 20318: Fürstlich Thurn und Taxisches Fürstentumsgericht, Krotoszyn 8. Juni 1833.

lem dar. Am 1. August 1856 wurde durch die Fürstliche Rentkammer ein Schreiben an die Forstämter erstellt, in dem betont wurde, dass das Rauchen von Zigarren und das Feuermachen in den Forsten den untergeordneten Beamten strengstens untersagt ist.<sup>3203</sup> Eine solche Entscheidung resultierte offensichtlich aus älteren Erfahrungen und mangelnden Vertrauen und Möglichkeiten alle Beamten in den Forsten kontrollieren zu können. Gleichzeitig wurde das Forstamt im gesamten Fürstentum Krotoszyn beauftragt, ein Verzeichnis der Helfer zu erstellen, die sich bei der Löschung der Brände besonders ausgezeichnet haben, um ihre Belohnungen möglichst schnell einzuleiten.<sup>3204</sup> Das Löschen von Bränden gehörte für die Forstbeamten natürlich nicht zu den schönsten Pflichten. Aus dem Bericht vom 7. Juli 1863 geht beispielsweise hervor, dass mehrere Forstbeamte, die im Forstrevier Garki bei einem Waldbrand am 16. Mai mitgeholfen hatten, sich ihre Stiefeln und Kleidern stark beschädigt hatten.<sup>3205</sup> Ein Betroffener, der Forstgehilfe Otto, der sich sowohl seine Schuhe als auch Kleider verbrannt hatte, wandte sich an die Fürstliche Rentkammer mit der Bitte, um eine angemessene Unterstützung. Außerdem wurde Waldwärter Zemski und die Hilfsaufseher Łączek und Grzona erwähnt, die bei der Löschaktion ihre Schuhe verbrannt hatten.<sup>3206</sup> In Anbetracht ihres sehr niedrigen Gehalts hatte die Fürstliche Rentkammer angeordnet die Forstbeamten mit Geld zu unterstützen, zumal sie als Familienväter ihre Familien ernähren mussten.<sup>3207</sup> Otto bekam 10 Rthl. als Gnadengeschenk und Zemski, Łączek und Grzona jeweils 5 Rthl. Gnadenspende.<sup>3208</sup> Es ist ein wichtiger Hinweis auf die Rolle und Position der Forstbeamten niedrigen Grades, die oft ihr Leben riskieren mussten und zugleich jedoch in so armen Verhältnissen lebten, dass sie sich kein neues Schuhwerk oder Kleidung leisten konnten. Die besonderen Verdienste der Bevölkerung beim Löschen des Feuers wurden auch entsprechend belohnt. Im Zusammenhang mit dem Waldbrand in Revier Glińnica, der am 16. Juli 1874 ausgebrochen ist und wahrscheinlich durch die Hirten verursacht wurde, hatten insgesamt sechs Personen jeweils 10 Sgr. erhalten.<sup>3209</sup> Klaftermeister Marcinkowski schaffte mit seinem Fuhrwerk viel Wasser für diese Löschaktion an und bekam dafür das Mehrfache, nämlich 1 Rthl. 15 Sgr.<sup>3210</sup> Die Beteiligung bzw. außerordentliche Leistung der Bevölkerung beim Löschen der Brände sollte somit für die Zukunft gefördert werden. Dies war die wichtigste Prämisse bei solchen Angelegenheiten.

---

<sup>3203</sup> Vgl. FTTZA, DK 20318: Schloss Krotoszyn 1. August 1856.

<sup>3204</sup> Vgl. FTTZA, DK 20318: Schloss Krotoszyn 1. August 1856.

<sup>3205</sup> Vgl. FTTZA, DK 20318: Schloss Krotoszyn 7. Juli 1863.

<sup>3206</sup> Vgl. FTTZA, DK 20318: Schloss Krotoszyn 7. Juli 1863.

<sup>3207</sup> Vgl. FTTZA, DK 20318: Schloss Krotoszyn 7. Juli 1863.

<sup>3208</sup> Vgl. FTTZA, DK 20318: Schloss Krotoszyn 7. Juli 1863.

<sup>3209</sup> Vgl. FTTZA, DK 20318: Forstamt Krotoszyn 26. Oktober 1874.

<sup>3210</sup> Vgl. FTTZA, DK 20318: Forstamt Krotoszyn 26. Oktober 1874.



Einen interessanten Fall eines Waldbrandes stellt die Geschichte des Brandes vom 24. Oktober 1911 ebenfalls im Revier Glińnica dar. Den Brand verursachten neunjährige Kinder, namentlich Josef Häusler<sup>3211</sup>, der Sohn vom Stanislaus Jani und Franz, der Sohn vom Wirt Johann Karwik, beide aus Chruszczyn.<sup>3212</sup> Insgesamt brannte dabei eine Fläche von ca. 0,6 ha ab. Die Kosten, die dadurch entstanden sind, beliefen sich auf 91 Mark und 96 Pfennig. Das fürstliche Forstamt Krotoszyn hatte nach Rechtswegen gesucht, um die Kosten rückerstattet zu bekommen. Laut §832 des BGB waren die Eltern ersatzpflichtig, wenn die Möglichkeit gegeben war, die minderjährigen Kinder an der Schadensverursachung zu stoppen. Die Forstbeamten schlugen vor:

„[...] die Eltern der jugendlichen Brandstifter sind aber zu veranlassen zwei Drittel der durch die Löscharbeiten erwachsenen Kosten mit rund 60 M. innerhalb einer angemessenen Frist an die f. Rentkammer Krotoschin zu bezahlen. Sollten die ersatzpflichtigen Eltern hierauf nicht ergehen, so ist die Angelegenheit durch die Rentkammer vor Gericht in Klagewege auszutragen; hierbei ist die sowohl Schadenersatz, als auch Rückvergütung der gesamten Löschkosten mit 91 M. 96 Pf. zu fordern.“<sup>3213</sup>

Da die Eltern der Kinder erklärten, dass sie die gerichtliche Entscheidung abwarten wollten, wurde der Prozess eingeleitet. Die Forstbeamten hatten sich vor Prozessbeginn erkundigt, wie viel Vermögen Karwik und Jani besitzen. Die Untersuchung hat ergeben, dass Karwik 30 Morgen Acker besitzt und in guten finanziellen Verhältnissen lebt, dagegen Jani nur 5 Morgen hat und dazu noch verschuldet ist.<sup>3214</sup> Dieser Plan wurde am 11. Dezember 1911 durch die fürstliche Verwaltung in Regensburg genehmigt.<sup>3215</sup> Die Quellen verraten jedoch nicht das Ergebnis. Die Angeklagten hatten prinzipiell keine Chance, den Prozess zu gewinnen. Sie hatten jedoch die Wahl. Interessant ist vor allem, wie sachlich die fürstlichen Beamten vorgegangen sind. Zuerst klärten sie die rechtliche Situation. Sobald es klar war, dass für so einen Fall ein Paragraph existiert, waren sie auf der sicheren Seite. Rechtlich war die Sache geklärt. Als Karwik und Jani sich für einen Prozess entschieden, forderte die fürstliche Seite einen vollständigen Schadenersatz, anstatt der gesetzlichen 2/3 der Kosten. Seitens der fürstlichen Herrschaft wurde ganz nach dem Motto „Wenn ihr nicht den vorgeschlagenen Teil bezahlt, dann seid ihr gezwungen, alles zu bezahlen“ gehandelt.

---

<sup>3211</sup> Als „Häusler“ wurden Kleinbauern genannt mit einem Haus und wenig Grundbesitz.

<sup>3212</sup> Vgl. FTTZA, DK 20318: Forstamt Krotoszyn 2. Dezember 1911.

<sup>3213</sup> FTTZA, DK 20318: Die Waldbrände, 1824–1926, Forstamt Krotoszyn 2. Dezember 1911.

<sup>3214</sup> Vgl. FTTZA, DK 20318: Forstamt Krotoszyn 2. Dezember 1911.

<sup>3215</sup> Vgl. FTTZA, DK 20318: Forstamt Krotoszyn 2. Dezember 1911.

*Die Brände von Gebäuden im Fürstentum Krotoszyn*

Die Gebäude-Brände liefern auch wichtige Information über den Umgang der fürstlichen Beamten mit solchen Notsituationen, die umso mehr die einzelnen Bewohner betrafen, als dass nicht selten deren gesamtes Vermögen den Flammen zum Opfer fiel. In der Nacht vom 22. auf 23. Juni 1827 entfachte ein Feuer im jüdischen Stadtteil Krotoszyns. Betroffen waren 500 jüdische Familien, die ihren ganzen Besitz verloren hatten. 148 Häuser brannten nieder, die Synagoge und das Schulgebäude.<sup>3216</sup> Der Fürst ordnete für die in Notlage Geratenen eine Geldsammlung an, die die fürstlichen Beamten mit einschloss. Insgesamt wurden 1.000 Rthl. für den guten Zweck gesammelt und die Beamten bemühten sich, das Geld bestmöglich zwischen den Bedürftigen zu verteilen.<sup>3217</sup> Es war eine übliche Praxis, dass die Adeligen ihre Untertanen nach den Bränden unterstützt hatten. Beim Brand in Michelstadt im Großherzogtum Hessen vom 2. September 1825 brannten 9 Wohnhäuser, 7 Scheunen, 5 Viehställe nieder; 5 Wohnhäuser wurden stark beschädigt.<sup>3218</sup> Die Hohen Herrschaften und die Bewohner der Stadt spendeten außer Geld (826 Fl. 31 Kr.), Früchte und Gebrauchsgegenstände. Zusätzlich wurde für jeden verlorenen Gulden aus dem Mobiliarwert 13 Kreuzer zurückerstattet.<sup>3219</sup> Die regionalen Konventionen der Hilfe im Brandfall waren ähnlich, sie wiesen jedoch – wie wir gesehen haben – gewisse Unterschiede auf. Nicht anders war es bei den Bränden im Fürstentum Krotoszyn. Die für den Brand vom 22. auf 23. Juni 1827 gesammelte Summe kam aus den meisten fürstlichen Besitzungen von Thurn und Taxis. Allein aus verschiedenen Rentämtern, Forstämtern und sonstigen Gütern flossen im Verlauf der Spendenaktion 426 Taler ein; die Beamten aus Regensburg spendeten 40 Taler und 6 Silbergroschen für die Brandbeschädigten. Insgesamt kam zum Schluss eine Summe von 466 Talaren zusammen.<sup>3220</sup> Die Besitzungen in Tirol und Böhmen wurden nicht zur Sammelaktion aufgefordert und deshalb spendeten sie kein Geld. Von der Gesamtsumme in Höhe von 1.000 Rthl. wurden jedoch 50 Rthl. für die Brandbeschädigten aus dem Dorf Raczyce ausgegeben.<sup>3221</sup> Für die jüdischen Einwohner Krotoszyns blieben dann letztendlich 969 Rthl. 5 Sgr., da inzwischen zusätzliche Beiträge im Summe von 19. Rthl 5 Sgr. dazu kamen.<sup>3222</sup> Diese Summe

---

<sup>3216</sup> Vgl. FTTZA, DK 8594: Den die Stadt Krotoszyn betroffenen großen Brand, Schloss Krotoszyn 20. Juli 1827.

<sup>3217</sup> Vgl. FTTZA, DK 8594: Schloss Krotoszyn 24. November 1827.

<sup>3218</sup> Vgl. SCHNEIDER, Ludwig: Zwei Großbrände in Michelstadt im 19. Jahrhundert, in: Gelurt (= Odenwälder Jahrbuch für Kultur und Geschichte), Erbach 2005, S. 121–128; S. 122 und 126.

<sup>3219</sup> Ebd., S. 126.

<sup>3220</sup> Vgl. FTTZA, DK 8594: Verzeichniß der bereits eingegangenen Beiträge für die durch Brand verunglückte Judenschaft in Krotoszyn.

<sup>3221</sup> Vgl. FTTZA, DK 8594: Schloss Krotoszyn 16. April 1828.

<sup>3222</sup> Vgl. FTTZA, DK 8594: Schloss Krotoszyn 16. April 1828.

erlaubte insgesamt 389 brandbeschädigten Personen zu helfen.<sup>3223</sup> Es war eine absolute Notlage, in der die leidenden Untertanen des Fürsten auf Unterstützung zählen konnten. Die uneigennützigste Hilfeleistung, in zwar eigenem, doch weit von Regensburg entferntem Fürstentum, bedeutete im Namen der Tradition zu handeln und die Untertanen unter Schirmherrschaft zu stellen. Dies förderte natürlich die Dankbarkeit und Treue der Bevölkerung gegenüber dem Fürsten und seinen Beamten, die als Repräsentanten der fürstlichen Herrschaft ihren Beitrag dazu geleistet haben.

Auch die fürstlichen Vorwerke waren von Bränden betroffen. Beispielweise brach am 8. Oktober 1836 um 11 Uhr ein Brand im Vorwerk Świeca aus, so dass ein Pferde- und Schwarzviehstall, ein Speicher und ein Viehstall mit Bohlwänden und Strohdach abbrannten.<sup>3224</sup> Das erste Gebäude war mit 100 Thl. und das letzte mit 200 Thl. bei der Feuersozietät versichert.<sup>3225</sup> Außerdem verbrannten hundert Scheffel Getreide, Heu und Wirtschaftsgeräte des Pächters, 3 Kälber und eine Kuh.<sup>3226</sup> Der Pächter Krasnosielski sagte aus, dass das Feuer durch die im Gang befindliche fürstliche Frischfeuerhütte entstanden sei, was laut fürstlichen Beamten nicht möglich gewesen sei, da die nötigen Funkbleche in der fürstlichen Frischfeuerhütte vorhanden waren.<sup>3227</sup> Die Fürstliche Rentkammer sah bereits im Rechnungsjahr 1837/38 vor die verbrannten Gebäude neben den übrigen Wirtschaftsgebäuden wieder zu errichten, was in Regensburg auch bestätigt wurde.<sup>3228</sup> Die fürstliche Verwaltung kümmerte sich also um einen möglichst schnellen Wiederaufbau der wirtschaftlichen Einrichtungen, um dadurch eine effiziente und zeitnahe Wertschöpfung zu fördern.

Auch das Schloss Krotoszyn, also der Hauptsitz der Fürstlichen Rentkammer im Fürstentum Krotoszyn, blieb von Bränden nicht verschont. Am 6. April 1839 entfachte ein Brand im Geschäfts- und Kassenzimmer.<sup>3229</sup> Laut Bericht der fürstlichen Domänen-Administration verursachte wahrscheinlich ein Kaminkehrer namens Simon das Feuer. Es wurde eine Kriminaluntersuchung angeordnet. Die Schäden beliefen sich auf 47 Rthl. und von der Brandversicherung erhielt die Fürstliche Rentkammer insgesamt 39 Rthl. 28 Sgr. und 6 Pf.<sup>3230</sup> Dies waren leider nicht die einzigen Schäden. Die mit Eisen beschlagene eichene Kassenkiste des Rentkammerverwalters im Werte von 8 Thalern ging ebenfalls in

---

<sup>3223</sup> Vgl. FTTZA, DK 8594: Auszug der Repartitions-Liste der hiesigen Commission zur Vertheilung der für die Abgebrannten eingegangenen Unterstützungs-Beyträge, Schloss Krotoszyn 16. April 1828.

<sup>3224</sup> Vgl. FTTZA, DK 20715: Das Brandunglück zu Świeca 1836–1837. Schloß Krotoszyn 1836.

<sup>3225</sup> Vgl. FTTZA, DK 20715: Schloß Krotoszyn 26. Oktober 1836.

<sup>3226</sup> Vgl. FTTZA, DK 20715: Schloß Krotoszyn 26. Oktober 1836.

<sup>3227</sup> Vgl. FTTZA, DK 20715: Schloß Krotoszyn 26. Oktober 1836 und Regensburg 18. und 13. November 1836.

<sup>3228</sup> Vgl. FTTZA, DK 20715: Schloß Krotoszyn 26. Oktober 1836.

<sup>3229</sup> Vgl. FTTZA, IB 2656: Brandunglücke, 1839–1881, Regensburg 12. Juni 1839.

<sup>3230</sup> Vgl. FTTZA, IB 2656: Regensburg 12. Juni 1839.

Flammen auf. Wichtiger war jedoch der Inhalt der verbrannten Handkasse, weil sich darin Geld im Wert von 33 Thaler und 18 Silbergroschen sich befunden hatte.<sup>3231</sup> Die Metallmünzen waren geschmolzen. Erst im Jahre 1845 wurde dieser Metallklumpen wieder verwertet.<sup>3232</sup> Es war eine schwere Aufgabe, die Kupfer-, Silber- und Goldmünzen zu trennen. Schließlich wurden die getrennten Edelmetalle im Münzamt in München für 25 Thaler verkauft.<sup>3233</sup> Die Schäden wurden dank dieser Operation größtenteils minimiert. Die fürstliche Verwaltung agierte sachlich und bürokratisch, ähnlich wie in den vorigen Fällen. Die große Entfernung der Rentkammer Krotoszyn von der Domänen-Ober-Administration in Regensburg hat leider oft dazu geführt, dass der ständige Briefwechsel in manchen Situationen zu großen Verzögerungen geführt hatte. In dem eben geschilderten Fall dauerte die Lösung der Frage über sechs Jahre. Die relativ hohe Anzahl der administrativen Tätigkeiten verbunden mit der geringen Anzahl an fürstlichen Beamten im Fürstentum Krotoszyn, hatte offensichtlich oft dazu geführt, dass manche Angelegenheiten jahrelang vernachlässigt wurden bzw. die Entscheidungen auf später verschoben wurden, wenn Arbeitskapazitäten frei werden sollten. Die meisten Brände im Fürstentum Krotoszyn betrafen jedoch wirtschaftliche Einrichtungen auf den Pachtgütern wie Scheunen, Ziegeleien, Gesindehäuser, Ställe usw. Aufschlussreich ist vor allem auf welche Art und Weise die einzelnen Fälle gelöst wurden und wie zur unterschiedlichen Argumentation gegriffen wurde, um die einzelnen Probleme im Interesse der fürstlichen Verwaltung lösen zu können. So brach z.B. am 20. August 1850 im Brennofen der fürstlichen Ziegelei im Vorwerk Baben ein Feuer aus.<sup>3234</sup> Die Folge war die Zerstörung der Schindelbedachung des Brennofens und des großen Baugurtes, an dem die Ziegel getrocknet wurden.<sup>3235</sup> Der Brand hätte mehr Schäden verursacht, wenn der Schmiedemeister, Wilhelm Jendricke, nicht bei der Löschung geholfen hätte. Für seine Hilfe wurde er mit einer Summe von 3–5 Thaler belohnt.<sup>3236</sup> Nach dem Brand war man darauf bedacht, den Betrieb in der Ziegelei rasch wiederaufzunehmen. Die Domänen-Ober-Administration in Regensburg hatte deshalb eine schnellstmögliche Reparatur angeordnet.<sup>3237</sup> In ökonomischen Belangen waren die Prämissen klar und die Entscheidung der Domänen-Ober-Administration ließ nicht lange auf sich warten. Ein Produktionsstopp hätte kleinere Profite bedeutet; die fürstliche Verwaltung tat deshalb alles, um diesen Zustand eilig zu beheben. Die schnellsten Entscheidungen fielen innerhalb von zwei Wochen. Die Geschwindigkeit der Post war also damals vergleichbar mit der Gegenwart, wo der Brief-

---

<sup>3231</sup> Vgl. FTTZA, IB 2656: Regensburg 12. Juni 1839.

<sup>3232</sup> Vgl. FTTZA, IB 2656: Regensburg 8. September 1845.

<sup>3233</sup> Vgl. FTTZA, IB 2656: Regensburg 8. September 1845.

<sup>3234</sup> Vgl. FTTZA, IB 2656: Regensburg 1. September 1850.

<sup>3235</sup> Vgl. FTTZA, IB 2656: Regensburg 1. September 1850.

<sup>3236</sup> Vgl. FTTZA, IB 2656: Regensburg 1. September 1850.

<sup>3237</sup> Vgl. FTTZA, IB 2656: Regensburg 1. September 1850.

wechsel zwischen Polen und Deutschland je nach Umstand in der Regel zwischen eine bis zwei Wochen dauert.

Die Unterstützung von Brandbeschädigten gehörte zur Nachsorge von Brandfolgen. Dies belegt der Stadtbrand von Rozdrażewo vom 12. März 1856.<sup>3238</sup> Von diesem Brand waren insgesamt acht Bauern betroffen: Zugehör, Szronek, Jarocki, Kielisz, Dziewczyński, Pluciennik, Szyszka, Kukfisz und Bochna.<sup>3239</sup> Sie verloren ihre Wohnhäuser, Stallungen, Wirtschafts- und Hausgeräte, die Sommersaat und das Brotgetreide. Die Umstände waren schwierig, da zudem in den zwei Jahren zuvor Missernten zu verzeichnen waren. Die Fürstliche Rentkammer entschloss sich alle Brandbeschädigten mit einem Grundzinserlass in Höhe von 91 Rthl. 10 Sgr. 7 Pf. zu unterstützen.<sup>3240</sup> Die Summen für die jeweiligen Betroffenen variierten von Person zu Person, je nach Größe der Vermögensschäden. Die Genehmigung aus Regensburg für ein solches Vorgehen erhielt die Fürstliche Rentkammer letztendlich am 3. März 1857.<sup>3241</sup> Dieser Fall belegt, dass die Untertanen des Fürsten von Thurn und Taxis bei besonders harten Umständen auf eine Unterstützung zählen konnten. Der Ernst der Lage schob die ökonomische Komponente auf den zweiten Platz, zumal die anderen Bauern aus der Umgebung arm waren und den vom Brand Betroffenen nicht helfen konnten. Bevor die Fürstliche Rentkammer jemanden mit Spenden unterstützte, erkundigte sie sich immer, in welchen finanziellen Verhältnissen die Betroffenen lebten. Man war genau darüber informiert, wie viele Kinder bestimmte Personen hatten. Die Vermögensverhältnisse wurden ebenfalls geprüft, da die fürstlichen Beamten ganz exakt wussten, welche Teile des Vermögens verloren gegangen sind, seien es Gebäude, Inventar oder Mobiliar, so dass die Personen, die nicht viel verloren hatten oder z.B. über größere landwirtschaftliche Fläche verfügten, auf keine Unterstützung der Fürstlichen Rentkammer zählen konnten. Dies bestätigt der Umgang mit den Brandgeschädigten bei dem Brand in Krotoszyn in der sog. „kalischer Vorstadt“ vom 14. August 1856.<sup>3242</sup> Insgesamt wandten sich 14 Personen im Unterstützungsgesuch vom 25. August 1856 an die Fürstliche Rentkammer.<sup>3243</sup> Die betroffene Personen haben ihre Wohn- und Wirtschaftsgebäude verloren und den größten Teil ihres Mobiliars. Die Gebäude waren zwar versichert, das Mobiliar jedoch nicht. Die Fürstliche Rentkammer beschloss diejenigen zu unterstützen, die ihre Erntebestände und ihr Mobiliar verloren hatten. Eben diese Personen, die sich in einer aussichtslosen Situation befunden hatten, erhielten eine Gna-

---

<sup>3238</sup> Vgl. FTTZA, DK 20718: Das Brand-Unglück zu Rozdrażewo und die Unterstützung der Abgebrannten, Schloss Krotoszyn 21. Juli 1856.

<sup>3239</sup> Vgl. FTTZA, DK 20718: Schloss Krotoszyn 21. Juli 1856.

<sup>3240</sup> Vgl. FTTZA, DK 20718: Schloss Krotoszyn 21. Juli 1856.

<sup>3241</sup> Vgl. FTTZA, DK 20718: Schloss Krotoszyn 3. März 1857.

<sup>3242</sup> Vgl. FTTZA, DK 20717: Brandunglück in der Stadt Krotoszyn und Unterstützung der Abgebrannten, Schloss Krotoszyn, 11. Februar 1857.

<sup>3243</sup> Vgl. FTTZA, DK 20717: Schloss Krotoszyn 11. Februar 1857.

denunterstützung in Höhe von 10 Talern pro Person.<sup>3244</sup> Insgesamt bekamen sechs Betroffene das Geld. Ursprünglich war eigentlich geplant, die Brandgeschädigten mit einem Ziegelkontingent aus der fürstlichen Ziegelei zu entschädigen, was jedoch nicht zustanden kam, da erstens keine Ziegelvorräte zur Verfügung standen und zweitens die Ziegelei mit der Produktion nicht nachgekommen wäre, insbesondere wenn man die Produktionskapazitäten und finanzielle Möglichkeiten der Fürstlichen Rentkammer betrachtet.<sup>3245</sup> Brandbeschädigte, wie z.B. Martin Miszkiewicz, konnten auf keine Unterstützung zählen, weil er 71 Morgen Land besaß und als nicht bedürftig galt, obwohl er Hypothekenschulden auf sein Land in Höhe von 841 Talern hatte.<sup>3246</sup> Vier Brandgeschädigte, darunter Miszkiewicz, deren Bittgesuch abgelehnt wurde, beschwerten sich noch in einem Brief bei der Fürstlichen Rentkammer, dass sie kein Geld bekommen hatten und nicht einmal eine Absage erhalten hätten:

„Mit mehreren anderen, mit uns zu gleicher Zeit abgebrannten Grundbesitzer haben wir uns im Laufe des verflossenen Jahres flehend an Euer hochfürstliche Durchlaucht gewandt, und gebeten, uns in unserer großen Noth eine Unterstützung huldreichst angedeihen zu lassen, waren aber so unglücklich unberücksichtigt und ohne jeden Bescheid zu bleiben, während einige Abgebrannten die sich zu gleicher Zeit mit uns an Euer hochfürstliche Durchlaucht gewandt, so glücklich waren, eine Unterstützung zu erhalten, obgleich wir von allen durch die Feuerbrand gelittene Personen den größten Schaden hatten, überhaupt aber in den dürftigsten Verhältnissen uns befanden.“<sup>3247</sup>

Es ist ein Hinweis darauf, dass die Bittgesuche um Unterstützung manchmal völlig ignoriert werden konnten, wenn die genauen Fälle der Fürstlichen Verwaltung als irrelevant erschienen. Die Brandfälle konnten auch sehr komplex sein und bedurften oft einer vertieften Kenntnis des Rechts, seiner Möglichkeiten und Grenzen. Im Fürstlichen Rentkammerbericht vom 29. November 1862 wird erwähnt, dass für das am 26. September 1862 verbrannte Gesindehaus 17 in Uciechów die Fürstliche Rentkammer bereits 50 Rthl. von 150 Rthl. aus der Gesamtbrandentschädigungssumme erhalten hatte.<sup>3248</sup> Gemäß den gesetzlichen Regelungen vom 5. Januar 1836 und den Ergänzungen des Gesetzes vom 6. Juni 1853 würde das nächste Drittel der Entschädigungssumme nur dann ausbezahlt werden, wenn das Dach des Gesindehauses erneuert wird und das letzte Drittel nur in dem Fall, wenn das Gebäude vollständig wieder aufgerichtet wird, falls keine Befreiung von der Wiederaufbau durch die ständische Kommission vorliegt; anders gingen die letzten zwei Drittel der Brandentschädigung verloren.<sup>3249</sup> Da im Fürstentum Krotoszyn ein Mangel an Gesindewohnungen herrschte, konnte die Fürstliche Rentkammer auf eine Befrei-

<sup>3244</sup> Vgl. FTTZA, DK 20717: Schloss Krotoszyn 11. Februar 1857.

<sup>3245</sup> Vgl. FTTZA, DK 20717: Schloss Krotoszyn 12. März 1857.

<sup>3246</sup> Vgl. FTTZA, DK 20717: Schloss Krotoszyn 12. März 1857.

<sup>3247</sup> FTTZA, DK 20717: Brandunglück in der Stadt Krotoszyn, Krotoszyn 26. März 1858.

<sup>3248</sup> Vgl. FTTZA, DK 20719: Anzeige von Bränden, 1862–1927, Schloss Krotoszyn 29. November 1862.

<sup>3249</sup> Vgl. FTTZA, DK 20719: Schloss Krotoszyn 29. November 1862.

ung nicht zählen. Sie hatte zwei Möglichkeiten. Entweder wird ein neues Gesindehaus gebaut oder die Fürstliche Rentkammer verzichtet auf die restliche Brandentschädigung.<sup>3250</sup> Pächterin Lucke, in deren Pachtgebiet das verbrannte Gesindehaus 17 in Uciechów lag, plante jedoch einen Wiederaufbau. Die Fürstliche Verwaltung nutzte diesen Umstand und bot der Pächterin an, das Gesindehaus für die reinen Kosten abzukaufen. Dafür wurde ein Vertrag erstellt, worin sich die Pächterin verpflichtete zu Gunsten der fürstlichen Verwaltung auf das Gesindehaus zu verzichten und die Kaufgelder auf 5% zu verzinsen. Dabei wurde festgesetzt, dass bei der erneuten Verlängerung des Pachtvertrages mit Lucke oder ihrem Sohn, die für das Jahr 1870 angesetzt war, die Kaufgelder durch den Pächter an die Fürstliche Rentkammer zurückgezahlt werden.<sup>3251</sup> Als Gegenleistung sollte die Pächterin Lucke das Gesindehaus 17 in Uciechów als Eigentum erhalten. Mit so einem Trick erhielt die Fürstliche Verwaltung die restlichen 100 Rthl. von der Brandversicherung, die Kaufgelder wurden samt Zinsen zurückbezahlt. Lediglich die Erstellung der Kaufverträge hat ca. 6–7 Thaler gekostet.<sup>3252</sup> Dieser letztendlich realisierte Plan zeigt, wie flexibel und geschickt die fürstlichen Beamten eine elegante Lösung für ihr Problem fanden. Allerdings floss das Geld aufgrund des geänderten Rechts erst im Jahre 1866 in die fürstlichen Kassen.<sup>3253</sup>

Wenn man über Brände spricht sollte man auch über die Vorsorge sprechen. Die fürstliche Verwaltung hatte nämlich, wie wir schon in den vorigen Fällen gesehen haben, sämtliche Gebäude in ihren Wirtschaftsgütern versichert. So brannte beispielsweise im Jahre 1861, am 2. Dezember, die Windmühle in Baben. Die Versicherungssumme betrug hier 500 Rthl. Am 11. Dezember zerstörte ein Feuer das Gesindehaus in Chwaliszewo II, das für 25 Rthl. versichert war; am 26. September 1862 wurde das genannte Gesindehaus Nr. 17 in Uciechów für eine Summe von 150 Rthl versichert war.<sup>3254</sup> Die Feuerentschädigung betrug jeweils 166 Rthl. 20 Sgr. für die Windmühle, 8 Rthl. 10 Sgr. für das Gesindehaus in Chwaliszewo II und 50 Rthl. für das Gesindehaus in Uciechów.<sup>3255</sup> In der Zwischenzeit änderten sich jedoch die Regelungen bezüglich des Brandrechts. Nach dem Erlass vom 9. September 1863 in der Gesetzsammlung unter § 36, 59 und 60 des Allgemeinen Brandrechts konnte die Brandentschädigung ausgezahlt werden, wenn der Versicherte und Besitzer der Gebäude, die vollständig niedergebrannt sind, die Ortspolizei und die vorhandenen Gläubiger benachrichtigten. Die Höhe der Entschädigung wurde also nicht mehr - wie davor - nach dem Ausmaß des Wiederaufbaus der verbrannten Gebäude bemes-

---

<sup>3250</sup> Vgl. FTTZA, DK 20719: Schloss Krotoszyn 29. November 1862.

<sup>3251</sup> Vgl. FTTZA, DK 20719: Schloss Krotoszyn 29. November 1862.

<sup>3252</sup> Vgl. FTTZA, DK 20719: Schloss Krotoszyn 29. November 1862.

<sup>3253</sup> Vgl. FTTZA, DK 20719: Schloss Krotoszyn 20. März 1866.

<sup>3254</sup> Vgl. FTTZA, DK 20719: Schloss Krotoszyn 20. März 1866.

<sup>3255</sup> Vgl. FTTZA, DK 20719: Schloss Krotoszyn 20. März 1866.

sen.<sup>3256</sup> Mit der Begründung, dass das Recht sich geändert hat, stellten die fürstlichen Beamten einen erneuten Antrag auf die Rückerstattung der übrig gebliebenen Restbeträge. Dem Gesuch der Fürstlichen Rentkammer wurde tatsächlich stattgegeben. Die Fürstliche Rentkammer hatte insgesamt 450 Rthl. zurückerhalten, was nahezu den Gesamtbetrag der Versicherungssumme gedeckt hatte. Die Erlangung der vollständigen Summe gehörte zwar zu den Ausnahmen, dieser Fall zeigt jedoch wie flexibel die fürstlichen Beamten im Fürstentum Krotoszyn agierten. Es bedürfte einer ständigen Prüfung und Kenntnis der Gesetze, mit welchen die Fürstliche Rentkammer im Alltag zu tun hatte. Die Fürstliche Rentkammer handelte also auch aktiv und leistete so einen ständigen Beitrag zur Verbesserung der Erträge und letztendlichen Gewinne für die Fürsten von Thurn und Taxis, die sie aus dem Fürstentum Krotoszyn zogen. Die finanzielle Sphäre spielte eine wichtige Rolle und die fürstlichen Beamten hatten es verstanden, die Interessen des Fürsten nicht nur sachlich und bürokratisch professionell zu vertreten, sondern waren auch im betriebswirtschaftlichen Sinne ökonomisch auf möglichst hohe Rendite ausgerichtet. Man darf nicht vergessen, dass das Fürstentum Krotoszyn nicht nur Prestige, die standesherrschaftliche Position und das Selbstverständnis mit ihrer Selbstinszenierung des Vergangenen für die Fürsten mit sich brachte. Vielmehr war es eine Investition. Diese Rolle Krotoszyns war vorrangig. Dies beweisen unter anderem eben die Akten über die Brände und den Umgang mit den damit verbundenen Kosten. Das Fürstentum Krotoszyn war schließlich ein Großgrundbesitzerprojekt des Fürsten von Thurn und Taxis, zwar nicht das einzige, aber wohl eines der bedeutendsten.

Andere Fälle liefern weitere Hinweise über die Ziele und Prämissen, die hinter der Neu-einrichtung der Gebäude standen und darüber wie bewusst neue Investitionen und Reparaturen umgesetzt wurden, um den Nutzen der wirtschaftlichen Einrichtungen zu maximieren. Im Jahre 1891 wurde auf dem fürstlichen Vorwerk Baben durch einen Brand der Viehstall Nr. 2 beschädigt. Das Holzwerk der Einschmiededecke brannte teilweise aus und die Wachsperrern sowie Decksparren wurden leicht angekohlt; die Dachschalung und Holzmaterialdeckung blieben jedoch vom Feuer unberührt.<sup>3257</sup> Nur die Schweinebuchten aus Holz sind vollständig verbrannt. Wie die Fürstliche Rentkammer in dem Fall vorgegangen ist, ist äußerst interessant. Die Beamten des Fürsten in Krotoszyn schrieben im Bericht:

„Es können daher die bedeutenden Kosten für die Erneuerung des eigentlichen Wunsches erspart werden, und ergibt sich hierdurch die günstige Gelegenheit, die innere Einrichtung des Schwarzviehstalles, welche bei dem Brande so rasch ein Raub der Flammen wurde, nicht mehr von Holz, sondern massiv aus Stein und Eisen

---

<sup>3256</sup> Vgl. FTTZA, DK 20719: Schloss Krotoszyn 20. März 1866.

<sup>3257</sup> Vgl. FTTZA, DK 20719: Schloss Krotoszyn 19. Juni 1891.



anzufertigen, wodurch einer Wiederholung eines solchen Brandes möglichst vorgebeugt werden kann.

Zu diesem Zwecke sollen die Wände der Schweinebuchten aus Cementmauerwerk bestehen, mit Cement verputzt werden, und die Thüren Fütterklappe und diejenigen Teile über den letzteren überhaupt die sämtlichen Vorderwände Buchten aus Flach- und Rundwiesengitterwerk hergestellt werden, welche Herstellung erst bei neueren besseren Schwarzviehställen sehr beliebt ist.

Zugleich sollen auch die dem Dach tragenden Säulen nicht mehr von Holz, sondern gleichfalls von Eisen (Gußeisen) gefertigt werden. Wie hierauf veranschlagten Kosten betragen ~~4520 Mk~~ 4152 Mk 98 Pf, also weniger, als die Brandentschädigung ausmacht.“<sup>3258</sup>

Der Quellenausschnitt zeigt einerseits, dass Vorsorge gegen die Brände betrieben wurde und andererseits, dass auch technische Innovationen beim Bau landwirtschaftlicher Einrichtungen berücksichtigt wurden. Gleichzeitig wird die Summe aus der Brandentschädigung für den Umbau nicht überschritten. Man spart dabei sogar noch Geld und sorgt zugleich für einen guten Zustand des Viehstalls in Baben. Das Gesuch wurde letztendlich am 30. Juni 1891 durch die Domänen-Ober-Administration in Regensburg genehmigt.

Die Brände liefern auch Hinweise in Bezug auf die herrschenden Verhältnisse auf den fürstlichen Gütern im Fürstentum Krotoszyn. Zwei Gesindehäuser brannten im Jahre 1895 auf dem Pachtgut Uciechów nieder. Das Gesindehaus Nr. 11 brannte vollständig ab, das Gesindehaus Nr. 21 nur teilweise.<sup>3259</sup> Beide Häuser waren versichert, das erste mit 150 Mark, das zweite mit 4.000 Mark. Die Fürstliche Rentkammer stand nun vor einem Problem, weil die zwei Gesindehäuser die einzigen auf dem 1.300 Morgen großen Gut waren.<sup>3260</sup> Bereits zuvor wurde die Verantwortung für das Instandhalten des Gesindehauses Nr. 11 dem Pächter übergeben, da die Fürstliche Rentkammer dadurch den Neubau möglichst lange hinausschieben wollte.<sup>3261</sup> Nun war aber der Neubau des Gesindehauses unvermeidbar. Der Pächter bat zudem statt eines Zweifamilienhauses ein Gesindehaus für vier Familien zu bauen und verpflichtete sich den Kostenaufwand mit 5% zu verzinsen.<sup>3262</sup> Unter Berücksichtigung der besonderen Situation hatte die Fürstliche Rentkammer beschlossen, das Gesindehaus für vier Familien im Wert von ca. 6.500 Mark gegen Verzinsung zu errichten.<sup>3263</sup> Für ein solches Vorgehen gab es verschiedene Gründe. Erstens waren die Arbeiter aus dem verbrannten Gesindehaus, samt ihren Familien, obdachlos. Zweitens arbeiteten auf dem Pachtgut insgesamt 12 ständige Arbeiter, darunter zwei Vögte, zwei Viehknechte, sechs Pferdeknechte, ein Reserveknecht und ein Stallma-

---

<sup>3258</sup> FTTZA, DK 20719: Anzeige von Bränden, 1862–1927, Schloss Krotoszyn 19. Juni 1891.

<sup>3259</sup> Vgl. FTTZA, DK 20719: Schloss Krotoszyn 6. Juni 1895.

<sup>3260</sup> Vgl. FTTZA, DK 20719: Schloss Krotoszyn 6. Juni 1895.

<sup>3261</sup> Vgl. FTTZA, DK 20719: Schloss Krotoszyn 6. Juni 1895.

<sup>3262</sup> Vgl. FTTZA, DK 20719: Schloss Krotoszyn 6. Juni 1895.

<sup>3263</sup> Vgl. FTTZA, DK 20719: Schloss Krotoszyn 6. Juni 1895.

cher.<sup>3264</sup> Drittens wollten der Pächter und letztendlich auch die Fürstliche Rentkammer nicht, dass die Arbeiter aus dem Pachtgut auf der Suche nach einer Unterkunft abwandern, insbesondere angesichts der zahlreichen Arbeitsaufgaben und einer Bevölkerung, die oft (zumeist auf der Suche nach Arbeit) den Wohnort gewechselt hat.<sup>3265</sup> Und viertens, dieser Zustand war für die fürstliche Verwaltung kostspielig und langfristig lohnte es sich eher ein neues Gesindehaus zu errichten.

Die Archivalien über die Brände liefern auch Informationen über Zwistigkeiten in Patronatsangelegenheiten. Probst Staniszewski wandte sich an den Fürsten von Thurn und Taxis mit der Bitte um die Unterstützung in Folge des Brandes in der Stadt Sulmierzyce.<sup>3266</sup> Laut Staniszewski brannten 24 Scheunen samt ganzjähriger Ernte nieder. Infolgedessen verloren gerade die ärmsten Bewohner der Stadt ihr Vermögen.<sup>3267</sup> Die Scheunen waren nicht versichert, da sie alt und mit Stroh bedeckt waren. In so einem Zustand hat keine Versicherungsgesellschaft diese Objekte damals versichert.<sup>3268</sup> Nachdem die Fürstliche Rentkammer geprüft hatte, dass der Brand tatsächlich stattgefunden hatte und die Schäden wirklich so groß waren wie von Staniszewski berichtet, richteten die fürstlichen Beamten in Krotoszyn im Bericht an die Domänen-Oberadministration in Regensburg folgende Worte:

„Wenn nun auch gerade die Angehörigen der Pfarrgemeinde Sulmierzyce der hochfürstlichen Herrschaft in Patronatsangelegenheiten fortgesetzt Schwierigkeiten bereiten und auch die übrige Bürgerschaft in nachbarlichen und sonstigen Interessen der hochfürstlichen Herrschaft durchaus nicht entgegen kommen, so glauben wir doch, daß in Anbetracht der großen Nothlage die Unschuldigen nicht mit den Schuldigen leiden sollen, sonst würden wir Abweisung des Gesuches beantragt haben [sic!].

So aber bitten wir, an den Probst Staniszewski zur Vertheilung an die vom Brandunglücke Betroffenen den Gnadenbetrag von 500 Mk auszahlen und demselben eröffnen zu dürfen daß Seine hochfürstliche Durchlaucht angesichts des bisherigen Verhaltens der Patronatsgemeinde sich gnädigst ausnahmsweise bewogen gefunden haben, ein Gnadengeschenk zu gewähren.“<sup>3269</sup>

Offensichtlich gestalteten sich die Kontakte mit der Fürstlichen Rentkammer in der Pfarrgemeinde Sulmierzyce (die Stadt war mehrheitlich polnisch) in der Vergangenheit schwierig. Die fürstliche Gemeinde wirft den Mitgliedern der Pfarrgemeinde vor, dass sie Probleme in Patronatsangelegenheiten machten. Viel wichtiger erscheint jedoch der Hinweis, dass die Interessen des Fürsten mehrmals nicht berücksichtigt wurden. Die Pfarr-

<sup>3264</sup> Vgl. FTTZA, DK 20719: Schloss Krotoszyn 6. Juni 1895.

<sup>3265</sup> Vgl. FTTZA, DK 20719: Schloss Krotoszyn 6. Juni 1895.

<sup>3266</sup> Vgl. FTTZA, DK 20739: Gesuche von Gemeinden, Vereinen, Corporationen, Vol. I, Sulmierzyce 9. Oktober 1899.

<sup>3267</sup> Vgl. FTTZA, DK 20739: Sulmierzyce 9. Oktober 1899.

<sup>3268</sup> Vgl. FTTZA, DK 20739: Sulmierzyce 9. Oktober 1899.

<sup>3269</sup> FTTZA, DK 20739: Gesuche von Gemeinden, Schloss Krotoszyn 9. November 1899.

gemeinde und die ansässige Bevölkerung wollten anscheinend trotz Unterstützung im Rahmen des Patronats der fürstlichen Herrschaft in manchen Angelegenheiten nicht gehorchen. Schon im Jahre 1870 hatten die Pfarrgemeinde Sulmierzyce gegen den Fürsten von Thurn und Taxis wegen Holzkosten für die Fertigung eines Wohnhauses, Brunnens und Viehstalles beim Gericht geklagt.<sup>3270</sup> Die Klage wurde letztendlich abgewiesen und die Fürstliche Rentkammer hatte die Rückerstattung der Prozesskosten beantragt.<sup>3271</sup> Außerdem hatte die fürstliche Verwaltung insgesamt schlechte Erfahrungen bei der Besetzung der Pfarrgemeinde Sulmierzyce mit den polnischen Priestern gesammelt, insbesondere mit den „ausgeprägten Polen“.<sup>3272</sup> Sie hatten offensichtlich eine national-polnische Politik betrieben. Der Vorgänger von Probst Staniszewski, Pfarrer Wierzbicki, wird in den Quellen als ein Beispiel dafür genannt:

„Auch belehrt uns das Beispiel des verstorbenen Probstes Wierzbicki in Sulmierzyce, daß es nicht gut ist, einen Geistlichen zum Pfarrer zu machen, der in der Gegend seiner Parafie zahlreiche Verwandte niederen Standes hat; denn p. Wierzbicki traf in heftigem Gegensatz zu den ruhigeren und gebildeteren Mitgliedern seiner Parafie und stützte sich ausschließlich auf das ungebildete Volk, was viel Streit und Hader verursachte.“<sup>3273</sup>

Die Differenzierung zwischen gebildeten Mitgliedern und ungebildeten Volk kann leicht erklärt werden. Zu den „ruhigeren und gebildeten Mitgliedern“ kann man die Deutschen und die nicht polnisch-national gesinnten Individuen zählen. Das ungebildete Volk stellten die Polen dar, die zu den ärmsten Schichten gehörten, denn ihnen, den polnischen Bauern und Arbeiter fehlte es freilich an Bildung. Mit „ungebildetes Volk“ wurden also die Personen betitelt, die eine nationale Politik verfolgten bzw. diejenigen, die mit den Polen sympathisierten. Weiter wird im gleichen Bericht der Fürstlichen Rentkammer explizit erwähnt, dass bei der Besetzung der fürstlichen Patronatsprobsteien, Personen, die sich um nationale Politik kümmern, nicht erwünscht sind.<sup>3274</sup> Die fürstlichen Beamten hatten die Möglichkeit und auch ihre Gründe, das Gesuch des Probstes Staniszewski nach dem Brand in Sulmierzyce abzuweisen. Obwohl es mehrere Unstimmigkeiten gab, wurde den Brandbeschädigten wegen der schwierigen Situation geholfen. Die Domänen-Ober-Administration in Regensburg hatte das Gesuch genehmigt und die von der Fürstlichen Rentkammer vorgeschlagene Spende von 500 Mark wurde an die Pfarrgemeinde Sulmierzyce ausbezahlt.<sup>3275</sup> Grund für die Zuteilung der Spende kann die Tatsache sein, dass Probst Staniszewski als eine Person wahrgenommen wurde, die sich nicht in die nationale

---

<sup>3270</sup> Vgl. FTTZA, DK 20205: Klage der Kirchen und Pfarrgemeinde Sulmierzyce gegen Seine Durchlaucht den Herrn Fürsten wegen Baumaterialien, Schloss Krotoszyn 19. April 1870.

<sup>3271</sup> Vgl. FTTZA, DK 20205: Schloss Krotoszyn 5. Januar 1872.

<sup>3272</sup> Vgl. FTTZA, DK 20206: Die Probstei Sulmierzyce. Cultusbauwesen und Besetzung der Probstei Vol. II, Schloss Krotoszyn 25. November 1896.

<sup>3273</sup> FTTZA, DK 20206: Schloss Krotoszyn 25. November 1896.

<sup>3274</sup> Vgl. FTTZA, DK 20206: Schloss Krotoszyn 25. November 1896.

<sup>3275</sup> Vgl. FTTZA, DK 20739: Regensburg 25. November 1899.

Politik und Kämpfe einmischte und somit als relativ neutral galt.<sup>3276</sup> Solche Gründe waren entscheidend als Staniszewski zum Nachfolger von Priester Wierzbicki in Sulmierzyce gewählt wurde. Man sollte vielleicht anmerken, dass die fürstlichen Beamten genau wussten, dass die Stadt Sulmierzyce bereits 6.000 Mark an die Brandbeschädigten ausgezahlt hatte.<sup>3277</sup> Wenn die fürstliche Verwaltung das Geld nicht gegeben hätte, hätte dies dem fürstlichen Ansehen schaden können, da es sich zudem um fürstlichen Untertanen handelte und die Stadt sich in den Grenzen des Fürstentums Krotoszyn befand. Es ist aber zugleich ein positives Beispiel der Hilfestellung der fürstlichen Beamten für die vom Unglück betroffenen Untertanen, obwohl jene das Kriterium der Treue und des Gehorsam gegenüber der fürstlichen Herrschaft bis dato nicht erfüllen wollten.

Die Unterstützung von Brandgeschädigten untermauerte auch die engen Beziehungen der Fürstlichen Rentkammer zu den Gemeinden, aber insbesondere mit der örtlichen Verwaltung. So brannten z.B. am 4. September 1900 in dem Dorf Daniszyn 30 Gebäude, davon brannten 11 Wohnhäuser komplett ab, darunter auch Erntevorräte, Futtermittel, Vieh, Mobiliar; sechs von diesen Gebäuden waren gar nicht versichert.<sup>3278</sup> Der folgende Quellenausschnitt beinhaltet auf den ersten Blick nichts Außergewöhnliches. Der Autor dieses Gesuchs war jedoch der königliche Landrat des Kreises Adelnau, Dr. Heimann. Der Landrat richtete an die fürstlichen Beamten folgende Worte:

„Bei dem schon oft im hiesigen Kreise bethätigten Wohlthätigkeitssinn Seiner Durchlaucht des Fürsten und den nahen Beziehungen denen gerade die Gemeinde Danischin, in verschiedener Hinsicht zu der dortigen Verwaltung steht, gestatte ich mir das ergebenste Ersuchen, die Erbitung eines fürstlichen Gnadengeschenks in wohlwollende Erwägung zu ziehen. Abgesehen von einer Geldspende würde für die Verunglückten als eine besondere Wohlthat in Betracht kommen, wenn denselben zum Wiederaufbau der Gebäude Holz unentgeltlich oder zu möglichst niedrigen Sätzen abgegeben werden könnte.“<sup>3279</sup>

Wir erfahren, dass sich der Fürst von Thurn und Taxis im Kreis Adelnau im Bereich der Wohltätigkeit intensiv engagiert hatte. Der Landrat übt gleichzeitig dezenten Druck auf die fürstliche Verwaltung aus, indem er darauf hinweist oder besser gesagt die Tatsache ins Gedächtnis ruft, dass die Gemeinde Daniszyn enge Beziehungen zur dortigen Verwaltung hat. Dies sollte die fürstlichen Beamten dazu bewegen, eine Spende zu bewilligen. Zudem wurde die Forderung nach kostenlosem oder zumindest vergünstigtem Holz ausgedrückt. Die Fürstliche Rentkammer stellte letztendlich einen Antrag auf Ausbezahlung von 500 Mark, die dem Landrat Dr. Heimann zur Verteilung an die Betroffenen ausge-

---

<sup>3276</sup> Vgl. FTTZA, DK 20206: Schloss Krotoszyn 25. November 1896.

<sup>3277</sup> Vgl. FTTZA, DK 20739: Sulmierzyce 9. Oktober 1899.

<sup>3278</sup> Vgl. FTTZA, DK 20739: Adelnau 16. September 1900.

<sup>3279</sup> FTTZA, DK 20739: Gesuche von Gemeinden, Adelnau 16. September 1900.

hündigt werden sollten; über das Holz wird nichts weiter berichtet.<sup>3280</sup> Die Fürstliche Rentkammer war also dem Druck der preußischen Behörden ausgesetzt. Die Beamten des Fürsten wollten gute Kontakte mit der örtlichen Verwaltung unterhalten, da es sowohl kurzfristig als auch langfristig die Interessen des Fürstenhauses schützte; die Beziehungen wollte man nicht vernachlässigen. Die preußischen Behörden wussten darüber Bescheid und deshalb zögerten sie auch nicht, sich direkt an die fürstliche Verwaltung in diesen Fragen zu wenden. Dies betrifft auch die Gemeinden. Alle Gemeinden, seien es Städte oder Dörfer, preußische Behörden und fürstliche Beamte konnten ihre Beziehungen spielen lassen und verschiedene Angelegenheiten, wie etwa Brände, für eigene Interessen instrumentalisieren bzw. um eigene Ziele durchsetzen zu können. Es war in solchen Fällen eine durchdachte Politik. Zwangsläufig waren nicht alle Fälle mit einem aktiven Zusammenspiel der einzelnen Akteure verbunden. Die vorgelegten Beispiele aus den Quellen belegen jedoch, dass dies oft der Fall war. Interessant ist vor allem, wie verschieden die Ursachen hinter bestimmten Lösungen waren und welche Motive dahinterstanden.

Bei den Gebäudebränden bestand in manchen Fällen, ähnlich wie bei den Waldbränden, ein Verdacht, dass sie durch Brandstiftung verursacht wurden. So brannten beispielsweise in der Nacht vom 22. zum 23. August 1909 auf dem fürstlichen Gute Albertshof die Scheune Nr. 7 und Nr. 23 vollständig ab; der Spritzenschuppen Nr. 12 und das Dach der Scheune Nr. 29 dagegen nur teilweise.<sup>3281</sup> Am 7. September 1909, während des Erntefestes, brannte der Kuhstall Nr. 7. Alle Arbeiter waren zu der Zeit abwesend.<sup>3282</sup> Die Fürstliche Rentkammer mutmaßte deshalb, dass es sich in den genannten Fällen um Brandstiftung handelte und bat am 11. September die königliche Staatsanwaltschaft in Ostrowo die Untersuchung einzuleiten.<sup>3283</sup> Die fürstlichen Beamten fragten den Staatsanwalt auch, ob es Sinn hätte, eine Belohnung für die Ermittlung des Täters auszusetzen. Die Staatsanwaltschaft unterstützte den Vorschlag und die Fürstliche Verwaltung wies für diesen Zweck 300 Mark an. Zusätzlich erklärte sich die Pächterin Waleska Koeppel bereit, eine Summe von 200 Mark aus eigener Kasse für diesen Zweck zu spenden.<sup>3284</sup> Eine Belohnung für die Ermittlung eines Täters auszusetzen, stellte auch eine zusätzliche Möglichkeit im Instrumentarium der Fürstlichen Rentkammer rund um das Thema Brand dar. Die enge Zusammenarbeit der Pächter mit der fürstlichen Seite zeugt von gemeinsamen Interessensphären der beiden Parteien. Die Güter sollten im ungestörten Modus arbeiten, da beiderseits die Maximierung des wirtschaftlichen Nutzens als Priorität behandelt wurde.

---

<sup>3280</sup> Vgl. FTTZA, DK 20739: Schloss Krotoszyn 24. September 1900.

<sup>3281</sup> Vgl. FTTZA, DK 20719: Schloss Krotoszyn 16. September 1909.

<sup>3282</sup> Vgl. FTTZA, DK 20719: Schloss Krotoszyn 16. September 1909.

<sup>3283</sup> Vgl. FTTZA, DK 20719: Schloss Krotoszyn 16. September 1909.

<sup>3284</sup> Vgl. FTTZA, DK 20719: Schloss Krotoszyn 16. September 1909.

*Brandvorsorge am Beispiel der Anschaffung von Feuerlöschgeräten,  
dem Bau von Spritzenhäusern sowie des Gebrauchs von Feuerspritzen*

Die Gründe und die Motivation für den Bau von Feuerspritzenhäusern sowie für die Anschaffung von Geräten im Fürstentum Krotoszyn waren oft unterschiedlich. Als die Ständerversammlung des Adelnauer Kreises z.B. im Jahre 1839 beschlossen hatte 8 große Feuerspritzen zu kaufen, mussten für die Erbauung der jeweiligen Spritzenhäuser die interessierten Güterbesitzer Sorge tragen und die Gemeinden die Anschaffung von Feuerspritzen finanzieren.<sup>3285</sup> Laut dem gleichen Bericht der fürstlichen Domänen-Ober-Administration schickte der Landrat eine Anfrage an die Fürstliche Rentkammer, ob eventuell die Spritzenhäuser in den Dörfern Garki und Łąkocin aus den fürstlichen Mitteln erbaut werden könnten.<sup>3286</sup> Die Fürstliche Rentkammer berechnete schnell, dass der Bau von zwei neuen Spritzenhäusern 214 Rthl. 18 Sgr. kosten würde.<sup>3287</sup> In der Nähe von Łąkocin befanden sich zwei fürstliche Vorwerke; das zweite davon lag in der Nähe von Daniszyn. Das bedeutete, dass die fürstliche Spritze, die sich in Baben befand, zu weit entfernt war.<sup>3288</sup> In Garki war die Lage anders, da diese Ortschaft in der Vorstadt von Adelnau lag. Die Fürstliche Rentkammer argumentierte deshalb, dass in der Stadt auch ohne fürstliche Hilfe eine Feuerspritze angeschafft und hingestellt werden wird.<sup>3289</sup> Außerdem befand sich in der Nähe, nämlich in Baben, eine fürstliche Spritze. Aus dem Grund hatte man sich entschieden nur die Baukosten für ein Spritzenhaus in Łąkocin in einer Höhe von 100 Rthl. zu übernehmen, unter der Bedingung, dass eine große Spritze angeschafft und das Spritzenhaus massiv gebaut werden wird.<sup>3290</sup> Die Verwaltungszentrale in Regensburg antwortete, dass sie völlig mit diesem Vorschlag einverstanden ist und spendete 100 Rthl. Gnadenbeitrag für diesen Zweck.<sup>3291</sup> Das Feuerspritzhaus wurde letztendlich ¼ Meile weiter in Daniszyn aufgestellt.<sup>3292</sup> Für diesen Zweck wurden auch 2,66 Ruthen herrschaftlichen Grundes verwendet, weil es an einem passenden Platz gemangelt hatte.<sup>3293</sup> Nachträglich wurde dies durch das Immediat Büro am 21. Januar 1847 genehmigt.<sup>3294</sup> Es waren also nachträgliche Entscheidungen bei administrativen Tätigkeiten

---

<sup>3285</sup> Vgl. FTTZA, IB 2659: Anschaffung von Feuerlöschgerätschaften betr. Bau von Feuerspritzenhäuser betr. Beiträge an Feuerwehren, Regensburg 12. April 1839.

<sup>3286</sup> Vgl. FTTZA, IB 2659: Regensburg 12. April 1839.

<sup>3287</sup> Vgl. FTTZA, IB 2659: Regensburg 12. April 1839.

<sup>3288</sup> Vgl. FTTZA, IB 2659: Regensburg 12. April 1839.

<sup>3289</sup> Vgl. FTTZA, IB 2659: Regensburg 12. April 1839.

<sup>3290</sup> Vgl. FTTZA, IB 2659: Regensburg 12. April 1839.

<sup>3291</sup> Vgl. FTTZA, IB 2659: Regensburg 30. April 1839.

<sup>3292</sup> Vgl. FTTZA, IB 2659: Regensburg 9. Januar 1847.

<sup>3293</sup> Vgl. FTTZA, IB 2659: Regensburg 9. Januar 1847.

<sup>3294</sup> Vgl. FTTZA, IB 2659: Regensburg 21. Januar 1847.

*Brandvorsorge am Beispiel der Anschaffung von Feuerlöschgeräten, dem Bau von Spritzenhäusern sowie des Gebrauchs von Feuerspritzen*  
durch die fürstliche Verwaltung in Regensburg zugelassen, auch wenn einige Jahre bereits vergangen sind. Das Beispiel zeigt, dass eigene Besitzungen in Form von z.B. Vorwerken eine Schlüsselposition bei der Brandfürsorge innehatten. Die Information darüber, ob die betreffende Gemeinde demnächst eine Feuerspritze kaufen wird, spielte auch eine Rolle. Die Stadt Adelnau war eine Kreisstadt und die Anschaffung von nötigen Geräten wie einer Feuerspritze erschien unvermeidbar. Aus dem Grund warteten die fürstlichen Beamten lieber ab, anstatt sich in diesen Ankauf einzumischen, denn dies wäre freilich mit einem Gnadenbeitrag für das Feuerspritzenhaus oder die Feuerspritze verbunden gewesen. Oftmals – so zeigt sich – schonte die Fürstliche Rentkammer ihre Ausgaben, auch dort, wo sie eigentlich nötig gewesen wären. Solange die Gemeinden keine Anschaffung planten, hielt sich die Fürstliche Rentkammer zurück und motivierte auch nicht zum Ankauf solcher Geräte. Insbesondere, wenn sich in der Nähe schon eine Feuerspritze auf dem fürstlichen Gute befand, war man darauf bedacht, an eigenen Ausgaben zu sparen.

Die Ausstattung der fürstlichen Besitzungen im Fürstentum Krotoszyn mit Feuerspritzen war allerdings keine Regel. So wurde im Jahre 1843 anlässlich einer durchgeführten Revision im Fürstentum Krotoszyn festgestellt, dass auf mehreren fürstlichen Vorwerken noch verschiedene Feuerlöschgeräte fehlen, die nach der königlichen Feuerordnung vom 19. März 1821 hätten angeschafft werden sollen, also vor 22 Jahren.<sup>3295</sup> Zu den fehlenden Geräten gehörten 15 Stück Sturmfässer, 44 Stück Feuerleiter und 4 Stück Feuerhaken, im Werte von 394 Thlr. 23 Sgr.<sup>3296</sup> Die durch die Domänen-Ober-Administration dargestellte Situation nach Bericht der Fürstlichen Rentkammer wurde am 9. März 1843 mit der Auszahlung der oben genannten Summe durch das Immediat Büro in Regensburg reguliert.<sup>3297</sup> Es bedeutet allerdings nicht, dass alle fürstlichen Vorwerke ab dem Zeitpunkt mit Feuerlöschgeräten ausgestattet waren, da sich im Jahre 1846 die Domänen-Ober-Administration beklagte, dass in den Vorwerken Kaczuren, Glisnica, Raczyce, Prokopy und Swieca 7 Sturmfässer fehlten.<sup>3298</sup> Es handelte sich um fahrbare Sturmfässer, die mit Rädern versehen waren und bei Feuergefahr zur Führung des Wassers dienten und sich bisher als besonders gut geeignet bei Bränden erwiesen haben. Die Anschaffungskosten beliefen sich auf 154 Taler.<sup>3299</sup> Die fürstlichen Beamten warnten, dass so eine Situation nicht länger geduldet werden kann, da bei einem Brandunglück große Schäden entstehen könnten.<sup>3300</sup> Dem Vorschlag nach genehmigte das Immediat Büro die Anschaffung von 7

---

<sup>3295</sup> Vgl. FTTZA, IB 2659: Regensburg 27. Februar 1843.

<sup>3296</sup> Vgl. FTTZA, IB 2659: Regensburg 27. Februar 1843.

<sup>3297</sup> Vgl. FTTZA, IB 2659: Regensburg 9. März 1843.

<sup>3298</sup> Vgl. FTTZA, IB 2659: Regensburg 8. Juni 1846.

<sup>3299</sup> Vgl. FTTZA, IB 2659: Regensburg 8. Juni 1846.

<sup>3300</sup> Vgl. FTTZA, IB 2659: Regensburg 8. Juni 1846.

*Brandvorsorge am Beispiel der Anschaffung von Feuerlöschgeräten, dem Bau von Spritzenhäusern sowie des Gebrauchs von Feuerspritzen*  
fahrbaren Sturmgefäßen in genannter Höhe.<sup>3301</sup> Die beiden letzten Beispiele beweisen, dass der Mangel von Feuerlöschgeräten Jahrzehnte lang geduldet bzw. übersehen wurde.

Die Fürstliche Rentkammer unterstützte auch die Bitten um Unterstützung bezüglich des Baus von Feuerspritzenhäusern mit Baumaterialien. Dies geschah z.B. im Jahre 1850 als der königliche Distrikt-Kommissar Dresler in Adelnau um die Unterstützung der Gemeinde Swieca beim Bau eines Spritzenhauses mit Dachsteinen und Hohlpfannen, also muldenartig verformter Dachziegel, bat.<sup>3302</sup> Die sich dort befindende Feuerspritze der Adelnauer Kreis-Verbände stand im Freien und war Wind und Wetter ausgesetzt.<sup>3303</sup> In der Ortschaft Swieca befanden sich zahlreiche fürstliche Gebäude, unter anderem auch ein Eisenhammerwerk und ein großes Vorwerk. Deshalb lag es im Interesse des Fürsten, dass die Feuerspritze dauernd in dem Ort verbleibt.<sup>3304</sup> Aus dem Grund wurde der Bau des Spritzenschupfens in der Gemeinde Swieca mit 1.500 Dachsteinen und 18 Hohlpfannen aus der fürstlichen Ziegelei in Baben gefördert.<sup>3305</sup>

Brandvermeidung und Bekämpfung bedurfte auch der Ausstattung mit Feuerspritzen. Die Art und Weise des Gebrauchs von Feuerspritzen zeigt uns sehr anschaulich wie die Fürstliche Rentkammer und die preußischen Behörden sich zum Vorteil beider gegenseitig unterstützen und einander aushalfen. Zu diesem Zweck wurde z.B. im Jahre 1878 eine kleine Schlauchspritze für 496 Mark und 88 Pfennig durch die Fürstliche Rentkammer Krotoszyn gekauft.<sup>3306</sup> Die Fürstliche Rentkammer schrieb am 29. April 1881:

„Die für das Schloß angeschaffte kleine Schlauchspritze [...] wird auf Bitten des Magistrates von uns auch zu Bränden in der Stadt respective in der Nähe des Schlosses gesandt. Die Provinzial Feuersocietät zahlt an Prämien für die drei ersten fremden Spritzen je 45, 30 und 15 Mark und da der Schloßbezirk nicht zur Stadt gehört, ist laut angebogenen Notifikatoriums vom 30. v. Mts. bereits eine Prämie von 15 Mark an uns gezahlt worden, und steht eine solche von 30 Mark in Aussicht.

Beim Brande selbst bleibt die Spritze, falls der fürstliche Ingenieur oder ein sonstiger fürstlicher Beamter nicht anwesend ist, unter Aussicht und Beitrag der städtischen Feuerwehr, und wird zum Brandplatze durch den hierfür instruirten Schloßwächter und den Pächter der Rentkammerdirektors gezogen.

Je schneller letztere zu Stelle sind, desto mehr ist Aussicht auf eine Prämie. Wir beabsichtigen, aus den Prämien vorerst je 1/5 an den Schloßwächter zur Aufmunterung zu zahlen, 4/5 aber zu deponiren [...]“<sup>3307</sup>

<sup>3301</sup> Vgl. FTTZA, IB 2659: Regensburg 13. Juni 1846.

<sup>3302</sup> Vgl. FTTZA, IB 2659: Regensburg 7. Februar 1850.

<sup>3303</sup> Vgl. FTTZA, IB 2659: Regensburg 7. Februar 1850.

<sup>3304</sup> Vgl. FTTZA, IB 2659: Regensburg 7. Februar 1850.

<sup>3305</sup> Vgl. FTTZA, IB 2659: Regensburg 17. Februar 1850.

<sup>3306</sup> Vgl. FTTZA, IB 2659: Regensburg 12. Mai 1881.

<sup>3307</sup> FTTZA, DK 20719: Schloss Krotoszyn 29. April 1881.



*Brandvorsorge am Beispiel der Anschaffung von Feuerlöschgeräten, dem Bau von  
Spritzenhäusern sowie des Gebrauchs von Feuerspritzen*

Die von der Fürstlichen Rentkammer unterhaltene und gebrauchte Feuerspritze wurde von der Stadt Krotoszyn ebenfalls gebraucht. Diese Feuerspritze wurde sehr gerne verliehen, da offiziell der Schlossbezirk nicht zur Stadt gehörte und somit jeder Einsatz der fürstlichen Feuerspritze zwischen 15 und 45 Mark einbringen konnte. Da der Schlossbezirk Krotoszyns in unmittelbarer Stadtmitte von Krotoszyn lag, war es umso günstiger, diese (aber auch die rechtliche) Lage für eigene Zwecke zu nutzen. Man dachte dabei auch an eine kleine Prämie für die Personen, die die Feuerspritze bedienten. Der Gebrauch bzw. auch der Verleih der Feuerspritzen ist ein gutes Beispiel für die effiziente Nutzung der örtlichen Gegebenheiten, vor allem in finanzieller Hinsicht und im Zusammenspiel mit den anderen Herrschaftszentren. In dem Fall ist es ein Beispiel für die Interaktion und ein gemeinsames Handeln der Repräsentanten der Standesherrn, des Fürsten von Thurn und Taxis, mit den preußischen Behörden. Die Prämien für die Personen, die die fürstlichen Feuerspritzen bedienten, waren manchmal zu niedrig. Bei Bedarf konnte die Fürstliche Rentkammer extra Zuschüsse beantragen, die nach der Bewilligung durch die Domänen-Ober-Administration in Regensburg ausbezahlt wurden. So hatte beispielsweise die Fürstliche Rentkammer für die Hilfe bei der Löschung von zwei Bränden in Krotoszyn vom 25. Mai und 10. Juli 1895, wegen der angeblich geringen Wirksamkeit der Feuerspritze, nur 30 Mark erhalten.<sup>3308</sup> Es war die geringste Stufe von drei, da pro Brand durch die Posener Provinzial Feuersozietät entweder 15, 30 oder 45 Mark ausbezahlt werden konnten. Die fürstlichen Helfer sollten gemäß der Entscheidung vom 20. Mai 1881 20% der Summe erhalten. Da dies nur 6 Mark gewesen wären, hatte die Fürstliche Rentkammer ausnahmsweise 10 Mark ausbezahlt, sodass die Hilfeleistung nicht viel geringer ausfiel als sonst; die höhere Auszahlung für die fürstliche Mannschaft sollte auch in Zukunft zur tatkräftigen Hilfeleistung motivieren.<sup>3309</sup> Nicht nur die Städte waren an der Zusammenarbeit bei der Brandbekämpfung interessiert, sondern auch die Fürstliche Rentkammer. Sie schloss beispielsweise einen Vertrag mit dem Magistrat der Stadt Krotoszyn für die Hilfeleistung der städtischen Feuerwehr im Schlossbezirk, im Vorwerk Theresienstein und dem 3 Kilometer entfernten Vorwerk Neubożaczyn.<sup>3310</sup> Aus dem Bericht der Fürstlichen Rentkammer geht hervor, dass die Stadt Krotoszyn sich im Vertrag vorbehielt, dafür für 100 Mark jährlich zu verlangen. Obwohl in dem Bereich die fürstlichen Gebäuden versichert waren, waren sich die fürstlichen Beamten wohl dessen bewusst, dass in der Vergangenheit die Versicherung nur selten die wirklichen Brandschäden in Gänze gedeckt hatte.<sup>3311</sup> Die fürstliche Seite akzeptierte das Angebot, da einer Ausdehnung von Bränden auf solchem Wege vorgebeugt werden konnte. Die Fürstliche

---

<sup>3308</sup> Vgl. FTTZA, DK 20719: Schloss Krotoszyn 10. Dezember 1895

<sup>3309</sup> Vgl. FTTZA, DK 20719: Schloss Krotoszyn 10. Dezember 1895.

<sup>3310</sup> Vgl. FTTZA, DK 20719: Schloss Krotoszyn 19. März 1900.

<sup>3311</sup> Vgl. FTTZA, DK 20719: Schloss Krotoszyn 19. März 1900.

*Brandvorsorge am Beispiel der Anschaffung von Feuerlöschgeräten, dem Bau von  
Spritzenhäusern sowie des Gebrauchs von Feuerspritzen*

Rentkammer musste sich lediglich um die Aufstellung der Brandwachen im Schlossbezirk kümmern und die dadurch entstandenen Kosten decken bzw. auf den fürstlichen Vorwerken wurden die Kosten für die Brandwachen den Pächter in den allgemeinen Pachtbedingungen unter §13 Ziffer 4 auferlegt.<sup>3312</sup> Die Stellung der Pächter gehörte also nicht zu den besten. Wenn es möglich und akzeptabel war, hatte die Fürstliche Rentkammer versucht, die zusätzlich entstandenen Kosten auf die Pächter zu schieben; natürlich soweit sie für jene auch tragbar waren, denn die Erträge aus der Pacht lieferten einen wichtigen Bestandteil der Gewinne aus dem Fürstentum Krotoszyn.

Die Unterstützung der Gemeinden bei der Anschaffung von Feuerspritzen gehörte auch zu den Maßnahmen, die angewendet wurden, um den Schutz der fürstlichen Gebäude vor dem Feuer zu erhöhen. So wurde etwa in dem Bericht der Fürstlichen Rentkammer vom 2. Januar 1892 das Bittgesuch der Gemeinde Gorzupia geschildert, die die fürstlichen Beamten um eine finanzielle Unterstützung für den Ankauf einer Feuerspritze bat.<sup>3313</sup> Insgesamt benötigte die Gemeinde 1.000 Mark. Davon hatte sie bereits 360 Mark vom Provinzial Feuersozietätsdirektorium in Posen zugesprochen bekommen.<sup>3314</sup> Im Zusammenhang mit dem Bittgesuch der Gemeinde Gorzupia schlug der königliche Distriktskommissar Hoffmann vor, einen Bauplatz für den Bau eines Spritzenhauses unentgeltlich anzuweisen.<sup>3315</sup> Die fürstlichen Beamten aus der Fürstlichen Rentkammer entschlossen sich, die Anschaffung der neuen Feuerspritze zu unterstützen, mit der Begründung:

„Es ist eine zweckmäßige Sitte bei der fürstlichen Verwaltung dahier, dürftige Gemeinde in der Anschaffung von Feuerspritzen zu unterstützen, da hindurch zugleich auch der fürstliche Besitz mehr und mehr geschützt wird.

Zunächst kommen die fürstlichen Gebäude in Gorzupia selbst, in Smoszew, Tomnice und Kobierno in Berücksichtigung die Hilfeleistung einer fahrbaren Brandspritze reicht aber noch viel weiter. Auf den genannten fürstlichen Vorwerken befinden sich keine Feuerspritzen. Die Gemeinde Gorzupia gehört zu den ärmeren des Fürstentums [...] Auch die Belastung des dortigen Grundbesitzers durch öffentliche Abgaben erscheint sehr hoch; denn auf jedes Hektar treffen über 7 M.

Wir glauben deshalb aus allen diesen Gründen, es sei unser Antrag gerechtfertigt, der Gemeinde Gorzupia [...] einen Gnadenbeitrag von 300 M (: Dreihundert Mark :) zur Anschaffung einer fahrbaren Spritze und Erbauung eines Spritzenhauses unter den Bedingungen zu gewähren, daß diese Spritze dem fürstl. Pächtern im Smoszewo bzw. seinem Stellvertreter jederzeit ohne Weiteres zugänglich bleibe und bei allenfaltigen Bränden auch auf den umliegenden fürstlichen Besitzung zu allen Zeiten verwendet werden können.“<sup>3316</sup>

<sup>3312</sup> Vgl. FTTZA, DK 20719: Schloss Krotoszyn 14. Mai 1900.

<sup>3313</sup> Vgl. FTTZA, DK 20739: Schloss Krotoszyn 2. Januar 1892.

<sup>3314</sup> Vgl. FTTZA, DK 20739: Schloss Krotoszyn 2. Januar 1892.

<sup>3315</sup> Vgl. FTTZA, DK 20739: Schloss Krotoszyn 2. Januar 1892.

<sup>3316</sup> FTTZA, DK 20739: Schloss Krotoszyn 2. Januar 1892.

*Brandvorsorge am Beispiel der Anschaffung von Feuerlöschgeräten, dem Bau von  
Spritzenhäusern sowie des Gebrauchs von Feuerspritzen*

Die Gründe für solche Entscheidungen waren also verschieden. Zum einen gab es in der näheren Umgebung der Gemeinde Gorzupia keine Feuerspritze. Zum zweiten konnte eine Feuerspritze auch in drei anderen Ortschaften zum Einsatz kommen. Zum dritten waren die Gemeinde und die Bewohner von Gorzupia zu arm, um den Ankauf einer Feuerspritze, geschweige denn den Bau eines Spritzenhauses, alleine finanzieren zu können und schließlich zum vierten, wurde die Anschaffung der Spritze und die Errichtung des Gebäudes für die Spritze nur unter der Bedingung unterstützt, dass die Spritze jederzeit auch den fürstlichen Pächter zur Verfügung gestellt wird und bei sonstigen Bränden in den benachbarten fürstlichen Gütern zum Einsatz kommen kann. Das Gesuch der Gemeinde Gorzupia wurde nach einem positiven Bescheid der fürstlichen Domänen-Ober-Administration in Regensburg am 22. Januar 1892 genehmigt.<sup>3317</sup> Für die Anschaffung der Feuerspritze und die Erbauung des neuen Spritzenhauses wurden insgesamt 300 Mark als Gnadenunterstützung ausbezahlt unter der Bedingung, dass die Gemeinde Gorzupia sich – wie eben erwähnt – verpflichtet, die Feuerspritze jederzeit zum Einsatz auf den fürstlichen Gütern zur Verfügung zu stellen.<sup>3318</sup> Ein entscheidender Faktor bei der Bereitstellung der finanziellen Mittel war der zusätzliche Schutz für die fürstliche Besitzungen, andernfalls hätte die Gemeinde Gorzupia entweder keine Unterstützung bekommen oder es wären eher symbolische Summen ausbezahlt worden. Dass die Fürstliche Rentkammer zuvor keine Feuerspritze für den Eigengebrauch gekauft hatte, kann dadurch erklärt werden, dass die Anschaffung durch die Gemeinde viel günstiger war. Insgesamt gehörte aber die Unterstützung der Gemeinden bei der Anschaffung von Feuerspritzen zur herrschaftlichen Politik in den fürstlichen Besitzungen. Dies bestätigen auch andere Fälle von derartigen finanziellen Beihilfen. Beispielsweise bekam am 9. Juli 1894 die Gemeinde Uciechów 300 Mark Gnadenbeitrag für den Ankauf einer Feuerspritze.<sup>3319</sup> Die Gemeinde Ligotta hatte am 7. August 1895 aus ähnlichem Grund ebenfalls 250 Mark erhalten.<sup>3320</sup> Die Garantie der Zugänglichkeit zur Spritze war verpflichtend. Jederzeit sollte dem fürstlichen Gutspächter und den benachbarten fürstlichen Besitzungen die Feuerspritze der Gemeinde frei zur Verfügung gestellt werden. Die entsprechende protokollarische Erklärung musste vor der Auszahlung der fürstlichen Spende durch die Gemeinde abgegeben werden.<sup>3321</sup> Die Unterstützung der Gemeinden bei der Beschaffung von Feuerspritzen erfolgte also in der Regel aus ökonomischen und pragmatischen Gründen. In dem folgenden Bericht der Fürstlichen Rentkammer in Krotoszyn an die Domänen-Ober-

---

<sup>3317</sup> Vgl. FTTZA, DK 20739: Schloss Krotoszyn 22. Januar 1892.

<sup>3318</sup> Vgl. FTTZA, DK 20739: Schloss Krotoszyn 22. Januar 1892.

<sup>3319</sup> Vgl. FTTZA, DK 20739: Regensburg 9. Juli 1894.

<sup>3320</sup> Vgl. FTTZA, DK 20739: Regensburg 22. August 1895.

<sup>3321</sup> Vgl. FTTZA, DK 20739: Schloss Krotoszyn 7. August 1895.

*Brandvorsorge am Beispiel der Anschaffung von Feuerlöschgeräten, dem Bau von Spritzenhäusern sowie des Gebrauchs von Feuerspritzen*  
Administration in Regensburg wird Folgendes über das Gesuch der Gemeinde Kobierno in Zusammenhang mit der Unterstützung beim Ankauf einer Feuerspritze erwähnt:

„Wenn nun auch die fürstlichen Gebäude alle gut gegen Feuerschaden bei den Provinzial-Feuersozietät versichert sind, so reicht doch die Brandentschädigung erfahrungsgemäß nie dazu hin, um das abgebrannte Gebäude durch ein neues zu ersetzen, Schaden wird der Abgebrannte immer erleiden. Darum ist das Feuerlöschwesen trotz aller Brandversicherung immer noch ein sehr wichtiges Institut zumal bei den großen Gütern ja auch unersetzliche Verluste an Menschen und Vieh in Frage kommen können. Außerdem darf nicht übersehen werden, daß die Polizeibehörden die Aufstellung von Feuerspritzen auf den fürstlichen Gütern ebenso gut verlangen könnten, wie sie dieses den Gemeinden auferlegen.

Hauptsächlich aber gerade aus dem Grunde, weil seitens der hochfürstlichen Herrschaft notorisch die Gemeinde bei Anschaffung von Feuerlöschgerätschaften in hervorragenden Maße unterstützt werden, wurde die Aufstellung von Feuerspritzen nicht den Gütern, sondern den Gemeinden auferlegt, so daß sich für das fürstliche Aerar trotz der bedeutenden Gnadengeschenke eine recht erhebliche Ersparniß ergibt.“<sup>3322</sup>

Die fürstlichen Beamten fragten schon früher beim königlichen Distriktsamt Krotoschin-Nord nach, ob das Bedürfnis für die Beihilfe besteht.<sup>3323</sup> Das Distriktsamt bestätigte diese Notwendigkeit. Alle fürstlichen Gebäude waren zwar versichert, laut Bericht die Brandentschädigung reichten die von der Versicherung ausbezahlten Beträge aber nie aus, um die Kosten, insbesondere für die Wiedererrichtung der Gebäude nach einem Brand zu decken. Die Fürstliche Rentkammer wollte den Gesuch der Gemeinde Kobierno nicht abweisen, da sonst die Polizeibehörden die fürstliche Verwaltung hätten zwingen können, selbst eine neue Feuerspritze anzuschaffen, zumal sich weder auf den fürstlichen Gütern in der Umgebung der Gemeinde noch im Bereich der unmittelbaren fürstlichen Besitzungen keine Spritze befand.<sup>3324</sup> Es war auch eine bewusste herrschaftliche Politik der Fürstlichen Rentkammer, die Gemeinden systematisch bei der Anschaffung der Feuerspritzen zu unterstützen. Dadurch wurde nicht die fürstliche Verwaltung zu einem Ankauf der Feuerspritzen durch die Polizeibehörden verpflichtet, sondern die Gemeinden. Die Gemeinden mussten dann auch die meisten Kosten tragen. In Anbetracht dessen, ist es verständlich, dass die fürstlichen Beamten den Gemeinden deshalb umso eifriger bei der Beschaffung der Feuerspritzen halfen. Schließlich wurden dadurch viel größere Ausgaben der Fürstlichen Rentkammer verhindert und die umliegenden fürstlichen Güter bekamen dennoch den nötigen zusätzlichen Brandschutz. Die Kosten, die die Gemeinden tragen mussten, waren keineswegs gering. Die Anschaffung einer Feuerspritze kostete die bereits genannten Gemeinde Kobierno beispielsweise 1.300 Mark.<sup>3325</sup> Die Fürstliche Rent-

---

<sup>3322</sup> FTTZA, DK 20739: Gesuche von Gemeinden, Schloss Krotoszyn 12. Januar 1899.

<sup>3323</sup> Vgl. FTTZA, DK 20739: Schloss Krotoszyn 12. Januar 1899.

<sup>3324</sup> Vgl. FTTZA, DK 20739: Schloss Krotoszyn 12. Januar 1899.

<sup>3325</sup> Vgl. FTTZA, DK 20739: Schloss Krotoszyn 12. Januar 1899.

*Brandvorsorge am Beispiel der Anschaffung von Feuerlöschgeräten, dem Bau von Spritzenhäusern sowie des Gebrauchs von Feuerspritzen*

kammer beteiligte sich dabei lediglich mit 300 Mark.<sup>3326</sup> Die Gemeinden Chwaliszewo I und Chwaliszewo II baten den Fürsten am 25. April 1914 um die Gewährung einer Beihilfe zum Bau eines Spritzenhauses.<sup>3327</sup> Das Spritzenhaus sollte am Ostausgange der Gemeinde am Wege Chwalischew-Pomtshof im gleichen Jahr entstehen.<sup>3328</sup> Die Gemeinde Chwaliszewo I wollte dabei einen Teil der Kosten übernehmen und die Gemeinde Chwaliszewo II den Bauplatz zu Verfügung stellen, zusätzlich dazu sollte eine neue Wasserpumpe im Wert zwischen 150 und 200 Mark angeschafft werden.<sup>3329</sup> Die Kosten für die Erbauung des Spritzenhauses beliefen sich auf 500 Mark.<sup>3330</sup> Die Gemeindevorsteher Poddany und Poprawa der Gemeinden Chwaliszewo I und Chwaliszewo II argumentierten im gleichen Bittgesuch, dass die beiden Gemeinden mit den fürstlichen Gütern Chwaliszew I und Chwaliszew II eine geschlossene Ortschaft bilden.<sup>3331</sup> Man bemerkte außerdem, dass die fürstlichen Forstreviere Glisnica und Sophienau genau dazwischen liegen würden, weshalb für die fürstliche Verwaltung vorteilhaft wäre, gut untergebrachte, erhaltene und leicht erreichbare Feuerlöschgeräte zur Verfügung zu haben.<sup>3332</sup> Das Gesuch der Gemeinde wurde in Regensburg am 17. Mai 1914 genehmigt und der Neubau eines Spritzenhauses wurde mit einer einmaligen Beihilfe in Höhe von 250 Mark dotiert.<sup>3333</sup> Die angeführten Argumente überzeugten scheinbar die fürstliche Verwaltung, da die Kosten für die Errichtung des Spritzenhauses zu 50% von der fürstlichen Seite getragen wurden. Durch ein solch pragmatisches Vorgehen konnten sowohl die fürstlichen Güter und Forstreviere als auch die Gemeinden vom Feuer geschützt werden. Dies war also zu beiderseitigen Vorteil.

Langfristig waren es also große Summen, die gespart wurden. Das bedeutete zugleich höhere Gewinne aus dem Fürstentum Krotoszyn, die für das Haus Thurn und Taxis erzielt werden konnten. Es scheint so zu sein, dass die Gewinnerwirtschaftung ein entscheidender Faktor und prioritär für die Entscheidungen der Beamten war; auch was die Zusammenarbeit mit den örtlichen Akteuren betrifft. Das Fürstentum Krotoszyn als eine Investition in Grundbesitz sollte – wie jede andere Kapitalanlage – eben in erster Linie rentabel sein und nach diesem Grundsatz versuchten die fürstlichen Beamten zu handeln, im Auftrag und im Interesse ihres Arbeitgebers des Fürstenhauses von Thurn und Taxis.

<sup>3326</sup> Vgl. FTTZA, DK 20739: Regensburg 26. Januar 1899.

<sup>3327</sup> Vgl. FTTZA, DK 20740: Chwaliszew 25. April 1914.

<sup>3328</sup> Vgl. FTTZA, DK 20740: Chwaliszew 25. April 1914.

<sup>3329</sup> Vgl. FTTZA, DK 20740: Chwaliszew 25. April 1914.

<sup>3330</sup> Vgl. FTTZA, DK 20740: Chwaliszew 25. April 1914.

<sup>3331</sup> Vgl. FTTZA, DK 20740: Chwaliszew 25. April 1914.

<sup>3332</sup> Vgl. FTTZA, DK 20740: Chwaliszew 25. April 1914.

<sup>3333</sup> Vgl. FTTZA, DK 20740: Regensburg 17. und 18. Mai 1914.

## 4. Das Ende vom Fürstentum Krotoszyn

Zur Zeit des letzten fürstlichen Besuches in Krotoszyn im September 1918 war die Situation der Mittelmächte und somit auch des Kaiserreichs Deutschland bereits schwierig, wenngleich vor allem an der Westfront. In Großpolen und somit auch im Fürstentum Krotoszyn durfte die Lage der Deutschen, die viele Polen seit den polnischen Teilungen für Okkupanten hielten, als gefährlich und heikel erscheinen. Insgesamt war die Situation in den ehemals polnischen Gebieten für Russen, Österreicher und Deutsche unsicher. Solche Einschätzungen waren dem Fürsten und seinem Hofe sicherlich nicht fremd, kam es doch in der Zeit vom 27. Dezember 1918 bis zum 16. Februar 1919 zum polnischen Aufstand in Großpolen (sog. „Powstanie Wielkopolskie“), infolgedessen das ganze Gebiet an die neu entstandene Zweite Polnische Republik (poln. II Rzeczpospolita bzw. Rzeczpospolita Polska) angliedert wurde. Damit nahmen auch die Besuche des Fürsten von Thurn und Taxis im Fürstentum Krotoszyn ihr Ende. Die Kämpfe um die Stadt Krotoszyn begannen am 1. Januar 1919. Um ca. 16:30 kam ein Panzerzug „Poznańczyk“ (dt. „Posener“) aus Ostrowo mit drei aufständischen Truppen an Bord, darunter einem Truppenzug aus Pleszew, einem Truppenzug mit schweren Maschinengewehren aus Szczypiorno und mehr als einem Dutzend Freiwilliger aus Ostrowo in Krotoszyn an.<sup>3334</sup> Mit solcher Ausstattung und Entschlossenheit waren sie in der Lage relativ schnell die wichtigsten Gebäude in der Stadt zu besetzen.<sup>3335</sup> Den polnischen Aufständischen gelang es bereits am 1. Januar den Bahnhof, die Post, das Gericht sowie die Volksbank einzunehmen.<sup>3336</sup> In der Nacht vom 1. auf den 2. Januar flüchtete ein Teil der 600 Mann starken Krotoszyner Garnison aus der Steinmetzkaserne und der Stadt. Krotoszyn war bereits am 3. Januar frei, als die letzten 338 deutschen Soldaten unter Musikbegleitung die Steinmetzkaserne verließen.<sup>3337</sup> Die deutschen Soldaten durften ihre Gewehre ohne Munition mitnehmen, haben jedoch ein Arsenal von 17 Maschinengewehren, 1.800 Gewehren, 300.000 Patronen und ein paar Tausend Handgranaten zurückgelassen.<sup>3338</sup> Nach 125 Jahren endete die deutsche Herrschaft in Krotoszyn.<sup>3339</sup> Die Kämpfe um Krotoszyn und die benachbarten Ortschaften wurden seitens der deutschen Truppen jedoch nicht sogleich aufgegeben und in der Nacht vom 29. auf den 30. Januar 1919 begannen sie mit erneuter Kraft bei Zduny wieder.<sup>3340</sup> Um das weitere sinnlose Blutvergießen zu beenden, kontaktierte der polnische Komman-

<sup>3334</sup> Vgl. PALASZ, Sławomir: Zduny. Szkice z historii miasta i okolic, Kwidzyn 2014, S. 190.

<sup>3335</sup> Vgl. PALASZ, Sławomir: Zduny, S. 191.

<sup>3336</sup> Vgl. HADRYCH, Paweł: W czasach pruskich (1793–1918), S. 272.

<sup>3337</sup> Ebd., S. 273.

<sup>3338</sup> Ebd., S. 273.

<sup>3339</sup> Ebd., S. 273.

<sup>3340</sup> Vgl. DOBRZAŃSKI, Kazimierz: Od II Rzeczypospolitej do PRL (1919–1989), in: KOŚCIŃSKI, Dionizy, MARCINIAK, Ryszard, PARYSKA, Jerzy J. (Hg.), Krotoszyn. Historia, Bd. II, Krotoszyn/Poznań 1996, 277–339; S. 278–279.

#### 4. Das Ende vom Fürstentum Krotoszyn

dant des Bezirks Krotoszyn die deutsche Kommandostelle, um einen Waffenstillstand auszuhandeln.<sup>3341</sup> Es wurde ausgemacht, dass an den zwei Standorten (Borowica und Siejew), wo die intensivsten Kämpfe geführt worden waren, eine neutrale Zone eingerichtet und eine Demarkationslinie durch die internationale Kommission festgesetzt wird.<sup>3342</sup> Das Protokoll wurde am 1. März 1919 unterzeichnet, allerdings erklärte der polnische Stabschef in Ostrowo das Abkommen am 4. März für ungültig, weil die Verhandlungen ohne Akzeptanz der Kommandostelle in Ostrowo stattgefunden hatten.<sup>3343</sup> Ein lokales Abkommen mit den deutschen Truppen wurde dann offiziell am 8. März besiegelt und die Kämpfe erloschen als die neue Demarkationslinie gezogen wurde.<sup>3344</sup> Bis zur offiziellen Einführung der Versailler Bestimmungen im Januar 1920 galt diese Demarkationslinie als Abschnitt der vorübergehenden Grenze zwischen Polen und Deutschland.<sup>3345</sup>

Dies war natürlich eine schlechte Nachricht für die deutschen Grundbesitzer, die über ihre Güter mit der Ansiedlungskommission verhandelt hatten. Die faktische Enteignung der deutschen Großgrundbesitzer begann. Auch die Besitzungen von Thurn und Taxis in der Provinz Posen wurden am 27. Juli 1919 der polnischen Zwangsverwaltung unterstellt.<sup>3346</sup> Die Enteignungen wurden auf Grundlage des Artikels 256 des Versailler Vertrages durchgeführt, der die Liquidierung des Fürstentums gegen eine Entschädigung erlaubte.<sup>3347</sup> Die fiskalischen Rechte der deutschen Staaten und der Mitglieder der deutschen regierenden Häuser gingen nach Artikel 7 des Versailler Vertrages an den polnischen Staat über.<sup>3348</sup> Artikel 297 regelte die Liquidation der privaten Güter, Rechte und Interessen der deutschen Reichsangehörigen.<sup>3349</sup> Im Artikel 256 wurden Thurn und Taxis als ein Herrscherhaus bezeichnet und die Rolle der Fürsten setzte man mit „personne royale“, also einer königlichen Person, gleich.<sup>3350</sup> Als Beweis für den Status wurde die Verwendung des „pluralis majestatis“ sowie des Titels „Durchlaucht“ bis 1918 angebracht sowie die Zugehörigkeit zu den regierenden Geschlechtern, Mediatisierten und schließlich zum Hochadel; als weiteren Beleg sah man die Verwandtschaft mit den regierenden Dynastien sowie deren Ebenbürtigkeit.<sup>3351</sup> Dementsprechend wurde dem Hause Thurn und Taxis vor-

---

<sup>3341</sup> Vgl. PALASZ, Sławomir: Zduny. Szkice z historii miasta i okolic, S. 200.

<sup>3342</sup> Ebd., S. 200.

<sup>3343</sup> Ebd., S. 200.

<sup>3344</sup> Vgl. DOBRZAŃSKI, Kazimierz: Od II Rzeczypospolitej do PRL (1919–1989), S. 279.

<sup>3345</sup> Ebd., S. 279.

<sup>3346</sup> Vgl. FTTZA, DK 20091: Liquidation des fürstlichen Besitzes und FTTZA, DK 20013: Die politische Verhältnisse, Vol. II siehe auch PROBST, Erwin: Die Entwicklung der fürstlichen Verwaltungsstellen seit dem 18. Jahrhundert, Regensburg 1978, S. 340.

<sup>3347</sup> Vgl. FTTZA, DK 20013: Die politische Verhältnisse, Vol. II und FTTZA, DK 20091: Liquidation des fürstlichen Besitzes.

<sup>3348</sup> Vgl. HARNIER, Alexander von: Beitrag zur Geschichte des deutschen Großgrundbesitzes, S. 70.

<sup>3349</sup> Ebd., S. 70.

<sup>3350</sup> Vgl. FTTZA, DK 20013: Die politische Verhältnisse, Vol. II, Abschrift/Übersetzung, Ostrów 6. Dezember 1923 und Warszawa/Warschau 5. November 1925.

<sup>3351</sup> Vgl. FTTZA, DK 20013: Ostrów 6. Dezember 1923 und Warszawa 5. November 1925.

#### 4. Das Ende vom Fürstentum Krotoszyn

geworfen, dass es aufgrund seiner Beziehungen und der Blutsverwandtschaft mit den regierenden Dynastien Einfluss auf die Politik im Kaiserreich ausübte.<sup>3352</sup> Die Prozesse und Verhandlungen zwischen der Zweiten Polnischen Republik und dem Hause Thurn und Taxis zogen sich über Jahre hin.

Die Enteignung der Fürsten von Thurn und Taxis ruht auf dem Fundament der polnischen Bodenreformen. Die ersten Regulationen stammten aus dem Manifest der Lubliner Regierung vom 7. November 1918.<sup>3353</sup> Das von Ignacy Daszyński (1866–1936) verfasste Manifest sprach über die Nationalisierung des großen und mittleren Bodeneigentums, das dem „arbeitenden Volk“ übergeben werden sollte.<sup>3354</sup> Das erste Projekt wurde am 20. Februar 1919 in der Boden-Kommission des polnischen Parlaments (poln. Komisja Rolna Sejmu) durch Wincenty Witos (1874–1945) vorgelegt.<sup>3355</sup> Das grundsätzliche Programm der polnischen Bodenreform hatte 11 Punkte und 10 Resolutionen und wurde am 10. Juli 1919 mit einstimmiger Mehrheit durch das polnische Parlament angenommen.<sup>3356</sup> Das Gesetz über die Vollstreckung der Bodenreform wurde dann relativ hektisch am 15. Juli 1920 verabschiedet.<sup>3357</sup> Im Artikel 37 wurden unter anderem der Verlauf der Parzellierung, die Bedingungen für den Zwangsverkauf und die Bodenpreise festgelegt.<sup>3358</sup> Das Gesetz sollte dabei die polnischen Bauern (die ca. 2/3 der 1,2 Millionen Soldaten der polnischen Armee ausmachten) für den Kampf im polnisch-sowjetischen Krieg gegen die Rote Armee im Jahre 1920 mobilisieren.<sup>3359</sup> Für den enteigneten Besitz sollte nicht mehr als die Hälfte des lokalen Bodenpreises aus dem letzten Halbjahr bezahlt werden.<sup>3360</sup> Ein neuer Gesetzesvorschlag wurde im Frühjahr 1925 präsentiert und am 20. Juli 1925 im Parlament verabschiedet.<sup>3361</sup> Der Senat forderte jedoch einige Nachbesserungen, sodass das Gesetz erst am 28. Dezember 1925 endgültig in Kraft trat.<sup>3362</sup> Das neue Gesetz wurde im Januar 1926 veröffentlicht und regelte vor allem die Parzellierungsgrundsätze neu, was dazu führte, dass einerseits die Existenz der kollektiven Agrarbetriebe eingeschränkt, andererseits die Diversität der privaten und individuellen Agrarwirtschaft gefördert wurde. Über ihre Existenz entschieden nun ökonomische Kriterien.<sup>3363</sup> Das Gesetz vom 28. De-

<sup>3352</sup> Vgl. FTTZA, DK 20013: Ostrów 6. Dezember 1923 und Warszawa 5. November 1925.

<sup>3353</sup> Vgl. STANULEWICZ, Maksymilian: *Reforma rolna jako próba regulacji stosunków agrarnych w Polsce. Koncepcje i próby ich realizacji w latach 1918–1944*, in: BORKOWSKA-BAGIEŃSKA, Ewa, SZAFRAŃSKI, Wojciech (Hg.), *Reformy rolne w Polsce międzywojennej i powojennej. Prawo – Realizacja – Skutki – Problemy repywatyzacyjne* (= Prawo Nr. 166), Poznań 2008, S. 12–62; S. 20.

<sup>3354</sup> Vgl. STANULEWICZ, Maksymilian: *Reforma rolna jako próba regulacji stosunków agrarnych*, S. 20.

<sup>3355</sup> Ebd., S. 20.

<sup>3356</sup> Ebd., S. 21.

<sup>3357</sup> Ebd., S. 25.

<sup>3358</sup> Ebd., S. 25.

<sup>3359</sup> Ebd., S. 30.

<sup>3360</sup> Ebd., S. 27.

<sup>3361</sup> Ebd., S. 37.

<sup>3362</sup> Ebd., S. 37.

<sup>3363</sup> Ebd., S. 37.



#### 4. Das Ende vom Fürstentum Krotoszyn

zember 1925 war lange Zeit umstritten und es wurde eigentlich bis 1939 über die möglichen Nachbesserungen und Realisierung des Gesetzes im polnischen Parlament diskutiert.<sup>3364</sup> Die Realisierung der Bodenreformen in Polen in der Zwischenkriegszeit erlebte insgesamt zwei Phasen: In der ersten Phase bis zum Jahre 1926 während der Koalitionsregierung der Nationaldemokraten (poln. Narodowa Demokracja bzw. abgekürzt Endecja) und der Bauernpartei fuhr man einen radikaleren Kurs.<sup>3365</sup> Nach dem Maiputsch in Polen im Jahre 1926 wurde die Realisierung der Reform in ihrer radikalen Version bedeutend eingeschränkt, da die neue Sanacja-Regierung sich stärker für die freie Marktwirtschaft einsetzte und grundsätzlich gegen eine Einmischung des Staates oder Einschränkung des Privatbesitzes war.<sup>3366</sup> Am 11. April 1934 wurde zudem ein neues Programm der Beschleunigung der Parzellierung, Melioration und Zusammenfügung gestartet, das bis 1938 abgeschlossen werden sollte.<sup>3367</sup> Mit diesem Plan war auch die schnellere Zwangsparzellierung in Großpolen, Oberschlesien und Pommern verbunden, die zum Ziel hatte, die Präsenz der verbliebenen deutschen Grundbesitzer in Polen zahlenmäßig zu schwächen.<sup>3368</sup> Für die Parzellierung waren 600.000 ha an Boden vorgesehen, wovon ca. 400.000 ha privater Bodenbesitz ausmachte.<sup>3369</sup> Diese Entwicklung, die im Jahre 1934 begann, wurde bis zum Jahre 1939 fortgesetzt.<sup>3370</sup>

Mit dem Enteignungsbeschluss des Liquidationskomitees in Posen vom 22. April 1927 endete die Existenz des Fürstentums Krotoszyn, wenngleich die endgültige Übernahme der fürstlichen Besitzungen durch Polen erst am 24. Juni 1927 erfolgte.<sup>3371</sup> Der Liquidationsbescheid kam am 7. Juni 1927, worin angekündigt wurde, dass die Übernahme vom Fürstentum Krotoszyn zum 10. Juni 1927 geschieht bzw. beginnen wird.<sup>3372</sup> Die fürstlichen Güter in Großpolen im Kreis Adelnau und Krotoszyn sollten innerhalb von 3 Wochen durch die Vertreter der polnischen Staatlichen Agrarbank (poln. Bank Rolny) in Warschau und durch die Direktion der polnischen Staatsforsten (poln. Dyrekcja Lasów Państwowych) übernommen werden.<sup>3373</sup> Dies geschah laut Übernahmeprotokoll letztend-

---

<sup>3364</sup> Ebd., S. 47, bzw. S. 43ff.

<sup>3365</sup> Ebd., S. 47.

<sup>3366</sup> Ebd., S. 47.

<sup>3367</sup> Ebd., S. 51.

<sup>3368</sup> Ebd., S. 51–52.

<sup>3369</sup> Ebd., S. 52.

<sup>3370</sup> Ebd., S. 52.

<sup>3371</sup> Vgl. FTTZA, DK 21373: Krotoschin. Übernahmeprotokoll vom 24. Juni 1927. Deutsche Übersetzung mit 58 polnischen Beilagen.

<sup>3372</sup> Vgl. FTTZA, DK 21438: Liquidierung des Fürstentums Krotoschin. Darstellung über die Zinsansprüche des Fürsten Thurn und Taxis wegen verspäteter Zahlung der Liquidationsentschädigung, 1927–1938. Fürstlich Thurn und Taxis'sche Domänenkammer, Regensburg 3. Februar 1938.

<sup>3373</sup> Vgl. FTTZA, DK 21437: Liquidierung des Fürstentums Krotoschin. Ansprüche auf Rückzahlung der bei der Liquidation durch die Polnische Regierung erhobenen Lehensgebühr, 1927–1938. Beilage 1, Übersetzung/Abschrift. Kommissariat für deutsche Liquidation in Posen, Posen 10. Juni 1927.

#### 4. Das Ende vom Fürstentum Krotoszyn

lich am 24. Juni 1927.<sup>3374</sup> Die zu den Besitzungen gehörenden Dokumente, die neben der Liquidation der Besitzungen, auch Gebäude, Zubehör, lebendiges und totes (z.B. Geräte und Maschinen) Inventar, außer bewegliches häusliches Inventar, umfassten, wurden ebenfalls durch den polnischen Staat übernommen bzw. die Liquidation des Fürstentums Krotoszyn betraf diese Vermögensteile.<sup>3375</sup> Die polnische Regierung liquidierte somit auf Grundlage des Versailler Vertrages das Fürstentum Krotoszyn und somit den über 100 Jahre alten fürstlichen Besitz von Thurn und Taxis in Großpolen. Die fürstliche Domänenkammer in Regensburg wurde am nächsten Tag per Telegramm aus Krotoszyn informiert, dass die Übernahme der fürstlichen Besitzungen beendet worden war.<sup>3376</sup> Diese um 8:46 von Krotoszyn aus gesendete Nachricht wurde dem Boten in Regensburg um 10:30 übergeben.<sup>3377</sup> Der Titel „Fürst von Krotoszyn“ wird vom Fürsten von Thurn und Taxis offiziell weiterhin getragen. Die polnische Regierung übernahm die fürstlichen Güter in einem sehr gut bewirtschafteten Zustand.<sup>3378</sup> Dies betraf sowohl die landwirtschaftlichen Nutzflächen als auch die Wälder, die einen gesunden Holzbestand präsentierten, insbesondere die Eichenwälder waren sehr gepflegt.<sup>3379</sup> Auch die Fotoaufnahmen von Gebäuden in den fürstlichen Gütern und Vorwerken im Fürstentum Krotoszyn aus den 20er Jahren des 20. Jahrhunderts vermitteln größtenteils den Eindruck, dass die fürstlichen Besitzungen in Großpolen bis zum Zeitpunkt der Übernahme durch Polen gut verwaltet und bewirtschaftet wurden.<sup>3380</sup> Die Wälder gingen an die polnische Direktion der staatlichen Wälder (poln. Dyrekcja Lasów Państwowych) über.<sup>3381</sup> Die landwirtschaftlichen Gebiete wurden durch die Staatliche Agrarbank (poln. Bank Rolny) in Warschau übernommen und zur Parzellierung vorbereitet.<sup>3382</sup> Die Parzellierung erfolgte de facto nach der offiziellen Verordnung (Nr. 90, Position 803) des polnischen Präsidenten Ignacy Mościcki (1867–1946) vom 7. Oktober 1927.<sup>3383</sup>

Im Zuge der mühsamen rechtlichen Prozesse wurde der Fürst von Thurn und Taxis offiziell in den Jahren 1927 und 1929 entschädigt.<sup>3384</sup> Den polnischen Berechnungen zufolge wurde der Wert der fürstlichen Besitzungen auf etwa 1,35 Millionen US-Dollar geschätzt.

---

<sup>3374</sup> Vgl. FTTZA, DK 21373: Krotoschin. Übernahmeprotokoll vom 24. Juni 1927.

<sup>3375</sup> Vgl. FTTZA, DK 21437: Abschrift des Beschlusses des Liquidations-Komitees in Poznań vom 22. April 1927, Poznań 10. Juni 1927.

<sup>3376</sup> Vgl. FTTZA, DK 20091: Liquidation des fürstlichen Besitzes, Krotoszyn 25. Juni 1927.

<sup>3377</sup> Vgl. FTTZA, DK 20091: Krotoszyn 25. Juni 1927.

<sup>3378</sup> Vgl. WERNER, Gerhard: Krotoschin und das Fürstliche Haus Thurn und Taxis, S. 36.

<sup>3379</sup> Ebd., S. 36.

<sup>3380</sup> Vgl. FTTZA, DK 21356: Photos des maisons d'habitation et d'exploitation adhérentes à la propriété de Krotoszyn.

<sup>3381</sup> Vgl. WERNER, Gerhard: Krotoschin und das Fürstliche Haus Thurn und Taxis, S. 36.

<sup>3382</sup> Ebd., S. 36.

<sup>3383</sup> Vgl. Rozporządzenie Prezydenta Rzeczypospolitej z dnia 7 października 1927 r. w sprawie parcelacji dóbr Krotoszyńskich i Odolanowskich, im WWW unter URL: <http://prawo.sejm.gov.pl/isap.nsf/DocDetails.xsp?id=WDU19270900803> (Stand: 05.02.2018).

<sup>3384</sup> Vgl. WERNER, Gerhard: Krotoschin und das Fürstliche Haus Thurn und Taxis, S. 38.

#### 4. Das Ende vom Fürstentum Krotoszyn

<sup>3385</sup> Die von Thurn und Taxis beauftragten Sachverständiger, Prof. Dr. Endres, Professor für Forstwirtschaft an der Universität München und Prof. Dr. Bernhard, Professor für Landwirtschaft an der Universität Zürich, schätzten die Besitzungen wesentlich höher auf ca. 9,35 Millionen US-Dollar.<sup>3386</sup> Logischerweise wollte die polnische Seite nicht allzu viel für die liquidierten Güter des Hauses Thurn und Taxis in Großpolen bezahlen, deshalb wurde der Wert der Güter nicht besonders großzügig eingeschätzt; die fürstlichen Gutachter strebten wiederum die höchste Entschädigungssumme an, die ihrer Meinung nach möglich und angemessen war. Die Höhe der Entschädigungssumme wurde ursprünglich auf 17.144.565 Złoty festgesetzt, davon wurden noch Abzüge gemacht, nämlich 1.526.600 Złoty für die Lehensbelastung (sog. Lehensgebühr) wegen dem geringeren Gesamtfläche der Rittergüter, 257 Złoty als Rentenlast für die Gemeinde Benice, 1.845 Złoty als Rentenlast zugunsten des Pfarrers in Odolanów (Adelnau), 15.636,87 Złoty als Rentenlast zugunsten des Pfarrers in Sulmierzyce, 12.730,45 Złoty zugunsten des Klosters in Krotoszyn, 257.168,50 Złoty für die Kosten des Liquidationsverfahrens des Fürstentums Krotoszyn.<sup>3387</sup> Es war in gewisser Weise paradox, dass der Fürst von Thurn und Taxis nach über hundert Jahren als Besitzer des Fürstentums Krotoszyn für das Liquidationsverfahren von seinen Besitzungen auch bezahlen musste. Die Zweite Polnische Republik übernahm die Lasten, die mit dem Besitz der fürstlichen Güter zusammenhingen. Es handelte sich um die Unterhaltung von Brücken, Wegen, Gutsarmen und die Unterstützung von früheren Schul- sowie Kirchenpatronaten.<sup>3388</sup> Das Haus Thurn und Taxis bekam am 28. Juni 1927 von der polnischen Regierung 12.000.000 Złoty und am 6. Februar 1929 insgesamt 986.787,61 Złoty als Entschädigung für die Besitzungen in Polen.<sup>3389</sup> Es wurden zusätzlich auch kleinere Summen durch den polnischen Staat überwiesen. Am 15. September 1928 wurde das Geld für die einbehaltene Vermögenssteuer in einer Höhe von 108.767,15 Złoty an die Staatliche Agrarbank ausbezahlt und danach erst am 6. Februar 1929 an die fürstliche Verwaltung überwiesen; am 15. Mai 1931 wurde ein weiterer Betrag der Liquidationsentschädigung in einer Höhe von 130.000 Złoty überwiesen.<sup>3390</sup> Insgesamt waren es also 13.225.554,76 Złoty (ca. 1.489.387 US-Dollar), die als Liquidationsentschädigung für das Fürstentum Krotoszyn an das Haus Thurn und Taxis ausbe-

---

<sup>3385</sup> Vgl. FIEDERER, Fabian: „... an allen alten Traditionen festhalten“, Regensburg 2017, S. 105–106.

<sup>3386</sup> Ebd., S. 105–106.

<sup>3387</sup> Vgl. FTTZA, DK 21437: Abschrift des Beschlusses des Liquidations-Komitees in Poznań vom 22. April 1927, Poznań 10. Juni 1927.

<sup>3388</sup> Vgl. FTTZA, DK 21437: Poznań 10. Juni 1927

<sup>3389</sup> Vgl. FTTZA, DK 21438: Fürstlich Thurn und Taxis'sche Domänenkammer, Regensburg 3. Februar 1938.

<sup>3390</sup> Vgl. FTTZA, DK 21438: Regensburg 3. Februar 1938.

#### 4. Das Ende vom Fürstentum Krotoszyn

zahlt wurden. Diese bedeutende Summe war natürlich nicht riesig und entsprach natürlich nicht dem tatsächlichen Wert der Güter und somit den fürstlichen Wünschen.<sup>3391</sup>

Das Haus Thurn und Taxis war selbstverständlich damit nicht einverstanden, insbesondere die Entschädigungshöhe gab Anlass zu weiteren Einsprüchen. Allein zwischen 1927 und 1932 kam es fürstlicherseits zu fünf Klagen an verschiedenen Gerichten in Polen und ein weiteres Gerichtsverfahren lief über das Deutsch-Polnische Gemischte Schiedsgericht in Paris.<sup>3392</sup> Es gab auch drei weitere Anklagepunkte. Zum Einen handelte es sich um Ansprüche auf die Rückzahlung der Lehensgebühr, die bei der Liquidation des fürstlichen Besitzes in der Provinz Posen bezahlt worden waren.<sup>3393</sup> Die Lehensgebühr betrug 1.526.600 Złoty, was damals ca. 171.528 \$ entsprach, was ca. 10% der gesamten Liquidationsentschädigungssumme (ohne Abzüge) für das Fürstentum Krotoszyn ausmachte.<sup>3394</sup> Zum Zweiten wollte der Fürst Zinsen für die verspätete Zahlung der Liquidationsentschädigungen erhalten, da die Gelder zu verschiedenen Zeiträumen überwiesen worden waren.<sup>3395</sup> Die Anklagen wurden nach dem 8%-Zinssatz für die jeweilige verspätete Zahlung ab dem 10. Juni 1927, also von der Übernahme des Fürstentums Krotoszyn durch den polnischen Staat an, berechnet.<sup>3396</sup> Es handelte sich insgesamt um 97.635,36 Złoty in der ersten Zinsklage und 125.344,63 Złoty in der zweiten Zinsklage; die Gesamtsumme der Zinsansprüche des Hauses Thurn und Taxis betrug also 222.979,99 Złoty.<sup>3397</sup> Zum Dritten wurden Ansprüche auf Rückerstattung der Vermögenssteuer für die Liquidierung des Fürstentums Krotoszyn erhoben.<sup>3398</sup> Die Vermögenssteuer betrug ursprünglich 2.091.414,54 Złoty (davon 458,312,20 galt als Basissteuer sowie 1.639.102,34 Złoty als Steuererhöhung) und wurde an die polnische Staatliche Zentralkasse in Warschau überwiesen.<sup>3399</sup> Diese Summe wurde allerdings am 21. März 1928 um 108.767,15 Złoty verringert und am 15. September 1928 zunächst an die Staatliche Agrarbank in Warschau und erst später am 6. Februar 1929 direkt an die fürstliche Verwaltung überwiesen, so dass die genannte Vermögenssteuer, die von der Liquidationsentschädigung abgezogen

---

<sup>3391</sup> Wenn nach 1918 die Zweite Polnische Republik beispielweise ein kommunistisches oder totalitäres Regime gewesen wäre, wie es nach 1945 die Volksrepublik Polen war, wären die Fürsten von Thurn und Taxis einfach als Kapitalisten und hohe Aristokraten ohne jeglichen Anspruch auf irgendwelche Entschädigung enteignet worden.

<sup>3392</sup> Vgl. FIEDERER, Fabian: „... an allen alten Traditionen festhalten“, S. 106.

<sup>3393</sup> Vgl. FTTZA, DK 21437: Liquidierung des Fürstentums Krotoschin. Ansprüche auf Rückzahlung der bei der Liquidation durch die Polnische Regierung erhobenen Lehensgebühr, 1927–1938.

<sup>3394</sup> Vgl. FTTZA, DK 21437: Regensburg, 3. Februar 1938.

<sup>3395</sup> Vgl. FTTZA, DK 21438: Liquidierung des Fürstentums Krotoschin. Darstellung über die Zinsansprüche des Fürsten Thurn und Taxis wegen verspäteter Zahlung der Liquidationsentschädigung, 1927–1937, Regensburg 3. Februar 1938.

<sup>3396</sup> Vgl. FTTZA, DK 21438: Regensburg 3. Februar 1938.

<sup>3397</sup> Vgl. FTTZA, DK 21438: Regensburg 3. Februar 1938.

<sup>3398</sup> Vgl. FTTZA, DK 21439: Liquidierung des Fürstentums Krotoschin. Anspruch auf Rückerstattung des nach dem Polnischen Gesetz vom 24. März 1933 niedergeschlagenen Teils der Vermögenssteuer, 1927–1938.

<sup>3399</sup> Vgl. FTTZA, DK 21439: Regensburg, 3. Februar 1938.

## 5. Analyse und Verifizierung von Hypothesen

worden war, letztendlich 1.988.647,39 Złoty betrug.<sup>3400</sup> Die zahlreichen Klagen um die Rückerstattung der Vermögenssteuer, Lehnsgebühr und Zinsen für die verspätete Überweisung der Entschädigung wurden durch den polnischen Staat abgewiesen.<sup>3401</sup> Die Fürsten von Thurn und Taxis gingen noch öfter, sogar bis ins Jahr 1939, wegen weiterer Geldforderungen vors Gericht, jedoch am Ende ohne großen Erfolg.<sup>3402</sup>

## 5. Analyse und Verifizierung von Hypothesen

### 5.1 Analyse der Herrschaft im Fürstentum Krotoszyn

Die dargestellten Phänomene erlauben es, die untersuchten Herrschaftsmuster zu identifizieren. Die Beantwortung der Frage, welcher Herrschaftsart die Herrschaftspraxis im Fürstentum Krotoszyn zuzurechnen ist, ist komplex. Dieser Raum und die Region waren im 19. Jahrhundert und in den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts einem ständigen Wandel unterworfen. Nicht anders verhielt es sich mit der Herrschaftsausübung. Dank eines mikrogeschichtlichen Ansatzes war es möglich, verschiedene Bereiche im Fürstentum Krotoszyn detailliert zu untersuchen, einschließlich wertvoller Einzelfälle. Welchem Typ stand die fürstliche Herrschaft in Krotoszyn am nächsten bzw. lässt sie sich überhaupt konkret einordnen? Ist am Ende dieser Studie eine derartige Feststellung möglich? Wenn dies zu bejahen ist, welche Aspekte und Tendenzen lassen sich als Herrschaftstyp im Fürstentum Krotoszyn identifizieren und betreffen sie alle untersuchten Bereiche dieser Studie?

#### *Traditionale Herrschaft?*

Als erstes muss man konstatieren, dass in gewissen Bereichen kleine bis hin zu bedeutenden Unterschieden auftraten. Die Quellenanalyse über die Präsenz der Fürsten von Thurn und Taxis im Fürstentum Krotoszyn zeigt viele Charakteristika, die auf eine traditionelle Herrschaft nach Weber verweisen. Die Reisen nach Krotoszyn waren prunkvoll und luxuriös.<sup>3403</sup> Abgesehen von den Jagdreisen kann man hier eigentlich über eine inszenierte Zeremonie eines Landesherrn sprechen. Die Fürsten von Thurn und Taxis besaßen zwar

---

<sup>3400</sup> Vgl. FTTZA, DK 21439: Regensburg, 3. Februar 1938.

<sup>3401</sup> Vgl. FTTZA, DK 21437, FTTZA, DK 21438 und FTTZA, DK 21439.

<sup>3402</sup> Vgl. FTTZA, DK 21327: Liquidation Krotoschin Vol: XI ab 1.I.1938 – 22.II.1939.

<sup>3403</sup> Vgl. Kapitel 3.1 Besuche der Fürsten von Thurn und Taxis im Fürstentum Krotoszyn.

keine Landeshoheit mehr, allerdings prätendierte die Gestaltung der Besuche nach außen den Einzug eines Landesherrn und nicht nur eines standesherrlichen und gefürsteten Gutsherrn. Paraden, Theaterstücke, Ausschmückung der Straßen und Pforten, Fackelzüge, Bälle, Dinners, Tanz- und Volksfeste, Feuerwerke, Jagd, Spenden an die Städte, Kirchen, Gemeinden, Vereine und Bedürftigen sowie teure Geschenke an verdiente Beamte, ihre Ehefrauen und Pächter erinnern an eine patrimonial-traditionale Herrschaft. Dies ruhte auf dem Fundament der Tradition und Legitimität, deren Charakter eine quasi heilige und alltägliche Dimension anstrebte, ähnlich wie es im Typ der traditionellen Herrschaft der Fall ist.<sup>3404</sup> Man muss hier allerdings zwischen den ersten drei Reisen (1820, 1824, 1897) und den letzten, die eher als gewöhnliche Besuche der fern gelegenen polnischen Güter mit dem Hauptziel „Jagd“ gedacht waren, unterscheiden. Bei den letzten Reisen findet man immer noch Geschenke, Kontakt mit den Notabeln aus dem Kreis und der Provinz, dennoch war die Ausgestaltung im Vergleich zu früher bescheiden. Der Bezug zu den altüberkommenen Ordnungen und Herrengewalten als Stützpunkt der fürstlichen Legitimität im Rahmen der traditionellen Herrschaft ist bei den fürstlichen Reisen spürbar. Die Fürsten nahmen persönlich Kontakt mit ihren Bediensteten auf (z.B. in Form von Geschenken oder Gunst) und traten dabei nicht als Vorgesetzte, sondern als Herren bzw. Herrscher auf. Bei den Reisen tritt eine derartige Herrschaftspraxis auch im Umgang mit den Untertanen auf. Hier geht es allerdings vielmehr um Prestige des traditionellen Herrschers. In anderen Bereichen, wie beispielweise Armenunterstützung, Königsschießen und Unterstützung<sup>3405</sup> von Brandgeschädigten, handelt es sich um Wohltätigkeit, deren gedachter Nebeneffekt ebenfalls Prestige und die bindende Treue an den fürstlichen Herrscher sein sollte, was auch im gewissen Grade die Gunst der Diener und Untertanen steuerbar macht.<sup>3406</sup> Wie wir jedoch gesehen haben hing im Bereich der Armenpflege die Unterstützung von den gesetzlichen Gegebenheiten ab. Je mehr Kosten auf Grund der verpflichtenden gesetzlichen Armenpflege entstanden, desto weniger Mittel wurden für die zusätzliche Wohltätigkeit gespendet. Diese Tendenz war jedoch nicht zwingend eine Regel, denn in Einzelfällen spielten Prestige und Wohltätigkeitsethos des Adels weiterhin eine Rolle. Die Armenpflege wurde mit der Zeit immer stärker durch die Gesetzgebung reguliert, was zur Liberalisierung des Armenfürsorgerechts führte und zusätzliche Zwangsausgaben für die Gutsbesitzer und Gemeinden nach sich zog.

Die Herrschaft von Thurn und Taxis im Fürstentum Krotoszyn kann keinesfalls zum reinsten Typ der traditionellen Herrschaft gerechnet werden. Sie weist nämlich zahlreiche

---

<sup>3404</sup> Vgl. Kapitel 1.3 Webers Herrschaftstheorie.

<sup>3405</sup> Vgl. Kapitel 3.2 Armenunterstützung und die fürstliche Wohltätigkeit, Kapitel 3.4 Königsschießen im Fürstentum Krotoszyn und Kapitel 3.5 Brandvermeidung, Nachsorge und Prävention.

<sup>3406</sup> Vgl. Kapitel 1.3 Webers Herrschaftstheorie.

Ähnlichkeiten zum legalen Herrschaftstypus auf. Betrachtet man die fürstlichen Beamten, dann fällt auf, dass sie anders als im traditionellen Herrschaftstyp nach Weber unter anderem über ein festes Gehalt in monetärer Form, eine feste rationale Hierarchie innerhalb der fürstlichen Verwaltung, eine geregelte kontraktmäßige Anstellung, Aufstiegsmöglichkeiten sowie sachliche Kompetenzen verfügt hatten. Auf der anderen Seite mussten die fürstlichen Beamten sich mit traditional-stereotypisierten fürstlichen Vollmachten begnügen und die Entscheidungsprozesse mussten durch den Fürsten oder im Namen des Fürsten durch die oberen Verwaltungsstellen in Regensburg bestätigt werden.<sup>3407</sup> Hierin ähnelt die fürstliche Verwaltung im Fürstentum Krotoszyn wiederum einem traditionellen Herrschaftstypus. Auch der Fakt, dass die fürstlichen Beamten im Prinzip Diener oder Untertanen des Fürsten von Thurn und Taxis waren, zeugt vom traditionellen Herrschaftstyp.<sup>3408</sup> Wichtig war hier die persönliche Treue des Dieners; eine wichtige Rolle neben den schriftlichen fixen Gesetzen spielte zudem auch die Tradition und Würde des Herrschers innerhalb der Beamtenschaft. Aus Tradition und Rücksichtnahme auf die Stellung des Fürsten gehorchten ihm die Beamten.

Die Finanzierung der fürstlichen Herrschaft bis zur Beendigung der Bauernbefreiung und dem Verlust des Rechts, Steuern in Geld und Naturalien erheben zu können, kann man teilweise einer natural-leiturgischen Bedarfsdeckung, die *per definitionem* auf Naturalabgaben und Fronen basiert, zuordnen. Diese Art der Finanzierung im Rahmen der traditionellen Herrschaft blockierte in gewissen Bereichen den Übergang zum Kapitalismus und die Entwicklung des Marktes. Allerdings war dies nur ein Bestandteil der fürstlichen Finanzierungsart. Da die einzelnen Güter auf die Erzielung von Gewinnen und z.T. auch auf Investitionen ausgerichtet waren, kann man im Falle des Fürstentums Krotoszyn kaum von einer ständisch-privilegierten Bedarfsdeckung sprechen, vielmehr jedoch von einer monopolistischen und teils steuerlichen Bedarfsdeckung. Zwar fällt das steuerliche Privileg bereits früh weg, Monopole waren aber vorhanden. Insbesondere die fürstlichen Forste stellten ein bedeutendes Monopol des Bau- und Brennholzverkauf im Kreis Krotoszyn und Adelnau dar, da der Fürst wichtige Marktanteile unter seiner Kontrolle hatte. Auch in Bezug auf die Produktion der landwirtschaftlichen Erzeugnisse kann man auf Grund der Größe der fürstlichen Güter in den beiden Kreisen, die durch die Pächter möglichst effizient bewirtschaftet wurden, um die Pacht zahlen zu können, von einem Monopol sprechen. Forsten und Landwirtschaft stellten auch die wichtigsten Zweige der fürstlichen Wirtschaft dar, die zudem das meiste Geld einbrachten. Der Fürst war im Fürstentum Krotoszyn auch der wichtigste Arbeitgeber. Die meisten Arbeiter (insbesondere Sai-

---

<sup>3407</sup> Vgl. Kapitel 2.2 Fürstliche Beamte im Fürstentum Krotoszyn.

<sup>3408</sup> Vgl. Kapitel 1.3 Webers Herrschaftstheorie.

### *Traditionale Herrschaft?*

sonarbeiter) aus der Region fanden auf den fürstlichen Gütern oder in den Forsten eine Anstellung. In diesen Bereichen kann man deshalb nach Weber von einer theoretischen Begrenzung der Marktentwicklung auf Grund der dominierenden Rolle des Fürstenhauses in diesen Wirtschaftsbranchen sprechen.

Die traditionale Herrschaft des Fürstenhauses hatte auch einen merkbar patrimonialen Charakter, da familiäre und insbesondere ökonomische Ziele ausgeprägt waren und einem geregelten Erbschaftsrecht in Form des fürstlichen Hausgesetzes und Fideikommisses unterlagen. Die Beamten im Fürstentum Krotoszyn pflegten zudem stets gute Beziehungen zum Herrscher, was der fürstlichen Herrschaft patrimoniale Züge verlieh. Es handelte sich hierbei um keine Verwaltung feudaler Prägung, da die Wirtschaft nicht absichtlich gehemmt wurde und die Fürsten von Thurn und Taxis nicht versuchten, machtpolitisch die Marktentwicklung und Erwerbsfreiheit zu begrenzen. Als Inhaber der Krotoszyner Besitzungen waren sie nicht Landesherren, sondern Großgrundbesitzer mit dem Status eines Standesherrn, was mehr mit Prestige als mit wahrer Macht verbunden war. Aus diesem Grund war die Regulierung oder Hemmung der kapitalistischen Wirtschaft in der Region wesentlich schwieriger. Die fürstlichen Beamten versuchten vielmehr die patrimonialen Lehnrechte der Fürsten zu erhalten, doch – wie wir wissen – ohne Erfolg. Die Wirtschaft unterlag im Fürstentum Krotoszyn utilitarischen, sozioethischen und materiellen Prinzipien wie im traditionellen Herrschaftstyp. Die Schwerpunkte der einzelnen Bestandteile der wirtschaftlichen Orientierung waren unterschiedlich. Generell kann man feststellen, dass die materiellen und utilitarischen Prinzipien eine vorrangige Rolle besaßen. Dies schloss die sozioethische Orientierung der Fürsten von Thurn und Taxis nicht aus. Selbstverständlich gaben die Fürsten von Thurn und Taxis auf Grund der Liberalisierung des Rechts und in Zeiten von Wirtschaftskrisen usw. mehr Geld für die Unterstützung der Untertanen als sonst aus. Dies führte jedoch ebenso zu einer gewissen Umorientierung. Man versuchte die steigenden Kosten durch höhere Gewinne zu rekompensieren. Insbesondere als der Verlust der Privilegien unabwendbar wurde, genauer ab Mitte des 19. Jahrhunderts, aber vor allem in den letzten Jahrzehnten des gleichen Jahrhunderts und am Anfang des 20. Jahrhunderts, waren die oben genannten Tendenzen in einzelnen Berichten verstärkt spürbar. Eine zunehmende Fokussierung auf eine betriebswirtschaftliche Gewinnerzielung durch Investitionen, Sparmaßnahmen usw. lässt sich anhand der Quellen sehr gut nachweisen. Selbstverständlich waren die adelige Wohltätigkeit und das damit verbundene Prestige aber weiterhin wichtig. Wir dürfen dabei allerdings nicht vergessen, dass die fürstlichen Besitzungen in Großpolen in erster Linie eine Investition und finanzielle Absicherung des Hauses Thurn und Taxis nach dem Verlust der Post darstellten,



die von Beginn an vordergründig auf Erwirtschaftung von Gewinnen ausgerichtet waren,<sup>3409</sup> also auch schon in der Zeit zwischen 1819 und 1850, wenngleich auf Grund der noch vorhandenen Privilegien und eines höheren rechtlichen Status, die Gewinnerwirtschaftung nicht so sehr im Vordergrund stand wie Jahrzehnte später.

Die Untertanen konnten dennoch auf die fürstliche Unterstützung bei unterschiedlichen Angelegenheiten, seien es persönliche Gesuche, Spenden für Bauten in den konkreten Gemeinden, Bitten der Vereine oder Sonstiges, zählen. Je nach Verein oder Organisation kann man dann von einer traditionellen, in der Regel patrimonial orientierten Herrschaftsart, sprechen. Bei der Unterstützung<sup>3410</sup> von Kinderheimen, des Vaterländischen Frauenvereins, des Kriegerverbands, von Kriegsopfern, des Fahrradvereins, der Landwehr, von Kirchen und Schulen und dem damit verbundenem Patronatswesen oder z.B. bei der Stiftung des Denkmals für die ersten polnischen Herrscher in Posen tritt deutlich die traditionale Herrschaftsart mit ihren patrimonialen Untertypus hervor.<sup>3411</sup> Als Prämisse dafür diente oft das Prestige, manchmal der Patriotismus, nicht selten jedoch auch das Bemühen korrekte Kontakte mit den Behörden oder Mitgliedern eines Vereins zu unterhalten, die oft bedeutende Persönlichkeiten in der Region waren. Dies wurde oft mit dem adeligen Wohltätigkeitsethos verbunden. Bei der Unterstützung von Kirchen tritt der Fürst gerne als Patron auf, was ganz gut in die traditionale Herrschaftsart passt. Im Umgang mit Vereinen traten zu unterschiedlichen Phasen jeweils andere Merkmale hervor, die sich einmal eher der traditionellen und ein andermal eher der legalen Herrschaft zuordnen lassen. Anhand des Umgangs mit dem Schützenverein in der Stadt Krotoszyn kann man das sehr gut illustrieren. Noch vor der Eskalation der nationalen Ressentiments spendeten die Fürsten von Thurn und Taxis in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts regelmäßig Geld an den Schützenverein in Krotoszyn. Schüsse zu Ehren des Fürsten und die Teilnahme der fürstlichen Beamten am Königsschießen gehörten zu der Zeit dazu.<sup>3412</sup> Anfang des 20. Jahrhunderts weigerte sich die inzwischen polonisierte Schützengilde in Krotoszyn deutsche Teilnehmer aufzunehmen, um somit eine erneute deutsche Majorisierung zu vermeiden. Als Reaktion darauf gründeten am 30. Juni 1909 die deutschen Bürger und Beamten einen deutschen Schützenverein in Krotoszyn. Die fürstliche Verwaltung verbot ihren Beamten deshalb, sich am Königsschießen des polnischen Schützenvereins zu beteiligen. Man versuchte einem Konflikt aus dem Wege zu gehen. Man wollte keinen Ärger, weder mit den Polen noch mit den Deutschen. Man war bemüht mit den preußischen Behörden gute Kontakte zu pflegen und zugleich wollte man den Polen nicht das Gefühl geben,

---

<sup>3409</sup> Vgl. Kapitel 2.1 Das Fürstentum Krotoszyn. *Die Besitzungen in Krotoszyn als Einnahmequelle.*

<sup>3410</sup> Vgl. FTTZA, DK 20739 und FTTZA, DK 20740.

<sup>3411</sup> Vgl. Kapitel 3.3 Spende für die Errichtung des Denkmals von Mieszko I und Bolesław Chrobry, Kapitel 3.2 Armenunterstützung und die fürstliche Wohltätigkeit.

<sup>3412</sup> Vgl. Kapitel 3.4 Königsschießen im Fürstentum Krotoszyn.

dass sie auf Grund ihrer Nationalität benachteiligt werden. Mit diesem Balanceakt versuchte die fürstliche Verwaltung eine Eskalation der Lage zu vermeiden und möglichen Unruhen der mehrheitlich polnischen Arbeiter auf den fürstlichen Gütern im Keim zu erstickten. Dies hätte sich nämlich wiederum negativ auf die ökonomischen Verhältnisse und damit auf die Erträge aus den fürstlichen Gütern im Fürstentum Krotoszyn ausgewirkt. Zuvor hatte die traditionale Herrschaft beim Umgang mit den Schützenvereinen eine Vorrangstellung.

Die ständische Herrschaft als eine Art der patrimonialen Herrschaft im Rahmen des traditionellen Herrschaftstypus kam auch bei der fürstlichen Herrschaft im Fürstentum Krotoszyn vor.<sup>3413</sup> Eine typische Erscheinung bei diesem Herrschaftstyp ist, dass die Auswahl des Verwaltungsstabes, die Vergabe der Stellen und die gesamte Machtausübung dem Herrscher unterliegen. Entsprechend dem ständischen Untertyp der traditionellen Herrschaft finanziert der ständische Herr die Kosten der Verwaltung. Dies trifft im Fürstentum Krotoszyn insofern zu, da der Fürst tatsächlich seine eigene Verwaltung<sup>3414</sup> unterhielt. Ihm unterlagen die Entscheidungen über jegliche Angelegenheiten im Fürstentum. In der Praxis sah das so aus, dass die fürstlichen Beamten aus den Krotoszyner Besitzungen auf eine Entscheidung aus Regensburg warten mussten. Sie durften lediglich ihre Stellungnahme und Vorschläge für die Lösung eines Problems oder in Bezug auf die Einstellung eines neuen Mitarbeiters präsentieren. Die Vorschläge mussten durch den Fürsten oder im Namen des Fürsten in Regensburg bestätigt werden. Die Vergabe der Stellen und die Auswahl des Verwaltungsstabes konnten ohne Entscheidung des Herrschers nicht stattfinden. Da die Beamten in Regensburg und der Fürst sich in den Angelegenheiten des Fürstentums nicht unbedingt besser als die Beamten vor Ort in Krotoszyn auskannten, wurde oft der Vorschlag der Beamten aus dem Fürstentum Krotoszyn in Regensburg angenommen. Aufgrund der Entfernung fand die direkte Machtausübung im Fürstentum Krotoszyn durch den Herrscher deshalb nur partiell statt. De facto übten die fürstlichen Beamten ihre Herrschaft vor Ort im Namen des Fürsten von Thurn und Taxis aus. Die Entscheidungen, wie bereits mehrmals erwähnt, mussten in jeglichen Fragen stets in Regensburg durch den Fürsten oder seine Vertreter innerhalb der höheren Verwaltung getroffen werden. In dem Sinne kann man die fürstliche Herrschaft in diesen Bereichen zum ständischen Herrschaftsuntertyp zählen. Die fürstlichen Beamten als patrimoniale Diener wurden durch den Fürsten versorgt, sei es durch Naturalien, Renten, Löhne oder Gebühren. Die ständisch-patrimoniale Herrschaft basiert auf folgenden Säulen: ökonomischer Einfluss, Steuerrecht und Gerichtsbarkeit. Diese Merkmale, die eine patrimoniale Herr-

---

<sup>3413</sup> Vgl. Kapitel 1.3 Webers Herrschaftstheorie.

<sup>3414</sup> Vgl. Kapitel 2.2 Fürstliche Beamte im Fürstentum Krotoszyn.

schaft ausmachen, fallen im Verlauf des 19. Jahrhunderts bezüglich der fürstlichen Herrschaft im Fürstentum Krotoszyn systematisch weg. Die ständisch-patrimonialen Einflussinstrumente wie die fürstliche Gerichtsbarkeit wird 1834 abgegeben, die Steuerrechterhebung in den Städten in Form von Geld, Naturalien und Leistungen wurde 1833 und das Jagdrecht auf fremden Grundstücken 1848 abgeschafft.<sup>3415</sup> Dies zeigt uns, dass sich die Herrschaftsart im Verlauf der Zeit gewandelt hat. Dieser Wandel war eher dynamisch und unterlag zahlreichen Faktoren. Da die Fürsten von Thurn und Taxis zu der Zeit keine Landeshoheit besaßen und als Inhaber der Besitzungen in Großpolen nur Standesherrn waren, unterlagen sie der preußischen Gesetzgebung. Der preußische Staat, ähnlich wie die übrigen deutschen Staaten, zielte mit seiner Gesetzgebung stetig darauf ab, die wichtigsten Privilegien des Adels abzuschaffen, so dass die Situation der Standesherrn in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts nur wenig mit der Lage der Standesherrn in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zu tun hatte. Dies heißt freilich nicht, dass alle Entwicklungen in allen Bereichen bei allen Standesherrn gleich verlaufen sind. Dies betrifft auch die Veränderungen innerhalb des Herrschaftsgefüges.

Wir dürfen nicht vergessen, dass die fürstliche Herrschaft eine Lehnsherrschaft war und auf einem Lehenskontrakt mit dem Vasallen basierte, d.h. eine Art von Verbrüderung zu ungleichem Recht und Treuepflicht.<sup>3416</sup> In dem Sinne kann nach Weber die Herrschaft von Thurn und Taxis im Fürstentum Krotoszyn als feudale Art der Herrschaft innerhalb des traditionellen Herrschaftsgebildes eingestuft werden. Genauer gesagt handelt es sich hier um Lehens-Feudalismus. Dies gilt allerdings nur für den Zeitraum und die Bereiche, in denen die Herrenrechte und Herrengewalten noch in den Händen des Lehnsherrn lagen und im Fürstentum Krotoszyn ihre Geltung hatten. Es handelt sich dabei um ökonomische Rechte, Befehlsgewalten innerhalb des Verbandes usw. Im Fall des Fürstentums Krotoszyn geht es insbesondere um finanzielle Befugnisse, also das Recht Steuern zu erheben, eine eigene Gerichtsbarkeit sowie eigenhaushaltsmäßige Gewalten über Domänen. Diese Befugnisse wurden allerdings – wie wir wissen – in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts in Preußen abgeschafft. Die Fürsten von Thurn und Taxis mussten diese Verluste hinnehmen. Bei dem Lehensverhältnis war es stets wichtig gute Kontakte mit dem Senior zu unterhalten. Diese Aufgabe haben die fürstlichen Beamten im Fürstentum Krotoszyn übernommen, indem sie die fürstlichen Angelegenheiten vor Ort mit den Stellvertretern des preußischen Staates regelten. Davon hing – wie wir punktuell in dieser Studie gesehen haben – die Gestaltung der alltäglichen Geschäfte mit den preußischen Behörden ab. Wenn der Kontakt gut war, dann konnte man sogar auf freundlich eingestellte Ent-

---

<sup>3415</sup> Vgl. Kapitel 2.1 Das Fürstentum Krotoszyn.

<sup>3416</sup> Vgl. Kapitel 1.3 Webers Herrschaftstheorie.

### *Charismatische Herrschaft?*

scheidungen zählen, wenn es nicht der Fall war, dann wuchsen die administrativen Hürden und rechtlichen Hemmnisse schnell. Wie in der vorliegenden Untersuchung gezeigt wurde, hatte der Fürst von Thurn und Taxis in der Praxis kaum Möglichkeiten und ein geringes Abwehrinstrumentarium, um gegen ungünstige Entscheidungen der preußischen Könige oder der preußischen Beamten vorzugehen. Die Inhaber des Fürstentums Krotoszyn waren in den meisten Fällen auf die Entscheidungen der preußischen Behörden angewiesen. Dies betraf solche Bereiche wie die Armenpflege, Klagen, Einführung von Gesetzen, Krisensituationen, usw.

### *Charismatische Herrschaft?*

Insgesamt betrachtet, bietet die fürstliche Herrschaft im Fürstentum Krotoszyn kaum Anknüpfungspunkte an die charismatische Herrschaft. Die einzigen Aspekte, die notfalls dazu gerechnet werden könnten, sind die ersten drei fürstlichen Reisen. Es ist allerdings äußerst schwierig zu belegen, inwiefern die Fürsten von Thurn und Taxis als charismatisch in den Augen der Bediensteten und dortigen Untertanen galten. Anhand der vorhandenen Quellenlage ist es unmöglich so eine Aussage zu treffen. Zudem waren die Fürsten von Thurn und Taxis auf Grund ihrer stetigen Abwesenheit im Fürstentum Krotoszyn und der seltenen Besuche in ihren Besitzungen ihren Untertanen eher unbekannt. Zwischen 1824 und 1897 wurde das Fürstentum von den Thurn und Taxis kein einziges Mal besucht. Insofern konnte sich die Ausstrahlung ihrer charismatischen Eigenschaften auf ihre deutsch-polnische Untertanen und Bediensteten kaum entfalten. Einzelne Aspekte der charismatischen Herrschaft nach Weber wie Wunder, Vertrauen zum Führer, geschenkte Anerkennung der Beherrschten, Heldenverehrung, freie Hingabe an Offenbarung, Glaube, Begeisterung, Not oder Hoffnung an den Herrscher sind kaum feststellbar. Die Quellen weisen lediglich darauf hin, dass den Fürsten Anerkennung und Vertrauen entgegengebracht wurde und gewisse Hoffnungen mit ihrer Herrschaft verbunden waren. Das vorhandene Quellenmaterial lässt jedoch die Feststellung, dass dies charismatische Ursachen und Wurzeln oder dass damit die ausgeübte fürstliche Herrschaft charismatische Merkmale hatte, nicht zu. Die rein charismatische Herrschaft ist zudem *per definitionem* wirtschaftsfremd, was im Fürstentum Krotoszyn nicht der Fall war. Die Wirtschaftlichkeit der Krotoszyner Güter war für die Fürsten essenziell, da die Wertschöpfung, den finanziellen Status des Hauses langfristig absicherte. Die Herrschaft von Thurn und Taxis war auch nicht erbcharismatisch, revolutionär, irrational und hing nicht von dem persönlichen Charisma des Herrschers ab, wie es bei der charismatischen Herrschaft der Fall wäre. Somit

### *Legale bzw. rationale Herrschaft?*

bietet das charismatische Herrschaftsmodell nach Weber kaum Anknüpfungspunkte für die fürstliche Herrschaftspraxis im Fürstentum Krotoszyn.

### *Legale bzw. rationale Herrschaft?*

Die Herrschaft von Thurn und Taxis war in manchen Bestandteilen legal bzw. rational. Das Recht auf Ämter existiert in diesem Herrschaftstyp nicht. Dieses Recht war im Fürstentum Krotoszyn nur kurzfristig vorhanden. Es geht mir hier vor allem um die fürstliche Gerichtsbarkeit, die bereits 1834 abgetreten wurde. Nach Weber handelt es sich dann um eine reine legale Herrschaft, wenn sie an den bürokratischen Verwaltungsstab gebunden ist und durch die Arbeit der Einzelbeamten erfolgt. Die legale Herrschaft basiert auf Verordnungen, die durch Legalität gekennzeichnet sind und vom Vorgesetzten eingeführt werden. Die fürstlichen Beamten und der Fürst bedienten sich in ihren Entscheidungen der Verordnungen und Beschlüsse, wenngleich dies einen traditionellen Charakter besaß. Dennoch wies die Verwaltungsweise Parallelen zum legalen Herrschaftstyp auf. Die fürstlichen Beamten verfügten über ein festes Gehalt, ein Pensionsrecht, ihr Amt war ihr Hauptberuf bzw. es war sogar verboten einer anderen Nebenbeschäftigung nachzugehen; die persönliche Freiheit war mit dem Gehorsam gegenüber den sachlichen Amtspflichten verbunden. Die Beamten übten ihre Funktion in einer festen Amtshierarchie aus und besaßen auch feste Amtskompetenzen. Im traditionellen Herrschaftstyp nach Weber waren ein festes Gehalt in monetärer Form, eine feste rationale Hierarchie innerhalb der fürstlichen Verwaltung, eine geregelte kontraktmäßige Anstellung, Aufstiegsmöglichkeiten sowie sachliche Kompetenzen unüblich.

Die Anstellung der fürstlichen Beamten erfolgte nach freier Auslese und unter Berücksichtigung ihrer Fachqualifikation. Die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts besaß noch ein breites Spektrum an traditionale Orientierung, die Jahrzehnte in der Mitte des 19. Jahrhunderts stellen eine Übergangsphase dar, wo die legale Ausrichtung zu dominieren beginnt. Dies erkennt man allein schon an der Struktur der Berichte, die ab 1850 formaler wurden. Die Antworten wurden sachlich in konkrete Bestandteile wie Darstellung der Angelegenheiten, Probleme oder Streitpunkte eingeteilt; die Vorschläge für die Entscheidung und die genehmigten Entscheidungen samt Begründung der fürstlichen Verwaltung wurden professionalisiert. Insbesondere in den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts erscheint die fürstliche Beamtenschicht im Fürstentum Krotoszyn mehr legal als traditio-

nal ausgerichtet. Auch die Bewertung in den Qualifikationstabellen<sup>3417</sup> der Beamten wurden ab den 70er Jahren des 19. Jahrhunderts als Noten in arabischen Ziffer angegeben und ersetzten die bisherigen deskriptiven Bezeichnungen wie sehr gut, gut, mittelmäßig oder tadellos. Insgesamt waren die Berichte ab der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts sachlicher. Man verzichtete zunehmend auf barocke Anredeformen (z.B. ausgebaute und mehrmalige Ansprachen und Lobformeln an den Fürsten), die an die traditionale Herrschaftsart anknüpften. Die Berichte waren sachlicher, kürzer und nur selten zu langen Texten ausformuliert. Das Hauptziel war die Sorge um das ökonomische Interesse des Fürsten, das durch die zunehmende Sachlichkeit gewahrt werden konnte. In der legalen Herrschaft war der Betrieb von Amtsgeschäften kontinuierlich regelgebunden, die Befehlsgewalten unterlagen einer festen Zuordnung, die Zwangsmittel und ihre Anwendung, die Voraussetzungen für ihre Anwendung und die Leistungspflichten waren sachlich fest von den Zuständigkeiten abgegrenzt.<sup>3418</sup> Der reinste Untertyp der legalen Herrschaft war die bürokratische Herrschaft. In ihrer effizientesten Form wird sie auch als bürokratisch-monokratische Herrschaft bezeichnet. Sie bediente sich moderner Transport- und Kommunikationsmitteln. Im Fürstentum Krotoszyn wurden die Eisenbahn und das Telegramm in den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts und in den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts oft zu Transport- und Kommunikationszwecken gebraucht. Innerhalb der fürstlichen Verwaltung zählten traditionale Werte wie die Gebundenheit an den Herrn, Treue des Dieners zum Herrn sowie die Anerkennung der Würde des Herrschers eine Rolle, aber auch Präzision, Verlässlichkeit und Disziplin.

Im Bereich der Armenpflege, Brandvorsorge, Wirtschaftsweise, im Umgang mit Vereinen oder Gemeinden kann man systematische Ähnlichkeiten zur legalen Herrschaft nachweisen. Ein entscheidender Faktor bei der Armenpflege war prinzipiell die Liberalisierung des Rechts zu Gunsten der Armen und zu Ungunsten der Gutsbesitzer und Gemeinden, was dazu führte, dass im Verlauf der Jahrzehnte eine effiziente Bürokratisierung der fürstlichen Verwaltung nötig wurde, um somit die steigenden Kosten in dem Bereich in den Griff zu bekommen. Der Bereich der Armenpflege wurde stark durch die gesetzliche Lage bestimmt, wenngleich es vereinzelt zu grenzwertigen Kompromissen oder sogar zu außerrechtlichen Lösungen in Vereinbarung mit den Betroffenen kam; manchmal wurde das sogar durch die preußischen Behörden geduldet. Das Streben nach höheren Gewinnen und einer effizienteren Wirtschaftsweise führte zur stärkeren Hinwendung an den legalen Herrschaftstyp mittels steigender Sachlichkeit und Professionalisierung der fürstlichen Verwaltung. Bei den Vereinen oder Gemeinden hing es vom jeweiligen Ver-

---

<sup>3417</sup> Vgl. FTTZA, DK 20125: Qualifications Tabellen.

<sup>3418</sup> Vgl. Kapitel 1.3 Webers Herrschaftstheorie.

ein oder der Gemeinde ab, ob die Verwaltung bürokratisch oder traditional handelte. Je nach Verein oder Organisation kann man dann von einem traditionellen (in der Regel einer patrimonial-prestige orientierten Herrschaftsart) oder einer legalen Herrschaftsart sprechen (meistens bürokratisch und sachlich ausgerichtete Herrschaftsart). Die legale Herrschaftsart trat bei der Unterstützung der Vereine oder Gemeinde stets dann in den Vordergrund, wenn es sich um einen gemeinnützigen Zweck oder eine wirtschaftliche bzw. gesellschaftliche Förderung handelte, z.B. bei der Unterstützung von Krankenhäusern, der Obstzucht, beim Brunnenbau, bei der Brandvorsorge oder einer Brückenrenovierung usw. Die Unterstützung von Gemeinden beim Bau von Krankenhäusern, Brunnen, Schulen usw. konnte sich rechnen, da man z.B. einen kranken Mitarbeiter in kein fern gelegenes Krankenhaus schicken musste. Der Bau neuer Brunnen erhöhte die Hygiene und minimierte somit die Gefahr des Ausbruchs einer Epidemie, die sich negativ auf die fürstlichen Güter, ihre Mitarbeiter und Abnehmer der landwirtschaftlichen Waren auswirken konnte. Die Eröffnung neuer Schulen band die Fachkräfte und hemmte die Abwanderung der Menschen, die auf der Suche nach nah gelegenen Bildungsstätten waren. Der Region konnte dadurch florieren, was im Interesse aller war, auch im Interesse der fürstlichen Beamten und Großgrundbesitzer wie der Fürsten von Thurn und Taxis.

Bei der Brandvorsorge war beispielsweise ein stetiger Anstieg der Investitionen in besser geschützte Gebäude, in Versicherungen, Feuerspritzen und Ausrüstung feststellbar. Es wurden auch Aufwandsentschädigungen an Personen gezahlt, die Brände bekämpften. Man war jedoch stets darum bemüht, die eigene finanzielle Belastung wie z.B. bei der Anschaffung der Feuerspritzen möglichst gering zu halten. Ziel war es in der Regel die Gemeinde bei solchen Bemühungen zu unterstützen und somit die Feuersicherheit der fürstlichen Güter mit Hilfe einer relativ günstigen Spende an die Gemeinde abzusichern. Natürlich kann man auch hier nicht alle Situationen über einen Kamm scheren. Von Fall zu Fall gab es unterschiedliche Handlungsweisen, die Mischformen der Herrschaft zulassen. Die Motivation speiste sich aber stets aus dem traditionellen oder legalen Herrschaftstyp. So sah beispielsweise die Armenpflege im Jahre 1830 völlig anders als die Armenpflege um 1900 aus. Die Armenpflege um 1830 stand im Kontext einer traditionellen Herrschaftsart und oszillierte rund um eine patrimoniale Haltung, die mit Prestigehunger vermischt war. Um 1900 war die Situation komplett anders. Die Liberalisierung der Armenpflege führte zur Umstellung der Sichtweise. Die neue rechtliche Situation führte zur Bürokratisierung und Professionalisierung der fürstlichen Verwaltung. Ziel war es, unnötige Ausgaben für die Armenversorgung zu vermeiden, um somit den rapiden Anstieg der Ausgaben für solche Zwecke zu bremsen.

## *Handlungstypen der Herrschaft*

Nach Weber gibt es zweckrationale, wertrationale, affektuelle und traditionale Arten des sozialen Handelns. Die Herrschaft von Thurn und Taxis war insofern wertrational, weil das Handeln in gewissen Bereichen durch den bewussten Glauben an ästhetische, religiöse und ethisch orientierte Normen und ihren Eigenwert motiviert war. Hier wäre z.B. das Patronat über Kirchen und Schulen, vor allem aber die Wohltätigkeit der Fürsten im Rahmen des adeligen Wohltätigkeitsethos zu nennen. Die Unterstützung der Vereine, der Armen, der Gemeinden und Bürger hatte wertrationale Wurzeln. Dies betrifft freilich nicht alle Bereiche und Fälle der Wohltätigkeit. Die wertrationalen Motive spielten eine gewisse Rolle, sie waren jedoch nicht vorherrschend. Sichtbar ist auch das Handeln nach dem traditionellen Muster, das sich an eingelebten Gewohnheiten und der Unantastbarkeit der alten Ordnungen und Herrengewalten orientiert. Dies deckt sich mit dem wertrationalen Handeln. Die traditionale Herrschaft platziert sich zwischen dem wertrationalen und traditionellen Handeln. Die traditionale Herrschaft charakterisiert sich auch dadurch, dass sie durch metaphysische und religiöse Werte und Traditionen untermauert wird. Die lange bis ins Mittelalter reichende Geschichte und Tradition des adeligen Hauses Thurn und Taxis sowie der Bezug auf den katholischen Glauben (dank der evangelischen Fürstinnen auch auf den evangelischen Glauben) diente auf der metaphysisch-religiösen Ebene als Fundament des traditionellen Herrschaftscharakters der fürstlichen Herrschaft. Die Privilegien der Standesherrn wie die fürstliche Gerichtsbarkeit, das Jagdrecht, das Steuererhebungsrecht usw. gelten im wertrationalen Sinne auch als Anlehnung an die adeligen Rechte in Anknüpfung an die frühere Landeshoheit. Somit kann die Verteidigung der Überreste der Privilegien als wertrationales Handeln, das durch den traditionellen Herrschaftstyp motiviert ist, verstanden werden. Wie wir gesehen haben, weist der traditionale Herrschaftstyp nach Weber zahlreiche Gemeinsamkeiten mit der Herrschaft im Fürstentum Krotoszyn auf.

Die charismatische Herrschaft ist eng mit dem affektuellen Handeln und emotionalen Gefühlszustand verknüpft und die Legitimität der Herrschaft resultiert aus der affektuellen Hingabe. Das Handeln ist bei diesem Herrschaftstyp streng affektiv und wertrational. Es ist allerdings schwierig die fürstliche Herrschaft als affektiv oder streng affektiv einzustufen, da die Affekte und ihre Befriedigung eine marginale Rolle in der Vollziehung der Herrschaft spielten. Dies liegt auf der einen Seite am Charakter der fürstlichen Besitzungen im Fürstentum Krotoszyn, die in erster Linie eine Investition darstellten. Auf der anderen Seite konnten sich die aktuellen Affekte in der fürstlichen Herrschaft auf den Krotoszyner Gütern kaum entfalten, da die Fürsten von Thurn und Taxis im Königreich Bayern in ihren Hauptsitz in Regensburg lebten und nicht vor Ort regierten. Das Handeln



ist auch bei der charismatischen Herrschaft durch wertrationales Handeln bestimmt. Dies gilt vor allem dann, wenn die Richtpunkte des Handelns bewusst und an einen Plan angepasst sind. Aus einem rein wirtschaftlichen Gesichtspunkt betrachtet, handelten die Fürsten von Thurn und Taxis im Vergleich zu den typischen Adelshäusern wie erfolgreiche Betriebswirte, die darauf bedacht waren, die Gewinne aus ihren Besitzungen zu maximieren. Somit lässt sich das fürstliche Handlungsmuster der bereits erwähnten Mischform des wertrationalen-traditionellen Handelns innerhalb der traditionellen Herrschaft zuordnen. Dies mag nicht verwundern, da nach Weber die Handlungstypen ähnlich wie die Herrschaftstypen in der Realität nur als Mischformen existieren.

Beim zweckrationalen Handeln ist die Wahl der Mittel, um ein bestimmtes Ziel zu erreichen, unbegrenzt, da sie – im Gegensatz zum wertrationalen Handeln – eben nicht mehr z.B. durch Werte beschränkt ist. Die legale Herrschaft bewegt sich zwischen dem zweckrationalen und wertrationalen Handeln bzw. beide Handlungsarten sind zulässig und vermischen sich dabei. In Bezug auf ihr Handeln orientieren sich die Fürsten von Thurn und Taxis sowohl an bestimmten Werten wie auch z.T. rein wirtschaftlichen Gesichtspunkten. Der Handlungsmodus lässt sich deshalb sowohl einem zweckrationalen sowie einem wertrationalen im Rahmen der legalen Herrschaft zuordnen. Die Herrschaft der Thurn und Taxis im Fürstentum Krotoszyn war in erster Linie an eigenen Herrschaftsansprüchen, Prestige und vor allem an einer Gewinnerzielung und Erhöhung der Effizienz der Forste und landwirtschaftlichen Güter orientiert. Man war sich dabei auch dessen bewusst, dass z.B. gerade der Prestigegewinn auch mit hohen Kosten im Bereich der Wohltätigkeit, des Patronatswesens, der fürstlichen Gerichtsbarkeit und des eigenen Beamten­tums verbunden war. Die legale Herrschaft wurde somit durch wertrationales Handeln untermauert. Wertrationales Handeln trägt nach Weber zur Stabilisierung einer legalen Herrschaft bei. Wie die Analyse der Einzelbeispiele gezeigt hat, darf man aber auch an dieser Stelle nicht außer Acht lassen, dass in konkreten Fällen verschiedene situative Gründe über die Handlungs- und somit auch über die Art der Herrschaft entschieden. Dementsprechend konnte die Entscheidung über die Erteilung der Spende an einen Verein, eine Gemeinde oder die eigenen Beamten und ihre Familienmitglieder zweck- oder wertrationale Gründe haben.

## 5.2 Verifizierung von Hypothesen

### *Erste Hypothese*

Die Herrschaft von Thurn und Taxis im Fürstentum Krotoszyn war erstens eine Mischform der verschiedenen Herrschaftstypen. Genauer lässt sich erahnen, dass diese Herrschaft auf dem traditionellen Modus basierte und patrimoniale, ständische (bzw. feudale) Züge hatte, die sich in mancher Hinsicht dem legalen Herrschaftstyp, insbesondere der reinsten Form, also der bürokratischen Herrschaft, annäherte.

Die erste Hypothese konnte durch die vorliegende Studie samt Analyse größtenteils bestätigt werden. Die Herrschaft von Thurn und Taxis im Fürstentum Krotoszyn wies tatsächlich traditional-legale Herrschaftszüge nach Weber auf. Die vermischten sich jedoch in verschiedenen Anteilen. Wie wir gesehen haben, hing die Einordnung vom untersuchten Bereich ab. Innerhalb der Bereiche gab es wiederum verschiedene Variationen. Einerseits haben wir es im Falle des Fürstentums Krotoszyn mit einer traditionellen Herrschaft samt ihren Untertypen, nämlich der patrimonialen, ständischen und feudalen Herrschaftsart, zu tun. Andererseits lässt sich die fürstliche Herrschaft auch in Teilen als legale Herrschaft interpretieren, allerdings tritt sie – anders als in der Hypothese formuliert – nicht als reinster Typ der legalen Herrschaft, nämlich als bürokratische Herrschaft, auf. Dies kann man nach der vorliegenden Untersuchung ausschließen. Gewisse bürokratische Ansätze lassen sich lediglich in den letzten Jahrzehnten des Bestehens des Fürstentums Krotoszyn finden. Allgemein wies die Analyse zahlreiche Merkmale abseits vom reinsten Typ der legalen Herrschaft auf. Die vorliegende Studie hat auch bewiesen, dass die traditionale Herrschaft wesentlich komplexer und dynamischer war als die aufgeworfene These zunächst vermuten ließ. Je nach Themenbereich waren unterschiedliche Herangehensweisen feststellbar, die von unterschiedlichen Faktoren abhingen und sich im Verlauf der Jahrzehnte modifizierten. Diese Änderungen ähnelten zwar mehr einer Evolution als Revolution, sie sind dennoch revolutionär, wenn man bedenkt, dass es sich im Falle der Thurn und Taxis im 19. Jahrhundert um einen selbstbewussten Hochadel handelte, der dennoch stark wirtschaftlich orientiert war.

### *Zweite Hypothese*

Der Fürst regierte durch die fürstliche Verwaltung neutral und pragmatisch. Sein Hauptziel war aus den Besitzungen Geld zu erwirtschaften. Die finanziellen Erträge bildeten zwar das Hauptmotiv, sie lassen aber, je nach Problem, Interessen oder Situation der handelnden Akteure mehrere Herrschaftsformen zu, die sich im Verlauf der Jahrzehnte änderten und hybride Formen aufweisen, die unter dem stetigen Wandel standen.

### *Dritte Hypothese*

Die zweite Hypothese konnte teilweise bestätigt werden. Die fürstliche Herrschaft im Fürstentum Krotoszyn war an Gewinnen aus ihren Besitzungen interessiert. Sie ging allerdings nicht immer neutral und pragmatisch vor wie es beispielweise oft in Krisensituationen der Fall war. Mit dem Verlust der Privilegien und der Liberalisierung des Rechts zu Ungunsten des Adels wurden die Erträge wichtiger, auch deshalb, weil inzwischen die Standesherren wie die Thurn und Taxis rein rechtlich gesehen zu bloßen Großgrundbesitzern degradiert worden waren. In der zweiten Hypothese wurden die finanziellen Gewinne aus den Gütern als Hauptmotiv des Handelns (mit wenigen Ausnahmen) dargestellt. Die Analyse konnte das z.T. widerlegen. Zwar stellte die Gewinnerwirtschaftung eines der Hauptziele dar, jedoch nahm ihre Bedeutung erst im Verlauf der Jahrhunderte zu. Zudem spielten Prestige und Wohltätigkeit stets eine entscheidende Rolle. Die fürstliche Herrschaft im Fürstentum Krotoszyn nahm hybride Formen an. Wie wir in den einzelnen Kapiteln und in der Analyse gesehen haben, hing die Art der fürstlichen Herrschaft und des Handelns vom Bereich ab. Sie änderte sich im Verlauf der Zeit und unterschied sich sogar von Fall zu Fall. Veränderungen waren innerhalb eines Herrschaftsbereichs feststellbar, so hätte z.B. der Fürst nach 1850 sicherlich kein Denkmal zu Ehren des polnischen Herzogs Mieszko und Königs Bolesław Chrobry mitfinanziert, weil solche Initiativen zu dem Zeitpunkt auch den preußischen Königen als irrelevant erschienen. Die Unterstützung des Schützenvereins Krotoszyn war in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts anders motiviert als am Anfang des 20. Jahrhunderts. Auch die Armenpflege erlebte dynamische Veränderungen. Während die Armenversorgung vor 1850 eher patrimoniale Züge aufwies, führte die Liberalisierung des Rechts zu einer Wende hin zur pragmatischen Handlungsweise, die auf Sparsamkeit bedacht war. Bei den fürstlichen Reisen gab es natürlich auch Unterschiede, obwohl sie im Modus der traditionellen Herrschaftsart stattfanden. Entscheidend waren im Endeffekt konkrete Einzelfälle, Probleme und die Interessen der Akteure, was bereits in der Hypothese angedeutet wurde.

### *Dritte Hypothese*

Drittens, das Fürstentum und seine besondere Lage hatten vorausgesetzt, dass die Fürsten von Thurn und Taxis jedes Problem im breiteren Kontext und ständig die Interessen von verschiedenen Gruppen berücksichtigen mussten. Die korrekten Kontakte der fürstlichen Verwaltung mit den preußischen Beamten mussten stets gepflegt werden. Da sie eine höhere Herrschaftsinstanz darstellten, war die Herrschaft der Fürsten von der Qualität der Kontakte abhängig.

Ähnlich, wie die erste Hypothese, konnte die dritte Hypothese anhand der Analyse überwiegend bestätigt werden. Es war natürlich nicht immer der Fall, dass die Fürsten von Thurn und Taxis stets die Interessen verschiedener Gruppen im breiteren Kontext berück-

### *5.3 Herrschaftssynthese im Fürstentum Krotoszyn*

sichtigen mussten. Wie wir bereits in dieser Studie gesehen haben, hat die fürstliche Verwaltung allerdings in ihren Berichten in jedem Einzelfall die Ursachen, die Entwicklung, die rechtliche Lage sowie die familiär-finanzielle Situation der Betroffenen ausführlich beschrieben, Lösungsvorschläge geliefert und die Stellungnahmen der preußischen Behörden (z.B. des Landrats oder der Polizei) kommentiert. In der Regel waren die fürstliche Verwaltung und der Fürst nämlich gezwungen die Argumente der preußischen Behörden zu berücksichtigen, sei es auf der Kreis-, Provinz- oder Ministerial-Ebene. In einigen Fällen hatte die fürstliche Verwaltung keine Wahl und musste sich fügen. Abgesehen von solchen Fällen gab es zahlreiche Beispiele und Situationen, die einen rechtlichen oder außerrechtlichen Kompromiss möglich machten, z.B. bei der Armenpflege; in diesen Fällen war man vor allem darauf aus, eine Intervention der preußischen Behörden zu verhindern, die die fürstliche Verwaltung zur Erfüllung ihrer rechtlichen Pflichten gezwungen hätten, was wiederum mit größeren Kosten verbunden gewesen wäre. Wie es in der dritten Hypothese ausformuliert wurde, war es tatsächlich stets im Interesse der fürstlichen Beamten positive Kontakte mit der preußischen Verwaltung zu pflegen, da sie im geschäftlichen Alltag stets miteinander zu tun hatten. Von der Qualität dieser Kontakte war die fürstliche Herrschaft im Fürstentum Krotoszyn tatsächlich in vielen Angelegenheiten abhängig. Es bedeutete freilich nicht, dass es zur keinen Klagen seitens der fürstlichen Verwaltung oder der preußischen Behörden kam. Man versuchte aber stets zu einer einvernehmlichen Lösung zu kommen. Jene hing jedoch vom guten Willen der preußischen Beamten ab. Deshalb war die fürstliche Verwaltung natürlich darauf bedacht, möglichst gute Kontakte zu den preußischen Staatsbeamten zu pflegen, von den Ministern, über die Oberpräsidenten bis hin zu den Landräten.

### **5.3 Herrschaftssynthese im Fürstentum Krotoszyn**

Die fürstliche Herrschaft nahm im Verlauf der Zeit verschiedene Formen an. Es handelte sich stets um Mischformen, deren Ausprägung von den zeitlichen, wirtschaftlichen, staatsrechtlichen, gesellschaftlichen und politischen Umständen und Rahmenbedingungen abhängig war. Die Analyse hat dies letztendlich bestätigt. Die Herrschaftspraxis variierte natürlich in Einzelfällen und fiel auch je nach Herrschaftsbereich oft unterschiedlich aus. Insgesamt lässt sich jedoch feststellen, dass die fürstliche Herrschaft im Fürstentum Krotoszyn nach der Weberschen Herrschaftstypologie einen traditional-legalen Herrschaftscharakter hatte. Die Herrschaft stand den reinsten Formen dieser Herrschaftstypen jedoch fern. Vielmehr war sie, wie die Analyse gezeigt hat, durch die verschiedenen Untertypen der Herrschaft geprägt. Gleichzeitig erfolgte eine Vermischung der beiden Herrschafts-

## 6. Fazit

formen in verschiedenen Anteilen, die relativ fließend war und zahlreiche Überschneidungen und Übergangszonen aufwies. Dies variierte auch mit der Zeit. In seltenen Fällen findet man auch Anknüpfungspunkte an die charismatische Herrschaft. Die Untersuchung und die Analyse haben bewiesen, dass stärkere Tendenzen in Richtung der traditionellen Herrschaft vorhanden waren. Die einzelnen Bereiche der fürstlichen Herrschaft konnten durch die legale Herrschaft breiter gefasst werden und jene Herrschaftsart war sogar z.T. dominierend, insbesondere in den wirtschaftlichen Aspekten der fürstlichen Herrschaft. Dies zeigte sich vor allem bei Investitionen und der Intensivierung von Sparmaßnahmen auf Grund der sich ändernden rechtlichen Situation zu Ungunsten der Standesherrn. Die Herrschaftspraxis der Thurn und Taxis bewegte sich innerhalb der traditionellen Herrschaft und das damit verbundene Handeln war wertrational-traditionell ausgerichtet. Im legalen Herrschaftsmodus unterlag sie dem zweckrational-wertrationalen Handlungstyp.

## 6. Fazit

Wir sind am Ende dieser Studie angekommen. Es war eine lange aber dennoch spannende Reise in die Vergangenheit, eine Reise vom Anfang des 19. Jahrhunderts bis an die Schwelle des 20. Jahrhunderts. Man konnte diese vergangene Welt im Fürstentum Krotoszyn sehr bildlich erleben und nachfühlen und dies alles dank der umfangreichen und sehr gut erhaltenen Archivalien. Doch was sagt uns diese Untersuchung? Wie sah die Herrschaft von Thurn und Taxis im Fürstentum Krotoszyn aus?

Wir haben gesehen, dass die Geschichte des Fürstentums Krotoszyn unter der Herrschaft von Thurn und Taxis sehr komplex war und viele sich stark unterscheidende Aspekte beinhaltete. Der mikrogeschichtliche Umgang mit dem Quellenmaterial ermöglichte eine detaillierte Untersuchung einzelner Schwerpunktbereiche in dieser Arbeit, die wertvolle Informationen zu Tage förderten. Dies alles wäre ohne die theoretischen Ansätze im Bereich der Mikrogeschichte und Herrschaft nicht möglich gewesen. Allein der Begriff „Herrschaft“ ist nicht einfach und leicht zu deuten. Die komplexe Darstellung und Deutung des Begriffs mit ihrer Entwicklung war deshalb unabdingbar, um das Thema überhaupt behandeln zu können. Dies führte zur Herrschaftstheorie von Max Weber, die eine Analyse und Einordnung der Herrschaft von Thurn und Taxis im Fürstentum Krotoszyn ermöglichte. Die Herrschaftstheorie von Weber erwies sich als sehr fruchtbar. Sie war vielfältig und nicht zu orthodox in ihrer Substanz. Sie erlaubte es ganz nah und elastisch an das Thema und die Quellen heranzugehen. Nach Weber dienten die idealen Herrschaftstypen und Untertypen nur der annähernden Klassifizierung der Herrschaftsart.

## 6. Fazit

Dadurch war es möglich die einzelnen Facetten der fürstlichen Herrschaft zu identifizieren und besser zu verstehen. Bezüglich der in dieser Studie bereits mehrmals aufgeworfenen Frage nach der Art der fürstlichen Herrschaft, lässt sich auch am Ende keine klare Antwort liefern. Es war ein Misch-Typ der Herrschaft. Die Art der Herrschaftsausübung variierte – wie wir bereits in der Analyse feststellen konnten – von Bereich zu Bereich und sogar innerhalb eines Bereichs. Sie wandelte sich auch im Laufe der Zeit und passte sich den dynamischen Veränderungen auf der Welt im 19. Jahrhundert an.

Die Darstellung des geschichtlichen Kontexts verdeutlichte diese Dynamik und ermöglichte es zu einem besseren Verständnis des Hauptthemas zu gelangen und die Ereignisse zeitlich klarer zu verorten. Großpolen war ein Herd der deutsch-polnischen nationalen Auseinandersetzungen. An der Geschichte dieser Region lässt sich die Entwicklung der Gesellschaft im 19. Jahrhundert, die Emanzipierung des Bürger- und Bauertums, die Verbesserung der Bildung, der ökonomische Wandel, der technische Fortschritt und wirtschaftliche Aufschwung nachverfolgen. Im Raum Großpolen kam es auch zur Blüte der polnischen Eliten und zur massenhaften Erfassung der polnischen Bevölkerung durch national-patriotische Ideen, nicht zuletzt aufgrund der preußischen Polenpolitik, die insbesondere in der Provinz Posen eskaliert ist. Nach dem Ersten Weltkrieg wurden alle ehemaligen Teilungsmächte stark geschwächt bzw. erlebten ihren Niedergang. Nur unter diesen Umständen, die äußerst günstigen Bedingungen für die polnische Unabhängigkeitsbewegung boten, war die Wiedererlangung der staatlichen Unabhängigkeit für Polen möglich. Von dieser Lage profitierten auch andere mitteleuropäische Nationen.

Allein die Geschichte der fürstlichen Besitzungen in Großpolen lieferte zahlreiche Kontroversen. Die Übernahme der Krotoszyner Besitzungen einige Jahre nach der ersten Teilung Polens im Jahre 1779 durch Preußen bietet bereits einen spannenden Beginn mit einer Affäre im Hintergrund: Strohmannen, Streitigkeiten um die Vermögenssumme mit dem Grafen Potocki, Veruntreuung der preußischen Gelder durch den preußischen Minister von Goerne. Wahrscheinlich konnte sich damals niemand vorstellen, dass einige Jahrzehnte später, genauer im Jahre 1819, Fürst Alexander von Thurn und Taxis die Besitzungen in Krotoszyn als Thronlehen für die verlorenen Postmonopole erhalten wird. Dies geschah ebenfalls unter besonderen Umständen. Der Fürst von Thurn und Taxis war inzwischen kein Landes-, sondern ein Standesherr. Nichtsdestotrotz war das fürstliche Eigentum in Großpolen mit zahlreichen Privilegien verbunden. Hierzu zählten eine eigene Gerichtsbarkeit, das Jagdrecht, eine eigene Verwaltung, Ehrentitel, ein eigenes Wappen, das Recht Steuern zu erheben usw. Das Tüpfelchen auf dem i stellte die Größe der Besitzungen dar. Das Fürstentum Krotoszyn war mit über 25.000 Hektar der größte Großgrundbesitz im Großherzogtum Posen. Ungefähr die Hälfte der Fläche machten reiche

## 6. Fazit

Forsten und die andere Hälfte gute landwirtschaftliche Nutzflächen aus. Sie sollten eine rentable Rendite für das Haus Thurn und Taxis liefern. In 100 Jahren erwirtschafteten die Fürsten aus dem Fürstentum Krotoszyn insgesamt über 36 Millionen Mark an Reingewinn. Die Investition war auch im Vergleich zu den anderen fürstlichen Besitzungen äußerst gelungen.

Die Entwicklung dieser Besitzungen unterlag einem politischen, wirtschaftlichen sowie zeitlichen Wandel. Die fürstliche Gerichtsbarkeit erreichte ihre volle Blüte ebenso schnell wie sie im Jahre 1834 auch wieder verging. Das Gebiet des Fürstentums erfuhr mit der Zeit auch einige Veränderungen und betrug bei der Liquidation ca. 24.000 Hektar, was hauptsächlich auf die Geschäfte mit der Ansiedlungskommission zurückzuführen ist. Die meisten Privilegien der Standesherrn wie der von Thurn und Taxis wurden in Preußen bis zum Ende des 19. Jahrhunderts abgeschafft. Diese Entwicklungstendenzen vom Ende des Heiligen Römischen Reichs bis hin zu den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts wurden ausführlich im Kapitel über die Standesherrn beschrieben. Das Haus Thurn und Taxis besaß den Status und das damit verbundene Prestige dann nur noch rein nominell. Das Prestige speiste sich allerdings hauptsächlich aus der privilegierten Vergangenheit und dem für die meisten adeligen Standesherrn und sogar kleineren Landesherrn unerreichbarem Reichtum. Auch die enge Verknüpfung mit anderen Grundbesitzern und lokalen Eliten konservierte den Einfluss des zwar größtenteils entmachteten, aber dennoch sehr einflussreichen Adels. In Fürstentum Krotoszyn war dies insbesondere bei den fürstlichen Reisen sichtbar.

Die Geschichte des Fürstentums Krotoszyn kristallisierte sich als ein spannender Untersuchungsbereich heraus und lieferte zahlreiche Ansätze, die bei der Identifikation der Herrschaft hilfreich waren. Allein die Verwaltungsart und ihre Spezifik stellten ein interessantes Forschungsfeld dar und lieferten wertvolle Erkenntnisse, angefangen bei der Gründung des Fürstentums, über die Arbeitsweise, das Leben der Beamten, bis hin zur Wahrnehmung der fürstlichen Herrschaft in der Presse und der Reaktion auf Krisensituationen wie den Novemberaufstand im Jahre 1830/31 oder die nationale Problematik am Anfang des 20. Jahrhunderts. Die detaillierte Auseinandersetzung mit der Funktionsweise der Verwaltung half dabei die oft komplexen Entscheidungsprozesse, die sich im Fürstentum Krotoszyn in Zusammenarbeit mit der Zentrale in Regensburg abgespielt haben, wesentlich besser zu verstehen. Die Studie bestätigte auch den patrimonialen Charakter der fürstlichen Herrschaft, was sich beispielweise eben am Umgang mit den eigenen Beamten zeigte. Sie wurden großzügig behandelt. Wenn sie nicht mehr im Dienste des Fürsten standen und in Rente gingen, als alte und kranke Menschen, wurden sie in der Regel finanziell unterstützt. Die fürstliche Schirmherrschaft umfasste auch die Ehefrauen, Wit-

wen und Kinder der ehemaligen fürstlichen Bediensteten, wenn sie hilfsbedürftig, erwerbsunfähig oder minderjährig waren. Sogar Familien von Mitarbeitern, die das fürstliche Haus betrogen hatten, wurden jahrzehntelang finanziell unterstützt. Bis in die unglaublich schwierigen Zeiten des Zweiten Weltkrieges wurden die in Großpolen Verbliebenen überwiegend polnischen Mitarbeiter, die zuvor auf den fürstlichen Gütern im Fürstentum Krotoszyn gearbeitet hatten, finanziell unterstützt, indem ihre Renten weiter ausbezahlt wurden. Sie konnten sogar auf Rentenerhöhungen zählen, und dies trotz der Tatsache, dass der fürstliche Besitz seit 1927 in Polen völlig liquidiert wurde.

Die vorliegende mikrogeschichtliche Untersuchung hat gezeigt, dass die Analyse der historischen Details in den Quellen eine sehr fruchtbare Methode ist. Die Dynamik der einzelnen thematischen Forschungen stellte einerseits eine große Herausforderung dar, die andererseits jedoch diese Studie so bereichernd macht. Dadurch war es möglich in völlig neue Welten einzutauchen. Die Stiftung des Denkmals für die ersten polnischen Herrscher zeigte beispielsweise in der Nahaufnahme wie anders sich die Situation in den 1820er Jahren im Vergleich zu der Zeit nach 1831 gestaltete. Anhand der Entwicklungen innerhalb der Vereine wie der Schützengilden im Fürstentum Krotoszyn und anhand dessen, wie man seitens der fürstlichen Verwaltung und des Fürsten mit ihnen umgegangen ist, konnten wesentliche Teile der fürstlichen Herrschaft verortet und identifiziert werden. Geschenke, Bälle, Ehrensüsse, Paraden, Schützenkönigswürden, Medaillen für die Kette des Schützenkönigs mehrten das Prestige, aber auch die Ausgaben der fürstlichen Verwaltung bzw. des Fürsten von Thurn und Taxis. Die damit verbundenen Feste wie das Königsschießen können auch als Manifestation und Anerkennung der fürstlichen Herrschaft in der Region, seiner Position und Bedeutung gelten. Es war ein langfristig angelegtes Zusammenspiel zwischen Prestige und Funktionalität der fürstlichen Herrschaft im traditionellen Sinne. Die Analyse der Armenpflege zeigte die extremen Erscheinungen und offenbarte die Lage der Bevölkerung. Die Änderungen in Bezug auf die Rechtslage im Bereich der Armenpflege waren mit steigenden Ausgaben und Verpflichtungen für den Fürsten verbunden. Sie führten im Endeffekt jedoch zum Anwachsen der Sparmaßnahmen. Das Prestige rückte dabei in den Hintergrund. Es kristallisierten sich unterschiedliche Handlungsmuster heraus, von rechtlichen bis hin zu illegalen Kompromissen, die mit den beteiligten Parteien vereinbart wurden. Der Fürst griff oft zu freiwilligen Spenden für die Untertanen als Mittel der Hilfe im Namen des adeligen Wohltätigkeitsethos und des Prestiges des fürstlichen Hauses. Auch die Unterstützung der Gemeinden, in denen sich die fürstlichen Güter befanden, führte zur Verbesserung der Leistungsfähigkeit und Wirtschaftlichkeit der Gemeinden sowie der Besitzungen und damit de facto auch zu Verbesserung der Arbeitsbedingungen auf den Gütern selbst. Der Fürst unterstützte z.B. auch den Bau von Brunnen, eines Krankenhauses oder von Kleinkinderhei-



## 6. Fazit

men für die Mitarbeiter, was für die örtliche Bevölkerung in der Region von einem nicht zu unterschätzenden Wert war.

Auch der Umgang mit Abgebrannten und Gebäudeversicherungen, das Verhalten bei Bränden sowie bei der Förderung der Anschaffung von Feuerspritzen und nötigen Geräte kann man als verantwortungsvolles Handeln gegenüber den Bewohnern und den Arbeitskräften auf den fürstlichen Gütern verstehen. Fürstliche Geschenke zur „Aufmunterung“ waren eine beliebte Methode, die zur Aktivierung der Bevölkerung bei der Brandbekämpfung diente. Die fürstlichen Spenden und die Unterstützung basierten auf dem Subsidiaritätsprinzip. So beteiligte man sich zwar am Ankauf einer Feuerspritze, die Gemeinde musste aber einen bedeutenden Anteil der Kosten selbst tragen. Die Co-Finanzierung erfolgte oft unter der Bedingung, dass die fürstlichen Güter von der jeweiligen Anschaffung im Brandfall auch Gebrauch machen konnten. Finanziell gesehen, war das die günstigste Lösung für die fürstliche Verwaltung. Die Brandbekämpfung und Vorsorge war im Grunde genommen ein Zusammenspiel zwischen Sparmaßnahmen und Spenden. Hierin offenbarte sich auch eine Mischung aus traditionaler und legaler Herrschaft nach Weber. Dieses Muster wiederholte sich auch in vielen anderen Bereichen der fürstlichen Herrschaft wie etwa bei der bereits erwähnten Gestaltung der Armenpflege im Fürstentum Krotoszyn. Patrimoniale Züge der Herrschaft durchdrangen oft die effiziente bürokratische Herrschaft der fürstlichen Verwaltung, die nach ökonomischen Prinzipien handelte, wenn Prestige eine geringere Rolle spielte.

Die Betrachtung der fürstlichen Reisen stellt eine andere Welt im Vergleich zu der alltäglichen Praxis dar. Alles war exklusiver und prunkvoller. Paraden, Fackelzüge, Feuerwerke, Volksfeste, Theaterstücke, Jagd, Geschenke, Besuche der Kirchen und Güter, Dinners, Bälle, feierliche Empfänge, Huldigungen, Ehrentore, Kanonenschüsse, Wohltätigkeit, Spenden u.v.m. waren die wichtigsten Bestandteile der fürstlichen Reisen nach Krotoszyn. Die ersten zwei Reisen im Jahre 1820 und 1824 wurden besonders feierlich gestaltet. Die Übernahme der Besitzungen als Fürstentum Krotoszyn, feste Privilegien der Standesherrn sowie die exponierte Position des Hauses Thurn und Taxis im Großherzogtum Posen führten zur quasi landesherrschaftlichen Projektion der Vergangenheit auf die standesherrliche Gegenwart. Dieser Prunk wurde auch auf die nächste große fürstliche Reise im Jahre 1897 projiziert, die ebenfalls sehr glanz- und prunkvoll begangen wurde. Die Zeit ließ aber den Mangel an Privilegien erkennen. Die Position des Fürsten von Thurn und Taxis war in der Provinz Posen sehr hoch, allerdings war sie zu der Zeit im politisch-rechtlichen Sinne bereits auf den Status eines sehr einflussreichen Großgrundbesitzers reduziert. Nichtsdestotrotz hat man hier mit sehr ähnlichen Reiseabläufen und damit verbundenen Feierlichkeiten zu tun. Die darauffolgenden Reisen waren nie mehr so

## 6. Fazit

prunkvoll gestaltet wie die ersten drei. Hauptziel der späteren Reisen war die Jagd, und deren Ablauf ähnelte den übrigen Jagdaufenthalten der hochadeligen Gesellschaft zu der Zeit. Die Jagdreisen besaßen eher einen privaten Charakter und spielten sich weniger in der Öffentlichkeit ab. Dennoch gehörten Kirchenbesuche, Dinners und Empfänge der örtlichen Notabeln stets zum Programm der Reisen. Auch kam der Fürst weiterhin in Kontakt mit seinen Untertanen, wenn er z.B. durch die einzelnen Ortschaften fuhr. Fast schon zur Tradition gehörten dabei Mädchen und Frauen, die die Herrschaften mit Blumen bewarfen. Ebenso gehörten Geschenke für die Untertanen und Spenden für wohltätige Zwecke weiterhin dazu. Die letzten fürstlichen Reisen wurden durch den Ersten Weltkrieg überschattet und waren in erster Linie mit Inspektionen der Lazarette verbunden. Doch auch während der Inspektionen fand der Fürst die Zeit für einen Abstecher nach Krotoszyn, um dort für ein paar Tage auf die Jagd zu gehen. Er finanzierte jedoch zugleich unterschiedliche wohltätige Initiativen, darunter ein Reservelazarett für Verwundete in Krotoszyn.

Mit dem Ende des Ersten Weltkrieges kam auch das Ende des Fürstentums Krotoszyn. Die seit der zweiten polnischen Teilung im Jahre 1793 an das Königreich Preußen gefallene Provinz Posen vel Großpolen wurde größtenteils Ende 1918 und Anfang 1919 durch die polnischen Aufständischen zurückerobert und allmählich in den unabhängigen polnischen Staat integriert. Am 27. Juli 1919 wurden die fürstlichen Besitzungen der polnischen Zwangsverwaltung unterstellt und am 24. Juni 1927 fand de facto die Liquidation des Fürstentums sowie die Übernahme aller fürstlicher Güter durch den polnischen Staat statt. Die fürstlichen Klagen gegen die Zweite Polnische Republik, bei denen es um die Höhe der Entschädigung und Steuerbelastungen ging, führten nur teilweise zum Erfolg. Die Entschädigungssumme war nicht unbedeutend, aber auch nicht riesig. Sie entsprach jedoch weder dem tatsächlichen Wert der fürstlichen Besitzungen noch den fürstlichen Erwartungen.

Die fürstliche Herrschaft im Fürstentum Krotoszyn dauerte über 100 Jahre. Sie fiel in die Zeit der raschen Industrialisierung und Entwicklung der Bürgergesellschaft in Preußen. In dieser Zeit, zwischen 1819 und 1919, fanden zahlreiche rechtlich-politische Umbrüche sowohl für den Adel als auch für die deutsche und polnische Bevölkerung statt. Gerade da existierte im polnisch geprägten Umfeld eine besondere Art des fürstlichen Besitzes in Großpolen, das Fürstentum Krotoszyn. Die vorliegende Arbeit hatte die Darstellung seiner Geschichte in dem genannten Kontext und die Erforschung der fürstlichen Herrschaftsart zum Ziel.

## 7. Ausblick

Die vorliegende Arbeit stellt eine Pionierstudie dar. Zum ersten Mal wurde die Herrschaft von Thurn und Taxis hierin durch einen Historiker systematisch betrachtet und analysiert. Die Studie bietet ein spannendes Stück der Geschichte der Standesherrn und des Hochadeligen Hauses Thurn und Taxis, aber auch eines Teils der deutsch-polnischen Geschichte und der gegenseitigen Beziehungen. Selbstverständlich konnten nicht alle Aspekte der fürstlichen Herrschaft im Fürstentum Krotoszyn in dieser Untersuchung auf Grund des sehr umfangreichen Quellenmaterials berücksichtigt und identifiziert werden. Es gibt noch zahlreiche Bereiche, die unerforscht bleiben wie beispielsweise die fürstlichen Patronate über Kirchen und Schulen. Auch wirtschaftliche Aspekte wie die Bewirtschaftung der fürstlichen Güter durch die Pächter, die fürstliche Wirtschaftsweise im Bereich der Landwirtschaft und der Forste, die fürstliche Rolle bei der Entwicklung von Eisenbahn in der Region bedürften einer separaten Betrachtung. Auch die Untersuchung der durchgeführten Bauernbefreiung auf den fürstlichen Gütern oder der Umgang mit den deutschen Kolonisten könnte möglicherweise fruchtbar sein, eben wie die Analyse der fürstlichen Betriebszweige wie Ziegeleien, Mühlen, Tierzucht, Obstanbau, Fischwirtschaft, Brenn- und Brauereien. Die nähere Analyse der Personalakten hat wertvolle und detaillierte Erkenntnisse über die Arbeit, das Leben und den Alltag der fürstlichen Beamten geliefert. Nahezu zu jedem fürstlichen Diener, der länger im fürstlichen Diensten stand, gibt es zahlreiche und bisher nicht untersuchte Personalakten, die auf motivierte Historiker warten, natürlich nicht nur im Bereich der fürstlichen Besitzungen in Polen. Ein weiteres sehr spannendes und noch unerforschtes Forschungsfeld ist sowohl die Frage nach der Integration und Assimilation der Polen, seien es fürstliche Beamte, Arbeiter oder die örtliche Bevölkerung im deutschen Umfeld im Fürstentum Krotoszyn unter der Herrschaft von Thurn und Taxis als auch der Deutschen am Beispiel der Pächter, fürstlichen Beamten oder Kolonisten in der durch die Polen dominierten Region. All diese Fragen und Themen konnten nicht in Rahmen dieser Untersuchung ausführlich behandelt werden und bieten deshalb ein spannendes, entdeckungsreiches Feld für zukünftige historische Forschung.

Die vorliegende Studie erhebt somit nicht den Anspruch auf Vollständigkeit, sondern möchte einen kleinen Beitrag zur Erforschung des Fürstentums Krotoszyn und der Herrschaft der Fürsten von Thurn und Taxis in diesem Raum liefern. Die untersuchten Bereiche der fürstlichen Herrschaft in den fürstlichen Besitzungen identifizierten Tendenzen sowie Überschneidungen mit Herrschaftsarten, zwischen denen sich die fürstliche Herrschaft bewegte. Ein idealer Herrschaftstyp nach Weber existiert in Wirklichkeit schließ-

lich nicht. Vielmehr handelt es sich um diffuse Herrschaftsarten, die in verschiedenen Anteilen und stets in Mischformen vorkamen; zeitlich und thematisch abhängig. Deshalb gilt meine Forschung vielmehr als Ansporn zu weiteren Studien und sie hatte nicht zum Ziel das Thema, insbesondere als eine Mikrostudie, auszuschöpfen. Eine breitere Untersuchung hätte sicherlich zur Rudimentarisierung des Themas geführt. Wurde jedoch das Ziel der Identifizierung der Herrschaftsart erreicht? Auf jeden Fall kam es zur Konkretisierung und genauen Verortung des Spielraums einzelner Handlungsarten, die entsprechend der Herrschaftstypologie nach Weber eingeordnet und klassifiziert werden konnten.

Die ältere Geschichtsschreibung betrachtete die Geschichte der Provinz Posen überwiegend aus der politisch-nationalen Perspektive. Insbesondere die nationalen Auseinandersetzungen und der Kampf der Polen um ihre nationale Substanz und Unabhängigkeit in der Teilungszeit standen da im Fokus. Beeinflusst wurde die Sicht von wichtigen Ereignissen wie Aufständen, der Haltung der preußischen und polnischen Eliten und wichtiger Persönlichkeiten zur polnischen Frage und den damit verbundenen demographischen, wirtschaftlichen Entwicklungen oder Aspekten etwa in der Bildungs- oder Kirchenpolitik gegenüber Polen. Der allgemeine Kontext war aber nötig für die Einordnung des Fürstentums Krotoszyn auf der Makroskala der Geschichte Großpolens, um die großen Unterschiede auf der Mikroskala der Geschichte in den fürstlichen Besitzungen und dennoch manche politisch-wirtschaftlich-nationalen Zusammenhänge zu betonen, die sich von den polnischen Teilungen bis zum Ende des Ersten Weltkrieges abgespielt und zwangsläufig auch gewissen Einfluss auf die Situation im Fürstentum Krotoszyn hatten.

Die neuere und insbesondere neueste Forschung beschäftigt sich mit spezifischen Themenfeldern. Sie präsentiert die Gesellschaft in der Provinz Posen und das deutsch-polnische Zusammenleben differenzierter und verzichtet zunehmend auf eine schwarz-weiß Darstellung. Die Forschung baut auf detaillierten Untersuchungen zu den einzelnen Kreisen oder Regionen in der Provinz Posen oder spezifischen Themen wie etwa die Schulpolitik auf.<sup>3419</sup> Auch meine Studie trägt dazu bei, das Bild der deutsch-polnischen

---

<sup>3419</sup> Vgl. **BORODZIEJ**, Włodzimierz, **GÓRNY**, Maciej: *Nasza wojna*, Bd. I: Imperia 1912–1916, Warszawa 2014, **ESER**, Ingo: "Volk, Staat, Gott!" Die deutsche Minderheit in Polen und ihr Schulwesen 1918–1939, in: Veröffentlichungen des Nordost-Instituts, Bd. 15, Wiesbaden 2010, **KAUFFMAN**, Jesse: *Elusive Alliance. The German Occupation of Poland in World War I*, London 2015, **LORENZ**, Torsten: *Von Birnbaum nach Międzychód. Bürgergesellschaft und Nationalitätenkampf in Großpolen bis zum Zweiten Weltkrieg*, in: **SCHULTZ**, Helga, **MÜLLER** Uwe (Hg.), *Frankfurter Studien zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte Ostmitteleuropas*, Bd. 10, Berlin 2005, **NIENDORF**, Mathias: *Minderheiten an der Grenze. Deutsche und Polen in den Kreisen Flatow (Złotów) und Zempelburg (Śępólno Krajeńskie) 1900–1939*, in: Deutsches Historisches Institut Warschau. Quellen und Schriften, Bd. 6, Wiesbaden 1997, **SIERAKOWSKA**, Katarzyna: *Śmierć – Wygnanie – Głód w dokumentach osobistych. Ziemia polskie w latach Wielkiej Wojny 1914–1918*, Warszawa 2015.

## 7. Ausblick

Beziehungen im Fürstentum Krotoszyn in der Provinz Posen differenzierter zu sehen und unterscheidet sich von der stereotypisierten deutsch-polnischen Geschichtsschreibung. Dies liegt zum einen an der mikrogeschichtlichen Methode, zum anderen an dem sehr umfangreichen Quellenmaterial, das eine intensive Recherche ermöglichte. Ein wichtiger Faktor ist auch die besondere Stellung der Fürsten von Thurn und Taxis in der adeligen Welt und in Preußen. Außerdem wäre man ohne die gehobene Stellung des Fürstentums Krotoszyn in der Provinz Posen sicherlich auf eine kleinere Anzahl der damit verbundenen Besonderheiten gestoßen. Die Fürsten von Thurn und Taxis waren die wichtigsten Standesherrn in der Provinz Posen und traten mit ihrer Verwaltung als ein scheinbar unabhängiger Akteur auf, der zwischen der Bevölkerung und dem preußischen Staat stand und nicht selten andere Interessen vertrat.

Es war, wie es in meiner Studie bildlich dargestellt wurde, eine Suche nach einem Kompromiss zwischen dem polnischen und deutschen Bevölkerungsanteil, dem preußischen Staat und den fürstlichen Interessen. In den von mir detailliert beschriebenen Einzelfällen, bei den konkreten Themenbereichen, konnte man deutlich sehen, wie unterschiedlich der Gesamtkontext in der Provinz Posen sein konnte, insbesondere, wenn man den Alltag betrachtet. Es kam insgesamt zur Abmilderung der Konflikte auf Grund der Rolle der Fürsten von Thurn und Taxis als Mediatisierte. Das Haus Thurn und Taxis stellte sich oft als Mittler zwischen der preußischen Verwaltung und der polnischen Bevölkerungsmehrheit dar. Dadurch war es möglich, die Makrogeschichtsschreibung, die insbesondere auf das Verhältnis zwischen dem preußischen Staat und polnischen Nationalbewegung fixiert ist, durch Mikrogeschichte zu verifizieren und zugleich zu korrigieren. Hier geht es vor allem um die Tatsache, dass regionale Akteure die Herrschaft mitgestalteten und diese Mitgestaltung anders sein konnte als das Gesamtbild in der Geschichtsschreibung. Letztendlich waren es nicht selten die Lebensumstände, die in ihrem situativen Gefüge steckten.

Allerdings lässt sich nicht klar festhalten, inwieweit dies von dem Gesamtbild der Forschungen zu der Provinz Posen abweicht. Dies wird erst möglich, wenn zu jedem Kreis und Forschungsfeld in der Provinz Posen Studien entstehen werden, was jedoch sicherlich Jahrzehnte dauern wird. Meine Arbeit hat jedoch dank der mikrogeschichtlichen Untersuchung gezeigt, dass sich zahlreiche Beispiele finden lassen, wo die deutsch-polnische Beziehungen in dieser Zeit auch in ihren positiven Aspekten vortreten. Meine Analyse machte auch deutlich, dass die Herrschaft von Thurn und Taxis auch anderen Prinzipien huldigte. Somit war es möglich diese Besonderheiten zu identifizieren, die das Gesamtbild der Provinz Posen im 19. und 20. Jahrhundert um einiges vielschichtiger er-

### *7. Ausblick*

scheinen lassen. Meine Studie leistet deshalb einen Beitrag zu einer differenzierteren Sichtweise der deutsch-polnischen Beziehungen.

## Quellen

### Fürst Thurn und Taxis Zentralarchiv (FTTZA)

#### *Domänen Kammer (DK)*

FTTZA, DK 7653: Den Fürstenthums Gerichts Secretair und Calculator Kosmalski dessen Dienstentlassung und Unterstützungs Gesuche, 1824–1850.

FTTZA, DK 7660: Die Fürstenthums-Executoren betr. 1824–1832.

FTTZA, DK 7666: Aufnahme der Kanzeley Applicanten, 1821–1830.

FTTZA, DK 7675: Die Organisation der fürstlichen Gerichtshöfe im Fürstenthum, die dabei gepflogener Unterhandlungen und das ernannte Gerichtspersonale betr., 1819–1824.

FTTZA, DK 7699/2: Das von L. Raschkow eingesendete verdeutschte Gedicht, welches während der Anwesenheit Seiner Durchlaucht in der Synagoge vorgetragen worden, 1820.

FTTZA, DK 8389: Die Hindernisse bei Anwendung der Fürstenthums-Farbe auf den Grenzpfählen.

FTTZA, DK 8393: Berichte über die politische Ereignisse daselbst und über die allgemeine Verarmung. Cholera morbus, 1830.

FTTZA, DK 8394: Die Ernennung des Herrn Flottwell zum Oberpräsidenten des Großherzogthums Posen betr.

FTTZA, DK 8419: Die Anstände wegen der Benennung der fürstlichen Verwaltungsbehörde, die Bestimmung, der Firma Rentkammer und die öffentliche Bekanntmachung dieser Verwaltungsstelle, 1819.

FTTZA, DK 8421: Geschäfts Antritt der dortiger Domainen Kamer, und die Vorlegung eines Registratur-Plans als Geschäfts-Uebersicht, Übernahme der Verwaltung, 1819.

FTTZA, DK 8422: Die Uebertragung der Oberverwaltung des Fürstenthums an die fürstliche Domainen-Oberadministration mittels höchsten Rescript nebst mitgetheilten Auszügen und Notizen aus den Commissionsverhandlungen und den Instructionen an die fürstliche Rentkammer, 1821.

FTTZA, DK 8423: Die Constituirung der Rentkammer des nun erworbenen Fürstenthums Krotoszyn und die für dieselbe entworfene Instruction über die Geschäftsführung, 1821.

FTTZA, DK 8430: Die Legitimation der Rentkammer bei dem Fürstenthumsgericht zu Führung der Rechtsstreite für das fürstliche Domainen. Sowie nach die Führung der Processe bei auswärtigen Gerichten und diesfallige Reisen, 1822.

FTTZA, DK 8441: Krotoszyn Forstorganisation. Die Dienstes Instruction für das Forstpersonale betr. 1822.

FTTZA, DK 8463: Beschwerden der Rentkammer über dem Herrn Forstmeister Hegel wegen dessen Nachlässigkeiten im Kanzleydienste, dessen Entlassung, und die Anstellung des Hr. Hinkeldey als Forstmeister, item. Unterstützung der Wittwe des vormaligen Forstmeisters Hegel. Betr. Hegel.

FTTZA, DK 8474: Die Verwandlung der Forststrafgelder in Forststrafarbeit betr. 1824.

FTTZA, DK 8475: Ankauf des Garczynskischen Hauses zur Unterbringung des Fürstenthums Gerichte, 1820.

FTTZA, DK 8594: Den die Stadt Krotoszyn betroffenen großen Brand, 1827.

FTTZA, DK 8595: Polizeisachen. Privilegien der Schützengesellschaft zu Krotoszyn und die nachgesuchte Bestätigung derselben, 1820.

FTTZA, DK 8596: Gerechtsame der Schützengilde zu Rozdrazewo, und Bestätigung derselben.

FTTZA, DK 8599: Polizeisachen. Den Herrschaftlichen Beytrag zu dem, dem Miecislaus I und seinem Sohne Boleslaus Chrobry zu setzenden Denkmale.

*Fürst Thurn und Taxis Zentralarchiv (FTTZA)*

- FTTZA, DK 8600: Polizeisachen. Das Gesuch der hiesigen Schützengilde um einen neuen Schießhauses in Krotoszyn betreffend, 1839.
- FTTZA, DK 8604: Das Geschenk des Fürsten zum Festschießen der Schützengesellschaft zu Krotoschin, 1856.
- FTTZA, DK 19989: Die Erwerbung des Fürstenthums Krotoszyn, 1819.
- FTTZA, DK 19990: Die statistische Tabelle vom Fürstenthum Krotoszyn.
- FTTZA, DK 19999: Die Einladungen Sr. Durchlaucht zum Landtage u. desfalls getroffenen Verfügungen ebenso die Vertretung bei den Kreistagen, Vol. I, 1826–1894.
- FTTZA, DK 20000: Das Lehensverhältnis des Fürstenthums Krotoszyn, Lehnemuthung.
- FTTZA, DK 20012: Die politischen Verhältnisse. Beanstandung polnischer Adressirung, Vol. I.
- FTTZA, DK 20013: Die politische Verhältnisse, Vol. II.
- FTTZA, DK 20014: Die neue Kreisordnung in der Provinz Posen und Pommern, Fürstliche Rentkammer. Bezeichnung der neuzubildenden Gutsbezirke im Fürstenthum Krotoschin.
- FTTZA, DK 20017: Dienstantritt des neuen Oberpräsidenten der Provinz Posen und Bewirtung desselben.
- FTTZA, DK 20018: Die Einladungen seiner Durchlaucht zu den Kreis- und Landtagen der Provinz Posen und die Vertretung derselben, Vol. II, ab 1895.
- FTTZA, DK 20020: Die Lostrauung vom Großherzogtum Posen.
- FTTZA, DK 20021: Militair Einquartierung. Die Quartierstragung im Schloße zu Krotoszyn bet. 1831.
- FTTZA, DK 20090: Die Abtretung eines Theiles des Thronlehens Fürstenthum Krotoschin gehörigen Domänenbesitzes an die Kgl. Ansiedlungs-Kommission.
- FTTZA, DK 20091: Liquidation des fürstlichen Besitzes.
- FTTZA, DK 20093: Die Organisation der Rentkammer zu Krotoszyn, dann die Extradition an den neuen Beamten, 1833.
- FTTZA, DK 20112: Angriffe der Presse auf die fürstl. Verwaltung, 1863.
- FTTZA, DK 20113: Tableau der statistischen Verhältnisse.
- FTTZA, DK 20125: Qualifications Tabellen. Qualifikations Tabelle sämtlicher Fürstlichen Beamten bey dem Fürstlichen Amte der Rentkammer des Fürstenthums Krotoszyn im Großherzogthum Posen.
- FTTZA, DK 20126: Personale im Allgemeinen. Die Personal Verhältnisse bei der fürstlichen Rentkammer.
- FTTZA, DK 20127: Vollmacht für den Rentkammer Verwalter Ankelein, Blanquart. Vollmacht für den Rentkammer Vorstand Czekonski, für den Justiz und Domainen Rath Koeckenberger, für den Forstmeister Eigner.
- FTTZA, DK 20143: Die fürstl. Patronatspfünde betr. 1873.
- FTTZA, DK 20205: Klage der Kirchen und Pfarrgemeinde Sulmierzyce gegen Seine Durchlaucht den Herrn Fürsten wegen Baumaterialien.
- FTTZA, DK 20206: Die Probstei Sulmierzyce. Cultusbauwesen und Besetzung der Probstei Vol. II.
- FTTZA, DK 20250: Instrucion für die Verwaltung der Forste des Fürstenthums Krotoszyn vom Jahre 1826.
- FTTZA, DK 20269: Die Schädigung des Aufsehens der fürstlichen Verwaltung durch die Presse, 1897.
- FTTZA, DK 20310: Die Abhaltung von Hofjagden im Fürstenthum Krotoszyn und Einladungen zu Jagden.
- FTTZA, DK 20318: Die Waldbrände, 1824–1926.



### *Fürst Thurn und Taxis Zentralarchiv (FTTZA)*

FTTZA, DK 20350: Das Verwaltungs-Streitverfahren, 1890. Bericht der Fürstlichen Rentkammer, das Verwaltungsstreitverfahren betreffend.

FTTZA, DK 20509: Die Behandlung der ehemal. Starosteilichen Privilegien, welche nach der Hand die höhere Genehmigung nicht erhalten haben, 1825.

FTTZA, DK 20514: Die Regulierung der gutsherrlichen und bäuerlichen Verhältnisse im Fürstentum, 1820–1833–1836.

FTTZA, DK 20621: Die Entschädigungsansprüche in Folge der Aufhebung der gewerblichen und persönlichen Abgaben, dann des Zwangs und Bauerngerechtigkeiten.

FTTZA, DK 20705: Klage gegen die königlich preußische Regierung zu Posen wegen Unterhaltung der Landstrassen und der sie verbindenden Brücken im Fürstenthum Krotoszyn, 1886.

FTTZA, DK 20715: Das Brandunglück zu Swieca 1836–1837.

FTTZA, DK 20717: Brandunglück in der Stadt Krotoszyn und Unterstützung der Abgebrannten, Schloss Krotoszyn.

FTTZA, DK 20718: Das Brand-Unglück zu Rozdrazewo und die Unterstützung der Abgebrannten.

FTTZA, DK 20719: Anzeige von Bränden, 1862–1927.

FTTZA, DK 20725: Armenpflege im Fürstenthum Krotoszyn.

FTTZA, DK 20727: Die von dem Fürstenthumsgericht zu Krotoszyn unternommene Bildung eines Armenunterstützungsfonds.

FTTZA, DK 20736: Krotoszyn Polizeisachen. Streitsache des Ortsarmen Verbandes der Stadt Krotoszyn gegen den Ortsarmen Verband des fürstlichen Schloßbezirkes Krotoszyn, Schloss Krotoszyn 29. Januar 1872.

FTTZA, DK 20739: Gesuche von Gemeinden, Vereinen, Corporationen, Vol. I.

FTTZA, DK 20740: Gesuche von Gemeinden, Vereinen, Corporationen, Vol. II.

FTTZA, DK 21327: Liquidation Krotoschin Vol: XI ab 1.I.1938 – 22.II.1939.

FTTZA, DK 21355: Krotoschin Kartenskizzen.

FTTZA, DK 21356: Photos des maisons d'habitation et d'exploitation adhérentes à la propriété de Krotoszyn.

FTTZA, DK 21382: Daten zur Geschichte des Fürstentum Krotoschin. Materialsammlung des fürstlichen Finanzrats Münderlein.

FTTZA, DK 21373: Krotoschin. Übernahmeprotokoll vom 21.06.1927 in deutscher Übersetzung mit 58 polnischen Anlagen.

FTTZA, DK 21437: Liquidierung des Fürstentums Krotoschin. Ansprüche auf Rückzahlung der bei der Liquidation durch die Polnische Regierung erhobenen Lehensgebühr, 1927–1938.

FTTZA, DK 21438: Liquidierung des Fürstentums Krotoschin. Darstellung über die Zinsansprüche des Fürsten Thurn und Taxis wegen verspäteter Zahlung der Liquidationsentschädigung, 1927–1937.

FTTZA, DK 21439: Liquidierung des Fürstentums Krotoschin. Anspruch auf Rückerstattung des nach dem Polnischen Gesetz vom 24. März 1933 niedergeschlagenen Teils der Vermögensteuer, 1927–1938.

FTTZA, DK 88/113: Rechtsverhältnisse der f. Beamten in Posen (Krotoschin). Vol. II, 1927.

### *Ehrenbezeugungen (EB)*

FTTZA, EB 41: Glückwünsche der Förster des Fürstentum Krotoschin zum Regierungsantritt vom Fürst Maximilian Maria, Krotoschin 24. Juni 1883.

FTTZA, EB 55: Dank für die Unterstützung der Pächter im Fürstentum Krotoschin in einer Notlage, Krotoschin 28. April 1884.

### *Fürst Thurn und Taxis Zentralarchiv (FTTZA)*

FTTZA, EB 372: Fotoalbum „Reservelazarett im Kgl. Lehrerseminar zu Krotoschin“, Krotoschin 13. Januar 1915.

FTTZA, EB 380: Glückwünsche der Fürstlichen Beamten, Pächter und Bediensteten im Fürstentum Krotoschin zum Regierungsantritt des Fürsten Maximilian Maria von Thurn und Taxis, Schloß Krotoschin Juni 1883.

FTTZA, EB 495: Übergabe der Krotoschiner Stadtschlüssel an den Fürsten Karl Alexander, 1820.

FTTZA, EB 496: Willkommensgruß der Witwe Abbt aus Krotoszyn, Krotoszyn 11. Juli 1820.

FTTZA, EB 552: Das Gedicht in Deutsch und Hebräisch, dass von der israelitischen Gemeinde Krotoschin an den Fürsten Carl Alexander bei seiner Ankunft in Krotoschin übergeben wurde, Krotoschin 11. Juli 1820.

### *Generalkasse-Rechnungen (GR)*

FTTZA, GR 86a: Rechnung über Einnahmen u. Ausgaben der fürstlich Thurn und Taxischen Ober-Einnahmery vom Jahre 1819.

FTTZA, GR 87: Rechnung über Einnahmen u. Ausgaben der fürstlich Thurn und Taxischen Ober-Einnahmery vom Jahre 1820.

FTTZA, GR 89: Rechnung über Einnahmen u. Ausgaben der fürstlich thurn und taxischen Ober-Einnahmery vom Jahre 1822.

FTTZA, GR 92: Rechnung über Einnahmen u. Ausgaben der fürstlich Thurn und Taxischen Ober-Einnahmery zu Regensburg vom Jahre 1825.

FTTZA, GR 93: Rechnung über Einnahmen u. Ausgaben der fürstlich Thurn und Taxischen Ober-Einnahmery zu Regensburg vom Jahre 1826.

FTTZA, GR 94: Rechnung über Einnahmen u. Ausgaben der fürstlich thurn und taxischen Ober-Einnahmery zu Regensburg vom Jahre 1827.

FTTZA, GR 95: Rechnung über Einnahmen u. Ausgaben der fürstlich thurn und taxischen Ober-Einnahmery zu Regensburg vom Jahre 1828.

FTTZA, GR 96: Rechnung über Einnahmen u. Ausgaben der fürstlich thurn und taxischen Ober-Einnahmery zu Regensburg vom Jahre 1829.

FTTZA, GR 98: Hauptrechnung der Fürstlich Thurn und Taxischen Obereinnahmery für das Etats Jahr 1830/31.

FTTZA, GR 100: Hauptrechnung der Fürstlich Thurn und Taxischen Obereinnahmery für das Etats Jahr 1832/33.

FTTZA, GR 110: Hauptrechnung der Fürstlich Thurn und Taxischen Obereinnahmery für das Etats Jahr 1835/36.

FTTZA, GR 118: Hauptrechnung der Fürstlich Thurn und Taxischen Obereinnahmery für das Etats Jahr 1839/40.

FTTZA, GR 119: Hauptrechnung der Fürstlich Thurn und Taxischen Obereinnahmery für das Etats Jahr 1841/42.

FTTZA, GR 130: Hauptrechnung der Fürstlich Thurn und Taxischen Obereinnahmery für das Etats Jahr 1845/46.

FTTZA, GR 132: Hauptrechnung der Fürstlich Thurn und Taxischen Obereinnahmery für das Etats Jahr 1847/48.

FTTZA, GR 133: Hauptrechnung der Fürstlich Thurn und Taxischen Obereinnahmery für das Etats Jahr 1848/49.

FTTZA, GR 135: Hauptrechnung der Fürstlichen Obereinnahmery für das Etats Jahr 1850/51.

FTTZA, GR 140: Hauptrechnung der Fürstlichen Obereinnahmery für das Etats Jahr 1855/56.

FTTZA, GR 145: Hauptrechnung der Fürstlichen Obereinnahmery für das Etats Jahr 1860/61.

### *Fürst Thurn und Taxis Zentralarchiv (FTTZA)*

FTTZA, GR 150: Hauptrechnung der Fürstlichen Obereinnehmerey für das Etats Jahr 1865/66.  
FTTZA, GR 155: Hauptrechnung der Fürstlichen Obereinnehmerey für das Etats Jahr 1870/71.  
FTTZA, GR 160: Hauptrechnung der Fürstlichen Obereinnehmerey für das Etats Jahr 1875/76.  
FTTZA, GR 165: Hauptrechnung der Fürstlichen Obereinnehmerey für das Etats Jahr 1880/81.  
FTTZA, GR 170: Hauptrechnung der Fürstlichen Obereinnehmerey für das Etats Jahr 1885/86.  
FTTZA, GR 175: Hauptrechnung der Fürstlichen Obereinnehmerey für das Etats Jahr 1890/91.  
FTTZA, GR 180: Hauptrechnung der Fürstlichen Obereinnehmerey für das Etats Jahr 1895/96.  
FTTZA, GR 185: Hauptrechnung der Fürstlichen Obereinnehmerey für das Etats Jahr 1900/01.  
FTTZA, GR 190: Hauptrechnung der Fürstlichen Obereinnehmerey für das Etats Jahr 1905/06.  
FTTZA, GR 195: Hauptrechnung der Fürstlichen Obereinnehmerey für das Etats Jahr 1910/11.  
FTTZA, GR 198: Hauptrechnung der Fürstlichen Obereinnehmerey für das Etats Jahr 1913/14.  
FTTZA, GR 200: Hauptrechnung der Fürstlichen Obereinnehmerey für das Etats Jahr 1915/16.  
FTTZA, GR 201: Hauptrechnung der Fürstlichen Obereinnehmerey für das Etats Jahr 1916/17.  
FTTZA, GR 202: Hauptrechnung der Fürstlichen Obereinnehmerey für das Etats Jahr 1917/18.  
FTTZA, GR 204: Hauptrechnung der Fürstlichen Obereinnehmerey für das Etats Jahr 1919/20.

### *Generalkasse (GK)*

FTTZA, GK 499: Liquidation der fürstl. Rentkammer Krotoschin (Fürstentum).  
FTTZA, GK 595: Ablieferungen der Rentkammer Krotoszyn an Ablösungs-Capitalien, 1860.  
FTTZA, GK 682: Zusammenstellung der Grundstocks-Einnahmen und Ausgaben.  
FTTZA, GK 983: Devisenbewirtschaftung Krotoschin. Ab 1934.

### *Hofmarschallamt (HMA)*

FTTZA, HMA 23: Extrakt aus der statistisch-topographischen Beschreibung der f. Domänen, angelegt durch Kleinschmidt.  
FTTZA, HMA 185: Reiserechnungen. Reise des Fürsten von Franzensbad nach Krotoschin, zurück über Frankfurt nach Taxis, 1820.  
FTTZA, HMA 195/1: Rechnungen über die Reise der Hochfürstlichen Herrschaften von Regensburg nach Carlsbad, Mecklenburg, Krotoszyn, Chraustowitz im Jahre 1824.  
FTTZA, HMA 264: Aufenthalt der höchsten Herrschaften in Krotoschin, 1897.  
FTTZA, HMA 270: Reise nach Ungarn und Krotoschin im September 1899.  
FTTZA, HMA 1789: Reise Sr. Hochfürstlichen Durchlaucht nach Krotoschin im Herbst, 1901–1905 und 1907–1911.  
FTTZA, HMA 1808: Krotoschin 1911.  
FTTZA, HMA 1812: Reisen. Krotoschin, 1913–1918.  
FTTZA, HMA 1861: Kriegsausbruch 1914. Der Europäische Krieg. 1914–1917.  
FTTZA, HMA 1862: Kriegsausbruch 1914. Der Europäische Krieg. Ab 1918.

### *Immediatbüro (IB)*

FTTZA, IB 1227: Anfertigung von Tableau über die statistischen und staatsrechtlichen Verhältnisse der fürstlichen Besitzungen, Vol. 1, 1828–1867.

*Fürst Thurn und Taxis Zentralarchiv (FTTZA)*

FTTZA, IB 1228: Tableaus über die statistischen und staatsrechtlichen Verhältnisse der fürstlichen Besitzungen, Vol. 2.

FTTZA, IB 1326: Ablösung der Reallasten in spe k. preuß. Gesetz v. 2. März 1850. Die Ablösung der Reallasten und dessen Rückwirkung auf das Fürstenthum Krotoszyn betr. Vol. I.

FTTZA, IB 1335: Abschriften der Lehenbriefe über das Fürstenthum Krotoszyn betr.

FTTZA, IB 1336: Ableben Sr. Majestät des Königs Friedrich Wilhelm III. und dadurch veranlaßte Erbhuldigung Sr. Majestät des Königs Wilhelm I. sowie die Lehensmutung und Belehnung des Fürsten von Thurn und Taxis mit dem Fürstenthum Krotoschin.

FTTZA, IB 1337: Das Ableben Sr. Majestät des Königs Friedrich Wilhelm IV. von Preußen und die dadurch veranlaßte Erbhuldigung des Königs Wilhelm I. sowie die Lehensmutung und Belehnung des Fürsten von Thurn und Taxis mit dem Fürstenthum Krotoschin, ferner Lehenserneuerung für Seine Durchlaucht Fürsten Maximilian Maria Lamoral von Thurn und Taxis für S.D. den Fürsten Albert Maria Lamoral von Thurn und Taxis.

FTTZA, IB 1341: Abschrift des Vertrags mit der Krone Preussen wegen der Zurückgabe der Krotoschiner Gerichtsbarkeit, Berlin 20. März 1834. Raificiert Berlin den 26. März 1834.

FTTZA, IB 1707: Organisation des gesamten Forstwesens im Fürstenthum 1824–1837, Vol. I.

FTTZA, IB 1727: Den gegen den k. preuß. Fiscus zu erhebenden Anspruch wegen Aufhebung der Jagdgerechtigkeit auf fremden Grundstücken betr.

FTTZA, IB 2603: Das fürstl. Schloß daselbst betr. Bauwesen und Meublierung, 1821–1871.

FTTZA, IB 2606: Zuteilung des Schloßes Krotoszyn zum Ressort des f. Oeconomie-Commihision und Visitation der Schloßverwaltung bet. Auflösung der Schlößerverwaltung und Ueberweisung an die f. Dom. Ob. Adm. April 1829–1848.

FTTZA, IB 2607: Einquartierung im fürstl. Schloß zu Krotoszyn betr. – Bewirtungskosten, Festlichkeiten, 1831–1870.

FTTZA, IB 2647: Das Armenwesen im Fürstenthum Krotoszyn.

FTTZA, IB 2655: Bau eines neuen Schießhauses und der diesseitigen Beytrag bet. Die Schützen-gilde daselbst.

FTTZA, IB 2656: Brandunglücke, 1839–1881.

FTTZA, IB 2659: Anschaffung von Feuerlöschgerätschaften betr. Bau von Feuerspritzenhäuser betr. Beiträge an Feuerwehren.

FTTZA, IB 2660: Kreiskommunalbeiträge für die Korrekptionsanstalt in Kosten- und die Irrenanstalt in Owinsk; Armenunterhaltungs- und Baukostenbeiträge im Fürstenthum Krotoszyn, 1844–1880.

FTTZA, IB 2467: Die Erwerbung des adeligen Gutes Chwaliszewo.

FTTZA, IB 2468: Erwerbung des adeligen Gutes Glogowo.

FTTZA, IB 2473: Jahresberichte über den Geschäftsgang des Fürstenthumsgerichts. Conduitenliste über die Beamten der Fürstl. Thurn und Taxis'schen Gerichte in Krotoszyn.

FTTZA, IB 2474: Gerichtsbarkeit über die Allodialgüter Glogowo und Chwaliszewo, 1825–1833.

FTTZA, IB 2477: Übernahme der Verwaltung, 1819–1842.

FTTZA, IB 2478: Empfehlungsschreiben an den jeweiligen Oberpräsidenten im Großherzogtum Posen wegen des Fürstenthum Krotoszyn, 1825–1831.

FTTZA, IB 2481: Statistische Verhältnisse des Fürstentums, 1825–1842.

FTTZA, IB 2486: Neuere Organisation der Rentkammer und Personalbesetzung btr. Vol.: I. Dez. 1847–1855 Febr.

FTTZA, IB 2487: Neuere Organisation der Rentkammer und Personalbesetzung, Vol. II, 1855–1881.

### *Fürst Thurn und Taxis Zentralarchiv (FTTZA)*

FTTZA, IB 2942: Grundstocksveränderungen durch Renten- Zu- und Abgänge betr. Einrichtungskosten in Folge der Regulirung der bauerlichen Verhältnisse. Verwendung der Rentenbriefe. 1837–1881.

### *Kartensammlung (KS)*

FTTZA, KS 416: Geometrische Karte vom Herrschaft Krotoszyn, 1779.

FTTZA, KS 417: Ocular Plan des Fürstenthums Krotoszyn, nach 1829.

FTTZA, KS 422: Karte des Deutschen Reiches. Krotoschin, um 1880.

FTTZA, KS 427: Księstwo Krotoszyńskie, 1926.

### *Personalakten (PA)*

FTTZA, PA 679: Controleur Carl Ludwig Ernst Blanquart u. dessen Relikte betreffend 1826–52. Gestorben am 23. September 1852, als hochfürstlicher Rentkammer Verweser.

FTTZA, PA 680: Acta Controleur die Rentkammer-Secratär Blanquart. Pension für dessen Witwe. Nun deren Tochter Franziska.

FTTZA, PA 1301: Den Rentkammer Direktor Julius Leo Czekonski, gestorben am 17.XI.1909, Unterstützung dessen Tochter Helena. 1853, 1854–75, 1876, 1877–1880.

FTTZA, PA 1302: Der Rentkammer Vorstand, Julius Leo Czekonski. Rentkammer-Director, 1853. Julius Leo Czekonski, geboren am 28ten März 1827, Sohn der bereits verstorbenen königl. preuß. Kreis Steuer Einnehmers Joseph Czekonski.

FTTZA, PA 3277: Den entlassenen Forstmeister Philipp Theodor Hegel betr. und dessen Relikten. 1822–1844.

FTTZA, PA 6046: Fürstlich Thurn und Taxischen Domainen-Kammer. May Adolf, Assessor 18.05.1896, Rentkammerdienst ab 15. October 1896 mit dem Titel „Assessor“. Domänenassessor u. funct. Rentkammerdienstes 01.01.1901, Rentkammerdirektor 01.01.1903, Domänen Rat 01.05.1912, gestorben am 30.04.1916.

### *Polen-Akten*

FTTZA, Polen-Akten 25: Die Reise des Fürsten Carl Alexander von Thurn und Taxis nach Krotoszyn und die daselbst stattgehabten feyerlichen Empfang desselben so wie die ihm auf dieser Reise zu Frankfurt a/M und Weimar erwiesenen Ehrenbezeugungen betr. 1820.

FTTZA, Polen-Akten 33: 1.) Manuskript zum Aufsatz über das Fürstenthum Krotoschin von Sekretär Gtfr. Huber 2.) Aktennotiz über Vorbesitz von Krotoschin und Adelnau.

### *Polen-Urkunden*

FTTZA, Polen-Urkunde 1: Original-Vertrag zwischen dem König Friedrich Wilhelm III von Preußen und dem Fürsten Carl Friedrich Alexander von Thurn und Taxis über die von der Krone Preußen an das Fürstliche Haus Thurn und Taxis als Entschädigung für die Abtretung des Post-Regals in den kgl. preußischen Provinzen des rechten Rhein Ufers und Herzogthums Westphalen, Umwandlung der Domainen Güter in Fürstenthum Krotoszyn. Mit 7 Beilagen. Stoff: Pergament, Siegel: Rother Lack.

FTTZA, Polen-Urkunde 2: Der König von Preußen erhebt die abgetretenen Domänengüter im Großherzogthum Posen zu Standesherrschaft Krotoschin, 25. Mai 1819.

FTTZA, Polen-Urkunde 3: König Friedrich Wilhelm III. von Preußen erhebt die Standesherrschaft Krotoszyn zu einem Fürstenthum und verleiht dem Fürsten Karl Alexander von Thurn und Taxis den Titel „Fürst von Krotoszyn“ samt dem Wappen des Fürstentums, Berlin, 29. Mai 1819.

FTTZA, Polen-Urkunde 4: Abschrift der Urkunde wonach König Friedrich Wilhelm III. von Preußen dem Fürsten Carl Alexander von Thurn und Taxis und dessen Nachkommen männlichen Ge-

schlechtes und nach dessen Aussterben dem Fürsten Maximilian von Thurn und Taxis und dessen Nachkommen, das Fürstenthum Krotoszyn mit den dazu gehörigen Dominial-Gütern, als ein Thronlehen und rechtes Mannlehen verleiht. Berlin 3. August 1819.

### *Sonstige Quellen*

FTTZA, Fotoalbum Nr. A.IV, Bild 7a.

FTTZA, Fotoalbum Nr. A.IV, Bild 10.

FTTZA, Fotoalbum Nr. A.IV, Bild 17.

FTTZA, Fotoalbum Nr. A.VII, Bild 9.

FTTZA, Fotoalbum Nr. A.VII, Bild 37.

FTTZA, Fotoalbum Nr. A.VIII, Bild 3.

FTTZA, Fotoalbum Nr. A.VIII, Bild 39.

FTTZA, Fotoalbum Nr. A.X, Bild 48.

FTTZA, Fotoalbum Nr. A.X, Bild 61.

FTTZA, 9993/PrD 25: Skizzenbuch des Domainen- und Baurathes Herrn Keim, bei seiner Reise in das Fürstenthum Krotoszyn im Herbste 1832 angelegt. Krotoszyn 26. September 1832.

FTTZA, G.12141: Krotoszyn. Kurzer Aufsatz von Gottfried Huber Fürstlicher Sekretär.

Dienst-Anweisung für die fürstl. Thurn und Taxis'schen Forst-Assistenten im Fürstenthume Krotoszyn, Regensburg 10. Juli 1875.

Dienst-Anweisung für die fürstl. Thurn und Taxis'schen Forstmeister und Revierförster im Fürstenthume Krotoszyn, Regensburg 10. Juli 1875.

**KRÄMER**, August: Rückblick auf das Leben Karl Alexanders, Fürsten von Thurn und Taxis, Fürsten zu Buchau und Krotoszyn. Eine biographische Denkschrift, Regensburg 1828.

**MONASCH**, Bar Loebel: Bar Loebel Monasch 1801–1879. Lebenserinnerungen. Memoirs. Pamiętnik, Krotoszyn 2004.

**ROQUETTE**, Otto: Siebzig Jahre. Geschichte meines Lebens, Bd. 1, Darmstadt 1894.

Hieronim Ławniczaks Regionalmuseum in Krotoszyn (poln. Muzeum Regionalne im. Hieronima Ławniczaka w Krotoszynie).

## Literaturverzeichnis

**ANDERS**, Paweł: Krotoszyn (= Wielkopolska Biblioteka Krajoznawcza Nr. 7), Poznań 1994.

**AKOMOLAFE**, Olusoji A.: Legitimacy and Authority, in: **MAGIL**, Frank N. (Hg.), International Encyclopedia of Sociology, Volume One, London/Chicago 1995, S. 722–725.

**ARETIN**, Karl Otmar von: Tausch, Teilung und Länderschacher als Folgen des Gleichgewichtssystems der europäischen Großmächte. Die Polnischen Teilungen als europäisches Schicksal, in: **ZERNACK**, Klaus (Hg.), Polen und die polnische Frage in der Hohenzollernmonarchie 1701–1871 (= Einzelveröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin, Bd. 33), Berlin 1982, S. 53–68.

**BAHLCKE**, Joachim, **JOISTEN** (Hg.): Wortgewalten: Hans von Held. Ein aufgeklärter Staatsdiener zwischen Preußen und Polen, Potsdam 2018.

**BANACH**, Witold, **SUSZYCKI**, Wojciech, **PODSKARBI**, Marzena, **LERACZYK**, Andrzej (Hg.): Ostrów Wielkopolski – ilustrowane dzieje miasta [Ostrów Wielkopolski – eine illustrierte Stadtgeschichte], Ostrów Wielkopolski 2009.

**BARAŃSKI**, Marek: Mieszko I i Bolesław Chrobry [Mieszko I und Bolesław Chrobry], Warszawa 1999.

**BASS**, Hans-Heinrich: Hungerkrisen in Posen und im Rheinland 1816/17 und 1847, in: **GAILUS**, Manfred, **VOLKMANN**, Heinrich (Hg.), *Der Kampf um das tägliche Brot. Nahrungsmangel, Versorgungspolitik und Protest 1770–1990* (= Schriften des Zentralinstituts für sozialwissenschaftliche Forschung der Freien Universität Berlin, Bd. 74), Opladen 1994, S. 151–175.

**BEHRINGER**, Wolfgang: *Thurn und Taxis. Die Geschichte ihrer Post und ihrer Unternehmen*, München/Zürich 1990.

**BELZYT**, Leszek C.: *Pruska statystyka językowa (1825–1911) a Polacy zaboru pruskiego, Mazur i Śląska* [Preußische Sprachstatistik (1825–1911) und die Polen im preußischen Teilungsgebiet], Zielona Góra 2013.

**BERDAHL**, Robert M.: Preußischer Adel: Paternalismus als Herrschaftssystem, in: **PUHLE**, Hans-Jürgen, **WEHLER**, Hans-Ulrich (Hg.), *Preußen im Rückblick* (= Geschichte und Gesellschaft, Sonderheft 6), Göttingen 1980, S. 121–145.

**BERGER**, Irene: Die preussische Verwaltung des Regierungsbezirks Bromberg (1815–1847), in: **HUBATSCH**, Walther (Hg.), *Studien zur Geschichte Preussens*, Bd. 10, Köln/Berlin 1966.

**BERDAHL**, Robert M.: Preußischer Adel: Paternalismus als Herrschaftssystem, in: **PUHLE**, Hans-Jürgen, **WEHLER**, Hans-Ulrich: *Preußen im Rückblick* (= Geschichte und Gesellschaft. Zeitschrift für Historische Sozialwissenschaft, Sonderheft 6), Göttingen 1980, S. 123–145.

**BITNER-NOWAK**, Anna: Die Nachbarschaft der Regionen – Großpolen und Brandenburg im 19. Jahrhundert, in: **SCHULZ**, Helga (Hg.), *Preußens Osten – Polens Westen. Das Zerschneiden einer Nachbarschaft* (= Frankfurter Studien zur Grenzregion, Bd. 7), Berlin 2001, S. 39–72.

**BOREJSZA**, Jerzy W.: Polnische Frage – Deutsche Frage nach 1848, in: **ZERNACK**, Klaus (Hg.), *Polen und die polnische Frage in der Geschichte der Hohenzollernmonarchie 1701–1871* (= Einzelveröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin, Bd. 33), Berlin 1982, S. 111–120.

**BOREJSZA**, Jerzy W.: Polnische politische Flüchtlinge in Mittel- und Westeuropa im 19. Jahrhundert, in: **BADE**, Klaus J., **EMMER**, Pieter C., **LUCASSEN**, Leo, **OLTMER**, Jochen (Hg.), *Enzyklopädie Migration in Europa. Vom 17. Jahrhundert bis zur Gegenwart*, 3. durchgesehene Auflage, Paderborn 2010, S. 885–889.

**BORODZIEJ**, Włodzimierz, **GÓRNY**, Maciej: *Nasza wojna*, Bd. I: *Imperia 1912–1916*, Warszawa 2014.

**BOYSEN**, Jens: Preußische Armee und polnische Minderheit. Royalistische Streitkräfte im Kontext der Nationalitätenfrage des 19. Jahrhunderts (1815–1914) (= Materialien und Studien zur Ostmitteleuropa-Forschung, Bd. 18), Marburg 2008.

**BÖMELBURG**, Hans-Jürgen, **KIZIK**, Edmund: *Altes Reich und Alte Republik. Deutsch-polnische Beziehungen und Verflechtungen 1500–1806*, Darmstadt 2014.

**BÖMELBURG**, Hans-Jürgen: *Friedrich II. zwischen Deutschland und Polen. Ereignis- und Erinnerungsgeschichte*, Stuttgart 2011.

**BÖMELBURG**, Hans-Jürgen, **GESTRICH**, Andreas, **SCHNABEL-SCHÜLE**, Helga: Die Teilungen Polen-Litauens als Zäsur einer europäischen Strukturgeschichte. Komparative Überlegungen jenseits der Nationalgeschichtsschreibung, in: **BÖMELBURG**, Hans-Jürgen **GESTRICH**, Andreas, **SCHNABEL-SCHÜLE**, Helga (Hg.), *Die Teilungen Polen-Litauens. Inklusions- und Exklusionsmechanismen – Traditionsbildung – Vergleichsebenen*, Osnabrück 2013, S. 9–35.

**BRANDT**, Robert: Einheit, Freiheit und Macht. Das „Erste Deutsche Bundesschießen“ in Frankfurt am Main 1862, in: Verein für die Geschichte Preußens und die Grafschaft Mark e.V. (Hg.), *„Schützen-Welten“*. Bewegte Traditionen im Sauerland (= Forschungen zur Geschichte Preußens im südlichen Westfalen, Bd. 7), Lüdenscheid 2006, S. 83–101.

**BRINKHUS**, Jörn: Macht – Herrschaft – Gegenmacht. Überlegungen zu Reichweite und Analysetiefe von Max Webers Herrschaftssoziologie, in: **KROL**, Martin, **LUKS**, Timo, **MATZKY-EILERS**, Michael, **STRAUBE**, Gregor (Hg.), *Macht – Herrschaft – Gewalt. Gesellschaftswissenschaftliche Debatten am Beginn des 21. Jahrhunderts* (= Verhandlungen mit der Gegenwart, Bd. 1), Münster 2005, S. 167–178.

Brockhaus. *Geschichte. Personen, Daten, Hintergründe*, 2., überarbeitete und aktualisierte Auflage, Mannheim 2006.

- BROSZAT**, Martin: Zweihundert Jahre deutsche Polenpolitik, Frankfurt am Main 1972.
- BRUNNER**, Otto: Feudalismus, feudal: in: **BRUNNER**, Otto, **CONZE**, Werner, **KOSELLECK**, Reinhart (Hg.), Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, Stuttgart 1975, S. 337–350.
- BRUNNER**, Otto, **CONZE**, Werner, **KOSELLECK**, Reinhart (Hg.): Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, Bd. 7, Verw–Z, Stuttgart 1992, S. VI–VII.
- BUJAK**, Franciszek: Allgemeiner Abriß der Geschichte der deutschen Siedlung in den Westgebieten Polens, in: **DRALLE**, Lothar (Hg.), Preußen, Deutschland, Polen im Urteil polnischer Historiker. Eine Anthologie, Bd. 1, Millennium germano-polonicum (= Einzelveröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin, Bd. 37, Reihe: Anthologien Bd. 2: Publikationen zur Geschichte der deutsch-polnischen Beziehungen, Bd. 4), Berlin 1983, S. 105–135.
- BURGHARTZ**, Susanne: Historische Anthropologie/Mikrogeschichte, in: **EIBACH**, Joachim und **LOTTE**, Günther (Hg.), Kompass der Geschichtswissenschaft. Ein Handbuch, 2. Auflage, Göttingen 2002, S. 206–218.
- CAVIEZEL**, Nott: Dorfbrände in Graubünden 1800–1945, in: Schriftenreihe Chesa Planta Zuoz 4, Bern 1998.
- CEGIELSKI**, Tadeusz: Preussische „Deutschland- und Polenpolitik“ 1740–1792, in: **ZERNACK**, Klaus (Hg.), Polen und die polnische Frage in der Hohenzollernmonarchie 1701–1871 (= Einzelveröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin, Bd. 33), Berlin 1982, S. 19–27.
- CONRAD**, Sebastian, **OSTERHAMMEL** Jürgen (Hg.): Das Kaiserreich transnational. Deutschland in der Welt 1871–1914, Göttingen 2004.
- CONRAD**, Sebastian: Globalisierung und Nation im Deutschen Kaiserreich, München 2006.
- CONZE**, Eckart: In den Katarakten der Moderne. Adel in Deutschland im 20. Jahrhundert, in: **CONZE**, Eckart, **LORENZ**, Sönke (Hg.), Die Herausforderung der Moderne. Adel in Südwestdeutschland im 19. und 20. Jahrhundert (= Schriften zur Südwestdeutschen Landeskunde, Bd. 67), Ostfildern 2010.
- DALLMEIER**, Martin, **DÜNNINGER**, Eberhard, **KNEDLIK**, Manfred, **STYRA**, Peter (Hg.): „Dieser glänzende deutsche Hof...“ 250 Jahre Thurn und Taxis in Regensburg; Ausstellung Regensburg, Fürstliches Schloß St. Emmeram 17. Juli bis 20. September 1998, Regensburg 1998.
- Der Brockhaus. Geschichte. Personen, Daten, Hintergründe, 2., überarbeitete und aktualisierte Auflage, Mannheim 2006.
- DETTKE**, Barbara: Die Asiatische Hydra. Die Cholera von 1830/31 in Berlin und den preußischen Provinzen Posen, Preußen und Schlesien (= Veröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin, Bd. 89), Berlin 1995.
- DENHARTOG**, Deanne N.: Power Distance, in: **GOETHALS**, George R., **SORENSEN**, Georgia J. und **BURNS**, James MacGregor (Hg.), Encyclopedia of Leadership, Thousand Oaks 2004, S. 1224–1228.
- DRESCHER**, Herbert: Stadt und Herrschaft Krotoschin in der Zeit des Königreichs Polen (1415–1793), Pforzheim 1978.
- DOBRAŃSKI**, Kazimierz: Od II Rzeczypospolitej do PRL (1919–1989) [Von der Zweiten Polnischen Republik bis zur Volksrepublik], in: **KOSIŃSKI**, Dionizy, **MARCINIAK**, Ryszard, **PARYSKA**, Jerzy J. (Hg.), Krotoszyn. Historia [Krotoszyn. Geschichte], Bd. II, Krotoszyn/Poznań 1996, 277–339.
- DOLL**, Eva-Carolina: Handlungsstrukturen – Die Standesherrschaft Thurn und Taxis in der Epochenwelle zum 19. Jahrhundert unter Fürst Maximilian Karl, in: **IMKAMP**, Wilhelm, **STYRA**, Peter (Hg.), Thurn und Taxis Studien – Neue Folge, Bd. 8, Regensburg 2017.
- DRÖGE**, Kurt: Das Schützenfest – Hüter der Paraden und Ausmärsche, in: **ZIESSOW**, Karl-Heinz, **MEINERS**, Uwe (Hg.), Zur Schau gestellt. Ritual und Spektakel im ländlichen Raum (= Arbeit und Leben auf dem Lande, Bd. 8), Cloppenburg 2003, S. 296–308.
- DUDA**, Aneta A.: „Pojeździemy na łów, na łów, towarzyszu mój...” Aspekty ziemiańskiej kultury łowieckiej lat 1850–1939 utrwalone w archiwach rodowych i pamiątkach [Gehen wir auf die



Jagd, auf die Jagd, mein Kamerad...” In Adelsarchiven und Tagebüchern festgehaltene Aspekte der landadeligen Jagdkultur der Jahre 1850–1939], in: **DURKI**, Jarosław (Hg.), *Ziemiaństwo Kaliskie, Wielkopolskie i Polskie w XIX i XX Wieku* (= *Zeszyty Kaliskiego Towarzystwa Przyjaciół Nauk*, Bd. 15) [Kalischer, Großpolnischer und Polnischer Adel im 19. und 20. Jahrhundert (= Hefte der Kalischer Freunde der Wissenschaften)], Kalisz 2015, S. 22–45.

**DUDA**, Detlev: *Die Hamburger Armenfürsorge im 18. und 19. Jahrhundert. Eine soziologisch-historische Untersuchung*, Basel 1982.

**DUTT**, Carsten, **LAUBE**, Reinhard (Hg.): *Zwischen Sprache und Geschichte. Zum Werk Reinhart Kosellecks*, Göttingen 2013.

**DYMACZ**, Eugeniusz: *Monografia Odolanowa* [Eine Monographie Adelnas], Odolanów 2003.

**DYROFF**, Stefan: *Erinnerungskultur im deutsch-polnischen Kontaktbereich. Bromberg und der Nordosten der Provinz Posen (Wojewodschaft Poznań) 1871–1939* (= Einzelveröffentlichungen des Deutschen Historischen Instituts Warschau, Bd. 19), Osnabrück 2007.

**DYROFF**, Stefan: *Preussische Ostmark. Nationales Konkurrenzgebaren*, in: **HAHN**, Hans Henning, **TRABA**, Robert (Hg.), *Deutsch-Polnische Erinnerungsorte*, Bd. 1: *Geteilt/Gemeinsam*, Paderborn 2015, S. 157–175.

**DYROFF**, Stefan: *Transpolonität? Gesellschaftliche Eliten in den polnischen Gebieten um 1900 jenseits der Nationalgeschichte(n)*, in: **DYROFF**, Stefan (Hg.), *Transpolonität? Gesellschaftliche Eliten in den polnischen Gebieten um 1900 jenseits der Nationalgeschichte(n)* (= *Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung*, 64. Jahrgang 2015, Heft 3), Marburg 2015, S. 319–329.

**EBERHARD**, L. D.: *Wegweiser durch die preußischen Staaten. Ein geographisch-statistisches und geschichtliches Handbuch*, Bd. 1, Berlin 1831.

**EIFERT**, Christiane: *Die kleinen Könige. Zu Selbstverständnis und Herrschaftspraxis brandenburgischer Landräte im 19. Jahrhundert*, in: **KRÜGER**, Gesine, **HABERMAS**, Rebekka, **LANDSTEINER**, Erich, **TANNER**, Jakob, **WAGNER-HASEL**, Beate (Hg.), *Historische Anthropologie*, Vol. 7(3), Basel/Köln 1999, S. 381–403.

**EIFERT**, Christiane: *Paternalismus und Politik. Preußische Landräte im 19. Jahrhundert*, in: **GERTENBERGER**, Heide, **THIEN**, Hans-Günter (Hg.), *Theorie und Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft*, Bd. 20, 1. Auflage, Münster 2003.

**ELLEBRECHT**, Nils, **JENSKI**, Markus, **KAUFMANN**, Stefan: *Inszenierte Katastrophen: Zur Genese der Übung im Bevölkerungsschutz und ihre gegenwärtigen Formen*, in: **HEMPEL**, Leon, **BARTELS**, Marie, **MARKWART**, Thomas (Hg.), *Aufbruch ins unversicherbare. Zum Katastrophendiskurs der Gegenwart*, Bielefeld 2013, S. 235–275.

**EPKENHAUS**, Michael, **GROSS**, Gerhard P., **KÖSTER**, Burkhard: *Preußen. Aufstieg und Fall einer Großmacht*, Stuttgart 2011.

**EPKENHAUS**, Michael, **LAPPENKÜPER**, Ulrich, **VON SEGGERN**, Andreas: *Otto von Bismarck. Aufbruch in die Moderne*, München 2015.

**ESER**, Ingo: *“Volk, Staat, Gott!” Die deutsche Minderheit in Polen und ihr Schulwesen 1918–1939*, in: *Veröffentlichungen des Nordost-Instituts*, Bd. 15, Wiesbaden 2010.

**FEHRENBACH**, Elisabeth: *Vom Ancien Régime zum Wiener Kongress* (= *Oldenbourg Grundriss der Geschichte*, Bd. 12), 5. Auflage, München 2008.

**FEJTOVÁ**, Olga: *Von der staatlichen zur kommunalen Sozialpolitik Prags im langen 19. Jahrhundert*, in: **FEJTOVÁ**, Olga, **HLAVACKA**, Milan (Hg.), *Stadt und Armut im langen 19. Jahrhundert* (= *Informationen zur Stadtgeschichte (IMS)*, 2. Halbjahresband 2014, Berlin 2014, S. 23–31.

**FIEDERER**, Fabian: *„... an allen alten Traditionen festhalten“. Lebenswelt und Selbstverständnis des Hochadels am Beispiel des Fürstenhauses Thurn und Taxis in der Zeit Fürst Albert I. (1888–1952)*, in: **IMKAMP**, Wilhelm, **STYRA**, Peter (Hg.), *Thurn und Taxis Studien – Neue Folge*, Bd. 5, Regensburg 2017.

**FIEDERER**, Fabian: *„Weidmanns Heil in seltener Fülle“ Fürst Albert I. von Thurn und Taxis als Jagdherr*, in: **IMKAMP**, Wilhelm, **STYRA**, Peter (Hg.), *„Vieles dort ist Jahrhunderte alt und doch strahlt alles neu...“ Beiträge zu Geschichte und Kunst des Fürstlichen Hauses Thurn und Taxis* (= *Thurn und Taxis Studien – Neue Folge*, Bd. 3), Regensburg 2013, S. 61–104.

- FINZSCH**, Norbert: Michel Foucault (1926–1984), in: **LUTZ**, Raphael (Hg.), *Klassiker der Geschichtswissenschaft*, Bd. 2 Von Fernand Braudel bis Natalie Z. Davis, München 2006, S. 213–233.
- FITZI**, Gregor: Max Webers politisches Denken, Konstanz 2004.
- FRENCH**, J., **RAVEN**, B. H.: The bases of social power, in: Cartwright, D. (Hg.), *Studies in social power*, Ann Arbor 1959, S. 150–167.
- FOUCAULT**, Michel: Die Ethik der Sorge um sich als Praxis der Freiheit, in: *Schriften* Bd. IV, Nr. 356, S. 875–901. Frankfurt am Main 1984.
- FUCHS-HEINRITZ**, Werner, **LAUTMANN**, Rüdiger, **RAMMSTEDT**, Otthein, **WIENOLD**, Hanns (Hg.): *Lexikon zur Soziologie*, 4., grundlegend überarbeitete Auflage, Wiesbaden 2007.
- FURTWÄGLER**, Martin: Die Standesherrn in Baden (1806–1848). Politische und soziale Verhaltensweisen einer bedrängten Elite (= Europäische Hochschulschriften, Reihe III. Geschichte und ihre Hilfswissenschaften, Bd. 693), Frankfurt am Main 1996.
- GERHARD**, Hans-Jürgen, **ENGEL**, Alexander: Preisgeschichte der vorindustriellen Zeit. Ein Kompendium auf Basis ausgewählter Hamburger Materialien, in: **KAUFHOLD**, Karl Heinrich, **DENZEL**, Markus A. (Hg.), *Studien zur Gewerbe- und Handelsgeschichte der vorindustriellen Zeit*, Nr. 26, Stuttgart 2006, S. 45.
- GENTZEN**, Felix-Heinrich: Großpolen im Januaraufstand. Das Großherzogtum Posen 1858–1864, in: **SCHILFERT**, Gerhard (Hg.), *Schriftenreihe des Instituts für Allgemeine Geschichte an der Humboldt-Universität Berlin*, Bd. 1, Berlin 1958.
- GERKE**, Wilfred: Das Identitätsbewußtsein der Deutschen im Posener Land, in: **CSABA**, Kenéz János, **NEUBACH**, Helmut, **ROGALL**, Joachim (Hg.), *Beiträge zur deutsch-polnischen Nachbarschaft. Festschrift für Richard Breyer zum 75. Geburtstag*, Berlin/Bonn 1992, S. 25–33.
- GESTRICH**, Andreas: Das Leben der Armen: ‚Ego-Dokumente‘ als Quellen zur Geschichte von Armut und Armenfürsorge im 19. Jahrhundert, in: **SZCZESNY**, Anke, **KIEBLING**, Rolf, **BURKHARDT**, Johannes (Hg.), *Prekariat im 19. Jahrhundert. Armenfürsorge und Alltagsbewältigung in Stadt und Land* (= Materialien zur Geschichte der Fugger, Bd. 7), Augsburg 2014, S. 39–60.
- GLOY**, Arthur: Die grüne Schützengilde, in: *Große Grüne Schützengilde von 1412 e.V.* (Hg.), *600 Jahre Große Grüne Schützengilde. Bürgersinn und gelebte Tradition*, Kiel 2012.
- GOLLWITZER**, Heinz: Die Standesherrn. Die politische und gesellschaftliche Stellung der Mediatisierten 1815–1918. Ein Beitrag zur deutschen Sozialgeschichte, 2., durchgesehene und ergänzte Auflage, Göttingen 1964.
- GOTTWALD**, Dorothee: Fürstenrecht und Staatsrecht im 19. Jahrhundert. Eine wissenschaftsgeschichtliche Studie (= *Studien zur europäischen Rechtsgeschichte*, Bd. 241), Frankfurt am Main 2009.
- GÖDKER**, Herta: Die Bismarcksche Sozialgesetzgebung, in: **ROHLOFF**, Heide N. (Hg.), *Geschichte der privaten Wohltätigkeit und Sozialgesetzgebung in England und Deutschland. Wegbereiter der Corporate Social Responsibility?* (= *Neue Anglistik* Bd. 17), Essen 2015, S. 255–268.
- GRÄF**, Holger Th.: Unternehmer – Jagd – Aristokratismus. Die „Frankfurter Jagdherren“ im Spesart (1861–1919), in: **JENDORFF**, Alexander, **PÜHRINGER**, Andrea (Hg.), *Pars pro toto. Historische Miniaturen zum 75. Geburtstag von Heide Wunder*, Neustadt an der Aisch 2014, S. 511–522.
- GREY**, Thomas: Die preussische Verwaltung des Regierungsbezirks Bromberg 1871–1920, in: **HUBATSCH**, Walther (Hg.), *Studien zur Geschichte Preussens*, Bd. 27, Köln/Berlin 1976.
- GRILLMEYER**, Siegfried: Habsburger Diener in Post und Politik. Das „Haus“ Thurn und Taxis zwischen 1745 und 1867, in: **DUCHHARDT**, Heinz (Hg.), *Veröffentlichungen des Instituts für Europäische Mainz Abteilung für Universalgeschichte*, Bd. 194 (= *Historische Beiträge zur Elitenforschung* Nr. 4), Mainz 2005.
- GUNKEL**, Christoph: Der Hunger der Monarchen, in: **GROBBONGARDT**, Anette, **KLUBMANN**, Uwe, **PÖTZL**, Norbert F. (Hg.), *Die deutschen im Osten Europas. Eroberer, Siedler, Vertriebene* (= *Bundeszentrale für politische Bildung* Bd. 1160), Bonn 2011, S. 59–68.

**GÜNTHER**, Horst: Herrschaft, in: **BRUNNER**, Otto, **CONZE**, Werner, **KOSELLECK**, Reinhart (Hg.), *Geschichtliche Grundbegriffe. Historische Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland*, Bd. 3, H–Me, Stuttgart 1982, S. 1–102.

**GUT**, Paweł: Ustrój, organizacja i działalność sądownictwa patrymonialnego we wschodnich prowincjach Prus w latach 1740–1849. Studium z dziejów instytucji prawnej [Verfassung, Organisation und Wirken der Patrimonialgerichte in den östlichen preußischen Provinzen in den Jahren 1740–1849], in: *Naczelna Dyrekcja Archiwów Państwowych [Leitende Direktion der Staatsarchive]*, *Archiwum Państwowe w Szczecinie [Staatsarchiv Stettin]* (Hg.), Szczecin/Warszawa 2013.

**HARDEN**, Maximilian: *Von Versailles nach Versailles*, Dresden 1927.

**HADRYCH**, Paweł: W czasach pruskich (1793–1918) [Zu preußischen Zeiten (1793–1918)], in: **MARCINIAK**, Ryszard, **KOSIŃSKI**, Dionizy, **PARYSKA**, Jerzy J. (Hg.), *Krotoszyn. Historia [Krotoszyn. Geschichte]*, Bd. 2, Krotoszyn/Poznań 1996, 171–276.

**HALDER**, Winifrid: Innenpolitik im Kaiserreich 1871–1914, in: **BRODERSEN**, Kai, **KINTZINGER**, Martin, **PUSCHNER**, Uwe, **REINHARDT**, Volker (Hg.), *Geschichte Kompakt*, 3. Bibliographisch aktualisierte Auflage, Darmstadt 2011.

**HANKE**, Peter: Macht und Herrschaft, in: **HOLTMANN**, Everhard (Hg.), *Politik Lexikon*, 3., völlig überarbeitete und erweiterte Auflage, München 2000, S. 364–367.

**HARNIER**, Alexander von: *Beitrag zur Geschichte des deutschen Großgrundbesitzes im Lande der Netze und Warthe*, Essen 1971.

**HARTMAN**, Stefan: Der preußische Geheime Etatsminister Friedrich Christoph von Goerne und die polnische Herrschaft Krotoszyn, in: **BENNINGHOVEN**, Friedrich, **PETRY**, Ludwig et al. (Hg.), *Zeitschrift für Ostforschung. Länder und Völker im östlichen Mitteleuropa*, 35. Jahrgang (1986), Heft 1/2, Marburg 1986, S. 62–87.

**HEDWIG**, Andreas: Adelsarchive und Adelsforschung – Zwischenbilanz aus archivischer Sicht, in: **JENDORFF**, Alexander, **PÜHRINGER**, Andrea (Hg.), *Pars pro toto. Historische Miniaturen zum 75. Geburtstag von Heide Wunder*, Neustadt an der Aisch 2014, S. 39–52.

**HEß**, Klaus: Junker und bürgerliche Großgrundbesitzer im Kaiserreich. Landwirtschaftlicher Großbetrieb, Großgrundbesitz und Familienfideikommiß in Preußen (1867/71 – 1914), in: **BORN**, Karl Erich, **ZIMMERMANN**, Harald (Hg.), *Historische Forschungen*, Bd. 16, Stuttgart 1990.

**HEYDE**, Jürgen: *Geschichte Polens*, 3., durchgesehene und aktualisierte Auflage, München 2011.

**HILGER**, Dietrich: Herrschaft, in: **BRUNNER**, Otto, **CONZE**, Werner, **KOSELLECK**, Reinhart (Hg.), *Geschichtliche Grundbegriffe. Historische Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland*, Bd. 3, H–Me, Stuttgart 1982, S. 1–102.

**HOENSCH**, Jörg K.: *Geschichte Polens*, 3. neubearbeitete und erweiterte Auflage, Stuttgart 1998.

**HOFFMANN**, Sonja: Schützengesellschaften im Sauerland im 19. und 20. Jahrhundert: Facetten geselliger und nationaler Bürgerkultur, in: *Verein für die Geschichte Preußens und die Grafschaft Mark e.V.* (Hg.), „Schützen-Welten“. *Bewegte Traditionen im Sauerland (= Forschungen zur Geschichte Preußens im südlichen Westfalen*, Bd. 7), Lüdenscheid 2006, S. 103–116.

**HUBER**, Gotfried: Krotoszyn Fürstlich Thurn und Taxis'sche Regierungsübernahme in der Provinz Posen. Vorgeschichte und Einstieg, in: **KOEPPEL**, Heinz-Friedrich (Hg.), *Landwirte im Osten. Unter den Dächern von Thurn und Taxis*, Schotten 2011, S. 15–18.

**HUNECKE**, Volker: *Napoleon. Das Scheitern eines guten Diktators*, Paderborn 2011.

**ILTING**, Karl-Heinz: Herrschaft, in: **BRUNNER**, Otto, **CONZE**, Werner, **KOSELLECK**, Reinhart (Hg.), *Geschichtliche Grundbegriffe. Historische Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland*, Bd. 3, H–Me, Stuttgart 1982, S. 1–102.

**INGLOT**, Tomasz: *Welfare States in East Central Europe, 1919–2004*, New York 2008.

**JAKUBIAK**, Tadeusz Adam: *Kurkowe bractwa strzeleckie w Wielkopolsce [Schützengesellschaften in Großpolen]*, Poznań 1986.

**JAWORSKI**, Rudolf, **LÜBKE** Christian, **MÜLLER**, Michael G. (Hg.): *Eine kleine Geschichte Polens*, Frankfurt am Main 2000.

**JEISMANN**, Karl-Ernst, **TRZECIAKOWSKI**, Lech: Polen im europäischen Mächtesystem des 19. Jahrhunderts. Die „Konvention Alvensleben“ 1863, in: **BECHER**, Ursula A. J. (Hg.), Studien zur internationalen Schulbuchforschung. Schriftenreihe des Georg-Eckert-Instituts, Bd. 82/B1, Frankfurt/Main 1994.

**JORDAN**, Stefan: Theorien und Methoden der Geschichtswissenschaft, in: **LANDWEHR**, Achim (Hg.), Orientierung Geschichte, Paderborn 2009.

**JUNG**, Frank: Landesherren und Standesherren. Adel und Staat im 18. und 19. Jahrhundert, in: **CONZE**, Eckart, **JENDORFF**, Alexander, **WUNDER**, Heide (Hg.), Adel in Hessen. Herrschaft, Selbstverständnis und Lebensführung vom 15. bis ins 20. Jahrhundert (= Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Hessen, Bd. 70), Marburg 2010, S. 87–113.

**JÜTTE**, Robert: Diskursanalyse in Frankreich, in: **EIBACH**, Joachim und **LOTTES**, Günther (Hg.), Kompass der Geschichtswissenschaft. Ein Handbuch, 2. Auflage, Göttingen 2006, S. 307–317.

**KAHNT**, Helmut: Die Münzen Friedrich Augusts II. von Sachsen/Polen 1733–1763, Regensstau 2010.

**KARWOWSKI**, Stanisław: Historia Wielkiego Księstwa Poznańskiego [Die Geschichte des Großherzogtums Posen], Bd. I, 1815–1852, Poznań/Warszawa 1918/1981.

**KASPERSKA**, Helena, **SZCZEPANIAK** Daniel: Wybitni Polacy, Niemcy i Żydzi ziemi krotoszyńskiej. Ludzie nauki, kultury i sztuki [Außergewöhnliche polnische, deutsche und jüdische Persönlichkeiten aus dem Krotoszyner Land], Krotoszyn 2002.

**KAUFFMAN**, Jesse: Elusive Alliance. The German Occupation of Poland in World War I, London 2015.

**KELLER**, Reiner und **VIEHÖVER**, Wilhelm: Herrschaft, in: **NOHLEN**, Dieter, **SCHULTZE**, Rainer-Olaf (Hg.), Lexikon der Politikwissenschaft. Theorien, Methoden, Begriffe, Bd. I: A–M, 4., aktualisierte und erweiterte Auflage, München 2010, S. 174–176.

**KĘDZIERSKI**, Robert: Księstwo Krotoszyńskie pod rządami rodu Thurn und Taxis [Das Fürstentum Krotoszyn unter der Herrschaft des Geschlechts Thurn und Taxis], in: Zdunek, Józef (Hg.), Krotoszyn i okolice. Opracowania i materiały źródłowe [Krotoszyn und seine Umgebung. Arbeiten und Quellen], Bd. 15, Krotoszyn 2019, S. 105–136.

**KĘDZIERSKI**, Robert: Polnische Kollaboration und Kooperation mit den Nationalsozialisten. Eine Analyse der polnischen Kollaboration und Kooperation mit dem nationalsozialistischen Regime im Zweiten Weltkrieg, Saarbrücken 2015.

**KIWERSKA**, Jadwiga: Pod pruskim zaborem [Unter der preußischen Herrschaft], in: Kobylińskie Towarzystwo Kulturalne [Kobyliner Kulturgesellschaft] (Hg.), Ziemia Kobylińska, Kobylin 2009, S. 85–135.

**KOLLER**, Christian: „Die Fremdherrschaft ist immer ein politisches Uebel“. Die Genese des Fremdherrschaftskonzepts in der politischen Sprache Deutschlands im Zeichen umstrittener Herrschaftslegitimation, in: **SCHNABEL-SCHÜLE**, Helga, **GESTRICH**, Andreas (Hg.), Fremde Herrscher – fremdes Volk. Inklusions- und Exklusionsfiguren bei Herrschaftswechseln in Europa (= Inklusion/Exklusion. Studien zu Fremdheit und Armut von der Antike bis zur Gegenwart, Bd. 1), Frankfurt am Main 2006, S. 21–40.

**KOLLINGER**, Karol: Polityka wschodnia Bolesława Chrobrego (992–1025) [Die Ostpolitik von Bolesław Chrobry (992–1025)], Wrocław 2014.

**KOPIJ-WEIB**, Marta: Annäherung und Entfernung: Deutsch-polnische Nachbarschaft im 19. Jahrhundert, in: **BINGEN**, Dieter, **BÖMELBURG**, Hans-Jürgen, **KLAMT**, Andrzej, **LOEW**, Peter Oliver (Hg.), Die Deutschen und die Polen. Geschichte einer Nachbarschaft, Darmstadt 2016, S. 32–45.

**KOSELLECK**, Reinhart: Herrschaft, in: **BRUNNER**, Otto, **CONZE**, Werner, **KOSELLECK**, Reinhart (Hg.), Geschichtliche Grundbegriffe. Historische Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, Bd. 3, H–Me, Stuttgart 1982, S. 1–102.

**KOTOWSKI**, Albert S.: Zwischen Staatsräson und Vaterlandsliebe. Die Polnische Fraktion im Deutschen Reichstag 1871–1918 (= Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 150, Düsseldorf 2007.

- KOWALSKI**, Mariusz: Księstwa Rzeczypospolitej. Państwo magnackie jako region polityczny (= Prace geograficzne Nr. 238) [Die Fürstentümer der ersten Rzeczypospolita. Der Magnatenstaat als politische Region (= geographische Arbeiten Nr. 238)], Warszawa 2013.
- KOZŁOWSKI**, Jerzy: Administracja Wielkopolski pod pruskim Zaborem 1793–1918, Poznań 2000.
- KOZŁOWSKI**, Jerzy: Wielkopolska pod pruskim zaborem w latach 1815–1918 [Großpolen unter der preußischen Teilung in den Jahren 1815–1918], Poznań 2006.
- KOZIŃSKA**, Bogdana, **NEKANDA-TREPKA**, Janusz: Pałac w XVII i XVIII wieku, in: **POKLEWSKI-KOZIELL**, Tadeusz, **NEKANDA-TREPKA**, Janusz (Hg.), Zamek w Koźminie. Część I. Dzieje budowlane (= Acta Archaeologica Lodziensia, Nr. 38) [Das Schloss in Koźmin. Teil I. Baugeschichte (= Acta Archaeologica Lodziensia, Nr. 38)], Łódź 1994, S. 33–48.
- KROL**, Martin: Gedanken zu Perspektiven einer Geschichtsschreibung nach Foucault, in: **KROL**, Martin, **LUKS**, Timo, **MATZKY-EILERS**, Michael, **STRAUBE**, Gregor (Hg.), Macht – Herrschaft – Gewalt. Gesellschaftswissenschaftliche Debatten am Beginn des 21. Jahrhunderts (= Verhandlungen mit der Gegenwart, Bd. 1), Münster 2005, S. 123–133.
- KROTOSKI**, Kazimierz: Dzieje miasta Krotoszyna. Miasto Krotoszyn i jego dziedzice za czasów polskich (od 1415 do 1779) [Die Geschichte der Stadt Krotoszyn. Die Stadt Krotoszyn und ihre Gutsherren zu Zeiten Polens (von 1415 bis 1779)], Krotoszyn 1930.
- KRUSZEWSKI**, Tomasz: Organizacja opieki społecznej w działalności samorządu prowincjonalnego na Śląsku w XIX i XX wieku [Die Organisation der Wohlfahrt im Bereich der Provinzialverwaltung in Schlesien im 19. und 20. Jahrhundert], in: Acta Universitatis Wratislaviensis No. 3181, Wrocław 2010.
- KUCHARCZYK**, Grzegorz: Ustrój terytorialny i polityczny Prus [Die territoriale und politische Struktur Preußens], in: **KUCHARCZYK**, Grzegorz (Hg.), Prusy w dobie kształtowania się kapitalizmu (1806–1871) [Preußen im Zeitalter des Kapitalismus], Bd. III, Poznań 2014, S. 187–208.
- KUSZA**, Marian: Dzieje gimnazjum krotoszyńskiego 1836–1946 [Die Geschichte des Krotoszyner Gymnasiums 1836–1946], Krotoszyn/Poznań 2000.
- KWILECKI**, Andrzej: Radziwiłłowie herbu (Trzy) Trąby [Die Radziwiłłs vom Familienwappen der (Drei) Trompeten], in: **KWILECKI**, Andrzej (Hg.), Ziemiaństwo wielkopolskie. W kręgu arystokracji [Der großpolnische Landadel. Im Kreise der Aristokratie], Poznań 2004, S. 381–432.
- KWILECKI**, Andrzej (Hg.): Ziemiaństwo wielkopolskie. W kręgu arystokracji [Der großpolnische Landadel. Im Kreise der Aristokratie], Poznań 2004.
- KWILECKI**, Andrzej: Wielkopolskie rody ziemiańskie [Der Großpolnische Landadel], Poznań 2010.
- LANGEWIESCHE**, Dieter: Reich, Nation, Föderation. Deutschland und Europa, München 2008.
- LEGGEWIE**, Claus: Herrschaft, in: **NOHLEN**, Dieter, **SCHULTZE**, Rainer-Olaf (Hg.), Lexikon der Politikwissenschaft. Theorien, Methoden, Begriffe, Bd. I: A–M, 4., aktualisierte und erweiterte Auflage, München 2010, S. 360–368.
- LEVI**, Giovanni: On Microhistory, in: **BURKE**, Peter (Hg.), New Perspectives on Historical Writing, University Park 1992, S. 93–113.
- LEVI**, Giovanni: The Origins of the Modern State and the Microhistorical Perspektive, in: **SCHLUHBOHM**, Jürgen (Hg.), Mikrogeschichte Makrogeschichte komplementär oder inkommensurabel? (= Göttinger Gespräche zur Geschichtswissenschaft, Bd. 7), Göttingen 1998, S. 53–82.
- LOEW**, Peter Oliver: Preussen. Erzwungene Nachbarschaft, in: **HAHN**, Hans Henning, **TRABA**, Robert (Hg.), Deutsch-Polnische Erinnerungsorte, Bd. 1: Geteilt/Gemeinsam, Paderborn 2015, S. 55–82.
- LOEW**, Peter Oliver: Wir Unsichtbaren. Geschichte der Polen in Deutschland, München 2014.
- LOHNER**, Anton: Geschichte und Rechtsverhältnisse des Fürstenhauses Thurn und Taxis, Regensburg 1895.

**LORENZ**, Torsten: Von Birnbaum nach Międzychód. Bürgergesellschaft und Nationalitätenkampf in Großpolen bis zum Zweiten Weltkrieg, in: **SCHULTZ**, Helga, **MÜLLER** Uwe (Hg.), Frankfurter Studien zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte Ostmitteleuropas, Bd. 10, Berlin 2005.

**ŁUKASIEWICZ**, Dariusz: Sarmatyzm i Prusy na przełomie XVIII i XIX wieku [Sarmatismus und Preußen an der Wende des 18. zum 19. Jahrhundert], Warszawa 2015.

**MAŁACHOWSKI**, Grzegorz, **MARCINEK**, Roman (Hg.): Ilustrowane dzieje Polski [Illustrierte Geschichte Polens], Ożarów Mazowiecki 2015.

**MALYSZKO**, Stanisław: Powiat Ostrowski. Majątki Wielkopolskie [Kreis Ostrowo. Großpolnische Besitzungen], Bd. III, in: Dawne budownictwo folwarczne [Ehemalige Vorwerksbauten], Szreniawa 1996.

**MATZERATH**, Josef: Der Adel und sein Funktionswandel in der Öffentlichkeit, in: **CONZE**, Eckart, **METELING**, Wencke, **SCHUSTER**, Jörg und **STROBEL**, Jochen (Hg.), Aristokratismus und Moderne. Adel als politisches und kulturelles Konzept, 1890–1945 (= Adelswelten Bd. 1), Köln/Weimar/Wien 2013, S. 77–91.

**MATZKY-EILERS**, Michael: Theoretische Aspekte Michel Foucaults, in: **KROL**, Martin, **LUKS**, Timo, **MATZKY-EILERS**, Michael, **STRAUBE**, Gregor (Hg.), Macht – Herrschaft – Gewalt. Gesellschaftswissenschaftliche Debatten am Beginn des 21. Jahrhunderts (= Verhandlungen mit der Gegenwart, Bd. 1), Münster 2005, S. 67–77.

**MARCINEK**, Roman: Stanisław August Poniatowski, in: **MARCINEK**, Roman (Hg.), Poczet Władców Polski [Die Polnischen Herrscher], Ożarów Mazowiecki 2015, S. 369–378.

**MARCINIAK**, Ryszard: W Rzeczypospolitej szlacheckiej [In der Adelsrepublik], in: **KOSIŃSKI**, Dionizy, **MARCINIAK**, Ryszard, **PARYSKA**, Jerzy J. (Hg.), Krotoszyn. Historia [Krotoszyn. Geschichte], Bd. 2, Krotoszyn/Poznań 1996, S. 63–169.

**MARX-JASKULSKI**, Katrin: Von der ‚Ökonomie des Notbehelfs‘ und ‚würdigen Armen‘ – Armenfürsorge und Armutsbewältigung im Spiegel von Antragsschreiben an die kommunale Verwaltung, in: **SZCZESNY**, Anke, **KIEBLING**, Rolf, **BURKHARDT**, Johannes (Hg.), Prekariat im 19. Jahrhundert. Armenfürsorge und Alltagsbewältigung in Stadt und Land (= Materialien zur Geschichte der Fugger, Bd. 7), Augsburg 2014, S. 179–190.

**MATUSZEWSKI**, Dariusz: Kurkowe Bractwo Strzeleckie w Grodzisku Wielkopolskim 1646–1947 [Die Schützengesellschaft in Grodzisk Wielkopolski 1646–1947], in: Grodziskie Zeszyty Historyczne Nr. 4 [Grodzisker Geschichtshefte Nr. 4], Grodzisk Wielkopolski 2000.

**MATZKY-EILERS**, Michael: Theoretische Aspekte Michel Foucaults, in: **KROL**, Martin, **LUKS**, Timo, **MATZKY-EILERS**, Michael, **STRAUBE**, Gregor (Hg.), Macht – Herrschaft – Gewalt. Gesellschaftswissenschaftliche Debatten am Beginn des 21. Jahrhunderts (= Verhandlungen mit der Gegenwart, Bd. 1), Münster 2005, S. 67–77.

**MCLEAN**, Iain, **MCMILLAN**, Alistair (Hg.): The Concise Oxford Dictionary of Politics, third Edition, Oxford/New York 2009.

**MEDICK**, Hans: Mikro-Historie, in: **SCHULZE**, Winifred (Hg.), Sozialgeschichte, Alltagsgeschichte, Mikro-Historie. Eine Diskussion, Göttingen 1994, S. 40–53.

**MEHLER**, J. B.: Das fürstliche Haus Thurn und Taxis in Regensburg. Zum 150jährigen Residenz-Jubiläum, Regensburg 1898.

**MEHLHORN**, Dieter-J.: Städtebau zwischen Feuerbrunst und Denkmalschutz. Erhaltung – Veränderung – Bewahrung, Berlin 2012.

**METELING**, Wencke: Adel und Aristokratismus im preußisch-deutschen Weltkriegsoffizierkorps, 1914–1918, in: **CONZE**, Eckart, **METELING**, Wencke, **SCHUSTER**, Jörg und **STROBEL**, Jochen (Hg.), Aristokratismus und Moderne. Adel als politisches und kulturelles Konzept (= Adelswelten Bd. 1), 1890–1945, Köln/Weimar/Wien 2013, S. 215–238.

**MEYER**, Karoline: Jagd als Standesrecht und Mittel der Repräsentation, in: **SCHATTKOWSKY**, Martina (Hg.), Adelige Lebenswelten in Sachsen. Kommentierte Bild- und Schriftquellen, Köln/Weimar/Wien 2013, S. 388–393.

**MIECK**, Ilja: Preußen von 1807 bis 1850. Reformen, Restauration und Revolution, in: **BUSCH**, Otto (Hg.), Handbuch der preussischen Geschichte. Das 19. Jahrhundert und Große Themen der Geschichte Preußens, Bd. 2, Berlin/New York 1992, S. 3–292.

**MIKLISS**, Peter: Deutscher und polnischer Adel im Vergleich. Adel und Adelsbeziehungen in der deutschen und polnischen verfassungsrechtlichen Entwicklung sowie die rechtliche Problematik polnischer Adelsbeziehungen nach deutschem Recht (= Historische Forschungen, Bd. 19), Berlin 1981.

**MIKOŁAJCZYK**, Piotr: Kalendarium historyczne Krotoszyzna [Das historische Jahrbuch Krotoszyns], in: Towarzystwo Miłośników i Badaczy Ziemi Krotoszyńskiej [Gesellschaft der Liebhaber zur Erforschung des Krotoszyner Landes] (Hg.), Krotoszyn 2015.

**MIKOŁAJCZYK**, Piotr: Wierzbęta z Krotoszyzna h. Łódzia (zmarł ok. 1423) – rycerz, założyciel miasta, dziedzic Krotoszyzna [Wierzbęta aus Krotoszyn vom Wappen Łódzia (verstorben um 1423) – Ritter, Stadtgründer und Gutsherr von Krotoszyn], in: **ZDUNEK**, Józef (Hg.), Krotoszyn i okolice. Opracowania i materiały źródłowe [Krotoszyn und seine Umgebung. Arbeiten und Quellen], Bd. XI, Krotoszyn 2015, S. 11–18.

**MOLIK**, Witold: Der Einfluß der preußischen Politik auf die Gesellschaftsstruktur des Großherzogtum Posen (1815–1914). Polnische Intelligenz als Vorbild, in: **NITSCHKE**, Peter, **JAWORSKI**, Rudolf (Hg.), Preußen in der Provinz. Beiträge zum 1. deutsch-polnischen Historikerkolloquium im Rahmen des Kooperationsvertrages zwischen der Adam-Mickiewicz-Universität Poznań und der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel unter Mitarbeit von Ekkehard Klug (= Kieler Werkstücke. Reihe F: Beiträge zur osteuropäischen Geschichte, Bd. 1), Frankfurt am Main 1991, S. 63–79.

**MOLIK**, Witold, **SCHOLZ**, Stephen: Kulturkampf. Zur Verteidigung der Werte, in: **HAHN**, Hans Henning, **TRABA**, Robert (Hg.), Deutsch-Polnische Erinnerungsorte, Bd. 1: Geteilt/Gemeinsam, Paderborn 2015, S. 301–315.

**MOLIK**, Witold: Życie codzienne ziemianstwa w Wielkopolsce w XIX i na początku XX wieku. Kultura materialna [Der Alltag des Landadels in Großpolen im 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Materielle Kultur], Poznań 1999.

**MORAW**, Peter: Herrschaft, in: **BRUNNER**, Otto, **CONZE**, Werner, **KOSELLECK**, Reinhart (Hg.), Geschichtliche Grundbegriffe. Historische Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, Bd. 3, H–Me, Stuttgart 1982, S. 1–102.

**MORAWSKI**, Wojciech: Zarys powszechnej historii pieniądza i bankowości [Eine Übersicht über die Geschichte des Geldes und des Bankenwesens], Warszawa 2002.

**MROZEWICZ**, Wojciech, **WISZEWSKI**, Przemysław: Oleśnica od czasów najdawniejszych po współczesność [Oleśnica von den Anfängen bis heute], Wrocław 2006.

**MUSZYŃSKI**, Mariusz, **SYPIEWSKI**, Przemysław, **RAK**, Krzysztof (Hg.): Sprawozdanie w przedmiocie strat i szkód wojennych Polski w latach 1939–1945. Report on Poland's wartime losses and damage in the years 1939–1945. Bericht über Polens Verluste und Kriegsschäden in den Jahren 1939–1945, Warszawa 2007.

**MÜHLE**, Eduard: Die Slawen, München 2017.

**MÜLLER**, Michael G.: Deutsche und polnische Nation im Vormärz, in: **HERZFELD**, Hans, **SKRZYPCZAK**, Henryk (Hg.), Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands, Bd. 30 Berlin 1981, S. 69–95.

**MÜLLER**, Michael G.: Die Teilungen Polens 1772, 1793, 1795, München 1984.

**MYSCHOR**, Christian: Dienen in „Preußisch-Sibirien“. Zu sozialer Stellung, Funktion und Kontakten der höheren Beamten in der Provinz Posen 1871–1918, in: **WEBER**, Matthias (Hg.), Gründerzeit (= Jahrbuch des Bundesinstituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, Bd. 21), München 2013, S. 243–268.

**NEUBACH**, Helmut: Posen, Preussens ungeliebte Provinz. Kritische Stimmen über eine deutsch-polnische Grenzregion, in: **NEUGEBAUER**, Wolfgang, **KROLL**, Frank-Lothar (Hg.), Forschungen zur Brandenburgischen und preußischen Geschichte. Neue Folge, Bd. 25, Heft 1, Berlin 2015, S. 111–130.

- NAWROCKI**, Edmund: Bractwo Strzeleckie w Rozdrażewie [Die Schützengesellschaft in Rozdrażewo], in: **ZDUNEK**, Józef (Hg.), Krotoszyn i okolice. Opracowania i materiały źródłowe [Krotoszyn und seine Umgebung. Arbeiten und Quellen], Bd. VII, Krotoszyn 2011, S. 49–60.
- NAWROCKI**, Stanisław: Pod zaborem pruskim [Unter der preußischen Herrschaft], in: **NAWROCKI**, Stanisław (Hg.): Ostrów Wielkopolski. Dzieje miasta i region [Ostrów Wielkopolski. Die Geschichte der Stadt und der Region], Poznań 1990, S. 153–235.
- NEIDER**, Linda L., **SCHRIESHEIM**, Chester A.: Power: Overview, in: **GOETHALS**, George R., **SORENSEN**, Georgia J. und **BURNS**, James MacGregor (Hg.), Encyclopedia of Leadership, Thousand Oaks 2004, S. 1248–1251.
- NIENDORF**, Mathias: Minderheiten an der Grenze. Deutsche und Polen in den Kreisen Flatow (Złotów) und Zempelburg (Śępólno Krajeńskie) 1900–1939, in: Deutsches Historisches Institut Warschau. Quellen und Schriften, Bd. 6, Wiesbaden 1997.
- NOLTE**, Karen: Krankheit, Armenpflege und die bürgerlich-protestantische Arbeitsethik in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, in: **JENDORFF**, Alexander, **PÜHRINGER**, Andrea (Hg.), Pars pro toto. Historische Miniaturen zum 75. Geburtstag von Heide Wunder, Neustadt an der Aisch 2014, S. 469–478.
- NOWACKI**, Henryk: Folwark w kulturze rolnictwa [Das Vorwerk in der Agrarkultur], in: **KWILECKI**, Andrzej (Hg.), Ziemiaństwo wielkopolskie. W kręgu arystokracji [Der großpolnische Landadel. Im Kreise der Aristokratie], Poznań 2004, S. 69–92.
- OLSZANOWSKI**, Franciszek, **WALKOW**, Rafał: Bedeker Odolanowski, Odolanów 2014.
- ORZECOWSKI**, Kazimierz: Historia ustroju Śląska 1202–1740 (= Acta Universitatis Wratislaviensis, No. 2806) [Die Geschichte der Struktur Schlesiens 1202–1740 (= Acta Universitatis Wratislaviensis, No. 2806)], Wrocław 2005.
- OSTROWSKA-KĘBŁOWSKA**, Zofia: Denkmal Mieczysław I. Bolesław Chrobry. Entwürfe 1815–19, 1827–29, 1833–34 ausgeführt – nicht von Schinkel – als Königliche Kapelle im Dom, in: **BÖRSCH-SUPAN**, Helmut, **RIEMANN**, Gottfried, Die Provinzen Ost- und Westpreußen und Großherzogtum Posen (= Karl Friedrich Schinkel Lebenswerk, Bd. 18), München/Berlin 2003, S. 206–231.
- OŻÓG**, Krzysztof: 966. Chrzest Polski [966. Die Christianisierung Polens], Kraków 2016.
- PAŁASZ**, Sławomir: Zduny. Szkice z historii miasta i okolic [Zduny. Skizzen zur Geschichte der Stadt und der Umgebung], Kwidzyn 2014.
- PANZER**, Marita A.: Fürstinnen von Thurn und Taxis, Regensburg 2008.
- PAPROCKI**, Franciszek: Wielkie Księstwo Poznańskie w okresie rządów Flottwella 1830–1841 [Das Großherzogtum Posen zur Regierungszeit Flottwells 1830–1841], 2. Auflage, Poznań 1994.
- PIENDL**, Max: Die fürstliche Wappen, in: **PIENDL**, Max (Hg.) Beiträge zur Geschichte Kunst- und Kulturpflege im Hause Thurn und Taxis (= Thurn und Taxis-Studien, Bd. 10), Regensburg 1978, S. 108–123.
- PIENDL**, Max: Die Siegeltypare im Fürstlichen Zentralarchiv, in: **PIENDL**, Max (Hg.), Beiträge zur Geschichte Kunst- und Kulturpflege im Hause Thurn und Taxis (= Thurn und Taxis-Studien, Bd. 10), Regensburg 1978.
- PIENDL**, Max: Thurn und Taxis 1517–1867. Zur Geschichte des fürstlichen Hauses und der Thurn und Taxisschen Post (= Sonderdruck für den Bund Deutscher Philatelisten e.V., Heft 1/67), Frankfurt am Main 1967.
- PIETRZAK**, Jerzy, **GIBASIEWICZ**, Agnieszka: Dziedzice, dwory, pałace. Właściciele dóbr rycerskich w powiecie ostrowskim wielkopolskim 1795–1945 [Großgrundbesitzer, Gutshöfe, Paläste. Rittergutsbesitzer im Kreis Ostrów Wielkopolski 1795–1945], Poznań/Ostrów Wlkp. 2013.
- PISKORSKI**, Jan M. (Hg.): Civitas Schinesghe. Mieszko I i początki państwa polskiego [Civitas Schinesghe. Mieszko I und die Anfänge des polnischen Staates], Poznań/Gniezno 2004.
- PISKORSKI**, Jan M. (Hg.): Początki Państwa Polskiego. Księga tysiąclecia (= Poznańskie Towarzystwo Przyjaciół Nauk, wznowienia Bd. 10.) [Die Anfänge des polnischen Staates. Ein



Buch über ein tausend Jahre (= Posener Gesellschaft der Freunde der Wissenschaften, Neuauflage Bd. 10], Poznań 2002.

**PISKORSKI**, Jan M.: Preußen zwischen Deutschland und Polen, in: **WEBER**, Matthias (Hg.), Preussen in Ostmitteleuropa. Geschehensgeschichte und Verstehensgeschichte (= Schriften des Bundesinstituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, Bd. 21), München 2003, S. 63–82.

**PLETZIG**, Christian: „Deutsche Kultur“ und „polnische Zivilisation“. Geschichtsbilder in West- und Ostpreußen zwischen Vormärz und Kulturkampf, in: **WEBER**, Matthias (Hg.), Preußen in Ostmitteleuropa. Geschehensgeschichte und Verstehensgeschichte (= Schriften des Bundesinstituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, Bd. 21), München 2003, S. 189–205.

**PLETZING**, Christian: Die Politisierung der Toponymie. Ortsnamenänderungen in den preußischen Ostprovinzen während des 19. Jahrhunderts, in: **LOEW**, Peter Oliver, **PLETZING**, Christian, **SERRIER**, Thomas (Hg.), Wiedergewonnene Geschichte. Zur Aneignung von Vergangenheit in den Zwischenräumen Mitteleuropas (= Veröffentlichungen des Deutschen Polen-Instituts Darmstadt, Bd. 22), Wiesbaden 2006, S. 263–277.

**POKLEWSKI-KOZIELL**, Tadeusz, **NEKANDA-TREPKA**, Janusz (Hg.): Zamek w Koźminie. Cześć II. Źródła (= Acta Archaeologica Lodziensia, Nr. 39) [Das Schloss in Koźmin. Teil II, Quellen (= Acta Archaeologica Lodziensia, Nr. 39)], Łódź 1995.

**POPPER**, K.R.: Logik der Forschung, Tübingen 1994.

**POWELL**, Jason L., **CHAMBERLAIN**, John M.: Power, in: **RITZER**, George, **RYAN**, Michael J., The Concise Encyclopedia of Sociology, Chichester 2011, S. 464–465.

**PRASZAŁOWICZ**, Dorota: Polen, in: **BADE**, Klaus J., **EMMER**, Pieter C., **LUCASSEN**, Leo, **OLTMER**, Jochen (Hg.), Enzyklopädie Migration in Europa. Vom 17. Jahrhundert bis zur Gegenwart, 3. durchgesehene Auflage, Paderborn 2010, S. 258–271.

**PROBST**, Erwin: Die Entwicklung der fürstlichen Verwaltungsstellen seit dem 18. Jahrhundert, in: **PIENDL**, Max (Hg.), Beiträge zur Geschichte Kunst- und Kulturpflege im Hause Thurn und Taxis (= Thurn und Taxis-Studien, Bd. 10), Regensburg 1978, S. 267–351.

**PROBST**, Erwin: Die Thurn und Taxisschen Lehenposten im 19. Jahrhundert (1806–1867), in: **DALLMEIER**, Martin (Hg.), 500 Jahre Post Thurn und Taxis. Ausstellung anlässlich der 500jährigen Wiederkehr der Anfänge der Post in Mitteleuropa 1490–1990. Fürstliches Marstallmuseum Regensburg, Emmeramspatz 5, 12. Mai bis 29. Juli 1990, Regensburg 1990, S. 47–60.

**PUHL**, Jan: Keim der Zwietracht, in: **BURGDORFF**, Stephan, **PÖTZL**, Norbert F., **WIEGREFE**, Klaus (Hg.), Preußen. Die unbekannte Großmacht, 1. Auflage, München 2008, S. 116–124.

**REDDER**, Ute: Die Entwicklung von der Armenhilfe zur Fürsorge in dem Zeitraum von 1871 bis 1933 – eine Analyse unter Aufgaben-, Ausgaben-, und Finanzierungsaspekten am Beispiel der Länder Preußen und Bayern (= Bochumer Wirtschaftswissenschaftliche Studien Bd. 133), Bochum 1993.

**REHFELD**, Klaus Helmut: Die preussische Verwaltung des Regierungsbezirks Bromberg (1848–1871), in: **HUBATSCH**, Walther (Hg.), Studien zur Geschichte Preussens, Bd. 11, Köln/Berlin 1968.

**REISER**, Rudolf: Die Thurn und Taxis. Das Privatleben einer Fürsten-Dynastie, Regensburg 1998.

**REZLER**, Marek: Wielkopolska droga do niepodległości (1794–1921) [Der großpolnische Weg zur Unabhängigkeit (1794–1921)], in: Przegląd Polsko-Polonijny 4, Poznań 2012, S. 335–346.

**ROLF**, Malte: Imperiale Herrschaft im Weichselland. Das Königreich Polen im Russischen Imperium (1864–1915), in: **BABEROWSKI**, Jörg, **DOERING-MANTEUFFEL**, Anselm, **RAPHAEL**, Lutz (Hg.), Ordnungssysteme (= Studien zur Ideengeschichte der Neuzeit, Bd. 43), Berlin/München 2015.

**ROTTER**, Lucyna: Bractwa Kurkowe w Polsce. Mundury, stroje, emblematy, insygnia. Leksykon [Die Schützengesellschaften in Polen. Uniformen, Trachten, Symbole, Insignien. Ein Lexikon], Kraków 2012.

- RUSZCZYŃSKI**, Adam: Mieszko I. Skandynawski jarl czy słowiański kneź? [Mieszko I. Ein skandinavischer Jarl oder ein slavischer Knjaz?], Zielona Góra 2014.
- RUOFF**, Michael: Foucault-Lexikon. Entwicklung – Kernbegriffe – Zusammenhänge, Paderborn 2007.
- SACHSE**, Christoph, **TENNSTEDT**, Florian: Geschichte der Armenfürsorge in Deutschland. Vom Spätmittelalter bis zum 1. Weltkrieg, Bd. 1, Zweite, verbesserte und erweiterte Auflage, Stuttgart 1998.
- SAHNER**, Heinz: Herrschaft, in: **ENDRUWEIT**, Günter, **TROMMSDORFF**, Gisela, **BURZAN**, Nicole (Hg.), Wörterbuch der Soziologie, 3., völlig überarbeitete Auflage, München 2014.
- SALA**, Marta: Działalność społeczno-kulturalna książąt pszczyńskich von Hochberg na Górnym Śląsku w XIX wieku [Das gesellschaftlich-kulturelle Wirken der Fürsten von Pleß von Hochberg in Oberschlesien im 19. Jahrhundert], in: **MYSZOR**, Jerzy (Hg.), Źródła do dziejów Kościoła Katolickiego na Górnym Śląsku Nr. 13 [Quellen zur Geschichte der Katholischen Kirche in Oberschlesien Nr. 13], Katowice 2015.
- SERRIER**, Thomas: Provinz Posen, Ostmark, Wielkopolska. Eine Grenzregion zwischen Deutschen und Polen 1848–1914 (= Materialien und Studien zur Ostmitteleuropa-Forschung, Bd. 12), Marburg 2005.
- SCHENK**, Hans Konrad: Hohenlohe vom Reichsfürstentum zur Standesherrschaft. Die Mediatisierung und die staatliche Eingliederung des reichsunmittelbaren Fürstentums in das Königreich Württemberg 1800–1847, Künzelsau 2006.
- SCHALLMANN**, Jürgen: Arme und Armut in Göttingen 1860–1914, in: Studien zur Geschichte der Stadt Göttingen, Bd. 25, Göttingen 2014.
- SCHAMBERGER**, Rolf, **LEUPOLD**, Daniel: Brandschutzgeschichte, 1. Auflage, Stuttgart 2015.
- SCHIER**, Rolf: Standesherrn. Zur Auflösung der Adelsvorherrschaft in Deutschland (1815–1918), in: **CONRAD**, Hermann, **KLEINHEYER**, Gerd, **SCHEUNER**, Ulrich (Hg.), Studien und Quellen zur Geschichte des deutschen Verfassungsrechts, Reihe A: Studien, Bd. 11, Heidelberg/Karlsruhe, 1978.
- SCHLUMBOHM**, Jürgen: Mikrogeschichte-Makrogeschichte: Zur Eröffnung einer Debatte, in: **SCHLUMBOHM**, Jürgen (Hg.), Mikrogeschichte Makrogeschichte komplementär oder inkommensurabel? (= Göttinger Gespräche zur Geschichtswissenschaft, Bd. 7), Göttingen 1998, S. 7–32.
- SCHNEIDER**, Ludwig: Zwei Großbrände in Michelstadt im 19. Jahrhundert, in: Gelurt (= Odenwälder Jahrbuch für Kultur und Geschichte), Erbach 2005, S. 121–128.
- SCHNEIDER**, Ulrich Johannes: Michel Foucault, Darmstadt 2004.
- SCHULENBURG**, Gebhard Werner von der: Die staatsrechtliche Stellung des Fürstentums Oels in seiner rechtsgeschichtlichen Entwicklung. Inaugural-Dissertation der Friedrich-Alexanders-Universität zu Erlangen, Oels 1908.
- SCHULZE**, Hagen: Preußen von 1850 bis 1871. Verfassungsstaat und Reichsgründung, in: **BUSCH**, Otto (Hg.), Handbuch der preussischen Geschichte. Das 19. Jahrhundert und Große Themen der Geschichte Preußens, Bd. 2, Berlin/New York 1992, S. 293–374.
- SCHULZ**, Joachim: Armut und Sozialhilfe, Stuttgart/Berlin 1989.
- SCHÜTZ**, Rüdiger: Die preußischen Oberpräsidenten 1815–1866, in: **SCHWABE**, Klaus (Hg.), Die preußischen Oberpräsidenten 1815–1945. Büdinger Forschungen zur Sozialgeschichte 1981 (= Deutsche Führungsschichten in der Neuzeit, Bd. 15), Boppard am Rhein 1985, S. 33–82.
- SIERAKOWSKA**, Katarzyna: Śmierć – Wygnanie – Głód w dokumentach osobistych. Ziemie polskie w latach Wielkiej Wojny 1914–1918 [Tod – Vertreibung – Hunger in persönlichen Dokumenten. Polnische Gebiete in den Jahren des Großen Krieges 1914–1918], Warszawa 2015.
- STANULEWICZ**, Maksymilian: Reforma rolna jako próba regulacji stosunków agrarnych w Polsce. Koncepcje i próby ich realizacji w latach 1918–1944 [Bodenreform als ein Versuch der Regulierung der Agrarverhältnisse in Polen. Konzepte und Versuche ihrer Realisierung in den Jahren 1918–1944], in: **BORKOWSKA-BAGIEŃSKA**, Ewa, **SZAFRAŃSKI**, Wojciech (Hg.), Reformy rolne w Polsce międzywojennej i powojennej. Prawo – Realizacja – Skutki – Problemy reparywatyzyjne

[Bodenreformen in Polen in der Zwischen- und Nachkriegszeit. – Recht – Realisierung – Folgen – Reprivatisierungsprobleme] (= Prawo Nr. 166), Poznań 2008, S. 12–62.

**STEGMANN**, Natali: Die Töchter der geschlagenen Helden. „Frauenfrage“, Feminismus und Frauenbewegung in Polen 1863–1919 (= Deutsches Historisches Institut Warschau Quellen und Studien, Bd. 11), Wiesbaden 2000.

**STERNKIKER**, Edwin: Die preußischen Rentenbanken und die Verwendung der Ablösungskapitalien in Preußen nach 1850, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte (JWG), Vol. 4, Berlin 1989, 61–75.

**STREITER**, Karl Heink: Die nationalen Beziehungen im Grossherzogtum Posen (1815–1848), in: **ALBERTINI**, Rudolf von, **BITTERLI**, Urs, **BRAUN**, Rudolf et. al. (Hg.), Geist und Werk der Zeiten. Arbeiten aus dem Historischen Seminar der Universität Zürich, Nr. 71, Bern 1986.

**STRZELCZYK**, Jerzy: Mieszko Pierwszy. Chrzest i początki Polski [Mieszko, der Erste. Die Christianisierung und die Anfänge Polens], 4. Auflage, Poznań 2016.

**STYRA**, Peter: Maximilian Karl von Thurn und Taxis – Fürst in großer Umbruchsphase, in: **KURZEL-RUNTSCHNEIDER**, Monica, **STYRA**, Peter (Hg.), Mit Glanz und Gloria! Kutschen der Fürsten von Thurn und Taxis. Ausstellungskatalog des Kunsthistorisches Museum, Wien 2007, S. 29.

**STYRA**, Peter: Das Fürstliche Haus Thurn und Taxis. Gesamtgeschichte mit Stammfolge, in: Deutsche Fürstenhäuser, Heft 37, Werl 2012.

**STYRA**, Peter: Eine Karriere durch die Post. Die Standeserhebungen des Hauses Thurn und Taxis, in: **IMKAMP**, Wilhelm, **STYRA**, Peter (Hg.), Thurn und Taxis Studien – Neue Folge, Bd. 4, Regensburg 2013.

**STYRA**, Peter: „... Und den Räten ein Automobil...“ Das Haus Thurn und Taxis im Ersten Weltkrieg, in: **LÜBBERS**, Bernhard, **REICHMANN**, Stefan (Hg.), Regensburg im Ersten Weltkrieg. Schlaglichter auf die Geschichte einer bayerischen Provinzstadt zwischen 1914 und 1918 (= Kataloge und Schriften der Staatlichen Bibliothek Regensburg, Bd. 10), 1. Auflage, Regensburg 2014, S. 87–104.

**STÖCKL**, Alexandra: Der Principalkommissar. Formen und Bedeutung sozio-politischer Repräsentation im Hause Thurn und Taxis, in: **IMKAMP**, Wilhelm, **STYRA**, Peter (Hg.), Thurn und Taxis Studien – Neue Folge, Bd. 10, Regensburg 2018.

**SUCHODOLSKI**, Stanisław: Moneta Polska w X/XI wieku (= Wiadomości numizmatyczne, Rok XI – Zeszyt 2–3, 40–41) [Die polnische Münze im 10. und 11. Jahrhundert (= Numismatische Nachrichten, Jahrgang 9, Heft 2–3, 40–41)], Warszawa 1967.

**SZENDZIELARZ**, Ryszard: Z dziejów Bractwa Strzeleckiego w Mikołowie. Odrodzone Bractwo Kurkowe [Aus der Geschichte der Schützenbrüderschaft in Mikołów. Die Wiedergeburt einer Schützenbrüderschaft], 2008 Mikołów.

**ŚLIWIŃSKI**, Eugeniusz: Leszczyńskie Bractwo Kurkowe 1627–1947 [Die Lissener Schützengilde 1627–1947], Leszno 2007.

**THER**, Phillip: Deutsche Geschichte als imperiale Geschichte. Polen, slawophone Minderheiten und das Kaiserreich als kontinentales Empire, in: **CONRAD**, Sebastian, **OSTERHAMMEL** Jürgen (Hg.), Das Kaiserreich transnational. Deutschland in der Welt 1871–1914, Göttingen 2004, S. 129–148.

**TILLY**, Charles: Micro, Macro, or Megrim?, in: **SCHLUHMBOHM**, Jürgen (Hg.), Mikrogeschichte Makrogeschichte komplementär oder inkommensurabel? (= Göttinger Gespräche zur Geschichtswissenschaft, Bd. 7), Göttingen 1998, S. 35–51.

**TRESKOW**, Rüdiger von: Gilly Schinkel Catel. Das Landschloss Owinsk bei Posen – Pałac Owinskich koło Poznania 1803–1806, München 2011.

**TREUE**, Wilhelm: Preußens Wirtschaft vom Dreißigjährigen Krieg bis zum Nationalsozialismus, in: **BUSCH**, Otto (Hg.), Handbuch der preussischen Geschichte. Das 19. Jahrhundert und Große Themen der Geschichte Preußens, Bd. 2, Berlin/New York 1992, S. 449–598.

**TROX**, Eckhard: Die Schützen und die Volksbewaffnung. Aspekte des Verhältnisses von Militär, Staat und Schützen im südlichen Westfalen zwischen 1813 und 1862, in: Verein für die Geschichte Preußens und die Grafschaft Mark e.V. (Hg.), „Schützen-Welten“. Bewegte Traditionen im Sauer-

land (= Forschungen zur Geschichte Preußens im südlichen Westfalen, Bd. 7), Lüdenscheid 2006, S. 61–82.

**TRZECIAKOWSKI**, Lech: Preussische Polenpolitik im Zeitalter der Aufstände (1830–1864), in: **ZERNACK**, Klaus (Hg.), Polen und die polnische Frage in der Geschichte der Hohenzollernmonarchie 1701–1871 (= Einzelveröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin, Bd. 33), Berlin 1982, S. 96–110.

**TRZECIAKOWSKI**, Lech: Die Nationalitätenpolitik Preußens im preußischen Teilungsgebiet (1772–1918), in: **NITSCHKE**, Peter, **JAWORSKI**, Rudolf (Hg.), Preußen in der Provinz. Beiträge zum 1. deutsch-polnischen Historikerkolloquium im Rahmen des Kooperationsvertrages zwischen der Adam-Mickiewicz-Universität Poznań und der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel unter Mitarbeit von Ekkehard Klug (= Kieler Werkstücke. Reihe F: Beiträge zur osteuropäischen Geschichte, Bd. 1), Frankfurt am Main 1991, S. 6–21.

**TRZECIAKOWSKI**, Lech: Pod pruskim zaborem 1850–1918 [Unter der preußischen Herrschaft 1850–1918], Warszawa 1973.

**TOMKA**, Béla: A Social History of Twentieth-Century Europe, New York 2013.

**TÖNSMEYER**, Tatjana: Adelige Moderne. Großgrundbesitz und ländliche Gesellschaft in England und Böhmen 1848–1918, in: **ECKERT**, Andreas, **RÜCKERT**, Joachim (Hg.), Industrielle Welt. Schriftenreihe des Arbeitskreises für moderne Sozialgeschichte, Bd. 83, Wien/Köln 2012.

**ULLRICH**, Günter: Geschichte ohne Schlußstrich. Betrachtungen zur Entwicklung des deutsch-polnischen Verhältnisses, Mainz 1986.

**URBAN**, Thomas: Polen, München 2008.

**VINKELAU**, Clemens (Hg.): Die Piasten. Eine polnisch-schlesische Fürstenfamilie, Frankfurt am Main 2011.

**VOGLER**, Hans-Joachim: Private Wohltätigkeit in Deutschland im 19. Jahrhundert, in: **ROHLOFF**, Heide N. (Hg.), Geschichte der privaten Wohltätigkeit und Sozialgesetzgebung in England und Deutschland. Wegbereiter der Corporate Social Responsibility? (= Neue Anglistik Bd. 17), Essen 2015, S. 243–254.

**VOLKMANN**, Hans-Erich: Die Polenpolitik des Kaiserreichs. Prolog zum Zeitalter der Weltkriege, Paderborn 2016.

**WAGNER**, Gerhard: Herrschaft und soziales Handeln – eine Notiz zur Systematisierung zweier soziologischer Grundbegriffe, in: **GOSTMANN**, Peter, **MERZ-BENZ**, Peter-Ulrich (Hg.), Macht und Herrschaft. Zur Revision zweier soziologischer Grundbegriffe, Wiesbaden 2007, S. 19–26.

**WALIŚ**, Grzegorz: Archiwum Państwowe w Kaliszu. Informator o zasobie archiwalnym [Das Staatsarchiv in Kalisch. Broschüre über den Archivbestand], in: Archiwum Państwowe w Kaliszu, Naczelna Dyrekcja Archiwów Państwowych [Das Staatsarchiv in Kalisch, Hauptdirektion der Staatsarchive] (Hg.), Warszawa 2004.

**WALIŚ**, Grzegorz: Archiwum Państwowe w Kaliszu. Przewodnik po zasobie archiwalnym [Das Staatsarchiv in Kalisch. Ein Leitfaden zum Archivbestand], in: Archiwum Państwowe w Kaliszu, Naczelna Dyrekcja Archiwów Państwowych [Das Staatsarchiv in Kalisch, Hauptdirektion der Staatsarchive] (Hg.), Kalisz 2016.

**WALKOWIAK**, Aleksander: Piastowie na ziemiach polskich [Die Piasten auf polnischen Boden], Głogów 2011.

**WEBER**, Max: Soziologische Grundbegriffe, 2., durchgesehene Auflage, Tübingen 1966.

**WEBER**, Max: Soziologische Grundbegriffe, 6., erneut durchgesehene Auflage, Göttingen 1984.

**WEBER**, Max: Wirtschaft und Gesellschaft, Grundriss der verstehenden Soziologie, 5. Auflage, Tübingen 2002.

**WEBER**, Max: Wirtschaft und Gesellschaft, Grundriss der verstehenden Soziologie, Frankfurt am Main 2008.

**WEIDNER**, Marcus: Adel in Übergängen, in: LWL-Institut für westfälische Regionalgeschichte Landschaftsverband Westfalen-Lippe Münster (Hg.), Westfalen in der Moderne 1815–2015. Geschichte einer Region, Münster 2015, S. 77–100.

**WERNER**, Gerhard: Krotoschin und das Fürstliche Haus Thurn und Taxis, in: **KOEPEL**, Heinz-Friedrich (Hg.), *Landwirte im Osten. Unter den Dächern von Thurn und Taxis*, Schotten 2011, S. 26–39.

**WIENFORT**, Monika: Patrimonialgerichte in Preußen. Ländliche Gesellschaft und bürgerliches Recht 1770–1848/49, in: **BERDING**, Helmut, **KOCKA**, Jürgen, **ULLMANN**, Hans-Peter, **WEHLER**, Hans-Ulrich (Hg.), *Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft*, Bd. 148, Göttingen 2001.

**WINKEL**, Harald: Die Ablösungskapitalien aus der Bauernbefreiung in West- und Süddeutschland. Höhe und Verwendung bei Standes- und Grundherren, in: **ABEL** Wilhelm und **GÜNTHER**, Franz (Hg.), *Quellen und Forschungen zur Agrargeschichte*, Bd. 19, Stuttgart 1968.

**WIPPERMANN**, Wolfgang: Preußen und Polen, in: **SCHLENKE**, Manfred (Hg.), *Preußische Geschichte. Eine Bilanz in Daten und Deutungen*, 2., durchgesehene Auflage, Würzburg 1991, S. 97–109.

**WITKOWSKI**, Rafał: Żydowscy mieszkańcy Krotoszyna w XIX i XX wieku [Die jüdischen Einwohner Krotoszyns im 19. und 20. Jahrhundert], Poznań 2004.

**ZAMARSKA**, Anna: Dzieje książąt raciborskich. Rudy 1841–1914. W kręgu kultury łowieckiej [Die Geschichte der Ratiborer Fürsten. Rudy 1841–1914. Im Kreise der Jagdkultur], Gliwice 2006.

**ZAMORA**, Daniel, **BEHRENT**, Michael C. (Hg.): *Foucault and Neoliberalism*, Cambridge/Malden 2016.

**ZDUNEK**, Józef: Domena orpiszewska w Księstwie Krotoszyńskim w latach 1819–1820 [Die Domäne Orpiszew im Fürstentum Krotoszyn in den Jahren 1819–1820], in: **ZDUNEK**, Józef (Hg.), *Krotoszyn i okolice. Opracowania i materiały źródłowe* [Krotoszyn und seine Umgebung. Arbeiten und Quellen], Bd. VI, Krotoszyn 2010, S. 181–192.

**ZDUNEK**, Józef: Orpiszew 1279–2005. Monografia wsi [Orpiszew 1279–2005. Eine Monographie über das Dorf], in: Towarzystwo Miłośników i Badaczy Ziemi Krotoszyńskiej [Gesellschaft der Liebhaber zur Erforschung des Krotoszyner Landes] (Hg.), Krotoszyn 2006.

**ZERNACK**, Klaus: Das Jahrtausend deutsch-polnischer Beziehungsgeschichte als geschichtswissenschaftliches Problemfeld und Forschungsaufgabe, in: **FRITZE**, Wolfgang H., **ZERNACK**, Klaus (Hg.), *Grundfragen der geschichtlichen Beziehungen zwischen Deutschen, Polaben und Polen. Referate und Diskussionsbeiträge aus zwei wissenschaftlichen Tagungen (= Einzelveröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin, Bd. 18: Publikationen zur Geschichte der deutsch-Polnischen Beziehungen, Bd. 1)*, Berlin 1976, S. 3–46.

**ZERNACK**, Klaus: Das Preußenproblem in der Geschichte Polens, in: **SCHLENKE**, Manfred (Hg.), *Preußen Beiträge zu einer politischen Kultur*, Bd. 2, Berlin 1981, S. 322–334.

**ZERNACK**, Klaus: Polen in der Geschichte Preußens, in: **BUSCH**, Otto (Hg.), *Handbuch der preussischen Geschichte. Das 19. Jahrhundert und Große Themen der Geschichte Preußens*, Bd. 2, Berlin/New York 1992, S. 377–448.

**ZIELIŃSKI**, Zygmunt: Der Kulturkampf in der Provinz Posen, in: **SPÖRL**, Johannes (Hg.), *Historisches Jahrbuch*, Bd. 101, Freiburg 1981, S. 447–461.

**ZIOBROWSKI**, Julian: Pałac Gałęckich w Krotoszynie [Das Schloss der Gałęcki in Krotoszyn], in: **ZDUNEK**, Józef (Hg.), *Krotoszyn i okolice. Opracowania i materiały źródłowe* [Krotoszyn und seine Umgebung. Arbeiten und Quellen], Bd. X, Krotoszyn 2014, S. 77–116.

**ZITZEWITZ**, Hasso von: *Das Deutsche Polenbild in der Geschichte. Entstehung – Einflüsse – Auswirkungen*, 2., durchgesehene Auflage, Köln 1992.

**ZÜRCHER**, Regula: Armenfürsorge im Kanton St. Gallen im 19. Und 20. Jahrhundert. Von der Einwohnerarmenpflege zu den eidgenössischen Sozialversicherungen, in: **HAUSS**, Gisela, **ZIEGLER**, Béatrice (Hg.), *Helfen, Erziehen, Verwalten. Beiträge zur Geschichte der Sozialen Arbeit in St. Gallen*, Zürich 2010, S. 29–41.

## Internetquellen

Archiwum Państwowe w Poznaniu, im WWW unter URL: <http://szukajwarchiwach.pl/search?q=F%C3%BCrsten%20Krotoszyn> (Stand: 11.11.2014).

Archiwum Państwowe w Poznaniu. Bestand Majątek Krotoszyn – Książca Thurn und Taxis bzw. im WWW unter URL: <http://www.szukajwarchiwach.pl/53/1125/0#tabSerie> (Stand: 24.10.2014).

Archiwum Państwowe w Poznaniu. Einführung zum Inventar im Bestand Majątek Krotoszyn – Książca Thurn und Taxis bzw. im WWW unter URL: <http://www.szukajwarchiwach.pl/53/1125/0#tabZespol> (Stand: 09.03.2018).

**BUHL**, Ludwig: Die Herrschaft des Geburts- und Bodenprivilegiums in Preussen, Mannheim 1844, im WWW unter URL: <https://archive.org/stream/dieherrschaftde00buhlgoog#page/n8/mode/2up> (Stand: 23.05.2016).

Duden. Exekutor, im WWW unter URL: <https://www.duden.de/rechtschreibung/Exekutor> (Stand: 06.07.2018).

**KALWAT**, Wojciech: Polski Pieniądz przez wieki. Monety króla elektora [Die polnische Währung im Laufe der Jahrhunderte. Die Münzen des Kurfürsten], S. 1–8, im WWW unter URL: [http://www.nbp.pl/home.aspx?f=/edukacja/dodatki\\_edukacyjne/mowia\\_wieki.html](http://www.nbp.pl/home.aspx?f=/edukacja/dodatki_edukacyjne/mowia_wieki.html) (Stand: 09.05.2017).

**KĘDZIERSKI**, Robert: Krotoschin/Krotoszyn (Fürstentum), in: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2016, im WWW unter URL: <http://ome-lexikon.uni-oldenburg.de/p44471> (Stand: 01.03.2016).

**KĘDZIERSKI**, Robert: Ostrowo/Ostrów Wielkopolski, in: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2016, im WWW unter URL: <http://ome-lexikon.uni-oldenburg.de/p47797> (Stand: 09.09.2016).

**KRÜNITZ**, Johann Georg: Oekonomische Enzyklopädie (1773–1858), im WWW unter URL: <http://www.kruenitz1.uni-trier.de/xxx/g/kg01258.htm> (Stand: 20.04.2017).

**LEJMAN**, Beata, **TORBUS**, Tomasz: Oels/Oleśnica, in: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2015, im WWW unter URL: [ome-lexikon.uni-oldenburg.de/p32275](http://ome-lexikon.uni-oldenburg.de/p32275) (Stand 15.10.2015).

**MACIOROWSKI**, Mirosław: Ile milionów zginęło? Ofiary II wojny światowej [Wie viele Millionen sind verschwunden? Die Opfer des Zweiten Weltkrieges], im WWW unter URL: [http://wyborcza.pl/alehistoria/1,121681,17844725,Ile\\_milionow\\_zginelo\\_Ofiary\\_II\\_wojny\\_swiatowej.html](http://wyborcza.pl/alehistoria/1,121681,17844725,Ile_milionow_zginelo_Ofiary_II_wojny_swiatowej.html) (Stand: 19.07.2017).

**MIKOŁAJCZYK**, Piotr: Krotoszyn Kalendarium [Jahrbuch Krotoszyns], im WWW unter URL: [http://www.uploads.krotoszyn.pl/pdf/kalendarium\\_krotoszyn.pdf](http://www.uploads.krotoszyn.pl/pdf/kalendarium_krotoszyn.pdf) (Stand 22.06.2018).

**NIEMOJEWSKA**, Agnieszka: Jak Wielkopolska broniła się przed Prusakami [Wie Großpolen sich vor den Preußen verteidigte], im WWW unter URL: <http://www.rp.pl/Rzecz-o-historii/301269853-Jak-Wielkopolska-bronila-sie-przed-Prusakami.html> (Stand: 30.01.2017).

**NIKTIN**, Vadim: On Syria. Putin is a modern Machiavelli and that's a god thing, im WWW unter URL: <http://www.theguardian.com/commentisfree/2013/sep/13/putin-syria-machiavelli-nyt-op-ed> (Online-Artikel, Stand: 16.10.2015).

Państwowa Komisja Wyborcza. Wybory do Sejmu i Senatu Rzeczypospolitej Polskiej 2015 [Die Staatliche Wahlausschusskommission. Parlaments- und Senatswahlen in Polen 2015], im WWW unter URL: [http://parlament2015.pkw.gov.pl/349\\_Wyniki\\_Sejm](http://parlament2015.pkw.gov.pl/349_Wyniki_Sejm) (Stand: 23.03.2017).

Preußische Gesetzsammlung, Jahrgang 1920, Nr. 32: Gesetz über die Aufhebung der Standesrechte des Adels und die Auflösung der Hausvermögen vom 23. Juni 1920, Berlin 1920, S. 367–381, im WWW unter URL: [https://www.rechtsanwaltmoebius.de/gesetz/preussisches-adelsgesetz\\_23-06-1920.pdf](https://www.rechtsanwaltmoebius.de/gesetz/preussisches-adelsgesetz_23-06-1920.pdf) (Stand: 13.11.2017).

**RACHMAN**, Gideon: The Kremlin's Machiavelli has led Russia to disaster, im WWW unter URL: <http://www.ft.com/cms/s/0/cc3ca75c-10c5-11e4-812b-00144feabdc0.html#axzz3okav0cjg> (Online-Artikel, Stand: 16.10.2015).

Rozporządzenie Prezydenta Rzeczypospolitej z dnia 7 października 1927 r. w sprawie parcelacji dóbr Krotoszyńskich i Odolanowskich, im WWW unter URL: <http://prawo.sejm.gov.pl/isap.nsf/DocDetails.xsp?id=WDU19270900803> (Stand: 05.02.2018).

## Abbildungsverzeichnis

STEFAŃCZYK, Bartosz und KALWAT, Wojciech: Polski Pieniądz przez wieki: Gabinet numizmatyczny króla Stasia [Die polnische Währung im Laufe der Jahrhunderte: Das numismatische Kabinett des Königs Stanislaus], S. 1–8, im WWW unter URL: [http://www.nbp.pl/home.aspx?f=/edukacja/dodatki\\_educacyjne/mowia\\_wieki.html](http://www.nbp.pl/home.aspx?f=/edukacja/dodatki_educacyjne/mowia_wieki.html) (Stand: 09.05.2017).

Universal-Lexikon: Agrarreformen in Europa zu Beginn des 19. Jahrhunderts: Von Bauernschutz und Landflucht, im WWW unter URL: [http://universal\\_lexikon.deacademic.com/203251/Agrarreformen\\_in\\_Europa\\_zu\\_Beginn\\_des\\_19.\\_Jahrhunderts%3A\\_Von\\_Bauernschutz\\_und\\_Landflucht](http://universal_lexikon.deacademic.com/203251/Agrarreformen_in_Europa_zu_Beginn_des_19._Jahrhunderts%3A_Von_Bauernschutz_und_Landflucht) (Stand: 29.04.2017).

Map-Prussia-Posen, im WWW unter URL: <https://de.wikipedia.org/wiki/Datei:Map-Prussia-Posen.png> (Stand: 15.06.2018).

Provinz Posen. Bevölkerungsverteilung um 1910, im WWW unter URL: [https://de.wikipedia.org/wiki/Provinz\\_Posen#/media/File:Sprachen\\_Provinz\\_Posen\\_1910.svg](https://de.wikipedia.org/wiki/Provinz_Posen#/media/File:Sprachen_Provinz_Posen_1910.svg) (Stand: 23.11.2017).

Verwaltungsgliederung der preußischen Provinz Posen. Regierungsbezirke Posen und Bromberg, im WWW unter URL: [https://de.wikipedia.org/wiki/Provinz\\_Posen#/media/File:Prowincja\\_Pozna%C5%84ska\\_de.svg](https://de.wikipedia.org/wiki/Provinz_Posen#/media/File:Prowincja_Pozna%C5%84ska_de.svg) (Stand: 15.06.2018).

## Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Stadt Krotoszyn um 1779 (links); Abbildung 2: Herrschaft Krotoszyn um 1779 (rechts) .....	111
Abbildung 3: Schloss Thurn und Taxis in Regensburg (Innenhofansicht). Rechts ist das Gebäude der Fürst Thurn und Taxis Gesamtverwaltung und links der Eingang zum Fürst Thurn und Taxis Zentralarchiv und der Hofbibliothek zu sehen. ....	120
Abbildung 4: Königreich Preußen um 1871 und das Deutsche Kaiserreich mit besonderer Hervorhebung der Provinz Posen (eingekreist) .....	126
Abbildung 5: Kreise der Provinz Posen (mit Regierungsbezirk Posen und Regierungsbezirk Bromberg); das Fürstentum Krotoszyn umfasste Teile der Kreise Krotoschin und Adelnau (hier eingekreist). ....	126
Abbildung 6: Das Wappen des Fürstentums Krotoszyn vom 29. Mai 1819 (links); Abbildung 7: Die Erhebungsurkunde der Standesherrschaft Krotoszyn zum Fürstentum vom 29. Mai 1819 (rechts) .....	130
Abbildung 8: Panorama der Stadt Krotoszyn von der Südseite um 1832 .....	131
Abbildung 9: Panorama der Stadt Krotoszyn von der Südseite um 1848; aus der Sammlung der Hieronim Ławniczak Regionalmuseums in Krotoszyn (poln. Muzeum Regionalne im. Hieronima Ławniczaka w Krotoszyńie) .....	132
Abbildung 10: Der Marktplatz in Krotoszyn von der westlichen Seite; Lithographie um 1848 aus der Sammlung des Hieronim Ławniczak Regionalmuseums in Krotoszyn (poln. Muzeum Regionalne im. Hieronima Ławniczaka w Krotoszyńie) .....	132
Abbildung 11: Das Fürstentum Krotoszyn nach 1829 (links); Abbildung 12: Das Fürstentum Krotoszyn im Jahre 1926 (rechts) .....	140
Abbildung 13: Das doppelsprachige Siegel des Fürstlichen Thurn und Taxis'schen Friedensgerichts Krotoszyn (poln. Xiążęcy Sąd Pokoju Krotoszyn) (links); Abbildung 14:	

## *Abbildungsverzeichnis*

Das doppelsprachige Siegel des Fürstlichen Thurn und Taxis'schen Fürstentumsgerichts Krotoszyn (poln. Xiążęcy Sąd Xięstwa Krotoszyn) (rechts) .....	149
Abbildung 15: Die Uniformen der fürstlichen Gerichtsbeamten nach dem Entwurf aus dem Jahre 1822 .....	151
Abbildung 16: Bevölkerungsentwicklung im Kreis Krotoszyn 1831–1910 .....	159
Abbildung 17: Bevölkerungsentwicklung im Kreis Adelnau 1831–1910 .....	163
Abbildung 18: Bevölkerungsentwicklung in der Stadt Adelnau 1816–1910.....	165
Abbildung 19: Bevölkerungsentwicklung in der Stadt Krotoszyn 1820–1910.....	166
Abbildung 20: Bevölkerungsentwicklung im Fürstentum Krotoszyn 1819–1848.....	168
Abbildung 21: Bevölkerungsentwicklung im Fürstentum Krotoszyn 1819–1831 in den einzelnen Rentämtern.....	168
Abbildung 22: Prozentuelle Verteilung der Einnahmen aus dem Grundbesitz des Fürsten von Thurn und Taxis im Jahre 1830 .....	172
Abbildung 23: Prozentuelle Verteilung der Einnahmen aus dem Grundbesitz des Fürsten von Thurn und Taxis im Jahre 1860 .....	172
Abbildung 24: Grundbesitzungen der Fürsten von Thurn und Taxis im Jahre 1900 .....	173
Abbildung 25: Karte der Forsten und fürstlichen Güter um 1880 (links); Abbildung 26: Fürstentum Krotoszyn in den 1920er Jahren (rechts); im Jahre 1927 wurde der gesamte Besitz des Hauses Thurn und Taxis in Polen gegen eine Entschädigung durch den polnischen Staat übernommen. ....	175
Abbildung 27: Industrielle Werke im fürstlichen Besitz im Fürstentum Krotoszyn in den Jahren 1819–1900 .....	176
Abbildung 28: Industrielle Werke im privaten Besitz im Fürstentum Krotoszyn in den Jahren 1850–1893 .....	177
Abbildung 29: Reingewinne aus dem Fürstentum Krotoszyn 1820–1871 (ausgewählte Jahre).....	186
Abbildung 30: Reingewinne aus dem Fürstentum Krotoszyn 1875–1918 (ausgewählte Jahre).....	186
Abbildung 31: Gesamteinnahmen aus dem Fürstentum Krotoszyn 1819–1915 .....	187
Abbildung 32: Reingewinne aus dem Fürstentum Krotoszyn 1819–1915.....	188
Abbildung 33: Gewinne aus allen Besitzungen von Thurn und Taxis in den Jahren 1820–1918 (ausgewählte Jahre).....	189
Abbildung 34: Die silbernen Schlüssel der Stadt Krotoszyn aus dem Jahre 1820 (links); Abbildung 35: Die silberne Schlüssel der Stadt Krotoszyn aus dem Jahre 1820 (rechts) .....	275
Abbildung 36: Die Darstellung der roten und blauen Blumen auf dem Seidenband der Witwe Abtt (links); Abbildung 37: Glückwünsche der Töchter der Stadt Adelnau zur Durchreise des Fürsten Karl Alexander am 18. Juli 1820 in Adelnau (rechts).....	280



## Abbildungsverzeichnis

Abbildung 38: Die vordere Ansicht des Schlosses Krotoszyn im Jahre 1832 (links); Abbildung 39: Schloss Krotoszyn im gegenwärtigen Zustand (rechts).....	283
Abbildung 40: Zeitgenössische Gemälde von Fürst Karl Alexander von Thurn und Taxis (1770–1827) (links); Abbildung 41: Zeitgenössische Gemälde von Fürstin Therese Mathilde Amalia von Thurn und Taxis (1773–1839) (rechts).....	285
Abbildung 42: Photographie vom 15. Juli 1890 (links) des Fürsten Albert Lamoral von Thurn und Taxis (1867–1952) und seiner Frau Fürstin Margarethe Clementine von Thurn und Taxis (1870–1955) (links); Abbildung 43: Photographie der Fürstin Margarethe Clementine von Thurn und Taxis (1870–1955) aus dem Jahre 1899 mit der Handaufschrift <i>Margit</i> (rechts) .....	289
Abbildung 44: Fürst Albert I. von Thurn und Taxis (1867–1952) – ein leidenschaftlicher Jäger, Foto aus dem Jahre 1902 (links); Abbildung 45: Fürst Albert I. von Thurn und Taxis (1867–1952) mit seinen Jagdtrophäen, Foto um ca. 1909 (rechts) .....	295
Abbildung 46: Ausgaben für die Aufenthalte des Fürsten Albert von Thurn und Taxis im Fürstentum Krotoszyn in den Jahren 1901–1911.....	301
Abbildung 47: Erbprinz Franz Joseph von Thurn und Taxis und Fürst Albert I. von Thurn und Taxis (1867–1952) in Uniform im Jahre 1914.....	314
Abbildung 48: Die Ansprache des Fürsten Albert I. von Thurn und Taxis (Vierter von links) beim Besuch des III. Bayerischen Armeekorps im Jahre 1915.....	315
Abbildung 49: Das vom Fürsten Albert finanzierte Reservelazarett für Verwundete im Königlichen Lehrerseminar in Krotoszyn (links); Abbildung 50: Der Fürst unterstützt das Personal bei alltäglichen Tätigkeiten bei der Betreuung von Patienten (rechts).....	316
Abbildung 51: Die Mitarbeiter des Reservelazaretts in Krotoszyn und des Roten Kreuzes im Reservelazarett für Verwundete im Königlichen Lehrerseminar in Krotoszyn; in der zweiten Reihe von unten, Vierter von links: Fürst Albert von Thurn und Taxis.....	317
Abbildung 52: Die Patienten des Reservelazaretts in Krotoszyn.....	318
Abbildung 53: Mitarbeiterinnen des Reservelazaretts in Krotoszyn in der Lazarettküche .....	318
Abbildung 54: Der polnische Herzog Mieszko I. und der erste polnische König Bolesław Chrobry in der "Goldenen Kapelle" in Posen (links); Abbildung 55: Die "Goldene Kapelle" in der erzbischöflichen St. Peter und St. Paul Kathderale in Posen (rechts).....	392
Abbildung 56: Königskette gespendet durch den Fürsten Maximilian Karl von Thurn und Taxis (1802–1871) im Jahre 1840 an den Schützenverein in Krotoszyn. Der Fürst spendete im gleichen Jahr auch eine Ritters- und Marschallskette an die gleiche Schützengilde in Krotoszyn. Aus der Sammlung des Hieronim Ławniczak Regionalmuseums in Krotoszyn (poln. Muzeum Regionalne im. Hieronima Ławniczaka w Krotoszyńie).....	405